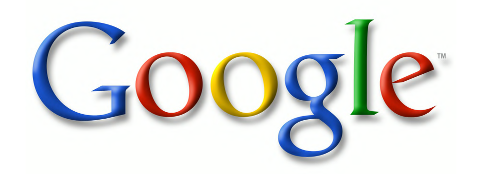
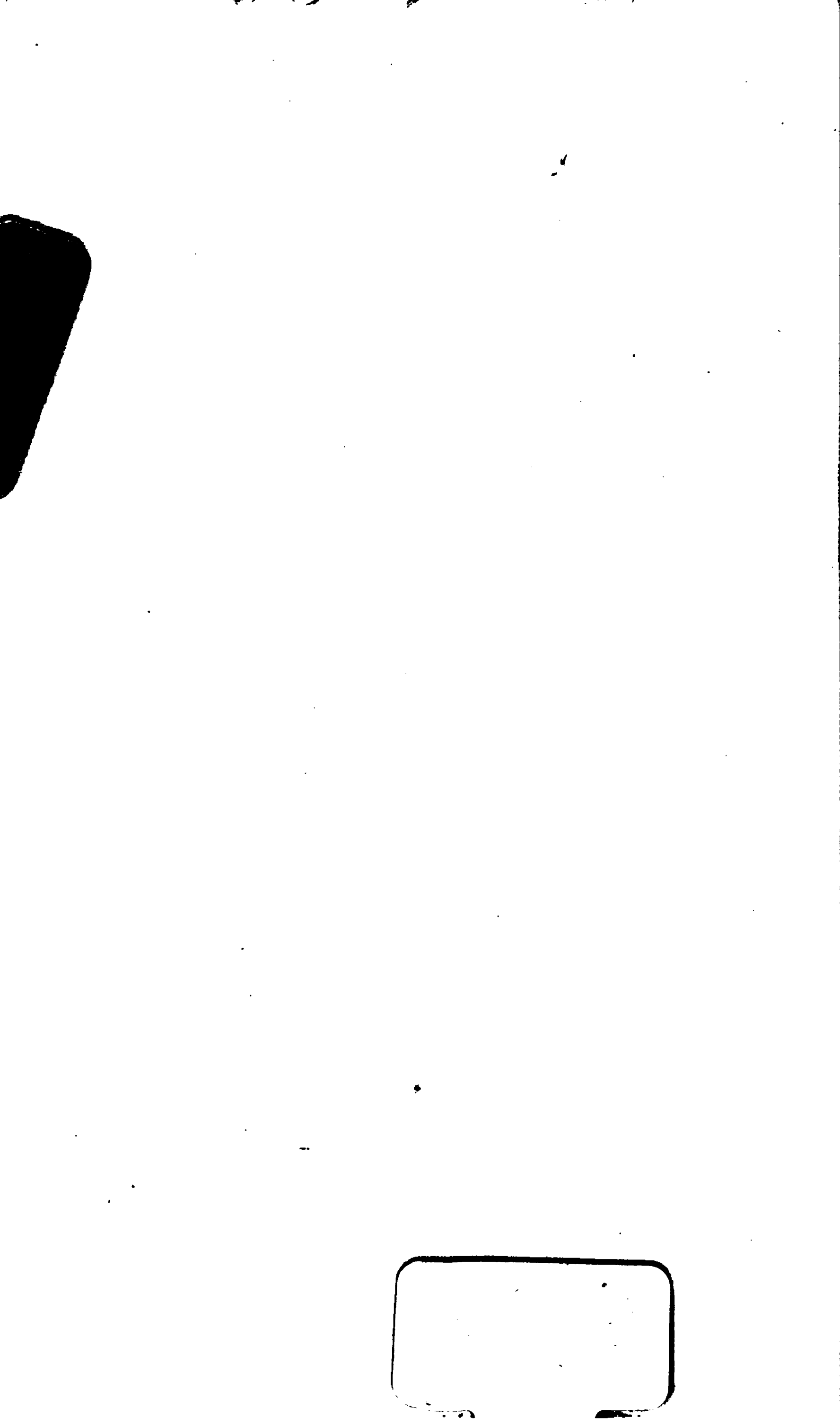
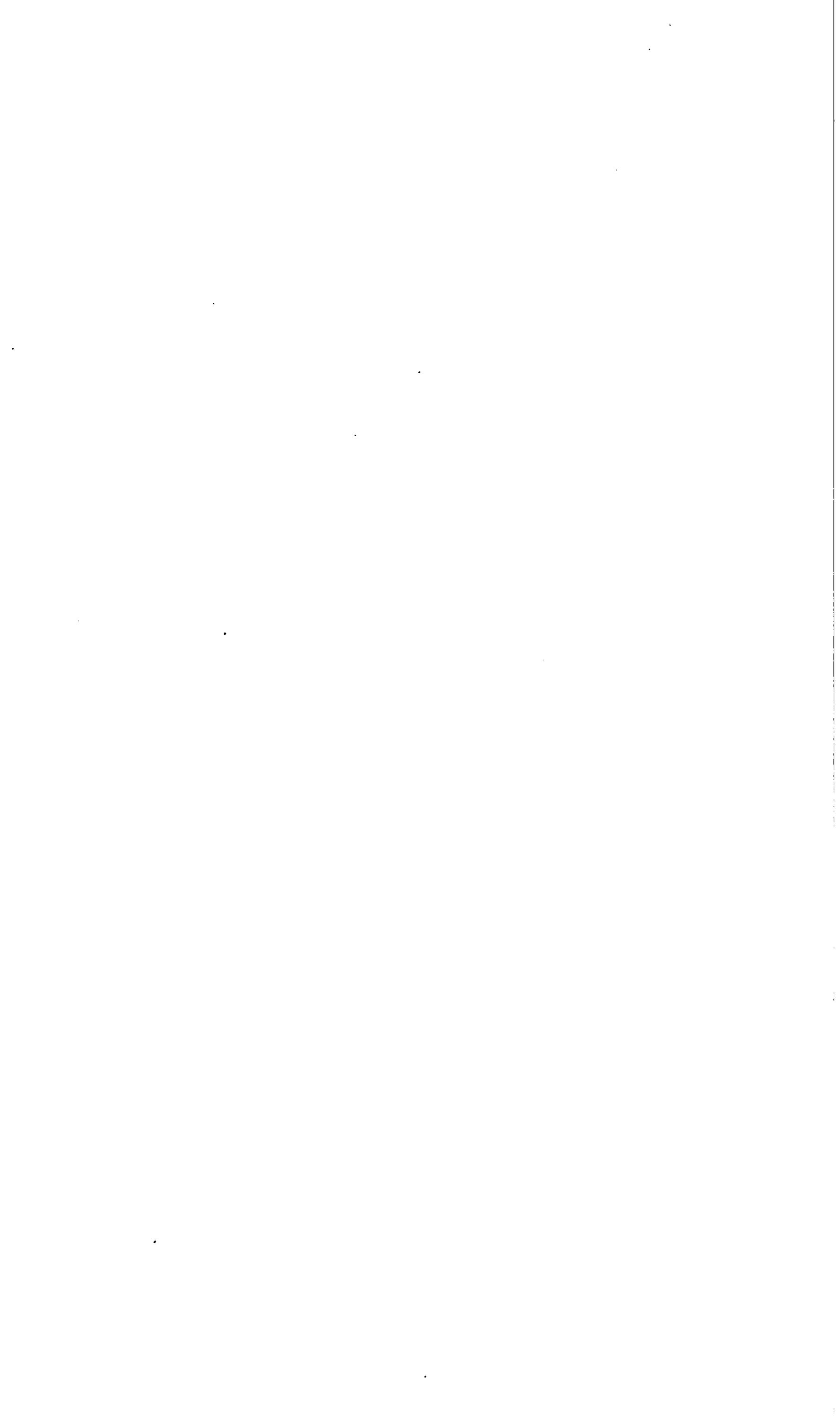
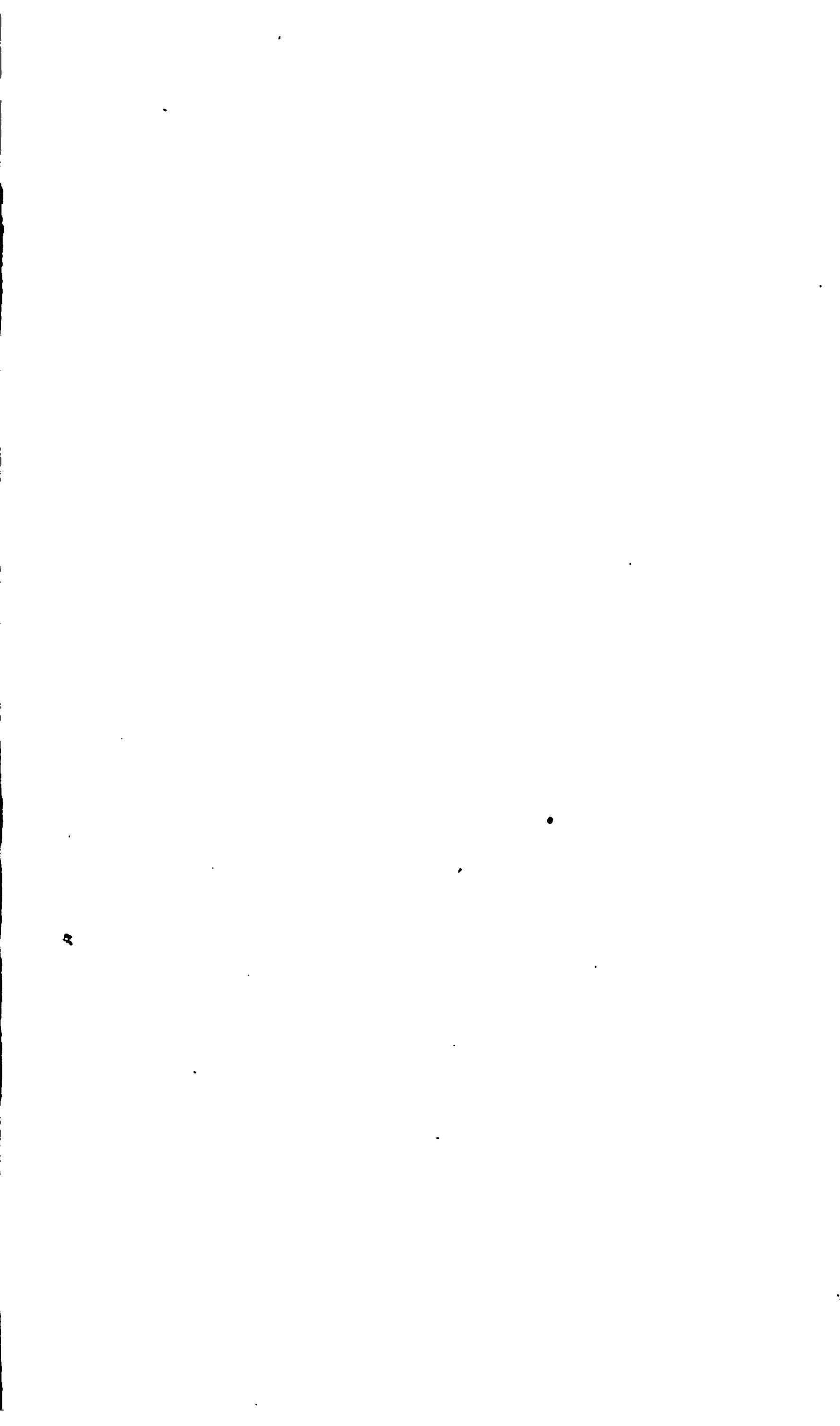
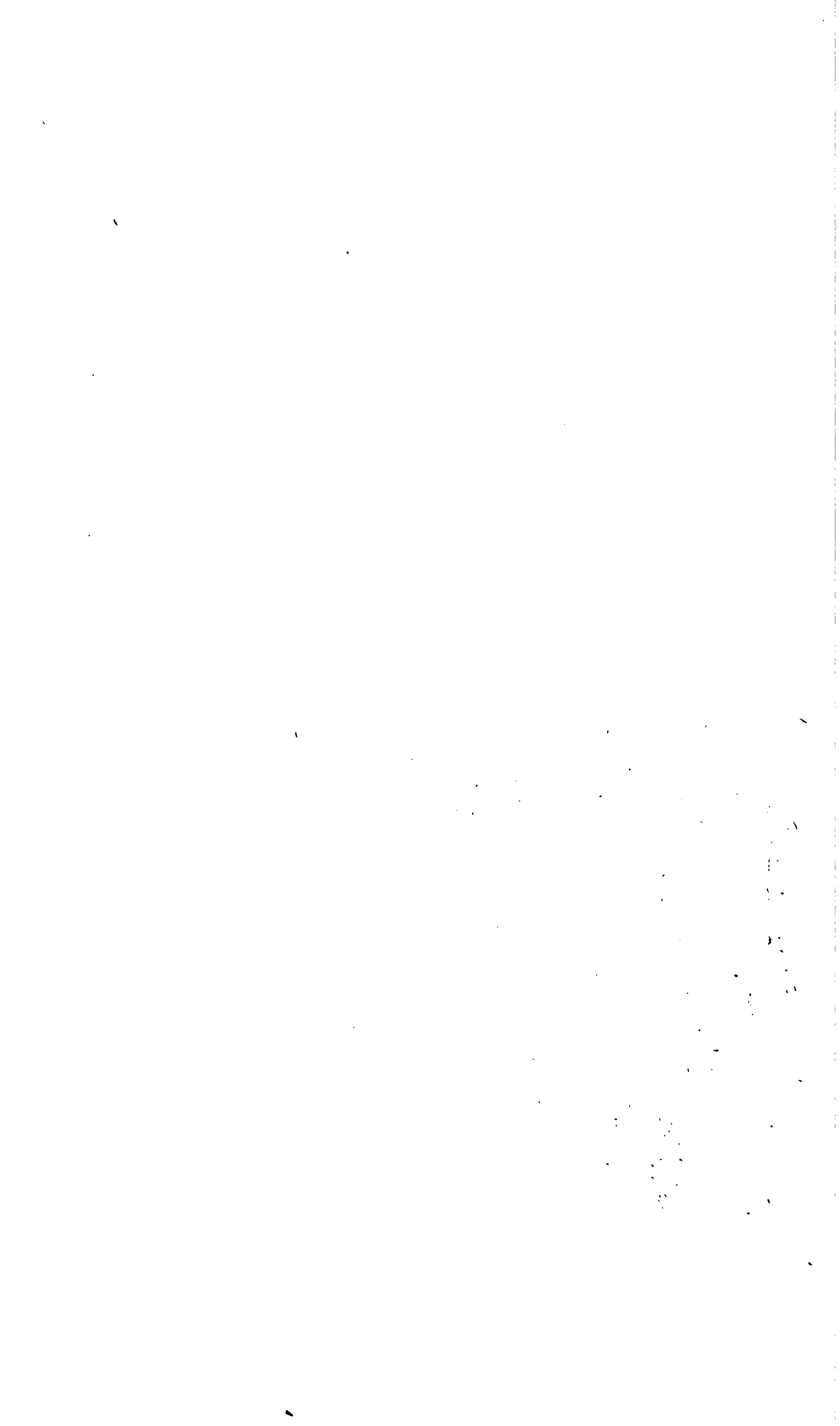












Fr. Chr. Schlosser's
Weltgeschichte
für
das deutsche Volk.



Dritte Ausgabe.

Mit 26 historischen Karten in Farbendruck.

Mit der Fortsetzung bis auf die Gegenwart.

Unter Zugrundelegung der Bearbeitung von Dr. G. L. Kriegk

besorgt von

Dr. Oskar Jäger und Prof. Dr. Th. Creizenach.

Siebenzehnter Band.

Mit der Karte:

Vereinigte Staaten von Nord-Amerika und Mexico.

Neunzehnte Stereotyp-Auflage.

Berlin.
Verlag von Oswald Seehagen.
1882.

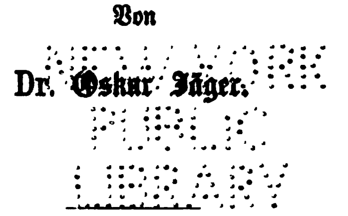
Geschichte der neuesten Zeit

vom

Wiener Congreß bis zur Gegenwart.

Von

Dr. Oskar Jäger.



Zweite durchgesehene und ergänzte Ausgabe.

Zweiter Band.
1848—1863.

Neunzehnte Auflage.

Berlin.
Verlag von Oswald Seehagen.
1882.

Druck von W. Pormetter in Berlin C., Neue Grünstraße 30.

Drittes Buch.

Von der Revolution des Februar 1848 bis zum Tode Friedrich's VII. von Dänemark.

1848—1863.

Einleitung.

Der Friede, den sich Europa in den Jahren 1813—1815 erkämpft und dem es in den Festsetzungen des Wiener Congresses die Form feierlichen Vertrages gegeben, hatte nunmehr, mit nur localen Unterbrechungen, ein Menschenalter gedauert: eine längere Friedenszeit, als bis dahin, seit den Tagen der römischen Kaiserzeit, der europäischen Menschheit vergönnt gewesen war. Man näherte sich der Mitte des Jahrhunderts, als in Frankreich ein wenig bedeutender Tumult durch eine Reihe fast unbegreiflicher Fehler und Zufälle zu einer Revolution führte, welche an Einem Tage ein schlechtgewurzeltes Königthum, das seine Sache vorschnell verloren gab, über den Haufen warf und an seiner Stelle eine Republik improvisirte, die in vollem Widerspruch stand mit jener monarchischen Ordnung der Dinge, welche die Verträge von 1815 als Fundamentalgesetz des europäischen Lebens festgestellt hatten. Es war geschehen, man wußte kaum wie: die Thatsache aber war nicht zu leugnen noch zu ändern, daß dießmal die Revolution nicht, wie 1830, mit dem Königthume pactirt, sondern es einfach beseitigt hatte.

Was diesem Ereigniß seine ungeheure Wirkung verschaffte, das war einestheils der übertriebene Werth, welchen die Mächte der heiligen Allianz und ihr Anhang auf die Gleichförmigkeit des politischen Zustandes in allen europäischen Ländern gelegt, — und anderntheils der schroffe Gegensatz, den man von dieser Seite zwischen Regierung und Volk, zwischen Herrscher und Unterthanen aufgerichtet hatte. An und für sich konnte es für Preußen oder Oestreich, für Deutschland oder Rußland so gleichgültig sein wie es für England oder Amerika war, ob Frankreich sich unter einer republikanischen Staatsform besser behagte als unter einer monarchischen: und wäre das Verhältniß zwischen Herrscher und Unterthanen im eigenen Lande überall ein gesundes gewesen, hätte das monarchische Prinzip allenthalben durch den „Beweis des Geistes und der Kraft", durch seine günstigen Folgen für die

Wohlfahrt der Staaten sich rechtfertigen können, so hätte man die Katastrophe im Nachbarlande ruhig mitansehen dürfen. Allein dieses gesunde Verhältniß bestand nirgends als in England und etwa in einigen kleineren Staaten wie Norwegen, Belgien, Holland oder Schweden, welche wenig Antheil am europäischen Gesammtleben nahmen und von seinen Strömungen nicht unmittelbar berührt wurden. Dagegen standen im übrigen Europa, in Deutschland vor Allem und in Italien, Regierende und Regierte überall in einem mehr oder weniger schroffen Gegensatz, — im besten nnd selteneren Falle standen sie zum Mindesten einander gleichgültig gegenüber. Von Seiten der Regierenden sah man oder witterte man in den Tiefen des Volkslebens eitel revolutionäre Kräfte. Man betrachtete das Volk als eine seit geraumer Zeit von einem bösen Geiste umstrickte, unruhige, von unklaren Trieben bewegte Masse, die, für sich urtheilslos, ja der bestehenden Ordnung zugethan, in der Hand ehrgeiziger Oppositionsredner und Agitatoren zu einem gefährlichen Werkzeug werden könne, — der man deshalb das Maß politischer Rechte aufs Spärlichste zumessen, die man möglichst von politischen Gedanken ablenken, und wo sie dennoch mehr, als den ängstlichen Wagenlenkern heilsam schien, mit Politik sich befasse, zwar nicht die Peitsche, aber doch die Zügel fühlen lassen müsse; — das Volk andererseits, in den meisten Fällen ebenso ungerecht, stellte sich unter seinen Regierern lauter strenge und eigennützige Leute vor, welche dem Volke vorenthalten, was ihm gebühre, kein freies Wort vertragen könnten, von der Gewalt einen wenn nicht geradezu grausamen, doch barschen Gebrauch machten. In Italien, in Polen lastete eine wirkliche Fremdherrschaft auf dem Lande; in Deutschland, wo die Dinge wenigstens vielfach mehr lächerlich als traurig standen, erschwerte der Mangel an Oeffentlichkeit das gegenseitige Verständniß; der Führerstaat, Preußen, schwankte in einer seltsamen und unklaren Zwitterstellung zwischen Constitutionalismus und Absolutismus; die kleinen und mittleren Staaten, im Besitze constitutioneller Formen, wurden doch ihres Verfassungslebens, das nur taube Früchte trug, nicht froh; in Oestreich handhabte ein greisenhaftes Regiment launisch und gedankenlos die schlaffgewordenen Zügel. Und während man von Seiten der Regierenden ängstlich die Macht oder den Schein derselben festhielt, bei jedem freien Worte gereizt wurde, zeigte sich das Volk auf der andern Seite allmälig anspruchsvoller im Bewußtsein wachsender Kraft, wachsender Einsicht, wachsenden Wohlstandes, oder schrieb, wo Wohlstand und Wohlbehagen fehlte, den Regierenden dafür die Verantwortung zu: wie man überhaupt diese für Alles, wofür sie konnten und wofür sie nicht konnten, in Anspruch nahm. Ein Wort des Kaisers Napoleon hatte ge-

weissagt, in 50 Jahren werde Europa entweder republikanisch oder kosackisch sein und Manche gefielen sich darin, in solchen großen Worten die Gegensätze auf die Spitze zu treiben: es bedurfte erst einer Periode gewaltsamster Zuckungen, revolutionärer und reactionärer Mißregierung, großer und eigenartiger Katastrophen, ehe man allmälig zu der Erkenntniß kam, daß es sich nicht darum handle, Europa kosackisch oder republikanisch, sondern vernünftig zu machen, — in gegenseitiger Verständigung der verschiedenen Parteien und Kräfte der Freiheit und ihren Vorbedingungen, weitverbreiteter gesunder Bildung und sicherbegründeter gesetzlicher Ordnung eine Stätte zu bereiten.

Indem nun die Anregung, welche durch die neueste Revolution in Paris kam, Alles was seither in unthätigem Mißbehagen dahinlebte, zu offenem Kampfe rief, — indem die gewaltsame Erschütterung, unter deren Stoß das ganze europäische Staats- und Gesellschaftsgebäude schwankte, Alles in Frage stellte, Jeden antrieb, seine Gedanken und Wünsche, seine wahren und eingebildeten Bedürfnisse geltend zu machen, entstand ein chaotisches Durcheinandergähren aller möglichen Kräfte, eine langandauernde europäische Krisis, welche den alternden Welttheil verjüngte, bei einzelnen Staaten und Völkern den schon begonnenen Verfall beschleunigte, andere dagegen zu einem neuen großen welthistorischen Leben erweckte. Man kann sagen, daß diese Bewegung, welche in der vorgeschrittenen Zeit eine Menge gewaltiger Hebelkräfte vorfand, mehr als je eine andere die Völker in ihren Tiefen aufregte, eben darum aber auch alle möglichen Fragen, kirchliche wie staatliche, sociale, volkswirthschaftliche, ethische, wissenschaftliche wachrief, vor die Oeffentlichkeit brachte und daß sie eben damit nach jeder Seite hin eine befruchtende Wirkung ausübte. Das Sprüchwort sagt wohl, daß Ein Narr mehr frage, als zehn Weise beantworten können: das „tolle Jahr", welches den zweiten Abschnitt unserer Geschichte beginnt, stellte in seinen 366 Tagen mehr Probleme auf, als 100 gewöhnliche und „vernünftige" Jahre lösen konnten.

Der Zeitraum von 1848—1863, mit welch' letzterem Jahre die Lösung der wichtigsten dieser großen Fragen, der deutschen, beginnt und das deshalb eine neue Epoche eröffnet, scheint sich ohne Zwang in drei größere Abschnitte zerlegen zu lassen. Der erste dieser Abschnitte umfaßt die eigentliche Revolution, 1848—1852, — die stürmischen Anläufe wider die bestehende Ordnung, deren gänzliche Ueberfluthung an allen, ihren theilweisen Einsturz und ihre theilweise Wiederherstellung an den meisten Orten: wir können ihn schließen mit der Aufrichtung des zweiten Napoleonischen Kaiserreichs, das an dem Punkte des Ausbruchs selbst den Krater der Revolution wieder schloß. Der zweite Abschnitt, 1852—1859, umfaßt eine Zeit

verhältnißmäßiger Ruhe, wo die wilden Wasser sich verlaufen haben, sich setzen, — eine Zeit mehr oder weniger gewaltsamer Reaction. Sie erreicht ihren Endpunkt mit dem östreichisch-italienisch-französischen Kriege und seinem Abschluß, dem Frieden von Villafranca: einem Friedenswerk, das die italienische Einheitsbewegung, deren Abschluß er sein sollte, erst recht entfesselte und in ihrer Unwiderstehlichkeit zeigte und die Kraft der östreichischen Reaction brach, wie in dem vorangehenden russisch-türkischen Kriege die Kraft der russischen gebrochen worden war. Der dritte dieser Abschnitte endlich schließt mit dem Tode Friedrich's VII. von Dänemark (November 1863), einem Ereigniß, welches die deutsche Frage in Fluß brachte, und uns in eine neue Zeit hinüberführt, wo auf eine unerhört rasche und überaus merkwürdige Weise aus dem zersplitterten, getheilten und zerfetzten Deutschland eine einheitliche politische Macht wurde, — ein großes Reich in der Mitte des Continents entstand, eine neue europäische Staatenordnung sich bildete, welche gegründete Hoffnung auf Dauer giebt, weil sie eine innerlich gesunde und vernünftige ist. Seit dem Jahre 1848 wird die Weltgeschichte, indem die Völker durch die unendlich gesteigerten Verkehrsmittel, welche dem raschen und vielfältigen Gedankenaustausch in die Hände arbeiten, sich näher und näher treten, ungemein reich und vielseitig. Während sie innerlich sich zu vervielfältigen scheint, werden ihr zugleich äußerlich immer neue Räume gewonnen; nach beiden Richtungen scheint sie ins Unermeßliche sich zu dehnen.

Erster Abschnitt.

Von der Februarrevolution bis zur Errichtung des zweiten französischen Kaiserreichs.

24. Februar 1848 bis 2. December 1852.

A. Germanische Staaten.

1. England, Niederlande, Scandinavien.

Drei Staaten oder Staatengruppen, England, die Niederlande, und von den scandinavischen Staaten Schweden und Norwegen genossen den beneidenswerthen Vorzug, daß auf sie die Ereignisse, deren Schauplatz soeben Paris gewesen, zwar einen vielfach anregenden, aber nicht gewaltsam erschütternden Einfluß ausübten. Von den Ländern der scandinavischen Gruppe wurde nur Dänemark durch seine Verwickelungen mit Deutschland ernstlich in Mitleidenschaft gezogen.

In Schweden war Karl Johann 1844 gestorben, und es folgte ihm sein Sohn Oskar I. Die neue Dynastie schlug durch ihn feste Wurzeln; er ergriff selbst die Initiative in der Frage der hochnöthigen Verfassungsreform, die aber am Adel und an der Geistlichkeit zunächst scheiterte. Man hielt, bis die Zeiten günstiger wurden, das Land schadlos durch Reformen auf materiellem Gebiete, Vorbereitungen zu umfassenden Eisenbahnbauten z. B. und nahm dann 1847 die Verfassungsreform wieder auf, welche durch die Ereignisse von 1848 in Fluß kam, dann aber wieder stockte, als die deutsch-dänischen Verwickelungen die Aufmerksamkeit von den inneren Angelegenheiten ablenkten und die unter der nordischen Jugend gährenden scandinavischen Einheitsideen eine Zeitlang sich breit machten: die reactionäre Rückströmung aber trat ein, ehe die Reform der Reichsvertretung zu Stande gekommen war und der günstige Augenblick war somit ungenutzt verstrichen. Norwegen setzte seine glückliche private Existenz fort, ohne daß das stürmisch bewegte Leben Europas seine entlegenen Küsten berührte. Sein Verhältniß zu Schweden gestaltete sich günstiger, theils weil die Persönlichkeit des neuen Herrschers dem Volke sympathischer war, als die seines Vorgängers, theils weil man sich der Wahrnehmung nicht verschließen konnte, daß sich das Land seit der überdieß nichts weniger

als engen oder gar drückenden Verbindung mit Schweden entschieden wohler befand als je unter dänischer Herrschaft.

Dieselben Vortheile einer wesentlich privaten Existenz genossen Belgien und Holland, die ihre Revolution hinter sich hatten. Es war ein glänzender Beweis für die Vortrefflichkeit des constitutionellen Systems, wenn es gehandhabt wurde von einem so vortrefflichen Regenten wie Leopold I. war, daß Belgien während der ganzen Zeit von 1848 bis 1852, wo die ältesten Throne wankten, vollständig ruhig blieb. Der König erklärte beim Ausbruch des Sturmes im Ministerrath, daß er bereit sei, sich in den Privatstand zurückzuziehen, wenn er das Vertrauen des Volkes nicht mehr besitzen sollte. Man erfuhr diese Aeußerung und freiwillige und aufrichtige Demonstrationen gaben davon Zeugniß, daß das Volk ein volles Verständniß dafür hatte, daß hier der König dem Lande nothwendiger war, als das Land dem König. Auch Holland vollbrachte ohne heftige Stürme eine wesentliche Reform seiner öffentlichen Zustände. Dort hatte Wilhelm I. im Jahre 1840 zu Gunsten seines Sohnes Wilhelm's II. abgedankt und lebte noch einige Jahre mit seinem ungeheuren Vermögen als Privatmann. Weniger glänzend als die seinigen standen die Finanzen des Staates; doch wendeten sie sich unter dem neuen König, dem es gelang ein gutes Verhältniß mit Belgien herzustellen, zum Besseren, und auch in den Verfassungskämpfen kam man zum Ziele. Das Jahr 1848 half hier zum Durchbruch und am 3. November 1848 ward die neue Verfassung vollendet. Erst unter der folgenden Regierung aber, unter Wilhelm III., welcher 1849 folgte, siegte die liberale Richtung vollständig. Im October dieses Jahres berief der neue König den bedeutendsten der liberalen Staatsmänner, Thorbecke, an die Spitze der Regierung, welche nun die Verfassung durch eine Reihe von organischen Gesetzen fruchtbar machte, die das Land in einen befriedigenden Zustand versetzten, und dieses Gemeinwesen in die glückliche Lage brachten, dem übrigen Europa wenig Stoff zu Discussionen, Besprechungen und ärztlicher Hülfeleistung zu geben.

Dagegen mußte England, als eine der großen Mächte, auch in dieser Zeit einen wichtigen Einfluß auf das europäische Leben ausüben. Es bot das vielbeneidete und zugleich lehrreiche Schauspiel eines Staates dar, welcher seine Revolutionsstürme bereits glücklich bestanden hatte, eines Staates, in welchem frühzeitig der Zwiespalt zwischen Königsmacht und Volksrecht ausgeglichen war, und welcher deshalb der wilderregten Zeit, die jeden Augenblick neue Ideen, Wünsche und Kräfte hervorbrechen ließ, zwar heilsame Anregungen zu stetigem Fortschritt entnahm, das ruhige Spiel seiner Institutionen aber keinen Augenblick unterbrach. Dieses Land war in der Lage, die Gestürzten und Vertriebe-

nen aller Länder und aller Parteien, deren lange Reihe am 3. März Ludwig Philipp als Mr. Smith eröffnete, an seinem gastlichen Herde aufzunehmen.

In der ganzen Zeit von 1848—1852 blieb das liberale Ministerium am Ruder. Die Nachrichten aus dem Nachbarlande machten, sehr unerwartet wie sie kamen, begreiflicher Weise großes Aufsehen. Sie erregten etwas den Wellenschlag der Parlamentsverhandlungen, übten aber sonst wenig Einfluß, obgleich die Chartisten einerseits und der irische Repealverein andererseits sich durch dieselben zu erneuerter Thätigkeit aufgerufen glaubten. Aber die große Chartistendemonstration in London am 10. April 1848 verlief ohne Wirkung und ohne Blutvergießen. Die gewöhnliche Polizei, verstärkt durch Freiwillige aus der Bürgerschaft, die sich für den Tag als Constabler einschwören ließen, genügten die Ordnung aufrecht zu halten und das für alle Fälle, nach dem einsichtigen Plane des alten Herzogs von Wellington bereitgehaltene Militär brauchte sich gar nicht zu zeigen. Auch in Irland kam es wohl zu wilden Reden, einzelnen Gewaltthaten, Hochverrathsprocessen, und eine Zeitlang war man genöthigt, zu dem hier so häufigen Mittel der Suspendirung der Habeas-corpus-Acte zu greifen: aber dem „jungen Irland“ fehlte der Führer, der, wie O'Connell einst, es verstanden hätte, die tumultuarischen Kräfte zu discipliniren und nach erreichbaren Zielen zu lenken.

Große politische Fortschritte wurden während dieser Zeit in England nicht gemacht. Selbst ein so mäßiger Fortschritt, wie die Zulassung der Juden zum Parlamente, konnte nicht durchgesetzt werden, da die Maßregel, wiederholt im Unterhause beschlossen, eben so oft vom Oberhause verworfen wurde. Dagegen wurde auf der Bahn des Freihandels, dessen großer Vertreter Sir Robert Peel im Juli 1850 in Folge eines unglücklichen Sturzes vom Pferde starb, gegen eine ansehnliche Minorität von Protectionisten, die im Unterhause Benjamin Disraeli, im Oberhause Lord Stanley führte, ein weiterer heilsamer Schritt durch *Abschaffung der alten Schifffahrtsgesetze* gethan. Das Land gedieh sichtbar, die Armensteuer sank: und während auf dem Festlande den großen Aufregungen eine tiefe Ermattung und Entmuthigung folgte, konnte England, einem Gedanken des Prinzen Albert gemäß, auf seinem freien Boden ungestört die Producte der Industrie und des Gewerbefleißes aller Länder zu einer großen Schaustellung vereinigen: am 1. Mai 1851 ward im Hydepark die erste *Weltindustrieausstellung* eröffnet. Man zählte über sechs Millionen Besucher des großen Glaspalastes, der eine vorübergehende Zierde des schönsten Parks der Hauptstadt war und mit dessen Material hernach ein neuer in der Nähe von London zu Sydenham aufge-

führt wurde: eines der schönsten, erfreulichsten und lehrreichsten Wunderwerke des 19. Jahrhunderts, dessen Handels- und Speculationsgeist hier für wenige Pence selbst dem Geringsten den tagelangen Genuß einer Herrlichkeit möglich machte, die keines Fürsten Reichthum hätte schaffen können.

2. Deutschland.

a. Anfang der Revolution; März und April 1848.

Einen von diesem Zustande friedlichen Gedeihens sehr verschiedenen Anblick bot Deutschland dar. Deutschland war dasjenige Land, für welches die Pariser Februarrevolution wie eigens geschehen war. Wie mit einem Schlage war dieses sonst so ruhige Land in einen Tummelplatz aller Leidenschaften verwandelt. Bis in das entlegenste Dorf war es allenthalben, als ob jedes Herz den Posaunenhall eines großen Weltgeschicks vernehme, welcher dieses Volk zu einem neuen politischen Leben oder zur völligen Auflösung rufe.

Unter den leitenden Männern der liberalen Opposition in den Kammern der deutschen, insbesondere der süddeutschen Staaten war kein Zweifel darüber, daß man diese Gelegenheit benutzen müsse, um die Regierungen zu Zugeständnissen im Sinne des liberalen Systems zu drängen. Denn das, was ihnen seither gefehlt hatte, energische Unterstützung durch die Masse des Volkes, wurde ihnen jetzt durch die ungeheure Aufregung, welche die Pariser Ereignisse hervorriefen, plötzlich in einem ungeahnten Umfange zu Theil. Eine gewisse Einigung über das zunächst zu Erstrebende war schon vor jenen Ereignissen durch Versammlungen von Abgeordneten der liberalen Opposition, deren letzte am 10. October 1847 zu Heppenheim an der Bergstraße stattgefunden hatte, erzielt worden: was jetzt der Bewegung sofort Nachdruck gab, war der Umstand, daß Niemand berechnen konnte, wohin die Revolution in Frankreich selbst noch führen würde. Es konnte aus derselben ein großer europäischer Krieg, es konnten aus ihr socialistische Umsturzversuche hervorgehen; beiden gegenüber erschien Befriedigung des Volks durch schleunigste umfassende liberale Zugeständnisse, Zusammenfassung der Kräfte Deutschlands durch eine wirksame Form der Einheit und Bewaffnung der Bürger Bedürfniß: und namentlich das Letztere ließ die Fieberhitze des Augenblicks, das Gefühl der Ohnmacht einem äußeren Feinde gegenüber, das in den Kleinstaaten herrschte, sowie kluge Berechnung einzelner Führer der Bewegung weit dringender erscheinen, als es wirklich war. So bestürmte denn am 27. Februar eine Bürgerversammlung, die unter Itzstein's Vorsitz zu Mannheim unter freiem Himmel gehalten ward, die badische Kammer mit

den Forderungen, sich um Volksvertretung beim deutschen Bunde, volle Preßfreiheit, Geschworenengerichte und Volksbewaffnung zu verwenden; am folgenden Tage that eine Versammlung zu Karlsruhe dasselbe; am 29. unterzeichneten Bürger von Stuttgart in großer Anzahl eine Adresse ähnlichen Inhalts an den König von Würtemberg: und dasselbe geschah in den nächsten Tagen an einer Menge anderer Orte. Mit jeder Minute gleichsam wuchs in den Massen das Gefühl von der Bedeutsamkeit der Bewegung und von ihrer eigenen Unwiderstehlichkeit. Eine Petition, von einer solchen sieghaft aufgeregten Menge angenommen und vorgelegt, führte ihre Beweisgründe sehr wirksam vor: man erfand das bequeme und bezeichnende Wort Sturmpetitionen für solche kategorisch gestellte Forderungen, welche kein Nein und noch weniger ein nur halbes Ja vertrugen. Dem Bureaukratenstaat und seiner Spitze, der Bundesversammlung zu Frankfurt, wuchs die Bewegung innerhalb weniger Tage über den Kopf. Am 1. März erließ das dortige Präsidium in ihrem Namen eine Ansprache an das deutsche Volk: „Deutschland müsse auf die Stufe erhoben werden, welche ihm unter den Nationen Europas gebühre"; zwei Tage später stellte ein Beschluß es jedem deutschen Bundesstaate frei, die Censur aufzuheben, und Preßfreiheit einzuführen; am 9. wurden die Farben der deutschen Burschenschaft schwarz-roth-gold als Bundesfarben erklärt und am 10. beschlossen, daß die Regierungen aufzufordern seien, Männer des öffentlichen Vertrauens nach Frankfurt zu senden, um bei der alsbaldigen Berathung über die Revision der Bundesverfassung auf wahrhaft zeitgemäßer und nationaler Grundlage mitzuwirken. Während diese Zeichen und Wunder sich am Sitze und im Schooße des Bundestages begaben, war bereits ein von einer Versammlung von Koryphäen der liberalen Partei, die am 5. März zu Heidelberg getagt hatte, ernannter Ausschuß von sieben Männern, — Heinrich von Gagern, Itzstein, Welcker, der Würtemberger Römer u. A., — an der Arbeit, die Grundzüge einer solchen neuen Verfassung für das neue Deutschland zu entwerfen. Ein Bundesoberhaupt mit verantwortlichen Ministern, Staatenhaus, Volkshaus, Gemeinsamkeit des Heeres, der Vertretung nach außen, der Handelspolitik, der Civil- und Strafgesetzgebung, Verbürgung der Freiheiten — so nahm man hier in kühnem Flug, denn im Kopf hat das keine Schranken, alle Positionen im Sturm, und gab den Einheitsgedanken eine bestimmtere Form.

In den mittleren und kleineren Staaten bemächtigte sich die liberale Partei, von der gewaltig brausenden Strömung an die Stufen der Throne getragen, innerhalb weniger Tage der Gewalt. In München erwirkten tumultuarische Versammlungen, unterstützt durch die von allerwärts einlaufenden Adressen, aufgeregt durch umlaufende Ge-

rüchte bald vom Anmarsch östreichischer Truppen, bald von der Anwesenheit der berüchtigten spanischen Tänzerin schon am 6. März eine von allen Prinzen des Hauses Wittelsbach mitunterzeichnete Proclamation des Königs, welche sofortige Einberufung der Kammern, sofortige Aufhebung der Censur, Deutschlands Einheit, Vertretung des Volks am Bunde, Revision der Bundesverfassung aussprach; — eine Proclamation, welcher dann alsbald die Vereidigung des Heeres auf die Landesverfassung und eine Aenderung des Ministeriums im liberalen Sinne folgte. Am 20. dankte König Ludwig zu Gunsten seines Sohnes, Maximilian II. ab, der alsdann am 22. die Stände mit einer Thronrede eröffnete, in welcher er treue Erfüllung der Grundsätze des Manifestes vom 6. versprach: zugleich ward ein neues Ministerium aus liberalen Männern gebildet. In Würtemberg berief der König, nach einem durch die drohende Haltung der Bevölkerung in der Geburt erstickten Versuch, an die Stelle des seitherigen bureaukratisch-conservativen Ministeriums von Schleyer ein reactionäres zu bilden, die Häupter der liberalen Opposition, Friedrich Römer, Paul Pfizer, Goppelt, Duvernoy, in seinen Rath, deren Programm vom 11. März die Bevölkerung befriedigte, doch nicht beschwichtigte. Denselben Gang nahmen die Dinge allenthalben; hier dauerte das Ueberlegen etwas länger: war der Tumult etwas stärker: der Erfolg und so ziemlich auch der Verlauf war überall der gleiche. In Sachsen versuchte König Friedrich August II. sich der Bewegung, die in Leipzig ihren Hauptherd hatte, zu widersetzen. Er wollte nichts von Zeitereignissen wissen, die ihm an der Stelle seiner Eigenschaft als Bundesfürst und der sächsischen Landesverfassung seine Pflichten vorschreiben sollten. Aber vor der drohenden Haltung der Stadt, von Niemandem unterstützt, in Dresden selbst von tumultuarischem Fordern bedrängt, mußte auch er nachgeben und berief am 16. März ein neues Ministerium, an dessen Spitze der Professor von der Pfordten stand und welches denn ohne Zaudern die gewünschte Proclamation erließ, in der Alles bewilligt wurde. Nicht anders erging es in Hannover. König Ernst August erließ am 15. eine unter den gegebenen Umständen lächerliche Proclamation, in der er erklärte, daß er zwar seine Zustimmung nicht geben könne zu einer Volksvertretung beim deutschen Bunde, daß er aber alle seine Kräfte aufbieten werde, damit die hohe deutsche Bundesversammlung mit mehr Fleiß und größerer Energie in den deutschen Angelegenheiten handle, als dieß bisher geschehen. Einige Tage später mußte er sich doch eines Anderen besinnen. Er ernannte ein neues Ministerium mit dem Bürgermeister von Osnabrück Dr. Stüve an der Spitze, dem er denn auch die Vertretung des Volkes am Bunde zusammt den übrigen Forderungen des Tages zugestand. Deutlicher

noch war die Sprache, welche der Kurfürst von Hessen von seinen mißhandelten Unterthanen zu hören bekam. Als er den Deputationen, welche sich zur Unterstützung der in Kassel aufgestellten Forderungen des Volkes dort einfanden, kein Gehör gab, ward ihm am 9. ein förmliches Ultimatum gestellt: „Das Volk verlangt was ihm gebührt; es spricht den Willen aus, daß seine Zukunft besser sein soll, als seine Vergangenheit"; innerhalb dreier Tage müßten die namhaft gemachten Forderungen gewährt sein; drohend wies die „Volkscommission", welche dieses Ultimatum stellte, auf den bewaffneten Zuzug hin, der in den Städten sich sammle. Am 11. gab der Fürst nach, da man bereits zu einem Sturm aufs Schloß sich anschickte.

Da und dort ging die Bewegung bereits über die constitutionellen Bahnen hinaus. An einzelnen Punkten, wie im Odenwald, im fränkischen Theile von Würtemberg kam es zu Bauernaufständen; in Baden beschloß eine Versammlung zu Stockach im Seekreis augenblickliche Volksbewaffnung, und überall spielten die großentheils nicht vorhandenen „Feudallasten" in den Reden der Aufwiegler eine große Rolle. Gerüchte — offenbar in Umlauf gesetzt von Solchen, welche nicht ohne Nutzen die Geschichte der ersten französischen Revolution studirt hatten — von Massen französischen Gesindels, das sich von jenseits des Rheins herüberwälze, dienten dazu, die erhitzte Bevölkerung in ganz Südwestdeutschland, wo dieses Truggespenst Schaaren von Flüchtlingen vor sich hertrieb, zur raschen Organisation von Bürgerwehren zu treiben. Alle Welt griff zu irgend einer primitiven Waffe, während gleichzeitig Greise und unbärtige Knaben sich damit behagten, in unablässigen geräuschvollen Versammlungen ausfindig zu machen, welche besondere Aufgabe ihnen die „große Zeit", die so plötzlich angebrochen, zugewiesen habe, und trommelten und exercierten, als wäre schon am nächsten Tage der Einbruch irgend welcher Hunnen oder Mongolen zu befürchten. Indessen gestaltete sich die Lage, trotz des Jubels über die neuen „Errungenschaften", der, in Süddeutschland besonders, in den Flitterwochen der neuen Freiheit den Wirthshäusern goldne Ernten sprießen ließ, allmälig ernster. Im Großherzogthum Baden gewann der Radicalismus und die republikanische Ideologie sichtbar die Oberhand über die mehr und mehr meisterlos schweifenden Gemüther: von entscheidender Wichtigkeit aber war der Gang, den die Dinge mittlerweile in Berlin und Wien zu nehmen angefangen hatten. Seit dem 2. März befand sich der preußische General von Radowitz in Wien. Die begonnenen Unterhandlungen zwischen den beiden großen Höfen über die deutschen Angelegenheiten waren aber von den Ereignissen bereits überholt und unwirksam gemacht.

Im Jahre 1830 war Oestreich von den Wirkungen der Pariser

Ereignisse nur wenig und nur sehr mittelbar berührt worden: diese neue Fluthwelle der Revolution überschwemmte rasch alle Schranken und künstlichen Dämme und drohte mehr als einmal den Thron selbst, der hier mehr noch als sonstwo die Staatseinheit bedeutete, in ihren Tiefen zu verschlingen; sie drang in alle Adern dieses künstlichen Staatswesens; wo an Einer Stelle die Wasser aus dem lecken Schiff mit unsäglicher Mühe hinausgeschafft waren, brachen sie im nächsten Augenblick an einer andern mit verdoppelter Wuth herein.

Die Ueberzeugung, daß in der bisherigen Weise nicht fortgewirthschaftet werden dürfe, war hier, wie wir gesehen haben, bereits weit verbreitet, als die Pariser Katastrophe eintrat. Die ungeheuren Uebel, an denen diese Monarchie krankte, traten jetzt plötzlich an die Oberfläche des allgemeinen Bewußtseins: und auch hier in Wien suchte man die Heilung zunächst in den allerwärts angepriesenen Heilmitteln des Constitutionalismus. Aber die Krankheit nahm hier, einerseits in Folge der finanziellen Nothstände und andererseits in Folge der Zusammensetzung des Reichs aus den widerstrebendsten Bestandtheilen, einen so acuten Charakter an, daß jenen im besten Falle sehr allmälig wirkenden Mitteln keine Zeit gegönnt war ihre Heilkraft zu erproben. Die liberale Partei, welche in mehreren für gewöhnlich sehr friedfertigen Vereinen, wie dem niederöstreichischen Gewerbeverein, Sammelpunkte besaß und alsbald mächtige Verbündete in den Studenten und Professoren der Wiener Universität sowie in den Fabrikarbeitern der Vorstädte von Wien erhielt, brachte ihre Wünsche in Form von Adressen an den Kaiser und an die niederöstreichischen Stände, deren Zusammentritt unmittelbar bevorstand: Veröffentlichung des Staatshaushalts, periodische Berufung eines alle Länder umfassenden ständischen Körpers, Oeffentlichkeit der Rechtspflege, Preßgesetzgebung, zeitgemäße Gemeindeverfassung. Der Kaiser empfing sie mit gutmüthiger Freundlichkeit wie immer; einen Entschluß zu fassen, war seine Sache nicht; die Frage, was weiter werden solle, zu beantworten übernahm an der rathlosen Rathgeber Stelle die aufgeregte Volksstimmung. Am 13. März, dem Tage des Zusammentritts der sonst höchst harmlosen „Nothfrackstände" Niederöstreichs organisirte sich ein großer Zug nach deren Sitzungslocal, dem sogenannten Landhause. Auf der Burg waren einige Regierende, aber keine Regierung versammelt: es kam zu Reibungen zwischen dem Militär und den dichtgedrängten Volksmassen, von denen ein Theil ins Landhaus eingedrungen war und dort sein Wesen trieb; die Nachricht von dem Zusammenstoß und dem Schießen der Soldaten rief auch die eigentliche Bürgerschaft zu thätigem Eingreifen auf und am Abend eines stürmischen Tages war man so weit, durch eine Deputation vom Kaiser — an dessen Stelle die Staats-

konferenz handelte — die Entfernung des Fürsten Metternich, die Zurückziehung des Militärs und die Bewaffnung des Volks zu verlangen. Der alte Fürst, vom Hofe sofort aufgegeben, war wie das ganze „System“ mit seiner Weisheit am Ende und machte sich am folgenden Tage aus dem Staube. Am gleichen Tage wurden vor dem Zeughaus Gewehre an die Bürger vertheilt und auch Wien hatte nun seine Nationalgarde. Die Revolution war fertig, das alte Oestreich lag in Trümmern: und am 15. März, demselben Tage wo auch Kossuth mit den ungarischen Forderungen in Wien erschien, wurde das kaiserliche Manifest verkündigt, das völlig in die neue Bahn der constitutionellen Regierung mit Preßfreiheit und sofortiger Berufung der Abgeordneten sämmtlicher Provinzialstände einlenkte, und das auch hier, in Wien wie in den Provinzen denselben gedankenlosen Jubel hervorrief, mit welchem sich alle Welt in diesen Flitterwochen einer neuen Zeit über die ernsten Probleme, die sie stellte, hinwegtäuschte. Am 18. März bei einer Umfahrt des Kaisers, bei der man dem willenlosen Manne eine schwarzrothgelbe Fahne in die Hand steckte, während eine andere vom Stephansdome wehte, spannte das freudeberauschte Volk die Pferde vom Wagen, während die Truppen von der Hofburg abzogen und den Schutz des Kaiserthums der neugeschaffenen Nationalgarde überließen.

Es war derselbe Tag, an welchem in Berlin ein muthwillig herbeigeführtes Seitenstück zu dem Pariser Ereigniß unter nutzlosem Blutvergießen zu großem Verderben der vaterländischen Entwickelung, welche nur von hier aus ihre Lösung finden konnte, sich abspielte.

Die Unhaltbarkeit der deutschen Bundesverfassung war dort längst erkannt. Eine Denkschrift des Generals v. Radowitz, des Militärbevollmächtigten am deutschen Bunde, hatte schon unter dem 20. November 1847 mit voller Klarheit das Uebel und sein einzig mögliches Heilmittel dargelegt. Der deutsche Bund, so führte diese Denkschrift, „Deutschland und Friedrich Wilhelm IV.“, aus, hat in den 32 Jahren seines Bestehens nichts gethan; der materielle Schaden, den diese Unthätigkeit verursachte, ist groß, größer der moralische; soll eine neue befriedigende Lebensordnung in Deutschland möglich sein, so muß der Sehnsucht nach einer großen deutschen Gemeinschaft, die sich aller Gemüther bemächtigt hat, Rechnung getragen werden. Und dieser Drang in den Gemüthern des deutschen Volks trifft zusammen mit dem, was Lebensbedürfniß Preußens ist, das seine unzulänglichen Machtmittel nur ergänzen kann in einer festen und innigen Gemeinschaft mit dem übrigen Deutschland. Preußen also muß sich mit dem bessern Geiste Deutschlands verbinden, — in dem wiedergeborenen Deutschland wird es sich selbst erst recht finden. Mit anderen Worten: Preußen muß auf politischem Gebiete die Führung zu einer neuen Einigung im Geiste

des Jahrhunderts übernehmen, wie es auf dem volkswirthschaftlichen gethan. Die Hauptschwierigkeit wäre dabei die Auseinandersetzung mit Oestreich gewesen, die in gewöhnlichen Zeiten sich schwer hätte finden lassen: dazu wäre jetzt Rath geworden, wo Alles aus den Fugen zu weichen drohte, und wenigstens Oestreich sicher aus den Fugen weichen mußte.

Wenn ein Staat, dessen Fundamente so fest gegründet waren wie die des preußischen, diese Aufgabe in die Hand nahm, so war dieses hohe Ziel einer politischen Einigung der centralen Nation Europas erreichbar, anders nicht. Die Bewegung im preußischen Deutschland nun vollzog sich zunächst in derselben Weise wie überall. Was in den rheinischen Städten Köln, Düsseldorf, Aachen begann, wiederholte sich in Breslau, Königsberg und in Berlin, wo unruhige Menschenmassen unter den Zelten im Thiergarten ihre Versammlungen hielten und die Redner des Tages beklatschten; hier mit mehr, dort mit weniger Tumult: es machte eine Art Eifersucht rege, daß man es in Wien schon zu einer Revolution gebracht hatte, in Berlin noch nicht. Am 14. März berief ein Patent des Königs, welches die Absicht kund gab, zu einer wirklichen Regeneration des deutschen Bundes zu gelangen, den vereinigten Landtag auf den 27. April. Die übrigen Forderungen des Tages, welche sich auf den Ausbau der constitutionellen Freiheiten bezogen, sollten eben auf diesem Landtage berathen werden und ihre richtige Form oder gesetzliche Fassung erhalten. Allein die sich allenthalben überstürzenden Ereignisse erlaubten keinen so bedächtigen Gang; wiederholte Zusammenstöße des Militärs mit den unruhigen Menschenmassen hielten die Aufregung wach und die Wiener Nachrichten schienen zu entscheidenden Entschlüssen zu drängen. Sie erfolgten am 18. März: ein Erlaß, in welchem der König den vereinigten Landtag schon auf den 2. April nach Berlin berief, enthielt mit aller Deutlichkeit das Programm der neuen Zeit — die Grundzüge dessen, was nach zwei Jahrzehnten voll Verwirrung, nach schweren Krisen, unter gewaltigem Kreisen und Ringen wirklich geworden ist — Verwandlung Deutschlands aus einem Staatenbund in einen Bundesstaat, — Bundesrepräsentation, zunächst aus den Ständen aller deutschen Länder, welche eine constitutionelle Verfassung aller deutschen Staaten zur nothwendigen Voraussetzung habe, eine allgemeine deutsche Wehrverfassung, deutsche Flotte, deutsches Bundesgericht; allgemeines deutsches Heimathrecht und volle Freizügigkeit; allgemeiner deutscher Zollverein, gleiches Maß und Gewicht, gleicher Münzfuß; Preßfreiheit. Dieß verkündete der König als das Programm der Regierung des mächtigsten deutschen Staates in einem Actenstück, das von ihm, dem Prinzen von Preußen und von sämmtlichen Ministern, insgesammt Männern von Ehre, unterzeichnet

war. Es war Alles gewährt und zugestanden: und was mehr, die Opferwilligkeit der deutschen Fürsten, zu Gunsten des großen Ganzen auf denjenigen Theil ihrer Souveränetätsrechte zu verzichten, dessen Unterdrückung dieses Programm voraussetzte — jetzt, wenn irgend wann, war sie zu erwarten und, wo sie nicht sofort erfolgte, unschwer zu erzwingen. Aber der aus seinen Ufern getretene Strom der Volksbewegung führte nicht wenige unreine Elemente mit sich, denen mit einer solchen ruhigen Entwickelung ganz und gar nicht gedient war. Zu allen Thoren Berlins war in diesen letzten Wochen und Tagen revolutionäres Gesindel eingeströmt, Polen, Franzosen, in den Künsten der Emeute und des Straßenkampfes erfahren, das dort bereite Genossen fand. Diese Kräfte zogen aus Allem ihre Nahrung. Die Geschäfte stockten in der unruhigen Zeit; der Müßiggang wollte nicht zu arbeiten aber zu thun haben; alle Welt suchte nach neuen Dingen, welche der Aufregung, an die man sich schnell gewöhnt hatte, weitere Nahrung geben könnten. In der Bevölkerung greift der Gedanke Platz, vor das Schloß zu ziehen, dem König für seine Gewährungen zu danken — unterdessen geben sich Andere an's Werk, Alles zum Barricadenbau vorzubereiten, wenn aus der Dankesprocession, was ja immer möglich, die gute Gelegenheit zu Tumult und Aufruhr sich entwickelt.*) Das Schloß war, wie recht und billig, militärisch gedeckt; um ein Uhr ziehen die Massen heran; der König erscheint auf dem Balcon: während lautes und enthusiastisches Lebehoch ihn begrüßt, ertönt aus anderen Gruppen der Ruf nach Zurückziehung des Militärs. Die Soldaten, in gemessener Haltung, wie sie diesen Truppen natürlich ist, suchen den Platz frei zu machen, den die wogende Menschenmenge, von einzelnen Hitzköpfen oder Buben aufgestachelt, einnimmt; da wiederholt sich — man muß wohl annehmen, wenigstens der einen Hälfte nach, zufällig — das Ereigniß, das dem französischen Königthum in der Nacht vom 23. auf den 24. Februar so verhängnißvoll ward. Zwei Schüsse fallen, Niemand weiß von wem abgefeuert; man hat nachher gefunden oder angenommen, daß zwei Gewehre — an sich sehr möglich in den dichtgestellten, gedrängten Reihen der Soldaten — durch Zufall sich entluden. Sie verwundeten Niemanden und an eine verrätherische Absicht zu denken, war nur in jenen Tagen möglich, wo alle Welt in einer Art Trunkenheit lebte; aber das Signal für die Sachverständigen, die nicht trunken waren, war damit gegeben. Derselbe Ruf erschallt wie dort zu Paris: „wir sind verrathen, zu den Waffen"; allerwärts wachsen die wohlvorbereiteten Barricaden aus der Erde, von denen herab man

*) Mit dieser Darstellung sind neuerdings handschriftliche Aufzeichnungen des Ministers v. Bodelschwingh verglichen worden.

bald französische und polnische Commandoworte hört. Es begann ein blutiges und sinnloses Seitenstück zu dem Pariser Straßenkampf. Von drei Uhr Nachmittags bis zum andern Morgen dauerte der Kampf; das Sturmläuten, die Schüsse, Aufruhrgeschrei, Hurrah der Truppen tönte durch die mondhelle Nacht, die da und dort aufgehende Feuersbrünste erleuchten: Eines aber war hier anders als zu Paris: hier waren keine Officiere und keine Truppen, welche ihre Pflicht verrathen hätten gleich den französischen. Siegreich stritten die Truppen dem sinnlosen Aufruhr Straße um Straße ab: unglücklicher Weise aber gab der König, von verschiedenem Rath bestürmt, zwiespältigen Herzens, schwach, am 19. März Nachts zwei Uhr den Befehl, das Feuern einzustellen und erließ dagegen eine Proclamation „An Meine lieben Berliner", deren milde Worte in diesem Augenblicke nirgends gewürdigt und nirgends verstanden wurden. Hätte man folgerichtig und kräftig den mehr als halbbesiegten Aufstand, an dem die eigentliche Bürgerschaft Berlins übrigens so gut wie gar nicht betheiligt war, vollends niedergeschlagen, aber an der angekündigten Politik treu festgehalten: so wäre die Autorität eines nationalen Königthums an dieser wichtigen Stelle gesichert gewesen und um ein solches Wahrzeichen hätte sich die aus den Fugen strebende Gesellschaft, das gährende Deutschland — „ein Schiff ohne Sterne in schwerem Sturme", wie der große italienische Dichter einst von seinem Lande sagte — wieder zurechtfinden und erneuern können. So aber ging in jener unglückseligen Nacht Alles zugleich verloren: dem König nahm die Schwäche, die ihn im entscheidenden Augenblick befiel, Kraft und Urtheil für lange Zeit; die verleumderischen Darstellungen, welche über diesen Kampf geflissentlich in Umlauf gesetzt wurden und welche, da denn doch reichlich Blut geflossen war, überall Eingang fanden, raubten der preußischen Krone die Popularität, welche ihr für die Durchführung der großen Aufgabe nothwendig war; und auf der andern Seite verloren auch die conservativen Kräfte das Vertrauen angesichts der Halbheit, mit welcher der König mitten auf dem Wege der Herstellung der Ordnung wieder den Rücken gewendet hatte.

Während die revolutionäre Partei, welche die Bürgerschaft düpirt hatte, ihren Sieg zu einem nichtswürdigen Triumphzuge mißbrauchte — sie brachten einige der Gefallenen auf offenen Bahren nach dem Schloßhof und zwangen den König, auf dem Balcon zu erscheinen — verließen die siegreichen Truppen Berlin, und bewaffnete Bürger und Studenten bezogen die Wachen. Um zwei Uhr verkündete ein Erlaß die Bildung eines neuen Ministeriums aus liberalen Männern: v. Arnim das Aeußere, v. Auerswald das Innere, Graf Schwerin Kultus; am 20. gab der König eine Amnestie; am 21. nahm er in einer Pro-

clamation die „alten ehrwürdigen Farben der deutschen Nation“ an und zeigte sich in einem seltsamen Umritt der Stadt in der neuen Rolle eines „Führers der deutschen Nation für die Tage der Gefahr“, — er selbst mit der dreifarbigen Binde um den Arm, in seinem Gefolge Prinzen, Minister, Generale mit demselben Abzeichen, geschaart um eine von einem Bürger zu Pferde getragene deutsche Fahne. „Preußen geht fortan in Deutschland auf“, hieß es in der gleichzeitig verbreiteten Proclamation; der König beabsichtige, den Fürsten und Ständen Deutschlands die Gelegenheit zu eröffnen, mit Organen des preußischen Landtags zu einer gemeinsamen Versammlung zusammenzutreten. Dieß war Alles jetzt zu spät; während sein Bruder, der Prinz von Preußen, dessen männliches Selbstgefühl und gerader Verstand sich dem Zurückziehen der Truppen vergebens widersetzt hatte, mit diesen die Stadt verließ und eine Zeitlang sich nach England begab — sein Palais mußte durch eine Tafel mit der Aufschrift „Nationaleigenthum“ vor dem Zorn des Volkes oder was dafür galt geschützt werden — fügte am 22. die Revolution dem König eine neue Demüthigung zu, indem man den Leichenzug der am 18. Gefallenen, 187 Särge, am königlichen Schlosse vorüberziehen ließ, auf dessen Balcon der König unbedeckten Hauptes stand. Friedrich Wilhelm's Herz war tief und unheilbar verwundet, sein heller Verstand auch später noch durch die Erinnerung an diese Vorgänge verdüstert: und was schlimmer, die ganze Kraft des Regiments war gebrochen, Berlin einer turbulenten und nichtswürdigen Straßendemagogie, einer schlaffen Bürgerwehr überliefert. Die Ministerien wechselten, ohne daß irgend eines dem Staate Friedrich's des Großen die Haltung hätte geben können, die ihm in jener kritischen Zeit vor Allem nöthig gewesen wäre.

Jene Proclamation vom 21., durch welche der König sich für die Tage der Gefahr an die Spitze des Gesammtvaterlandes stellte, erntete allenthalben nichts als Hohn. Mit klaren politischen Gedanken, wie dem, daß der mächtigste deutsche Staat die deutsche Einheit schaffen mußte, wenn sie überhaupt geschaffen werden konnte, gab man sich damals nicht ab; frei, aus dem Nichts, aus dem Chaos heraus wollte man das neue deutsche Reich erstehen lassen. Am 31. März trat, während der Bundestag durch den Eintritt liberaler Bundestagsgesandter an Stelle der seitherigen seinen Charakter geändert, auch bereits die Wahl zu einer constituirenden Nationalversammlung des gesammten deutschen Volkes ausgeschrieben hatte, im Verfolg der Heidelberger Versammlung vom 5. März zu Frankfurt a. M. eine freie Versammlung von Volksabgeordneten und Notabeln, der man in dieser an neuen politischen Begriffen und Wortbildungen so reichen Zeit den Namen eines Vorparlaments gab, zusammen. Es waren etwa 500

im Ganzen, unter denen man, neben 141 Preußen, 72 Badenern u. s. w. auch glücklich einen und bald darauf sogar zwei Oestreicher entdeckte; eine Versammlung, die nun in vier Tagen unter dem Vorsitze des Heidelberger Professors Mittermaier die weittragendsten Beschlüsse oder Resolutionen faßte: Aufnahme Schleswigs sowie Ost- und Westpreußens in den deutschen Bund, Sühnung des bei den Theilungen Polens begangenen Unrechts, wie denn jede Versammlung jener Tage ihre Gedanken beliebig über alle Räume der Erde schweifen ließ, freisinnigsten Wahlmodus für die Wahl zum deutschen Parlament. Indeß hatten doch die besonneneren Elemente die Oberhand und es gelang der republikanischen Partei nicht, ihre Pläne durchzusetzen. An der Spitze dieser Partei standen einige badische und hessische Abgeordnete, der Mainzer Advokat Zitz, die Badener Friedrich Hecker und Gustav Struve: mit Hülfe des starken Anhangs, den sie unter dem Pöbel Frankfurts und seiner Nachbarstädte hatten, versuchten sie zunächst durch republikanische Demonstrationen die Versammlung einzuschüchtern und wenigstens das durchzusetzen, daß dieses Vorparlament sich für permanent erkläre. Damit wäre thatsächlich ein permanenter Revolutionszustand eingerichtet gewesen und sie hätten hoffen können, mit Hülfe ihrer Verbündeten auf der Straße jene Versammlung zu beherrschen. Allein diese verwarf den Antrag mit 368 gegen 143 Stimmen. Sie begnügte sich mit einer halbrevolutionären Maßregel, indem sie nur einen permanenten Ausschuß von 50 Mitgliedern wählte, der den Bundestag, dem man um seiner Vergangenheit willen noch immer nicht recht traute, unter eine Art von Curatel nehmen sollte. Unter dem Vorsitze von Soirons aus Mannheim trat denn dieser „Fünfzigerausschuß", in welchem neben den Koryphäen des Liberalismus in den verschiedenen Ländern auch einige neuere Berühmtheiten, wie Franz Raveaux aus Köln saßen, mit dem Bundestage in geschäftliche Verbindung. An Entwürfen für die künftige deutsche Verfassung fehlte es schon nicht mehr. Jene Commission der 17 Vertrauensmänner, welche dem engeren Rath des deutschen Bundes beigegeben worden war, arbeitete einen solchen aus, in welchem Professor Dahlmann die bundesstaatlichen Schranken sehr eng und sehr bestimmt gezogen hatte: das Wichtigste aber, ein geeignetes Organ zu schaffen, welches im Auftrage der Regierungen mit der zu wählenden Nationalversammlung verhandelt hätte, versuchte man nicht einmal: und so trug auch jener Verfassungsentwurf der Siebenzehn keinerlei amtlichen Charakter. Ein Fürstencongreß, von Oestreich und Preußen ins Auge gefaßt, war nicht zu Stande gekommen: im Volk und unter den politischen Dilettanten, in deren Händen augenblicklich das Volk war, herrschte die unglückliche Idee vor, Alles möglichst ohne die Regierungen zu thun; hatten

sie früher zu viel gegolten, so sollten sie jetzt um so weniger gelten. Der deutsche Bürgerstand zitterte und entrüstete sich bei dem Gedanken, die Fürsten ganz zu beseitigen: aber sie und ihre bureaukratischen Organe zu demüthigen, sie ein Wenig zu quälen, sie seine Macht fühlen zu lassen, nahm er sich nicht übel.

Die republikanische Partei ihrerseits, in Frankfurt abgewiesen, gab ihre Pläne gleichwohl nicht sofort auf. In Baden, wo den Leuten der Ruf ihres Ländchens, das am weitesten auf der Bahn der Freiheit vorgeschrittene zu sein, zu Kopfe gestiegen war, nahm die Bewegung mehr und mehr den radicalsten Charakter an. Von Paris her bereitete sich eine Anzahl Arbeiter, die dort nichts mehr zu thun hatten, nach Deutschland zurückzukehren, und am 1. April kündigte ihr Führer, ein Dichter von einigem Ruf, bedeutendem rhetorischem Talent und zweideutigem Charakter, Georg Herwegh, in einem offenen Briefe an, daß ihnen die Republik eine „religiöse Sache" sei, — ein Artikel, den sie sonst nicht zu führen pflegten — daß sie sich die Monarchie auch von keiner Majorität mehr würden aufzwingen lassen, und daß sie, die sie einige Uebung von den Pariser Barricaden mitbrächten, kämen, um mit ihren revolutionären Erfahrungen den Volkssturm zu unterstützen, ohne den die neue Zeit nicht über Deutschland heraufgeführt werden könne. An die Spitze dieses Volkssturms stellte sich der badische Abgeordnete Friedrich Hecker, ein begabter und beredter Mann von ungezügeltem Ehrgeiz, Schmeichler und Günstling der Menge, der sich demnächst für die Rolle eines republikanischen Freischaarenführers die geeignete Garderobe, den grauen Calabreserhut mit der Hahnenfeder, die Pistolen im Gürtel, die hohen Wasserstiefeln aussuchte. Am 17. April, nachdem die nöthigen Vorbereitungen getroffen waren, schlugen sie zu Constanz im badischen Seekreise los; den einen ihrer Führer, einen gewissen Fickler, hatte der Abgeordnete Mathy, indem er der allerwärts um sich greifenden Feigheit ein Beispiel männlichen Muthes gab, am 8. April auf dem Karlsruher Bahnhof als Landesverräther verhaften lassen, als derselbe eben im Begriffe war, nach dem Schauplatz des republikanischen Abenteuers abzufahren. Die Aufständischen setzten die Regierung des badischen Seekreises, weil sie das Vertrauen des Volks verloren habe, ab, und zwangen den Regierungsdirector Peter, die Stelle eines Statthalters des neuen republikanischen Gouvernements anzunehmen. Unterdessen hatte man in Frankfurt seine Maßregeln getroffen. Würtembergische Truppen waren vom Schwarzwald, bairische von Lindau her im Anmarsch, und von Norden her zog ein hessendarmstädt'sches Truppencorps unter dem General Friedrich von Gagern, einem Bruder des neuen hessischen Ministerpräsidenten Heinrich von Gagern, heran. Bei Kandern (19. April)

stieß das Letztere auf das von Hecker geführte Freicorps, welches sich Hoffnung auf den Uebertritt der Truppen machte oder vorspiegeln ließ. Der General, ein edler Mann von reinem Patriotismus, ritt an die Freischaaren heran, um sie, ehe Blut fließe, mit milden Worten zum Verzicht auf ihr Beginnen zu bewegen; er richtete nichts aus; wie er das Pferd wandte, um zu den Seinen zurückzureiten, schossen die Elenden, die kein Commando im Zaume hielt, und Gagern wurde das erste Opfer dieses ebenso sinnlos wie frevelhaft vom Zaune gebrochenen Bürgerkrieges. Im Gefechte bewährten diese unberufenen Kämpfer einer Fahne, die nicht das Vaterland und nicht die Freiheit ihnen vertraut hatte, sich weniger. In einer Stunde waren sie zersprengt; vier Tage später ward Freiburg, wo die Aufständischen sich verschanzt hatten, von den Truppen genommen, und am 27. ward auch die Freischaar Herwegh's, etwa 1000 Mann, bei dem Dorfe Dossenbach von einer halben Compagnie Würtemberger abgewiesen, und dann von den inzwischen herangekommenen Truppen des Generals Miller auseinandergetrieben, zum Theil gefangen. Herwegh selbst rettete sein werthloses Leben, indem er sich, wie man erzählte*), unter das Spritzenleder eines Wagens versteckte, den seine resolute Frau kutschirte; auch Hecker und Struve entrannen. Am 29. April erließen sie von Straßburg aus ein Manifest: „eine Uebermacht von verthierten aus der Ferne herbeigezogenen Söldlingen hat in Baden die republikanischen Waffen einstweilen niedergeschlagen, und dem Volke das ihm verhaßte Fürstenregiment wieder aufgezwungen" — sie kündigten eine planmäßige Vorbereitung eines neuen Aufstandes an, mit dem es vorläufig noch gute Wege hatte.

b. Die deutsche Nationalversammlung 18. Mai 1848 — 18. Juni 1849.

Unterdessen wurden die Wahlen zu dem ersten deutschen Parlament allenthalben unter lebhafter Betheiligung — nur in den czechischen Bezirken Böhmens kamen sie nicht zu Stande — vollzogen, und alle Blicke richteten sich hoffend auf diese Versammlung, welche, der

---

*) In der Frankfurter Zeitung ereiferte sich ein Institutsvorsteher Krebs „Mannheim im März 1875" sehr über diese „Tendenzlüge." „Auch glaube ich hat es der Dichter Georg H. nicht um das deutsche Volk verdient, daß man ihn ungerechter Weise verunglimpft und verleumdet." Von Verleumdung ist nicht die Rede, da kein vernünftiger Mensch es H. übel nehmen wird, wenn er auf der Flucht vor bewaffneten Feinden sich verbirgt, ob hinter einem Strauch oder unter dem Spritzenleder eines Wagens, bleibt sich gleich. Uebrigens ist die Berichtigung des Herrn Krebs, daß der oben genannte Fickler weder Arzt noch Dr. war (wie die erste Ausgabe sagt) die einzige, welche ich den Recensionen aus dem Lager der 1848iger Demokratie verdanke.

Vereinbarung zwischen Bundestag und Fünfzigerausschuß gemäß, am 18. Mai zu Frankfurt a. M. eröffnet wurde. Ein großer Augenblick: unter dem Geläute aller Glocken, dem Donner der Geschütze, unter lautem Jubelruf der Bevölkerung zogen die Vertreter einer aus langem Schlafe erwachten Nation vom Kaisersaal im Römer nach dem für sie bestimmten Sitzungslocal, der Paulskirche, und von überallher begleiteten sie die feurigen Wünsche, die heißen Gebete des Volks: von dieser Versammlung erwartete man die Wiederherstellung der Einheit der Nation, von der man, mehr patriotisch als wahr, annahm, daß sie früher einmal in ähnlicher Weise wie man jetzt sie ersehnte, wirklich bestanden habe. Man erwartete von ihr die Aufrichtung einer Verfassung „auf breitester demokratischer Grundlage“ einerseits, mit Schonung jeder berechtigten Autorität andererseits — Freiheiten des Volks, so viele nur jemals irgend welcher Volksversammlung von irgend einem der tausend Redner, die nicht wußten was sie wollten, verheißen worden waren, dabei aber eine kraftvolle Einheit der Executive: — Ein großes Reich, und in demselben auch wieder alle Einzelstaaten, von denen jeder zwar allenfalls ein halbes oder ganzes Dutzend der anderen, keiner aber sich selbst missen wollte, — einen Dombau, wie ein fleckenloser Patriot und großer Dichter, dem die Begeisterung die sonst so schweigsame Zunge löste, Ludwig Uhland, einmal in feurigem Schwung der Rede ausführte, mit den zwei großen Thürmen Oestreich und Preußen, mit vielen kleinen und kleinsten Thürmen und Thürmchen: und dieser Versammlung, die so sichtbar getragen war vom Enthusiasmus einer Nation von 40 Millionen, schien auch die Macht nicht zu fehlen, jede widerstrebende Wirklichkeit mit dem allmächtigen Hauche der Nationalsouveränetät zu vernichten.

In der That durfte die Nation auf diese Versammlung stolz sein, welche die besten Namen, alle Koryphäen der verschiedenen Parteien, — Vertreter aller im Volke sich regenden Kräfte, — in sich vereinigte, und die so ein Bild darstellte von der Mannigfaltigkeit und dem Ueberreichthum der Lebenstriebe in diesem Volke: 586 Abgeordnete im Ganzen, besonnene und gemäßigte Männer die Meisten, über 100 Professoren und Litteraten, viele Juristen, doch auch Geistliche, Generale, Verwaltungsbeamte, verhältnißmäßig wenige Kaufleute und Fabrikanten. Noch waren die Gegensätze verhüllt. Man sah den östreichischen Abgeordneten mit dem preußischen, den tyroler Bauern oder Pfaffen mit dem liberalen Advokaten aus Baden oder Hessen, dem ostpreußischen oder märkischen Junker scheinbar von der gleichen Idee beseelt: und mit großer Stimmenmehrheit, 305 von 397 wurde Heinrich von Gagern zu ihrem Präsidenten gewählt, ein Mann, der durch Geschäftserfahrung, reinen Charakter und idealen Schwung seines Pa-

triotismus würdig und geeignet für diese Stelle war, und dessen Name zugleich eine Bürgschaft bot, daß die große Mehrheit dieser Versammlung auf dem Boden des Gegebenen, der constitutionellen Monarchie, bleiben wollte.

Langsam begannen die ungeheuren Schwierigkeiten hervorzutreten, welche der großen Aufgabe sich entgegenstellten. Die Versammlung beging den unter den gegebenen Verhältnissen vielleicht natürlichen, darum aber nicht minder schweren Fehler, nicht von vornherein sich auf den Standpunkt der Vereinbarung mit den Regierungen zu stellen. Man sprach viel von Nationalsouveränetät und vergaß, daß die Regierungen eben auch einen Theil der Nation, so wie sie wirklich war, bildeten, und man hinderte, wenig folgerichtig, es nicht, daß gleichzeitig mit dieser Versammlung in den einzelnen Staaten die Landesvertretungen tagten. Staatsmännische Geister, wie Karl Mathy, welche in dem allgemeinen Wirrwarr der Begriffe sich den Sinn für das Wirkliche bewahrt hatten, wünschten, daß neben der Nationalversammlung der Bundestag bleibe, damit in regelmäßigem Geschäftsverkehr die Einheit und die Vielheit, das Neue und das Alte, der Wunsch und die Thatsache sich verständige. Aber man wollte selbst von dem geläuterten Bundestage nichts wissen, und ging frischen Muthes daran, ein Reich in die Wolken zu bauen.

Schärfer begannen die Parteiunterschiede hervorzutreten, als man daran ging, der souveränen Versammlung eine provisorische Executive, eine „Centralgewalt“ an die Seite zu stellen. Eine Menge Wege wurden vorgeschlagen, und in achttägigen Debatten erörtert, bei denen alle Parteien zeigten, was sie an politischem und rednerischem Talent besaßen, freilich auch mannigfache Armseligkeit — professorenhafter Dünkel, demagogisches Maulheldenthum, Unklarheit und hohler Idealismus sich breit machte. Das Ergebniß war die Wahl eines Reichsverwesers, also die monarchische Spitze, aber souverän von der Versammlung bestimmt: „ich thue einen kühnen Griff“, sprach Gagern am sechsten Tag der Debatte, „und sage, wir müssen die Centralgewalt selbst schaffen“; die Wahl fiel am 27. Juni mit großer Mehrheit, 436 Stimmen gegen 52, welche Gagern, und 32 welche der badische Halbrepublikaner Adam von Itzstein erhielt, auf den Erzherzog Johann von Oestreich, einen sechsundsechszigjährigen Fürsten, der sich einer großen Popularität erfreute: den Einen genehm, weil er ein Fürst war, den Anderen, weil er, obgleich Fürst, treuherzig bürgerliche Manieren und eine sehr bürgerliche Frau hatte; Einigen, weil er Habsburger und Katholik war, Anderen, obgleich er dieß war: Allen, weil er als blos apanagirter Prinz späteren definitiven Festsetzungen nicht im Wege stand. Der Erzherzog, durch eine Deputation von sieben Mitgliedern

in Kenntniß gesetzt, nahm an. Am 11. Juli traf er von Wien in Frankfurt ein, ernannte den seitherigen östreichischen Bundestagsgesandten, Ritter Anton von Schmerling — einen Mann, der wie der Erzherzog vor Allem Oestreicher war, dieß aber, wo es nicht hingehörte, wie der Erzherzog sehr gut zu verstecken wußte — zum Minister des Auswärtigen, einen preußischen General, von Peucker, zum Kriegsminister, den Hamburger Heckscher, einen jüdischen Advokaten, zum Justizminister, und erfreute die Frankfurter und ganz Süddeutschland, wo man auf diese Eigenschaft bei Fürsten einen übertriebenen Werth legt, durch sein populäres Auftreten und sein scheinbar naives Sichgehenlassen. Am 13. Juli hielt alsdann der Bundestag seine letzte Sitzung und im August wurden die übrigen „Reichsministerien" besetzt: an die Spitze des gesammten Ministeriums trat ein sehr vornehmer Herr, ein Halbbruder der Königin von England, der Fürst von Leiningen, während die einzelnen Departements einer mit Berücksichtigung der Landsmannschaften ausgewählten Anzahl hervorragend tüchtiger Männer übertragen wurden.

Denn daran, an tüchtigen Männern für jedes Fach und jede Frage, für jeden der zahlreichen Ausschüsse, in welchen die Probleme studirt wurden ehe sie vor die Versammlung kamen, fehlte es am allerwenigsten. Allein gleich die erste Probe, auf welche die neue Reichsgewalt ihre Macht stellte, fiel wenig befriedigend aus. Ein Befehl des Reichskriegsministers wies sämmtliche Bundestruppen an, am 6. August zu festlicher Parade auszurücken und dabei dem Reichsverweser zu huldigen. In den kleinen Staaten geschah es; aber man sorgte dafür, daß neben dem Vivat auf den Reichsverweser auch das Lebehoch auf den Landesherrn nicht fehlte, und mißtrauische Leute wollten bemerken, daß das Letztere einen viel lauteren Klang gab als das Erstere. Den Herzog von Braunschweig zwang seine Bürgerschaft, dem Verlangen der Reichsgewalt nachzukommen; auch der König von Hannover, der schwer an dem Joche trug, das die Zeitverhältnisse seiner Despotennatur auflegten, fügte sich nach einiger Correspondenz mit dem Reichsministerium der drohenden Haltung der Nationalversammlung und ließ sein Ministerium die verlangte unumwundene Anerkennung der Centralgewalt erklären. Aber in Oestreich, wo man freilich wichtigere Dinge zu thun hatte, als Paraden zu halten, nahm man von der ganzen Sache keine Notiz, und Seitens der preußischen Regierung wich man aus, indem man erklärte, daß den Truppen bereits unter dem 29. Juli das Verhältniß zum Reichsverweser bekannt gegeben worden sei, und unterließ die Huldigung. Und dieß war nicht etwa der Ausfluß einer Verstimmung des Königs oder der Regierung, oder Rücksichtsnahme auf die Stimmung der Officiere: das richtige Staatsgefühl des

gesammten preußischen Volkes, das sich bewußt war, einem wirklichen Großstaate anzugehören und das diesen wirklichen Großstaat nicht zu Gunsten eines vorerst nur imaginären mediatisiren lassen wollte, sah mit Mißtrauen auf die Vorgänge in Frankfurt und begann die schwarz-weiße Fahne, welche eine Zeitlang von der schwarzrothgoldenen in den Hintergrund gedrängt worden war, wieder hervorzusuchen.

Die Nationalversammlung hatte nicht die Macht, weder Oestreich noch Preußen zu zwingen: der Gedanke aber begann allmälig zu dämmern, daß man schließlich zwischen der einen oder der anderen dieser beiden Großmächte seine Wahl werde treffen müssen. Vielleicht halfen die Ereignisse die Wahl erleichtern; auch Diejenigen, welche, noch eine kleine Zahl, mit sich im Reinen waren, daß die deutsche Einheit nur durch Anschluß an Preußen und Ausschluß Oestreichs zu Stande kommen könne, hofften, daß die Zeit diesem richtigen Gedanken zum Durchbruche helfen werde: und so war der Ausweg nicht unwillkommen, zunächst die Zeit mit Berathung eines Systems der deutschen Grundrechte hinzubringen, — einer magna charta der Freiheiten des deutschen Volkes, welche dann in jedem Fall, so schmeichelte man sich, einen werthvollen Besitz der Nation bilden würden, auch wenn das Gesammtverfassungswerk nicht ganz nach Wunsch gelinge. Freilich kam es so und mußte so kommen, daß mit der Einheit auch die Freiheiten verloren gingen; die Wahrheit des Dichterwortes „Freiheit ist bei der Macht allein" hatte man erst noch zu erfahren.

Einstweilen gelang es noch, die Gegensätze zu verwischen. Am 14. August folgte der Reichsverweser einer Einladung zum Dombaufest nach Köln, wo er mit dem König von Preußen zusammenkam. Ueber den Empfang, den ihm, dem katholischen Fürsten, die überwiegend katholische Bevölkerung der Rheinprovinz bereitete, konnte er nicht klagen; auf der andern Seite ward Friedrich Wilhelm allenthalben mit Demonstrationen empfangen, welche überwiegend den preußischen Charakter trugen: und erst im Rheinlande änderte sich dieß, wo in Düsseldorf die Bürgerwehr sich weigerte, sich beim Ehrenempfange ihres Landesherrn auf seiner Durchreise nach Köln zu betheiligen. Auch viele Mitglieder des Frankfurter Parlaments mit ihrem Präsidenten waren hier zugegen. Friedrich Wilhelm ließ, als Gagern ihm die Parlamentsmitglieder vorstellte, das Wort fallen, daß er überzeugt sei, sie würden nicht vergessen, daß es in Deutschland Fürsten gebe, und er zu diesen gehöre; im Uebrigen ging das Fest, da man sich in guter Gesellschaft befand, äußerlich im besten Einvernehmen vor sich. Der König, anknüpfend an seine frühere berühmte Rede an derselben Stelle, trank den Bauleuten am Dome der deutschen Einheit und ihrem wackeren Baumeister zu; er brachte den Trinkspruch auf den Erzherzog aus,

wie dieser auf ihn: „er gebe uns", sagte der König, „einige und freie Völker, er gebe uns einige und freie Fürsten."

Wenige Tage später trat ein Ereigniß ein, welches auf rauhe Weise Deutschland aus seinen Träumen riß und unerbittlich die Verhältnisse im Innern und nach außen zeigte, wie sie in Wirklichkeit waren: der Waffenstillstand, den am 26. August die dänische und die preußische Regierung zu Malmoe unter schwedischer Vermittelung schlossen.

Die stürmische Bewegung, welche in Folge der Februarrevolution ganz Deutschland ergriff, mußte die in den Elbherzogthümern, wie wir sahen, schon vorher äußerst gespannte Lage zu einer raschen und entscheidenden Krisis treiben: hier war der Punkt, wo das erwachende Deutschland seine erste Macht- und Waffenprobe bestehen sollte. König Christian VIII. war kurz vor dem Eintritt der großen europäischen Krisis, am 20. Januar 1848 gestorben: den Thron bestieg der Letzte seines Hauses, Friedrich VII. Von diesem verlangte eine Versammlung schleswigscher und holsteinischer Ständemitglieder zu Rendsburg (18. März) außer den allerwärts üblichen Volksrechten eine gemeinsame Verfassung für Schleswig-Holstein, und Eintritt Schleswigs in den deutschen Bund. Der König gestand den Holsteinern zu, was sie wollten, Schleswig dagegen werde mit einer freien, aber gemeinsamen Verfassung dem dänischen Gesammtstaate einverleibt werden. Er berief unter dem Drucke der Bevölkerung von Kopenhagen, die drohend vor dem Schlosse sich sammelte, am 22. März die Führer der sogenannten Eiderdänen, der Partei, welche die Ausdehnung des Gesammtstaates bis zur Eider, dem Gränzfluß zwischen Schleswig und Holstein, verlangte, Orla Lehmann und Tscherning, hervorragende Männer von Einsicht und Thatkraft, als Minister. In Kiel antwortete man am 24. mit Einrichtung einer provisorischen Regierung, welche aus den Führern der seitherigen deutschen Opposition, Beseler, dem Prinzen Friedrich von Augustenburg, dem Grafen Reventlow und einigen Anderen bestand. Eine Volksbewegung in Kopenhagen — so erklärte diese — ein Pöbelauflauf habe ihren Herzog gezwungen, eine feindliche Stellung gegen die Herzogthümer einzunehmen; der König, ihr Herzog, sei nicht mehr frei; zur Aufrechthaltung der Rechte des Landes und des angestammten Herzogs würden sie in des Letzteren Namen vorläufig die Geschäfte führen. Die Festung Rendsburg ward sofort armirt, bereitwillig stellte sich was von schleswig-holsteinischen Truppen im Lande war, unter die Befehle der neuen Regierung. „Der Kampf hat begonnen, der Däne rückt an des Vaterlandes Gränze", rief ein Tagesbefehl des Prinzen Friedrich (27. März) den Soldaten zu, und während die Bauern sich für des Landes Unabhängigkeit bewaffneten und besteuerten, eilten aus allen Gauen des deutschen Landes begeisterte

Freiwillige dieser gefährdeten Nordmark zu. Hier nun war ein Fall, in welchem der König von Preußen die Proclamation vom 21. März zu einer Wahrheit machen konnte. In einem Briefe an den Herzog von Augustenburg sprach er die dreifache Rechtsüberzeugung aus, daß die Herzogthümer selbstständige, daß sie festverbundene Staaten seien und daß in ihnen der Mannsstamm herrsche; er erklärte sich bereit, sie gegen etwaige Angriffe zu schützen. Der Bundestag seinerseits erkannte was geschehen als zu Recht bestehend an, ließ einen Vertreter der Herzogthümer in seiner Mitte Platz nehmen, und beauftragte den König von Preußen mit dem Schutze dieser Länder, das hieß, mit dem Kriege gegen Dänemark.

Denn schon hatten die Feindseligkeiten begonnen. Bei Bau, eine Meile nordwärts Flensburg, am 9. April erlitt die ungeschulte Begeisterung des zusammengerafften schleswig-holsteinischen Heeres gegen die Ueberzahl der Dänen, welche überdieß die See beherrschten, eine Niederlage; mit Trauer vernahm man in ganz Deutschland, daß das Corps der Kieler Studenten und Turner — nach höchst rühmlichen Kampf gegen große Uebermacht — fast ganz aufgerieben oder gefangen sei. Die Reste zogen sich bis hinter die Schlei zurück: mit Ungeduld erwartete man das Einrücken der Preußen. Geführt von General Wrangel rückten diese über die Gränze, erfreut über die Gelegenheit, die traurige Niederlage des Staats vom 18. März wieder gut zu machen. Am 23. April eroberte die nie fehlende Tapferkeit der preußischen Garde die Schanzenreihe des Danewirks und warf den Feind aus Stadt und Gegend von Schleswig; am 24. siegten die Hannoveraner bei Oeversee und besetzten Flensburg, und am 2. Mai überschritt Wrangel die jütländische Gränze bei Kolding. Die Dänen gaben ihre Festung Fridericia auf und retirirten auf die Insel Fünen. Allein es war ein ungleicher Kampf: den Kampf der Dogge mit dem Fisch nannte ihn der geistreiche König Friedrich Wilhelm IV.: die Dänen erklärten die lange Küstenlinie des deutschen Landes, das in 30 Friedensjahren es nicht einmal zu einer Kriegsflotte hatte bringen können, in Blockadezustand, fügten dem deutschen Handel ungestraft ungeheure Verluste zu und brachten deutsche Schiffe auf, wo sie solche finden konnten. General Wrangel legte den Jütländern dagegen eine Contribution von zwei Millionen Species auf und erklärte ihnen, daß er sich für allen Schaden, den der deutsche Handel erleiden würde, an ihnen erholen werde: für jedes Haus, das die Dänen an der deutschen Küste in Brand schießen würden, drohte er, würde er ein jütisches Dorf niederbrennen. Diese energische Kriegführung aber weckte die Einrede der übrigen Mächte, welche an der Neugestaltung Deutschlands keine Freude hatten, und seine ungünstige Lage bei diesem Kriege wohl erkannten. Die beiden

anderen nordischen Staaten fühlten sich bedroht und zum ersten Male wieder nach langen Jahren regte sich das scandinavische Gemeingefühl; dem Kaiser Nicolaus von Rußland war die „Rebellion“ der Herzogthümer ein Aergerniß und die Idee einer Erstarkung der deutschen Macht in jenen Meeren ein unerträglicher Gedanke; und auch in England nahm Lord Palmerston — der anfangs den vernünftigen Gedanken gehabt hatte, den Zankapfel, um den man stritt, Schleswig, einfach in zwei Theile zu schneiden, einen dänischen und einen deutschen, und Jedem zu geben, was ihm nach dem Rechte der Sprache und der Nationalität gebühre — mehr und mehr eine feindliche, der deutschen Erhebung mißgünstig abgewandte Haltung an. Unter diesem Druck wurde dem General Wrangel der Befehl zum Rückzug aus Jütland zugesandt. Es war nicht anders: ein Volk von 40 Millionen wich vor dem kleinen Inselstaate, der nicht zwei Millionen zählte. Von ihrer Meerstellung auf Alsen aus machten die Dänen Ausfälle nach dem Festland, deren einer ihnen fast übel bekommen wäre. Wrangel zog seine Truppen Preußen, Hannoveraner, Braunschweiger zusammen, um ihnen den Rückzug auf ihre Insel abzuschneiden; allein das siebenstündige Gefecht bei Düppel endigte nur mit dem Rückzug der Dänen nach Sonderburg und schwerem Verlust, nicht, wie man gehofft, mit ihrer Vernichtung.

Einzelne tapfere Thaten konnten nicht verhindern, daß der Krieg, der ohne Flotte ganz aussichtslos war, in den Küstenlandschaften, die ungeheuren Schaden litten, unpopulär wurde. Die Anordnung des Reichsverwesers vom 1. August, welche 36,000 Mann meist süddeutscher Truppen zur Verstärkung nach dem Norden aufbot, wurde zwar allenthalben in Süddeutschland mit Freuden aufgenommen, und eine tiefe Begeisterung regte sich, wo immer unter den Klängen des Schleswig-Holsteinliedes die Regimenter aus ihren Garnisonen auszogen: an der Sachlage änderte dieß ebensowenig, als es die Anfänge einer deutschen Flotte thaten, für welche ein gutgemeinter Patriotismus überall die Bier- und Bettelpfennige sammelte. Am 21. August unterhielt der Reichsminister Schmerling das Parlament mit diesen hoffnungsreichen Anfängen; am 26. aber ward zu Malmoe auf der Südküste von Schweden auf sieben Monate ein Waffenstillstand zwischen Dänemark und Preußen, das im Namen Deutschlands verhandelte, geschlossen. Die Blockade hört auf; die Gefangenen und die aufgebrachten Schiffe werden beiderseits in Freiheit gesetzt; die Herzogthümer werden von den Truppen beider Mächte geräumt. Die gesetzgebende Gewalt ruht, die seit dem 17. März erlassenen Verfügungen und Verordnungen sind aufgehoben; für Schleswig werden zwei Mitglieder einer interimistischen Regierung von Dänemark, für Holstein zwei von Preußen er-

nannt; über das fünfte Mitglied der gemeinschaftlichen Regierung verständigen sich die beiden Mächte. Das holsteinische Contingent wird auf den Friedensfuß gesetzt, das schleswigsche bis auf die Cadres aufgelöst.

Die Nachricht von diesem Waffenstillstand erregte überall, nur nicht in den Gegenden, welche von dem Kriege unmittelbar zu leiden gehabt hatten, einen heftigen, in seiner Art berechtigten, aber dennoch unvernünftigen Groll: die Nation erntete nur, was ihre Regierungen und mithin sie selbst während 30 Jahren gesündigt hatten. Nach heftigen, aufregenden Debatten verwarf das Parlament den Waffenstillstand am 5. September mit 238 gegen 221 Stimmen. Das Reichsministerium nahm seine Entlassung und ein Veteran des schleswig-holsteinischen Gedankens, Professor Dahlmann, der mit dem ganzen Feuer seines tiefen und ernsten Patriotismus den Waffenstillstand bekämpft hatte, erhielt vom Reichsverweser den Auftrag, ein neues zu bilden. Er konnte keines zu Stande bringen: und keines hätte die inneren Schwierigkeiten der Lage überwunden. Es zeigte sich für jedes Auge, das nicht ein Schalksauge war, daß das Parlament und seine improvisirte Reichsgewalt, deren Gesandte an den großen Höfen gar nicht anerkannt wurden, keine wirkliche Macht besaß: und so genehmigte am 16. September das Parlament mit 258 gegen 236 Stimmen den Waffenstillstand dennoch. Die wichtigste auswärtige Frage Deutschlands war also thatsächlich, — gut oder schlecht, — durch Preußen entschieden worden.

Die tief empörte Stimmung namentlich Süddeutschlands, wo man gewöhnt war, von Preußen alle Opfer zu fordern und selbst keine zu bringen, gab für einen Augenblick dort der republikanisch-demokratischen Partei gewonnenes Spiel. Sie hatte nach ihren Niederlagen im April die Agitation lebhaft fortgesetzt: allenthalben übte sie in den Kammern, in Clubs, in Volksversammlungen, namentlich in den kleineren Staaten, eine geräuschvolle Thätigkeit und vor Allem ging sie darauf aus, nach Möglichkeit den Geist der Truppen zu verderben. Am 15. Juni hatte diese Partei mittelst eines Congresses zu Frankfurt sich eine umfassende Organisation zu geben versucht; ihre Organe in der Presse regten durch eine Sprache von maßloser Heftigkeit die Massen gegen die, wie sie behaupteten, allerwärts sich wieder brüstende Reaction auf; wo etwa das Militär, durch Hohn und Thätlichkeiten gereizt, von den Waffen Gebrauch machte, wurde mit zügelloser Uebertreibung geschmäht und dagegen jeder tumultuirende Pöbelhaufe als souveränes Volk mit den Phrasen demagogischer Höflingsberedtsamkeit gefeiert. Schon die Wahl des Reichsverwesers war ihnen ein „Rückfall ins Mittelalter“ gewesen, — eine Zeitperiode von der der größere Theil ihres Publi-

tums nicht genau wußte, ob sie vor oder nach Christi Geburt falle. Die Gallerien der Paulskirche füllten sich mit diesem Volk, das von den zuchtlosesten Männern der Linken seine Parole empfing und jeden gelegentlichen Tumult in der Versammlung, wie z. B. als es sich um die Frage der Zulassung Hecker's handelte, der von einem badischen Wahlkreise ins Parlament gewählt worden war, — mit Schreien und Toben unterstützte.

Jetzt schien die Gelegenheit günstig, die Kraft des „demokratischen Gedankens" aufs Neue zu erproben. Am 17. September, dem Tag nach dem zweiten Beschluß des Parlaments in Betreff des Malmöer Waffenstillstands, fand auf der Pfingstweide bei Frankfurt eine große Volksversammlung Statt. Die wildesten Reden wurden gehalten; der Abgeordnete Zitz, ein Advokat aus Mainz, verlangte, das Volk — der exaltirte Menschenhaufe, zu welchem er sprach — solle die Linke für das ächte Parlament erklären; ein anderes Mitglied dieser Linken, Ludwig Simon aus Trier, meinte, es sei jetzt die Zeit gekommen, mit den Männern der Rechten von den Barricaden herab zu sprechen, — jenen Männern der Majorität, welche ein anderer dieser Redner, die ihre politische Weisheit aus den trüben Lachen unbestimmter und unvergohrener Erinnerungen an die erste französische Revolutionszeit schöpften, unter unermeßlichem Beifall als Verräther des Vaterlands, der Ehre und der Freiheit bezeichnete. Am folgenden Tage entbrannte zwischen den Volkshaufen und dem vom Frankfurter Senat requirirten Militär ein heftiger Straßenkampf, welcher den ganzen Tag hindurch andauerte. Während noch um die Barricaden gekämpft wurde, hatte die aufgestachelte bestialische Wuth, welche jetzt an politischen Phrasen wie sonst an geistigen Getränken sich entflammte, ein Opfer gefunden: zwei Abgeordnete der Majorität, der Fürst Lichnowski und der General von Auerswald, welche die Unvorsichtigkeit begangen hatten, den heranziehenden preußischen Truppen entgegenzureiten, fielen vor dem Eschenheimer Thore einem Haufen der Aufständischen in die Hände, welche sie massacrirten. Um 11 Uhr Nachts waren die Barricaden in den Händen der Truppen und die Aufständischen suchten das Weite; in Frankfurt wurde der Belagerungszustand verkündet. Auch an anderen Orten gab es republikanische Aufstandsversuche: so ward in Sigmaringen, nachdem der Fürst zum Lande hinausgelärmt war, die Republik proclamirt und als deren Präsident ein Advokat Wirth, ein Mann von vollendeter Nichtigkeit, aufgestellt — eine Posse, mit welcher man die trostlose Langeweile des Residenzstädtchens eines Zwergstaates unterbrach. In Würtemberg kam es zu einer republikanischen Expedition unter einem bankerotten Fabrikanten Rau; in Baden zu einem neuen Freischaareneinfall unter Gustav Struve und Karl Blind.

Das republikanische Regierungsblatt der letzteren Beiden verkündete am 22. September die Aufhebung sämmtlicher bisherigen Abgaben an Staat, Kirche und adelige Grundherren, sowie aller „mittelalterlichen Dienste" und proclamirte an deren Stelle eine progressive Einkommensteuer, welche den Unbemittelten nicht berühre. Es war ein wunderlicher Zug; eine Musikbande voran, alsdann eine rothe Fahne, dann 300 gut- und 1500 schlechtbewaffnete Männer, alsdann vierspännig die Frau Struve und darnach der Bürger Struve — denn das aristokratische „Herr" war in allen demokratischen Clubs und Kneipen längst mit dem wohlklingenden „Bürger" vertauscht worden — mit seinem Generalstabe, und dann zum Schluß allerlei bunter Pöbel. So zogen sie am 24. September in Staufen, einige Stunden von Freiburg im Breisgau, ein, das sie jedoch gegen die unter dem badischen General Hofmann heranziehenden Truppen, welche Geschütz mit sich führten, nicht behaupten konnten. Nachmittags 3 Uhr begann der Rückzug nach Todtenau, wo Struve Jedem freistellte, sich durch die Flucht zu retten. So that er selbst, ward aber eine Stunde von der schweizer Gränze ergriffen und wurde mit einer Anzahl Anderer nach Bruchsal ins Gefängniß gebracht.

Zur Unterdrückung der Anarchie hatte der Reichsgewalt Alles bereitwillig die Hand geboten; so lange sie auf diesem Boden sich bewegte, war sie mächtig. An demselben 24. September wurde das vorige Reichsministerium wieder in seine Stellung eingesetzt, es schien nach unerquicklicher Episode Alles wieder im alten Geleise und das Parlament nahm seine Berathungen wieder auf. Allein das Ansehen der Versammlung war tief geschädigt. Die hoffnungsreiche idealistische Stimmung der Märztage war hier dem Parteihasse, dort schon der völligen Hoffnungslosigkeit, unter den besitzenden und erwerbfleißigen Klassen einer lebhaften Sehnsucht nach Ruhe, nach Ruhe um jeden Preis, gewichen. Von Seiten der Linken war ein Antrag eingebracht worden, daß das Parlament seine Auflösung aussprechen, und die Wahl eines neuen bis zum 18. October anordnen solle. Der Antrag ward wie natürlich verworfen, und hatte wohl nur den Zweck gehabt, die Majorität zu ärgern, den er auch erreichte: auf der andern Seite gewann unter dieser Majorität und auch sonst in weiten Kreisen mehr und mehr die Stimmung die Oberhand, daß unter allen Umständen die erste Aufgabe sei, Deutschland vor einer Demokratenherrschaft zu bewahren.

Die Verhandlungen über den Malmöer Waffenstillstand hatten gezeigt, wo die Hauptschwierigkeiten der Neugestaltung Deutschlands und der Herstellung der Verfassung für dieses neue Deutschland lagen, und mehr und mehr wurde denjenigen, welche sich nicht wie die Linke und ihr Anhang damit begnügten, auf Fürsten, Reaction und Cama-

rilla zu schmähen, klar, daß der Kernpunkt der zu lösenden Frage in dem Verhältniß zu Oestreich und zu Preußen, oder richtiger, dem Verhältniß zwischen Oestreich und Preußen liege; und Männer, die es über sich gewannen, die Dinge unumwunden mit dem rechten Namen auszusprechen, sagten es damals schon, daß der gefährlichste Feind der Einheit nicht die Vielheit, sondern die Zweiheit und daß mithin die ganze deutsche Verfassungsfrage nichts als eine Machtfrage zwischen Oestreich und Preußen sei.

Preußen und Oestreich hatten während dieser Zeit neben dem Antheil, der ihnen an den Verwickelungen der deutschen Dinge zukam, noch ihre eigenen und besonderen Kämpfe und Geschicke durchzumachen.

Zunächst war noch die Frage, ob es fürderhin überhaupt ein Oestreich geben werde. Der alte Donaustaat krachte in allen seinen Fugen und mehr als einmal schien es und war es nahe daran, daß er sich in seine einzelnen Theile auflöse. Von den Kämpfen, welche sich auf die Behauptung der unglücklichen italienischen Stellung Oestreichs beziehen, reden wir später; zunächst eroberten sich die Ungarn im Sturme weniger Tage die nationale Unabhängigkeit, nach welcher sie seit lange mit wachsender Klarheit strebten. Sie hatten es durchgesetzt, daß, als am 12. Nov. 1847 der Reichstag eröffnet wurde, die kaiserliche Rede in magyarischer Sprache abgefaßt war: noch hatte derselbe nichts zu Tage gefördert, als der Sturm aus Westen alle Reden und Projekte überholte. Am 15. März 1848 traf zu Wien die Deputation ein, welche von dem vorauseilenden Palatin Erzherzog Stephan angekündigt, im Namen des Preßburger Reichstags ein besonderes ungarisches Ministerium verlangte, das zu Pesth seinen Sitz nehmen und dem Reichstage verantwortlich sein sollte. Die Deputation sah sich in Wien, wo kein Mensch in diesen Tagen seinen gesunden Verstand beisammen hatte, mit Jubel empfangen; der Kaiser bewilligte, was sie forderten: einen eigenen Vicekönig, ein selbstständiges Ministerium; sie hatten sich nur zu wehren, daß man ihren Staatsmännern nicht auch noch östreichische Ministerposten dazu anbot. Ludwig Kossuth, der jetzt die erste Rolle spielte, konnte in Preßburg dem freudetrunkenen Volke mittheilen, daß, was seither ein glühender patriotischer Wunsch gewesen, nämlich Ungarn von Ofen aus regiert zu sehen, nunmehr eine vollbrachte Thatsache sei: das neue Ministerium, Batthyanyi, Szechenyi, Kossuth, Deak ward gebildet und mit Eifer gab sich der Reichstag, er selbst beherrscht von den tumultuarischen Kräften, die hier wie überall mit dem steuerlosen Wrack des Staates ihr Spiel trieben, ans Werk, die allgemeinen Freiheitsprinzipien in bestimmte organische Gesetze zu fassen: Oeffentlichkeit der Sitzungen, Preßgesetz, Nationalgardengesetz, gleiches Stimmrecht aller Deputirten. Eine Anzahl längst beabsichtigter Reformen wur-

den im Sturme berathen und angenommen: die Selbstständigkeit der Administration des Landes ward durchgeführt: am 11. April sanctionirte der Kaiser die Beschlüsse des Reichstags. Eine Schwierigkeit lag darin, daß der ungarische Reichstag sich weigerte, einen entsprechenden Theil der gesammten östreichischen Staatsschuld zu übernehmen — aus dem der herrschenden Straßendemokratie sehr einleuchtenden Grunde, daß diese Staatsschulden ohne die Genehmigung des Reichstags und zu Zwecken, welche dem Lande fremd seien, kontrahirt worden waren. Indeß ums Schuldenzahlen machte man sich in jenen Tagen wenig Sorge; zunächst hatte Ungarn erreicht, was das herrschende Volk, die Magyaren, wollten.

Mittlerweile war inmitten täglich wachsender Zerrüttung die verheißene neue Verfassung für den Kaiserstaat zurecht gemacht worden und wurde am 25. April proclamirt. Das umfassendste Maß von Freiheiten und „Errungenschaften" verstand sich in dieser Constitution, wie in allen, die damals gefordert oder gewährt oder verheißen wurden, von selbst; volle Glaubens-, Gewissens- und persönliche Freiheit, Freiheit der Rede und der Presse, Verantwortlichkeit der Minister vor dem Reichstag, der in einen Senat und eine Kammer der Abgeordneten zerfällt; Verfassungseid der Beamten, der Nationalgarde, des Heeres; sämmtliche Länder der Monarchie — nur Ungarn und Italien waren in der Aufzählung nicht erwähnt — bilden eine untrennbare constitutionelle Monarchie, und allen Volksstämmen ist die Unverletzlichkeit ihrer Nationalität und Sprache gewährleistet.

Diese Constitution, bei der man ohne viel eigenes Studium die belgische von 1831 zu Grund gelegt hatte, fand in den halbdeutschen oder außerdeutschen Provinzen wie Böhmen und Galizien aus natürlichen und erklärlichen wo nicht berechtigten Gründen keine Zustimmung: noch weniger Gnade aber fand sie in den Augen der politischen Dilettanten, welche jetzt zu Wien wie überall das große Wort führten, den Staatsmännern des Centralausschusses der Nationalgarde, und der Studentenschaft. Ihr knabenhafter Doctrinarismus fand diese Verfassung nicht freisinnig genug. Sie stießen sich an der ersten Kammer, dem Census für Wahlrecht und Wählbarkeit, dem indirecten Wahlverfahren, — vor Allem aber daran, daß diese Verfassung eine octroyirte, eine vom Kaiser und seinen Ministern einseitig bestimmte sei. Alsbald bedrängte man den armen Mann in der Hofburg um eine constituirende Versammlung; so meisterlos waren die Gemüther, daß die Besetzung des Kriegsministeriums durch einen sehr tüchtigen Adligen, den Grafen Latour oder eine Armseligkeit, wie die Nachricht, daß der östreichische Gesandte am englischen Hofe dem mittlerweile in London angekommenen Fürsten Metternich eine Visite gemacht habe, ge-

nügte, um am 3. Mai eine der beliebten Volksdemonstrationen hervorzurufen, in deren Verfolg ein unverschämter Haufe dem Minister des Auswärtigen Grafen Ficquelmont mit groben Redensarten so lange zusetzte, bis er seine Resignation in die Hände dieser „Volksgesandten" niederlegte. Diese schmachvolle Anarchie nahm zu, am 15. Mai nahm die Bewegung einen bedrohlichen Charakter an: neue Forderungen, Abzug des Militärs, Einkammersystem, Wahlrecht ohne Census, und was sonst von Stichwörtern von irgend einem Redner in die Menge geschleudert wurde, wurden gestellt und von dem Minister des Innern Pillersdorf, der sich nicht zu rathen und zu helfen wußte, bewilligt. Neuer gedankenloser Jubel folgte über die abermals gelungene Revolution: drei Tage später aber vernahm die Hauptstadt eine Nachricht von verhängnißvoller Bedeutung. Der Kaiser und die kaiserliche Familie hatten, ohne Vorwissen des Ministeriums, Wien verlassen. Am 19. kamen sie unter unermeßlichem Jubel der Bevölkerung in der Hauptstadt von Tyrol, der getreuen Stadt Innsbruck an. Am 3. Juni rechtfertigte der Kaiser in einem von zwei Ministern, Wessenberg und Doblhoff, contrasignirten Manifest diesen Schritt: seine Rückkehr und die Eröffnung des Reichstags machte er von der völligen Wiederherstellung der Ordnung und Ruhe in Wien abhängig.

Es ist nicht nöthig, den einzelnen anarchischen Zuckungen zu folgen, welche dieser unerwartete Schritt in Wien hervorrief. Mit Mühe hielt man etwas wie Regierung gegen die unaufhörlich störenden und kreuzenden Gewalten des Tages aufrecht. Doch konnte, nachdem der schwergeplagte schwache Pillersdorf zurückgetreten und am 8. Juli ein neues Cabinet demokratischer Färbung, Doblhoff, Schwarzer, Bach gebildet war, der Stellvertreter des Kaisers, der mittlerweile zum deutschen Reichsverweser erwählte Erzherzog Johann am 22. Juli den östreichischen constituirenden Reichstag zu Wien eröffnen. Es war eine eigenthümliche Versammlung, 383 Mitglieder, darunter 92 Bauern, — Viele, welchen das Deutsche, das man nothgedrungen zur Geschäftssprache machen mußte, nicht geläufig war, eine Gesellschaft wie beim Thurmbau von Babel: und die Thronrede konnte nichts bringen, als allgemeine schöne Worte — freie Verbrüderung aller Nationalitäten der östreichischen Monarchie, innige Verbindung mit Deutschland, Befestigung der erworbenen Freiheit, Wiedergeburt des Vaterlandes. Doch war die Stimmung seit dem Zusammentritt des Reichstags etwas beruhigter. Die günstigen Nachrichten aus Italien, wo am 6. August das siegreiche Heer wieder in Mailand einrückte, befestigten die Regierungsautorität wieder ein Wenig und am 12. August gab der Kaiser einer aus dem Schooße des Reichstags an ihn abgesandten Deputation nach und kehrte nach Wien zurück.

Mittlerweile aber hatten sich neue Wolken zusammengezogen. Auch in Böhmen, wo sich zuerst auf dem harmlosen Gebiet czechischer Sprachforschung ein slavisches Nationalbewußtsein erzeugt hatte, erinnerte man sich wie in Ungarn, daß das Land eigentlich selbstständig sei, daß es eine böhmische Nation, daß es eine „Wenzelskrone“ wie dort eine „Stephanskrone“ gebe. Mit den Forderungen einer gemeinsamen Verfassung für die Länder dieser Wenzelskrone — Böhmen, Mähren, Schlesien — welche zuerst auf einer Versammlung im Saale des Wenzelsbades zu Prag 11. März ihren Ausdruck fanden, verbanden sich bald wirre Zukunftsträume von der großen Bestimmung des slavischen Völkerstammes, einer Verbrüderung aller Slaven nicht Oestreichs allein: für die neu entdeckte Nation ersann ein erfindungsreicher Schneider eine passende Nationaltracht: — polnischen Rock, russische Mütze, türkischen Säbel — am 4. Mai berief das czechische Nationalcomité in Prag ein slavisches „Parlament“ nach Prag: und als die Flucht des Kaisers nach Innsbruck die Bahn für alle möglichen Experimente freizumachen schien, bildete sich dort in Prag eine provisorische Regierung, an deren Spitze der Gubernialpräsident von Böhmen, Graf Leo Thun selber stand, neben welchem die Professoren Palacky und Rieger die hervorragendste Rolle spielten. Sie schickten eine Deputation an den Kaiser nach Innsbruck, welche um Genehmigung dieser Maßregeln bat. Mit dem Panslavismus allerdings hatte es noch gute Wege; Polen und Russen, Czechen und Slovaken, und das bunte Allerlei der Südslaven unter Einen Hut zu bringen war so leicht nicht; der Slavencongreß, welcher zu Prag am 31. Mai unter Palacky's Vorsitz zusammentrat, ließ eine solche Sprachenverwirrung zu Tage treten, daß man sich wohl oder übel zu gegenseitiger Verständigung der deutschen Sprache bedienen mußte. Um so besser verstand man sich über die allgemeine Tendenz des Hasses gegen die Deutschen: und ein furchtbarer Aufstand in Prag gab, obwohl er seiner Ziele nicht bewußt und ein fast zufälliges Ergebniß der aus allen möglichen Quellen zusammenfließenden Aufregung war, diesen Tendenzen einen Ausdruck. Am 12. Juni begann der Kampf, der drei Tage lang dauerte. Die Unterhandlungen, welche der östreichische Commandant Fürst Windischgrätz bot, dem am 12. seine Gemahlin, in einem Fenster des Palastes stehend, durch eine dorthin sich verirrende Kugel getödtet worden, führten zu nichts, weil unter den Insurgenten in der Stadt selbst keine leitende Autorität vorhanden war. Am 15. verließen die Truppen die Stadt und besetzten die umliegenden Höhen, von wo aus eine ernstliche Beschießung endlich die Empörung niederschmetterte. Am 17. erst ward die Ordnung hergestellt. Damit hatte man eine Zeitlang von dieser Seite Ruhe. Am 30. August hielten die Deutschen, welche in ansehnlicher, wenn auch

geringerer Zahl, an Wohlstand und Bildung aber weit überlegen den Czechen gegenüberstanden, ihrerseits zu Teplitz einen Congreß, auf welchem sie jede Solidarität mit den Czechen ablehnten und sich für eine Eintheilung der im Reichstage vertretenen Länder in Reichskreise nach der Sprachgränze erklärten. Uebrigens verfuhr man mit den Prager Aufständischen nicht härter als unbedingt nöthig war, um nicht die Sympathien der Slaven zu verscherzen, welche der Zahl nach das Uebergewicht im Reichstage hatten und welche an anderer Stelle sich für das östreichische Interesse sehr nützlich erwiesen.

Diese Stelle war Ungarn. Die Magyaren sollten ihrer so rasch und scheinbar so vollständig in kurzem Anlauf errungenen nationalen Selbstständigkeit nicht lange froh werden. Sie hatten mit dem politischen Tact und Geschick, welcher diese herrschende Nationalität Ungarns auszeichnet, sich beeilt das Eisen zu schmieden, so lange es noch warm war; unter den Händen aber begann es ihnen zu heiß zu werden. Der Kaiser hatte die in 31 Artikel gefaßten Verfassungsbestimmungen ihres Reichstags genehmigt und am 10. April diesen Reichstag geschlossen. In den zur ungarischen Krone gehörigen Ländern, in Serbien und dem Banat, in Kroatien, Siebenbürgen und der Militärgränze bildet aber der magyarische Stamm neben den Slaven, Rumänen und Deutschen die Minderheit: und diese Nationalitäten hatten wenig Lust, sich dem Uebermuthe der Magyaren zu unterwerfen, welcher nichts von seiner Herbe verloren hatte, seitdem dieselben von Wien her nichts mehr zu besorgen hatten. Das neue Ministerium war aus lauter Magyaren zusammengesetzt und der Mann insbesondere, welcher durch seine Popularität und seine allen Leidenschaften des herrschenden Stammes schmeichelnde Beredtsamkeit Alles, auch die Regierung selbst unterjochte, Ludwig Kossuth, machte aus seinem Hasse gegen alles Nichtmagyarische keinen Hehl. Diesem hochmüthigen Hasse gegenüber waren jene schwächeren Nationalitäten, die sich überdieß auch ihrerseits, so gut wie die Ungarn, auf alte Pergamente berufen konnten, auf die Verbindung mit Wien, auf den gesammtöstreichischen Standpunkt angewiesen: und bereits war es zu offenen Feindseligkeiten zwischen den Magyaren einerseits, den Serben und Kroaten andererseits gekommen, als am 5. Juli, nachdem der Kaiser die Beschlüsse des vorigen Reichstags sanctionirt hatte, der neue Reichstag zu Preßburg eröffnet wurde. Offen trat hier Kossuth mit der Forderung auf, daß die in Italien kämpfenden ungarischen Regimenter zurückgerufen werden müßten, weil ein Sieg Oestreichs in Italien nur die neue ungarische Freiheit und Unabhängigkeit gefährden könne; eine unmöglich-unsinnige Forderung, so lange das alte Oestreich noch Generale, Soldaten und Patrioten hatte. Dieser magyarische Uebermuth drängte den Hof und

vor Allem die Militärpartei, in deren Hände bei der herrschenden Anarchie mehr und mehr die Macht überging, in die Allianz mit den nichtmagyarischen Elementen in Ungarn: der neue Banus von Kroatien, Jellachich, hatte bereits unumwunden erklärt, daß er nur dem Kaiser in Innsbruck, nicht aber dem ungarischen Ministerium in Pest gehorchen werde. Anfangs ward dieser Widerspruch, der dem Hause Habsburg sehr willkommen war, nur insgeheim unterstützt; die Zeit kam heran, wo man es offen thun konnte. Die Niederwerfung des Prager Aufstands, die Siege in Italien, der Rückschlag der Stimmung in Wien selbst machte den militärischen Männern in der Umgebung des Kaisers und allen Denen, welchen das anarchische Treiben mißfiel, neuen Muth. Zunächst brach im Banat der Kampf wieder aus mit Grausamkeit auf beiden Seiten, nicht zum Vortheil der Ungarn: und nun stellte die ungarische Regierung ein Heer von 200,000 Honveds oder Milizen auf und machte die nöthigen Geldmittel flüssig, indem sie Papiernoten im Nennwerthe von 42 Millionen fabriciren ließ, um den Widerstand der tödtlich gehaßten Südslaven zu brechen. Kossuth's Interesse war, in Wien die demokratischen Elemente, den Sicherheitsausschuß und die Aula wieder ans Ruder zu bringen: er zählte auf den Haß der deutschen Bevölkerung gegen die Slaven und auf die Wirkung, welche seine radicale Rednerei allenthalben auf die demokratischen Gimpel, in Wien wie in Frankfurt und im übrigen Deutschland machte.

Die Spannung war aufs Aeußerste gestiegen. Der Reichstag sandte Anfang September eine Deputation nach Wien. Sie verlangte nicht mehr noch weniger als die Rückberufung aller ungarischen Regimenter nach ihrer Heimath, um dort gegen die „Rebellen" zu kämpfen, die Entfernung der „Camarilla" vom kaiserlichen Hof, und die Verlegung des Hoflagers nach Pest, damit der „König" durch seine persönliche Gegenwart die Politik der ungarischen Regierung legitimire. In 60 Wagen fuhren die 120 Deputirten nach Schönbrunn zur Audienz: sie wurden abschlägig beschieden, möchten sie selber zusehen, wie sie mit ihrer Unabhängigkeit fertig wurden. Trotzig steckten Einzelne der Deputation, als sie mit diesem Bescheid das Schloß verließen, die revolutionären Abzeichen, rothe Federn und Bänder an Hut und Knopfloch: am selben Tage brachte die Agramer Zeitung das kaiserliche Handschreiben, welches den Banus, den man in einem Augenblick der Schwäche oder der Hinterlist geächtet hatte, in seine Ehren und Würden wieder einsetzte.

Der Krieg war damit erklärt. Der Banus rückte mit seinem Heere am 11. September über die Drau auf ungarisches Gebiet: er wußte was er wollte, und kümmerte sich nicht weiter um den Kaiser, den man noch eine Zeitlang das doppelte Spiel fortsetzen ließ. In einer Pro-

clamation erklärte er sich für „einen Mann des Volkes, der Freiheit und Oestreichs“; sein Programm sei ein „einiges, mächtiges und freies Oestreich, dessen unerläßliche Bedingungen ein einheitliches Ministerium des Krieges, der Finanzen und der auswärtigen Geschäfte“; das Schriftstück schloß mit einem Hoch auf den constitutionellen Kaiser und König. Die Ungarn hatten ihren Palatinus, den Erzherzog Stephan, an die Spitze ihres Heeres gestellt: er sollte dasselbe dem Banus entgegenführen, der den heiligen Boden betreten hatte. Aber es war klar, daß kein Glied des Hauses Habsburg gegen den Banus ziehen konnte, der offenbar im Einverständniß mit Denen handelte, welche den Kaiser lenkten: der Erzherzog verließ das Heer und legte, da er keine Aenderung in der Politik gegen Ungarn bewirken konnte, seine Stelle nieder (24. September), um fortan als Privatmann auf seinem Schlosse an der Lahn zu leben. Dieß zwang den Hof nunmehr seinen Plan zu enthüllen: der Kaiser beauftragte den Baron Vay mit der Bildung eines neuen ungarischen Ministeriums, forderte die Truppen des Banus und der Ungarn in einem Manifest, das aber — charakteristisch genug für die Lage — von keinem Minister contrasignirt war, zur Niederlegung der Waffen auf und ernannte, um diesen Frieden herzustellen, den General Grafen Lamberg zu seinem königlichen Commissär und zum Befehlshaber aller Streitkräfte in Ungarn. Lamberg übernahm den Auftrag, der ihn in den sicheren Tod schickte. Als er zu Pest angelangt über die Donaubrücke fuhr, ward er erkannt: sofort machte sich ein wüthender Volkshaufe über ihn her, und ließ seine Wuth noch an dem Leichnam des mit zahllosen Bajonet-, Degen- und Sensenstichen getödteten Opfers aus, indem er ihn durch die Straßen schleifte und zuletzt aufhängte (28. September). Einige Tage später ließ ein ungarischer Honvedofficier, Arthur Görgey, den Grafen Zichy aus einem der großen Häuser Ungarns erschießen, weil er die Proclamation Jellachich's verbreitet und mit einem von dessen Obersten correspondirt habe.

In hellen Flammen brach so der Krieg zwischen den beiden Reichshälften, der östreichisch-slavischen und der ungarischen, aus. Am 3. October löste der Kaiser in einem Manifeste den ungarischen Reichstag auf, ernannte den Banus zu seinem Alterego in Ungarn und wies die Truppen unter dessen Befehl. Der ungarische Reichstag antwortete damit, daß er das kaiserliche Manifest für constitutionswidrig und nichtig erklärte, und den Banus, wo man ihn finde, als Hochverräther zu greifen befahl.

Die Ungarn aber hatten wirksame Verbündete in Wien. Wenn es gelang, die Magyaren mit kaiserlichem Kriegsvolk niederzuwerfen, so war es mit dem Jubeljahr der Revolution auch in Wien zu Ende

Die Sympathie, welche man dort für die Magyaren als die alten Gegner des Absolutismus hegte, wurde durch weniger reine Motive verstärkt, und es kam am 6. October in Wien zu einem überaus gefährlichen Aufstande, bei welchem Truppen und Nationalgarden auf beiden Seiten standen. Man wollte den Abzug der Truppen, welche der energische Kriegsminister Latour dem Banus zu Hülfe sandte, nicht gestatten, ein Theil dieser Truppen selbst, längst von der Demagogie bearbeitet, meuterte; auf dem Stephansplatze, im Dome selbst floß Blut und um vier Uhr Nachmittags wälzte sich eine erbitterte Menge nach dem Hofkriegsrathsgebäude, um den Kriegsminister aufzusuchen, den die Presse des Tages längst als den Hauptfeind des Volkes denuncirt hatte und an welchem sie deshalb ihren wilden Haß zu kühlen begehrte. Die übrigen dort versammelten Minister retteten sich, Latour aber ward in seinem Verstecke aufgefunden. Vergebens parlamentirte man mit dem Haufen, vergebens nahmen Einige aus der Menge selbst den Minister in Schutz; die „verthierten Söldlinge" der Demagogie vollbrachten ihr Werk: sie ermordeten den Mann, der ihnen muthig entgegentrat, auf kannibalische Weise und hängten seine Leiche an einen Laternenpfahl vor dem Hofkriegsrathsgebäude. Auch in das Sitzungslocal des Reichstags drang ein Volkshaufe ein, doch hatten sich die bedrohten slavischen Abgeordneten vorher geflüchtet. Um sieben Uhr Morgens capitulirte die Besatzung des Zeughauses, und zog den übrigen Truppen nach, welche schon am vorigen Tage gegen Abend die Stadt verlassen hatten, die sie der Revolution überließen, welche hier abermals Herrin und Meisterin war.

Es war das Einzige was man thun konnte. Am 7. Morgens vier Uhr hatte der Kaiser zum zweiten Male Schönbrunn verlassen und den Weg nach Olmütz eingeschlagen. Er hinterließ ein Manifest an die Reichsversammlung, an dessen Schlusse es hieß, daß er die Nähe seiner Hauptstadt verlasse, um Mittel zu finden, dem unterjochten Volke Hülfe zu bringen. Der östreichische Staat war in Fetzen zerrissen: ein Theil in Olmütz, ein Theil in Wien: die Entscheidung über sein Fortbestehen aber ruhte in den Feldlagern, die zu einem Kampf auf Leben und Tod sich anschickten.

Den Ungarn war ihr Plan geglückt; sie hatten für den Augenblick Luft bekommen: denn Jellachich, der zwischen der Raab und Preßburg stand, nicht in besonders günstiger militärischer Lage, brach auf die Nachricht von den Vorgängen zu Wien sofort mit seinem Heere dorthin auf. Die Thorheit der Wiener Demokratie zog sich so, den Ungarn zu Liebe, den Feind selbst auf den Hals. Am 9. October stand der Banus noch zwei Poststationen von Wien entfernt: die Entscheidung war jetzt ganz auf die Spitze des Schwertes gestellt. Züge von

Nationalgarden aus Gratz, Baden, Brünn und anderen Orten langten in Wien an, während von da flüchtete wer irgend konnte und nicht Lust hatte, für eine unklare und wahrscheinlich im Voraus verlorene Sache sich zu opfern; unter den Fliehenden war auch die Mehrheit der slavischen Mitglieder des Reichstags, welche dann von Prag aus eine Erklärung erließen, daß, so lange in Wien die Anarchie herrsche, vom Reichstag keine gültigen Beschlüsse gefaßt werden könnten. Von den Ministern war nur der eine Finanzminister in Wien geblieben, aber auch in Olmütz beim Kaiser waren keine Minister mehr. Seine Befehle waren nicht mehr contrasignirt: es bedurfte dessen nicht, sie wurden von den Generalen, welche wohl wußten, daß es sich jetzt um ganz andere Dinge als um constitutionelle Formalitäten handle, dennoch befolgt. In den Heeren lebte der östreichische Gedanke: das Heer allein konnte Oestreich zurückerobern, wie es soeben Italien zurückerobert hatte: die Wiener Garnison unter Graf Auersberg vereinigte sich mit den Truppen des Banus, und von Mähren aus setzte sich jetzt auch Fürst Windischgrätz in Bewegung, um mit den beiden zusammen gegen die Reichshauptstadt zu operiren. Dort in Wien konnte sich der Rest des Reichstags — etwas über 200 Deputirte — der Studentenausschuß, die Führer der Nationalgarde und der am 7. October constituirte neue Gemeinderath in das bescheidene Quantum von Gehorsam, das daselbst zu finden war, theilen. Man setzte die Stadt, so gut es immer ging, in Vertheidigungszustand; man hoffte auf Organisation des „Landsturms", der Volksmassen außerhalb Wiens, die sich für die heldenmüthige Hauptstadt erheben würden; auf die Ungarn; auf die Sympathien der Demokratie in Deutschland und überall. Wenigstens die ermuthigenden Zuschriften fehlten nicht. Der ungarische Reichstag kam — es war an demselben 10. October, an welchem Kossuth durch Acclamation zum Präsidenten des Vertheidigungsausschusses mit unbeschränkter Vollmacht gewählt wurde, — seinen Wiener Freunden mit einer Adresse voll feuriger Worte und hallender Flüche über den Empörer Jellachich zu Hülfe; auch die Linke des Frankfurter Parlaments drückte in einer Adresse den Wienern ihre Bewunderung über die großartige Erhebung aus, und beauftragte einige Parteigenossen, — außer etlichen östreichischen Deputirten die Abgeordneten Julius Fröbel und Robert Blum, — ihnen diese Bewunderung und den Dank der Frankfurter Linken, werthlose Geschenke, persönlich zu überbringen; und an ähnlichen Zuschriften war auch sonst kein Mangel. Allein nirgends in Oestreich, außer etwa in der nächsten Umgebung von Wien, fand der Aufstand irgendwelche thatkräftige Unterstützung. In Olmütz, wo der Kaiser am 14. October ankam, fand er denselben Enthusiasmus, wie einige Monate früher in Innsbruck, und

es that seine volle Wirkung, als er am folgenden Tage in einem von Wessenberg contrasignirten Manifest „an Meine Völker“ dem Landvolke insbesondere sein kaiserliches Wort erneuerte, daß es bei den gewährten Befreiungen „bezüglich der früheren unterthänigen auf Grund und Boden gehafteten Leistungen“, der einzigen Errungenschaft, welche die Bauern interessirte, sein Verbleiben habe. In einem neuen Manifest vom 16. October kündete er seinen Völkern an, daß er den Oberbefehl über sämmtliche Truppen des Reichs, mit Ausnahme der in Italien unter Radetzky stehenden Armee, dem Feldmarschall Fürsten Windischgrätz übertragen habe, der denn auch am 17. durch Besetzung der Brücken bei Krems und Stein die Verbindung mit den Truppen des Banus herstellte.

Noch machte der deutsche Reichsverweser einen von vornherein aussichtslosen Vermittelungsversuch, indem er die Abgeordneten Welcker und Mosle als Reichscommissäre entsandte. Von Passau erließen diese am 19. eine Proclamation, in der sie ihre Vermittelung anboten; leere Worte, die ungehört in dem furchtbaren Sturme verhallten. Wien berührten sie nicht; der Fürst Windischgrätz, den sie in der Nacht vom 21./22. October in seinem Hauptquartier zu Lommersdorf aufsuchten, wollte nicht einmal ihre Vollmacht einsehen; man hatte Mühe, dem beschränkten Manne begreiflich zu machen, daß diese Männer keine Demokraten seien; in Olmütz wurden sie zur kaiserlichen Tafel gezogen, ihre Vermittelung aber ward abgelehnt.

Am 23. Abends traf Fürst Windischgrätz in Hetzendorf bei Wien ein. Das Commando in Wien führte ein früherer Oberlieutenant, Messenhauser, welcher einst den Dienst verlassen hatte, um sich der Poesie zu widmen, und den jetzt die Revolution in ihre Wirbel zog; er lieferte nichts als einfältige Phrasen. Der eigentliche Leiter der Vertheidigung war der polnische General Bem, dessen wir früher gedacht haben: — eine hervorragende Kraft der polnischen Emigration, die jetzt überall die Genugthuung hatte, das Blut verhaßter Gegner fließen zu sehen, und die um diesen Preis mit dem eigenen nicht geizte. Ein erster nachdrücklicher Angriff mit der überlegenen Truppenmacht, die dem Fürsten Windischgrätz zu Gebote stand, hätte ihn ohne Zweifel binnen Kurzem zum Herrn der Stadt gemacht: zu einem solchen rieth ihm eine Deputation des Wiener Gemeinderaths. Statt dessen forderte der unfähige Mann die Stadt erst sehr methodisch zur Unterwerfung auf und verlangte die Auslieferung einer Anzahl der Führer; als letzte Frist setzte er den 26. October; am 27. würde der Angriff beginnen. Die Unterwerfung erfolgte nicht, da eine anerkannte Autorität, die sie hätte ins Werk setzen können, gar nicht vorhanden war; am 24. begannen die Feindseligkeiten an den Linien, setzten sich den

25. fort; zwischenhinein Unterhandlungen des Gemeinderaths mit Windischgrätz, Aufruhr der Studentenschaft, Proteste des Reichstags, der durch ein Schreiben des Ministers Wessenberg in Kenntniß gesetzt wurde, daß der Kaiser die Versammlung nach Kremsier in Mähren verlege. Die Entschlosseneren unter den Vertheidigern hofften noch eine letzte Möglichkeit: wenn jetzt, in der elften Stunde noch, die Ungarn ihr Wort einlösten, das sie in ihrem Schreiben vom 10. vor Gott und der Welt verpfändet hatten. Aber sie kamen nicht; unter fortgesetzten Unterhandlungen verging der 26., der 27.; da diese Unterhandlungen zu keinem Ergebnisse führten, weil die Studenten und die Arbeiter sich nicht zur Niederlegung der Waffen bequemen wollten, so begann am 28. der Sturm, der drei Tage früher schon leichter zum Ziele geführt hätte. In heftigem Kampfe ward um die Vorstädte gerungen, in der Leopoldstadt und Jägerzeil Haus um Haus gestürmt: Nachts elf Uhr waren sie im Besitz der Truppen, welche auf dem Glacis der eigentlichen Stadt bivouaquirten, die von dort in den Vorstädten plünderten und mordeten. Sonntag den 29. erfolgte kein Angriff; der Fürst verhandelte wieder mit den Deputationen des Gemeinderaths, bestand aber auf unbedingter Unterwerfung und vertrödelte, während er nur den Befehl zum Einmarsch zu geben brauchte, die Zeit mit Umständlichkeiten; am Abend brachte eine weitere Deputation die verlangte Unterwerfung. Die Niederlegung der Waffen begann; eine Anzahl von Denen, welche keine Gnade hoffen konnten, flüchtete; die Truppen standen am 30. Morgens zum Einmarsch auf dem Glacis bereit, als noch einmal ein Umschlag erfolgte. Die Ungarn kamen; dießmal war es richtig; der Beobachtungsposten auf dem Stephansthurme gewahrte die heranziehenden Truppen: eine Rauchsäule vom Thurme aufsteigend verkündete der Stadt das Ereigniß, das Alles ändern mußte.

Die Ungarn, welche seither gezögert hatten unter dem Vorwande, nur auf Verlangen des Reichstags zu Hülfe kommen zu können — was auch wohl bei Vielen ein ernster und wirklicher Grund war, — hatten sich endlich aufgemacht. Nur 18,000 Mann, vier reguläre Regimenter und Landsturm, hatten sie die Gränze überschritten; sie zogen sich auf Schwechat, nachdem sie bis drei Stunden vor Wien gekommen. Dort griff sie Jellachich mit Uebermacht an, man konnte vom Stephansthurme aus den Blitz ihrer Kanonen sehen: und während hier von neun Uhr an gekämpft wurde, war in Wien von den Exaltirtesten, der Arbeiter- oder Mobilgarde und einem Theil der studentischen Legion die rothe Fahne auf den Bastionen der Altstadt aufgepflanzt, der Kampf unter zunehmender Zerrüttung und Anarchie wieder aufgenommen worden. Aber um 1 Uhr war Jellachich mit den Ungarn fertig, die

ohne viel Nachdruck kämpften. Gleichwohl öffneten sich die Thore von Wien noch immer nicht; Studenten und Mobile schienen zum Aeußersten entschlossen. Auch ihre Reihen begannen sich zu lichten: aber erst am 31. October Abends sechs Uhr, nach einem nochmaligen vierstündigen Kampfe drangen die Truppen ein.

Der heldenmüthig-wahnwitzige Kampf gegen ein Heer von 90,000 Mann, den zuletzt das Proletariat planlos und ziellos allein geführt, war zu Ende: seine Opfer berechnete man auf Seiten der Bevölkerung zu 3000 Todten. Daß die Rache nicht ausbleiben werde, konnte man sich denken. Am 1. November erklärte eine Proclamation des Fürsten den Belagerungszustand, die Auflösung der Nationalgarde und der akademischen Legion, die allgemeine Entwaffnung binnen 48 Stunden, standrechtliche Aburtheilung für Jeden, der Soldaten zum Treubruche reize. Unter dem Schutze des Belagerungszustandes zauderte der Wiener Spießbürger nicht mit Denunciationen: die Verhaftungen, die Erschießungen nahmen ihren Gang — ohne viel Skrupel auf gutes oder schlechtes Zeugniß — und die Brutalität der Soldaten, die sich als die Herren im Lande fühlten, ergänzte was den Befehlen der Commandirenden etwa an Barbarei noch fehlte. Die Revolution war an einem ihrer Mittelpunkte siegreich niedergeworfen: und damit kein Zweifel sei, was dieser Umschlag auch für Deutschland und seine Hoffnungen bedeute, ward am 9. November der Delegirte der Frankfurter Linken, Robert Blum, standrechtlich erschossen, während sein Genosse Fröbel sein Leben einer Flugschrift verdankte, in welcher er den deutschen Einheitsstaat bekämpft und dagegen das ungetheilte Zusammenbleiben der östreichischen Monarchie verfochten hatte.

Denn dieß, das ungetheilte Zusammenbleiben der östreichischen Monarchie, war das Stichwort der neuen Politik, welche mit der Eroberung von Wien ihren ersten Sieg erfochten hatte. Trägerin und Hauptstütze dieser Politik des Einen und untheilbaren Oestreichs war die Armee: es war aber jetzt an der Zeit, daß auch wieder eine Regierung mit einem wirklichen politischen Programm gebildet wurde. An die Spitze dieser neuen Regierung trat ein im Heer und in der Diplomatie versuchter Mann von zweifelhaftem Ruf und weitem Gewissen, der Fürst Felix Schwarzenberg, dem die rücksichtslose Verwegenheit seines Handelns, bestochene Lobredner und erbärmliche Gegner auf kurze Zeit den Ruf eines genialen Staatsmannes verschafften, dem aber eine weniger befangene Nachwelt nur das zweifelhafte Lob wird ertheilen können, daß er es verstand, ein bankerottes Staatswesen mit verzweifelten Mitteln und kecker Miene über eine gefährliche Krisis hinwegzuheben, ohne es in Wahrheit auf neue dauerhafte Grundlagen stellen zu können. Er selbst übernahm das Aeußere und den Vorsitz;

ihm zur Seite trat Graf Franz Stadion für das Innere; ein demokratischer Emporkömmling, der jetzt die nicht mehr zeitgemäße Farbe mit einer andern vertauschte, Alexander Bach für die Justiz. Die Finanzen behielt, alle Stürme überdauernd, Krauß, Handel und öffentliche Arbeiten erhielt Bruck, ein geborener Rheinländer, dessen Genie vortrefflich zu diesen Verhältnissen paßte, wo mit der einfachen Ehrlichkeit nicht vorwärts zu kommen war. Das Programm dieser Regierung vom 27. November enthielt die üblichen freisinnigen Worte: es waren einige von den falschen Karten, deren der Cavalier an der Spitze bei dem hohen Spiel, das er begann, nicht entbehren konnte, und mit denen er ohne zu erröthen manipulirte; die wirkliche und ernst gemeinte Tendenz des neuen Regiments war in den Worten enthalten: „kräftige Centralgewalt, rasche Beilegung des Bürgerkriegs in Ungarn, Aufrechthaltung der Integrität der gesammten östreichischen Monarchie.“ Um diesen Zielen aber mit Erfolg nachzustreben, war noch ein weiterer Schritt nothwendig. Am 2. December theilte der neue Ministerpräsident dem Reichstage, der mittlerweile in dem mährischen Neste Kremsier, einer Sommerresidenz der olmützer Erzbischöfe, wieder zusammengetreten war, mit, daß soeben in Olmütz ein Act von weltgeschichtlicher Bedeutung stattgefunden habe: Kaiser Ferdinand hatte abgedankt, sein Bruder, der Erzherzog Franz Karl auf sein Nachfolgerecht verzichtet und dessen Sohn, ein 18jähriger Jüngling, der zu diesem Behufe am Tage zuvor für großjährig erklärt worden war, als Kaiser Franz Joseph I. den östreichischen Thron bestiegen.

In Preußen hatte die Bewegung mittlerweile einen ähnlichen Kreislauf beschrieben. Nur waren die Erschütterungen bei den im Ganzen wohlgeordneten und in ihrem Kerne gesunden Zuständen, deren Charakter sich auch in dieser kritischen Zeit nicht verleugnete, weit weniger gewaltsam als in Oestreich. Das einzige fremdländische Element, das diesem Staat anhaftete, die Polen, wurde ohne allzugroße Schwierigkeiten zur Ruhe gebracht. Unter den mancherlei Forderungen, mit welchen in den Märztagen der König bestürmt wurde, war auch die einer nationalen Organisation des Großherzogthums Posen. Friedrich Wilhelm hatte die polnischen Nationalfarben statt der preußischen bewilligt; eine Gränzlinie sollte den deutschen Theil des Großherzogthums, der dem deutschen Bunde zutreten sollte, von dem nationalpolnischen scheiden; indeß konnte dieß nicht ohne polnischen Aufstand geschehen, ohne welchen in der That die Verwirrung des Jahres 1848 nicht vollständig gewesen wäre. Von dergleichen Theilungen wollte man im polnischen Lager nichts wissen. Ende April erhob sich die Insurrection, deren militärischer Führer Mieroslawski war und welche die schwankende Haltung der Regierung erst recht großgezogen

hatte. Aber schon am 7. Mai war ihre Hauptmacht von den preußischen Truppen so umstellt, daß ihr nichts übrig blieb als Uebertritt auf russisches Gebiet oder Ergebung. Sie wählten das Letztere; die Schaaren, welche im Regierungsbezirk Bromberg sich wieder sammelten, wurden am 13. durch General Hirschfeld bei Exin zersprengt; gegen die Ueberwundenen verfuhr man ohne Härte. Im Uebrigen bewegte sich in Preußen der Kampf wie im übrigen Deutschland um den Sieg des demokratischen oder des constitutionellen Prinzips.

Am 2. April war der vereinigte Landtag in Berlin zusammengetreten, hatte aber, da bereits entschieden war, daß die neue Constitution nicht von ihm, sondern von einer nach einem neuen Wahlgesetz zu wählenden „Nationalversammlung" berathen werden sollte, am 10. seine Sitzungen geschlossen, nachdem die nöthigen Vorbereitungen für diese neue Versammlung getroffen worden waren.

Dieselbe trat am 22. Mai, vier Tage nach dem Frankfurter Parlament zusammen. Selbst wenn die Bauleute besser gewesen wären, würde auf dem schwankenden Boden, der jeden Augenblick den Arbeitenden unter den Füßen erzitterte, nichts Haltbares haben gebaut werden können. Die Versammlung aber zählte unter ihren 350 Mitgliedern, unter welchen 68 Bauern und 28 Handwerker, weit weniger Talente als das Frankfurter Parlament, sie stand mehr unter der Herrschaft der demokratischen Phrase als dieses und sie konnte dem Gelüste, in die Befugnisse der Executive einzugreifen, um so weniger widerstehen, als diese bei dem Charakter und den Anschauungen des Königs von Hause aus schwach war. Ebensowenig widerstand ihre Mehrheit dem Kitzel, mit der hauptstädtischen Demagogie und ihren Werkzeugen aus Pöbel und Bürgerschaft zu liebäugeln. Auf der andern Seite wußten die Führer, unter denen Benedict Leo Waldeck der staatsmännisch bedeutendste, charaktervollste und achtungswertheste war, sehr wohl, daß die reactionären und conservativen Kräfte, nur für den Augenblick zurückgedrängt, in diesem Staate sehr einflußreich waren, und glaubten dieselben deshalb durch Einschüchterung niederhalten und ihnen durch möglichste Begünstigung und Entwickelung des demokratischen Elements in der zu schaffenden preußischen Verfassung ein Gegengewicht geben zu müssen. Sie schoben deshalb den von der Regierung vorgelegten Verfassungsentwurf bei Seite, um an seine Stelle ein demokratischeres System von eigener Mache zu setzen. Die Einberufung einer solchen Versammlung neben dem Frankfurter Parlamente war an sich ein Fehler, weil sie die freie Hand und Energie der Regierung für die deutschen Angelegenheiten, überhaupt nach außen lähmte: und unglücklicher Weise fand sich unter den wechselnden Ministern kein Staatsmann, welcher der Riesenaufgabe gewachsen gewesen wäre, zugleich den König

zu stärken, die Versammlung zu leiten, den Pöbel niederzuhalten, und — nicht das am wenigsten Wichtige — der in der deutschen Frage zugleich klar gewußt hätte, was er wollte und was der preußische Staat sollte.

So dauerten die unerquicklichsten Zustände den ganzen Sommer durch fort. Die ziellose Unruhe unter der Bevölkerung erzeugte Arbeitsmangel und Noth, und diese wieder die Unruhe; unaufhörlich wiederholten sich die Arbeitertumulte; am 30. Mai zogen die Haufen vor das Hôtel des Handelsministers und verlangten Arbeit: wenn man ihnen dießmal zehn Groschen für den Mann gab, so war dieß nur ein Mittel, sie einzuladen, bald wiederzukommen. Da in den Provinzen, auf dem Lande, die Arbeit nicht minder stockte, so zog sich das Proletariat nach den großen Städten und vor Allem nach Berlin, wo sich wenigstens in Revolution etwas machen ließ, und es überdieß gelegentlich ein Extravergnügen gab, wie am 15. Juni der Sturm auf das Zeughaus war, wo man nach Herzenslust plündern und zerstören konnte, ehe Jemand kam, den Unfug zu hindern. Die Ministerien wechselten; am 20. Juni trat Camphausen zurück, und ein Anderer der rheinischen Oppositionsführer, David Hansemann, übernahm seine Stelle; mit ihm Rudolph von Auerswald, Graf Schwerin, Rodbertus, Milde, General Roth von Schreckenstein. Aber die Sache wurde um nichts besser; das neue Ministerium hatte so wenig einen festen Plan und eine klarbewußte Politik als das vorige; und auch der Krieg um Schleswig wurde nicht so geführt, daß seine Wirkungen das Ansehen der Regierung hätten verstärken können. So kam es am 1. Juli wieder zu Arbeiterunruhen; am 7. kehrten die Truppen unter Wrangel nach Berlin zurück, zwischen denen und dem Volke es nun zu häufigen Reibungen kam, wie sie sich auch in anderen Städten wiederholten. In der Nationalversammlung war, da man sich unter der demokratischen Partei daran gewöhnt hatte, jede Beleidigung des Militärs für vollkommen in der Ordnung, jede Gegenwehr der Soldaten für eine Majestätsbeleidigung des neuen Souveräns, des Volkes, zu halten, am 9. August der Antrag gestellt worden, daß der Kriegsminister es den Officieren zur Ehrenpflicht machen solle, von reactionären Bestrebungen fern zu bleiben, und, wofern dieß ihrer Ueberzeugung widerspreche, ihren Abschied zu nehmen; der nichtswürdige Antrag ward angenommen, und am 7. September, da der Minister ihn nicht ausgeführt hatte, von dem Abgeordneten Stein erneuert. Mit 219 gegen 143 Stimmen ging er durch; das Ministerium, damit nicht einverstanden, trat zurück; ein neues ward gebildet (21. September), an dessen Spitze General Pfuel als Kriegsminister stand. Es war nicht das Ministerium der That, nach dem man suchte und das man nicht

finden konnte. Die Dinge wurden nicht besser, die Conflicte mehrten sich: bei der beginnenden Verfassungsberathung beging die Versammlung u. A. die große Thorheit, den königlichen Titel „von Gottes Gnaden" mit 217 gegen 134 Stimmen zu streichen und damit den König völlig unnöthiger Weise zu reizen. Die Demokratie schlug jetzt, da der Boden ihr in Frankfurt zu heiß geworden, in Berlin ihr Hauptquartier auf; zum 26. October wurde ein großer Demokratencongreß dahin geladen, und die Mitglieder der rechten Seite der Nationalversammlung sahen sich von rohen Gesellen bedroht, denen Niemand ihr Handwerk legte. Am 30. October wurde die Versammlung in ihrem Sitzungslocale, dem Schauspielhause, eine ganze Nacht lang von diesen Haufen belagert und terrorisirt.

Mittlerweile aber hatte sich in ganz Deutschland, das nur eine Anzahl von Schwärmern und Betrügern für eine Umbildung zur Republik „reif" halten konnte, langsam aber mit unwiderstehlicher Gewalt ein Umschwung in der öffentlichen Stimmung vollzogen. Die besitzenden Klassen, welche der politische Taumel einen Augenblick mitergriffen hatte, begannen der ewigen Aufregungen, Wahlen, Volksversammlungen müde zu werden und sich, des ziellosen Politisirens übersatt, nach der geordneten Arbeit, die vor Allem dem deutschen Bürgerstand Lebensbedürfniß ist, zurückzusehnen. Nirgends aber war dieser conservative Zug stärker als in Preußen. In der Beamtenschaft, dem Heere, der Geistlichkeit, dem Grundadel, den Bauern und Handwerkern waren die loyalen Elemente weit überwiegend, und jede dieser Klassen war überdieß auf ihre besondere Weise von dem unverständigen, jedes positiven staatsbauenden Gedankens baaren Raisonniren der Demokratie gereizt worden, die für jede dieser Gesellschaftsklassen ein besonderes Schimpfwort in Bereitschaft hatte. Mehr und mehr aber erwachte in diesen Kreisen neben dem Gefühl der bedrohten besonderen Interessen auch das Staatsgefühl wieder, das in Preußen, dem Großstaat mit reicher Geschichte, etwas ganz Anderes bedeutete, als in den kleineren Staaten, wo eine monarchische Gesinnung zwar in gewöhnlichen Zeiten geräuschvoll sich breit machte, nicht aber, wie hier, auf der festen Grundlage gemeinsam vollführter Thaten, gemeinsam geduldeter Leiden beruhte. Diese conservativen und monarchisch-gesinnten Elemente, der Kern einer starken conservativen und gegenrevolutionären Partei, fanden einen Sammelpunkt und ein Organ in der Neuen Preußischen Zeitung, welche, von geschickten Händen von festen Prinzipien aus redigirt, den Muth hatte, das alte preußische Landwehrkreuz mit seiner Devise „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland" als Wahrzeichen aufzurichten. Man begann nach energischen Männern auszuschauen, die dem König behülflich sein sollten, die am Boden schleifen-

den Zügel des Regiments wieder kräftig aufzunehmen. Die Zeit war günstig, die Revolution in Frankfurt, dann in Wien niedergeworfen; auch in Frankreich wie überall trat derselbe Wandel der Stimmung in unzweideutigen Symptomen zu Tage; so nahm der König die Entlassung des Ministeriums Pfuel an und beauftragte (1. November) den Grafen Brandenburg, einen natürlichen Sohn Friedrich Wilhelm's II., einen Mann nicht eben von hoher geistiger Begabung, aber von Muth, ehrenhaftem Sinn und ritterlicher Hingebung, mit der Bildung eines neuen Ministeriums, in welches Freiherr von Manteuffel als Minister des Innern, Generalmajor von Strotha als Kriegsminister, Ladenberg (Cultus), Kühne (Finanzen), Kisker (Justiz), ein elberfelder Großindustrieller, von der Heydt, als Handelsminister eintraten. Die Mehrheit der Nationalversammlung fühlte, wohin der Schlag zielte. Sie beschloß einen Protest; eine Deputation überbrachte die Adresse, in welcher gesagt war, daß die Versammlung zu der neuen Regierung kein Vertrauen habe; der König nahm die Adresse an, wollte sich aber mit der Deputation in keine weiteren Erörterungen einlassen. Als er den Rücken wandte, beging ein Mitglied der Deputation, der Abgeordnete Johann Jacoby die plumpe Tactlosigkeit, ihm die Phrase nachzurufen „das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen." Es ist häufiger das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören können; sie nicht hören zu wollen, ist ein Mißgeschick, das wohl aufgeregten Parteien und aufgeblasenen Parteiführern häufiger begegnet. Daß der Hefe der Partei die armselige Phrase als eitel Freimüthigkeit wo nicht gar als Heldenmuth erschien, versteht sich; die ernsthaften Männer der Demokratie konnten die Unschicklichkeit nur bedauern, durch welche ein ungesitteter Nachahmer französischer Originale ihre Sache compromittirt hatte.

Der entscheidende „Bruch mit der Revolution" erfolgte am 8. November durch eine königliche Ordre, welche die Nationalversammlung bis zum 27. vertagte, und auf diesen Tag zur Wiederaufnahme ihrer Sitzungen nach der Stadt Brandenburg berief. Die Versammlung, das Vorbild der französischen Nationalversammlung von 1789 im Auge, versuchte den Widerstand. Der Präsident von Unruh stellte, nachdem die Ordre verlesen war, die Frage, ob man die Sitzung fortsetzen wolle. 252 Stimmen erklärten sich dafür, die Dissentirenden verließen wie die Minister den Saal. Eine Erklärung ward angenommen, welche den Willen aussprach, die Sitzungen in Berlin fortzusetzen, dagegen der Krone das Recht absprach, die Versammlung wider deren eigenen Willen zu verlegen, zu vertagen oder aufzulösen: und am folgenden Tage ward eine Proclamation erlassen, welche den Entschluß der Versammlung kundgab, gegenüber dem Verfahren des Ministeriums Branden-

burg, welches als Staatsstreich bezeichnet wurde, energischen Widerstand zu leisten. Die Rechtsfrage an sich konnte zweifelhaft sein; das aber war nicht zweifelhaft, daß die Männer, welche den Kämpfern des 18. März den Dank des Vaterlandes votirt hatten, und bei jeder Gelegenheit an die unwiderstehliche Kraft der Revolution appellirten, kein Recht besaßen sich zu wundern, wenn in dem Kampfe zwischen Demokratie und Königthum nun auch, nachdem Wind und Wetter sich geändert, das Königthum die freie Hand benutzte, die ihm mehr als alles Andere die maßlosen Uebergriffe der Demokratie selbst verschafft hatten. In minderem Grade — denn nicht so gewaltsam waren hier die Gegensätze gespannt — widerfuhr ihnen dasselbe, wie dem in seiner Ueberzeugung redlichen, persönlich wackeren Robert Blum, der in eben diesen Tagen (9. November) in der Brigittenau bei Wien unter den Schüssen östreichischer Jäger endete. Er starb mit männlichem Muthe, und starb für ein ähnliches unklares Freiheitsideal, wie dasjenige, für welches auch die Mehrzahl dieser Männer kämpfte; aber wer das Schwert nimmt, der thut es auf die Gefahr durch das Schwert umzukommen; und wo das bestehende Recht einmal durchbrochen ist, da kämpfen die großen Gegensätze, welche die Welt bewegen, mit den Waffen, die sie finden können, außerhalb der festen, friedlichen Gränzen, welche sonst Königsehre und Volksrecht auf befreundetem Boden jedes in seiner Sphäre schirmen. Eine höhere Hand mag sie, wo die Lebenswurzeln einer Nation gesund sind, zu später Verständigung lenken.

Der Versuch, die Versammlung in Berlin fortzusetzen, mißlang. Am 15. November beschloß die Versammlung im Mielentz'schen Saale die Aufforderung an das Volk, dem Ministerium die Steuern zu verweigern. Am 10. war General Wrangel mit ansehnlicher Truppenzahl in Berlin eingerückt, doch floß kein Blut. Die Berliner Bürgerwehr ward aufgelöst, jener Steuerverweigerungsbeschluß hatte keine Folgen, und am 27. wurden die Sitzungen in der That in Brandenburg wieder eröffnet, wohin auch ein Theil der nunmehrigen Opposition sich begeben hatte. Erst am 1. December wurde die Versammlung beschlußfähig, aber sie wurde nicht mehr lebensfähig: am 5. löste sie ein königlicher Erlaß auf. Zugleich gab der König nun aus eigener Machtvollkommenheit eine Verfassung, bei welcher die Vorarbeiten und Vorschläge der Nationalversammlung sowie auch die Beschlüsse des Frankfurter Parlaments gebührend berücksichtigt seien, und für welche außerdem eine Revision auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung durch die demnächst zu berufenden Kammern vorbehalten wurde. Die Verfassung war verständiger, der Wirklichkeit der Dinge entsprechender, als was der radicale Doctrinarismus der Nationalversammlung ausgeheckt hatte, und sie war freisinnig genug: wenn sie ohne Vorbehalt

als der wahre Ausdruck einer politischen Nothwendigkeit, von welcher der König selbst innerlich durchdrungen gewesen wäre, gegeben war, so konnten die Dinge zum Guten sich wenden, und man hätte den König nicht tadeln dürfen, daß er sich einer unbequemen, unfruchtbaren und lähmenden Körperschaft, wie die constituirende Versammlung war, angesichts der Krisis in der deutschen Frage, die jetzt heraufzog, entledigte. Gemäß dieser octroyirten Verfassung wurden die Kammern, welche sie voraussetzte, auf den 26. Februar 1849 nach Berlin berufen.

So hatte denn in Preußen wie in Oestreich die Bewegung mit einem ersten Siege der Regierungsgewalt geendigt. Was immer von Zugeständnissen an die Märzerrungenschaften noch auf dem Papiere stand, das demokratische Prinzip war unterlegen. In den beiden mächtigsten deutschen Staaten — mit welchen Opfern, kam zunächst nicht in Frage — hatte sich die Monarchie siegreich behauptet.

Allein noch war die schwierigste aller Fragen, die deutsche Verfassungsfrage, übrig.

Am 8. October ward der Nationalversammlung in Frankfurt der Verfassungsentwurf, wie er von der vorberathenden Commission ausgearbeitet worden, vorgelegt; am 20. begannen die Verhandlungen, nachdem die Versammlung sich bis dahin fast ausschließlich mit der Feststellung der „Grundrechte des deutschen Volkes“, einem Seitenstück zur Erklärung der Menschenrechte durch die erste französische Nationalversammlung, beschäftigt hatte. Die Debatten wurden durch mancherlei Zwischenfälle unterbrochen: unter Anderem machte das Parlament einen Versuch, in dem in Preußen ausgebrochenen Conflicte zu vermitteln. Es eignete sich (20. November) einen Antrag an, in welchem die Centralgewalt aufgefordert wurde, dahin zu wirken, daß in Berlin ein Ministerium ernannt werde, welches das Vertrauen des Landes besitze, zugleich aber der Steuerverweigerungsbeschluß der Berliner Versammlung für null und nichtig erklärt ward. Allein die Vermittelung mißlang; der Unterstaatssecretär Bassermann, welchen das Reichsministerium nach Berlin schickte, spielte eine kaum minder klägliche Rolle, als die Reichscommissarien Welcker und Mosle in Olmütz gespielt hatten. Die dortigen Dinge gingen trotz einer Proclamation des Reichsverwesers und Protesten der Linken ihren Gang weiter, während die deutsche Verfassungsfrage sich mehr und mehr zu einiger, freilich wenig erfreulicher, Klarheit entwickelte. Der Entwurf vom 8. October schuf eine sehr intensive Einheit und in seinen wesentlichsten Punkten ward er angenommen: der Reichsgewalt war in demselben die ausschließliche Vertretung Deutschlands und seiner einzelnen Staaten im Auslande zugewiesen; ebenso die Verfügung über die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands, die Ernennung der Gesandten und Consuln, der

Generale und Flottenofficiere, die Gesetzgebung über das gesammte Zoll-, Münz-, Postwesen, Eisenbahnen, Canäle u. s. w.; der zunächst wichtigste Punkt war die Bestimmung, daß kein Theil des deutschen Reiches mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein dürfe: im Falle ein deutsches Land mit einem anderen nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt habe, müsse dieß Verhältniß nach den Grundsätzen der reinen Personalunion geordnet werden. Es war klar wie der Tag, daß das Programm des neuen östreichischen Ministeriums mit diesem Grundgedanken in absolutem Widerspruche stand — daß überhaupt der östreichische Staat als solcher schlechterdings in diesen Rahmen nicht hineinpaßte. Diese Verfassung hatte Sinn nur in dem Einen Fall, daß Oestreich aus jedem engeren Verbande mit Deutschland ausschied — und damit ergab sich zugleich mit logischer Nothwendigkeit, daß die Reichsexecutivgewalt in irgend einer Form an Preußen kommen mußte, das außer einem geringfügigen polnischen Procentsatze nur deutsche Bevölkerung hatte, das für sich allein, wenn Oestreich wegfiel, mehr als die Hälfte der Bevölkerung Gesammtdeutschlands enthielt.

Es machte dem gesunden Menschenverstande der Versammlung Ehre, daß nahezu die Hälfte der Mitglieder dieser Erkenntniß sich nicht mehr verschloß. Der Träger dieser politischen Combination, der einzig möglichen Form der deutschen Einheit, war der seitherige Präsident des Parlaments, Heinrich von Gagern. Am 17. December trat der seitherige Chef des Reichsministeriums, der Oestreicher Schmerling ab: ein kluger Schritt, da er Oestreich die Nothwendigkeit ersparte, seinerseits positive Vorschläge über sein Verhältniß zur neuen Gestaltung Deutschlands zu machen. Schmerling trat sofort in die richtigere Stellung eines Vertreters Oestreichs bei der Centralgewalt über — er hatte seither schon nichts Anderes vertreten — und Gagern übernahm den Vorsitz im Reichsministerium. Sein Programm war: Anerkennung der Sonderstellung Oestreichs, das nach der Erklärung vom 27. November in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat nicht eintreten könne; Verständigung über eine künftige Union des deutschen Bundesstaates mit Oestreich der Zukunft vorbehalten und auf gesandtschaftlichem Wege d. h. durch Unterhandlungen wie zwischen unabhängigen Staaten zu bewirken. Gegenstand dieser Unterhandlungen könne aber nicht die Verfassung des deutschen Bundesstaates sein; mit anderen Worten also: er wollte Constituirung Deutschlands als eines Bundesstaates ohne Oestreich. Es war das einzig richtige und mögliche Programm: ein Fehler aber war, daß der ehrliche Gagern dasselbe sofort am 18. dem Parlamente vorlegte, anstatt zu warten, bis die östreichische Regierung und ihre Werkzeuge und Parteigänger in Frank-

furt abgewirthschaftet hatten, was in Kurzem hätte geschehen müssen, da sie schlechterdings nichts zu bieten hatten, was dem Verlangen der deutschen Nation nach einer wirklichen Einheit genügt hätte.

So wurde der östreichischen Regierung die Sache sehr leicht gemacht, indem ihr zunächst nur die Aufgabe zufiel, jenes Programm zu kritisiren und zu verneinen. Dieß that der östreichische Ministerpräsident in einer Note vom 28. December, in welcher er trotzig erklärte, daß Oestreich keineswegs seine Stellung als Bundesmacht aufzugeben gedenke, und daß die deutsche Verfassungsfrage nur gelöst werden könne auf dem Wege der Verständigung mit den deutschen Regierungen, „unter welchen die kaiserliche den ersten Platz einnimmt.“ Es war für Jeden, der sehen wollte, klar, wohin diese Note zielte: und wenn in einer späteren vom 17. Januar 1849 noch von einem Directorium und von einem Volkshause die Rede war, so verhüllte dieser Schleier nur sehr leicht die eigentliche Meinung des östreichischen Cabinets, keine wirkliche Einheit zu Stande kommen zu lassen. Allein ihre Position war stark; sie hatte in Frankfurt für sich den Reichsverweser, einen Prinzen des kaiserlichen Hauses, die ziemlich geschlossene Schaar der östreichischen Abgeordneten, welche, Demokraten oder nicht, doch in Einem sich völlig verstanden, keine „preußische“ Lösung zuzulassen, und zu diesen gesellte sich die Mehrzahl der süddeutschen und anderer Particularisten, sowie vor Allem die gesammte Linke, die in ihrer politischen Unfähigkeit von nichts Heil erwartete als von einem neuen Ausbruch der Revolution. Außerhalb der Versammlung wiederholte sich diese seltsame Allianz der Ultras von Rechts und von Links und fand einen mächtigen Verbündeten in der Masse Derer, welche nur mit Gefühlen und Stimmungen, nicht mit Ernst und Verstand politisirten, und denen die „Ausschließung von 8 Millionen Deutschen“ als das größte „nationale Verbrechen“ vorkam. Indeß verfolgte die Partei, welche auf ein erbliches Kaiserthum im Hause der Hohenzollern lossteuerte, im Parlament ihren Weg weiter und es gelang wenigstens, zunächst eine geschlossene Partei für diese Auffassung zu organisiren, welche sich durch einzelne frühere Gegner verstärkte. Vom 11. bis 13. Januar bildete das Verhältniß zu Oestreich den Gegenstand einer gründlichen Debatte, und dem Reichsministerium wurde die gewünschte Vollmacht zu Unterhandlungen mit Oestreich mit 261 gegen 224 Stimmen ertheilt. Die Debatte über die das Reichsoberhaupt betreffenden Verfassungsparagraphen gab weitere Hoffnung: die Anträge der Particularisten oder Föderalisten auf ein Reichsdirectorium der 6 Königreiche unter verschiedenen Modificationen, mit wechselndem Vorsitz zwischen Oestreich und Preußen und Aehnlichem, wurden, wie die republikanischen auf ein „Reichsoberhaupt“ und Wählbarkeit „jedes

Deutschen" zu dieser Würde, verworfen; der Paragraph, daß die Würde des Reichsoberhauptes einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen werden solle, ward am 19. Januar mit 258 gegen 211, der weitere, daß dieses Oberhaupt den Titel „Kaiser der Deutschen" führen solle, am 25. mit 214 gegen 205 Stimmen angenommen. Mittlerweile erklärte eine der kleineren Regierungen nach der andern, allen voran am 8. Januar der Großherzog Leopold von Baden, daß sie bereit seien, sich einem erblichen Oberhaupte zu unterwerfen und diejenigen Opfer an ihrer Souveränetät zu bringen, welche eine solche bundesstaatliche Einigung erheische. Am 25. Januar waren es deren bereits 17, am 24. Februar 28: wichtiger noch war, daß am 7. März der Kaiser von Oestreich im Verfolg der Ereignisse, welche mit der Eroberung Wiens ihren Anfang genommen hatten und demnächst in ihrem Zusammenhange zu vergegenwärtigen sind, eine Verfassung octroyirte, welche den gesammten östreichischen Staat, einschließlich Ungarns und Italiens, für eine untheilbare constitutionelle Monarchie erklärte. Dieß ließ den Wenigen, welche der Parteigeist nicht völlig blind machte, denn doch die Augen auf- und übergehen: und ein ehrlicher Patriot, der seither ein entschiedener Gegner der erbkaiserlichen Partei gewesen, der badische Abgeordnete Welcker, überraschte nun die Versammlung am 12. März mit dem Antrage, die Verfassung, wie sie jetzt vorliege, sofort ohne zweite und dritte Lesung endgültig anzunehmen, etwaige Verbesserungen einem nächsten Reichstage vorzubehalten, die erbliche Kaiserwürde dem König von Preußen zu übertragen. Es wäre die einzig richtige und würdige Antwort auf die östreichische Herausforderung vom 7. März gewesen; die Dinge drängten zu einem Abschluß, die Erregung der Nation stieg aufs Neue: aber noch einmal rafften die Parteien der Negation, die östreichischen Abgeordneten, deren deutscher Patriotismus von ihrem östreichischen Maß und Lenkung empfing, die Particularisten, Ultramontanen und Demokraten ihre Kräfte zusammen und der Welcker'sche Antrag ward am 21. März mit 283 gegen 252 Stimmen abgelehnt. Die Berathung über die Verfassung ging also ihren regelmäßigen Gang weiter. Mit äußerster Anstrengung setzte die Einheitspartei, 267 gegen 263 Stimmen, die Erblichkeit des Kaiserthums durch: am 27. ward die Verfassungsberathung mit Annahme der Kaiserparagraphen beendet: und am 28. März war der große Tag der Kaiserwahl. Es war die 196. Sitzung, 538 Mitglieder anwesend. Die Abstimmung erfolgte, indem die Einzelnen sich erhoben und laut ihre Erklärung abgaben. Der Präsident Simson verkündete das Ergebniß: 290 Stimmen hatten sich für den König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen erklärt, der unter dem Geläute aller Glocken nun mit feierlichen Worten von dem

Präsidenten als Deutschlands erwählter Kaiser proclamirt wurde. 248 Mitglieder hatten sich der Wahl enthalten, darunter etwa 100 östreichische, die seit der Verfassung vom 7. März von Rechtswegen gar nicht mehr in diese Versammlung gehörten. Die Reichsverfassung war damit abgeschlossen und wurde am folgenden Tage publicirt. Sie beschränkte die Einzelstaaten nicht unbedeutend, entzog ihnen z. B. das Recht, eigene Gesandte zu halten, wogegen sie das Recht behielten, eigene Truppen zu haben, und deren Anführer zu ernennen. Der Reichsgewalt war die oberste Gesetzgebung vorbehalten: der Kaiser übt seine Gewalt durch verantwortliche Minister, erklärt Krieg und schließt Frieden; beruft und schließt den Reichstag, welcher in ein Staatenhaus und in ein Volkshaus zerfällt. Das Erstere bilden die Vertreter der einzelnen Staaten, welche zur Hälfte die Regierung, zur Hälfte die Volksvertretung des einzelnen Staates ernennt, 192 Mitglieder im Ganzen; sie müssen über 30 Jahre alt sein und dem Staate angehören, welchen sie vertreten. Das Volkshaus setzt sich durch directe und freie Wahlen zusammen; auf je 100,000 Seelen ein Abgeordneter; Wähler ist jeder unbescholtene Deutsche über 25, wählbar jeder über 30 Jahre; jährlich treten die Häuser zusammen. Dem Kaiser hatte die Nothwendigkeit, dem demokratischen Unverstand Concessionen zu machen, um Wahlstimmen zu werben, nur ein *suspensives* Veto gelassen: wenn ein Beschluß in drei sich folgenden Sessionen hintereinander unverändert von beiden Häusern angenommen ist, so wird derselbe mit dem Ende der dritten Sitzungsperiode Gesetz, auch wenn die Reichsregierung demselben nicht zustimmt, — ein Satz von sehr geringer praktischer Bedeutung, auf den nur der unreife Doctrinarismus Werth legen konnte. Unter den gegebenen Umständen aber war er umsomehr vom Uebel, weil er die Autorität des Reichsoberhauptes von vornherein schmälerte, und der Verfassung einen stark demokratischen Beigeschmack gab, den die als sechster Abschnitt eingefügten, verschwenderisch bemessenen „Grundrechte des deutschen Volkes" noch erhöhten. Unbeschränkte Freizügigkeit, unbedingte Preßfreiheit, welche selbst nicht durch Concessionen, Cautionen und Staatsauflagen beschränkt werden darf; volle Glaubensfreiheit und Gewissensfreiheit, keine Staatskirche mehr, jede Religionsgesellschaft verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig; Genuß der bürgerlichen Rechte unabhängig vom religiösen Bekenntniß, Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre; Unentgeltlichkeit des Volksunterrichtes, fast unbeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht: so breit und so flach war diese demokratische Grundlage der Verfassung eines Volkes, das nicht Throne genug für sein monarchisches Bedürfniß hatte aufrichten können, daß kein Adel und selbst keine Commercien-, Hof- oder andere Räthe, kein Doctor

der Philosophie u. s. w. mehr über das allgemeine Volk „der Deutschen“ hervorragen durfte: „der Adel als Stand ist aufgehoben“, „alle Titel, soweit sie nicht mit einem Amte verbunden sind, sind abgeschafft und dürfen nie wieder eingeführt werden.“ Die Verfassung, so wie sie war, wäre schwerlich lebensfähig gewesen, denn sie entsprach den thatsächlichen Verhältnissen nicht: das Parlament hatte denselben Fehler begangen, den solche Versammlungen so leicht begehen, sie ging von der Täuschung aus, ein Volk sei frei, wenn seine Vertretung decretire, daß es frei sei. Indeß dem hätte sich abhelfen lassen; ein Gefühl der Freude ging durch die Nation, daß das Verfassungswerk abgeschlossen sei: und wenn die Hand, in welche die Abstimmung vom 28. März die Reichsgewalt legte, den Moment ergriff, so war es möglich, jetzt noch, so viel auch versäumt war, das Reich der Deutschen aufzurichten. Der von Neuem mit großer Stärke erwachende Einheitsdrang würde den Widerstand, der allerdings sofort sich erhob, niedergeworfen haben.

c. Die Restauration des Bundestags.

Allein Friedrich Wilhelm IV. war der Mann nicht, die Geschicke Deutschlands zu erfüllen. Was bestimmt gewesen, die historische Mission Preußens zu vollenden, diesen Staat, den deutsche Kraft im Lauf der Jahrhunderte gebaut hatte, an die höchste Stelle zu heben und um ihn die Glieder des gemeinsamen Vaterlandes zu sammeln, führte vielmehr zum schmählichsten Falle, — zu einer Katastrophe, weit schimpflicher als die bei Jena gewesen und zugleich mit diesem tiefen Sturze Preußens und durch denselben zum vollständigen und kläglichen Scheitern der Hoffnungen der deutschen Nation.

Der Kern der Antwort, welche der König von Preußen am 3. April der großen Parlamentsdeputation gab, die mit dem Präsidenten Simson an der Spitze ihn von der erfolgten Wahl Namens des Parlaments in Kenntniß setzen sollte, war eine Ablehnung. Der Ruf, in welchem er die Stimme der Vertreter des deutschen Volkes erkenne, sagte Friedrich Wilhelm, als er die Deputation im Rittersaale des Berliner Schlosses, umgeben von seinen Ministern und den Prinzen des königlichen Hauses, empfing, gebe ihm ein Anrecht, dessen Werth er zu schätzen wisse; dieser Ruf, wenn er ihm folge, lege ihm schwerste Opfer und Pflichten auf; allein er dürfe eine Entschließung dieser Art nicht fassen ohne das freie Einverständniß der gekrönten Häupter Deutschlands: „an den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten wird es daher jetzt sein, in gemeinsamer Berathung zu prüfen, ob die Verfassung dem Einzelnen wie dem Ganzen frommt — ob die mir zugedachten Rechte mich in den Stand setzen würden, mit starker Hand die Geschicke des

großen deutschen Vaterlandes zu leiten und die Hoffnungen seiner Völker zu erfüllen."

Also der König wollte und wollte nicht: was er auf den einhelligen Wunsch der deutschen „Obrigkeiten," womöglich Oestreich eingeschlossen, vielleicht angenommen hätte, das wollte er, wie später bekannt gewordene vertraute Briefe es mit vielem Wortschwall aussprachen, nicht aus den Händen der „Revolution" empfangen. Er bezeichnete mit diesem Ausdruck Alles, was gut oder schlecht aus den Märzereignissen von 1848 hervorgegangen war, und er konnte sich in den heftigsten Zorn hineinreden, wenn er auf dieses Phantom „die Revolution" zu sprechen kam: was er ihr im Grunde seines Herzens am übelsten nahm, das war nicht, daß sie seine Machtfülle beschränkte, selbst nicht, daß sie ihn an jenem verhängnißvollen 19. März schwach gefunden, — sondern daß sie von ihm, dem Manne der warmen Gefühle, der beredten Worte, des geistreichen Spiels mit hohen Ideen fortwährend Thaten, königliche Entschlüsse, klares consequentes Handeln verlangte. Auf der andern Seite aber war er einsichtig genug, um zu sehen, daß Deutschlands Macht und Einheit, der er, patriotisch-deutsch gesinnt oder gestimmt wie er war, sich nicht versagte, in der That doch nur in derjenigen Richtung zu finden war, welche die Mehrheit des Frankfurter Parlaments, Männer, deren Werth er anerkennen mußte, in den letzten entscheidenden Beschlüssen eingeschlagen hatte. So kam er zu jener unheilvoll-widersprechenden Politik — wenn dieser Name hier überhaupt noch zutrifft, — mit welcher er nicht die deutsche Kaiserkrone allein, sondern auch einen ehrenvollen Platz in der Geschichte verscherzte, einen Platz, auf welchen, wenn edles Wollen und schöne Worte kühnen Entschluß und königliche That ersetzen könnten, Niemand gegründeteren Anspruch hätte erheben können. Am 3. April erließ das Ministerium eine Circulardepesche an die bei den deutschen Höfen beglaubigten Gesandten Preußens, in welcher der Sinn der königlichen Antwort dahin bestimmt wurde, daß der König bereit sei, da der Reichsverweser sein Amt niederlegen wolle — derselbe hatte am 29. März diese Absicht ausgesprochen und man war thöricht genug gewesen, ihn nicht beim Worte zu nehmen — an die Spitze eines deutschen Bundesstaates zu treten, welcher aus denjenigen deutschen Ländern gebildet werden solle, welche sich demselben freiwillig anschließen würden; die deutschen Regierungen sollten Bevollmächtigte nach Frankfurt schicken, um sich hierüber auszusprechen. Das Ministerium erläuterte diesen Entschluß vor der Kammer dahin, daß keinerlei auch selbst nur indirecter Zwang auf die deutschen Regierungen ausgeübt werden solle, da der König daran festhalte, daß die deutsche Verfassung nur auf dem Wege der Vereinbarung zu Stande kommen dürfe.

Das Parlament war durch die Antwort des Königs in eine völlig schiefe Lage gekommen; indeß hoffnungslos standen die Dinge noch keineswegs. Vorausgesetzt, daß Friedrich Wilhelm wirklich das wollte, was er zu wollen erklärte — daß er nur aus übergroßer Loyalität eine Willensäußerung der Fürsten zur Bedingung machte, — so war zu helfen. Am 14. April übergaben die Vertreter von 28 Regierungen dem preußischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt eine gemeinsame Note, in welcher sie die Reichsverfassung und das preußische Kaiserthum anerkannten und erklärten, daß die Bedenken gegen einzelne Bestimmungen der Verfassung zurücktreten müßten gegenüber den Gefahren, mit welchen längerer Verzug das Vaterland bedrohe. Unter diesen Regierungen fehlte wie natürlich Oestreich, es fehlten die alten Feinde deutscher Einheit, die Gewaltigen des Rheinbunds, Baiern, Würtemberg, Sachsen, auch Hannover: aber Oestreich erlitt eben in Ungarn Niederlage auf Niederlage: und was die Rheinbundfürsten betraf, so trug ihr Widerstand einen offenkundig nur dynastischen Charakter und er war auf dem Punkte, dem energischen Andringen der Bevölkerungen zu erliegen. Der eigensinnige König von Würtemberg, der „mit gewohnter Freimüthigkeit“ die er von sich zu rühmen liebte, seinen Widerstand gegen die Reichsverfassung mit den Worten charakterisirt hatte: „ich unterwerfe mich keinem Hohenzoller“, legte sich am 25. April zum Ziele, als die zweite Kammer, hinter welcher dießmal in einer mächtigen, durch keinen revolutionären Exzeß getrübten Aufwallung das gesammte würtembergische Volk stand, Miene machte, eine Regentschaft einzusetzen; in Sachsen, in Hannover, einem Theil Baierns war es ähnlich. Man wäre bei der augenblicklichen Ohnmacht Oestreichs mit diesen Staaten gleichfalls fertig geworden, und seiner eigenen gewaltigen Machtmittel war Preußen gewiß, da am 21. April die zweite Kammer in Berlin auf den Antrag von Rodbertus mit 179 gegen 159 Stimmen die Rechtsbeständigkeit der deutschen Reichsverfassung anerkannte.

Allein die preußische Regierung gab Alles dieß aus der Hand. Sie löste am 27. ihre zweite Kammer auf und verwandelte in einer Note an die deutsche Centralgewalt vom 28. die bedingte Ablehnung des Königs in eine unbedingte, indem sie zugleich erklärte, daß wenn die Nationalversammlung nicht auf eine Vereinbarung mit den Regierungen eingehe, diese selbst — es waren ihrer wohlgezählte 35 — eine deutsche Verfassung octroyiren müßten: ein lächerlicher Gedanke, da „die Regierungen“ noch weniger unter Einen Hut zu bringen waren, als die Nationalversammlung oder die Bevölkerungen.

Diese Note erst brachte volle Klarheit, aber eine traurige, in die ganze Lage. Friedrich Wilhelm IV. hatte die Krone nicht „aus der Hand der Revolution“ annehmen wollen — nicht aus der Hand der

gemäßigtesten, besonnensten, einsichtigsten Männer des Parlaments — nicht aus der Hand der deutschen Nation, die sich ihm sehnsüchtig entgegenstreckte, damit er das Volk, welches der Revolution überdrüssig war und mit aller Kraft des Verlangens aus ihr herausstrebte, und dieß in zahllosen Versammlungen zu Gunsten der Reichsverfassung aussprach, wieder in einen geordneten und anerkannten Rechtszustand hinüberführe, welcher diesem ruhigsten und loyalsten aller Völker Bedürfniß war — nicht aus der Hand von 28 jener 35 „Obrigkeiten", welche die ungeheure Gefahr erkannten — nicht aus der Hand des eigenen Volkes, das beim Aufgehen in Deutschland sicherlich mehr opferte, als sein König; — die Geschichte muß ihn anklagen, daß er durch diese widerspruchsvolle, unklare und ideologische Politik einen großen Theil Deutschlands nunmehr aufs Neue der Anarchie überlieferte und in den Abgrund der Revolution zurückstieß. Denn die republikanische Partei hatte jetzt ein sehr plausibles Zeichen, um welches sie sich schaaren konnte. Sie hatte einen Rechtsgrund oder Vorwand, eine Legitimität, die wenigstens eben so viel werth war, als die Legitimität so manches deutschen Fürstenhauses: die Reichsverfassung. Und wenn diese radicale Partei sich jetzt anschickte im Namen der Reichsverfassung eine neue Schilderhebung zu versuchen, so fand sie dabei dießmal Verbündete und Anhänger in den Reihen der Gemäßigten und Besonnenen, — der Legitimisten des neuen Rechtsbodens, die in einem Lande wie Deutschland nicht fehlten. Denn war diese Verfassung nicht auf vollkommen rechtmäßige Weise zu Stande gekommen? In voller Ruhe, ohne allen äußeren Zwang hatten sie die Männer berathen und beschlossen, welche das Vertrauen der Nation — mit Zustimmung und nach Anordnung der Regierungen — nach Frankfurt entsendet hatte. Und außerdem: diese Versammlung bestand noch; wie, wenn sie selbst die Nation aufrief, ihr Werk durchzuführen? Niemals hatte der Aufstand günstigere Chancen als in diesem Augenblicke.

Die Bewegung zu Gunsten der Reichsverfassung, anfangs ehrlich gemeint, schlug bald ins radicale Extrem um und vor Allem wuchs sie der Frankfurter Versammlung selbst über den Kopf. Diese, auf der einen Seite zurückgestoßen von der preußischen Regierung, deren Mitwirkung doch die Vorbedingung zur Durchführung dieser Verfassung war, auf der andern Seite vorwärts getrieben von den radicalen Elementen in und außerhalb der Versammlung — war jetzt in einer Lage, deren Peinlichkeit und deren Schwierigkeiten mit jedem Tage sich mehrten. Am 4. Mai forderte ein mit sehr kleiner Majorität gefaßter Beschluß, der aber das beginnende Ueberwiegen der radicalen Elemente anzeigte, die gesammte Nation, Volk und Regierungen, auf, die beschlossene Verfassung des deutschen Reiches zur Geltung zu bringen. Es bedurfte

dessen schon nicht mehr; die allenthalben organisirten Volksvereine hatten die Sache bereits in die Hand genommen: und während auf der einen Seite in der Pfalz, zu Kaiserslautern eine große Volksversammlung der bairischen Regierung, weil sie die Reichsverfassung anzuerkennen sich weigerte, den Gehorsam aufkündigte (1. Mai), der Ausschuß der Volksvereine sich dort als eine provisorische Regierung constituirte und, indem er zugleich nicht ganz ohne Erfolg die Soldaten zum Anschluß aufforderte, die Volkswehr zu organisiren begann: brach auf der andern Seite in Dresden ein gewaltiger Aufruhr los. Dort hatte der König sein Ministerium in einem conservativen Sinne geändert, die Kammer aufgelöst und setzte dem Andringen nach Anerkennung der deutschen Reichsverfassung den plausibeln Grund oder Vorwand entgegen, daß, da die größeren Staaten Preußen und Baiern dieselbe nicht anerkannt hätten, seine, Friedrich August's Anerkennung doch nichts helfen könne; dasselbe konnte fernerhin Jeder sagen, der eine solche Ausrede überhaupt brauchte. Allein die Dinge wurden jetzt ernsthaft. Schon am 4. sah sich der König veranlaßt, mit seinen Ministern von Beust und von Rabenhorst nach dem Königsstein zu flüchten, wogegen die Aufständischen, welche die Nacht auf den Barricaden zugebracht hatten, nunmehr eine provisorische Regierung bestellten, die aus zwei Kammermitgliedern, Tschirner und Heubner, und einem radicalen Regierungsrath, Todt, bestand. Mit Mühe hielt sich das sächsische Militär gegen den Aufstand, dem aus den Nachbarstädten Leipzig, Pirna u. s. w. Zuzug kam; aber schon am Abend des 5. traf ein preußisches Regiment zur Unterstützung ein, dem in den folgenden Tagen, während der erbitterte Kampf ohne Unterbrechung fortging, neue und neue preußische Bataillone folgten. Am 9. gegen Mittag war die Stadt vollständig in der Gewalt der Truppen. Unter den Gefangenen und Gefallenen waren viele Fremde, Polen, auch ein russischer Flüchtling, Bakunin, ein mit Hegel'scher Philosophie überpinselter Barbar, der auch später viel von sich reden machte, befand sich unter den Ergriffenen. Trotz dieser Niederlage an Einer Stelle griff die Bewegung weiter und weiter: allenthalben, in Hessen, in Baden, am Rhein, in Frankfurt, in Würtemberg, dem bairischen Franken forderte man in stürmischen Volksversammlungen schleunigste Bewaffnung und Organisation zur Durchführung der Reichsverfassung. Am 8. Mai kam es in Elberfeld zu einem Aufstande, bei welchem das von Düsseldorf und Köln herbeigezogene Militär anfangs den Kürzeren zog; am 9. folgte ein Kampf in Düsseldorf; bedenklicher war, daß in Crefeld eine Versammlung von Landwehrpflichtigen die Weigerung aussprach, einer etwaigen Einberufungsordre des Ministeriums Brandenburg zu folgen. Dem üblen Beispiel folgten in den nächsten Tagen Landwehren

in Köln, Hagen, Iserlohn: zum vollen Durchbruch aber kam die neue Revolution in Baden, wo sie das wenigste Recht hatte, da die Reichsverfassung von der dortigen Regierung unumwunden und aufrichtig anerkannt war. Hier brachen in Freiburg und Rastatt die Soldaten in offene Meuterei aus und verbrüderten sich, unter brutalen Widersetzlichkeiten gegen die Officiere, mit den Bürgerwehren; es ward fleißig geschmäht und fleißiger gezecht; am 14. vollendete sich der Aufstand in Karlsruhe durch eine Empörung der dortigen Garnison. Der Großherzog war mit seiner Familie flüchtig: ein geringer Rest treu gebliebener Truppen zog ab und das ganze Land unterwarf sich dem Landesausschuß der badischen Volksvereine, an dessen Spitze ein Freund Hecker's, Brentano, in Karlsruhe einzog. Am 17. Mai beschlossen die revolutionären Regierungen Badens und der Pfalz ein Schutz- und Trutzbündniß und auch in Würtemberg stieg die Gährung mit jedem Tage. Die Regierung war nirgends ihrer Truppen mehr völlig sicher, und nunmehr traten Ereignisse ein, welche auch für Würtemberg, wo am 27. eine große Volksversammlung zu Reutlingen den Anschluß an die Revolution verlangte, die Gefahr aufs Höchste steigerten: das Parlament hatte den Beschluß gefaßt, von Frankfurt nach Stuttgart überzusiedeln.

Am 10. Mai hatte das Ministerium Gagern seine Entlassung genommen, und das Parlament ein Wort in den Wind geredet, indem es, 188 gegen 147 Stimmen, gegen Preußens „Reichsfriedensbruch" in Sachsen protestirte. Bereits hatten viele Mitglieder sich losgesagt und die Versammlung nahm zusehends einen radicalen Charakter an. Ein Beschluß vom 12. verlangte „Verpflichtung der gesammten bewaffneten Macht Deutschlands" auf die Reichsverfassung. Der östreichische Präfekt, welcher seine Rolle nunmehr begriff und nicht mehr an den Rücktritt dachte, Erzherzog Johann, ließ sich dadurch nicht irren. Am 16. Mai brachte er ein neues Ministerium zusammen. Es waren Männer, die keinen Namen zu verlieren hatten und sich darum zu der kläglichen Rolle verstanden. Ein Mitglied der äußersten Rechten, Dr. Gräwell, ein preußischer Justizrath, war Chef dieses lächerlichen Ministeriums, dessen Namen zu einer schimpflichen Unsterblichkeit verurtheilt sind, weil sie gleichsam den Nullpunkt der deutschen Geschichte bezeichnen: die Uebrigen waren der General Jochmus, ein Abenteurer, dessen wir oben flüchtig erwähnen mußten (Auswärtiges),*) ein witziger hannoverischer Advokat Detmold (Justiz), der die Sache wie einen köstlichen Spaß behandelte, ein reicher Hamburger Kaufherr Merck (Finanzen) und ein hessischer Generallieutenant Fürst Wittgenstein (Krieg): für ihre sämmtlichen Geschäfte reichte ein einziger Schreiber aus. Daß

---

*) B. I, S. 524.

hier die Entscheidung nicht mehr lag, war deutlich; schon am 5. April hatte die östreichische Regierung ihre Abgeordneten heimberufen, nachdem sie an ihrem Theile den Zweck, Deutschlands Einheit zu hindern, mit hatten erreichen helfen; am 14. Mai rief die preußische, am 21. die sächsische, am 23. die hannoverische Regierung ihre Deputirten ab; und am 21. zeigte der Rest der erbkaiserlichen Partei, Gagern an der Spitze, 90 Männer, ihren Austritt an, indem sie, nach Erschöpfung aller gesetzlichen Mittel zur Durchführung der Reichsverfassung, augenblicklich unfähig seien, irgend etwas für jenen Zweck zu thun. Es blieb mithin nur die eigentliche Linke, der aber nunmehr in Frankfurt, da bereits zwischen den Insurgenten der Pfalz und großherzoglich-hessischen Truppen ein Zusammenstoß stattgefunden hatte, der Boden zu heiß wurde.

Auf den Antrag von Karl Vogt wurde demgemäß am 30. Mai beschlossen, die nächste Sitzung am 4. Juni in Stuttgart abzuhalten. Es war möglich, daß dieser Entschluß der Revolution in Würtemberg, wo das rasche Wort der langsamen That weit vorauszueilen pflegt, vollends zum Durchbruch verhelfe. Am 6. trat dort die Versammlung — es waren noch 104 Mitglieder — unter dem Vorsitz eines preußischen Abgeordneten, Dr. Wilhelm Löwe, zusammen. Die dortige Regierung, noch aus den Ministern des März 1848 bestehend, noch unschlüssig, räumte ihr den Ständesaal ein und die Bürgerwehr erwies ihr die militärischen Ehren. Nach mehrfachen unfruchtbaren Reden wurde zum Zwecke der Durchführung der Reichsverfassung „nicht mehr aber auch nicht weniger", eine Reichsregentschaft gewählt, der radicale Gießener Professor Vogt, der nachmals seinem deutschen Patriotismus gründlich den Abschied gab, Franz Raveaux aus Köln, Heinrich Simon aus Breslau, Friedrich Schüler aus Zweibrücken, und eine Celebrität der würtembergischen Kammer, der Advokat Becher. Diese Regentschaft hatte keine Mittel als Proclamationen. In Stuttgart, dem Sitz einer überaus conservativen Bürgerschaft, war kein Boden für radicale Politik; die würtembergische Regierung, in die Mitte gestellt zwischen eine hoffnungslose Revolution und die Pflichten gegen das eigene Land, entschloß sich: als die Versammlung, welcher der Ständesaal entzogen war, am 18. Juni — geführt von drei tadellosen Männern, ihrem Präsidenten Löwe, dem würtembergischen Mitgliede Schott und dem ersten lebenden Dichter Deutschlands, Ludwig Uhland, dem ein hoher und edler Patriotismus das Ausharren bis zum Aeußersten gebot, obschon er nicht mehr mit den Zielen der Versammlung übereinstimmte — Nachmittags 3 Uhr nach dem Fritz'schen Reithause zog, um dort Sitzung zu halten, fand sie die Zugänge vom Militär besetzt. Ein Trommelwirbel übertönte den Protest des Präsidenten, die Soldaten drängten vorwärts: und die Versammlung kehrte nach dem Hôtel Marquard, von

wo sie ausgezogen, zurück. Zu einer ferneren Sitzung, welche Löwe nach Karlsruhe anberaumte, kam es nicht mehr. Der größere Theil des badischen Landes war bereits in den Händen der preußischen Truppen.

So endete das erste deutsche Parlament, auf welches nachmals von den entgegengesetzten Ecken des Radicalismus und der Reaction viel wohlfeiler Hohn und Tadel geworfen worden ist. Aber mit großem Unrecht, wenn diese Versammlung gleich, ein getreues Spiegelbild der unklaren, durcheinandergährenden, sich kreuzenden und verwirrenden Stimmungen im Schooße einer großen, seit Jahrhunderten zerrütteten Nation erst spät den Weg aus dem Labyrinthe fand: als sie ihn gefunden, sah sie ihn durch ein Hinderniß gesperrt, das jeder Berechnung spottete. Sie lebte als eine große und rühmliche Erinnerung fort und ihre beste Rechtfertigung bildet das jämmerliche Mißregiment, unter welchem Deutschland noch zwei Jahrzehnte zu leben verurtheilt war, bis endlich, als es Gott gefiel die vielhundertjährige Schmach unseres Volkes zu wenden, der scharfe Stahl, den Friedrich der Große geschliffen und den ein schwacher Enkel nicht zu brauchen wagte, den gordischen Knoten zerhieb, den nicht dieses noch sonst irgend eines Parlamentes Weisheit hätte entwirren können.

Dießmal vollendete sich noch einmal ein unermeßlich-unabwendbares Mißgeschick. Doch nicht ganz so rasch gingen die Dinge, wie man hätte erwarten dürfen, wo zusammengeraffte Schaaren, deren besten Bestandtheil meuterische Theile des Linienmilitärs bildeten, gegen gutgerüstete und musterhaft disciplinirte Truppen standen. Die Pfalz allerdings fiel ohne großen Widerstand. Am 13. Juni rückte ein preußisches Corps unter dem Prinzen von Preußen dort ein, besetzte am 14. Kaiserslautern, am 15. Ludwigshafen und entsetzte am 17. das von den Aufständischen belagerte Landau; am 18., demselben Tage, wo in Stuttgart das Parlament eines halb natürlichen halb gewaltsamen Todes starb, entwich die gesammte pfälzische Revolutionsarmee, etwa 8000 Mann, unter dem polnischen General Sznayde nach Baden, wohin am 20. die 25,000 Preußen unter dem Prinzen und unter General Hirschfeld nachrückten. Mit mehr Tapferkeit und Erfolg kämpften die badischen Insurgenten unter dem vielgenannten, vielumgetriebenen Polen Mieroslawski gegen das gemischte Corps der Reichstruppen unter General Peucker, besonders am 21. bei Waghäusel; aber die Aussicht auf den Anschluß Würtembergs war verschwunden, obgleich viele Einzelne, Enthusiasten und Wildfänge den Insurgenten zugezogen. Am 25. Morgens retirirte die badische provisorische Regierung nach Offenburg, am Nachmittag zogen die Preußen in Karlsruhe ein. Die badischen Truppen hatten ihren Rückzug nach fünfstündigem Gefecht bei Durlach nach dem Oberlande genommen. Mit einer

Raschheit und Energie, von der man in der Politik des Staates seit lange jede Spur vermißte, rückten die preußischen Truppen ohne weiteren Aufenthalt gegen Rastatt weiter. Die provisorische Regierung, in welcher schon keine Einigkeit mehr herrschte, nebst der lächerlichen „constituirenden Versammlung", deren der radicale Unverstand selbst in dieser äußersten Lage nicht entbehren zu können glaubte, nahm ihren Sitz zu Freiburg: am 28. Juni war man dort, wo auch der bewährte Unheilstifter Struve wieder auftauchte, bereits so weit, dem bisherigen Dictator Brentano, der nicht mit dem Kopf gegen die Wand rennen wollte und die Sache nunmehr verloren gab, „feigen Verrath an dem Vaterlande" vorzuwerfen und, was auch nie fehlen darf wo der Radicalismus sich in Nöthen befindet, eine Untersuchungscommission niederzusetzen. Noch einmal hielten die Badener am 29. und 30. hinter der Murg Stand; bei Muggensturm dauerte das Fechten ohne Unterbrechung an zwölf Stunden; am 1. Juli begann die Belagerung von Rastatt, wohin ein Theil der Aufständischen sich geworfen hatte. 20,000 Preußen unter von der Gröben legten sich vor die Festung, während die Hauptmacht unter dem Prinzen und die Reichstruppen unter Peucker den Resten des Insurgentenheeres in den Schwarzwald nachrückten. Die Gränzorte der Schweiz füllten sich mit Flüchtlingen, Mitgliedern der Reichsregentschaft und des Rumpfparlaments, Mitgliedern und Anhängern der revolutionären Regierungen, compromittirten Soldaten u. s. w.; Mieroslawski, der sich übrigens als tüchtiger Führer bewiesen hatte, und Struve hatten sich bereits dorthin in Sicherheit gebracht; am 9., 11. und den folgenden Tagen traten die einzelnen Abtheilungen mit ihren Obersten Blenker, Goegg, Sigel auf schweizer Gebiet über: und als der Hauptheld, den man sich rasch aus Amerika verschrieben und dessen Name einen eigenthümlichen Zauber auf die Massen ausübte, Friedrich Hecker, auf dem Schauplatz erschien (15. Juli zu Straßburg) war schon Alles zu Ende. Am 23. ergab sich auch Rastatt auf Gnade und Ungnade. Die Letztere überwog: in Mannheim, Rastatt, Freiburg functionirten preußische Kriegsgerichte, die mit Eifer auf diejenigen Theilnehmer ihr Augenmerk richteten, welche geborene Preußen waren; nicht wenige wurden erschossen, die Begnadigungen waren spärlich. Sie starben nicht Alle für eine reine Sache, aber fast Alle mit männlichem Muthe. Am 18. August kehrte der Großherzog nach Karlsruhe zurück. Der Plan Oestreichs, Truppen in den Seekreis einrücken zu lassen, um wenigstens am Henkersdienste, wenn auch nicht am Kampfe sich zu betheiligen, scheiterte an der Festigkeit des Prinzen von Preußen, der ihnen erklärte, daß der Großherzog von Baden preußische Hülfe begehrt habe und daß Preußen auf dessen Begehr, nicht auf Anordnung der Centralgewalt eingeschritten sei.

So war abermals ein Act in dem großen Trauerspiel zu Ende. Der Aufstand lag besiegt am Boden; die Fürsten konnten wieder ruhig schlafen; aber was sollte nun weiter geschehen? Die starke Hand Preußens, sein unvergleichliches Heer, hatte die Revolution bezwungen, und dieß in einem Augenblicke höchster Gefahr, wo keine der süddeutschen Regierungen ihrer eigenen Truppen mehr sicher war; der König von Sachsen, der Großherzog von Baden, die Fürsten von Sigmaringen, die Herrscher von Nassau und von Hessen, die Könige von Würtemberg und von Baiern — sie verdankten die Rettung ihrer Throne der norddeutschen Macht, deren Soldaten jetzt siegreich vom Belt bis zum Bodensee standen. Wenn Friedrich Wilhelm die deutsche Krone aus der Hand der Revolution verschmäht hatte — wohlan, hier waren legitime Fürsten, die ihm nicht mehr und nicht weniger als Alles verdankten — niemals hatte die Macht Preußens in Deutschland so imposant dagestanden, und die deutsche Nation, weniger heikel als der allzu zartfühlende Fürst, wäre bereit gewesen, aus seinen Händen die Einheit zu empfangen — auch jetzt noch, in der Form, die er für nöthig gefunden hätte. Aber es kam ganz anders. Der letzte Act einer weltgeschichtlichen Tragödie endigte wie ein jämmerliches Possenspiel: nach einem Jahre lag dieser mächtige Staat, im Besitz eines unbesiegten Heeres, geordneter Finanzen, weitverbreiteter Sympathien und Hoffnungen im ganzen deutschen Volke, ohne Kampf besiegt, entehrt und mit Schande überladen am Boden und erbettelte durch den Mund des verächtlichsten Ministers, den seine Geschichte kennt, das Recht seiner ferneren politischen Existenz von dem in unzähligen Schlachten von seinen eigenen Rebellen besiegten Oestreich.

Sehen wir zu, auf welche Weise dieser unbegreifliche Umschwung der Dinge sich vollzog; es war unserer Generation vorbehalten, die Zeiten der tiefsten Schmach und die des höchsten Ruhmes Deutschlands zu erleben.

Friedrich Wilhelm war nicht gemeint gewesen, die deutsche Sache, die ihm wirklich und unglücklicher Weise nur allzu sehr eine Herzenssache war, aufzugeben. Indem er die Krone aus der Hand der Frankfurter Versammlung, deren Souveränetät er bestritt, verschmähte, eignete er sich doch den politischen Gedanken, der in jenem Anerbieten lag und der in der That mit seinen Ideen wohl harmonirte, an; auch er wollte — wenigstens so weit ihn sein ideologisches, unmännliches und mehr und mehr in Unwahrheit verfallendes Wesen zu einem wirklichen Wollen gelangen ließ — Preußen an der Spitze eines einigen Deutschlands. Aber er schmeichelte sich mit der seltsamsten aller Illusionen, — dieses Ziel im Wege freier Zustimmung der deutschen Regierungen, ja Oestreichs selbst, dem er eine unbegreifliche Loyalität entgegentrug, zu erreichen. Indem er am 15. Mai sich anschickte, den bedrängten süd-

deutschen Fürsten Hülfe zu bringen, erklärte er doch zugleich in einer Proclamation seinen Entschluß, zur Aufrichtung einer deutschen Verfassung auf Grund der in Frankfurt berathenen, mit wenigen Abänderungen, seine Kraft einzusetzen, und schloß am 26. Mai mit Hannover und Sachsen das sogenannte Dreikönigsbündniß, welchem die Contrahenten den gemeinsamen Entwurf einer deutschen Verfassung zu Grunde legten: die Würde des Reichsvorstandes der Krone Preußen vorbehalten; daneben ein Fürstencollegium mit sechs Stimmen, die ungefähr nach Analogie der alten Reichskreise vertheilt waren; ein Reichstag in zwei Kammern; ein Bundesgericht; allgemeines Wahlrecht, aber die Wähler, wie in der octroyirten preußischen Verfassung, nach dem Vermögen in drei Klassen getheilt: die beiden Kammern üben mit dem Reichsvorstand und dem Fürstencollegium die gesetzgebende Gewalt. Die erbkaiserliche Partei des einstigen Frankfurter Parlaments wäre geneigt gewesen, diesen Entwurf zu unterstützen, der wenigstens den Kern der Frankfurter Verfassung, ein erbliches Reichsoberhaupt in der Person des mächtigsten deutschen Fürsten und eine parlamentarische Vertretung rette: auf einer Versammlung zu Gotha am 26. Juni sprachen sich 130 von 148 Anwesenden für diese von den drei Königreichen gebotene Verfassung aus. Jetzt, nachdem die Ordnung in Süddeutschland hergestellt war, schien die Zeit gekommen, diese neue „Union" und ihre Verfassung durchzuführen. Bis Ende September hatten sich — ein Beweis, daß die Mehrzahl der Fürsten dem nationalen Bedürfnisse sich nicht verschloß, — dem Dreikönigsbündniß 21 Staaten angeschlossen; mit fünf weiteren: Meiningen, Lippe, Waldeck, Frankfurt, Lübeck stand man noch in Unterhandlung. Dagegen weigerten Würtemberg und Baiern den Beitritt: und so selbstlos und rücksichtsvoll erwies sich die preußische Regierung, daß sie selbst den Schein eines Druckes auf diese Fürsten vermied. Um dieselbe Zeit, Juni 1849, als kaum die Dinte auf der Vertragsurkunde trocken war, wußte man freilich in London bereits und konnte es auch in Berlin wissen, daß auch Hannover und Sachsen keinen Tag die Absicht hegten, das geschlossene Bündniß zu halten, das man dort nur eingegangen war, wie ihre „Staatsmänner" bald mit dem frechsten Cynismus erklärten, um „dem Volke den Glauben beizubringen, als wolle man ernstlich die deutsche Einheit."

So standen die Dinge, als Oestreich sich hinlänglich erstarkt fühlte, um in die deutschen Angelegenheiten wieder thätig einzugreifen.

Am 22. November 1848 hatte der östreichische Reichstag, noch 248 Deputirte, in dem mährischen Landstädtchen, nach welchem der kaiserliche Erlaß ihn berufen, seine Sitzungen wieder aufgenommen. Auch die Mitglieder der Opposition, welche einen vergeblichen Versuch

gemacht hatten, ihr Werk in Wien fortzusetzen, fanden sich nach und nach dort ein. Harmlos begann diese Versammlung, gleich als lebte man noch in den ersten Frühlingswochen dieses furchtbaren Jahres, die Grundrechte des östreichischen Volkes zu discutiren: „§. 1: Alle Gewalt im Staate geht vom Volke aus.“ Ihr Ausschuß vollendete auch glücklich seinen Verfassungsentwurf am 1. März 1849, nach welchem unter Anderem der Kaiser im Falle der Annahme eines Gesetzes durch beide Kammern nur ein suspensives Veto haben sollte; wenige Tage später ward ihr selbst und ihrer eitlen Rednerei das absolute Veto zugerufen. Am 7. März hatte die Regierung ihre Entschlüsse fertig; der Minister Stadion traf in Kremsier ein; ein paar Grenadierbataillone kamen von Olmütz, besetzten Städtchen und Sitzungslocal, das die Deputirten am folgenden Morgen verschlossen fanden. Nichts hinderte sie, nach Hause zu reisen. Am gleichen Tage wurde aus kaiserlicher Machtvollkommenheit eine neue Verfassung für den gesammten östreichischen Kaiserstaat octroyirt, welche das Datum vom 4. März trug. Mit den Grund- und Wahlrechten, die sie enthielt, brauchen wir uns nicht weiter zu befassen, da dieser Theil weder jemals ins Leben getreten ist, noch auch jemals beabsichtigt wurde, denselben ins Leben treten zu lassen; ernsthaft gemeint aber war, daß der ganze östreichische Kaiserstaat, einschließlich Ungarns, Kroatiens, Siebenbürgens, der Militärgränze, der Lombardei und Venetiens eine untheilbare und unauflösliche Monarchie bilden sollten.

Noch aber war zunächst Ungarn nicht eine Provinz dieser unauflöslichen Monarchie, wie diese Verfassung voraussetzte, indem sie kurz und bündig alle Bestimmungen der altungarischen Verfassung aufhob, welche mit dem neuen Reichsgesetze nicht im Einklange standen. Nach der Eroberung Wiens war der ungarischen Armee von dem Fürsten Windischgrätz eine 14tägige Frist gestellt worden, innerhalb welcher sie die Waffen niederlegen sollte: das neue Ministerium und der junge Kaiser fanden als ihre erste Aufgabe die Beendigung des ungarischen Krieges vor. Sie sollten einem verzweifelten und lange Zeit siegreichen Widerstande begegnen. Am 15. December 1848 erklärte der ungarische Reichstag die Thronentsagung Ferdinands für ungültig und weigerte die Anerkennung Franz Joseph's, da über den ungarischen Königsthron ohne Befragung der Nation Niemand verfügen könne. Der Kampf, erst Mitte December von Windischgrätz ernstlich aufgenommen, war anfangs für die Oestreicher günstig. Am 5. Januar 1849 rückten sie unter Windischgrätz und Jellachich in Pest ein, während Reichstag und Landesvertheidigungsausschuß nach Debreczin flüchtete. Schon verkündete (Ende Januar 1849) die Wiener Zeitung den „glorreichen Schluß des Feldzugs“: allein in Siebenbürgen mußte

der östreichische General Puchner schon am Anfang Februar die in der Walachei stehenden russischen Truppen zu Hülfe rufen, um sich des polnischen Generals Bem zu erwehren, der, aus Wien entkommen, an der Spitze eines durch polnischen Zuzug verstärkten Heerhaufens seinen eigenen Krieg gegen die Feinde Polens führte. Den fähigsten der östreichischen Generale, Schlick, der von Norden her (Kaschau) operirte, zwang Görgey, indem er seine Operationslinie bedrohte, zum Rückzuge (9. Februar); und der gänzlich unfähige Fürst Windischgrätz wartete in der Hauptstadt drei Monate lang unthätig auf die Unterwerfung des Landes, die ihm nach seinen Proclamationen nicht zweifelhaft war. Er ließ so den Ungarn volle Zeit, ihre Streitkräfte zu organisiren, wobei der Kriegsminister Klapka, der tüchtigste unter den ungarischen Kriegsmännern, sich die größten Verdienste erwarb. So folgte in den nächsten Monaten eine östreichische Niederlage auf die andere. Mitte März fiel Hermannstadt in Bem's Hände und nach einigen weiteren Gefechten mußte Puchner mit seinem Stabe und den Trümmern seines Armeecorps nach der Walachei flüchten; auch die Russen gingen wieder hin, wo sie hergekommen; am 2. April wurde Schlick bei Hatvan geschlagen, am 6. der Banus bei Isaszeg und Gödöllö; und in Folge davon fand der Feldmarschall Fürst Windischgrätz sich veranlaßt, wie er es in dem berühmten 34. seiner unsterblichen Bulletins ausdrückte, die Armee in einer concentrirten Stellung vorwärts Pest zu vereinigen: „eine Bewegung“, fügte er gemüthlich hinzu, „welcher der Feind mit großer Eile folgte.“ Görgey hatte Recht, wenn er einen ansehnlichen Theil des Dankes der ungarischen Nation für die Aprilsiege dem Fürsten Windischgrätz und dem Banus zuschrieb. Die mißhandelten und betrogenen Bevölkerungen in Wien und Prag freuten sich insgeheim und fast offen über die Niederlagen der Regierung und ihrer hochmüthigen Generale. Ein Kriegsrath in Olmütz beschloß die Abberufung des Fürsten und ein Baron Welden erhielt den Oberbefehl; aber ein neuer Sieg der Ungarn bei Nagy Sarlo (19. April) brachte der wichtigen Festung Komorn Entsatz, zwang die Oestreicher zum Rückzug an die Gränze, und nöthigte sie an die Deckung von Wien zu denken, wo die Gemüther nur durch rücksichtslose Anwendung der Militärgewalt im Zaum gehalten wurden. Berauscht von diesen Erfolgen that jetzt der Debrecziner Reichstag einen verhängnißvollen Schritt. Auf den Antrag Kossuth's erklärte er das Haus Habsburg-Lothringen für ewige Zeiten der Krone verlustig und aus Ungarn verbannt (14. April), Ungarn mit seinen Nebenländern als einen freien und autonomen Staat; eine Nationalversammlung werde die künftige Regierungsform bestimmen: zum einstweiligen Präsidenten des nun „freien und autonomen Staates“ rief der Reichstag Ludwig Kossuth aus.

Mit diesem verkehrten Beschlusse verließen die Ungarn ihren sichern nationalen Rechtsboden und gaben dadurch dem Gegner das Recht, seine Sache als eine allgemein europäische, als die Sache der durch die Revolution bedrohten Monarchie darzustellen. Bald genug sollte das Haus Habsburg sich zu diesem letzten Auskunftsmittel gezwungen sehen. Es nahm die Hülfe an, welche der Kaiser von Rußland „in edelster Bereitwilligkeit" und in jeder beliebigen Ausdehnung ihm zur Verfügung gestellt hatte. In beschränkterem Maße war es bereits geschehen; am 19. April rückten 60,000 Russen, unter den Generalen Lüders und Engelhardt in Siebenbürgen ein und am 1. Mai gestand dann auch die östreichische Regierung frisch und fröhlich ihre Schmach ein. Der Aufstand in Ungarn, hieß es in der Proclamation von diesem Tage, zeige in seiner dermaligen Phase den Charakter einer Vereinigung aller Kräfte der europäischen Umsturzpartei, so daß das Interesse aller Staaten, den Kaiser Franz Joseph in diesem Kampfe gegen die Auflösung aller Elemente der gesellschaftlichen Ordnung zu unterstützen, ein gemeinschaftliches sei; aus diesen wichtigen Gründen haben Se. Majestät die bewaffnete Hülfe des Kaisers von Rußland in Anspruch genommen. Noch war es blos ein Hülfsheer: aber dieß genügte bald nicht mehr. Obwohl auch in Ungarn nicht Alles stand wie es sollte, zwischen Kossuth und Görgey, dem politischen und dem militärischen Leiter, bittere Feindschaft herrschte, und die wachsende Finanznoth eine lähmende Wirkung übte, so blieben doch die Ungarn siegreich: am 23. April waren die ungarischen Husaren wieder in Pesth eingezogen; am 26. zwang ein neuer Sieg bei Puzta Herkaly die Oestreicher, die Cernirung der Festung Komorn aufzugeben, und am 21. Mai gelang Görgey der zweimal vergeblich versuchte Sturm auf die Festungswerke von Ofen, wo die Oestreicher unter General Henzi sich noch gehalten hatten: während 2200 gefangene Soldaten und 80 gefangene Officiere nach Debreczin gebracht wurden, kehrte die ungarische Regierung von dort nach Pest zurück. Am 6. Juni hielt Kossuth feierlichen Einzug. Nun galt kein längeres Zaudern. Am Tage der Erstürmung von Ofen hatte der jugendliche Kaiser von Oestreich, der seit dem 5. Mai dem Namen nach den Oberbefehl über seine Armee übernommen hatte, zu Warschau mit einem gleich großen Feldherrn, dem Kaiser Nicolaus, eine Zusammenkunft (21. Mai), bei welcher der gemeinsame Operationsplan gegen die Ungarn festgestellt wurde, und am 3. Juni rückte die erste Abtheilung des russischen Hauptheeres in Preßburg ein.

Der Krieg in Italien war mittlerweile zum Abschluß gekommen und wenn dadurch auch, bei der Stimmung des besiegten Landes, keine Soldaten entbehrlich wurden, so wurden wenigstens Generale

verfügbar. Unter ihnen wählte sich die östreichische Regierung den grausamsten, General Haynau, aus und übertrug ihm unbeschränkte Vollmacht. Der russische Kaiser stellte seinen berühmtesten Feldherrn, den Sieger von Kars und Warschau, Paskewitsch, an die Spitze, der nun seinerseits in einer Proclamation die Ungarn zur Reue und Unterwerfung aufforderte. Das Kriegsglück wechselte: am 28. Juni erstürmte die russisch-östreichische Armee, etwa 80,000 Mann — Kaiser Franz Joseph selbst war zugegen — Raab; zwei Tage später capitulirten die Oestreicher in der Festung Arad. Am 3. Juli besetzten die Russen Debreczin und am 9. Juni verließ die ungarische Regierung Pest zum zweiten Male und retirirte nach Szegedin; dagegen wurde am selben Tage, wo die Oestreicher nach einem Sieg am 11ten wieder in Pest einzogen (14. Juli), der Ban Jellachich von dem ungarischen General Vetter bei Hegyesch total geschlagen, ebenso am 17. die Russen unter Rüdiger von Görgey bei Waitzen. Indeß ward doch der Krieg für die Ungarn mehr und mehr hoffnungslos. Das Volk war ermüdet; die Führer nicht einig; die verbündeten Oestreicher und Russen verfügten über eine Macht von 275,000 Mann mit 600 Geschützen. Die Schlachten bei Szörek am 5., bei Temesvar am 9. August, — die Letztere entscheidend, Haynau gegen Bem — fielen gegen die Ungarn aus; am 6. August ward der Friede zwischen Oestreich und Sardinien geschlossen, der den Oestreichern neue Streitkräfte frei machte. Am 11. legte Kossuth zu Arad seine Dictatur nieder und übertrug sie auf den General Görgey. Dieser, der durch sein eigenwilliges, unlenksames Wesen der Sache seines Landes eben so viel geschadet, als er durch seine geniale Kriegsführung genützt hatte, deutete bereits in seiner Proclamation den Schritt an, der nunmehr unvermeidlich wurde, wenn Ungarn nicht nutzlos, wie Polen, das Blut seiner Bevölkerung nur vergießen wollte, um gegen das Unabwendbare zu protestiren. Aber er versündigte sich schwer an der Sache seines Landes, indem er anstatt an Oestreich, von dem er glimpfliche Bedingungen für sein Vaterland hätte erlangen können, seine Unterwerfungsanträge an die Russen richtete, und so im letzten Augenblicke noch nutzlos und zwecklos die Rache Oestreichs herausforderte. Auf dem Felde von Vilagos, 13. August, streckte er bedingungslos vor den Russen die Waffen, 20,000 Mann Infanterie, 2000 Reiter, 130 Geschütze: „Ungarn", schrieb Paskewitsch seinem Kaiser, „Ungarn liegt zu den Füßen Eurer Majestät." Er verfehlte nicht, Salz in die Wunde zu reiben, welche dem östreichischen Stolze geschlagen war, indem er hinzufügte, daß die einzige von Görgey gestellte Bedingung die gewesen sei, die Waffen vor Sr. russischen Majestät Armee niederlegen zu dürfen. Görgey ward nach Klagenfurt als Internirter gewiesen,

während die übrigen Officiere und die Mannschaften Haynau ausgeliefert wurden; Kaiser Nicolaus seinerseits antwortete mit einem Tagesbefehl, in welchem Oestreichs, dessen Heer denn doch die Hauptsache gethan, keiner Erwähnung geschah und der von unerträglichem Hochmuth überfloß. „Wo der Feind sich erkühnte euch zu erwarten, da habt ihr ihn besiegt, und die Fliehenden Schritt für Schritt verfolgend, habt ihr am Ende ein seltenes Ereigniß gesehen: die ganze feindliche Streitmacht hat vor euch die Waffen gestreckt und sich unbedingt Unserer Gnade unterworfen." Mit dieser verächtlichen Proclamation gab er dem Oestreicher sein Land zurück.

Dieß war der Staat, vor dem der Enkel Friedrich's des Großen, dessen Heer soeben die Revolution gebändigt hatte, die siegreiche Waffe in die Scheide steckte.

In der ganzen üblen Zeit, während welcher Oestreich von seinen ungarischen Rebellen seine Donaustellung zurückzuerobern nicht mehr die Kraft besaß, weil es seine letzte Kraft daran setzen mußte, seine italienische Stellung zurückzugewinnen, hatte es zur Behauptung seiner deutschen Stellung nichts nöthig, als Worte; und man kann nicht einmal sagen, daß die östreichische Regierung dabei irgend ein geheimes oder verdecktes Spiel getrieben habe. Sie hatte den Erzherzog Johann, als dieser Miene machte das Feld zu räumen, ihrerseits angewiesen, in Frankfurt zu bleiben; sie hatte, als am 3. April 1849 Preußen den Gedanken eines Bundesstaates mit preußischer Spitze aufnahm, am 5. in dem Schreiben an den Reichsverweser sich unverblümt auf den Boden des noch zu Recht bestehenden deutschen Bundes gestellt, hatte gegen alle und jede Beschlüsse, die aus den von Preußen beantragten Verhandlungen von Bevollmächtigten hervorgehen könnten, feierlich Verwahrung eingelegt, und erklärt, sich einer von einem anderen deutschen Fürsten gehandhabten Centralgewalt nicht unterwerfen zu wollen: und sie hatte diesen Standpunkt unerschütterlich festgehalten. Bei den Conferenzen in Berlin vom 12. bis 26. Mai trat der östreichische Bevollmächtigte von Prokesch-Osten sofort zurück, als Preußen auf dem engeren Bunde beharrte; zwischenhinein machte sie etwa den Versuch, der öffentlichen Meinung in Deutschland etwas vorzuspiegeln von einem Beitritt zum deutschen Bunde mit allen seinen Ländern: und man war in Deutschland gutmüthig genug, diesen unverschämten Hohn geduldig hinzunehmen.

Sie wußte freilich, mit welchem Gegner sie es zu thun hatte. Als die preußische Regierung in einer Note vom 23. Mai den Reichsverweser aufforderte, die Nationalversammlung aufzulösen und die provisorische Centralgewalt an Preußen abzutreten, konnte der Erzherzog, der nichts mehr war als ein östreichischer Präfekt, es wagen, in einer

verfügbar. Unter ihnen wählte sich die östreichische Regierung den grausamsten, General Haynau, aus und übertrug ihm unbeschränkte Vollmacht. Der russische Kaiser stellte seinen berühmtesten Feldherrn, den Sieger von Kars und Warschau, Paskewitsch, an die Spitze, der nun seinerseits in einer Proclamation die Ungarn zur Reue und Unterwerfung aufforderte. Das Kriegsglück wechselte: am 28. Juni erstürmte die russisch-östreichische Armee, etwa 80,000 Mann — Kaiser Franz Joseph selbst war zugegen — Raab; zwei Tage später capitulirten die Oestreicher in der Festung Arad. Am 3. Juli besetzten die Russen Debreczin und am 9. Juni verließ die ungarische Regierung Pest zum zweiten Male und retirirte nach Szegedin; dagegen wurde am selben Tage, wo die Oestreicher nach einem Sieg am 11ten wieder in Pest einzogen (14. Juli), der Ban Jellachich von dem ungarischen General Vetter bei Hegyesch total geschlagen, ebenso am 17. die Russen unter Rüdiger von Görgey bei Waitzen. Indeß ward doch der Krieg für die Ungarn mehr und mehr hoffnungslos. Das Volk war ermüdet; die Führer nicht einig; die verbündeten Oestreicher und Russen verfügten über eine Macht von 275,000 Mann mit 600 Geschützen. Die Schlachten bei Szörek am 5., bei Temesvar am 9. August, — die Letztere entscheidend, Haynau gegen Bem — fielen gegen die Ungarn aus; am 6. August ward der Friede zwischen Oestreich und Sardinien geschlossen, der den Oestreichern neue Streitkräfte frei machte. Am 11. legte Kossuth zu Arad seine Dictatur nieder und übertrug sie auf den General Görgey. Dieser, der durch sein eigenwilliges, unlenksames Wesen der Sache seines Landes eben so viel geschadet, als er durch seine geniale Kriegsführung genützt hatte, deutete bereits in seiner Proclamation den Schritt an, der nunmehr unvermeidlich wurde, wenn Ungarn nicht nutzlos, wie Polen, das Blut seiner Bevölkerung nur vergießen wollte, um gegen das Unabwendbare zu protestiren. Aber er versündigte sich schwer an der Sache seines Landes, indem er anstatt an Oestreich, von dem er glimpfliche Bedingungen für sein Vaterland hätte erlangen können, seine Unterwerfungsanträge an die Russen richtete, und so im letzten Augenblicke noch nutzlos und zwecklos die Rache Oestreichs herausforderte. Auf dem Felde von Vilagos, 13. August, streckte er bedingungslos vor den Russen die Waffen, 20,000 Mann Infanterie, 2000 Reiter, 130 Geschütze: „Ungarn", schrieb Paskewitsch seinem Kaiser, „Ungarn liegt zu den Füßen Eurer Majestät." Er verfehlte nicht, Salz in die Wunde zu reiben, welche dem östreichischen Stolze geschlagen war, indem er hinzufügte, daß die einzige von Görgey gestellte Bedingung die gewesen sei, die Waffen vor Sr. russischen Majestät Armee niederlegen zu dürfen. Görgey ward nach Klagenfurt als Internirter gewiesen,

während die übrigen Officiere und die Mannschaften Haynau ausgeliefert wurden; Kaiser Nicolaus seinerseits antwortete mit einem Tagesbefehl, in welchem Oestreichs, dessen Heer denn doch die Hauptsache gethan, keiner Erwähnung geschah und der von unerträglichem Hochmuth überfloß. „Wo der Feind sich erkühnte euch zu erwarten, da habt ihr ihn besiegt, und die Fliehenden Schritt für Schritt verfolgend, habt ihr am Ende ein seltenes Ereigniß gesehen: die ganze feindliche Streitmacht hat vor euch die Waffen gestreckt und sich unbedingt Unserer Gnade unterworfen.“ Mit dieser verächtlichen Proclamation gab er dem Oestreicher sein Land zurück.

Dieß war der Staat, vor dem der Enkel Friedrich's des Großen, dessen Heer soeben die Revolution gebändigt hatte, die siegreiche Waffe in die Scheide steckte.

In der ganzen üblen Zeit, während welcher Oestreich von seinen ungarischen Rebellen seine Donaustellung zurückzuerobern nicht mehr die Kraft besaß, weil es seine letzte Kraft daran setzen mußte, seine italienische Stellung zurückzugewinnen, hatte es zur Behauptung seiner deutschen Stellung nichts nöthig, als Worte; und man kann nicht einmal sagen, daß die östreichische Regierung dabei irgend ein geheimes oder verdecktes Spiel getrieben habe. Sie hatte den Erzherzog Johann, als dieser Miene machte das Feld zu räumen, ihrerseits angewiesen, in Frankfurt zu bleiben; sie hatte, als am 3. April 1849 Preußen den Gedanken eines Bundesstaates mit preußischer Spitze aufnahm, am 5. in dem Schreiben an den Reichsverweser sich unverblümt auf den Boden des noch zu Recht bestehenden deutschen Bundes gestellt, hatte gegen alle und jede Beschlüsse, die aus den von Preußen beantragten Verhandlungen von Bevollmächtigten hervorgehen könnten, feierlich Verwahrung eingelegt, und erklärt, sich einer von einem anderen deutschen Fürsten gehandhabten Centralgewalt nicht unterwerfen zu wollen: und sie hatte diesen Standpunkt unerschütterlich festgehalten. Bei den Conferenzen in Berlin vom 12. bis 26. Mai trat der östreichische Bevollmächtigte von Prokesch-Osten sofort zurück, als Preußen auf dem engeren Bunde beharrte; zwischenhinein machte sie etwa den Versuch, der öffentlichen Meinung in Deutschland etwas vorzuspiegeln von einem Beitritt zum deutschen Bunde mit allen seinen Ländern: und man war in Deutschland gutmüthig genug, diesen unverschämten Hohn geduldig hinzunehmen.

Sie wußte freilich, mit welchem Gegner sie es zu thun hatte. Als die preußische Regierung in einer Note vom 23. Mai den Reichsverweser aufforderte, die Nationalversammlung aufzulösen und die provisorische Centralgewalt an Preußen abzutreten, konnte der Erzherzog, der nichts mehr war als ein östreichischer Präfekt, es wagen, in einer

ziemlich groben Antwort ihr zu erklären, daß er keiner Macht der Erde das Recht zuerkenne, ihn von dem ihm anvertrauten Posten zu verdrängen: und die preußische Regierung entschuldigte sich gleichsam, daß sie es gar nicht so gemeint, daß die Antwort Sr. kaiserlichen Hoheit nur auf einem beklagenswerthen Mißverständniß beruhen könne. Nicht minder zaghaft war sie gegenüber den Verbündeten Oestreichs, Baiern und Würtemberg, welche nichts von dem Dreikönigsbündniß und dem engern Bunde wissen wollten, und gegenüber Hannover und Sachsen, welche jenes Bündniß, die eine Regierung eingestandenermaßen von vornherein in verrätherischer Absicht, die andere nicht viel besser mit dem Vorbehalt von demselben wieder zurückgetreten, wenn nicht auch Baiern beitrete, abgeschlossen hatten.

Oestreich wie diesen Staaten gegenüber, in welchen wenigstens in Berlin jeder Mann mit offenem Blick die geborenen und geschworenen Feinde, wo nicht der deutschen Einheit, so doch Preußens hätte sehen müssen, handelte Preußen d. h. König Friedrich Wilhelm IV. mit einer Großmuth, die ihm zu üben freigestanden hätte, wenn er bloßer Privatmann anderen Privatpersonen gegenüber gewesen wäre, — die aber gegenüber seinen Pflichten als König des ersten der deutschen Staaten zum Verbrechen wurde. Mit preußischem Blut wurden die Throne von Baden, Sachsen, Würtemberg, Baiern wieder festgeleimt, ohne daß der König dafür dem preußischen Staate eine bessere, gesichertere Stellung in Deutschland geschaffen hätte: und Oestreich gegenüber trieb man die Rücksicht so weit, daß man geduldig wartete, bis es in Italien und in Ungarn fertig war — ja mehr noch, man trieb sie so weit, daß man, als es die Hände frei bekommen, ihm in Deutschland selbst wieder in den Sattel half, und dazu noch den Steigbügel hielt. Dieß Letztere geschah, indem man zu Wien mit Schwarzenberg September 1849 über eine provisorische Ordnung in Deutschland sich einigte, durch ein sogenanntes I n t e r i m, nach welchem bis zu endgültiger Erledigung der deutschen Verfassungsfragen zwei östreichische und zwei preußische Commissäre in Frankfurt die Centralregierung, so viel es überhaupt gemeinsam Deutsches zu regieren gab, besorgen sollten (30. Sept.). In die Hände dieser Reichsregierung, in welcher das Innere der preußische Oberpräsident Böttcher, das Auswärtige der andere preußische Commissar von Radowitz, Krieg und Finanzen die beiden Oestreicher, Feldmarschallieutenant von Schönhals und Baron Kübeck, übernahmen, legte dann auch der Reichsverweser, eine wohlverwendete Null im Spiele Oestreichs, seine Gewalt nieder (20. December 1849).

Der Schalk, den dieses Interim „hinter ihm" hatte, war die Wiederherstellung des alten Bundestags, auf welche Oestreich vorerst noch versteckt und bald offen lossteuerte. Es wäre für Preußen vielleicht

das Beste gewesen, dieß jetzt einfach anzunehmen und sich auf die feste Position zurückzuziehen, welche es auch innerhalb des deutschen Bundes durch den Zollverein und durch seine Hausmacht, die sich im Nothfall selbst genügte, besaß: auf den genialen Gedanken, daß eine streng durchgeführte egoistisch preußische Politik am raschesten zur Einheit Deutschlands führe, kam auf diesem unglücklichen Boden und in jenem unglücklichen Jahre Niemand. Es gab zwei Parteien am preußischen Hofe, von denen die eine die Unionspolitik „bis an die Gränze des Möglichen" verfolgen, die andere dagegen auch die Union als ein Gewächs der Revolutionszeit baldmöglichst beseitigen und einfach den alten Zustand der Dinge in Deutschland und in Preußen wiederherstellen wollte — und das Unglück war, daß der König beiden Parteien zugleich angehörte und die eine Politik immer durch die andere kreuzte und verdarb.

Die besondere Entwickelung der preußischen Verfassungswirren war, wie wir hier im Vorbeigehen erwähnen müssen, insofern zu einem Abschluß gekommen, als Friedrich Wilhelm IV. am 6. Febr. 1850 die Verfassung des preußischen Staates, wie sie unterdessen durch Vereinbarung mit den Kammern modificirt worden war, beschworen hatte. In der deutschen Sache schien ein wichtiger Schritt vorwärts gemacht zu werden, als am 13. Februar der Verwaltungsrath der Union einen Reichstag der Unionsstaaten auf den 20. März nach Erfurt berief. Dazu war es, wenn diese Berufung überhaupt ernst gemeint war, nunmehr schon zu spät. Denn jetzt achtete Hannover und Sachsen es an der Zeit, ihren Verrath zu vollführen. Sie warteten das Jahr nicht ab, auf welches sie sich verpflichtet hatten: am 25. Februar trat Hannover, am 27. Sachsen vom Dreikönigsbündnisse zurück; das Letztere, indem es zu München mit Baiern und Würtemberg eine Uebereinkunft abschloß, nach welcher ein neuer deutscher Verfassungsentwurf mit einer Volksvertretung von 300 durch die Kammern der Einzelstaaten zu wählenden Mitgliedern aufgestellt wurde: diesem letzteren Projecte trat denn auch Oestreich bei, wenn ihm möglich gemacht werde, mit dem ganzen Umfang seiner Staaten dem Bunde beizutreten. Am 20. März wurde der Reichstag in Erfurt mit einer Rede des Generals von Radowitz, des hauptsächlichsten Trägers der Unionspolitik im preußischen Cabinet, eröffnet. Um vorwärts zu kommen, nahm die Versammlung am 17. April gegen eine starke reactionäre Minderheit und sehr gegen den Wunsch der reactionären Partei im preußischen Ministerium die ganze Verfassung, wie das Dreikönigsbündniß sie aufgestellt hatte, mit Verzicht auf jede Einzelberathung an: am 29. April aber ward sie plötzlich vertagt, um nicht wieder zusammengerufen zu werden.

Die östreichische Regierung hatte schon am 26. die Maske fallen

lassen und trat nunmehr mit dem längst gehegten Plane einfacher Rückkehr zum alten Bundestage offen hervor. Sie lud sämmtliche Mitglieder des deutschen Bundes ein, zum 10. Mai ihre Gesandten nach Frankfurt zu schicken. Die Königreiche und die ausländischen Bundesglieder und von den Mittelstaaten die beiden Hessen leisteten Folge: die Einberufung der Unionsfürsten nach Berlin und ein Protest gegen die Erneuerung des Bundestags war die preußische Antwort.

Es waren leere Worte, hinter welchen kein thatkräftiger Wille stand. Selbst die treuesten der Unionsregierungen wurden irre; andere, wie Hessen und Nassau, ein Staat nach dem andern, suchte seinen Frieden mit der Partei des Bundestags, der nach östreichischer Auffassung nicht aufgehoben, sondern nur zeitweilig suspendirt worden war, zu machen. Und so übermüthig war diese Partei bereits, daß der König Wilhelm von Würtemberg, der es nur der prompten Intervention Preußens im benachbarten Baden verdankte, wenn er noch auf dem Throne saß, am 15. März seine Kammer mit der insolenten Phrase eröffnete: „die unparteiische Geschichte wird dereinst nicht verschweigen, welche Zwecke und Leidenschaften das Bündniß vom 26. Mai“ — er meinte das Dreikönigsbündniß — „gestiftet haben“; „der deutsche Einheitsstaat“, fügte er hinzu, „ist ein Traumbild und das gefährlichste aller Traumbilder; die wahre Stärke und Eintracht, die wahre Cultur und Freiheit der Nation beruht im letzten Grunde auf der Erhaltung und Pflege der Eigenthümlichkeit und Selbstständigkeit ihrer Hauptstämme.“ Die unparteiische Geschichte wußte damals bereits, daß der bairische Minister von der Pfordten den Plan ausgeheckt hatte, diese „Hauptstämme“ durch umfassende Mediatisirung der Kleinstaaten zu Gunsten der Königreiche zu stärken; preußischerseits begnügte man sich, den Gesandten vom Hofe des groben Schwaben, dessen Haus seinen Königstitel der Gnade Napoleon's verdankte, abzurufen. Und jetzt, wo es mit dem einen der „gefährlichen Traumbilder“ des Jahres 1848, dem deutschen Einheitsgedanken, so rasch zu Ende ging, fanden die Fürsten und die Höflinge leicht den Muth, auch mit dem anderen, das ihnen noch fataler war, den neuen Freiheiten, ein Ende zu machen. Eines der Märzministerien fiel nach dem andern. Wo man während der unruhigen Tage eine neue Verfassung mit einer unter der Herrschaft der radicalen Strömung stehenden oder nach radicalem Wahlgesetz gewählten Kammer vereinbart hatte, schaute man sich nach einer passenden Gelegenheit um, diese Verfassung unter irgend einem Vorwande wieder los zu werden: um so besser, wo die Verhandlungen noch schwebten, wo sie durch die Maßlosigkeit der demokratischen Forderungen nicht zum Abschluß gekommen waren, wie etwa in Würtemberg. Man hatte seinen guten Willen bewiesen; man hatte, wie die Minister wohl versicherten, „ernstlich“

eine Vereinbarung gewünscht, erstrebt, gesucht; da man sie trotzdem nicht gefunden, so blieb schließlich doch nichts übrig, als die Rückkehr zur alten vormärzlichen, „bewährten" Landesverfassung, eben wie das gesammte Deutschland zu seiner alten, vormärzlichen und, wagte man bereits wieder zu sagen, bewährten Bundesverfassung zurückkehrte. In der Regel gelang diese Rückkehr, wenn auch unter Lärm und Protest aller Art, doch schließlich ohne Mühe.

Um dieselbe Zeit, wo das wiederaufathmende Oestreich dem ermatteten und führerlosen Deutschland das alte Joch des Bundestags wieder auflegte, scheiterte auch der nationale Krieg im Norden: ein Krieg, der darum so mangelhaft geführt wurde, weil Preußen ihn als Vormacht eines idealen und imaginären Deutschlands und nicht zum Nutzen und im Interesse des wirklichen deutschen Staates d. h. Preußens selber führte.

Am 26. Februar 1849 hatte Dänemark den Waffenstillstand gekündigt, und während in denselben Tagen Oestreich sich von dem Kopenhagener Cabinet einen dänischen Contreadmiral zur Organisation der östreichischen Marine erbat, wurden vom Reichsministerium in Frankfurt drei Divisionen des Reichsheeres gegen die Dänen mobil gemacht. Diese, aus Preußen, Baiern, Würtembergern u. s. w. bestehend, rückten am 23. März in Holstein ein und ein preußischer General, von Prittwitz, übernahm den Befehl. Am 3. April wurden die Feindseligkeiten dänischerseits von der Insel Alsen aus eröffnet und wenige Tage später erscholl ein Jubelruf durch alles deutsche Land, als die Nachricht von dem Siege sich verbreitete, welchen am 5. April an der Bucht von Eckernförde einige deutsche Strandbatterien gegen drei dänische Kriegsschiffe errungen hatten. Mit freudigem Stolze erzählte man sich, schon von den Trümmern großer Hoffnungen umgeben, die Einzelheiten dieses schönen und wirklichen Erfolgs: wie Morgens um 8 Uhr die drei Schiffe, ein Linienschiff von 84 Kanonen, eine Fregatte von 46, ein Dampfer von 10 angefangen hätten, die zwei Strandbatterien, eine zu acht, eine zu vier Kanonen, zu beschießen; wie die deutsche Flagge, zweimal herabgeschossen, zweimal von einem Schleswig-Holsteiner, dem Unterofficier Preußer, wieder aufgehißt worden, wie der dort postirten kleinen schleswig-holsteinischen Artillerie-Abtheilung unter dem Herzog Ernst von Coburg eine nassauische Batterie zu Hülfe gekommen, vor welcher der Dampfer mit zerschossenem Radkasten sich habe zurückziehen müssen; um ein Uhr sei das Linienschiff, Christian VIII., auf den Grund gerathen, die Capitäne — denn auch der Fregatte Gefion war das Steuerruder entzwei geschossen worden — hätten zu capituliren verlangt, man habe ihnen eine Waffenruhe von zwei Stunden bewilligt; um fünf Uhr habe das Feuer, nachdem die Batterien mit neuer Mu-

nition versorgt worden, wieder begonnen; der Christian VIII., wieder flott gemacht, sei abermals auf den Grund gerathen und beide, Fregatte und Linienschiff, hätten sich, zusammen mit 1300 Mann, ergeben müssen; während man beschäftigt gewesen, die Gefangenen ans Land zu schaffen, 7 1/2 Uhr Abends, sei der Christian VIII. mit noch 200 Mann an Bord — unter ihnen leider auch der wackere Preußer, der nach dem brennenden Schiffe geeilt sei, um die Gefangenen bergen zu helfen — in die Luft geflogen. Alle Welt vergaß einen Augenblick die politische Misére: namentlich in den kleinen Staaten war der Jubel groß, denn auch Reuß-Greiz, der kleinste unter den Fürsten Juda, hatte seinen Antheil an dem rühmlichen Tag: der einzige Todte, den man deutscherseits bei dem Kampfe beklagte, war ein reußischer Infanterist gewesen. Wenig ahnte das hartgeprüfte Geschlecht jener Tage, daß es ihm noch beschieden war, die siegreiche Fahne eines neuen Deutschlands auf den Wällen von Paris und an Frankreichs atlantischen Küsten aufgepflanzt zu sehen.

Dem schönen Tage folgten andere rühmliche Thaten Am 13. stürmten Baiern und Sachsen die Schanzen bei Düppel; am 20. rückten die deutschen Truppen, die schleswig-holsteinische Armee, unter Bonin wieder in Jütland ein und erfochten am 23. bei Kolding einen höchst rühmlichen Sieg; am 7. Mai warfen sie nach 7stündigem Gefecht bei Gudsö die Dänen nach Friedericia zurück, welches am 10. beschossen und dann belagert wurde. Mittlerweile verfiel die Reichsgewalt in Frankfurt: die preußische Regierung nahm durch eine Note vom 18. die ganze Frage, Krieg und Unterhandlung, selbst in die Hand, da die Reichsgewalt, wie sie dem Ministerium Gräwell bemerkte, „kein Gewicht mehr in die Wagschale des Kriegs oder des Friedens zu legen vermöge". Aber wer nicht den Muth hat, zur rechten Zeit das Ganze zu nehmen, der kann auch den Theil nicht behaupten: auch diese Stellung vermochte Preußen nicht zu halten. Drohende Noten von Rußland und Frankreich hinderten ein weiteres Vordringen in Jütland; am 5. Juli erlitt die schleswig-holsteinische Armee eine schwere Niederlage durch einen Ausfall der Dänen aus dem lässig belagerten Friedericia — 1500 Gefangene, 2800 Todte und Verwundete, 28 Kanonen verloren — und am 10. Juli wurde zwischen Preußen und Dänemark ein neuer Waffenstillstand geschlossen, nach welchem durch Schleswig eine Demarkationslinie gezogen, der nördliche Theil des Herzogthums von schwedischen, der südliche von preußischen Truppen besetzt, und die Verwaltung zwei Commissären, — einem dänischen, Tillisch, und einem preußischen, Graf Eulenburg — übergeben wurde, denen für streitige Fälle ein englischer Obmann beigesellt war. Die eingeleiteten Friedensunterhandlungen kamen am 2. Juli 1850 zum Abschluß. Sie

gaben Schleswig dem König von Dänemark preis; die alten Verhältnisse wie sie vor 1848 gewesen, wurden auch hier wiederhergestellt; das edle Blut war umsonst geflossen.

Man überließ es den Schleswig-Holsteinern, den Krieg, wenn sie wollten, auf ihre Hand fortzusetzen und Schleswig zurückzuerobern, welches die nun provisorische Regierung, die Statthalterschaft, in Folge des Waffenstillstandes hatte räumen lassen müssen. Die schwedischen und die preußischen Truppen verließen das Land und ließen den Raum für neue Kämpfe frei.

Noch einmal rückte eine schleswig-holsteinische Armee von 30,000 Mann und 72 Geschützen unter dem Befehl des Generals Willisen, der aus dem preußischen Dienste ausgeschieden war, ins Feld. Aber Willisen, ein berühmter Militärschriftsteller und Theoretiker, verrieth auf eine klägliche Weise seinen militärischen Ruf an eine schwächliche Politik einem hochmüthigen Feinde gegenüber: er gab alle Vortheile aus der Hand und die blutige Schlacht bei Idstedt, nicht weit von Schleswig, wo am 24. und 25. Juli 1850 26,000 Schleswig-Holsteiner gegen 40,000 Dänen unter Krogh standen, endete mit einer Niederlage der Deutschen. Am 2. August wurde zu London ein Protocoll unterzeichnet, in welchem England, Frankreich, Rußland und Schweden erklärten, daß der Besitzstand der unter der Herrschaft Sr. Majestät des Königs von Dänemark vereinigten Lande in seiner Integrität aufrecht erhalten werden solle; ein Protocoll, dem Oestreich am 23. beitrat. Noch war die Sache nicht völlig zu Ende und der preußische Gesandte Bunsen lehnte den Beitritt ab. Allein man durfte wenig Gutes hoffen, da die in Berlin immer mächtiger vordringende Partei der Contrerevolution in ihrem wüthenden Hasse gegen Alles, was im Jahre 1848 geschehen oder begonnen worden, jede vaterländische Ehre und Scham so weit vergessen hatte, daß sie den Sieg der Dänen über die schleswig-holsteinischen „Rebellen" mit Jubel als einen Sieg des monarchischen Prinzips über das demokratische — sie erröthete nicht hinzuzufügen das republikanische — begrüßte.

Die Zeit war jetzt da, wo sich das Maß der Schande füllte. Italien und Ungarn waren besiegt: Oestreich ging jetzt daran, auch seinen deutschen Rebellen von 1848, den Staat Friedrich's des Großen, vollends zu unterwerfen. Am 2. September eröffnete Oestreich in Frankfurt den alten Bundestag wieder, unter Vorbehalt demnächstigen Beitritts der wenigen Staaten, die noch zur Union hielten, und derselbe bekam sofort Gelegenheit, seine frühere Thätigkeit wieder aufzunehmen. Der Kurfürst von Hessen hatte, wie mehr oder weniger alle übrigen deutschen Staaten, die Gelegenheit wahrgenommen, den früheren Zustand wiederherzustellen und zugleich an seinem Lande Rache zu neh-

men. Er hatte zu diesem Zwecke im Februar den Minister Hassenpflug berufen und dieser hatte, als die Ständeversammlung seinen Finanzplan nicht genehmigte, die Versammlung aufgelöst, schrieb aber gleichwohl am 4. September die Steuern aus, welchen die von der Landesverfassung vorgeschriebene Zustimmung der Ständeversammlung fehlte. Der ständische Ausschuß protestirte, das Land weigerte die Steuerzahlung, und die Gerichte erkannten, wie ehrliche Männer nicht anders konnten, daß der Ausschuß im Rechte sei. Die Beamten, ihres Eides eingedenk, versagten sich der eidbrüchigen Regierung und auch die Officiere hielten ihren Eid heilig. Vor der entschlossenen, streng gesetzlichen Haltung des Landes flüchtete der Herr und der Diener, Einer des Andern würdig, am 12. September aus dem Lande und rief in Frankfurt den Schutz des Bundestages an; dieser, seiner Vergangenheit eingedenk, sagte die Bundeshülfe zu. So hatte man nunmehr auch eine kurhessische Frage. Es war der letzte Augenblick, in welchem Preußen seine Stellung zurückgewinnen konnte: Hessen war dem Namen nach noch ein Unionsstaat, obgleich es den Bundestag beschickt hatte: ein muthiger Entschluß und noch konnte Preußens Ehre und Deutschlands Zukunft gerettet werden. Es schien, als solle dieser muthige Entschluß gefaßt werden. Am 26. September ward der Mann, dessen Ideen in der preußisch-deutschen Union verwirklicht worden waren, General von Radowitz, zum Minister des Auswärtigen ernannt, zum unwidersprechlichen Zeichen, daß an der Unionspolitik, am deutschen Bundesstaate, festgehalten werden solle — einer Politik, die rechtlich nicht anfechtbar war, selbst wenn man sich auf den Boden der Verträge von 1815, auf den Boden des alten Bundesrechts stellte, — die nur auf politischem Gebiete wiederholte, was auf dem volkswirthschaftlichen zum großen Heile Deutschlands durch den Zollverein schon geschehen war — die ferner eine innerlich gesunde war, weil sie den wesentlichen Gedanken der deutschen Einheitsbewegung rettete, und weil sie einestheils dem Bedürfniß Preußens nach engerer Verbindung mit den deutschen Staaten seiner Machtsphäre und anderntheils dem Bedürfniß der kleineren Staaten nach Theilnahme an den Vortheilen und Wohlthaten eines Gemeinwesens, welches den Namen eines Staates wirklich verdiente, entsprach — eine Politik endlich, hinter welcher ein Heer stand, das ohne Zweifel dem östreichischen mehr als gewachsen, den würtembergischen und bairischen Truppen durch seine einheitliche Organisation und durch seinen Geist weit überlegen war.*) Die-

*) Die Ansicht ist in Preußen weit verbreitet, daß der Zustand des Heeres den Sieg nichts weniger als verbürgt oder auch nur wahrscheinlich gemacht habe: ich muß aber auf gute Autoritäten hin die im Text ausgedrückte Ansicht auf-

ser Wendung gegenüber hielt die östreichische Partei vom 10. bis 14. October zu Bregenz eine Zusammenkunft. Zugegen waren der junge Kaiser von Oestreich, der König von Baiern und der alte König von Würtemberg. Der Letztere, der östreichische Husarenuniform angelegt hatte, war von Allen der Eifrigste. Er haßte die Preußen mit derselben unverständigen Antipathie der Unwissenheit,*) mit welchem das auf seine Eigenart stolze, in selbstgefälligem Particularismus abgeschlossene würtembergische Volk Preußen oder das Zerrbild, das man sich unter diesem Namen vorstellte, verfolgte: und er haßte als König die Hohenzollern'sche Dynastie, welche sich, ein süddeutsches Fürstengeschlecht wie das würtembergische, über alle anderen deutschen Fürstenhäuser hinweggeschwungen hatte. Außerdem war es, wie man sagte, dem fähigen Manne, in welchem ein tiefversteckter Ehrgeiz brannte, unvergessen, daß einst eine gährende Zeit und eine unvergohrene Jugend ihn selbst, König Wilhelm von Würtemberg, für jenen goldenen Reif bestimmt hatte, den sich der Hohenzoller, nachdem er ihn auf dem geraden Weg verschmäht, auf einem Umwege dennoch holen zu wollen schien. Ins Herz aber hatte es ihn getroffen, daß dieses Haus nunmehr in seiner unmittelbaren Nähe festen Fuß gefaßt hatte, da die Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen und -Hechingen, der trostlosen Langeweile und tiefen Nichtigkeit kleinstaatlicher Souveränetät satt, am 7. December 1849 kraft freiwilliger Entschließung ihr Land an Preußen abgetreten hatten und diese Gebiete dann unter Zustimmung der preußischen Kammern durch Gesetz vom 12. März 1850 mit dem preußischen Staate vereinigt worden waren. Er brach in die Worte aus: „wenn der Kaiser befiehlt, so marschiren wir“; dieser, Franz Joseph, fragte bei seinem Kaiser, dem von Rußland, an; es ward beschlossen, den Bundesbeschluß wegen Kurhessens zu vollziehen und dieses Land durch ein bairisch-östreichisches Heer besetzen zu lassen. Preußen seinerseits besetzte nun die ihm vertragsmäßig in Kurhessen zustehenden Etappenstraßen und zog seine Truppen aus Baden zurück (24. October). Friedrich Wilhelm hatte sich vergeblich bemüht, den Kaiser Nicolaus, seinen Schwager, für die Unionspolitik zu gewinnen: am 26. October kam derselbe mit Franz Joseph, in dessen Begleitung sich der Fürst Schwar-

---

recht halten. Sie wird mir, soweit ein Laie urtheilen kann, bestätigt durch die Wahrnehmungen, die sich demjenigen aufdrängten, der Gelegenheit hatte, während jener Jahre preußische, bairische, würtembergische Regimenter zu beobachten z. B. in Sigmaringen.

*) Ich rede hier und an andern Stellen von der Unwissenheit in Beziehung auf Preußen und preußische Zustände, wie sich für jeden unbefangenen Leser von selbst versteht, wie ich aber doch im Hinblick auf den boshaften und verlogenen Artikel der Gegenwart (1875, Nr. 14, Th. Ziegler) ausdrücklich bemerkt haben will.

zenberg befand, in Warschau zusammen und eben dorthin schickte Friedrich Wilhelm jetzt den Grafen Brandenburg. Der hochmüthige Despot, der hier das große Wort führte, war schon ungehalten, daß der König nicht selber kam: „ich habe meinen königlichen Schwager hierher beschieden", soll er gesagt und der Graf von Brandenburg dieß mit einem „ich darf solche Worte nicht hören" erwidert haben. Die Minister des Königs bezeichnete er mit den härtesten Ausdrücken, die Hessen als Rebellen, welche zusammengehauen werden müßten. Graf Brandenburg kehrte zurück und erstattete Bericht; nach dem Ministerrath legte er sich aufs Krankenbett, von dem er nicht wieder aufstand; in den Phantasien des Fiebers rief er nach seinem Helm und Schwert — ein preußischer Ritter und Ehrenmann, den die Zerrüttung des Staates durch eine zuchtlose Demagogie ans Steuer gerufen hatte und der es nun noch mit ansehen mußte, wie dieser Staat, eben hergestellt und wieder bei vollen Kräften, einem Abgrund entgegentaumelte. Denn nichts Geringeres, avilir la Prusse, puis la démolir, Preußen erniedrigen und dann zerstören, hatte der östreichische Minister — der Minister eines bankerotten Staates, der aber mit seiner rücksichtslosen Keckheit der Welt den Glauben beibrachte als spreche er im Namen eines starken Staates, — als sein Programm bezeichnet. Am 2. November war der entscheidende Ministerrath. Radowitz legte sein Programm vor: in Kurhessen der Gewalt die Gewalt entgegenzusetzen, die ganze Armee sofort auf den Kriegsfuß zu stellen, die Kammern einzuberufen, in einem Manifest sich an das preußische Volk zu wenden. Aber der König konnte den Entschluß nicht finden, wollte die Verantwortung nicht übernehmen, er war, wie er früher schon es ausgedrückt, kein Friedrich II., — gewiß nicht, weit entfernt — das Programm ward nicht angenommen und Radowitz trat ab. Die Leitung des Auswärtigen übernahm der Freiherr Otto von Manteuffel, seither Minister des Innern, der nunmehr sich anschickte, den ersten Theil von Schwarzenbergs Programm, die Erniedrigung Preußens, auszuführen.

Er bot am 3. November in Wien an, der Ausführung der Bundesbeschlüsse betreffs Kurhessen und Schleswig-Holstein — denn auch dort gab es noch Revolution niederzuwerfen — keinen Widerstand entgegenzusetzen; in freien Conferenzen sollte dann über die deutsche Verfassungsfrage entschieden werden. Es genügte nicht; Oestreich verlangte Anerkennung des Bundestags und Aufgeben der Union. Inzwischen war am 6. November gleichwohl die Mobilmachung der preußischen Armee erfolgt, da auch Oestreich fortfuhr zu rüsten. Am 8. waren auf hessischem Boden in Bronzell bei Fulda zwischen den retirirenden Truppen des Generals von der Gröben und der Vorhut des

bairisch-östreichischen Heeres unter dem Fürsten von Thurn und Taxis einige Schüsse gewechselt worden, die dem Pferde eines Trompeters das Leben kosteten und dem armen Vierfüßler einen Platz in der Geschichte sicherten: aber am 15. erklärte das preußische Cabinet im Fürstencollegium der Union mit verblümten Worten deren Auflösung, womit die Politik der Unterwerfung unter Oestreich schon im Prinzip ausgesprochen war. Am 21. traten die preußischen Kammern zusammen und wurden mit einer ziemlich energischen Thronrede — vom guten Recht, das man vertheidigen wolle — eröffnet; noch immer hoffte man in der Kammer, in dem aufgeregten Lande die mannhafte That, die Alles ändern konnte. Aber Schwarzenberg wußte dieß besser; der östreichische Gesandte in Berlin verlangte jetzt die Räumung von Hessen binnen 48 Stunden. Friedrich Wilhelm hatte es verschmäht, eine Krone aus den Händen der Revolution zu nehmen; die Fußtritte der Legitimität erbat sich jetzt sein Minister selbst: er schickte ein Telegramm, in welchem er den östreichischen Ministerpräsidenten um eine persönliche Zusammenkunft ersuchte, und ein zweites, er werde abreisen, ohne erst Antwort abzuwarten. Dort zu Olmütz am 29. November unterzeichnete Manteuffel den Unterwerfungsvertrag, die Olmützer Punctation: Verzicht auf das Unionsrecht, Verzicht auf die mit Baden, Anhalt, Mecklenburg, Braunschweig geschlossenen Militärconventionen, Räumung von Baden und von Hessen, Rückführung der schleswig-holsteinischen Armee hinter die Eider durch preußisch-östreichische Commissäre. Oestreich machte dafür eine Concession, die zum Schaden noch den Spott hinzufügte, — daß nämlich ein preußisches Bataillon in Kassel zurückbleiben dürfe: es konnte zusehen, wie dort die Bundesexecution durch Baiern und Oestreicher von Statten ging.

Oestreich hatte vollständig und ohne Schwertstreich gesiegt.

Am 27. kehrten Hassenpflug und sein Kurfürst zurück. Unter dem Schutze der Executionstruppen schalteten sie als Feinde und ruinirten um die Wette mit jenen ihr unglückliches Land. In derselben Weise wurde auch Schleswig-Holstein pacificirt. Im Felde war hier nach der unglücklichen Schlacht bei Idstedt außer einem mißlungenen Sturm auf die dänische Festung Frederiksstadt nichts mehr von Bedeutung geschehen, da Willisen um keinen Preis siegen wollte. Am 6. Januar 1851 trafen die in Gemäßheit der Olmützer Punctation ernannten östreichisch-preußischen Commissäre in Kiel ein. Sie verlangten die Auflösung der schleswig-holsteinischen Landesversammlung, Rückzug und Verringerung der Armee, Einstellung der Feindseligkeiten; nach einigem Sträuben fügte sich die Landesversammlung, da die in Kurhessen entbehrlichen östreichischen Truppen bereits auf dem Marsche nach Norden waren, und löste sich auf; die Statthalter Graf Reventlow und Beseler und der

General Horst, der nach Willisen's Rücktritt befehligte, legten ihre Stellen nieder und das Heer ward aufgelöst. Nichtsdestoweniger setzten die Oestreicher unter General Legeditsch ihren Marsch nach dem Norden fort. Die Brücke über die Elbe, auf welcher die Fremdlinge nach Holstein einmarschirten, schlugen preußische Pioniere, und zwei preußische Bataillone — dieß war eines der Zugeständnisse, wie sie Manteuffel von den Oestreichern zu erlangen pflegte — durften zusehen, wie die letzten festen Plätze Friedrichsort und Rendsburg mit allem Kriegsmaterial den Dänen ausgeliefert wurden.

Mittlerweile kam auch die deutsche Verfassungsfrage zur Ruhe. Die am 23. December 1850 zu Dresden eröffneten „freien Conferenzen", in welchen diese Frage erledigt werden sollte, stellten sich am 15. Mai 1851, nach mehrmonatlichem geschäftigem Müßiggang, ein vollgültiges Armuthszeugniß aus, indem sie ohne anderes Resultat auseinandergingen, als einen Haufen Protocolle, die man den guten Einfall hatte als „schätzbares Material" für künftige Erörterungen zu bezeichnen: und schon am 27. März 1851 hatte Friedrich Wilhelm IV. selbst die Staaten, die noch zur Union gehalten, aufgefordert, den Bundestag zu beschicken, der denn auch am 30. Mai jenes Jahres vollzählig in Frankfurt wieder beisammen saß.

Es war Alles, so schien es, nunmehr wieder auf den alten Stand zurückgekehrt: am 23. September jenes Jahres kam auch der typische Vertreter der „vormärzlichen" Zeit, der alte Fürst Metternich, wieder aus seinem Exile nach Wien zurück. Hastig kehrte man, vor Allem in den mittleren und kleineren Staaten, zur alten Ordnung der Dinge bis zur letzten Armseligkeit des Hof- und Herrendienstes zurück. Die deutschen Cocarden wurden von den Truppen abgelegt und die drei Farben bald wieder mit ebenso kindischer Wuth verfolgt wie früher. Wer Erinnerungen aus jener Zeit an schwarzrothgoldenen Bändern und dergl. besaß, that wohl, dieselben zu verstecken; eine über alle Maßen kleinliche polizeiliche Ueberwachung lebte wieder auf, und überall reichte sich, in dieser nichtswürdigen Form allein die deutsche Einheit verwirklichend, die Tyrannei die Hand: wehe dem Reisenden, dem nicht mit sieben Siegeln auf tadellosem Passe von Station zu Station seine politische Ungefährlichkeit bescheinigt war. Die Bureaukratie rächte sich überall mit verdoppelter Grobheit für die Angst, die sie ausgestanden, für die Schwäche, die sie gezeigt, und mit der politischen Reaction verband sich die kirchliche, d. h. ein widerliches Heuchelchristenthum, welches namentlich die protestantischen Kirchengemeinschaften und ihre Organe eine Zeitlang zu Polizeiinstituten herabwürdigte. Es war nicht mehr die naive bornirte Selbstgefälligkeit des alten Beamtenstaates gegenüber dem beschränkten Unterthanenverstand,

welche jetzt das Ruder führte; vielmehr kehrte jetzt ein bewußter Geist der Rache, der kleinlichen Bosheit, der Schadenfreude bei den Regierenden ein; man hatte die Macht der populären Bewegung erfahren und behandelte demnach Alles, was als Volkswunsch sich darstellte, mit furchtsamem Hasse oder mit cynischer Verachtung.

Dieser Geist furchtsamen Hasses oder cynischer Verachtung gegenüber dem nationalen Gedanken und den liberalen Anschauungen charakterisirte vor Allem auch die Thätigkeit des wiederhergestellten Bundestages. Daß die preußischen Provinzen Preußen und Posen wieder aus dem Bunde ausschieden, verstand sich von selbst, da Oestreich sein hartnäckig verfolgter Plan, mit allen seinen Staaten in den Bund einzutreten und denselben dadurch in eine große mitteleuropäische Assecuranzanstalt für alles bestehende Unrecht zu verwandeln, in Dresden auf den berühmten Conferenzen gleichfalls mißlungen war. Dieß geschah am 5. October 1851; am 7. Januar 1852 beschloß die würdige Versammlung die Auflösung der deutschen Flotte, deren Schiffe dann am 18. August desselben Jahres durch den oldenburgischen Staatsrath Dr. Hannibal Fischer, der auf diese Weise eine wenig beneidenswerthe Unsterblichkeit fand, an den Meistbietenden versteigert wurden; am 27. März jenes Jahres erklärte sie die kurhessische Verfassung von 1831 für unvereinbar mit den Bundesgesetzen und hob sie auf, indem zugleich dem Kurfürsten aufgegeben wurde, den Ständen eine neue zur Vereinbarung vorzulegen. Diese neue Verfassung fand nicht einmal vor der Rittercurie, der sie allein vorgelegt wurde, Gnade; gleichwohl ward sie vom Bundestage genehmigt und wurde unter dem 23. April 1852 dem Lande octroyirt. Die schleswig-holsteinische Sache endgültig zu regeln, wurde dem Bundestage erspart. Eine Uebereinkunft zwischen den Cabinetten von Kopenhagen, Wien und Berlin im December 1851 sprach aus, daß die dänische Monarchie in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung als ein Ganzes zu betrachten sei, Holstein seine Provinzialstände behalte und in seinem Verhältniß zu Deutschland in seitheriger Weise verbleibe, das Herzogthum Schleswig ein abgesonderter Theil dieser dänischen Gesammtmonarchie sei und weder in Verfassung noch Verwaltung dem Königreich Dänemark incorporirt werden dürfe: und dieser Uebereinkunft gab der Bundestag am 3. Juni 1852 seine Zustimmung. Mittlerweile aber hatte sich schon das vereinigte Europa, in dessen Rath Deutschland nicht figurirte, der Sache bemächtigt. Am 8. Mai 1852 war zu London das Protocoll, welches diesen Handel aus der Welt schaffen sollte, von England, das in dieser Frage Deutschland feindlich war und einer so erbärmlichen Regierung, wie die damalige preußische war, nichts zu Gute thun wollte, Oestreich, Frankreich, Rußland und Schwe-

den unterzeichnet worden, und dem Vertreter des deutschen Staates, Preußens, dessen warmer deutscher Patriotismus keinen Rückhalt weder an seinem königlichen Freunde noch an der Berliner Regierung hatte, Ritter v. Bunsen, blieb nichts übrig, als seinen Namen dieser weiteren Demüthigung Preußens und Deutschlands beizusetzen. Die Mächte erklärten, in Erwägung der hohen Wichtigkeit, welche die Erhaltung der dänischen Gesammtmonarchie für das Gleichgewicht und den Frieden Europas hätte, Art. 1, daß sie der Thronfolgeordnung, wie sie der König von Dänemark festgesetzt, — daß nämlich nach seinem Tode die Krone auf den Prinzen Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg übergehen sollte, zustimmten; Art. 2, daß sie das Prinzip der Integrität der dänischen Monarchie als permanent anerkennen; Art. 3, daß die Verbindung Holsteins und Lauenburgs mit dem deutschen Bund aufrecht erhalten bleiben sollte: die übrigen Mächte sollten eingeladen werden, diesem Vertrage beizutreten. Am Bundestage protestirte Baiern, in der deutschen Frage sonst der erste Schleppträger Oestreichs, und Oldenburg gegen dieses Protocoll, welches die Rechte des Herzogs von Augustenburg als nicht vorhanden betrachtete, und von Seiten des Bundestags erfolgte demgemäß die Zustimmung zu dem Acte nicht, welcher ein Gesammtdänemark anerkannte; daß es kein Gesammtdeutschland gab, dafür war der Bundestag selbst Beweis und Bürge.

So hatte die große Bewegung, welche ein neues Deutschland, einen deutschen Staat, schaffen sollte, wie ein elendes Possenspiel geendet. Deutsche Reichsverfassung, deutsche Flotte, deutsche Macht und deutsche Ehre, — sie waren alle wie ein Traumbild aufgetaucht und wieder verschwunden. Das ganz Gemeine, das ewig Gestrige, das „morgen gilt, weils heute hat gegolten" nach des Dichters Wort, hatte sein Recht sich wiedergewonnen. Eine tiefe Verzweiflung ergriff die Gemüther, im Jahre 1851 betrug die Auswanderung aus Deutschland die ungeheure Zahl von 113,000 Personen; — alle Kraft der Begeisterung, der Einsicht, der Verzweiflung selbst war an dem spröden Stoffe zersplittert und hatte sich umsonst an der ungeheuren Aufgabe gequält, aus dem großen Culturvolke, welches die Mitte des Erdtheils einnimmt, wieder ein großes politisches Volk zu machen; nur Wenige hofften überhaupt noch und trösteten sich mit dem Gedanken, daß auch Rom nicht an Einem Tage erbaut worden war. Den gewaltigen Fortschritt, der gleichwohl gemacht worden war, sah man nicht, da überall nur Trümmer zerbrochener Hoffnungen den Boden bedeckten. Niemand hätte den Gedanken fassen dürfen, daß es derselben Generation noch beschieden sei, die Zertrümmerung der habsburgschen Fremd-

herrschaft, die Auferstehung des deutschen Reiches in einer Glorie ohne Gleichen zu schauen.

Und unterdessen war auch in Frankreich die im Namen der Freiheit begonnene Bewegung in ihr völliges Gegentheil umgeschlagen: ein verwegener und geschickter Abenteurer hatte sich aus den trüben Fluthen einer zwecklosen Revolution eine Krone geangelt.

B. Romanische Staaten.

1. Frankreich.

a. Die Revolution bis zur Wahl Ludwig Napoleons zum Präsidenten der französischen Republik.

Wir haben die Geschichte der Pariser Revolution in dem Augenblicke wieder aufzunehmen, wo, spät am Nachmittage des 24. Februar, die wüste Scene im Sitzungssaale des Palais Bourbon mit Ernennung einer provisorischen Regierung endigte. Die Mitglieder dieser provisorischen Regierung begaben sich nach dem Stadthause. Mit Mühe, nach vergeblichen Versuchen, gelangten sie durch die Menschenmasse, die sich auf dem Platze dort gesammelt hatte, hindurch bis an die Treppe. Aber im Innern des Gebäudes selbst wogte derselbe uferlose Strom einer von zielloser Aufregung berauschten Menge; endlich gelang das schwere Werk und die Männer, welche der Zufall zu einer provisorischen Regierung Frankreichs gemacht, fanden sich in einem kleinen Zimmer beisammen, welches ein Beamter des Rathhauses, der die Locale genau kannte, ihnen anwies und das die aufgewühlten Fluthen noch nicht erreicht hatten. Zunächst ergänzte sich nun die provisorische Regierung, welche im Palais Bourbon gemacht worden war, mit Mitgliedern einer andern, deren Namen im Redactionslocale des National und der Reform aufgesetzt worden. Unter diesen war Louis Blanc, der Doctrinär des Socialismus, und ein Schlossergeselle Albert, als Repräsentant der neuen Aristokratie, die sich zwar sehr demokratisch geberdete, des Arbeiterstandes: die Blouse dieses neuesten Regenten von Frankreich war einige Tage in seiner früheren Werkstatt ausgestellt, damit Jedermann sich überzeugen konnte, daß jetzt endlich die wahre Freiheit über Frankreich aufgegangen war.

Zunächst wurden ein paar Proclamationen abgefaßt und zum Fenster hinab unter die Menge geworfen: eine an das Volk, in welcher die Republik ausgerufen ward, doch mit dem Vorbehalt, daß die letzte Entscheidung in dieser Beziehung der gesammten Nation gebühre, — eine andere an das Heer, welches aufgefordert wurde, „dem Volke Treue, der neuen Staatsverfassung Liebe zu schwören.“ Alsdann wurden die Ministerien vertheilt, welche hier ziemlich billig zu haben

waren. Lamartine nahm das Auswärtige, Ledru-Rollin das Innere, Manin die öffentlichen Arbeiten, Arago die Marine; Maire von Paris wurde Garnier Pagès, Polizeipräfekt Caussidière, den dazu eine erfahrungsreiche Vergangenheit inmitten der Verschwörungen und der Straßenkämpfe befähigte. Schwer mußte man dem fortwährenden Tumult jeden Fußbreit Ordnung abgewinnen: während der Nacht, welche auf diesen unglaublichen Tag folgte, wurde ohne Zweck und Sinn an den Barricaden weiter gebaut, da und dort Kasernen erbrochen und so viele Soldaten noch sich in denselben befanden, entwaffnet, zum Theil mißhandelt; auf dem Hôtel de Ville selbst wogte es mit Volkshaufen ab und zu, welche jeden Augenblick der neuen Regierung den Garaus machen konnten: jede halbe Stunde mußte Lamartine, dem glücklicher Weise weder die Beredtsamkeit noch die Geistesgegenwart noch die physische Kraft ausging, diese Regierung einem neuen Schwarm gegenüber legitimiren, von denen der Eine dieß, der Andere jenes an ihr auszusetzen hatte. Dasselbe Treiben hielt den folgenden Tag über an. Von Neuem nach kurzer Rast sammelten sich die Haufen, in deren Mitte die Blutfahne erhoben wurde, vor dem Stadthause und bedrängten die provisorische Regierung mit ihren Forderungen, von denen immer eine unsinniger als die andere war. Auch diesen Tag hielt Lamartine sich tapfer. Einer jener unsinnigen Forderungen aber wurde ein verhängnißvolles Zugeständniß gemacht, indem zwei Mitglieder der provisorischen Regierung, Louis Blanc und Garnier Pagès, ein Decret unterzeichneten, welches die Regierung verpflichtete, den „Arbeitern" die zu Ende des Monats fällige Million der Civilliste auszubezahlen, und welches zugleich das „Recht auf Arbeit" anerkannte, indem die Regierung der französischen Republik sich verbindlich machte, allen Bürgern Arbeit zu verschaffen. Damit erkaufte man sich eine vorläufige Ruhe, während deren man sich einrichten konnte; am 26. hatte sich die Besinnung soweit wieder eingestellt, daß sich eine Anzahl von Nationalgardisten, Studenten u. s. w. vor dem Stadthause zusammenschaarte, um die Regierung vor dem Andrang weiterer Schwärme von bloßen Schreiern und Thoren zu schützen. Am 27. wurde die Republik feierlich auf dem Bastilleplatze ausgerufen; die Barricaden verschwanden allmälig; auch mit dem Gesindel, welches die Tuilerien inne hatte, war man zu einem Abkommen gediehen, welches die der Majestät „des Volkes" allerdings nicht sehr würdige Bedingung enthielt, daß diese Besatzung abziehen durfte, ohne daß ihre Taschen durchsucht wurden.

Die Anerkennung der Republik und ihrer provisorischen Regierung fand, nachdem sie so in Paris selbst sich einigermaßen befestigt hatte, im übrigen Frankreich keinerlei Widerstand. Die Mitglieder

der königlichen Familie waren in die vier Straßen der Welt versprengt und retteten sich das eine da-, das andere dorthin: die Herzogin von Orleans nach Belgien, die übrigen nach England, da die provisorische Regierung verständiger Weise der Flucht allen Vorschub leistete. Eine Zeitlang hegte man Befürchtungen, als könnten die beiden in Afrika befindlichen Söhne Louis Philipp's, der Prinz von Joinville, welcher die Flotte, und der Herzog von Aumale, welcher das Landheer — von 100,000 Mann — befehligte, einen Versuch zu Gunsten der Monarchie machen; allein diese Monarchie hatte zu wenig tiefe Wurzeln, und das Heer war unzuverlässig und wie die Bevölkerung und die Beamten ohne Treue; die Prinzen legten ihr Commando nieder, welches im Namen der Republik General Cavaignac übernahm. Es war, als wäre diese Dynastie nie dagewesen. Pairs und Abgeordnete, Generale und Präfekten, Gerichtshöfe und Verwaltungsbeamte wetteiferten, die neue Regierung anzuerkennen, was in der That auch das einzige Mittel war, um wenigstens aus dem Chaos herauszukommen.

Einen Augenblick konnte der Gedanke auftauchen, sich der gährenden Kräfte, die man nur für die nächsten Stunden beschworen hatte, dadurch zu entledigen, daß man ihnen einen Ausweg nach der Gränze brach — der Schwierigkeiten der inneren Lage durch einen Krieg Herr zu werden. Indeß dieser frivole Gedanke wurde, wie man zur Ehre der leitenden Männer sagen muß, nicht ernstlich verfolgt: er hätte doch nur neue unberechenbare Gefahren heraufbeschworen, und er widerstrebte dem edeln Enthusiasmus wie dem richtigen politischen Blick Lamartine's. Ein beredtes überschwengliches Manifest, von Lamartine verfaßt und von der Regierung genehmigt, erschien, in welchem der Mann, welcher in diesem Augenblicke die Politik Frankreichs und die Geschicke der Welt in der Hand hatte, zwar die den Franzosen so verhaßten Verträge von 1815 nur als Thatsachen gelten ließ, die in den Augen der Republik keinen rechtlichen Charakter mehr besäßen, doch aber die bestehenden Territorialverhältnisse anerkannte; eine Einmischung in die Angelegenheiten der Schweiz oder Italiens aber werde die Republick als einen Kriegsfall ansehen.

Die Regierung mußte also zusehen, wie sie ohne das Radicalmittel eines europäischen Krieges mit den Massen fertig würde, welche die Revolution ihrer Obsorge anvertraut hatte, indem sie dieselben wie eine unnatürliche Mutter ihr Kind auf der Straße aussetzte. Ein Theil fand Unterkunft in der Polizei, welche man für Paris gleich in den ersten Tagen nothdürftig organisirt hatte. Zum Theil aus sehr polizeiwidrigen Elementen brachte sie der neue Polizeipräfekt Caussidière zusammen: trotzdem erwiesen sich diese Montagnards oder Garde republicaine besser als ihr Ruf und ihr Aussehen. Außerdem wurde

aus den kräftigsten der jungen Handwerker und Arbeiter eine Mobilgarde gebildet, die sich bei der Anstelligkeit der Franzosen und dem energischen Corpsgeist, den man ihr einzuhauchen wußte, bald als eine überaus nützliche und zuverlässige Truppe erwies und die so aushalf, bis die in ihrer ganzen Haltung schwer erschütterten Linientruppen, die zweimal in zwei Jahrzehnten mit Schimpf erlegen waren, wieder verwendbar wurden. Indeß mit Polizeiorganisationen allein war die aus ihren Fugen gegangene Gesellschaft nicht wieder einzurichten, die aus Rand und Band gekommene, fortwährend von unklaren Ideen bewegte, von ebenso unklaren, zum Theil böswilligen Demagogen aufgestachelte Menge nicht im Zaume zu halten. Man bedurfte vor Allem Geld und die Julimonarchie hatte eine üble Finanzlage hinterlassen. Diese Lage wurde natürlich durch die Revolution, auf die Niemand vorbereitet war, Niemand sich eingerichtet hatte, hundertfach verschlimmert: indem sie die gewaltsamsten Elemente auf die Oberfläche trieb, machte sie das Gefühl der Sicherheit verschwinden, zerrüttete dadurch alle friedliche Thätigkeit und zerstörte damit die Grundlagen der Existenz von Millionen. Man war genöthigt, immer ein Uebel mit dem andern zu heilen, das Loch mit der Lücke zuzustopfen: und so war das erste Geschenk, welches die neue Freiheit dem Lande zu bieten hatte, ein Zuschlag von 45% auf die directen Steuern, mit welchem Garnier Pagès, der den Muth hatte, das Finanzministerium zu übernehmen, den dringendsten Forderungen zu begegnen dachte. Aber was sollte mit den Tausenden und aber Tausenden geschehen, welchen die Katastrophe die Möglichkeit der Arbeit genommen — den Fabrikarbeitern, deren Arbeitgeber ihre Geschäfte schließen mußten, den entlassenen Handlungsdienern, den Künstlern, Lehrern, Handwerkern, deren Dienste Niemand begehrte, weil Jedermann sich auf das unumgänglich Nothwendige beschränkte? Man hatte das Recht auf Arbeit proclamirt, und man mußte nun Wort halten. So ward der Minister der öffentlichen Arbeiten autorisirt zur Errichtung von Nationalwerkstätten, zu denen sich nun binnen Kurzem 80 bis 100,000 Menschen drängten. Man beschäftigte diese Leute, unter welchen Viele waren, die sonst eine bessere Lebensstellung eingenommen hatten, mit nutzlosen und sinnlosen Erdarbeiten, weil man keine anderen hatte. Sie verdienten ihren Wochenlohn, indem sie den Boden heute aufgruben und morgen wieder zuschütteten: eine Arbeit, welcher das Beste, der Adel der Arbeit, das Bewußtsein, welches selbst die niedrigsten Dienste veredelt, etwas Gutes zweckmäßig zu schaffen, fehlte und welche mit einer Art von Nothwendigkeit auch Diejenigen zu Faullenzern machte, die es nicht schon vorher waren. Eine andere Art geschäftigen Müßiggangs, noch gefährlicher als jener erste, ging daneben her: unter dem Vorsitz Louis Blanc's, dem seine thörichte

Abhandlung über die Organisation der Arbeit eine große Popularität verschafft hatte, tagte im Luxembourg, dem Sitzungssaale der ehemaligen Pairskammer, ein Arbeiterparlament, in welchem man sich mit unablässigem Ausdreschen von dem was von allem Anfang an nichts als Spreu gewesen, mit socialistischen Phrasen, unterhielt. Die Ueberlegenheit der Bildung, meinte man hier unter Anderem, dürfe sowenig ein Recht begründen, als die Ueberlegenheit der Muskelkraft: mit Louis Blanc, der wenigstens ein Mann von Geist und Kenntnissen war, wetteiferte in so gefährlichem Treiben der Minister des Innern, Ledru-Rollin, ein Mann höchst mittelmäßigen Geistes, der seinen ganzen Apparat von Regierungskunst mit Erinnerungen aus der ersten französischen Revolution, welche dem ganzen Volke so theuer zu stehen gekommen sind, bestritt. Er überschwemmte das Land mit Civilcommissären, deren Aufgabe sein sollte, in den Departements die republikanischen Gefühle zu beleben, und welche zu diesem Zweck unbeschränkte Vollmacht hatten, die bewaffnete Macht aufzubieten und deren Commandanten sowie jeden sonstigen Beamten abzusetzen, wo dieß nothwendig erscheine. Man glaubte für die bevorstehenden Wahlen zur constituirenden Versammlung dieser republikanischen Gefühle zu bedürfen, die gleichzeitig auch der Unterrichtsminister Carnot in einem Rundschreiben bearbeitete, in welchem er seinen Beamten empfahl, vor Allem den Bauern den Irrthum zu benehmen, als müsse ein Volksvertreter nothwendig Erziehung und Reichthum haben. Daß diese beiden wie die übrigen Minister nicht träge waren, ihren Leuten die Stellen, über welche sie verfügten, zu verschaffen, versteht sich; das Sollicitantenwesen, die Stellenjägerei, das Haschen nach einem Stück der öffentlichen Macht blieb sich unter dieser wie unter jeder voraufgehenden oder nachfolgenden Regierung Frankreichs gleich.

Noch ehe die Wahlen zu der Versammlung, welche über die künftige Verfassung Frankreichs souverän entscheiden sollte, angeordnet werden konnten, mußte die Regierung ihre kümmerliche Existenz wiederholt den in Paris herrschenden Clubs und ihren wilden Schaaren abringen. In diesen Clubs und ebenso in den zahllosen Blättern, welche jeden Tag der heiße Boden hervortrieb, und welche, ebenso rasch zertreten und von neuen verdrängt, die ganze Atmosphäre mit faulen und giftigen Dünsten erfüllten, fand jeder wilde Gedanke den zügellosesten Ausdruck: jede Maßregel der Regierung, jedes vom Zufall geborene Gerücht führte eine Manifestation auf der Straße herbei: als am 14. März die Regierung die seitherigen Unterschiede in der Uniform der Nationalgarde aufhob — denn unter dem Regiment der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit durfte eine so aristokratische Institution wie die Bärenmützen der Grenadier- und Voltigeurcompagnien nicht mehr be-

stehen — da rief diese Verfügung eine Deputation dieser Letzteren zu Gunsten ihres bedrohten Kopfschmuckes hervor, welche dann den revolutionären Clubs unter Führern wie Blanqui, Barbès, Raspail, Cabet, Sobrier u. A. den Anlaß zu einer viel ernsthafteren Gegendemonstration gab. Dießmal, am 16. März, wurde man durch gute Worte ihrer noch Herr. Sie erneuerten aber ihren Versuch, mittelst einer Massendemonstration selber sich des Ruders zu bemächtigen, einen Monat später, als der Zeitpunkt der Wahlen näher rückte. Denn daß diese Wahlen ihnen nicht sehr günstig ausfallen, daß sie vielleicht eine in ihrer Mehrheit monarchisch-gesinnte Nationalversammlung schaffen würden, verhehlten diese Demagogen sich nicht; aber sich, ihren oft ausgesprochenen Worten gemäß, dem Nationalwillen alsdann zu beugen, fiel ihnen nicht ein; die Republik, so lautete jetzt ihre Parole, stehe über Allem, selbst über dem allgemeinen Stimmrecht. Sie machten also für diese Verfassungsform ebenso eine Art von göttlichem Rechte geltend, wie die Anhänger der Legitimität für die ihrige. Dabei zählten sie auf Mitglieder der Regierung selbst, wie Ledru-Rollin. Allein sie trafen die Regierung vorbereitet, als sie am 1. April mit rothen Fahnen und Jakobinermützen vom Marsfelde her in ungezählter Masse nach dem Stadthause rückten. Sie fanden dasselbe mit Mobilgarde und Nationalgarde besetzt, und ihre Führer baten nun, bei der Regierung vorgelassen zu werden, um statt der drohenden Forderungen, wie sie beabsichtigt hatten, eine patriotische Gabe, einiges Geld, das sie auf dem Marsfelde gesammelt, dort niederlegen zu dürfen. So hatte dießmal die Regierung gesiegt, und sie machte den besitzenden Klassen weiter Muth, indem sie am 20. April eine große Heerschau über die Nationalgarde und einige Linienregimenter, die man bei dieser guten Gelegenheit wieder in die Stadt gezogen, abhielt, und die Nationalgarden den neuen Fahnen, die sie aus den Händen des damaligen Kriegsministers Arago erhielten, Treue schwören ließ.

Am 27. April fanden in ganz Frankreich die Wahlen für die Nationalversammlung statt. Die Verordnung der provisorischen Regierung hatte bestimmt, daß auf je 40,000 Seelen ein Abgeordneter komme, was für ganz Frankreich, einschließlich der 11 Abgeordneten, welche den Colonien zugestanden wurden, die sehr große schwer zu lenkende Zahl von 900 Deputirten gab; wahlberechtigt war jeder Franzose über 21, wählbar jeder über 25 Jahre. Durch den Telegraphen hatten am Morgen jenes 25. Februar die 35 Millionen Franzosen außerhalb Paris erfahren, daß sie unter einer neuen Regierungsform lebten: jetzt erst konnte sich zeigen, welche Stellung die Provinzen zu der von der Hauptstadt ihnen aufgezwungenen Entscheidung einnahmen. Das Ergebniß war ein vollständiger Sieg der Ordnungs-

partei. Selbst in Paris, wo sie die Nationalwerkstätten, das Arbeiter-parlament im Luxembourg und eine revolutionäre Centralregierung, den „Club der Clubs“ zur Verfügung hatten, waren die Socialisten unterlegen. Lamartine, welchem man die Aufrechthaltung der Ordnung in diesen letzten zwei Monaten vorzugsweise verdankte, war in nicht weniger als zehn Wahlbezirken gewählt worden, und hatte dabei nicht weniger als zwei Millionen Stimmen auf seine Person vereinigt.

Am 4. Mai wurde die Versammlung eröffnet. Eine der mancherlei Abgeschmacktheiten, welche die provisorische Regierung sich hatte zu Schulden kommen lassen, war die, daß sie den Abgeordneten vorschrieb, in der Tracht wie einst die Mitglieder des Nationalconvents von 1793 zu erscheinen. Die Versammlung gab durch Zuruf der provisorischen Regierung, welche ihre usurpirten Vollmachten in die Hände des „versammelten Frankreichs“ niederlegte, ihre Anerkennung kund, nahm sofort und gleichfalls durch Zuruf eine Erkärung an, in welcher die Republik mit ihrem Wahlspruch der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit als dauernde und bleibende Staatsform Frankreichs ausgesprochen war, und zugleich die Franzosen aller Parteimeinungen beschworen wurden, ihre alten Zerwürfnisse zu vergessen und nur noch Eine Familie zu bilden. Ebenso bedeutungslos war, daß einem andern Antrage, sofort in der Säulenhalle vor dem Palais Bourbon im Angesicht des auf dem gegenüberliegenden Seineufer auf dem Concordienplatze versammelten Volkes die Republik auszurufen, alsbald Folge gegeben wurde.

Nach einigen Tagen, welche den gewöhnlichen parlamentarischen Anfangsgeschäften gewidmet waren, legte die provisorische Regierung der Versammlung Rechenschaft ab: zuerst Lamartine, dann die übrigen Minister, einer nach dem andern. Der nationale Dichter, dessen hervorragende Verdienste nachher in einer Zeit, welche Alles verächtlich behandelte, was nach Idealen aussah, ungerecht in den Schatten gestellt worden sind, rühmte, daß diese schweren zwei Monate ohne Gefährdung des Eigenthums, ohne Verhaftungen, ohne Blutvergießen überstanden worden seien. „Wir können unsere Dictatur niederlegen“, sagte er, „und uns in das Volksgedränge des Marktes mischen, ohne daß Jemand uns fragen dürfte, was habt ihr mit diesem oder jenem Bürger gemacht“; und mit noch größerem Rechte vielleicht konnte er als Minister des Auswärtigen sich rühmen, daß der Krieg vermieden worden war. Jeder der Minister entwarf ein möglichst günstiges Gemälde von seinem Departement; selbst der Finanzminister Garnier Pagès fand den Muth, für das Ende des Jahres einen Ueberschuß von 46 Millionen in Aussicht zu stellen. Allein ihre ernstesten Proben hatte die neue Ordnung der Dinge erst noch zu leisten. Bis jetzt hatte man von derselben keine Früchte gesehen als einige Freiheitsbäume

und prahlerische Inschriften, und man wäre in großer Verlegenheit gewesen zu sagen, welche „Idee“ eigentlich dieser Revolution zu Grunde gelegen habe. Die Aufgabe der Männer, welche der Zufall eines verworrenen Tages an die Spitze gestellt hatte, war bis dahin eine zwar nicht eben leichte, aber doch eine vergleichungsweise einfache gewesen. Es hatte ihnen obgelegen, die Kräfte der Ordnung gegen die drohende Anarchie zu waffnen und zusammen zu halten; alle schwierigen Fragen, die große Frage der definitiven Organisation des neuen Frankreichs, das doch in allem Wesentlichen ganz das alte geblieben war, konnten sie zurückschieben, vertagen, der Versammlung vorbehalten; diese ihrerseits war souverän, sie mußte handeln.

Zunächst lag ihr ob, eine neue Regierung zu bestellen. Man wünschte Lamartine als vorläufigen Präsidenten an die Spitze zu bringen: er lehnte ab, in richtiger Voraussicht, daß bald Ereignisse eintreten könnten, wo ein Meister des Wortes, wie er war, nicht ausreichen dürfte. Man entschied sich demnach für eine Art von Directorium, eine Vollziehungscommission von fünf Mitgliedern, in welche am 10. Mai Arago, Garnier-Pagès, Marie, Lamartine und Ledru-Rollin gewählt wurden. Die Commission ernannte dann die Minister, unter denen Cremieux, (Justiz), — der in der Verwirrung des 24. Februar auch seine Rolle gespielt und sich, weil er bei der Abfahrt des Königs zugegen gewesen, rühmte, daß er das „Königthum in den Reisewagen gepackt habe“ — Cavaignac (Krieg) und Carnot (Unterricht) zu nennen sind. Die Lage beherrschten zunächst in Regierung wie Versammlung die gemäßigten Republikaner und diejenigen früher dynastisch Gesinnten, denen es jetzt paßte, republikanisch zu erscheinen, wie Odilon Barrot u. A. Man war bemüht, wieder mit dem Bestehenden Fühlung zu bekommen, der ideologischen Träumereien und Reminiscenzen aus der ersten Revolution wie der Anrede „Bürger“ — statt „Mein Herr“ und ähnlicher sich zu entledigen; das Fortschrittsministerium, welches der wie immer unpraktische Louis Blanc beantragte, wurde abgelehnt.

Mit diesem Gange der Dinge war die socialistische Partei, Volk und Führer, keineswegs einverstanden. Sie sahen, daß die Kräfte der Ordnung sich zusammennahmen, daß wieder wirklich regiert wurde, und dieß paßte ihnen wenig. An Anlässen und Vorwänden zu einem Attentat gegen die Nationalversammlung und ihre neue Executive konnte es ihnen nicht fehlen. Sie wählten den scheinbar entlegensten von allen, das was sie die polnische Frage nannten. Unter allen Völkern Europas sind die Franzosen dasjenige, welches am wenigsten geeignet ist, in anderer Völker Denkweise und Eigenart einzugehen, wie sie denn unter allen die schlechtesten Colonisten sind; dagegen aber gehörte es seit lange zu dem Apparat revolutionärer Schlagwörter, von

einer kosmopolitischen Mission Frankreichs zu sprechen, welches berufen sei, allen Völkern die Freiheit zu bringen und sich gelegentlich insbesondere für Polen zu erhitzen, ein Land, das weit genug entfernt war, um eine ernstliche Einmischung unmöglich zu machen und dessen Bevölkerung in Oberflächlichkeit, ritterlicher Bravour, Leidenschaftlichkeit und Scheu vor ernster politischer Arbeit den Franzosen verwandt ist. Die provisorische Regierung hatte den polnischen Flüchtlingen, welche mit der Februarrevolution die Stunde der Wiederherstellung ihres Landes gekommen glaubten, nichts gegeben als gute Worte und vielleicht etwas Geld; der Aufstand in Posen, dessen oben gedacht worden, war mißglückt und nun strömten die dort Betheiligten, aufs Neue flüchtig, zurück auf den wohlbekannten Boden, zu dessen revolutionären Clubs sie gewohnt waren ein ansehnliches Contingent zu stellen. Am 10. Mai überreichte ein Mitglied der Nationalversammlung eine Adresse im Namen einer Anzahl Polen, in welcher Frankreich aufgefordert ward, gegenüber „der Schwester, welche unter dem Dolche des Mörders verblute", seine heilige Sendung zu erfüllen; der Abgeordnete, selbst von polnischer Herkunft, Wolochowsky, fügte den Antrag hinzu, daß die Nationalversammlung sich bei dem Frankfurter Parlament für die Polen verwenden solle.

Am 15. Mai, wo die Verhandlung über diesen Antrag beginnen sollte, gegen Mittag setzte sich die Mannschaft der Clubs, die sich auf dem Bastilleplatz gesammelt und organisirt hatte, und die allmälig bis zu 100,000 Menschen angeschwollen war, in Bewegung. Der General, welcher die Truppen auf der Place de la Concorde befehligte, leistete pflichtwidriger Weise keinerlei Widerstand. Auch das Bataillon Mobilgarde, welches den Zugang zum Innern des bald erreichten Kammerlocals vertheidigen sollte, ward rasch durchbrochen und so war plötzlich der Sitzungssaal wieder von einer revolutionären Invasion überschwemmt, ähnlich der am 24. Februar. Zunächst erzwang man von dem Präsidenten Buchez die Vorlesung der mitgebrachten Adresse zu Gunsten Polens. Allein nachdem dieß geschehen, kamen erst die weiteren Folgerungen. Das Volk, einmal im Besitz des Locals, machte keine Miene, dasselbe wieder zu räumen. Der eine der Führer Blanqui erklärte, es sei nöthig, dem Volke sofort Brod zu verschaffen, die stockende Arbeit wieder in Gang zu bringen, wozu freilich dieß ein seltsames Mittel war, die ersten und wichtigsten Arbeiten, die der constituirenden Versammlung, ins Stocken zu bringen; ein anderer, Barbès, selbst Abgeordneter, forderte die Versammlung auf, zu erklären, daß das Volk am heutigen Tage sich um das Vaterland wohl verdient gemacht habe, was denn weiter keine Schwierigkeit hatte. Nachdem der Tumult in dem überfüllten Saale eine Zeitlang fortgetobt, faßte er die Sache

praktischer und beantragte die Decretirung einer Steuer von einer Milliarde auf die Reichen zum Zwecke des Krieges für Polen: und nach ein paar ferneren Stunden, in denen die Orgien der Anarchie weiter spielten, überschrie ein anderer, Huber, den Lärm mit der Erklärung, daß im Namen des von seinen eigenen Vertretern betrogenen Volkes die Nationalversammlung aufgelöst sei. Der Präsident und die Mehrzahl der Deputirten räumten den Kampfplatz, auf welchem nun die neue Revolution sich daran gab, den 24. Februar weiter zu parodiren und eine provisorische Regierung zu bestellen. In diesem Geschäft wurde sie unterbrochen durch die Nachricht von dem Anmarsche von Truppen, welche unterdessen vom Präsidenten der Nationalversammlung aufgeboten worden waren. Deren Ankunft warteten die Aufrührer nicht ab: sie zogen nach dem Hôtel de Ville, dessen sie sich, da es nur schwach besetzt war, ohne Widerstand bemächtigten. Dort constituirten sie ihre neue Regierung: Barbès, Blanqui, Albert, Louis Blanc, Proudhon, Cabet, alle die Häupter des socialistischen Irrenhauses, oder beschäftigten sich mit Abfassung einer Kriegserklärung gegen die „nordischen Mächte", im Falle diese nicht sofort sich zur Herstellung Polens bequemen sollten.

Dieß gab der Regierung Zeit, eine ausreichende Zahl Mobil- und Nationalgarden zusammenzubringen. Es war auch dießmal — so völlig desorganisirt und so arm an Männern war dieses Volk der Heldenphrase — der Eine, Lamartine, welcher rasch zu handeln wußte. Ihm gesellte sich Ledru-Rollin zu, der ein leerer und dürftiger, aber wenigstens kein verrückter Mensch war: und als die Beiden an der Spitze ihrer Mobil- und Nationalgarden, ermuthigt durch den Zuruf der Bourgeoisie, welche die nächsten Straßen erfüllte, vor dem Stadthausplatze ankamen, fanden sie keine Gegenwehr. Die Häupter des Aufruhrs selbst, vielleicht froh, ihren Unsinn nicht weiter treiben zu müssen, ließen sich ohne Widerstand gefangen nehmen. Die Ordnung ward nun auch an allen übrigen Punkten hergestellt und am 21. Mai ein Eintrachtsfest gefeiert, bei welchem hinter einer Bildsäule der Freiheit her, die von Ochsen mit vergoldeten Hörnern gezogen wurde, ein endloser Zug bewaffneten und unbewaffneten Volkes an den beklagenswerthen Ehrengästen 12 lange Stunden vorüberzog.

Mittlerweile begann eine seither wenig beachtete Persönlichkeit sich in den Vordergrund des öffentlichen Interesses zu drängen. In den ersten Tagen nach der Februarrevolution war auch der Held der Abenteuer von Straßburg und Boulogne, Louis Napoleon Bonaparte, in Paris erschienen, auf einen Wink der provisorischen Regierung jedoch wieder nach London zurückgekehrt. Es war ein Ereigniß, daß eben dieser Mann, der sich für den legitimen Erben des napoleonischen Ge-

dankens ansah, den er in eigenen Schriften sich selbst und dem veränderten Frankreich mundrecht gemacht hatte, nunmehr in vier Wahlbezirken zum Deputirten gewählt wurde: darunter in Paris selbst, wo auch sonst das neue politische Phänomen, der Bonapartismus, geräuschvoll sich vernehmlich machte. Demgegenüber beantragte die Vollziehungscommission, die gegen die Familie Bonaparte, von der bereits zwei Mitglieder, Peter und Jérôme Napoleon, in der Versammlung saßen, im Jahre 1816 und 1832 erlassenen Verbannungsgesetze gegen den Einen, Ludwig Bonaparte, aufrecht zu erhalten: am 13. Juni aber sprach sich die Versammlung für die Gültigkeit der Wahl aus, weil es der Republik unwürdig sei, sich vor Prätendenten zu fürchten, und weil, wie Louis Blanc versicherte, der es ja wissen mußte, da er in fünf Bänden die Geschichte Frankreichs von 1830—1840 beschrieben, die Wiederaufstellung eines Thrones in Frankreich unmöglich sei.

Dieser Beschluß rief eine vorübergehende Spannung zwischen der Versammlung und der Vollziehungscommission hervor. Uebrigens hatte Louis Napoleon selber die Klugheit einzusehen, daß seine Zeit noch nicht gekommen, daß vorläufig genug erreicht sei, wenn man nur wieder von ihm sprach; in einem Schreiben an den Präsidenten der Nationalversammlung erklärte er, daß er vorläufig auf die Rückkehr nach Frankreich verzichte, damit sein Name nicht Vorwand zu Ruhestörungen gebe: „bald wird, wie ich hoffe, die Ruhe zurückkehren und mir erlauben, als der einfachste der Bürger nach Frankreich zurückzukommen, wo ich stets der Ruhe und dem Glücke meines Vaterlandes mich ganz widmen werde."

Ob er voraussah, daß die Angelegenheit der Nationalwerkstätten demnächst zu einer großen Explosion führen werde, deren Verlauf und nächste Folgen ein kluger Mann erst abwartete? Die Aufhebung dieser Anstalten zeigte sich mit jedem Tage mehr als eine Nothwendigkeit. Im Anfang Juni belief sich die Zahl Derer, welche den verhältnißmäßig hohen Lohn von 2 Frcs. für sehr mäßige Tagesarbeit in diesen Anstalten bezogen, bereits auf 117,000. Während die Privatindustrie die erwerbende Thätigkeit auf allen Gebieten energisch wieder begonnen hatte, wurden ihr durch diese Anstalten die Kräfte wie geflissentlich entzogen: schlimmer noch war, daß hier ein schlagfertiges Revolutionsheer kasernirt und organisirt wurde, das sich täglich verstärkte. Und diese Streitkräfte waren sich ihrer Macht bewußt: gleich die ersten Anzeichen, daß die Regierung sich mit dem Gedanken der Auflösung dieser Werkstätten des Müßiggangs beschäftige, machte böses Blut. Als dann am 20. Juni der Minister für öffentliche Arbeiten abermals einen Credit von drei Millionen begehrte, um sie in den Abgrund dieser Ateliers zu schütten, da ließ die Haltung der Versammlung

keinen Zweifel darüber, daß ihre letzte Stunde bald schlagen würde. Sie warteten dieselbe nicht ab; der Aufruhr begann auf eine Ankündigung im Moniteur, nach welcher zunächst die dienstfähigen Arbeiter in den Nationalwerkstätten für das Heer angeworben werden sollten. Am 22. Abends versammelten sich ihre Schaaren auf dem Pantheonplatz, wo nach tumultuarischen Verhandlungen beschlossen wurde, daß man sich am folgenden Morgen mit den Waffen in der Hand wieder zusammenfinden wolle.

Die Executivcommission war gerüstet; ein blindes Auge hätte diesen Kampf voraussehen müssen. Sie hatte einen Mann von ehrlicher republikanischer Gesinnung und von energischem Charakter, den General Eugen Cavaignac aus Algier verschrieben und demselben zugleich mit dem Kriegsministerium den Befehl über die bewaffnete Macht in Paris übertragen. Diese Letztere bestand aus 25,000 Mann Linientruppen, aus der ganz zuverlässigen Mobilgarde und der Polizeimannschaft, welche sich gleichfalls auf 20,000 Mann belief, außerdem der Nationalgarde: und ein genauer Plan für den längst als möglich erkannten Fall einer neuen Straßenschlacht war ausgearbeitet, bei welchem die Republik aus den Fehlern, durch welche zweimal die Monarchie unterlegen war, ihren Nutzen gezogen hatte.

Gleichwohl ward ihr der Sieg in dem nun entbrennenden Kampfe schwer genug gemacht. Die Arbeiter hatten wie erwähnt in den Nationalwerkstätten selbst eine Art von Organisation erhalten, zu welcher schon ihre große Menge nöthigte. Am Morgen des 23. fanden sich ihre Massen nach und nach auf dem verabredeten Platze ein. Sie waren dießmal unter sich, kein politisch irgendwie bedeutender Mann führte sie; die Männer, welche wie Louis Blanc ihnen früher als den „Repräsentanten Derer die da arbeiten und die da leiden" gehuldigt hatten, waren verschwunden. Mehr und mehr anschwellend zogen die Schaaren nach der Seine hinab, über die Brücken nach den Boulevards, wo, nachdem sie bei der Porte St. Denis und St. Martin angelangt waren, ihr Führer Pujol den Befehl gab, mit dem Barricadenbau zu beginnen. Es geschah und man störte sie nicht; es schien als ob die Regierung selbst den Aufstand dießmal zu einer gewissen Entfaltung kommen lassen wolle, um desto gründlicher mit ihm abzurechnen. Cavaignac hielt seine Truppen in der Nähe des Palastes der Nationalversammlung, indem er seinen Untergeneralen Bedeau, Lamoricière, Damesme ihre besonderen Posten, dem ersten das Stadthaus und Umgebung, dem zweiten den Raum zwischen Stadthaus und Tuilerien, dem dritten das linke Ufer mit dem Luxembourg anwies. Gegen Mittag begann der Kampf an der Barricade der Porte St. Denis. Von Fraternisiren des Militärs mit dem Volke war dießmal keine Rede, die Soldaten, Bauern=

söhne zumeist und in ihrer Standesehre beleidigt, schlugen sich mit ausdauerndem Hasse und jeder Versöhnungsversuch, den einzelne Wohlmeinende, wie Arago oder Lamartine machten, wurde von den Aufrührern mit wildem Geschrei erwidert: doch brach die Nacht herein, ohne daß etwas Entscheidendes geschehen wäre.

Früh am folgenden Tage, 24. Juni, begann der Kampf aufs Neue. Die Insurgenten hatten ihr Hauptquartier auf dem Pantheonplatze; sie hielten die Vorstädte du Tempele, St. Jacques und die von St. Antoine, also den Osten der Stadt besetzt, und das nächste Ziel ihrer Angriffe war das Stadthaus. Gegen neun Uhr gelangte die Nachricht, daß dieses ernstlich bedroht sei, zu der Nationalversammlung, welche sich für permanent erklärt hatte. Die Sache wurde ernsthaft und ein Beschluß ward gefaßt, an welchen weder Karl X. noch Louis Philipp in diesem Umfange hätte denken dürfen, nach welchem Paris in Belagerungszustand erklärt und die gesammte vollziehende Gewalt an den General Cavaignac übertragen wurde. Ueberall ward diese Nachricht mit Freuden begrüßt; so weit war man bereits unter dem neuen Regiment der Freiheit, daß man erst wieder aufathmete, als man die Dictatur in den Händen eines Soldaten wußte, der denn auch nicht zauderte, einen energischen Gebrauch von derselben zu machen. Am Abend war die dominirende Stellung des Pantheon genommen, beinahe das ganze linke Seineufer im Besitze der Truppen, das Stadthaus nicht mehr bedroht; die Nationalgarden standen jetzt, nachdem sie sich anfangs säumig gezeigt, gleichfalls bereit und wurden durch Zuzüge aus der Umgegend verstärkt; und selbst wenn wider Vermuthen der Aufstand dennoch den Sieg errungen hätte, so waren Lamartine und Cavaignac entschlossen, den Sitz der Gewalt nach einer Provinzialstadt zu verlegen. Denn hier galt es um die Existenz des Staates und der Gesellschaft, und noch war die Gefahr nicht völlig vorüber.

Versuche, noch jetzt eine Versöhnung anzubahnen, fruchteten nichts. Von der einen wie von der andern Seite war die Erbitterung zu einer Wuth gestiegen, welche Verhandlungen unmöglich machte. So wurde der 25. noch blutiger als der vorangegangene Tag. Bereits am 24. war der Officier, der auf dem linken Seineufer befehligte, General Damesme, tödtlich verwundet worden; sein Nachfolger, General Brea, beging die Unklugheit, sich mit den Aufständischen am Thore nach Fontainebleau in Unterhandlungen einzulassen und sich in ihre Mitte zu begeben. Er war in der Höhle des Löwen: man hielt ihn und seine Begleiter fest; in ihrem Gewahrsam wurden sie von einer einbrechenden Rotte ermordet. Auch im Centrum hatte der Befehl schon nicht weniger als viermal gewechselt. General Bedeau ward verwundet, sein Nachfolger Duvivier zum Tode getroffen, einige Stunden später dessen Nach-

folger Negrier erschossen und während man hier den neuen Führer erwartete, und zögerte vom Platz der Bastille aus den Sturm auf die Vorstadt St. Antoine zu beginnen, fiel ein neues erlauchtes Opfer, der Erzbischof von Paris, Affre, welcher, seinem Friedensamte getreu, einen Versöhnungsversuch machen wollte. Mit einigen seiner Geistlichen erschien er, lebhaft begrüßt, vor der gewaltigen Barricade am Eingange der Vorstadt. Während der Unterhandlungen aber, die er mit den Aufständischen pflog, entbrannte durch irgend einen Zufall — ein mißverstandenes Trommelsignal — der Kampf aufs Neue: ein Schuß von hinten, ohne Zweifel aus dem Gewehr eines Soldaten, streckte den Erzbischof nieder. Die Insurgenten trugen ihn aus dem Feuer und pflegten ihn mit Sorgfalt und unter allen Zeichen der Verehrung; am 27. starb er in seiner Wohnung mit den Worten: möchte mein Blut das letzte sein, das vergossen wird. An Negrier's Stelle rückte General Perret; die Insurgenten suchten hier Unterhandlungen anzuknüpfen und schickten spät in der Nacht eine Abordnung an Cavaignac. Es war zu spät: von General Lamoriciére war die Meldung eingelaufen, daß auch die Vorstadt du Temple genommen sei — nach heftigem Kampfe, bei dem Häuser durchbrochen und in Brand gesteckt worden waren: Cavaignac verlangte die unbedingte Unterwerfung und gab zu dem Zweck eine Frist bis zum andern Morgen 10 Uhr.

Allein hier standen sich auf dem Boden desselben Landes zwei feindliche Gesellschaftsordnungen, zwei feindliche Staaten gegenüber: die Unterwerfung erfolgte nicht und um 10 Uhr am 26. begann nun die Beschießung des letzten Bollwerkes der Aufständischen, der Vorstadt St. Antoine. Gegen Mittag ergab sie sich, während in einzelnen Straßen noch den ganzen Nachmittag hindurch gekämpft wurde. Der Aufstand war besiegt. Die Zahl der Opfer ist nicht genau festzustellen; man mag sie auf ungefähr 5000 schätzen: in jedem Falle war es der blutigste Kampf, der bis dahin in den an Blut und Mord gewöhnten Straßen von Paris gekämpft worden war. Auf Seiten der Truppen waren sieben Generale gefallen, fünf verwundet. Eine Menge der Insurgenten war während des Kampfes und in den folgenden Tagen gefangen worden. Man brachte sie einstweilen in den Casematten der Festungswerke unter; in der Nationalversammlung wurde der Antrag gestellt, sie — es waren gegen 15,000 — in Masse nach einer der überseeischen Colonien Frankreichs zu deportiren. Es war der menschlichste Vorschlag und entzog sie wenigstens der Rache der Nationalgarde, welche in ihnen die schlimmsten aller Feinde sah, und welche durch die gräulichen Dinge, die an den von den Insurgenten gemachten Gefangenen geschehen waren, in einer Aufregung war, die keinerlei Gnade gegen die in der Gewalt der Autorität befindlichen Aufrührer gestattete.

Am 28. Juni gab Cavaignac der Nationalversammlung seine Vollmachten zurück. Er empfing ihren Dank für die dem Lande geleisteten Dienste und ward sofort zum Chef der Vollziehungsgewalt ernannt. Noch konnte man die feste Hand nicht entbehren, welche den Aufruhr gebändigt hatte, und wenn man ernstlich die Republik wollte, so konnte man sie in dieser Krisis keinem Besseren vertrauen. Cavaignac bildete sein Ministerium aus seinen politischen Freunden von der Farbe des National, zunächst aber mußte mit aller Kraft die Ordnung gesichert werden, ehe wieder von Freiheit die Rede sein konnte. Die Nationalwerkstätten, wie sich von selbst versteht, wurden aufgehoben, und ihre Urheber, wie Louis Blanc, fanden für gut, ihre Person in Sicherheit zu bringen. Die Polizei ward mit Strenge gehandhabt, einige Legionen der Nationalgarde, welche sich während des Kampfes zweideutig gezeigt, wurden aufgelöst, der Belagerungszustand in Paris auf unbestimmte Zeit verlängert, die Presse in strenge Aufsicht genommen und die Cautionspflicht für Zeitungen hergestellt: weit minder harte Maßregeln waren es gewesen, welche Karl X. und Ludwig Philipp den Thron gekostet hatten. Allein man konnte nicht anders; man mußte diese feindlichen Kräfte, welche sich nicht mehr innerhalb des bestehenden Staates mit den übrigen vertragen, sondern auf dessen Trümmern ein ganz neues Gemeinwesen errichten wollten, um jeden Preis niederhalten: und bald zeigte sich, daß Frankreich, um dessen sicher zu sein, sich mehr noch gefallen zu lassen bereit war, als eine Militärdictatur von einigen Wochen oder Monaten.

Die schwache Begeisterung, welche diese Revolution des Februar anfänglich hervorgerufen, war längst verraucht. Man fand sich einer überaus ernsten Lage gegenüber. Die Träume von Ersparnissen und Ueberschüssen waren verflogen, man konnte ein Deficit von 3—400 Millionen mit Sicherheit erwarten; die anarchischen Elemente, wenn auch vollständig, waren doch nur für den Augenblick niedergeworfen, und der Werth einer Staatsform, die bis dahin keine ihrer Versprechungen hatte halten können, wurde in den Augen der Bevölkerung höchst zweifelhaft. Und je mehr die unmittelbaren Schrecken der Junitage zurücktraten, desto deutlicher zeigte sich, daß auch Cavaignac nur ein Provisorium, nur ein vorläufiges Auskunftsmittel war. Keine der Neuwahlen der nächsten Monate fiel zu Gunsten der „honetten Republik" aus, welche er und seine Freunde vertraten.

Unter diesen Neugewählten befand sich auch Ludwig Bonaparte. Dießmal nahm er ohne Weiteres an, und am 26. September erschien er zum ersten Male in der Versammlung. Er las eine kurze Rede ab: er werde alle seine Kräfte aufbieten, um der Republik seine Dankbarkeit zu beweisen, die ihm sein Vaterland wiedergegeben. Die Neugier, mit

der man dem ersten Auftreten des „Prätendenten" entgegengesehen, war befriedigt: und es wurde von da an Mode, mit Geringschätzung von der Befähigung eines Mannes zu sprechen, dessen Erscheinung so gar nichts von dem zeigte, was französischen Versammlungen zu imponiren pflegt. Man glaubte mit aller Sicherheit die förmliche Aufhebung der die Bonaparte betreffenden Gesetze aussprechen zu dürfen.

Zunächst war es für die weitere Zukunft dieses unscheinbaren Deputirten, von dem jeder der großen Advokaten und Rhetoren der Versammlung glaubte, daß er ihn sechsmal in die Tasche stecken könne, überaus förderlich, daß die blutige Auseinandersetzung zwischen der Bourgeoisie und dem vierten Stande in der großen Schlacht von Paris erfolgt war, ohne daß er damit irgend etwas zu thun gehabt, ohne daß er genöthigt gewesen wäre, für oder gegen die eine oder die andere Partei Farbe zu bekennen. Als ein völlig neuer Mann betrat er die Bühne, gedeckt und empfohlen durch den Namen, den er trug, und an welchen nun, da alle anderen getäuscht hatten oder abgenutzt waren, das Volk seine Hoffnungen hängte. Wie einst Octavianus schwieg er und wartete: und es war nur klug, wenn er auch bei der großen Hauptarbeit der Versammlung, der Feststellung einer definitiven Verfassung für Frankreich, sich möglichst im Hintergrunde hielt.

Zur Vorbereitung dieser Hauptaufgabe, zu deren Erledigung die Versammlung jetzt erst gelangte, war im Mai ein Ausschuß niedergesetzt worden, in welchem die verschiedenen Parteien vertreten waren. Am 4. September begannen die Verhandlungen, und es blieb nicht unbemerkt, daß die parlamentarischen Debatten weder mehr denselben Schwung hatten, noch beim Volke dasselbe Interesse erregten, wie früher. Dieß war freilich erklärlich: früher waren diese Verhandlungen das hauptsächlichste politische Erregungsmittel gewesen, dem französischen Bourgeois oder Arbeiter nothwendig wie sein täglicher Kaffee oder Cognac; jetzt aber war man theils an ganz andere Emotionen gewöhnt als die parlamentarischen, theils war man dieser Emotionen einschließlich der parlamentarischen überhaupt satt, theils endlich war man bereits so weit, die definitive Gestaltung Frankreichs von anderen Ereignissen als Beschlüssen über Verfassungsparagraphen zu erwarten. Und doch fehlte es nicht an tief einschneidenden Fragen, welche des höchsten Interesses aller denkenden Köpfe und aller patriotischen Herzen wohl werth waren. Da war die Frage in Betreff des „Rechtes auf Arbeit", welches die provisorische Regierung einst so leichthin decretirt hatte; Abschaffung oder Beibehaltung der Todesstrafe, die man für politische Verbrechen abgeschafft hatte; die Frage verhältnißmäßiger oder mit dem Vermögen nicht einfach, sondern progressiv sich steigernder Besteuerung; Ein- oder Zweikammersystem, allgemeines Stimmrecht und directe Wahl: die für

die nächste Zukunft aber wichtigste Frage war die: auf welche Weise künftig der Präsident der französischen Republik gewählt werden sollte. Man hatte sich für Eine einzige Versammlung entschieden, die hervorgehen sollte aus directen allgemeinen Wahlen, — eine Versammlung mithin, welche in sich die Souveränetät Frankreichs repräsentirte: es war nur consequent, dieser Versammlung auch die Wahl des Präsidenten der Republik zu überlassen, damit ein Zusammenstoß der legislativen und der executiven Gewalt verhütet werde. Mit großer Schärfe zeichnete, als wenn er die Zukunft vorausgesehen, der Deputirte Felix Pyat die Gefahren des anderen Weges: die ungeheure Macht, die ein mit großer Stimmenmehrheit vom Volke unmittelbar gewählter Präsident haben werde — der jeden Augenblick der Nationalversammlung werde sagen können, daß er mehr sei als sie, da Jeder von ihnen nur von einem Departement, er aber von ganz Frankreich gewählt sei, — der sagen könne: ihr seid je ein Bruchtheil des Volks, ich bin das ganze Volk —; er wies darauf hin, daß ein solcher Präsident sich nicht die gänzliche Abhängigkeit von der Versammlung werde gefallen lassen können, die ihm die Verfassung auferlege, während ihm eben dieselbe Verfassung und mehr noch die thatsächlichen Verhältnisse, indem sie ihn an die Spitze der gesammten Verwaltung eines so centralisirten Landes wie Frankreich stellen, eine ungeheure Macht verleihen: man muß, sagte Pyat, Gott nicht versuchen und noch weniger einen Menschen. Mit anderen Worten, er sprach dem französischen Volke die Fähigkeit zu einer republikanischen Regierungsform ab, die von dem Volke und jedem seiner Gewählten eine Selbstbeschränkung und Entsagung zu Gunsten des Gesetzes verlangt, welche die Franzosen niemals besessen haben und wohl auch niemals besitzen werden. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der Antrag gestellt, von der Wählbarkeit für die Präsidentenstelle alle Mitglieder der Familien, welche irgend einmal über Frankreich geherrscht hätten, auszuschließen, was Louis Napoleon Gelegenheit gab, gegen den Namen und die Rolle eines Prätendenten, welche man ihm zuschreibe, als gegen eine Verleumdung zu protestiren. Der Antrag ward denn auch verworfen, dagegen die Wahl des künftigen Präsidenten unmittelbar durch das Volk beschlossen.

Am 4. November wurde die Verfassung mit 739 gegen 30 Stimmen endgültig beschlossen, am 12. durch den damaligen Präsidenten der Versammlung Armand Marrast auf dem Eintrachtsplatze feierlich verkündigt. Ihre Einleitung erinnert einigermaßen an die der Verfassung von 1791 voraufgeschickten Menschenrechte, indem sie in theoretisirender Weise sich über die Grundlagen, auf welchen die neue Republik ruhe, die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit — Grundlagen, welche älter seien als alle positiven Gesetze — ausspricht. An die Stelle

der Erklärung der Rechte setzte sie weislich, aber vergeblich, eine Ermahnung zur Erfüllung der nothwendigsten Pflichten: „die Bürger sollen das Vaterland lieben, der Republik dienen, dieselbe mit Einsetzung ihres Lebens vertheidigen" — die Abschaffung der Stellvertretung im Heere war freilich mit 663 gegen 140 Stimmen verworfen worden — „sie sollen an den Staatslasten im Verhältniß ihres Vermögens Theil nehmen; sie sollen sich ihre Existenzmittel durch ihre Arbeit verschaffen und ihre Zukunft durch Ersparnisse sicher stellen — —." Dann ward die Souveränetät des französischen Volkes ausgesprochen, dessen Rechte wurden aufgezählt, unter denen die Lehrfreiheit und die Zusicherung unentgeltlichen Elementarunterrichts. Das vierte Hauptstück handelte von der Nationalvertretung: die gesetzgebende Gewalt Einer Versammlung übertragen; wahlberechtigt jeder Franzose, der das 21., wählbar jeder, der das 25. Lebensjahr überschritten hat; 750 Mitglieder; Dauer der Sessionen drei Jahre. Das fünfte regelte die vollziehende Gewalt: Ein Präsident, unmittelbar vom Volke auf vier Jahre gewählt, erst nach vierjährigem Zwischenraum wieder wählbar. Er befehligt das Heer, das er jedoch nicht persönlich anführt, ernennt die Beamten, — man mochte ihrer etwa 535,000 in Frankreich zählen — begnadigt, schließt Verträge, erklärt Krieg mit Genehmigung der Versammlung, deren Beschlüsse er vollzieht, doch ihr zu nochmaliger Berathung zurückreichen kann; er ist von selbst abgesetzt, wenn er die Versammlung auflösen oder vertagen will: gegen Uebereilungen der Versammlung selbst bot die Verfassung keinen Schutz. Dieß das Wesentliche: die Verfassung, in zwölf Hauptstücke redigirt, wird unter den Schutz des Patriotismus aller Franzosen gestellt.

b. Präsidentschaft Louis Napoleon Bonaparte's.

Die Wahl des ersten Präsidenten der französischen Republik wurde auf den 10. December festgesetzt: und soviel war bald deutlich, daß nur zwei ernsthafte Bewerber vorhanden waren — der augenblickliche Vertreter und Inhaber der Regierungsgewalt, General Cavaignac, und der Prätendent von Straßburg und Boulogne, Bürger Louis Napoleon Bonaparte. Für den Ersteren waren die Anhänger der „ehrlichen" oder säuberlichen Republik, der république honnête, eine verhältnißmäßig sehr kleine Zahl: gegen ihn Alles, was gegen diese bestimmte Art der Republik, gegen die Republik überhaupt oder auch gegen deren jetzige Verwaltung mißgestimmt war. Für Louis Napoleon aber vereinigten sich alle möglichen fördernden Umstände. Für ihn waren vor Allem die Bauern, in deren Haus und Herz das Andenken an das große Haupt dieser Familie lebendig war, und die überdieß der Republik, einer Staatsform ohne greifbares „Gouvernement",

wegen ihres Steuerzuschlags von 45 Procent grollten; für ihn war eine rührige Partei, Aventuriers alten und neuen Datums, welche mit der neuen Sonne zu steigen hofften; für ihn waren ferner einerseits nicht wenige der Besiegten vom Februar, wie Thiers, Molé, Montalembert, Odilon Barrot, welche bei seiner vorausgesetzten geringen persönlichen Bedeutung denken mochten, das Staatsschiff in ihr Fahrwasser zurücksteuern zu können; und für ihn war anderntheils auch ein Theil der Besiegten vom Juni, wäre es auch nur, weil sie dadurch den ingrimmig gehaßten Cavaignac und seine Gesinnungsgenossen ärgern konnten. In einem wohlgesetzten Wahlaufrufe — man wollte wissen, derselbe sei von Thiers verfaßt, was jedoch schwerlich richtig ist, — wandte er sich an das französische Volk. Während er selbst noch nichts für „unser Land" gethan, wie er wohl wisse, biete sich sein Name als ein Symbol der Ordnung und der Sicherheit: jeden persönlichen Ehrgeiz lehnte er ab: er würde seine Ehre nur darein setzen, nach vier Jahren seinem Nachfolger die Staatsgewalt gekräftigt, die Freiheit unversehrt zu hinterlassen. Er nannte eine Reihe von Reformen: Ersparnisse, Verminderung lästiger Abgaben, Ackerbauunternehmungen zur Beschäftigung feiernder Hände, Versorgung der Arbeiter in ihren alten Tagen, Verbesserung der Gewerbegesetze, Verminderung der Zahl der von der Regierung unmittelbar zu verleihenden Aemter. Für Jeden hatte der Aufruf etwas: Friede, da Niemand mehr Frankreich herausfordere, Erleichterung der Dienstpflicht, aber dennoch Sorge für die Nationalwürde, d. h. das Heer; er erinnerte an seine Vergangenheit: „ich, der ich Verbannung und Gefangenschaft kennen gelernt, rufe mit allen meinen Wünschen den Tag herbei, wo das Vaterland ohne Gefahr alle Landesverweisungen wird aufhören lassen und die letzten Spuren unserer bürgerlichen Streitigkeiten austilgen können."

Wer dieß geschrieben, kannte Frankreich, und der Erfolg übertraf jede Erwartung. 7,300,000 Stimmen wurden abgegeben. 5,430,000 fielen auf Louis Napoleon, 1,448,000 auf Cavaignac; neben diesen 370,000 auf Ledru-Rollin, 37,000 von noch dunklerer Röthe auf Raspail und 17,900 — so rasch nutzten diese Monate ihre besten Namen ab — auf Lamartine. Am 20. December fand die feierliche Scene statt, welche den neugewählten Präsidenten in sein Amt einführte. Cavaignac legte sein Amt inmitten der Versammlung nieder; der neue Präsident trat ein; er leistete den Schwur, den Armand Marrast, der Vorsitzende der Versammlung, ihm vorsprach: „im Angesicht Gottes und des französischen Volkes schwöre ich, der Einen und untheilbaren demokratischen Republik treu zu bleiben und alle Pflichten, welche mir durch die Verfassung auferlegt worden sind, zu erfüllen." Indem er das Wort ergriff, um die Versammlung anzureden, wieder-

holte er: „meine Pflichten sind mir vorgeschrieben und ich werde sie als ehrlicher Mann erfüllen"; — er schloß mit der geschickten Wendung: „Seien wir die Männer des Vaterlandes, nicht die Männer einer Partei, und wir werden mit Gottes Hülfe wenigstens Gutes leisten, wenn wir nicht Großes leisten können." Alsdann sagte er dem General Cavaignac, dessen Hand ergreifend, einige verbindliche Worte und begab sich, von einem großen Gefolge geleitet, nach dem Palast Elysée Bourbon, welcher zur Präsidenten-Wohnung eingerichtet worden war.

Der neue Präsident verfuhr mit großer Vorsicht. Er verkannte das Unsichere seiner Lage nicht, und noch saß die Nationalversammlung, die ihm in ihrer Mehrheit keineswegs gewogen war. Er bildete sein erstes Ministerium aus Männern aller Parteien: Cabinetsvorsitz und Justiz Odilon Barrot; zum Befehlshaber der Armee der Alpen, welche den Gang der Dinge in Italien beobachtete, ohne bis dahin Marschbefehl erhalten zu haben, machte er den Marschall Bugeaud, zum Befehlshaber der Nationalgarde und der ersten Militärdivision den General Changarnier.

Daß zwischen dem Präsidenten und der Versammlung keine rechte Eintracht walte, trat bald zu Tage; doch hatte jener im Ganzen die öffentliche Meinung für sich, welche dieser Versammlung überdrüssig war. Am 14. Februar 1849 genehmigte dieselbe, durch zahlreiche Adressen um ihre eigene Auflösung bestürmt, einen Antrag, nach welchem innerhalb dreier Monate eine neue gesetzgebende Versammlung gewählt werden sollte, nach deren Wahl die jetzige verfassunggebende sofort sich auflösen werde. Ehe diese gewählt war, beschäftigten die Gemüther zum ersten Male wieder lebhafter die auswärtigen Angelegenheiten.

Wenn Frankreich, trotz jenes Lamartine'schen Manifestes, das einen so friedlichen Charakter trug, mit Lebhaftigkeit rüstete und sowohl an der deutschen als an der italienischen Gränze starke Truppenkräfte anhäufte, so war dieß doch nicht so schlimm gemeint, als es aussah. Die Regierung war genöthigt zu rüsten, weil sie manchen gefährlichen Müßiggänger und meuterischen Kopf unschädlich machen konnte, indem sie ihn ins Heer einstellte: sie hütete sich wohl, gegen Deutschland irgendwie angreifend zu verfahren, was sehr leicht dahin hätte führen können, im Sturm ein einiges Deutschland zu schaffen und Preußen an dessen Spitze zu bringen. Die Sympathien der dortigen republikanischen Partei für die verwandte, die Schwesterrepublik, die ihr gelegentlich in pomphaften Adressen, die selten an ihre richtige Adresse gelangten, aufgedrängt wurden, würdigte sie nach ihrem wirklichen Werthe, der sehr gering war; und was Italien betraf, so nahm sie im Allgemeinen eine nicht besonders sympathische, beobachtende Stel-

lung ein. Aus dieser Stellung konnte sie nach einmal angeschlagener friedlicher Saite auch nicht wohl heraustreten, so lange Oestreich, wie es wohlweislich that, sich darauf beschränkte, sein Territorium in Italien zu behaupten und den Angriff des Königs von Sardinien abzuwehren, der, wie wir sehen werden, sich zum Vorkämpfer der italienischen Nationaleinheit gemacht hatte, an welcher Frankreich nichts gelegen war. Am 24. Mai 1848 hatte die Nationalversammlung allerdings die Vollziehungscommission aufgefordert, in ihren Beziehungen zu den fremden Mächten „auch ferner" die Wünsche der Versammlung zur Richtschnur zu nehmen — Wünsche, welche, wie man bei dieser Gelegenheit erfuhr, auf einen Bruderbund mit Deutschland, die Wiederherstellung eines unabhängigen Polens und die Befreiung Italiens gerichtet seien; es war noch die Zeit, wo man allerlei solche Wünsche hegen und auch aussprechen konnte. Bald aber machten, den ideologischen Wünschen jener Frühlingspolitik gegenüber, die wirklichen Interessen ihre Rechte geltend. In Frankreich selbst mußte man den Kräften der Anarchie die Grundlagen des Staates abringen und die Regierung des Generals Cavaignac hatte ganz andere Dinge zu thun, als Polen wiederherzustellen und Italien zu befreien. Von republikanischer Propaganda war unter ihm nicht die Rede; gerade mit derjenigen Macht, welche dem republikanischen Prinzip am meisten abgewandt scheint, mit Rußland, kam man ins beste Verhältniß und der Gesandte der Republik, General Leflô, wurde am Petersburger Hofe mit der größten Aufmerksamkeit empfangen; mit England stand man ohnehin auf gutem Fuße; mit Deutschland, das noch mitten im Werdedrang war, ohne daß ein Mensch vorerst sagen konnte, was dort werden sollte, auf gar keinem: der Gesandte der deutschen Centralgewalt, Herr von Raumer, spielte in Paris die Rolle eines harmlosen Ueberflüssigen. Der gefährliche Punkt war Italien. Die östreichische Regierung ihrerseits verfuhr mit äußerster Klugheit: sie verfolgte ihre Siege nicht weiter, als mit Schonung der französischen Empfindlichkeit verträglich war. Aber freilich, als der König von Sardinien zum zweiten Male den Krieg wieder aufnahm, nicht ohne die geheime Hoffnung französischer Hülfe, da zeigte sich bald, daß ohne solche Hülfe seine Sache vollkommen aussichtslos war, und stärker als zuvor erhob sich, auch in der Nationalversammlung, der Ruf nach Krieg zu Gunsten Italiens.

Auch Louis Napoleon hatte sich bereits für eine friedliche Politik erklärt. Er beeilte sich, dem Inland wie dem Ausland gegenüber den Irrthum zu zerstreuen, als müsse der Name Napoleon mit Nothwendigkeit den Krieg bedeuten. Die italienische Frage kam auch in der Nationalversammlung zur Sprache, wo die vorgeschrittenen Republi-

kaner, wie Ledru-Rollin, mit Ungestüm den Krieg forderten. Thiers war hier auf seinem rechten Felde, als er nachwies, daß es jetzt, wo Sardinien zu Boden geschlagen, dazu zu spät sei, daß man hätte früher kommen müssen; das Einzige, was Frankreich, wenn es sich nicht der Gefahr eines Angriffs durch eine neue Coalition aussetzen wolle, jetzt thun könne, sei eine Gebietserweiterung Oestreichs in Italien zu hindern, zu der übrigens Oestreich keine Miene machte und schwerlich die geringste Lust hatte. Der Vollmacht, welche die Nationalversammlung dem Ministerium gab, nöthigenfalls einen Theil Oberitaliens zu besetzen, hätte es dazu nicht bedurft.

Auf der anderen Seite konnte diese Regierung und das neue Haupt der Republik der Versuchung nicht widerstehen, in Italien wenigstens irgend etwas zu thun, damit nicht Alles durch die Oestreicher allein geschehe: Louis Napoleon hatte eine Meinung in der italienischen Frage, was sich von den republikanischen Federhelden kaum sagen ließ. Der Papst, welcher in Folge der revolutionären Ereignisse flüchtig geworden, war noch immer fern von Rom; allein bei dem antirevolutionären Rückschlag, der allenthalben eingetreten war, ließ sich kaum bezweifeln, daß die Ebbe, welche auf die revolutionäre Springfluth mittlerweile gefolgt war, auch ihn wieder an seinen Ort zurückschwemmen werde mit all' dem Schlamm- und Sumpfgewächs, das diesen Thron umgab: wenn es nicht Frankreich that, so unterzog sich Oestreich oder irgend sonst wer dieser Mühe. Einer solchen östreichischen Action zu Gunsten des Papstes beschloß die französische Regierung zuvorzukommen und Louis Napoleon wußte wohl, daß hierbei zwar keine Lorbeeren, wohl aber die Gunst einer in Frankreich sehr mächtigen Partei, der clericalen, zu verdienen war. Odilon Barrot verlangte am 16. April 1849 einen Credit für die Intervention in der römischen Angelegenheit und er machte kein Hehl daraus, daß es sich um eine Restauration des Papstes handle, die, sagte er, nicht ohne Mitwirkung Frankreichs und nicht im Widerspruch mit französischen Prinzipien erfolgen dürfe. Mit dem letzteren Räthselwort meinte er die liberalen Institutionen, welche der restaurirte Papst werde geben müssen; im Ausschusse hatte Thiers den Mitgliedern die Sache deutlich gemacht; der verlangte Credit wurde mit 395 gegen 283 Stimmen bewilligt. Die Expedition verlief nicht ganz wie man erwartet hatte. Ihre Einzelnheiten gehören in den Zusammenhang der italienischen Dinge: am 26. April landete General Oudinot mit 10,000 Mann in Civita-vecchia; am 30., erfüllt von dem Dogma der Unüberwindlichkeit der französischen Waffen, rückten sie gegen die Stadt; als sie aus den Gärten des Vatican Kartätschenfeuer erhielten, das sie belehrte, daß es ohne Widerstand doch nicht abgehen werde, sammelten

sie sich zum Angriff, wurden aber von den römischen Republikanern unter Giuseppe Garibaldi nachdrücklich zurückgeschlagen und einige blindlings vorgeführte Compagnien wurden abgeschnitten und gefangen. Man schätzte den Verlust auf 6—700 Mann im Ganzen.

Diese Niederlage gegen verachtete Gegner rief in Frankreich großen Unwillen hervor. In der Nationalversammlung wurde ein Antrag auf Anklage des Präsidenten und seiner Minister auf Grund des Artikels 5 der Verfassung gestellt, nach welchem Frankreich seine Waffen niemals zur Unterdrückung fremder Völker gebrauchen werde — n'attentera jamais à la nationalité d' un peuple. Aber was ist Nationalität? und was ist ein Volk? — der Antrag ward abgelehnt. Indeß diente er doch dazu, die Beziehungen des Präsidenten zur Versammlung zu verschlimmern. Schon waren Gerüchte im Umlauf von verfassungswidrigen Plänen, mit denen derselbe umgehe und für die er hochgestellte Beamte und Generale — man nannte unter Anderen den General Changarnier, unter dessen Befehl die gesammte bewaffnete Macht von Paris stand — zu gewinnen trachte oder schon gewonnen habe, und die förmliche Hofhaltung, mit welcher er sich im Elysée umgab, das Geld, mit dem er freigebig um sich warf, die Unterwürfigkeit seiner nächsten Umgebung, die ihn nicht als „Bürger-Präsident", sondern als Prinz behandelte, nährte diesen Verdacht.

Die Versammlung aber hatte die Kraft nicht mehr, einen Conflict aufzunehmen. Ihre Tage waren gezählt; am 13. Mai fanden die Wahlen für die neue, die gesetzgebende Versammlung statt. Diese hielt am 28. ihre erste Sitzung. Bei der Wahl des Vorsitzenden erhielt Dupin, der unter Louis Philipp so lange diese Stelle bekleidet hatte, 336 Stimmen, Ledru-Rollin, der Candidat der „Bergpartei", wie sich die Radicalen nannten, welche die Erinnerungen aus der ersten französischen Revolution nicht los werden konnten, erhielt 182; General Lamoricière, ein gemäßigter Republikaner, 67: die Mehrzahl der Versammlung also bestand aus monarchisch Gesinnten, — Orleanisten und Legitimisten. Allein eine Monarchie ist leichter zertrümmert, als wiederhergestellt. In der Botschaft, welche der Präsident nach amerikanischem Muster an die Versammlung richtete, gedachte er auch der römischen Expedition. General Oudinot, begierig, seine Niederlage zu rächen, belagerte die Stadt, die aber fortfuhr Widerstand zu leisten. Am 11. Juni erneuerte Ledru-Rollin seinen Antrag auf Anklage des Präsidenten und der Minister: Odilon Barrot entgegnete ihm, daß jetzt die französische Waffenehre vor Rom verpfändet sei und die Versammlung wies den Antrag ab. In der Hitze des parlamentarischen Gefechts hatte sich der Antragsteller zu der Behauptung verstiegen, daß seine Partei entschlossen sei, die Verfassung, welche laut

Art. 110 dem Patriotismus aller Franzosen anvertraut sei, nöthigenfalls mit den Waffen zu vertheidigen; am 13. Juni versuchte eine Anzahl von ihnen, mit dieser Phrase Ernst zu machen, wurde aber ohne Mühe und ohne Blutvergießen zerstreut. Dagegen wurde ein entsprechender Versuch in Lyon, welchen die falsche Nachricht vom Siege des Aufstandes in Paris hervorgerufen, erst nach achtstündigem Kampfe unterdrückt. Beide hatten nur die Folge, der Regierung weitere Waffen gegen die Insurrection zu geben in einem scharfen Gesetze gegen die Clubs, welches ihr möglich machte, das Vereinsrecht auf ein Minimum zu reduciren, und, wo es ihr paßte, Weizen und Unkraut miteinander auszuraufen.

Es waren die Tage, wo aller Orten die Reaction siegreich fortschritt, wo an der französischen Gränze, in Baden und in der Pfalz der Aufstand, welcher die deutsche Reichsverfassung mehr zum Vorwande als zum Grunde hatte, niedergeschlagen wurde. Auch Rom war endlich, nach zweimonatlicher Belagerung gefallen: im Gefolge der einziehenden Franzosen, ohne Bedingungen, kehrte Papst und Papstthum nach Rom zurück. Eine nochmalige Debatte über diese Dinge folgte; man erhitzte sich ohne Ergebniß; die Sachen waren nicht ganz so gegangen, wie man wünschte; allerdings, aber was schadete dieß am Ende? Man war nach Rom gegangen, damit nicht die Oestreicher hingingen: „ehe ich den östreichischen Adler auf der Flaggenstange über der Tiber sehe", äußerte Thiers später in einem Privatgespräch über diese Tage, „wollte ich lieber 100 Verfassungen und 100 Religionen vernichten." Am 12. August vertagte sich die müde Versammlung, nachdem sie zuvor noch die Regierung mit einem scharfen Gesetz wider die Presse ausgerüstet hatte. Der Präsident benutzte die Zeit, welche ihm die Parlamentsferien ließen, aufs Beste. Der Gedanke, daß die Republik nicht lebensfähig sei, drängte sich Jedem auf. Mit den Bourbonen war man fertig, von den Orleans konnte augenblicklich fast noch weniger die Rede sein, da sie nur einen Unmündigen als Prätendenten hätten aufstellen können; Louis Napoleon aber war im Besitze der Macht: Beamte, Officiere konnten sich ihm verpflichten, und von ihm allein, nicht von der Republik und ihrer vielköpfigen, uneinigen, im Grunde machtlosen Versammlung ihren Lohn erwarten; eine Wiederherstellung des Kaiserthums war ein neuer, pikanter, vielleicht ein rettender Gedanke: und es war nicht zu verkennen, daß derselbe namentlich unter dem Heere, wo ihm von vornherein eine Stätte bereitet war, Fortschritte machte. Und für Diejenigen, welche sehen wollten, war auch die behauptete Unfähigkeit des Präsidenten keine so ausgemachte Sache mehr. Wenigstens in der römischen Sache that er jetzt einen Schachzug, der ihm freilich nur für einen Augenblick auch liberale Sym-

pathien verschaffte: er schrieb am 18. August an den Obersten Edgar Ney, seinen Adjutanten, einen wohlüberlegten Brief, der seinem staatsmännischen Talent alle Ehre machte und in welchem er eine sehr selbstständige und energische Sprache führte. Die französische Republik habe ihre Truppen nicht nach Rom geschickt, um die italienische Freiheit zu ersticken; „sagen Sie dem Obergeneral, General Rostolane" — derselbe war an Oudinot's Stelle getreten — „daß man sich unter dem Schatten der dreifarbigen Fahne nichts erlauben darf, was den Charakter unserer Einmischung entstellen könnte. Ich verstehe die weltliche Macht des Papstes nicht anders als mit einer allgemeinen Begnadigung, einer Laienregierung, einer freisinnigen Verwaltung und der Einführung des Code Napoléon." Freilich fiel es dem wiederhergestellten Papste und den Cardinälen, die ihn, blinde Blindenleiter, umgaben, nicht ein, diese Forderungen auch nur in Erwägung zu ziehen, geschweige denn zu erfüllen. Der Papst setzte ihnen einfach die wirksamste aller Waffen im Arsenal der Curie, die Kraft der Trägheit, entgegen, und dieser Politik des Nichtsthuns konnte er sich um so sorgloser hingeben, als bei den Verhandlungen in der französischen gesetzgebenden Versammlung, welche Anfang October 1849 wieder zusammengetreten war, Thiers als Berichterstatter über die römische Sache sprach, der, ganz in den altfranzösischen Anschauungen befangen, ein uneiniges und schwaches Italien und ein eben solches Deutschland als erste Zielpunkte der auswärtigen Politik Frankreichs ansah, und der nicht einmal so weit ging, sich die Prinzipien des Briefes vom 18. August anzueignen, welchen er die Bosheit hatte gar nicht zu erwähnen. Die Mehrheit der Versammlung bewilligte ohne Weiteres die Kosten der römischen Expedition. Die Versammlung zeigte aber bei dieser Gelegenheit ihren übeln Willen dem Präsidenten gegenüber, indem sie den Gedanken seiner Politik, der in dem Brief an Ney ausgesprochen war, einfach bei Seite schob, und bald sollte sich zeigen, daß diese beiden Gewalten auf die Dauer nicht sich vertragen konnten. Hatte die Versammlung bei jener Gelegenheit gezeigt, daß sie den Präsidenten nicht weiter beachte, so zeigte er ihr nun seinerseits, daß er sie nicht fürchte: eine Botschaft vom 31. October kündigte ihr an, daß er das Ministerium Odilon Barrot entlassen und ein anderes ernannt habe. Die Namen, aus denen es bestand, erregten Erstaunen und Mißtrauen — es waren keine parlamentarischen Berühmtheiten, wenigstens vorläufig noch nicht; sein Privatbanquier Fould hatte die Finanzen, Rouher die Justiz, General Hautpoul das Kriegsministerium erhalten: befremdender noch war der sehr entschiedene Ton, in welchem die Botschaft gehalten war. Um die Republik zu befestigen, um Frankreichs Namen im Auslande auf der Höhe des Ruhmes zu erhalten, meinte der Präsident, bedürfe es Män=

ner, welche die Nothwendigkeit einer einzigen und bestimmten Richtung und einer klar ausgesprochenen Politik begreifen; er fand den Zustand des Landes wenig befriedigend: „in dieser Verwirrung", so fuhr die Botschaft, die wie ein Blitz aus heiterem Himmel kam, fort, „sucht Frankreich angstvoll Hand und Willen des Erwählten vom 10. December. Dieser Wille kann aber nur dann sich fühlbar machen, wenn völlige Gemeinschaft der Ideen, der Ueberzeugungen und Gesichtspunkte zwischen dem Präsidenten und seinen Ministern besteht, und wenn die Versammlung selbst sich dem nationalen Gedanken anschließt, welcher in jener Wahl sich ausgesprochen hat." Denn es sei der Name Napoleon für sich selbst ein ganzes Regierungsprogramm: nach Innen Ordnung, Autorität, Religion, Volkswohl; nach Außen Nationalwürde; es kam Alles so, wie einst Pyat bei der Debatte über den Modus der Präsidentenwahl es vorausgesagt. Kein Zweifel, daß der Präsident Dasjenige beabsichtigte, was die französische Sprache mit einem ihrer unnachahmlichen Ausdrücke einen coup d'état, einen Staatsstreich nennt; und was das Schlimmste war, er konnte ungestört, am hellen Tage diesen Staatsstreich mit aller Muße vorbereiten, ohne daß die Versammlung etwas dagegen machen konnte: denn die ganze Regierungsmacht, das Soldaten- und das Beamtenheer war in seiner Hand. Mit entschiedener Geschicklichkeit wußte er jeden Wind in seine Segel zu fangen. Sein Vetter, der Sohn des ehemaligen Königs von Westfalen, Jérôme Napoleon, ein tactloser, leidenschaftlicher Mann von demokratischen, wenngleich ziemlich dehnbaren Grundsätzen und von Talent, hatte einen Antrag auf Amnestirung der Junigefangenen eingebracht, der aber von der Versammlung, welche auf diesem Boden nichts von Versöhnung wissen wollte, abgelehnt wurde. Der Präsident machte jetzt zu ihren Gunsten — es waren ungefähr noch 1900 — von seinem Begnadigungsrecht einen sehr umfassenden Gebrauch, indem er drei Viertheilen dieser Unglücklichen die Strafe erließ. Nur wo es sich um kräftige Maßregeln polizeilicher Unterdrückung handelte, konnte das Ministerium auf die Unterstützung der Versammlung zählen. Die Regierung verlangte die Befugniß für die Präfekten, jeden Elementarlehrer abzusetzen, der sich „durch Gesinnung und Lehrweise" seines Amtes unwürdig zeige: die Versammlung gab in der That diese zweischneidige Waffe auf sechs Monate in ihre Hände. Im Januar 1850 wurde der Entwurf zu einem Unterrichtsgesetze berathen, der von einem der entlassenen Minister, Falloux, ausgearbeitet worden war: derselbe war den ultramontanen Tendenzen überaus günstig, indem er unter Anderem 4 Bischöfen in dem obersten Studienrathe Sitze einräumte, dem Staate allerdings die Oberaufsicht über das Schulwesen vorbehielt, zugleich aber festsetzte, daß ein Geistlicher, um als Leh-

rer verwendet zu werden, keine besondere Prüfung mehr zu machen brauche. Seine Unterstützung übernahm auf der einen Seite Herr von Montalembert, ein eifriger Katholik, der aber zu viel Geschmack und edle Bildung besaß, um dem plumpsten Ultramontanismus zu verfallen, auf der anderen Thiers, der für seinen persönlichen Bedarf der Religion entbehren zu können glaubte, so gut als Voltaire oder andere der starken Geister jener Epoche, der es aber wohl zufrieden war, daß die Kirche an ihrem Theile mit behülflich war, die Massen — la vile multitude, wie er sich wohl ausdrückte — im Zaume zu halten. Die große Menge der Franzosen blieb nach diesem Gesetz, das am 15. März angenommen wurde, dasselbe was sie vorher gewesen: ein unwissendes Volk, dessen eine Hälfte blindlings Dasjenige glaubte, was seine Druiden ihm sagten, während die andere ebenso blindlings auf die Phrasen des nächsten besten Demagogen schwur; das ernste Streben nach wirklicher Erkenntniß begann mehr und mehr aus der Nation zu verschwinden.

Die Kammer war überhaupt reizbar gegen jede oppositionelle Regung von radicaler Seite. Am 10. März fanden die Nachwahlen für einige in die Juniereignisse verwickelte Abgeordnete in Paris statt, und es wurden drei Männer der äußersten Linken, Carnot, de Flotte und der Schriftsteller Eugen Sue, dessen Romane „die Geheimnisse von Paris“ und „der ewige Jude“ einige Jahre früher von dem Publikum aller europäischen Leihbibliotheken verschlungen worden waren, zu Deputirten gewählt. Obwohl diese Wahlen weit weniger ein Beweis der Stärke republikanischer oder socialistischer Ueberzeugungen waren, als vielmehr eine Aeußerung des kindischen Kitzels, welchem die Pariser Bevölkerung niemals widerstehen konnte, — ihrer Unzufriedenheit mit Denen, welche augenblicklich die Macht haben, durch die Wahl unbequemer Candidaten einen Ausdruck zu geben: so gab doch die Mehrheit der gesetzgebenden Versammlung, durch diese Demonstration gereizt und erschreckt, sehr bereitwillig den Maßregeln ihre Zustimmung, welche die Regierung nunmehr vorschlagen zu müssen glaubte, um dieses immer wieder von Neuem drohenden socialistischen Gespenster zu beschwören. So wurde ein Gesetz genehmigt, welches der Regierung die Macht verlieh, selbst Wahlversammlungen zu verbieten, wenn sich von solchen eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe besorgen lasse, und ebenso ein neues Preßgesetz votirt, welches bei 500—1000 Francs Strafe gebot, daß bei allen in Zeitungen und Zeitschriften veröffentlichten Artikeln politischen, philosophischen oder religiösen Inhalts der Verfasser sich nenne, — welches also das Recht anonymer Besprechung der Tagesfragen in den Tagesblättern aufhob, und damit eine wesentliche Bürgschaft sachkundiger und freimüthiger Erörterung vernichtete. Der Ver-

sammlung genügte dieß aber nicht. Sie drängte die Regierung, das allgemeine Stimmrecht, das ihrer Mehrheit ein Dorn im Auge war und dessen üble Wirkung diese Mehrheit soeben noch in den Pariser Nachwahlen zu verspüren gehabt hatte, zu beschränken — was freilich verfassungsmäßig nicht sofort bewerkstelligt werden konnte, also auf künstlichem und sophistischem Wege bewerkstelligt werden mußte. Das Mittel war einfach genug. Das Stimmrecht war allgemein, seine Ausübung nur daran gebunden, daß der Stimmende nachweisen konnte, er habe seit sechs Monaten an dem betreffenden Orte seinen Wohnsitz gehabt: in dem Entwurfe, den der Minister des Innern, Baroche, auf Betrieb der Mehrheit einbrachte, und den diese Mehrheit als ihre eigene Sache mit größter Leidenschaftlichkeit betrieb, wurde diese Zeit auf drei Jahre erhöht und zugleich festgesetzt, daß der Beweis jenes dreijährigen Aufenthaltes durch Quittungen über entrichtete Personensteuer geführt werden sollte. Damit war die flottirende Menge, ein großer Theil der Fabrikarbeiter und Tagelöhner, welche die Nothwendigkeit, die Arbeit und den Erwerb zu suchen wo er zu finden ist, zu einem nomadischen Leben zwingt, ausgeschlossen, und durch die anderen Bestimmungen zugleich überhaupt die Masse des Volkes, welche nicht von langer Hand Politik treibt und keine Quittungen aufbewahrt, ihres Wahlrechtes beraubt. Die Versammlung, auch der kluge Thiers ahnte nicht, daß sie mit dieser hinterlistigen Umgehung und Verdrehung, die sie für ein Meisterstück hielten, sich mit gebundenen Händen dem Präsidenten überlieferte. Das verhängnißvolle Gesetz wurde am 31. Mai 1850 votirt; der Präsident glaubte seinerseits eine Belohnung für seine Willfährigkeit beanspruchen zu können, indem er zur Bezahlung seiner außerordentlichen Ausgaben einen Credit von 2,400,000 Francs — also einen doppelten Jahresgehalt — beantragen ließ: mit geringer Majorität von 46 Stimmen bewilligte die Versammlung das Geld für den Hanf, aus welchem ihr bald der Strick gedreht werden sollte.

Am 11. August vertagte sie sich auf drei Monate mit Hinterlassung eines ständigen Ausschusses. Unmittelbar darauf machte Louis Napoleon eine Rundreise durch einen großen Theil von Frankreich. In Lyon auf einem Festmahle, wo er besonders gut empfangen wurde, lüftete er etwas die Maske: er sei bereit, sagte er, den Volkswillen zu erfüllen, ob derselbe ihm nun Entsagung oder Beharren vorschreibe. Er ward nicht überall gleich gut empfangen; indeß sprachen sich doch die im Herbst versammelten Departementsräthe fast sämmtlich für die Nothwendigkeit einer Revision der Verfassung aus. Daß man auf friedlich-verfassungsmäßigem Wege nicht viel weiter kommen were, gab sich bereits in unzweideutigen Symptomen kund. Alle Welt conspirirte gegen das Bestehende und kein Mensch erachtete sich durch seinen

Eid gefesselt: die Radicalen thaten es, indem sie offen erklärten, daß sie sich an das Gesetz vom 31. Mai und seine Beschränkungen des allgemeinen Stimmrechts als verfassungswidrig nicht gebunden glaubten; die Orleanisten, indem sie, als Ludwig Philipp am 26. August jenes Jahres zu Claremont starb, zahlreich dorthin pilgerten, um zu intriguiren, während fast gleichzeitig die vornehmsten Legitimisten sich nach Wiesbaden begaben, um dort dem Herzog von Bordeaux, der ihre Fahne, das Lilienbanner des alten Frankreichs trug, zu huldigen; die Bonapartisten, indem sie unverblümter als der Präsident die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes und seine Ersetzung durch die Rückkehr zu dem „berühmtesten Namen der französischen Geschichte" predigten. Es machte damals auch der Gedanke einer „Fusion" oder Versöhnung der älteren und der jüngeren Linie des Königshauses, Verschmelzung der bourbonischen und orleanistischen Ansprüche von sich reden, — ein Gedanke, für dessen Verwirklichung sich Staatsmänner wie Guizot, der beiden gedient hatte, interessirten. Der Herzog von Bordeaux nämlich war der Letzte seiner Linie und kinderlos: es stand mithin in seiner Macht, zu Gunsten des nächst Berechtigten, des Grafen von Paris, des Enkels von Louis Philipp, zu verzichten, wie umgekehrt die Orleans den Herzog von Bordeaux anerkennen konnten, in der Erwartung, demnächst im natürlichen Lauf der Dinge in seine Rechte einzutreten. Allein die Sache, so einfach sie schien, hatte eine Schwierigkeit, die nicht zu beseitigen war. Das Wahrzeichen des Herzogs von Bordeaux war die weiße Fahne und die Erbmonarchie, das Wahrzeichen der Orleans die Tricolore und die Nationalsouveränetät. Alle Versuche, den Herzog zur Anerkennung des allgemeinen Stimmrechtes, der Berufung an das Volk in irgend einer Form zu bewegen, schlugen fehl: er hielt mit der Zähigkeit eines ersten Priesters und Gläubigen an dem Königthum von Gottes Gnaden und an „dem großen nationalen Prinzip der Erbmonarchie" fest. Von solchen Scrupeln war der Präsident frei, dem seine Stellung Mittel und Wege in Fülle gab, dem Ziele immer sicherer zuzusteuern. Bei häufigen Truppenmusterungen in den Lagern von Satory und St. Maur warb er offen um die Gunst der Soldaten und der Officiere, und nicht mit feinen Mitteln; es änderte wenig, daß der Ausschuß der Versammlung gegen solche Vorgänge remonstrirte. Der General Changarnier, den zu gewinnen nicht gelungen war, ließ in einem Tagesbefehl den Truppen das vive l'Empereur verbieten; die Sache selbst blieb wie zuvor.

Am 11. November 1850 wurden die Sitzungen der Versammlung wieder eröffnet. Die Botschaft des Präsidenten vom 12. klang dießmal sehr bescheiden: „seien wir einverstanden darüber," sagt er darin, „daß es nicht die Leidenschaft, nicht ein Ueberfall, nicht eine Gewaltthat sein

darf, welche über das Schicksal eines großen Volkes entscheidet". Das gegenseitige Mißtrauen aber dauerte fort und ebenso das Mißbehagen der Bevölkerung mit dem augenblicklichen Zustande der Dinge, von dem sich Jedermann sagte, daß er nicht von Dauer sein könne noch dürfe. Am 10. Januar 1851 ernannte der Präsident ein neues Ministerium, in welchem neben den beibehaltenen Mitgliedern des bisherigen — Baroche, Rouher, Fould — Drouyn de l'Huys das Auswärtige, General Regnault de St. Jean d'Angely das Kriegsdepartement übernahm. Die erste Handlung dieses neuen Ministeriums war die Enthebung des Generals Changarnier, der sich der Nationalversammlung allzu willfährig gezeigt hatte, von seinem Posten als Befehlshaber der Nationalgarde und der Truppen von Paris. Diese Maßregel gegen einen General, den die Monarchisten als eine Art General Monk betrachteten — der freilich leichter zu finden war, als der geeignete König, der zu dieser Rolle hinzugehörte — rief in der Versammlung leidenschaftliche Angriffe und ein förmliches Mißtrauensvotum gegen das neue Ministerium hervor, das die Anspielungen und Declamationen gegen den Bonapartismus ruhig durch Hinweisung auf orleanistische und legitimistische Intriguen erwidern konnte. Gleichwohl wich es vor dem Tadelsvotum der Versammlung und Louis Napoleon, der sehr geschickt operirte, bildete nun eine Verwaltung aus lauter Männern ohne ausgesprochene politische Farbe, welche einstweilen die Geschäfte führen sollten, bis wieder ein parlamentarisches Ministerium gebildet werden könne. Es versteht sich, daß die großen Redner und Parteiführer sich wie auf eine bereite Beute auf dieses unglückliche Ministerium von Commis stürzten: ohne Erfolg; man war gegen die Macht beredter Worte auf allen Seiten ziemlich abgestumpft und die Verhandlungen wurden mit so wenig Würde geführt, daß man ihnen nur folgte, um den Stand der Parteien, ihre Macht und ihre Taktik kennen zu lernen und daraus den weiteren Gang der Dinge zu vermuthen. Erst nach zwei Monaten bildete Napoleon ein neues Ministerium, in welches aber die Mitglieder eben jener Regierung wieder eintraten, gegen welche die Versammlung am 15. Januar ihr Mißtrauen ausgesprochen hatte, Rouher, Fould und Baroche. Die Versammlung erneuerte ihr Mißtrauensvotum nicht: dagegen kam es aufs Neue zu leidenschaftlichen Debatten bei Gelegenheit einer Rede, welche der Präsident auf einem Fest zu Dijon gehalten und in welcher er, nachdem er sich mit starken Worten über die Versammlung beklagt hatte, die Worte sprach: „wenn Frankreich anerkennt, daß man nicht ohne das Land über das Land verfügen darf, so braucht es nur zu sprechen; mein Muth und meine Energie werden ihm nicht fehlen." In der Versammlung nahm General Changarnier die Gelegenheit wahr, an dem Präsidenten für seine

Absetzung mit bitteren Worten Rache zu nehmen und er zeigte sich dabei so wenig über den wahren Stand der Dinge unterrichtet, daß er versicherte, es würde keine Compagnie für den Präsidenten die Waffen ergreifen: „Mandatare Frankreichs", schloß er, „berathet im Frieden." Inzwischen war von der bonapartistischen Partei die Agitation für eine Revision der Verfassung fortgesetzt worden und die Versammlung, mit Adressen bestürmt, sah sich genöthigt diese Frage in Erwägung zu ziehen. Ein Beschluß in dieser Richtung erforderte aber verfassungsmäßig eine Mehrheit von drei Viertheilen der Stimmen. Die Verhandlung, bei welcher die Legitimisten, wie Berryer, offen erklärten, daß Frankreich nach Geschichte, Sitten und Denkweise monarchisch sei, diente nicht dazu, die bestehende Ordnung zu stützen, vollendete vielmehr ihre Unhaltbarkeit, indem schließlich 446 Stimmen für die Revision und 278 gegen dieselbe sich aussprachen. Dieß war die Mehrheit, aber nicht drei Viertel Mehrheit, die Sache ward also verschlimmert: wenn die Verfassung selbst die von der Mehrheit der Versammlung und des Volkes gewünschte Revision hinderte, so lag es in Frankreich, wo die Unterwerfung unter das einmal gesetzlich Bestehende durch die beständigen Revolutionen und Aufstände völlig untergraben, bei dem ganzen Charakter des Volkes niemals sehr stark gewesen war, sehr nahe, diese „Revision" einfach auf dem Wege der Gewalt durchzusetzen. Von den Departementalversammlungen, welche im Herbst zusammentraten, sprachen sich fast alle (80) für die Revision aus.

Die Zeit für die Wahl eines neuen Präsidenten rückte näher: und die antibonapartistischen Parteien waren in der üblen Lage, keinen geeigneten Candidaten für diese Stelle zu besitzen. Sie hatten gegen Napoleon nichts als den Verfassungsparagraphen, welcher dessen Wiederwahl nur erst nach vier Jahren Zwischenraum gestattete.

Aber wie, wenn ihn das Volk der Verfassung zum Trotz dennoch wieder wählte? Und diese Möglichkeit war vorhanden, namentlich wenn jene Millionen, welche das Gesetz vom 31. Mai, dessen Verfassungsmäßigkeit mehr als zweifelhaft war, ausschloß, gleichwohl, wie man sie offen aufforderte, zur Wahl sich einfanden. Der seltsamste aller denkbaren Fälle in diesem Lande der unberechenbaren Zufälle — ein Verfassungsbruch durch das souveräne Volk selbst bei Gelegenheit der Ausübung seines höchsten Souveränetätsrechtes — war ernstlich zu fürchten.

Mit sicherem Blick erkannte Louis Napoleon den starken Punkt seiner Stellung, welcher zugleich der schwächste in der Stellung der Versammlung war. Er verlangte von seinem Ministerium, daß es bei derselben die Zurücknahme des Wahlgesetzes vom 31. Mai beantrage, durch welches, wie man mittlerweile berechnet hatte, nicht we-

niger als drei Millionen Wähler ihres Stimmrechtes beraubt würden. Diese Frage wieder anzuregen, war in der That das Mittel, die Versammlung moralisch zu vernichten. Sie war es, ob sie zustimmte oder ablehnte, — ganz abgesehen von der Popularität, welche der „Prinzpräsident“ gewinnen mußte, wenn er als Wiederhersteller des allgemeinen Stimmrechtes auftrat — des allgemeinen Stimmrechtes, von dem Louis Napoleon, wie später ein größerer und schärfer blickender Mann als er, sehr richtig erkannte, daß es weit mehr conservative Tendenz und Kraft besaß, als der demokratische Doctrinarismus meinte. Als sein Ministerium sich seinem Wunsch versagte — denn einige seiner Mitglieder hatten einst selbst das Gesetz mit eingebracht oder unterstützt — so bildete er ein neues, dessen bemerkenswerthestes Mitglied der Kriegsminister Leroy de St. Arnaud war, ein entschlossener, verwegener, rücksichtsloser Glücksritter, der seine Amtsführung damit begann, daß er sämmtlichen Commandeuren in einem Rundschreiben die Pflicht unbedingten militärischen Gehorsams einschärfte und das Decret, in welchem die Nationalversammlung sich ein Recht vindicirte, unmittelbar über die Truppen zu verfügen, aus den Kasernen entfernen ließ. Der Präsident seinerseits hatte nicht gefeiert, die ungeheure Macht, welche ihm das Recht der Ernennung und Absetzung sämmtlicher Beamten in einem Lande gab, welches die centralisirteste Verwaltung hat, in einer Weise zu gebrauchen, welche ihm den Staatsstreich erleichterte, zu welchem bereits verschiedene genau ausgearbeitete Pläne vorlagen.

c. Der Staatsstreich vom 2. December 1851 und die Wiederaufrichtung des Kaiserthums.

Als am 4. November 1851 die Versammlung wieder zusammentrat, legte ihr der Präsident in einer ausführlichen Botschaft die Nothwendigkeit einer Wiederaufhebung des Gesetzes vom 31. Mai dar. „Das allgemeine Stimmrecht wieder herstellen, heißt dem Bürgerkrieg seine Fahne, der Opposition ihr letztes Argument benehmen — heißt Frankreich in die Möglichkeit versetzen, sich Staatseinrichtungen zu geben, welche seine Ruhe verbürgen.“ Die Versammlung hörte die Botschaft schweigend an, deren Bedeutung ihr nicht unbewußt war. Aber sie konnte nichts machen; sie mußte den Hals in die Schlinge stecken, welche der Präsident ihr darbot. Am 13. November — die Dringlichkeit war verworfen worden — lehnte die Mehrheit nach kurzer Verhandlung den Antrag ab. Kurz darauf kam der Entwurf einer neuen Gemeindeordnung zur Verhandlung, wo die Regierung für die Wahlberechtigung zu den Municipalwahlen nur den Nachweis eines sechsmonatlichen Aufenthaltes an dem betreffenden Orte verlangte, die gesetzgebende Versammlung aber einen solchen von zwei Jahren decretirte.

Beide Male hatte die Bergpartei ihren Prinzipien gemäß mit der Regierung gestimmt. Sie nahm aber bald noch eine vollere Rache an den Conservativen für das ihr verhaßte Gesetz vom 31. Mai. Die Versammlung empfand dringend das Bedürfniß eines Schutzes gegenüber einem gefürchteten Gewaltstreich, welcher durch jenes Circular des Kriegsministers drohend über ihrem Haupte hing. Dieß veranlaßte den Antrag ihrer Quästoren, nach welchem die Versammlung sich jenes Recht, das ihr der General St. Arnaud absprach, über die Truppen zu verfügen, förmlich und ausdrücklich zuschrieb. Am 17. Nov. kam er zur Verhandlung. Die Linke — in ihrer gewohnten Kurzsichtigkeit gleichgültig gegen alle weiteren Folgen, wenn sie nur Rache an den Urhebern jenes verhaßten Gesetzes nahm — gesellte sich dießmal den Bonapartisten zu, weil sie, wie eines ihrer Mitglieder erklärte, dem „31. Mai" nicht auch noch die Waffen in die Hand geben wolle. Mit wenig Stimmen Majorität wurde der Quästorenantrag verworfen: und diese Niederlage stellte die Machtlosigkeit, die Zerklüftung und Unfähigkeit der Versammlung ebenso wie die Lebensunfähigkeit der bestehenden Verfassung aller Welt vollends ins klarste Licht.

Die Dinge reiften zur Entscheidung. Wäre jener Antrag der Quästoren angenommen worden, so hätte der Präsident sofort und am offenen Tage den Kampf aufnehmen müssen. Er war dazu bereit gewesen, er hatte sehen können, daß nirgends etwas wie ein fester Wille ihm gegenüberstand: aber er hatte es jetzt bequemer. „Es ist vielleicht besser so", hatte er in seiner wortkargen Art geäußert, als man ihm die Verwerfung des Quästorenantrags berichtete. Mit wenigen Vertrauten, seinem Halbbruder Morny, einem Mann von Muth und Geschick, dem Kriegsminister St. Arnaud, dem wie dem Präsidenten selbst seine Schulden wenig Wahl übrig ließen und der für ein solches Wagniß, wo Alles auf einigen Würfeln stand, der richtige Mann war, dem ehemaligen Unterofficier Fialin, nachmals Persigny, seinem Vertrauten von Straßburg und Boulogne her, und dem Obersten Fleury stellte Louis Napoleon die Einzelnheiten des Complottes fest, bei dessen Ausführung man auf die Mitwirkung des Polizeipräfekten Maupas und des Generals Magnan, der die erste Militärdivision, die Garnison von Paris, befehligte, zählen konnte.

Die Gerüchte von dem bevorstehenden Staatsstreich waren etwas so Alltägliches geworden, daß man sich an dieselben gewöhnt hatte und da er noch nicht und noch immer nicht eintrat, in eine Art Sicherheit zurückgefallen war. Ueberdieß war auf die Nacht vom 1. zum 2. December eine große Gesellschaft ins Elysée geladen; der Präsident zeigte sich besonders theilnehmend und gesprächig; Andere versichern, die Gesellschaft sei sehr langweilig gewesen; um Mitternacht entfernten sich

die Gäste: als die Bevölkerung am andern Morgen erwachte, war der Staatsstreich vollbracht.

Nachts 3 Uhr hatte der Polizeipräfekt eine Anzahl Polizeicommissäre zu sich berufen. Er sagte ihnen, daß der Staatsstreich vollendet sei, versicherte sich ihrer Bereitwilligkeit, und gab ihnen die Befehle, nach welchen etwa 100 Personen, Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung und andere einflußreiche Parteiführer, verhaftet werden sollten. Morgens gegen sechs Uhr wurden diese Befehle vollzogen, während gleichzeitig die Truppen einige wichtige Punkte der Stadt für den Fall eines versuchten Straßenkampfes besetzten und die Proclamationen angeschlagen wurden, in welchen der Präsident Volk und Heer von dem was geschehen war und was fernerhin geschehen sollte, in Kenntniß setzte. Wie die Bevölkerung der großen Stadt, allmälig in die Geschäfte des Tages eintretend, sich ermunterte, las sie an den Straßenecken ein Decret, daß im Namen des französischen Volkes die gesetzgebende Versammlung aufgelöst, das allgemeine Stimmrecht wiederhergestellt, der Belagerungszustand über Paris und zehn umgebende Departements verhängt, das französische Volk in Urversammlungen zur Kundgebung seines Willens berufen sei. In der Proclamation an das Volk beschuldigte der Präsident die Nationalversammlung, daß sie ein Herd der Verschwörungen gewesen, daß sie die Hände nach seiner ihm vom Volke übertragenen Gewalt ausgestreckt, daß sie die Ruhe Frankreichs gefährdet habe — so mache er denn das Volk, „den einzigen Souverän, den ich in Frankreich kenne", zwischen sich und der Nationalversammlung zum Richter; „ich lege eine ehrliche Berufung ein an die ganze Nation: wenn ihr wollt, daß der gegenwärtige krankhafte Zustand fortdauert — — dann wählt einen Anderen an meinen Platz — — denn ich will nicht länger an der Spitze einer Regierung stehen — — welche mich an das Steuer fesselt, während ich das Schiff dem Untergang zueilen sehe; wenn ihr dagegen Zutrauen zu mir habt, so gebt mir die Mittel, die große Aufgabe zu erfüllen, die ihr mir gestellt." Als solche Mittel nannte er eine zehnjährige Dauer der Regierungsgewalt, die Minister ausschließlich vom Staatsoberhaupte abhängig, Zweikammersystem; ein erhaltender Senat neben einem gesetzgebenden Körper; es seien die Grundlagen einer Verfassung, unter der Frankreich sich schon einmal glücklich gefühlt, der Consularverfassung vom Jahr VIII, über welche das französische Volk nunmehr mit Ja oder Nein abzustimmen haben werde. Eine zweite Proclamation wendete sich an das Heer, das in diesem Lande, wie einst im alten Rom in der Aera der Bürgerkriege neben dem Pöbel der Hauptstadt das schwerste Gewicht in die Wagschale zu legen hatte: „wir sind vereinigt durch unauflösliche Bande — wir haben eine gemeinschaftliche

Vergangenheit des Ruhms und des Unglücks; in Zukunft werden auch unsere Entschlüsse für die Ruhe und die Größe Frankreichs gemeinschaftliche sein."

Die Verhaftungen waren unterdessen vollzogen worden. Es wurden gefangen gesetzt die Generale Changarnier, Cavaignac, Lamoricière, Oberst Charras, die Volksvertreter Thiers, Baze u. A., sowie verschiedene radicale Volksführer wie Lagrange. Thiers soll durch eine Stelle seines berühmten Geschichtswerkes, in der er den ersten Napoleon tadelt, daß er sich den Staatsstreich vom 18. Brumaire nicht durch Verhaftung einiger namhaften Parteiführer erleichtert habe, den neuen Napoleon unfreiwillig selbst auf diesen guten Gedanken gebracht haben; die Meisten überraschte man sorglos in ihren Betten. Indeß fand sich doch eine Anzahl Abgeordneter in dem gewöhnlichen Sitzungssaale der Versammlung ein. Auch der Präsident Dupin wurde herbeigeholt. Er hatte schon mehr dergleichen erlebt und war nicht daran gestorben; er erhob nur matte Einsprache, als der Führer einer Truppenabtheilung, welche Morny dahin beordert hatte, Miene machte, den Saal zu räumen. Mit den fast cynischen Worten „wir haben das Recht für uns, das ist klar; aber diese Herren haben die Gewalt, lassen Sie uns gehen" machte er sich davon, um bald dem neuen Herrn zu dienen, der jetzt die Ehren des Staates zu verschenken hatte — so wie er gewohnt war, Einer von Vielen. Ein anderer Theil der Versammlung, welcher jetzt herankam, sah sich schon von den Truppen mit gefällten Bajonetten empfangen; eine dritte Abtheilung hatte sich bei Odilon Barrot zusammengefunden: ein ohnmächtiger Protest war Alles was man thun konnte. Noch einmal kamen etwa 200 Mitglieder auf der Mairie des zehnten Stadtbezirks zusammen, welche man sich als Sammelplatz bestimmt hatte und hier ward auf den Antrag Berryer's eine Proclamation beschlossen, in welcher alle Beamten und Inhaber der öffentlichen Gewalt aufgefordert wurden, bei Vermeidung der Strafe für Pflichtvergessenheit und Hochverrath allen Aufforderungen der Nationalversammlung — und nur diesen, da Ludwig Bonaparte sein Amt als Präsident verwirkt habe, Folge zu leisten. Zum Befehlshaber der Truppen, von denen freilich nichts zu sehen war, wurde General Oudinot, der unpopuläre Führer der römischen Expedition, gewählt. Dieß waren leere Worte; Polizeimannschaft erschien: und da die Versammelten erklärten, nur der Gewalt weichen zu wollen, so wurden sie in den Hof hinabgetrieben, hier von den Soldaten umringt und in Wagen, mit denen man sonst Sträflinge transportirte, in Sicherheit gebracht, bis Alles vorüber war und man sie wieder laufen lassen konnte. Auf ähnliche Weise machte man auch den Versuchen des Staatsgerichtshofes ein Ende, der nach den Paragraphen 68 und 91 der Verfassung sofort in einem Falle wie der

vorliegende sich zusammenfinden mußte: und da man gleichzeitig auch die Druckereien der großen Blätter militärisch besetzt hatte, so blieb jeder Widerstand vereinzelt und wirkungslos. Der erste Tag, der 2. December, der Tag der Schlacht von Austerlitz und der Kaiserkrönung des ersten Napoleons — denn Louis Napoleon kannte die Welt und gab sich die Miene, selbst an die napoleonische Legende und ihre geweihten Tage zu glauben — war somit gewonnen. Am 3. versuchte man dem neuen Herrscher gegenüber die alterprobten Künste des Barricadenbaues und es kam, während die Masse der Bevölkerung die Veränderung ohne Enthusiasmus wie ohne Mißvergnügen wie etwas Nothwendiges und Selbstverständliches über sich ergehen ließ, in der Vorstadt St. Antoine zu einem Kampfe, bei welchem ein Deputirter der Linken, Baudin, erschossen wurde. Am 4. setzte sich das Barricadenbauen fort und der Widerstand schien sich zu mehren. Aber die Kämpfer aus dem Volke, das, wie man ihm hundertmale gesagt hatte, zweimal der Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer geholt hatte, und beide Male dafür von ihr „verrathen", in jedem Falle bei Seite geschoben und mißachtet worden war, blieben dießmal aus: und was die Truppen betrifft, so hatte man ihre Zahl bis auf 80,000 gebracht, Geld und Wein waren nicht gespart worden und so kam es am Nachmittag des 4. zu einer nutzlosen und niederträchtigen Schlächterei am Boulevard Poissonière, wo die Truppen, ohne provocirt zu sein, wiederholt Feuer gaben und eine nicht geringe Anzahl friedlicher Personen auf den Straßen und in den zunächst gelegenen Häusern, nach deren Fenstern gezielt wurde, ihren Tod fand.*) Auch der Widerstand, welchen die neue Ordnung der Dinge in einigen Departements fand, wurde ohne viele Mühe überwältigt; die Todten zählte man nicht, auch nicht die Deportirten. Louis Napoleon versicherte sich durch Beförderungen und Auszeichnungen vieler Officiere und Beamten, durch Versprechungen höheren Soldes und Schmeicheleien des gesammten Heeres; die bei dem Landvolk so mächtige Priesterkaste gewann er, indem er das Pantheon, welches sich seit 1791 die Revolution und die Kirche streitig machten, der Letzteren als St. Genovevakirche zurückgab und damit seinen guten Willen gegen einen Stand bekundete, der die Republik nur acceptirt, wenn er nicht anders kann, während er im Allgemeinen die Monarchie, wo ihm mehr Hintertreppen und Seitenthüren offen stehen, vorzieht. Den Staats- und Gemeindebeamten wurde die Sonn-

*) Es ist besser, keine Zahlen angeben, als so lächerliche Berechnungen anzustellen, wie Kinglake, Invasion of the Crimea 2, 21 f. (der Tauchnitzer Ausgabe). Das bändereiche Buch enthält vieles schätzbare Material: aber der Verfasser setzt Leser voraus, welche nichts Anderes zu thun haben, als den Krimkrieg zu studiren.

tagsarbeit untersagt und andere Maßregeln athmeten denselben Geist; bald hörte man von den geduldigen Kanzeln und Altären herab das Domine fac salvum Napoleonem, wie man zuvor das Domine salvam fac rempublicam oder salvum fac regem gehört hatte und am 1. Januar 1852 sprach auch der Papst in einem Schreiben an den General, der die Truppen in Rom commandirte, seinen Segenswunsch über die That des 2. Decembers aus.

Die Abstimmung über die Grundlagen der neuen Consularverfassung erfolgte am 21. und 22. December. Sie war nicht frei, wie sich denken läßt, aber sie ergab gleichwohl einen richtigen Ausdruck Dessen, was der Wille oder wenn man lieber will, die augenblickliche Stimmung der überwiegenden Mehrheit des französischen Volkes war; eine Stimmung, zu welcher der Eine auf diesem, der Andere auf jenem Wege, der Eine durch unklare Gefühle oder Erinnerungen, der Andere durch Widerwillen gegen das unfruchtbare parlamentarische Wesen oder durch Resignation gekommen sein mochte, die aber doch allgemein genug war, um als Nationalwille gelten zu können. Es waren 7,500,000 Ja gegen 650,000 Nein in ganz Frankreich; in Paris standen die Bejahenden zu den Verneinenden 196,000 gegen 95,000. Die gefangenen Deputirten und Generale wurden wieder in Freiheit gesetzt, nachdem die von dem Präsidenten nach dem Staatsstreich eingesetzte „berathende Commission" die Stimmenzählung geprüft und deren Ergebniß ihm mitgetheilt hatte. Am Abend desselben Tages (31. December) erschien das diplomatische Corps, um dem Manne, der die Revolution gebändigt und die Gesellschaft gerettet — so ungefähr lautete jetzt die Parole der europäischen Reaction, wenn ihr gleich die Person des Retters nicht so recht zusagte — ihren Glückwunsch darzubringen. Im Innern aber war jetzt ein neuer Mittelpunkt gegeben, um den sich die Schmeichler, die Geld- und Aemtergierigen, die Sophisten und Rhetoren jeder bestehenden Gewalt drängten. An der Spitze seiner Geistlichkeit war auch der Erzbischof Sibour von Paris erschienen, um den Prinzpräsidenten, wie man ihn nunmehr nannte, zu beglückwünschen, der mit dem neuen Jahre den alten Palast der französischen Herrscher, die Tuilerien, bezog, und am 14. Januar 1852 in Kraft der Abstimmung vom 20. und 21. December und der ihm damit übertragenen Vollmacht die neue Verfassung promulgirte.

Diese Verfassung concentrirte eine ungeheure Gewalt in den Händen des Oberhauptes, dem sie vorab alle Macht und alle Gerechtsame zusprach, welche in monarchisch-regierten Ländern dem Könige zukommen. Sie erklärte den Präsidenten für das verantwortliche Oberhaupt des Staates — „verantwortlich vor dem französischen Volke" — und sprach ihm das Recht zu, dem Volke seinen Nachfolger zu empfehlen.

Die Initiative zu Gesetzvorschlägen blieb ihm ausschließlich überlassen. Die gesetzgebende Gewalt stand dem Präsidenten, dem von ihm ernannten Senate, dem vom allgemeinen Stimmrecht gewählten gesetzgebenden Körper zu. Aber die Sitzungen dieser letzten beiden Körperschaften waren geheim; der gesetzgebende Körper bewilligte die Steuern und stimmte den an ihn gebrachten Gesetzvorschlägen zu, oder verwarf sie, er konnte sie aber nur amendiren, wenn der Staatsrath diese Aenderungen genehmigt hatte. Der Senat prüfte nur die Verfassungsmäßigkeit der neuen Gesetze. Für die tiefe Jämmerlichkeit dieser Rolle wurden Diejenigen, denen ihr Ehrgefühl gestattete, Senatoren oder Mitglieder des Corps législatif zu werden, mit sehr reichlich bemessenen Besoldungen entschädigt, 30,000 Frcs. der Senator, 15,000 der Deputirte: damit also hatte jene Revolution geendigt, welche durch die sittliche Entrüstung über die Corruption des Systems von Louis Philipp und Guizot hervorgerufen worden war.

Der Prinz-Präsident setzte sein Ministerium aus seinen ergebensten Anhängern zusammen, von denen Persigny an Morny's Stelle das Innere erhielt. Die Wahlen zum gesetzgebenden Körper fanden am 29. Februar statt. Nach der neuen Verfassung bezeichnete und empfahl die Regierung ungescheut und offen den Wählern die ihr genehmen Candidaten für jeden der 261 Wahlbezirke: und da diese Empfehlung von dem ganzen Apparat der in Frankreich so mächtigen, dabei aber bis zum letzten Feldhüter von der Regierung ernannten Administrativgewalt unterstützt wurde, so fielen die Wahlen, wie natürlich, durchaus im Sinne der neuen Herrschaft aus. Ein Decret vom 22. Januar confiscirte die Güter der Familie Orleans soweit sie Krongut waren und befahl für die übrigen den Zwangsverkauf innerhalb Jahresfrist; ein anderes bestimmte, daß die Officiere der Nationalgarde künftig ausschließlich von der Regierung ernannt werden sollten, welche auch die Maires sämmtlicher Gemeinden ernannte; eine dritte Verordnung gab der Regierung die Presse in die Hand, indem sie verfügte, daß keine Zeitung ohne ihre Erlaubniß erscheinen dürfe, und diese Erlaubniß jederzeit, nachdem zwei Verwarnungen vorausgegangen, zurückgezogen werden könne.

Am 29. März wurde Senat und gesetzgebender Körper zum ersten Male eröffnet und gleichzeitig trat die neue Verfassung in Kraft und hatte die Dictatur ein Ende. Der Prinz hielt in seiner Eröffnungsrede, in welcher er übrigens ganz als Monarch sprach, den Namen der Republik noch fest. „Erhalten wir die Republik, sie bedroht Niemanden und kann Jedermann beruhigen"; — indeß deutete er doch auf die Möglichkeit hin, „von Frankreich im Namen seiner eigenen Ruhe

einen neuen Titel zu fordern, durch welchen die Macht, die es mir übertragen hat, mir ein- für allemal übertragen würde."

Die „großen Staatskörper" saßen drei Monate. Der Senat, dem dieß in der Verfassung vorbehalten war, bestimmte dem Präsidenten ein Gehalt von 12 Millionen Francs, was dessen Gläubigern tröstlich zu hören war. Der gesetzgebende Körper setzte nach einem Schema, das keine wirksame Controle möglich machte, das Budget fest, in welchem unter Anderem 80 Millionen, um die Arbeiter zu beschäftigen, figurirten. Alsdann machte der Präsident eine Rundreise durch das Land, wo er mit Begeisterung empfangen wurde, — wenn man sich dieses Wortes für eine Stimmung bedienen darf, welche aus Furcht vor noch Schlimmerem einer Staatsänderung Beifall gab, bei welcher so viele Eide gebrochen worden und die doch nur mit Hülfe verwerflicher Mittel ins Werk gesetzt worden war. Von allen Seiten ermuthigte man ihn, den letzten Schritt zu thun, den er zum Schein noch vorbehalten hatte — das Kaiserthum herzustellen: daß damit die Sache schließen werde, schließen mußte, war von Anfang an nicht zweifelhaft gewesen.

Der Senat wurde demnach auf den 4. November nach Paris berufen und demselben der Antrag auf „Wiederherstellung" des Kaiserreichs vorgelegt. In den Motiven war gesagt, daß das Volk in dieser Wiederherstellung eine Bürgschaft für seine Interessen und eine Befriedigung seines rechtmäßigen Stolzes finde; sie schließe das Zeitalter der Revolutionen und richte wieder auf was das vereinigte Europa vor 37 Jahren umgestürzt habe: bei dem Senat, der über diese Verfassungsänderung zu befinden hatte, bedurfte es der umständlichen Motivirung einer Maßregel nicht, für welche jedes Mitglied dieser Körperschaft, wie man sehr im Geheimen spottete, seine 30,000 Gründe hatte. Schon am 7. war das „Senatusconsult" fertig, das dann dem Volke vorgelegt und durch ein neues „Plebiscit", 7,800,000 Ja gegen 253,000 Nein, am 21. November angenommen ward. Der neue Kaiser eignete sich trotz der Volksabstimmung die dynastisch-legitimistische Fiction an, indem er sich Napoleon III. nannte — so, als „Napoleon III., durch die Gnade Gottes und den Willen der Nation Kaiser der Franzosen" wurde er am 2. December 1852 ausgerufen.

Die Revolution war also auch hier an ihrem Hauptkrater und Eruptionskegel geschlossen. Sie hatte hier mit einem Ergebniß geendigt, welches kein menschlicher Scharfsinn vorausgesehen hätte, als die ersten Nachrichten von den Ereignissen des Februar 1848 durch Europa flogen, und sie war an einem Punkte angelangt, der ihrem Ausgangspunkte gerade entgegengesetzt war. Sie war ausgegangen von einer Bewegung des Unwillens gegen ein constitutionelles Scheinregiment

und sollte den Kreis der Wahlberechtigten erweitern; indem man die Flamme zu nahe an das stets gefüllte Pulverfaß hielt, war Thron und Pairie, Deputirtenkammer und Ministerium und Alles in die Luft geflogen. Eine sehr kurze Zeit berauschte sich Frankreich und ein Theil des übrigen Europa an dem historischen Namen einer französischen Republik; aber die „Freiheit", welche eine gedankenlose Tagesmeinung an diese Staatsform von sehr zweifelhaftem Werth und an diesen Namen gebunden glaubte, faßte keine Wurzel, weil der Boden für dieselbe nicht tief genug und nicht ausreichend vorbereitet war: keine Partei hätte Opferfähigkeit genug besessen, sich dem zu unterwerfen, was die Mehrheit der Nation oder ihrer Repräsentanten hätte beschließen mögen. Der einen Partei stand die Republik, der andern das Königthum von Gottes Gnaden über dem allgemeinen Stimmrecht. Was aber schlimmer war: die Nation, berufen, nach dem freiesten Modus der Wahl ihre künftige Regierung und Staatsverfassung selbst zu bestimmen, wußte selbst nicht was sie wollte und strafte die Meinung Lügen, als sei es das Richtige, eine Staatsform auf dem Wege allgemeiner Abstimmung zu gründen. So war das Unglaubliche geschehen: ein Abenteurer, der sich zweimal vor der gesammten Nation lächerlich gemacht, saß jetzt auf einem neuen Throne, den ihm das Ruhebedürfniß eines arbeitsamen Volkes und der ruhmreiche Name seines Oheims aufgerichtet hatte, und den er, in einer kritischen Stunde sein Leben einsetzend, mit wenigen kecken Schritten bestieg. Von Freiheit war in dieser neuen Ordnung der Dinge nicht die Rede; es war eine persönliche Tyrannei, die sich auf die Massen und ihre durchaus nicht politischen Interessen stützte. Nur wie zum Hohne war das allgemeine Stimmrecht geblieben, mit ingrimmiger Wuth sahen sich die Republikaner besiegt und geprellt: und wie der Radicalismus gemeinhin kindisch genug ist, was er haßt, auch zugleich verachten zu wollen, so bemühten sich jetzt die Führer der Partei, welche „die Revolution" als ein Prinzip, als etwas an und für sich Berechtigtes und Lobenswerthes hinstellten, die Victor Hugo, Louis Blanc und Andere den Usurpator als Napoleon den Kleinen lächerlich zu finden, wie sie ihn auf der andern Seite der Welt als blutigen Despoten, als Meineidigen und Verräther mit der ganzen Rhetorik ohnmächtigen Hasses darstellten. Nicht sie hatten ein Recht ihn so zu finden, selbst wenn er so unbedeutend und so grausam gewesen wäre, wie sie ihn machten; wer die Revolution so leicht nimmt, der darf sich nicht wundern, wenn Andere den Staatsstreich nicht schwer nehmen: und wer sich kein Gewissen daraus macht, einem Monarchen den Eid zu brechen, der wird sich gefallen lassen müssen, daß sich auch Solche finden, welche sich nicht gebunden glauben, der Republik Wort zu halten.

2. Italien.

a. Von der Erhebung Mailands bis zur Schlacht bei Custozza und dem Waffenstillstand.

Einen ganz andern Charakter tragen die gleichzeitigen Ereignisse in Italien. Hier entbrannte der Kampf nicht durch Mißverständnisse und Zufälle und nicht einige wenige Hitzköpfe und Ehrgeizige waren es, welche ein großes Volk über Nacht in eine Revolution hineinstießen, die es nicht gewollt: hier war vielmehr eine schmählich mißhandelte, unter Fremdherrschaft und einheimischer Mißregierung seufzende Nation, welche mit vollem Recht den günstigen Augenblick ergriff, um sich ihre nationale Existenz zu erobern, und um sich freizuringen aus einem unwürdigen thatsächlichen Zustande, den keine Verjährung, keine Papiere und Pergamente zu einem rechtsgültigen machen konnten.

Die Ereignisse, haben wir gesehen, waren hier schon im Fluß, als die Februarkatastrophe in Paris eintrat und bald von jenseits der Berge die Nachrichten sich überstürzten, deren letzte gewaltigste die war, daß auch am Sitze der Unterdrückung, in Wien, die Revolution ausgebrochen, und daß vor ihrer unwiderstehlichen Macht der Mann, dem jeder Mund in Italien fluchte, Fürst Metternich, entflohen sei. Am 13. März hatte die Revolution in Wien begonnen: am Morgen des 18. las man an den Straßenecken von Mailand das Telegramm, welches von den Zugeständnissen, die der Kaiser gemacht hatte, Nachricht gab. Der Augenblick, der lang ersehnte, „die gottgegebene Stunde", war gekommen: und schon um 10 Uhr waren geschriebene Zettel mit allerlei aufregenden Forderungen — provisorische Regierung, Errichtung einer Bürgergarde, Neutralität der östreichischen Truppen — in Umlauf; zwei Stunden später war schon der Aufstand in vollem Gange. Die Menge bemächtigte sich des Gubernialgebäudes, und der Graf O'Donnel, welcher an der Stelle des Vicekönigs Erzherzog Rainer, der den Tag zuvor abgereist war, die Regierung führte, gab der Municipalität von Mailand Vollmacht, eine Bürgergarde zu errichten. Allein an der Spitze der Truppen stand ein entschlossener alter Degen, der 82jährige Feldmarschall Graf Joseph Radetzky, der am 2. November 1766 in Böhmen geboren, schon im Türkenkriege 1788 unter Laudon gefochten hatte, im Jahre 1813 Chef des östreichischen Generalstabes gewesen und seit 1831 Gouverneur der Lombardei war. Ihn überraschten die Ereignisse nicht, die er hatte kommen sehen; in zehn Minuten stand die Garnison unter Waffen; das Gubernialgebäude wurde den Aufständischen wieder abgenommen, der Dom besetzt, die Zugeständnisse O'Donnel's für nichtig erklärt, der Belagerungszustand über die Stadt verhängt. Der Kampf aber war bereits ernstlich ent-

brannt und dauerte Sonntag den 19. ununterbrochen fort. Die Aufständischen wurden allenthalben in den Häusern und von den Häusern herab unterstützt: im Ganzen war es ein ehrlicher Kampf, der nichts von raffinirten Gräueln und nichts von theatralischen Bravourstücken zeigte. Radetzky zog, um die Verpflegung zu erleichtern, seine Truppen aus dem Innern der Stadt heraus und besetzte den Wall; er hoffte die Stadt durch eine Art von Blockade zum Gehorsam zurückzuzwingen. Unterdessen aber trug der Schall der Sturmglocken die Nachricht von dem entbrannten Kampfe weithin durch das offene Land; vom Mailänder Dome herab sah man die dreifarbige italienische Fahne, ein weithin sichtbares Signal, wehen. Radetzky erkannte richtig, daß inmitten einer aufständischen Bevölkerung eines ganzen Landes er mit seinen 10,000 Mann nicht die zum Aeußersten entschlossene Stadt von 160,000 Einwohnern halten könne, — daß er Mailand aufgeben mußte, wenn er seinem Kaiser die Lombardei retten wollte. Bereits umschwärmten bewaffnete Banden in immer wachsender Zahl die Stadt. Es war möglich, daß diesen schon in wenigen Tagen ein ernsterer Gegner, das piemontesische Heer, folgte; die Waffenehre war in fünftägigem Kampfe, in welchem die Soldaten in Entbehrungen das Aeußerste geleistet, gerettet worden: so gab am 22. der Feldmarschall seine Befehle und trat mit 15,000 Mann und 50 Geschützen, einigen hundert Verwundeten und Familien von Beamten und Officieren den Rückzug an, indem er zugleich etliche 70 namhafte Gefangene als Geißeln mitführte. Am 2. April langte er auf dem Wege, den er 1799 unter Suwarow und Melas siegreich zurückgelegt, ungefährdet und unverfolgt in Verona an. Dort blieb er stehen und richtete sich ein, indem er von überall die ausgesetzten Posten und Garnisonen an sich zog und Mantua durch General Wohlgemuth besetzen ließ: hinter ihm her erscholl brausender Jubel über die „Flucht der Oestreicher" durch das ganze Land und erfüllte überall die Gemüther auf der Halbinsel mit dem Vorgefühl großer und entscheidender Geschicke.

Denn auch die zweite Hauptstadt des östreichischen Italiens, Venedig, war bereits frei. Hier hatte der Aufstand keinem Radetzky sich gegenüber befunden. Der dortige Commandant Graf Zichy, von dem ein böses Wort circulirte — daß gegen die Italiener ein Stock genüge — hatte 6000 Mann zur Verfügung: aber die Hälfte derselben bestand aus Italienern, und als auf die Nachrichten von Wien die Bevölkerung unruhig wurde, gestattete der Gouverneur Graf Palffy, um Unruhen und Blutvergießen zu vermeiden, die Errichtung einer Bürgerwehr. Aber er ließ sich nun, da man, seine Schwäche gewahr werdend, ihm härter zusetzte, weiter drängen. Am 22. März schloß er eine Uebereinkunft, nach welcher die ganze Civil- und Militärregierung in die

Hände einer provisorischen Regierung übergehen, die sämmtlichen nicht-italienischen Truppen abziehen, alles Material zurückgelassen werden sollte. Am 23. ward die provisorische Regierung eingesetzt, an deren Spitze als Präsident Daniel Manin trat: sie sah sich, Dank der Erbärmlichkeit der östreichischen Machthaber, im Besitze der Stadt und der Forts, nebst 30,000 Musketen und öffentlichen Geldern im Betrage von mehreren Millionen.

Die Unabhängigkeitsbewegung griff um sich wie eine Flamme in trockenem Stroh, vom Sturme getrieben; in wenigen Augenblicken hatte sie alle Landschaften Italiens erfaßt. Der Herzog von Modena war seit dem 20. flüchtig; der von Parma zog die Unterwerfung vor und küßte gehorsam die dreifarbige Fahne, indem er sein Bedauern aussprach, daß er seither genöthigt gewesen sei, Oestreich zu dienen; in Florenz glaubte der Großherzog gleichfalls dem allgemeinen Verlangen sich nicht widersetzen zu können. „Die Stunde von Italiens Auferstehung ist unversehens angebrochen", sagte er in einer Proclamation an das Volk; in einer andern an das Heer, vom 5. April, erklärte er sich ebenso unumwunden für die „heilige Sache der italienischen Unabhängigkeit", für welche sich alsbald allenthalben tausende tumultuarischer Kämpfer waffneten. Zu Rom hatte die Nachricht, daß in Wien die Republik ausgerufen sei (21. März), die Bevölkerung zu denselben Demonstrationen wie überall begeistert. Die Aufregung, durch widersprechende Nachrichten über die Wechselfälle des Kampfes in Mailand gesteigert, nahm zu: und man gab dort den wilden Kräften, die sich immer ungestümer regten, einen Ausweg, indem man die schlecht-organisirten Truppen und die rasch sich bildenden Schwärme modernster Crociati oder Kreuzfahrer unter dem Befehl des Generals Durando nach der nördlichen Gränze des Kirchenstaates entsandte. Am 30. März erließ der Papst eine Proclamation an die Völker Italiens, die freilich mit vielen Worten wenig sagte, aber von dem enthusiasmirten Volke wie ein Orakelspruch so gedeutet wurde, wie es der augenblicklich vorwaltenden Stimmung zusagte. „Die Ereignisse," sagte der Papst, „welche in den zwei letzten Monaten mit so reißender Schnelligkeit sich folgten, sind kein Menschenwerk; wehe dem, der in diesem Winde, welcher Cedern und Eichen splittert, nicht die Stimme des Herrn vernimmt —!" Das aufgeregte Volk wendete sich auch bei dieser Gelegenheit zu seinem großen Mißfallen gegen die Jesuiten: besser gefiel ihm, daß in Mailand und Venedig sofort von den provisorischen Regierungen die ungehemmte Correspondenz der Bischöfe mit dem päpstlichen Stuhle zugestanden wurde. Die Zeiten waren schwer; man mußte mitnehmen, was sich darbot, ohne allzu wählerisch zu fragen, von welchem Winde es herzugetragen wurde.

Auch Neapel wurde von derselben Unabhängigkeitsbewegung mit fortgerissen. Der östreichische Gesandte, Fürst Felix Schwarzenberg, den wir bereits kennen, verließ das Land. Am 3. April setzte König Ferdinand ein aus lauter liberal- und nationalgesinnten Männern bestehendes Ministerium ein, an dessen Spitze der greise Carlo Troya stand, der sich als Patriot und Geschichtsforscher einen Namen gemacht hatte und der auch die in jenen Tagen für einen italienischen Ministerposten fast unentbehrliche Legitimation langjähriger Verbannung unter der reactionären Regierung vorweisen konnte. Sein Programm verhieß die dreifarbige Fahne und neben allerlei liberalen Verbesserungen der kaum erst gegebenen Verfassung energische Betheiligung am nationalen Kriege: auch von Neapel eilten Freiwillige in großer Zahl dem nördlichen Kampfplatze zu, während das Gesindel wohlweislich in dem sichern Neapel zurückblieb und dort ungestraft revolutionären Unfug trieb. Mit der Marschfertigkeit des Heeres wollte es nicht recht vorwärts, doch zählte die nationale Partei hauptsächlich auf die neapolitanische Flotte, welche der geringfügigen östreichischen Seemacht gegenüber ein erhebliches Gewicht in die Wagschale legen konnte. Der König selbst entschloß sich sehr ungern zu der neuen Politik, deren Früchte, wenn sie solche trug, doch — wie er sich nicht verhehlte — nicht ihm, sondern einem Andern zufallen mußten.

Denn darüber war kein Zweifel möglich, daß die Leitung des Unabhängigkeitskampfes nur Piemont und sein König Karl Albert, der ehemalige Carbonaro des Jahres 1821, übernehmen konnte. Selbst wenn ihn nicht der tief eingewurzelte Haß gegen Oestreich und ein in der Geschichte seines Hauses wie in seiner ganzen Stellung begründeter und natürlicher Ehrgeiz getrieben hätte: für ihn war es, wie am 23. März einer seiner Minister es gegen den englischen Botschafter aussprach, eine einfache Pflicht der Selbsterhaltung, in diesen Kampf einzutreten, für welchen man schon vor den Ereignissen in Paris, von beiden Seiten, von östreichischer wie von sardinischer, in Wien und in Turin als für etwas Unvermeidliches vorbereitet war. Am 6. März hatte der König sich mit einem neuen Ministerium umgeben, an dessen Spitze der treffliche Graf Cesare Balbo stand. Die Armee ward auf den Kriegsfuß gestellt, am 24. den Lombarden die erbetene Hülfe, „welche Brüder von Brüdern erwarten können", im Vertrauen auf Gott, „der Italien einen Pius IX. gegeben", angekündigt; zwei Tage später schon rückten piemontesische Truppen in Mailand ein. Mit allen Streitkräften, die in so kurzer Zeit marschfertig gemacht werden konnten — es mochten etwa 24,000 Mann sein — folgte der König. Daß es einen sehr ernsten Krieg gelte, verhehlte Karl Albert sich nicht, dessen Fehler es nicht war, die Dinge zu leicht zu nehmen. Die Nachrichten von völliger Auflösung des öst-

reichischen Heeres, mit welchen die überspannten, vom Taumel ergriffenen Lombarden ihm schmeichelten, erwiesen sich sehr bald als irrig. Radetzky hatte hinter dem Mincio eine in der Kriegsgeschichte berühmte Stellung genommen, welche durch die Festungen Peschiera, Mantua, Verona und Legnago charakterisirt wird und die einen Landstrich von etwa 18 □Meilen zwischen Gardasee, Etsch und Mincio umfaßt. Hier am Mincio, noch an dessen rechtem Ufer, bei dem Städtchen Goito, kam es am 8. April zum ersten bedeutenderen Gefecht, bei welchem beide Theile rühmliche Tapferkeit bewiesen, die Oestreicher aber vor der überlegenen feindlichen Artillerie mit Hinterlassung einiger Gefangenen zurückweichen mußten; es läßt sich denken, daß dieser kleine Erfolg in ganz Italien mit den ungeheuersten Uebertreibungen als ein großer Sieg verkündigt wurde. Zu einem ernsteren Kampfe kam es am 6. Mai bei Santa Lucia, einem Dörfchen südwestlich von Verona, wo die Oestreicher, etwa 30,000 Mann, gegen die Piemontesen, welche mittlerweile auf 40,000 angewachsen waren, in günstiger Stellung eine Vertheidigungsschlacht schlugen, die Nachmittags 4 Uhr, nach rühmlichem Kampfe, mit dem Rückzug der Piemontesen endigte. Am Abend hatten beide Heere die Stellungen wieder bezogen, die sie am Morgen innegehabt; aber dem östreichischen Heere war sein volles Selbstvertrauen zurückgewonnen, während auf der andern Seite die zahlreichen dilettantischen Mitkämpfer im sardinischen Heere und die noch viel zahlreicheren, vorlauteren und gefährlicheren Mitsprecher in den Clubs, — der mailänder Volkswitz nannte sie die Helden des sechsten Tages — durch diesen ersten Mißerfolg bereits Gelegenheit erhielten, Karl Albert's Ansehen zu untergraben.

Schon jetzt begann den Italienern das nothwendigste aller Kriegsmittel, die Einigkeit, zu fehlen. Bereits bestand neben der piemontesisch-monarchischen Partei eine republikanische, welche Karl Albert ebenso sehr haßte, als sie von ihm gehaßt wurde, und welche hier mehr noch als in Deutschland die größte Virtuosität darin zeigte, stets zur unrechten Zeit an der unrechten Stelle zu sein. Der militärische Werth der Freiwilligen, welche aus allen Ecken Italiens herbeiströmten, war, für den Augenblick wenigstens, ein sehr geringer, um so größer waren ihre Ansprüche, ihre Zuchtlosigkeit, ihre Uniform- und Soldatenspielerei; schlimmer aber war, daß in einem Augenblicke, wo dieses Land nur Einen Gedanken haben durfte, den Unabhängigkeitskrieg, der politische Hader zwischen Constitutionellen und Mazzinisten in dem befreiten Lande den größten Theil der Kraft und Aufmerksamkeit in Anspruch nahm; die Menschen agitirten, wühlten, raisonnirten, wo sie entweder selbst hätten exerciren oder zum Mindesten Andere nicht im Exerciren hätten stören sollen. Die Bewohner von Parma und Altmodena

allerdings erklärten mit ungeheurer Mehrheit am 13. Mai ihre Einverleibung in Piemont; dagegen wollten die südlich vom Apennin gelegenen Theile des letztgenannten Herzogthums mit Toscana vereinigt sein, und Venedig blieb, was der italienischen Sache den größten Nachtheil brachte, eine Republik für sich; mit den übergetretenen italienischen Truppen des östreichischen Heeres wußte man, da es sehr an Officieren fehlte, nichts zu machen und das Beispiel derselben fand wenig Nachahmung: wo aber Karl Albert den Versuch machte, mit den Mailändern und anderen Städtern ebenso zu verfahren, wie einst in alten Tagen in ähnlicher Stellung König Pyrrhus mit den Tarentinern verfahren war, da stieß er sofort auf Widerwillen und Widerstand.

Der Gedanke an eine auswärtige Allianz, welche der Natur der Sache nach sich nur auf England und Frankreich hätte richten können, war nicht ernstlich ins Auge gefaßt worden. Der Sturm war so plötzlich und so überwältigend gekommen, die Revolution in Wien und deren weitere Folgen erschienen so günstig, daß man anfangs gar nicht daran zweifelte, daß Italien allein und mit eigenen Mitteln fertig werden würde, und daß man dieses geflügelte Wort: „Italien wird es allein fertig bringen", Italia farà da se, mit einem gewissen Nachdruck gerade demjenigen Verbündeten zu hören gab, von welchem allein eine thätige Unterstützung zu erhoffen war, der französischen Republik: von England war ein thätiges Eingreifen nicht zu erwarten. Man fürchtete, daß die Franzosen sich ihre Einmischung mehr oder weniger theuer würden bezahlen lassen, und sagte sich, soweit man überhaupt voraus dachte, daß es zu einer Einmischung Frankreichs noch immer Zeit sein würde, — daß dieß die letzte Karte sei, die erst dann sich von selber ausspielen werde, wenn wider Hoffen die Dinge eine schlimme Wendung nehmen würden. Ihrerseits hatte die französische Republik keinen Grund, vorschnell einzugreifen, wo man ihre Hülfe noch gar nicht begehrte. Lamartine lehnte es ab, das Einrücken Karl Albert's in die Lombardei, wie dieser wünschte, förmlich zu billigen; er sowenig wie Bastide, der seit dem 11. Mai das französische Ministerium des Auswärtigen verwaltete, wollte einen mächtigen italienischen Staat an den Thoren Frankreichs; man begnügte sich also, ein starkes Beobachtungscorps aufzustellen, welchem man den prächtigen Namen der Alpenarmee gab. In Deutschland, das späterhin der beste und wirksamste Verbündete Italiens geworden ist, lagen die Dinge noch so wirr durcheinander, daß von einer Erkenntniß der gemeinsamen Interessen beider Länder noch keine Rede sein konnte. Die demokratische Partei sympathisirte dort allerdings mit den Italienern, aber nur aus Gründen des unvergohrensten revolutionären Doctrinarismus, und sie war eine Minderheit; im Ganzen betrachtete man die Stellung Oestreichs

in Italien als eine Art deutscher Ehrensache und freute sich der Siege Radetzky's als deutscher oder halbdeutscher: ein großer Sturm erhob sich in der Frankfurter Versammlung, als ein unverzagter Radicaler des Katheders, Arnold Ruge, den Oestreichern in Italien Niederlagen wünschte. Die Schweiz wurde durch eine piemontesische Depesche vom 6. April um ein Schutz- und Trutzbündniß angegangen; aber die Tagsatzung, welcher die Bundesregierung die Sache vorlegte, lehnte ab; die Schweiz konnte und wollte ihre Neutralität nicht aufgeben und hatte allerdings auch allen Grund, in so gefährlichen Zeitläuften behutsam zu verfahren. Einigermaßen komisch war es freilich, wenn man hier das sehr wohlmotivirte Nichtsthun noch weiter damit motivirte, daß man nach dem Sonderbundskriege seine Kräfte erst wieder sammeln müsse, eben wie wenn Jemand sein Nichterscheinen in einer Gesellschaft damit entschuldigen wollte, daß er vor sechs Monaten Nasenbluten gehabt habe. Eine Zeitlang aber bot sich eine andere Möglichkeit, nämlich die eines gütlichen Abkommens mit Oestreich selber. Es dämmerte in jenen Tagen in einem Theile der östreichischen Staatslenker die Erkenntniß, daß es für den Kaiserstaat vielleicht nicht so übel sein möchte, des italienischen Besitzes los zu werden, wie einst des belgischen, daß dem Kaiser noch immer schöne Länder und schwere Aufgaben genug übrig blieben. Es entspannen sich unter dem Ministerium Ficquelmont im April durch den Grafen Hartwig Unterhandlungen in dieser Richtung, bei welchen England eifrig die Vermittelung übernahm. Eine nicht geringe Thätigkeit mit Memoranden, vertraulichen Sendungen, guten Rathschlägen wurde entwickelt: am 13. Juni ging der Minister Wessenberg sogar so weit, daß er von Innsbruck aus ein Schreiben an den damaligen Präsidenten der Lombardei, Grafen Casati, richtete, in welchem er eine Unterhandlung bot, deren Basis die völlige Lostrennung der Lombardei von Oestreich gegen Uebernahme eines verhältnißmäßigen Antheils an der östreichischen Staatsschuld sein sollte. Das Anerbieten wurde ziemlich schnöde abgelehnt, die Kriegspartei am Hofe zu Wien und die Führer des Heeres athmeten auf: überall im weiten Staate war Anarchie und Chaos, — hier aber im Lager Radetzky's war Ordnung, klarer Befehl und sicherer Gehorsam und ein deutlich vorgezeichnetes Ziel: an dieser wichtigen Stelle dem Staate einen gerechten, ehrenvollen Frieden zu erkämpfen und dadurch einen festen Punkt zu gewinnen, von dem aus auch dem übrigen Reiche wieder Kraft und Halt gegeben werden könnte.

Mit dem Italia farà da se sah es bereits nicht mehr zum Besten aus, und die erste Enttäuschung kam von Rom her, wo allmälig die Legende, die man sich über Pio Nono zurecht gemacht hatte, vor der unerbittlichen Nothwendigkeit und Wirklichkeit der Dinge zu schwinden

begann. Papst Pius, dessen Doppelstellung als Haupt der katholischen Christenheit und als italienischer Fürst eine höchst peinliche war, glaubte mit dem, was seither geschehen, schon bis an die äußerste Gränze gegangen zu sein. Die Bevölkerung von Rom aber, stets bunt gemischt und jetzt mehr als je mit fremden Elementen versetzt, bedrängte ihn durch ein tumultuarisches Treiben, bei welchem allerlei Launen wechselnd zu Tage traten: während ein Theil dieses Volkes, noch ganz mittelalterlich gestimmt, sich ärgerte, wenn der Papst, ein menschlich fühlender Mann, die Mauer um das Judenviertel niederreißen ließ, eignete sich ein anderer die modernsten socialistischen und communistischen Ideen aus der Pariser Fabrik an und karrikirte das berühmte Recht auf Arbeit, indem er sich vorläufig ein sehr ausgiebiges Recht auf Müßiggang nahm. Der Papst beherrschte die Situation längst nicht mehr. Sein General Durando erließ am 5. April eigenmächtig eine Proclamation an die Truppen, in welcher er diesen sagte, daß sie mit den Lombarden Gefahr und Sieg theilen — daß ihre Waffen, vom Papste gesegnet, mit denen Karl Albert's sich zur Ausrottung der Feinde Gottes und Italiens vereinigen würden. Dieß war sehr gegen den Sinn des Papstes, der seine Truppen in der Hand behalten wollte; aber es kam noch schlimmer. General Durando stand am Po, schon hart an der Gränze; seine Truppen verlangten mit Ungestüm hinübergeführt zu werden; auf einen Befehl Karl Albert's, — gegen seine Instruction, entschloß sich Durando am 21. April zu diesem Uebergang. Auch von seinen Ministern wurde der Papst nun bestürmt, an Oestreich den Krieg zu erklären. Ueber die geistliche Seite der Frage werde er von Gott und seinem eigenen Gewissen sich inspiriren lassen, aber die politische Nothwendigkeit verlange die Theilnahme am nationalen Kriege. Allein der Papst ließ sich — und Niemand dürfte ihm das zum Vorwurf machen — einfach vom Papstthum inspiriren: in einer Allocution vom 29. April, die keiner der Minister vorher kannte, sprach er ganz das Gegentheil von dem aus, was diese wollten. Er habe, sagte er, seine Truppen nur zur Vertheidigung des Kirchenstaates an die Gränze rücken lassen: „wenn aber jetzt", hieß es weiter, „Einige verlangen, daß auch Wir mit den anderen Fürsten und Völkern Italiens Krieg gegen die Oestreicher erheben, so achten wir es für geeignet, klar und offen zu erklären, daß dieses durchaus weit von Unseren Absichten entfernt ist." Er dachte daran, einen italienischen Bund unter päpstlichem Vorsitze zu Stande zu bringen, und erließ Einladungen an die italienischen Fürsten, Bevollmächtigte zu diesem Zwecke nach Rom zu schicken; auf der andern Seite verlangte Karl Albert vielmehr, daß die päpstliche Regierung Abgeordnete zu einem gemeinsamen Kriegsrath senden solle. Die Minister nahmen in Folge der päpstlichen Allo-

cution sofort ihre Entlassung; der Municipalrath von Rom machte sich zum Organ der allgemeinen Erregung, indem er in einer Adresse an den Papst aussprach, daß man von ihm, dem Boten des Friedens, nicht verlange, daß er das römische Volk zum Kriege aufrufe; nur möge er nicht verhindern, daß Diejenigen, denen er die zeitlichen Angelegenheiten vertrauen wolle, für den Krieg Sorge tragen; — das hieß mit anderen Worten: er solle die weltliche Gewalt einstweilen wenigstens niederlegen. Ungefähr so dachte auch das neue Ministerium Mamiani, das er am 4. Mai bildete: allein dieß war keineswegs die Meinung des Papstes. Er entzog sich allerdings innerhalb der Gränzen seiner päpstlichen Stellung der Sache Italiens nicht; zwei Tage vorher hatte er an den Kaiser von Oestreich geschrieben, er möchte dem Kriege ein Ende machen, da er doch die Gemüther der Lombarden und Venetianer nicht erobern könne, die edle deutsche Nation möge die italienische hochherzig als Schwester anerkennen; aber fast gleichzeitig fragte er bei dem König von Neapel an, ob er dort einer ehrenvollen Aufnahme sicher sei, wenn die Ereignisse ihn nöthigen sollten, Rom zu verlassen, und kein klar Sehender konnte sich verhehlen, daß mit der Allocution vom 29. eine Reaction begann, die sich alsbald durch die Vorgänge in Neapel verstärkte.

Dort war am 15. April das Parlament gewählt worden, welches am 15. Mai zusammentreten sollte. Die Wahlen waren vorwiegend auf gemäßigte Männer gefallen. Eben an diesem Tage aber, während zwischen dem König und den Mitgliedern noch Differenzen wegen der Eidesformel schwebten, wobei es sich darum handelte, ob diese Kammer konstituirende Befugnisse haben sollte oder nicht, brach dort ein Aufruhr los, der, ohne Sinn und Verstand wie ein Spiel von Knaben unternommen, von den Garde- und Schweizertruppen blutig niedergeschlagen wurde, die nun endlich, nachdem sie mehrmals am Tage Befehl und Gegenbefehl erhalten, ohne Gnade und Erbarmen sich ihrem durch Verhöhnungen aller Art gereizten Rachegelüste überließen. Der König fühlte sich plötzlich als Sieger; lange genug, mit verhaltenem Grimme, hatte er sich gefallen lassen, was er nicht ändern konnte; er sagte es jetzt seinen Ministern, indem er sie entließ, daß die Zeit des Erbarmens vorüber sei, und den Abgeordneten, welche nicht zur Constituirung ihres Parlaments hatten gelangen können, gab er den Befehl auseinanderzugehen: es erfüllte ihn mit großem Selbstgefühl, daß er der erste Fürst war, der die Revolution besiegt und der gezeigt hatte, wie leicht dieß war, wenn man nur den rechten Ernst brauche. Zunächst berief er ein neues Ministerium aus gemäßigt-liberalen Männern, da mit dem constitutionellen System nicht gebrochen werden solle: aber schon am 16. Mai ging an den Befehlshaber des neapolitanischen

Hülfsheeres, welches 14,000 Mann stark inzwischen in Bologna angekommen war, und bereits nach Karl Albert's Weisungen in die kriegerischen Operationen mit eingriff, General Wilhelm Pepe, den Mann von 1820, der Befehl, die sämmtlichen Truppen nach Neapel zurückzuführen, da man ihrer dort zur Niederhaltung der republikanischen Wühler und „zur Vertheidigung des constitutionellen Systems" bedürfe. Der entsprechende Befehl erging am 24. an die Flotte, welche mittlerweile der Blockade von Venedig ein Ende gemacht hatte. Der bei Weitem größte Theil der Truppen gehorchte, etwa 1500, unter ihnen Pepe selbst, blieb zurück. Einzelne Officiere retteten sich durch Selbstmord aus dem schweren Conflicte der Pflichten, welche der Befehl des Königs ihnen brachte.

Im übrigen Italien rächte man sich, indem man auf Namen und Wappen Ferdinand's jegliche Schmach warf und jeden Fluch herabrief; an der Thatsache selbst konnte dieß nichts ändern. Diese Thatsache war, daß der Papst und der König von Neapel, wenn sie auch die Worte vorläufig noch so vorsichtig stellten, doch an dem Unabhängigkeitskampfe keinen Theil mehr nahmen. Damit aber war der Charakter dieses Kampfes selbst verwandelt. Siegte allen Hindernissen, allen sich aufthürmenden Gefahren zum Trotz Karl Albert und die italienische Idee dennoch: so war die weltliche Herrschaft des Papstes und der Thron des Königs von Neapel gerichtet und der Vernichtung anheimgefallen; — so hart stellten sich die Gegensätze wider einander, daß jede Mittelstellung unmöglich wurde. Der Papst und der König mußten den Oestreichern den Sieg wünschen, deren Heer die Revolution bekämpfte, deren Niederlage auch ihr eigener Untergang war. Und dieß allerdings: Niederlage der Oestreicher, Untergang der weltlichen Herrschaft des Papstes, Zertrümmerung des bourbonischen Thrones in Neapel war in den Sternen geschrieben: aber noch war die Stunde nicht nahe, und schwere Prüfungen standen dem unglücklichen Lande bevor.

Die östreichischen Streitkräfte unter Radetzky waren seither zu schwach gewesen, um angriffsweise vorzugehen, und erst im Laufe des Mai langten unter Graf Thurn und Nugent Verstärkungen aus dem Innern für ihr Heer an. Dasselbe stieg nunmehr gegen Ende des Monats auf 50,000, denen die Piemontesen etwa 60,000 wirkliche Soldaten entgegenzustellen hatten. Drei unschätzbare Wochen hatte Karl Albert fast ungenutzt verstreichen lassen. Die Verpflegung seines Heeres, für welche vertragsmäßig die Lombarden zu sorgen hatten, war indeß besser geworden; auch hatte man mittlerweile Belagerungsgeschütze von Alessandria den Po herab kommen lassen, mit welchen am 18. Mai die Beschießung von Peschiera am Südende des Gardasees begonnen werden konnte. Die Festung war dem Falle nahe; Radetzky, der bei der ver-

zweifelten Lage des Reiches in dieser Zeit sein Heer keiner Niederlage aussetzen durfte, mußte nun doch zum Angriff schreiten. Auf dem rechten Flügel der italienischen Stellung wurden am 29. die Toscaner bei Curtatone besiegt; aber der Hauptkampf am 30. bei Goito endete mit Abweisung des östreichischen Angriffs und am gleichen Tage Nachmittags 4 Uhr pflanzte Peschiera die weiße Fahne auf. Die Besatzung, gegen 2000 Mann mit 150 Kanonen, fiel den Italienern in die Hände, etwa 1000 kostete den Oestreichern das Gefecht bei Goito, das die Piemontesen eine Schlacht nennen; einen sehr erheblichen Erfolg hatten diese jedenfalls gewonnen.

Allein Karl Albert war ein mittelmäßiger Feldherr und vor Allem kein Mann raschen Entschlusses. Es war, als laste das Gefühl auf ihm, eine Aufgabe übernommen zu haben, der er nicht gewachsen sei; tapfer und furchtlos auf dem Schlachtfelde, wie kein Anderer, entbehrte er der in seiner Lage fast nothwendigeren Eigenschaft sich populär zu machen, durch freundliches Bezeigen seine Truppen zu ermuthigen, die Bevölkerungen zu gewinnen. Ganz anders Radetzky, der ihm in jeder Beziehung überlegen war und der an seinem Generalstabschef Baron Heß einen ebenbürtigen Gehülfen hatte. Die Nachrichten aus Wien lauteten ungünstig, die Hülfssendungen hatten eingestellt werden müssen; dieses Heer war das einzige unbedingt zuverlässige, über welches der Kaiserstaat noch verfügte und bildete in der That die letzte Hoffnung des Reichs; Radetzky, eine entscheidende Schlacht vermeidend, ging über die Etsch zurück, und warf sich am 10. Juni auf das getrennte Corps des päpstlichen Generals Durando bei Vicenza, das er nach hartem Kampfe in die letztere Stadt zurückdrängte. Durando, nach wohlvollbrachter Soldaten- und Feldherrnpflicht von Uebermacht umschlossen, von dem Könige aufgegeben, sandte um Mitternacht Vorschläge zu einer Capitulation, die am Morgen des 11. zum Abschluß kam. Man baute diesen Truppen goldene Brücken nach der Heimath: mit allen kriegerischen Ehren und mit ihren Waffen sollten sie sich, Militär und Freischaaren, über den Po zurückziehen, und sich verpflichten, drei Monate lang nicht gegen Oestreich zu dienen; den Bewohnern von Vicenza ward freigestellt, nach ihrer Wahl zu bleiben oder den abziehenden Truppen zu folgen. Radetzky befleckte den Sieg, den er militärisch aufs Beste ausbeutete, nicht mit Grausamkeit; er ging nun in seine frühere Stellung bei Verona zurück, nachdem er sich durch den Schlag von Vicenza seine Verbindungslinie freigemacht hatte, und zog von den Verstärkungen, welche Feldmarschallieutenant Welden heranführte, 12,000 Mann an sich, so daß er jetzt auch der Zahl nach dem piemontesischen Heere, das nicht viel mehr als 45,000 Streitbare zählte, mehr als gewachsen war.

Diesem blieben nach dem Abzug der Päpstlichen außer der eigenen Macht, die allein völlig zuverlässig war, nur die wenigen Truppen aus den kleinen Herzogthümern, die lombardischen Freischaaren und die Republik Venedig, von deren Thaten noch nichts verlautete. Und schlimmer war, daß überall während des Krieges aufs Eifrigste politisirt wurde, gleich als hätte man dazu die vollste Muße. Ein Mann gab hier ein besseres Beispiel, der zu einer großen Rolle in dem mühseligen Befreiungswerke bestimmt war und der hier zum ersten Male den Schauplatz der Ereignisse betrat, — Giuseppe Garibaldi, der, aus Nizza gebürtig, einst vor Karl Albert selbst in den Tagen der Verschwörungen und Geheimbünde flüchtig geworden, in Südamerika im Kampfe gegen Rosas, den Tyrannen von Buenos Ayres sich einen Namen gemacht hatte und der jetzt auf die Nachricht vom Ausbruche des Befreiungskampfes mit einer Anzahl von Genossen zurückkam. In Genua angelangt gab er den mazzinistischen Worthelden, die ihm, dem Republikaner, den sie als den ihrigen betrachteten, eine wichtige Rolle in ihrem demnächst zu beginnenden Kriege der Völker gegen ihre Tyrannen vorbehielten, gewichtige Wahrheiten zu hören; er selbst verfügte sich dorthin, wo man nicht die Tyrannen im Allgemeinen, sondern die wirklichen Oestreicher bekämpfte, ins Hauptquartier des Königs. Dieser empfing den Verurtheilten von 1833 höflich; doch fand Garibaldi, der nur in Mailand bei der Ausbildung von Freischaaren verwendet wurde, in diesem Stadium des Krieges keine Gelegenheit, sein großes Talent als Führer von Freischaaren zur Geltung zu bringen.

Hinter dem kämpfenden Heere beschäftigte man sich weit eifriger mit den künftigen politischen, als mit den augenblicklichen militärischen Organisationen. In Turin selbst machte sich der nun ins Leben getretene Constitutionalismus breit; am 8. Mai wurden die piemontesischen Kammern einberufen, wo man sich daran machte, in aller Oeffentlichkeit die Kriegführung zu kritisiren, statt kurzweg das zum Kriege nöthige Geld zu votiren und dann nach Hause zu gehen, um bis auf Weiteres das Wort den Soldaten und den Kanonen zu überlassen. Die Mailänder provisorische Regierung hatte anfangs vernünftiger Weise beschlossen, die Entscheidung über Verfassung und künftige Stellung des Landes bis zum Ende des Krieges zu vertagen, von dem man voraussetzte, daß er kurz sein werde. Jetzt brachte man doch die Frage über den Anschluß an Piemont sofort zur Entscheidung: am 29. Mai ward die Abstimmung vollendet, welche eine ungeheure Mehrheit der Bevölkerung, beinahe 600,000 gegen ebenso viele Hunderte, für die sofortige Vereinigung der Lombardei mit Piemont ergab. In Folge davon schloß nun die piemontesische Regierung und die der Lombardei eine Uebereinkunft (13. Juni), nach welcher demnächst eine constitui-

rende Versammlung aus allen Theilen des oberitalienischen Königreiches zusammentreten sollte; daneben verkehrte finanzielle Maßregeln, saumselige Rüstungen, Besetzung vieler wichtigen Stellen mit unfähigen oder schlechten Gesellen. Noch weniger geschah in der neuen Republik Venedig. Dort wußte zwar ihr Präsident Manin die tumultuirenden Haufen leidlich in Ordnung zu halten und namentlich Excesse gegen die daselbst ansässigen Deutschen zu verhindern, aber von kriegerischem Ernst sah man nichts. Eine starke Partei war auch hier für das sofortige Aussprechen der Vereinigung mit Piemont. Manin, der eine selbstständige Republik Venedig wollte, versprach, daß demnächst eine constituirende Versammlung über diese Frage entscheiden solle. Auf den 18. Juni ward sie nach Venedig ausgeschrieben; mittlerweile aber wurde ein Theil der Terra Firma von Venedig durch die Oestreicher unter Welden besetzt und man konnte weiter zögern. Am 3. Juli aber trat diese Versammlung doch wirklich zusammen und beschloß der fixen Idee Manin's zum Trotz, welcher dem in Italien wie in Deutschland mächtigen particularistischen Zuge folgte, mit 127 gegen 6 Stimmen die Verschmelzung mit Piemont. Eine Abordnung setzte Karl Albert von diesem Beschlusse in Kenntniß; er wies sie nach Turin, wo man nun mit Liebhaberei die verschiedenen constitutionellen Doctorsfragen erörterte: ob die Vereinigung vorerst nur eine rechtliche sei oder auch in der Praxis schon durchgeführt werden solle — ob man bis zum Zusammentritt der constituirenden Versammlung noch Gesetze zu geben habe oder nicht und ähnliche Thorheiten. Einstweilen war die Folge ein neues Ministerium, in welches auch Lombarden und Venetianer aufgenommen wurden; die Antwort auf jene Doctorsfragen aber ersparte Radetzky dem italienischen Scharfsinn.

Nachdem seit den letzten Zusammenstößen einige Wochen ohne ernstliche Gefechte verstrichen waren, wurde es gegen die Mitte Juli wieder in beiden Lagern lebendig. Karl Albert wurde durch die Furcht vor den Umtrieben der Mazzinisten, die ihn grimmig haßten, Radetzky durch die Besorgniß vor der englischen Friedensvermittelung, welche das östreichische Ministerium noch immer und wie es schien neuerdings mit größerem Eifer als je suchte, vorwärtsgetrieben. Die Entscheidung brachten die Tage vom 23. bis 25. Juli in einer Reihe von Angriffen auf die weit ausgedehnte Stellung Karl Albert's, die von Rivoli östlich vom Gardasee bis zum Po reichte. Der Kampf des letzten Tages, des 25., trägt den Namen von Custozza, einem Dorfe halbwegs zwischen Verona und dem Mincio: er dauerte neun Stunden bei glühender Sommerhitze von 29° und endigte mit der Niederlage der Piemontesen, die übrigens auch dießmal, der König und seine Söhne voran, die rühmlichste Tapferkeit bewiesen und keine einzige

Fahne verloren hatten. Auch bei den Rückzugsgefechten bestanden sie mit vollen Ehren, wenngleich in Folge der mangelhaften Führung, der übermäßigen Strapazen und des niederdrückenden Gefühls der Niederlage bei einem Theile des Heeres Demoralisation einriß. Von nochmaligem Standhalten konnte allerdings vorläufig nicht die Rede sein; am 3. August kam der König nach Mailand, hinter ihm her das geschlagene Heer, noch etwa 30,000 Mann, die Infanterie in traurigem Zustande, Reiterei und Artillerie dagegen in guter Haltung. Die Bevölkerung dieser Stadt hatte bis vor Kurzem, nach Art romanischer Bevölkerungen, welche einer unerwünschten Wirklichkeit nicht gern gerade ins Gesicht sehen, sich mit Illusionen getragen. Sie sah sich jetzt mit Einem Male aufs Traurigste enttäuscht: nicht lange, so hörte man den Schall östreichischer Kanonen und bald auch das Kleingewehrfeuer im nachdrängenden Verfolgungsgefechte näher und näher kommen, und sah das piemontesische Heer den Wall besetzen. Während in der Stadt die ziellose Aufregung da und dort anfing, Barricaden zu bauen oder in die Glocken stürmte, hielt der König im Hôtel St. Georg vor dem römischen Thore, wo er abgestiegen, Kriegsrath. Die Frage war, ob man hier in Mailand, wie die Bevölkerung zu wollen schien, einen Kampf der Verzweiflung aufnehmen oder ob man die Lombardei zunächst aufgeben und mit dem Sieger unterhandeln sollte. Das Erstere war gut, um demokratische Zeitungen mit Phrasen zu speisen, — „lieber sterben als noch einmal die Oestreicher sehen“ — das Letztere das einzig Vernünftige: und zu rechter Zeit regte sich jetzt unter den Officieren des sardinischen Heeres ein gesunder Territorialpatriotismus. Die Idee eines großen einigen Italiens — schön und gut; aber man durfte darüber doch nicht aufgeben, was man schon besaß und noch immer für künftige bessere Tage retten konnte — eine starke piemontesische Monarchie. Zwei piemontesische Generale begaben sich um Mitternacht nach St. Donato, das auf der Straße von Lodi nach Mailand liegt und wo Radetzky sich befand. Er war bereit, auf ihre Bedingungen die Uebergabe der Stadt anzunehmen. Die Nachricht von den eingeleiteten Unterhandlungen aber brachte nun jene heißblütigen Volksführer auf die Beine, welche keinen Namen und häufig auch nicht viel Ehre, sondern höchstens das Leben zu verlieren haben, — das sie meistens im letzten Augenblicke doch noch zu salviren wissen, indem sie es ihren Gemeinen überlassen, sich so gut sie können mit dem Sieger abzufinden. Die Bedingungen, welche der piemontesische Kriegsrath mit der Ehre verträglich, die Municipalität und die provisorische Regierung von Mailand erträglich fanden, erschienen einigen Mitgliedern des „Vertheidigungscomités“ als eitel Verrath; die Sturmglocken wurden aufs Neue gezogen und bald umdrängte unendliches Gesindel

den Palast Greppi, wo sich Karl Albert befand und machte Miene, sich seiner Person zu bemächtigen. Schüsse fielen bis in sein Zimmer, bis endlich die piemontesischen Truppen auf dem Wall die Kunde von diesen Nichtswürdigkeiten erreichte. Die Officiere erklärten alsbald, sie wollten ihren König mit Gewalt aus der unwürdigen Gefangenschaft befreien: der wackere Leiter des Rückzugs, der tapfere General Bava, nahm ein Bataillon Garde und eine Compagnie Bersaglieri, mit welchen es spät in der Nacht gelang, die Zusammenrottungen vor dem Palast zu zerstreuen und den König mit seinem Sohne in die Nähe des Walles zu retten.

Karl Albert ließ nun ohne weiteres Zögern die Convention zur Uebergabe der Stadt unterzeichnen. So that auch der Podesta von Mailand (5. August). Die Stadt sollte geschont werden; wer dieselbe verlassen wolle, solle bis zum folgenden Tage Abends 8 Uhr freien Abzug auf der Straße nach Magenta haben. Das piemontesische Heer tritt sofort seinen Abmarsch an und geht über den Tessin, in vorgeschriebenen Märschen; am 6. früh 8 Uhr besetzt das östreichische Heer das römische Thor, um Mittag die Stadt, in welche es einen feierlichen Einzug hält; — diese letztere Genugthuung glaubte der Marschall seinen Truppen schuldig zu sein.

So geschah es. Das abziehende piemontesische Heer, die Flüchtigen aus Mailand konnten, wer sich rückwärts wendete, noch die schwarzgelbe Fahne sehen, die alsbald auf den Thürmen des Domes aufgezogen wurde. Denn der Einzug der Oestreicher ward auf Bitten von Mailänder Notabeln beschleunigt, da der Pöbel in der durch die Furcht wie gelähmten Stadt bereits mit Plündern einen Anfang gemacht hatte.

Radetzky nahm die oberste Civil- und Militärgewalt an sich. Er übte sie wie ein Mann, der seine Pflicht in schweren Tagen mit hohen Ehren gethan hat, der einen wohlerworbenen Feldherrnnamen, die Ehre eines tapferen Heeres und eines großen Reiches, theure Kleinode, zu hüten hat; auch die Disciplin der Soldaten war dieses Führers werth. Aber sie mochten sein wie sie wollten, eine Saat der Versöhnung sproßte nicht mehr auf diesem Boden.

Einige Tage später, am 9. August, wurde ein Waffenstillstand zwischen beiden Kriegführenden auf sechs Wochen abgeschlossen. Die Demarcationslinie wird durch die Gränze beider Staaten gebildet; die Festungen in der Lombardei, das Gebiet von Parma und Modena, die Stadt Piacenza werden von den Piemontesen und den ihnen alliirten Truppen geräumt; auch Stadt und Gebiet von Venedig wird von den sardinischen Land- und Seestreitkräften verlassen. Personen und Eigenthum an diesen Orten sind unter den Schutz der kaiserlichen Regierung gestellt. Der Waffenstillstand gilt auf die Dauer von sechs

Wochen, während deren über den Frieden verhandelt wird; nach dieser Frist Verlängerung durch gegenseitige Uebereinkunft oder Kündigung mit acht Tagen Frist bis zum Wiederbeginn der Feindseligkeiten.

Eine Zeitlang setzte Garibaldi an der Spitze von ein paar tausend Freiwilligen, die ihm geblieben waren, unbekümmert um den Waffenstillstand, den er, darin ein Kind unter Kindern und Fanatikern, für das Werk eines Verräthers erklärte, auf den Vorbergen der Alpen, die tessiner Gränze im Rücken, den Volkskrieg fort. Vor den überlegenen östreichischen Truppen unter d'Aspre, den Radetzky, der keinen Feind verachtete ehe derselbe wirklich besiegt war, mit ausreichender Streitmacht ausgestattet hatte, schmolz seine Schaar mehr und mehr zusammen. Am 26. August lieferten sie noch ein Gefecht mit Ehren. Dann, in der Nacht vom 26./27. rettete sich der Rest mit ihrem Führer in die Schweiz.

b. Bis zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten (August 1848 bis März 1849).

Auch am entgegengesetzten Ende der Halbinsel, in Sicilien, reiften nun die Dinge zur Niederlage der nationalen Partei. Am 15. März war zu Palermo das sicilianische Parlament zusammengetreten: zum Präsidenten der Regierung wurde Ruggiero Settimo gewählt, einer jener edlen Patrioten, deren viele zu besitzen die italienische Nation sich mit Recht rühmen durfte. Die Versuche einer Vermittelung mit Ferdinand von Neapel waren mißlungen, und die Absetzung der bourbonischen Dynastie fand keine Gegner in dieser Versammlung, welche neben einer schwachen republikanischen Partei aus einer großen Mehrheit constitutionell-monarchisch gesinnter Männer bestand. Feierlich ward jene Absetzung am 13. April im Parlament ausgesprochen. Alle Abgeordnete unterzeichneten die Urkunde, in welcher gesagt war, daß Ferdinand Bourbon und seine Dynastie für immer des sicilianischen Thrones entsetzt sei, und daß Sicilien einen italienischen Fürsten auf seinen Thron berufen werde, sobald es seine Verfassung reformirt habe. Die Pairskammer trat diesem Beschluß der Gemeinen einstimmig bei. Von einem neapolitanischen Prinzen konnte, namentlich seit dem 15. Mai, dessen Gräuel, furchtbar an sich, noch mit Uebertreibungen nach Palermo berichtet worden waren, keine Rede mehr sein. England, welches an den sicilianischen Dingen ein besonderes Interesse nahm, drängte zu rascher Vornahme der Wahl; zuvor aber vollendete man die Reform der Verfassung von 1812 noch schnell im Sinne der breitesten demokratischen Grundlage und entzog der Krone, für welche man einen Träger suchte, die nothwendigsten Rechte wie das Veto und die Befugniß der Kammerauflösung. Dann schritt man zur

Königswahl; am 11. Juli 2 Uhr Nachts ward die Abstimmung vollendet. Zweite Kammer und Pairskammer waren einstimmig: Albert Amadeus von Savoyen, Herzog von Genua, der zweite Sohn Karl Albert's war der Erwählte, den außer den Glocken der Stadt auch die Salutschüsse der englischen und französischen Kriegsflotte im Hafen begrüßten. Ein englischer Kriegsdampfer brachte die Nachricht nach dem Norden.

Karl Albert erhielt dieselbe unmittelbar vor der Katastrophe von Custozza: für ihn war sie jetzt eine neue Verlegenheit, da er, wenn er seine Zustimmung gab, zu dem östreichischen Kriege noch eine neapolitanische Kriegserklärung zu erwarten hatte. Die Deputation der Sicilianer hatte erst am 27. August bei dem König und seinem Sohne Audienz; ein bestimmtes Ja erhielten sie weder von dem Einen noch von dem Andern.

König Ferdinand mußte durch diese Vorgänge der italienischen Sache nur noch mehr entfremdet werden, als er es schon vorher war. Am 1. Juli wurden die Kammern in Neapel ohne Gepränge und sehr geschäftsmäßig eröffnet. „Die von mir unwiderruflich sanctionirten und beschworenen freien Institutionen müssen durch Gesetze über innere Verwaltung erst fruchtbar werden", hieß es in der Thronrede, welche der Minister verlas; vom italienischen Kriege, von der brennenden sicilianischen Frage war in derselben nichts gesagt, und die Adresse der zweiten Kammer, in welcher diese Dinge die Hauptrolle spielten und welche unter dem Einflusse der früheren Minister Troya und Poërio einstimmig votirt wurde, nahm der König nicht an. Die üblen Nachrichten, welche jetzt Schlag auf Schlag vom Norden kamen, lähmten den Muth der liberalen Partei. Die Siege Oestreichs waren Siege der Reaction, wenngleich jetzt in Oestreich selbst eine Constitution, man wußte nicht ob versucht, ob geheuchelt wurde; bald war in Neapel die entschiedene Reactionspartei wieder oben auf; der Pöbel, der eine Zeitlang in liberalen und nationalen Farben geschillert hatte, zeigte jetzt wieder die reactionäre Farbe und war bereit, wieder für den absoluten König zwar nicht das Schwert, aber gegebenen Falles den Dolch zu führen. Die Kammern wurden am 5. September wieder vertagt; so lange aber Sicilien nicht wieder unterworfen war, hatte es auch in Neapel mit der Reaction keine rechte Art. Zu dieser Wiederunterwerfung war der König fest entschlossen, und er hatte seither an den Vorbereitungen zu derselben gearbeitet. Seine Truppen hielten auf der Insel noch die Citadelle von Messina und die Forts, wohin Verstärkungen geworfen worden waren; jetzt erschien General Filangieri mit 12,000 Mann auf der andern Seite der Meerenge bei Reggio, zum Uebergange bereit. Schon vom 3. September an, fünf Tage lang,

wurde die altberühmte schöne volkreiche Stadt von der Citadelle aus bombardirt, mit der schrecklichsten Wirkung auf Häuser und Habe, ohne Wirkung auf die Bevölkerung, welche vaterländische Begeisterung und die Kraft inbrünstigen Hasses aufrecht hielt. Am 6. landete Filangieri auf der Insel und vereinigte seine Anstrengungen mit denen der Citadelle; während hart gekämpft wurde, schleppten Weiber, Kinder, Greise den werthvollsten Besitz aus der Stadt. Die englischen und französischen Kriegsschiffe füllten sich fast bis zum Sinken mit Flüchtlingen; zwischen Kampf, Unterhandlungen, erneuerter Beschießung verging ein Tag und noch einer; am Abend des 7., nach ungeheuren Gräueln, in denen der gegenseitige Haß der Neapolitaner und Sicilianer sich gütlich that, besetzten die siegreichen Truppen die Stadt und plünderten, was die Flamme ihnen übrig gelassen. Dem König verschafften diese Thaten den Namen des Re Bomba, unter dem er eine Art europäischer Berühmtheit und bei den siegreichen Parteien der Reaction große Anerkennung fand. Der Brand dauerte bis zum 10., und die Befehlshaber der französischen und der englischen Kriegsschiffe in den sicilianischen Gewässern, die Admirale Baudin und Parker, machten Miene einzuschreiten, um, wie der Franzose schrieb, nachdem sie bis dahin die Pflicht der Neutralität aufs Strengste gewahrt, nunmehr für die heiligen Gesetze der Menschheit einzutreten; sie, welche den Krieg kannten, waren empört über die Art und Weise, wie er hier geführt wurde, „gegen alle Sitte civilisirter Nationen.“ Auch die Gesandten beider Mächte in Neapel schritten ein und machten dem Könige, der sich auf sein Fürstenrecht und auf die Verträge von 1815 berief, den Standpunkt klar; in Sicilien legten die Admirale beiden Parteien einen Waffenstillstand auf, der den Sicilianern willkommen sein mußte. Die beiden Mächte suchten während dieses Waffenstillstandes einen Frieden zu vermitteln. Die sicilianischen Abgeordneten sprachen dem französischen Minister des Auswärtigen in Paris von einer Ausrufung der Republik auf ihrer Insel; Bastide warnte sie: dafür sei es kaum in Frankreich Zeit gewesen, geschweige daß es bei ihnen auf Sicilien dafür Zeit sei. Lord Palmerston ließ durch seinen Bruder Lord William Temple, den er im November in außerordentlicher Mission nach Neapel schickte, die *Personalunion* oder die Krönung eines *Sohnes Ferdinand's* als Königs von Sicilien als Grundlage für die definitive Regulirung der Sache vorschlagen. Aber davon wollte man weder in Neapel noch in Sicilien etwas wissen. Inzwischen gestalteten sich die Verhältnisse überall ungünstig für Diejenigen, welche gegen Unterdrückung sich wehrten: und dieser mächtigen, allgewaltigen Strömung in ganz Europa half es sehr wenig, wenn etwa Lord Palmerston am 6. März 1849 im englischen Parlament sagte, Sicilien *hätte das Recht*, sich für

seine Verfassung von 1812 in Waffen zu erheben; — das Recht half wenig gegenüber der Macht, wenn es nur mit Worten anerkannt wurde. Am 28. Februar hatte Ferdinand seine äußersten Bedingungen den Gesandten der Westmächte mitgetheilt: eigene Verfassung, besondere Verwaltung, besonderes Parlament und Amnestie für Sicilien, welches die Kriegskosten bezahlen werde; Besetzung von fünf der wichtigsten Städte, darunter Messina und Palermo, durch neapolitanische Truppen. Er schränkte dieselben alsbald noch weiter ein; — man verbreitete diese Zugeständnisse auf der Insel: aber gesetzt, sie hätten genügt, wer bürgte dafür, fragten die Sicilianer, daß Ferdinand, Sprößling einer treulosen Familie, dieselben auch wirklich halte? und diese Frage konnte Niemand beantworten. Von Neuem waren vielmehr in Sicilien alle Parteien zu einem Kampfe der Verzweiflung entschlossen: in der Kammer wie auf der ganzen Insel erhob sich der Ruf nach Krieg.

Allein der Haß war größer als die Kraft. Die Insel hatte einem übermächtigen Feinde gegenüber keine Flotte, welche das dringendste aller Bedürfnisse gewesen wäre, da die bedeutenden Städte alle an der Seeküste liegen. An Officieren und Freiwilligen, an Begeisterung, an Opferwilligkeit fehlte es nicht, dafür umsomehr an regulären Soldaten und an Waffen, — 200 Kanonen waren mit Messina verloren gegangen, — an Kriegsbedarf, an Geld; das Alles zu ersetzen, war der Haß, stark, ingrimmig, unversöhnlich wie er war, zu schwach gegenüber den 20,000 wohlausgerüsteten Truppen, über welche am 29. März 1849 Filangieri bei Messina Heerschau hielt. Den Oberbefehl übernahm jetzt einer der ubiquistischen Diener der Revolution: der Pole Mieroslawski.

Am 29. März 1849 war der Waffenstillstand abgelaufen. Die Feindseligkeiten begannen aufs Neue in der Gegend südlich von Messina. Bald, nach wenigen Tagen, wurden die neapolitanischen Truppen durch Nachrichten östreichischer Siege im Norden ermuthigt. Dagegen ging den Sicilianern schon nach wenigen Tagen Taormina, wo sie ihre Magazine hatten, verloren, und Mieroslawski war seinem Gegner Filangieri so wenig gewachsen, als seine Truppen, noch wenig geschult wie sie waren, dessen Heer: bei der Vertheidigung von Catania, wohin der Kampf sich zog, wurde er überdieß schwer verwundet. Dort am Fuße des Aetna tobte am 6. April, dem Charfreitag, der Kampf, bei welchem wie gewöhnlich von neapolitanischer Seite die schweizer Söldnertruppen das Beste thaten, während es bei der Plünderung auch die neapolitanischen Truppen an sich nicht fehlen ließen. Syrakus ergab sich an die Flotte; nach kurzer Frist rückte Filangieri ins Innere der Insel vor, während die Reste des sicilianischen Heeres sich vollends auflösten. Der Regierung und dem Parlamente von Palermo entsank

unter diesen Umständen der Muth. Der französische und der englische Gesandte suchten den König zu milden Bedingungen zu bestimmen, und derselbe hatte Mäßigung versprochen: eine Verfassung und einen Vicekönig für Sicilien, Amnestie, — nur nicht für die „Urheber und Häupter“ der Revolution — Anerkennung der von der revolutionären Regierung contrahirten Schuld. Am 17. April ließ sich das Parlament auflösen; die Minister waren geneigt, die Zugeständnisse des Königs anzunehmen, dankten jedoch ab, als die Führer der noch übrigen bewaffneten Körper auf der Insel sich zum äußersten Widerstande entschlossen zeigten. Dagegen zeigte sich die Masse des Volkes wie die Bürgerschaft von Palermo entmuthigt und stumm, und so legte der Präsident der Unabhängigkeitsregierung Ruggiero Settimo seine Gewalt in die Hände des Municipalrathes von Palermo nieder. Die am meisten Gravirten beeilten sich, die Insel zu verlassen, um der Bourbonenrache zu entgehen, und entflohen nach Piemont, nach Frankreich, nach England, während der Municipalrath nun am 24. eine Deputation mit der Unterwerfung an Filangieri schickte, der vor Palermo rückte: nicht ohne da und dort einen lästigen Gegner an der Anarchie zu finden, welcher die Gegend verfallen war. Am 15. Mai wurden die Castelle und die wichtigsten Punkte der Stadt besetzt, während zugleich von der Seeseite her die Flotte sich vor dieselbe legte. Es war ein trauriger Sieg: selbst die Truppen zeigten keine Freude angesichts des düsteren Schweigens, das ihnen überall entgegentrat. Binnen 48 Stunden mußten die Waffen abgeliefert werden; nach Ablauf dieser Frist wurden Haussuchungen gehalten und Diejenigen standrechtlich erschossen, bei denen sich noch Kriegsmaterial und Waffen fanden. In einer Proclamation vom 22. Mai wiederholte dann Filangieri in einer Sprache, wie sie etwa im Orient üblich ist, den Sicilianern, daß der König in seiner heiligsten Brust, dem Sitze aller Tugenden, zu dem Entschlusse gekommen sei, ihnen den theuersten Edelstein seiner Krone, seinen erstgeborenen Sohn, Erben dieses glückseligen Königreiches beider Sicilien — einen Engel, von dessen Verdiensten hier nicht zu reden sei — als seinen Repräsentanten zu geben.

Dieser Edelstein kam jedoch nicht, vielmehr wurde Filangieri — er erhielt den Titel eines Herzogs von Taormina nach dem Namen einer der verbrannten Städte — selbst Statthalter und die Insel verlor bei dem Tausche schwerlich. Von den unter französischer und englischer Vermittelung verheißenen Zugeständnissen verlautete nichts mehr. Die französische Regierung, jetzt in Louis Napoleon's Händen, nahm dieses ruhig hin; die englische gab am 16. September 1849 eine Note daran, in welcher sie an die Verfassung für Sicilien erinnerte. Das Mi-

nisterium in Neapel antwortete, Sicilien sei ruhig und zufrieden, der König souverän, es bedürfe nichts weiter.

Unmittelbarer als auf Süditalien wirkte die Schlacht von Custozza und was ihr folgte auf die mittelitalienischen Staaten. Der Herzog von Modena, Franz V., wurde durch östreichische Truppen unter dem Fürsten von Liechtenstein wieder eingesetzt; am 10. August kehrte er zurück, nachdem er eine Amnestie angekündigt hatte, von welcher jedoch „alle Beförderer der Revolution“ ausgenommen werden sollten; die Theile von Modena, welche Toscana sich angeeignet hatte, wurden zunächst noch nicht zurückgefordert. Andere östreichische Truppen unter dem Grafen Thurn nahmen Parma in Besitz und setzten, da der Herzog es einstweilen noch vorzog, in Deutschland zu bleiben, eine vorläufige Militärregierung und einen Statthalter dort ein. Mißlich waren die Verhältnisse in Toscana. Der Großherzog hätte gerne seine Erwerbungen behalten und eine gemäßigte Kammermehrheit stand seinen Ministern zur Seite: aber auch hier, wie in den deutschen Kleinstaaten, wurden die gesetzlichen Autoritäten gelähmt durch eine tumultuirende Straßenochlokratie. Das Land war angefüllt mit fremden Abenteurern, mit Leuten zum Theil höchst zweifelhaften Charakters, welche vor den Oestreichern oder vor der neapolitanischen Reaction flüchteten. Mit Hülfe solcher Elemente richtete das Haupt der Demokraten, Guerazzi, zu dem ein halbverrückter Priester Pater Gavazzi*) sich gesellte, seinen eigenen Staat in Livorno ein und die Livornesen oder das Gesindel, welches die Livornesen terrorisirte, weigerte sich, einen Gouverneur, den ihnen die Regierung in Florenz schickte, aufzunehmen: wenn man ihnen nicht einen Gouverneur nach ihren Herzen gebe, drohten sie, würden sie sich als eine eigene Republik constituiren. Man gab ihnen einen neuen Gouverneur in dem Schwärmer Montanelli, der in Christus den Vater der Demokratie sah, und der jetzt, wo in Italien Alles voll Hader und Uneinigkeit war, ein neues Panier des Heils aufpflanzen zu können meinte in dem Vorschlage einer italienischen constituirenden Versammlung. Unsinnig wie diese Idee nach den Ereignissen in Oberitalien und der Wendung der Dinge im Königreich beider Sicilien scheinen mochte, wird sie doch einigermaßen erklärlich durch die Zustände, welche eben jetzt im October 1848 in Wien herrschten; es war die Zeit der Ermordung Latour's und Lamberg's — aber gleichwohl, eine militärische Organisation und nicht eine constituirende Versammlung war es, was Italien brauchte. Indeß bildete der Großherzog in seiner Verlegenheit ein radicales Ministerium, welches jene Idee acceptirte. Daneben gingen etwas weniger

*) „ein ganz schlimmer, nämlich ein halber Narr“ nach Reuchlins Ausdruck.

chimärische Unterhandlungen über eine Liga der italienischen Fürsten her, die von Frankreich begünstigt wurden, wo man eine östreichische wie eine piemontesische Uebermacht gleich unbequem fand und außerdem ein Protectorat Englands in Sicilien fürchtete.

Jeder Versuch und jede Hoffnung, aus den erneuerten Verlegenheiten Oestreichs Nutzen zu ziehen und aus dem Wirrwarr herauszukommen, scheiterte jedoch an dem unentwirrbaren Chaos der römischen Zustände, wo eine maßvolle constitutionelle Ordnung, überall schwierig, sich als unmöglich erwies, und so sich zwischen dem patriarchalischen Absolutismus und der radicalen Republik kein Drittes auf die Dauer halten konnte. Am 5. Juni 1848 waren dort die Kammern zusammengetreten. Man mühte sich vergebens, aus diesem Zwitterstaate ein vernünftiges Geschöpf, — aus dem Papst, dem Vater aller Gläubigen auf dem ganzen Erdboden und mithin auch in Oestreich, einen constitutionellen und einen italienischen Fürsten zu machen. Jeden Augenblick trat der Widerspruch hervor, nicht einmal eine Thronrede brachte man zu Stande; zur Noth ein auf Schrauben und Stelzen gestelltes Programm, mit welchem Mamiani vor die Kammern treten konnte und welches dann die Kammer mit einer nicht viel aufrichtigeren Adresse erwiderte. Mitten zwischen dieses unfruchtbare Hin und Her kam dann die Nachricht von der am 14. Juli erfolgten Besetzung der Stadt Ferrara durch die Oestreicher unter Fürst Liechtenstein, welcher der Besatzung in der Citadelle die Hand reichen und deren Verproviantirung aus der Stadt sichern wollte. Der Papst protestirte: zu dem Kreuzzug, den jetzt mit erneuertem Geschrei die Clubs (circoli) mehr als das Volk, das die Nachricht ohne sonderliche Erregung hingenommen hatte, von ihm verlangten, ließ er sich gleichwohl nicht hinreißen und schon der nächste Augenblick brachte die Nachricht von der verhängnißvollen Niederlage bei Custozza. Sie wirkte um so niederschmetternder, als ihr — eine gewöhnliche Erscheinung bei den leidenschaftlichen Völkern des Südens, wo der heiße Wunsch rasch zur Selbsttäuschung sich gestaltet, — eine falsche Siegesbotschaft vorausgegangen war. Am 1. August erhielt dann das Ministerium Mamiani, die beklagenswerthesten aller Minister, welche auf diesem Boden voller Widersprüche alle Tage Grund genug hatten, ihre Demission zu fordern, diese ihre Entlassung wirklich. Während dann die Kammer in einer neuen Adresse dem Papste Gut und Blut darbot, wenn er am Unabhängigkeitskampfe theilnehme, ward ein neues Ministerium unter Graf Fabbri gebildet, dessen bedeutendstes Mitglied der Justizminister Graf Pellegrino Rossi war und das auch sonst aus tüchtigen und ehrenwerthen Männern bestand. Mit ihm, der, aus Carrara gebürtig, jetzt in seinem 61. Jahre stand und in französischen Diensten seine Schule

gemacht hatte, trat wieder ein wirklicher Staatsmann in die Geschäfte ein. Auch ihm wie jedem patriotischen Italiener war die Unabhängigkeit Italiens das letzte Ziel, für welches er auch des Papstes Ansehen zu verwenden gedachte; aber er war zugleich ein fester und grundsätzlicher Gegner des Radicalismus, in welchem er das gefährlichste Hinderniß der Erreichung jenes Zieles erkannte; die Monarchie fand er, wie freilich jeder nicht Verblendete, wenn anderwärts nützlich, so für Italien geradezu nothwendig und suchte die Einheit Italiens zunächst auf dem Wege eines Bundes seiner Fürsten. Aber er ward von Anfang an mit Mißtrauen empfangen, weil er eine Zeitlang Gesandter Louis Philipp's gewesen, was im Jahre 1848 noch für eine Art Verbrechen galt. Mit diesem Wechsel traf nun das Einrücken eines östreichischen Corps von 12,000 Mann unter Baron von Welden in die Romagna zusammen (4. August), welches von einer überaus hochfahrenden Proclamation — „wehe Denen, die mir zu widerstehen wagen" — begleitet war. In der Umgegend von Bologna lagerten die Truppen; der Papst that von Neuem Einsprache, ebenso der englische und der französische Gesandte und wahrscheinlich würden die Oestreicher wieder abgezogen sein wie aus Ferrara; aber bei den erhitzten Leidenschaften trat die Katastrophe, der nur ein rascher Abzug hätte vorbeugen können, nun doch ein. Die Ermordung einiger östreichischen Officiere, die in der Stadt Bologna selbst erschienen waren, führte zu einem längeren heftigen Kampfe (8. August), dessen Wiederholung dadurch vermieden ward, daß die Oestreicher in Folge einer Uebereinkunft mit päpstlichen Bevollmächtigten zu Rovigo am 15. das päpstliche Gebiet wieder räumten. Die unbesonnene, zwecklose Expedition erschwerte die Stellung des Papstes und seines neuen Ministeriums ungemein; man wollte nicht glauben, daß die päpstliche Protestation vom 6. August ernstlich gemeint gewesen sei und die Radicalen, unter denen sich ein Bonaparte, der Fürst von Canino, besonders hervorthat, bekamen einen dankbaren Stoff zu neuen Declamationen in der Kammer und auf den öffentlichen Plätzen. Außerdem brachen nun nach dem Abzug der Oestreicher über Bologna und die Legationen alle Schrecken der Anarchie herein, da aus Gelegenheit des Kampfes vom 8. eine Menge bewaffneten Volkes sich dorthin gezogen hatte. Die honetten Leute darunter, welche einen Augenblick in patriotischer Aufwallung zu den Waffen gegriffen hatten, kehrten zu ihren Geschäften zurück, das Lumpengesindel, welches Zeit hatte, blieb. Nur langsam ward man dieser Elemente einigermaßen Herr.

Am 17. September 1848 wurde nun Rossi zum leitenden Minister und Haupt des Ministeriums, das man nach seinem Namen nannte, bestellt. Die Vernünftigen knüpften an seine Ernennung die Hoffnung,

10*

daß nun wieder etwas wie Ordnung und klare Gedanken in die Geschäfte kommen werde. Er war nationalgesinnt, so gut wie Einer; aber er hatte die richtige Erkenntniß, daß die nationale Zusammenfassung Italiens nicht an Einem Tage und nicht mit Einem stürmischen Anlaufe, am allerwenigsten durch lärmende Demonstrationen, Bubenstreiche und Freischaarenspielerei zu erlangen sei: es berührt eigenthümlich und wie ein Sonnenblick bei Schmutzwetter, daß er mit Gesellschaften und Gemeinden wegen Inangriffnahme von Eisenbahnbauten unterhandelte, Telegraphen anlegte, welches jedenfalls eine nützlichere und patriotischere Beschäftigung war, als die Ermordung östreichischer Officiere. Auch schenkte er der Verwaltung und namentlich den Finanzen Aufmerksamkeit und redliche Einsicht; Zinsen wurden wieder bezahlt, wichtige Stellen mit tüchtigen Laien besetzt, Vorbereitungen zu wirklichen Reformen, die nirgends nöthiger waren als hier, getroffen.

Damit aber, wie mit der straffen Handhabung der Ordnung, bei welcher ihm der wackere Kriegsminister General Zucchi zur Seite stand, war in diesem gräulichen Sumpfe aller Auswurfsstoffe der Reaction und des Radicalismus, — diesen beiden entgegengesetzten Parteien, welche an Nichtswürdigkeit gegenseitig und mit Glück wetteiferten, nur schlecht gedient.

Vom Papste, der das Gute wollte, soweit die Befangenheit, die in seiner Stellung lag, ihm erlaubte die Augen dem Lichte zu öffnen, hatte Rossi wesentliche Zugeständnisse wenigstens an schönen und guten Worten erhalten, mit denen er am 15. November vor die Kammer zu treten gedachte, die nach längerer Vertagung ihre Berathungen wieder aufnehmen sollte. Wie er aus seinem Wagen stieg, um die Treppe des Kammerpalastes hinanzuschreiten, traf ihn ein Dolchstoß, der seinem Leben fast unmittelbar ein Ende machte: der Mörder verlor sich unter der Menge, die in feindseliger Stimmung den Palast umdrängte. Diese Blutthat war das Signal zu einer neuen Revolution, die nunmehr bei der Unzuverlässigkeit der Truppen, der Feigheit der Kammern, deren wenige anwesende Mitglieder sich verliefen, der Rathlosigkeit der Curie und der Zügellosigkeit der Menge der Herrschaft in Rom sich bemächtigte und jetzt zum vollen Siege vorschritt. Vor dem Quirinal tobte und fluthete die aufrührerische Masse hin und her; die Kugeln erreichten sogar das Vorzimmer des Papstes, der ihr Gefangener war; die Einzigen, welche ihm in diesen schweren Stunden Treue hielten und auch ihrerseits von den Waffen ausgiebig Gebrauch machten, um die feige Rotte in einiger Entfernung zu halten, waren die schweizer Söldner, welche ihre Soldatenehre mannhaft retteten: „hat denn der Himmel keine Blitze mehr", soll der Papst in diesen drangvollen Stunden, wo er den Muth eines Märtyrers bewies, ausgerufen haben. Endlich

gab er soweit nach, daß ein radicales Ministerium gebildet wurde, an dessen Spitze ein Advokat Galletti trat. Aber auch dieses war ohnmächtig; der radicale Club des Circolo popolare, an seiner Spitze ein gewisser Sterbini, bildete die eigentliche Regierung. Den Mord Rossi's zu tadeln wagte Niemand, geschweige ihn gerichtlich zu behandeln; an einzelnen Orten, wie z. B. in Livorno, feierte ihn die Niederträchtigkeit durch ein Fest. Die Kammern waren Null wie jede andere rechtmäßige Gewalt; sie mußten von einem Menschen wie dem Fürsten von Canino Declamationen über „das römische Volk in seiner Weisheit" und von „dem edlen energischen Aufschwunge dieses ersten Landes der Welt" anhören und es charakterisirt ihre Beschaffenheit und ihre Lage, daß in jenen Tagen ein Antrag auf eine Ergebenheitsadresse an den Papst zuerst mit Majorität angenommen, und als von radicaler Seite die Gegenprobe verlangt wurde, unmittelbar darauf aus Furcht vor den Terroristen auf den Galerien verworfen wurde. Unterdessen begann der Papst, der geschehen ließ, was er doch nicht ändern konnte, nach auswärtiger Hülfe und für den Nothfall einem Asyl im Auslande auszuschauen. Er entschied sich für Neapel; in der Dämmerung des 24. November, verkleidet, täuschte der Statthalter Christi die mäßige Wachsamkeit der Bürgerwehren, welche die Posten im Quirinal bezogen hatten: an der Laterankirche, die er glücklich erreichte, nahm ihn der Wagen des bairischen Gesandten Grafen Spaur auf. Er überließ Rom der Revolution und warf sich der Reaction in die Arme.

Unterdessen hatte die italienische Frage, so lange zwischen den Hauptgegnern, Piemont und Oestreich, die Waffen ruhten, auch die übrigen europäischen Cabinette lebhaft beschäftigt. Am 1. September 1848, nach mancherlei Verhandlungen, hatte Oestreich die Vermittelung Englands und Frankreichs angenommen in Beziehung auf die Schlichtung der norditalienischen Angelegenheiten, suchte aber die Sache hinzuzögern, was bei den hochgespannten Forderungen der lombardischen und venetianischen Patrioten, soweit sie ihre Stimme geltend machen konnten, nicht schwer war. Die militärische Lage Oestreichs in Italien, wie übel sie sich anderwärts gestalten mochte, war vortrefflich; vergebens mühte sich Lord Palmerston, dem es sehr Ernst war und der an Italien wie an Oestreich gleichmäßig ein wohlbegründetes Interesse nahm, — an jenem Frankreich, an diesem Rußland gegenüber — mit Vorstellungen, Mahnungen, Warnungen nach beiden Seiten ab. Die deutsche Reichsgewalt machte einige vergebliche Anläufe, bei dieser Gelegenheit die Stimme des „Reiches Frankfurt" im Rathe Europas geltend zu machen. Mit Festigkeit behauptete Oestreich seine militärische Stellung. Trotz der Octoberstürme in Wien und den folgenden schweren Zeiten in Ungarn zog es aus Italien keine Truppen,

und Radetzky ließ sich in seinen strengen Maßregeln, Kriegssteuern u. s. w. durch keine Einsprache irren. Er sah gut genug, daß England nicht über eine friedliche Vermittelung hinausgehen werde und daß Frankreich für Italien nichts hatte als schöne Worte; — daß Frankreichs Wünsche im Grunde nicht weiter gingen, als bis zur Herstellung des Zustandes vor dem Kriege: und dieß war die Gränze, an welcher auch Oestreich Halt zu machen entschlossen war. Mit Schwarzenberg, der selbst in den letzten Kämpfen auf italienischem Boden mit Auszeichnung gefochten hatte, und der am 21. November, wie wir uns erinnern, ans Ruder gerufen wurde, trat die Kriegs- und Actionspartei in die Geschäfte ein; der Fürst lebte in der kriegerisch-reactionären Atmosphäre der italienischen Kämpfe: daß hier wie überall der wirre Knäuel östreichischer Fragen nur zerhauen werden könne, daß man noch einmal das Schwert werde ziehen müssen, war ihm klar; nur suchte er zunächst noch einige Zeit zu gewinnen, weil er der Hoffnung lebte, binnen Kurzem mit Ungarn fertig zu werden, und dann freie Hand gegen Italien zu bekommen.

Man mußte sich auch in Turin sagen, daß ein zweiter Waffengang nothwendig sein werde, um die Lombardei wieder zurückzugewinnen und Venedig nicht in östreichische Hand zurückfallen zu lassen. In der Gesinnung der Bevölkerung hatte die Niederlage von Custozza und ihre Folgen nichts geändert. Die Lombardei bot unter der erneuten östreichischen Herrschaft einen ähnlichen Anblick dar, wie etwa die Niederlande einst unter der Statthalterschaft des Herzogs von Alba, obwohl Radetzky persönlich nicht von grausamer oder auch nur harter Gemüthsart war. Die constitutionellen Versprechungen, mit denen man in Wien freigebig war, machten nicht den geringsten Eindruck, weder auf die Italiener noch auf Radetzky: Beide kannten einander, kannten das Haus Habsburg und kannten die Lebensbedingungen des damaligen Oestreichs. „Sobald Friede und Ruhe gehörig gesichert seien", hieß es in einer Proclamation des Kaisers, die am 9. October (1848) veröffentlicht wurde, „sollten die Abgeordneten der Nation, frei gewählt in allen Provinzen des lombardisch-venetianischen Königreichs an einem zu bestimmenden Orte zusammentreten"; man kann des Contrastes wegen die Bekanntmachung Radetzky's vom 11. November jenes Jahres anführen, in welcher er „1) die Glieder der gewesenen provisorischen Regierung, 2) die leitenden Glieder des Comités und 3) Diejenigen, welche sich selbst an die Spitze der Revolution gestellt oder durch ihre Handlungen und durch Geld oder durch intellectuelle Mittel dazu beigetragen haben" einer außerordentlichen Contribution unterwarf, und wenn sie binnen sechs Wochen nicht zahlten, Beschlag auf ihr Eigenthum legte: man schämte sich nicht, diesem Schriftstücke, durch

dessen Unterzeichnung Radetzky seinen guten Soldatennamen schändete, beizufügen, daß man dieses Blutgeld in den Gotteskasten legen und mit dem Ertrage der Maßregel den Armen aufhelfen wolle. Zugleich ward die Steuerlast ins Unerträgliche gesteigert und vielfach mußten zu den Beschlagnehmungen, zu deren Ausführung die Civilbehörden nicht verwendet werden konnten und die mit Plünderung eine verzweifelte Aehnlichkeit hatten, Officiere commandirt werden. Die englischen Correspondenten berichteten Unglaubliches; was mit Actenstücken sich belegen läßt, ist horrend: man findet eines Morgens am Fenster der Wohnung eines östreichischen Ingenieurs eine Puppe aufgehängt mit einem drohenden Zettel, da verfügt der Feldmarschall, daß in den Häusern der betreffenden Straße ein ganzes Bataillon einquartiert werden soll; wenn innerhalb 8 Tagen die Urheber jenes „revolutionären Actes“ nicht ausgeliefert sind, werden die Hauseigenthümer in dieser Straße zusammen mit einer Strafe von 100,000 Lire belegt und zwei Bataillone bei ihnen einquartiert. Der Wahnwitz konnte natürlich nicht ausgeführt werden, aber die Auswanderung nahm überhand; nur vergeblich suchte man sie durch Militärcordons zu hemmen; die gegenseitige Erbitterung, wenn dieß noch möglich war, stieg, und eine Saat ward in diesen aufgerissenen Boden gelegt, die früher oder später üble Früchte bringen mußte. So war es in Mailand, so verhältnißmäßig in den anderen großen Städten; Venedig war noch unabhängig und ein Sammelplatz verzweifelter Flüchtlinge. Die Ordnung hielt dort Manin, welcher von einer neuen Abgeordnetenversammlung in seiner dictatorischen Gewalt bestätigt wurde, mit fester Hand aufrecht.

In Piemont war man nach der großen Niederlage beflissen gewesen, das Heer wieder kriegstüchtig zu machen. Der König bewahrte eine würdige Haltung: Festigkeit in Widerwärtigkeiten war eine Tugend, die mehr seiner Natur entsprach, als kühnes Wagen und Unternehmungsgeist. Auch das Volk war nicht entmuthigt. Die traurig-schwankenden Verhältnisse, denen Oestreich selbst in den Herbstmonaten von Neuem anheimgefallen war, die Verhandlungen und die im August und September erneuerten Vermittelungsversuche der Mächte, der Gang des ungarischen Krieges hielten den Muth, die Nachrichten aus der Lombardei und deren Ueberbringer den Haß aufrecht. Nur Genua machte Verlegenheit, wo die republikanische Partei und Mazzini ihr Hauptquartier aufgeschlagen hatten. Gewissenlos in ihrem Fanatismus, wie sie waren, suchten sie überall die Soldaten ihren Pflichten untreu zu machen, und brachten Karl Albert, den sie als Verräther darstellten, in die üble Lage, zugleich gegen die Oestreicher und gegen den Radicalismus Front machen zu müssen. Da das Ministerium, welches er nach der Katastrophe von Custozza eingesetzt hatte, keinen

festen Halt in der Kammer besaß, so wurde im December ein neues von ziemlich radicaler Färbung, doch nicht ohne gemäßigte Elemente gebildet, dem Gioberti den Namen gab. Es gab am 16. December als sein Programm „Vertheidigung unserer Nationalität d. h. Unabhängigkeit gegen Außen und Vereinigung der Halbinsel, Entwickelung unserer Institutionen im Sinne der Demokratie", betonte aber daneben das Festhalten an der Monarchie, welche für Italien eine Nothwendigkeit sei. Zugleich machte dieses Ministerium den Versuch, den Papst mit Denen, welche in Rom die Gewalt hatten, auszusöhnen, ihm seine große nationale Mission plausibel zu machen, ihn nach Piemont einzuladen, überhaupt aber alle Parteien Italiens, selbst den König von Neapel nicht ausgeschlossen, noch einmal zu einer neuen gemeinsamen Anstrengung gegen die Fremdherrschaft zu einigen. Aber diese Versuche splitterten an der Härte der Gegensätze. Der Papst, welcher nach seiner heimlichen Flucht in der neapolitanischen Festung Gaëta wieder zum Vorschein kam, schrieb eben um jene Zeit aus diesem seinem Zufluchtsorte an „seinen sehr lieben Sohn", den jungen Kaiser von Oestreich, einen Brief, in welchem er dessen Hülfe anrief. Und während nun zu Rom eine constituirende Versammlung zusammentrat, und am 9. Februar 1849 den Beschluß faßte, daß der Papst thatsächlich und rechtlich die zeitliche Herrschaft des römischen Staates verloren habe, dessen Regierungsform künftig die reine Demokratie, „unter dem glorreichen Namen der römischen Republik" sein werde, drängte gleichzeitig der wachsende radicale Terrorismus auch den Großherzog von Toscana vollends ins feindliche Lager. Am 7. Februar verließ „der Oestreicher Leopold", wie ihn die Radicalen nannten, Florenz. Als am 8. die Flucht dort bekannt wurde, nahmen die Dinge einen ähnlichen Gang wie zu Rom: unter wüsten Tumulten weniger des Volkes als der Gefolgschaften der Clubs, und vergeblichen Gegenversuchen wurde auch dort eine provisorische republikanische Regierung, ein Triumvirat Guerazzi, Montanelli, Mazzoni eingesetzt, welches die grimmigen Worte nicht sparte, doch aber das Blut nicht wirklich strömen ließ, von dem sein Papier überfloß. Karl Albert bot dem Großherzog seine Hülfe zu seiner Wiederherstellung an, wie er dem Papste dieselbe angeboten hatte. Leopold lehnte sie ab; er zog es vor, das Schicksal des Papstes zu theilen: ein englisches Kriegsschiff brachte ihn am 21. Februar nach Gaëta.

c. Zweiter Waffengang und abermalige Niederlage. Restaurationen. März 1849 bis Sommer 1852.

Unter so trostlosen Verhältnissen stürzte sich Karl Albert aufs Neue in den Krieg, der, wie immer die Würfel fielen, wenigstens einen Aus=

weg aus diesem gräulichen Wirrsal zeigte. Jeder Zustand, selbst der vor dem verhängnißvollen März — der Tod auf dem Schlachtfelde, die Kriegsgefangenschaft, die Thronentsagung — es war noch immer besser als dieses Chaos, in welchem alle Kräfte sich nutzlos verzehrten. In einer geharnischten Thronrede (1. Februar) kündigte er diesen Entschluß an: es war ein Entschluß der Verzweiflung und die Chancen waren weit ungünstiger, als im Jahre zuvor, obwohl das Heer jetzt 120,000 Mann zählte, denen Radetzky nicht viel über 70,000 entgegenzustellen hatte. Für den Oberbefehl, den Karl Albert selbst nicht übernehmen konnte oder wollte, hatte man sich erst in Paris einen General holen wollen; da dieß nicht gelang, so stellte man einen Polen Chrzanowski an die Spitze, der, 1788 geboren, schon bei Leipzig und bei Waterloo unter Napoleon gefochten hatte, später 1828 im russischen Heere bei Varna Oberstlieutenant geworden war, und dem nun ein Italiener, Alexander Lamarmora, ein Bruder des seither vielgenannten Alphons Lamarmora, als Chef des Generalstabs zur Seite gegeben ward. Die „lombardische Legion" führte, zum Beweise, daß die Sache schon mehr als halb verloren war, ein anderer Pole oder Halbpole, Romarino, ein zweideutiger Mensch, der schon bei dem verunglückten Freischaarenzug von 1833 seine Rolle gespielt hatte: fast von selbst versteht sich, daß diese beiden Polen sich haßten. Am 12. März wurde der Waffenstillstand gekündigt. Am 20., mit dem Zwölfuhrschlage, sollten die Feindseligkeiten wieder beginnen.

Sehr rasch vollendete sich dießmal das Geschick. Radetzky täuschte den Feind über seine Pläne, indem er sich den Anschein gab, als gedenke er wie im vorigen Jahre die Lombardei vorläufig zu räumen, vereinigte aber am 19. seine fünf Armeecorps bei Pavia und überschritt am 20. Mittags mit dem Schlag zwölf Uhr auf drei Brücken den Tessin. Er übernachtete schon auf piemontesischem Boden; ein erster Kampf bei Mortara (nordwestlich von Pavia), am 21. endigte, spät am Abend begonnen, aller Tapferkeit zum Trotz schon mit einer Niederlage der Piemontesen; der Hauptschlag erfolgte zwei Tage später, am 23. bei Novara, einer Stadt von etwa 20,000 Einwohnern in gerader Linie westlich von Mailand zwischen Tessin und Sesia, wo Chrzanowski seine Hauptmacht, etwa 51,000 Mann, vereinigt hatte. Ebendieß, eine Schlacht mit ganzer Macht war es, was Radetzky suchte, denn einen neuen langen Krieg konnte Oestreich in diesem Augenblicke nicht brauchen: es ward hier mehr als blos Italiens Schicksal entschieden. Bis Abends 6 Uhr schwankte die Schlacht, als Radetzky, durch die Ankunft seines dritten Armeecorps unter Thurn verstärkt, links Benedek und Degenfeld, im Centrum Erzherzog Albrecht, rechts d'Aspre und Appel auf der ganzen Linie zu erneuertem Sturme vor=

gehen ließ. Einige ungarische Grenadierbataillone hatten den Oberbefehlshaber gebeten, sie, um ihre Treue zu erproben, an den gefährlichsten Punkt zu stellen; schon war die Dunkelheit hereingebrochen, als die Piemontesen wichen. Den König selbst, dessen mächtige Gestalt den feindlichen Geschossen eine breite Zielscheibe bot, hatten auch dießmal die Kugeln verschont, deren dichtesten Regen er wiederholt aufsuchte; mit Gewalt mußte General Durando ihm das Pferd wenden; um acht Uhr erst erstarb das Feuer allmälig. In der Nacht noch, welche dem unglücklichen Tage folgte und welche für die Stadt Novara, in der die erschöpften, hungernden, erbitterten Piemontesen zusammengedrängt waren, an allen Schrecken überreich war, schickte der König seinen Minister Cadorna und einen General nach dem Hauptquartier des Siegers, um einen Waffenstillstand nachzusuchen. Man begegnete dem Unterhändler mit Uebermuth: Großmuth dem besiegten Feinde gegenüber schien nicht die Tugend habsburgischer Generale und hier überdieß war der Vertreter eines Königs, dem längst in diesem Lager Haß geschworen war, — eines Königs, der mit Rebellen gemeinsame Sache gemacht hatte, und der eine Oestreich feindselige, und mochte man es sich gestehen oder nicht gefährliche Idee vertrat: der Generalstabschef Baron von Heß soll niedrig genug gewesen sein, zu verlangen oder anzudeuten, daß, da der Feldmarschall dem Worte des Königs nicht trauen könne, der Thronerbe ihm als Geißel gestellt werden müsse. Karl Albert glaubte, daß seine Person ein Hinderniß für ein erträgliches Abkommen mit Oestreich sei, und handelte demgemäß. Spät in der Nacht kam es so im Palast Bellini zu Novara zu einer ergreifenden Scene. Der König legte seine Hand auf das Haupt seines ältesten Sohnes, des Herzogs von Savoyen, der auf die Kniee gesunken war: vor den herbeigerufenen Adjutanten, einigen Generalen und dem Minister Cadorna erklärte er ihn als rechtmäßigen König — König Victor Emanuel II., bedeutungsvolle Namen in dieser Stunde der Niederlage Italiens. Er selbst reiste einige Stunden später, von nur zwei Dienern begleitet, auf der Straße von Vercelli ab; am 19. April tauchte er zu Oporto in Spanien als Privatmann wieder auf.

Am 24. März Morgens 11 Uhr hatte der neue König mit Radetzky in einem Gehöft bei Novara eine Zusammenkunft. Das piemontesische Heer wird auf den Friedensfuß gesetzt, Venedig und die Herzogthümer von piemontesischen Truppen geräumt, die Freicorps aufgelöst; die Oestreicher, 17,000 Mann, besetzen das Gebiet zwischen Sesia, Tessin und Po, ihrer 3000 mit ebenso vielen Piemontesen gemeinsam die Festung Alessandria — dieß waren die Bedingungen des Waffenstillstandes, der die Einleitung zum Frieden bilden sollte.

Dieser Preis war mäßig und das hochherzige Opfer Karl Albert's

war nicht umsonst gebracht. Es war ein sehr plumper Fehler von östreichischer Seite, diesen Feind noch im letzten Augenblicke zum Märtyrer der italienischen Sache gemacht zu haben: was dieser Mann gefehlt, war gesühnt und vergessen, als einige Monate später die Nachricht von seinem Tode (26. Juli) einlief. Er hatte eine große Aufgabe übernommen, der seine Kraft vielleicht nicht gewachsen war, für die er aber mannhaft sein Leben und das seiner Söhne eingesetzt hatte. Tiefer vielleicht als die Niederlage auf dem Schlachtfelde, wo ihn der Tod floh, kränkte ihn die Verleumdung der Mazzinisten, die doch in der That mehr als die Oestreicher schuld waren, wenn der große Versuch gescheitert war; aber ihre Verleumdung schlug nicht Wurzel im italienischen Volke. Die Thatsache war doch, daß er seine Sache und die seines Hauses mit der Italiens identificirt hatte, und an Italiens Unglück gestorben war, während manch anderes gekrönte Haupt die großen Aufgaben, welche die blutige Morgenröthe einer neuen Zeit den Mächtigen ankündigte, gar nicht anfaßte, oder nach stümperhaften Lösungsversuchen wieder zu den Nichtigkeiten des alltäglichen Hoflebens griff: das werthvollste Gut der italienischen Nation, den Glauben an die nationale Monarchie hatte Karl Albert ihr gerettet, und noch den Sterbenden durfte man mit dem Gedanken trösten, daß sein Name eine Fahne der Zukunft für die Völker Italiens bedeute. Auf dem Throne saß jetzt ein junger Fürst, der inmitten der Niederlage sein Haupt mit der ganzen Schnellkraft der Jugend hocherhoben und aufrecht trug. Man legte ihm nahe, daß ein Anschluß an das östreichische System den Frieden und seine Bedingungen würde erleichtern können. Da dieß nicht geschah, so wurden die Friedensunterhandlungen mit Mühe zu Ende gebracht; wiederholt war man auf dem Punkte sie abzubrechen. Am 6. August 1849 wurde endlich doch der Friede zu Mailand unterzeichnet. Alle Verträge, welche am 1. März 1848 bestanden hatten, wurden durch denselben wieder in Kraft gesetzt und bestätigt, die Gränzen des Wiener Congresses hergestellt: auf alle über diese hinausgehenden Ansprüche verzichtete der König von Sardinien für sich und seine Nachkommen; an Kriegskosten zahlte Piemont die sehr mäßige Summe von 75 Millionen Lire.

Mit der Niederlage Piemonts, das keine Unterstützung von den neuen Republiken Rom und Toscana erhalten hatte, war die Rückkehr der alten Ordnung der Dinge auch in den übrigen Staaten gegeben. In Rom hatte sich die Thätigkeit der neuen Regierung vor Allem gegen die Geistlichkeit gerichtet. Klöster wurden in Kasernen verwandelt, die Pferde des Papstes zur Bespannung republikanischer Kanonen verwendet und der Carneval des Jahres 1849 verlief in schönster Ordnung ohne Soldaten, Sbirren und Gensdarmen. Der Papst setzte zu

Gaëta seiner Absetzung einen feierlichen Protest entgegen (14. Februar), der zu Rom selbst völlig unwirksam war. Keine Hand rührte sich, das Priesterregiment wieder aufzurichten. Allein der Papst ging nun weiter: er rief die Waffenhülfe der vier katholischen Staaten Oestreich, Frankreich, Spanien, Neapel und die moralische Unterstützung aller übrigen — nur Piemont war von dieser Ehre ausgeschlossen — zu seiner Wiedereinsetzung an. Während hierüber eine lebhafte Correspondenz unter diesen gepflogen wurde, ging man in Rom selbst unbekümmert seinen Weg weiter. Anfang März 1849 erschien dort Giuseppe Mazzini, welcher ein seltsames Priesterthum der revolutionären Idee an die Stelle des bisherigen setzte, und ungefähr wie die Anderen, die vordem auf dieser Stätte gewaltet, eine mystische Schwärmerei halb pfiffig, halb gläubig, mit Gewalt und List in eine groteske Mischung zusammenrührte und die Bevölkerung dieses wunderlichen Fleckes Erde mit einem neuen Schellengeläute „Gott und das Volk", „Roma die prädestinirte Fürstin der Welteinheit" und was dergleichen mehr war, bezauberte: übrigens ein Mann einfach an Bedürfnissen, von strenger Sitte wie Garibaldi, opferfähig und treuer Freund seiner Freunde wie dieser: Sclave seiner Ideen und seines Hasses. Gehandelt wurde nicht; der Wiederausbruch des Unabhängigkeitskrieges in Oberitalien störte den neuen revolutionären Papst-Demagogen nicht, der die großen kirchlichen Schaustücke, welche dieser Bevölkerung Lebensbedürfniß sind, z. B. die Beleuchtung der Apostelgräber am Charfreitag, wie bisher aufführen ließ und nur für die nöthigen republikanischen Verbesserungen, z. B. daß beim Feuerwerk die Nationalfarben grün-weiß-roth aufglänzten, Sorge trug. Die Niederlage von Novara geschah; sie hatte die unmittelbare Folge, daß man in der Umgebung des Papstes zu Gaëta die constitutionelle Maske, die Niemanden mehr täuschte, vollends fallen ließ. Pius IX. erster Rathgeber, der Cardinal Antonelli, verlangte jetzt von den Mächten die bedingungslose Zurückführung des Statthalters Christi. Was Cavaignac abgelehnt hatte, unternahm der neue Präsident der französischen Republik, der sich einst im Jahre 1830 im Kampfe gegen die weltliche Gewalt des Papstes seine ersten Sporen verdient hatte: wir sahen, wie man den Ritterdienst für den Clericalismus mit Erwägungen hoher Politik — der Nothwendigkeit, Oestreich nicht allein in Italien schalten zu lassen — bemäntelte. Es geschah, ohne daß man sich mit irgend einer Macht zuvor verständigt hatte: aber man hatte sich die Sache zu leicht vorgestellt. Die Streitkräfte der jungen Republik erhielten eine werthvolle Verstärkung und einen vortrefflichen Führer in jenem Giuseppe Garibaldi, der Anfang April mit 400 Freiwilligen in Rom einzog. Ein ehrenhafter und sittenreiner Mensch, ein aufrichtiger von tiefem Enthusiasmus für Italien entzündeter Patriot, dabei ein ebenso

unerschrockener wie erfahrener Soldat, übte er, ein neuer Sertorius, durch strenge Disciplin nicht minder als durch Adel der Gesinnung einen läuternden und veredelnden Einfluß auf seine Umgebungen aus; selbst unter den Mönchen zählte er, einfach und ohne Eigennutz wie er war, viele Verehrer. Der General Oudinot, welcher am 24. April mit seinem französischen Corps in Civita vecchia landete, gab sich den Anschein, als sei seine Aufgabe, Rom gegen eine östreichische oder neapolitanische Intervention zu schützen. Als er mit dieser Halblüge nicht vorwärts kam, schritt er, wie wir uns erinnern, am 30. zu einem Angriff, der schlecht überlegt und schlecht geleitet mit einer Niederlage endigte. Der Enthusiasmus in Rom war groß; er äußerte sich in Illuminationen, in liebevoller Sorge für die Verwundeten, auch in einzelnen Mordthaten und Mißhandlungen gegen wirkliche oder vermeintliche Jesuiten; die gefangenen Franzosen ließ man, sehr zum Aerger ihres Obergenerals, um die Verbrüderung der beiden Nationen zu illustriren, ohne Weiteres frei, nachdem man sie unter allerlei Freundschaftsbezeugungen durch die Stadt geführt hatte. Die Spanier, welche angesagt waren, erschienen nicht; dagegen rückten nun auch die Neapolitaner, deren König das Einschreiten der Franzosen mit scheelen Augen sah, unter General Lanza 29. April gegen Rom vor. Aber auch ihnen machte sich Garibaldi mit seinen Freiwilligen und einer lombardischen Freischaar furchtbar, indem er ihnen am 9. Mai bei Palestrina einen Schlag und am 19. bei Velletri auf ihrem Rückzuge einen zweiten beibrachte. Die schön uniformirten neapolitanischen Garden bekamen Respect vor den Rundhüten Garibaldi's und vor Allem vor dem Letzteren selbst: er war fest gegen Schuß und Hieb, das war nicht zu bezweifeln, und es war nur ein schlechter Trost, wenn ihnen ihre Priester sagten, daß er es durch einen Bund mit dem Satan sei: dieser Bund hatte ihm geholfen, während ihre Amulete sie im Stiche gelassen hatten. Glücklicher waren die Oestreicher, welche am 16. Mai, auch sie allerdings nicht ohne Kampf und ohne Verlust, nachdem sie die Stadt bombardirt, in Bologna einrückten und nicht übel Lust zeigten, das Land zu behalten. Ihre Officiere machten keinen Hehl daraus, daß sie das Priesterregiment verachteten, dem sie Schergendienste thun mußten. Während Oudinot vor Rom lag, rieth Lord Palmerston den dortigen Machthabern dringend, sich mit den Franzosen und durch diese mit dem Papste zu verständigen; wenigstens die nothwendigsten bürgerlichen Reformen ließen sich dann retten; aber theils der Widerstand Mazzini's, der so irreformabel und so unfehlbar war wie nur je ein Papst, theils die übertriebenen Forderungen der Franzosen ließen es nicht dazu kommen. Am 21. Juni, nach zweimonatlicher Belagerung, drangen französische Truppen in die endlich gelegten Breschen; den hohen Worten des Tri=

umvirats, das in der Stadt — übrigens nicht schlecht — regierte: „erhebe Dich, Rom, erhebe Dich Volk in Deiner Allmacht“ gelang es nicht, sie wieder hinauszudrängen; am 1. Juli trat Garibaldi, der mit seiner Schaar noch bis zum Aeußersten fortgekämpft hatte, in die constituirende Versammlung und erklärte, daß nichts mehr zu machen sei. Während Mazzini, seiner Rolle getreu, am Morgen des 2. die republikanische Constitution des Kirchenstaates, die eben frisch aus dem Ofen gekommen, auf dem Capitol proclamirte, sammelte der unbesiegte Garibaldi seine Schaaren auf dem Petersplatze und führte sie durch die Stadt, über das Forum, das so einen der seltsamsten, aber nicht den schlechtesten seiner Triumphe sah, durch die Porta San Giovanni ab nach Tivoli. Mitten durch das besiegte Italien, bald von den Franzosen, den Spaniern, den Neapolitanern, den Oestreichern verfolgt und gejagt, unter ungeheuren Entbehrungen, auf Bergpfaden führte er seine Tapferen. Er hatte den verwegenen Gedanken, sie nach dem noch nicht bezwungenen Venedig zu führen; dieß konnte nicht mehr gelingen, er mußte endlich seine letzten Getreuen entlassen; aber er selbst entkam wenigstens, zur Freude aller freien Seelen, fast wie mitten durch die gekreuzten Bajonette der Oestreicher, unter denen, damit er ihnen nicht entgehe, seine Photographie vertheilt worden war. Am 3. Juli zogen die Franzosen, welche jede Mitwirkung der Neapolitaner und der Spanier, die unterdessen gleichfalls gelandet waren, zurückgewiesen, in Rom ein. Oberst Niel brachte die Schlüssel der Stadt dem Papst nach Gaëta; am 31. übernahm ein Triumvirat von Cardinälen die Regierung; der Papst selbst, dem eine Amnestie von der bekannten Art voraufging, die sich von Proscriptionslisten nur schwer unterscheiden läßt — 283 Namen waren im Voraus ausgenommen — hielt erst am 12. April 1850 seinen Einzug durch dieselbe Pforte, durch welche Garibaldi abgezogen war.

Die Priesterregierung war wieder aufgerichtet, schlechter, roher, barbarischer, wenn dieß möglich war, als zuvor; der Geschichte giebt Rom bis zum Jahre 1852, unserer nächsten Station, nichts weiter zu erzählen. Der mächtige Beschützer Frankreich ward mit Höflichkeiten überschüttet und den Staatsstreich, welcher Napoleon auf den leer- aber bereitstehenden Thron brachte, begleitete der Papst, als der erste der glückwünschenden Monarchen, mit seinem besten Segen. Aber auf die Entschließungen des Papstes hatten die liberalen Ideen oder Worte seines Befreiers keinen Einfluß; seinem Herzen stand Ferdinand II. näher, welcher an die mittelalterliche Tradition, welche ihren alten Sitz zurückgewonnen, mit derselben Ehrlichkeit wie Pius selber glaubte. Für die Fremden war Rom wieder das alte, sie konnten dort den Papst wieder sehen; hinter die Coulissen, in die leeren Kassen, die vollen Kerker, die ganze Welt von Mißbräuchen sahen sie nicht.

Etwas länger als Rom widerstand die Republik von San Marco, Venedig, dem übergewaltigen Geschick. Die Lage der Stadt, der Gang der Dinge in Ungarn ermuthigte die dortigen Führer, welche mit Kossuth genaue Beziehungen unterhielten. Am 26. Mai (1849) wurde das wichtige Fort Malghera von den Vertheidigern geräumt, nachdem es fast ganz zusammengeschossen war; aber noch lange widerstand die Stadt, einer stolzen Vergangenheit eingedenk, den vereinigten Anstrengungen des Feindes, der Cholera und des Hungers. Am 13. August aber erfolgte die Capitulation Görgey's bei Vilagos, welche jeder Hoffnung von dieser Seite ein Ende machte: am 22., nach einem 24tägigen Bombardement, ergab sich Venedig. Den Führern, unter ihnen Manin und General Wilhelm Pepe, wurde gestattet, auf französischen oder englischen Schiffen sich zu entfernen.

Der Großherzog von Toscana hatte sich, nachdem er die Intervention Piemonts zu seinen Gunsten abgelehnt, am 26. Februar 1849 von Gaëta aus in einem Briefe an den Kaiser Franz Joseph gewendet. Nach der Schlacht bei Novara erhielt er die Antwort, in welcher ihm zunächst ziemlich nachdrücklich über die Vergangenheit der Text gelesen wurde, daß er, ein Erzherzog von Oestreich, die Farben und selbst den glorreichen Namen seines Hauses verleugnet habe: er wurde unter der Folter gehalten, als müßte er wenigstens zu Gunsten seines Sohnes abdanken. Indeß brach in Florenz selbst eine Bewegung zu seinen Gunsten aus; die Republik wurde gestürzt und am 12. April Leopold als constitutioneller Fürst zurückgerufen, eine gemäßigt liberale provisorische Regierung eingesetzt. Aber deren Hoffnung, dadurch der östreichischen Intervention zu entgehen, erfüllte sich nicht. Der schwache Großherzog selbst verlangte zuerst seinen Frieden mit Oestreich zu machen, der ihm wichtiger war, als der mit seinem Volke, und bei den Oestreichern war die Intervention eine beschlossene Sache. Sie rückten unter General d'Aspre ein und besetzten im Mai Florenz und das widerhaarige Livorno. Erst am 27. Juli kehrte der Großherzog zurück. Das Ministerium suchte die Verfassung zu erhalten und bemühte sich um eine Verminderung des östreichischen Occupationscorps, das übrigens gute Mannszucht hielt. Allein nachdem Oestreich im ganzen Umfange seines Machtbereiches die Revolution gebändigt, begab sich der Großherzog (Juli 1850) nach Wien, wo man Gutachten der guten Freunde in Italien eingeholt hatte, wie es mit der Verfassung in Toscana gehalten werden solle. Fürst Schwarzenberg, der jetzt hochdaherfuhr, wollte nichts mehr von dieser Verfassung wissen, die zum Kriege mit Oestreich geführt habe. Der Großherzog kam zurück und am 23. September 1850 war im toscanischen Staatsanzeiger zu lesen, daß die Verhältnisse die Wiederaufrichtung der verfassungsmäßigen Organe noch

nicht gestatteten — daß zwar Verwaltungsreformen nach Maßgabe der Verfassung eingeführt werden sollten, die ständische Versammlung aber auf unbestimmte Zeit aufgelöst, mit anderen Worten also die Verfassung suspendirt sei. Am 6. Mai 1852 ward sie förmlich abgeschafft. Zugleich mit der Abschaffung constitutionellen Regiments stieg in Florenz der priesterliche Einfluß. Es charakterisirt ihn die Correspondenz des Großherzogs mit dem Papste, der unter Anderem großes Aergerniß daran nahm, daß katholische Patienten jüdische oder protestantische Aerzte gebrauchten: wenigstens soweit gab Leopold, in welchem der gesunde Menschenverstand sich nicht ganz unterdrücken ließ, nach, daß jüdischen Aerzten nur bei jüdischen Kranken die Praxis gestattet wurde. Eines Concordats mit der nimmersatten Curie erwehrte man sich glücklich: dagegen hallte die Welt wieder von dem Schicksal der Familie Madai, welche das Verbrechen, mit ihrem Dienstmädchen in der Bibel gelesen zu haben, mit mehreren Jahren Kerker büßen mußte. Es war übrigens im Großherzogthum Toscana ein Schatz guter Traditionen vorhanden, so daß das Land doch nicht völlig auf das Niveau des Kirchenstaates oder Neapels herabsank — wo man gar nicht für nöthig hielt, die Verfassung förmlich aufzuheben, sondern einfach die Kammern nicht einberief.

Grausamer war die Reaction in Parma, wo eine Zeitlang, während der Fürst abwesend war, die Oestreicher unter Feldmarschallieutenant Stürmer schalteten. Sie verfuhren weit glimpflicher als der neue Herzog Karl III., zu dessen Gunsten sein Vater abgedankt hatte. Herzog Karl war ein habgieriger, roher, bornirter Mann, der im Styl der Autokraten des 18. Jahrhunderts regierte, und vor dem, während man sich um die Gunst des Landvolkes sorglich bemühte, kein Gebildeter sicher war, weil der Herzog und seine würdige Umgebung, was ebenso auch an einigen der am meisten entarteten unter den kleinen deutschen Fürstenhöfen geschah, in jedem wissenschaftlich gebildeten Manne einen Constitutionellen oder, was in den Augen dieser Leute das Gleiche war, einen Jakobiner sahen. Entsprechend war es in Modena; es war selbst dem Fürsten Schwarzenberg zu viel, der zwar nach der Art solcher Menschen, welchen am Erfolge des Augenblickes Alles liegt und denen Ermattung oder Energielosigkeit ihrer Gegner solche Erfolge des Augenblickes in die Hände giebt, eine cynische Verachtung gegen alle Ideen hegte, sich aber doch nicht ganz der Wahrnehmung verschloß, daß man dem Einfluß des besiegten Piemont doch noch mit anderen Waffen begegnen müsse, als mit polizeilichen Quälereien und unsinnigen Preßverordnungen.

Denn dieß, daß es nicht gelungen war hier in Piemont den Funken der Freiheit und des nationalen Gedankens auszutreten — daß hier

eine uralte Dynastie sich fest und aufrichtig mit den Ideen der Freiheit und Nationalität verbündete — dieß war doch ein Tropfen Gift im Freudenbecher der Reaction. Im Uebrigen aber schien auch in Italien wie überall Alles zum Alten zurückgekehrt. Der stürmische Anlauf, mit getheilten Kräften, unter unzureichender Führung unternommen, war auf der ganzen Linie zurückgeschlagen. Die hohen Worte, das reine und das unreine Blut auf unzähligen Kampfplätzen vergossen, die ungeheuren Opfer an Besitz, Freiheit, Lebensglück, — sie schienen alle vergebens dargebracht und die Lage Italiens war hoffnungsloser als je. Auch in Deutschland war die Revolution niedergeworfen und mit ihr waren, auf lange Zeit wenigstens gewiß, die berechtigten Wünsche und Hoffnungen auf eine Zusammenfassung der Nation in einer würdigen politischen Gemeinschaft unterdrückt; aber immerhin war dieß die Herstellung einer alten Ordnung, die wenigstens keine im eigentlichen vollen Sinne so zu nennende Fremdherrschaft war, und man konnte sich an vielem einzelnem Guten trösten, das der Entwickelung fähiger war als das erbärmliche Ganze. In Frankreich hatte eine Revolution, die gegen eine im Ganzen milde und gemäßigte und jedenfalls verbesserungsfähige Regierung in barem Muthwillen unternommen worden war, mit Aufrichtung einer despotischen Gewalt geendigt, welche eine Corruption zur Folge hatte, mit der verglichen diejenige, gegen welche der 24. Februar unter das Gewehr getreten, eitel Puritanismus war: aber die Nation billigte „in ihren Comitien" diese neue Regierungsform und die Güter, auf welche neben dem Kriegsruhm dieses Volk den höchsten Werth legt, die strenge Geschlossenheit eines nationalen Einheitsstaates, sowie einige der werthvollsten Errungenschaften ihrer Revolution von 1789, die allgemeine Gleichheit vor dem Gesetz, die Gleichberechtigung der Bekenntnisse u. a. waren unversehrt geblieben. Das unglückliche Italien konnte sich mit nichts Aehnlichem trösten. Es war aufs Neue, tiefer als zuvor, aussichtsloser als zuvor, der grausamsten Fremdherrschaft, der Herrschaft der Oestreicher anheimgefallen: einer Fremdherrschaft, welche geschärft war durch die Tyrannenlaunen der einheimischen Vasallenfürsten und durch die Mitregierung des Pfaffenthums, das, des Vaterlandes und des eigenen Hauses entbehrend, ohne Nationalität, ohne Freiheit, für diese Güter in der Herrschsucht einen Ersatz suchte. Und, was schlimmer war: diese Tyrannen hatten einen Augenblick vor ihren Unterdrückten zu zittern gehabt; deren Loos war jetzt, um das Bild eines Redners aus dem Alterthume zu gebrauchen, das Loos entlaufener Sclaven, welche wieder eingefangen sind. Dem Allen hatte dieses Volk nichts entgegenzusetzen als seinen Haß: und dieses Capital allerdings hatte sich in dem unglücklichen Jahre verzehnfacht. Die Erinnerungen an diese Zeit wur-

den durch immer neue Gewaltthaten wach erhalten und so inkräftig war dieser Haß, daß er sich inmitten aller Schrecken der Restauration, fast unmittelbar nach der Niederlage, in Mailand und an anderen Orten wieder hervorwagte. Was den Oestreichern hier beschieden war, war einer jener Kämpfe, deren Hoffnungslosigkeit der alte Mythus vom Kampfe des Halbgottes mit der Hydra veranschaulicht, der sieben Köpfe nachwachsen, wo einer abgeschlagen ist; und auch jenes Mittel, das dort den Kampf entschied, wo Herakles das Feuer dem Schwerte zu Hülfe nahm, verfing hier nichts. Gegen Feuer und Schwert, von deren vereinter Wuth z. B. die unglückliche Stadt Brescia zu erzählen wußte, die am 1. April 1849 durch falsche Nachrichten von einem Siege bei Novara getäuscht, gegen die östreichische Besatzung sich erhob und gegen welche nun General Haynau, der gräulichste unter den Henkern und Drängern dieses Landes, seiner Grausamkeit die Zügel schießen ließ, — gegen Feuer und Schwert, gegen Schuß und Hieb, gegen brutale Gewalt und listige Schmeichelei, gegen Amnestien und gegen Blutgerichte war der nationale Gedanke gefeit, der aus dem allgemeinen Hasse immer wieder neue Lebenskräfte oder neues Hoffen zog.

3. Die pyrenäische Halbinsel, Spanien und Portugal.

Einen eigenthümlichen Gegensatz zu der stürmisch bewegten Apenninenhalbinsel bildete in diesen Jahren die pyrenäische. Zu keiner Zeit während der ganzen Periode seit 1815 erfreute sich Spanien einer so großen Ruhe, wie in den Jahren 1848—52, wo jenseits der Pyrenäen der Aufruhr die ältesten Throne auf längere oder kürzere Zeit erzittern machte oder umwarf. Und während die Geschichte der übrigen Staaten in diesem Zeitraume vorzugsweise und in einem hervorragenden Sinne eine Geschichte der Völker ist, — die in den Massen vorwaltenden Ideen, Leidenschaften, Verirrungen es sind, welche den Gang der Ereignisse bestimmen, weit mehr als das was in der Stille der Cabinette, im geheimen Rathe der Fürsten und Staatsmänner geschieht, besteht die Geschichte Spaniens gerade in dieser Zeit vorzugsweise aus Palastgeschichten, und das Wort Camarilla, das anderwärts so häufig nur als gedankenlose Phrase wiederholt, eines der Aufregungsmittel für die aufregungsbedürftige Menge bildete, bezeichnete hier in Spanien etwas sehr Wirkliches — die nächste vertraute Umgebung der Fürstin, je nach Umständen Verwandte, Günstlinge, Pfaffen, Nonnen, Zofen, die häufig einen mächtigen Minister, an dessen Stellung parlamentarische Opposition und offene Insurrection sich vergebens versuchte, in kurzer Stunde vom Ruder drängten und der Regierung eine entgegengesetzte Richtung gaben.

Jene Heirath, welche Louis Philipp's hausväterliche Staatskunst

geschäftig geknüpft hatte, führte zu nichts Gutem. Der Armselige, den diese Staatskunst der jungen Königin, die wie ihre Mutter von starken und nicht sehr feinen Leidenschaften beherrscht wurde, zum Gemahl gegeben, der Infant Don Francisco de Assis, war wenig nach Isabellen's Geschmack, und es war bald offene Entzweiung zwischen den Ehegatten. Die Königin wandte ihre Gunst einem jungen Officier Serrano zu, welcher der progressistischen Partei angehörte; dieß lähmte den Einfluß der Königin-Mutter Marie Christine, welche sich wieder nach Frankreich begab. Die progressistischen Parteiführer und Intriguanten traten eine Zeitlang an die Stelle der moderadistischen, der Held der Ersteren, Espartero, ward wieder in die Gewalt gesetzt, (1847), als plötzlich im October jenes Jahres der Wind wieder umschlug, das progressistische Ministerium entlassen, und unter dem Haupt der Moderados, dem von Paris zurückgekehrten General Narvaez, ein neues gebildet wurde, welches das königliche Ehepaar versöhnte, den Günstling als Generalcapitän nach Granada schickte und die Königin-Mutter wieder nach Madrid zurückrief.

So traf die Pariser Februarkatastrophe Spanien. Aber während die deutschen Regierungen, große und kleine, an friedliches Regiment über wohlerzogene Unterthanen gewöhnt, bei dem plötzlich mit rasender Gewalt ausbrechenden Orkan den Kopf verloren, die bisherigen Steuerleute vom Sturm gefaßt und über Bord geschleudert wurden, oder rasch, um ihr Leben zu retten, selbst aus dem Schiffe sprangen, verlor man hier, an dergleichen Wetter gewöhnt, die Kaltblütigkeit nicht. Eben was dort der Revolution den unwiderstehlichen Nachdruck gab, die weite Verbreitung der neuen Ideen, die in der Stille bei Unzähligen eine gewisse Reife, und wo die Reife fehlte, eine vielleicht um so größere Stärke erlangt hatten, fehlte hier. Die Revolution, dort mit der ganzen Unwiderstehlichkeit einer lange gesammelten, plötzlich hervorbrechenden Naturkraft wirkend, war hier eine so häufige Erscheinung, daß ihre Mittel, ihre Kräfte, ihr Verlauf sich einigermaßen berechnen und also von einem wetterkundigen und energischen Manne wie Narvaez war, auch wohl beherrschen und vereiteln ließen. Auch in Madrid dachte man wie überall die gute Stunde zur Erlangung weitgehender Concessionen an die Progressisten zu benutzen. Narvaez lehnte sie ab, vertagte die Cortes, nachdem er sich die nöthigen Vollmachten hatte geben lassen, und unterdrückte mit rascher Hand einen demokratischen Aufstand, der am 26. März (1848) in Madrid ausbrach, ebenso wie die Meutereien, die im Mai in Madrid und Sevilla unter den Soldaten sich zeigten. Die einzige mißliche Folge dieser Unruhen war, daß man den englischen Gesandten Lytton Bulwer beschuldigen konnte, bei dem Madrider Aufstande die Hand mit im Spiele

gehabt zu haben, denn das System des Generals Narvaez mißfiel dem damaligen Leiter der auswärtigen Politik Englands, Lord Palmerston, der es in einer unliebsamen Note beleuchtete. Es kam Mitte Mai 1848 bis zur Abberufung der beiderseitigen Gesandten, aber nicht weiter. Auch einer der carlistischen Führer, Cabrera, glaubte, daß in dieser Zeit, wo jeder Insurrectionsgedanke rasch ins Kraut schoß, für die carlistische Sache eine Ernte bereit sei, und erhob im Sommer 1848 in Catalonien die alte Fahne wieder. Aber als der Prätendent selbst, der Graf von Montemolin, im Frühling 1849 nach dem Schauplatze des Aufstandes sich begeben wollte, ward er unterwegs von der französischen Polizei aufgehalten, und im April mußte Cabrera selbst über die französische Gränze treten. Diese Sache war vorläufig hoffnungslos, da jetzt, in der neuen Zeit, wo die legitimistischen Schrullen in den Hintergrund traten, auch Oestreich und Preußen die Königin Isabella anerkannten.

In neuem Glanze strahlte Spanien, als die Reaction triumphirte und auch Spanien vom Papste zum Beistand wider die römische Revolution, den Greuel der Verwüstung an heiliger Stätte, aufgerufen wurde. Längere Zeit hielt sich Narvaez, obgleich er einem Theile des Hofes durch seine persönliche Energie unbequem war, und verschiedene Versuche gemacht wurden ihn zu stürzen. Während die werthvollste der spanischen Colonien, Cuba, von Flibustiern aus den Vereinigten Staaten, wo Viele das Eigenthumsrecht europäischer Staaten an amerikanisches Land nur wenig respectirten, unter General Lopez bedroht wurde, (1850), und darüber ein gespanntes Verhältniß mit der letzteren Macht entstand, erlag Narvaez's Ministerium innerer Uneinigkeit und Palasteinflüssen (Januar 1851). Das neue unter Bravo Murillo versprach Ersparnisse, Moralität der Verwaltung, liberale Handhabung der Gesetze; in Wahrheit verfuhr es im Sinne der verschärften Reaction, die damals schon in ganz Europa ihre Triumphe feierte. Während Narvaez stets dem Auslande gegenüber eine selbstständige Stellung behauptet hatte, schloß das damalige Ministerium mit dem päpstlichen Stuhle ein Concordat mit weitgehenden Concessionen und ließ bonapartistischen Einflüssen Spielraum. Ein Mordanfall auf die Königin am 2. Februar 1852, nachdem sie am 20. December 1851 Spanien einen Thronfolger gegeben, bestärkte die Regierung in ihren reactionären Maßregelungen, und als die am 1. December 1852 zusammentretenden Cortes einen Gegner, Martinez de la Rosa, zu ihrem Präsidenten wählten, antwortete sie mit Auflösung der Kammer und dem Entwurf zu einer revidirten Verfassung: bei diesem war unter Anderem die für jene an derlei Kunststücken fruchtbare Zeit charakteristische Bestimmung ausgeheckt, daß das Staatsbudget ein für allemal bewilligt

sei und nur durch Uebereinstimmung der drei gesetzgebenden Factoren, König, Senat und Deputirtenkammer abgeändert werden könne. Sie drang nicht durch, trat am 11. December ab und machte einem neuen, aber gleichgesinnten Ministerium Platz. Dieß Alles ist keine lebendige Volksgeschichte und kann kaum viel mehr Interesse in Anspruch nehmen, als wenn man etwa die Geschlechtsregister des Herrscherhauses irgend eines fernen Nomadenstammes aufzählen wollte. Indeß hat man mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß wenn überhaupt die Zahl derjenigen Menschen, welche unmittelbar von den politischen Ereignissen berührt werden, eine verhältnißmäßig kleine ist, dieß ganz besonders von Spanien gelte. Das eigentliche Volksleben wurde von dem ewigen Wechsel in den hohen Regionen wenig berührt. Es hielt sich vom Staate und seinen Interessen möglichst abgezogen und verfolgte dafür mit um so größerer Energie innerhalb der nächsten Kreise, der Gemeinden und der Corporationen seine Interessen: wenigstens soviel ist sicher, daß trotz der fortdauernden Verworrenheit der politischen Verhältnisse das Land in materieller Beziehung fortschritt, wie denn auch mit Eisenbahnen ein kleiner Anfang gemacht war.

Weniger noch als Spanien giebt Portugal in diesen Jahren der allgemeinen Geschichte zu erzählen. Es gab nicht viele Menschen in Europa, denen der Unterschied zwischen Septembristen und Cabralisten geläufig war, oder die sich zu sonderlichem Dank angeregt gefühlt hätten, wenn man ihnen sagte, daß die Ersteren ungefähr den Progressisten in Spanien entsprächen, und ihr Führer Saldanha in Portugal eine ähnliche Rolle spiele wie Espartero in Spanien, wogegen die Letzteren den Moderados entsprachen und ihren Namen von Costa Cabral, Grafen Thomar, dem Narvaez Portugals, trugen: ihre Neugierde aber würde völlig gestillt gewesen sein, wenn sie erfahren hätten, daß von December 1847 bis zum Juni 1849 Saldanha, von da bis zum Mai 1851 Graf Thomar im Namen der Königin regierte, daß derselbe dann durch einen Militäraufstand ohne viel Blutvergießen gestürzt und Saldanha wieder Haupt der Regierung wurde, und daß die Streitigkeiten über eine Zusatzacte zur Verfassung noch nicht beendigt waren, als am 15. November 1853 die Königin Maria da Gloria starb und der Wittwer, Titular-König Ferdinand, die Regentschaft über den minderjährigen Dom Pedro V. übernahm.

C. Der Osten.

1. Rußland.

Die revolutionäre Springfluth, welche dießmal in einer ungeheuren Stärke und Ausdehnung zwei Drittheile von Europa bedeckte, und

zum ersten Male bis Wien und Berlin vorgedrungen war, zertheilte sich, ehe sie Rußland erreichte. Das eigentliche Rußland war zu wenig in Berührung mit dem übrigen Europa und es fehlten dem ungeheuren Reiche noch zu sehr alle die Mittel, welche im westlichen Europa Gedanken und Stimmungen rasch über große Massen von Menschen zu verbreiten geeignet sind, als daß die Ideen und Leidenschaften, welche in Frankreich, Italien, Deutschland den großen Tumult anrichteten, die Ruhe des russischen Reiches hätten stören können. Einen verwundbaren Punkt gab es freilich, es war Polen: im übrigen Lande aber lag eine Erhebung des Volkes ganz außerhalb des Bereiches der Möglichkeit, und die Aufgabe der Regierung des Czaren Nicolaus I. bestand zunächst einfach darin, das Eindringen westeuropäischer Ideen von dem Lande abzuwehren. Von diesen westeuropäischen Ideen waren die socialen, socialistischen und kommunistischen gefährlicher als die politischen, für die in Rußland weder unter dem Adel, noch unter der zum größten Theile leibeigenen Masse des Volkes, noch unter dem politisch bedeutungslosen und verhältnißmäßig wenig zahlreichen Bürgerstande der Städte ein Boden bereitet war. In jedem Fall konnte für jene Zwecke eine strenge Handhabung des von dem Czaren längst ausgebildeten Systems der Absperrung ausreichen. Es konnte freilich für Rußland nicht gleichgültig sein, wenn in Deutschland, in Preußen und Oestreich, constitutionelle oder gar republikanische Einrichtungen herrschend wurden: aber im Ganzen war für Rußland, auch im Interesse des monarchischen Prinzips in den Nachbarstaaten, ein rein defensives Verhalten als die richtigste Politik angezeigt.

Allein eine solche rein defensive Politik lag nicht im Charakter des regierenden Kaisers, der jeden Angriff auf die absolutistische Ordnung, welche ihm zum Dogma geworden war, wie eine persönliche Beleidigung auffaßte. Wie im Jahre 1830 war es sein erster Gedanke, der Revolution mit gewaffneter Hand entgegenzutreten; eine andere Art der Bekämpfung kannte er überhaupt nicht. In einem Befehl an seinen Kriegsminister vom 8. März 1848 gebot er, sofort einen Theil des Heeres auf den Kriegsfuß zu setzen, „um, wenn es die Ereignisse erheischten, dem Strom der Anarchie eine zuverlässige Gegenwehr entgegenzustellen“, und am 26. erließ er ein Manifest an die Völker seines Reiches, in welchem eine sehr drohende und angesichts der Lage seiner deutschen Verbündeten höchst unkluge Sprache geführt wurde. Aufruhr und Anarchie, in Frankreich entstanden, habe sich rasch dem benachbarten Deutschland mitgetheilt, habe Preußen und Oestreich, mit Rußland verbündete Staaten, ergriffen und scheine auch Rußland zu bedrohen; für die Ehre des russischen Namens, die Unverletzbarkeit der russischen Gränze aber werde jeder Russe unter dem alten Kriegsrufe

„für Glauben, Czar und Vaterland“ den Weg zum Siege finden. Das Manifest schloß mit einem Citat aus dem Propheten Jesaia, welches den hochfahrenden Charakter des Kaisers bezeichnete: „Vernehmet es, ihr Heiden, und unterwerfet euch, denn mit uns ist Gott.“

Jene Rüstungen und diese Drohworte waren durch nichts gerechtfertigt, da es Niemandem einfiel, den Russen ihren Czaren und ihren Glauben zu rauben. Auch gegen die Polen waren dießmal kaum besondere Kraftanstrengungen nothwendig, da sie von der Februarrevolution unvorbereitet überrascht und von Frankreich noch weniger als im Jahre 1830 unterstützt wurden, und die Insurrection im preußischen Polen von Preußen allein nach kurzem Kampfe ohne Schwierigkeit unterdrückt ward. Zum Glücke hatte Nicolaus in seiner Umgebung Leute, die klüger waren als er, und die richtig erkannten, daß jede unmittelbare Einmischung in die chaotische Bewegung des Jahres 1848 nur den conservativen Interessen verderblich sein würde, wie einst im Jahre 1792 die Einmischung Europas in die inneren Kämpfe Frankreichs den conservativen Interessen in diesem Lande nur verderblich gewesen war. Vielleicht kam die Zeit doch, wo Rußland, nachdem die westlichen Staaten in der schweren Krisis ihre Kräfte aufgezehrt hatten, seine Macht geltend machen konnte: so besann man sich eines Besseren, erklärte die „Heiden“ jenes thörichten Manifestes für ein Mißverständniß und einen Uebersetzungsfehler und beschränkte sich auf ansehnliche Truppenconcentrirungen an der westlichen Gränze und strenge Ueberwachung des Verkehrs mit den westlichen Ländern.

Einstweilen gab die Verwirrung im Westen dem Kaiser die willkommene Gelegenheit, an der Südostgränze des Reiches im allezeit Trüben zu fischen.

Während im Ganzen nämlich auch das türkische Reich von der Revolution, welche zu nicht geringer Befriedigung der Moslemen unter den Ungläubigen ausgebrochen war, unberührt blieb, war dieß doch in den christlichen, mit Oestreich und Ungarn durch manigfachen Verkehr verbundenen, durch französischen und insbesondere Pariser Einfluß, durch allerlei deutsche und französische Leserei bearbeiteten Donaufürstenthümern nicht der Fall. Hier erhob sich, zunächst in Jassy, der Hauptstadt der Moldau, eine Bewegung gegen den Fürsten Stourdza, von welchem im April des Revolutionsjahres eine Notabelnversammlung pünktlichere Beobachtung des bestehenden Staatsgrundgesetzes oder Reglement organique und verschiedene dringende Verbesserungen, Auflösung der Bojarenversammlung, die, wie der Hospodar selbst ganz unter russischem Einfluß stand, verlangte. Der Fürst antwortete mit brüsken Gewaltmaßregeln gegen die Unterzeichner dieser völlig loyalen Vorstellung, und ein Theil von diesen wandte sich

an die Pforte, welche sich auch anfangs ihrer Auffassung der Sache günstig zeigte, bald aber, von Rußland gedrängt, eine feindselige oder gleichgültige Stellung gegen sie einnahm. Der Pfortencommissär, der nach Jassy geschickt worden war, ließ den Commissär der „garantirenden Macht" — unter diesem Rechtstitel schritt Rußland ein — General Duhamel, nach seiner Weise schalten und die liberalen Bestrebungen, welche freilich bei dem abgeschmackt-conservativen Standpunkt, den Kaiser Nicolaus einnahm, nothwendig auch russenfeindliche Bestrebungen sein mußten, wurden unterdrückt. Etwas anders, im Wesentlichen aber ähnlich, verliefen die Dinge in der Walachei. Hier trug der Hospodar des Landes, Fürst Bibesko, welcher sich von russischem Einfluß unabhängiger gehalten hatte, kein Bedenken, den liberalen Demonstrationen, die in Bukarest so wenig als in Jassy fehlten, entgegenzukommen. So drangen radicale Elemente, namentlich polnische Emissäre, deren Weizen jetzt über ganz Europa hin in vollem Blühen war, hier ein und erregten die Massen gegen Rußland, so daß der russische Generalconsul von Kotzebue nach Fokschani flüchtete. Man drängte jetzt den Fürsten und verlangte von ihm, über das Reglement organique hinausgehend, eine Verfassung nach europäischem Muster. Er willfahrte, sah aber bald, daß auch dieß den Radicalen, welche überall von selbst gewonnenes Spiel haben, wo eine Bevölkerung selbst für mäßige Freiheiten nicht reif ist, nicht genüge und verließ das Land, worauf die revolutionäre Partei, die nur hierauf gewartet hatte, eine provisorische Regierung bildete und für dieselbe die Anerkennung der Pforte nachsuchte (Juni 1848).

Dort in Stambul war das schwache Ministerium, welches in der Moldau den Russen nachgegeben hatte, entlassen und Reschid Pascha, dessen Name Fortschritt und würdige auswärtige Politik bedeutete, wieder hergestellt worden. Er hätte Gelegenheit gehabt, die liberale Stimmung Europas, welche entschieden gegen Rußland und darum ohne viel Kritik türkenfreundlich war, nachdrücklich auszubeuten; aber eine consequente Politik war auf diesem Boden, der nur sehr mittelbar an dem europäischen Gesammtleben Theil hatte, nicht möglich. Ein Pfortencommissär, Suleiman Pascha, ging nach Bukarest mit dem Auftrage, die dortige provisorische Regierung aufzulösen. Er fand nicht die mindeste Schwierigkeit; man kam ihm seitens des rumänischen Liberalismus mit der größten Bereitwilligkeit entgegen: als der Commissär nun eine neue Regierung, eine Statthalterschaft oder Kaimakamie wählen ließ, wurden, nicht zum Aerger der Pforte, drei von den Mitgliedern der abgetretenen provisorischen Regierung wieder gewählt. Das Petersburger Cabinet dagegen ärgerte sich schwer, daß das Land so ruhig blieb und daß somit kein Grund war, mit bewaffneter Macht

einzuschreiten. Indeß da kein Grund vorhanden war, marschiren zu lassen, so that man es ohne einen solchen: am 10. Juli überschritt ein russisches Armeecorps den Pruth und besetzte zunächst Jassy, die Hauptstadt der Moldau; zugleich suchte man die Pforte zu bewegen, ihrerseits Truppen in die Walachei einrücken zu lassen: denn man hatte den Gedanken, den liberalen Walachen die Türkenfreundschaft womöglich durch die Türken selbst austreiben zu lassen. Die Pforte war schwach genug, nachzugeben. Sie rief Suleiman Pascha ab und schickte im September 1848 Fuad Effendi, mit der Instruction, daß, wie Rußland wollte, das Reglement organique unverändert wieder hergestellt werden solle; als die Statthalterschaft Schwierigkeiten machte, überschritten bereit gehaltene Truppen die Donau und rückten am 25. September unter Omer Pascha in Bukarest ein. Auch russische Truppen rückten, nachdem eine neue Landesregierung, an ihrer Spitze Fürst Kantakuzeno, eingesetzt war, in die Walachei und überwinterten in schönster Eintracht mit ihren türkischen Kameraden zu Bukarest.

So hatten die Russen 40,000 Mann ihrer besten Truppen in den Fürstenthümern; sie meinten damit der weiteren Ausdehnung der Revolution nach Südosten einen Riegel vorgeschoben zu haben. Zu ihrer Verwendung bot sich, wie wir sahen, im Jahre 1849 reichliche Gelegenheit. Mit wachsendem Nachdruck vollzog sich im westlichen Europa der reactionäre Umschwung. Die Extravaganzen des Radicalismus zwangen die conservativen Kräfte, sich ihres Lebens zu wehren, und nöthigten wohl oder übel auch die liberalen, sich diesen anzuschließen. Dieß geschah in Frankreich und in Deutschland, ohne daß man unmittelbar fremder Hülfe bedurft hätte; in Oestreich dagegen war die Regierung zu dem verzweifelten Schritte genöthigt gewesen, die russische Hülfe in ausgedehntestem Maße in Anspruch zu nehmen. Es war kein russisches Reichsinteresse, sondern nur der sehr persönliche Revolutionshaß des Czaren, welcher diesen bestimmte, Oestreich wieder in den Sattel zu helfen. Nachdem er diesem Staate geholfen die ungarische Revolution niederzuwerfen, ließ er sich, berauscht von der großen Rolle eines Bändigers der Revolution, weiter angelegen sein, ihm auch wieder seine deutsche Stellung zurückzugewinnen: er war es, mit dessen Beistand Oestreich den preußisch-deutschen Reformbestrebungen Halt gebot, die Schleswig-Holsteiner entwaffnete, das hessische Land mit gebundenen Händen seinem Tyrannen wieder auslieferte, den Bundestag wieder herstellte. Den vollen Genuß dieser großen Rolle gönnte ihm das Geschick. In Oestreich allerdings empfand man wohl, was es hieß, von einem solchen Bundesgenossen gerettet zu sein, der durch die Art, wie er die Hülfe geleistet, den Dank und Lohn dafür verscherzt hatte; in Preußen aber schien der König und die Partei, die diesen beherrschte,

die Demüthigungen von Warschau und von Olmütz, die schimpflichste Niederlage in einer Geschichte voll Ruhm, fast als eine Art von Ehre anzusehen, und auch der Servilismus der kleinen deutschen Fürsten und ihrer Hofschranzen verehrte in dem Czaren den Retter und Beschützer ihres nichtigen und gemeinschädlichen Daseins. Ohne Sorge, des Gelingens so gut wie gewiß, schien er jetzt daran gehen zu können, sich dort den Lohn und Siegespreis zu holen, wo nicht sein persönlicher Ehrgeiz allein, sondern die russische Tradition seit Peter dem Großen ihn suchte — in der Türkei.

2. Türkei und Griechenland.

Im April 1849, noch ehe der ungarische Aufstand bewältigt war, erschien ein Flügeladjutant des Kaisers von Rußland, General Grabbe, in Constantinopel, und am 1. Mai wurde die Acte von Balta Liman, nach einem Sommersitze des Großveziers am Bosporus so genannt, unterzeichnet, durch welche Rußland die Stellung, die ihm einst der Vertrag von Hunkiar Iskelessi (1833) gegeben, wieder erhielt. Die Acte regelte die Verhältnisse der Donaufürstenthümer nunmehr in der Weise, daß in beiden Fürstenthümern neue Hospodare gewählt, diesen ein Divan zur Prüfung des Budgets an die Seite gestellt wurde, im Uebrigen das organische Reglement in Kraft bleiben sollte. Bis zur Herstellung der Ruhe sollten die beiden contrahirenden Mächte eine ausreichende Truppenzahl in den Fürstenthümern halten, und Commissäre Rußlands und der Pforte sollten den neugewählten Hospodaren berathend zur Seite stehen. Der Vertrag galt auf sieben Jahre: im Wesentlichen waren durch denselben Rußland in den Donaufürstenthümern die gleichen Rechte zugestanden, wie der suzeränen Macht, der Pforte, und Rußland war in der Lage und gewillt, seine Stellung ganz anders auszunutzen, als diese.

Dem ungarischen Aufstande gegenüber hatte die türkische Regierung das zweideutige Spiel gespielt, welches der Schwäche natürlich ist. Man sympathisirte im Ganzen mit dem Aufstande und erfreute sich namentlich insgeheim an den ersten Schlappen, welche General Lüders, der von der Walachei aus im December 1848 in Siebenbürgen eingerückt war, dort erlitt; in Constantinopel saß ein Comité von Flüchtlingen aller Nationen, welches Freiwillige für die ungarische Armee ausrüstete.

Allein der ungarische Aufstand erlag bald der Uebermacht der vereinigten Kaiserhöfe, und diese beiden verlangten nun, gestützt auf einen Artikel des Friedens von Kutschuk Kainardje (1774), die Auslieferung der ungarischen Flüchtlinge, welche sich zumeist auf türkisches Gebiet gerettet hatten: zum Theil aus niedrigem Rachegelüst gegen die Män-

ner, welche ihren Truppen den Sieg so schwer gemacht hatten, zum Theil um der Pforte für ihre schlechtverhehlten Sympathien für die Revolution eine Demüthigung zuzufügen. Allein die Pforte erinnerte sich an Präcedenzfälle aus Zeiten früherer ungarischer Erhebungen, wo die Flüchtlinge nicht ausgeliefert worden waren, und scheute sich vor der öffentlichen Meinung in Europa, den racheschnaubenden Herrschern einen solchen nichtswürdigen Henkershandlangerdienst zu erweisen: umsomehr, als dem Verlangen der beiden Gesandten Titoff und Stürmer im September 1849 ein kaiserlich russischer Officier mit eigenhändigem ungestümem Brief des russischen Despoten folgte, und als sie sich in dieser Frage durch den einflußreichen englischen Gesandten Sir Stratford Canning, dem sich der französische und selbst der preußische Gesandte Graf Pourtalis anschloß, unterstützt sah. In einem sehr höflichen eigenhändigen Schreiben an den Czaren lehnte Abdul-Medjid die unwürdige Zumuthung ab und bewies damit ein Anstandsgefühl, welches man in der Handlungsweise der beiden Kaiserhöfe vermißt. Er versprach dagegen sorgfältige Ueberwachung der Flüchtlinge; Fuad Effendi, eine am Petersburger Hofe wohlangeschriebene Persönlichkeit, überbrachte dieß Schreiben, das den Gesandten einstweilen verborgen blieb. Man war dort klug genug, sich damit zu begnügen, und fand es höchst überflüssig, daß im October des Jahres eine starke englische Flottendivision in den Dardanellen erschien: mit den Oestreichern wurde noch eine Anzahl Noten gewechselt, bis sich die Rachsucht Schwarzenberg's gleichfalls abkühlte. Allmälig verliefen sich die Flüchtlinge: die einen durften, als in Ungarn wieder etwas wie Menschlichkeit geübt wurde, zurückkehren, einige, wie Bem, traten zum Islam über und wurden dadurch für Europa bedeutungslos; die bedeutendsten, wie Kossuth, gingen nach England oder Nordamerika.

Im Uebrigen verflossen die Jahre von 1848—52 für die Türkei ziemlich ruhig. An localen Aufständen und Unruhen fehlte es zwar, wie bei einem solchen Reiche natürlich, nicht, aber keiner derselben war von ernsterer Bedeutung. Die Hospodarenwahlen in den Fürstenthümern gingen ohne Störung gemäß der Acte von Balta Liman vor sich und fielen in der Walachei auf Bibesko's Bruder, Fürst Stirbey, in der Moldau auf Gregor Ghika; im Jahre 1850 wurden die beiderseitigen Occupationstruppen nach dem Wunsche der Pforte vermindert. Die Stellung der Pforte zu Aegypten besserte sich insofern, als im Jahre 1848 (November) Ibrahim Pascha starb und der neue Vicekönig, sein Neffe Abbas Pascha, niemals die Waffen gegen die Pforte getragen hatte und sich unterwürfiger zeigte, als sein Vorgänger, der einst die Welt mit dem Rufe seiner Thaten erfüllt hatte. Außerdem hatte die Pforte hier an den Engländern eine kräftige Stütze, welche

das wichtige Land umsoweniger aus den Augen ließen, als eben jetzt das Project einer Durchstechung der Landenge von Suez von sich reden machte. Die Durchführung des großen Gedankens selbst lag noch in weitem Felde und vielleicht war es nicht das Project an sich, welches, wenn es wirklich alle Vortheile bot, die man sich davon versprach, schließlich doch auch der ersten Handelsnation zu Gute kommen mußte, sondern es war vielmehr der Umstand, daß Frankreich vorzugsweise sich für dasselbe zu interessiren schien, was die Engländer mißtrauisch machte. Einstweilen setzten sie dem von ungeheueren Schwierigkeiten umgebenen Plan einen leichter auszuführenden, eine Eisenbahnverbindung zwischen Alexandrien, Kairo und Suez entgegen.

Eine andere Verwickelung aber erhob sich für die Pforte in der Frage der heiligen Stätten, aus welcher sich für die Türkei und für ganz Europa die wichtigsten Folgen ergeben sollten. Mit dem Namen der heiligen Stätten wurden gewisse Oertlichkeiten in Jerusalem selbst und dessen Umgebung bezeichnet, welche eine wissenschaftlich mehr oder weniger zweifelhafte Tradition mit dem Leben und Wirken des Erlösers in Verbindung brachte. Auf diese Stätten wurde von den verschiedenen christlichen Confessionen, mit Ausnahme derjenigen, welche sich das Wort des Evangeliums, nicht den Lebenden bei den Todten zu suchen, gemerkt hatten, ein übertriebener Werth gelegt: und da, wo Mönche zanken, des Haders kein Ende zu finden ist, so kam es von Zeit zu Zeit zu Streitigkeiten über das Benutzungsrecht oder Eigenthumsrecht oder Mitbenutzungsrecht oder Miteigenthumsrecht an dieser Thür und jenem Gewölbe, auf welches die eine oder die andere dieser Confessionen, Lateiner oder Griechen, Armenier oder Syrier Anspruch erhoben. So kam es im Jahre 1847 zu Händeln zwischen dem griechischen und römisch-katholischen oder lateinischen Clerus, in deren Verlauf ein silberner Stern über der angeblichen Geburtsstätte des Erlösers zu Bethlehem verschwunden war. Der Thäter ward nicht ermittelt und der Stern nicht wieder aufzufinden; im Jahre 1848 aber fand Niemand Zeit, den Handel weiter zu verfolgen. Indeß ein Streit, bei welchem der Clerus zweier mächtigen und auf diesem Boden, auf den beide gleichen Werth legen, mit besonderem Eifer rivalisirenden Kirchen betheiligt ist, muß durchgefochten werden. Die Zeiten hatten sich geändert: man begann jetzt überall wieder auf religiöse Formen und Aeußerlichkeiten großen Werth zu legen: und besonders in Frankreich glaubte der Clerus seinen Einfluß auf den neuen Machthaber, dem er unentbehrlich war, benutzen zu können, um hier an dieser wichtigen Stelle einen Erfolg in seinem Sinne zu erringen. Es gehört zur Politik des römischen Clerus, die Gemüther von Zeit zu Zeit durch irgend ein Neues, — einen Anspruch, Streithandel, Auffindung einer neuen dog-

matischen Spitzfindigkeit und dergleichen, anzuregen und zu beschäftigen und dieses Interesse begegnete sich hier mit dem des damaligen Präsidenten, in der auswärtigen Politik Frankreichs von sich reden zu machen. Es ist kaum der Mühe werth, diesen Handel in seinen Einzelnheiten zu verfolgen, die nur durch ihren Gegensatz zu den mächtigen daraus entspringenden Folgen Interesse erwecken. Anfangs, in einer Note vom 28. Mai 1850, stellte das französische Cabinet sehr weitgehende Forderungen bezüglich der Rechte der Lateiner an die heiligen Stätten und machte sie mit großem Nachdruck durch seinen Gesandten in Constantinopel, General Aupik geltend: als es aber merkte, daß es darin die übrigen Mächte gegen sich habe, zog der neue Gesandte, Marquis von Lavalette, gelindere Saiten auf und es wurde türkischerseits eine gemischte Commission niedergesetzt, welche die Angelegenheit untersuchen und auf Grund eines Berichtes dem Sultan zur Entscheidung vorlegen sollte. So schien die Angelegenheit October 1851 einer gütlichen Beilegung nahe, als ein Brief des Kaisers von Rußland, zunächst noch in milder Form, die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Standes verlangte. Die Pforte löste die Commission auf, beleidigte dadurch Frankreich, dessen Gesandter nun seinerseits mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohte, wenn nicht bis 24. December ein Bescheid ergangen sei. Im Februar 1852 erfolgte die Entscheidung des Großherrn, welche im Wesentlichen dahin ging, daß die seitherigen Privilegien fortbestehen, die Lateiner aber im Besitz der drei Schlüssel zu den Hauptthüren der St. Marienkirche in Bethlehem verbleiben und sofern ihnen einer fehle, in den Besitz desselben gesetzt werden sollten: um einen dieser Schlüssel, der fehlte, handelte es sich also. Mit diesem Zugeständniß, daß die Lateiner eine Thüre, welche auch die Griechen benutzten, ihrerseits auf- und zuschließen durften, begnügte sich der französische Gesandte: aber nun mußte auch Rußland befriedigt werden. Dieß geschah durch einen Ferman, welcher den Griechen ihre Rechte an den heiligen Stätten gewährleistete. Lavalette war auf Urlaub abwesend: als er zurückkehrte, erhob er Einwendungen (August 1852), erklärte sich aber durch einige Entschuldigungen für befriedigt (October 1852). Nicht so Rußland, dem mittlerweile der Kamm immer höher geschwollen war. Der Generalconsul Rußlands für Palästina und Syrien verlangte von dem nach dem Schauplatze dieses einfältigen Schlüsselstreites gesandten Pfortencommissär die öffentliche feierliche Vorlesung des Fermans für die Griechen, wogegen die Pforte dem französischen Gesandten schon die Zusage gegeben hatte, daß dieß nicht geschehen solle. Während also Frankreich seine Versöhnlichkeit hinreichend documentirte, wurde mehr und mehr sichtbar, daß Rußland Händel suchte. Es berief den maß- und tactvollen von Titoff ab und

schickte einen neuen schrofferen Vertreter, von Ozeroff, der den Auftrag hatte, einigen Artikeln des Friedens von Kutschuk Kainardje (1774), welche sich nur auf Constantinopel und den Schutz der nach Jerusalem wallfahrenden russischen Pilger bezogen, die Deutung zu geben, als verleihen sie dem Czaren ein Schutzrecht über alle Bekenner der orthodoxen Kirche in der Türkei d. h. über 10 Millionen türkischer Unterthanen. Am 15. December erfolgte nun eine weitere endgültige Entscheidung der Pforte in der heiligen Stättenfrage. Sie lautete dahin, daß der Ferman für die Griechen, dem Verlangen Rußlands gemäß, in Jerusalem öffentlich verlesen werden, zugleich aber nun auch der oben erwähnte Schlüssel den Lateinern d. h. den römisch-katholischen Schützlingen Frankreichs ausgeliefert werden sollte. Frankreich, wo soeben der neue Kaiserthron aufgeschlagen worden war, fügte sich, obgleich das Zugeständniß, welches es erlangte, gleich Null war; der neue Kaiser sah, daß hier eine Verwickelung sich bildete, bei welcher ihm, dem Emporkömmling, große Aussichten sich eröffneten. Der Kaiser Nicolaus aber ward dadurch in seinem Hochmuth bestärkt, und schritt, schon von der Ate gefaßt, weiter seinem Verhängniß entgegen.

Die Aufmerksamkeit Englands blieb auf die orientalischen Angelegenheiten gerichtet und vielleicht wurde es durch das Vorgefühl ernsterer Verwickelungen in dieser an Verlegenheiten reichen Region bestimmt, den ärgerlichen Handel baldmöglichst und glimpflich zu endigen, der auf kurze Zeit und auf nicht besonders ehrenvolle Weise Griechenland wieder in den Vordergrund des europäischen Interesses schob. Dieser Handel entstand aus den finanziellen Verbindlichkeiten, welche Griechenland während seines Unabhängigkeitskrieges sich namentlich englischen Häusern gegenüber aufgeladen hatte. Allein das Schuldenzahlen war auf diesem Boden nicht üblich und die Nachkommen der Hellenen des achäischen und ätolischen Bundes hatten Wichtigeres zu thun, als für den Wiederanbau des Landes zu sorgen und an ihrem Theile darauf bedacht zu sein, daß diese Bevölkerung sich wieder an die ehrliche Arbeit gewöhnte. Cabinetsintriguen, Ministerwechsel, Anzettelungen unter den stammverwandten Bevölkerungen des türkischen Reiches, Erweckung panhellenischer Sehnsucht und Unzufriedenheit auf den jonischen Inseln — das waren die Geschäftszweige, in welchen die Politiker des wiederhergestellten Griechenlands ihre Meisterschaft suchten. Endlich riß den Engländern die Geduld, und umsomehr, als mit dem steigenden Muthwillen der Griechen auch der russische Einfluß bei ihnen stieg. Bei verschiedenen Tumulten, wie sie in Griechenland nichts Seltenes waren, hatten englische Unterthanen Vermögensschädigungen erlitten, und Einer, ein portugiesischer Jude von Geburt, aber britischer Unterthan, Pacifico mit Namen, hatte eine Forde-

rung von 800,000 Drachmen geltend zu machen. Bei bösen Zahlern helfen gütliche Mittel nichts: als sie erschöpft waren, erschien am 11. Januar 1850 die englische Mittelmeerflotte unter Viceadmiral Parker vor dem Piräus. Er setzte eine Frist von 24 Stunden zur Erfüllung seiner Forderungen. Das griechische Ministerium, gestützt auf ein Gutachten seiner Juristen, welche die Ansprüche für ungerecht erklärten, weigerte sich. Der Admiral ließ den Werth griechischer Richtersprüche dahingestellt und begann am 19. mit den Zwangsmaßregeln: Blockade, Wegnahme griechischer Handels- und Kriegsfahrzeuge, deren 200 im Hafen von Salamis zusammengebracht wurden. Die griechische Regierung protestirte und sandte ihre Diplomaten nach den Hauptstädten der Schutzmächte, die französische Regierung bot ihre Vermittelung an und Rußland begleitete die Klagen der gekränkten Unschuld, welche die griechischen Minister und ihre Sendboten mit dreister Stirne spielten, mit heftigen Erklärungen gegen die Politik Lord Palmerston's, auf welche zu schmähen damals auch in Deutschland als ein wohlgefälliges Zeichen guter Gesinnung galt. Allein die englische Regierung gab nicht nach; sie milderte zwar die Blockade, gab aber die Schiffe nicht zurück, bis Englands Forderungen, die es auf 330,000 Drachmen ermäßigte, erfüllt waren. Diese bezahlte die griechische Regierung; Rußland übte die wohlfeile Großmuth, angesichts der Verluste, welche Griechenland durch die Blockade erlitten, vorläufig auf die Heimzahlung seines Antheiles an den gemachten Anleihen zu verzichten. Im Uebrigen bietet das kleine Land in dieser Zeit keinen Stoff, der, vom weltgeschichtlichen d. h. vom Standpunkte der Geschichte der Menschheit als eines Ganzen aus betrachtet, des Erzählens würdig wäre. Die Ehe des Königs blieb kinderlos: ob dem Fürsten, der wiederholt das Land verließ und die Königin mit Führung der Geschäfte betraute, gelungen, seinen jüngeren Bruder Adalbert zu bestimmen, nach ihm die schwere Last dieser Krone von so leichtem Gewicht zu übernehmen, wußte man nicht: und man nahm in diesen Zeiten, wo allenthalben Rußland das große Wort führte, im übrigen Europa mit einer Art von Resignation an, daß das Land in einiger Zeit bei irgend einer passenden Gelegenheit eine russische Secundogenitur unter einem Prinzen des russischen Kaiserhauses werden werde. In diesem Sinne ward auch das Protocoll vom 20. November 1852 aufgefaßt, in welchem die Schutzmächte, England, Frankreich, Rußland wiederholten, was schon der Art. 40 der griechischen Verfassung vom März 1844 feststellte, daß der Thronfolger, wer immer er sein werde, sich zur griechischen Kirche bekennen müsse.

3. Oestreich.

Wir müssen, ehe wir weiter schreiten, noch einen Blick auf dieses Reich werfen, welches aus den Stürmen der Revolution gerettet her-

vorgegangen war, seine Rettung aber dem russischen Czaren verdankte und das, durch die stärksten Bande der Dankbarkeit, wie Nicolaus selber meinte, an diesen gekettet den besten Verbündeten und die festeste Stütze der gewaltigen Stellung bildete, welche der russische Kaiser am Ende dieser denkwürdigen Epoche des europäischen Lebens im 19. Jahrhundert inne hatte.

Der Kampf, den dieses Reich in den Jahren 1848 und 1849 um seine Existenz führte — wie es, im Süden, Osten und Norden gleichmäßig von Abfall und Krieg bedroht, vom Aufruhr in seiner eigenen Hauptstadt ergriffen, bei trostloser Finanzlage, wechselnden Ministerien, einem völlig unfähigen und dann einem noch kaum zum Jüngling gereiften Herrscher, gleichwohl durch seine zähe Lebenskraft, wie durch sein Heer, das eine Art künstlicher östreichischer Nationalität in diesem stämme- und völkerreichen Lande ohne einheitliche Nationalität bildet, sich behauptete — dieser Kampf hat etwas ungemein Großartiges: und daß Oestreich schließlich siegreich aus demselben hervorging, würde unsere volle Bewunderung verdienen, wenn dieser Sieg nicht an der Einen Stelle, in Ungarn, lediglich durch die russischen Bajonette erfochten, in Deutschland durch die nahezu unbegreifliche Schwäche eines Rivalen, welcher nach des Tacitus Wort „der Knechtschaft sich entgegenstürzte", in Italien durch die wahnsinnige Zwietracht im Lager des Gegners erleichtert, — in allen drei Fällen, in Ungarn, Deutschland und Italien schändlich mißbraucht, im eigenen Lande nur zur Förderung freiheits- und fortschrittsfeindlicher Prinzipien und Personen ausgebeutet worden wäre. Es schien, als habe wirklich Oestreich aus dem furchtbaren Würfelspiele zweier schicksalsvollen Jahre seinen Einsatz vollständig gerettet — als habe es die drei großen Weltstellungen, welche seine Vergangenheit und vielleicht sein Verhängniß ihm anwies, die deutsche, die italienische und die Donaustellung, unversehrt behauptet.

Es war auch geschehen, für heute und für morgen. Weit in die Zukunft aber liebte man hier nicht zu sorgen und zu sehen, am wenigsten liebten es die Cavaliere und genialen Emporkömmlinge, welche diesen Staat jetzt steuerten. Der Sieg war, auf welche Weise, mit welchen Mitteln immer, erfochten; es handelte sich darum, ihn auszubeuten. Im März 1849 war jene Verfassung für den gesammten östreichischen Staat gegeben worden, welche die Unterschriften des neuen Kaisers und seiner Minister Schwarzenberg, Bach, Kraus, Stadion, Bruck u. A. trug, zu denen man noch den für liberal geltenden Schmerling gesellte, nachdem derselbe in Frankfurt seine Dienste geleistet hatte. Constitutionelle Monarchie, einheitliche und untheilbare, Ungarn, Lombardei, Venetien eingeschlossen; alle Volksstämme gleichberechtigt; das ganze Reich Ein Zoll- und Handelsgebiet; Freizügigkeit, Genuß der

bürgerlichen und politischen Rechte vom Religionsbekenntniß unabhängig, auch sonst ein ziemlich reiches Maß von Grund- und Volksrechten; Ober- und Unterhaus: dieses, in indirecten Wahlen, auf allemal 100,000 Seelen ein Deputirter, vom Volke — jenes auf allemal 10 Jahre von den Landtagen der einzelnen Kronländer gewählt. Denn diesem glücklichen Lande stand wie dem Deutschland der Träume von 1848 stets eine doppelte Freiheit bevor, die Freiheit im Reiche und außerdem noch die in jedem besonderen Kronlande: auch an Wahlvergnügen, woran das Herz der Freiheitsmänner von 1848 hing, fehlte es nicht: überdieß beschwört der Kaiser vor seiner Krönung diese Verfassung, auf welche selbst die Armee beeidigt werden sollte. Wer die Aufrichtigkeit dieser Verleihung damals bezweifelt hätte, der würde den „ehrenwerthen Männern", die sie gegeben, Unrecht gethan haben: jetzt nach errungenem Siege, nach hergestellter Autorität stand nichts im Wege, sie ins Leben treten zu lassen.

Indeß es geschah nicht; aber man war geduldig. Zuerst hielt man sich an den Namen des Grafen Stadion, den Sohn des Ministers vom Jahre 1809, den man für einen Mann der Reform und eines verjüngten Oestreichs hielt und welcher in der That in Galizien sich als trefflicher Verwalter und Mann reformatorischer Ideen gezeigt hatte. Allein Stadion verfiel bald darauf unheilbarer Geisteskrankheit und das Ministerium des Innern kam in die Hände eines gewandten und grundsatzlosen Emporkömmlings der letzten Jahre, Alexander Bach, welcher bald, um sich zu halten, den gründlichsten Adepten in der Kunst, Staaten zu ruiniren, der hohen Geistlichkeit, die Zügel schießen ließ. Diese machten sich rüstig ans Werk, Oestreich zu verjüngen, indem sie zunächst die freie Verfügung über den sogenannten Religionsfonds von 80 Millionen zurückforderten, denselben vorsichtig jedoch nicht in östreichischen Staatspapieren angelegt wissen wollten: es war nur erst ein Anfang dessen, was kommen sollte, daß am 18. April 1850 die Einrichtung, nach welcher päpstliche Erlasse nur nach ertheiltem landesherrlichem Placet veröffentlicht werden durften, aufgehoben ward. Der junge Kaiser, der einen Theil der verhängnißvollen Zeit im Lager Radetzky's zugebracht hatte und bis dahin nur soldatische Neigungen zeigte, beherrscht von der gebundenen Religiosität des Habsburgischen Hauses, deren eifrigste Bekennerin seine Mutter, Erzherzogin Sophie, war, umgeben von Männern, welche Allem, was an die Revolution erinnerte, fanatischen Haß geschworen hatten und von denen Keiner, am wenigsten Schwarzenberg, einen Begriff von dem Ernst der unermeßlich schwierigen Aufgabe der Verjüngung Oestreichs, die sie im Munde führten, besaß — der Kaiser Franz Joseph hätte die Verfassung schwerlich durchführen können, auch wenn er mehr Einsicht,

mehr Erfahrung und mehr Eifer für dieselbe gehabt hätte, als man füglich von ihm erwarten konnte. Auch fehlte es nicht an den besten Vorwänden, und, wenn nur sonst der Wille zu Reformen ernst und gut war, auch nicht an guten Gründen, das Versprechen zurückzunehmen, das in aufgeregter Zeit gegeben und in einer Einrichtung von zweifelhaftem Werth, zweifelhafterer Durchführbarkeit verkörpert worden war. Denn völlig zufrieden mit dieser Verfassung war Niemand. Die Einen waren der Ansicht, daß dieses Völkerconglomerat nur mittels einer absoluten Regierung, der ein mächtiger Adel und eine festorganisirte Kirche zur Seite stehe, zusammengehalten werden könne, — ungefähr wie Metternich gethan, dessen schaale Weisheit jetzt plötzlich wieder zu Ehren kam und den man seit September 1851 selbst wieder in Wien sehen konnte. Andere, wie der böhmische Parteiführer Palacky, glaubten, daß Oestreich nur eine Föderativverfassung vertragen, daß der Schwerpunkt des öffentlichen Lebens in die einzelnen Länder, aus denen die Monarchie erwachsen war, gelegt werden müsse und verlangten Nationallandtage, Nationalgerichtshöfe, Nationalministerien, während sie als Gemeinsames dem Reiche nur Finanzen, Aeußeres und Krieg übrig ließen: und diese Opposition gegen die Gesammtstaatsverfassung, welche hier im Namen eines Königreiches Böhmen und einer böhmischen Nationalität auftrat, wiederholte sich auf dem ganzen Raume der Monarchie in jedem kleinen Stamm- oder Volksbruchtheil. Von allen Seiten, Kroaten und Serben, Rumänen und Polen erhoben sich Klagen, Petitionen, Beschwerden; am nachdrücklichsten aber widersetzte sich eine Partei, welche in Bekämpfung der Revolution mit der Regierung Hand in Hand gegangen war — die Altconservativen in Ungarn.

Sie führten in diesem Augenblicke allein das Wort für dieses unglückliche Land, in welchem die Reaction am grausamsten wüthete, weil ihr dort der Sieg am schwersten gemacht worden war. Im October 1849 hatte die Festung Comorn, welche bis dahin unbesiegt geblieben war, capitulirt; über das besiegte Land gebot Feldmarschall Haynau, ein Bastard des Kurfürsten Wilhelm I. von Hessen, und dieses Vaters würdig. Zu Pest und Arad saßen seine Blutgerichte, welche hier die Erinnerungen an frühere Gräuel erneuerten und auch die Höchstgestellten erreichten: am 6. October 1849 ward Graf Ludwig Batthyanyi erschossen, dem man nun auch Thaten zum Vorwurf machte, die er als vom Kaiser ernannter Premierminister Ungarns mit Sanction des Königs und seines Palatinus gethan; Andere, nicht Wenige, wurden nicht zu Pulver und Blei „begnadigt", sondern mit einem plebejischeren Mittel, durch den Strang, zum Tode gebracht; Andere verbannt, Andere in den Kerker geworfen, viele Tausende gewaltsam ins

Heer gesteckt. Der neue Herzog Alba, wenn dieser Vergleich nicht dem rohen Soldaten zu viel Ehre anthut, wurde, nachdem der Boden an Blut sich satt getrunken, am 8. Juli 1850 seines Oberbefehls enthoben. Die Rache für das, was dieser Mann des Bluts gethan, übernahmen unberufene Fäuste: als der Marschall im September jenes Jahres London und unter dessen Merkwürdigkeiten auch die große Bierbrauerei von Barclay und Perkins besuchte, ward er von dem Personal erkannt und körperlich mißhandelt. Die östreichische Regierung war wie die gesammte Reaction, die sich in einem ihrer erkorensten Werkzeuge beleidigt fühlte, über den Vorgang wüthend; noch wüthender über die Ovationen, welche das Londoner Publikum den Brauknechten darbrachte, und bei denen mit einem gewissen cynischen Behagen darauf hingewiesen wurde, daß die Sache zwar nicht in der Ordnung gewesen, aber doch immer noch besser sei, als wie Baron Haynau gethan, Weiber peitschen zu lassen.

Die Wütherei Haynau's ging vorüber und änderte an der Stellung des Landes im Ganzen nichts: gefährlicher war die von der östreichischen Regierung aufgestellte Theorie, daß „die ehemalige Landesverfassung Ungarns durch die Revolution selbst beseitigt sei." Die Regierung hatte die Macht und konnte demgemäß verfahren: für die altconservative Partei Ungarns aber, die einzige, welche in diesem Augenblicke noch die Stimme für das Land erheben konnte, handelte es sich darum, daß aus der thatsächlichen Niederwerfung der Revolution wenigstens kein neuer Rechtszustand sich erhob, und darum war auch sie gegen die Märzverfassung, welche Ungarn aus einem Königreich in eine Provinz verwandelt hatte.

Diesen vereinigten ungünstigen Umständen war die Lebenskraft dieser im Sturm gesäeten und im Winde aufgegangenen Verfassung nicht gewachsen. Eine kaiserliche Erklärung vom 31. December 1851 hob die Verfassung vom 4. März mit sammt ihren Grundrechten und Schwurgerichten wieder auf; vier Wochen nach dem Staatsstreich in Frankreich. Man verzichtete also hier darauf, die furchtbare Krisis, die man durchgemacht, durch einen neuen Rechtszustand abzuschließen. Und so war es überall, mit Ausnahme Preußens, wie wir sehen werden, das, seiner kläglichen Niederlage zum Trotz, doch einen wirklichen politischen Fortschritt, den schweren Schritt aus dem absoluten in den Verfassungs-Staat, gemacht hatte. Allenthalben hatte die Gewalt triumphirt und Manche wiederholten Ende 1852 verzweifelnd das Wort Napoleon's I., daß Europa nun in der That kosakisch geworden und eine neue schlimmere Auflage der heiligen Allianz, bei welcher der russische Despot das erste Wort führe, gekommen sei. Aber sie irrten: das europäische Leben war in zu energischen Schwung gekommen, als

daß es wiederum so lange wie damals hätte stillstehen können: und seine erste Regung nach der großen Niederlage war eben die Brechung jenes kosakischen Einflusses.

Zweiter Abschnitt.

Von der Errichtung des zweiten Kaiserreichs bis zum Beginn des italienischen Krieges.

1852—1859.

Die Jahre 1848—1852, genau die Mitte des Jahrhunderts bildend, bezeichnen eine entscheidende Krisis im Leben der europäischen Menschheit. Allerdings waren, äußerlich betrachtet, keine großen Veränderungen vor sich gegangen. Die Karte Europas zeigte am Ende derselben den nämlichen Anblick wie zuvor: und nur zwei deutsche Kleinstaaten, die beiden Hohenzollern, waren von derselben verschwunden. In Italien, in Deutschland, in Oestreich war trotz Krieg und Bürgerkrieg der Territorialbestand von 1815 erhalten oder wiederhergestellt, die ganze Oberfläche des Welttheils schien wieder geglättet, — ungeheuer aber die innere Wirkung der Ereignisse dieser stürmischen Jahre gewesen. Alle Gegensätze, welche längst in den Tiefen dieses europäische Leben bewegt hatten, waren durch die Fieberhitze einer großen Revolution auf die Oberfläche getrieben worden, — aus der Stille der Cabinette, den Winkeln der Verschwörungen und geheimen Gesellschaften, dem einsamen Zimmer des philosophirenden Denkers waren sie in die Oeffentlichkeit des Marktes, der parlamentarischen Debatten, der Schlachtfelder getreten. Tausende und aber Tausende, welche zuvor einfach ihrem täglichen Erwerb und ruhigen Beschäftigung nachgegangen, waren gewaltsam und unwiderstehlich in den Strudel der öffentlichen Dinge hineingezogen worden, hatten Geschmack daran gewonnen, oder waren in eine Lage gekommen, wo sie sich dieses Interesses nicht wieder entschlagen konnten: und jede Theorie in Betreff des staatlichen, kirchlichen, gesellschaftlichen Lebens erhob jetzt, indem sie sich ihre Partei schuf, den Anspruch auf praktische Verwirklichung und forderte die Kritik unter diesem Gesichtspunkte praktischer Durchführbarkeit heraus. Eine Klärung dieser tausendfachen Gegensätze war freilich noch mit Nichten eingetreten. Vielmehr schien, seitdem sie alle sich öffentlich auszusprechen Gelegenheit gefunden, die Verworrenheit und Zerfahrenheit größer als je. Wenn die Bewegung anfangs die Farben des constitutionellen Liberalismus aufgepflanzt hatte, so waren bald wildere Leute gekommen, welche ein ganz anderes Freiheitsideal oder Freiheitsidol aufstellten. Freiheit und monarchische

Regierungsform, sagten diese, sind unvereinbare Dinge, und strebten, sei es mit Zeitungsartikeln und Broschüren, sei es mit offener Gewalt, nach der Republik. Aber es gab allerlei republikanische Möglichkeiten. Daß es keine Monarchen, Könige, Fürsten, Prinzen, Päpste u. s. w. mehr geben dürfe, meinten Andere, stehe fest; aber nicht darum allein könne es sich handeln: nicht die politische Reform, oder da dieses Wort der Reform an und für sich diesen himmelstürmenden Geistern ein Gegenstand der Verachtung war, nicht die politische Revolution thue noth, sondern die sociale; erst wo die bevorrechteten Stände, und das seien nicht Königthum und Adel und Priesterschaft allein, sondern vor Allem die Bourgeoisie, der Reichthum, das Capital — erst wo diese „privilegirten Stände" aufhören, da beginne das eigentliche Volk, dem als der ungeheuren Mehrheit die Herrschaft und zwar unmittelbar gebühre: und so schweiften die aufgestürmten Gedanken ab und aus, bis für die „consequentesten" dieser Schwarmgeister kein Stein mehr auf dem andern blieb, — kein Königthum noch Kirche, nicht Familie, noch Ehe, noch Nationalität.

Indem so diese Freiheitsideen von Consequenz zu Consequenz gehetzt, zum offenbaren Unsinn im Bilde und da und dort in nackter Wirklichkeit verzerrt die Züge einer Tyrannei annahmen, mit der verglichen jede monarchische Tyrannei, von der die Geschichte meldet, mild und menschlich war, boten sie den entgegengesetzten Tendenzen eine breite Front des Angriffs dar. Die Freiheit in einer menschlichen Gemeinschaft, so deducirte man im Lager der entgegengesetzten Parteien, ist nicht denkbar ohne eine feste Autorität, ohne eine bestimmte Ordnung. Diese Ordnung aber ist nicht etwas, das erst aus dem Nichts zu schaffen wäre; ihre Grundzüge sind längst festgestellt, durch die Jahrhunderte geheiligt, unserer Generation von hundert vorangegangenen überliefert: und für Europa zum Mindesten ist die Monarchie die gegebene und unentbehrliche Grundsäule dieses Gebäudes staatlicher Ordnung. Zunächst freilich hatte man im ersten Taumel eine sogenannte demokratische Monarchie postulirt mit Einkammersystem, endlosen Wahlen, schrankenloser Rede- und Schreibefreiheit, schrankenlosem Vereinsrecht; eine Monarchie, mit der verglichen das Königthum in Belgien oder in Norwegen noch ziemlich absolutistisch sich ausgenommen hätte. Jetzt erhoben sich neben den kleinlaut gewordenen Lobrednern dieser demokratischen Monarchie Andere, welche bedächtig erinnerten, daß man eigentlich bereits zu viel Freiheit habe; man werde wohl thun, sich zu beschränken, festzuhalten an dem Erprobten, dem historisch Gegebenen — Königthum, Christenthum, den bestehenden Ständen, den bestehenden Confessionen. Voreilig habe der Liberalismus und die Revolution eine allgemeine Gleichheit aufgestellt: Freiheit sei nur,

wo organisches Leben, gegliederte Stände dem Individuum und dadurch der Gesellschaft einen Halt geben, — und nicht die constitutionelle Monarchie, so hieß es jetzt, sei zu erstreben, vielmehr entschlossen zurückzugehen zu der alten ständischen Monarchie, Adel, Bürger, Bauern, mit Ritterstuben und Zünften, und anderen solchen wohlthätigen „gottgegebenen Ordnungen." Vor Allem aber müsse der Revolution gegenüber der christliche Sinn wieder belebt werden. Das politische Getümmel, in welchem jeder nächste Schreier oder Schreiber sich die Fähigkeit zutraue, Millionen zu regieren, sei zuletzt nur entsprungen aus der Selbstüberhebung menschlicher Vernunft, welche zu stolz geworden, sich der höchsten Autorität des Christenthums zu unterwerfen. Auch lag hierin etwas Wahres; dem Liberalismus fehlte in der That die Kraft religiöser Ergriffenheit; indeß mit der Rückkehr zu den allgemeinen Prinzipien des Christenthums hätte er sich einverstanden erklären können. Allein hier ward man auf der conservativen Seite alsbald weitergedrängt, wo man nicht zufrieden war mit einem allgemeinen Geltenlassen der christlichen Weltanschauung, wie sie sich der „Subjectivismus" zurecht lege, sondern wo man vielmehr mit neuem Eifer auf die gegebenen, allein berechtigten, historischen Hauptformen des Christenthums hinwies und sich nur durch Anschluß an eines dieser historisch gegebenen Bekenntnisse zufriedenstellen ließ. War man aber einmal an diesem Punkte angelangt, so gab es noch andere Leute, die mit vielem Selbstgefühl und in vollem Bewußtsein consequenten Schließens, wenn freilich keineswegs consequenten Denkens, zu beweisen nicht verfehlten, daß auch hier noch kein Halten war. Von Kirchen in der Mehrzahl wollten diese nichts wissen. Die wirkliche Autorität, nach welcher man suchte, welche für die meisterlos gewordene Zeit dringendes Bedürfniß sei, könne nur Eine sein. Es ist die Kirche, die Eine katholische, Allen sichtbare, die seit Jahrtausenden unter allen Stürmen und Umwälzungen die gleiche geblieben ist; die übrigen sogenannten Kirchen sind vielmehr ihrerseits Erzeugnisse einer ersten Auflehnung menschlicher Vernunft gegen göttliche Autorität, — einer Auflehnung, die deswegen nicht minder eine Revolution, ja die Revolution ist, weil sie vor drei Jahrhunderten geschah und weil man ihr den beschönigenden Namen der Reformation gegeben hat. Der festgegliederte, unzerbrechliche Organismus der katholischen Kirche allein, die ihren Schlußstein im Papste hat, — so scholl es vom äußersten Flügel der conservativen Partei her — bietet einen sicheren Schutzwall gegen die Revolution. Auch dorthin freilich war die Revolution gedrungen, um auch diese höchste Autorität wie alle übrigen zu verschlingen; aber nur vergebens hatten sich die Pforten der Hölle aufge-

than; an diesem Felsen, so rühmte man mit Stolz, haftete die Verheißung, daß sie ihn nicht verschlingen sollten.

So wogte der Kampf der Geister fort, auch nachdem äußerlich die Ruhe hergestellt war: und dieser Kampf ließ sich nicht mit sanften und nicht mit gewaltsamen Mitteln dämpfen. Dieser Kampf vollzog sich vielmehr jetzt vor aller Welt Augen in täglichen Duellen: die sichtbarste Folge der großen Bewegung war die ins Hundertfache gesteigerte Bedeutung der Tagespresse, in welcher jene Gegensätze alle in unaufhörlichem Aufeinanderstürmen der Geister sich geltend machten. Augenblicklich überwog die conservative Strömung und die liberale Presse hatte mit aller nur denkbaren Ungunst von Wind und Wetter zu kämpfen; aber schon nach wenigen Jahren war sie so erstarkt, daß alle kleinen und großen Mittel sich vollkommen machtlos gegen sie erwiesen.

Gab es nun der Idee der Freiheit eine große Stärke, daß sie in diesen Jahren allenthalben, und ganz besonders in Deutschland, von unbestimmten Wünschen zum bewußten Streben weitergeschritten war und bestimmte Ziele, bestimmte einzelne Freiheiten und Rechte ins Auge faßte, so war es daneben von höchster Bedeutung, daß in zwei großen Culturvölkern, Deutschland und Italien, auch die Nationalitätsidee in einem Umfange wie nie zuvor die Gemüther zu erfüllen und zu beherrschen angefangen hatte. Indem sie nun, eben wie die Freiheitsidee, gewaltsam zurückgedrängt wurde, gewann sie, unter dem Drucke, eine immer stärkere Kraft: und während inmitten der großen Krisis eben dieß verhängnißvoll geworden war, in Italien, in Deutschland, in Ungarn, daß man Beides zugleich, politische Freiheit und nationale Einheit und Macht mit gleicher Leidenschaftlichkeit erstrebt hatte, wurde es für die Zeiten der Reaction umgekehrt ein ungemeiner Vortheil, daß man sich bewußt wurde, wie das eine dieser Güter mit dem anderen steht und fällt; in Deutschland wie in Italien kam man unter Druck und Leiden zu der Erkenntniß, daß die Farben der Freiheit nur die vaterländischen sein dürfen und daß man nicht, wie ein damals oft gehörtes Wort sagte, gleichsam die Wahl habe, ob man durch Einheit zur Freiheit oder durch Freiheit zur Einheit kommen wolle, sondern daß Eines das Andere nothwendig ergänzen müsse, wenn man das Ziel erreichen solle. Zu gleicher Zeit aber, wo das Bewußtsein von der Eigenart und Besonderheit der verschiedenen Nationen so stark erwachte — der Gedanke, daß jede Nation nur auf ihre eigene Weise in ihren eigenen Gränzen sich gestalten dürfe — hatten sich andererseits auch die Nationen mehr als je zuvor einander genähert, und hatte ein europäisches Gemeingefühl sich gebildet, welches in dieser Stärke zuvor niemals, selbst nicht in den Zeiten der Erhebung gegen Napoleon's Universalreich, da gewesen war. Die Be-

wegung der Jahre 1848—1852 zog daraus ihre unvertilgbare Kraft, daß sie eine so allgemeine gewesen war, — daß überall dieselben Kräfte sich regten, dieselben Gegensätze sich bekämpften, daß für die Niederlage im eigenen Lande ein Sieg im Nachbarlande entschädigen oder wenigstens trösten und ermuthigen konnte.

Im Jahre 1852 schien allerdings die Niederlage der liberalen Sache eine totale und allgemeine zu sein und es erfüllte die Reaction mit größter Genugthuung, daß auch in England im Februar jenes Jahres die Whigs aus dem Amte traten und ein toryistisches Ministerium unter dem Grafen Derby die Geschäfte übernahm. Nunmehr schien auch die letzte Position gewonnen; der östreichische Gesandte in London konnte nicht Worte genug finden, um die Freude seiner Regierung über diesen Wechsel auszudrücken. Lord Palmerstons Regierung hatte sich wenigstens dadurch unbequem gemacht, daß sie die Wütherei in Italien und Ungarn beim rechten Namen nannte: ein voller Einklang der conservativen Interessen in ganz Europa schien jetzt zu herrschen. Und warum hätte diese Einhelligkeit nicht Bestand haben sollen? Das Interesse, die revolutionären Kräfte und was ihnen glich niederzuhalten, war für den neuen Kaiser von Frankreich und für den von Oestreich ein unmittelbares und wirkliches; in Preußen, wo man sehr wenig Ursache gehabt hätte, revolutionäre Bewegungen zu fürchten, führte eine Partei das Ruder, der ihr Werkzeug, der Minister Manteuffel, das bequeme Stichwort von der „Revolution in Schlafrock und Pantoffeln" erfunden hatte, und man bekämpfte dort, einen König an der Spitze, der die klare Erkenntniß der Wirklichkeit mit jedem Tage mehr verlor, dieses Gespenst mit großem Eifer, als wäre es eine wirkliche Gefahr. Für Rußland und England fiel allerdings das unmittelbare Interesse weg: weder England noch Rußland hatten eine Revolution durchgemacht oder zu fürchten. Allein eben deswegen war es auch für diese beiden Mächte erwünscht, den bestehenden Zustand zu erhalten und wenigstens in Einer Frage, der dänisch-deutschen, waren diese Beiden ganz im Geiste der Solidarität der reactionären Interessen Hand in Hand gegangen. Es erforderte einige Kunst, eine Frage aufzufinden, welche den Einklang der großen Mächte stören konnte: der ungewöhnlich plumpen Hand, welche den Tactstab über dem Concert der europäischen Reaction schwang, gelang dieß gleichwohl.

I. Der Krimkrieg.
1853—1856.

a. Der russisch-türkische Streit bis zum Eingreifen der Westmächte

Kaiser Nicolaus glaubte den Zeitpunkt günstig, die traditionelle Politik des russischen Reiches gegen die Türkei einen entscheidenden

Schritt weiter zu führen, — eine definitive Lösung der orientalischen Frage im russischen Sinne vorzubereiten. Er ging sehr gerade zu auf dieses Ziel los, indem er im Januar und Februar 1853 den englischen Gesandten in Petersburg, Sir Georg Hamilton Seymour einiger vertraulichen Unterredungen würdigte, in welchen er den Versuch machte, mit England zu einem Verständniß zu gelangen für den Fall des Zusammensturzes des türkischen Reiches — für den Fall, wie er sich drastisch ausdrückte, daß der kranke Mann in Constantinopel einmal plötzlich sterbe. Vor England hatte der Czar einen gewissen Respect — es war neben seinem eigenen das einzige Reich, das die Revolution nicht erreicht hatte: wenn diese beiden Mächte sich verständigten, glaubte er, würde es mit den übrigen keine Noth haben. Von Preußen schwieg er und dazu hatte er einigen Grund, von Oestreich sagte er dem einredenden Gesandten: „Sie müssen wissen, wenn ich von Rußland spreche, spreche ich ebenso gut von Oestreich;" Frankreich mußte, wenn Rußland und England einig waren, wohl oder übel sich gleichfalls bequemen. Dieß war doch in der That Politik im großen Styl: er gab einige „Ideen" an, wie er es nannte, würde nichts dagegen haben, wenn England etwa Candia, etwa Aegypten sich zueignete. Für Rußland beschränkte er sich zunächst auf die Negative: er wolle Constantinopel nicht, diese Stadt dürfe überhaupt nicht in den Besitz einer Macht ersten Ranges übergehen, kein neues byzantinisches Reich dort seinen Mittelpunkt finden; jedoch solle die Türkei auch nicht in kleine Republiken zerfallen; die Donaufürstenthümer, Serbien, Bulgarien, sollten als selbstständige Staaten unter russischen Schutz zu stehen kommen. Es war kein übles Seitenstück zur Theilung Polens, was der Kaiser da vorschlug; der englische Gesandte antwortete vorsichtig und richtig, der Mann, von dem der Kaiser spreche, sei so krank nicht, — obgleich er freilich von vielen Aerzten viel gelitten hatte — Reiche und Völker pflegten nicht so rasch zu sterben und Lord John Russell lehnte in einer Note vom 9. Februar (1853) es ab, für den Fall des Unterganges des türkischen Reiches Verabredungen zu treffen, welche, wie er sagte, nur dazu dienen könnten, dieses beklagenswerthe Ereigniß zu beschleunigen.

Um dieselbe Zeit schien ein diplomatischer Erfolg Oestreichs gegenüber der Pforte ein energisches Vorgehen gegen den in der That doch sehr kranken Mann zu ermuthigen.

Die Pforte hatte ein starkes Heer unter Omer Pascha gegen das Bergvolk der Montenegriner gesendet, welches unter türkischer Oberhoheit stand, in Wahrheit aber in seinem schwer zugänglichen Gebirgsland unter einem geistlichen Fürsten oder Vladika thatsächlich ziemlich unabhängig war und diese Unabhängigkeit von Zeit zu Zeit durch

räuberische Einfälle von seinen „schwarzen Bergen" aus in die benachbarten bosnischen und albanesischen Landschaften bethätigte. Sie sahen von ihrer unfruchtbaren Höhe herab die Herrlichkeit der Welt, von der sie ausgeschlossen waren: wider das natürliche Recht tapferer Männer und wider das geschichtliche Recht, das ihnen Antheil gebe an den lachenden Fluren und dem blauen Meer vor ihren Füßen. Dieß war ein altes Unheil, an das man gewöhnt war; bedenklicher aber war, daß nach dem Ableben des letzten Vladika dessen Neffe Danilo mit Beiseitesetzung des geistlichen Titels als weltlicher Herrscher die Regierung übernahm, offenbar mit der Absicht, hier ein selbstständiges weltliches Fürstenthum zu gründen — was bei dem Verhältniß des griechisch-gläubigen Stammes zu Rußland und durch seinen Einfluß auf die glaubens- und stammverwandten Bevölkerungen der benachbarten Landschaften gefährlich werden konnte. Im December 1852 rückte das türkische Heer gegen die schwarzen Berge; dem wohlgeführten starken Heere, in welchem polnische Flüchtlinge, zum Islam übergetreten, als Officiere dienten, war das tapfere Räubervolk, das auf etwa 80 □ M. nicht 150,000 Seelen zählte, auf die Dauer nicht gewachsen. Allein Oestreich schlug sich jetzt ins Mittel, dessen slavische Unterthanen, die sich während des ungarischen Krieges Anspruch auf Dank erworben hatten, lebhafte Sympathien für den gefährdeten Bruderstamm hegten, und außerdem fehlte es, der türkischen Mißverwaltung gegenüber, niemals an einzelnen Klagepunkten, die man bei dieser Gelegenheit geltend machen konnte. Oestreich zog also Truppen in den dalmatinischen Gränzdistrikten zusammen und schickte zugleich, in russischem Styl, einen militärischen Gesandten, den Feldmarschall-Lieutenant Grafen Leiningen nach Constantinopel, der seine Forderungen stellte, der Pforte eine Frist von fünf Tagen gab und im Weigerungsfalle mit sofortigem Einrücken der bereitgehaltenen Truppenmacht drohte. Er erreichte seinen Zweck rasch und vollständig. Die Pforte rief ihre siegreichen Truppen ab und stellte den Statusquo in Montenegro her, gestand den Oestreichern eine Etappenstraße durch die das dalmatinische Küstenland unterbrechenden türkischen Landstriche zu, versprach die Internirung der polnischen und ungarischen Flüchtlinge, selbst derer, welche zum Islam übergetreten waren, und der Sultan richtete überdieß ein entschuldigendes Schreiben an den Kaiser von Oestreich.

Kaum war der eine Dränger fort, so meldete sich ein anderer, noch ungestümerer, schwerer zu befriedigender: Fürst Menzikoff, der im Auftrage des russischen Czaren am 28. Februar 1853 in Constantinopel eintraf. Er trat in einer überaus brüsken Weise auf. Mit Fuad Effendi, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, weigerte er sich zu unterhandeln, weil dieser im Jahre 1851 die Räumung der Donau-

fürstenthümer betrieben hatte und den französischen Forderungen in Betreff der heiligen Stätten günstig war; im Reisehabit, Paletot und schmutzigen Stiefeln, trat er bei den übrigen Ministern ein. Seine Forderungen bezogen sich auf die noch immer ungeschlichtete Frage der heiligen Stätten, die man absichtlich, ungeachtet die Franzosen ihrerseits eine so große Mäßigung gezeigt hatten, daß kaum ein Vorwand übrig blieb, offen gelassen hatte: noch aber hielt er sie zurück. Im ersten Schrecken hatte die Pforte unter der Hand an die Vertreter Englands und Frankreichs das Ersuchen gestellt, ihre Mittelmeerflotten herbeizurufen, was gerechtfertigt genug war, da Rußland begonnen hatte, Truppen in Bessarabien anzuhäufen und damit fortfuhr; gleichzeitig aber gab nun Fuad Pascha dem groben Diener eines erzürnten Gebieters gegenüber seine Entlassung ein und ein unkräftiger Nachfolger, Rifaat Pascha, trat an seine Stelle.

Erst jetzt, am 17. März, rückte Menzikoff mit seinen Forderungen heraus, die er in barschem Tone stellte und die im Wesentlichen dahin gingen, daß die Concessionen der Türkei in der heiligen Stättenfrage in die Form eines Vertrages gebracht werden sollten. Am 19. April verlangte er, in Folge neuer Instructionen, in noch schrofferer Form erstens einen Ferman betreffs der Besitzverhältnisse an den heiligen Stätten, zweitens einen gleichen über Ausbesserung der Kuppel der Kirche des heiligen Grabes zu Jerusalem unter alleiniger Betheiligung des griechischen Patriarchen, und drittens einen Vertrag, in welchem die Aufrechthaltung der Privilegien des griechisch-russischen Cultus verbürgt werde. Unverschämter noch war die Motivirung: der Doppelzüngigkeit seines Vorgängers gegenüber, gab er dem neuen Minister des Auswärtigen zu hören, müsse die nachsichtige Großmuth seines kaiserlichen Herrn eine Sicherheit haben; daß er die Stirne hatte, dieß Alles als lediglich religiöse Forderungen ohne politische Bedeutung darzustellen, versteht sich von selbst. Von den westlichen Mächten hatte Frankreich bereits seine Flotte nach den griechischen Gewässern geschickt und seine Gesandten mit nachdrücklichen Instructionen versehen. England hielt an sich; die Regierung hatte einen auf diesem Boden wohlerfahrenen und höchst einflußreichen Mann, den früheren Gesandten Lord Stratford de Redcliffe nach Constantinopel geschickt, welcher durch seine bloße Anwesenheit der türkischen Regierung die Hände stärkte und auf dessen Rath die Pforte nun zunächst in den nicht politischen Punkten 1 und 2 den Russen befriedigte, ohne den dritten zu erwähnen: womit der ursprüngliche alleinige Streitpunkt, die Stättenfrage, klüglich wieder in den Vordergrund gerückt wurde. Nunmehr völlig ins Unrecht gesetzt überreichte Menzikoff am 6. Mai ein Ultimatum, in welchem er wiederholt auf die Vertragsform drang und den Entwurf zu einem

solchen Vertrage beischloß, der in einer Reihe mehr oder weniger bedenklicher Forderungen dem „gemeinsamen Wunsche" beider contrahirender Souveräne Ausdruck geben sollte, die Stabilität des orthodoxen griechisch-russischen Cultus aufrecht zu erhalten, zu dem sich die Mehrheit ihrer christlichen Unterthanen bekenne. Die Antwort der Pforte auf dieses Document, dessen Unterzeichnung die Türkei der Gnade des Czaren überliefert haben würde, bat er sich auf den 10. Mai spätestens aus.

Er erhielt diese Antwort am 10. Mai. Die Pforte, indem sie ihre feste Absicht betheuerte, auch ihren Unterthanen griechischen Bekenntnisses Rechte und Privilegien ungeschmälert zu bewahren, lehnte doch den Abschluß eines Vertrages in dieser Hinsicht ab, weil dieß mit der Unabhängigkeit des Sultans nicht verträglich sei. Sehr richtig: die Türkei hatte 10 Millionen Unterthanen griechischen Bekenntnisses; in Beziehung auf sie einen Vertrag mit einer fremden Großmacht zu schließen, der dieser ein beständiges Recht der Einsprache gegeben hätte, hieß auf die unumgänglichsten Souveränetätsrechte gegenüber den eigenen Unterthanen verzichten; und die Minister Abdul-Medjid's waren nicht dumm genug, zu verkennen, daß ein solcher Vertrag den Anfang vom Ende bedeute. Der Russe verschob jedoch gleichwohl seine Abreise, wiederholte seine Forderungen in einem Ultimatissimum, wie man mit ungeheuerlichem Kanzleiwort die höchst ungewöhnliche Sache bezeichnete —, verlangte eine nochmalige Conferenz mit dem Großvezier, die ihm eingeräumt ward, und hatte, statt auf derselben zur anberaumten Zeit zu erscheinen, die Impertinenz, unmittelbar beim Sultan vorzufahren, der ihn aber an die Minister wies. An Rifaat's Stelle wurde nun der gewiegteste und fähigste der türkischen Staatsmänner, Reschid Pascha, Minister des Auswärtigen. Dieser hielt, nachdem Fürst Menzikoff noch einmal am 19. einen Versuch gemacht hatte, den Standpunkt der Antwort vom 10. Mai fest, und nun erst, am 21., verließ Menzikoff mit dem sämmtlichen Personal der russischen Gesandtschaft Constantinopel.

Nachdem noch einige Noten, Forderung und Ablehnung, zwischen dem russischen Staatskanzler Grafen Nesselrode und Reschid Pascha gewechselt waren, erließ der russische Kaiser am 26. Juni 1853 ein Manifest, in welchem er an den alten Beruf Rußlands, den orthodoxen Glauben zu vertheidigen, erinnerte, seine Friedensliebe betheuerte, zugleich aber erklärte, seine Truppen marschiren zu lassen — nicht um Eroberungen zu machen, deren Rußland nicht bedürfe, sondern um sich ein Pfand für die Wiederherstellung der verletzten Rechte zu sichern: es versteht sich bei dem Charakter des Kaisers und seiner ganzen Stellung an der Spitze der europäischen Reaction, welche der gottlosen Re-

volution gegenüber sich in ihrer Pharisäerrolle trefflich behagte, von selbst, daß der Name Gottes, dem der Czar, wenn es so weit kommen sollte, die Entscheidung dieses Streites getrost anheimgebe, auch in diesem Schriftstück vergeblich geführt wurde. Die Lobredner und Schmeichler des Kaisers in Berlin, welche in der Neuen Preußischen Zeitung ihr Organ hatten, sowie die nicht minder zahlreichen unter dem Hofgesinde der kleinen deutschen Residenzen, verfehlten nicht, diesen mit der äußersten Frivolität vom Zaune gebrochenen Krieg — dessen Vorwand sogar sich nur auf ganz äußerliche Dinge bezog, die mit dem Wesen des Christenthums nichts zu thun haben — als einen gottwohlgefälligen, im Interesse der bedrängten Christen im Orient unternommenen darzustellen: was ihnen freilich nur die untergeordnete Masse ihrer Partei, nicht aber sie sich selber glaubten.

Es mußte sich zeigen, ob der Czar seine Stellung in Europa und die Dispositionen der übrigen Mächte richtig beurtheilt hatte. Zunächst nun hatte er offenbar den Charakter der Staatsveränderung in Frankreich nicht richtig gewürdigt. Er hatte dem neuen Herrscher die Anrede „Mein Herr Bruder", welche ein so kostbares Vorrecht der alten Dynastenhäuser bildet, so wenig zugestanden, als einst Ludwig Philipp: dem Scharfblick dieses neuen Herrschers war es nicht entgangen, daß die drei Herrscher der heiligen Allianz, wenn sie auch seine Dienste als eines Retters der Gesellschaft in Frankreich wohlgefällig aufnahmen, ihm doch in kühler und vornehmer Haltung gegenüberstanden, wie denn die Ideen, welche er noch als Präsident durch Vertraute den Höfen von Berlin und Wien hatte vortragen lassen, dort überaus lau aufgenommen worden waren. Und nicht minder sah er, daß hier in dieser wichtigen Frage eine Gelegenheit sich biete, ihre Eintracht zu stören: auch daß der Czar Nicolaus der große Mann nicht war, für welchen er sich gern ausgeben ließ und für welchen eine geistlose Reactionspartei ihn wirklich hielt, wird er gesehen haben. Neben einer nachdrücklichen Note nach St. Petersburg vom 21. März hatte Frankreich, wie erwähnt, eine Flotte in die griechischen Gewässer gesandt; säumiger, unklarer zeigte sich das englische Cabinet, welches sogar die Pforte zur Nachgiebigkeit zu stimmen suchte und durch Lord Clarendon am 25. April ihr Vertrauen, daß der Kaiser nichts gegen die Unabhängigkeit der Türkei im Schilde führe, im Parlamente aussprach: doch wurde der englische Gesandte in Constantinopel ermächtigt, gegebenen Falles die englische Flotte herbeizurufen. Oestreich, auf dessen Dankbarkeit der kurzsichtige Despot, der sich als den Mentor des jungen Kaisers ansah, felsenfest vertraute, wurde unruhig bei dem näher ziehenden Ungewitter an seiner gefährlichsten Gränze; Preußen, das wenigstens den Krieg gern vermieden gesehen hätte, ermuthigte den Kaiser nicht un-

mittelbar: und so traten die Gesandten der drei Mächte England, Frankreich und Preußen mit dem östreichischen Minister des Auswärtigen Grafen Buol-Schauenstein zu Wien zu einer Conferenz zusammen (24. Juli), deren Ergebniß zunächst die sogenannte Wiener Note war, ein Ausgleichungsversuch, den man zu gleicher Zeit nach Petersburg und nach Constantinopel expedirte (2. August), und die freilich in vielen glatten Worten die Schwierigkeiten mehr umging als löste.

Dießmal beschämte die Türkei durch ihre feste und gemäßigte Politik die noch unsicher umhertastenden Mächte, welche zum Theil, wie die englische Regierung, an deren Spitze jetzt ein Minister von wenig Entschlossenheit, Lord Aberdeen, stand, die Gefahr der Lage nicht erkannten, zum Theil, wie die östreichische und preußische, aus Furcht und Rücksichtnehmerei sie nicht erkennen wollten. Dagegen geschah jetzt von russischer Seite der entscheidende Schritt: am 2. Juli überschritt ihr Heer, 40,000 Mann in zwei Armeecorps unter den Generalen Lüders und Dannenberg, unter dem Oberbefehl des Fürsten Gortschakoff, den Pruth und rückte in die Donaufürstenthümer ein. Die Aufregung zu Constantinopel war groß; gleichwohl ließ sich die Regierung nicht zu einer sofortigen Kriegserklärung hinreißen. Die Stimmung in den Donaufürstenthümern selbst war gegen die Russen, und von einem besonderen Verlangen der christlichen Bevölkerung nach dem russischen Protectorate, um dessenwillen der ganze Streithandel vom Zaune gebrochen worden war, zeigte sich nirgends die geringste Spur.

Der Vermittelungsversuch der Mächte scheiterte. Die Pforte machte zu den Aufstellungen der Wiener Note sehr berechtigte kritische Bemerkungen und wollte sie sich nur unter Modificationen gefallen lassen, wogegen man sie in Petersburg annahm, freilich aber dem auf Schrauben gestellten Actenstücke eine Auslegung gab, welche im Wesentlichen auf die Menzikoff'schen Forderungen hinauslief. So hatten es die Mächte allerdings denn doch nicht verstanden: England und Frankreich stellten fest, daß zwischen dieser Auslegung und den Intentionen der Mächte ein Widerspruch bestehe und daß sie unter diesen Umständen die Annahme der Wiener Note der Pforte nicht empfehlen könnten. Die Flotten dieser beiden Mächte aber lagen unter den Admiralen Hamelin und Dundas seit dem 14. Juni in der Bessica-Bai am sigäischen Vorgebirge, aber noch außerhalb der Dardanellen, vor Anker.

Die russischen Truppen drangen unterdessen bis an die Donau vor und vollendeten die Occupation der Fürstenthümer, ohne daß die Pforte, die sich streng innerhalb der Tractate hielt, dieß hinderte. Dagegen ersuchte sie die Gesandten der beiden Westmächte, nunmehr bei der drohenden Nähe der russischen Kriegsmacht ihre Kriegsschiffe herbeizurufen. Ein Theil dieser Flotte passirte die Dardanellen und legte sich

im Bosporus vor Anker. In Frankreich und vor Allem in England wuchs die kriegerische Stimmung, die Erbitterung gegen Rußland zusehends. „Wir treiben dem Kriege entgegen", mußte Lord Aberdeen im Parlamente zugestehen, was freilich keine sehr energische Politik bezeichnete, und Lord Clarendon erklärte dem russischen Gesandten Baron Brunow, der sich über jene feindselige Flottenbewegung beschwerte: da mit dem Ueberschreiten der türkischen Gränze durch russische Truppen der Friedenszustand thatsächlich aufgehört habe, so erachte man sich auch in England nicht mehr an den Meerengenvertrag vom Jahre 1841 gebunden. Weiter ging man noch nicht; auf der andern Seite gelang es auch dem Czaren nicht, Oestreich und Preußen auf seine Seite herüberzuziehen, so freundschaftlich auch sonst die Begegnungen mit den beiden Herrschern zu Olmütz (September) und zu Berlin waren. Ermuthigt durch die Haltung Englands und Frankreichs, legte nun die türkische Regierung die Kriegsfrage ihrem großen Rathe — einer Versammlung von hohen Beamten, Officieren und Theologen (Ulemas) — vor: einmüthig sprachen sich die 172 Versammelten für den Krieg aus (26. September), der denn auch am 4. October förmlich erklärt ward.

Die Feindseligkeiten brachen nunmehr zunächst zwischen der russischen und türkischen Streitmacht an der Donau aus. Omer Pascha, der sein Hauptquartier in Schumla hatte, ließ Ende October seine Truppen diesen Fluß überschreiten, und es kam an dessen linkem Ufer bei Oltenizza und an anderen Punkten zu Gefechten, bei welchen die Russen erkennen konnten, daß sie ihre Gegner dießmal nicht weniger im Felde als in Hinsicht auf diplomatische Kunst unterschätzt hatten. Auch in den transkaukasischen Provinzen Rußlands, auf dem asiatischen Kriegstheater, kam es schon zu Zusammenstößen: doch endigte das Jahr hier mit einem Rückzuge der Türken auf die Festung Kars. Noch immer aber gelang es, das halb schon gezogene Schwert Englands und Frankreichs in der Scheide zurückzuhalten. Das Kriegsmanifest des russischen Kaisers vom 1. November stellte allerdings den Krieg als eine Art heiligen Krieges dar; aber eine Circulardepesche Nesselrode's gab aufs Neue Versicherungen, daß sein Kaiser sich auf die Defensive beschränken werde: bis endlich am 30. November der Schlag erfolgte, der auch der englischen Regierung keine Wahl mehr ließ. An diesem Tage nämlich wurde ein türkisches Geschwader, sieben Fregatten und einige kleinere Fahrzeuge, welches bestimmt war, einer türkischen Festung am Ostufer des schwarzen Meeres Proviant zuzuführen, von der russischen Seemacht, welche sich längst im Hafen von Sebastopol, dem großen Seewaffenplatze Rußlands im schwarzen Meere, gesammelt hatte, unter Admiral Nachimoff im Hafen von Sinope

überfallen und vernichtet. 4000 Türken fanden dabei den Tod; nur ein einziges Schiff entrann, um die Nachricht nach Constantinopel zu bringen.

Dieser Schlag, der freilich nicht weiter überraschen durfte, entschied. Man durfte sich nicht länger von den Russen am Narrenseil herumführen lassen: die Flotten erhielten Befehl, nunmehr ins schwarze Meer einzulaufen, und die Gesandten wurden von beiden Seiten abgerufen (Anfang 1854).

Selbst nach dem Schlage von Sinope, der für die Russen eine große Genugthuung war, hätte sich Kaiser Nicolaus noch mit Ehren aus der Sache ziehen können, da von der Wiener Conferenz doch noch einmal ein Friedensvorschlag formulirt worden war, der darauf hinauslief, daß die Russen die Donaufürstenthümer räumen und die Pforte sich den sämmtlichen europäischen Mächten, also nicht Rußland allein in Bezug auf die Rechte ihrer christlichen Bevölkerungen verpflichten solle (5. December 1853). Der Czar verwarf diese Vermittelung und ging in seiner hochmüthigen Verblendung so weit, in Wien und Berlin ein Neutralitätsbündniß der drei nordischen Höfe in Anregung zu bringen, bei welchem die ganze russische Gegenleistung darin bestanden hätte, daß er für den „Fall einer Aenderung in Beziehung auf den Zustand der Türkei" sich mit seinen Verbündeten zu verständigen versprach. Dießmal täuschte er sich: das gerettete Oestreich sowohl als das schmählich mißhandelte Preußen lehnten das unverschämte Anerbieten ab. Noch machte der Kaiser Napoleon, der am besten wußte was er wollte, einen Einigungsversuch in einem eigenhändigen Schreiben vom 29. Januar 1854. Der Czar täuschte seine Erwartung nicht und rannte blindlings in die ihm gestellte Falle: er erwiderte den Brief mit einer beleidigenden Hinweisung auf die Ereignisse des Jahres 1812, welche den Kriegseifer im französischen Volke zu wecken wie gemacht war.

Am 19. Februar kündigten die beiden Gesandten der Westmächte in Constantinopel an, daß auch ihre Landmacht demnächst zum Schutze der Pforte auf dem Kriegsschauplatze erscheinen werde: zugleich stellten ihre Regierungen den Russen eine Frist für die Räumung der Donaufürstenthümer, bis zum 30. April. Am 12. März schlossen die beiden Mächte mit der Türkei einen Vertrag, welcher derselben die volle Waffenhülfe beider Staaten verhieß und sie dagegen verpflichtete, keinerlei Friedensverhandlungen ohne die Einwilligung derselben einzugehen: das Einzelne der kriegerischen Operationen sollte durch die drei Oberfeldherren gemeinsam festgestellt werden. Ergänzt wurde dieser Vertrag durch das zwischen England und Frankreich am 10. Mai abgeschlossene Waffenbündniß, in welchem die beiden Mächte als ge=

meinsamen Kriegszweck festsetzten: Herstellung eines dauernden Friedens zwischen Rußland und der Türkei, und erklärten, daß sie ihrerseits ohne selbstsüchtige Zwecke, nur für die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts kämpften.

b. Der europäische Krieg bis zur Einnahme von Sebastopol.

So hatte jetzt aus einer armseligen Mönchszänkerei um eine Thür und einen Schlüssel sich ein großer europäischer Krieg entwickelt, der die mühsam wiederhergestellte Ruhe des Welttheils aufs Neue in Frage stellte. Daß der Kaiser von Rußland dabei auf allen Punkten seine Rechnung falsch gestellt hatte, ward bald offenbar. In zwei Punkten war er schon enttäuscht: die Türken erwiesen sich als keine so verächtlichen Gegner, wie man im Cabinet des Czaren sie sich gedacht hatte, wo man schon seit Jahren, wie Nicolaus selbst geäußert haben soll, nur darüber zweierlei Meinung hegte, ob die Türkei sterbend oder schon gestorben sei; und das englische Coalitionsministerium Lord Aberdeen's, auf dessen Russenfreundschaft und unbedingte Friedensliebe er baute, hatte sich nun doch mit den Franzosen zu Gunsten der Pforte verbündet. Erst jetzt aber begannen die herberen Enttäuschungen. Vor Allem war von einer Erhebung oder auch nur von ernstlichen Unruhen der Rajah in den türkischen Gebieten keine Rede. Die Bemühungen russischer Agenten in dieser Beziehung hatten nur in der Gegend des Meerbusens von Arta eine Empörung zur Folge, welche von allerlei griechischem Gesindel genährt und unterstützt ward. Indeß hatte man dort in Griechenland unter den Intriguanten an König Otto's Hofe auch nicht die russischen, sondern die eigenen Zwecke im Auge, und diesen Intriguen ward ein rasches Ende gemacht, indem die Westmächte nach einem fruchtlosen Ultimatum am 26. Mai Truppen landen ließen, welche den Piräus besetzten und so die Griechen zwangen, bei dem Kampfe der beiden Mächtigen unthätig zuzuschauen.

Viel empfindlicher noch war, daß den Czaren auch die Hoffnung trog, die er auf die unverwüstliche Freundschaft Preußens und auf den Dank vom Hause Habsburg setzte. Auf den Letzteren hatte Nicolaus mit Sicherheit gezählt; eine Statuette des jungen Kaisers von Oestreich, dem er vor 5 Jahren sein brennendes Haus hatte löschen helfen, befand sich, so erzählte man sich, in seinem Cabinet: und die ganze aristokratisch-militärisch-feudale Welt Oestreichs und Deutschlands hörte mit Entzücken, wie der Czar bei den großen Manövern zu Olmütz im September 1853 sich selbst an die Spitze des Regiments, dessen Uniform er trug, gestellt und dasselbe an seinem jugendlichen Kriegsherrn vorübergeführt, — wie er als einfacher Kriegskamerad den östreichischen Generalen, die er mit Orden überhäufte, Besuche gemacht habe.

Allein mit der Besiegung der Revolution war auch das Selbstgefühl der östreichischen Machthaber wieder erwacht, die sich für das Demüthigende der russischen Hülfe mit ihrem unblutigen Siege in Deutschland trösteten. Man fing jetzt an zu deduciren, daß Dankbarkeit keine politische Tugend sei und das Wort eines Ministers ward umgetragen, daß die Welt über den Undank Oestreichs erstaunen werde. In Berlin aber erhielt zwar der Kriegsminister von Bonin seine Entlassung, weil er durch die Aeußerung: ein Bündniß mit Rußland sei ganz außer Frage, sei so undenkbar wie ein Vatermord im alten Athen — den höchsten Zorn der den König beherrschenden Coterie erregt hatte: in Wahrheit hatte er aber doch so Unrecht nicht gehabt, da doch selbst die damaligen Staatslenker einen Rest von Verständniß für die Lebensinteressen des preußischen Staates sich gerettet hatten, welche eine Unterstützung Rußlands in dieser Sache und in diesem Zeitpunkte zur Unmöglichkeit machten. Die Wiener Conferenz tagte weiter und unterzeichnete am 9. April 1854 ein Protocoll, in welchem die Prinzipien festgestellt waren, daß die Integrität des türkischen Reiches aufrecht erhalten werden müsse, die Verhältnisse seiner christlichen Bevölkerung nur unter Schonung der Souveränetät des Sultans festzustellen und Bürgschaften zu suchen seien, durch welche die Türkei noch fester als bisher mit dem europäischen Gleichgewichte verknüpft werden könnte. Durch einen besonderen Vertrag vom 20. desselben Monats garantirten sich Oestreich und Preußen gegenseitig ihren Landbesitz gegen jeden Angriff: ein Zusatzartikel erklärte die fortdauernde Besetzung der Donauprovinzen durch Rußland als den deutschen Interessen zuwiderlaufend und bestimmte, daß Oestreich eine Sommation mit der Forderung der Räumung dieser Länder an Rußland stellen und daß diese Forderung von Preußen nachdrücklich unterstützt werden solle: eine Einverleibung derselben in Rußland, worauf gewisse Maßregeln der dortigen militärischen Verwaltung hindeuteten, oder eine Ueberschreitung der Balkanlinie durch russische Truppen würde als Kriegsfall zu betrachten sein.

Peinlicher als alles Dieß aber war es, daß der Krieg gegen die verachteten Gegner an der Donau, die noch immer allein standen, nicht den Verlauf nahm, den der Czar, der sich für einen großen Kriegskundigen hielt, mit Zuversicht erwartet hatte. Die Türken vertheidigten sich mit großer Tapferkeit und brachten wiederholt in der Gegend von Giurgewo und Kalafat russischen Abtheilungen schwere Verluste bei. Und auch als der Czar, erzürnt über den geringen Erfolg, den Fürsten Gortschakoff vom Oberbefehl abrief und denselben seinem berühmtesten Kriegsmanne, dem Besieger Ungarns und Polens, Fürsten Paskewitsch, übertrug, gingen die Dinge nicht besser. Derselbe beschloß vor Allem

die Festung Silistria, ohne deren Besitz kein weiterer Vormarsch gewagt werden konnte, in seine Gewalt zu bekommen. Allein die Pforte hatte nicht umsonst bei den besten Instructoren, den preußischen Officieren, gelernt: die Festung war einige Jahre vorher nach allen Regeln der Kunst unter Leitung eines preußischen Ingenieurs verstärkt worden, und ein anderer dieser Instructoren, Oberst Grach, leitete, wenn auch nur von seinem Zimmer aus, durch guten Rath, den er gab, die Vertheidigung vortrefflich; einige englische Freiwillige, energische und sachkundige junge Officiere, thaten gute Dienste; wiederholte Stürme, am 28. und 29. Mai, am 9. Juni unter Paskewitsch's eigener Führung, wurden mit schweren Verlusten abgeschlagen. Der greise Feldherr, selbst verwundet, legte den Befehl nieder, den nun wieder Fürst Gortschakoff übernahm. Am 21. Juni hob dieser die Belagerung auf, welche den Russen 12,000 Mann gekostet hatte.

Die östreichische Sommation war unterdessen nach Petersburg abgegangen. Die Antwort Nesselrode's befriedigte Preußen, aber sie that Oestreich kein Genüge. Diese Macht hatte am 14. Juni mit der Pforte einen Vertrag über gemeinsame Besetzung der Donaufürstenthümer abgeschlossen; es blieb dem Kaiser Nicolaus nichts übrig, wenn er nicht auch die Oestreicher sich sofort auf den Hals ziehen wollte, als seine Truppen aus den Fürstenthümern zu ziehen; nach einem unbedeutenden Siege über eine türkische Heeresabtheilung in der Dobrudscha, dem sumpfigen Landstriche zwischen der unteren Donau und dem schwarzen Meere, erfolgte der Befehl. Unmittelbar darauf rückte Omer Pascha mit den türkischen Truppen ein und überschritten östreichische Truppen unter General Coronini die walachisch-siebenbürgische Gränze (Ende August): es mag damals gewesen sein, daß die oben erwähnte Statuette des Kaisers von Oestreich den Grimm des Czaren entgalt, wie erzählt wird, und dieser und jener mecklenburgische oder märkische Junker, der sich in conservativem Eifer das Bild des kaiserlichen Jünglings, der sein Vaterland bei Olmütz unter das Joch geschickt, angeschafft hatte, glaubte sich nunmehr verpflichtet, diesem Beispiel zu folgen.

Für diesen Schlag bot es keinen Ersatz, daß die deutschen Mittelstaaten in dieser Frage den beiden deutschen Vormächten zu folgen Bedenken trugen und eine dem russischen Standpunkte sich zuneigende Politik versuchten. Die Mitglieder des deutschen Bundes waren eingeladen worden, dem östreichisch-preußischen Schutz- und Trutzbündnisse beizutreten. Diese untergeordnete Rolle that aber dem Ehrgeiz der leitenden Minister Baierns und Sachsens, den Freiherrn von der Pfordten und von Beust, die sich auch so gut wie Einer auf die große Politik zu verstehen glaubten, kein Genüge. So hielten sie am 25. Mai zu Bamberg hohen Rath, bei welchem sie den Anschluß an das Bünd-

niß vom 20. April ablehnten und für den deutschen Bund als selbstständige Großmacht eine Stimme bei der Lösung der orientalischen Frage in Anspruch nahmen. Wir kommen bei der deutschen Geschichte auf diesen verfehlten Versuch zurück, der ohne weitere Folgen blieb und den Bund zu keiner selbstständigen Großmacht umschuf; am Bundestage, vor welchen Oestreich und Preußen die Sache brachten, stimmten doch alle Mitglieder mit Ausnahme von Mecklenburg für den preußisch-östreichischen Vertrag.

So standen die Dinge, als die Streitkräfte der Westmächte sich anschickten in den Kampf thätig einzugreifen. Nur auf dem asiatischen Kriegstheater waren die Russen siegreich. Der Krieg änderte nun seine Gestalt und gewann ein hervorragendes weltgeschichtliches Interesse. Er galt jetzt der Brechung der russischen Uebermacht, der Vorkämpferin und Beschützerin der europäischen Contrerevolution. So begann hier an einem Punkte, wo Niemand es gedacht hätte, der große Umschwung sich zu vollziehen: mit heimlicher Freude verfolgten die Liberalen, wie im Lager ihrer übermächtigen Gegner Zwiespalt um sich griff und mehr und mehr die Nemesis den gewaltigen Heros der Unterdrückung ereilte, der in seinem Uebermuthe sich selbst das Grab grub.

Indeß war der Gegner schwer zu fassen und er war den englisch-französischen Truppen, die sehr spät auf dem Kriegsschauplatze erschienen, bereits entschlüpft. Im Mai 1854 hatte sich eine französische Flottenabtheilung mit einer englischen in der Ostsee vereinigt; am 16. August vollführten diese Streitkräfte ihre erste gemeinsame Waffenthat durch die Einnahme der kleinen Festung Bomarsund auf den zwischen der Westküste Finnlands und der Ostküste Schwedens gelegenen Aalandsinseln, welche den Eingang in den bottnischen Meerbusen beherrschen. Aber die prahlerischen Ankündigungen des englischen Admirals Charles Napier und die Träume von einer demnächstigen Einnahme der mächtigen Seefestung Kronstadt, welche den Zugang zur russischen Hauptstadt deckt, verwirklichten sich nicht. Man machte dießmal die Erfahrung, die Deutschland später zu seinem Heile machen sollte: daß im Kampfe zwischen Strandbatterie und Schiffsartillerie die Letztere den schlimmeren Stand hat; man mußte sich also mit Aufbringung von Handelsschiffen und Bombardirung von Küstenorten begnügen, während andere englische Flottenabtheilungen den Feind in den chinesischen und den Gewässern von Kamschatka mit ebenso geringem Erfolge aufsuchten. Im Juni sammelten sich die englischen und französischen Truppen in Gallipoli, im Juli waren zu Varna ihrer 50,000 — 30,000 Franzosen und 20,000 Engländer — versammelt. Diese standen unter Lord Raglan, einem Waffengefährten Wellington's, der im Jahre 1788 geboren war und bei Waterloo den rechten

Arm verloren hatte, ein Mann, der, noch jugendlich und aufrecht trotz seiner 67 Jahre, den Franzosen vornehmlich durch seine völlige Unempfindlichkeit gegen jede Gefahr imponirte, von sicherem Takt, vollendeter Selbstbeherrschung, kriegskundig; jene unter dem Marschall St. Arnaud, einem Ritter des Staatsstreiches, dem für diesen Krieg wenigstens der wagemuthige Sinn und die gute Laune des Franzosen nicht fehlte, der aber den Keim einer tödtlichen Krankheit bereits in sich trug und schon darum wenig leistete. Von der einen wie von der andern Seite nahm an diesem Feldzuge, in dem zum ersten Male wieder seit langer Zeit englische und französische Truppen Seite an Seite fochten, ein Mitglied des regierenden Hauses Theil: von englischer der Herzog von Cambridge, von französischer der Prinz Napoleon, dessen Gesichtszüge eine große Aehnlichkeit mit denen des ersten Napoleon zeigten, der aber keineswegs viel Neigung oder Talent zu kriegerischen Dingen verrieth. Zum gemeinsamen Fechten kam es so rasch noch nicht. Den Russen in die Steppen Bessarabiens zu folgen, hieß das Heer einem sichern Untergange entgegenführen; andererseits forderten in dem ungesunden Varna die Krankheiten ihre Opfer; die Franzosen langweilten sich und ihr Oberbefehlshaber wünschte womöglich den 15. August, den Napoleonstag, der zum Theaterapparat des zweiten Kaiserreiches gehörte, durch einen Sieg zu verherrlichen. So beauftragte er den General Espinasse, auch einen der Helden des Staatsstreiches, die Russen aus der Dobrudscha zu verjagen. Mit 10,000 Mann begab sich dieser in die traurige Sumpfsteppe; als das Corps am 10. August nach Custendje zurückkehrte, ohne einen anderen Feind als ein paar flüchtende Kosaken gesehen zu haben, zählte es noch 4500. Die Uebrigen hatte die Cholera weggerafft, die auch, nachdem die zwecklos leichtfertige Expedition beendet war, täglich, gefördert durch Mißmuth und Langeweile der Soldaten, in den Spitälern von Varna ihre Ernte hielt. Es war Zeit von dort fortzukommen: und so ward ein Plan ins Werk gesetzt, der, obwohl auf einem an sich richtigen Gedanken beruhend, eilfertig und ohne genaue Kenntniß der wirklichen Verhältnisse entworfen war und erst nach unsäglichen Opfern mit einem halben Erfolge abschließen sollte.

Ein Blick auf die Karte zeigt, was auch die Erinnerungen und Erfahrungen der Kriegszüge Karl's XII. von Schweden und Napoleon's I. lehren, daß der Riesenkörper des russischen Reiches nur an den wenigen Stellen verwundbar ist, wo er an das offene Meer gränzt. Seitdem der Staat unter Peter dem Großen zum Bewußtsein seiner Macht und seiner Zukunft erwacht war, richtete sich sein Streben naturgemäß auf den Erwerb von Seeküsten, und es war ihm gelungen, an zwei Punkten, der Ostsee und dem schwarzen Meere, Küsten zu erwerben,

die freilich noch immer nur eine maritime Stellung von sehr untergeordnetem Werth begründen, gleichwohl aber einen für Rußland unschätzbaren Besitz bilden. Zur Sicherung der Stellung am schwarzen Meere war die Festung Sebastopol am Südwestende der Halbinsel Krim angelegt worden, an einer Bucht, die geräumig genug war, die ganze russische Kriegsflotte zu fassen. Die Generale waren über den Stand der Dinge in der Krim nur wenig oder gar nicht unterrichtet: die Unternehmung war in den Cabinetten der beiden Regierungen vereinbart, und die Stimmung der Bevölkerung in England namentlich erhitzte sich sehr für dieselbe. Nachdem die nöthigen Recognoscirungen angestellt worden, die nicht sehr eingehend gewesen sein können und nachdem in einigen Berathungen der hohen Officiere der Plan im Einzelnen festgesetzt worden war, schifften sich vom 3. bis 5. September 1854 die Truppen, Engländer, Franzosen und ein kleines türkisches Hülfscorps, im Ganzen 50,000 Mann, zu Varna ein. Am 14., nach glücklicher Fahrt, erreichte die Expedition die Westküste der taurischen Halbinsel, und die Ausschiffung der Truppen geschah, ohne daß man feindlichem Widerstande begegnete, südlich von Eupatoria. Man hegte, was freilich angesichts des späteren wirklichen Verlaufes der Dinge kaum zu begreifen ist, die Hoffnung, sich der Festung durch Ueberraschung zu bemächtigen; hierzu war es nicht eben die beste Einleitung, daß der Oberbefehlshaber der Expedition, der Marschall St. Arnaud, vor der Einschiffung in einer Proclamation dem Heere den Entschluß bekannt gemacht hatte. Indeß schien einen Augenblick doch das Unglaubliche wirklich geschehen. In den letzten Tagen des September flog plötzlich die ungeheure Nachricht vom Falle Sebastopols durch ganz Europa: die Forts um die Stadt her mit 2000 Kanonen genommen, 18,000 Russen getödtet, 22,000 gefangen; der östreichische Minister des Auswärtigen, von Buol, theilte dem französischen Gesandten die große Zeitung mit, die ihm soeben durch den k. k. Consul in Bukarest zugegangen, wohin ein Tartar, einer der türkischen Couriere, sie gebracht. Der Kaiser von Oestreich beeilte sich alsbald dem Kaiser der Franzosen seinen Glückwunsch abzustatten, der die gute Nachricht seinerseits, mit einigem Vorbehalt, in einer Anrede an die Truppen bei einer Revue zu Boulogne zum Besten gab; der ganze Welttheil hallte davon wider.

Die Wahrheit holte erst nach einigen Tagen die rasche Lüge ein; die Dinge sahen in Wirklichkeit gar sehr anders aus. Das verbündete Heer war am 19. September von Eupatoria aufgebrochen, vorwärts gegen Sebastopol; am 20. stießen sie auf das russische Heer, welches in erheblich geringerer Stärke als die Alliirten auf den südlichen Uferhöhen des Almaflusses unter dem Befehl des Fürsten Menzikoff Stellung genommen hatte. Während General Bosquet an der Spitze von

4000 Türken und einer französischen Division auf dem rechten Flügel vom Meere her die russische Linke umgehen sollte, griffen die Engländer die Front an; nach mehrstündigem Kampfe, mit Verlust von 5000 Mann, zog sich Menzikoff nach Baghtschesarai zurück und ließ den Alliirten den Weg nach Balaclawa, einem Hafenorte auf der Südseite von Sebastopol, frei.

Ein erster Sieg, hauptsächlich durch Lord Raglan's Verdienst erfochten, hatte so die neue Waffenbrüderschaft geweiht: man glaubte, daß einem raschen Angriff die noch schlechtverwahrte Nordseite der Festung nicht widerstanden haben würde: aber der Sieg ward säumig benutzt und die Schwierigkeiten der schlechtvorbereiteten Unternehmung zeigten sich bald in ihrem vollen Umfange. Die Russen versenkten verständiger Weise ihre Flotte, welche der feindlichen doch nicht gewachsen war und sperrten damit den Eingang des Hafens von Sebastopol; die Alliirten, für ihre Verpflegung auf die Flotten angewiesen, hatten kaum die genügende Truppenzahl, um auch nur die Südseite der Festung zu ceniren, womit doch gar nichts gewonnen war, da Munition und Verstärkungen derselben ungehindert vom Norden her zugeführt werden konnten, und ihre eigenen Stellungen durch Menzikoff, der mit einem starken Heere im offenen Felde stand, jeden Augenblick bedroht waren. Außerdem hatte dieser einen sehr wirksamen Verbündeten im Lager seiner Feinde, die Cholera, welche das Heer von Varna mitgebracht hatte. Ihr erlag am 29. auch der Marschall St. Arnaud, der sich am Tage der Schlacht noch aufrecht erhalten hatte und der so, nachdem man ihn an Bord eines französischen Kriegsschiffes gebracht hatte, mit einem glänzenden Effect von der Bühne trat, auf welcher er eine wichtige, wenn auch keineswegs ehrenvolle Rolle gespielt hatte. Der Oberbefehl ging auf einen Feldherrn von sehr mittelmäßigen Fähigkeiten, General Canrobert, über.

Am 9. October begann die Beschießung von der Land- und Seeseite, mit geringem Erfolg. Beiden Heeren kamen Verstärkungen zu: daß die Einnahme nicht ohne regelmäßige Belagerung gelingen konnte, war bereits klar. Dieselbe machte nur sehr langsame Fortschritte. Die Russen ihrerseits machten zweimal den Versuch, das Belagerungsheer von Balaclawa abzuschneiden; so am 25. October, wo ein Ausfall unter General Liprandi ein fünfstündiges Gefecht bei Balaclawa herbeiführte, dessen bekanntester Moment ein ebenso brillanter als unsinniger Angriff einer englischen Reiterbrigade gegen mit Artillerie- und Infanteriemassen besetzte Höhen war: ein Gefecht, das zu keinem Ergebniß führte, da die Russen ihren anfänglichen Erfolg nicht nachdrücklich genug ausnutzten und festhielten. Es war das Vorspiel zu einem noch blutigeren Kampfe am 5. November, der Schlacht von Inker-

man. Mit dem frühesten Morgen begann das russische Heer, etwa 60,000 Mann, den Angriff. Gegen 11 Uhr, nach hartnäckigem Widerstande, waren sie bis zum englischen Lager vorgedrungen; die Hülfe brachten die Franzosen unter Bosquet; nach einem fünfstündigen Kampfe traten die Russen den Rückzug an. Dießmal war der Sieg unzweifelhaft auf Seiten der Alliirten. Die Russen hatten in der schrecklichen Schlächterei 10,000 Verwundete und Todte, die Verbündeten 4 bis 5000; aber die Letzteren durften nicht noch mehr solche unfruchtbare Siege erfechten.

Und mittlerweile hatte sich nun die ungünstige Jahreszeit eingestellt, der „General Winter", auf welchen die Russen große Hoffnungen setzten. Vom Sturm auf Sebastopol war vorläufig keine Rede. Die Herbstregen, die unmittelbar nach der Schlacht eintraten, verwandelten die Lagerplätze wie die Laufgräben in Moräste; die Stürme des ungastlichen Meeres richteten unter der Flotte und den Transportschiffen schwere Verheerungen an; die Krankheiten mehrten sich und vor Allem litten die Engländer schwer, deren erbärmliche Verwaltung bei dieser Gelegenheit sich in ihrer ganzen Blöße enthüllte, und nun, freilich zu spät, von der entrüsteten öffentlichen Meinung zu Hause unerbittlich ans Licht gezerrt wurde. Weniger litten die Franzosen, deren Verwaltung weit besser war, und die mit der ihrem Volke angeborenen Anstelligkeit guten Muthes daran gingen, sich mit den vorhandenen Mitteln einzurichten, wozu der englische Soldat zu indolent, die englischen Officiere, tapfer in der Schlacht, zu ungeschickt waren. Im Januar 1855 trat strenge Kälte ein, die Arbeiten schritten nicht vor; doch trafen nach und nach bedeutende Verstärkungen und allmälig auch genügende Vorräthe ein. Die Russen aber waren besser in der Lage, die winterliche Ruhezeit zu benutzen, und die Vertheidigungswerke der Stadt wurden unter Leitung eines vorzüglichen Ingenieurs, General Todleben, zu einer großen Stärke gebracht.

Die Aufmerksamkeit der ganzen civilisirten Welt richtete sich auf diesen Fleck Erde. Die übrigen Kampfplätze, die Ostsee, die ostasiatischen Gewässer, wie der Landkrieg in Asien erregten augenblicklich das Interesse nur in geringem Maße. Den Alliirten war es gelungen, in ihrem Kampfe „für die Civilisation" — dieß war das Zauberwort, mit welchem man den sich regenden Unmuth beschwichtigte, — einen neuen Verbündeten zu gewinnen in dem König Victor Emanuel von Sardinien, welcher am 26. Januar dem englisch-französischen Allianzvertrage zur Aufrechthaltung der türkischen Unabhängigkeit beitrat, und ein Corps von 15,000 Mann, eine willkommene Hülfe für das durch die Verluste im Feld und in den Spitälern gezehntete Heer, zu der Armee in der Krim zu stellen versprach: erst im Mai 1855 aber

wurde es in Genua eingeschifft. Auf der anderen Seite nahm nun auch der Czar seine Kräfte zusammen. Im ganzen weiten Reiche wurden Verstärkungen aufgeboten, neue Truppenaushebungen angeordnet: Verstärkungen, die freilich, durch die ungeheuren winterlichen Märsche auf schlechtgebahnten Wegen bei den colossalen Entfernungen und den vielleicht nicht viel weniger colossalen Betrügereien im Verpflegungswesen, nur unter enormen Verlusten und großen Abgängen am Orte ihrer Bestimmung ankamen. Der Herrscher selbst aber sollte den Ausgang dieses menschenverschlingenden Krieges, der ihn vor Gott verklagte, nicht erleben. Er mußte sich gestehen, daß der Zweck, dem er diese Hekatomben opferte, verfehlt sei, daß er das Unheil auf sein eigenes Reich herrabbeschworen: ob er an die weiteren Folgen der beginnenden Niederlage, die nothwendige Erschütterung des von ihm in Europa vertretenen Prinzips dachte, bleibt zweifelhaft; aber die Nachrichten aus dem Süden, wo seine Truppen offenbar den Engländern und Franzosen im Felde nicht gewachsen waren, und selbst den Türken gegenüber wenig Ruhm geerntet hatten, regten ihn heftig auf; eine starke Erkältung trat hinzu, die er nicht zu beachten sich bemühte. Vergebens warnten und beschworen ihn die Aerzte: er bestand darauf, obgleich die Krankheit sichtbar zunahm, seine Pflicht, wie er sie verstand, zu thun: bei bitterer Kälte bestieg er wie sonst den offenen Schlitten, um eine Revue abzunehmen. Endlich aber mußte er sich doch entschließen zu thun, wie andere Menschen in solchem Falle; aber schon war keine Rettung mehr.

Am 2. März 1855, nachdem er festen Sinnes sein Haus bestellt hatte, verschied er. Sein Tod machte ein ungeheures Aufsehen in der Welt. Alle Trauerehren wurden an den Höfen von Berlin und Wien aufgeboten, und besonders in der ersteren Stadt erschöpfte sich die herrschende Partei, welche ihr Organ in der Kreuzzeitung und außerdem eine genügende Anzahl knechtischer Journalisten und Phrasendrescher in ihrem Solde hatte, in einer Ostentation von Trauer und Schmerz, welche selbst, wenn es sich um den Tod des eigenen Landesfürsten gehandelt hätte, das Maß des Geziemenden, mit welchem man die Todten ehren soll, weit überschritten haben würde und welche einem fremden Machthaber gegenüber ein Uebermaß von Knechtssinn verrieth, das der Partei einen dauernden Makel anheftete. Würdiger war das Wort, das der Sultan auf die Nachricht vom Tode seines gewaltigen Feindes geäußert haben soll: „Gott, der den Fürsten richtet wie den Bettler, möge dem Verstorbenen seine Sünden vergeben.“

Die Dinge vor Sebastopol begannen unterdessen eine für die Russen ungünstige Wendung zu nehmen. Ende Januar war im Auftrage des Kaisers Napoleon General Niel vor Sebastopol erschienen, welcher den

seitherigen Angriffsplan als einen verkehrten verwarf und durch einen neuen ersetzte, nach welchem die Operationen gegen die sogenannte Schiffervorstadt und eine diese beherrschende Befestigung, den Malakoff, gerichtet werden sollten. Neue Verstärkungen langten an; im Februar machte in London das Ministerium Aberdeen einem neuen von dem energischen Palmerston gebildeten Platz; Anfang Februar landeten die türkischen Streitkräfte, welche an der Donau nicht mehr nöthig waren, unter Omer Pascha bei Eupatoria und ein russischer Angriff am 17. wurde nachdrücklich abgewiesen. Die Nachricht von dieser unglücklichen Schlacht bei Eupatoria soll dem Czaren den letzten Stoß gegeben haben. Fürst Menzikoff ward abgerufen und an seiner Stelle Fürst Michael Gortschakoff zum Oberbefehlshaber ernannt. Die letzte Regierungshandlung des sterbenden Kaisers war die Unterzeichnung eines Manifestes, in welchem, wie einst gegen Napoleon I., eine allgemeine Bewaffnung des russischen Volkes angeordnet wurde. So hinterließ er seinem Sohne Alexander II. den unglücklichen und verderblichen Krieg und dieser konnte denselben, obgleich er ihn schwerlich gebilligt hatte, nicht sofort endigen, so unpopulär er auch beim russischen Volke jetzt war und vielleicht von Anfang an gewesen war. Mit Eintritt des Frühlings nahm der Kampf einen neuen Aufschwung. Der Kaiser Napoleon hatte eine Zeitlang ernstlich den Gedanken gehegt, selbst nach der Krim zu gehen, um seinen Gang zu beschleunigen; die Rücksicht auf die inneren Verhältnisse aber, wie die Furcht seiner Umgebung ließ eine Reise nicht zu, die ihn, von allem Anderen abgesehen, mehrere Monate von Frankreich fern gehalten haben würde: er schickte nun, um Canrobert zu ersetzen, der sich selbst der Aufgabe nicht gewachsen fühlte, einen Mann von rücksichtsloser Energie, dem es auf ein paar tausend Menschenleben nicht ankam, den General Pelissier, einen harten Soldaten, dessen Name seit dem Jahre 1846, wo er einen aufständischen Araberstamm in seinen letzten Schlupfwinkel, die Höhle von Denderah, verfolgt und dann durch Anzünden nassen Holzes vor den Eingängen die noch Uebrigen mit Rauch erstickt hatte, in ganz Europa bekannt und verabscheut war. Er ließ sofort (1. Mai) mit schwerem Verlust einige Außenwerke stürmen; zugleich rüstete man, womit man vielleicht hätte beginnen sollen, eine Flottenexpedition gegen die Waffenplätze am schwarzen Meere aus. Diese Expedition, mit 60 englischen und französischen Fahrzeugen unternommen, glückte. Am 24. Mai fiel Kertsch am europäischen, am folgenden Tag Jenikale am asiatischen Ufer der schmalen Wasserstraße, welche aus dem schwarzen in das Asowsche Meer führt, den Alliirten in die Hände. Dann zerstörte die Flotte, in das kleine Binnenmeer einfahrend, Schiff auf Schiff und aufgehäufte Vorräthe in ungeheuren Massen und kehrte am

6. Juni, nachdem sie dem Feinde schweren Schaden zugefügt, wieder in das offene Meer zurück.

In denselben Tagen wurden die Außenwerke der Festung vollends erobert und am 18. Juni, dem Tage von Waterloo, ward ein erster Sturm auf die Schiffervorstadt und die östlichen Hauptwerke, die Bastionen zwei und drei, von den Alliirten Malakoff und Redan genannt, unternommen. Er mißlang vollständig; 4800 Mann, unter ihnen drei Generale und 600 Gefangene verloren die Alliirten, nicht viel weniger die Russen. Noch einmal versuchten diese einen Angriff im offenen Felde; 48,000 Mann führte Fürst Gortschakoff am 16. August gegen die Höhen am linken Ufer des Tschernajaflusses, begünstigt durch einen dichten Morgennebel. An diesem Tage verdienten sich die Piemontesen oder, wie man sie im verbündeten Lager vorbedeutungsvoll nannte, die Italiener ihre ersten Lorbeeren: nach einigen Morgenstunden wüthenden Kämpfens kehrten die Russen, mit einem abermaligen Verlust von 7000 Mann, auf das rechte Ufer zurück. Dieser Sieg ermuthigte die Verbündeten, deren Arbeiten nun nicht mehr aufgehalten werden konnten und am 8. September folgte der von dem Ungestüm der Franzosen längst geforderte Sturmangriff. 30,000 Engländer und Sardinier, die Ersteren seit Lord Raglan's Tode von dem greisen General Simpson befehligt, hüteten die Tschernajalinie; die Franzosen hatten den Malakoff, die Engländer unter Codrington den Redan zum Ziel. Mittags zwölf Uhr setzten sich die französischen Sturmcolonnen in Bewegung; bis 5 Uhr wurde um den Malakoff gerungen, ehe die Russen ihn verloren gaben. Der Sturm der Engländer auf den Redan dagegen mißlang. Die Opfer des blutigen Tages waren schwer: 7309 Franzosen, 4 Generale, 20 Stabsofficiere, 2447 Engländer verwundet oder todt; die Russen gaben ihren Verlust auf 10,000 Mann an. Die Festung aber war nach dem Verlust des Malakoff nicht mehr zu halten und Gortschakoff benutzte die Ermüdung der Feinde, um über die seit dem 12. August geschlagene Brücke nach dem auf der Nordseite der Bucht gelegenen Theile der Stadt abzuziehen. 4000 Kanonen und ungeheure Vorräthe fielen den Alliirten in die Hände. Am 10., nachdem die Belagerung 349 Tage gedauert hatte, zogen sie ein.

c. Der Friede von Paris.

Der Waffenehre war Genüge geschehen: aber die Hoffnung, die man vorschnell hegte, daß Gortschakoff aus der Krim abziehen werde, erfüllte sich nicht. Er zog sich nach Baghtschesarai zurück, aber hielt noch immer das Feld. Der einzige fernere Erfolg auf diesem Theile des Kriegsschauplatzes war die Eroberung der kleinen Festung Kinburn an der Dnieprmündung durch die vereinigte Flotte. Er entschied nichts, so-

wenig als das Bombardement von Sweaborg im finnischen Meerbusen (10. August), das, gut genug, die Neugierde des Publikums, das nach Nachrichten und erstaunlichen Thaten verlangte, zu füttern, nur ein paar hundert Menschen das Leben kostete, die eigentlichen Festungen Helsingfors und Kronstadt aber nicht erschütterte. Es war ein Glück, daß nunmehr auch die Russen einen Erfolg aufzuweisen hatten, welcher die Aufnahme von Friedensunterhandlungen ermöglichte: die Capitulation von Kars am 28. November 1855. Dort auf dem asiatischen Kriegsschauplatze hatten die Türken die Gebirgsstämme am Ostrande des schwarzen Meeres, die Tscherkessen und Abchasen zum Aufstande gebracht und die Russen sahen die Erfolge jahrzehntelangen Kämpfens gefährdet; aber über den Küstensaum hinaus reichte dieser Sieg, soweit es überhaupt ein solcher war, nicht und den Fall der wichtigen Festung Kars konnten weder die ungarischen und polnischen Officiere, welche den Türken zur Verfügung standen, noch die einsichtige Vertheidigung englischer Officiere, Atwell, Lake, Williams, noch die Tapferkeit und Ausdauer der Besatzung hindern. Omer Pascha, der einen Entsatzversuch machte, aber von seiner Regierung schlecht unterstützt wurde, mußte sich vor der überlegenen russischen Macht wieder nach der Küste zurückziehen: am 28., als nur noch für sechs Tage Lebensmittel vorhanden waren, ergab sich die Festung an General Murawieff. Es war Zeit an den Frieden zu denken. Die Opfer des Krieges waren ungeheuer und was konnte man sich von einer Fortsetzung desselben versprechen? Von allen Seiten und namentlich in England rüstete man sich für einen neuen Feldzug: aber ein mächtiger Wille, der seinen besonderen Zweck erreicht hatte und der es nicht liebte die Dinge auf die Spitze zu treiben, der Kaiser Napoleon war für den Frieden: und die Diplomatie nahm nun mit Nachdruck ihr Werk wieder auf, das niemals ganz geruht hatte.

Nachdem die östreichische Sommation vergebens gewesen, hatten die beiden Cabinette von London und Paris den Zweck des Krieges, also die Grundlage eines eventuellen Friedens, am 22. Juli 1854 in vier Punkte zusammengefaßt — europäische Garantie der staatsrechtlichen Stellung der Donaufürstenthümer anstatt des seitherigen russischen Protectorates; Sicherung der freien Schiffahrt in den Donaumündungen; Beschränkung der russischen Macht im schwarzen Meere und gemeinsame Bemühungen der Mächte für den Schutz der Rajahvölker in der Türkei, ohne Beeinträchtigung der Souveränetät des Sultans. Die deutschen Mächte erklärten sich mit diesen vier Punkten einverstanden und suchten den russischen Kaiser dafür zu gewinnen, der sie aber zuerst schroff abwies. Darauf zogen Preußen und Oestreich ihre Allianz enger; Nicolaus fühlte seine Isolirung und ließ am 28.

November 1854 in Wien anzeigen, daß er die vier Punkte als Grundlage einer Verständigung annehme: er zählte auf die günstigere Stimmung in Preußen und Deutschland, welche er von Oestreich zu trennen hoffte. Oestreich ging nun, während Preußen und die deutschen Staaten bedenklich inne hielten, einen Schritt weiter: es schloß am 2. December 1854 mit den Westmächten einen förmlichen Allianzvertrag, in welchem sich die drei Regierungen verpflichteten, sich auf keine Separatverhandlungen mit Rußland einzulassen und sich vorbehielten, je nach dem Gang der Ereignisse noch weitere Bedingungen über die vier Punkte hinaus zu stellen. Die Vertheidigung der Donaufürstenthümer übernahm für alle Fälle Oestreich; sei bis Ende des Jahres der Friede noch nicht hergestellt, so werden die drei Regierungen über die weiteren Mittel zur Erreichung des Zweckes ihrer Allianz in Berathung treten. Mit anderen Worten: es wurde Rußland mit einer östreichischen Kriegserklärung gedroht und Preußen sollte eingeladen werden, diesem Vertrage beizutreten.

Dieß allerdings geschah nicht. Hatte die Welt Ursache, über Oestreichs Undank zu erstaunen, so konnte sie, wenn sie wollte, noch mehr Preußens Dankbarkeit für erlittenes Unrecht bewundern; doch näherte es sich auch Rußland nicht, welches in der Frage völlig allein stand. Der gute Wille der Freunde des Czaren in Berlin und an den kleinen deutschen Höfen kam ihm in einer Sache nicht zu Gute, welche die öffentliche Meinung in ganz Europa als eine ungerechte verdammte. Freilich blieb auch Oestreich sehr zu seinem Schaden auf halbem Wege stehen; aber Rußlands Lage wurde dadurch wenig besser. Der Anschluß Sardiniens an die Westmächte, obgleich er die Zahl der Angreifer nur um 15—20,000 vermehrte, war ein bedenkliches Symptom, weil dieses Beispiel Nachahmung finden konnte. Gleichwohl war, so lange Nicolaus lebte, von Frieden nicht ernstlich die Rede, und auch als er gestorben, konnte Alexander nicht sofort die entgegengesetzte Bahn einschlagen. Jetzt aber, wo auf der einen Seite Sebastopol, auf der andern Kars gefallen, war der Augenblick, inne zu halten, gekommen. Ging jetzt der Krieg weiter, so standen für Rußland ernstlich die Errungenschaften seit Peter dem Großen in Frage. Der Kaiser Napoleon hatte am 6. November seinen Marschall Canrobert nach Stockholm geschickt, der dort bis zum 21. verweilte, längere Zeit als nöthig war, um dem König Oskar I. das große Band der Ehrenlegion zu überreichen. England, wo die Stimmung jetzt erst recht warm geworden, rüstete sich mit größter Energie, um im nächsten Jahre die Hauptrolle zu übernehmen, wo es seither nur die zweite Rolle und diese nicht sehr gut gespielt hatte: ein Sieg Rußlands, das die Erschöpfung zu spüren begann, während England jetzt erst recht zu seinem Kraftgefühl

erwachte, war unmöglich, während es jetzt noch ohne allzu schwere Einbuße den Frieden zurückerhalten konnte, den es muthwillig gestört hatte. Die Initiative zur Herstellung dieses Friedens übernahm Oestreich, das seinerseits Ursache hatte, aus seiner Stellung herauszukommen, die ihm schwere finanzielle Opfer ohne Ansprüche auf Entschädigung auferlegte. Die östreichische Regierung sandte, nachdem sie sich der Einwilligung der Westmächte und der Unterstützung Preußens versichert hatte, den Grafen Esterhazy mit einem Vorschlag, den man wohl als Ultimatum bezeichnet hat, nach St. Petersburg, welcher die oben erwähnten vier Punkte in einer neuen Formulirung als Grundlage der Verständigung anbot. Mit dieser Sendung kreuzte sich eine Note des russischen Staatskanzlers Nesselrode an den Wiener Gesandten Fürsten Gortschakoff (23. December 1855), welche ihrerseits die Wiedereröffnung der Unterhandlungen anregte: und am 16. Januar 1856 ließ Nesselrode dem Grafen Esterhazy sagen, daß sein Kaiser die vier Punkte ohne weitern Vorbehalt als Präliminarien annehme.

Dem entsprechend traten die Vertreter Englands, Frankreichs, Oestreichs, der Türkei und Rußlands am 1. Februar in Wien zu einer Conferenz zusammen. Der östreichische Entwurf ward hier definitiv angenommen; zur endgültigen Vereinbarung sollten nach drei Wochen die Bevollmächtigten der Höfe in Paris zusammentreten.

So hatte Napoleon III. die Genugthuung, daß die europäische Pacification sich unter seinen Auspicien vollzog: im Hôtel seines Ministers des Auswärtigen, Walewski, der die Verhandlungen leitete, trat am 25. Februar die Conferenz zusammen. Es waren außer dem Vorsitzenden der französische Botschafter am Wiener Hofe, Bourqueney, die Oestreicher Graf Buol-Schauenstein und Baron Hübner, der Letztere östreichischer Botschafter in Paris; die Engländer Lord Clarendon und Lord Cowley; von Seiten der Pforte Ali Pascha, der Großvezier, und Djemil Bey, der türkische Gesandte in Paris; von Seiten Rußlands Graf Alexis Orloff und der Gesandte am deutschen Bund, Baron Brunow; in so vornehmer Gesellschaft aber fand sich zum ersten Male, zum bitteren Aerger der Oestreicher, auch der sardinische Minister des Auswärtigen, der Graf Camillo Cavour, und der Gesandte Victor Emanuel's am Tuilerienhofe, der Marquis von Villamarina ein. Preußen, das immer mehr sich bei Seite gestellt und keinen Mann für diese europäische Frage mobil gemacht hatte, war nicht eingeladen, worüber die dort herrschende Partei eine große Gleichgültigkeit mehr affektirte als empfand; erst in der siebenten Sitzung wurde auf den Vorschlag Walewski's beschlossen, auch Preußen hinzuzuziehen, da man seiner doch bei Festsetzungen von allgemein europäischem Charakter nicht entrathen konnte: und in der elften Sitzung, am 18. März, erschien

der preußische Minister des Auswärtigen, Otto von Manteuffel, mit dem Pariser Gesandten Grafen Hatzfeld und nahm auf einem der rothsammtenen vergoldeten Stühle vor dem grünen Tische Platz. Die Etikette, welche sonst bei europäischen Congressen eine so große Rolle gespielt hatte, kostete dießmal, was immerhin als ein Fortschritt zu verzeichnen ist, keine Zeit. Die alphabetische Reihenfolge der Namen der Länder bestimmte die Ordnung bei den Unterschriften der Protocolle und für die Vorstellungen bei Hofe: als Protocollführer und Secretär des Congresses fungirte Herr Benedetti, dem das Schicksal noch eine peinliche Art von Unsterblichkeit vorbehielt.

Die ersten 19 von den 24 Sitzungen, in welchen der Congreß sein Werk vollbrachte, waren ausschließlich der Regelung der orientalischen Angelegenheiten gewidmet. Ihr Ergebniß war der Friede von Paris vom 3. März, dessen Ratificationen am 27. April 1856 in feierlicher Sitzung ausgetauscht wurden; die Feder, mit welcher unterzeichnet wurde, hatte der große Adler im Jardin des plantes liefern müssen. Die wesentlichsten der 34 Friedensartikel waren: Räumung der eroberten Gebietstheile, Rückgabe der Gefangenen; die Pforte wird in das europäische Concert aufgenommen und die Integrität des osmanischen Reiches von den Unterzeichnern garantirt (Art. 7); dieselben nehmen Act von dem Reformgesetz, welches der Sultan unter dem 25. Januar 1856 erlassen, nach welchem das Loos seiner Unterthanen ohne Unterschied der Religion verbessert werden soll (Art. 9); Neutralisirung des schwarzen Meeres, welches den Handelsschiffen aller Nationen erlaubt, ihren Kriegsschiffen verboten ist (Art. 11); eine besondere Convention zwischen Rußland und der Pforte bestimmt die Zahl der kleinen Kriegsfahrzeuge, welche zur Aufrechthaltung der Seepolizei nothwendig sind. Freie Schiffahrt auf der Donau, regulirt durch eine beständige Commission der Uferstaaten; zur Controle darf jede der Mächte zwei leichte Kriegsfahrzeuge an der Mündung aufstellen, und um die Freiheit der Donauschiffahrt zu sichern, willigt Rußland in eine Gränzrectification, d. h. eine wenn auch geringfügige Gebietsabtretung in Bessarabien. Die Moldau und Walachei fahren fort, ihre Privilegien unter der Suzeränität der Pforte und der Garantie sämmtlicher contrahirenden Mächte zu genießen; keine einzelne derselben wird (wie seither Rußland) ein besonderes Schutzrecht über dieselben beanspruchen; sie halten eine nationale Armee zum Schutz der Gränze und zur Sicherheit im Innern: im Falle die Ordnung dort gestört wird, verständigt sich die Pforte mit den Mächten über die Mittel, dieselbe wiederherzustellen. Angehängte besondere Conventionen regulirten die Schließung des Bosporus und der Dardanellen und verbrieften die Nichtbefestigung der Aalandsinseln durch Rußland.

Ergänzt wurde dieser Friede durch einen am 29. April ratificirten besondern Vertrag zwischen Frankreich, England und Oestreich, in welchem diese Mächte die Integrität und Unabhängigkeit der Türkei auch für die Zukunft garantirten und sich verpflichteten, jede Verletzung des Pariser Friedens als einen Kriegsfall anzusehen. Der Türkei half dieß nicht viel: es kam doch auch künftighin auf die Umstände an, ob dieser Vertrag zur Geltung gelangte. Dagegen hatte Walewski, damit dieser Congreß, wie einst der Wiener und der westfälische, sich durch einen dauernden Fortschritt des öffentlichen Rechtes ein Denkmal setze, eine Reform des Seerechts angeregt, welche in einem Protocoll vom 16. April niedergelegt ward. Die Kaperei sollte für immer abgeschafft sein, und der Grundsatz ward ausgesprochen, daß künftig die neutrale Flagge die feindliche Waare decke, vorausgesetzt, daß dieselbe nicht aus Kriegscontrebande bestehe, — und daß eine Blockade, um verbindlich zu sein, effectiv sein, d. h. durch eine Seemacht gehandhabt werden müsse, stark genug, um den Zugang zum Ufer wirklich zu hindern. Der Friede ward verkündigt, die Truppen und Flotten kehrten nach Hause zurück. Man hatte nun Muße, zu berechnen, ob er die ungeheuren Opfer an Menschenleben und Geld verlohnte, welche der Krieg gekostet. England hatte wie gewöhnlich viel Geld und verhältnißmäßig wenig Menschenleben verausgabt: die Zahl der Letzteren gab Lord Palmerston zu 22,000 an, die Summe des Ersteren betrug 76 Millionen Pfd. Die Franzosen berechneten ihren Verlust auf etwa 70,000 Menschenleben und 1700 Millionen Francs; nach der Türkei fragte man nicht; die Russen hatten auf den Schlachtfeldern 100,000 gelassen; die vielleicht ebenso große Zahl, welche Märsche, Entbehrungen, Krankheit ihnen getödtet, wurde nicht genau festgestellt.

Von der Türkei war das offenbare Verderben abgewendet worden: ob die Rettung ihr frommte, mußte die Zukunft lehren. Die wichtigste Frucht des großen Kampfes war, daß das drückende Joch Rußlands, das einige Jahre schwer auf Europa gelastet hatte, gebrochen und daß die reactionäre Allianz Rußland-Oestreich-Preußen gründlich gesprengt war. Welche Folgen dieß weiter für das europäische Leben im Ganzen und für die einzelnen Staaten gehabt hat, werden wir sehen: zunächst aber kam diese Frucht des Sieges dem neuen französischen Kaiserthum zu Gute, das jetzt in den Vordergrund der europäischen Dinge gerückt war. Napoleon III. war ein großer Wurf gelungen: er hatte mit England eine Allianz geschlossen, welche ihm eine bedeutende Stellung gab, und er hatte diese Stellung dadurch noch bedeutender gemacht, daß die französischen Streitkräfte im Felde überall das Beste gethan hatten; er hatte Oestreich mit Rußland tödtlich verfeindet und auch das Verhältniß Oestreichs zu Preußen erschüttert. Von allen

fremden Mächten sah er sich umworben: als er im April 1855 der englischen Herrscherin auf der Insel Wight einen Besuch machte, sah er, der ehemalige Verbannte, von Volk und Hof sich aufs Beste empfangen: der Abenteurer von gestern war jetzt der mächtigste Mann in Europa geworden, auf dessen Worte der gesammte Welttheil mit Spannung lauschte.

Wir müssen deshalb, indem wir nunmehr die Geschichte der einzelnen Staaten Europas in diesen Jahren der Ermattung und der Neusammlung etwas näher betrachten, vor Allem die Entwickelung der Dinge in Frankreich ins Auge fassen, welcher dieser eigenthümliche Mann ihren besonderen Charakter gab.

II. Geschichte der einzelnen Staaten.

1852—1859.

A. Westliche Staaten.

1. Frankreich.

Der Mann, der jetzt Frankreich regierte, brachte auf den Thron sehr feste und bestimmte politische Ideen mit, die er im Wesentlichen auch bereits in den Jahren der Verbannung als „Napoleonische Ideen" (1839) der Welt kund gethan hatte. Damals wurden diese Ideen wenig beachtet: nachdem jedoch Frankreich 18 Jahre lang nach denselben regiert worden, muß der Unbefangene zugeben, daß ihr Verfasser ein Mann von hoher staatsmännischer Begabung war. Er findet in dem Stifter der napoleonischen Dynastie, welcher das Idol seiner Mutter Hortensia gewesen, seinen Heiligen, und leitet Alles, was in Europa fruchtbar und zukunftsvoll sei, von ihm her: die französische Gesellschaft, durchaus demokratisch auf der einen, von Parteiungen zerrissen, ohne Sinn für Autorität auf der andern Seite, bedürfe einer Regierung, die zugleich demokratisch und stark sein müsse. Gleichheit vor dem Gesetz, freie Bahn für jedes Talent, Freiheit der Arbeit und des Verkehrs, allgemeines Stimmrecht, keine Vorrechte der Geburt; andererseits Vereinigung aller Macht in der Hand des Kaisers, welcher der einzige Repräsentant der Nation sein muß; Beschränkung der Kammern, der Presse und damit Niederhaltung der Parteileidenschaft; die Kirche geehrt, aber ohne Einfluß auf die Staatsverwaltung; die politische Freiheit nicht die Grundlage, sondern das letzte Ziel dieser Ordnung der Dinge. Er hatte Muße genug gehabt, diese Ideen reifen zu lassen, in welche er sich, grübelnden Verstandes, zäh an einmal Erfaßtem festhaltenden Sinnes wie er war, immer tiefer versenkte. Fern

von Frankreich aufgewachsen, in Deutschland erzogen, in der Schweiz, Italien, Amerika, England zum Manne gereift, entbehrte er der Eigenschaften, welche den Franzosen insonderheit charakterisiren: eben dieß vielleicht, daß er an den Schwächen des Nationalcharakters ebensowenig Theil hatte, als an einigen seiner Tugenden, trug am meisten dazu bei, ihm eine so überlegene Stellung bei diesem unruhigen, leidenschaftlichen Volke, in diesem tief zerrütteten Nationalkörper zu schaffen.

Am 2. December 1852, sahen wir, war das neue Kaiserreich proclamirt worden, nachdem ein Senatusconsult diejenigen Modificationen der Verfassung festgesetzt hatte, welche dieser Abschluß nöthig zu machen schien. Die gewöhnliche Staffage, die bei der Errichtung eines neuen Thrones nöthig erachtet wird, fehlte auch hier nicht. Es gab wieder ein „Haus des Kaisers", es gab wieder einen Großalmosenier, einen Großmarschall des Palastes, einen Großjägermeister, einen Großceremonienmeister: Posten genug, mit denen geleistete Dienste belohnt werden konnten, und mit denen, wenn nicht viel Ehre, doch viel Geld verbunden war. Dem Marschall St. Arnaud rechnete man nach, wie er, Einer von Vielen, 100,000 Frcs. als Großstallmeister, 130,000 als Kriegsminister, 40,000 als Maréchal de France, 30,000 als Senateur, also runde 300,000 Frcs. jährlicher Einkünfte im Ganzen bezog. Indeß möglicher Weise konnte diese Regierung, wenn sie sonst eine gute war, doch vergleichungsweise immer noch eine wohlfeile sein: die Republik hatte keine Großceremonienmeister und keine Senatoren zu bezahlen gehabt und war dem Lande dennoch theuer genug zu stehen gekommen.

Die Frage der Anerkennung des neuen Kaiserthums löste sich für die europäischen Mächte dießmal noch leichter, als im Jahre 1830 die Frage der Anerkennung des Julikönigthums. Die meisten der europäischen Höfe waren herzlich froh, daß man so glimpflich davongekommen, daß man wenigstens das drohende Gespenst am europäischen Horizont, die Republik in Frankreich, so rasch und so gründlich losgeworden war. So war denn auch der neapolitanische Gesandte, der Ambassadeur eines hochlegitimistischen bourbonischen Hofes, der erste, der bei dem neuen Kaiser accreditirt wurde; von den englischen Ministern hatte unmittelbar nach dem Staatsstreiche schon Lord Palmerston die Anerkennung als eine sich von selbst verstehende Sache, ohne Rücksprache mit den übrigen Ministern, ausgesprochen. Er war über dieser Eigenmächtigkeit zu Falle gekommen: übrigens zauderte die englische Regierung nicht, Lord Cowley bei dem neuen Kaiser zu accreditiren; Holland, Belgien, Sardinien folgten. Einige der kleinen deutschen Höfe, wie Würtemberg und Nassau, beglückwünschten den französischen Gesandten ohne Säumen; auch Preußen und Oestreich, obwohl das Erstere von legitimistischen Schrullen geplagt war und das

Letztere nicht vergaß, daß der neue Kaiser einst an der Erhebung gegen päpstliches und östreichisches Regiment in Italien Theil genommen, beugten sich vor der Macht der thatsächlichen Verhältnisse; und selbst Kaiser Nicolaus überwand sich, wie er bei der Thronbesteigung Louis Philipp's gethan, nur daß er dem Manne, den die Revolution erhoben, nicht die Anrede cousin et frère, sondern nur die Titulatur „Mein guter Freund" gönnte, dieselbe, mit welcher er im amtlichen Verkehr den Präsidenten der vereinigten Staaten von Nordamerika anredete. Nur Ein König, ein König ohne Land, protestirte: der Graf von Chambord, der Heinrich V. der Legitimisten: „bis zu meinem letzten Seufzer werde ich das mir anvertraute Gut der Erbmonarchie bewahren, den einzigen Port der Rettung, in dem Frankreich nach so vielen Stürmen die Ruhe und das Glück wird wiederfinden können."

Indeß in Einem Punkte fand Napoleon, während die alten Höfe ihn mit Artigkeiten überschütteten, und diejenigen, welche anfangs zurückgeblieben waren, das Versäumte mit verdoppeltem Eifer nachzuholen eilten, sich als Emporkömmling gemieden: eine Verschwägerung mit einem der alten Dynastenhäuser wollte nicht glücken. Nach verschiedenen fehlgeschlagenen Versuchen fand Napoleon den Stolz des Parvenus wieder — des Parvenus durch die Stimme von 7 Millionen Franzosen, wie er dem legitimistischen Europa zu hören gab — und vermählte sich mit einer Dame von nicht ganz zweifellosem Rufe, aber unzweifelhafter Schönheit, einem Fräulein Eugenie von Montijo, einer Spanierin, deren Stammbaum auf einige große Namen unter den spanischen Adelsgeschlechtern zurückzuführen weiter keine Schwierigkeiten machte:*) einer Frau indeß von höchst oberflächlicher Bildung, welche einerseits durch ihre Unwissenheit ein bequemes Werkzeug für den Einfluß der Clericalen wurde, andererseits sich der unumschränkten Herrschaft auf dem Gebiete der Mode und des frivolen Luxus bemächtigte, welchen Louis Napoleon, wie einst sein Oheim, begünstigen zu müssen glaubte, um die Gedanken von der Politik und anderen ernsthaften Dingen abzulenken. Die Vermählung fand am 30. Januar 1853 statt; die Trauung vollzog der Erzbischof von Paris. So war der neue Hof vollständig, um den sich eine Gesellschaft drängte, in welcher die neuen Männer und Namen vorherrschten, bis Glanz und Schein, zunehmende Sicherheit und Bedürfniß der Schmeichelei allmälig auch Leute von altem und ältestem Namen herbeizog.

Dem Kaiser selbst, der ein Mann von einfachen Gewohnheiten war, waren diese Eitelkeiten Mittel zu seinen Zwecken: es war nicht, wenigstens war es nicht ganz seine Schuld, wenn ein neuer Thron in diesem

*) Facile avos inveniunt quibus favet fortuna.

Lande nur mit Hülfe der Niederträchtigkeit, nur mit Hülfe von Menschen aufgerichtet werden konnte, die später seine Sache mit derselben Gleichgültigkeit wie jede andere wieder verließen. Für solche Umgebungen brauchte man viel Geld, mit welchem der Kaiser sorglos wirthschaftete. Seine Civilliste wurde auf 25 Millionen, dieselbe Summe, die einst Napoleon I. bezogen und das Doppelte von derjenigen, mit welcher Ludwig Philipp haushielt, festgesetzt. Für die „Prinzen des kaiserlichen Hauses" wurden ihm weitere 1½ Millionen zur Verfügung gestellt. Sich selbst und die Deputirten verabsäumte der Senat auch nicht: 30,000 Frcs. bezog jeder Senator, 2500 monatlich jedes Mitglied des gesetzgebenden Körpers während der Dauer der Sessionen. Um diesen Preis konnte man sich in den Kreisen, welche sich dieser wohlbezahlten Knechtschaft entgegendrängten, auch die weiteren Beschränkungen des kümmerlichen Budgetrechts gefallen lassen, — wonach künftighin nur der Credit für jedes der Ministerien votirt und dem Kaiser überlassen wurde, in Gemeinschaft mit dem Staatsrath die Summe nach den verschiedenen Capiteln im Einzelnen zu vertheilen. Einer der eifrigsten Diener der neuen Gewalt, Troplong, verschwendete viele Worte gegen die „ohnmächtigen Vorurtheile", die „Vorsicht des Uebelwollens", mit welchen man eine Gewalt nicht binden dürfe, der die Nation ein Vertrauen ohne Beispiel entgegengetragen habe. Außerdem ward die Oeffentlichkeit der Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers auf das knappste Maß beschränkt, es durfte kein Verhältniß zwischen dieser Körperschaft und der Masse des Volkes bestehen. Die Rednerbühne ward abgeschafft, die Redner sprachen von ihrem Platze aus; auch die Zuhörerräume wurden beschränkt, und die Langeweile, die dort zu holen war, beschränkte bald auch die Zuhörerzahl; ein officieller Rechenschaftsbericht wird am Ende jeder Sitzung unter den Augen des vom Kaiser ernannten Präsidenten der Kammer von dem Bureau redigirt, damit diese Berichte „mehr Unparteilichkeit erhalten", und nur diesen Bericht, keinen andern dürfen die Journale bringen: „denn", so sagte der Kaiser in der Thronrede, mit welcher er im Jahre 1853 die Session eröffnete, „die Freiheit hat niemals beigetragen, ein dauerhaftes politisches Gebäude zu gründen, sie krönt es nur, wenn die Zeit es consolidirt hat."

So hatten die Sitzungen dieser verächtlichen Körperschaft, in welcher neben dem Schwarme der Regierungscandidaten nur einzelne unabhängige Geister, wie Herr von Montalembert, ein strenger Katholik, aber dabei ein Mann von Beredtsamkeit und Charakter, Platz zu nehmen sich überwinden konnten, in den ersten Jahren fast nur insofern ein Interesse, als der Kaiser Gelegenheit nahm, allemal bei Eröffnung der Session eine Rede zu halten, welche der Telegraph sofort nach den

vier Winden trug und deren Worte wie Orakelsprüche den Zeitungen den Stoff gaben, in zahllosen Artikeln zu untersuchen, was er gesagt und was er verschwiegen, was er mit seinem Schweigen habe sagen und was er mit seinem Sagen habe verschweigen wollen. Die Eröffnungsrede vom 2. März 1854 beschäftigte sich mit den Mitteln, der Noth, in Folge der Mißernte von 1853 zu steuern: und sie kündigte zugleich den Krieg zu Gunsten der Unabhängigkeit der Türkei an, den er in männlicher und würdiger Sprache der Nation als eine Nothwendigkeit darlegte. Das Corps législatif schloß sich denn auch den „edelmüthigen Ideen" des Kaisers an: die Gesetze, welche eine Anleihe von 250 Millionen und die Erhöhung des zuvor herabgesetzten Contingents regulirten, wurden ohne Zögern votirt. Nicht minder ruhig wickelten sich die übrigen Geschäfte ab. Die Aufmerksamkeit war vorwiegend auf den auswärtigen Krieg gerichtet, der dem Kaiser willkommen war, weil er die Gedanken von den inneren Zuständen ablenkte und dem Hunger dieses Volkes nach kriegerischen Lorbeeren Nahrung gab, so dürftig diese Lorbeeren auch anfangs sprießten. Die Armee war ein glänzendes Spielzeug, an welchem die Nation ihr Ergötzen fand, und da sich die besitzenden Klassen von der Dienstpflicht freikauften, so nahm man sich in diesen Kreisen, welche die öffentliche Stimmung beherrschten, die Verluste nicht sehr zu Herzen: der Krieg lieferte Stoff für das Tagesgespräch und Schaustücke für das tägliche Unterhaltungsbedürfniß. Der Besuch des Kaisers in England vom April 1855 wurde im August von der Königin Victoria erwidert, welche nicht verfehlte, das Grab Napoleon's I. im Invalidendome zu besuchen; im November sah man dann den König Victor Emanuel mit seinem Minister Cavour in Paris und am 29. December den Triumpheinzug der von der Krim heimgekehrten Truppen. „Ich trete vor Euch, wie einst der Senat von Rom vor seine siegreichen Legionen", sagte der Kaiser, „und komme Euch zu sagen, daß Ihr Euch um das Vaterland wohl verdient gemacht habt"; dem General Canrobert gestattete er die Ehre, diesen Triumphzug zu führen: „Setzen Sie sich an die Spitze dieser Armee, die Sie Frankreich erhalten haben", während der neue Marschall von Frankreich, Pelissier, nach napoleonischer Tradition den Titel eines Herzogs von Malakoff erhielt. Die französische Armee hatte sich in diesem Kriege unter den vier oder fünf rivalisirenden als die bestverwaltete und bestorganisirte gezeigt, was freilich nicht allzuviel sagen wollte, und außerdem schenkte das französische Publikum sehr bereitwillig Glauben, wenn man ihm irgend einen, wenn auch noch so mäßigen Erfolg als eine bestaunenswürdige Heldenthat pries. Insbesondere die Stadt Paris war in guter Laune und hatte Ursache, so zu sein: am 15. Mai desselben Jahres (1855), während die Armee in weiter Ferne den Ruhm

des französischen Namens aufrecht hielt, wurde zu Paris die zweite der großen Weltindustrieausstellungen eröffnet, welche den ganzen Sommer hindurch eine Menge höchster, hoher und gewöhnlicher Besucher nach Paris lockte. Sie zeigte die heimische Industrie im vortheilhaftesten Lichte, und, indem sie der Eitelkeit schmeichelte, gab sie zugleich dem Unternehmungsgeiste neue Antriebe; und als nun im Februar des folgenden Jahres (1856), hier in ihrer Stadt der Friedenscongreß zusammentrat, da zweifelte die Masse nicht länger, daß Paris in der That das Centrum des Universums sei und daß Frankreich jetzt wieder von einem überlegenen Genius regiert werde, der es verstanden habe, der Nation ihre hervorragende Stellung in Europa, ihr Prestige, zurückzugeben. Noch war der Congreß versammelt, als die Geburt eines Thronerben diese glückliche Anfangsepoche des Kaiserreichs krönte (16. März). Es konnte mit dem neuen „Kinde Frankreichs", wie der Kaiser mit dem altherkömmlichen Namen den eben geborenen Knaben nannte, nicht fehlen, da der Papst demselben schon eine Stunde später telegraphisch seinen Segen schickte; der russische Bevollmächtigte am Congreß, Graf Orloff, lief allen seinen Collegen den Rang ab, indem er schon am frühen Morgen in großer Uniform in den Tuilerien erschien, um seinen Glückwunsch darzubringen. Er war der Erste einer langen Reihe; es war ein richtiges Gefühl, welches dem Kaiser in seiner Antwort an „die großen Staatskörper", den Senat und das Corps législatif die ernsten und wohlgewählten Worte eingab, „daß er trotz der einstimmigen Glücksrufe sich nicht enthalten könne, an die Geschicke Derer zu denken, welche an demselben Orte und unter ähnlichen Umständen geboren worden seien." Wenige Tage später überbrachten ihm die Congreßbevollmächtigten den vollzogenen Friedensvertrag: er konnte sich in der That in diesen Tagen als der erste Mann in Europa erscheinen.

Neben der überragenden Stellung dieses Einen Mannes fand die gesetzgeberische Thätigkeit der Kammern, welche nur als Staffage bei solchen großen Schaustellungen etwas zu bedeuten schienen, nur geringe Beachtung und sie bemühten sich redlich diese geringe Beachtung zu verdienen.

Ein Recrutirungsgesetz ließ das System der Stellvertretung unverändert, nur daß Denen, die nach 7jährigem Dienste ein neues Engagement annahmen, große Vortheile in Aussicht gestellt wurden: wodurch im Heere mehr noch als bisher der Handwerksgeist, das Prätorianerthum genährt ward (1855). Nicht besser war das Municipalgesetz vom gleichen Jahre. Der Maire und seine Adjuncten werden in den Gemeinden, welche mehr als 3000 Seelen zählen, vom Kaiser, in den anderen vom Präfekten ernannt; sie brauchen nicht aus

dem durch das allgemeine Stimmrecht gewählten Municipalrath genommen zu werden; sie werden auf fünf Jahre bestellt, ein Befehl des Präfekten kann sie suspendiren, ein kaiserliches Decret absetzen; und einigen Heißspornen des Servilismus war selbst dieses Gesetz noch zu freisinnig, sie hätten gerne auch noch den Bürgern das Recht, ihren Municipalrath zu wählen, gestrichen. Der alte parlamentarische Geist Frankreichs, durch welchen dieses Land in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts eine so bedeutungsvolle Wirksamkeit auf das europäische Leben geübt hatte, gab nur in langen Zwischenräumen noch schwache Lebenszeichen von sich.

Es kann nicht fehlen, daß, wo der Ehrgeiz des freien Mannes, seinem Lande im Lichte der Oeffentlichkeit mit Rath und That zu dienen und seinen Lohn in seinem Gewissen, in der Achtung seiner Mitbürger, in dem Siege und Erfolge des Guten oder wenigstens in seiner Vorbereitung durch das freie Wort in Parlament, Presse und Versammlungen zu suchen, keine Stätte mehr findet, die niedrigen Leidenschaften in den Menschen die Oberhand gewinnen. Wie im cäsarischen Rom strebte man nach Reichthum, nicht weil der Besitz Unabhängigkeit zu verleihen hilft und dem ehrenhaften Manne die Mittel giebt, öffentliche Noth an seinem Theile zu lindern, tüchtiges Streben und fleißige Arbeit zu fördern, sondern nur, um in niederträchtigem Luxus den Reichthum prahlerisch zur Schau zu stellen; statt nach wahrer Ehre zu streben, welche allen Flitter verachtet, jagte man ihrem Scheinbilde, einem leeren Titel, einem Bande der Ehrenlegion nach, das zu keiner Zeit mehr vergeudet wurde, als damals. Immer Mehrere wurden in diesen Strudel hineingezogen, und auch unter den erwerbsamen Klassen dieses fleißigen und geschickten Volkes verbreitete sich die böse Sitte weit, nur so lange zu arbeiten und zu darben, bis man genug hatte, um den Rest des Lebens im Müßiggang zu verbringen. Die Sucht aber, auf leichtem und schnellem Wege durch Börsenspeculation sich zu bereichern, wurde so allgemein und so zügellos, daß der Kaiser selbst gelegentlich den Moralischen spielte, und dem Dichter Ponsard z. B., der diese Speculationswuth zum Gegenstand eines Dramas „die Börse“ gemacht hatte (1856), seinen Beifall in einem für das große Publicum bestimmten Briefe aussprach: wie natürlich ebenso erfolglos als einst die Augusteischen Ehegesetze und Aehnliches im alten Rom gewesen waren. Auf dieselbe Weise wie im kaiserlichen Rom mußte man auch darauf bedacht sein, der Menge, namentlich in Paris, Beschäftigung zu geben, da die Lebensmittelpreise fortwährend sich steigerten: und das richtige Werkzeug hierfür fand der Kaiser in dem Präfekten Hausmann, den er aus dem Dunkel einer Unterpräfektur gezogen und, obgleich die Bigotterie der Kaiserin sich daran stieß, daß derselbe Prote-

stant war, im Juli 1854 zum Präfekten des Seinedepartements machte. Mit rücksichtsloser Energie ließ dieser ächte Repräsentant des neuen Systems nun Straßen einreißen und umbauen, und riß und baute in einigen Jahren für die Stadt Paris eine Schuldenlast zusammen, welche in richtigem Verhältnisse stand zu der wachsenden Schuld des Staates. Indeß geschah in dieser Richtung auch manches Nützliche, was für die napoleonische Regierung ein dauerndes Denkmal bildet. Im Frühling 1856 verwüstete eine ungeheure Ueberschwemmung die Departements der Rhone, der Saone und des Allier; sie gab dem Kaiser die Gelegenheit, sich als Mann des Volkes zu zeigen, indem er sich alsbald selbst an Ort und Stelle begab und dann in einem Briefe an den Minister der öffentlichen Arbeiten die Mittel angab, wie künftig solchen Verheerungen vorgebeugt werden könne. Die wohlthätige Folge hiervon war die Wiederbewaldung vieler Berghänge der Provence, neben der andere nützliche und großartige Arbeiten, wie die Urbarmachung der großen Haiden zwischen Ocean und Gironde und (später) die Ergänzung und Verbesserung der Vicinalwege in ganz Frankreich sowie der Ausbau des Eisenbahnsystems, zu nennen sind. Die Geburt des kaiserlichen Prinzen gab Gelegenheit zu allerlei Festen und Mummereien; der Kaiser und die Kaiserin übernahmen nach altmonarchischer Tradition Pathenstelle bei den sämmtlichen 4000 Kindern, die am gleichen Tage mit dem Prinzen in Frankreich geboren waren und ließen das Confect des Taufschmauses, bei dem nicht weniger als 86 Bischöfe und andere hohe Geistliche zugegen gewesen, unter die Kinder der Primärschulen von Paris vertheilen. Ernsthafter war, daß die Geburt des Prinzen ein Regentschaftsgesetz nothwendig machte. Das Gesetz wurde dem Senate vorgelegt, der nur zu prüfen hatte, ob es der Verfassung entspreche, — der aber diese Gelegenheit zu benutzen Miene machte, um eine Meinung über das Wesen des Gesetzes selbst auszusprechen: eine Note im Moniteur erinnerte ihn daran, daß er keine Pairskammer sei. Er hatte eine vortreffliche Gelegenheit seine üble Laune zu zeigen, als ein Gesetz, betreffend eine Steuer auf Pferde und Wagen aus dem Bureau des Corps législatif ihm zukam: die ehrwürdige Körperschaft fand eine solche Steuer den großen Prinzipien von 1789 zuwider, welche Artikel I. der Constitution sanctionire. Das Regentschaftsgesetz bestimmte, daß, im Falle der Thronfolger minorenn, unter 18 Jahren, sei und den Thron besteige, ohne daß der Kaiser vorher über die Regentschaft disponirt habe, die Kaiserin-Mutter die Regentschaft führen solle; wenn dieß nicht möglich, der erste Prinz des Hauses und so weiter nach der Erbordnung. Bei dem Artikel, der von dem durch die Regentin zu leistenden Eide handelte, erhob sich bei der Discussion im Senate die Frage, ob auch das Con-

cordat in den Eid aufzunehmen sei, was mit geringer Mehrheit verworfen wurde, „weil man der Kaiserin kein ungerechtes Mißtrauen zeigen wolle"; ein abgeschmackter Grund bei einem organischen Gesetze, der aber diese Gesetzgebung und diese Gesetzgeber kennzeichnet, vielleicht auch das Land, in welchem man für keine lange Zukunft bauen konnte.

Der Mann, der an der Spitze dieser nur für den Augenblick rechnenden Ordnung der Dinge stand, hatte übrigens eine genaue Kenntniß der offenen und geheimen Kräfte, welche den früheren Regierungen verderblich geworden waren und er wußte, daß, wenn man einmal Freiheiten unterdrückt, man die Arbeit ganz thun muß, sofern man es kann. Neben der Presse und dem Parlamentarismus war es vor Allem das Vereinsrecht, dem man zu Leibe ging. Unmittelbar nach dem Staatsstreiche wurde mit roher Soldatenfaust eine ganze Menge von Vereinen, namentlich von Arbeiter- und Handwerkervereinen, zerstört, unter diesen viele harmlose und sehr viele in hohem Grade nützliche, in denen Arbeiter und Handwerker zu gemeinsamem Betrieb eines Geschäfts, etwa Aufbewahrung und Nutzbarmachung ihrer Ersparnisse, zusammengetreten waren. Diese Unterdrückungen gehörten zu den Einschüchterungsmitteln, wie die Einkerkerungen und die Deportationen, deren Opfer sich nicht genau ermitteln lassen. Es genügte da und dort einem der untergeordneten Diener der neuen Gewalt, zu wissen, daß ein Verdächtiger etwa eine Büste Ledru-Rollin's in seinem Zimmer hatte, um ihn zu verderben; 3747 Familienväter giebt ein Geschichtschreiber (Taxile Delord) als nach Algier deportirt an: man begreift es, wenn man sich erinnert, daß während der Dictatur die gemischten Commissionen, bestehend aus dem Präfekten des Departements, dem Procureur-General und dem Commandanten der betreffenden Militärdivision jeden Beliebigen entweder vor das Kriegsgericht stellen oder die Transportation nach Algier oder Cayenne, die Ausweisung, die zeitweise Entfernung, die Stellung unter Polizeiaufsicht u. s. w. anordnen konnten. Und diese Maßregeln der Gewalt wurden mit all der Brutalität ausgeführt, welche das Bewußtsein einer unreinen Sache in ihren Werkzeugen aufzuregen pflegt. Indeß diese Schreckenstage, die Zeiten der absoluten Willkür gingen vorüber; für den Augenblick war die Einschüchterung gelungen; aber der Geist des Republikanismus, den man mehr als jede andere Partei fürchtete, war damit nicht getödtet, und man waffnete sich gegen jedes Lebenszeichen, das er geben mochte. Wo etwa ein namhafterer Mann der Partei starb, wie im Winter 1853 Armand Marrast, in dessen Angesicht einst Louis Napoleon seinen Eid auf die Verfassung abgelegt hatte, oder im folgenden Jahre Lamennais, welcher aus dem ultramontanen Lager in das freisinnige übergetreten war, da war die Polizei bei der Hand, um jede

Demonstration oder was eine solche werden konnte, sofort zu ersticken. Zunächst hatten die Flüchtlinge der republikanischen Partei, welche sich nach England gerettet hatten, den Kampf gegen die neue Gewalt mit Protesten und Flugschriften aufgenommen, denen Victor Hugo, dessen Poesie endlich im Radicalismus ihre Muse gefunden hatte und der seinen Sitz auf einer der Inseln an der französischen Küste, aber englischen Gebietes, Jersey, aufschlug, seine grosswortige Beredtsamkeit zur Verfügung stellte. Dann aber gaben sie sich alsbald ans Werk die brodlose Kunst der Conspirationen wieder aufzunehmen, für welche sich mehrere Comités bildeten, wie „die revolutionäre Gemeinde" (la commune revolutionnaire) in London, bei welcher Felix Pyat eine Hauptrolle spielte. Die Polizei kam solchen Complotten auf die Spur, erfand deren auch wohl wo es ihr paßte, oder setzte, um den Aengstlichen die Nothwendigkeit einer starken Regierung einleuchtend zu machen, Gerüchte von solchen in Umlauf. Gerichtliche Verhandlungen mied man, weil die Vertheidiger Angeklagter leicht ihre unangreifbare Stellung benutzten, um ihrem Groll gegen die bestehende Ordnung freien Lauf zu lassen. Indeß hatte der neue Despotismus in den radicalen Republikanern fanatische Gegner, denen es auf Gewaltmittel ebensowenig ankam, als dem Cäsarismus: und so fehlten denn auch die Attentate nicht, an die man seit 1830 gewissermaßen gewöhnt war. Die wachsamste Polizei konnte die Gefahren nicht ganz abwenden, so am 29. April 1855, wo ein ehemaliger Freiwilliger Garibaldi's, Pianori, einen Pistolenschuß auf den Kaiser abfeuerte, um die römische Republik an ihrem Vernichter zu rächen: Er ward zum Tode der Vatermörder verurtheilt; mit dem Rufe: Es lebe die Republik! bestieg er am 14. Mai das Schaffot. In demselben Jahre wurde die Aufmerksamkeit der Polizei auf eine geheime Gesellschaft gelenkt, welche sich unter dem Namen La Marianne verzweigte und furchtbar machte; mit dem geheimnißvollen Namen bezeichneten die Verschworenen, die namentlich im Süden Frankreichs zahlreich waren, die Republik, und ein Haufe dieser Leute machte in der Nacht vom 26. auf den 27. August den unsinnigen Versuch, sich der Stadt Angers zu bemächtigen. Unaufhörlich erneuerten sich die Gerüchte von beabsichtigten Mordversuchen gegen den Kaiser, zu dessen Schutze außer der gewöhnlichen und der geheimen Polizei noch eine besondere geheimste Schaar von Corsen aufgeboten wurde, bei denen die Anhänglichkeit an das Haus, das ihre dunkle Insel zum ersten Male in der Welt berühmt gemacht hatte, eine Art von Religion bildete. Die Marianne gab Anlaß zu immer neuen Verhaftungen, und bei einer dieser Affairen wurde auch, auf sehr wenig bündige Beweise hin, Ledru-Rollin abwesend zur Deportation verurtheilt. Man erreichte mit diesen Maßregeln, daß sich die republikanische Partei eine

Zeitlang von den Wahlen fern hielt. Nur die Studenten, „der Löwe vom Quartier latin", wie ein bombastisches Gedicht jener Tage sie nannte, waren nicht zu zähmen und erregten dann und wann einen Scandal, indem sie Professoren, die sich in auffälliger Weise der Gewalt angeschlossen hatten, auspfiffen.

Minder gefährlich als die republikanischen waren die Umtriebe der monarchischen Parteien, weil diese in ihrer Spaltung verharrten und ihre „Fusion", so viel auch von derselben die Rede war, nicht zu Stande brachten. Auch gegen sie schritt man wohl mit Verhaftungen ein, doch wurden diese Feinde glimpflicher behandelt, da sie im Großen und Ganzen der neuen Ordnung sich fügten und mit der regierenden Partei gegen die Demokratie gemeinsame Sache machten. Auch die Legitimisten brachten es zu einer geheimen Gesellschaft, la ligue fédérale genannt. Aber der royalistische Fanatismus war weniger glühend und fatalistisch als der republikanische; eine Anzahl Abtrünniger oder Halbabtrünniger aus ihrer Mitte machte ihren Frieden mit dem Kaiserthum, Andere schmollten auf ihren Schlössern oder im Jockeyclub: erst später sollte sich zeigen, daß die Partei noch Leben in sich hatte. Vorläufig fehlte ihr namentlich ein ebenso wirksamer, als wenig zuverlässiger Verbündeter, der katholische Clerus, der unter allen Wechseln unwandelbar nur auf den eigenen Vortheil, den der Kirche, gerichtet, sich auch dießmal in die Zeit zu schicken wußte und seine Rechnung augenblicklich besser dabei fand, dem Kaiser und seiner spanischen Gemahlin zu schmeicheln: die Legitimisten und ihr König, das alte Frankreich, war ihnen, wenn denselben wiederzukehren bestimmt war, ohnehin sicher genug. Noch weniger waren für den Augenblick die Orleanisten zu fürchten, obgleich sie verhältnißmäßig die meisten Talente in ihrer Mitte zählten: es waren die Männer der Wissenschaft, die Männer der parlamentarischen Rede und der parlamentarischen Intrigue, von der jetzt wenig die Frage war. Im Stiche gelassen von ihrer Partei, der Bourgeoisie, welche auf der einen Seite die Republik, auf der andern die kaiserliche Polizei fürchtete, hatten sie für den Augenblick nichts zu hoffen. Ueber die Fusion mit der älteren Linie war man in diesen Kreisen und unter den Prinzen des Hauses selbst getheilter Ansicht. Die Leiter der Partei wie Thiers, Remusat, Lasteyrie waren dagegen; die unermüdlich wiederholten Versuche endeten in Nichts und es ist nicht der Mühe werth davon zu sprechen. Es war in Ermangelung ernsthafterer Themate eine große Staatsfrage in diesen Kreisen, wenn man etwa glücklich dahin gelangt war, daß einer der orleanistischen Prinzen an den Grafen von Chambord schreiben sollte oder wollte oder vielleicht werde, ob er alsdann den Brief mit Sire oder mit Monsieur le comte oder mit mon cousin beginnen solle.

Während in den Nachbarländern die Presse trotz aller reactionären Maßregelungen sich zu einem sehr wichtigen und mächtigen Factor des öffentlichen Lebens entwickelte, ward sie hier ganz geknickt. Sie war völlig unter die Willkür der Administration gestellt: nach zwei Verwarnungen konnte jedes Journal durch einfachen Ministerialbefehl auf zwei Monate suspendirt werden. Man ließ allerdings, um den Schein einer freien Discussion zu wahren, jeder der verschiedenen Parteien ein Organ, das ja doch nöthigen Falles durch einen kaiserlichen Specialbefehl ohne viel Schwierigkeit unterdrückt werden konnte. Aber diese Blätter lebten vom Tag zum Tage von der Gnade der Verwaltung, und man bekriegte sie auch durch das Mittel der Concurrenz, indem die Speculanten der bonapartistischen Partei ihr Geld in großen Zeitungsunternehmungen anlegten und wie in Häusern oder Landgütern oder Eisenbahnen in Journalen Geschäfte machten, wobei sie ja gegen alle anderen Parteien im Vortheil waren: die Zahl der vagen und trügerischen Zeitbegriffe ward dadurch um einen neuen, den der officiösen Blätter, Artikel, Mittheilungen neben den officiellen vermehrt. Das Mittel der Verwarnungen ward den unabhängigen Journalen gegenüber fleißig angewendet. Herr von Persigny ertheilte, während er Minister des Innern war, vom Juni 1853 bis Juni 1854 deren nicht weniger als 32. Das eine Journal ward verwarnt, weil es gewisse industrielle Unternehmungen preise und andere herabsetze; ein anderes, weil es die Brodtaxe und die Bäckereikasse, kaiserliche Schöpfungen von zweifelhaftem Werthe, getadelt hatte; wieder ein anderes „wegen seiner allgemeinen Tendenzen, gegen welche die religiösen und gerichtlichen Autoritäten wiederholt lebhaft reclamirt hätten"; ein viertes, weil es einen Artikel „der im Gegensatz zu dem nationalen Gefühle stehe" gebracht habe. Persigny's Nachfolger Billault brachte es auf 571 solcher Verwarnungen und die Gründe wurden nicht besser: da hatte man im Feuilleton eines Journals Stellen entdeckt, welche für den Papst beleidigend seien; ein anderes Blatt gab sich einer systematischen polémique alarmante hin; ein drittes berichtete, daß nach der Agence Havas die Thronrede des Kaisers wiederholt den Ruf „es lebe der Kaiser, die Kaiserin, der kaiserliche Prinz" hervorgerufen habe — die kaiserliche Verwaltung verstand auch die feinen und vorsichtigen Bosheiten: „diese dubitative Form ist unschicklich gegenüber dem allgemeinen Enthusiasmus, welchen die Worte des Kaisers hervorgerufen," und gab eine Verwarnung. Nichts war natürlicher, als daß die Journalistik, der man so die Flügel beschnitt, nun am Boden kroch oder im Schmutze wühlte, oder sich vom Scandal nährte. Freien Paß hatte nur die clericale Presse, deren Hauptblatt das Univers war. Sein Redacteur Louis Veuillot, nach der

Reihe Republikaner, Legitimist, Anhänger der Fusion, war jetzt Bonapartist, und der obscure Schreiber mit der ehernen Stirn und dem Munde voll Lästerung wurde ein Haupt der katholischen Partei, mit welchem Männer wie Montalembert rechnen mußten und der sich erlauben durfte selbst Bischöfe zu hofmeistern.

Der Clerus seinerseits, durch die Revolution und das Concordat seiner Privilegien und seines selbstständigen Besitzes beraubt und jetzt vom Staate salarirt, vergaß die alten gallicanischen Grundsätze mehr und mehr und suchte seine Stellung dadurch zu befestigen, daß er sich außerhalb des nationalen Staates zu einer Armee gliederte, die ihre Befehle, unter Verzicht auf jede selbstständige Regung, vom päpstlichen Stuhle empfing. Das allgemeine Stimmrecht hatte ihm selbst und der Welt seine ungeheure Macht enthüllt; er kannte sie so gut als Louis Napoleon, der die Kette, die ihm dadurch angelegt war, wohl fühlte. Das Unterrichtsgesetz vom Jahre 1850 war im Bunde mit dieser mächtigen Partei zu Stande gekommen und während die Regierung die Handwerkervereine unterdrückte, begünstigte sie auf jede Weise die geistlichen Vereine. Die Hitzköpfe der Partei, wie jener Veuillot im Univers, trugen kein Bedenken, zu verlangen, daß aus dem höheren Unterricht das, was sie das Heidenthum nannten, verbannt, — daß Livius und Horaz durch den heiligen Gregor und den heiligen Thomas ersetzt werden müsse. Es entspann sich daraus ein Streit zwischen dem Univers einerseits und dem Erzbischof Sibour von Paris andererseits, der, über den anmaßenden Ton des Blattes empört, seinem Clerus dasselbe zu lesen verbot. Die Sache kam nach Rom: der Papst gab dem nichtswürdigen Pamphletschreiber Recht, der den Vorzug hatte, die kirchlichen Interessen in einer witzigen, wirksamen Sprache und mit unerschütterlicher Dreistigkeit zu vertheidigen: im April 1853 streckte der Erzbischof die Waffen, indem er sein Verbot zurücknahm.

Indeß gab es doch eine Gränze wo die Freundschaft zwischen dem Kaiser und dem Clerus aufhörte. Als der Pater Lacordaire in der Kirche St. Roch davon predigte, daß Gott zuweilen Kaiser und Henker zulasse, damit es Heilige und Märtyrer gebe, war dieß doch der kaiserlichen Polizei über den Spaß und der kecke Dominicaner mußte sich zu der Erklärung verstehen, daß seine Rede ungenau stenographirt worden sei. Längere Zeit war davon die Rede, daß der Papst selbst nach Paris kommen werde, um den Kaiser feierlich zu salben und zu krönen und die Kaiserin, die an der goldenen Tugendrose, welche ihr der Papst geschickt, noch nicht genug hatte, mag dieß besonders gewünscht haben. Aber der Preis, wesentliche Aenderungen des Concordates, war zu hoch; der Kaiser wußte gut genug, daß man hier den Finger bei Zeiten

zurückziehen mußte, wenn man nicht um die ganze Hand kommen wollte und so mußte Paris dieses Schauspiel entbehren.

Im Uebrigen war diese Zeit auch in Frankreich, wie in Deutschland, durch ein keckes Wiederaufrichten aller alten Idole, durch eine forcirte und heuchlerische Frömmigkeit bezeichnet. In den Hochalpen des Dauphiné auf dem Berge La Salette erschien im September 1853 die heilige Jungfrau, eine Coiffüre von Zuckerbrod auf dem Kopfe, einigen Hirtenkindern: die unsäglich abgeschmackte Geschichte wurde mit derselben Ernsthaftigkeit behandelt, wie der gleichzeitige Unsinn des Tischrückens und Geisterklopfens, der in jenem Jahre seinen Triumphzug durch die Welt begann: und der Bischof von Grenoble zögerte nicht, besondere Andachten zu Ehren von Notre Dame de Salette halten zu lassen. Die heilige Jungfrau hatte beim Weggehen den beiden Kindern ein großes Geheimniß vertraut; vielleicht erfuhr die Welt dieses Geheimniß bald darauf in dem Dogma von der *unbefleckten Empfängniß der heiligen Jungfrau*, welches die Einleitung zu einem umfassenden Feldzuge des Jesuitismus gegen Vernunft und Christenthum bildete.

Mit dem Clerus also vertrug sich im Allgemeinen der neue Despotismus sehr gut und dieß hat nichts Auffallendes, da Beide eine ziemliche Strecke miteinander gehen können, ehe ihre Wege sich scheiden. Nicht so gut gelang es dem Kaiser mit den Männern der Wissenschaft. Es gehört zwar zu den für diese Zeit charakteristischen Erbärmlichkeiten, daß man auf jede „Demonstration" d. h. auf jeden Act, bei welchem eine oppositionelle Gesinnung, die sich nicht in gerade Worte mehr fassen ließ, durch allerlei Anspielungen, Andeutungen, Citate und Symbole sich zu erkennen gab, einen übermäßigen Werth legte und daß man also auch aus einer an und für sich so unwichtigen Sache, wie die Neuwahl eines Mitgliedes der Academie française und die zierlich oder boshaft zugespitzten Reden, die bei dieser Gelegenheit gehalten zu werden pflegen, eine große Staatsaction machte: aber da das parlamentarische Leben zu einem bloßen Schein geworden war, so gewannen sehr natürlich die gelegentlichen Kundgebungen dieser verhältnißmäßig unabhängigen Körperschaft, in welcher Männer verschiedener Parteien saßen, eine erhöhte Bedeutung, wie z. B. als im Jahre 1854 der berühmte legitimistische Advokat und Parteiführer Berryer zu einem der Vierzig gewählt wurde und dann sich weigerte, die übliche Dankvisite für seine Bestätigung durch das Staatsoberhaupt bei diesem zu machen. Durch ein Decret vom 13. Juli, in welchem mehrere Vorrechte der Akademie unterdrückt wurden, verdarb es der Kaiser mit dieser Körperschaft und den von ihr beherrschten Salons; wichtiger war, daß man den Mitgliedern der Universität den politischen Eid,

den Eid der Treue gegen Kaiser und Verfassung auferlegte und dadurch eine Anzahl ihrer bedeutendsten Mitglieder wie Guizot und Michelet zwang, sich zurückzuziehen; auch wurde durch ein gefügiges Werkzeug des Despotismus, den Unterrichtsminister Fortoul, die Organisation des höhern Unterrichtswesens im Sinne des Absolutismus und Clericalismus umgestaltet. Die Ultramontanen waren durch das Unterrichtsgesetz vom Jahre 1850 nur halb befriedigt. Nach ihrer Ansicht mußte der Unterricht „frei" sein d. h. der Staat sollte nichts mit demselben zu thun haben. Der Unterricht war Sache der Kirche — oder wie man auch wohl sagte, der Familie, was in der Praxis auf Eines hinauslief, und Fortoul's Bericht vom Jahre 1853 eignete sich das Wesentliche dieser Anschauungen an: es galt die „Illusionen und Vorurtheile des 18. Jahrhunderts" aus der höheren Schule auszutreiben. Fortoul starb im Juli 1856, aber das System dauerte fort; auch das Collége de France verlor durch ein kaiserliches Decret vom 8. Octob. 1857 — es war aus dem Lager von Chalons datirt — seine Selbstverwaltung zu Gunsten eines vom Unterrichtsminister ernannten Administrateurs. Die Folge von Alledem war, daß die namhafteren Gelehrten alle dem Gouvernement des Kaisers feindlich wurden, sofern sie es nicht schon vorher waren.

So gingen die Dinge bis zum Jahre 1857 ohne besondere Aufregung und Störung. Dieses Jahr aber begann mit einem furchtbaren Ereigniß: der Erzbischof von Paris wurde am 3. Januar durch einen excommunicirten und offenbar geisteskranken Priester Namens Vergès nach dem Gottesdienste in der Kirche St. Etienne ermordet. Am 16. Februar begann die Sitzung des gesetzgebenden Körpers. Nachdem derselbe dem Herzog von Malakoff eine Dotation von 100,000 Frcs. ausgesetzt, das Privilegium der Bank von Frankreich auf 30 Jahre verlängert, dem Präfekten Baron Hausmann, der fortfuhr Paris niederzureißen und nach Gesichtspunkten der Gesundheit, Bequemlichkeit und rascherer Unterdrückung etwaiger Straßenemeuten wieder aufzubauen, 12 Millionen aus Staatsmitteln votirt, für Ankauf des Hauses auf St. Helena, in welchem Napoleon I. gestorben, die nöthigen Gelder, mit denen man die Concurrenz des amerikanischen Schwindlers Barnum aus dem Felde schlagen konnte, zur Verfügung gestellt, außerdem die Erhöhung des Jahrescontingents von 80,000 auf 100,000 Recruten bewilligt hatte, wurde er aufgelöst und die Wahlcollegien auf den 24. Juni einberufen.

Billault, der Minister des Innern, hielt das System der officiellen Candidaturen aufrecht. Man bezeichnete dem Volke die Candidaten, welche der Regierung angenehm sein würden und die Präfekten brauchten nicht erst eine besondere ministerielle Instruction, um ihr Möglich-

stes zu thun: sie wußten, daß ihre Stellung, ihre Beförderung, ihre Decoration davon abhing, ob der Regierungscandidat durchkam oder nicht. Sie entsprachen auch dießmal den Erwartungen. Sie, die Herren Präfekten, instruirten, nur noch etwas handgreiflicher, ihre Herren Maires, wie sie selbst instruirt worden waren und ihren Anstrengungen kamen die Ermunterungen der Regierungsjournale zu Hülfe, gegen welche die unabhängigen nicht aufkommen konnten. Der Clerus seinerseits machte sich gleichfalls ans Werk, nur daß er sich erlaubte, wo etwa das Gouvernement einen Protestanten als officiellen Candidaten aufgestellt hatte, ihm einen ebenso gesinnungstüchtigen katholischen zu substituiren. Die Legitimisten und Orleanisten hielten sich zurück; die Republikaner waren getheilter Meinung, ob man in den Wahlkampf eintreten oder sich enthalten sollte. Ein republikanisches Wahlcomité zu Paris erklärte sich für das Erstere, wie denn überhaupt mehr Leben in den Wahlen war, als 1852. Dasselbe stellte eine Candidatenliste auf, und bei dieser Gelegenheit hörte man zum ersten Male auch den Namen eines jungen Advokaten, der unter der Republik Präfekt von Marseille gewesen und zu einer verhängnißvollen Rolle in der Geschichte seines Landes aufgespart war, Emil Ollivier. Die Regierung stellte sich dieser Agitation nicht in den Weg, da sie bald die Uneinigkeit der Partei an den Tag brachte; doch aber war das Ergebniß, daß die Opposition in Paris, Bordeaux, Lyon und Lille sechs oder sieben Candidaten durchbrachte. Nur sechs von 267; indeß zeigte sich darin ein erstes Wiedererwachen des öffentlichen Geistes, da in den Städten zum Theil ansehnliche Minoritäten den gouvernementalen Mehrheiten gegenüberstanden.

Am 15. Juli jenes Jahres starb der Dichter Béranger. Zu welchen unwürdigen Mitteln der Despotismus greifen mußte, um sich der öffentlichen Kundgebungen zu erwehren, zeigte sich, als der Kaiser die Kosten des Begräbnisses auf seine Civilliste übernahm. „Indem er", wie die den Journalen zur Veröffentlichung zugehende Note sagte, „das Andenken dieses nationalen Dichters ehren wollte, dessen Werke so mächtig beigetragen haben, den Cultus der patriotischen Gesinnung in Frankreich hochzuhalten und den Ruhm des Kaiserreiches zu popularisiren", versuchte er es, wie ein Geschichtschreiber sich ausdrückt, den Ruhm Béranger's für die kaiserliche Sache zu confisciren, — eine Sache, welcher der Dichter ganz fern stand: und so erlebte man, daß unter dem Vorwande, eine Parteidemonstration zu hindern, die Leiche des populärsten und einfachsten der französischen Dichter, welcher von keiner der Regierungen, die sich um seine Gunst und seinen Namen bewarben, weder Geld noch ein Kreuz der Ehrenlegion noch einen Platz in der Akademie angenommen hatte, zwischen langen Spalieren von

Soldaten, die in Massen die Boulevards füllten, zu Grabe getragen wurde. Gegen Ende desselben Jahres starb General Cavaignac auf seinem Landsitze im Sarthedepartement. Die Wittwe reiste sofort mit dem Sarge nach Paris, wo dieser große Bürger, einer der wenigen reinen Charaktere dieser durch die unaufhörlichen Wechsel der Gewalt corrumpirten Generation, auf dem Kirchhof Montmartre beigesetzt wurde; eine Leichenrede durfte nicht gehalten werden. Die Zeiten ließen sich ruhig an. Im August machte das kaiserliche Paar einen Besuch bei der Königin von England in Osborne, im September traf der Kaiser allein mit dem Czaren Alexander II. von Rußland am Hofe des greisen Königs Wilhelm von Würtemberg zu Stuttgart zusammen. Beide waren von ihren Ministern des Auswärtigen, Walewski und Gortschakoff, begleitet. Man hat vermuthet, daß Oestreich das Opfer der dortigen Unterredungen gewesen sei; im Uebrigen war die Aufmerksamkeit der Bevölkerung mehr auf den französischen Kaiser, der damals auf der Höhe seiner Macht und des allgemeinen Interesses stand, als auf die männlich schöne und ritterlich edle Gestalt des russischen Kaisers gerichtet: und Napoleon verstand es gut, wonach dem deutschen Spießbürger der Sinn stand, indem er seine Cigarre rauchend auf dem Platze, welchen die Flügel des Residenzschlosses einschließen, promenirte und so der gaffenden Neugier Genüge that.

Im November wurde das neue Corps législatif zusammengerufen, um sich zu constituiren. Von den sieben Oppositionsmitgliedern war einer, Cavaignac, gestorben; drei, Curé, Darimon und Emil Ollivier, leisteten den vorgeschriebenen Eid; drei Carnot, Goudchaux und Henon, verweigerten ihn. Alsdann wurde die Versammlung auf den 18. Januar 1858 vertagt.

In seiner Erwiderung auf die Neujahrsglückwünsche des diplomatischen Corps sprach der Kaiser die zuversichtliche Hoffnung auf ein ruhiges Jahr aus. Schon am 14. Januar aber wurde diese Ruhe durch ein furchtbares Ereigniß unterbrochen. Der Kaiser und die Kaiserin wurden am Abend dieses Tages bei der Vorstellung in der großen Oper erwartet; die Menge und die Polizei sammelte sich wie gewöhnlich in großer Zahl am Eingang. Der kaiserliche Wagen erschien am Ende der Straße Le Pelletier: da hörte man plötzlich den dumpfen Knall einer Explosion, unmittelbar darauf einen zweiten und einen dritten. Die Gasflammen in der unmittelbaren Nähe erloschen; als man sie wieder angezündet, sah man eine schreckliche Verheerung: 141 Personen, zählte man nachher, waren von den Splittern der Bomben, welche den Knall verursacht, getödtet oder verwundet, der Kaiser, dem die neue Höllenmaschine gegolten, durch einen Glassplitter des zertrümmerten Wagenfensters leicht verletzt, ungeachtet eine der Bomben

unter seinem Wagen geplatzt war, die Kaiserin unversehrt. Der Urheber der schrecklichen That, welche das Eine Leben, dem der Angriff galt, nicht traf und anderthalb hundert Unschuldige opferte, befand sich unter den Verwundeten, die im Saale einer nahe gelegenen Restauration ihre erste Pflege erhielten. Es war einer der fahrenden Ritter und fanatischen Krieger der Revolution, der Romagnole Orsini, der lange von Kerker zu Kerker gewandert, mehr als einmal den Tod auf dem Schaffot vor sich gesehen hatte: durch Pius IX. Amnestie frei geworden, nachher Mitglied der römischen Constituante, hatte er, ein unermüdlicher Verschwörer in Mazzini's Diensten in London, wo er seit 1855 sich aufhielt, den Plan ausgebrütet, die gescheiterte Einigung und Befreiung Italiens an Dem, welchen er für ihren Vernichter hielt, zu rächen. Die Polizei war dem Complot auf der Spur, kurz vor der Ausführung war einer der Verschworenen verhaftet worden; jetzt erst, nachdem das Unheil geschehen, wurde man der Uebrigen habhaft. Der Proceß erregte ein ganz ungewöhnliches Aufsehen durch die interessante, fast gewinnende Erscheinung des Hauptverklagten Orsini, dessen Vertheidigung in sehr würdiger und tactvoller Weise Jules Favre führte. Im Verlauf seiner Vertheidigungsrede sprach dieser ein wahres und prophetisches Wort: „Nicht der Stahl des Mörders ist es, welcher die Kette bricht — Regierungen fallen durch ihre eigenen Fehler, und Gott, welcher ihre Stunden zählt, weiß denen, die seine Gesetze verkennen, einen unvorhergesehenen und weit schrecklicheren Sturz zu bereiten als die Höllenmaschine eines Verschwörers.“ Am 13. März wurde Orsini und sein Genosse Pieri zum Tode geführt; der Erstere imponirte bis zum letzten Augenblicke durch seine entschlossene Ruhe und vollkommene Fassung. In einem Briefe an den Kaiser aber, der vom 9. März aus dem Gefängniß La Roquette datirt war, sprach er selbst ein verdammendes Urtheil über seine Geistesverwirrung (fatale aberration de l'esprit) aus und legte dem Erben Napoleons I. die Sache, welche ihn zu seinem Verbrechen verleitet, die Sache der Unabhängigkeit Italiens ans Herz. Es geschah mit Napoleons Erlaubniß, daß dieser Brief in der Gerichtssitzung von dem Vertheidiger vorgelesen wurde.

Das Attentat Orsini's war, wie man mit Recht hervorhob, kein „französisches Verbrechen“. Gleichwohl wurde dasselbe nunmehr an der gesammten französischen Nation gestraft und über dieselbe eine Tyrannei verhängt, welche mehr noch als was am 3. December und den ihm folgenden Tagen geschah, dem Namen Napoleons einen Fluch anheftete und deren Gedächtniß schwer auf der Nation selbst lastet, in welcher die siegreiche Hälfte die besiegte grausamer mißhandelte, als fremde Eroberer fremde Unterworfene zu behandeln pflegen.

Die erste Wuth des erschreckten Despoten und seiner Partei richtete sich gegen England, das die Mörder in seinem Schooße gehegt und ihnen die Waffen geliefert habe. Die Präsidenten der großen Staatskörper, denen zahlreiche Adressen von überallher folgten, beklagten sich heftig über die Gastfreundschaft, die man in gewissen Ländern den Urhebern frevelhafter Anschläge gewähre; eine Anzahl höherer Officiere verlangte in einer Adresse, welche in den maßlosesten Ausdrücken sich erging, daß der Kaiser sie gegen diese Mörderherberge führe: und der Minister des Auswärtigen, Walewski, richtete eine drohende Depesche an den französischen Gesandten in London, Persigny, in welcher von der englischen Regierung eine Garantie der Sicherheit gegen die Wiederholung solcher Frevel gefordert wurde. Man verdammte in England das Attentat nicht weniger als anderswo; nicht durch solche Mittel war dort die Freiheit gegründet worden; aber man wußte auch, was man der eigenen Nationalwürde schuldig war, und zwar wußte es dießmal die Nation besser, als der Minister, dem man sonst eine übertriebene Empfindlichkeit in dieser Beziehung nachsagte. Lord Palmerston brachte eine Bill ein, welche die englische Gesetzgebung gegen Mordverschwörer schärfte. Mit 299 gegen 99 Stimmen wurde die erste Lesung erledigt, aber vor der zweiten brachte einer der unabhängigen Liberalen, Milner Gibson, eine bedeutungsvolle Resolution ein, welche den Abscheu der britischen Nation gegen solche Verbrechen und die Bereitwilligkeit, nachgewiesene Mängel der Gesetzgebung zu verbessern, aussprach: „das Haus der Gemeinen mißbilligt jedoch, daß die Regierung geglaubt hat, eine Aufforderung zur Gesetzesabänderung an das Haus zu bringen, bevor sie die Depesche der französischen Regierung vom 20. Januar 1858 beantworten wollte.“ Mit 234 gegen 215 Stimmen wurde die Bill nun in ihrer ursprünglichen Fassung verworfen und das Ministerium Palmerston nahm seine Entlassung.

Der Despotismus, hier abgewiesen, richtete sich nun mit verdoppelter Wuth gegen die besiegten Parteien des eigenen Landes. Unmittelbar nach dem Attentat wurden einige Journale unterdrückt, ganz Frankreich in 5 große Militärbezirke getheilt, an deren Spitze je ein Marschall, mit dem Sitze zu Paris, Nancy, Lyon, Toulouse und Tours, gestellt war, und da das Attentat die Aufmerksamkeit auf eine Unbestimmtheit im Regentschaftsgesetz gelenkt hatte, so wurde die Kaiserin ausdrücklich für unvorhergesehene Fälle als Regentin bezeichnet und ein Regentschaftsrath bestimmt. Am 18. Januar trat der gesetzgebende Körper zusammen. „Die Gefahr ist heute nicht“, sagte der Kaiser in seiner Thronrede, „in den excessiven Prärogativen der Gewalt, sondern sie liegt in dem Mangel an Repressivgesetzen“: und diese Worte

fanden ihre Auslegung in einem „Sicherheitsgesetz“, welches der Kammer alsbald vorgelegt wurde, sowie in der Ernennung eines rohen Soldaten, des Generals Espinasse, zum Minister des Innern an Billault's Stelle. Das schreckliche Gesetz, das in der Geschichte der Gewaltherrschaften aller Zeiten wenige seines Gleichen findet, setzte in seinem zweiten Artikel Gefängnißstrafe von einem Monat bis zu zwei Jahren und Geldstrafen von 100 bis 2000 Fr. für alle Individuen fest, welche zum Zwecke den öffentlichen Frieden zu stören oder Haß und Verachtung gegen die Regierung des Kaisers zu erregen, im Inland oder Ausland gewühlt oder Einverständnisse unterhalten haben (a pratiqué des manoeuvres ou entretenu des intelligences); jeder kraft dieses und einiger entsprechenden Artikel Verurtheilte konnte, „um der allgemeinen Sicherheit willen“ (par mesure de sureté générale) in Frankreich oder Algier internirt oder aus dem französischen Territorium vertrieben werden; ebenso Jeder, der bei Gelegenheit der Ereignisse vom Juni 1848, Juni 1849 oder December 1851 verurtheilt, internirt, ausgewiesen oder transportirt worden war, „wenn ihn ernsthafte Thatsachen (des faits graves) aufs Neue als gefährlich für die öffentliche Sicherheit erscheinen lassen.“ Um diese Sicherheitsmaßregeln zu verhängen, genügte, daß das betreffende Individuum dem Minister des Innern durch den Präfekten des Departements, den dort commandirenden General und den Generalprocurator bezeichnet wurde. Dieses haarsträubende Gesetz, durch welches man das Kind im Mutterleibe treffen konnte, wurde am 18. Februar 1858 im gesetzgebenden Körper mit 217 gegen 24 Stimmen angenommen. Die Elenden, welche es votirt, wagten nicht mehr unter den Augen des Präsidenten mit den drei republikanischen Deputirten der Kammer zu sprechen; auch der knechtische Senat fand es ganz conform den Prinzipien von 1789, über die er zu wachen hatte; unter den Wenigen, welche dagegen zu stimmen noch Ehrgefühl genug besaßen, verdient der General Mac Mahon Erwähnung. Ein kaiserliches Decret vom 27. erklärte es für executorisch im ganzen Umfange des französischen Kaiserreichs; die Ausführung ward dem neuen Minister des Innern und der allgemeinen Sicherheit vertraut, der als Werkzeug des Staatsstreiches das Glück gemacht hatte, das seine militärischen Leistungen in Afrika ihm schuldig geblieben waren, und der nun mit derselben Stirne von Erz, mit welcher er ein Ministerium übernahm, für welches ihm selbst die ersten Kenntnisse abgingen, sich an die Ausführung dieses Gesetzes machte. Er ließ sämmtliche Präfekten nach Paris kommen und sagte jedem in besonderer Audienz, wie viele Verhaftete er haben müsse. Es war eine förmliche Proscription: ein „aufrührerisches Schweigen“ (un silence séditieux), wie einer der feilen Schergen dieser neuen

Schreckensregierung, Troplong, sich ausdrückte, zuweilen auch eine einträgliche Stelle, die man für einen Anhänger der Regierung frei machen wollte, genügte, um Familienväter ohne Weiteres aus der Mitte der Ihrigen herauszureißen und ohne etwas Anderes als was sie auf dem Leibe trugen, unter den Schimpfreden und rohen Mißhandlungen der untergeordneten Schurken, welche die Befehle der übergeordneten ausführten und überboten, nach Afrika oder Cayenne zu schicken. Unter solchen Umständen war es eine mannhafte That, daß die pariser Ersatzwahlen für Goudchaux und Carnot am 27. April auf zwei republikanisch gesinnte Männer, Ernest Picard und Jules Favre, fielen.

Obgleich so der gesetzgebende Körper bereitwillig die Hand dazu geboten hatte, über ganz Frankreich eine niederträchtige Tyrannei zu verhängen, so trug er doch schwer an seiner eigenen Nichtigkeit, welche keine parlamentarische Körperschaft eines civilisirten Landes im neunzehnten Jahrhundert lange sich gefallen lassen kann. Und so machten sich schon bei der Berathung des Budgets für 1859 schüchterne Versuche geltend, zunächst eine wirksamere Controle der Finanzen, welche bereits auf abschüssiger Bahn waren, zu erlangen; gleichwohl dauerte die Discussion und Votirung des Budgets nur drei Tage. Eine andere Discussion bezog sich auf ein Gesetz, das eine Strafe auf die unberechtigte Annahme eines Adelstitels legte. Der Fall kam häufig genug vor; obgleich wiederholte Revolutionen den Adel erdrückt zu haben schienen, obgleich noch die provisorische Regierung des Februar 1848 die Adelstitel für abgeschafft erklärt hatte, so ließ sich doch das Wesen der Menschen und der Franzosen insbesondere so rasch nicht ändern, und die Eitelkeit benutzte gern die Gelegenheit, an den Namen des Civilstandsregisters irgend eine andere Bezeichnung, nach dem Geburtsort, nach einer Besitzung etwa, die sich wie ein Adelstitel anhören mochte, anzuhängen. Der erste Schritt, einen wirklichen Adel herzustellen, war, daß man dieses Rauschegold abschaffte, und dieß veranlaßte den Kaiser, der auch darin den Spuren des Gründers der Dynastie folgte, zu diesem Gesetzentwurfe. Das Gesetz ward votirt, ein Adel aber ward damit nicht wieder geschaffen. Die Wurzeln der alten Aristokratie hatte zum Theil die Guillotine und das Schwert ausgehauen, zum Theil war zwischen ihnen der neue napoleonische Adel der Emporkömmlinge aufgewuchert und ließ sie keine neue Lebenskraft entwickeln. In dieser Session kamen abermals die Bauten in Paris zur Sprache. Baron Hausmann hatte mit dem Minister des Innern eine Art von Tractat geschlossen, in welchem die Stadt sich verpflichtete, innerhalb zehn Jahren sechs große Straßen zu eröffnen; die Kosten, zu 180 Millionen veranschlagt, sollten zum dritten Theile vom Staate

übernommen werden. Es war ein gut cäsarischer Grund, den man geltend machte, daß dieß der arbeitenden Klasse auf zehn Jahre Brod garantire — daß es eine „Civilliste der Arbeit" sei, wie man mit gallischem Bonmot es ausdrückte, daß mit der Zerstörung der alten Quartiere zugleich der Emeute der Kopf zertreten werde; und man fügte die erbärmliche Phrase bei, die überall den Dienst thun mußte, wo keine guten Gründe vorhanden waren, oder wo man sie nicht sagen wollte — daß das Unternehmen den Stempel der nationalen Größe trage. Indeß fanden sich dießmal doch 45 Stimmen gegen die 60 Millionen zusammen und diese Abgeordneten hätten ihr Votum einfach mit der Thatsache motiviren können, daß in derselben Session ein Supplementarcredit von 300,000 Frcs. für Aufbesserung der Elementarlehrergehälter verlangt und bewilligt wurde: von 300,000 Frcs., wo es sich um das wichtigste Interesse eines Culturvolkes von 36 Millionen handelte.

Am 14. Juni erhielt der Minister des Sicherheitsgesetzes, Espinasse, den Befehl, seinen früheren Platz als Adjutant des Kaisers wieder einzunehmen, und an seine Stelle trat der Präsident des Appellhofes, Delangle; zugleich wurde ein Ministerium für Algier und die Colonien errichtet und dasselbe dem kaiserlichen Vetter, dem Prinzen Napoleon, übertragen, einem Manne von Geist, aber von zweideutigem Charakter und unglücklicher Hand, dem es so wenig wie seinen Vorgängern oder Nachfolgern gelang, der Regierungs- und Colonisationspfuscherei in Algier ein Ende zu machen. Allmälig lenkte der Kaiser, der nicht von grausamer Gemüthsanlage war, und den nur der fanatische Glaube an die Nothwendigkeit der napoleonischen Dynastie gelegentlich grausam machte, wieder in gemäßigtere Bahnen ein.

Im October jenes Jahres aber erregte ein Proceß die öffentliche Aufmerksamkeit, welcher zum ersten Male eine eingehende und öffentliche Kritik des napoleonischen Systems hervorrief. Herr von Montalembert hatte einen längeren Artikel im „Correspondenten" erscheinen lassen, mit der Ueberschrift: „eine Debatte über Indien im englischen Parlament", in welchem er eine Parallele zog zwischen der Regierungsweise in England und derjenigen in Frankreich: wo es denn freilich einem Mitgliede der kaiserlichen Justiz nicht schwer werden konnte, Erregung von Haß und Verachtung der Bürger gegen einander, Angriff auf den Respect, den man den Gesetzen schulde, Angriff auf die constitutionelle Autorität und Rechte des Kaisers, welche auf dem allgemeinen Stimmrechte beruhen — dem allgemeinen Stimmrechte, das der Servilismus zu einer Art Götzenbild der Freiheit zu machen bemüht war — und Erregung von Haß und Verachtung gegen die kaiserliche Regierung zu finden. Zunächst diente die plumpe Tactlosigkeit des

kaiserlichen Procurators dazu, diesem Proceß das Interesse, das schon der Name des Verklagten erweckte, in erhöhtem Maße zuzuwenden. „Frankreich fürchtet die Vergleichung mit England nicht", sagte dieser Sclave, indem er mit seiner vergoldeten Kette klirrte, „es hat die Freiheit der Presse, die Freiheit des Unterrichts, Gewissensfreiheit, bürgerliche Gleichheit, Unabsetzbarkeit der Magistratur, einen gesetzgebenden Körper, welchen das allgemeine Stimmrecht ernennt; und was immer Sie sagen mögen, ich erkläre, daß ich unter einer freien Regierung lebe." — — Diesem dreisten Lügenwortschwall gegenüber nahm Montalembert's Vertheidiger, Berryer, die Gelegenheit wahr, zu sagen, wie es vor Allem mit der Preßfreiheit stand in einem Lande, wo die Verwaltung jeden Augenblick dem Schriftsteller sagen könne: „ich warne dich zum ersten — zum zweiten Male, und wohlgemerkt, beim dritten Male unterdrücke ich dich" — und wo noch ehe dieß geschehe, heute, morgen ein Herr im schwarzen Rock erscheine — „er hat zuweilen das Aussehen eines anständigen Mannes" (ayant quelquefois l'apparence d'un homme respectable) fügte er hinzu, indem er die Worte mit Gift tränkte — und den Herausgeber einlade, in seinem Blatte nicht von Diesem und nicht von Jenem zu sprechen. Montalembert wurde zu sechs Monaten Gefängniß und 3000 Fr., der Herausgeber des Journals zu einer entsprechenden Strafe verurtheilt. Er appellirte: der Kaiser hatte die Ungeschicklichkeit, ihn aus Anlaß des 2. December zu begnadigen, was Montalembert die Gelegenheit gab, auf die Moniteurnote, welche die Begnadigung enthielt, mit vollem Rechte zu erklären, daß eine Begnadigung nicht eintreten könne, ehe ein Urtheil definitiv sei, daß er zunächst sein Recht verfolge und keine Gnade annehme. Die Appellinstanz milderte das Urtheil des ersten Richters: der Kaiser hatte den guten Tact, nunmehr, zur rechten Zeit, die Begnadigung dennoch eintreten zu lassen.

Der Proceß war von Bedeutung, weil dem kaiserlichen System hier ein hervorragender Mann abfällig wurde, der sich demselben anfangs willig angeschlossen hatte; aber schon waren ernstere Ereignisse im Zuge, über deren Nahen man das Geräusch, das dieser Handel verursachte, schnell vergaß.

2. England.

Es gewährt eine besondere Befriedigung, wenn man von dem peinlichen und hoffnungslosen Schauspiel, welches das kaiserliche Frankreich im Innern und in dieser Periode besonders darbietet — wenn man von diesem Lande, das zwar einige Male ohne Herrn, aber niemals frei gewesen war und dessen Bevölkerung die Freiheit auf sehr falscher Fährte suchte, den Blick hinüberlenkt auf England. Dieses Land

war allerdings weit entfernt, jenes Ideal zu sein, zu welchem die Unzufriedenheit in den übrigen europäischen Ländern es zuweilen und in jenen Tagen besonders häufig gemacht hat. Seine Staats- und Rechtsordnung litt noch immer an schweren und drückenden Mißbräuchen, welchen der Rost des Alters bei diesem conservativen Volke eine Art von Heiligkeit verlieh. Seine gesellschaftliche Gliederung zog die Schranke zwischen dem Reichen und dem Armen, zwischen dem Gentleman und der übrigen Menschheit sehr bestimmt: und wer damals einige große Städte Englands und Frankreichs besuchte und verglich, erhielt den Eindruck, daß das Leben auf der arbeitenden Klasse in England weit schwerer laste als in Frankreich, wo es sich nirgends und besonders unter dem napoleonischen Regimente nicht verleugnete, daß hier diese Masse des Volkes ein Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit und politischer Berechnung, — daß die Fundamente des gesellschaftlichen Gebäudes demokratisch waren. Auf den herrschenden Klassen Englands lastete eine kirchliche Befangenheit und Engherzigkeit, welche ebenso einen befremdenden Contrast bildete gegen die Geistesfreiheit und die Unbefangenheit wissenschaftlicher Forschung, die in Deutschland eine Stärke gewonnen hatte, welcher selbst die in jenem unglücklichen Jahrzehnt übergewaltigen Mächte der Verfinsterung nichts mehr anhaben konnten. Aber auf der andern Seite empfing, wer den Fuß auf englischen Boden setzte, den Eindruck eines gesunden, seiner selbst sicheren, fortschreitenden Volkslebens, und wer im damaligen Europa wissen wollte, was die Freiheit, von der man anderwärts so viel redete, wirklich war, der mußte hierher kommen. Hier lernte er, daß sie nicht blos ein Wolkengebilde, nicht blos ein Ideal, ein politischer Begriff, eine sittliche Forderung und dergleichen war, sondern daß sie ein so wirkliches Gut ist, wie die stärkende Seeluft oder das erquickende Bad, — daß sie dem Leben auch des nicht vom Schicksal Begünstigten etwas verleiht, was nicht Reichthum, nicht Genuß von Macht und Ehre, kein huldvolles Bezeigen befriedigter Vorgesetzter geben kann. Man empfand hier die Wohlthaten eines gesitteten, wohlgeordneten Staatswesens nicht in der Allgegenwart der Obrigkeit, wie in Frankreich oder in Deutschland, sondern in der regen Thätigkeit des Volkes selbst, dessen verschiedene Kräfte und Kreise, vernünftige wie verkehrte, in Parlament, Presse, Versammlungen fessellos sich regten und dabei, wie sie von der Regierung in ihren Sphären nicht gestört wurden, ihrerseits die Autorität der Regierung achteten, die nur mit Gegnern, nicht mit Feinden im eigenen Lande zu rechnen hatte.

Am Ende des Jahres 1851 und Anfang 1852 hatte es den Anschein, als wolle auch England auf seine Weise der großen reactionären Strömung Rechnung tragen, welche, eine natürliche Folge der

Ueberstürzungen des Jahres 1848, ganz Europa überfluthete. Bis dahin hatte man im Allgemeinen den Grundsatz gelten lassen, den Palmerston in seiner großen Rede im Juni 1850 aussprach, daß es Pflicht der Regierung sei, soviel als möglich anderen Völkern in Erlangung einer „ähnlichen Stellung wie England“ behülflich zu sein. Aber die Tage seiner Macht waren gezählt. Die rasche, übereilte und höchst eigenmächtige Art und Weise, mit welcher Lord Palmerston die Regierung des französischen Staatsstreichs anerkannt hatte, verletzte das Haupt des Cabinets, Lord John Russell, der ein ehrlicherer Liberaler war als Palmerston und der gegenüber der mächtigen Persönlichkeit des Letzteren einige Eifersucht empfinden mochte, und verdroß die Königin selbst; dieß hatte, wie schon erwähnt, Palmerston's Entlassung, damit aber auch eine Schwächung des Ministeriums und eine Spaltung der Partei im Unterhause zur Folge. Im Februar 1852 trat das Whigministerium ab und das Haupt der Tories, Graf Derby, bildete ein neues Cabinet. Dessen hervorragendstes Mitglied neben ihm selbst war Benjamin Disraeli, der, 1805 geboren, als Romanschriftsteller sich einen Namen gemacht, und dann im Parlament als gewandter, ideenreicher, schlagfertiger Redner hervorgethan hatte und welcher der Partei unentbehrlich geworden war, weil er Geschicklichkeit und Dreistigkeit genug besaß, dem alten Torythum neue Formen und Farben zu geben und neue Seiten abzugewinnen; im Uebrigen war es eine Regierung von Mittelmäßigkeiten, die aber als eine conservative im übrigen Europa mit großer Genugthuung begrüßt wurde. In England konnte sie sich nur kurze Zeit und nur dadurch über Wasser halten, daß sie die alten toryistischen Grundsätze, die mittlerweile zum Theil wie das Schutzzollsystem unausführbar geworden waren, aufgab oder nicht geltend machte, und daß sie die Gegner uneinig fand. Bei erster Gelegenheit, Vorlegung des Budgets, vereinigten sich die verschiedenen liberalen Parteien — die Liberalconservativen, die man nach dem Namen des großen Staatsmanns, der auf sachte Weise das alte England in die von der neuen Zeit vorgezeichneten Bahnen hinübergeführt hatte, die Peeliten nannte, die Whigs und die weitergehenden, den altenglischen Vorurtheilen feindlichen Liberalen oder Radicalen, welche von ihren Ursprüngen aus den Zeiten der Anticornlawleague den Namen der Manchesterpartei trugen — zum Sturze des Ministeriums. Dasselbe machte noch im December desselben Jahres einem Coalitionsministerium Platz, an dessen Spitze Graf Aberdeen stand und zu dessen Mitgliedern auch Palmerston gehörte. Der Premierminister sah, ganz gegen seines Herzens Neigung, — denn er war ein fast leidenschaftlicher Freund des Friedens — den Staat dem Kriege gegen Rußland entgegentreiben: man merkte es an der schlaffen und zögernden

Art, wie England in den Krieg eintrat, den es zuerst die Türken allein führen ließ. Als dann bei der Expedition nach der Krim die Schäden des Verpflegungswesens in beschämender Weise zu Tage traten, brauste der Unwille des Volkes mächtig auf; mit der größten Schonungslosigkeit wurden sie in zahlreichen Volksversammlungen ans Licht gezogen und auf den Antrag eines radicalen Unterhausmitgliedes, Roebuck, eine parlamentarische Untersuchungscommission niedergesetzt, indem man dem Vertuschungssystem gegenüber, das in einigen continentalen Staaten in solchen Fällen geübt wird, von dem richtigen Gedanken ausging, daß dergleichen Dinge in einem freien Lande am besten durch unumwundene Darlegung und offene Besprechung geändert werden. Das Ministerium trat ab und Lord **Palmerston**, dessen Zeit nun gekommen war, trat im Februar 1855 an die Spitze eines neugestalteten Coalitionsministeriums. Dieser brachte, während der zweite Hauptführer der Whigs, Lord John Russell, bei einer diplomatischen Mission nach Wien, bei welcher er zu wenig Energie entwickelte, sich unpopulär machte, den Krieg zu einem leidlich glücklichen Abschlusse und hätte ihn gern noch in einem neuen Feldzuge fortgesetzt, um den Ruf der englischen Waffen herzustellen: denn dieser hatte, wie nicht zu verkennen, durch die geringen Erfolge zur See und die Mißerfolge zu Lande, wo sie den französischen gegenüber nur eine untergeordnete Rolle spielten, etwas gelitten. Den vorgeschrittenen Liberalen that dieses Ministerium kein Genüge, da es keine entscheidenden Reformen in Angriff nahm, sondern in den alten ausgefahrenen Geleisen sich hielt. Sie ärgerten sich, daß den französischen Flüchtlingen, welche der Königin aus Anlaß eines Besuches, den dieselbe in den Tuilerien gemacht, einen Brief geschrieben hatten, der ihrer Bildung und ihrem Anstandsgefühl wenig Ehre machte, der Aufenthalt auf Jersey untersagt wurde — daß die Regierung auf Andrängen der anglikanischen Clerisei das harmlose Vergnügen der Sonntagsmusik in den Londoner Parks erschwerte, eines der wenigen, welches die nach dem Bedürfniß der Reichen geregelte englische Sabbathfeier dem gemeinen Manne noch übrig ließ — und daß das Oberhaus hartnäckig den Eintritt jüdischer Mitglieder ins Parlament hinderte und die Regierung kein Mittel fand, diesen Unverstand zu brechen. Im Jahre 1856 benutzte Lord Palmerston, der sich stets besonders reizbar bewies, wo es wirkliche oder vermeintliche Beleidigungen britischer Unterthanen im fernen Auslande zu rächen galt — er meinte (Juni 1850), daß den Briten allenthalben seine Nationalität schützen müsse, wie den Römer jenes Zauberwort des civis Romanus sum — eine wirkliche oder vermeintliche Beleidigung der britischen Flagge in Canton, um einen **Krieg gegen China** zu beginnen, der am 29. October mit einer Beschießung Can-

tons eröffnet wurde. Gleichzeitige Irrungen mit Nordamerika wegen des Durchsuchungsrechtes, und mit Persien, von welchem England Revision der Tractate, Erlaubniß zur Gründung englischer Factoreien am persischen Meerbusen, Concession zu Eisenbahnanlagen für englische Gesellschaften verlangte und gegen welches gleichfalls kriegerischer Zwang im Werke war, verstimmte die radicalere Partei der Liberalen, die den Minister beschuldigte, daß er durch diese kriegerische Politik der Nothwendigkeit innerer Reformen aus dem Wege gehen wolle. In Verbindung mit den Tories setzte sie am 3. März 1857 im Unterhause ein Tadelsvotum wegen des kriegerischen Vorgehens gegen Canton durch, welches auf den Antrag von Richard Cobden mit 263 gegen 247 Stimmen angenommen wurde. Allein Palmerston wußte, daß er in dieser Frage die Handelsinteressen und die leitenden Klassen des Volkes für sich habe und löste das Parlament auf. Er täuschte sich nicht: die Neuwahlen gaben ihm eine entschiedene Mehrheit und setzten ihn in den Stand, die kriegerischen Unternehmungen im Osten mit Energie weiterzuführen. Die Expedition gegen Persien endigte am 4. März 1857 mit einem Frieden, der unter der Vermittelung des Kaisers Napoleon zu Stande kam; seine wichtigste Bestimmung war, daß der Schah die Stadt Herat herausgab, welche einen eigenen Fürsten bekommen sollte, und daß er sich jeder Einmischung in die Angelegenheiten dieses Fürstenthums und Afghanistans zu enthalten versprach.

Der Friede kam zur rechten Zeit. Denn kurze Zeit darauf, völlig unerwartet, brach an der wichtigsten Stelle der britischen Besitzungen im Osten, in Indien, eine furchtbare Empörung aus, von welcher man, betroffen von der plötzlichen Gewalt, mit welcher sie hervorbrach, im ersten Schrecken annahm, daß sie das Gebäude der britischen Machtstellung in ihren Grundfesten erschüttern müsse.

In Europa war und ist vielfach die Ansicht verbreitet, als sei die britische Herrschaft in Ostindien eine Tyrannei, deren einziger Zweck, dem Christenthum, Menschlichkeit und Ehre ohne Bedenken geopfert werde, die Sättigung der Habsucht englischer Reicher oder Geldgieriger sei, welche diese ungeheuren Gebiete und ihre massenhaften Bevölkerungen als ihre Domäne betrachteten. Dieß ist falsch: im Großen und Ganzen ist die englische Herrschaft in Ostindien die beste, welche je von einem europäischen Staate über Asiaten ausgeübt worden ist und sie ist in jedem Falle ohne allen Vergleich besser, als irgend welche Herrschaft, die jemals von Eingeborenen oder von anderen Asiaten auf jenem Boden geübt ward. Jene Gesellschaft von Kaufleuten, welche noch immer diese Herrschaft ohne Analogie in der Geschichte besaß, konnte sich auf die Erfahrungen von drittehalb hundert Jahren stützen und im Ganzen hatten sich auch die Bevölkerungen bis dahin sehr fried-

lich verhalten. Die Besitzungen der ostindischen Compagnie unter der Oberhoheit der Krone, mittelbare und unmittelbare, umfaßten damals einen Flächenraum von etwa 70,000 Q.-M. mit einer Bevölkerung von vielleicht 160 Millionen;*) ihnen gegenüber waren die etwa 800,000 Briten und anderen Europäer wie einzelne Oeltropfen im unermeß-

*) Wir theilen hier die Ergebnisse der Zählung von 1872 nach einer Notiz der Kölnischen Zeitung 1875, Nr. 301, 3. Blatt, mit.

Die Gesammtbevölkerung von Indien, soweit es direct unter der britischen Verwaltung steht, beträgt nach der Zählung von 1872 190,563,048. Diese ungeheure Volksmasse bewohnt ein 904,049 englische Q.-Meilen (1 englische Q.-Meile = 259 Hektare oder 0,047 geographische Q.-Meilen) großes Gebiet. Es treffen somit auf die englische Q.-Meile durchschnittlich 211 Einwohner. Da aber große Strecken Landes wüst liegen oder mit Wald bewachsen sind, so ist die Bevölkerung in den bewohnten Bezirken in Wirklichkeit viel dichter, so wohnen z. B. in Bengalen 397, in den nordwestlichen Provinzen 430, in Audh 468 Menschen auf der Q.-Meile. Der Flächeninhalt von ganz Indien, also die unter einheimischen Fürsten stehenden, jedoch von England abhängigen Staaten mitgerechnet, beträgt 1,450,744 englische Q.-Meilen, die Bevölkerung 238,830,958. Von den großen Städten hat Kalkutta 795,000 Einwohner und mit dem daranstoßenden Howrah nahe an 900,000; Bombay 644,000, Madras 398,000. Zunächst kommt Lucknow mit 285,000. Nach der Religion zerfällt die Bevölkerung von Britisch Indien in 140½ Millionen Hindus oder Anhänger der brahmanischen Religionen, 40¾ Millionen Muhamedaner und 9¼ Millionen Christen, Juden, Parsen, Buddhisten u. s. w. Die Christen in Indien zählen weniger als 900,000, von denen 250,000 Europäer oder europäischer Abkunft sind. Nicht weniger als 20 verschiedene Sprachen werden auf der Halbinsel gesprochen, von den zahlreichen Dialekten der Hügelstämme und Ureinwohner ganz abgesehen. In Birma ist das Sprachengewirr noch größer. Die Verschiedenheit der Sprachen verschwindet aber, wenn man die Verschiedenheit der Kasten betrachtet. In den nordwestlichen Provinzen giebt es unter den Hindus nicht weniger als 307 Kastenabstufungen, jede mit eigenem Namen, in Bengalen wird die Zahl der Kasten auf 1000 geschätzt, und wollte man die feineren Unterschiede, Unterabtheilungen und Stammeseintheilungen in Betracht ziehen, so käme man auf mehrere Tausend. Außer dem Heer und der Flotte befinden sich 59,000 geborne Briten im indischen Reiche. Was die Beschäftigung anbelangt, so giebt es in Indien 1,236,000 Regierungsbedienstete aller Art, 629,000 Personen, die im Dienste der Religion, Kranken- und Armenpflege u. s. w. stehen, 849 christliche Prediger mitgezählt; 30,000 religiöse Schwärmer und Bettler; 10,000 Astrologen; 5 Hexenmeister, 465 Teufelsaustreiber; 189,000 Personen sind in Erziehung, Litteratur und Wissenschaft thätig, 518 hiervon sind Dichter; 33,000 Personen stehen im Dienste der Gerechtigkeitspflege, 75,000 widmen sich der Heilkunde, 218,000 den schönen Künsten. Hierzu rechnen sich aber auch Seiltänzer, Schlangenbändiger und ähnliche Künstler. Die Zahl der Ackerbauer beträgt 37½ Millionen; 950,000 Menschen gewinnen ihr Brod als Elephanten- oder Kameeltreiber, Fuhrleute, Hüter, Jäger u. s. w. Die handeltreibenden Klassen werden auf 3,441,000 geschätzt, die Handwerker auf 8,747,000. Die nicht productiven Klassen umfassen 2,265,000 Mitglieder, die mitunter sehr seltsamen Beschäftigungen nachzugehen scheinen. In diese Kategorie gehören 103,000 sogenannte „Gäste", die wohl eigentlich als Schmarotzer zu bezeichnen wären.

lichen Ocean. Das Heer, mit welchem diese Bevölkerung im Zaume gehalten wurde, betrug im Jahre 1857 in runder Summe vielleicht 330,000 Mann, mit Einschluß der Contingente der Lehensstaaten 700,000, aber unter diesen nur 50,000 rein europäische Truppen; die übrigen bestanden aus den sogenannten Seapoys, eingeborenen, europäisch disciplinirten und von englischen Officieren befehligten Söldnern. Eine engere Verbindung zwischen dem herrschenden Volke und den Unterthanen, welche eine breite Kluft — Religion, Sprache, Sitte, Race — trennte, bestand wie natürlich nicht: es war eine reine Fremdherrschaft, in welche die Eingeborenen mit mehr oder weniger Fügsamkeit, die Hindus im Allgemeinen leichter als die Muhamedaner, sich schickten. Es waren aber keine außergewöhnlichen groben Mißbräuche, wiewohl es an Mißbräuchen natürlich nicht fehlte — es war ein geringfügiger, fast zufälliger Umstand, welcher in diese Massen den Funken der Empörung warf und dadurch eine Feuersbrunst hervorrief, deren Ueberwältigung durch eine Handvoll Europäer eine der merkwürdigsten und großartigsten Erscheinungen in der Geschichte des Jahrhunderts ist. Der von der Krone ernannte Generalgouverneur war seit Februar 1856 Lord Canning, ein Sohn des großen Georg Canning, selbst aber kein Mann von hervorragender Begabung. Schon seit längerer Zeit war von Fanatikern der verschiedenen in Ostindien vertretenen Religionen das nahe Ende der Fremdherrschaft prophezeit worden und da und dort hatte sich in Folge dessen der Bevölkerung eine gewisse Unruhe bemächtigt; die englischen Beamten und Officiere hatten, da sie im Allgemeinen ein gutes Gewissen hatten, nicht weiter darauf geachtet. Wenn irgendwo, so schien eine Gefährdung der englischen Herrschaft in der nordöstlichen unter den drei Präsidentschaften, in welche das indobritische Reich zerfällt, in Bengalen, außer Frage, da diese Bevölkerung vermöge ihres passiven Charakters für eine Fremdherrschaft wie geschaffen, eine Fremdherrschaft für sie geradezu eine Nothwendigkeit ist. Eben hier aber war unter den eingeborenen Truppen Mangel an Disciplin eingerissen; den Anlaß, daß diese Zuchtlosigkeit in förmlichen Aufstand überging, boten die befetteten Patronen, welche bei diesen Truppen gebraucht werden sollten. Das Rind ist den Hindus heilig und besonders scrupulös sind in dieser Beziehung die Indier der höheren Kasten; und wie die Hindus am Rindsfett, so stießen sich die Muhamedaner an dem Schweinefett; die Seapoys höherer Kaste, längst aufgeregt, witterten in der Einführung dieser Patronen einen Angriff auf das, was ihr Wahnglaube am höchsten hält und was alle Lebensformen Indiens seit alter Zeit beherrscht — die Reinheit der Kaste. Man erfuhr von nächtlichen Zusammenkünften, einzelnen Widersetzlichkeiten und meuterischen Regungen; am 8. Mai verweigerte zu

Mirat, nordöstlich von Delhi, dem Sitze des Großmoguls, das dritte Reiterregiment die Annahme der neuen Patronen. Noch hätte vielleicht ein energisches Einschreiten selbst mit den wenigen verfügbaren europäischen Truppen helfen können: aber es geschah nicht und nach wenigen Tagen, als auf einzelne Bestrafungen ein meuterischer Ausbruch gefolgt war, war es zu spät. Die Meuterer warfen sich mit Mord und scheußlichen Mißhandlungen auf die vereinzelten Europäer; die Seapoys von Delhi, wo keine europäischen Truppen standen, schlossen sich an: und so erhielt der Aufstand in dieser alten Hauptstadt der Großmoguls eine Art von Mittelpunkt, wogegen es im westlichen Indien, im Pendschab, dem Befehlshaber Sir John Lawrence, dem der Telegraph die Nachricht von den Aufständen in Mirat und Delhi gemeldet hatte, gelang dem Ausbruch zuvor zu kommen, indem er unverzüglich die dort stehenden Bengaliregimenter entwaffnen und wo ihm Aufständische in die Hände fielen, sie mit unerbittlicher Strenge sofort enthaupten ließ. Diese Strenge war hier, bei diesem Aufstande, wo die Bevölkerung zu ihrem eigenen Verderben der Ansteckung durch einen sinn- und ziellosen Aufruhr ausgesetzt war, aus dem nichts als Gräuel und Verwüstung hervorgehen konnte, eine Pflicht der Menschlichkeit; die der englischen Herrschaft ergebenen Stämme, die Sikhs, verlangten selbst nach dieser Offenbarung der Macht, die sie im Jahre 1849, wo sie sich empört hatten, nachdrücklich erfahren: „ihr Engländer", sagte einer ihrer Häuptlinge, „müßt uns zuerst zeigen, daß ihr die Starken seid; könnt ihr die Rebellen züchtigen, wohlan, dann wollen auch wir die Hülfe euch nicht versagen."

Inzwischen hatte sich der Aufstand den meisten Garnisonen der Präsidentschaft Bengalen mitgetheilt. Dem Flammenmeere, das sie umgab, setzten die vereinzelten, meist ohne Rettung verlorenen Engländer die heroische Energie entgegen, welche das Erbtheil dieses kräftigsten und stolzesten der germanischen Stämme ist; und sobald die englischen Befehlshaber auch nur eine mäßige zuverlässige Mannschaft beisammen hatten, gingen sie kühn zum Angriff gegen jede Uebermacht vor. Im Mittelpunkte ihrer Macht, in Delhi, hatten die Rebellen im Juli etwa 60,000 Mann beisammen, und mit nicht mehr als 6000 lag General Barnard vor dieser Stadt, die eine Bevölkerung von 140,000 Menschen zählte. Fast täglich wurde gefochten: vor den englischen Verschanzungen thürmten sich die Leichenhaufen der vergebens anstürmenden Rebellen. Die Verluste, welche die Engländer selbst erlitten, waren, obwohl viel geringer, doch schwerer zu ersetzen; indeß kamen ihnen allmälig Verstärkungen. John Lawrence sandte vom Pendschab her, wo er unter den Sikhs mit Erfolg geworben hatte, Hülfe. Ende August konnten sie zur Offensive übergehen und mit dem allmälig an-

langenden schweren Geschütz die Beschießung beginnen. Den Befehl führte jetzt General Wilson; am 13. September, nachdem die Beschießung drei Tage und drei Nächte gedauert hatte, wurden einige Breschen sichtbar; am 14. begann der Sturm. Es war ein schrecklicher Kampf, da die Seapoys, Hindus wie Muhamedaner sich mit der vereinigten Kraft des Religionsfanatismus und der Verzweiflung vertheidigten, sich in die innere Stadt zurückzogen und in den engen Straßen Barricaden errichteten; 6 Tage dauerte Straßenkampf, Beschießung, Brand und erst am 20. zogen die letzten Haufen der Meuterer ab, deren regellose Flucht sich zu beiden Seiten der Dschumna entlang wälzte. Die Wuth der Sieger entsprach dem, was vorausgegangen: wo in den Häusern gestohlenes englisches Gut aufgefunden wurde, ward alles Männliche getödtet und es fehlte nicht an Officieren, welche Lust zeigten, die Stadt zu „verbannen", wie einst in den Zeiten Josua's mit den Städten der Canaaniter geschehen war. Der letzte der Großmoguls aus Timur's Hause, der 92jährige Padischah Bahadur, ein stumpfsinniger Greis, in dessen Namen eine Proclamation Hindus und Muhamedaner zum Religionskriege wider die Bedrücker des Landes aufgerufen hatte, wurde auf der Verfolgung eingeholt, in Ketten gelegt und starb bald in der Gefangenschaft. Zwei seiner Söhne wurden angesichts einer Menge von mehreren Tausenden, die der Schrecken lähmte, von einem verwegenen englischen Officier, Lieutenant Hudson, mit Pistolenschüssen niedergestreckt, im Ganzen 24 Glieder der Familie Babers hingerichtet. In einer Proclamation vom 2. October 1857 wurde der Fall Delhi's der Bevölkerung von Indien durch den Generalgouverneur kundgethan: „sucht ihr nicht Gnade und Erbarmung bei der rechtmäßigen gütigen Regierung, so seid ihr unrettbar der Vernichtung preisgegeben."

Die Eroberung von Delhi war ein wichtiger Erfolg, aber es gab noch andere Punkte, wo es zu retten und, wo nichts mehr zu retten war, zu rächen galt. Am schlimmsten war es zu Cawnpoore am Ganges zugegangen, wo ein vornehmer Brahmane, Nena Sahib, der sich mit ächt hindostanischen Künsten in die Gunst der Engländer eingeschlichen hatte, sich an die Spitze stellte. Als auch dort Mitte Mai der Aufstand unter der Garnison ausbrach, hatte sich General Wheeler mit allen Engländern in ein verschanztes Lager zurückgezogen, wo sie eine Zeitlang gegen die wüthenden Angriffe der weit überlegenen Seapoys sich hielten. Die Letzteren ermüdeten und wollten nach Delhi abziehen; da griff Nena, der seinen Haß gegen die Engländer mit der gewöhnlichen indischen Virtuosität der Lüge verborgen hatte, zum Verrath. Er bot Unterhandlungen, auf welche Wheeler in seiner verzweifelten Lage einging. Als der Vertrag abgeschlossen und beschworen war,

und der Abzug, wie verabredet, auf Booten den Fluß hinab nach Allahabad begann, wurde der Verrath sichtbar: vom Ufer aus wurden die Barken beschossen — ein Theil der Flüchtlinge fand von den Kugeln, ein anderer in den Wellen den Tod; die Uebrigen wurden an das Land geschafft, die Frauen und Kinder weggebracht, die Männer erschossen.

Dasselbe Schicksal bedrohte die Garnison von Lucknow, der Hauptstadt von Audh. Kurz vor dieser Zeit, im Jahre 1855 hatten die Engländer dieses Königreich, welches am linken Ufer des mittleren Ganges gelegen eine Bevölkerung von 5 Millionen enthielt, den unmittelbaren Besitzungen der Compagnie einverleibt. Auch hier verweigerte im Mai jenes schlimmen Jahres ein Regiment die Annahme der unreinen Patronen. Am 30. und 31. Mai, ermuthigt durch die gelinde Bestrafung der Truppe, die nur entlassen wurde, brach die volle Empörung, begleitet von denselben Schandthaten wie allerwärts, los; doch hatte man die Frauen und Kinder noch glücklich in Sicherheit bringen können. Die übrigen Garnisonen folgten dem Beispiele der Hauptstadt. So stand Sir Henry Lawrence, ein Bruder des im Pendschab befehligenden, mit geringer Mannschaft, abgeschnitten von allen Stationen, umgeben von dem Flammenmeer der um sich greifenden Rebellion in Lucknow, einer Stadt von 200,000 Einwohnern. Nichtsdestoweniger unternahm er heroischen Muthes mit seinen 600 Mann eine Angriffsbewegung gegen die Rebellenmacht, die sich einige Meilen von Lucknow sammelte. Aber die 16,000 Feinde zu werfen war selbst diese Heldenschaar nicht im Stande, und so zog Lawrence Alles, was noch verfügbar, zusammen, 900 Europäer, 700 zuverlässige Eingeborene im Ganzen, und warf sich in das Gebäude der Residentschaft. Hier suchten sie sich zu halten, bis Entsatz kommen konnte, mit geringen Vorräthen, geringerer Hoffnung, denn allenthalben war die Empörung noch im Wachsen.

Es war ein Glück, daß in den beiden anderen Präsidentschaften, Bombay und Madras, die Truppen treu geblieben, oder die Bewegung niedergehalten war. In der letzteren Präsidentschaft war man bei den ersten Regungen mit Kartätschen und Hinrichtungen eingeschritten, und mittlerweile waren durch den Frieden mit Persien die auf diese Expedition verwendeten Truppen mit zwei tüchtigen Führern, General Outram und Henry Havelock frei geworden. Am 30. Juni traf Havelock zu Allahabad ein, um den Befehl über die Truppen zu übernehmen, welche gegen Cawnpoore, wo Nena Sahib befehligte, und weiter gegen Lucknow operiren sollten: es waren nicht mehr als 1400 britische Bajonette und einige einheimische Reiterei über die er verfügte. Gleichwohl erfocht er, ohne selbst einen Mann zu verlieren, bei

Fattihpoore einen Sieg über ein ansehnliches Rebellenheer, dann einen zweiten am 16. Juli in unmittelbarer Nähe von Cawnpoore selbst, wo Nena Sahib ihm gegenüberstand, der auf die Nachricht von der ersten Niederlage die noch in seinen Händen befindlichen Gefangenen auf jene scheußliche Weise umbringen ließ, mit der jede europäische Barbarei nur vergeblich wetteifert. Am 17. zogen die englischen Truppen in Cawnpoore ein, wo sie noch die Reliquien der Schlachtopfer des Scheusals fanden, das ihrer Rache entflohen war. Unter der Bevölkerung selbst hatte der Aufstand keine Fortschritte gemacht. Man sehnte sich dort nach der Rückkehr der Ordnung d. h. der englischen Herrschaft, da bereits an vielen Orten Hindus und Muhamedaner sich in grimmigem Religionshasse gegenseitig anfielen und allenthalben Sicherheit, Habe und Leben von Reich und Arm durch die meisterlosen Rebellenschaaren und durch befreite Verbrecher bedroht waren. „Wann wird euer Regiment wieder aufgerichtet, in 10, vielleicht in 15 Tagen?“ lautete die naive Frage, mit welcher die Eingeborenen ihre hülflose Ohnmacht bekundeten. Am 21. Juli ging Havelock über den Ganges und marschirte auf der Straße nach Lucknow vorwärts. Aber er hatte nur 1500 Mann und konnte, von Klima, Krankheiten und übermächtigen Feindesschaaren bedrängt, das Ziel nicht erreichen. Er war genöthigt, auf Cawnpoore zurückzugehen.

Dort in Lucknow war unterdessen Henry Lawrence bei einem Ausfalle tödtlich verwundet worden, und Sir John Inglis befehligte die kleine Macht, welche im Residentschaftsgebäude eng belagert, aus den benachbarten Häusern von Schützen beständig unter Feuer gehalten, aus den von den Seapoys angelegten Batterien mit Bomben und Kugeln beworfen wurden. Aber die besten Eigenschaften des angelsächsischen Charakters, unverwüstliche Energie, todesmuthige Treue gegen die vaterländische Sache, wahre Frömmigkeit zeigten sich auch hier wie fast überall in diesem schrecklichen Orkane in ihrem ächten Glanze; Niemand weigerte sich auch der niedersten Dienste; nur viermal in den 87 Tagen dieser ersten Belagerung wagten die Rebellen den Sturm, zu dessen Abweisung selbst die Kranken, von Fieber zitternd, herankamen; und der offene Angriff führte so wenig als die Minengänge, mit welchen man den Eingeschlossenen beizukommen suchte, zum Ziel.

Im September erfuhren die Belagerten durch einen geheimen Boten, der den Weg nach der Feste fand, daß Havelock sich zum zweiten Male zu ihrer Errettung auf den Marsch begeben. Er hatte jetzt 2600 Mann, mit 17 Kanonen, die von Elephanten gezogen wurden; tüchtige Unterfeldherren Outram, Hamilton, Neill, Cooper standen ihm zur Seite. Am 23. steht das kleine Entsatzheer im Angesichte von Lucknow; unter stetem Kämpfen, belästigt von schweren tropischen Regengüssen,

unter verzweifeltem Widerstande der Rebellen suchen sie sich nach der Residentschaft den Weg zu bahnen. Die Eingeschlossenen erkennen, daß der Kampf entbrannt ist: sie hören, wie das Flintenfeuer näher kommt: der scharfe Laut der Hochlandspfeife, die Musik der Bergschotten, dringt an ihr Ohr: am Ende des 88. Tages der Belagerung, über Tausende von Feindesleichen, erscheinen die Befreier in den halbzerstörten Befestigungen.

Allein es war eine Täuschung, sie waren nicht befreit. Havelock und die Seinen hatten sich einen blutigen Weg durch die Rebellenmassen bis zu ihren Landsleuten gebahnt; hinter ihnen flutheten diese Massen wieder zusammen; mit den zuvor Eingeschlossenen sahen sie sich nun selbst eingesperrt. Die Belagerten waren um 2000 Mann verstärkt, welche nur für drei Tage Lebensmittel mit sich führten; ihre endliche gemeinsame Befreiung hing von den Truppen ab, welche der neuernannte Oberbefehlshaber, der von Europa eingetroffen, Sir Colin Campbell, in Cawnpoore sammelte.

Das Schicksal der Empörung selbst war bereits entschieden. Die Bevölkerung im Ganzen und Großen war theilnahmlos geblieben. Kein klarer Gedanke, kein ernster Plan beseelte und leitete die wilden Kräfte und nunmehr begannen die Verstärkungen von Europa einzutreffen, mit denen Großbritannien seine Herrscherstellung in Asien festzuhalten oder wiederaufzurichten entschlossen war: wie sie in Calcutta landeten, wurden sie stromaufwärts nach Cawnpoore gesandt. Am 3. Nov. stand der neue Oberfeldherr an der Spitze eines Entsatzheeres: es waren allerdings nur 5000 Mann, aber auserlesene, mit Allem wohlversehene Truppen. Am 15. erreichten seine Operationen Lucknow; am 17. riefen die Hornsignale die Eingeschlossenen zum lang ersehnten Ausfall, welcher den Sieg vollendete, und die drei Führer, Sir Colin Campbell, Outram und Havelock trafen zusammen. Der eine von ihnen, Sir Henry Havelock, ein frommer Christ und tapferer Kriegsmann, ein Streiter vor dem Herrn wie aus den alten Tagen der Kämpfe der schottischen Puritaner für Christi Krone und den Covenant, starb wenige Tage später.

Die Rebellion war jetzt, wo die europäischen Verstärkungen eintrafen, aussichtslos, aber sie war noch nicht beendet. An Stoff, das verheerende Element zu nähren, konnte es auf der ungeheuren Brandstätte nicht fehlen: aber man konnte nunmehr englischerseits zur Offensive, zu einer planmäßigen Unterdrückung und Ausrottung der Meuterei schreiten. Diese Bewegungen jedoch gehören der besonderen Geschichte der britischen Armee oder der englischen Herrschaft in Ostindien an und sie würden ohne eingehende Kenntniß und Beschreibung des Landes nicht verständlich sein. Die Niederwerfung der Rebellion war erschwert

durch die ungeheure Ausdehnung des Landes, das, von breiten Strömen durchflossen, eine Menge trefflicher militärischer Stellungen darbot, wie durch die fatalistische Entschlossenheit der Seapoys, welche wußten, daß sie nach dem, was geschehen, keine Gnade zu erwarten hatten. Von Gnade in der That war, wo so viel vergossenes Blut zum Himmel schrie, wenig die Rede; für die ergriffenen Hindus verschärfte man die Schrecken des Todes, indem man sie vor die Mündung der Kanonen band und so „wegblasen" ließ. Doch gelang es Vielen nach den Bergen von Nepal oder in die Sumpfregion von Rohilkund, den nordwestlich vom Königreich Audh gelegenen Landschaften zu entrinnen. Auch den kühnsten und verworfensten ihrer Feinde, den Nena Sahib zu fangen, gelang den Engländern nicht, sie mußten die Rache der Krankheit überlassen, die ihn hinraffte. Am Ende des Jahres 1858 konnte der Aufstand als völlig beendet gelten, obwohl die Hinrichtungen sich noch länger hinzogen; den 28. Juli 1859 bestimmte der Lordstatthalter zu einem feierlichen Dankgottesdienste.

Dieser gefährliche Aufstand lenkte die Gesetzgebung des Mutterlandes einmal wieder auf die Angelegenheiten Indiens. Das Unterhaus, in welchem nicht Viele saßen, denen die verwickelten Verhältnisse dieses ungeheuren von Bekennern der verschiedensten Religionen und Stämmen der verschiedensten Racen bewohnten Landes irgendwie geläufig oder auch nur verständlich gewesen wären, wich sonst einer Besprechung hindostanischer Angelegenheiten am liebsten aus. Dießmal aber war man an einem bedeutungsvollen Wendepunkte angelangt, wo die Gesetzgebung sich ihrer Pflicht nicht entziehen durfte. Es handelte sich darum, der Doppelregierung in Indien — durch die Handelsgesellschaft, ihren Hof der Actionäre und der Directoren einerseits, und das staatliche Aufsichtsamt, die Board of control andererseits — ein Ende zu machen: und noch während des Aufstandes zu Ende 1857 brachte Lord Palmerston eine Bill ein, welche in dieser Richtung vorging und nach welcher, im weiteren Verfolg der schon im Jahre 1784 durch Pitt inaugurirten Gesetzgebung, der Hof der Directoren und der Eigenthümer ersetzt werden sollte durch einen Minister für die indischen Angelegenheiten, der Sitz im Cabinet haben sollte und einen Rath von 15 Personen.

Indeß war es Lord Palmerston nicht beschieden, dieses Werk hinauszuführen. Wir haben gesehen, wie er bei Gelegenheit des Orsini'schen Attentates und der Aufregung im kaiserlichen Frankreich, welcher er, wie man annahm, zu weit entgegenkam, gestürzt wurde; ein harter Schlag für den Mann, der seither für den schroffsten Vertreter britischen Nationalstolzes gegolten und der jetzt den Vorwurf hören mußte, daß er dem Drängen kaiserlicher Höflinge und Haudegen gegenüber der

Würde seiner auf ihre Unabhängigkeit eifersüchtigen Nation zu wenig eingedenk gewesen sei. Die Tories, welche vielleicht an und für sich gegen sein Verfahren nicht allzuviel einzuwenden gehabt hätten, ersahen ihre Gelegenheit und vereinigten sich mit den vorgeschrittenen Liberalen zu seinem Sturze: ihre Zeit war gekommen, da eine liberale Regierung in diesem Augenblicke unmöglich war. Die Königin beauftragte Lord Derby mit der Bildung eines neuen Ministeriums. Dieser selbst übernahm die Leitung der auswärtigen Politik, das Schatzkanzleramt und die Führung des Hauses der Gemeinen erhielt Disraeli wieder; das wichtige Amt eines Vorsitzenden der Board of control für die indischen Angelegenheiten übernahm der frühere Generalgouverneur von Indien Lord Ellenborough (Ende Februar 1858). Der französische Handel, der das Ministerium Palmerston zu Falle gebracht, machte weiter keine Schwierigkeit. Die Franzosen hatten sich so thöricht benommen, daß sie froh sein mußten, ohne schwerere Demüthigung davonzukommen, als die Freisprechung des französischen Flüchtlings Bernard, gegen den man einen Proceß angestrengt hatte, weil er bei der Verfertigung der Orsini'schen Handgranaten betheiligt gewesen sei, durch ein englisches Geschwornengericht war: auch war in der That wenig dagegen zu sagen, wenn der Franzose erklärte, daß er, ob auch nicht in der Weise Orsini's, fortfahren werde, sich gegen die Herrschaft eines Mannes zu verschwören, der diese seine Herrschaft selbst nur der Verschwörung und der Gewaltthat verdanke.

Das Toryministerium hatte im Uebrigen keine bequeme Existenz. Es lebte von der Uneinigkeit seiner Gegner und verfügte nur über zufällige Mehrheiten, ohne eine selbstständige conservative Politik nach eigenen Grundsätzen verfolgen zu können. In der wichtigen Frage der indischen Angelegenheiten überließ es die Initiative dem Unterhause, welchem Lord John Russell eine Reihe von Resolutionen vorlegte, die vom Parlamente angenommen wurden und auf Grund deren nunmehr, nachdem Lord Stanley, der Sohn des Grafen Derby, an Ellenborough's Stelle das indische Controlamt übernommen hatte, eine neue Indiabill aufgestellt und genehmigt wurde. Sie entsprach der Palmerston'schen und setzte einen Minister für die indischen Angelegenheiten ein: diesem gab sie einen Rath von 15 Personen zur Seite, in welchen die Krone 8, die Directoren der Compagnie das erste Mal 7 Mitglieder ernannten. Am 8. August 1858 hob dementsprechend mit Zustimmung des Parlamentes die Königin die Privilegien der ostindischen Compagnie auf, und das indische Reich trat jetzt, zum Heile seiner Bevölkerungen, unter die unmittelbare Verwaltung der Krone Großbritanniens. Am 30. August hielt die Gesellschaft von Kaufleuten, die nun drittehalb Jahrhunderte bestanden und die eine in der Geschichte

einzig dastehende Erscheinung bildet,*) ihre letzte Sitzung in dem alten Geschäfts- und Regierungslocale der Leadenhallstreet und am 1. November desselben Jahres ward den Völkern von Hindostan unter großen Feierlichkeiten verkündet, daß die Königin von England die Regierung nunmehr selbst übernommen habe. Der seitherige Generalgouverneur erhielt den neuen Titel eines Vicekönigs, eines Nabobvesir, die Diener der Compagnie wurden als königliche Beamte bestätigt, die Truppen leisteten einen neuen Fahneneid, und den Aufständischen, denen nicht nachgewiesen werden konnte, daß sie an der Ermordung britischer Unterthanen Theil genommen, wurde eine Amnestie bewilligt, wenn sie bis zum Januar 1859 zu ihrer Pflicht zurückkehrten. Die Meisten thaten so: sie wußten, daß ein englisches Wort dazu bestimmt war, gehalten zu werden.

Wie in dieser Angelegenheit die Toryregierung nach den Weisungen, die sie vom Gegner empfing, eine große und folgenschwere Neuerung ins Werk gesetzt, ein mächtiges Stück Altenglands, seine ostindische Compagnie, begraben hatte, so mußte sie auch in anderen Fragen, um sich über Wasser zu halten, ihrem Drängen nachgeben. Die Zulassung der Juden zum Parlament z. B., welche bisher an dem hartnäckigen Widerspruche des Oberhauses gescheitert war und die keine liberale Regierung hatte durchsetzen können, ward jetzt von der conservativen Regierung durch eine neue Eidesbill ins Werk gesetzt: am 26. Juli 1858 nahm Baron Rothschild als Mitglied für die City von London seinen Sitz im Unterhause ein. Nach außen leitete Lord Derby die englische Politik verständig und energisch. Am 26. Juni ward dem chinesischen Kriege, den England und Frankreich seit Mai 1857 gemeinschaftlich geführt, und dem sie am 29. December 1857 durch eine gemeinsame Waffenthat, die Erstürmung von Canton, die entscheidende Wendung gegeben hatten, durch den Friedensvertrag von Tientsin ein Ende gemacht. Die Erstürmung einer Stadt von über einer Million Einwohner durch 5000 Mann belehrte den Kaiser von China über seine Ohnmacht; eine gefährliche Rebellion, gegen die Dynastie der Mandschu gerichtet, bedrängte ihn im Innern. Als das englisch-französische Geschwader an der Mündung des Peihoflusses erschien und diesen Fluß hinauf zu fahren sich anschickte, gab er, für die Hauptstadt des Reiches besorgt, nach. Eine Geldsumme wurde an die beiden Mächte als Kriegskostenentschädigung bezahlt, das Christenthum sollte künftig im Reiche geduldet, europäischen Reisenden keinerlei Schwie-

*) Herr H. C. H. Reyers, welcher dieses Werk ins Holländische übersetzt hat, macht den Verf. darauf aufmerksam, daß dieß nicht richtig sei, indem er auf die hollandsche oost-indische Compagnie, gestiftet 1602, und die west-indische Compagnie hinweist: eine Berichtigung, die wir mit Dank acceptiren.

rigkeiten in den Weg gelegt, eine weitere Anzahl chinesischer Häfen dem Handel geöffnet werden. Einen ähnlichen Vertrag erzwang der englische Bevollmächtigte, welcher den mit China abgeschlossen, Lord Elgin, auch von Japan, wo man bereitwilliger als in China sich wieder einer Politik der Annäherung an Europa zuwendete.

Auch gegenüber dem König Ferdinand von Neapel, der einige britische Ingenieure gefangen gesetzt hatte, verfuhr die Toryregierung in einer Weise, die den Beifall auch der Liberalen fand, und so wohl zufrieden waren diese mit einer nach außen tactvoll und fest auftretenden, im Innern schwachen Regierung, die sich mit Concessionen an das übermächtige liberale Prinzip das Leben fristen mußte, daß sie diesem Stande der Dinge eine längere Dauer wünschten und die Zeit gekommen glaubten, wo mit Aussicht auf Erfolg die Frage der Parlamentsreform wieder aufgenommen werden könne. Dieß mußte in der That geschehen, wenn die Verfassung des englischen Staates, wie eine gute Verfassung soll, den gesellschaftlichen Zuständen des Landes gemäß und entsprechend bleiben sollte.

3. Italien.

In dem Kriege gegen Rußland hatte Sardinien, wie wir sahen, sich mit den Westmächten zur Bekämpfung der russischen Uebermacht verbunden. Dieses Ereigniß machte großes Aufsehen, so sehr auch die Organe der Reaction es als etwas Bedeutungsloses darzustellen strebten. Es gab Solche, welche das Bündniß vom 26. Januar 1855 mit jenen schmachvollen Handelsverträgen zusammenstellten, durch welche einst im vorigen Jahrhundert deutsche Fürsten ihre Unterthanen den Engländern verkauft hatten; sie wußten es aber selbst besser: Italien war nur scheinbar wieder der geographische Begriff geworden, wie in den Zeiten Metternich's; es war jetzt ein sehr reeller politischer Begriff und jenes Bündniß war ein sehr wohlberechneter Schritt nach dem Ziele des italienischen Nationalstaates, — einem Ziele, das mit vollem Bewußtsein, ohne Hehl und offen vor aller Welt, von den leitenden Männern des Königreiches Sardinien ins Auge gefaßt wurde.

In unzweideutigem hartem Gegensatz standen die Staaten des östreichischen Systems und Piemont sich gegenüber. Wir betrachten zunächst die Ersteren während des zehnjährigen Waffenstillstandes, der den großen Entscheidungskämpfen voranging.

In Rom und dem Kirchenstaate trieb die wiederhergestellte Priesterherrschaft ihr Wesen, unter dem Schutze der Franzosen, die in Rom und Civitavecchia, und der Oestreicher, welche in Ferrara lagen. In den ersten Jahren nach der großen Niederlage der liberalen und nationalen Hoffnungen kam die reactionäre Stimmung in ganz Europa

dem Oberhaupte der katholischen Kirche in derselben Weise zu Gute, wie einst nach dem großen Siege über das revolutionäre Kaiserthum im Jahre 1815 die romantische Schwärmerei dem Papstthume zu Gute gekommen war. Da fast überall die revolutionären Kräfte zugleich gegen die Throne und gegen das Priesterthum, gegen „Thron und Altar", wie man sich mehr pathetisch als wahr ausdrückte, Sturm gelaufen hatten, so war es nicht schwer zu behaupten, daß der Republicanismus und Radicalismus seine letzte Wurzel in der „Feindschaft gegen Gott und seine Kirche" habe und daß jene Kräfte mithin allein durch den Anschluß an diese Kirche besiegt werden könnten. Auf römischem Boden aber verstand sich von selbst, daß Gottes Kirche nur die römisch-katholische war. Sie allein war consequent in Verfassung und Lehre und pactirte nicht wie alle anderen mehr oder weniger mit der menschlichen Vernunft: sie war am weitesten von Demjenigen entfernt, was die kirchliche Reactionspartei damals mit dem sinnlosesten und armseligsten ihrer Schlagwörter den Subjectivismus nannte. Die römische Kirche erkannte die Gunst der Zeiten wohl; aufs Trotzigste stellte sie die Ansprüche ihres Universalstaates den Grund- und Lebensbedingungen der Nationalstaaten entgegen: und gleichsam zur Probe was man in so angenehmer Zeit dem vernunftstolzen Jahrhundert bieten könne, berief Papst Pius im Jahre 1854 die Bischöfe der Christenheit nach Rom und definirte in Gegenwart einer hinreichenden Anzahl derselben die unbefleckte Empfängniß der Jungfrau Maria als Lehre der Kirche. Das Dogma ward am 8. December 1854 verkündigt. Man beachtete hier nicht, daß diese Lehre seither eine bestreitbare und auch von bedeutenden Kirchenlehrern bestrittene Schulmeinung gewesen war; die scharfsinnige Bemerkung, die ein großer deutscher Theolog (Schleiermacher)*) über diese seltsame Verirrung längst gemacht, daß sie nämlich ein anderes Dogma, die Lehre von der Erbsünde, rückwärts auflöse, weil die sündlose Empfängniß der Maria, wenn sie etwas helfen solle, auch die sündlose Empfängniß ihrer Mutter und so ferner voraussetze, fand natürlich, da sie aus dem Lager des Protestantismus und der gesunden Vernunft kam, hier keine Stätte. Pius IX. glaubte sehr aufrichtig, der Mutter Gottes, der er seine Rettung aus den Händen der Revolution verdankte, diesen Zoll der Dankbarkeit schuldig zu sein. Ein französischer Abbé, welcher, der kirchlichen Disciplin vergessend, kam um seinen Protest gegen diese Lehre in Rom selbst niederzulegen, wurde von der geistlichen Polizei aus der heiligen Stadt ausgewiesen; die Bischöfe feierten allenthalben die Verkündung des Dogmas mit allerlei Festlichkeiten. Es fand wenig Widerspruch,

*) Der christliche Glaube, Bd. 2, S. 73 f.

da es eine für das christliche Leben an sich völlig bedeutungslose Spitzfindigkeit betraf und da unter dem gebildeteren Theile der Katholiken Viele auf demselben Standpunkte standen, den einst Moritz von Oranien bei dem Streite über die Lehre von der Prädestination mit den Worten bezeichnet hatte, daß er nicht wisse ob sie, die Prädestination, grau oder blau sei; sie fanden deshalb nicht für nöthig, sich für oder gegen das neue Dogma zu erhitzen; die große Masse aber legte es ziemlich gleichgültig zu dem Uebrigen, was sie zu glauben meinte. Dagegen bewiesen einige gekrönte Häupter dem Papst und seinem neuen Dogma ihre Höflichkeit und der Kaiser von Oestreich schenkte dem Papste zu dem Monumente, welches in Rom zu Ehren der unbefleckten Empfängniß errichtet werden sollte, 250,000 Frcs. Die scheinbaren Fortschritte, welche der Katholicismus oder, richtiger gesagt, die Ausartung, welcher die an sich großartige Idee einer allgemeinen christlichen Kirche unter der Leitung des mit neuer Macht um sich greifenden Jesuitismus verfiel, gehören der Geschichte der einzelnen Staaten an, in deren Leben sie in den nächsten Jahrzehnten eine nicht unwichtige Rolle spielten.

Die weltlichen Angelegenheiten des Kirchenstaates, die sich freilich zum großen Schaden der Bevölkerung stets mit diesen allgemeinen katholisch-kirchlichen verflochten, standen unter der Leitung des Cardinal-Staatssecretärs Jacob Antonelli, der, im Jahre 1806 in niedrigen Verhältnissen geboren, in hohem Maße jene Vereinigung unbeugsamer Härte und gefügiger Geschmeidigkeit besaß, durch welche man auf diesem Boden emporkommt und der nun der weichen Seele Pius' IX., dem er sich unentbehrlich zu machen gewußt hatte, seinen männlicheren Ehrgeiz einhauchte, — einen Ehrgeiz, der auf die alten Ziele der römischen Hierarchie, die Universalherrschaft des Priesterthums gerichtet war. Die Zustände blieben wie sie immer waren: päpstliche Räuberbanden oder Truppenkörper die von solchen nicht viel verschieden waren, aus Gensdarmen und amnestirten Banditen gebildet, mußten aufgeboten werden, um die ächten im Zaume zu halten; die ganze Verwaltung war ein im Namen der Kirche und von ihren Organen mit Unterdrückung aller localen Selbstverwaltung geübtes Aussaugesystem, welches für die Almosen, mit denen die Kirchen und Klöster die Masse der Bevölkerung in Abhängigkeit hielten, die nöthigen Bettler lieferte. Von Reformen konnte in dieser Zeit umsoweniger die Rede sein, als jetzt auch Frankreich die Verwaltung des Kirchenstaates ganz vortrefflich fand und französische Gesandte jene Mißbräuche, die einst dem jetzigen Kaiser der Franzosen den Brief an den Obersten Ney entlockt hatten, als bloße Mißverständnisse oder verleumderische Entstellungen italienischer Eigenthümlichkeiten bezeichneten.

Ganz so schlimm, wie im Kirchenstaate, wo man — von den zahlreichen Hingerichteten zu schweigen — in der Mitte der fünfziger Jahre 13,000 politische Gefangene neben 19,000 politischen Flüchtlingen zählen zu können glaubte, war es selbst in Neapel nicht, obgleich auch hier nicht wenige Generale, ehemalige Minister oder Deputirte in den Bagnos lagen, wo sich der grausame Witz des harten Despoten darin gefiel, sie mit Dieben und Mördern zusammenzusperren. Aus Toscana zogen im Mai 1855 die Oestreicher ab: die freiere Bewegung, die damit möglich wurde, ward aber von der großherzoglichen Regierung nicht weiter benutzt, weder nach der guten noch nach der schlimmen Seite. Die Nationalgesinnten hofften auf irgend einen Umschwung der Zukunft, die Clericalen beuteten die Gegenwart aus, der Großherzog und sein Minister Baldasseroni lavirten zwischen beiden Parteien. In Parma bewies ein furchtbares Ereigniß, wie wenig der scheinbaren Ruhe zu trauen war: am 26. März 1854 wurde der Herzog Karl III. in der Nähe des Schlosses inmitten vieler Zuschauer erdolcht. Fünf Tage später erlag der mit der Untersuchung des Mordes beauftragte Richter demselben Geschicke: der Mörder blieb unentdeckt. Des Herzogs Wittwe übernahm die Regentschaft und hoffte durch milde Maßregeln ihrem Sohne die Herrschaft zu erhalten; im Gegensatz zu dem Herzog Franz V. von Modena, in dessen Lande ein patriarchalisches Prügelregiment geübt wurde. Da der Herzog kinderlos war, so mußte man darauf gefaßt sein, das Herzogthum nach seinem Tode an Oestreich fallen zu sehen, als dessen Eigenthum man die beiden Ländchen ohnehin anzusehen gewohnt war: es wäre nicht das Schlimmste gewesen, was dem Lande widerfahren konnte.

Was die östreichischen Provinzen betrifft, so versuchte man in Wien, nachdem über die letzten Ereignisse einiges Gras gewachsen war, aus dem Kriegszustande in den Friedenszustand überzugehen. Der Kaiser erschien Ende December 1856 mit seiner jungen Gemahlin im Lande; zuerst in Venedig, am 15. Januar 1857 in Mailand, wo sie bis Anfang März verweilten. Sie hatten sich über den Empfang nicht zu beklagen, wenn auch der Jubel so groß nicht war, wie die Correspondenten einiger deutschen Zeitungen, die sich von den Brosamen des herrschaftlichen Tisches nährten, ihn darstellten. Der Kaiser erließ am 25. Januar einen Generalpardon für Alle, welche wegen hochverrätherischer Handlungen, Störung der öffentlichen Ruhe u. s. w. in Untersuchung oder in Haft waren, versetzte den 91jährigen Radetzky auf seine Bitte in den Ruhestand und ernannte den Erzherzog Maximilian, seinen Bruder, dessen hochstrebende ideal angelegte Jugendkraft einem dunkeln Verhängnisse aufgespart war, zum Generalgouverneur des lombardo-venetianischen Königreichs und zu dessen Generalcommandan-

ten den gutmüthigen und gastfreien Giulay. Der Kaiser benahm sich überall muthig, würdig und verständig: und noch ein weiteres Moment kam hinzu, welches ein besseres Verständniß hoffen ließ. In Folge des mit der Curie abgeschlossenen Concordates, das für den Kaiserstaat so verhängnißvoll werden sollte, schwoll den hohen Geistlichen, dem Erzbischofe von Mailand, dem Bischofe von Brescia und Anderen dergestalt der Kamm, daß sie in die Hoheitsrechte des Staates eingriffen und der Erzbischof von Mailand z. B. allen Buchhändlern und Buchdruckern auf eigene Hand die Censur auferlegte: allen Buchhändlern oder Verlegern als Söhnen der Kirche liege das ob, Bücher und Manuscripte vor dem Druck oder Wiederdruck der kirchlichen Revision zu unterbreiten: gegen Zuwiderhandelnde würde der Bischof das Verbot des betreffenden Buchs bei der Regierung beantragen. Dieß ging denn selbst der kaiserlichen Regierung über den Spaß; sie hätte daraus sehen können, daß die Geistlichkeit nicht blos das Charisma der Gesetzgebung, sondern auch der Gesetzauslegung und, wenn es mit dieser nicht geht, auch der offenen Gesetzverletzung sich vindicirt.

Große Hoffnungen durfte man gleichwohl auf jene flüchtige Scheinversöhnung nicht bauen. Unerträgliches war auf diesem Boden geschehen, das sich nicht vergeben noch vergessen ließ. In ewigem Zirkel rief der Haß die Unterdrückung und die Unterdrückung den Haß hervor; wer in Mailand das Theater betrat, sah in der ersten Reihe der Parketplätze die östreichischen Officiere, mit denen nirgends und niemals die Bevölkerung sich mischte: an jeder Seite der Bühne gewahrte er den Gränzer mit schußbereitem Gewehr. Die Nationalgesinnten duldeten was sie nicht ändern, sie nahmen mit was sie bekommen konnten; ihre wahre Gesinnung änderte nicht die böse und nicht die gute Stunde. Ihre wirkliche Heimath war drüben über dem Tessin, wo man unablässig für eine neue Entscheidung rüstete.

Das Königreich Sardinien war nach dem Frieden von 1849 und den Ereignissen, welche demselben unmittelbar folgten, in einer überaus schwierigen Lage. Die Reaction war auf dem ganzen Continente siegreich; es war kein kleiner Entschluß, den man hier faßte: neben England der einzige ehrlich-liberale und constitutionelle Staat in Europa zu bleiben. Nach der Schlacht von Novara übernahm ein aufrichtiger und einsichtiger Patriot, der Marchese Massimo d'Azeglio (geb. 1798), den Vorsitz im piemontesischen Ministerium. Der Staat war durch den unglücklichen Krieg in eine schwierige Finanzlage gebracht worden und die radicalen Tollhäusler, die sich in das Unabwendbare nicht fügen wollten, bedrohten jeden Augenblick durch irgend einen wahnsinnigen Streich die Ordnung und den Frieden, welche doch eine unumgängliche Nothwendigkeit waren und vermehr-

ten die Verlegenheiten der Regierung. Der König selbst, ein guter Soldat, ehrlich, von gesundem Verstande, aber sonst von sehr gewöhnlichen Fähigkeiten, überließ die Regierung gerne klügeren Männern, um sich einstweilen, bis man seiner bedürfe, auf seine Weise zu unterhalten. Die leitenden Männer, d'Azeglio, Siccardi u. A. erkannten, daß man keinen Augenblick der Friedenszeit ungenutzt verstreichen lassen dürfe, um in der Stunde der Gefahr, von welcher Jedermann wußte, daß sie wiederkommen würde und Niemand wußte, wann sie wiederkam, als ein nicht blos militärisch gerüsteter, sondern auch innerlich gesunder Staat dazustehen. Die Verfassung wurde als unverbrüchliche Grundlage festgehalten und es gelang, eine Kammer mit besonnener Mehrheit zu Stande zu bringen. Dieser Versammlung, welche der harten Wirklichkeit Rechnung trug und den Friedensvertrag mit Oestreich ohne weitere Redensarten 130 gegen 17 Stimmen genehmigte, wurden im Februar 1850 einige Gesetze vorgelegt, welche die Geistlichen in Civil- und Criminalsachen vor das bürgerliche Gericht wiesen, Arbeit nur an den höheren Feiertagen untersagten, Erwerbung von Grundeigenthum und Annahme von Schenkungen für die geistlichen Corporationen an die Genehmigung der Regierung knüpften: vortreffliche Gesetze, bestimmt, den klerikalen Uebermuth auch hier, wo er breit im Neste saß, zu brechen. Unter den Rednern, welche in der zweiten Kammer für diese Vorlage auftraten, machte sich der Graf Camillo Benso di Cavour bemerklich, der bald den richtigen Platz am Steuerruder seines Staates einnehmen sollte. Am 10. August 1810 als der Sohn eines altadeligen Hauses zu Turin geboren, begann er seine Laufbahn als Officier, warf sich dann auf die Landwirthschaft, trat als Journalist dem Radicalismus entgegen und machte, unabhängig durch Reichthum, Charakter, Kenntnisse, von einem mächtigen Ehrgeize vorwärtsgetrieben, in jedem Kreise, in den ihn die rasch wechselnden Verhältnisse führten, seine persönliche Ueberlegenheit geltend. Die Lage Italiens und seines engern Vaterlandes, hoffnungsreich und gefährlich zugleich, gab dieser wie so mancher andern edlen Kraft einen höheren Schwung und zeigte ihr große Ziele; niemals war Italien an Hochbegabungen reicher als in dieser Zeit. Mit 130 gegen 27 Stimmen wurde diese Gesetzvorlage, die Siccardi'schen Gesetze nach dem Minister, der sie vorgelegt, genannt, angenommen (9. März): die Minorität setzte sich aus Radicalen, welche glaubten, daß man Papst und Clerus und eine Jahrtausende alte Kirche mit Einem Male in die Luft sprengen könne, und aus den Ultramontanen zusammen. Im Sinne der Letzteren protestirte am 18. März der päpstliche Nuntius gegen diese „Erniedrigung des Priesterthums" und reiste ab; der Erzbischof von Turin, Fransoni, ging weiter und untersagte seinen Prie-

stern, einer gerichtlichen Vorladung Folge zu leisten; man wußte dem Gesetze aber Achtung zu verschaffen und ließ den hochmüthigen Prälaten eine Gefängnißstrafe auf der Citadelle von Turin absitzen. Vergebens strengte dießmal die Partei ihre Kräfte an, machte, während sie ihrer Gewohnheit nach über unerträglichen Druck klagte, den zügellosesten Gebrauch von der verfassungsmäßigen Preßfreiheit und peinigte, ebenso konsequent wie barbarisch, Solche, welche den Siccardi'schen Gesetzen zugestimmt hatten, mit Verweigerung der Sacramente in der Sterbestunde: so den Minister Santa Rosa, an dessen Stelle 11. October 1850 Cavour die beiden Ministerien des Ackerbaues und des Handels übernahm.

In ihm war der rechte Mann für die Schöpfung des italienischen Nationalstaates gefunden. Er erkannte dieß als seine Lebensaufgabe, und dieses Bewußtsein verdoppelte ihm die gewaltige Kraft, mit welcher die Natur ihn ausgerüstet hatte; zugleich gab er der Welt den Beweis, daß ein bedeutender Mann mit den Mitteln des parlamentarischen Staates weit mächtiger ist, als er es in einem absolut-regierten sein könnte. Anders als der blinde Radicalismus und der flache Liberalismus wußte er die religiösen Kräfte nach ihrem wahren Werthe zu schätzen; mit der ultramontanen Partei aber und ihrem Standpunkte war er fertig: „der gefährlichste Feind der Menschheit ist der Ultramontanismus" hatte er schon 1842 geschrieben. Die Schmähungen der Partei berührten ihn wenig. Dem Italiener imponirt der Ultramontanismus ohnehin weniger, da die Werkstätte, wo derselbe seine Blitze schmiedet, für ihn diesseits der Berge liegt. Im April 1851 übernahm Cavour, der über eine riesige Arbeitskraft verfügte — wie die Staatsmänner im alten Rom empfing er seine Besuche am frühesten Morgen — noch ein drittes Ministerium, die Finanzen, und er erkannte richtig, daß es gegen die unglücklichen Nachwirkungen des letzten Krieges, wie für die unerläßlichen Forderungen, welche diesem Staat seine hohe nationale Aufgabe stellte, nur Ein Mittel gab — die Steigerung der Steuerkräfte des Landes durch Befreiung der Arbeit. Eine Reihe von Handelsverträgen, die er zu Stande brachte, bildete so sein erstes Verdienst. In einer Reihe trefflicher Reden erläuterte er seine freisinnige Handelspolitik, die ihm durch widrige Naturereignisse, Mißwachs, Traubenkrankheit, Krankheit der Seidenwürmer ungewöhnlich erschwert wurde. Im Jahre 1848 hatte das Land 18, im Jahre 1854 schon 420 Kilometer Eisenbahn. Durch diese Politik näherte sich Piemont besonders England: eine werthvolle Freundschaft, wenn ihre Früchte auch langsam reiften und nur vorbereitend, nicht entscheidend wirkten. Selbst mit Oestreich kam ein Handelsvertrag zu Stande, da Cavour verständig und hochgesinnt genug war, einzusehen,

daß das Leben der Völker nicht ganz aus Politik besteht, sondern große und weite Gebiete vorhanden sind, auf denen sich auch solche vertragen können, welche die Politik zu Feinden macht: — ganz abgesehen davon, daß vielleicht doch einmal eine Zeit kam in raschem Wechsel der menschlichen Dinge, wo Oestreich und Italien nicht mehr natürliche Feinde zu sein brauchten. Mit großem Geschick steuerte so die Regierung, von zwei ausgezeichneten Männern geleitet, durch ein Meer von Gefahren. Als sie es unternahmen, an den kirchlichen Finanzmißbräuchen zu rühren — im Königreich kam auf 227 Seelen ein Cleriker, auf 146,000 ein Bischof; in Belgien und Oestreich Ein Cleriker auf 500 Seelen, und den 36 Bischöfen und 6 Erzbischöfen Piemonts hatte Belgien bei einer Bevölkerung von beinahe gleicher Zahl nur 6 Bischöfe gegenüberzustellen — da erneuerte sich das Wuthgeschrei des hohen Clerus, welches die minder lauten Klagen des schlecht bezahlten niederen Clerus, dem Cavour auf Kosten jenes gemeinschädlichen Ueberflusses aufgeholfen wissen wollte, übertönte. Als nach dem französischen Staatsstreiche, welcher durch die Verbindung Napoleon's mit den Ultramontanen die Sache Piemonts und Italiens mit neuen Gefahren bedrohte, die Regierung mit verständiger Voraussicht, um nicht in die Lage zu kommen, fremdem Drucke nachzukommen, Ende 1851 ein Gesetz wider maßlose Zeitungsangriffe gegen die Person fremder Fürsten einbrachte: da schrie man auf der Linken über Verrath an der Freiheit; mit Geschick, im rechten Augenblicke, wußte Cavour die gemäßigteren Elemente von rechts und links um sich zu sammeln. So in der Preßfrage Rattazzi und seine Genossen vom linken Centrum gegen Menabrea und die Rechte, welcher Cavour früher selbst nahe gestanden hatte, indem er klug und verständlich erklärte, daß die Regierung in inneren Fragen niemals die verfassungsmäßige Preßfreiheit schmälern lassen werde. Den einzelnen parlamentarischen Verbindungen und Constellationen braucht unsere Geschichte nicht zu folgen. Mehr und mehr und mit steigendem Erfolge bemächtigte sich Cavour der alleinigen Leitung — und von der anderen Seite gereichte es den Parteien der Kammer zum Ruhme, daß sie mehr und mehr der Leitung des großen Staatsmannes sich vertrauten: namentlich die Rechte, die Conservativen, erhoben sich dazu, „in der Regierung nicht eine Partei, sondern die Nation zu sehen": was so kurz nach dem Chaos von 1848 alle Anerkennung verdiente. Die Verbindung Azeglio's mit Cavour löste sich im Jahre 1852 aus Anlaß der Wahl Rattazzi's zum Präsidenten der Kammer, und Cavour trat aus dem Ministerium, das im Uebrigen seine Bahn einhielt und fortfuhr zwischen rechts und links, langsam aber entschieden und ohne Hintergedanken vorwärts zu steuern. Die Regierung bewies dieß in der Regelung der gesetzlichen Form der Ehe=

schließung, die im Juni und Juli dieses Jahres heftige Kammerdebatten hervorrief. Das Gesetz verfügte, daß der kirchlichen Trauung binnen 24 Stunden die bürgerliche Registrirung folgen müsse und gestattete bei Weigerung der Trauung durch den Priester die sogenannte Nothcivilehe: es ward angenommen, trotz des Aergers der Curie, die indeß in Frankreich ja sogar die obligatorische Civilehe sich hatte gefallen lassen und nicht daran gestorben war. Im October desselben Jahres entsagte Azeglio, dessen Gesundheit längst erschöpft war, seinem Posten und trat in eine ehrenvolle Armuth zurück. Er selbst empfahl dem Könige Cavour, in welchem Victor Emanuel selbst, der ein richtiges Urtheil besaß, früh den Mann der Zukunft erkannt hatte. Victor Emanuel, dem Cavour persönlich unbequem war, wollte eine Aussöhnung mit der Curie, vor deren Blitzen er bangte, während Jener erklärte, daß er deren Anmaßungen nicht nachgeben werde: er beauftragte einen Conservativen, Balbo, mit der Bildung eines Cabinets: da dieses nicht zu Stande kam, so entschloß er sich doch zu Cavour. Am 4. November 1852 trat dieser an die Spitze der neuen Verwaltung.

Ein kühner Schritt, da dieses Ministerium Napoleon nicht für sich, Oestreich und die gesammte europäische Reaction sammt dem Papste gegen sich hatte. Oestreich in seiner thörichten Wuth rächte sich durch ein barbarisches Decret, welches ein Mazzinistisches Attentat benutzte, um Beschlag auf die Güter der lombardischen Ausgewanderten zu legen (13. Februar 1853). Cavour nahm den Kampf auf. Ruhig und muthig ergriff er das Wort, schon im Namen der italienischen Nation, und legte in einer Denkschrift an die Großmächte diesen niederträchtigen Racheact klar, der ohne irgend welchen gerichtlichen Beweis die Emigrirten insgesammt entgelten ließ, was der kleine Bruchtheil einer extremen Partei verbrochen hatte. Noch war es nicht Zeit, die Waffen zu ergreifen; es war kühn genug, daß man den Gesandten von Wien abrief; aufs Neue aber ward, besonders durch die englische Presse, der europäischen Welt klar gemacht, welche schlechte Sache Oestreich in Italien führte. Napoleon verhielt sich kalt, er konnte mit den Clerikalen nicht brechen, deren Sache Oestreich zu der seinigen gemacht hatte. Und auch in Piemont selbst war der Clerus noch sehr mächtig; dieß, neben den Finanzen, welche an die Opferfähigkeit des italienischen Zukunftsstaates die stärksten Anforderungen stellten, bildete Cavour's Hauptschwierigkeit. Eines wie das Andere drängte ihn zur Brechung des clericalen Einflusses: massenhafte Petitionen aus dem Lande verlangten Aufhebung der Klöster, Verminderung der Bisthümer, Einziehung der Kirchengüter. Cavour wußte auch hier zu mäßigen; er eignete sich nur das Unumgängliche an, stand für die Sache der Billigkeit, die Verbesserung der Besoldungen der Pfarrer z. B. ein, ließ sich aber bei diesem

Unumgänglichen weder durch Excommunications- noch Interventionsdrohungen schrecken: man bekämpfte Oestreich, indem man Rom bekämpfte. Durch ein Gesetz vom Februar 1855 wurden 334 Ordenshäuser mit 4280 männlichen und 1100 weiblichen Insassen aufgehoben, während noch immer, zum Beweise wie hoch vonnöthen das Gesetz gewesen, 22 Orden mit 264 Häusern und 40,000 Köpfen bestehen blieben. Der Papst sprach, noch ohne Nennung des Namens, die Excommunication über die Urheber und Vollstrecker dieses Gesetzes aus.

Inzwischen bot sich durch die mittlerweile eingetretene europäische Verwickelung, den russisch-türkischen Krieg und die Allianz der Westmächte, eine günstige Gelegenheit, die Lage Piemonts wesentlich zu verbessern. Alle die Jahre her hatte der wackere Staat, ein einsamer Nachen auf feindlichem Meere, unter ungünstigem Winde, überladen, aber nicht leck, und von gesundem Holze, den Gefahren getrotzt; mit Sorgen hatten, die ihn steuerten, die Zeichen des Himmels beobachtet. Jetzt fing der Wind, bisher feindlich, kaum merkbar an, sich zu drehen. Der große Staatsmann stellte, ohne daß Jedermann seine Bewegungen sofort verstand, die Segel zurecht, um ihn einzufangen. England fühlte das Ungenügende seiner Landmacht und wendete sich daher seinem alten Subsidiensysteme zu. Am 26. Januar 1855, sahen wir, trat Sardinien dem englisch-französischen Bündnisse zur Erhaltung der Integrität der Türkei bei, die ja in der That auch ein italienisches Interesse war: seine Truppen betheiligten sich bei den Kämpfen um Sebastopol.

Diese Allianz war ein kühner, ein zugleich genialer und wohlüberlegter Gedanke. Die Kämpfe an der Seite der englischen und französischen Truppen hoben das Selbstgefühl der Soldaten, welches durch die Niederlage im Unabhängigkeitskriege gelitten hatte, und sie bildeten für Diejenigen, welche die Expedition mitmachten — es waren mehr, als vertragsmäßig bedungen war — eine vortreffliche Schule; dieß Waffenbündniß verpflichtete die Westmächte, namentlich England, in einem Zeitpunkte, wo diese Allianz — die erste, zu welcher ein Staat vom zweiten Range sich entschloß — einen hohen Werth hatte, und es war zugleich ein guter Schachzug gegen Oestreich, dessen halbe, zögernde und fast zweideutige Politik dadurch in einem um so ungünstigeren Lichte erschien. Vor Allem aber: Cavour erwarb sich dadurch das Recht und die Gelegenheit, zum äußersten Verdrusse Oestreichs, an dem Friedenscongresse in Paris Theil zu nehmen, und in einer der Sitzungen, welche dem eigentlichen Friedenswerke folgten, die Lage Italiens, die Besetzung der römischen Staaten durch östreichische und, setzte man Anstands halber hinzu, französische Truppen zur Sprache zu bringen. Diese Forderungen zu pariren, war für den östreichischen Gesandten nicht schwer; noch kam man nicht weiter als zu bitteren Worten, wie

z. B. Lord Clarendon die päpstliche Regierung eine Schmach für Europa nannte: die Hauptsache war, daß England und der Kaiser Napoleon für den Gedanken gewonnen waren, es müsse etwas für Italien geschehen. England freilich hielt sich nach seiner Weise — ein thätiger Beistand war von dorther kaum zu erwarten, und der Kaiser Napoleon war, obwohl entschlossen, doch langsam zur That, wartete, überlegte — noch ohne greifbaren Erfolg kehrte Cavour vom Congresse zurück: er machte sich darauf gefaßt, vom Amte zu treten. Allein die Kammer verstand ihn und der italienische Scharfsinn erkannte wohl, was erreicht war: Cavour hatte bei der Conferenz nicht mehr als piemontesischer, sondern er hatte bereits als italienischer Gesandter gesprochen. Piemont hatte Alliirte oder war im Begriffe, solche zu finden, während Oestreich sich durch seine Politik im Krimkriege völlig isolirt und außerdem in Rußland einen Todfeind aufgeladen hatte.

Zwischen Oestreich und Piemont war keine Versöhnung möglich und fast gefiel sich Cavour in der Rolle, den „plumpen Stier" zu reizen, ihm, wie in Spanien bei den Stiergefechten geschieht, bald da bald dort kleine Brandpfeile zu stecken, um seinen Grimm zu stacheln. Der östreichische Minister, Graf Buol-Schauenstein, diesem Gegner wenig gewachsen, machte seinem Groll in einer Note Luft (6. Mai), in welcher das alte und Eine Lied der geistesarmen Macht von „den Staatsmännern, die sich nicht scheuten an die Leidenschaften und die Mächte der Zerstörung zu appelliren", zum Ueberdrusse wiederholt war. Die Stimmung in Italien hob sich; es war offenbar, die reactionäre Hochfluth hatte ihre Gränze erreicht und begann zu ebben; allenthalben fingen die liberalen Kräfte wieder an, sich vom Boden zu erheben. Der Gedanke, um Piemont und die savoyische Dynastie sich zu sammeln und auf diesem Wege, nicht durch ziellose revolutionäre Anläufe nach den Eingebungen des alten Schadenstifters Mazzini die Unabhängigkeit und Einigung Italiens zu suchen, machte sichtbare Fortschritte selbst im Lager der bisherigen Radicalen. Der Exdictator von Venedig, Manin, der in Paris als Sprachlehrer das kümmerliche Brod der Verbannung aß, und ebenso der ehrliche, ehrenwerthe Garibaldi, der einzusehen begann, daß man nicht mit Freischaaren eine Armee wie die östreichische brechen könne, mit ihm viele Andere befreundeten sich mit diesem Wege, wogegen freilich manche Verbissene, eben wie einige Jahre später auch in Preußen geschah, murrten, daß die Freiheit dem Militarismus geopfert werde. Im August 1857 gewann dieser Gedanke der Einigung Italiens unter den Auspicien Piemonts bestimmtere Gestalt durch die Gründung des italienischen Nationalvereins, der bald die trefflichsten Männer Italiens in seinen Reihen zählte und der insofern einen großen und nicht blos für Italien bedeutungsvollen Fortschritt

darstellte, als er keine Carbonaria mit heimlichen Zusammenkünften und mysteriösen Symbolen war, sondern offen und am hellen Tage mit den ehrlichen Mitteln der Presse und der öffentlichen Rede wirkte. Der König Victor Emanuel war mit seinem Gedanken einverstanden: wenn es Zeit sei, möge man ihn rufen — denn die Berathungen waren seine Sache nicht. Alle Kräfte wußte sein großer Minister nach dem Einen Ziele zu lenken, wie er denn mit Rußland wieder ins beste Vernehmen trat. Nicht umsonst machten die östreichischen Blätter und die scheinbar unabhängigen deutschen Zeitungen, die es mit Oestreich hielten, einen so gewaltigen Lärm, als Piemont einiges Land bei Villa franca in der Nähe von Nizza zum Zweck der Anlegung einer Kohlenstation pachtweise an Rußland abtrat: und man bemerkte es sehr, daß die russischen Großfürsten bei einer Reise zur Kaiserin-Wittwe, die im Curort Nizza sich aufhielt, dem Könige Victor Emanuel einen Besuch machten, nicht aber dem Kaiser Franz Joseph, der eben in Mailand verweilte und also so leicht zu erreichen gewesen wäre. Er erneuerte überdieß den Versuch, die italienischen Fürsten zu einer nationalen Politik zu bestimmen; bei Ferdinand von Neapel, sogar beim Papste pochte er an, aber freilich ohne Erfolg. Immer schärfer wurden die Noten, die er mit Oestreich wechselte. Er gab sich kaum mehr die Mühe, zu verbergen, daß er auf den Krieg lossteure. Im März 1857 riefen beide Staaten ihre Geschäftsträger ab; im gleichen Jahre verlangte Cavour vom Parlamente die Mittel, die Festung Alessandria — sie erinnerte an die Kämpfe früherer Jahrhunderte gegen die „Tedeschi" — wieder aufzurichten und auszubauen, indem er sich darauf berief, daß die Oestreicher Piacenza, das ihnen nicht einmal gehörte, ebenfalls zu einem starken Bollwerk machten. Eine nationale Subscription, von Manin angeregt, sollte ein Geschenk von 100 Kanonen für die nationale Festung zusammenbringen.

Mit leichter Mühe wurden so die Erfolge der Reise des östreichischen Kaisers in seine italienischen Provinzen, dürftig wie sie waren, vereitelt. Gefährlicher als diese Reise schien für Cavour's Politik das Attentat Orsini's, welches nothwendig, so glaubte man fest, den Kaiser von Frankreich den italienischen Nationalitätsbestrebungen abgeneigt machen mußte: was vielleicht logischer war, als die furchtbare Knechtung Frankreichs, das dießmal zu dem Attentate nichts als den Boden und die unschuldigen Opfer geliefert hatte. Allein zu früh jubelte man im östreichischen Lager. Louis Napoleon war weniger von Stimmungen abhängig, als Fürsten, die im Purpur geboren, von Schmeichlern oder befangenen Menschen umgeben, schwerer dazu gelangen, die Wirklichkeit der Dinge unbefangen kennen zu lernen: er kannte Italien und hatte eine Zeitlang selbst in der Atmosphäre gelebt, in welcher jene

verzweifelten Anschläge zu reifen pflegen. So war die Wirkung des Attentates vielmehr die entgegengesetzte. Die ganze Haltung des Verbrechers, wie die Motive, aus denen die That entsprungen war, machten ihm einen tiefen Eindruck: „ich gehe zum Tode mit dem Troste, daß Ew. Majestät von wahrhaft italienischen Gesinnungen beseelt sind" lautete das Schlußwort des Briefes, den Orsini zwei Tage vor der Hinrichtung schrieb und seiner Veröffentlichung wurde kein Hinderniß in den Weg gelegt. Cavour seinerseits kam geschickt zu Hülfe, indem er einen Gesetzentwurf einbrachte und durchsetzte, der die Presse, sofern sie den Fürstenmord predige, nicht vor die Geschworenen sondern vor die ordentlichen Gerichte wies; zugleich instruirte er die piemontesischen Gesandten, die Höfe, bei denen sie beglaubigt seien, darauf hinzuweisen, wie das Attentat aufs Neue zeige, daß das Motiv entfernt werden müsse, welches überspannte Köpfe zu solchen Verbrechen stachle. Im Sommer 1857 fanden Neuwahlen zur Kammer statt. Vergebens setzten die Clericalen Himmel und Hölle in Bewegung, stellten die Krankheit der Seidenraupen und der Reben und die Ueberschwemmungen jenes Jahres als unzweifelhafte Zeichen des göttlichen Zornes dar; sie erlangten dennoch nur 40 Stimmen gegen 58 Ministerielle, denen sich die 26 Radicalen in allen Hauptfragen anschlossen. Allerdings war die innere Lage ernst wie die äußere, da das kleine Land — fünf Millionen Seelen nach der Zählung von 1857 — auf die Dauer schwer an den Lasten trug, welche die nationale Aufgabe, die militärischen Rüstungen, die mit immer steigendem Nachdrucke betrieben wurden, ihm auferlegten. Doch konnte Cavour andererseits auch große Erfolge seines volkswirthschaftlichen Systems aufzeigen. Die Industrie hatte sich gehoben; die Arbeitslöhne waren gestiegen; einige nothwendige Lebensbedürfnisse, Kleidungsstoffe, Salz, Brod waren wohlfeiler geworden.

Und unterdessen rückte auch der Gedanke eines Bündnisses mit Napoleon seiner Verwirklichung näher. Dasselbe war bedenklich, wie man sich nicht verhehlte: die Allianz war nicht umsonst zu haben. Sie kostete ein schweres Opfer, die Abtretung Savoyens, der Wiege des Königshauses, und dabei hatte Napoleon seinerseits nicht die Absicht, ein ganzes und großes Italien zu schaffen, sondern nur ein um die Lombardei, auch etwa Venetien, Modena, Parma vergrößertes Piemont, neben einem bequemen Staatenbunde, ähnlich dem deutschen, mit Erhaltung des Papstes, vielleicht mit einem Murat auf dem Throne Neapels, einem andern Napoleoniden in Toscana: aber immerhin: wenn nur erst die Oestreicher aus Italien verdrängt, ein vergrößertes Piemont geschaffen war. Im Juli 1858 erhielt Cavour eine Einladung nach dem Vogesenbade Plombières, wo die beiden Staatslenker ohne Zu=

ziehung weiterer Vertrauensmänner längere Unterredungen pflogen. Die Rollen wurden vertheilt und eine dynastische Verbindung ward gestiftet zwischen dem Vetter des Kaisers, dem Prinzen Napoleon und einer Tochter des Königs Victor Emanuel, der weniger spröde war als die übrigen legitimen Dynastien. Mit neuem Nachdruck trieb die piemontesische Presse zum Krieg, von dem nun die einflußreichsten Männer auch außerhalb der Regierung, wie Garibaldi, wußten, daß er unmittelbar bevorstand; deßgleichen warf sich die französische Presse ins Geschirr, um gegen die italienische Stellung Oestreichs zu Felde zu ziehen; am 1. Januar 1859 aber lüftete der Kaiser Napoleon selbst die Maske. „Ich bedaure sehr", sagte er beim Empfange des diplomatischen Corps, indem er sich zu dem östreichischen Gesandten, Baron Hübner, wandte — „ich bedaure sehr, daß unsere Beziehungen zu Ihrer Regierung nicht mehr so gut sind, wie früher; ich bitte Sie aber, dem Kaiser zu sagen, daß meine persönlichen Gefühle für ihn immer dieselben sind."

Dieß war der berühmte Neujahrsgruß von 1859, mit welchem der Kaiser Napoleon sich anschickte, entscheidend in das Schicksal Italiens einzugreifen und das kaiserliche Frankreich zunächst an die Spitze der Völker der „lateinischen Race," wie man dort die Romanen nennt, zu bringen.

4. Spanien, Portugal, Belgien.

Es ist vielleicht am Orte, sich zu vergegenwärtigen, wie es in dem Augenblicke, in welchem Ein Glied dieser romanischen Völkerfamilie, sein Schicksal kühn herausfordernd, eine Aera entscheidungsvoller Kämpfe begann, sonst in dem romanischen Theile Europas stand. Während die italische Halbinsel sich auf diese Kämpfe mit steigendem Ernste und wachsender Klarheit rüstete, verharrte die pyrenäische in einem Zustande, den man trotz Allem, was dort geschah, einen geschichtslosen zu nennen versucht ist. Auf den 8436 Quadratmeilen des spanischen Bodens lebten (nach der Zählung von 1849) beinahe 14 Millionen Einwohner, ihrer 1654 auf der Quadratmeile; seine außereuropäischen Besitzungen, im Jahre 1808 noch ein ganzer Welttheil, eine gewaltige Herrschaft von 310,000 Quadratmeilen, waren bis auf einen Rest von 5187 □Meilen abgeschmolzen und wie lange man diesen Rest würde behaupten können, war zweifelhaft; der Werth der Ausfuhr betrug um jene Zeit 58 Millionen jährlich, der der Einfuhr 71 Millionen, obgleich sich die Industrie etwas gehoben hatte. Dagegen aber war vom Boden des Landes nur etwa die Hälfte angebaut und übler noch stand es mit der Cultur der Menschen: nur etwa ein Viertel der schulbedürftigen Jugend genoß irgend welchen Unterricht. Die Zahlen, welche die kriege-

rischen Kräfte des Landes charakterisirten, hörten sich noch immer stattlich an: 132,000 Mann Landmacht, 179 Kriegsfahrzeuge, 125 Festungen (1853); aber an Dem, was wirklich Macht und Bedeutung der neueren Staaten bestimmt — dem selbstständigen Antheile am europäischen Geistesleben, welches im letzten Grunde auf der Reibung der religiösen Gegensätze beruht, war Spanien, wo man von diesem befruchtenden Gegensatze nichts wußte, im Vergleiche mit früheren Zeiten mehr und mehr zurückgegangen und verarmt.

Die Ereignisse dieses Zeitraumes sind bald erzählt. Am 17. Juli 1854 erhob sich das Volk von Madrid wieder einmal gegen die bestehende Regierung im Namen und für das Programm eines progressistischen Generals, Leopold O'Donnell, der einen Theil der Truppen für sich hatte. Repräsentativregierung, Decentralisation, Beseitigung der Camarilla, strenge Vollziehung und Verbesserung der Gesetze, Verringerung der Abgaben, Nationalgarde — das war dießmal das Programm der Bewegung, welche besonders gegen die Königin-Mutter Christine gerichtet war. Die Entlassung des Ministeriums des Grafen San Luis genügte nicht: die Menge rief nach dem Haupt und Helden des spanischen Liberalismus, Espartero, der aus seiner Zurückgezogenheit zu Logroño hervortrat und scheinbar in Gemeinschaft mit O'Donnell die Geschäfte in liberalem Sinne leitete. Die Königin Christine ihrerseits schlug abermals den Weg nach der Gränze ein. Aufs Neue griff man nun zu den Hausmitteln des Liberalismus, es gab verfassunggebende Cortes; man kam zu dem Papst in ein gespanntes Verhältniß, und am 23. April 1855 genehmigten die Cortes die Verkäuflichkeit der geistlichen Güter. Die Curie protestirte: auf sie machte es keinen Eindruck, daß die Regierung in einer Denkschrift (August 1855) nachwies, zum Ueberfluß, daß kein Land dem Uebermaß geistlichen Müßigganges größere Opfer bringe, als Spanien, daß in einzelnen Provinzen die Kosten für den Cultus den ganzen Steuerertrag überschritten. Die Königin widerstrebte, sanctionirte aber das Gesetz dennoch, das freilich wenig half, weil von irgend einer dauerhaften Regierung, welche den Gesetzen Nachdruck hätte geben können, in diesem Lande keine Rede war. Denn O'Donnell, ärgerlich, daß ihm der Preis der Empörung entgangen und er nur der Fußschemel zur Erhebung des populären Herzogs von Vittoria gewesen, conspirirte insgeheim gegen die Sache, der er öffentlich zu dienen sich den Anschein gab. Er benutzte seinen Einfluß als Kriegsminister, um Leute, die ihm ergeben waren, in die wichtigsten Stellen zu bringen, bearbeitete die Garnison von Madrid, wobei er von dem Titularkönig auf seine Weise unterstützt wurde, und führte, als er die Zeit gekommen glaubte, im Juli 1856 einen Streit im Ministerium herbei, welcher Espartero bewog,

seine Entlassung zu geben. Die Königin, geübt und geschult im Lügen, gab sich die Miene, als bedauere sie lebhaft diesen Schritt, gewährte aber die erbetene Demission und beauftragte O'Donnell mit der Bildung einer neuen Regierung. Dieser traf seine Maßregeln, verhängte über ganz Spanien unter nichtigen Vorwänden den Belagerungszustand (14. Juli), und da Espartero sich passiv verhielt, so wurden die vereinzelten Versuche, mit denen man in Madrid, Saragossa und anderwärts sich für die Sache der Progressisten erhob, leicht, obgleich nicht ohne Blutvergießen, vereitelt. Diese Vorgänge, so wenig sie irgend eine Wirkung auf das dauernde Wohlbefinden des Landes übten, kosteten doch ihre Opfer so gut wie jene Kämpfe um die Farben der Wagenlenker im Circus von Constantinopel: in dem Straßenkampfe zu Madrid am 16. Juli sollen die Truppen nicht weniger als 1764 Todte und Verwundete gehabt haben, die Nationalgarde deren 600. Das Blut floß ganz umsonst: auch O'Donnell hatte keinen andern Zweck, als den, sich selbst an die Spitze zu bringen, und der Hof seinerseits hatte sich mit ihm nur verbündet, um die Progressisten loszuwerden. Im August 1856 hob ein Decret die Nationalgarde in ganz Spanien auf, im September wurden die constituirenden Cortes aufgelöst und am 15. September ward die Verfassung vom 30. Mai 1845 durch königliches Decret wieder eingeführt. Aber es war an keine dauernde Verbindung zwischen O'Donnell und dem Hofe zu denken, da doch auch er aus dem liberalen Lager kam; bei seiner Partei hatte er sich durch seinen Verrath in Mißgunst und Mißachtung gebracht, und so war sein Spiel bald zu Ende: schon im October desselben Jahres mußte er dem Haupte der Moderados, Narvaez, Herzog von Valencia, Platz machen. Vor Allem wurde nun das gute Verhältniß zum Papst hergestellt, an welchem der Königin des Heils ihrer Seele wegen, um die es allerdings nicht zum Besten stand, viel gelegen war; die Ankäufe geistlicher Güter wurden annullirt und das Sequester aufgehoben, welches auf die Güter der Königin Christine gelegt war. Dagegen hörte man April 1857, kurz nachdem eine Amnestie gegeben war, wieder von zahlreichen Verhaftungen in Madrid und anderen Städten, — gewöhnlichen Symptomen dafür, daß eine neue Schilderhebung sich vorbereite, und Ende Juni kam es auch wirklich zu einem Aufstande in Andalusien, der dießmal zur Abwechselung den socialistischen Charakter trug, und dessen Anführer, ein gewesener Hauptmann Caro, am 11. Juli mit 24 Anderen erschossen ward. Im October (1857) änderte sich dann die Scene abermals: Narvaez ward entlassen und ein gemäßigt liberales Ministerium ernannt, in welchem die Namen Martinez de la Rosa und Bermudez de Castro wieder auftauchen. Auch dieses fristete sein Leben nur bis zur Mitte Januar 1858. Die Dynastie selbst schien sich

zu befestigen durch die Geburt eines Prinzen von Asturien (November 1857); sie kam wenigstens Einzelnen zu Gute, da bei seiner Taufe eine Amnestie verkündigt wurde.

Die Geschichte Portugals entbehrt selbst desjenigen Grades von Interesse, auf welchen Spanien vermöge seines Umfanges, seiner Bevölkerungszahl und seiner Vergangenheit noch immer einigen Anspruch hat. Das portugiesische Land bildet, geographisch betrachtet, einen Theil von Spanien; es ist das Mündungsland seiner großen Ströme, sein Gestadeland am atlantischen Ocean, den es auf einer Linie von 106 Meilen berührt, während es nirgends über 40 Stunden weit ins Innere der Halbinsel sich erstreckt, so daß auf je 14 □Meilen Flächeninhalt eine Meile Küste kommt: gleichwohl hat das kleinere Land mit aller Zähigkeit dem siebenmal größeren gegenüber seine Selbstständigkeit festgehalten. Sein Territorialumfang beträgt 1609 □Meilen; die Bevölkerung, etwas dichter gedrängt als die Spaniens, belief sich im Jahre 1850 auf 3,471,000 Seelen, 2095 auf die □Meile. Von seiner Bodenfläche dagegen waren, ein noch ungünstigeres Verhältniß als in Spanien, zwei Drittel unangebaut; Ackerbau, Viehzucht, Bergbau gleich sehr vernachlässigt; am meisten vernachlässigt der Volksunterricht, dessen sich nur etwa ein Zehntel der unterrichtsbedürftigen Jugend erfreute; von Buchhandlungen und Buchdruckereien wußte man außerhalb einiger größeren Städte nichts. Der Geschichte giebt dieses Land in dieser Zeit kaum etwas zu erzählen. Am 15. November 1853 starb die Königin Maria da Gloria mit Hinterlassung eines minderjährigen Sohnes Dom Pedro V., für welchen sein Vater bis zu seiner Volljährigkeit (16. Sept. 1855) die Regierung führte. Am 7. Juni 1856 hört man von einem freisinnigen Ministerium unter dem Marquis von Loulé, das Fortschritt und Verbesserungen verspricht in dem Lande, welches drei Erzbisthümer und 24 Bisthümer zählte; im Herbste 1857 von heftigem Wüthen des gelben Fiebers zu Lissabon, wobei der junge König, der sich überhaupt als einen Mann von gutem Willen und tüchtiger Gesinnung zeigte, rühmlichen Muth bewies. Derselbe vermählte sich am 29. April 1858 mit einer deutschen Fürstentochter, der Prinzessin Stephanie von Hohenzollern-Sigmaringen.

Einen andern Anblick und eine ganz besondere Stellung zeigt Belgien, ein nur halb romanischer, aber wie Portugal fast ganz katholischer Mittelstaat. Des befruchtenden protestantischen Elementes entbehrt er so gut wie dieser: unter einer Bevölkerung von 4,426,000 Seelen zählte er im Jahre 1850 nur 6578 Protestanten. Gleichwohl weist ihm seine geographische Lage, die Rührigkeit seiner Bevölkerung, die Einsicht des Herrscherhauses, welches eine glückliche Stunde ihm gegeben, einen weit größern Antheil an der gemeinsamen Cultur- und

Fortschrittsarbeit der Menschheit zu, als dem portugiesischen Lande. Auf 536 □Meilen lebten fast 5 Millionen, was eine mittlere Volksdichtigkeit von 8200 Menschen auf die □Meile ergiebt; sie konnten es nur bei fleißiger Arbeit: und so standen denn Landwirthschaft, Bergbau, Handel, Industrie in hoher und steigender Blüthe, wogegen freilich die Statistik der Verbrechen und der Schulen weniger erfreuliche Bilder hervorruft. Von 100 Rekruten des Jahres 1853 z. B. waren 35 völlig unwissend, 9 konnten lesen oder schreiben, 22 lesen und schreiben, 34 lesen, schreiben und rechnen; man wundert sich nicht darüber, wenn man liest, daß 413 Klöster mit etwa 12,000 Mönchen und Nonnen im Lande waren. Der geistliche Einfluß, auf die ackerbautreibende Klasse gestützt, doch auch in den Städten noch mächtig, hielt derjenigen Art von Intelligenz und Bildung, welche Handel und Industrie verlangen und fördern, die Wage; und so dreht sich denn die politische Geschichte des Landes im Innern um den Gegensatz der beiden Parteien, die zur Erkämpfung der Unabhängigkeit des Landes eine Zeitlang sich vereinigt hatten, nach dem Siege aber wieder auseinandertraten, während die äußere Geschichte nur die Behauptung dieser Unabhängigkeit und Aufrechthaltung der Neutralität zum Inhalt hat.

Von Holland her drohte der belgischen Unabhängigkeit keine Gefahr mehr; es stellte sich ein ziemlich günstiges Verhältniß zwischen beiden Staaten her, bei welchem jeder Theil den andern seiner Wege gehen ließ. Dagegen schwebte die Gefahr, eines Tages von dem großen französischen Nachbarreiche verschluckt zu werden, beständig über dem belgischen Lande, und sie schien näher zu rücken, als der Staatsstreich vom 2. December 1851 einen Bonaparte auf den französischen Thron brachte. Es herrschte während dieser kritischen Zeit eine große Aufregung in Belgien, welche König Leopold bewog, sich eng an Rußland und England anzuschließen, wie denn der ersteren Macht zu Liebe durch ein Decret vom 4. April 1852 die im belgischen Heere angestellten polnischen Officiere außer Activität gesetzt wurden. Die Weisheit des Königs wußte mit der neuen Regierung Frankreichs sich auf einen ziemlich guten Fuß zu stellen, und diese ihrerseits konnte in der ersten Zeit nicht an irgend welche Schritte gegen Belgien denken, welche sofort eine Coalition mit England an der Spitze wider sie in Waffen gerufen haben würde. Theoretisch freilich stand es bei Napoleon III. fest, daß seine Dynastie nur dann festgegründet sei, wenn Belgien und die Rheinlande dem Kaiserreich zurückgewonnen sein würden; in aller Behaglichkeit eines Nachtischgespräches soll er es bei seinem Besuche in England (1855) gegen den Prinzen Albert ausgesprochen haben;*) aber

*) Von Sybel, Napoleon III.

es eilte ihm nicht, Hand anzulegen, und so erhielt sich das gute Verhältniß auch in der schwierigen Zeit des Krimkrieges und in den bösen Tagen nach dem Orsini'schen Attentat, wo die französische Regierung dem Asylrecht und der freien Presse der Nachbarländer gegenüber die ganze Reizbarkeit des bösen Gewissens verrieth.

Von den beiden Parteien im Innern, den Clericalen und den Liberalen, hatte keine ein so entschiedenes Uebergewicht, daß sie dauernd das Regiment ausschließlich in ihrem Sinne hätte führen können. Man hat berechnet, daß von der Gründung des Königreiches bis zum Jahre 1858 vier bis fünf Jahre auf Uebergangsministerien, dagegen zehn Jahre elf Monate und 18 Tage auf die Liberalen und ebenso zehn Jahre elf Monate und zwei Tage auf die Clericalen kamen: so genau hielten sich die beiden Parteien die Wage, und es war bei dem König ein ausgesprochener Regierungsgrundsatz, daß er niemals ein Gesetz würde sanctionirt haben, welches die Herrschaft der einen Partei über die andere fixirt hätte. Von Ende October 1852 bis März 1855 führte ein gemäßigtes Ministerium, mit Henry de Brouckère an der Spitze die Regierung; von da an ein entschieden clericales, Dedecker (Inneres), Nothomb (Justiz), Vicomte Vilain (Auswärtiges); den clericalen Standpunkt sprach der Letztere mit den Worten aus, die sehr harmlos klingen: „ich bin Katholik und als solcher glaube ich mit der Fügsamkeit und der Einfalt eines Kindes an alle Wahrheiten, die im ersten besten Katechismus gelehrt werden", wogegen nichts zu sagen ist, so lange es bei der Kindeseinfalt bleibt. Unter den Auspicien dieses Ministeriums wurde vom 21. bis 24. Juli 1856 mit großer Pracht das 25jährige Bestehen der Landesverfassung gefeiert, und bis in den September hinein verlängerten sich die Feste in den Provinzen: mit allem Rechte: denn nicht viele Länder konnten sich so langer unangetasteter Dauer eines künstlich geschaffenen Rechtszustandes in diesem Jahrhundert der Umwälzungen rühmen. Dieser sichere neutrale Boden Belgiens war ein Gemeinbesitz Europas, und mit Vorliebe wählten ihn große europäische Versammlungen, wie der internationale Wohlthätigkeitscongreß und der Freihandelscongreß, welche beide in diesem Jahre (1856) in Brüssel tagten, zum Sitz ihrer Berathungen.

Die Clericalen benutzten ihre Herrschaft, um auf wichtigen Gebieten, dem höheren Schulwesen und der öffentlichen Wohlthätigkeit, den kirchlichen Einfluß zu steigern. Was das Erstere betrifft, so redeten sie, wie in solchem Falle die Parole lautet, von der Freiheit der Wissenschaft: wie sie diese verstanden, beweist ein Vorgang aus dem Jahre 1856, wo ein Professor des Naturrechts an der Staatsuniversität Gent von einigen Studenten denuncirt worden war, als habe er die Gottheit Christi geleugnet; „hätte er das gethan, so würde

ich ihn binnen 24 Stunden abgesetzt haben", sagte der Minister Dedecker, der bei der Adreßdebatte im Jahre 1856 seinen Grundsatz in Beziehung auf die Freiheit des höheren Unterrichtes dahin erläuterte: „die relative Freiheit des Professors hat zur Gränze die Gewissensfreiheit des Schülers und die loyale und constitutionelle Achtung vor dem Glauben der Familie", womit denn freilich die Freiheit des Professors dem Absolutismus des Glaubens gegenüber eine sehr relative wurde. Ein Examensgesetz, von der clericalen Majorität der Kammer noch über den ministeriellen Entwurf hinaus verschlimmert, setzte die Ansprüche für die Staatsprüfungen herab und beseitigte die Maturitätsprüfungen für die Universitäten, so daß für den Besuch der Letzteren schon ein Certificat genügte, welches die geistlichen oder unter geistlichem Einflusse stehenden Privatschulen ebenso ausstellen konnten, wie die Staatsgymnasien: wodurch mithin die staatliche Controle über diese von Geistlichen geleiteten Schulen so ziemlich aufhörte. Dieses Gesetz, welches in seiner Weise freilich eine Art von Freiheit der „Wissenschaft" schuf, ward trotz des Protestes der Universitäten von Gent, Lüttich und Brüssel angenommen. Nicht so gut gelang es mit dem Wohlthätigkeitsgesetz, das im Frühling 1857 die Kammer beschäftigte. Auch bei dieser Gelegenheit handelte es sich um eine Freiheit: nämlich um die Beseitigung der Staatsaufsicht über die Stiftungen zu wohlthätigen Zwecken aller Art. Dieselbe sollte durch die Aufsicht der Communen ersetzt werden, was in den meisten Fällen nichts Anderes bedeutet haben würde, als die Sache einfach dem Clerus in die Hand zu geben. Dießmal aber ward die liberale Partei, welche in der Kammer nur 40 Stimmen gegen 60 clericale musterte, unterstützt durch eine lebhafte Aufregung im Volke, das doch nicht ganz blind war gegen die Zunahme der Ordensbrüder und Schwestern, welche seit 1829 von 4800 auf etwa 15,000 gestiegen waren. Der Führer der Liberalen, Frère-Orban, rief den Ministern zu: daß, wenn dieses Gesetz durchgehe — an den Senat war es noch nicht gelangt — so werde bald im ganzen Lande der Ruf: à bas les couvents, nieder mit den Klöstern, sich erheben; auf den Straßen erhob sich bereits am gleichen Tage (27. Mai 1857) der deutlichere Ruf: nieder mit der Kapuze, à bas la calotte. Die Aufregung über das „Kapuzinergesetz", die sich von Brüssel auf alle großen Städte verpflanzte, wuchs, so daß, um Schlimmeres zu verhüten, der König beide Häuser vertagte, und am 13. Juni die Session 1856/57 schloß. Die Clericalen, nachdem sie sich vom ersten Schrecken erholt, waren wüthend über diesen „Sieg der Emeute über das Königthum": aber als am 27. October bei der Wahl der Gemeinderäthe die Liberalen einen vollständigen Sieg errangen, gab das clericale Ministerium seine Entlassung ein und der König bildete eine neue Regierung aus Liberalen,

dessen bedeutendste Mitglieder der Minister des Innern Rogier, der Finanzen Frère-Orban und der Justiz Tesch waren. Die zweite Kammer ward aufgelöst. Unter einer Aufregung, wie sie seit 1848 nicht mehr gesehen worden, gingen die Neuwahlen vor sich. Die Niederlage der Clericalen war vollständig: 70 Liberale gegen 38 Clericale wurden gewählt. Freilich mußte das liberale Cabinet, in Folge des Orsini'schen Attentates, mit einer sehr wenig liberalen Maßregel beginnen: Beleidigung fremder Monarchen war seither nur verfolgt worden auf Verlangen der Beleidigten, jetzt geschah es ohne ein solches Verlangen nach dem Ermessen des Justizministers. Auch sonst, klagte man bald, benutze das liberale Ministerium seinen Sieg nicht; sehr erklärlich: ein wirklicher Fortschritt konnte nur durch Brechung des geistlichen Einflusses auf die Schulen geschehen, und hier kämpfte Fanatismus, Gewohnheit und Dummheit auf der Seite der Gegner.

B. Deutschland.

Man muß es wiederholen, daß die Jahre 1848—1852 hauptsächlich deshalb für das europäische Leben im 19. Jahrhundert die entscheidende Krisis und den Wendepunkt bilden, weil sie die deutsche Nation, welche die Mitte des Welttheiles inne hat, nach langem Schlafe wieder zu einem neuen politischen Leben erweckten, zu neuer, energischer, politischer Arbeit riefen.

Die deutsche Nation hatte eine Entwickelung eigener Art genommen, deren Ausgangspunkt jene große Umwälzung des 16. Jahrhunderts war, die wir in emphatischem Sinne mit dem Namen der Reformation bezeichnen. Indem der germanische Geist, auf die ersten Quellen christlichen Glaubens und Denkens zurückgehend, der romanischen Verkehrung der Religion Jesu Christi in ein tyrannisches Kirchenthum sich widersetzte, gab er das Zeichen zu einem jahrhundertelangen Kampfe von großartigstem Charakter, welcher der neueren Geschichte Gestalt und Gehalt gegeben hat. Hier in Deutschland, in der Mitte des Welttheils, war das Panier religiöser Freiheit aufgesteckt worden, und vorzugsweise hier auf deutschem Boden ward der gewaltige Kampf durchgefochten. Aber indem Deutschland durch Brechung der falschen Einheit des Romanismus sein geistiges Leben verjüngte, schlug es seinem politischen Leben eine, so schien es, unheilbare Wunde. Der 30-jährige Krieg, fast ausschließlich auf seinem Boden durchgekämpft, knickte die Blüthe seines materiellen Wohlstands; er vernichtete seine politische Einheit und gab den deutschen Boden den eindringenden Fremden, den Schweden, den Franzosen preis. Der westfälische Friede ließ dem Kaiser nur mehr einen Schatten von Macht, zerriß den Reichstag in ein Corpus Evangelicorum und Catholicorum, gab die wich-

tigsten Rechte an die einzelnen Reichsstände und große Provinzen an die Fremden; und diese Herrschaft der Fremden und der Einzelinteressen erreichte ihren Höhepunkt in der napoleonischen Aera, wo vom deutschen Reiche auch der Name verschwand. Es bedurfte der vereinten Kraft Europas, um diese napoleonische Universalmacht zu brechen, die einen guten Theil ihrer Stärke eben aus der Getheiltheit des deutschen Wesens gezogen hatte; und hinwiederum that in dem Kampfe gegen diese Macht das kleine Stück geeinigter deutscher Kraft, das damals vorhanden war, der preußische Staat, das Beste. In dieser Krisis erwachte der Gedanke eines neuen deutschen Staatswesens, der noch den großen Heroen der deutschen Litteratur vollkommen fremd gewesen war, zu einem wirklichen Leben. Sehr bekannt ist das Epigramm, in welchem Einer von ihnen von Deutschland sehr treffend und für seine Epoche sehr richtig sagt, er wisse das Land nicht zu finden: — man begann jetzt nach diesem unfindbaren Lande ernstlich zu suchen und die Träume und Hoffnungen exaltirter Jugend bildeten die ersten Regungen des erwachten politischen Lebens. Sie flogen der nüchternen Wirklichkeit weit voraus. Deutschland wurde, was Territorialbesitz betrifft, nur eben auf denselben Stand gebracht, wie im westfälischen Frieden: die Gränzen des Deutschlands von 1815 waren nicht sehr viel enger als die von 1648, und die Fremden saßen wie 1648 im hohen Rathe des neuen politischen Körpers, welcher durch den Frieden von 1815 geschaffen war. Doch waren diese Fremden keine Mächte ersten Ranges; nicht von dieser Seite würde der deutschen Einheit, wenn sie sonst möglich gewesen wäre, das Hinderniß gekommen sein. Das Hinderniß lag in der Nation selbst, welche — und dieß war vielleicht zugleich der erste Schritt der Heilung — in der lockeren Föderation, zu welcher die Trümmer des alten Reiches jetzt kümmerlich zusammengefügt waren, nur die letzten Consequenzen einer 300-jährigen Entwickelung zog. Die Menge der selbstständigen Glieder hatte sich im Verhältniß zu den Zuständen des vorigen Jahrhunderts etwas vermindert, dafür aber waren die übriggebliebenen etwas lebensfähiger geworden; ein anderer Feind der Einheit aber, gefährlicher als die Vielheit, die Zweiheit, der Dualismus Preußen und Oestreich, der Gegensatz der norddeutschen und der süddeutschen, der protestantischen und der katholischen, der vorwärtsstrebenden und der stillestehenden Macht, war zu voller Stärke entwickelt.

Es war allerdings zunächst ein Studenten- und Professorengedanke, daß aus einer so chaotischen Welt auf dem Wege der Agitation und der Verschwörung eine politische Einheit hervorgehen könne: um so aussichtsloser, als Niemand in der Nation oder in den kleinen Kreisen, welche in ihrem Namen aber auf eigene Hand über die Zukunft der-

selben speculirten, gesonnen gewesen wäre, zu Gunsten dieser erhofften und erstrebten Einheit auf die Freiheit zu verzichten. Vielmehr setzte gleichzeitig und mit weit mehr wirklicher Energie das Streben nach Erringung volksthümlicher Institutionen in den einzelnen Staaten an und schuf, indem es die einzelnen Staaten in sich fester zusammenschloß und kräftiger organisirte, der politischen Einigung der Gesammtheit nur neue unabsehbare Hindernisse. Ein ungeheures geschichtliches Problem stellte sich so fest: man unternahm es, Einheit und Freiheit einer Nation zugleich zu gründen, welche durch alle möglichen großen und kleinen Gegensätze — Gegensätze der Religionsanschauung, der Stammverschiedenheit, des Machtunterschiedes ihrer einzelnen Glieder — innerlich zerrüttet und gespalten war.

Aber die Wege der Vorsehung sind wunderbar: was ein bloßer Professoren- und Studentengedanke gewesen, wurde durch den unsinnigen Druck, den man der sehr geringen Kraft dieser Bewegung entgegenstellte, erst zu einem wirklichen politischen Gedanken verdichtet. Der Bundestag selbst, der Träger und Ausdruck deutscher Uneinigkeit und Ohnmacht, war es, der in wenigen Jahrzehnten eine ziemlich solide Grundlage künftiger Einheit schuf, indem er, zeitweise in ein zu Polizeizwecken geeinigtes Deutschland sich verwandelnd, einen gemeinsamen Haß gegen die bestehende Ordnung der Dinge hervorrief. Und während man im Weltenraum nach einem deutschen Zukunftsstaate suchte, schritt der sehr wirkliche deutsche Einheitsstaat, der schon vorhanden war, der preußische, mit sicherem Instincte vorwärts und schuf, während er in allen rein politischen Fragen mit den übrigen und mehr als diese im Joche Oestreichs ging, durch Ausbildung des Zollvereins einer künftigen politischen Einheit der Nation die unerläßliche wirthschaftliche Grundlage. Zu gleicher Zeit erhielt der Gedanke der Nationaleinheit mehr und mehr Halt durch Kräfte, an denen alle Polizeikünste, aller bewußte und unbewußte Widerstand machtlos splitterte: auf materiellem Gebiete durch die großartige Entwickelung der Mittel und Wege des Verkehrs, auf idealem durch die nicht minder großartige der gemeinsamen geistigen Güter. Sandkorn um Sandkorn reichend nach des Dichters Wort hatte die nie ermattende Geschäftigkeit eines großen, ernsten, intelligenten Volkes innerhalb eines Menschenalters die Fundamente gelegt für einen Bau, der seinen nothwendigen Abschluß finden mußte in einer neuen politischen Schöpfung.

Mitten in dieser Arbeit, die langsam vorwärts ging, deren Erfolge aber doch schon über die Oberfläche Allen sichtbar hervorragten, ward die Nation überrascht durch die Revolution in Frankreich. Durch dieses Ereigniß wurden alle Kräfte des Volkes in eine fieberhafte Thätigkeit gesetzt. Jedermann fühlte, daß die Stunde des Handelns gekom-

men war: aber man mußte nun plötzlich Alles auf einmal thun, und wir haben gesehen, wie man jetzt Kaiser und Reich, deutsches Heer und deutsche Flotte, deutsche auswärtige und deutsche innere Politik, deutsche Einheit und deutsche Freiheit improvisirte, und wie diese Improvisationen alle nach vierjähriger Krisis, am 30. Mai 1851 mit der völligen Restauration des alten Bundestags endigten.

In den ersten Jahren nach der großen Niederlage hielt eine tiefe Hoffnungslosigkeit die Gemüther gefangen und jede Partei schob der andern die Schuld des Mißlingens zu. Die Einen klagten die Selbstsucht der Fürsten, die Anderen die Ausschreitungen und die republikanischen Ideologien der Radicalen, diese hinwiederum die thatenlose Schwäche der „Gothaer" an; erst allmälig lernte man die Dinge ruhiger würdigen und begann sich der Aufgabe, die zu lösen war, in ihrer ganzen Schwierigkeit bewußt zu werden. Die Schuld des Mißlingens, fand man nun bei ruhiger Ueberlegung, vertheilte sich ziemlich gleichmäßig auf Fürsten und Volk, und auch die verschiedenen Parteien konnten sich jede einen billigen Theil an dieser Schuld gutschreiben. Es wäre aber in der That mehr als ein Wunder gewesen, wenn einem Volke, in welchem die centrifugalen Kräfte seit Jahrhunderten das nationale Leben bestimmt hatten, über Nacht die Einheit gekommen wäre.

Gestand man aber dieß einmal zu, so lag in dem Verlaufe der Krisis sogar etwas Ermuthigendes, das für die fernere Entwickelung der nationalen Idee die besten Hoffnungen gab. Im Grunde genommen war das deutsche Verfassungswerk dem Gelingen sehr nahe gewesen: es war doch am Ende hauptsächlich daran gescheitert, daß im entscheidenden Augenblicke der unrechte Mann an der rechten Stelle saß — daß Friedrich Wilhelm von Preußen — gegen Alles was sonst in der politischen Welt herkömmlich ist, — sich darauf steifte, die erste Stelle, welche die Ereignisse ihm anboten, dem Todfeinde seines Hauses und Staates zu überlassen. Dieses war ein schlimmer Zufall, ein Mißgeschick; aber was heute an diesem ganz außergewöhnlichen Mißgeschick gescheitert war, das konnte in günstigerer Stunde dennoch gelingen. Und in dieser Beziehung war es ein großer Fortschritt, daß die einzige Möglichkeit, zu einem wirklichen deutschen Staate zu gelangen — nämlich Anschluß an Preußen und Ausschluß Oestreichs — in einem feierlichen Acte der souveränen Nationalversammlung, der Kaiserwahl am 28. März 1849 zu deutlichem Ausdrucke gekommen war. Für dießmal hatte Preußen selbst nicht gewollt: gehorsam hatte sich der mächtigste Staat den Mittel- und Kleinstaaten beigeordnet und mit ihnen Oestreich untergeordnet: aber Jeder, an welchem die Ereignisse nicht spurlos vorübergegangen, sah es, und Oestreich und seine Vasallen sahen es am besten, daß, sobald Preußen wollte, d. h.

sobald ein König von Preußen entschlossen war, die Macht Preußens wirklich zu brauchen, der neue deutsche Staat fertig war. Daß dieß eines Tages geschehen würde, war ihre geheime Furcht; sie gewahrten es wohl, daß alle politischen Männer der verschiedenen Parteien die Entwickelung der preußischen Zustände mit größerem Interesse verfolgte, als die des eigenen Landes.

Wir müssen deshalb die deutsche Geschichte unter einem dreifachen Gesichtspunkte betrachten: die deutsche Politik Oestreichs, deren Organ der wiederhergestellte Bundestag war; die einzelnen deutschen Staaten außer Preußen und die Entwickelung des letzteren Staates für sich. Die besondere Geschichte Oestreichs, welches kein deutscher Staat war, gehört in einen andern Zusammenhang. Soweit sie deutsche Geschichte ist, fällt sie großentheils mit der Geschichte des Bundestages und der außerpreußischen deutschen Staaten zusammen.

1. Die deutsche Politik Oestreichs.

Man bezeichnet die Jahre 1852—1859 vorzugsweise mit dem Namen der Epoche der Reaction, im Gegensatz zu der Revolution von 1848—1852. Diese Zeit war zum Glück eine vorübergehende, denn die Revolution hatte in Deutschland nicht, wie es in Frankreich zu geschehen pflegte, zu einem völligen Umsturz des Bestehenden geführt. Man hatte die Monarchie nicht, wie eine den Charakter der deutschen Zustände völlig verkennende Partei wollte, beseitigt, man hatte überhaupt mit der Vergangenheit nicht völlig gebrochen. Die Folge war, daß die Nation zwar wie niemals zuvor in scharfgeschiedene Parteien zerfiel, nicht aber, wie es das Verhängniß Frankreichs geworden, in verschiedene Heerlager feindlich auseinandertrat. Es kam mithin glücklicher Weise zu keiner Spaltung, welche eine spätere Verständigung der Parteien zu gemeinsamem Wirken auf dem vaterländischen Boden gänzlich ausgeschlossen hätte, wie in Frankreich.

Zunächst allerdings beutete die siegreiche Partei ihre Stellung mit Härte, und soweit der Charakter der deutschen Zustände dieß zuließ, mit Grausamkeit aus. Den Reigen führte Oestreich, das mit Hülfe Rußlands seine hegemonische Stellung in Deutschland wieder erlangt hatte und behauptete. Indeß der fernere Plan, mit seinen sämmtlichen Staaten in den deutschen Bund einzutreten, dadurch seine gefährdete Stellung in Italien und Ungarn zu sichern und seine schlechte Sache dort mit der guten Sache Preußens und des nach nationaler Einigung ringenden Deutschlands unauflöslich zu verbinden, scheiterte an der Naivetät seiner Insolenz: es gehörte die eherne Stirne des leitenden Staatsmannes in Oestreich, des Fürsten Schwarzenberg, dazu, um ihn überhaupt Deutschland und Europa zu bieten. Er versuchte diesen

Plan, den ein englischer Minister als einen öffentlichen Scandal bezeichnete*), auf einem Umwege zu erreichen, auf welchem er die Niederlage Preußens zu vervollständigen und aus einer augenblicklichen in eine dauernde zu verwandeln suchte. Man war in Oestreich klug genug geworden, um einzusehen, daß in dem Zollverein eine sehr solide Grundlage der deutsch-preußischen Nationaleinheit geschaffen war, und dieser war darum dem Fürsten Schwarzenberg ein Dorn im Auge. Schon in einer Denkschrift vom Ende des Jahres 1849 hatte Oestreich verlangt, daß Zollfragen als Bundessache behandelt werden sollten. Es hob seinerseits im October 1850 alle seine Binnenzölle auf, reformirte den Tarif seiner Gränzzölle und verlangte nun einen Handelsvertrag mit dem Zollverein, der mit 1. Januar 1854 ins Leben treten, und dem vom 1. Januar 1859 an die volle Zolleinigung der beiden Gebiete folgen sollte. Preußen seinerseits hatte am 7. September 1851 mit dem sogenannten Steuervereine, Hannover, Oldenburg, Braunschweig, einen Zollvertrag abgeschlossen. Dadurch geärgert, unterzeichneten die Staaten der östreichischen Gefolgschaft, Baiern, Sachsen, Würtemberg, die beiden Hessen, Nassau und Homburg zu Wien am 20. April 1852 ein Protocoll, in welchem sie sich zur Unterstützung des östreichischen Projectes verpflichteten. Damit war der Fortschritt im Sinne des Freihandels in Frage gestellt und die politische Zukunft Preußens, welche auf seiner deutschen Stellung beruhte, compromittirt; außerdem war der Gedanke einer Zolleinigung mit Oestreich ein so unausführbarer, die Position Preußens in dieser Sache eine so starke, daß die Kritik leichtes Spiel hatte, wenn sie die Unmöglichkeit dieser Einigung darzuthun unternahm. Daß aber die kleineren Staaten Preußens mehr bedurften, als Preußen der kleineren Staaten, war auf diesem Gebiete so einleuchtend, wie es auf politischem hätte sein sollen. Preußen verlangte also die Zustimmung zu seinem Vertrage mit dem Steuervereine und kündigte denjenigen seiner seitherigen Zollverbündeten, welche dieß ablehnten, den Zollverein auf den letzten December 1853. Vergebens berieth nun die östreichische Coalition ihren Feldzugsplan auf Conferenzen zu Bamberg und zu Darmstadt; auf den Zollvereinsconferenzen, welche vom 19. April 1852 ab zu Berlin stattfanden, gaben sie nach, nahmen den Vertrag mit dem Steuerverein an und verzichteten zunächst auf den Gedanken einer Zolleinigung mit Oestreich, verlangten aber, daß der bisherige Zollverein nur auf sechs Jahre erneuert werde und Preußen sich verpflichte, ein Jahr vor Ablauf dieser Periode Berathungen über eine Zolleinigung mit Oestreich zu beginnen. Das Letztere weigerte Preußen, das auch den Vertrag

*) Palmerston, bei Bulwer, L. of P., 3,391.

nur auf zwölf Jahre erneuern wollte, und brach die Unterhandlungen mit den Bamberger Verbündeten ab. Diese wendeten sich nach Wien, verhandelten über einen süddeutschen Zollverein und hatten den Einfall, sich ihre seitherigen Zolleinkünfte von dem bankerotten Oestreich garantiren zu lassen. Solchen Gegnern gegenüber brauchte Preußen nur fest zu bleiben, um binnen Kurzem sie reuig zu dem alten längst unentbehrlich gewordenen Bündnisse zurückkehren zu sehen: als man anfing, die neue Zollgränze gegen Kurhessen abzustecken, mußte selbst die dortige Regierung erkennen, daß dieß mehr war, als die Bevölkerung, der man so Vieles geboten, ertragen würde. In geheimen Verhandlungen verständigten sich zunächst die beiden Großmächte: der östreichische Minister von Bruck, geborener preußischer Unterthan, reiste selbst nach Berlin, und hier kam am 19. Februar 1853 ein Vertrag zu Stande, in welchem bedeutende Zollerleichterungen gegenseitig zugestanden, aber keinerlei bindende Zusicherungen für die Zukunft gegeben wurden, und am 4. April 1853 wurde der Zollverein auf neuer, erweiterter Grundlage für eine Periode von 12 Jahren, vom 1. Januar 1854 an zu rechnen, erneuert, und damit die zweite und wichtigere Hälfte des Werkes von Olmütz vereitelt.

2. Der Bundestag und die einzelnen Staaten außer Preußen.

Die materiellen und wirthschaftlichen Interessen hatten sich so der östreichischen Lenkung versagt, der auf dem eigentlich politischen Gebiete in dieser traurigen und unfruchtbaren Periode nur wenig Widerspruch begegnete. In seinem Feldzug gegen Preußen hatte Oestreich vornehmlich die Staaten mittleren Ranges, Baiern, Sachsen, Würtemberg, Hannover, Hessen zu Verbündeten gehabt und in diesen Staaten wie in den meisten der übrigen, konnte es auf alle Diejenigen rechnen, welche einer Reform der deutschen Verfassung im Ganzen, oder den im Jahre 1848 in Angriff genommenen Reformen in den Einzelstaaten widerstrebten. Beides hing auf das Engste zusammen und Oestreich unterstützte nun die Regierungen dieser Staaten in ihrem Bestreben, zunächst die frühere Ordnung der Dinge in ihrem Innern wiederherzustellen, die sogenannten Märzerrungenschaften aus dem Jahre 1848 zu beseitigen, wobei sie sich des wiederhergestellten Bundestages als eines bequemen Werkzeugs bediente. Der Bundesbeschluß vom 23. August 1851 hatte zu dieser Thätigkeit das Signal gegeben, indem er die Ungültigkeit der von der Frankfurter Versammlung beschlossenen Grundrechte erklärte und zugleich die Bundesregierungen aufforderte, die seit 1848 getroffenen gesetzlichen Einrichtungen daraufhin zu prüfen, ob sie mit den Grundgesetzen des Bundes im Einklang stehen: wo dieß nicht der Fall, seien sie zu beseitigen. Der Bund bot dazu die hülfreiche

Hand; ein besonderer Ausschuß wurde zu diesem Zwecke niedergesetzt. Bei einigen bedurfte es dieser Hülfe nicht, oder nur in geringem Maße. In Baiern war keine Verfassungsänderung erfolgt und man konnte sich begnügen, die freisinnige Gesetzgebung, mit der man im Jahre 1848 begonnen, zu sistiren, das schon vollständige Gerichtsorganisationsgesetz z. B. fallen zu lassen und einige neue Gesetze vorzuschlagen, welche bestimmt seien, das monarchische Prinzip der Verfassungsurkunde zu bewahren oder zu stärken. Die Beseitigung des im Jahre 1848 zu Stande gekommenen Wahlgesetzes wurde auf verfassungsmäßigem Wege erstrebt; es war ein Glück, daß dieser Weg nicht eben der kürzeste war, daß das Ministerium von der Pfordten bei der tiefen Niedergeschlagenheit der liberalen Parteien keine Eile zu haben glaubte und daß es, vor Allem darauf bedacht, die Selbstständigkeit Baierns zu wahren, keine Einmischung des Bundestags in die Angelegenheiten des eigenen Landes herbeiführen wollte: um so bereitwilliger war dieser Minister, bairische Truppen als Bundestruppen marschiren zu lassen, wo es sich, wie in Kurhessen, darum handelte, das Recht und die Selbstständigkeit Anderer zu unterdrücken. Aehnlich war es in Sachsen, wo am 3. Juni 1850 das provisorische Wahlgesetz vom 15. November 1848 aufgehoben und die alten Stände nach dem Wahlgesetz von 1831 wiederhergestellt wurden. Es fehlte nicht an Protesten und einzelnen Gewaltacten; die Reaction unter dem Ministerium Beust war grausamer als die in Baiern, wo der Aufstand sich wenigstens nicht wie in Sachsen an die Hauptstadt selbst herangewagt hatte; im Ganzen aber nahm das Land diese Wiederherstellung ruhig hin. Nicht anders ging es in Würtemberg. Es war dort nicht gelungen, mit der zum Behufe der Verfassungsrevision nach einem sehr freisinnigen Wahlgesetze berufenen „Landesversammlung" eine neue Verfassung zu vereinbaren. Das Ministerium Linden reactivirte, als die Zeiten günstig geworden, unter Auflösung der Landesversammlung die alten Stände. Auch hier gab es vielen Lärm; aber das Volk, leidenschaftlicher in Worten als jeder andere deutsche Stamm, aber ohne Initiative, fügte sich, und die wieder in Thätigkeit gesetzte alte schwerfällige Maschinerie that wieder schlecht und recht wie seit manchem Jahrzehnt ihre Dienste. Dagegen gelang es nicht, die Ablösungsgesetze vom Jahre 1848 rückgängig zu machen oder der klagenden Ritterschaft eine nachträgliche höhere Entschädigung zu verschaffen, als jene Gesetze bestimmten, da der Würtemberger in Geldsachen keinen Spaß versteht und die Ablösung hauptsächlich dem Bauernstande zu Gute gekommen war, mit welchem die Reaction säuberlich zu fahren genöthigt war. Besser als hier gelang es dem Junkerthum in Hannover. Hier war am 18. November 1851 König Ernst August gestorben und es folgte ihm sein Sohn Georg V.,

der blind war, was aber im damaligen Deutschland kein Hinderniß bildete, das Königsamt zu führen. Die dortigen Junker, die ritterschaftlichen Verbände der Provinziallandschaften, wandten sich, reactionärer als die Regierung, mit ihren Beschwerden an den Bundestag und verlangten die Wiederherstellung ihrer durch die neue Verfassung von 1848 und durch ein Reorganisationsgesetz vom August 1850 beseitigten Vorrechte. Das Ministerium Scheele, welches sich ihren Ansprüchen nicht fügen wollte, nahm seine Entlassung (November 1853); das neue Ministerium (Lütken) beschloß, die gute Zeit zu benutzen, um überhaupt mit dem, was ihm in der Verfassung von 1848 nicht paßte, aufzuräumen. Es ließ sich durch den Bundestag auffordern, die Verfassung einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen und sie mit dem Bundesrechte in Einklang zu bringen (April 1855). Die Stände erklärten sich (im Juli) zu einer Revision der Verfassung bereit, indem sie den sehr berechtigten Wunsch aussprachen, daß diese Angelegenheit der unmittelbaren Einwirkung der Bundesversammlung entzogen würde. Dieser Wunsch gab der Regierung den Anlaß, die Stände in brüsker Weise aufzulösen und der König — er hatte bei seinem Regierungsantritt „bei seinem königlichen Wort" die unverbrüchliche Festhaltung der Landesverfassung gelobt — hob nun am 1. August die ganze Verfassung auf, was selbst über die Bundesbeschlüsse hinausging, natürlich aber bei der Bundesversammlung stillschweigende Billigung fand. Die Minister, welche diesen Verfassungsbruch auf ihr weites Gewissen nahmen, (Ministerium Kielmannsegge) belohnten sich, indem sie ihr Gehalt von 4000 auf 6000 Thlr. erhöhten; unter Zulassung des Bundestags und selbst im Gegensatze zu dessen eigenen Beschlüssen octroyirte die Regierung weiter, bis sie endlich 14. Januar 1857 eine willfährige Ständeversammlung zusammenbrächte. Entsprechend ging es fast überall: hier mit mehr dort mit weniger Brutalität, allenthalben mit derselben Gleichgültigkeit gegen beschworenes Recht und gegebenes Wort; wo man, wie etwa in Frankfurt, wo die Juden aus der Bürgerschaft wieder ausgeschlossen wurden, nicht das Interesse des „monarchischen Prinzips" vorwenden konnte, da that der „christliche Charakter des Staates" oder irgend eine andere Phrase denselben Dienst. Ihr Meisterstück machte die Restaurationspolitik aber in Luxemburg, in Mecklenburg und in Kurhessen.

In Luxemburg erklärte die Regierung im Jahre 1856 den Ständen, daß die Verfassung vom 9. Juli 1848 mit dem Bundesrechte in Widerspruch stehe und der Revision bedürfe. Auch hier erklärten sich die Stände dem Statthalter Prinzen Heinrich der Niederlande gegenüber zu einer Revision bereit; er ersparte sich dieselbe, indem er ohne weitern Versuch der Verständigung die Verfassung aufhob und eine

neue octroyirte. Die freche Beleidigung gegen Deutschland, die darin lag, erweckte in Frankfurt kein Schamgefühl. Der Bund erklärte im Februar 1857, er sehe sich nicht bewogen, in Einzelnheiten einzugehen und ließ den Dingen ihren Lauf.

Auch in Mecklenburg-Schwerin war im Jahre 1848 die uraltmodische, zum Unsinn gewordene Verfassung abgeschafft worden. Eine constituirende Versammlung tagte unter dem Vorsitze des tüchtigen und beredten Advokaten Moritz Wiggers in Schwerin und am 10. October 1849 war das neue mit dem Großherzog vereinbarte Staatsgrundgesetz verkündet worden. Allein die Privilegirten der alten Verfassung fanden mit ihren Klagen am Hofe zu Strelitz, der Hauptstadt des kleineren der beiden Großherzogthümer, günstige Aufnahme und ebenso, da die Zeiten sich änderten, an den Höfen von Wien und Berlin; es galt, in der Sprache der Reactionsepoche, den Großherzog aus den Händen der Demokraten zu erretten. Ein Schiedsgericht, welches der König von Preußen vorschlug, der bei seiner Vorliebe für historische Perrücken an dieser altständischen mecklenburger Verfassung*) seine be-

*) Wir setzen die Schilderung her, welche ein gründlicher Kenner, Moritz Wiggers, in der Zeitschrift „Im neuen Reich" gegeben hat, abgedruckt in der Kölnischen Zeitung vom 17. Juni 1876, 2tes Blatt.

„In der Herbstzeit werden in Schwerin und Neustrelitz hunderte von versiegelten Briefen auf die Post gegeben, welche den einzelnen mecklenburgischen Ständemitgliedern die Anzeige machen, daß der Landesherr beschlossen hat, einen allgemeinen Landtag abzuhalten. Nicht in Schwerin, sondern in zwei kleinen Landstädtchen, Sternberg mit noch nicht 3000 und Malchin mit 5000 Einwohnern, wird der Landtag abgehalten. In diesen Städten haben die Stände nicht einmal ein eigenes Sitzungslocal, sie müssen gegen Bezahlung ihre Sitzungen im Rathhause abhalten. Bei zahlreichem Besuche des Landtages ist das Unterkommen der Ständemitglieder oft nur mit Mühe und zu hohen Preisen zu beschaffen. Da es zu den Verpflichtungen der Minister gehört, täglich glänzende Mittagstafeln und Abendgesellschaften zu veranstalten und Einladungen dazu an die Mitglieder der Ständeversammlung zu erlassen, so muß ihnen zu diesem Zweck ein Theil des großherzoglichen Küchenpersonals mit allen Geräthschaften und dem erforderlichen Vorrath von Flaschen aus dem Hofweinkeller in die Landtagsstadt vorangehen. Auch eine Militärabtheilung, bestehend aus vier Unterofficieren, einem Spielmann und 49 Gemeinen, unter Befehl eines Lieutenants, schlägt denselben Weg ein und bezieht für die Dauer des Landtages an dem Versammlungsorte Cantonnementsquartier mit der Bestimmung, den großherzoglichen Commissarien militärische Honneurs zu machen und für alle Eventualitäten zur Hand zu sein. Die Mitglieder der Landschaft erhalten Diäten und Reisegelder nach der Taxe derjenigen Zeit, in der es weder Chausseen noch Eisenbahnen gab.

In Sternberg fand früher die Landtagseröffnung auf einer Anhöhe vor der Stadt, dem Judenberge, unter freiem Himmel statt. Eine Geschäftsordnung ist nicht vorhanden, auch eine Tagesordnung wird nicht im Voraus festgestellt und verkündigt, sondern in jeder Sitzung theils durch das Belieben des vorsitzenden Landrathes, theils durch Zufall bestimmt. Eine Meldung zum Worte ist nicht gebräuchlich. Wer sich im Besitz einer kräftigen Stimme fühlt und auf die Geneigtheit der

sondere Freude haben mußte, kam zu Stande: vom Großherzog wurde der König von Hannover, von der Ritterschaft der von Preußen gekürt; dieses Schiedsgericht erklärte die Verfassung von 1849 für aufgehoben und der Spruch ward am 24. September 1850 bekannt gemacht. Indeß sollte das Werk der Reform „unter verfassungsmäßiger Mitwirkung unserer getreuen Stände" wieder aufgenommen werden. Als aber im Jahre 1851 der alte Landtag nach Malchin ausgeschrieben wurde, da erschienen die Junker in hellen Haufen, unter 120 Gutsbesitzern waren nur 20 bürgerliche, von 36 Städten nur 22 vertreten: und von Reformen hörte und sah man nichts. Dagegen stand alsbald die politische und die kirchliche Reaction in voller Blüthe, an der Spitze der Letztern der lutherisch-orthodoxe Kirchenrath Kliefoth. Im Jahre 1853 war man so weit, wider die Häupter der mecklenburgischen Demokratie — obgleich man auch geringere Opfer nicht verschmähte — einen großen Hochverrathsproceß anzustrengen, bei welchem die Berliner Polizei mit ihrem Apparat, zu welchem auch ein Dieb und Lügner von unausmeßbarer Gemeinheit, Namens Hentze, gehörte, hülfreiche Hand leistete. Die erforderlichen Granaten und Zündhütchen wurden mit seiner Hülfe aufgefunden: am 13. November 1856, 3½ Jahre nach Beginn der Untersuchung, erfolgte das Erkenntniß der Justiz-Kanzlei zu Güstrow gegen die „Rostocker Demokraten", von denen Moritz Wiggers, der sich freiwillig gestellt hatte, zu drei Jahren Zuchthaus, ohne Anrechnung der Untersuchungshaft, verurtheilt wurde: im October 1857 wurden sie, während die kirchliche Reaction sich mit Absetzung des Professors der Theologie zu Rostock, Baumgarten, gütlich that, auf freien Fuß gesetzt.

Mehr als diese Vorgänge am Nordende des deutschen Landes beschäftigte die allmälig wieder erstarkende öffentliche Meinung, was in Kurhessen geschah. Am 27. März 1852 erklärte die Bundesver-

---

Versammlung, ihn zu hören, rechnen zu können glaubt, ergreift das Wort und sucht sich, so weit und so lange er kann, Gehör zu verschaffen. So kommt es, daß oft eine große Menge von Rednern gleichzeitig zur Versammlung spricht. Wird das Getöse zu wüst, so ergreifen die Landmarschälle ihre langen Stäbe und stoßen damit auf den Fußboden, jede Discussion übertäubend. In aufgeregter Situation erfassen sie auch wohl den Marschallsstab an dem unteren Ende und klopfen damit auf den Tisch, so daß man schon die goldenen Knöpfe des Stabes hat durch den Saal fliegen sehen. Auch das auf dem Tische stehende kolossale Sandfaß wird in Ermangelung der nicht gebräuchlichen modernen Klingel in solchen Momenten als ruhestiftendes Instrument benutzt. Der Vorsitzende ergreift es mit beiden Händen und stampft mit demselben so lange auf den Tisch, bis es ihm gelingt, einigermaßen die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Plätze und Vorrichtungen für Berichterstatter giebt es ebenso wenig, wie besondere Plätze für Zuhörer; Letzteren wird jedoch nicht verwehrt, im Ständesaale selbst, soweit der Raum es gestattet, unter den Landtags-Mitgliedern den Verhandlungen beizuwohnen."

sammlung, daß die Verfassung vom 5. Januar 1831, weil mit den Bestimmungen der Wiener Schlußacte nicht vereinbar, außer Wirksamkeit zu setzen sei: sie fügte die Aufforderung bei, den Entwurf einer abgeänderten Verfassung nebst Wahlgesetz den nach eben diesem Wahlgesetz zusammenzuberufenden Ständen zur Erklärung vorzulegen. Im Juli 1852 traten diese Stände, zwei Kammern, zusammen. Weil aber auch diese, trotz angewandter Gewaltmittel, nicht gefügig waren, so wurden sie am 4. Januar 1854 wieder aufgelöst und als der Minister Hassenpflug auch mit einer neuen Versammlung nicht ins Reine kam, so regierte er völlig nach Willkür, ohne sich überhaupt an Stände zu kehren. Diese recht- und schamlose Regierung verband sich mit einem Kirchenregiment von ähnlichem Charakter, welches der Consistorialrath Vilmar führte, ein feiner Kenner und geschmackvoller Darsteller auf dem Felde der deutschen Litteratur, aber harter Fanatiker in dem, was er die „Theologie der Thatsachen" im Gegensatze zur „Theologie der Rhetorik" nannte. Zu dieser Theologie der Thatsachen wurden die Leute unter Anderem durch Kirchenbußen und durch Beaufsichtigung des Kirchenbesuches bekehrt. Das Land setzte dem System Hassenpflug's einen hartnäckigen unbeugsamen Widerstand entgegen: die Rache ereilte den Minister, den die von ihm unter die Füße getretene Gerechtigkeit nicht erreichen konnte, durch die Hand eines Unwürdigen, des Prinzen von Ysenburg, eines Schwiegersohnes des Kurfürsten, der den Minister auf offener Straße, aus sehr persönlichen Gründen, mit Schlägen mißhandelte. Es war ein trauriges Zeichen der traurigen Zeit, aber nur natürlich, daß man in ganz Deutschland des brutalen Bubenstreiches sich freute, wie man einst in London an der Mißhandlung des Generals Haynau sich erbaut hatte. Auch mit seinem Kurfürsten, vor dessen Sultanslaunen kein guter und kein schlechter Mann bestehen konnte, verdarb es Hassenpflug zuletzt und im Jahre 1857 ward er in Ungnaden entlassen.

Einiges Schwanken kam in diese Reactionspolitik, wenn auch nur für kurze Zeit, durch die orientalische Krisis. Bis zum Jahre 1854 war Alles gut gegangen. Bei der Thronbesteigung Napoleon's freute man sich, daß die Republik, deren bloßes Wort der conservativen Partei eine ebenso kindische Furcht, wie der radicalen eine kindische Begeisterung einflößte, nun auch im Nachbarlande verschwunden war. Man hatte nur die antirevolutionäre Seite des Namens Bonaparte im Auge; für die ehemaligen Rheinbundsfürsten hatte dieser Name überhaupt keinen so üblen Klang; man wußte sich jetzt auf das Beste gedeckt: Frankreich auf der einen, Rußland und Oestreich auf der andern Seite. Dieß änderte sich einigermaßen, als der orientalische Krieg ausbrach, Frankreich gegen Rußland sich wandte und auch Oestreich zum Ent-

setzen aller Vollblutreactionäre dieselben Wege einschlug. Es war eine große europäische Frage, deren Bedeutung weit über ihren nächsten Gegenstand hinausging, und nicht blos in den Clubs und den Trinkstuben hatte die Bewegung von 1848 den Ehrgeiz geweckt: auch die Minister einiger der deutschen Mittelstaaten waren nicht unzufrieden, ihre Namen in Verbindung mit den großen Welthändeln in den Zeitungen zu lesen: und es wurde, wie erwähnt, ein Versuch gemeinsamer deutscher Großmachtspolitik gemacht, der aber kläglich fehlschlug. Kaiser Nicolaus hatte geglaubt, auf Oestreich und Preußen und so auch auf das übrige Deutschland zählen zu können. In den Ersteren täuschte er sich, und wenn er auf die Sympathien der kleinen Höfe Werth legte, so zerrann auch diese Hoffnung: es zeigte sich bald, daß die hohe Politik, gut oder schlecht, von Oestreich und Preußen allein gemacht wurde. Die beiden Mächte schlossen im April 1854 ihr Schutz- und Trutzbündniß und gaben am 24. Mai von demselben dem Bundestage Kenntniß zu dem Zwecke, daß dieser sich ihrer Politik, bei deren Festsetzung er nicht gefragt worden war, anschließe: die Machtentfaltung Rußlands an der unteren Donau sei nicht nur mit den wichtigsten Interessen Oestreichs, sondern auch mit denen Deutschlands unvereinbar. Dieß gab den Ministern Baierns und Sachsens, von der Pfordten und von Beust, die ersehnte Gelegenheit, zu zeigen, daß auch sie sich auf die große Politik verstanden. Am 25. Mai traten die Vertreter der Staaten, welche schon in der Zollvereinsfrage als Darmstädter Coalition sich bemerklich gemacht hatten, in Bamberg zusammen. Der Minister von der Pfordten hatte ein wesentliches Interesse Deutschlands bei der großen Krisis im Osten entdeckt: die Wahrung der Integrität Griechenlands, auf dessen Throne ein bairischer Prinz saß. Diese letztere Thorheit fand indeß selbst hier keinen Anklang; dagegen wollten sie bei dieser Gelegenheit denn doch eigene Politik treiben, dem deutschen Bunde als einer „europäischen Großmacht" eine Stimme vindiciren, und es versteht sich, daß diese Stimme dem Protector der deutschen Kleinstaaterei und ihrer Mißbräuche, dem Kaiser von Rußland, zu Gute kommen sollte. Wenn die Räumung der Donaufürstenthümer von Rußland verlangt werde, meinte man hier im Lager von Bamberg, so müßten auch die Westmächte das türkische Gebiet räumen; dem Bunde müsse eine Stimme beim Friedensschlusse eingeräumt werden: diese und ähnliche Weisheit kramten sie in einer identischen Note an die deutschen Großmächte aus. Die beiden Großmächte lehnten ab und belehrten die Mittelstaaten über ihre Ohnmacht, indem sie am 24. Juni durch den Bund den Beitritt zu ihrem Allianzvertrage aussprechen ließen: „um jeden Zweifel zu beseitigen, daß alle Bundesgenossen fest entschlos-

sen seien, kräftig zusammenzustehen in den Prüfungen, welche die nächste Zukunft dem Vaterlande bringen könnte."

Diese Prüfungen blieben dem deutschen Bunde erspart. Es zeigte sich bei dieser Gelegenheit nur aufs Neue, daß Deutschland als ein politisches Ganze von selbstständiger Bewegungsfähigkeit nicht existirte. Von Bedeutung aber war, daß das russische Protectorat über Deutschland seine Kraft verlor, wenn dieß gleich nicht sofort hervortrat: in Stuttgart z. B., wo eine russische Großfürstin mit dem Thronfolger vermählt war, konnte man sich zu jener Zeit bei festlichen Gelegenheiten in eine russische Stadt versetzt glauben, so sehr überwogen die russischen Fahnen, während zu gleicher Zeit die Polizei emsig nach den schwarz-roth-goldenen Bändern der Studenten fahndete.

Mehr in seiner Rolle war der Bund, als er am 6. Juli 1854 ein Bundespreßgesetz zu Stande brachte, welches ganz im Sinne der einstigen Karlsbader Beschlüsse war. Das Wesentlichste war, daß den Regierungen in ganz unbeschränkter Weise anheimgegeben wurde, zum Betrieb aller mit der Presse in Verbindung stehender Gewerbe auf administrativem Wege, d. h. willkürlich, Concessionen zu ertheilen und zu entziehen. Im Uebrigen fuhr der Bund fort, seine starke Hand da fühlbar zu machen, wo eine einzelne Regierung mit reactionären Maßregeln in ihrem Territorium auf Widerstand stieß, oder wo eine Regierung etwa nicht von selbst reactionär genug war. Indeß ließ sich dieses System gleichwohl nicht überall durchführen, wo etwa ein Fürst — es war selten genug — sich dessen erinnerte, wie wenig es der fürstlichen Würde entsprach, alle Einrichtungen des Jahres 1848 nur als Erzeugnisse revolutionären Zwanges, d. h. eigener Feigheit und Schwäche, darzustellen. Der Herzog Ernst II. von Coburg-Gotha, Herr über 37 □Meilen und 149,000 Unterthanen, übernahm es, den Beweis zu liefern, daß ein fester Wille auch in dieser Zeit sich in seinem Rechte behaupten könne. Auch hier begehrten die Standesherren, wie in Würtemberg und anderwärts in dieser angenehmen Zeit die Herstellung ihrer Vorrechte, und am 20. Januar 1853 wurde die herzogliche Regierung vom Bunde zu einer Erklärung in der Sache aufgefordert. Der Herzog bestritt in seiner Erwiderung rundweg die Competenz der Bundesversammlung zu einem Einschreiten gegen die in anerkannter Wirksamkeit stehende Verfassung des Landes; er durfte weiter gehen und sagte, daß bei der Gunst der Zeit auch er, wenn er gewollt, die Verfassung hätte umstürzen können, es aber unterlassen habe, um nicht gegebenes Wort, Treue und Glauben zu verletzen: er hoffe, seine Bundesgenossen würden ihn nicht in die Lage bringen, seiner Ueberzeugung von Pflicht und Recht entgegenzuhandeln. Man bedachte sich in Frankfurt nicht, Truppen marschiren zu lassen, wo der

Fürst dieß verlangte; wo man aber riskiren mußte, den Fürsten mitzuvertreiben, überlegte man sich doch, ehe man daran ging, dem monarchischen Prinzip den Todesstoß zu geben: man begnügte sich also, sich im Stillen zu ärgern, oder gelegentlich dem „jakobinischen" Fürsten in reactionären Zeitungen einige Grobheiten sagen zu lassen. Dieß war ein Geschäft, dem sich mit besonderem Eifer die in Berlin erscheinende Neue Preußische Zeitung unterzog, welche an der Spitze der reactionären Presse stand und die auf den Herzog noch besonders darum giftig war, weil derselbe einen Mann von freisinniger theologischer Richtung, Dr. Schwarz aus Halle, zu seinem Hofprediger und Consistorialrath gemacht hatte.

Der verhältnißmäßig rasche Verlauf der Krisis von 1848 hatte übrigens die Wirkung, daß die ihr folgende Ermattung des Volksgeistes auch nicht von sehr langer Dauer war. Schon bald nach dem orientalischen Kriege begannen sich die vorwärtsstrebenden Kräfte wieder zu regen, und man ward sich mehr und mehr der Fortschritte und neuen Anregungen bewußt, welche das Jahr 1848 gebracht hatte, und die auf keine Weise durch eine wenn auch anfangs noch so mächtige reactionäre Gegenströmung vernichtet werden konnten. Im Gegentheil, es ward bald mit jedem Tage offenbarer, daß dießmal die Nation in allen ihren Schichten, ja in ihren innersten Lebenstiefen von dem Geiste einer neuen Epoche ergriffen worden war, dessen Wirkungen sich auch Diejenigen nicht entziehen konnten, die ihn am eifrigsten bekämpften. Auf jedem Gebiete zeigte sich sehr bald, wie wenig in dem Deutschland der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit den Polizeikünsten auszurichten war, die einst um die Zeit der Karlsbader Beschlüsse sich so wirksam erwiesen hatten. So hatte man z. B. zu Anfang der 50er Jahre wieder die nichtswürdigste Paßplackerei hervorgesucht: mit der peinlichsten Genauigkeit wurde geforscht, ob an dem Papier Alles in Ordnung, von Station zu Station die Ungefährlichkeit des Inhabers regelrecht obrigkeitlich bescheinigt war; der riesenhaft anwachsende Verkehr aber spottete bald dieser kindischen Versuche. Vor Allem aber zeigte sich die Ohnmacht dieser Restaurationspolitik gegenüber dem Zeitungswesen, das allen einzelnen Chicanen und Quälereien zum Trotz einen ungeheuren Aufschwung nahm. In einem Lande, wo die gewöhnliche Schulbildung ganz allgemein, die höhere sehr weit verbreitet war, zeigte sich jeder Versuch, die neuen Ideen, welche der Bewegung der letzten Jahre entsprungen waren, zu unterdrücken und in ihrer Ausbreitung zu hemmen, von vornherein aussichtslos. Die Presse, mehr gereizt als gefesselt, lernte rasch die Kunst, die Dinge so auszudrücken, daß die Gewalt keine Handhabe wider sie hatte, und doch jeder halbwegs einsichtige Leser vollkommen verstand,

was der Verfasser eigentlich sagen wollte. Vor Allem aber kam hier dem verfolgten Worte die Vielstaaterei zu Hülfe: eine mißliebige Broschüre wird in einem Staate verboten — ehe der Arm der Polizei sie erdrücken kann, hat sie schon den Weg über die nahe Landesgränze gefunden. Nichts konnte einem Verleger willkommener sein, als eine solche polizeiliche Verfolgung: von Mund zu Mund getragen, spottet in einem litterarisch so hoch entwickelten Volke, wie das deutsche es war, das geflügelte Wort, der unverwundbare Gedanke der plumpen Mittel, mit denen die Gewalt sie haschen will.

Es war ein Kampf der Geister, ein Widerstreit verschiedener Weltanschauungen, welcher, längst entbrannt, nunmehr mit vollem Bewußtsein auf den verschiedensten Gebieten, die wir nicht alle durchwandern können, ausgefochten wurde. Anfangs gab es der politischen Reaction einen besonderen Nachdruck, daß sie Hand in Hand ging mit einer **kirchlichen**, die sich den Anschein einer religiösen gab, und die es bis zu einem gewissen Maße auch wirklich war. Berechtigt und sehr am Orte war die Hervorhebung des christlichen Gedankens insofern, als der Mangel an aller religiösen Vertiefung den gesammten Bestrebungen der Demokratie und zum guten Theil auch des Liberalismus in jenen Jahren den Charakter des Frivolen aufgedrückt hatte, wie denn nicht zu leugnen ist, daß insbesondere die demokratische Partei erst durch den Druck, dem sie jetzt verfiel, eine ernstere Haltung und einen tieferen Gehalt gewann und sich namentlich befreite von dem nichtswürdigen Gesindel, das stets der augenblicklich siegreichen Fahne folgt, und das nun, wo der Wind sich gedreht hatte, in Masse dem conservativen Lager zuströmte. Indem diese Partei, auch hier dem bösen Vorbilde der französischen Revolution folgend, mit dem falschen Kirchenzwang und Orthodoxismus auch das Christenthum selbst aufgab, und jeden dreisten Spötter, jeden halbgebildeten Schulmeister, der mit seinem Pfarrer brouillirt war, jeden schellenlauten Thoren ermuthigte, das was so vielen guten und weisen Männern ein Genüge gethan, was dem besseren Theile des Volkes selbst noch in vollem Bewußtsein oder wenigstens als Nachklang aus unbefangener Jugendzeit heilig war, als Altweibermärchen zu verhöhnen: rief sie in ernsteren Gemüthern eine neue Hinneigung zum Christenthume hervor, eine religiöse Stimmung, deren sich dann vielfach geistlicher Hochmuth, pfäffische Herrschsucht, Heuchelei und Gewinnsucht, politisches Parteiwesen zu ihren Zwecken bediente. Wir werden diese Partei in Preußen, wo sie König und Land beherrschte, kennen lernen; indeß trat die gleiche Erscheinung allenthalben hervor.

Vor Allem glaubte die **katholische Kirche** ihre Zeit gekommen. Diese Kirche, deren Hierarchie sich weit mehr als die Geistlichkeit der

protestantischen Kirchengemeinschaften aus der Masse des niederen Volkes ergänzt, hatte auch während der Stürme der 1848er Revolution diese Fühlung mit dem Volke nicht verloren. Gewohnt mit jedem Winde und, wo es nöthig ist, auch mit dem Sturme zu segeln, spannte sie auch hier getrost die Segel aus. Sie ließ sich die den Interessen ihrer Kirche zusagenden Paragraphen der deutschen Grundrechte: „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbst", wie auch die von der Glaubens- und Gewissensfreiheit und von dem unbeschränkten Vereinsrecht wohlgefallen: ohne unnütze Scrupel darüber zu empfinden, daß es „die Revolution" war, welche sie gab. Die deutschen Bischöfe hielten im November 1848 zu Würzburg eine Conferenz, wo mit hohen Worten verkündet ward, daß auch die Kirche sich der Wiedergeburt des Vaterlandes nicht entziehe; freilich war dabei auch von deren göttlichem Anrecht auf die Jugenderziehung die Rede. Der Rückschlag kam: die Regierungen sahen sich überall nach conservativen Kräften um: auch unter den Protestanten waren Viele, die nach der „verlorenen Kirche" sich sehnten, und wer oberflächlich urtheilte, konnte in der That mit einigem Schein des Rechtes die römische Kirche als den Inbegriff alles conservativen Heiles ansehen, weil sie wirklich ganz noch dieselbe war — an Haupt und Gliedern, Tugenden und Lastern, Mißbräuchen, Formen, Glauben und Aberglauben — wie 15 Jahrhunderte früher; auch darauf konnte sie mit Recht sich berufen, daß in der allgemeinen Zerrüttung sie selbst keine Einbuße erlitten habe. Allein mit bloßen Schmeicheleien und Höflichkeiten war ihr nicht gedient. Sie verlangte bestimmte Rechte, wenn sie den weltlichen Regierungen in der Bekämpfung der Revolution beistehen sollte, und die fünf Bischöfe der sogenannten oberrheinischen Kirchenprovinz — denn diese civitas Dei hat ihre Provinzen, ihre Strafen, ihre Richter, ihre Krieger, wie der weltliche Staat — ließen ihre Regierungen nicht im Unklaren über das, was sie unter der Selbstständigkeit der Kirche, die man ihnen so voreilig versprochen hatte, verstanden. Freier Verkehr mit dem Oberhaupte ihres Staates zu Rom; Gültigkeit päpstlicher und bischöflicher Erlasse ohne Genehmigung des Staates; freie Verwaltung des Kirchengutes; bischöfliche Genehmigung für Religionslehrer an Schulen jeder Art und Stufe; Errichtung bischöflicher Seminarien; Anerkennung des bischöflichen Rechtes, die Cleriker zu prüfen, unter Wegfall der Staatsprüfung; Verleihung aller geistlichen Aemter durch den Bischof, wo nicht bestimmt erweisliches Patronatsrecht entgegenstehe; ungehinderte Ausübung der geistlichen Strafgewalt gegen alle Glieder der Kirche, mit Aufhebung der Appellation an die Staatsgewalt: dieß waren ihre Forderungen oder vielmehr der Anfang derselben. Und da diese Forderungen im Namen einer Kirche

gestellt wurden, die alle ihre einzelnen Prätentionen durch die ungeheure Gesammtprätention stützt, daß sie, diese bestimmte Kirche mit ihren Formen und Organen, die Kirche schlechthin sei — und die in diesem Sinne kirchlich und göttlich als gleichbedeutend nimmt: so konnte sie dieselben mit einem ganz anderen Nachdrucke stellen, als die eingeschüchterten Kammern, Stadträthe und sonstigen Corporationen jener üblen Tage die ihrigen. Die Bischöfe warteten die Erklärungen der Regierungen nicht erst ab: im Februar 1852 erklärten sie rundheraus, daß sie in jedem einzelnen Falle so handeln würden, als wenn ihre Forderungen genehmigt wären; und als dieselben von den Regierungen größtentheils abgelehnt wurden, ließen sie sich trotzig vernehmen: daß man Gott mehr gehorchen müsse, als den Menschen. So stemmte sich wiederum der geistliche Universalstaat dem kraftlosen Territorialstaate entgegen. Bei der damaligen Stimmung der Machthaber triumphirte er auch eine Zeitlang. Im Großherzogthum Hessen schloß das Ministerium Dalwigk mit dem neuen Bischof von Mainz, Freiherrn von Ketteler (seit 1850), am 23. August 1854 eine geheime Convention, welche diesem Vorkämpfer des Ultramontanismus in Deutschland ganz freie Hand gab, und die der Minister dem Landtage gegenüber abzuleugnen die Schamlosigkeit hatte. In Würtemberg benutzte man den Einfluß einer katholischen Maitresse auf den alternden König, um ein Concordat zu Stande zu bringen (1857), bei dem aber die günstige Stunde schon verpaßt war: das eigentliche Schlachtfeld, auf welchem der Kampf römischen Uebermuthes mit dem modernen Staate ausgefochten wurde, war das Großherzogthum Baden, wo nach dem am 24. April 1852 erfolgten Tode des Großherzogs Leopold I. für den regierungsunfähigen Nachfolger Ludwig dessen jüngerer Bruder Friedrich zunächst als Regent die Geschäfte übernahm. Der Erzbischof von Freiburg, Hermann von Vicari, untersagte zunächst das seither in ähnlichen Fällen übliche Traueramt für den verstorbenen Großherzog: und darin hatte er Recht, weil dieß bei einem im evangelischen Bekenntnisse Verstorbenen keinen Sinn hatte. Er ging dann aber schroff im Sinne der bischöflichen Forderungen vor, wobei jüngere Männer dem Greise — er war 1773 geboren — die müden Hände stärkten, wie Mose im Kampfe wider die Amalekiter. Er ließ Seminarprüfungen ohne Regierungscommissar abhalten, ernannte Pfarrer aus eigener Machtvollkommenheit, bedrohte die Mitglieder des katholischen Oberkirchenraths mit Excommunication; einer schwächlichen Ermahnung des Ministeriums (31. October 1853) gegenüber erklärte er, solchen Landesgesetzen, welche die „durch Christus der Kirche gegebene Einrichtung“ vernichteten, nicht gehorchen zu können. Die Regierung stellte ihn nun unter Aufsicht und bedrohte die Geistlichen, welche den

Weisungen des Erzbischofs folgen würden, mit Strafen. Dem setzte der Letztere die wirkliche Excommunication des Oberkirchenraths entgegen, und sah sich in dem Kampfe, bei welchem er kein wirkliches, sondern nur ein eingebildetes Martyrium zu erdulden hatte, da nur die untergeordneten Werkzeuge mit Geld- oder Gefängnißstrafen heimgesucht worden waren, durch das Lob des Papstes und aller Gläubigen in Nah und Fern unterstützt. So bedachte sich hier diese „conservative Macht" nicht, so viel an ihr lag, das Land der Anarchie entgegenzuführen. Die Regierung suchte mit Rom unmittelbar ins Reine zu kommen, schlug die Anklage gegen den Erzbischof und die Processe gegen die Geistlichen nieder (1854); aber als endlich nach langen Unterhandlungen eine Convention mit Rom (1859) zu Stande kam, da hatten sich die Zeiten sehr geändert, und es widerfuhr der römischen Kirche, daß alle ihre so künstlich und fein gestrickten Maschen wie Spinnengewebe zerrissen.

Der Kampf der römischen Kirche mit den Regierungen war der Kampf eines Staates mit einem Staate und wurde auch in diesen Formen ausgefochten, nur etwa daß man dem, was wesentlich Interessen des Ehrgeizes waren, religiöse Namen und Form gab: die Wissenschaft hatte damit nichts zu thun, da zwischen den feststehenden Satzungen und Dogmen der römischen Kirche und dem freien wissenschaftlichen Forschen keine Gemeinschaft mehr bestand. Anders war dieß auf protestantischem Boden. Auch hier dominirte allerdings die Orthodoxie, oder was man sehr obenhin das „positive Christenthum" nannte und diese Richtung war weit davon entfernt, den Regierungen solche Schwierigkeiten zu machen, wie die entsprechende katholische. Ein gefügiges Werkzeug der Reaction, arbeitete sie den Regierungen eifrig und willig in die Hände und empfing von diesen den Dank durch Begünstigung der verschiedenen Orthodoxien und ihrer hervorragenden Bekenner, sowie durch gelegentliche, wiewohl nicht eben durchgreifende Verfolgung dessen, was diese Orthodoxie in Bausch und Bogen den Unglauben nennt. Es gelang, der officiellen Welt wieder einen kirchlichen Anstrich zu geben: mit Seufzen entschloß sich so mancher höhere Beamte wieder zum Herr Herr sagen und zum Kirchenbesuch, den er seither der Plebs überlassen. Die Heuchelei schoß überall, in Kirche, Schule, Beamtenwelt, in üppige Halme; aber auf protestantischem Boden kann keine Richtung lange die Herrschaft behaupten, die sich nicht wissenschaftlich zu rechtfertigen vermag, und die Herstellung einer neuen Scholastik oder confessionalistischen Dogmatik mißlang. Selbst innerhalb der eigentlich theologischen Welt war doch auf diesem Boden die geistige Freiheit zu sicher gegründet, und der Kampf wurde hier doch meist mit wissenschaftlichen Waffen geführt. Versuche, wie z. B. in

Würtemberg, wo ein Prinz, der sich sonst in allen Lüsten wälzte, Einschreiten gegen den „Unglauben" auf der Hochschule zu Tübingen verlangte, womit er die Vorlesungen Christian Ferdinand Baur's meinte, fielen ohne viele Wirkung zu Boden: und wenigstens nicht überall war der Boden so günstig wie in Mecklenburg oder Kurhessen, wo lutherisches Pfaffenthum in der Weise des 17. Jahrhunderts wirthschaftete. Die übrigen Wissenschaften hatten sich von allem kirchlichen und theologischen Einflusse völlig losgemacht und schritten auf ihrem eigenen Wege rüstig fort; die Professoren, welche in der Paulskirche mit der Politik nicht hatten zu Stande kommen können, saßen alsbald wieder fleißig an der Arbeit, unentmuthigt, unverwüstlichen Glaubens und Hoffens voll, wie es Männern der Wissenschaft und Lehrern der Jugend geziemt. So kurz die eigentliche Revolutionskrisis gedauert hatte, so hatte sie doch eine für die Stellung und Bedeutung der Wissenschaft im Gesammtleben der Nation überaus wichtige Folge. Das Streben erwachte, die Wissenschaft unmittelbarer, stärker als bisher auf das Leben einwirken zu lassen, und Männer vom höchsten wissenschaftlichen Range auf den verschiedensten Gebieten, Naturwissenschaft, Staatswissenschaft, Geschichte, Nationalökonomie, bemühten sich, die Ergebnisse eigener und fremder Forschung in einer Sprache vorzutragen, welche es der Menge Derer, die keine specielle Vorbildung für das besondere Fach, sondern nur allgemeine Bildung und Interesse für wissenschaftliches Erkennen mitbrachten, möglich machte ihnen zu folgen. Die Menge der einzelnen Erscheinungen ist zu groß, als daß wir uns versucht fühlen könnten, sie aufzuzählen: für die Naturwissenschaften sei beispielsweise an Alexander von Humboldt's Kosmos erinnert, der in diesen Jahren (1845—1862) vollendet wurde; besonders die Geschichte empfand den belebenden Hauch einer großen, weltgeschichtlichen Epoche, deren erster Act soeben zu Ende gespielt worden war. Neben den älteren Meistern Leopold Ranke und seinem Gegenbilde Chr. Fr. Schlosser, deren Werke in ihrer anerkannten Wirksamkeit sich erhielten, entstanden andere, denen man bereits die mächtige Anregung der jüngsten Tage anfühlen konnte, und unter denen wir als für diese Zeit charakteristisch Ludwig Häusser's Geschichte Deutschlands seit dem Tode Friedrich's des Großen, Heinrich von Sybel's Geschichte der französischen Revolution und Theodor Mommsen's römische Geschichte hervorheben: auch Gervinus' Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts ist in diesem Zusammenhange zu erwähnen, da man die Abgeschmacktheit hatte, gegen die Einleitung zu diesem Werke, welche den innerlich bedeutendsten Theil desselben bildet, polizeilich einzuschreiten. Neben diesen deutschen Werken ist die des whiggistischen Staatsmannes Thomas Babington Macaulay Geschichte von

England zu nennen, die durch ihre Form wie durch ihren Gegenstand für Deutschland mindestens ebenso bedeutend geworden ist, wie für England. Diese und ähnliche Werke wirkten, während ihresgleichen früher in verhältnißmäßig kleinen Kreisen geblieben waren, auf ein großes Publikum und übten einen tiefen und heilsamen Einfluß auf diejenigen Klassen aus, welche die Revolution vorzugsweise zu einem thätigen Eingreifen in das politische Leben erweckt hatte.

Und dieß überhaupt war der hauptsächlichste Fortschritt, der in diesen Jahren geschah: die wachsende Macht der Oeffentlichkeit. Vor 1848 waren die wichtigsten Dinge innerhalb der besonderen Fachkreise verhandelt worden, und man hatte sich in den Kreisen der Regierenden davor gescheut, sich in die Karten sehen zu lassen; vollends was in dem einen deutschen Staate geschah, berührte den andern nur wenig, geschweige daß man sich dafür erwärmt oder erhitzt hätte, wie für eine eigene Sache. Dieß ward jetzt zusehends anders. Von Tag zu Tag und von Jahr zu Jahr, von den verschiedensten Parteistandpunkten aus, wurden die allgemein deutschen und europäischen, wie die besonderen Landesangelegenheiten vor dem Volke, soweit es überhaupt lesen konnte, verhandelt. Es wurde für Tausende und aber Tausende ein Bedürfniß, ununterbrochen sich mit den Fragen des Gesammtlebens, den politischen und gesellschaftlichen, zu beschäftigen; die Tagespresse erfüllte mit wachsendem Geschick die Aufgabe, dasjenige, was als mehr oder minder unbestimmte Empfindung unter ihren Lesern lebte, ihnen in klarer Form, zu schlagfertigen Worten und Gründen verarbeitet, darzubieten: und da sich bald materielle Interessen von großem Umfange mit den Organen der Presse verbanden, so ward diese zu einer Macht, welche, durch Gewaltmaßregeln gereizt und geärgert, im Einzelnen gehemmt und gedrückt, doch im Ganzen und Großen ihrer Wirksamkeit nicht mehr gehindert werden konnte. Die Regierungen und ihre Parteien fanden selbst es unerläßlich, mit in diese Arena des publicistischen Kampfes hinabzusteigen und dasjenige für sich zu gewinnen, was sie früher als beschränkten Unterthanenverstand gering geachtet hatten. Und noch mehr: während früher das höchste Glück des Beamten, des Ministers, des loyalen Unterthans ein gnädiges Lächeln oder Wort aus fürstlichem Munde, ein Orden, ein Lob des Vorgesetzten gewesen, begann er allmälig nicht mehr ganz gleichgültig zu sein gegen Lob oder Tadel, welchen aus der Mitte des Volkes heraus das Zeitungsblatt aussprach, das seinen Namen auf die Lippen von Tausenden brachte, mit welchen das tägliche Leben ihn zusammenführte. Eine neue Kraft war in die politischen Verhältnisse gekommen, welche dem ganzen staatlichen Leben eine andere Gestalt gab — nicht viel anders als die Dampfkraft das gewerbliche und Verkehrsleben

umgestaltet hatte; eine Kraft, die jedes Prinzip, jede Partei, jede gute und jede schlechte Sache sich dienstbar zu machen suchte. Indeß man empfand diesen Fortschritt wenig über einer trostlosen Gegenwart, die dem Deutschen überall nur Zerfahrenheit, Schmach nach außen, Rechtsbruch und Unfruchtbarkeit im Innern zeigte. Und was das Trostloseste von Allem war: nirgends schien sich eine Möglichkeit der Besserung zu zeigen. Der Radicalismus trug sich mit vagen und kindischen Hoffnungen einer neuen Revolution, gleich als wenn dieß etwas hätte helfen können, wo unter der Nation die Zerfahrenheit ebenso groß war, als unter den Fürsten: die Verständigeren sagten sich, daß ein Impuls zum Besseren nur von einer der Großmächte ausgehen könnte: und nicht Wenige hatten sich auch dieß klar gemacht, daß für Deutschland und in Deutschland Freiheit und Einheit, wenn überhaupt, nur von Preußen kommen konnte, aus dem einfachen Grunde, weil Preußen allein zugleich ein großer Staat und ein rein deutscher Staat war. Dieser Staat aber nahm sich in diesen Zeiten trauriger aus als jeder andere, weil in keinem andern das Mißverhältniß zwischen dem was war und dem was sein konnte, so schreiend war, wie in diesem.

3. Preußen.

Der preußische Staat begriff damals (1853) auf 5100 Quadratmeilen 17 Millionen Menschen gegen etwas über 10 Millionen im Jahre 1815. Von diesen 17 Millionen waren etwa 14 Millionen Deutsche: und zwar waren jetzt, wo durch die Einverleibung der hohenzollern'schen Fürstenthümer (21 □Meilen) der Staat auch wieder in Süddeutschland Fuß faßte, nahezu alle deutschen Stämme, Franken, Schwaben, Sachsen, Friesen, Lothringer, Thüringer, in diesem Gemeinwesen vertreten, dessen deutscher Charakter durch das für den Augenblick zwar noch starke, aber sichtbar im Rückgange begriffene slavische Element — noch 2,800,000 im Jahre 1853*) — nicht wesentlich beeinträchtigt wurde. Die Verschiedenheit der Religion, 10 Millionen Protestanten gegen 6 Millionen Katholiken, bildete hier kein Moment der Schwäche. Die römisch-katholische Kirche, unter Friedrich Wilhelm IV. mit ausgesuchter Höflichkeit und von diesem Fürsten selbst mit unverhohlener Sympathie behandelt, war zufrieden, soweit sie es überhaupt sein kann, wo sie nicht die unbedingte Herrschaft besitzt: und in den höheren Schichten der Gesellschaft hatte gemeinsame gesellschaftliche, wissenschaftliche und Berufsbildung, sowie auch das in den östlichen Provinzen von Hause aus mächtige, in den westlichen sichtbar im Wachsen begriffene preußische Staatsgefühl diesem Gegensatze

*) 1872: 2,500,000.

die Spitze abgebrochen. Die allgemeinen Culturverhältnisse waren glänzend, die Bodenbenutzung des großentheils nur wenig ergiebigen Areals eine außerordentliche. Es ist auch dieß ein Stück preußischer Geschichte, und nicht das am wenigsten rühmliche, wenn man liest, daß um diese Zeit der ganze Boden des Staatsgebietes 9 Procent Unland, 43 Procent Acker-, Wein- und Garten-, 25 Procent Wiesen- und Weide-, 23 Procent Waldland zeigte, und daß neben den Canälen und Straßen bereits 543 Meilen Eisenbahn, für die damalige Zeit nicht wenig, im Betriebe waren. Der materiellen Cultur aber entsprach die geistige: Individuen, welche nicht wenigstens lesen und schreiben konnten, fanden sich in den rein deutschen Provinzen und Bezirken nur sehr vereinzelt, und zu den Bildungsanstalten aller Art, den 24,000 Elementar-, den etwa 400 höheren Schulen, den sechs vollständig organisirten Universitäten, trat, sie ergänzend, eine Bildungsstätte von höchstem Werthe, das Heer, aus welchem die allgemeine Dienstpflicht zwar kein Volksheer im Sinne der demokratischen Improvisationen von 1848, aber doch ein wirkliches Nationalheer machte, und in dessen Organisation wir schon früher die breit und tief gelegte, im besten Sinne demokratische Grundlage dieses Staatswesens erkannt haben. Mit widerwilligem Erstaunen sahen die Bevölkerungen, welche, wie die von Sigmaringen, in den Jahren 1848 und 1849 Gelegenheit hatten, nach der Reihe Baiern, Würtemberger, Oestreicher und Preußen neben ihren eigenen Tapfern vom hohenzollern-sigmaringen-hechingen-liechtenstein'schen Bataillon in den Quartieren kennen zu lernen, die überlegene Gesittung in den Reihen der preußischen Truppen. Einige Wenige, welchen die rasch wechselnden Aufregungen jener Jahre den Blick nicht trübten, sahen mehr: sie fanden bei diesen Truppen, wie bald nachher bei den Beamten, die nach der Einverleibung kamen und die anfangs nur mit Haß und Mißtrauen empfangen wurden, ein wirkliches Nationalbewußtsein, das den Menschen ins Blut übergegangen war und keiner künstlichen Reizmittel bedurfte. Gesund wie die militärische Grundlage des Staates, war auch die finanzielle. Einnahme und Ausgabe waren im Gleichgewicht; die allgemeine Staatsschuld betrug (1852) die für einen Staat von dieser Größe geringfügige Summe von 150 Millionen Thaler.

Wir haben gesehen, wie dieser Staat, dem auf den Ruf seines Königs jeden Augenblick 600,000 Mann der besten Truppen zu Gebote standen, unter einem Fürsten, der seine Thatenscheu hinter wunderlichen mittelalterlich-romantischen Ideen und Doctrinen verbarg und der für Preußen nicht die deutsche Krone, welche ihm die Geschicke entgegentrugen, sondern nur etwa ein höchst legitimes Reichsfeldherrnamt ambitionirte, unter einer Regierung mittelmäßiger Köpfe ohne

nationales Ehrgefühl von Stufe zu Stufe zurückweichend, sich in eine Lage hatte drängen lassen, aus der es für einen solchen Staat allerdings noch mehr als Einen Ausweg gegeben hätte, in der es aber der leitende Minister von Manteuffel vorzog, denjenigen zu wählen, der unter dem Joche durchführte. Wir müssen nun zusehen, wie dieser Staat, unter einem schmählichen Parteiregimente, das traurigste Lustrum seiner Geschichte verlebte: ein peinlicher Anblick, für den aber zum Glück bald eine verwandelte Scene entschädigte, auf welcher mächtige und großartige Bilder sich drängen.

Eine wesentliche Aenderung war dennoch eingetreten, so sehr auch Alles zum Alten und noch weit hinter dasselbe zurückzustreben schien. Der absolute Staat war durch die Krisis der Revolutionsjahre zum constitutionellen umgewandelt worden. Für die Zwecke einer allgemeinen Geschichte genügt es, daran zu erinnern, daß nach Auflösung der Nationalversammlung die Regierung am 5. Dec. 1848 eine Verfassung octroyirt hatte und auf Grund derselben Anfang 1849 die in derselben vorausgesetzten zwei Kammern zusammengetreten waren, daß am 27. April 1849 die zweite Kammer aufgelöst und einen Monat später, am 27. Mai, ein neues Wahlgesetz mit viel beschränkterem Wahlrecht octroyirt wurde, und daß die Regierung mit der neuen Kammer dann über die endgültige Form der Verfassung sich geeinigt hatte. Dieses neue Staatsgrundgesetz war dann, wie erwähnt, am 6. Febr. 1850 vom König beschworen worden. Diese Verfassung bot, wenn auch vorher die allzu demokratischen Elemente aus ihr entfernt worden waren, doch im Wesentlichen eine genügende Grundlage für einen wirklichen Rechtsstaat dar. Alle Preußen vor dem Gesetze gleich, Standesvorrechte nur den Mitgliedern des königlichen Hauses und des fürstlichen Hauses Hohenzollern, sowie den ehemaligen Reichsunmittelbaren vorbehalten; Genuß der bürgerlichen und der staatsbürgerlichen Rechte vom Religionsbekenntnisse unabhängig; Freiheit der Person, Unverletzlichkeit der Wohnung und des Eigenthums, Freiheit des religiösen Bekenntnisses, Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, Versammlungs- und Vereinsrecht; Unverletzbarkeit des Briefgeheimnisses gewährleistet; als verfassungsmäßige Vertretung der Staatsbürger übt der Landtag mit dem König gemeinschaftlich die gesetzgebende Gewalt. Er zerfällt in zwei Kammern: die erste Kammer, nach dem Gesetz vom 30. Mai 1855 das Herrenhaus genannt, zusammengesetzt gemäß Gesetz vom 3. Mai 1853 und königlicher Verordnung vom 12. October 1854, besteht aus den großjährigen Prinzen des königlichen Hauses, aus Mitgliedern, die mit erblicher Berechtigung sitzen, und solchen, die auf Lebenszeit vom Könige berufen sind. Zu den Ersteren gehören die Häupter der fürstlichen Familie von Hohenzollern-Sigmaringen und

Hechingen, die Häupter der ehemals reichsunmittelbaren Familien in preußischen Landen, die Fürsten, Grafen und Herren, welche zur Herrencurie des frühern vereinigten Landtags gehört haben und solche, welche der König mit Erblichkeit ernennt: als Mitglieder auf Lebenszeit berief der König „Vertreter des alten und befestigten Grundbesitzes", welche ihm von Verbänden solcher Grundbesitzer präsentirt wurden; je ein Mitglied von jeder der sechs Landesuniversitäten; ferner Männer, welche ihm von Magistraten derjenigen Städte, die er mit diesem Rechte begnadigte, präsentirt wurden, und endlich beliebige Persönlichkeiten aus besonderem Vertrauen. Die zweite Kammer oder das Haus der Abgeordneten bestand aus 352 Mitgliedern, welche durch mittelbare Wahlen ernannt wurden: auf 350 Seelen wurde von den Urwählern je ein Wahlmann gewählt, und zwar geschahen diese Urwahlen so, daß die Urwähler in drei, nach dem Vermögen gebildeten Abtheilungen zu wählen hatten. Die Wahlmänner des Wahlkreises, deren Mandat für eine Legislaturperiode von drei Jahren galt, wählten dann den Abgeordneten. Das Wahlrecht ist freigebig zugemessen: jeder unbescholtene Preuße über 24 Jahre, der keine Armenunterstützung genießt, ist nach sechsmonatlichem Aufenthalt in einer bestimmten Gemeinde zum Wählen berechtigt: wählbar, wer über 30 Jahre alt und seit einem Jahre im Besitze der preußischen Staatsangehörigkeit ist. Die Kammern werden jährlich regelmäßig im November berufen, die Vertagung darf 30 Tage nicht überschreiten und sie darf sich während derselben Session nicht wiederholen; löst der König die zweite Kammer auf, so muß die Neuwahl binnen 90 Tagen erfolgen. Jedes der beiden Häuser regelt seinen Geschäftsgang und wählt seine Präsidenten selbst. Beamte bedürfen zum Eintritt in die Kammer keines Urlaubs; die Sitzungen sind öffentlich; die Mitglieder dürfen während der Sitzungsperiode nicht ohne Genehmigung des betreffenden Hauses zur Untersuchung gezogen oder verhaftet, und können für ihre im Hause ausgesprochenen Meinungen nicht außerhalb desselben zur Rechenschaft gezogen werden. Auch sonst waren die Rechte der Volksvertretung im Allgemeinen viel reichlicher bemessen, als in den Verfassungen der meisten übrigen deutschen Staaten, Würtembergs z. B., wo man sich immer viel mit seinem Constitutionalismus gebrüstet hat; der rationelle Zug, der durch die ganze Geschichte dieses modernsten unter den europäischen Großstaaten geht, verleugnete sich auch hier nicht. Beide Häuser hatten, so gut wie die Regierung, das Recht der Initiative zu Gesetzvorschlägen, das Recht, Adressen an den König zu richten, das Recht, die Regierung zu interpelliren, das Recht der Controle der Staatsfinanzen und das Recht, neue Steuern zu bewilligen: Finanzgesetze, und so auch der jährlich zu vereinbarende Staatshaushaltungsetat, gingen zuerst

an das Haus der Abgeordneten, und das Herrenhaus konnte den Letzteren nur im Ganzen annehmen oder verwerfen, durfte ihn nicht amendiren.

Der König hatte den Schwur nicht mit gutem Willen, sondern nur unter Vorbehalt geleistet: in der Hoffnung, wie er sagte, daß man es ihm möglich machen werde, mit dieser Verfassung zu regieren, und unter der Ankündigung weiterer Verbesserungen in seinem Sinn; es war in der That ein Wunder, daß diese Verfassung in der nun beginnenden Zeit sich hielt. Vielleicht war es in dieser Beziehung ein Glück, daß die demokratische Partei, auf ihrem Rechtsstandpunkte beharrend — auf den sie freilich kein Recht hatte, weil sie selbst, so oft es ihr paßte, auf „der Stärke schrecklich Recht", die Revolution, gepocht hatte — sich für die nächste Zeit vom Schauplatze zurückzog und bei den Wahlen für die zweite Kammer sich nicht betheiligte; die liberale Partei ihrerseits, mitbesiegt und machtlos, seitdem sie durch ihr schwächliches Mitrathen in Erfurt sich auf die schiefe Ebene der Nachgiebigkeit begeben hatte, war ängstlich bemüht, durch fortgesetzte Nachgiebigkeit, durch den Schein eines Vertrauens, das sie in Wahrheit nicht hegte, die Verfassung für bessere Zeiten zu retten, zu „überwintern": sie hielt sich deshalb in einer zaghaften Defensive und das Feld blieb so der Partei der Ultras der Reaction, deren geistvollstes Mitglied der König selbst, und deren gefügiges Werkzeug sein Ministerium war, an dessen Spitze seit dem Rücktritte von Radowitz' der Mann von Olmütz, Freiherr von Manteuffel, stand.

Das Organ dieser Partei war die Neue Preußische Zeitung, welche, in den Tagen der Gefahr entstanden, dem revolutionären Treiben muthig entgegengetreten war und eine Art Mittel- und Sammelpunkt für die Kräfte des Widerstandes gebildet hatte. Jetzt aber schaarte sich um diese Fahne Alles, was bedrohter Eigennutz, blinder Fanatismus und ehrliche Bornirtheit gegen die Forderungen des Jahrhunderts erbitterte. Der vorwaltende Gedanke dieser Partei, welche nur über einen sehr geringen Vorrath von Ideen verfügte, war die Bekämpfung der Revolution: unter welchem letzteren Namen sie Alles begriff, was den Vorrechten des Adels, der Alleinherrschaft eines protestantischen Pfaffenthums, dem Kastengeist des Officiercorps und der Willkür des Königthums, sofern dasselbe sich ihren Interessen dienstbar erwies, widerstrebte. Es bedurfte erst großer Kämpfe und gewaltiger Ereignisse, ehe die wahrhaft conservativen und vortrefflichen Elemente des preußischen Adels, der preußischen Beamtenschaft, der Geistlichkeit, des Officierstandes sich selbst wiederfanden, und eine wirklich conservative Partei im staatsbauenden altpreußischen Geiste gegenüber dieser neupreußischen Reactionspartei sich bildete. Das bedeutendste Talent

dieser Partei war der Professor an der Berliner Universität, Friedrich Julius Stahl, der, 1802 in München von jüdischen Eltern geboren, 1819 zum Christenthum übergetreten war, auf verschiedenen Universitäten docirt, durch eine „Philosophie des Rechts nach geschichtlicher Ansicht" (1 Band 1830) sich Ruf erworben hatte, 1843 nach Berlin berufen auf die romantische Weltanschauung des Königs einging und jetzt der neupreußischen Partei eine Art metaphysischer Grundlage schuf, ihre Anschauungen in mundgerechte Formeln brachte und mit kühner und gewandter Rede verfocht: ein nie fehlender Sprecher, unvergleichlicher Dialektiker und Meister in der Kunst „die schlechtere Sache zur besseren zu machen", wie die Alten das Wesen aller Sophistik treffend bezeichneten. In der Wissenschaft ist sein Name wohl bereits der Vergessenheit anheimgefallen, und was die Partei sein System nannte, sichert ihm nur neben den älteren Doctrinären der Reaction, wie Haller, de Maistre u. Anderen einen Platz; aber er war unzweifelhaft der bedeutendste Mann seiner Partei, und gab ihr einen gewissen Halt, den Schein einer tieferen Lebens- und Weltanschauung, die keiner der übrigen Führer derselben geben konnte: weder der Appellationsgerichtspräsident Ludwig von Gerlach, der übrigens ein gewissenhafter Mann von ernster Ueberzeugung war und dem einmal eingenommenen Standpunkte unerschütterlich treu blieb, noch auch — und weniger als Gerlach, der im gewöhnlichen Leben und in seinem Amte sich durchaus als einen Mann von strengem Rechts- und Ehrgefühl erwies — der Vorfechter und Führer der Partei in der zweiten Kammer und Redacteur des Parteiorgans, Hermann Wagener, ein gewandter parlamentarischer Klopffechter von oberflächlichen Kenntnissen und großer Dreistigkeit, der nach Art seichter Rabulisten jede Frage sofort zur Prinzipienfrage machte und den Gegner damit widerlegte, daß er dessen Ansichten kurzer Hand auf „die Revolution" zurückführte, wo er ihn nicht noch kürzerer Hand durch Polizei und Denunciationen widerlegen konnte. Denn dieß, „das Gegentheil der Revolution", war im Grunde das A und das O der Parteidoctrin, welche jede Schmach und jeden Rechtsbruch im Innern rechtfertigen mußte. Sie bezeichnete mit dem vieldeutigen Worte Alles, was in irgend eine nähere oder entferntere Beziehung mit der im Jahre 1789 beginnenden Umwälzung, die dem alten Pfaffen- und Adelswesen ein Ende gemacht hatte, gebracht werden konnte. Sie wollten nichts davon wissen, daß das Volk, das für sie überhaupt nur existirte, sofern es in bestimmte Stände gegliedert war, gegenüber dem Könige Recht haben könne; auf ihm, dem König allein ruhte, nach Stahl's Theorie, der Abglanz von Oben; indeß wollten doch, wie sie sagten und mit Recht sagen konnten, weder Stahl noch die Masse der Landjunker, beförderungssüchtigen Beamten und

beschränkten Pastoren, welche die Stärke der Partei bildeten, eine Despotie, einen absoluten König: sie wollten nicht die Monarchie Friedrich Wilhelm's I. oder Friedrich's des Großen, nicht den alten straff organisirten Beamtenstaat, welcher auch das Junkerthum in seine harte Zucht genommen und kein Pfaffenthum hatte aufkommen lassen. Ihr Ideal war vielmehr die ständische Monarchie und unter ihren Schlagworten war das Eine, „das historische Recht" gegenüber dem Naturrecht besonders beliebt: die Geschichte reichte aber für diese Partei nicht weiter, als bis zu dem alten Staate mit der Gliederung in Adel, Bürger und Bauern, einer Ordnung der Dinge, bei welcher bekanntlich der Adel am besten fortgekommen war. Mit dergleichen Ideen, die sich in der Anwendung nicht allzu romantisch gestalteten, schmeichelten sie dem Könige, welcher mit mittelalterlichen Begriffen zu spielen liebte und der an dem Einfachen keinen Gefallen fand, und gewannen zugleich Spielraum und freien Boden für jede Rechtsverdrehung und Gesetzesumgehung. Bedurfte man der Regierung zur Vergewaltigung eines politischen Gegners, eines Gesetzes, eines Verfassungsparagraphen, dem man auf geradem Wege noch nicht beikommen konnte, so sprach man von dem göttlichen Rechte des Königthums, von des Königs persönlichem Eigenthumsrechte an die Krone und deren unveräußerlichem Rechte, und Aehnlichem; machte sich die Regierung unbequem, so konnte man trotzig auf das Recht der historischen Stände pochen und wohl ein Wort davon fallen lassen, daß von den brandenburgischen Adelsgeschlechtern etwelche noch vor den Hohenzollern in der Mark gewesen seien: vollends aber dem Gegner Feindschaft gegen das Christenthum nachzuweisen, Gleichgültigkeit, Indifferentismus, Subjectivismus, war die leichteste Sache von der Welt, da für diese Leute, von denen die große Mehrzahl niemals eine ernsthafte religiöse Entwickelung durchgemacht hatte, die Religion Jesu Christi nur in den Formen und Formeln der „historischen" Bekenntnisse vorhanden war. Zuerst hatte sich diese Partei im berechtigten Kampfe gegen eine zügellose Straßendemagogie gebildet: allmälig hatte sie sich gesammelt und befestigt im Ringen gegen die parlamentarische Demokratie, und in diesem Stadium war ein Mann, dem damals Niemand seine große Bestimmung für Deutschland geweissagt hätte, Otto von Bismarck-Schönhausen, ihr leidenschaftlichster Vorkämpfer gewesen: jetzt aber machte sie die Entdeckung, daß nicht sowohl der Republikanismus, mit dem es in dem tiefmonarchischen Preußen keine Noth hatte, gefährlich sei, sondern der Liberalismus, der Constitutionalismus, der Parlamentarismus — der Wolf im Schafskleide, die Revolution in Frack und Glacéhandschuhen, oder wie Manteuffel gesagt, „in Schlafrock und Pantoffeln."

Die Verfassung ließen sie sich einstweilen gefallen, obgleich einige ihrer Führer sofort, nachdem der König dieselbe beschworen, die Möglichkeit andeuteten, oder auch unverblümt aussprachen, daß der König, der sie verliehen, dieses sein freies Geschenk auch wieder zurückziehen könne; sie wußten wohl, daß Friedrich Wilhelm im Herzen ebenso dachte. Sie sei ein Gesetz wie andere, sagten sie, nicht weniger, aber auch nicht mehr, Nummer so und soviel der Gesetzsammlung: und nur in diesem Sinne leisteten auch sie den Eid. Indeß einstweilen belästigte die Verfassung sie wenig. Ihre Partei, klein an Zahl, aber mächtig, umdrängte das Staatsruder, beherrschte den König, war in ausschließlichem Besitz der hohen Staatsstellen und verfügte mithin über die niederen; sie konnten hoffen, die Verfassung in ihrem Sinne zu revidiren und umzugestalten; später, als der Liberalismus wieder zu Kräften kam, versöhnten sie sich ganz mit derselben, da sie die Möglichkeit gewährte, jeden unbequemen Fortschritt durch das Herrenhaus, in welchem das Junkerthum das Uebergewicht besaß, zurückzuweisen.

Diese Partei regierte von 1850—1857 König und Land so gut wie unumschränkt; sie bestimmte seine innere Politik unbedingt, und seine äußere wenigstens in großem Umfange.

Nach außen war es der Grundgedanke der heiligen Allianz, enge Verbindung zwischen Rußland, Oestreich und Preußen, welchen sie verfolgten: eine Politik, bei welcher schon in Metternich's Tagen Preußen die Unkosten bestritten hatte, und die auch jetzt nur auf Kosten der preußischen Zukunft fortgesetzt werden konnte, wie sie denn soeben von Rußland und Oestreich, Nicolaus und Schwarzenberg, mit vollständiger Verdrängung Preußens aus seiner deutschen Stellung neu in Scene gesetzt worden war. Die herrschende Partei trug mit einem gewissen Stolze diese Kette, welche sie mit dem Namen der Solidarität der conservativen Interessen bezeichnete. „Die erste Stelle in Deutschland gebührt Oestreich", war die Meinung Friedrich Wilhelm's, und mithin gebührte, im Sinne der Partei der Gegenrevolution, die erste Stellung in Europa dem Kaiser von Rußland; auf eine weitere Entwickelung der preußischen Macht war damit verzichtet: und nur darin blieb Friedrich Wilhelm IV. dem erwerbsamen Sinne seines Hauses getreu, daß auch er ein weiteres Stückchen deutscher Erde, die hohenzollernschen Fürstenthümer Sigmaringen und Hechingen, dem Staate hinzufügte. Freilich, so wie die Dinge damals lagen, eine Erwerbung von zweifelhaftem Werth, die leicht gegebenen Falles mehr Verlegenheiten als Nutzen bringen konnte.

Drei Fragen waren es, welche in der zweiten Hälfte der Regierung Friedrich Wilhelm's IV. die auswärtige Politik Preußens in Bewe-

gung setzten: die schleswig-holsteinische, die orientalische und die neuenburger Frage.

Von diesen war die erste der Angelpunkt, um den sich alle preußische Politik hätte drehen sollen: wenn irgendwo, so war dort das preußische Interesse zugleich das deutsche und das deutsche zugleich das preußische. Von einer deutschen Aufgabe und Zukunft Preußens aber schien die herrschende Partei überhaupt nichts zu wissen. Wie ihr die Begriffe deutsch und demokratisch und revolutionär nahezu gleichbedeutend waren, so waren ihr, wenigstens zu Anfang dieser Periode, die Schleswig-Holsteiner einfach Rebellen; daß der König von Dänemark selbst ein Werkzeug in den Händen einer demokratischen Partei war, kümmerte sie ebenso wenig, wie die traurige Rolle, welche Preußen, von Oestreich verhöhnt, bei der Pacification der Herzogthümer hatte spielen müssen. Durch den Tractat vom 8. Mai 1852, das Londoner Protocoll, war die Sache in einer Weise geschlichtet worden, welche den Interessen Rußlands und vornehmlich Oestreichs, das besser als das damalige Preußen wußte, was für diesen letzteren Staat dort zu holen war, zusagte: daß auch der preußische Gesandte, der ehrenwerthe, gut deutsch gesinnte Bunsen, seinen Namen unter dieses Actenstück hatte setzen müssen, war die letzte der Demüthigungen, welche Preußen in jener Unglückszeit über sich hatte ergehen lassen. Allein die Angelegenheit war damit mit Nichten aus der Welt geschafft. Einmal nämlich gelang es keineswegs, alle die Verzichte zur Stelle zu schaffen, welche nöthig gewesen wären, um der in dem Londoner Tractat auf den Schild gehobenen Glücksburger Linie die Nachfolge ohne Anfechtung zu sichern, und andererseits hatte ein Beschluß des deutschen Bundes vom 29. Juli 1852 Act genommen von den Verpflichtungen, zu denen Dänemark in einer Proclamation vom 29. Januar jenes Jahres sich bekannt hatte: unter Anderem sollte nach dieser Proclamation jedes der beiden Herzogthümer eine ständische Vertretung mit beschließenden Befugnissen erhalten.

Die ganze Frage wurde wieder eine offene, sobald Dänemark diesen Verpflichtungen nicht nachkam. Dort in Kopenhagen, wo eine gewaltthätige demokratische Partei eine königliche Null beherrschte, ging die Absicht auf die Herstellung einer dänischen Gesammtmonarchie, in welcher die Herzogthümer nichts weiter als Provinzen sein sollten; und nur etwa darüber war Meinungsverschiedenheit, ob diese Machterweiterung des kleinen Inselstaates alle drei Herzogthümer umfassen sollte oder ob es nicht, weil nun einmal Holstein und Lauenburg rechtlich und thatsächlich nicht dänisch waren, vorsichtiger und richtiger sei, sich mit der Eidergränze zu begnügen und alsdann die Danisirung des Herzogthums Schleswig um so energischer zu betreiben. Was dem kleinen dänischen Volke den Muth gab, einem Volke von 40 Millionen

Schach zu bieten und zwar in den ersten Jahren nach dem ersten schleswig-holsteinischen Kriege — fast ohne Ahnung, sollte es scheinen, welch' ein gefährliches Spiel dieß war, — das waren die Erfahrungen, welche die soeben verlebte Zeit geboten hatte. Freilich der Jammer der deutschen Dinge lag offen vor aller Welt Augen: es gehörte kein scharfes Auge dazu, um zu sehen, daß Oestreich ganz dasselbe Interesse hatte, wie Dänemark selbst, nämlich die deutsche Nationalitätsbewegung in den Herzogthümern niederzuhalten, weil dieselbe nothwendig sich an Preußen anlehnen mußte — daß Preußen augenblicklich im Schlepptau Oestreichs ging und daß es bei jedem Versuche eines energischen Aufschwunges nicht nur durch Oestreichs tief eingewurzelte Feindschaft, sondern auch durch die Eifersucht der Mittel- und Kleinstaaten Deutschlands gelähmt werden würde — daß der ganz unter östreichischem Einflusse stehende Bundestag zwar der nationalen Stimmung gelegentlich gute Worte geben, nimmermehr aber im deutschen Sinne energisch handeln werde — und daß endlich die außerdeutschen Großmächte, Rußland, England, Frankreich in dem Streithandel Dänemark gegen Deutschland auf der Seite des Schwachen stehen würden. Es war eine von der Leidenschaft beherrschte, kurzsichtige, oberflächliche Politik, welche dem hochmüthigen Volke eines Tages theuer zu stehen kommen konnte: aber die deutschen und die preußischen Dinge ließen sich damals so hoffnungslos an, daß sie wohl erklärlich war.

Zunächst also kühlte die in Kopenhagen herrschende Partei ihre Rache an den Trägern des deutschen Elements in den Herzogthümern, setzte hunderte von deutsch gesinnten oder deutscher Gesinnung verdächtigen Beamten, Lehrern, Predigern ab, die nun in einzelnen deutschen Ländern — die Gerechtigkeit fordert zu sagen namentlich in Preußen — eine leidliche Unterkunft fanden, während der süddeutsche Patriotismus sich etwas wohlfeil mit Lebehochrufen und Bierpfennigen für diese Vertriebenen abfand. In Holstein verfuhr man mit einiger Mäßigung, anders in Schleswig, wo überall auf die gewaltthätigste Weise dänische Sprache, dänische Predigt, dänischer Schulunterricht den widerstrebenden Bevölkerungen aufgezwungen wurde; zugleich ward mit großer Dreistigkeit durch Verordnung vom 16. März 1853 ein District von sechs Dörfern um Rendsburg von Holstein getrennt und zu Schleswig geschlagen. Zum Scheine wurde im Herbst 1853 eine schleswigsche und eine holsteinische berathende Versammlung einberufen, darnach 1854, ohne weitere Berücksichtigung der Gutachten dieser Versammlungen, höchst ungenügende Verfassungen für diese beiden Herzogthümer bekannt gemacht. Am 26. Juli 1854 octroyirte Friedrich VII. alsdann seinem Reiche eine Gesammtstaatsverfassung, und da diese die Zustimmung des dänischen Reichstags — die Herzogthü-

mer fragte man nicht — nicht fand, wurde am 2. October 1855, nach erfolgter Vereinbarung mit dem dänischen Reichstage eine neue publicirt und in Vollzug gesetzt. Diese Verfassung räumte dem *Reichsrath*, der alle zwei Jahre zusammentreten sollte, große Rechte ein; allein da derselbe aus 47 dänischen, 13 aus Schleswig, 18 aus Holstein, 2 aus Lauenburg, theils vom Könige ernannten, theils von den Ständeversammlungen der verschiedenen Lande zu wählenden Mitgliedern bestand, so waren die Vertreter der Herzogthümer von vornherein der Majorität der dänischen und dänischgesinnten preisgegeben. Ueber diese Verfassung, welche in den wichtigsten Punkten den früheren Zusicherungen widersprach, kam es nun zu einem unfruchtbaren Notenwechsel zwischen den Großmächten, welchen Manteuffel durch eine Note vom 1. Juni 1856 eröffnete und der sich bis Mitte 1857 hinzog. Seine einzige Frucht war die Zusammenberufung einer außerordentlichen Versammlung der *holsteinischen* Stände, August 1857, die aber schon im September von dem königlichen Commissär in hohen Ungnaden geschlossen wurde, weil sie auf die königlichen Intentionen nicht einging und die Selbstständigkeit und Gleichberechtigung des Landes aufrechterhalten wissen wollte. So wurden fünf Jahre lang die Dinge hingehalten, die Herzogthümer mißhandelt und finanziell von den Dänen ausgebeutet, bis sich endlich am 29. October 1857 auf eine Vorlage Oestreichs und Preußens die Bundesversammlung mit den Angelegenheiten Holsteins und Lauenburgs, deutscher Bundesländer, ernstlich befaßte. Auf den Antrag Hannovers, das hier auf billige Weise einem schwächlichen Ehrgeiz fröhnte, wurde ein besonderer Ausschuß gebildet, der — für diese Versammlung ungewöhnlich rasch — schon nach einigen Monaten Bericht erstattete. Am 11. Februar 1858 stimmte dann die hohe Versammlung über die Anträge dieses Ausschusses ab. Die dänische Regierung ward aufgefordert, in Holstein und Lauenburg einen den Bundesgrundgesetzen und den ertheilten Zusicherungen entsprechenden Zustand herbeizuführen und der Bundesversammlung über die in dieser Beziehung getroffenen Anordnungen „baldigst" Anzeige zu erstatten. Dänemark handelte zunächst ohne alle Rücksicht auf diesen Beschluß; der Reichsrath bewilligte Gelder für Vermehrung der Wehrkraft des Landes und Befestigung von Kopenhagen; endlich (26. März) ließ sich die Regierung zu einer Erwiderung herbei, die von Winkelzügen und Ausflüchten strotzte und in welcher sie neue Unterhandlungen anbot. Am 20. Mai 1858 raffte sich die Langmuth des Bundestags zu einem neuen Beschlusse auf, welcher, auf dem Standpunkte vom 11. Februar beharrend, eine bestimmte Erklärung innerhalb sechs Wochen verlangte. Nachdem die Frist bis zur letzten Minute verstrichen war, (15. Juli) gab die dänische Regierung eine Antwort mit neuen Hinter-

halten, Ausreden, nichtssagenden Concessionen, unbestimmten Versprechungen: und nun endlich, in einem neuen Bundesbeschlusse (12. August) wurde der dänischen Regierung mit einer Bundesexecution gedroht und Erklärung innerhalb drei Wochen verlangt. Einzelne Regierungen, Hannover, Coburg-Gotha, Oldenburg forderten sofortige energischere Schritte, nach welchen die unterdessen wiedererwachte öffentliche Meinung Deutschlands ihrerseits mit wachsendem Ungestüm verlangte.

Eine Gelegenheit, aus dieser jämmerlichen Lage herauszukommen, wo eine Nation von 40 Millionen, an ihrer Spitze ein großer Staat von 18 Millionen, sich von einem wenig über eine Million umfassenden Staate verspotten ließ, bot sich für Preußen bei dem Ausbruche der orientalischen Krisis dar. Wohin die Sympathien der herrschenden Partei gingen, war kein Geheimniß; sie hätte am liebsten dem Heiligen ihrer Partei, dem Czaren Nicolaus, Heeresfolge geleistet in dem Kriege, den sie nicht übel Lust zeigte als einen Kampf des Kreuzes wider den Halbmond darzustellen. Der Kriegsminister von Bonin entgalt, wie wir sahen, sein unvorsichtiges Wort über die Unmöglichkeit einer russischen Allianz mit sofortiger Entlassung; ihre Organe jubelten über jeden Erfolg der russischen Waffen und als der Kaiser Nicolaus starb, trug die Partei eine Trauer zur Schau, welche jedem preußischen Manne die Schamröthe hätte auf die Wangen treiben müssen. „Ich danke Gott auf Knien", schrieb der König, dessen Geist offenbar schon damals sich zu umwölken begann, an Bunsen, „daß Er mich würdigte, bei dem Tode des Kaisers Nicolaus tief betrübt zu sein",*) und es imponirt gewissermaßen, wenn Herr von Gerlach mit einer Naivetät ohne Gränzen in offener Kammer sagte, daß man um den Czaren Nicolaus in Preußen wie um einen Vater getrauert habe. Es war nur pikant und nicht gerecht, wenn ihm entgegnet wurde, daß Manche in ihm wohl ihren Ernährer betrauert hätten, denn von gemeiner Bestechung und Gründen plumpen Eigennutzes war nicht die Rede, wenngleich einzelne Männer der Partei in der That landesverrätherischer Mittheilungen nach Petersburg und gemeiner Spionendienste beschuldigt worden sind; aber ein trauriges Symptom der damaligen Zustände in Preußen war es doch, wenn Männer nicht allein von hoher äußerer Lebensstellung, sondern auch von wirklichem Patriotismus, durch den Haß, den sie im Jahre 1848 gegen die Demokratie eingesogen hatten, bestimmt wurden, sich bis zu einer so blind abgöttischen, bis hart an die Gränze des Landesverrathes gehenden Verehrung eines auswärtigen Despoten wegzuwerfen — eines Despoten, der ihrem eigenen Landesherrn mehr als einmal mit der Besetzung von Ostpreu-

---

*) Ranke, Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelm's IV. mit Bunsen, p. 324.

ßen gedroht hatte, wenn dieser sich nicht seinem Willen in den deutschen Angelegenheiten unterwerfe.

Indessen eine Allianz mit Rußland in dieser Frage war gleichwohl eine Unmöglichkeit — noch unmöglicher als ein „Vatermord im alten Athen" und so war wirklich hiervon auch nicht ernstlich die Rede. Noch weniger freilich von dem, was im liberalen Lager verlangt wurde, daß Preußen die Gelegenheit ergreifen solle, in Gemeinschaft mit den Westmächten das russische Uebergewicht zu brechen, das keinem andern Staate sich so demüthigend fühlbar gemacht hatte, und sich durch Zugeständnisse in der Herzogthümerfrage bezahlt zu machen. Vergebens sucht man in dem vertraulichen Briefe an Bunsen, in welchem der König sich über seine Politik in der brennenden Frage ausspricht (9. Januar 1854) nach einer Spur, daß der König sich der Existenz dieser Herzogthümer erinnerte. Auch hier ist es das Gespenst der Revolution, von welcher doch weit und breit hier nichts zu sehen war, welches den König verfolgt und man verliert die Spur jedes vernünftigen Gedankens, wenn er in diesem Schreiben, das schon einem kranken Geiste entsprungen scheint, davon spricht, daß er Oestreich nicht durch die Revolution angreifen lasse und wenn man die Revolution loslasse, sich mit Rußland auf Tod und Leben verbünden werde. So blieb denn zunächst nichts Anderes übrig, als daß man wie früher die Direction von Oestreich empfing. Der Vertrag vom 20. April 1854, den wir kennen, bezeichnet den Höhepunkt der preußischen Action: in einem geheimen Artikel wurde die Incorporation der Donaufürstenthümer oder die Ueberschreitung der Balkanlinie von Seiten Rußlands als Kriegsfall bezeichnet. Rußland zog seine Truppen aus den Donaufürstenthümern zurück und damit war dem nächsten Allianzzweck Genüge geleistet; den weiteren Schritten Oestreichs schloß Preußen sich nicht an und dieß war richtig, da man von Oestreich gar nichts zu erwarten hatte und es thöricht gewesen wäre, um Oestreichs Willen sich mit Rußland zu verfeinden. Man bezeichnete die Politik Preußens jetzt als die „Politik der freien Hand": eine Politik, die übrigens doch immer besser war, als was diese Regierung sonst in auswärtigen Dingen that, weil sie, da sie nicht handelnd auftrat, auch nichts verdarb. Während Oestreich auf seine Weise vorwärts ging, blieb Preußen stille stehen und hörte auf, in dieser Frage zu zählen; an den Wiener Conferenzen war es nicht betheiligt, seiner Vermittlerdienste begehrte man nicht und wir sahen wie der Friedenscongreß in Paris ohne die fünfte Großmacht zusammentrat: erst als die Hauptsache erledigt war, erging auch an Preußen die Einladung, ihn zu beschicken. Manteuffel beeilte sich ihr zu folgen; er hatte die Genugthuung, seinen Na-

men gleichfalls unter das Friedensinstrument vom 30. März 1856 zu setzen.*)

Die Politik der freien Hand kam, wie zu erwarten, mit leeren Händen zurück. Man hatte die großen Ereignisse ihren Lauf nehmen lassen, ohne daß der erste deutsche Staat ein Gewicht in die Wagschale gelegt hätte. Man hatte die gute Gelegenheit, die schmählich verfahrene schleswig-holsteinische Angelegenheit wieder in besseres Geleise zu bringen, ungenützt verstreichen lassen. Ohne sonderliche Gemüthsbewegung hatte man zugesehen, daß Oestreich die in Deutschland populärere Seite nahm und wiederum als die führende Macht erschien — daß Rußland, auf dessen Allianz man doch seither gepocht hatte, geschwächt, Oestreich mit Rußland verfeindet und die conservative Dreifaltigkeit dadurch zerstört, das neue bonapartistische Frankreich dagegen thatsächlich an die Spitze Europas getreten war und sein Kaiser nunmehr um die Wette von Oestreich und Rußland — vier Orden auf einmal überreichte Baron Budberg im Namen des Czaren im Juni 1856 dem soeben noch bekämpften Feinde — mit zudringlicher Schmeichelei umworben wurde; daß der sardinische Minister auf eine wunde Stelle in Europa zeigte, an der leicht ein neuer Krieg von weittragenden Folgen sich entzünden konnte. Indeß Einen Punkt gab es, wo auch der Ministerpräsident des damaligen Preußens, er der in Olmütz die Schmach seines Landes unterzeichnet hatte, ohne mit den Wimpern zu zucken, sein Blut wallen fühlte. Eine Frage gab es, die unmöglich hier auf dem Congreß vor dem versammelten Europa unberührt bleiben konnte: in einer der Sitzungen, welche dem Friedenswerke folgten

*) Es ist von Interesse, hierherzusetzen, was Fürst Bismarck in der Sitzung des deutschen Reichstags vom 5. December 1876 sagt: „Wir sind in den Jahren 1853, 1854, 1855 damals Zumuthungen in einem Maße ausgesetzt worden, wo ich die Geduld unseres damaligen allergnädigsten Herrn bewundert habe, und wo meine politischen Ansichten mit denen meines damaligen Vorgesetzten nicht immer zusammenfielen. Ich würde in seiner Stelle die Versuche, welche gemacht wurden, uns für fremde Interessen aus Gefälligkeit oder aus Furcht vor Krieg in einen schädlichen Krieg mit Anderen zu treiben, sehr entschlossen und in einer unangenehmen Weise zurückgewiesen haben, sollte ich auch schließlich in die Lage gekommen sein, den Zutritt zu der damaligen Pariser Conferenz nicht mehr zu finden. Es wäre uns gar nichts verloren gewesen, wenn wir nicht dabei gewesen wären. (Heiterkeit. Sehr richtig!) Also dergleichen liegt nicht außer dem Bereich der Möglichkeit, es geschah uns damals und es hat schließlich doch die treue und feste Gesinnung des damaligen Königs von Preußen seinem Volke gegenüber, das er in unnütze Kriege, in unnütze Händel, in ein Zerwürfniß mit einem seit mehreren Jahrhunderten treu wohlwollenden Nachbar nicht bringen wollte, schließlich ihre Früchte und Nutzen getragen.“ In derselben Weise, noch stärker in der Sitzung vom 19. Februar 1878. — Die Gerechtigkeit erfordert, den Punkt hervorzuheben, der Bismarck an der Politik Friedrich Wilhelms IV. so rühmlich scheint: das im Text gegebene Urtheil im Ganzen können wir nicht ändern.

und in welchen verschiedene Angelegenheiten von europäischem Interesse in unverbindlichem Meinungsaustausche erörtert wurden, öffnete er den schweigsamen Mund und richtete die Aufmerksamkeit auf die armseligste Bagatelle, welche jemals die hohe Politik beschäftigt hat, die Neuenburger Angelegenheit. Die Behandlung dieser Sache vollendet das klägliche Bild der Führung der auswärtigen Politik Preußens während der Herrschaft der Junkerpartei.

Die jetzige Generation, welche die Verschmelzung Preußens und der deutschen Staaten außer Oestreich zu einem großen Reiche erlebt hat, lernt es als eine gleichgültige Notiz aus Geschichtsbüchern, daß während des spanischen Erbfolgekrieges der König von Preußen als bestberechtigter der vielen Prätendenten in den Besitz des Fürstenthums Neuenburg und Vallengin gekommen (1707) und seit 1713 in beständigem Besitze desselben, mit kurzer Unterbrechung durch den Frieden von Tilsit, geblieben sei: es ist ein Ländchen am Jura, 13 ganze □Meilen groß, das im Jahre 1856 etwa 70,000 Einwohner zählen mochte. Auf dem Wiener Congresse nun war dieses souveräne Fürstenthum, wie seine geographische Lage dieß nahe legte, zugleich als Canton der schweizerischen Eidgenossenschaft einverleibt worden; so gut der König der Niederlande für Luxemburg Mitglied des deutschen Bundes sein konnte, konnte am Ende auch der König von Preußen als Fürst von Neuenburg Mitglied der helvetischen Eidgenossenschaft sein. Dieß ging, so lange — eben wie in Deutschland — der Schwerpunkt für das politische Leben der Schweiz in den einzelnen Kantonen ruhte und das kleine Ländchen selbst hatte am wenigsten Ursache, sich über das Doppelverhältniß zu beklagen: es hatte Manches für sich, Republik und Monarchie zugleich zu sein. Allein die Zeiten wurden ernster und vertrugen solche Harmlosigkeiten nicht mehr. Die radicale Partei, ärgerlich über Neuenburgs Versuch im Sonderbundskriege neutral zu bleiben, faßte den Gedanken, dieser Verbindung, welche in den Augen eifriger und folgerichtiger Republikaner ein Aergerniß, in den Augen jedes nüchternen Betrachters auf die Dauer ohne Sinn und unhaltbar war, ein Ende zu machen. Die günstige Stunde zögerte nicht, die französische Februarrevolution brach aus; ein Freischaarenzug von Lachaux-defonds aus nöthigte den preußischen Statthalter zur Flucht und die revolutionäre Regierung erklärte kurzer Hand die Rechte des Königs von Preußen für erloschen. Der preußische Gesandte bei der Eidgenossenschaft protestirte: aber in den nächsten Jahren hatte Preußen, Deutschland, die Schweiz und alle Welt Wichtigeres zu thun, als diese Angelegenheit in Ordnung zu bringen. Das Recht war auf Seiten des Fürsten; irgend welche reelle Bedeutung für den König von Preußen oder gar den Staat Preußen aber hatte das Ländchen nicht, ob-

gleich Friedrich Wilhelm auf diesen Besitz wie auf ein niedliches Spielzeug großen Werth legte; seine geographische Lage machte dasselbe zu einem Bestandtheile der Schweiz und als solcher machte es die wichtige und heilsame Verfassungsänderung mit, zu welcher die Schweiz die europäische Krisis von 1848 benutzte.

Die in der Schweiz dominirende radicale Partei ergriff nämlich die gute Gelegenheit, das Land aus einem lockeren Staatenbunde in einen wohlorganisirten Bundesstaat zu verwandeln, was hier besser als mit dem großen und schwerfälligen Deutschland gelang. An die Stelle der Tagsatzung mit wechselndem Sitzungsort trat eine Bundesversammlung, welche, alljährlich in der zur Bundeshauptstadt erklärten Stadt Bern zusammentretend, in einen Nationalrath und einen Ständerath zerfällt. Den Nationalrath wählen die 48 Wahlkreise, in welche das eidgenössische Gebiet zu diesem Zwecke zerlegt wird, auf drei Jahre, auf je 20,000 Seelen ein Mitglied; den Ständerath die 22 Cantone als Ganze, von denen jeder zwei Abgeordnete schickt. Das Vorortsystem hört auf; die vollziehende Gewalt übt ein allemal auf ein Jahr gewählter Bundespräsident, dem ein von der Bundesversammlung auf drei Jahre gewählter, aus sieben Mitgliedern bestehender Bundesrath zur Seite steht.

Allein Friedrich Wilhelm hatte „sein treues Neuenburg", sein „unter die Füße der Gottlosen zertretenes Ländchen am Jura" nicht vergessen. Im Jahre 1849, beim Feldzug in Baden, waren preußische Truppen, wie wir wissen, bis an die schweizer Gränze vorgedrungen; man war jenseits dieser Gränze nicht ganz ohne Sorge, daß die Abrechnung bei dieser Gelegenheit würde vorgenommen werden. Allein die Lage der Dinge und die Rücksicht auf Frankreich schützte das entlegene Ländchen und man mußte sich vorläufig damit begnügen, daß die Großmächte das Recht des Königs als Fürsten von Neuenburg anerkannten. Allein der König hatte keineswegs auf sein Schweizerhäuschen verzichtet; in jenem oben erwähnten Briefe vom 9. Januar 1854, in welchem er für Schleswig-Holstein kein Wort fand, ist Neuenburg das erste und das letzte Wort; es war auch hier die fixe Idee des Kampfes gegen „die Revolution", welche ihn beherrschte und welche jetzt den Mann von Olmütz bewog, die Aufmerksamkeit des Congresses auf diesen Punkt zu richten, wo gegen die Verträge eine revolutionäre Macht, welche die Rechte des Souveräns mißachte, dominire. Aber er fand hier angesichts der ernsthafteren Dinge, die zu erledigen waren, wenig Anklang. Man mußte die Sache anders anfangen. Auf die Klagen der Neuenburger Royalisten erwiderte man in Berlin, sie hätten ihre Treue noch nicht thatsächlich bewiesen. Sie verstanden den Wink: es war in der Stadt Neufchâtel eine gar nicht unbedeutende

royalistische Partei, die Pourtalès, Meuron und andere alte Familien, und es ließ sich von ihrem Standpunkte Manches für die gute alte Zeit anführen. Am 3. September 1856 schlugen sie los; geführt von einem Grafen Pourtalès und Oberstlieutenant von Meuron überrumpelte eine kleine Schaar Parteigänger das Neuenburger Schloß, verhaftete die Regierung, rief die Herstellung der fürstlichen Autorität aus; allein der Handstreich, tollkühn wie er war, endete schon am folgenden Tage mit der Wiedereinnahme des Schlosses durch die Republikaner unter Oberst Denzler und Gefangennehmung von 150 Royalisten. Sie konnten für ihre Rebellion ganz dasselbe anführen, wie die „Rebellen" in Polen oder in Ungarn, oder in Baden, oder in Schleswig-Holstein, denen man mit Pulver und Blei den Mund gestopft hatte: sie hatten sich wie jene in Waffen gegen eine Regierung erhoben, der sie die Rechtmäßigkeit absprachen mit Gründen, die schließlich nicht besser und nicht schlechter waren, als die von jenen angeführten; die Schweiz griff nicht zu jener Art der Widerlegung, aber sie weigerte sich, und mit vollem Rechte, auf das preußischerseits gestellte Verlangen völliger Straflosigkeit der Verhafteten einzugehen. Darüber erhob sich große Entrüstung zu Berlin: die Partei, welche, ohne zu zucken, zugesehen und mitgeholfen, als in den Tagen von Warschau, von Olmütz, von Bronzell „die preußische Ehre aus allen Poren floß", fing an, über die verletzte Ehre der Krone und des Staates Preußen, ja ganz Deutschlands zu lärmen und mit einem militärischen Spaziergange zu drohen, was ebenso lächerlich war, als die Prahlereien mit Morgarten und Sempach, welche die bramarbasirende schweizer Demokratie dem säbelrasselnden Junkerthume entgegensetzte: das beste Geschäft machten in Baden, Würtemberg und Baiern Diejenigen, welche die Gelegenheit benutzten, die noch sehr wohlerhaltenen Musketen, die im Jahre der allgemeinen Volksbewaffnung alle Welt sich angeschafft, jetzt zu leidlichem Preise der Eidgenossenschaft zu verkaufen. Indeß schien es gleichwohl Ernst zu werden: im Jahre 1857 sprach man wirklich von einer Mobilmachung. Die Schweiz ihrerseits ließ sich nicht einschüchtern. Kein Mensch glaubte ernstlich an einen Krieg um einer Sache willen, die wirklich keinen einzigen Schuß Pulver werth war; eine Heerfahrt Preußens gegen die Schweiz wegen Neufchâtels, welche die ganze europäische Welt auf den Kopf gestellt hätte, war ein Gedanke, der an seiner eigenen Ungeheuerlichkeit scheitern mußte: und die Schweiz besaß an den gefangenen Royalisten, welche der König unter keinen Umständen im Stiche lassen durfte, ein Pfand, das sie zur definitiven Lösung des ganzen lästigen und bei der völlig veränderten Lage der Dinge in Europa sinnlos gewordenen Verhältnisses benutzen konnte — eines Verhältnisses, das ohne irgend welchen Nutzen für irgend einen der Betheiligten einen

ihrer Cantone an einen durch so und so viele souveräne Länder von ihm getrennten Fürsten band. Die Frage mußte aber irgendwie aus der Welt geschafft werden. Die Mächte, welche in einem Protocoll vom 24. Mai 1852 des Königs Souveränetät über Neuschâtel ausdrücklich anerkannt hatten, traten jetzt, am 5. März 1857, zu einer neuen Conferenz zusammen, und unter thätiger Vermittelung des Kaisers Napoleon, dem dieser Handel sehr willkommen sein mußte, kam denn schließlich eine Lösung zu Stande, welche von der Natur der Verhältnisse dictirt wurde, das Gefühl Friedrich Wilhelm's IV. aber aufs Tiefste verletzte. Die Schweiz hatte, auf die Zusicherungen Napoleon's hin, schon am 15. Januar die gefangenen Royalisten „begnadigt", und so, indem sie dieselben in Freiheit setzte, aber ihnen auferlegte, bis zu endgültiger Entscheidung der Sache außer Landes zu gehen, ihre Würde gewahrt; am 16. Mai leistete dagegen der König auf die Souveränetät über Neuschâtel unter Vorbehalt des Titels und gegen eine Million Francs Entschädigung Verzicht. Nachdem so das Prinzip gewahrt worden, hatte er die Delicatesse, auf jene Entschädigung zu verzichten: fast der einzig erfreuliche Zug in dieser Haupt- und Staatsaction, welche so, wie der letzte Act in einem Lustspiel, mit einer allgemeinen Versöhnung schloß.

Es charakterisirt vielleicht nichts schlagender die auswärtige Politik Preußens während der Herrschaft der Junkerpartei, als dieß, daß sie zu Anfang derselben die Elbherzogthümer im Gefolge Oestreichs den Dänen auslieferte, und daß sie es auf der andern Seite wegen Neuenburgs beinahe zum Kriege hätten kommen lassen. Die Folgen dieser Politik aber waren insofern höchst verderblich, als die Erinnerung an sie später einem Herrscher und einer conservativen Regierung von ganz anderer Art ein hemmendes Mißtrauen zu Wege brachten, und im Volke die verkehrte und ungerechte Meinung sich einnisten ließen, als sei das preußische Heer nur zu nutzlosen Demonstrationen auf der Welt. Viel schlimmer in dieser Beziehung aber war die innere Politik derselben Parteiregierung, welche die treffliche Position des preußischen Staates in Deutschland aufs Traurigste compromittirte, und es auf längere Zeit jeder folgenden Regierung erschwerte, die große Mission Preußens in Deutschland zu erfüllen.

Als die leitenden Gesichtspunkte dieser inneren Politik von 1850 bis 1857 lassen sich bezeichnen: Privilegirung des Adels auf Kosten der übrigen Stände, Willkür des Beamtenthums auf Kosten der Rechtspflege, Unterdrückung der Gewissensfreiheit und des geistigen Fortschritts durch das Staatskirchenthum. Die Regierung, aus lauter mittelmäßigen Köpfen bestehend, seitdem die Männer von selbstständigem Urtheile, Radowitz, Ladenberg, zuletzt Bonin, aus dem Ministe-

rium verdrängt waren, ließ sich von der Partei, welche in der ersten Kammer über eine große Mehrheit, in der zweiten freilich zunächst nur über eine starke Minderheit verfügte, vorwärts treiben, konnte aber zum Glück in der Veränderung der Verfassung und Beseitigung der freisinnigen Gesetze nicht so rasch zu Stande kommen, als die Ungeduld der Partei verlangte.

In der Gesetzgebung war man nun doch einmal auf den der Verfassung gemäßen Gang angewiesen: und hier setzte bis zum Jahre 1855 die liberale Majorität, obwohl sie, ihrer Schwäche bewußt, mit möglichster Behutsamkeit und Nachgiebigkeit verfuhr, in der zweiten Kammer der allzu hastigen Reaction einen Damm entgegen. Der erste Angriff war gegen den Artikel 105 der Verfassung und gegen die auf Grund dieses Artikels gegebenen Gesetze — ein Gesetz, betreffend die Ablösung der Reallasten und eine freisinnige Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung (vom 11. März 1850) — gerichtet, Gesetze, durch welche eine Reihe von Mißbräuchen abgeschafft und innerhalb der Gemeinde alle persönlichen Befreiungen und Privilegien beseitigt waren. Die Regierung gab sich dazu her, ihr eigenes Werk zu vernichten. Durch einen königlichen Erlaß vom 19. Juni 1852 wurde die Einführung der Gemeindeordnung, sowie der neuen Kreis- und Provinzialvertretungen sistirt, und im Herbste desselben Jahres die restaurirten alten Provinziallandtage wieder berufen, die mit ihrer wesentlich aristokratischen Zusammensetzung der neumodischen Volksvertretung ein Gegengewicht halten sollten und mit denen man auch wohl gegebenen Falles diese neumodische Volksvertretung selbst als überflüssig beseitigen zu können hoffte. Es gelang auch, den §. 105 durch ein Gesetz aufzuheben und an seine Stelle eine allgemeine Bestimmung zu bringen, nach welcher Vertretung und Verwaltung der Gemeinden, Kreise und Provinzen durch *besondere Gesetze* geregelt werden sollten: allein diese besonderen Gesetze selbst, die neuen Städte- und Landgemeindeordnungen, konnten bei der damaligen zweiten Kammer nicht durchgebracht werden, welche auch den Vorschlag auf Beseitigung des wichtigen Artikels 42, der die gutsherrliche Polizei und obrigkeitliche Gewalt und alle aus den früheren feudalen Rechten und Privilegien herrührenden Verpflichtungen für aufgehoben erklärte, ablehnte. Diese Legislatur aber ging mit dem Jahre 1855 zu Ende. Und nun setzte die Partei und die von ihr beherrschte Regierung alle Hebel an, um eine Majorität in ihrem Sinne bei den Neuwahlen zusammenzubringen. Dieß gelang, da man in den Mitteln nicht wählerisch war: unter 352 Mitgliedern des neuen „Hauses der Abgeordneten“ waren nicht weniger als 215 active Beamte, darunter 125 unmittelbar vom Mi-

nisterium abhängige. Die 72 Landräthe schufen ihr den Namen der **Landrathskammer**, unter welchem sie in der parlamentarischen Geschichte Preußens eine wenig beneidenswerthe Unsterblichkeit erlangt hat. Die Wahlen für den Vorstand fielen in ihrem Sinne aus; bei den Wahlen für die verschiedenen Commissionen schloß sie gegen das Landesinteresse und gegen den gewöhnlichsten parlamentarischen Anstand die Mitglieder der liberalen Minderheit vollständig aus, und ebenso verwarf sie, ihrer Mehrheit sicher, den Antrag des Grafen Schwerin auf Untersuchung der bei den Landtagswahlen vorgekommenen Beeinträchtigungen der Wahlfreiheit, obgleich oder vielmehr weil die Partei am besten wußte, welchen Mitteln sie diese Mehrheit verdankte. Ein Programm aus ihrer Mitte bezeichnete nicht weniger als etliche zwanzig Artikel der Verfassung, welche im Sinne eines noch vollständigeren „Bruches mit der Revolution" beseitigt oder umgestaltet werden müßten, und Antrag auf Antrag wurde in diesem Sinne gestellt, bei welchen in der Regel das abgeschmackte Gerede vom **Widerstand gegen die Revolution** jede weitere Motivirung überflüssig machte. Nicht alle gingen durch, da die Regierung eines großen Staates, und wäre sie noch so schlecht, nicht jede Thorheit einer siegestrunkenen Partei mitmachen kann. Doch wurden die wichtigsten Bestimmungen jenes Artikels 42 beseitigt und im Verfolg dann den Gutsbesitzern die polizei=obrigkeitliche Gewalt zurückgegeben, auch eine ganze Reihe von Gesetzen vorbereitet, welche bestimmt waren, alte Mißbräuche wiederherzustellen und namentlich in den östlichen Provinzen die Herrschaft eines Adels künstlich aufrechtzuhalten oder wiederaufzurichten, der sich nicht die Mühe nehmen wollte, seine bevorzugte Stellung durch diejenigen Mittel festzuhalten, durch welche sie in einem gebildeten Staatswesen allein behauptet werden kann: nämlich durch vorragende Intelligenz, Fleiß, wirthschaftliche und politische Thätigkeit und Tüchtigkeit. Was bei der vorigen Kammer nicht gelungen war, gelang dießmal: die Ersetzung der beseitigten Gemeindeordnung durch neue, welche wieder auf den Standpunkt des Landrechts zurückgingen, oder auch, wie die Städteordnung für die Rheinprovinz (15. Mai 1856), nach französischem Muster zugeschnitten waren. Am Rhein, wo der Adel keine Rolle mehr spielte, war es die Bureaukratie, der man den überwiegenden Einfluß auf die Gemeindeangelegenheiten zurückgab. Das französische Muster aus der Revolutions= und der napoleonischen Zeit kümmerte die Partei, welche sonst so tapfer gegen Revolution und Cäsarismus zu declamiren wußte, dießmal wenig; auch dießmal, wie überall, wo es ihr paßte, fand sie leicht die beschönigende Phrase: der Mann, der allezeit schlagfertig war und nie erröthete, Wagener, rechtfertigte die bureaukratische Tendenz des die Rheinprovinz betreffenden

Gesetzes mit den Worten, daß diese Provinz eben die am meisten regierungsbedürftige sei.

In allen diesen Stücken, wie auch in Fragen der auswärtigen Politik, gingen Regierung und Kammermehrheit, „Autorität und Majorität", nunmehr Hand in Hand. Um so befremdlicher war, daß die Erstere plötzlich auf Widerstand stieß, als sie in Folge der erhöhten Ansprüche, welche das verwickelter und mannigfaltiger und darum theurer gewordene staatliche Leben an die Finanzen des Staates stellte, mit einigen neuen Steuergesetzen vor den Landtag trat. Von fünfen, welche zusammen 4½ Millionen einbringen sollten, wurde nur eines, elende 100,000 Thaler im Betrage, genehmigt; die übrigen litten theils im Abgeordnetenhause und theils im Herrenhause, Schiffbruch. Mit der parlamentarischen Opposition, welche gegen die Art der neuen Steuern gerichtet war, verband sich die ständische Opposition der Rechten, welche sich gar nicht übel darin gefiel, die Regierung kurz zu halten, wie die Stände in früheren Zeiten gethan hatten.

Der Schade, welchen hier, auf dem Gebiete der Gesetzgebung, deren nächste Aufgabe sie in der Untergrabung der Verfassung zu suchen schienen, die vereinigten Feudalen und Servilen anrichteten, war im Ganzen nicht so groß. Der Parlamentarismus, jung wie er in diesem Lande war, zeigte zum Zerstören wie zum Schaffen noch erst geringe Kraft und die herrschende Partei hatte bis 1855 doch an der liberalen Majorität der zweiten Kammer ein Hinderniß, das ihren Anlauf einigermaßen lähmte. Und auch nach 1855 ging es nicht rasch, da die constitutionelle Maschinerie verständiger Weise darauf angelegt ist, jede übereilte Gesetzgebung zu erschweren. Die Gesetzgebung stand im Allgemeinen mehr still, als daß sie rückwärts schritt. Von den Gesetzen, welche in der Verfassung verheißen waren, Ministerverantwortlichkeit, Civilehe, Unterrichtsgesetz war allerdings nicht weiter die Rede; andererseits aber glaubte die Partei auch, neue Gesetze in ihrem Sinne weniger nöthig zu haben, da es in ihrer Macht stand, die bestehenden, wo nöthig, in ihrem Sinne auszulegen, umzudeuten, schlimmsten Falles offen zu brechen: und was die Verfassung selbst betraf, so machten die Geschickteren, wie Stahl, allmälig die Entdeckung, daß überhaupt diese Verfassung eigentlich nur eine Reihe von Verheißungen darstelle, die um wirksam zu sein erst der besonderen Ausführungsgesetze bedürften; statt wie doch ausdrücklich in der Verfassung gesagt war, anzuerkennen, daß die ihr zuwiderlaufenden früheren Gesetze durch sie aufgehoben seien, interpretirte man vielmehr die Verfassung durch diese früheren Gesetze und da Stahl und die übrigen Jesuiten und Sophisten der Partei nicht lange zu suchen brauchten, um allerlei Widersprüche in ihr zu entdecken, so konnte man ohne Mühe jeden

ihrer Paragraphen nach den Eingebungen der Parteiwillkür anwenden.

Weit schlimmer war, daß sie rüstig ans Werk ging, die Verwaltung und, soweit möglich, auch die Rechtspflege zu corrumpiren. Anstellung und Beförderung richtete sich auf allen Gebieten weit mehr nach der Willfährigkeit, mit welcher die Bewerber auf die Anschauungsweise der Partei, ihre Rachgier gegen Demokraten und Liberale, ihren Haß gegen schlichte Gesetzes- und Verfassungstreue, ihr bornirtes und fanatisches Heuchelchristenthum eingingen, als nach der Tüchtigkeit für das besondere Amt. Im Allgemeinen arbeitete in dieser schlimmen Zeit Junkerthum und Bureaukratie einander in die Hände. Doch fehlte es auch nicht an Fällen, wo sich diese verschiedenen Elemente der Reaction in die Haare geriethen. Der Polizeipräsident von Hinckeldey, der mit sehr geringen Scrupeln eine durchgreifende Präfektenwirthschaft in Berlin ausübte, mit plumper Roheit Alles was Demokrat war, oder vielleicht war, oder vielleicht sein konnte, vergewaltigte, der aber auf der andern Seite die polizeiliche Ordnung und seinen herrischen Willen rücksichtslos zur Geltung brachte, war bei der bei Hof und namentlich im Herrenhause vorwaltenden Partei nicht mehr wohl angeschrieben, weil er, hochfahrend gegen Jedermann, es nicht ganz zu verbergen wußte, daß er von den Fähigkeiten der Mehrzahl derselben keine sehr hohen Vorstellungen habe. Es erregte ihren Groll, daß er einigemale auch über die Kreuzzeitung Beschlagnahmen verfügt hatte; dergleichen war nach den Anschauungen der Partei nur gegen demokratische oder liberale Blätter erlaubt; als er aber in Berlin einen adeligen Spielclub polizeilich schließen ließ, da griff diese Rotte zu einem Mittel, welches in jenem Falle vom einfachen Mord nicht weit verschieden war. Einer von der Gesellschaft, Herr von Rochow-Plessow, ein geübter Schütze, forderte den Polizeipräsidenten vor die Pistole — unter anderen abgeschmackten Vorurtheilen war auch diese, die „ritterliche Uebung“ des Duells wieder stark im Schwunge — und muthmaßlich, wenigstens glaubte man so in Berlin, würden andere Forderungen gefolgt sein, wenn er der ersten entgangen wäre. Herr von Hinckeldey war Edelmann und mußte folgen; der König wußte um das bevorstehende Duell, aber auch er war machtlos gegen die Tyrannei der Standessitte und der herrschenden Faction: am Abend brachte man die Leiche des erschossenen Mannes seiner Familie zurück (10. März 1856). Des folgenden Tages setzte der Präsident des Herrenhauses, Graf von Stolberg-Wernigerode diesem Vorgange die Krone auf, indem er von dem Vorgefallenen in einer Rede Kenntniß gab, die nichts Anderes an demselben zu bedauern fand, als daß „der Edle von Rochow“ ein Gefangener sei und verhaftet bleibe. Er blieb es nicht

lange: des Königs Gnade, vergebens angerufen, wo es sich um politische Verbrecher handelte, befreite ihn bald von kurzer Festungshaft. Den Theologen der Partei aber blieb die schwere Aufgabe, dem Duell eine christliche Seite abzugewinnen: man muß zu ihrer Ehre einräumen, daß dieß doch nur wenige fertig brachten. Die Leiche Hinckeldey's wurde unter ungeheurer Betheiligung der Berliner Bevölkerung zur Erde bestattet; man sammelte eine bedeutende Summe für die Hinterbliebenen: was immer der Gefallene, sonst ein erkorenes und rücksichtsloses Werkzeug der Reaction, gesündigt haben mochte, dießmal hatte er die allgemeine Sache des Gesetzes gegen eine Faction vertheidigt.

Dieser Zusammenstoß der Junkerpartei mit der Beamtenmacht war ein vereinzelter Fall; im Uebrigen gingen beide in herrischem Ueberspringen, hinterlistigem Umdeuten der Gesetze, und vor Allem in rachgieriger Verfolgung der Personen ihrer Gegner Hand in Hand. Die Laufbahn eines Beamten, zuweilen selbst sein klares Recht hing von dieser willfährigen Gesinnung ab, die man als Königstreue bezeichnete. Es wurde bald nicht unbedenklich für einen Beamten, wenn er auch nur neben der Kreuzzeitung eines der oppositionellen Blätter hielt oder las, die man als staatsfeindlich oder königsfeindlich bezeichnete. Wer sich dagegen als Mitglied des „Treubundes" oder als Mitarbeiter an einem der Parteiblätter legitimirte, durfte sich Alles erlauben und war vor jeder Verfolgung geschützt, im schlimmsten Falle der Begnadigung und reichlicher Entschädigung sicher. Wo die Regierung, wie bei der Besetzung der städtischen Beamtenstellen, nicht das Recht der Ernennung sondern nur das Recht der Bestätigung hatte, ward mit Versagung dieser Bestätigung operirt: und so wurde jedes Recht so lange gebogen, bis es brach. Daß diesem Willkürregiment besonders die Unabhängigkeit des Richterstandes ein Dorn im Auge war, versteht sich. Die Verfassung hatte die schützenden Formen bestätigt und vermehrt, welche diese Unabhängigkeit, eine der Quellen der Größe und Kraft des preußischen Staates, sichern konnten; aber der Justizminister der Partei, Simons, war auf seinem Felde nicht minder tüchtig, als der des Innern oder des Cultus, von Westfahlen und von Raumer, auf dem seinigen. Man trug Sorge, namentlich in dem höchsten Gerichte, dem Obertribunal, die erledigten Stellen mit Männern der herrschenden Richtung zu besetzen und es erfolgten an dieser Stelle Entscheidungen, welche den Glauben erweckten, daß selbst hier an der höchsten Stätte, wo man die gewissenhafteste Unparteilichkeit zu finden voraussetzte, das Recht der Politik untergeordnet werde. Ein besonders bedenkliches Werkzeug in der Hand der Regierung war die Staatsanwaltschaft, welche das ausschließliche Recht hatte, über Verfolgung oder Nichtverfolgung eines Verbrechens zu befinden und welche unmittelbar unter dem

ihrer Paragraphen nach den Eingebungen der Parteiwillkür anwenden.

Weit schlimmer war, daß sie rüstig ans Werk ging, die Verwaltung und, soweit möglich, auch die Rechtspflege zu corrumpiren. Anstellung und Beförderung richtete sich auf allen Gebieten weit mehr nach der Willfährigkeit, mit welcher die Bewerber auf die Anschauungsweise der Partei, ihre Rachgier gegen Demokraten und Liberale, ihren Haß gegen schlichte Gesetzes- und Verfassungstreue, ihr bornirtes und fanatisches Heuchelchristenthum eingingen, als nach der Tüchtigkeit für das besondere Amt. Im Allgemeinen arbeitete in dieser schlimmen Zeit Junkerthum und Bureaukratie einander in die Hände. Doch fehlte es auch nicht an Fällen, wo sich diese verschiedenen Elemente der Reaction in die Haare geriethen. Der Polizeipräsident von Hinckeldey, der mit sehr geringen Scrupeln eine durchgreifende Präfektenwirthschaft in Berlin ausübte, mit plumper Roheit Alles was Demokrat war, oder vielleicht war, oder vielleicht sein konnte, vergewaltigte, der aber auf der andern Seite die polizeiliche Ordnung und seinen herrischen Willen rücksichtslos zur Geltung brachte, war bei der bei Hof und namentlich im Herrenhause vorwaltenden Partei nicht mehr wohl angeschrieben, weil er, hochfahrend gegen Jedermann, es nicht ganz zu verbergen wußte, daß er von den Fähigkeiten der Mehrzahl derselben keine sehr hohen Vorstellungen habe. Es erregte ihren Groll, daß er einigemale auch über die Kreuzzeitung Beschlagnahmen verfügt hatte; dergleichen war nach den Anschauungen der Partei nur gegen demokratische oder liberale Blätter erlaubt; als er aber in Berlin einen adeligen Spielclub polizeilich schließen ließ, da griff diese Rotte zu einem Mittel, welches in jenem Falle vom einfachen Mord nicht weit verschieden war. Einer von der Gesellschaft, Herr von Rochow-Plessow, ein geübter Schütze, forderte den Polizeipräsidenten vor die Pistole — unter anderen abgeschmackten Vorurtheilen war auch diese, die „ritterliche Uebung" des Duells wieder stark im Schwunge — und muthmaßlich, wenigstens glaubte man so in Berlin, würden andere Forderungen gefolgt sein, wenn er der ersten entgangen wäre. Herr von Hinckeldey war Edelmann und mußte folgen; der König wußte um das bevorstehende Duell, aber auch er war machtlos gegen die Tyrannei der Standessitte und der herrschenden Faction: am Abend brachte man die Leiche des erschossenen Mannes seiner Familie zurück (10. März 1856). Des folgenden Tages setzte der Präsident des Herrenhauses, Graf von Stolberg-Wernigerode diesem Vorgange die Krone auf, indem er von dem Vorgefallenen in einer Rede Kenntniß gab, die nichts Anderes an demselben zu bedauern fand, als daß „der Edle von Rochow" ein Gefangener sei und verhaftet bleibe. Er blieb es nicht

lange: des Königs Gnade, vergebens angerufen, wo es sich um politische Verbrecher handelte, befreite ihn bald von kurzer Festungshaft. Den Theologen der Partei aber blieb die schwere Aufgabe, dem Duell eine christliche Seite abzugewinnen: man muß zu ihrer Ehre einräumen, daß dieß doch nur wenige fertig brachten. Die Leiche Hinckeldey's wurde unter ungeheurer Betheiligung der Berliner Bevölkerung zur Erde bestattet; man sammelte eine bedeutende Summe für die Hinterbliebenen: was immer der Gefallene, sonst ein erkorenes und rücksichtsloses Werkzeug der Reaction, gesündigt haben mochte, dießmal hatte er die allgemeine Sache des Gesetzes gegen eine Faction vertheidigt.

Dieser Zusammenstoß der Junkerpartei mit der Beamtenmacht war ein vereinzelter Fall; im Uebrigen gingen beide in herrischem Ueberspringen, hinterlistigem Umdeuten der Gesetze, und vor Allem in rachgieriger Verfolgung der Personen ihrer Gegner Hand in Hand. Die Laufbahn eines Beamten, zuweilen selbst sein klares Recht hing von dieser willfährigen Gesinnung ab, die man als Königstreue bezeichnete. Es wurde bald nicht unbedenklich für einen Beamten, wenn er auch nur neben der Kreuzzeitung eines der oppositionellen Blätter hielt oder las, die man als staatsfeindlich oder königsfeindlich bezeichnete. Wer sich dagegen als Mitglied des „Treubundes“ oder als Mitarbeiter an einem der Parteiblätter legitimirte, durfte sich Alles erlauben und war vor jeder Verfolgung geschützt, im schlimmsten Falle der Begnadigung und reichlicher Entschädigung sicher. Wo die Regierung, wie bei der Besetzung der städtischen Beamtenstellen, nicht das Recht der Ernennung sondern nur das Recht der Bestätigung hatte, ward mit Versagung dieser Bestätigung operirt: und so wurde jedes Recht so lange gebogen, bis es brach. Daß diesem Willkürregiment besonders die Unabhängigkeit des Richterstandes ein Dorn im Auge war, versteht sich. Die Verfassung hatte die schützenden Formen bestätigt und vermehrt, welche diese Unabhängigkeit, eine der Quellen der Größe und Kraft des preußischen Staates, sichern konnten; aber der Justizminister der Partei, Simons, war auf seinem Felde nicht minder tüchtig, als der des Innern oder des Cultus, von Westfahlen und von Raumer, auf dem seinigen. Man trug Sorge, namentlich in dem höchsten Gerichte, dem Obertribunal, die erledigten Stellen mit Männern der herrschenden Richtung zu besetzen und es erfolgten an dieser Stelle Entscheidungen, welche den Glauben erweckten, daß selbst hier an der höchsten Stätte, wo man die gewissenhafteste Unparteilichkeit zu finden voraussetzte, das Recht der Politik untergeordnet werde. Ein besonders bedenkliches Werkzeug in der Hand der Regierung war die Staatsanwaltschaft, welche das ausschließliche Recht hatte, über Verfolgung oder Nichtverfolgung eines Verbrechens zu befinden und welche unmittelbar unter dem

Justizminister stand; sie konnte von diesem zur Erhebung oder Unterlassung der Klage angewiesen oder veranlaßt werden, was zwar nicht wo es sich um Mord und Todtschlag, wohl aber wo es sich um andere geringere Criminalvergehen handelte, eine sehr bedenkliche Weite gestattete. Gegen die Herausgeber liberaler Zeitungen stand die Staatsanwaltschaft beständig auf dem Anstande, wogegen Beamte, welche in „löblichem Eifer" ihre Amtsgewalt überschritten, ihre Pflicht verletzt hatten, wenn es nur in der Richtung geschehen war, welche den Gewaltigen wohlgefiel, wenig zu befürchten hatten. Ein wahres Uebermaß von Schamlosigkeit entwickelten die untergeordneten Schurken, mit deren Hülfe die Partei ihr Rachegelüst an einzelnen demokratischen Führern kühlen, oder auch wohl unter der Gegenpartei Schrecken verbreiten wollte, in den politischen Processen, welche von 1849—1857 in Scene gesetzt wurden. Sie war nicht entmuthigt worden durch den Ausgang des gegen den Führer der Linken in der preußischen Nationalversammlung, Waldeck, angestrengten Processes (1849), wo die gerichtliche Verhandlung anstatt des gewünschten Hochverraths des Demokraten ein Buben- und Schurkenstück der Reaction und ihrer Lakaien, Lüge, Fälschung und Spitzbubenkünste aller Art zu Tage förderte. An Stoff zu Anklagen konnte es nach so verworrenen Zeiten nicht fehlen und man erhob jetzt u. A. auch gegen die Theilnehmer an dem Stuttgarter Rumpfparlament die Hochverrathsklage. Deren vier wurden zum Tode verurtheilt — sie waren zum Glück außerhalb des Bereiches der Macht — sieben freigesprochen. Der König selbst lebte in dem Wahne, daß seiner persönlichen Sicherheit Gefahr drohe und die Parteipresse benutzte das Attentat, welches im Jahre 1850 ein Irrsinniger, ein gewisser Sefeloge, auf ihn gewagt, um ihn in diesem Wahne zu bestärken und ihre Schergen zu neuer Jagd zu entsenden. Als nach dieser Zeit allmälig die Hochverräther fehlten, die demokratische Partei sich aller politischen Thätigkeit enthielt und in dem leidenschaftslosen Norddeutschland, wo man selbst im Wirthshause seine Worte besser zu hüten verstand, als in Süddeutschland, keine Neigung zu Aufruhr und Verschwörung sich zeigte, blieb nichts übrig, um den König in seiner krankhaften Stimmung festzuhalten, als Hochverräther zu machen. So ward im Jahre 1853 jener Nichtswürdige, dessen wir oben gedachten, der ehemalige Artillerielieutenant Hentze verwendet, um einen neuen Hochverrathsproceß auf den Platz zu schaffen. Der Wicht drängte sich an einige untergeordnete Mitglieder der demokratischen Partei, erhitzte ihnen die warmen Köpfe mit revolutionären Reden, trieb zur Sammlung von Waffen, versteckte deren selbst an auffälligen Orten und trat dann, als er das Nöthige beisammen hatte, in seiner wahren Rolle als Angeber und falscher Zeuge auf. Das Weitere besorgte der Polizeipräsident von

Hinckeldey: Schutzmannschaft ward aufgeboten, Straßen wurden abgesperrt, massenhafte Verhaftungen vorgenommen und nach Waffen da gesucht, wo man sie finden mußte. Alsdann wurde von Hinckeldey selbst ein ausführlicher Bericht über das Complot dem Könige überreicht, der Proceß instruirt: und als der Untersuchungsrichter, ein altpreußischer Richter, der ein Gewissen hatte, zu zweifeln begann, ob die Sache auch wirklich zur Begründung einer Anklage reiche und nicht eigentlich der Hauptzeuge Hentze der Schuldige sei, schaffte man ihn durch Beförderung rasch bei Seite und ein Anderer ward an die Stelle berufen, dem es gelang, die Acten für den Staatsgerichtshof fertig zu bringen. Einer der Verurtheilten, Dr. Ladendorf, nach welchem dieser traurige Proceß sich nennt, hat seine Erlebnisse im Zuchthause geschildert, wo man ihn ganz nach dem Buchstaben des Gesetzes, aber mit der boshaften Grausamkeit, welche einen der häßlichsten unter den vielen häßlichen Zügen des damaligen Regiments bildet, so behandelte, daß er in Irrsinn verfiel. Der König, von jeher nicht ganz aufrichtigen Charakters, wurde, durch die Erinnerungen an eine unglückliche Zeit und die unglückliche Rolle, die er in derselben gespielt, seiner besseren Natur mehr und mehr entfremdet: es ist auffällig, wie viel Todesurtheile er, der von Natur gutmüthig und jovial war, in der zweiten Hälfte seiner Regierung hat vollstrecken lassen, während an wirklichen Schurken, z. B. einem gewissen Emil Lindenberg, der sich aber für die Zwecke der Partei gebrauchen ließ, keine einzige der zahlreichen wider ihn erkannten Strafen vollzogen wurde. Man ermüdet bei der Aufzählung, die auf jedem Gebiete denselben traurigen Anblick bietet, wie ein loyales, hochgebildetes, vorwärts strebendes Volk von einer kleinen Partei geknebelt wurde, die sich die augenblickliche Abspannung zu Nutze machte, in welche eine unerwartete Revolutionsbewegung in natürlichem Rückschlage dieses Volk gestürzt hatte. Die Neuheit der Situation ist denn auch vielleicht die einzige Entschuldigung, welche der Partei zu Gute kommen mag: wie einst die Terroristen der französischen Revolutionszeit, Neulinge am Staatsruder gleich diesen, fühlten sie die Nothwendigkeit eines kräftigen Regiments und meinten, daß gewaltthätig regieren energisch regieren heiße.

Nur Eines fehlte diesem Bilde noch: daß dieses schimpfliche und grausame Parteiregiment im Namen des Christenthums geübt wurde. Es ist eine in der That befremdende, nicht leicht zu erklärende Erscheinung, daß mehr als einmal in unserem Jahrhundert die Parteien des Rückschritts sich auf das Christenthum berufen haben in ihrem Widerstreben gegen das selbst geringste Maß von Freiheit — gegen das Recht selbstthätiger Arbeit am Gemeinwohl und deren nothwendige Voraussetzungen, Freiheit der Rede, der Schrift und der Vereinigung

mit Gleichgesinnten. Man hat mit Recht bemerkt, daß das Christenthum sich mit jeder Staatsform vertrage; sein Stifter heißt selbst dem römischen Kaiser geben, was des Kaisers ist; nicht minder gewiß aber ist, daß keine Religion ihrem innersten Kerne nach mehr auf der Seite des Volkes und weniger auf der des Despotismus steht, als diejenige, welche verlangt, daß, wer unter seinen Mitmenschen der Größte sein wolle, ihrer Aller Diener sein solle — daß die Bekenner dieses Glaubens Niemanden Herr, Niemanden Vater nennen sollen; „denn Einer ist Euer Vater, der im Himmel", Niemanden Meister, „denn Einer ist Euer Meister, Christus". Keine Religion ist ihrem Ursprung, ihrem innersten Wesen, ihren sittlichen Forderungen nach populärer, und in gewissem Sinne demokratischer; keine legt dem Flitterstaate des Despotismus, den Ehrenzeichen, den „weichen Kleidern", dem weltlichen und äußeren Tand so geringen Werth bei; keine zeigt in ihren Ursprüngen und in den ersten Zeiten ihrer Entwickelung glorreichere Beispiele von Freimuth und Freisinn, als sie, deren Verdienst es in Wahrheit ist, in Zeiten, wo Alles sich dem schimpflichsten Despotismus besiegt gab, den Keim einer edleren, höheren, fruchtbareren Freiheit, als in Rom oder Athen je bestanden, in die Welt gelegt zu haben. Nun ist es freilich bekannt genug, wie aus dieser Religion der Freiheit eine Kirche sich entwickelte, welche der Welt ein schweres und mit der Zeit ein unerträgliches Joch auferlegte, und wie dieß wenig besser ward, als nach der Reformation die Territorialkirchen an die Stelle der allgemeinen Einen traten; das aber war ein trauriges und nicht nothwendiges Geschick, daß in Deutschland kein Mann und keine Partei die politische Freiheit im Namen Dessen verlangte, der sein Leben am Kreuze ließ „zu einer Erlösung für Viele". Ein ernster und geistvoller Franzose (Tocqueville) hat sehr richtig von der französischen Revolution geurtheilt, es sei ein ungeheures Uebel gewesen, daß sie nicht nur antikirchlich, — daß sie wesentlich antireligiös gewesen sei; und ein ungeheures Uebel war es auch, daß in dieser Beziehung der deutsche Liberalismus sich weit mehr an die französischen Vorbilder als an das Beispiel der Männer hielt, die in England und in Nordamerika den Keim zu einem Baume der Freiheit legten, um den nicht, wie um die Freiheitsbäume von 1792, eine berauschte Menge tanzte, unter dessen Schatten aber zwei mächtige Nationen sicher wohnen. In Deutschland konnte ein Mann wie Karl Vogt etwa für einen Mann der Freiheit gelten, und wirkliche Männer der Freiheit ließen sich jene Verwechselung der Religion Jesu Christi mit ihren mangelhaften Umhüllungen oder Zerrbildern aufreden, ohne von der Schale zum Kerne vorzudringen: kein Wunder, daß die Kirchen ihrerseits in eine feindliche Stellung nicht gegen die Ausschreitungen der Freiheit allein, sondern auch gegen die

Freiheit selbst gedrängt wurden, und daß man auf dieser Seite, erschreckt von der Frivolität und dem Mangel aller religiösen Tiefe auf Seite des Liberalismus und Radicalismus, sich unter die Autorität der historischen Bekenntnisse flüchtete und gutwillig das als wahres Christenthum annahm, was eine starre Hierarchie oder ein serviles, denkfaules, phrasenhaftes Pastorenthum als solches feilbot oder aufnöthigte. Es verdient indeß bemerkt zu werden, daß die katholische Kirche, obgleich sie ihrem Wesen nach nur eine in die engsten Schranken gebannte Freiheit gestatten kann, doch dieser Reaction sich nicht unmittelbar anschloß und sich dem neupreußischen Staatskirchenthum, das ihr nicht wenige gute Worte gab, versagte. Sie und ihre Leiter waren scharfsichtig genug, um zu erkennen, daß diese Hoftheologie, welche auf einem ihr im tiefsten Grunde verhaßten Boden, dem der Territorialkirche, ruhte, keine Zukunft habe. Sie hatte wenig Grund, die Revolution zu fürchten, deren Früchte sie sich vielmehr aufs Beste zu Nutzen machte, und sie nahm die gute Gelegenheit wahr, sich von der Staatsaufsicht vollends ganz zu befreien, um späterhin, wenn die Zeiten sich erfüllten, dem Staate ihr Gesetz auflegen zu können. Sie unterließ es nicht, in der veränderten Zeit sich aufs Beste zu orientiren, sorgte durch die Bildung einer katholischen Fraction in dem preußischen Abgeordnetenhause für eine wirksame Vertretung ihrer Interessen von der parlamentarischen Tribüne herab, deren Wichtigkeit und Bedeutsamkeit für die Zukunft sie besser erkannte, als die blinden Blindenleiter der neulutherischen Partei, der sie sich überhaupt weit überlegen erwies. Ihre Kirchenfürsten, des Regierens gewöhnt, Glieder eines Organismus, der seine traditionelle Politik der Besonderheit jeder Zeit und jedes Landes anzupassen gelernt hatte, zeigten sich klug, fest, in den äußeren Formen weltmännisch und minder plump als die höhere Geistlichkeit der evangelischen Kirche, die doch nur schlechte Copien ihrer römischen Originale fertig brachte. Hier aber wo die wohlorganisirte Macht eines gewaltigen Universalstaates ihr gegenüberstand, zeigte sich die Regierung, nur gegen Wehrlose tapfer — schwach und feige. Sie nahm im Einzelnen jede Usurpation der Kirche hin, ließ sich auf allen Gebieten ihr Oberaufsichtsrecht schmälern oder stillschweigend annulliren, und wie weit diese verächtliche Schwäche ging, beweist unter vielem Anderen*), daß man sich scheute, den welthistorischen Act, welchem die evangelischen Kirchengemeinschaften entsprungen sind, Luther's Bekenntniß vor dem Reichstage zu Worms, nach Kaulbach's Plan auf der Wand des Treppenhauses im neuen Museum zu Berlin malen zu lassen.

---

*) Friedberg, Johannes Baptista Baltzer, Leipzig 1873.

Während also die katholische Kirche ihren besonderen Weg ging und zunächst innerhalb ihres eigenen Hauses vollkommen unabhängig zu werden trachtete, verstrickte die damals in Preußen herrschende Partei auf unheilvolle Weise die evangelische Kirche in ihre politischen Zwecke. Sie betonte, hierin der katholischen Anschauung folgend, gegenüber dem Gemeindebegriff, von welchem Christus und die Apostel ausgehen, den Begriff der Kirche; und unter Kirche verstand sie nicht, was die protestantische Lehre tiefsinnig und wahr als die unsichtbare Kirche bezeichnet, die ideale Gesammtheit aller wahren Christen, — sondern diese bestimmte „historische" Kirche mit ihrer „reinen Lehre", ihren Dogmen und Formen, die preußische Landeskirche, an welcher ihr nur die Union mit den Reformirten nicht recht gefallen wollte, weil dieß nach Toleranz und Weitherzigkeit aussah und weil ihr das lutherische Kirchenthum mit seinen Consistorien und seinem „obersten Bischofe", dem Landesherrn, besser paßte. Friedrich Wilhelm seinerseits hatte ein lebhaftes Interesse für kirchliche Dinge, unterhielt sich, correspondirte und schriftstellerte gerne über kirchliche Organisationsfragen, ohne freilich je zu einem bestimmten Entschlusse und zu einer wirklichen That zu gelangen. Die Partei wußte daraus Nutzen zu ziehen und verflocht gewissermaßen das Königthum selbst mit ihrem dogmatischen System, indem sie aus der alten und löblichen Formel „König von Gottes Gnaden" eine ganze Metaphysik des preußischen Königthums heraussophistisirte. Diese Formel sprach die historische Thatsache aus, daß das Königthum in Preußen nicht auf Volkswahl und Verträgen ruhte, sondern mit der Nation erwachsen und nicht etwa erst durch die Verfassung von 1850 geschaffen war; auch mochte man gern eine besondere göttliche Führung und Fügung darin erkennen, daß dieses Königthum, weil es mit dem Volke in stetem organischen Zusammenhange groß geworden, einen festen und sichern Einheitspunkt darstellte, der nicht wie in Frankreich alle zehn Jahre einmal in Frage gestellt und durch eine Straßenemeute an einem schönen Sommer- oder Wintertage aufgehoben werden konnte. Die Partei aber that als beruhe dieses Königthum auf einer ganz speciellen göttlichen Einsetzung, als sei jener Titel nicht vor Allem eine fromme Mahnung an die sittliche Verantwortlichkeit vor Gott, der so hohen Rang verleiht und, wo es sein Wille ist, auch wieder nehmen kann, sondern als bezeichne er eine königliche Vollgewalt, die nöthigenfalls über alle Verfassungsparagraphen hinweggehen könne. Von diesen Verfassungsparagraphen war ihr deshalb auch derjenige besonders verhaßt, der bestimmte, daß die Person des Königs heilig und unverletzlich sei. Dieß, meinte sie, sei eine sich von selbst verstehende, eine ewige, eine Glaubenswahrheit, die

nicht erst durch einen Paragraphen der Verfassung festgestellt zu werden brauche.

In früheren Zeiten hatte der König die evangelische Kirche sich „aus sich selbst erbauen“ lassen wollen; die Verfassung sicherte ihr, wie der katholischen, die selbstständige Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten zu: am 29. Juni 1850 octroyirte ihr Friedrich Wilhelm eine Centralbehörde in dem evangelischen Oberkirchenrathe, dem eine überaus große Macht, Aufsicht über den Gottesdienst in dogmatischer und liturgischer Beziehung, Aufsicht über den Religionsunterricht, Disciplin der Geistlichen, kirchliches Prüfungswesen u. s. w. übertragen, und der nun vorwiegend mit Männern der strengsten Richtung besetzt wurde. Kirchliche und politische Reaction verbanden sich; bei Besetzung von Pfarreien und theologischen Professuren wurde die politische Wohlgesinntheit ebenso betont, wie bei Besetzung von Staatsämtern die kirchliche. Eine neue Kirchenverfassung aber kam gleichwohl nicht zu Stande, dank der Zerfahrenheit der kirchlichen Zustände, dem geringen Interesse der großen Menge des Volkes und der gebildeten Kreise, den auseinandergehenden Meinungen und Bestrebungen der Theologen, der Unentschlossenheit des Königs: obwohl der Oberkirchenrath von 1850 bis 1857 sich mit dem Gegenstande zu thun machte. Vielleicht war es mit diesen Bestrebungen auch so ernst nicht gemeint: für die Zwecke der Partei genügte die bestehende kirchliche Verfassung vollständig. Sie hatte einen Minister nach ihrem Herzen, von Raumer; der Staat lieh ihr seine starke Hand, man besaß die Möglichkeit, dissidentische Gemeinden polizeilich nach Herzenslust zu quälen, dissidentische Eltern zu zwingen, ihre Kinder am orthodoxen Religionsunterrichte Theil nehmen, selbst sie nach den Satzungen der Landeskirche taufen zu lassen, und man konnte über Juden, Freimaurer und Ungläubige, zunächst mit Worten, herfallen; gelegentlich gab wohl ein General-Superintendent in einem „Hirtenbriefe“, dergleichen damals die lutherischen Gewalthaber wie so manches Andere ihren katholischen Collegen absahen, Geistlichen oder Lehrern „in Erwägung“, ob nicht eine Verbindung mit diesem Orden der Freimaurer ihren Gemeinden Anstoß errege — oder es schlug ein Parteiorgan, wie das von Professor Heinrich Leo in Halle, dem der Zelotismus vielen Spaß machte, redigirte „Volksblatt für Stadt und Land“, als ein einfacheres Mittel die Absetzung solcher Geistlichen vor. Damit ging eine forcirte und pharisäische Agitation für Sonntagsheiligung Hand in Hand. Auf dem Wege der Belehrung und Ermahnung zu einer solchen Sonntagsheiligung aufzufordern, war christliches Recht und geistliche Amtspflicht; aber die Eiferer riefen nun in Petitionen und sonst die Polizei zu Hülfe, da ihre Theorie vom „christlichen Staate“ ein unmittelbares Eingreifen der Staatsgewalt in alle

diese Angelegenheiten verlangte. Sie eiferten nicht allein gegen die Extraeisenbahnzüge an Sonntagen, die Bestellung von Briefen an Sonntagen, verlangten die Stillestellung aller Maschinen an Sonntagen, sondern es waren ihnen namentlich die Sonntagsschulen für Handwerker ein Gräuel, gleich als wenn es nicht auch ein Gottesdienst wäre, Denjenigen, welche die Woche durch in harter Arbeit das tägliche Brod gewannen, am Sonntag eine Gelegenheit zu geben, ihre Erkenntniß zu bereichern. Daß die Geistlichkeit gegen die sittlichen Schäden im Volke eiferte, war sicher zu billigen, und daß Männer wie Dr. Wichern und viele andere eine ernste, in mancher Beziehung auch sehr wohlthätige Wirksamkeit in dieser Richtung entfalteten, darf nicht geleugnet werden; ebensowenig freilich, daß die strenge und freimüthige Sprache gegen die sittlichen Schäden nicht sehr hoch hinaufreichte, und die noblen Passionen der vornehmen Welt, Ballet, Duell u. dgl. weniger nachdrücklich angefochten wurden, als die Sünden und Verirrungen der niederen Stände.

In Einer Frage besonders versuchte die Partei ihre Macht zu erproben und dem Staate ihren Willen oder vielleicht ihre Ueberzeugung aufzuzwingen — in der Angelegenheit der Ehescheidungen und der Trauung Geschiedener bei Eingehung einer neuen Ehe.

Die Verfassung hatte ein Gesetz über die Civilehe verheißen, — auf den einzigen Weg also hingezeigt, auf welchem diese so tief in das menschliche Leben einschneidenden Fragen die allein richtige und vor Allem allein auch christliche Lösung finden konnten. Nichts kann dem unbefangenen Blicke einfacher erscheinen: der Entschluß der beiden Personen, welche in die Ehegemeinschaft treten wollen, begründet die Ehe; der Staat nimmt in einer feierlichen Rechtshandlung Act von diesem Entschlusse und garantirt das eheliche Zusammenleben als ein unverbrüchliches Rechtsverhältniß; die so Verbundenen bekennen feierlich vor der Religionsgesellschaft, der sie angehören, und ihren Vertretern, daß sie gewillt und entschlossen sind, ihre Verbindung als eine religiös-geweihte, religiös-verpflichtende zu achten und zu halten. Den Staat berührt zunächst nur das Erste und das Zweite; das Dritte — ein religiöser Act — kann, darf und soll eben deswegen nur ein freier Act sein: frei von Seiten der Ehegatten, frei von Seiten der Kirche oder Religionsgesellschaft, welche die Bedingungen selbstständig regelt, unter welchen sie die feierliche Erklärung annehmen und der geschlossenen Ehe ihre Anerkennung als einer christlichen und ihren Segen gewähren oder versagen will.*) Statt auf diese Lösung hinzuwirken,

---

*) „Demnach weil Hochzeit und Ehestand ein weltlich Geschäft ist, gebührt uns Geistlichen und Kirchendienern, nichts darin zu ordnen oder regieren, sondern

welche vor Allem der Kirche giebt, was ihr gehört, indem sie dieselbe davor bewahrt, dem Staate zu nehmen, was dem Staate, der bürgerlichen Gesellschaft gehört und nur dieser gehören kann, declamirte die Geistlichkeit gegen die Civilehe als widerchristlich und unsittlich; wie die evangelische Kirche nach ihrer damaligen Verfassung bereitwillig Polizeidienste im Interesse der augenblicklich vorwaltenden Partei leistete, so gefiel es ihr wohl, wenn hinwiederum ihr der Staat die Leute in die Gotteshäuser zu treiben behülflich war. Jetzt, wo sie sich im Besitze der Macht fühlten, fingen sie denn an, diese Macht auf jenem hochwichtigen Gebiete zu erproben. Sie begannen zu untersuchen, ob ihr Gewissen und „Gottes Wort" die Trauung in dem bestimmten Falle ihnen erlaube; und in Einem Falle — vorläufig — nämlich wo geschiedene Ehegatten eine anderweitige Ehe eingehen wollten, weigerten einige und nicht wenige Geistliche die Trauung, sobald ihnen die Scheidungsgründe dem Worte Gottes zu widerstreiten schienen: die andere Consequenz, die man auch hätte ziehen können, nämlich dem Amte zu entsagen, wo die Uebung einer Amtspflicht sich mit ihrem Gewissen nicht vertrug, fiel ihnen nicht ein. Man fing an, den Widerstand gegen das Staatsgesetz zu organisiren. Es versteht sich, daß dieser Widerstand an den maßgebenden Stellen keine so harte Beurtheilung fand, als irgendwelche noch so schüchterne Opposition von liberaler Seite: sie bestärkte nur den Wunsch und das seit 1850 aufgenommene Streben, die bestehende Ehegesetzgebung im Sinne der Partei zu reformiren. Die Versuche mißlangen; die zweite Vorlage, welche die Regierung im Jahre 1857 der Volksvertretung machte und welche die Ehescheidungsgründe des Landrechts größtentheils beseitigte, wurde selbst von der Landrathskammer (4. März) mit 173 gegen 143 Stimmen verworfen. Die Sache wurde, soweit sie die Wiederverheirathung Geschiedener betraf, durch eine Verfügung des Königs vom 8. Juni 1857 dahin entschieden, daß, wo bürgerlich geschiedene Ehegatten die kirchliche Einsegnung einer neuen Ehe — im rechtsrheinischen Theile der Monarchie bestand aber nur diese Form der Eheschließung — von einem Pfarrer verlangten, dem Consistorium der Provinz Anzeige zu machen sei, und dieses, vorbehaltlich Recurses an den (vom König ernannten) Oberkirchenrath, die Sache zu entscheiden habe: ein Beweis, wie Recht Diejenigen hatten, welche in einer solchen Kirchenverfassung nur die Ausführung des abscheulichen Grundsatzes jener

lassen einer jeglichen Stadt und Land hierin ihren Brauch und Gewohnheit, wie sie gehen. Solches Alles und dergleichen laß ich Herrn und Rath schaffen und machen, wie sie wollen, es gehet mich nichts an. Aber so man von uns begehret, für der Kirchen oder in der Kirchen sie zu segnen, über sie zu beten oder sie auch zu trauen, sind wir schuldig, dasselbige zu thun." Luther.

üblen Tage sahen, in welcher der Landesherr auch die Religion seiner Unterthanen bestimmt hatte: cujus regio, ejus religio.

Auch die Schule suchte die herrschende Partei nach ihrem Sinne zu formen und einzurichten. Der König, dessen reich angelegter Geist vor Allem geeignet gewesen wäre, das wissenschaftliche Leben in diesem Staate zu pflegen und zu fördern, überließ in der zweiten Hälfte seiner Regierung diesen Ruhm dem König Maximilian II. von Baiern. Daß die Besetzung der theologischen Lehrstühle auf den Universitäten im Sinne der neulutherischen Anschauung erfolgte, läßt sich denken; es war die Richtung des Berliner Professors Hengstenberg — dem die ganze Entwickelungskrisis der Zeit als ein Kampf zwischen den Anhängern Jehovahs und denen Baals erschien — welche jetzt dominirte, und bei dieser Anschauung liefen selbst die strenggläubigen, aber der Union zugeneigten und wissenschaftlich denkenden Theologen der Universität Halle, Julius Müller und Tholuck, Gefahr, zu Denen gerechnet zu werden, welche ihre Kniee dem Baal gebogen. Auch auf die Besetzung anderer Lehrstühle — der Geschichte z. B. oder der Medicin — wirkte dieß und die größten Talente, Häusser, Droysen, v. Sybel, Virchow wirkten alle außerhalb Preußen. Doch hatte der König noch einen Mann wie Alexander von Humboldt in seiner persönlichen Umgebung, und fuhr fort, mit Bunsen zu correspondiren, der in einen lebhaften Federkrieg mit Stahl gerieth; mit der „Umkehr der gesammten Wissenschaft", wie sie dem Letztern als nothwendig erschien, hatte es denn doch einstweilen noch gute Wege. Auch an den Gymnasien und sonstigen höheren Schulen splitterten diese Anstrengungen, obgleich die Pflege des Servilismus in der gedrückten materiellen Lage des Lehrerstandes einen günstigen Boden fand: eine tüchtige Tradition wehrte hier, wie glücklicher Weise auch sonst in diesem vom Geiste des Protestantismus erfüllten Lande, der theologisirenden Pfuscherei einigermaßen, und nur die Mechanisirung des Religionsunterrichts gelang in etwas größerem Umfange. Einzelnes, muß man anerkennen, wie die Beschränkung des Lernstoffes, war verständig und löblich, wie denn nicht Alles Finsterniß war, was dem empörten Gefühle als solche erschien. Nachdrücklicher und wirksamer waren die Bestrebungen der Partei auf dem Gebiete der Volksschule. Hier ergingen am 1. October 1854 die viel genannten Schulregulative, die Vorbildung der Elementarlehrer und die Organisation des Elementarunterrichts betreffend: Regulative, an denen die Tendenz, den Volksunterricht und die Vorbereitung der Lehrer zu vereinfachen, den Uebertreibungen der Schule A. Diesterweg's gegenüber, der aus jedem Elementarlehrer einen kleinen Humboldt machen wollte, zu loben war, und die weniger an sich, als durch die geistlose und tendenziöse Handhabung Seitens einzelner Vorkämpfer der

Reaction und vieler ihrer kläglichen Werkzeuge Schaden stifteten. Viel tadelnswerther war die Gefühllosigkeit, mit welcher die Partei der materiellen Noth und unwürdigen Lage des Standes zusah.

Dieß war die Lage des preußischen Staates unter der Herrschaft der Partei der Gegenrevolution. Es war eine Parteiregierung im schlechtesten Sinne des Wortes, dergleichen Preußen noch niemals gesehen. Schonungslos und rücksichtslos verfügte sie über die Kräfte des Staates: aber ihren Hauptzweck, die Brechung des Parlamentarismus, die Lähmung des constitutionellen Fortschritts, erreichte sie dennoch nicht. Vielmehr vollzog sich eben in dieser Zeit unaufhaltsam der Uebergang zu einer höheren und freieren Gestaltung des Staatslebens, und ohne es zu merken, mußten ihm die Führer der Rückschrittspartei selber dienen. Mochten sie auf den Parlamentarismus schelten so viel sie wollten, sie waren ihm bereits mehr als sie wußten selbst verfallen. Sie konnten nicht hindern, daß das Interesse der Nation sich dahin richtete; sie mußten zu seinen Mitteln und Hebelkräften, Presse, Vereinsrecht, Wahlagitation, selbst greifen und sich seinen Formen bequemen, sie mochten wollen oder nicht; jede Thorheit, die einer ihrer Heißsporne auf der Tribüne herauspolterte, mußten sie als Niederlage empfinden; jede glücklich applicirte rednerische Figur, jede geschickte Angriffs- oder Vertheidigungsbewegung eines ihrer Vorkämpfer belohnten auch ihre Parteigenossen mit den ihnen angeblich so verhaßten parlamentarischen Beifallsbezeigungen: und mehr als über alles Andere freute sich doch die Partei, wenn der einzige wirkliche Redner, über den sie verfügte, Stahl, einen rednerischen Triumph feierte, wie etwa in seiner großen Rede bei Gelegenheit der Creditforderung aus Anlaß der orientalischen Krisis — neben der Rede des Aeschines gegen Ktesiphon vielleicht dem größten Meisterwerke sophistischer Beredtsamkeit, welche freilich eine ernstere Prüfung so wenig aushält als jene, für den Augenblick aber selbst die Gegner verwirrte und blendete. Das Wesentliche der parlamentarischen Regierungsweise — daß die großen Staatsfragen, die Prinzipien der inneren und äußeren Politik, täglich in freier Oeffentlichkeit besprochen und vom Standpunkte der verschiedenen Parteien beleuchtet wurden, daß so immer Mehrere und Mehrere sich mit eigenem Interesse dem politischen Leben zuwandten, und man so allmälig dazu gelangte, daß das Volk nicht blos das Thun und Lassen seiner Regierung aufmerksam beobachtete und auf dasselbe durch seine Vertreter Einfluß übte, sondern das Leben des Staates, das es seither ohne Nachdenken mitgelebt oder über sich hatte ergehen lassen, mit Verständniß und Bewußtsein gleichsam selbst zu schaffen angeregt wurde — dieses Wesentliche des Parlamentarismus war bereits im Gange und nicht mehr rückläufig zu machen. Das politische Selbstdenken war

erwacht, und so war denn für das Reich dieser Partei keine lange Dauer zu erwarten: denn weder ihre Theorie noch ihre Praxis hielt eine ernsthafte Prüfung aus. Nicht einmal ihrer eigenen Partei waren die Führer unbedingt sicher. „Klein aber mächtig“ pflegte man sie zu nennen: mächtig war sie, weil sie Ohr und Hand des Königs besaß in einem seinen Institutionen wie der Grundstimmung seiner Bevölkerung nach tief monarchischen Lande, und sie war anfangs auch groß, weil die Erschütterungen und radicalen Extravaganzen des Jahres 1848 Adel und Beamte, Geistliche, Bauern, Bürger in Masse dem ersten besten Ministerium zuführten, das eine feste Haltung zu Gunsten der Ordnung versprach. Unter ihnen waren Viele, die sich seither um Politik wenig oder nichts bekümmert hatten: als der radicale Unfug sie zwang, Partei zu ergreifen, schaarten sie sich in ihrem monarchischen Instinct um den Thron und unterstützten, ohne viel zu fragen, das Ministerium, das der König gewählt, als er sich zum Bruche mit der Revolution entschloß. Selbst der Mann, der später die alte Ordnung Deutschlands zertrümmerte und die Auflösung der Partei herbeiführte — seit 1851 preußischer Gesandter am Bundestage, von Bismarck-Schönhausen —, warf sich mit seiner ganzen trotzigen Kraft auf jene Seite und fragte nicht nach dem Preise, wenn nur „mit der Revolution gebrochen“, nur „die Integrität der preußischen Krone“ gewahrt werde. Aus diesem unbewußten monarchischen Zuge des Volkes — ein gesundes Vorurtheil nannte es ein Mann von reicher Lebenserfahrung*) — zog die Regierung die Kraft, ihre Niederlage gegen Oestreich zu überstehen, und zog längere Zeit die Partei ihre Kraft, indem sie einen royalistischen Enthusiasmus zur Schau trug, welcher dem revolutionären Unfug gegenüber sehr berechtigt und auch bei sehr Vielen ehrlich und ächt war. Allein als die Regierung mehr und mehr von einer Faction beherrscht wurde, ermannten sich unter den Conservativen selbst die besseren Elemente zu der richtigen Erkenntniß, daß man die Revolution nicht durch die Willkür, sondern durch das Recht überwinden müsse. Männer, wie von Bethmann-Hollweg, General von Bardeleben und Andere, in fleckenloser Treue und altpreußischer Gesinnung bewährt, erklärten fest und ruhig, daß jetzt genug Reaction und Contrerevolution gemacht sei, und daß sie die Verfassung als eine dauernde und unverrückbare Grundlage angenommen hätten mit ehrlichem Eid; und sie ließen sich nicht irre machen weder durch die giftige Anfeindung der Kreuzzeitung, noch auch, wirklich königstreu wie sie waren, durch die Ungnade, die ihnen der König selbst

*) Dietrich Landfermann.

in wenig königlicher Weise bezeigte, indem er einige ihrer Führer in scheltender Rede zurückwies, weil sie „mit der Revolution pactirten“.

Wie viel Unheil immer das Willkürregiment, das von 1850—57 in Preußen herrschte, im Einzelnen anrichten mochte: die tief gelegten Fundamente dieses Staates vermochten sie nicht zu erschüttern. Dieses ernste, nüchterne, arbeitsame Volk schritt unaufhaltsam auf der neu eröffneten Bahn vorwärts, und es bedurfte nur eines kurzen Augenblickes und des Eingreifens eines ehrlichen und geraden Mannes an höchster Stelle, um diesem Staate sein Kraftgefühl zurückzugeben und ihn wieder an die Stelle in Deutschland zu rücken, die ihm von Gottes und Rechts wegen gebührte.

Dieser Augenblick kam früher, als man denken konnte. Der unglückliche Fürst, der durch die Stürme des Jahres 1848 so ganz aus seiner natürlichen Bahn geschleudert worden war, erkrankte, von einer Reise nach Wien zurückgekehrt, im October 1857: und es ward bald unzweifelhaft und offenkundig, was scharfe Augen schon seit Jahren hatten kommen sehen, daß sein Leiden eine unheilbare Gehirnkrankheit war. Mit strenger Schonung der monarchischen Empfindlichkeit übernahm der Nächste am Throne, Wilhelm, Prinz von Preußen, zunächst die Stellvertretung für den erkrankten Bruder. Er behielt das seitherige Ministerium bei, mit dem ein Mann seiner Art keine Sympathie haben konnte. Indeß fühlte man alsbald und allgemein, daß eine Wendung eingetreten und das Regiment in die Hand eines Mannes gekommen war, der, wenn auch ganz in der altmonarchischen Tradition aufgewachsen und ohne viel Neigung für die neuen constitutionellen Einrichtungen, doch für sophistisches Umgehen und Umdeuten beschworenen Rechts, für die scheinheilige Verquickung pietistischer Phrase mit politischem Eigennutz zu gerade gerichtet und für die armselige Führung der auswärtigen und der deutschen Geschäfte zu sehr Mann und Soldat war. Ein von der gesammten Nation freudig begrüßtes Familienereigniß, das zugleich unter den gegebenen Verhältnissen eine große politische Bedeutung hatte, die Vermählung des nächsten Thronerben mit der englischen Prinzessin Victoria, ließ zum ersten Male das Volk wieder zu dem frischen Wohlgefühl gelangen, in welchem es sich mit dem Herrscherhause einig wußte und sich erinnerte, daß dieß vor Allem, die Einigkeit zwischen Herrscher und Volk, diesen Staat groß gemacht hatte. Ein Gut vor Allem erwartete man von dem Fürsten, der jetzt das Ruder faßte: die schlichte Handhabung des Gesetzes, — und glücklich traf es sich, daß jetzt der Fall eintrat, wo man sich entschließen mußte, ob in einer großen Staatsfrage die Verfassung ganz und voll zur Geltung kommen solle, oder ob irgend wer in Preußen den Muth haben werde, in dieser Frage die Verfassung zu ignoriren und damit zu beseitigen.

Der Fall einer dauernden Verhinderung des Königs an Ausübug seines königlichen Berufes lag unzweifelhaft vor. Die Verfassung verlangte in solchem Falle eine Regentschaft und ein Gesetz. Vergebens strengte die mächtige Partei am Hofe ihren Scharfsinn an und setzte ihre Ränke in Bewegung, um der Regentschaft zu entgehen und dem Prinzen die Hände zu binden. Dieser, der die versteckte und hämische Feindseligkeit der Partei, die seit sieben Jahren am Ruine Preußens gearbeitet, selbst und persönlich erfahren, durchkreuzte den Plan: am 7. Oktober 1858 forderte ein königlicher Erlaß den Prinzen auf, die Regierung als Regent zu übernehmen, und am 20. trat der Landtag zusammen, um die Nothwendigkeit der Regentschaft anzuerkennen. Nun erst trat der ersehnte Systemwechsel vollständig ein. Die Minister wurden bis auf zwei, Simons und von der Heydt, entlassen; und mit einem tiefen Gefühl der Freude vernahm das ganze deutsche Land, daß an deren Stelle Männer berufen waren, von denen man wußte, daß ihnen wie dem Regenten das Landesinteresse höher stand, als das Interesse einer Partei. An die Spitze des neuen Ministeriums trat der Fürst Anton von Hohenzollern-Sigmaringen, der Einzige, der im Jahre 1849 Einsicht und Hochsinn genug besessen, die nichtige Existenz eines deutschen Kleinfürsten, dem die Langeweile von allen Wänden seiner Schlösser entgegenstarrte, mit der nützlicheren und würdigeren Rolle eines hochfürstlichen Unterthans in einem Großstaate zu vertauschen: ein Mann von Einsicht, von biederem und wohlwollendem Charakter, durch Reichthum und hohe Stellung unabhängig, von schlichtem Wesen, für die Künste, die seither gegolten, ohne Verständniß. Streng rechtliche und redliche Männer waren auch die Uebrigen: von Auerswald, ein persönlicher Freund des Regenten, der Kriegsminister von Bonin, der Finanzminister von Patow, der Cultusminister von Bethmann-Hollweg, Flottwell, den nach einiger Zeit als Minister des Innern der Graf Schwerin ersetzte, ein Mann von unzweifelhaft liberaler Gesinnung, der seither neben von Vincke, Patow, Wentzel und Anderen den schweren Kampf gegen die vereinigte feudale und servile Mehrheit im Abgeordnetenhause geführt hatte. Es waren Männer von aufrichtig verfassungstreuer Gesinnung und gemäßigten Anschauungen, und durchaus maßvoll war auch das Programm, welches der Regent in seiner Anrede an die Minister am 8. November entwickelte: gemäßigter Fortschritt, aber keine Ueberstürzung, kein Bruch mit der Vergangenheit, Aufrechthaltung der Union, Achtung der Rechte der katholischen Kirche, Freiheit der Wissenschaft, in Deutschland und überall Vertretung des Rechts und moralische Eroberungen. Eine besondere Wärme zeigte die Stelle, in welcher er die kirchliche Heuchelei zum Zwecke der Erreichung

politischer Ziele abwies; das gestürzte System war damit an seiner empfindlichsten Stelle berührt, und im ersten Groll schickten die Führer sich an, sich in Opposition zu werfen oder die Märtyrerrolle zu spielen. Damit hatte es keine Noth: nicht im conservativen Lager waren im Deutschland des 19. Jahrhunderts die Märtyrer zu suchen. Mit der ängstlichsten Schonung auch der Personen ihrer Gegner gingen die wackeren Männer, welche jetzt die Geschäfte führten, vor: nur der eine und der andere höhere Beamte, wie der tiefverhaßte Oberpräsident der Rheinprovinz von Kleist-Retzow, wurden entlassen, und die Kreuzzeitungspartei begann sich bald vom ersten Schrecken zu erholen.

Sie hatten allerdings den Hauptstein in ihrem Spiele verloren: eine Camarilla kam bei der selbstständigen Art des Regenten nicht auf. Friedrich Wilhelm IV. begab sich mit der Königin nach Italien, aber er kehrte ungeheilt von dort zurück. Sein einst so lebhafter, in allen möglichen Gebieten leicht und mit raschem Verständniß sich ergehender Geist blieb umwölkt; die Kräfte sanken langsam, von Hoffnung einer Wiederherstellung war keine Rede. Die seither herrschende Partei wußte bald auf dem neuen Terrain sich einzurichten. Sie hatte in Hof, Verwaltung, Kirche, Heer eine Menge ihrer Anhänger placirt; sie sah, wie die neuen Minister selbst ängstlich bemüht waren, keine allzu raschen Hoffnungen, kein liberales Fordern und Drängen aufkommen zu lassen; sie wußten, daß der Prinz-Regent selbst, an soldatischen Befehl und soldatischen Gehorsam gewöhnt, die constitutionellen Doctrinen nicht liebte und mit größter Gewissenhaftigkeit darauf bedacht war, daß das Andenken des Bruders und die Ehrfurcht vor dem monarchischen Prinzip keinen Schaden leide; sie wußten auch, daß es Einen Punkt gab, an dem die Anschauungsweise des Regenten mit der des Liberalismus fast nothwendig in Collision kommen mußte: das Heerwesen.

Indeß wenngleich der Sturz der Partei weit nicht so vollständig war, als zu wünschen gewesen: das Schlimmste, das fühlte man überall, war gleichwohl überstanden. Die Neuwahlen zum Hause der Abgeordneten hatten nur einen kleinen Rest der Ultras übrig gelassen. Der preußische Staat hatte sich selbst wieder gefunden und damit war auch für das übrige Deutschland die Zeit gekommen, wo man die politische Arbeit mit einiger Aussicht auf Erfolg wieder aufnehmen konnte. Es traf sich glücklich, daß eben jetzt der schon länger drohende Zusammenstoß zwischen Oestreich und Frankreich erfolgte, über dessen weittragende Bedeutung für Deutschland vom ersten Augenblick an kein Zweifel möglich war. Es war eine politische Frage ersten Ranges, welche die Steuermannskunst des Regenten und seiner Minister auf keine leichte Probe stellte.

C. Der Osten.

Türkei, Rußland, Oestreich.

1. Türkei und Griechenland.

Der Pariser Friede hatte die Verhältnisse des Ostens aufs Neue geregelt und der europäischen Welt vor dem drohenden Gespenst, welches man die orientalische Frage nannte, wieder auf einige Zeit Ruhe verschafft. Wir sahen, wie Rußland sich weigerte, die Integrität des türkischen Reiches auch für die Zukunft zu gewährleisten, und wie dann (15. April 1856) Oestreich, Frankreich und England diese Garantie ihrerseits übernahmen, indem sie erklärten, jede Verletzung der Stipulationen des Pariser Friedens als einen Kriegsfall zu betrachten. Die bei der Ausführung des Friedensvertrages sich ergebenden unerheblichen Differenzen wurden zu Gunsten der Türkei geschlichtet: die Gränzregulirung in Bessarabien, festgestellt durch Pariser Protocoll vom 26. Januar 1857, sprach die Städte Bolgrad und Toback, sowie die unweit der Donaumündungen gelegene Schlangeninsel der Türkei zu und stellte den Leuchtthurm auf dieser Insel unter die Aufsicht der europäischen Donaucommission. Ende Februar 1857, nachdem Engländer und Franzosen längst heimgekehrt waren, traten auch die östreichischen Truppen ihren Abmarsch aus den Donaufürstenthümern an, welche sie seit September 1854 besetzt gehalten hatten. Der Pariser Friede hatte diesen beiden Fürstenthümern eine unabhängige und nationale Administration zugesichert, und eine einflußreiche Partei begann sofort für eine Union beider Länder zu agitiren. Der Kaimakam oder Statthalter, welchen die Pforte im März 1857 nach der Moldau sandte, Nicolaus Vogorides, galt für einen Gegner dieser Bestrebungen, welche insgeheim von Rußland und Frankreich unterstützt wurden. In demselben Monate nahmen moldauische Truppen von dem von Rußland abgetretenen bessarabischen Landstriche Besitz und im December desselben Jahres war auch die Rectificirung der russisch-türkischen Gränze in Asien von einer gemischten russisch-türkisch-englisch-französischen Commission vollbracht.

So war also der Sturm, den der Uebermuth des Kaisers Nicolaus gegen die Türkei heraufbeschworen, vorübergegangen, ohne daß dieses Reich einen materiellen Verlust erlitten hätte. Der kranke Mann war nicht an der acuten Krankheit eines muthwillig vom Zaune gebrochenen Krieges gestorben; er hatte vielmehr mit einer Lebenskraft, die man ihm nicht mehr zugetraut, sich seiner Haut gewehrt und sich wieder in einigen Respect gesetzt. Aber freilich geheilt war er nicht, und es war schwerlich ein gutes Zeichen, daß so viele Aerzte zu seiner Hülfe

herbeigeeilt waren, die nun fortwährend sein Lager umstanden und bei jedem neuen Symptom, bei jeder selbstständigen Regung zu Consultationen zusammentraten. In sehr unangenehmer Weise machte sich dieß der Türkei bei der Regelung der Angelegenheit der Donaufürstenthümer fühlbar. Die Wahlen zu dem Divan, welcher nach den Bestimmungen des Pariser Friedens berufen werden sollte, um die Wünsche der Bevölkerung in Beziehung auf die neue Organisation der Fürstenthümer kund zu geben, fielen in der Moldau auf Gegner der Union; aber Frankreich und Rußland, die sich gleich nach dem Friedensschlusse einander genähert hatten, waren für die Vereinigung zu Einem Staatswesen und behaupteten nun, daß diese Wahlen durch Bestechung und sonstige unstatthafte Mittel zu Stande gekommen seien. Und da die Pforte, welche denken mochte, daß solche Wahlen auch sonst in der Welt nicht mit sehr statthaften Mitteln gemacht würden, gegen ihren Kaimakam nicht einschreiten, noch auch die Wahlen für ungültig erklären wollte, so brachen Frankreich, Rußland, Preußen und Sardinien mittelst identischer Noten vom 6. August 1857 den diplomatischen Verkehr mit der Pforte ab, und Oestreich und England, gute Freunde in der orientalischen Frage, besonders seitdem die russisch-französische Freundschaft deutlicher hervortrat, schlossen sich, wenn auch zögernd, dieser Auffassung an. Die türkische Regierung schickte demgemäß am 23. August ihrem Statthalter den Befehl zu, die Wahlen zu annulliren, und in Uebereinstimmung mit der europäischen Commission in Bukarest binnen 14 Tagen neue vornehmen zu lassen. Diese fielen denn, wie sich denken läßt, zu Gunsten eines geeinigten Staates Rumänien aus; im Juli 1858 erschien in Paris eine Flugschrift „Napoleon III. und die rumänische Frage", welche das Nationalitätsprinzip als das eigentlich staatsbildende der neuen Zeit anerkannte, und damit auch für die rumänische Nation das Recht, einen gemeinsamen autonomen Staat zu bilden, in Anspruch nahm; einige Wochen später, im August, war dann das Protocoll fertig, welches die neue Ordnung in der Moldau und Walachei sanctionirte. Die Convention, welche die Mächte schlossen, war ein Compromiß, der eine getrennte Regierung einsetzte, aber gewisse Theile der Verwaltung gemeinsam machte: wodurch denn natürlich keine dauernde Lösung erzielt, vielmehr die Partei, welche die rumänische Einheit erstrebte, zur Fortsetzung ihrer Agitation ermuthigt wurde.

Für die inneren Angelegenheiten war der Türkei von ihren europäischen Aerzten ein Generalrecept verschrieben worden, dessen Ingredienzien gemeinsam festgestellt waren und welches als kaiserlicher Specialbefehl oder Hati-Humayun schon am 26. Januar 1856 ausgerufen worden war. Diese große Reformacte bestätigte die durch

den Sultan schon im Anfang seiner Regierung mittelst des Hatischerif von Gülhane gewährleistete Sicherheit für Person, Eigenthum und Ehre aller seiner Unterthanen, hob die weltlichen Befugnisse der verschiedenen Priesterschaften auf und verfügte, daß die weltlichen Geschäfte der Rajahnationen durch einen aus ihrer Mitte gewählten, aus Laien und Geistlichen bestehenden Rath besorgt werden sollten. Die verächtlichen Bezeichnungen für Andersgläubige, welche seither selbst in der Amtssprache der türkischen Behörden gebraucht worden waren, wurden streng verboten; jede Bevorzugung der einen Nation vor der andern in Beziehung auf Verwaltung und allgemeine Rechte sollte aufhören. Unbeschränkte Gewissensfreiheit ward proclamirt; sämmtliche Unterthanen des Großherrn ohne Unterschied der Religion sollten zu Staatsämtern berufen und in die Lehranstalten des Staates, die freilich größtentheils erst zu gründen waren, aufgenommen werden können. Außerdem war eine Reihe von Einzelreformen versprochen: gute Polizei, Verbesserung des Steuerwesens und namentlich der Steuererhebung, Bestrafung der Bestechlichkeit, Aufstellung eines regelmäßigen Jahresbudgets, Straßen- und Canalbau, Betheiligung der Christen am Heerdienste.

Hier stand an der Stelle des alttürkischen Staates, der auf Eroberung gegründet war, ein moderner Rechtsstaat auf dem Papier, an dem, wenn man die Völker mit Decreten befreien könnte, wenig auszusetzen war. Aber das Statut ärgerte die Osmanen und befriedigte die Christen nicht, denen ihre seitherige Organisation immer eine bessere Garantie gab, weil sie eine wirkliche war, als die neue auf dem Papiere, welche niemals wirklich geworden ist noch werden konnte. Die Türkei blieb was sie war, ein unorganisches Element, das sich in unglücklicher Stunde in die europäische Welt, die bei allen Verschiedenheiten und Gegensätzen im Einzelnen, doch im Ganzen eine gewisse Gleichartigkeit in den Fundamenten besaß, eingeschoben hatte. Von den 82,000 □Meilen, welche das türkische Reich in Europa, Asien und Afrika besaß, umfaßte der europäische Theil 9500, von den 36 Millionen seiner damaligen Bevölkerung 15½. Von diesen Letzteren sind nach Nationalitäten 6,200,000 Slaven, 4 Millionen Rumänen, 1½ Millionen Albanesen, 1 Million Griechen, außer den Armeniern, Zigeunern, Juden, Tartaren noch 2,100,000 Osmanen; nach Religionen 10 Millionen Christen griechischen und armenischen, 640,000 römisch-katholischen Bekenntnisses, 70,000 Juden, 214,000 Heiden (Zigeuner), 4,500,000 Muhamedaner. Der Osmane aber, wie bettelhaft er sein mochte, verachtete auch den vornehmsten Christen als einen Unreinen und Sclaven, der Christ den Moslem als einen Ungläubigen und Barbaren und die Masse der Moslemin wußte den Schutzmächten

wenig Dank für ihr Einschreiten, das ihr nur die Wahrheit des alten Spruches bewies, daß „das Heidenthum" nur Eine Nation gegenüber den Anhängern des Propheten bilde. Die Türkei blieb ein nothwendiges Uebel und wenn gleichwohl die Dinge seit dieser Zeit verhältnißmäßig dort besser gingen, als man vernünftiger Weise erwarten konnte, so war dieß — soweit man es überhaupt begründet finden kann — mehr eine Folge des immer sich steigernden Völkerverkehrs und des trotz aller Hemmnisse auch in diesen Gegenden wachsenden Einflusses der europäischen Cultur, als jener Reformgesetzgebung, welche der besten Garantie guter Gesetze, ihrer Uebereinstimmung mit der Volkssitte, entbehrte.

Der Friede mit Griechenland erhielt sich in der nächsten Zeit in Folge der nachdrücklichen Lehre, welche die Westmächte dem von unruhigem Ehrgeize gepeinigten Volke gegeben hatten, das lieber Ränke spinnen und blindet Aufregung sich hingeben, als arbeiten mag, ohne wesentliche Störung. Das Land begann sich indeß zu erholen; wenigstens stellte der Bericht, den der Finanzminister Komunduros dem König Otto am 16. December 1857 erstattete, die Fortschritte in einem sehr glänzenden Lichte dar. Die Einwohnerzahl 1,004,000 gegen 612,000 im Jahre 1834: 203,000 Wohnhäuser gegen deren 94,000 in jenem Jahre; 1,500,000 Maulbeerbäume gegen 380,000; 8 Millionen Drachmen Grundzins gegen vier. Die 25 Jahre der Regierung König Otto's waren in der That nicht ungenutzt geblieben; doch blieb dem für den Ackerbau wenig begünstigten, für Handel und Schifffahrt aber überaus wohlgelegenen Lande und seinem für diese Thätigkeiten besonders begabten Volke zu wünschen, daß es sich mehr um die eigenen als um fremde Angelegenheiten bekümmere, mehr arbeite und weniger politisire.

2. Rußland.

Von großen und wohlthätigen Folgen war der Krimkrieg, wie wenig siegreich er geführt worden war, für Rußland. Dieses Land hatte das Glück, in Alexander II. einen Herrscher zu finden, der seinen Ehrgeiz in wahren und dauernden Fortschritten suchte. Und hier, wenn irgend wo, war ein ungeheures Arbeitsfeld für einen solchen edlen Ehrgeiz — ein Arbeitsfeld, das kaum erst der Pflug gestreift hatte. Vor seinen colossalen Verhältnissen und Erstreckungen scheinen die übrigen europäischen Länder und Staaten fast zu verschwinden: der unumschränkte Wille eines Einzigen gebietet über einen Länderraum von beinahe 100,000 Quadratmeilen in Europa, 226,000 in Asien, damals noch 17,600 in Amerika; und die ungeheure Mehrzahl der etwa 66 Millionen, welche damals auf diesen 340—350,000

Quadratmeilen wohnten, vor Allem die 47 Millionen eigentlicher Russen, ehrten den Czaren mit demselben unbedingten und mehr als blinden Gehorsam, den der einzelne Nomadenstamm seinem Häuptlinge, den die Familie dem Vater des Hauses zollt, der sie zusammenhält, ohne den sie in einzelne Individuen auseinanderfallen würden. In den übrigen europäischen Staaten ist die Monarchie eine Institution, geheiligt, wenn es gut steht, durch eine lange Tradition: hier gefestigt, dort gelockert durch geschichtliche Ereignisse, welche immer wesentlich das Verhältniß zwischen Volk und Herrscher berühren; hier gestützt durch die Erkenntniß von der Nützlichkeit und Unentbehrlichkeit dieser Staatsform, dort angefochten durch radicale Theorien und ideologische Doctrinen. Hier auf russischem Boden dagegen ist sie keine Institution und keine Theorie: sie ist in ihrer unbedingtesten Form eine einfache Naturnothwendigkeit und als eine solche wird sie von der Masse des Volkes empfunden; Niemand vermöchte sich dieß Reich anders zu denken. Kein Staat der Erde, mit Ausnahme etwa des chinesischen, zeigt eine so große völlig gleichartige Masse seiner Bevölkerung; die übrigen zahlreichen Völker, die Polen (6½ Millionen), die Finnen (3 Millionen), die türkisch-tartarischen Völker (2,400,000), Letten (2 Millionen), Juden (1½ Millionen), kaukasischen Stämme (1½ Millionen), Deutsche (600,000), mongolischen Völker (330,000) verschwinden doch den 47 Millionen eigentlicher Russen gegenüber, welche die Sprache, die Sitte, die socialen Verhältnisse und die Religion gemeinsam haben. Und auch wenn man die Letztere zum Eintheilungsgrunde nimmt, so ist das Ergebniß kein anderes: jener compacten Masse von Anhängern der orthodoxen griechischen Kirche, denen man noch etwa 2 Millionen nicht vom russischen Stamme zuzählen muß, stehen 7 Millionen römischer Katholiken, 3 Millionen lutherischen, 500,000 reformirten Bekenntnisses, 1½ Millionen Juden, doppelt so viele Muhamedaner, 600,000 Heiden gegenüber. Auch die Beschäftigungsweise liefert ein gleiches Ergebniß; 40 von den 66 Millionen des Reiches ernährt der Ackerbau.

In der ungeheuren und unbeschränkten Macht, welche in der Hand des Kaisers ruhte, lag die Versuchung, dem getheilten, ewig bewegten, unruhigen Europa gegenüber eine Protectors- und Schiedsrichterrolle zu spielen, und zweimal im Laufe des Jahrhunderts hatten sich die Ereignisse so gefügt, daß die Beherrscher Rußlands diese Rolle übernahmen und sich in derselben wohlgefielen. Beide Male, von Alexander I. und von Nicolaus, geschah es nur zum Schaden Rußlands und vielleicht war es nicht der Ehrgeiz allein gewesen, welcher den einen wie den andern dieser Fürsten bestimmt hatte, jene universale europäische Stellung anzunehmen oder aufzusuchen; es war eine leichtere Auf-

gabe, der Messias oder der Parteiheilige der europäischen Reaction zu sein, als der Reformator Rußlands zu werden und dieses große Volk selbst auf friedlichem Wege aus Stagnation und Gebundenheit herauszuführen. Der Mißerfolg des letzten Krieges und seine schweren Verluste zwangen jetzt Rußland sich auf seine eigenen Gränzen zu beschränken und seine Verluste zu ergänzen. Es war das Verdienst und der Ruhm des neuen Herrschers, diese Pflicht mit ernstem Sinne ergriffen zu haben: und der Entschluß allein, ein solches Reich nicht durch Importirung westeuropäischer Ideen, sondern von innen heraus zu reformiren und auf eine höhere Stufe zu heben, mit Beharrlichkeit und ohne Entmuthigung verfolgt, reicht aus, diesem Herrscher einen hervorragenden Platz in der Geschichte seines Volkes, das einen so ansehnlichen Theil des Menschengeschlechts ausmacht, zu sichern.

Alexander II. (geb. 29. April 1818) hatte, sobald er es mit Ehren konnte, die Hand zur Wiederherstellung des Friedens geboten, — eines Friedens, der nicht allein den Verzicht auf die traditionellen Plane wider die Türkei oder mindestens deren Vertagung auf lange Zeit, sondern auch den Verzicht auf das Protectorat in Deutschland, welches Knechtsinn und Revolutionsfurcht dem Kaiser Nicolaus dargeboten hatte, in sich schloß. Der Czar wurde wieder, was er von Gottes und Rechts wegen war.

Der Ausgang des Krimkrieges hatte die Hoffnungen der polnischen Emigration und ihrer Gesinnungsgenossen im Lande selbst abermals getäuscht. Noch am 3. Mai 1856 hatte die Erstere eine vergebliche Adresse an die Pariser Conferenz gerichtet, in welcher verlangt war, Polen auf dem Fuße der Verträge von 1815 wiederherzustellen; am 23. Mai erschien Kaiser Alexander selbst zu Warschau, wo er sich in Gegenwart der zum Empfange versammelten Adelsmarschälle über seine Absichten aussprach. „Keine Träumereien, und Vergessenheit des Vergangenen" waren seine Worte: er erläuterte das Letztere mit einer allgemeinen Amnestie (27. Mai), von der aber die Häupter wenigstens des republikanischen Theiles der Emigration keinen Gebrauch machten. Es war freilich für den Kaiser leichter, die Vergangenheit zu vergessen, als für die Polen. Für Polen, sagte Alexander, gebe es kein anderes Heil, als wenn es sich, wie Finnland gethan, der großen Familie anschließe, welche das russische Reich darstelle. In diesem Falle, so sprach er beredt und aus aufrichtigem Herzen, werde er die Polen mit gleicher Liebe wie die Russen umfassen. Das Amnestiedecret setzte für die Zurückkehrenden eine dreijährige Probezeit fest, nach deren Verlauf ihnen auch der Eintritt in den russischen Staatsdienst wieder offen stehe. In den europäischen Angelegenheiten legte der Kaiser sich eine gewisse Zurückhaltung auf. Das gute Vernehmen mit Preußen war

nicht ernstlich gestört worden; mit Frankreich bemühte man sich sehr sichtbar zu einem guten Verhältniß zu gelangen und die Wichtigthuer der Journale und der Vorzimmer bemerkten mit ernsten Mienen, daß bei der feierlichen Krönung des Kaisers zu Moskau (7. September 1856) der französische Gesandte Graf Morny mit ganz besonderer Auszeichnung behandelt worden sei, er habe sogar — man denke nur — den Tanz mit der Kaiserin eröffnet; während der Großfürst Constantin vom 5. bis 16. Mai 1857 zu Paris sich aufgehalten, habe er für die Königin von England nur Einen Tag, den 31. Mai, übrig gehabt: am 25. September jenes Jahres erfolgte dann die Zusammenkunft der beiden Kaiser zu Stuttgart, welche Geschäftigen und Müßigen so viel zu denken gab. Es verscheuchte die Bedenken nicht, daß auf der Rückreise Kaiser Alexander in Weimar mit Franz Joseph zusammenkam, in dessen Gefolge sich auch der alte Fürst Metternich befand: daß die Ereignisse von 1854—1856 zwischen Oestreich und Rußland eine breite Kluft befestigt hatten, konnte Niemand verkennen. Mit England stand es, wenigstens in Asien, dem großen Schachbrette, wo die beiden Mächte gegeneinander operiren, in alten Rechten: bei den persischen Verwickelungen fand England seinen Rivalen wieder auf seinem Posten und schon im December 1856 hatten die Russen ihren Krieg gegen Schamyl in Kaukasien wieder begonnen. Mit Japan kam im gleichen Jahre (25. November) ein Vertrag zu Stande, welcher dem russischen Handel drei Häfen öffnete und die kurilischen Inseln wurden mit Ausnahme einer einzigen als russischer Besitz anerkannt; mit China am 28. Mai 1858 ein wichtigerer, welcher das ganze linke Ufer des Amurflusses an Rußland überließ. Die Hauptstadt dieses Landstrichs wurde das 1852 gegründete Nicolajeff.

Von weit größerer Bedeutung war was im Innern geschah: nicht für Rußland allein, sondern für das gesammte Europa, weil eine Fortschrittsbewegung in einem so großen Reiche nicht ohne ermuthigende Wirkung auf die vorwärtsstrebenden Kräfte der übrigen Länder bleiben konnte. Von dem starren militärischen Wesen seines Vaters war Alexander gänzlich frei, und er bewährte diese freie Anschauung im Großen und Kleinen. Die für das patriarchalisch-despotische Regiment charakteristische Bestimmung, daß auch wer aus Gesundheitsrücksichten ein ausländisches Bad besuchen wollte hierzu eines kaiserlichen Reiseconsenses bedurfte, ward aufgehoben; wer zum Vergnügen reiste, bezahlte, wie seither, für einen Paß auf sechs Monate 250 Rubel. In demselben Jahre, 1856, stellte der Kaiser die Rekrutenaushebung auf vier Jahre ein, hob die Militärcolonien auf, erließ 24 Millionen Rubel an rückständigen Steuern und machte einen Versuch, dem schweren Uebel der Beamtenbestechlichkeit zu wehren: der Anfang des neuen Jahres brachte

eine überaus heilsame Veränderung in den Zuständen der russischen Presse. Den politischen Journalen wurde eine freiere Bewegung und die Benutzung der Staatstelegraphen gestattet; sie fanden fortan auch bei den westeuropäischen Preßorganen mehr Beachtung, deren Gewohnheit, durch täglich leitende Artikel auf die politische Anschauung ihres Leserkreises zu wirken, sie annahmen.

Dasjenige aber, was der Regierung Alexander's II. im hervorragenden Sinne eine weltgeschichtliche Bedeutung gab, war, daß er um dieselbe Zeit, wo in Amerika der Kampf um Sein und Nichtsein der Sclaverei seiner entscheidenden Krisis sich nahte, die Aufhebung der Leibeigenschaft, die Emancipation der russischen Bauern, mit vollem und entschlossenem Ernste in Angriff nahm.

Nach mehreren vorbereitenden Schritten wurde im Anfang des Jahres 1857 eine Commission zur Berathung der Bauernemancipationsfrage berufen; dieselbe sprach sich Mitte Mai im Sinne der Aufhebung der Leibeigenschaft aus. Allein ein Anderes war, diese Aufhebung einer Jahrhunderte alten Ordnung der Dinge, auf welcher das ganze gesellschaftliche Gebäude in diesem Lande ruhte — denn die Zählung im Jahre 1857 ergab eine Masse von 23,600,000 Leibeigenen bei einer Gesammtbevölkerung von 57 Millionen im europäischen Rußland — im Prinzip gut zu heißen, ein Anderes den richtigen Weg zu finden, auf welchem ohne schwere Erschütterungen die großartige, unerläßliche und, einmal in Angriff genommen, auch unaufschiebbare Maßregel durchgeführt werden konnte. Der Kaiser beschloß die Initiative des Unternehmens den Nächstbetheiligten, dem Adel selbst, zuzuweisen, unter welchem schon früher Wünsche in dieser Beziehung hervorgetreten waren: denn die Institution der Leibeigenschaft hatte, wie alles Naturwidrige, keineswegs blos für den Leibeigenen, sondern auch für den Leibherrn sehr viele Schattenseiten. Und da der Adel daran keinen Zweifel hegen konnte, daß bei dem Kaiser der Entschluß unwiderruflich feststehe, sein Regentenleben an diese Maßregel zu setzen, so lag es in seinem eigenen Interesse, die ihm von der Regierung zugeschobene Initiative nicht zurückzuweisen. Der litthauische Adel sandte zuerst eine Adresse nach Petersburg, in welcher ein Entwurf zur Eigenthumsverleihung an die Bauern enthalten war: die Antwort des Kaisers sprach ihm und dem gesammten Adel gegenüber den Wunsch aus, derselbe möchte darüber berathen, wie die Lage der Bauern gegenüber den Eigenthümern der adeligen Güter durch genaue Bestimmung ihrer wechselseitigen Verpflichtungen und Beziehungen zu verbessern und zu sichern sei. Der Adel von Petersburg, von Nischnei-Nowgorod, von Orel gab seine Bereitwilligkeit zu erkennen, in die große Frage einzutreten, während der altrussische Adel noch die Betheiligung ablehnte: jedes Ent-

gegenkommen wurde von der Regierung ermuthigt, und der Kaiser selbst, der für seine eigenen Güter mit seinem Beispiel voranging, brauchte seinen Einfluß in derselben Richtung. Bis Mitte des Jahres 1858 hatte der Adel von 33 Gouvernements seine Bereitwilligkeit, auf die kaiserlichen Absichten einzugehen, erklärt. Die Berathung im Einzelnen sollte durch Comités, welche der Adel selbst bildete, geschehen; die Grundsätze aber, welche bei dem Werke als Richtschnur dienen sollten, hatte der Kaiser in einem Rescript an den Petersburger Adel vom 17. December 1857 angegeben. Sie deuteten auf einen vorsichtig abgesteckten langsamen Weg zum Ziele: der Grundbesitzer behält sein Eigenthumsrecht auf sein ganzes Gut, den Bauern aber wird ihre „Umzäunung" — Haus, Hof und ein Stück Gartenland — gewährleistet, und sie haben das Recht, diese Stelle durch Ankauf mit Fristzahlungen allmälig zu vollem Eigenthume zu erwerben. Außerdem wird ihnen eine Fläche Landes, groß genug, um ihren Lebensunterhalt zu sichern und sie in den Stand zu setzen, ihren Verpflichtungen gegen den Staat und gegen die Grundbesitzer nachzukommen, zur Benutzung angewiesen; die Landpolizei bleibt dem Grundbesitzer, aber die Bauern werden in Landgemeinden organisirt.

Es war ein ungeheures Werk, das hier begonnen wurde, schwierig in hohem Grade, selbst wenn überall und von allen Seiten der beste Wille vorhanden war. An Bedenklichkeiten fehlte es nicht: waren die Leibeigenen reif für die neue Freiheit? War nicht zu erwarten, daß jenes schreckliche Wort, welches im Anfang unseres Jahrhunderts bei Aufhebung der Erbunterthänigkeit und Gutshörigkeit da und dort, z. B. auf der Insel Rügen erklang: „wir wollen nicht frei sein", auch hier bei der Masse sich wiederhole, der man ein Geschenk darbot, dessen Werth die Wenigsten zu würdigen wußten? Mußte man nicht fürchten, daß der russische Bauer, indem man ihn in den Stand setzte sich von der Scholle zu lösen, die neue Freiheit benutzen würde, um dem alten nomadischen Hange des Stammes zu fröhnen und ein unstätes Wanderleben als Krämer dem Ackerbau vorzuziehen? Die große Reform konnte nicht gedacht werden ohne eine Menge anderer Reformen: Herstellung eines ausgedehnten Verkehrsnetzes zu Wasser und zu Lande, Entwickelung des städtischen Elementes im Reiche, das in einem ungeheuerlichen Mißverhältniß (4½ gegen 45 Millionen) zum ländlichen stand, Durchdringung des Reiches mit Volksschulen und Anderes. Der Würfel aber war geworfen, der entscheidende Schritt nach Vorwärts geschehen.

3. Oestreich.

Wenn es dem russischen Reiche eine gewisse Sicherheit und Festigkeit gab, die es vor revolutionären Erschütterungen bis dahin bewahrt

hatte, daß die große Masse seiner Bevölkerung gleichartig war, — wenn dadurch die Aufgaben dieses Reiches im Innern, sobald sein Herrscher auf eine ausgreifende erobernde Politik verzichtete, ohne äußere Störungen sich vollziehen ließen, — wenn die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung dort die absolute Herrschermacht seines Czaren wie eine Naturnothwendigkeit hinnahm: so war dagegen Oestreich in seinen Lebensbedingungen völlig anders gestaltet. Sein Staat war aus allen möglichen zusammeneroberten und zusammengeheiratheten Ländern und Völkern gebildet. Und mit dieser seiner Zusammensetzung hatte es nach drei Seiten hin mannigfache Aufgaben zu lösen, denen kaum ein compacter Einheitsstaat mit ganz gleichartiger Bevölkerung gewachsen gewesen wäre. Seine Vergangenheit hatte ihm nach drei Seiten hin eine Weltstellung geschaffen, die man als die deutsche, die italienische und die Donaustellung bezeichnet hat. Jede dieser Stellungen brachte es in Zusammenstöße und Reibungen mit den Nachbarstaaten; es war schwer zu sagen, wo bei diesem Staate die auswärtige Politik aufhörte und die innere begann. Dem äußern Anschein nach allerdings bildete die östreichische Monarchie ein herrlich abgerundetes Land von 12,120 □Meilen, vortrefflich gelegen, an unerschöpflichen, gutentheils kaum erst angebrochenen Schätzen aller Naturgebiete überreich, von einer großen Wasserader, der Donau, durchzogen. Aber wenn man, von der Oberfläche den Blick tiefer richtend, die Bevölkerungsverhältnisse ins Auge faßte, standen die Dinge minder befriedigend: unter einer Gesammtbevölkerung von 38,388,000 Seelen (1853) 15 Millionen Slaven, 8 Millionen Romanen, 8 Millionen Deutsche, 5 Millionen Magyaren, neben Zigeunern, Juden, Szeklern, Armeniern u. s. w. Tröstlicher konnte die Lage scheinen, wenn man den Blick auf das Verhältniß der Religionen lenkte: die weit überwiegende Mehrzahl, 26½ Millionen, römisch Katholische, denen noch 3½ Millionen griechisch oder armenisch Unirte, welche die Autorität des Stuhles zu Rom anerkannten, beizuzählen sind, und neben denen die 3 Millionen nicht unirter Griechen, die 3½ Millionen Protestanten Helvetischer und Augsburgischer Confession, die 750,000 Juden, die 50—60,000 von verschiedenen Religionen und Secten keinerlei gefährdendes Element bilden konnten. Die Gemeinsamkeit der Religion war in der That in früheren Zeiten ein wirksames Element der Einigung für dieses Völkergemenge gewesen. Aber die wirksamste Form der Einigung, den gemeinsamen Fortschritt, hatte sie seit lange zu fördern aufgehört und wie mächtig sie noch immer war, so hatte sie dennoch viel an ihrer staatsbildenden und volksbeherrschenden Macht verloren. Eine andere Idee war mächtig herangewachsen und in der letzten großen Krisis des europäischen Lebens zum Durchbruch gekommen und ins Be-

wußtsein auch der Massen getreten, — die Nationalitätsidee: in Deutschland, in Italien, in Ungarn hatte sie sich feindselig gegen die östreichische Reichseinheit erhoben.

Mit gewaltiger Anspannung der Kräfte, mit Feuer und Schwert, hatte Oestreich diese Regungen niedergerungen; es blieb sein Verhängniß, sie fortwährend bekämpfen zu müssen. Nach Niederwerfung dieser Revolutionen, mit Aufhebung der Verfassung vom März 1849, welche einer ihrer Mitunterzeichner, als er nicht mehr zu heucheln brauchte, selbst als die „Fiction von Kremsier" bezeichnete, war der reine Absolutismus wieder hergestellt worden. Aber einfach zum Früheren zurückzukehren war unmöglich, weil die Werkzeuge und Mittel des alten Absolutismus vollkommen aufgebraucht waren. Das Bedürfniß eines neuen Oestreichs, wie immer gestaltet, war unzweifelhaft vorhanden: und bald waren die dienstbeflissenen Federn im Lande und im „Reiche", d. h. in Deutschland, an der Arbeit, um als das Ziel der Politik des jungen Kaisers und seiner Räthe die Regeneration, die Erneuerung, die Verjüngung Oestreichs zu verkünden: der gutmüthigen Leute im „Reiche" waren nicht wenige, die, ehe viele Wochen ins Land gegangen waren, schon anfingen, mit vollen Backen den „herrlich aufblühenden Donaustaat" zu preisen. Den ersten jener Räthe, den Fürsten Felix Schwarzenberg vor Allem priesen diese Leichtgetäuschten als einen genialen Staatsmann: wenigstens das hatte er bewiesen, wie viel rücksichtslose Kühnheit und fester Wille inmitten allgemeiner Auflösung und erbärmlichen Gegnern gegenüber vermögen. Den Beweis wirklicher Genialität in dem weit schwierigeren Werke des Neubaus eines östreichischen Einheitsstaates, den er als seine Fahne aufgesteckt, zu liefern, ersparte ihm das rasche Todesgeschick, das ihn inmitten seiner Scheinerfolge am 5. März 1852 dahinraffte. In der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten ersetzte ihn der Graf Buol-Schauenstein: ein neuer Präsident des Ministerrathes ward nicht ernannt, da der Kaiser selbst sich nunmehr die Fähigkeit zutraute, die oberste Leitung der Geschäfte in die Hände zu nehmen. Von den übrigen Ministern sind vorzugsweise zu nennen der Minister des Innern, Alexander Bach, Journalist und Advokat, der im Jahre 1848 mit Anderen zum Barricadenbau aufgefordert, oder wenigstens den „Willen des Volkes", der „sich in deutlicher Barricadensprache gezeigt," zur Richtschnur genommen, — der dann aber klüger als Andere, zu einer Zeit, wo die Dienste eines gewandten, von keinerlei Scrupeln noch Zweifeln angefochtenen Mannes hoch im Preise standen, sein Talent im Dienste der Reaction feilgeboten und verwerthet hatte; der Unterrichtsminister Graf Leo Thun, ein böhmischer Clericaler, der bald das willige Werkzeug der kirchlichen Reaction wurde, die sich der militärisch-bureaukratischen beigesellte,

und der Handels-, später, nach seinem Wiedereintritt im Jahre 1855, Finanzminister von Bruck, ein Rheinländer, sehr bürgerlicher Herkunft, den die Lobhudler jener traurigen Zeit mit dem Nimbus ganz besonderer Genialität umgaben, weil er es vortrefflich verstand, die Welt über die wahre Lage des Staates zu täuschen, und wenigstens einige Jahre lang einer schlechten Politik gutes Geld zu schaffen wußte.

Die Reactionswirthschaft in Oestreich während der Jahre 1850 bis 1859 bietet ein in ihrer Art interessantes Gegenbild zu der gleichzeitigen Mißregierung in Preußen. Nach den großen Worten, mit welchen die Parteigänger im Reiche, zu deren Organ vor Allem die Augsburger Allgemeine Zeitung sich machte, überaus freigebig waren, durfte man etwas wie einen sogenannten aufgeklärten Despotismus erwarten. Indeß der junge Fürst, welcher der Träger dieser Regierungsweise hätte sein müssen, war ebenso wenig aufgeklärt als er Despot war, und seine Regierung hätte, selbst den Willen vorausgesetzt, die Werkzeuge zu einem solchen aufgeklärten Despotismus sich erst schaffen müssen. Es war aber nichts damit; einen wirklichen, auf klaren und staatsbauenden Ideen beruhenden Plan hatte diese Regierung von frivolen Cavalieren, bornirten Fanatikern und machtgierigen Emporkömmlingen ebensowenig als die aus etwas anderen Elementen zusammengesetzte, aber nicht bessere und nicht geistreichere Regierung des damaligen Preußens ihn hatte. Auf das reine Säbelregiment folgte eine neue, aber wenig verbesserte Auflage des alten Metternich'schen Regiments, das sich weiterhin, was Metternich nicht gethan, die Jesuiten und das übrige Pfaffenwesen über den Kopf wachsen ließ. Was in Preußen, wenn auch sehr verkümmert und nothdürftig, den öffentlichen Geist wach erhielt und die Reaction selbst nöthigte, geistige Kräfte zu entfalten, das parlamentarische Leben, war hier beseitigt: und da man sich dieser Pflanzschule des Talents selbst beraubt hatte, so blieb zur Durchführung der neuen Reichseinheitspolitik nur die östreichische Bureaukratie übrig. Diese aber blieb wie sie gewesen: in ihrer niederen und mittleren Sphäre schlecht bezahlt und daher bestechlich, von Reglements, papiernen Verordnungen und Instructionen erdrückt; ohne alle Selbstständigkeit des Denkens, im geistlosen Mechanismus der Schreibereien, der Protocolle und Berichte festgefahren; seit 1849 uniformirt und auch über die der vorgesetzten Behörde wohlgefällige Art den Bart zu tragen, soweit solcher überhaupt zulässig — „Vollbärte gänzlich abgestellt" — nicht im Zweifel gelassen; gewöhnt und fast genöthigt, in ihren Berichten an die oberen Instanzen die Dinge darzustellen nicht wie sie wirklich waren, sondern wie man es zu Wien gerne hörte. Zunächst, wie nicht anders zu erwarten, richtete sich die Thätigkeit auf Repressivgesetze und Repressivmaßregeln. Ein neues Strafgesetz vom 27. Mai 1852 setzte

wußtsein auch der Massen getreten, — die Nationalitätsidee: in Deutschland, in Italien, in Ungarn hatte sie sich feindselig gegen die östreichische Reichseinheit erhoben.

Mit gewaltiger Anspannung der Kräfte, mit Feuer und Schwert, hatte Oestreich diese Regungen niedergerungen; es blieb sein Verhängniß, sie fortwährend bekämpfen zu müssen. Nach Niederwerfung dieser Revolutionen, mit Aufhebung der Verfassung vom März 1849, welche einer ihrer Mitunterzeichner, als er nicht mehr zu heucheln brauchte, selbst als die „Fiction von Kremsier" bezeichnete, war der reine Absolutismus wieder hergestellt worden. Aber einfach zum Früheren zurückzukehren war unmöglich, weil die Werkzeuge und Mittel des alten Absolutismus vollkommen aufgebraucht waren. Das Bedürfniß eines neuen Oestreichs, wie immer gestaltet, war unzweifelhaft vorhanden: und bald waren die dienstbeflissenen Federn im Lande und im „Reiche", d. h. in Deutschland, an der Arbeit, um als das Ziel der Politik des jungen Kaisers und seiner Räthe die Regeneration, die Erneuerung, die Verjüngung Oestreichs zu verkünden: der gutmüthigen Leute im „Reiche" waren nicht wenige, die, ehe viele Wochen ins Land gegangen waren, schon anfingen, mit vollen Backen den „herrlich aufblühenden Donaustaat" zu preisen. Den ersten jener Räthe, den Fürsten Felix Schwarzenberg vor Allem priesen diese Leichtgetäuschten als einen genialen Staatsmann: wenigstens das hatte er bewiesen, wie viel rücksichtslose Kühnheit und fester Wille inmitten allgemeiner Auflösung und erbärmlichen Gegnern gegenüber vermögen. Den Beweis wirklicher Genialität in dem weit schwierigeren Werke des Neubaus eines östreichischen Einheitsstaates, den er als seine Fahne aufgesteckt, zu liefern, ersparte ihm das rasche Todesgeschick, das ihn inmitten seiner Scheinerfolge am 5. März 1852 dahinraffte. In der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten ersetzte ihn der Graf Buol-Schauenstein: ein neuer Präsident des Ministerrathes ward nicht ernannt, da der Kaiser selbst sich nunmehr die Fähigkeit zutraute, die oberste Leitung der Geschäfte in die Hände zu nehmen. Von den übrigen Ministern sind vorzugsweise zu nennen der Minister des Innern, Alexander Bach, Journalist und Advokat, der im Jahre 1848 mit Anderen zum Barricadenbau aufgefordert, oder wenigstens den „Willen des Volkes", der „sich in deutlicher Barricadensprache gezeigt," zur Richtschnur genommen, — der dann aber klüger als Andere, zu einer Zeit, wo die Dienste eines gewandten, von keinerlei Scrupeln noch Zweifeln angefochtenen Mannes hoch im Preise standen, sein Talent im Dienste der Reaction feilgeboten und verwerthet hatte; der Unterrichtsminister Graf Leo Thun, ein böhmischer Clericaler, der bald das willige Werkzeug der kirchlichen Reaction wurde, die sich der militärisch-bureaukratischen beigesellte,

und der Handels=, später, nach seinem Wiedereintritt im Jahre 1855, Finanzminister von Bruck, ein Rheinländer, sehr bürgerlicher Herkunft, den die Lobhudler jener traurigen Zeit mit dem Nimbus ganz besonderer Genialität umgaben, weil er es vortrefflich verstand, die Welt über die wahre Lage des Staates zu täuschen, und wenigstens einige Jahre lang einer schlechten Politik gutes Geld zu schaffen wußte.

Die Reactionswirthschaft in Oestreich während der Jahre 1850 bis 1859 bietet ein in ihrer Art interessantes Gegenbild zu der gleichzeitigen Mißregierung in Preußen. Nach den großen Worten, mit welchen die Parteigänger im Reiche, zu deren Organ vor Allem die Augsburger Allgemeine Zeitung sich machte, überaus freigebig waren, durfte man etwas wie einen sogenannten aufgeklärten Despotismus erwarten. Indeß der junge Fürst, welcher der Träger dieser Regierungsweise hätte sein müssen, war ebenso wenig aufgeklärt als er Despot war, und seine Regierung hätte, selbst den Willen vorausgesetzt, die Werkzeuge zu einem solchen aufgeklärten Despotismus sich erst schaffen müssen. Es war aber nichts damit; einen wirklichen, auf klaren und staatsbauenden Ideen beruhenden Plan hatte diese Regierung von frivolen Cavalieren, bornirten Fanatikern und machtgierigen Emporkömmlingen ebensowenig als die aus etwas anderen Elementen zusammengesetzte, aber nicht bessere und nicht geistreichere Regierung des damaligen Preußens ihn hatte. Auf das reine Säbelregiment folgte eine neue, aber wenig verbesserte Auflage des alten Metternich'schen Regiments, das sich weiterhin, was Metternich nicht gethan, die Jesuiten und das übrige Pfaffenwesen über den Kopf wachsen ließ. Was in Preußen, wenn auch sehr verkümmert und nothdürftig, den öffentlichen Geist wach erhielt und die Reaction selbst nöthigte, geistige Kräfte zu entfalten, das parlamentarische Leben, war hier beseitigt: und da man sich dieser Pflanzschule des Talents selbst beraubt hatte, so blieb zur Durchführung der neuen Reichseinheitspolitik nur die östreichische Bureaukratie übrig. Diese aber blieb wie sie gewesen: in ihrer niederen und mittleren Sphäre schlecht bezahlt und daher bestechlich, von Reglements, papiernen Verordnungen und Instructionen erdrückt; ohne alle Selbstständigkeit des Denkens, im geistlosen Mechanismus der Schreibereien, der Protocolle und Berichte festgefahren; seit 1849 uniformirt und auch über die der vorgesetzten Behörde wohlgefällige Art den Bart zu tragen, soweit solcher überhaupt zulässig — „Vollbärte gänzlich abgestellt“ — nicht im Zweifel gelassen; gewöhnt und fast genöthigt, in ihren Berichten an die oberen Instanzen die Dinge darzustellen nicht wie sie wirklich waren, sondern wie man es zu Wien gerne hörte. Zunächst, wie nicht anders zu erwarten, richtete sich die Thätigkeit auf Repressivgesetze und Repressivmaßregeln. Ein neues Strafgesetz vom 27. Mai 1852 setzte

harte Strafen auf politische Verbrechen, welche in Form und Behandlung den gemeinen gleichgesetzt wurden; die Paragraphen, welche die Erregung von Haß und Verachtung gegen die Regierung und ihre Organe verpönten, waren so dehnbar, daß jede Kritik, ja jedes gesprochene oder gedruckte Wort, wenn man wollte, straffällig gemacht werden konnte. Gleichzeitig erschien eine neue Preßordnung, welche — neben den Verwarnungen nach napoleonischem Muster — schon der Eine Zug charakterisirt, daß sie die Strafbarkeit schon mit der Ablieferung des Manuscripts in die Druckerei beginnen ließ. Im Uebrigen kam man in der ganzen Zeit des Absolutismus auf allen Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung nicht über Versuche, Experimente und „Provisorien" hinaus. In der Organisation der Verwaltungsstellen vom Jahre 1853 wurde an die Spitze eines jeden Kronlandes ein Statthalter gesetzt, der vorzugsweise die politischen Angelegenheiten besorgte, neben dem Statthalter die Statthalterei, ein bureaukratisches Collegium, welche das Detail, Gemeindeverkehr, Unterrichtsangelegenheiten, Wohlthätigkeits- und Strafanstalten wahrzunehmen hatte; Kreisbehörden, Bezirksämter; die Gemeindeverfassung blieb in einem chaotischen, unorganisirten Zustande, von Selbstständigkeit keine Rede. Soviel irgend möglich, ward uniformirt: Ungarn, dem seine alten constitutionellen Rechte entzogen waren, wurde in fünf Verwaltungsgebiete, Ofen, Großwardein, Preßburg, Kaschau, Oedenburg, zerlegt und der Erzherzog Albrecht zum Civil- und Militärgouverneur mit ausgedehnten Vollmachten ernannt; die Organisation dieses nunmehr zur Provinz umgewandelten Landes diente dann als Muster für die Verwaltungsorganisation der übrigen, das man ohne viel Aenderungen copirte.

Schöpferisch war diese Politik nur auf einem Gebiete, dem kirchlichen. Gleich mit Beginn der Reaction suchte man sich den katholischen Clerus als Verbündeten zu gewinnen, was nicht schwer war. Die Jesuiten, deren Orden 1848 aufgehoben worden, wurden sammt den ihnen verwandten Orden wieder in ihren frühern Besitzstand eingesetzt und begannen sofort (1850) wieder ihre Thätigkeit mit Missionen, Verfolgung Andersgläubiger, Bearbeitung der Massen, Beherrschung des Unterrichts: geschäftig machte sich der östreichische Episcopat, dessen bedeutendstes Mitglied der Lehrer des Kaisers, seit 1853 Fürsterzbischof von Wien, Joseph Othmar von Rauscher (geb. 1797) war, an die Arbeit, wenigstens auf ihrem Gebiete ein neues Oestreich zu gründen. Bei der Bigotterie des Kaiserhauses gelang diese kirchliche Revolution, welche sich gegen die Reste des Josephinismus, an denen Franz II. und Metternich festgehalten, richtete, sehr vollständig und fand ihren Abschluß in dem Concordate, welches am 18. August 1855 nach längeren Unterhandlungen in Wien durch den Erz-

bischof Rauscher und den päpstlichen Nuntius Viale Prela unterzeichnet, am 3. November vom Papste in einem Consistorium der Cardinäle verkündigt und im gleichen Monate in Oestreich proclamirt wurde. Durch dieses ungeheuerliche Document wurde der östreichische Staat einer Macht unterworfen, die mit Allem, was in Europa eine Zukunft hatte, in völligem Widerspruche stand, und die, während sie da wo man sie am besten kannte, in Rom selbst, nur durch fremde Bajonette aufrecht erhalten wurde, die seltsame Prätention erhob in anderen Staaten die überlieferte Ordnung zu gewährleisten und den Schlußstein auf das Gebäude der gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen zu setzen. Das Concordat räumte in seinen 26 Artikeln so gut wie Alles ein, wonach geistliche Herrschsucht und Habsucht jemals Gelüste trug. Keine noch so demokratische Verfassung hätte die Regierungsmacht mehr beschränken können, als dieser Vertrag es that, in welchem der Kaiser von Oestreich dem Herrscher des römischen Universalstaates und seinen Beamten und Werkzeugen, den Bischöfen und Jesuiten, die letzte Entscheidung über das Wohl und Wehe seiner Unterthanen — mittelbar auch der protestantischen — in die Hände gab. „Aufrechthaltung der römisch-katholischen Religion mit allen Rechten und Prärogativen, deren sie sich nach Gottes Ordnung und den Bestimmungen der Kirchengesetze zu erfreuen hat, in alle Ewigkeit" bestimmt sein erster Artikel; das kaiserliche Placet, die Zustimmung zur Bekanntmachung päpstlicher und bischöflicher Decrete fällt weg; der Verkehr der Bischöfe mit dem Oberhaupte der Kirche, der Verkehr des Clerus mit dem Volke in „geistlichen Dingen" ist frei und ohne staatliche Controle. Die Bischöfe, sagt Art. 9, werden ihre Macht mit vollkommener Freiheit üben, um Bücher, die der Religion und Sittlichkeit verderblich sind, als verwerflich zu bezeichnen und die Gläubigen von der Lesung derselben fern zu halten, doch auch die Regierung wird durch jedes zweckentsprechende Mittel verhüten, daß derlei Bücher im Kaiserthum verbreitet werden. Wie hier der gute Name und das Eigenthum jedes Bürgers, so war auch die Schule ihnen ausgeliefert. Die Leitung der „religiösen Erziehung" — nicht etwa blos des Religionsunterrichts — die Ernennung der Lehrer an geistlichen Seminarien ist ihnen anheimgegeben und Niemand darf ohne ihre Erlaubniß Vorlesungen über Theologie und Kirchenrecht halten. Kirchliche Strafen zu verhängen, wo kirchliche Gebote übertreten sind, steht den Bischöfen frei und dawider ließ sich nichts einwenden, wo Jemand sich dieß gefallen ließ; dabei aber war bestimmt, daß die Staatsgewalt solche Entscheidungen respectire, und sie verpflichtete sich, diese Entscheidungen durch jedes dem Zwecke entsprechende Mittel ausführen zu helfen. Mönchs- und Nonnenklöster können die Bischöfe „im Einvernehmen mit der Regie-

rung" errichten. Der Verkehr der Orden mit ihren Oberen in Rom ist frei und diese können mithin die Klöster visitiren, so oft sie Lust haben. Die Verwaltung der Kirchengüter, auch derer, welche den sogenannten Religions- und Studienfonds bildeten, ward unter Aufsicht der Bischöfe gestellt, ihr Verkauf oder ihre „beträchtliche Belastung" durch Steuern an die Zustimmung des heiligen Vaters geknüpft; „aus besonderem Wohlwollen verlieh" der Papst dem Kaiser für die geistlichen Stellen, deren Patronat in dem Religions- und Studienfonds wurzelte, das Präsentationsrecht von Solchen, welche die Bischöfe für vorzugsweise würdig erachten: „mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse" willigte der heilige Stuhl ein, daß Cleriker vor weltliche Richter gestellt werden dürfen. Und alles Dieß, nebst dem Vielen, was aus den vagen Bestimmungen und den dehnbaren Begriffen noch gemacht werden konnte, gab man sich die Miene als ein großes und dankenswerthes Zugeständniß der Curie darzustellen: „der Kaiser", so sagte Pius IX. in der Allocution an die Cardinäle vom 3. November, „richtete an Uns das dringende Ersuchen, eine Vereinbarung mit ihm einzugehen" —.

Eine Discussion dieses Vertrages in der östreichischen Presse unterblieb „mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse". Den bezahlten oder freiwilligen Verfechtern der damaligen östreichischen Politik in der deutschen Presse, an deren Spitze die Augsburger Allgemeine Zeitung stand und welche es sonst meisterhaft verstanden, jede Maßregel der östreichischen Regierung, wie handgreiflich sie jedem Rechts- und Freiheitsgefühl Hohn sprach, als im letzten Grunde freisinnig darzustellen, was nur für gewöhnliche Augen zu fein sei — wurde es dießmal doch schwer, auch diesen äußersten Schritt, der in allen Jahrhunderten seines Gleichen nicht hatte, als den Anfang eines überaus freisinnigen Systemes darzustellen. Doch brachten sie es zu Stande: auch mit den übrigen Religionsgesellschaften, sagten sie, würden, müßten, dürften demnächst ähnliche Concordate geschlossen werden; — es ward ihnen aber um so schwerer, als die Kirchenfürsten, den Traditionen Roms getreu, keinen Augenblick zögerten, die Consequenzen dieses Vertrages, welcher ihnen lauter Rechte gab und dem Staate nur die Pflicht in ihrem Sinne vorzugehen übrig ließ, in vollem Maße zu ziehen. Wie die Bischöfe in Italien sich das Concordat zurecht legten, haben wir gesehen. Der Erzbischof von Mailand erließ am 22. December dieses gesegneten Jahres eine Aufforderung an die Buchhändler und Buchdrucker seines Sprengels, Drucksachen vor erfolgtem Druck seiner Censur vorzulegen; am 7. Januar 1856 folgte der Patriarch von Venedig diesem löblichen Beispiele, welches den Beweis lieferte, der freilich für Jeden der Geschichte und Geistlichkeit kennt, überflüssig war, daß jedes noch so

weltliche Ding im Handumdrehen zu einer geistlichen Sache gemacht werden kann. Am 1. Januar 1857 trat, vom Kaiser sanctionirt, auf Grund des Concordats ein neues Ehegesetz für ganz Oestreich in Wirksamkeit, das, obgleich zunächst nur für die Katholiken bestimmt, doch, indem es die gemischten Ehen in sein Bereich zog, auf Alle drückte, das Lebensglück von Hunderttausenden der Herrschsucht und Laune der hochmüthigen Kaste unterwarf, und dieser, nämlich ihrer obersten Schicht, zugleich durch die zahlreichen Ehehindernisse mit der Möglichkeit gut bezahlter Dispensationen eine ergiebige Geldquelle eröffnete; ebenso auf Grund einer Einigung der Bischöfe ein Gesetz über das Studium der Theologie (29. März 1858); und selbst die Todten waren vor dieser unruhig um sich greifenden Macht nicht sicher. Gleich das erste Ergebniß der Conferenzen, welche die östreichischen Bischöfe zu Wien vom 6. April bis 17. Juni 1856 hielten, um die Maßregeln zur Durchführung des Concordats zu berathen, war das Verbot, künftighin Protestanten und andere „Akatholiken" auf „katholischen Kirchhöfen" zu begraben. In dem „christlichen Staate" war man mithin bereits an dem „katholischen Kirchhofe" angelangt;*) man hatte nicht mehr weit von dem Zustande, wo im Namen des himmlischen Vaters, der seine Sonne aufgehen läßt über Gute und Böse, das Sonnenlicht und der Regen nach den Satzungen der Kirche gegönnt oder vorenthalten wurde. In Tyrol, wo die Geistlichkeit das Volk aufwiegelte, wenn ein Protestant Miene machte, Grundbesitz zu erwerben, war dieser Zustand sogar bereits eingetreten.

Die Stellung der Kirche in Oestreich aber war mit dem Concordat völlig verändert und sie konnte dem Reiche nicht mehr dasselbe leisten wie früher. In früheren Zeiten hatte man in der Aristokratie und in der katholischen Kirche zwei Elemente besessen, welche dem bunt zusammengesetzten Reiche einige innere Einheit verliehen. Das eine dieser Elemente, der hohe Adel, war nicht mehr ganz zuverlässig, da er fast überall, in Italien, Ungarn, Galizien, Böhmen, der nationalen Fahne zu folgen geneigt war und vielfach zur Reichseinheit eine theils offen feindselige, theils zweideutige Stellung einnahm; die Kirche aber konnte der Reichseinheit nicht mehr dienen, aus dem einfachen Grunde, weil sie sich des Dienens nunmehr in diesem Staate überhaupt zu entschlagen gedachte, und nur ihre — nicht Oestreichs Interessen mehr zu be-

*) Der westfälische Friede verordnet in seinem §. 35 des Artikel V.: „Die Unterthanen des katholischen und Augsburger Religionsbekenntnisses sollen an keinem Ort der Religion wegen verachtet werden, auch nicht aus der Gemeinschaft der Kaufleute, Handwerker und Zünfte rc., viel weniger von öffentlichen Kirchhöfen und ehrlichem Begräbniß ausgeschlossen werden". S. Ghillany, europ. Chronik I, 154.

rücksichtigen brauchte. Nur Ein Einheitsmittel blieb dieser Regierung, welcher der Kaiser den Wahlspruch viribus unitis gab, während sie vielmehr allenthalben Keime der Auflösung pflanzte — Ein Werkzeug, das sich besser als alle anderen, auch besser als die wiederhergestellte Beamtenmacht bewährt hatte, das Heer. Es hatte einen Augenblick gegeben, wo Oestreich in der That, nach einem damals viel gebrauchten Dichterwort, nur noch im Lager Radetzky's vorhanden gewesen war. In seinem Heere besaß der östreichische Staat noch ein wirksames Einheits- und Einigungsmittel, und mehr als einmal hat die Geschichte gezeigt, daß die Gleichheit der Interessen, der Sitte und Lebensweise, die Gemeinsamkeit des Ruhms gewonnener Siege und ehrenvoll bestandener Gefahren in dem künstlichen Organismus eines Heeres ein Einheitsgefühl, eine Art künstlichen Nationalgefühls erzeugt, das sich nicht selten dauerhafter und opferfähiger erwiesen hat, als das natürliche, auf gleicher Sprache und Abstammung beruhende. Aber dieses Heer zu einer großen Schule und Erziehungsstätte zu machen, — mittelst desselben im Volke selbst das Staatsgefühl groß zu ziehen, wie dieß in Preußen gelungen war: dazu war die östreichische Staatslenkung immer zu plump und zu geistlos gewesen. An Thätigkeit, an Reformversuchen freilich ließ es die damalige Regierung nicht fehlen: es wird nachgezählt, daß in der Zeit von 1850—60 das Militärmedicinalwesen viermal, die Armeejustiz dreimal, Artillerie- und Geniewesen dreimal, und die Administration wenigstens viermal „reorganisirt" worden seien; „der Schreibseligkeit in den militärischen Canzleien", sagt ein kundiger Berichterstatter, „der Arbeitswuth in den Armeewerkstätten, der Reglementirungssucht in den Kasernen, der unausgesetzten Bewegung auf den Paradefeldern, des Marschirens und Defilirens der Truppen, des Kommens und Gehens der Ordonnanzen, des Rennens und Jagens der Inspectionsofficiere war kein Maß noch Ziel." Auch hier fiel für die Schönfärber im Reiche etwas ab, indem eine Verordnung erging, nach welcher die Officiersstellen auch Solchen zugänglich waren, welche ohne besondere Prüfung nur im Dienst und Krieg sich bewährt hätten. Dieß war denn doch wieder ein Heer, wie das berühmte napoleonische, wo „jeder Gemeine den Marschallsstab im Tornister trug" — man verfehlte nicht, diesen neuen „freisinnigen, ja wahrhaft demokratischen" Zug des neuöstreichischen Absolutismus hervorzuheben: mit einem verächtlichen Seitenblick auf den Standesgeist oder Kastengeist in der preußischen Armee, wo allerdings selbst damals, in der Blüthezeit der Umgehung des Gesetzes, keine hohe Geburt, keine Connexionen, keine allerhöchste Protection im Stande war, ein Officierspatent zu erwirken, wo nicht die wissenschaftliche Befähigung durch eine wohlgeregelte und mit Gewissenhaftigkeit gehandhabte

Prüfung nachgewiesen war. Welchen Triumphen die absolutistische Regierung mit diesem so oft reorganisirten Heere entgegenging, werden wir sehen; vorläufig zehrte sie von dem Nimbus, mit welchem die Siege Radetzky's dasselbe in den Augen der Welt umgeben hatten.

Noch mißlicher stand es mit der volkswirthschaftlichen und finanziellen Wiedergeburt. In ersterer Beziehung war allerdings Ein großer und folgenschwerer Schritt geschehen, welcher fast die einzige unmittelbare Frucht der Revolutionszeit bildet: die Aufhebung des sogenannten Robot — die Befreiung von Grund und Boden von den Resten des Feudalismus. Diese heilsame, umfassende, zukunftsvolle Maßregel, der Uebergang aus dem System der Bodencultur unter Zwangsarbeit zu dem der freien Bewirthschaftung, war in den westlichen Provinzen 1853 und 1854 verwirklicht, für Ungarn mit Patent vom 2. Mai 1853, für Siebenbürgen vom 21. Juni 1854 angeordnet und bis 1858 überall durchgeführt. Allein jeder solche Uebergang giebt erst eine Menge Unbequemlichkeiten und Schwierigkeiten zu überwinden, ehe das Neue seine heilbringenden Folgen entwickelt; er setzt eine Reihe anderer Fortschritte als nothwendige Ergänzung voraus, die noch nicht gemacht waren, und er hätte namentlich einen besseren Zustand der Finanzen, als der östreichische war, erfordert.

Seit beiläufig 100 Jahren hatte in Oestreich jedes Jahr mit einem Deficit von vielen Millionen abgeschlossen, und daß die Jahre 1848 bis 1852 diese zuvor schon verzweifelte Finanzlage unendlich verschlimmern würden, ist einleuchtend. Im Jahre 1852 betrug die Einnahme 226, die Ausgabe 280 Millionen Fl. Man gefiel sich darin, unter anderen schlechten Gründen, mit denen der Absolutismus empfohlen wurde, denselben auch als eine finanzielle Nothwendigkeit für Oestreich darzustellen, weil dadurch der „kostspielige Apparat" für die Repräsentativverfassung, die Diäten- und Reisekosten für die Abgeordneten u. s. w. gespart würden: ein elender Grund, der vielleicht für Sigmaringen oder Liechtenstein zutraf, nicht aber für ein Reich von 38 Millionen und nicht für eine Regierung, welche mit dem hundertsten Theile dessen, was sie durch das Concordat preisgab, alle Repräsentativkörperschaften Europas hätte bezahlen können. Das Mittel, mit welchem man dem wachsenden Deficit begegnete, war zunächst Einführung neuer Steuern und Ausdehnung der bereits bestehenden auf die nunmehr zu Provinzen herabgesetzten Kronländer, wie man z. B. das Tabaksmonopol jetzt auch in Ungarn einführte; weiterhin aber — und dieß war das einzige Mittel, welches dauernde Abhülfe verhieß — die Erschließung der in der That unermeßlichen Hülfsquellen jener herrlichen Länder, die dieses Reich bilden und deren Schätze großentheils noch ungenutzt in der Erde schlummerten, oder

wie das Holz der galizischen Forste aus Mangel an Arbeitskräften und Transportmitteln im Walde faulten. Ansätze zum Besseren wurden gemacht. Die Eisenbahnen, 315 Meilen zu Anfang 1852, mehrten sich, der Seeverkehr stieg, und sowohl Bruck, als der später zum Handelsminister ernannte Ritter von Toggenburg hatten in dieser Beziehung einsichtige Grundsätze und Thatkraft. Aber freilich auch hier war Vieles nur auf den Schein berechnet. Das solide Geschäft ward überwuchert vom Schwindel, an welchem sich zu betheiligen auch der hohe Adel keineswegs verschmähte; und wo die Politik schlecht ist, können die Finanzen nicht gut sein. Bereits im Jahre 1855 war die Regierung genöthigt, 174 Meilen ihrer Staats-Eisenbahn auf 99 Jahre an eine französische Gesellschaft zu verpachten, und derselben zugleich für 30 Millionen Domänen in Böhmen und im Banat zu verkaufen.

Daß das neue Oestreich im Innern nicht billig regiert wurde, obgleich man die Diäten für Abgeordnete sparte und obgleich in Italien und in Ungarn die Confiscationen eine außerordentliche Einnahme lieferten, geht aus dem Mitgetheilten genugsam hervor: kostspieliger aber war die auswärtige Politik für eine Regierung, welcher Fürst Schwarzenberg, wenn nichts sonst, doch wenigstens seine hochmüthigen Prätentionen hinterlassen hatte. Die Nothwendigkeit, nach drei verschiedenen Seiten hin Front zu machen, nöthigte zu übermäßiger Anspannung der Kräfte, hinderte eine Reduction des Heeres und erschöpfte den Staat, noch ehe die Stunde der Prüfung kam. Einen sehr hohen Flug schien diese auswärtige Politik nehmen zu wollen. Der großartig-abenteuerliche Plan, die Aufnahme Gesammtöstreichs in den deutschen Bund und damit die erste Stelle in Europa für den halbbankerotten Staat, der Gott danken durfte aus den Stürmen des Jahres 1848 das nackte Leben gerettet zu haben, zu erlangen — dieser Gedanke war mit Nichten aufgegeben. Allein dieses Ziel konnte weder ertrotzt noch erschlichen werden: wir haben gesehen daß Oestreich bei dem Versuche, mit Hülfe einiger der deutschen Mittelstaaten seine Aufnahme in den Zollverein zu erlangen, demselben Preußen gegenüber, das ihm in politischer Beziehung den Sieg so leicht gemacht hatte, den Kürzeren zog. So konnte von jener stolzen Rolle vorerst keine Rede sein und Oestreich mußte sich mit der bescheideneren Aufgabe begnügen, welche ihm von Metternich's Zeiten her vertraut war, in Gemeinschaft mit Rußland und Preußen die hohe Polizei in Europa zu verwalten. Wie es dieser Aufgabe in Kurhessen und Schleswig-Holstein, in Italien, auch der Türkei gegenüber nachkam, haben wir gesehen: seine Regierung konnte sich, wie die Metternichische, auch eines Conflictes mit der Schweiz rühmen, was in der conservativen Welt gewissermaßen zum guten Tone gehörte.

Man glaubte nämlich sich östreichischerseits über die mangelhafte Polizei beklagen zu müssen, welche der an Italien gränzende Canton Tessin den in die Schweiz übergetretenen und noch immer übertretenden Flüchtlingen gegenüber handhabe. Der östreichische Gesandte in Bern überreichte ein langes Register von Beschwerden: der Bundesrath entsendete einen Commissär nach Tessin und antwortete dann, gestützt auf dessen Bericht, im März 1853 in ziemlich lebhaftem Tone. Inzwischen hatte am 6. Februar in Mailand ein thörichter Aufstandsversuch stattgefunden, die dortige Hauptwache war überfallen worden; diesem Ueberfall folgte am 18. desselben Monats in Wien ein Attentat auf den Kaiser, das ein ungarischer Schmiedegesell, ehemaliger Honved, Libenyi, vollführte, und das beinahe gelungen wäre: ein Wiener Bürger, Etenreich, fiel dem Mörder in den Arm, als dieser zum zweiten Stoße ausholen wollte. Zu erstaunen war dabei nichts; das Blut, das man gesäet, ging auf; am 26. ward Libenyi gehenkt, die östreichische Regierung aber machte ihrem Grimm noch weiter Luft durch eine überaus brüske Maßregel — die Ausweisung der in der Lombardei sich aufhaltenden Schweizer, die in Schaaren, Industrielle, Handelsleute, Arbeiter, nach der Gränze drangsalirt wurden. Eine Note vom April jenes Jahres stellte die horrende Forderung, daß, ehe an eine Zurücknahme dieser Maßregel zu denken sei, die Gränzcantone Tessin und Graubündten von Flüchtlingen gesäubert sein müßten, und daß solchen der Aufenthalt in diesen Cantonen nur ausnahmsweise und nach Zustimmung der kaiserlichen Regierung gestattet werden dürfe. Die Schweiz wies, wie billig, die insolente Einmischung ab, welche die Handhabung ihrer Polizeigesetze an die Einwilligung einer auswärtigen Macht gebunden hätte, und der kaiserliche Gesandte ward von Bern abgerufen. Aber es war ein Glück, daß die Schweiz zu gleicher Zeit mit beiden deutschen Großmächten — mit Preußen wegen Neuenburgs — in gespanntem Verhältnisse stand. An eine mögliche gemeinschaftliche kriegerische Action konnte nur Friedrich Wilhelm IV. glauben, der, seiner ehrlich bundesfreundlichen Gesinnung gegen Oestreich bewußt, Dank, wirklichen Dank vom Hause Habsburg erwartete. Im März 1855 wurde der regelmäßige diplomatische Verkehr wiederhergestellt.

Seine deutsche Stellung zu behaupten wurde Oestreich, so lange Friedrich Wilhelm lebte, nicht schwer. Die in Preußen regierende Partei hatte keine deutsche Politik; sie nannte dieß „Einvernehmen mit Oestreich" und konnte es allerdings sehr zutreffend mit diesem Ausdrucke bezeichnen. Indeß war doch die Empfindung, daß der preußische Staat in Deutschland auch positive Aufgaben zu erfüllen habe, in dem König selbst und in der Regierung nicht völlig erstickt. In der schleswig-

holsteinischen und kurhessischen Angelegenheit geschahen schüchterne Schritte in der rechten Richtung: und gegen Ende seiner Regierung scheint der König ernstlich an die Möglichkeit gedacht zu haben, der steten Nachgiebigkeit ein Ende zu machen. Der preußische Gesandte am Bundestag war seit 1851 Herr von Bismarck-Schönhausen, bis dahin nur bekannt als ein talentvoller, energischer Führer der Ultras in dem vereinigten Landtage, in der zweiten preußischen Kammer und in dem Erfurter Parlament; er machte dort in Frankfurt ganz in der Stille eigenthümliche Studien, deren Früchte einst die Welt überraschen sollten. Die östreichische Regierung und ihr nicht allzu feiner Vertreter, Graf Rechberg, merkte davon nichts; aber ihr tiefes Mißtrauen gegen Preußen konnte sie nicht los werden und sie theilte dasselbe mit den Mittel- und dem größten Theile der Kleinstaaten, deren ganzes Politisiren von dieser geheimen Furcht beherrscht war. Gestützt auf diese konnte sie ohne viele Mühe, nachdem der berühmte Plan des 70-Millionenreiches nicht gelungen, wenigstens den augenblicklichen Stand der Dinge aufrechthalten und in nationalen Fragen, wie die schleswig-holsteinische war, den Schein wahren. Von irgend einer positiven Thätigkeit in deutschen Dingen war nicht die Rede: die Resolution, zu der sich dann und wann eine mittel- und kleinstaatliche deutsche Kammer aufschwang, daß dem Bundestage eine Vertretung des deutschen Volkes zur Seite gestellt werden sollte, möchte oder dürfte, konnte die kaiserliche Regierung mit Ruhe hinnehmen; sie überließ es den Einzelregierungen, die alle gut östreichisch oder, wie man damals sagte, großdeutsch gesinnt waren, solche frommen Worte und Wünsche mit anderen Wünschen und Worten zu bezahlen. Von der in der Stille und in den Tiefen der Nation wachsenden Einheitsströmung befürchteten Männer vom Schlage der damaligen östreichischen Minister nichts. So lange das gute Einvernehmen mit Rußland dauerte, war nichts zu besorgen.

Allein Oestreich hatte eine zweite Weltstellung, die an der untern Donau, zu hüten und hier trafen die Linien, auf welchen Rußlands und auf welchen Oestreichs auswärtige Politik sich bewegte, feindlich aufeinander. Die Parteigänger Oestreichs freuten sich über die „Mediatisirung" Ungarns, welche eben in einer Reihe von Einzelngesetzen vollendet zu werden schien: „es giebt kein Ungarn mehr" war ihr stiller oder lauter Triumph; die besonders Klugen lachten wohl gar ins Fäustchen darüber, daß Rußland selbst, ganz gegen sein Interesse, Oestreich zu dieser Mediatisirung Ungarns behülflich gewesen sei. Auch schien Ungarn selbst über diese Mediatisirung, den Anfang seiner „Germanisirung" — denn auch die Altersschwäche, nicht blos die Jugend ist zuweilen „schnell fertig mit dem Wort" — ganz zufrieden; wenigstens mußte man so glauben, wenn man die überschwenglichen Berichte las,

welche über die erste Reise des Kaisers in der neuen Provinz im Jahre 1852 in den ergebenen Blättern erschienen. In der That wurde diese Reise gut vorbereitet und gut in Scene gesetzt. Die kaiserlichen Beamten innerhalb der ungarischen Landesgränzen erhielten eine Uniform, welche der magyarischen Nationaltracht ähnlich war und zu Begnadigungen war reichlich Gelegenheit vorhanden; man streute Versprechungen aus, die zu nichts verpflichteten, und da der nationale Adel den Schaustücken und Ovationen fern blieb, während die Menge zulief, wie sie überall thut, wo es etwas zu sehen giebt: so wußte man auch diesen Wind in die Segel zu fangen, indem man darauf hinwies, wie beliebt das neue Regiment bei dem ungarischen Volke sei, wenn auch freilich nicht bei dem Adel, der dazu seine Gründe haben möge. Anders gestaltete sich die Sache, als der Kaiser seine Reise auch auf die kroatischen Landestheile ausdehnte, deren Bevölkerung im Jahre 1848 aus Haß gegen den magyarischen Uebermuth so gut östreichisch gesinnt gewesen war und die dafür keinen andern Lohn empfangen hatte, als daß auch sie jetzt von der Wiener Bureaukratie zusammenregiert wurde: der Kaiser fand sich bewogen, seine Reise abzukürzen, weil man hier eines loyalen Empfanges nicht versichert war. Die erste große Wendung in der gesammten Stellung Oestreichs brachte der Orientkrieg. Noch im September 1853 auf den Manövern zu Olmütz war die russisch-östreichische Freundschaft groß gewesen: ehe das Jahr zu Ende ging, hatte Oestreich seine Wege von den russischen getrennt. Fürst Schwarzenberg erlebte die Krisis, die er hatte kommen sehen, nicht mehr; wenn er wirklich das Wort gesprochen hat, daß die Welt über Oestreichs Undank erstaunen werde, so muß man annehmen, daß er eine consequent-antirussische Politik im Sinne trug: seine Nachfolger aber gaben der Welt Ursache, noch über andere Dinge als blos den Undank Oestreichs zu staunen. Sie sah, wie Oestreich die russischen Truppen aus den Donaufürstenthümern hinausmanövrirte und die seinigen dorthin schickte, wie es am 20. April 1854 ein wesentlich gegen Rußland gerichtetes Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen schloß, dem am 14. Juni ein Vertrag mit der Türkei, am 2. December ein förmliches Bündniß mit den Westmächten folgte, in dessen fünftem Artikel die Kriegserklärung gegen Rußland in Aussicht genommen war: man erwartete, daß diese energische Parteinahme ernst genug gemeint sei und weit genug fortgesetzt werde, um Rußland zu einem raschen Frieden zu nöthigen: eine Wohlthat für die Welt, für Oestreich, für Rußland selbst, wenn es geschah. Aber es erfolgte nichts weiter. Auf jener Höhe angelangt stand die kriegerische Action stille. Oestreich ließ die Westmächte ihren schweren Kampf um Sebastopol allein ausfechten; es sah müßig zu, wie das kleine Sardinien, indem es in der gefährlichsten Stunde dieses Kampfes

den Westmächten sich anschloß, sich den Dank verdiente, den die östreichische Politik für sich verscherzte. Oestreich ziehe nur seine eigenen Interessen zu Rathe, versicherten amtliche Blätter; es war eine leere Redensart für eine Politik, aus welcher Niemand klug wurde, am wenigsten wahrscheinlich die pfiffigen Leute, die sie machten. Es war nur ein scheinbarer Erfolg, daß Oestreich, als die Hauptsache entschieden war und die Stimmung zum Frieden sich wandte, wieder hervortrat und den Frieden herbeizuführen sich beflissen zeigte: der Friede ward eingeleitet zu Wien, abgeschlossen wurde er zu Paris, wohin jetzt der Schwerpunkt der europäischen Angelegenheiten zu liegen kam.

Vielleicht redete sich Mancher ein, daß es ein Triumph der Staatskunst sei, einen wichtigen Zweck, die Beschränkung der russischen Macht, erreicht zu haben ohne eigene Opfer an Gut und Blut; aber diese Selbsttäuschung hielt nicht lange vor. Die Opfer fehlten keineswegs. Es war noch das Wenigste, daß diese Politik, indem sie einer raschen Entscheidung auswich, dem Lande mindestens ebenso schwere finanzielle Lasten und Opfer auferlegte, als ein — vermuthlich kurzdauernder — Krieg gethan haben würde: einer ersten Anleihe von 50 Millionen im März 1854 folgte rasch seine zweite, die „freiwillige Nationalanleihe" von 500 Millionen, von welcher bald ein guter Theil auf dem Executionswege beigetrieben werden mußte und die verschwand, wie in einen Abgrund geschüttet, ohne daß man recht inne ward, wozu die ungeheure Summe gedient hatte. Wichtiger noch war, daß Oestreich nach dem Kriege völlig isolirt stand. Für die Politik Preußens ließ sich immerhin etwas sagen: es war die Politik eines großen Mittelstaates, der nichts will, als in so gefährlichen Zeitläuften ohne Gewinn und ohne Verlust sich aus einem Handel ziehen, der ihn nicht unmittelbar berührt: er wolle zu Gott hoffen, hatte Friedrich Wilhelm bei Eröffnung der Kammern am 29. November 1855 gesagt, daß es ihm gelingen werde, Ehre und Machtstellung Preußens zu wahren, ohne dem Lande die schweren Opfer eines Krieges aufzuerlegen. Dieß war gelungen; das Quantum Ehre und Machtstellung, das Preußen im Jahre 1853 besaß, besaß es unversehrt auch im Jahre 1856, und ein wohlangelegtes Kapital war es sogar, daß man mit Rußland sich nicht eigentlich verfeindet hatte. Anders war es mit Oestreich. Dieses hatte sich vor Allem den tödtlichen Haß Rußlands zugezogen; die alte Allianz Rußland-Oestreich-Preußen war zersprengt, auf welcher die ganze Ordnung der Dinge seit 1815 so wesentlich beruhte; selbst in Deutschland war seine Stellung als conservative Vormacht erschüttert, wenngleich der Haß gegen Preußen ihm hier bald wieder die Bundesgenossen zuführte, welche sein Vorgehen gegen Rußland ihm entfremdet hatte; England wandte sich völlig ab von einem Staate, der sich so zweideutig

gezeigt und der jetzt eben durch den Abschluß des Concordates jede Möglichkeit der Sympathie seitens eines freien und seiner ungeheuren Mehrheit nach protestantischen Volkes abschnitt, und Frankreichs Kaiser hatte zu besonderer Freundschaft gegen Oestreich keinen Grund und hegte bereits Pläne, die sich nur auf dessen Kosten verwirklichen ließen.

Für alle diese Verluste tauschten sich die damaligen Staatslenker nur Einen Verbündeten ein, die Jesuiten: und, so unglaublich es klingt, man war in diesen Kreisen der ernstlichen Meinung, durch das Concordat dem östreichischen Staate eine große ja die erste Stelle in der Welt zu schaffen, indem man ihn an die Spitze aller conservativen und gegenrevolutionären Kräfte in Europa bringe. „Im Concordat", hieß es in Wiener Blättern aus damaliger Zeit, „sprach der Kaiser: und wenn der Kaiser spricht, werden früher oder später die Markgrafen wohl- oder übelwollend folgen". Einige dieser Markgrafen, Hessen, Würtemberg, selbst Baden unterhandelten in der That mit Rom und lenkten in die Bahnen ein, welche „der Kaiser vorgezeichnet"; in Oestreich selbst war man geschäftig, die große Ernte einzubringen; Gewaltthat auf Gewaltthat folgte, Zugeständniß auf Zugeständniß ward der triumphirenden Kirche gemacht: als plötzlich am 1. Januar 1859, wie erwähnt, der Kaiser Napoleon die Maske abnahm und in jener Anrede an den Baron Hübner fast ohne Umschweif Zeit und Ort für das große Duell angab, in welchem zunächst um die italienische Stellung Oestreichs gekämpft werden, bei dem sich aber im Laufe der Ereignisse zeigen sollte, ob es nur die Kaiser und die Markgrafen waren, welche die Geschicke der Völker entscheiden.

Ein neuer Act in der gewaltigen Tragödie, welche mit dem Jahre 1815 angefangen hatte und mit dem Jahre 1871 ihren vorläufigen Abschluß finden sollte, begann: das Jahrzehnt der großen Entscheidungskämpfe, diesseits und jenseits des Oceans, zog herauf.

Dritter Abschnitt.

Vom Beginne des italienischen Krieges bis zum Tode Friedrich's VII. von Dänemark.

1859 bis 1863.

I. Der italienische Krieg.

a. Bis zum östreichischen Ultimatum.

Die Worte des Kaisers Napoleon erregten über den ganzen Welttheil hin die größte Aufregung. Ganz anders als in früheren Zeiten

waren jetzt die Interessen der Völker miteinander verbunden und dieser Zusammenhang war für die Mehrzahl der Menschen, welche noch ein Jahrhundert früher die Kriegs- und Friedensfragen gleichgültig oder mit Resignation den Mächtigen überlassen hatten, klar geworden und wurde in öffentlicher Discussion, in den zahllosen Tages- und Wochenblättern der verschiedenen Culturvölker lebhaft erörtert. Diejenigen Interessen, welche in dem erwerbseifrigen Jahrhundert im Vordergrunde standen, verlangten nach Frieden; es gab sanguinische Leute, welche ernstlich der Meinung waren, daß die hohe Entwickelung von Handel und Industrie demnächst jeden Krieg zu einer Unmöglichkeit machen werde. Nach den Worten des französischen Kaisers stand nun ein solcher unmittelbar bevor: ein Krieg zwischen Oestreich und Frankreich, bei dem es sich um Italien handelte. Aber nicht um Italien allein: es stand, so argumentirte, einmal in Schwung gesetzt, die erregte Phantasie sofort weiter, eine romanische Großmacht gegen eine germanische; man erinnerte sich wie seit dem Pariser Frieden Frankreich und Rußland im Osten Hand in Hand gegangen seien; wie eben jetzt in den Donaufürstenthümern dieses Zusammengehen der beiden Mächte in der Vereinigung beider Fürstenthümer zu Einem Staate sich zeigte, und die Weitsichtigsten sahen bereits die verbündete romanische und slavische Welt im Kampfe gegen die germanische*) und malten sich die Schrecken eines über ganz Europa sich verbreitenden Racenkampfes auf allen möglichen und unmöglichen Kampfplätzen aus. Ernstlicher war die Frage, die man sich in Deutschland vorlegte, ob denn ein Kampf in Italien dem Kaiser Napoleon einen so erheblichen Gewinn verspreche — ob dieser Kampf nicht vielmehr die Einleitung zu einem Angriff auf Deutschland bilde? Lebhaft wurden diese Fragen namentlich in Südwestdeutschland erörtert, wo man der kläglichen politischen Verfassung Deutschlands bewußt, der Aera des ersten Napoleon eingedenk, sich vor Allem bedroht glaubte.

Indeß war es noch nicht so weit; vielleicht war der Friede noch zu retten. Zunächst machte England, von Preußen unterstützt, einen Versuch der Vermittelung. Im Februar 1859 begab sich Lord Cowley nach Wien: er schlug im Auftrage des Toryministeriums, welches damals am Ruder war, als Basis einer Verständigung vor, daß sowohl Oestreicher als Franzosen den Kirchenstaat räumen sollten, daß Oestreich auf seine Schutzverträge mit den kleinen italienischen Fürsten, welche diese zu seinen Vasallen machten, verzichte, daß im Uebrigen der Territorialbestand, wie ihn die Verträge von 1815 festsetzten, erhalten bleibe: auf dieser Grundlage könne man durch weitere Bespre-

*) Rüstow, Der italienische Krieg 1859, Einleitung.

chung und Unterhandlung zu einem befriedigerenden Stande der Dinge gelangen. Napoleon seinerseits gab sich die Miene, als sei er einer friedlichen Verständigung geneigt, um Zeit zu seinen Rüstungen zu gewinnen und er ward darin sehr wirksam von Rußland unterstützt, welches einen Congreß der fünf Großmächte zum Behufe der Regelung der italienischen Frage vorschlug. Oestreich erklärte sich zu einer Beschickung desselben bereit, verlangte aber als Bürgschaft, daß es nicht überlistet werde, die Entwaffnung — mit welcher Sardinien den Anfang machen sollte. Ueber diese Entwaffnungsfrage wurde nun eifrig unterhandelt. Noch einmal schienen sich die Dinge zu einer friedlichen Lösung zu neigen. Am 20. April erhielt Cavour ein Telegramm vom Kaiser Napoleon, welches ihm die Annahme der Vorbedingungen zu einem Congresse, die Einstellung der Rüstungen und vor Allem die Auflösung der aus den zahlreich zuströmenden italienischen Patrioten gebildeten Freicorps auferlegte, da Frankreich im Prinzip die Entwaffnung angenommen habe.

Diese Nachricht war für Cavour niederschmetternd. Die Arbeit eines Jahrzehnts schien gescheitert und Sardinien eine lächerliche Rolle bereitet. Am 10. Januar hatte Victor Emanuel die piemontesischen Kammern mit dem berühmten Worte eröffnet: „Piemont ist nicht unempfindlich für den Schmerzensschrei, welcher sich von vielen Theilen Italiens gegen uns erhebt". In einem geheimen Vertrage hatte der König Savoyen, die Wiege seines Hauses, an Frankreich gegeben, am 31. Januar wurde seine Tochter, Prinzessin Clotilde, dem Vetter des Kaisers von Frankreich vermählt; die Stimmung in ganz Italien war auf's Höchste erregt und bereitete sich für eine nahe große Entscheidung: kühn und offen erklärte Cavour wieder und wieder, daß eine Versöhnung mit Oestreich nicht möglich sei. Im östreichischen Italien waren die Versöhnungsgedanken von 1857 völlig verschwunden. Die Hochschulen von Padua und Pavia wurden geschlossen (Febr.); selbst in den Gymnasien war die Jugend so aufgeregt, daß mit Patrouillen gegen sie eingeschritten werden mußte. Entsprechend war es in ganz Italien. In Piemont versöhnten sich angesichts der nahenden Gefahr alte Gegner: Massimo d'Azeglio stellte sich, wie einst Aristides dem Themistokles vor dem Kampfe bei Salamis, seinem Gegner Cavour zur Verfügung und selbst von den Mazzinisten erkannten die Vernünftigeren, daß man die organisirte Staatsmacht Piemonts jetzt unterstützen müsse, anstatt ihr durch Verschwörungen und verfrühtes Losschlagen Verlegenheiten zu bereiten. Im Hause der Abgeordneten zu Turin nahmen 116 gegen 35, im Senat 59 gegen 7 Stimmen das Gesetz an (17. Februar), welches der Regierung eine Anleihe von 50 Millionen zur Verfügung stellte. Aber diese Lage war zu ge-

spannt, um nicht bald unerträglich zu werden. Wenn die Angelegenheit auf die lange Bank geschoben, den Berathungen eines Congresses anheimgegeben wurde, so waren revolutionäre Ausbrüche, welche die gute Sache compromittirten, nicht zu vermeiden: die Kräfte des schwachen piemontesischen Staates verzehrten sich nutzlos: und wenn dann schließlich bei dem Congresse doch nichts herauskam, als der alte Besitzstand mit dem thatsächlichen Uebergewichte Oestreichs und jenen Reformversprechungen, von denen England alles Heil zu erwarten schien, so mußte an die Stelle entschlossener Begeisterung eine hoffnungslose Niedergeschlagenheit treten, welche die Lage Italiens unerträglicher machte als je zuvor.

Es war der Gegner selbst, welcher den italienischen Staatsmann und sein Volk aus dieser Verlegenheit rettete; schon war der Officier unterwegs, welcher dem Turiner Cabinette das Ultimatum der östreichischen Regierung überbringen sollte.

Jene Appellation vom wohlberathenen an den übelberathenen Fürsten, vom Verstand an die Leidenschaft, welche in absolutistischen Staaten so leicht geschieht, hatte stattgefunden: es wird erzählt, daß der östreichische Kaiser persönlich, seinen Herrscherwillen gegen erfahrenen Rath einsetzend, den verhängnißvollen Schritt befohlen habe, der das Spiel, welches im Augenblicke sehr zu Gunsten Oestreichs lag, mit Einem Schlage verdarb, Oestreich, das sich seither als den angegriffenen Theil betrachten und darstellen konnte, zum Angreifer machte und dem Kaiser Napoleon, der bei der Stimmung seines Volkes, der clericalen Partei und seiner von dieser beherrschten Gemahlin zauderte und schwankte, keine Wahl mehr ließ. Am 23. April langte Freiherr von Kellersberg in Turin an. Er brachte ein Ultimatum des Grafen Buol, das, vom 19. datirt, die Frage auf Ja und Nein stellte, ob die königliche Regierung zustimme, sofort ihr Heer auf den Friedensfuß zu setzen und die Freiwilligen zu entlassen. Der Officier erklärte, drei Tage auf die Antwort warten zu wollen.

Auf die erste Nachricht von dieser günstigen Wendung, die ihm über Neapel zukam, und noch ehe sie Wirklichkeit geworden, berief Cavour sofort die Kammern, welche die Osterferien angetreten hatten. Am 23. trat er vor sie, gab einen Ueberblick über die Verhandlungen, die seither gepflogen worden, die Lage, wie sie jetzt sich gestaltet, und verlangte für den König die Dictatur auf die Dauer des Krieges: alle gesetzgeberischen und alle Vollziehungsgewalten sollen sich in ihm vereinigen und er kann, unter Verantwortlichkeit der Minister, durch königliches Decret alle „zur Vertheidigung des Vaterlandes und unserer Institutionen" nöthigen Acte machen. Man hatte seit 1848 etwas gelernt: von tumultuarischen Versammlungen, von Zügellosigkeiten

der Presse hatte man dießmal nichts zu besorgen. Auch von Paris kam nun erwünschte Kunde. Der Kaiser zauderte nicht länger, der Krieg war da: am 25. schon überschritten die ersten Franzosen die piemontesische Gränze und am 26. erklärte der französische Gesandte in Wien, daß sein Kaiser die Ueberschreitung des Tessin durch östreichische Truppen als einen Kriegsfall ansehen werde. Am gleichen Tage reiste auch Baron Kellersberg von Turin wieder ab, nachdem Cavour ihn mit höflichen Worten hatte wissen lassen, daß er ihm nichts mitzutheilen habe.

b. Montebello, Magenta, Solferino.

Was Oestreich zu diesem raschen Vorgehen bewog, nachdem es seither sich nicht mit Unrecht gerühmt hatte, daß es allen Herausforderungen Piemonts die äußerste Langmuth entgegengesetzt habe, ist schwer zu sagen. Auf Bundesgenossen konnte es wenigstens zunächst nicht zählen. Allerdings war die Stimmung in ganz Südwestdeutschland eine kriegerisch aufgeregte; vorab in Baiern, wo im Anfang des Jahres eine dynastische Heirathsverbindung — des Kronprinzen von Neapel mit einer bairischen Prinzessin — im antipiemontesischen Sinne geschlossen worden war, und in Würtemberg, wo die Augsburger Allgemeine Zeitung als das Orakel der höheren Volksklassen einen großen Einfluß ausübte. Das Blatt, welches mit großer Geschicklichkeit seine gut östreichische Gesinnung als deutsche zu Markte brachte, hatte die Parole ausgegeben, daß es jetzt gelte, „den Rhein am Po zu vertheidigen“ und kopfüber stürzte sich die hitzige Bevölkerung, nach Thaten verlangend, in die gutgestellte Falle und ergriff blindlings Partei für eine Kriegspolitik, deren eigentlicher Sinn vielmehr der war, den Rhein zu gefährden, um den Oestreichern den Po zu retten. Uebrigens waren die Bevölkerungen im Allgemeinen kriegslustiger als ihre Regierungen: der welterfahrene König von Würtemberg antwortete sehr kühl auf die tumultuarischen Bezeigungen des Patriotismus, mit denen man ihn bei seiner Rückkehr von Nizza, wo er den Winter zugebracht, bedrängte. Indeß beschloß doch am 24. April die deutsche Bundesversammlung, daß das Bundesheer auf den Kriegsfuß zu setzen sei; man konnte dieß nicht tadeln, da die Lage in jedem Falle ernst genug war. Maßgebend jedoch war zum Glücke, was von Seiten Preußens geschah, und dessen Politik ruhte dießmal in sicheren Händen. Am 17. April war am preußischen Hofe der Erzherzog Albrecht eingetroffen, der aber ohne die bedingungslose Bundesgenossenschaft Preußens, die man östreichischerseits erwarten zu dürfen meinte, wieder zurückkehrte.

Der Krieg blieb zunächst „localisirt“, wie man dieß nannte, und um ihn zu generalisiren, wie im östreichischen Interesse gelegen hätte,

war das Mittel, das Franz Joseph gewählt hatte, wenig geeignet. Das große Duell begann: die Herrscher wandten sich in Proclamationen an die öffentliche Meinung Europas, an die Opferwilligkeit und Einsicht ihrer Völker. In einem Manifest an seine Völker, aus Laxenburg vom 28. April, berief sich Kaiser Franz Joseph auf die zehnjährige Langmuth, die Oestreich den Herausforderungen des schwächern Nachbars entgegengesetzt habe; gern hätte er seinen Völkern die Opfer des Krieges erspart; aber das Herz des Monarchen müsse schweigen, wenn Ehre und Pflicht gebieten. Der Feind habe sich mit der Umsturzpartei verbündet, er stütze sich dabei auf den Souverän von Frankreich, der sich unter unbegründeten Vorwänden in die Angelegenheiten Italiens mische; gegen die Lehren des Umsturzes, die jetzt sogar von den Thronen herab verkündigt worden, für sein gutes Recht, welches in diesem Falle die heiligsten Güter der Menschheit mit umfasse, ziehe er sein gutes Schwert. Er sprach die Hoffnung aus, daß auch die deutschen Länder sein Heer nicht allein lassen würden und erinnerte, schwerlich vollständig unterrichtet von der traurigen Rolle, welche Oestreichs Regierung damals gespielt, an die „Befreiungskriege von 1813, in welchen ganz Europa der Einmüthigkeit unserer Begeisterung die Befreiung verdankte.“ Victor Emanuel wandte sich an sein eigenes, das piemontesische Volk, mit dem er ein gemeinsames Erbe von Ehre und Ruhm zu wahren habe, und zugleich an die Völker Italiens: „indem ich zur Vertheidigung meines Thrones und der Freiheit meiner Völker die Waffen ergreife, kämpfe ich zugleich für das Recht der ganzen Nation.“ Der Kaiser Napoleon, dessen erste Truppen am 29. April in Turin und Genua, aber in geringer Zahl, eintrafen, verkündigte in seiner Proclamation vom 3. Mai: „Frankreich zieht das Schwert, nicht um zu erobern und zu herrschen, sondern um zu befreien und um Italien sich selbst zu geben“; „es ist durch Oestreichs Schuld dahin gekommen, daß Oestreich entweder bis an die Alpen herrschen oder Italien bis zur Adria frei werden muß.“

Die Kräfte waren nicht ungleich gewogen. Das piemontesische Heer, unter dem Befehle seines Königs, zählte 65,000 Mann und 120 Geschütze; die Franzosen, welche über den Mont Cenis, den Paß des Mont Genévre, über Nizza und zur See herankamen und deren Führung der Kaiser selbst übernahm, 150,000 Mann mit 162 Geschützen, unter denen 37 gezogene. Aber die Oestreicher, zunächst nur 100,000 Mann stark, hatten einen Vorsprung von 14 Tagen. Am 29. April hatten sie ober- und unterhalb Pavia den Tessin überschritten; man glaubte sie zu rascher That gerüstet.

Allein diese raschen Thaten blieben aus. Alle Welt hatte erwartet, daß der Generalstabschef und rechte Arm Radetzky's, Feldzeugmeister

Heß, der wie Einer den Krieg auf diesem Boden kannte, den Oberbefehl erhalten würde: statt dessen hatte der Mann, welcher dießmal die unverbesserliche Thorheit östreichischer Kriegsleitung vertrat, der Günstling des Kaisers, Graf Grünne, einen überaus mittelmäßigen Feldherrn, der bis dahin vor dem Feind nur eine höchst untergeordnete Rolle gespielt hatte, der aber anders als die Generale der Schule Radetzky's sich durch seine Fügsamkeit empfahl, Franz Giulay (geb. 1798), an die Spitze gestellt: es half nichts, daß er selbst sich der Aufgabe, ein großes Heer zu führen, nicht gewachsen bekannte.

Giulay ließ dem Feinde Zeit, seinen Aufmarsch ohne alle Störung zu vollenden. Statt auf dem rechten, südlichen Pouser vorzugehen und womöglich die sardinische Macht zu zerschmettern, ehe die Franzosen kamen und dann deren Abtheilungen, wie sie herankamen oder vielmehr wie man sie aufsuchte, einzeln zu schlagen, operirte er auf dem nördlichen, wo kein Feind zu finden war. Denn die vorgeschobenen sardinischen Abtheilungen wichen überall auf die Hauptstellung, die starke Festung Alessandria, südlich vom Po, zurück. So brachte er es glücklich fertig, fast drei Wochen mit unsicherm Umhertasten zu verlieren, wofür die eingetretenen Regengüsse, welche den Uebergang auf das rechte Ufer nicht gestatteten und Anderes zur Entschuldigung dienen mußten. Mittlerweile hatte der Großherzog von Toscana bei der Stimmung der Bevölkerung, welche mit Ungestüm den Anschluß an die italienische Sache verlangte, sein Land verlassen (27. April); ebenso am 1. Mai die Herzogin von Parma; am 5. stellten hier die Oestreicher die alte Ordnung wieder her — es mußte sich zeigen auf wie lange.

Die Neugier der Zeitungsleser blieb lange auf die Folter gespannt. Ruhig wie im Frieden wartete der östreichische Heerverderber in der Lomellina, der fruchtbaren Provinz zwischen Tessin, Po und Sesia, bis die Franzosen sich mit den Piemontesen vereinigt hatten. Am 12. Mai traf Napoleon in Genua ein. In seinem Tagesbefehl rief er seinen Soldaten ins Gedächtniß, was ihre Väter auf diesem Boden Großes gethan; er bezeichnete ihnen den Weg über Mondovi, Marengo, Lodi, Castiglione, Arcole, Rivoli als eine Via sacra voll glorreicher Erinnerungen: „entfaltet die strenge Mannszucht, welche der Ruhm der Armee ist; für euch, das vergesset nicht, giebt es hier keine anderen Feinde, als die ihr auf dem Schlachtfelde trefft; lasset euch nicht durch zu große Hitze hinreißen, das ist das Einzige, was ich fürchte.“ Den neuen gezogenen Waffen gegenüber wies er sie an das Bajonet, das wie sonst die furchtbare Waffe der französischen Infanterie sein werde: „schon hört man von einem Ende Frankreichs zum andern den Ruf von guter Vorbedeutung wiederhallen: die neue Armee von Italien

wird ihrer älteren Schwester würdig sein." Am 14. legte er sein Hauptquartier nach Alessandria, in die Nähe der Piemontesen, welche den linken Flügel der verbündeten Streitmacht bilden sollten. An der Spitze der fünf französischen Armeecorps standen die Marschälle Baraguay d'Hilliers und Canrobert, die Generale Mac Mahon, Niel, Regnaud de St. Jean d'Angely und der Prinz Napoleon, welcher Letztere den Auftrag bekam, in Toscana eine Reserve zu organisiren, die bestimmt war, später vom Süden her in die Operationen einzugreifen; ob ihm selbst in Florenz ein Thron bereit stand, mußte der weitere Gang der Ereignisse entscheiden. Ein Posten für sich war das französische Occupationscorps in Rom. Der Kirchenstaat ward als neutral angesehen; er war der schwierigste Stein in Napoleon's Spiel; einstweilen legten sich hier wie überall die italienischen Patrioten die Pflicht der Entsagung auf, nicht durch vorzeitige Aufstände und Volkserhebungen der regelmäßigen Kriegführung Schwierigkeiten zu erwecken. Das volksthümliche Element, soweit es einer besondern Vertretung bedurfte, war in Garibaldi vertreten, der aber seine Freiwilligen fern von den königlichen Hauptquartieren organisirte. Nur Mazzini blieb unversöhnt. Er warnte vor Napoleon und dem Hause Savoyen: es war der beste Dienst, den er dießmal der italienischen Sache erweisen konnte, denn er widerlegte dadurch, soweit sie überhaupt widerlegbar war, die Anklage, daß die piemontesische Regierung im Bunde mit der „Umsturzpartei" stehe.

Zum ersten ernstlichen Zusammenstoße kam es am 19. Mai. Giulay wußte mit seinem Heere nichts anzufangen; er fürchtete, daß die Verbündeten ihn auf seiner Linken umgehen und in seinem Rücken die Lombardei aufwiegeln möchten, und griff deshalb zu dem bei den östreichischen Generalen seit je beliebten Mittel einer „forcirten Recognoscirung". Er wollte sich Gewißheit verschaffen, ob auf dem rechten Pouser, vorwärts Alessandria, eine starke feindliche Macht vereinigt sei. Demnach schickte er, anstatt einiger Spione, 30,000 Mann unter Graf Philipp Stadion auf das rechte Pouser, welche die Vortruppen des Feindes angreifen und diesen dadurch zur Entfaltung seiner Streitkräfte zwingen sollten. So kam es am Nachmittage des 19. bei Montebello, einem Städtchen auf der Straße Tortona-Stradella-Piacenza, in den nördlichen Vorhöhen des Apennin, zu einem Gefechte. Die Franzosen schickten mehr und mehr Truppen in den Kampf, den General Forey leitete. Die östreichischen Truppen zeigten sich den französischen vollkommen gewachsen, aber die Führung war ungeschickt: der östreichische General hielt sich pedantisch an seinen Recognoscirungszweck, zog sich am Abend, ohne eigentlich besiegt zu sein, mit einem Verluste von etwa 1000 Mann gegen 700 zurück und ließ so dem Gegner die Genugthuung, in diesem

Kampfe, auf welchen die Augen der Welt gerichtet waren, sich des Sieges im ersten Treffen zu rühmen. Vergebens demonstrirten die der östreichischen Sache ergebenen Blätter mit allem Aufwande kriegswissenschaftlicher Gelehrsamkeit der Welt vor, was eine forcirte Recognoscirung sei, und daß Stadion seinen Zweck vollkommen erreicht habe, indem er die Franzosen zur Entfaltung ihrer Streitmacht gezwungen: der erste Eindruck, bei diesem Kriege vor Allem wichtig, war und blieb ein für die östreichischen Waffen ungünstiger.

Inzwischen hatte sich auch Garibaldi, dem Giulay, der überhaupt die Piemontesen gründlich zu verachten sich die Miene gab, wenig Beachtung schenkte, vom Norden her in Bewegung gesetzt, um womöglich auf der rechten Flanke und im Rücken der Oestreicher das Land zu insurgiren. Mit 3200 „Alpenjägern", die er gesammelt und organisirt — meist lombardischen Flüchtlingen und anderen italienischen Freiwilligen — überschritt er den Tessin da, wo dieser linke Zufluß des Po aus dem Lago maggiore heraustritt, und marschirte kühn auf Varese in der Richtung gegen Mailand. Gleichzeitig vollführten die Verbündeten eine Bewegung von entscheidender Wichtigkeit: Napoleon ließ seine Truppen hinter den Piemontesen weg, welche seither den linken Flügel gebildet hatten, nach Norden ziehen. Vom 26. ab fuhren die mit Truppen besetzten Eisenbahnzüge von Alessandria über Casale nach Vercelli; die Piemontesen folgten dieser Bewegung, und bei Palestro am 31. maßen sich einige ihrer Divisionen unter Cialdini mit den Oestreichern. Der König selbst war zur Stelle; ein Zuavenregiment kam ihnen zu Hülfe und fiel die Oestreicher mit dem Bajonet an; bei dieser Gelegenheit war es, wo sie den piemontesischen König, der sich tollkühn dem feindlichen Schützenfeuer aussetzte, zum Zuavencorporal ausriefen: ein rühmliches Zeugniß für seine Tapferkeit, wenn auch sonst keine große Ehre. Während dessen hatten die Franzosen ihren Linksabmarsch vollzogen, überschritten die Sesia, besetzten am 1. Juni Novara und gingen am 2. bis zum rechten Tessinufer vor, auf der Straße nach Mailand, Buffalora und Magenta gegenüber. Am 3. Juni war ihre ganze Armee um Novara concentrirt.

Den Oestreichern war dieser Linksabmarsch des verbündeten Heeres bis zum 1. Juni Morgens ein Geheimniß geblieben: Giulay führte den Krieg nicht, sondern wartete ab, wie ihn die Feinde führten. Auch als bestimmte Nachrichten kamen, konnte er sich nicht zu dem Entschlusse aufraffen, die gewagte Bewegung durch einen kräftigen Angriff zu stören. Er zog sich auf das linke Ufer des Tessin zurück, wo sich sein Heer, durch das böhmische Armeecorps unter Clam-Gallas verstärkt, etwa 115,000 Mann im Ganzen, in der Linie Abbiategrasso (S.) — Magenta (N.) concentrirte. Napoleon, bereits im Besitz zweier Uebergangs-

punkte, beschloß, am 4. mit der ganzen Armee über den Tessin zu gehen. Am Vormittag ging die Garde auf einer über den Tessin geschlagenen Brücke nach Buffalora, andere Truppen folgten auf der steinernen Brücke, welche von den Oestreichern schlecht gesprengt und von den Franzosen wiederhergestellt war; weiter oben, nordwärts, war auch Mac Mahon in der Frühe über den Tessin gegangen, hatte Turbigo besetzt und schwenkte nun rechts nach Süden: das Schicksal des Tages hing davon ab, ob er rechtzeitig in den Kampf eingreifen konnte, der sich im Centrum bei Magenta entsponnen hatte, und der sich den Vormittag über ohne Entscheidung hinzog. Ohne die sträfliche Fahrlässigkeit des östreichischen Feldherrn, glaubte man, der erst nach Tische persönlich auf dem Schlachtfelde zu erscheinen sich bewogen fand, hätte er sich zu einem entscheidenden Siege für die Oestreicher gestalten können. Denn lange Zeit standen die französischen Garden mit ihrem Kaiser sechs östreichischen Brigaden gegenüber; nur allmälig trafen ihnen Verstärkungen ein, und auch Mac Mahon hatte erst spät am Nachmittage eine genügend starke Truppenzahl beisammen, um nachdrücklich den Kampf wieder aufnehmen und mit Entschiedenheit nach Süden vordringen zu können, wo die Entscheidung lag. Erst gegen Abend traf er in der Nähe von Magenta ein und entschied den Tag — noch nicht den Sieg, welchen Giulay, von dessen Heer ein volles Drittheil gar nicht ins Gefecht gekommen war, noch am 5. hätte streitig machen können. Die Verluste stellten sich am Abend des 4. etwa auf 4000 Todte und Verwundete auf französischer, 6000 auf östreichischer Seite, wozu außerdem bei den Letzteren die unverhältnißmäßig große Zahl von 4500 „Versprengten" kam, die meist den wenigen italienischen Regimentern angehörten, welche die Oestreicher auf diesem Kampfplatze hatten. Die Leitung der Schlacht war auf beiden Seiten schlecht, doch war auf Seiten der Franzosen wenigstens die Energie des Angriffs, der Wille zu siegen, vorhanden gewesen; die östreichische Oberleitung aber war über alles Maß erbärmlich und Giulay so völlig Null, daß einzelne Corps nach dem Kampfe auf eigene Hand abzogen, und er sich durch diese Nachricht bestimmt fand, den Kampf nicht, wie er anfangs vorgehabt, am 5. zu erneuern, sondern sich nach dem Mincio zurückzuziehen — d. h. die Lombardei aufzugeben: es war die abgebrochene Schlacht mit der unvermeidlichen Rückwärtsconcentrirung in der Sprache der ergebenen Blätter. Auch Feldzeugmeister Urban, der die Freiwilligen Garibaldi's, nachdem sie bis Como vorgedrungen waren und das Land in Aufstand gesetzt hatten, zurückgeschlagen hatte und am 31. Mai wieder in Varese eingezogen war, mußte nun zurück und war genöthigt, den größten Theil der Contribution, die er der aufständischen Gegend auferlegt, dahinten zu lassen. Alle Stellungen bis zum Mincio

wurden von den Oestreichern geräumt, am 10. Juni die Forts von Piacenza in die Luft gesprengt; die Herzogin von Parma mit ihrem unmündigen Sohne, der Herzog von Modena mit seinen Truppen verließen ihre Länder, die sofort sich Piemont anschlossen; am 18. zogen die östreichischen Besatzungen von Ancona und Bologna, am 22. von Ferrara ab. Der Kampf galt jetzt um die zweite der italienischen Provinzen, um Venetien, deren Hauptstadt bereits von der französischen Flotte bedroht wurde, welcher sich die kleine piemontesische anschloß.

Giulay's Rückzug wurde von den Verbündeten nicht gestört. Zwischen den Spalieren der Mailänder Bevölkerung, welche Sonntag den 5. die große Zeitung erfuhr, zogen die Oestreicher, soviele ihrer Truppen diesen Weg zu nehmen hatten, in der Richtung nach Osten ab. Kaum waren sie fort, so wurde in der Stadt von dem Municipalrath die Erneuerung des Vertrages von 1848 proclamirt, welcher die Lombardei mit der Monarchie Victor Emanuel's vereinigte. Am 8. zog dieser und sein kaiserlicher Verbündeter im Triumph in Mailand ein. Am Abend desselben Tages rettete General Benedek, der Führer des 8. Corps, die östreichische Waffenehre durch ein Rückzugsgefecht bei Melegnano, welches die Franzosen mehrere hunderte von Gefangenen kostete. Napoleon aber erließ vom Hauptquartier Mailand eine Proclamation im Style seines Oheims: „brave Soldaten der Armee von Italien, vom Himmel sehen eure Väter mit Stolz auf euch herab", und eine zweite an die Italiener, die sich zum ersten Male wieder von einem fremden Souverän mit ihrem Nationalnamen gegrüßt sahen. Aufs Neue lehnte er jede Absicht einer Vergrößerung Frankreichs ab: er gehöre, sagte er, nicht zu Denen, welche ihre Zeit nicht verstehen. „Die Vorsehung", so fuhr er fort, „gewährt bisweilen den Völkern wie den Einzelnen ihre Gunst, indem sie ihnen Gelegenheit giebt, mit Einem Schlage zur Größe zu gelangen — — Euer sehnsüchtiger Wunsch nach Unabhängigkeit, so oft ausgesprochen, so oft unterdrückt, wird erfüllt werden, wenn ihr euch dessen würdig beweiset. Vereinigt euch also in Einem Streben — Befreiung eures Landes; organisirt euch militärisch, eilet unter die Fahnen des Königs Victor Emanuel — glühend vom heiligen Feuer der Vaterlandsliebe, seid heute nur Soldaten, um morgen die freien Bürger eines großen Landes zu sein."

Dieser Aufruf schlug mit vollem Nachdrucke die Saite an, welche im Herzen des italienischen Volkes wiederklang. Sein Ton deutet darauf hin, daß Napoleon sich nicht verbarg, wie der Krieg jetzt erst mit ganzem Ernst beginne — und wie er vielleicht, um denselben glücklich zu enden, die Stürme und Leidenschaften der revolutionären Epoche, die elementaren Kräfte der Zeit als seine Bundesgenossen werde zu Hülfe rufen müssen. Die Localisirung des Krieges, die für

Napoleon so günstig war, begann schwieriger zu werden. Die Stimmung in Deutschland, namentlich im Süden und in den katholischen Kreisen, wurde immer unruhiger. Die der Sache Oestreichs um jeden Preis ergebenen Blätter ließen immer durchdringender ihren Hülferuf erschallen, und von den Fürsten wurden die einen von der geräuschvollen Sympathie, die sich im Volke regte und welche aus dem sehr gerechtfertigten Mißtrauen gegen Frankreich ihre Nahrung zog, mit fortgerissen, die anderen waren schon von selbst eifrige Parteigänger und Vasallen Oestreichs, wie z. B. der Herzog von Nassau, welcher damals den geheimsten Gedanken dieser Fürstlichkeiten mit dem Worte ausgesprochen haben soll: er wünsche den Sieg Oestreichs auch darum, weil man dann auch der verdammten Verfassungen ledig werde. Mit solchem Ungestüm machte sich der Kriegseifer geltend, daß England und Rußland sich zu warnenden Kundgebungen veranlaßt sahen. Fürst Gortschakoff führte in einem Rundschreiben an die russischen Gesandtschaften (27. Mai) aus, wie der deutsche Bund wesentlich als eine defensive Institution und nicht zu offensiven Zwecken organisirt sei, und wie mithin Rußland seine Maßregeln sich vorbehalten müsse, im Falle der Bund Oestreich activ beistehe; und Lord John Russell, der Minister des Auswärtigen in dem neuen Whigministerium, das unter Lord Palmerston am 17. Juni an Stelle der Tories die Geschäfte übernommen, nannte in einer Note, in welcher er von den Argumentationen sprach, mit denen in süddeutschen und ultramontanen Blättern das deutsche Nationalgefühl für Oestreich aufgestachelt wurde, den größern Theil dieser Argumentationen mit der ehrlichen Grobheit, die ihn und seinen Styl charakterisirte, sehr unumwunden dummes Zeug (loose settle). Aber die Dinge begannen jetzt eine Gestalt anzunehmen, bei der Deutschland nicht das östreichische, sondern wirklich sein eigenes Interesse wahrzunehmen hatte. Der Krieg näherte sich denjenigen Theilen des östreichischen Staatsgebietes, welche zugleich dem deutschen Bunde angehörten. Die Sache dieser wirklich deutschen Interessen nahm Preußen in die Hand, dessen Regierung dießmal eine klare und bestimmte Politik verfolgte, eine Politik freilich, welche den Gefühlspolitikern des Südens und den interessirten Freunden Oestreichs im ultramontanen Lager wenig gefiel: keine Einmischung, so lange der Krieg nur um besondere östreichische Interessen gilt, Eintritt in den Krieg mit voller Kraft, sobald deutsches Bundesgebiet angegriffen wird. Diese Politik gebot den Versuch einer Friedensvermittelung und zugleich Rüstung für alle Fälle: am 14. Juni erging der Befehl zur Mobilmachung von sechs preußischen Armeecorps und zugleich wurde beim Bunde die Aufstellung eines Observationscorps am Oberrhein unter Führung Baierns beantragt.

Diese Maßregeln waren für Frankreich bedrohlich genug: und auch der Krieg gegen Oestreich allein war mit dem halben Siege bei Magenta nicht leichter geworden.

Die Oestreicher hatten ohne weitere Störung ihren Rückzug hinter den Mincio bewerkstelligt und bis zum 21. Juni beendigt. Man hatte in Wien die Thorheit begriffen, einem Giulay den Oberbefehl zu geben, wo man einen Heß zur Verfügung hatte: am 17. legte der Erstere das Commando nieder und am 18. übernahm der Kaiser Franz Joseph selbst den Oberbefehl. Ihm zur Seite stand der bewährte Feldzeugmeister Heß; man glaubte mit dieser Combination ein Meisterstück gemacht, die belebende Wirkung der kaiserlichen Gegenwart mit der ruhigen Sicherheit des erfahrenen Soldaten, des Kriegsgefährten Radetzky's vereinigt zu haben: und auch daß dabei Giulay verhältnißmäßig glimpflich wegkam, indem er keinen geringeren Nachfolger als des Kaisers Majestät erhielt, war ein Nebenvortheil, den man sich in den Kreisen der militärisch-bureaukratischen Unfehlbarkeit nicht entgehen lassen durfte. Man nahm nun seine Dispositionen in umfassender Weise. Das italienische Heer, nunmehr über 200,000 Mann stark, wurde in zwei Armeen zerlegt, von denen die eine Graf Wimpffen, die andere Graf Franz Schlick führte. Der Letztere, ein erprobter Degen, der sich in Ungarn im letzten Feldzuge ausgezeichnet hatte, und der mit seinem Einen Auge — das andere hatte ihm nach der Schlacht bei Leipzig ein Kosak mit der Pike ausgestoßen, als er französische Gefangene gegen russische Mißhandlungen schützte — weiter sah, als Andere mit beiden; die dritte unter Erzherzog Albrecht, war für Deutschland bestimmt; die vierte hatte das Hauptquartier zu Triest und sollte zugleich Ungarn und Galizien gegen die Gefahren hüten, die von Rußland her oder von Aufwieglern aus dem feindlichen Lager drohen konnten.

Die Stellung der Oestreicher war eine sehr starke. Sie war, wie man oft zu hören bekam, uneinnehmbar, wenn sie von einer tapfern und wohlgeführten Armee von 200,000 Mann vertheidigt wurde. Es war das berühmte Festungsviereck Peschiera, Mantua, Verona, Legnago, die beiden Ersteren am Mincio, die beiden Letzteren an der Etsch gelegen: ein System, dessen Mittelpunkt Verona war, gegen eine Umgehung vom Norden her durch den Gardasee und das deutsche Bundesland Tyrol gedeckt. Noch war nichts verloren, so lange diese Burg aufrecht stand. Noch konnte man, wenn erst die Kraft des verbündeten Heeres an ihren Wällen sich gebrochen hatte oder von den Fiebern der sumpfigen Niederung aufgezehrt war, alles Verlorene zurückgewinnen: um so leichter, als das östreichische Heer den Verbün-

deten bereits an Zahl überlegen und weiterer Verstärkungen gewärtig war.

Allein der Kaiser war nicht zu einem Festungskriege auf dem Kriegsschauplatze persönlich erschienen und die ganze Lage Oestreichs machte eine raschere Entscheidung wünschenswerth. Eine große Schlacht, wenn sie mit einem östreichischen Siege endete, gewann mit Einem Schlage die italienische Stellung zurück und stellte zugleich Oestreichs Ansehen in Deutschland, in Ungarn und überall wieder her. Die verbündeten Heere, zusammen gegen 180,000 Mann, waren mittlerweile herangekommen. Sie hatten die Adda und den Oglio überschritten und waren bis an den Mincio vorgegangen, an dessen oberem Laufe ein hügeliges Terrain sich westwärts ausbreitet.

Im östreichischen Lager hatte man sich zu einem großen Vorstoß in die Lombardei entschlossen, und am 23. Juni Morgens begannen die östreichischen Heersäulen auf das rechte Ufer des Mincio überzugehen. Sie stießen an diesem Tage auf keinen Feind. Am folgenden, dem 24., nach dem Abkochen, Morgens 9 Uhr, sollte die Vorwärtsbewegung fortgesetzt werden.

Auch die Verbündeten hatten sich ihrerseits in Marsch gesetzt. Doch erwartete man für diesen Tag noch nicht mit Bestimmtheit eine große Schlacht. Der Tag war furchtbar heiß: die Truppen waren deshalb beiderseits schon mit dem Frühesten in Bewegung, und die vorrückenden Corps der Verbündeten trafen zwischen 5 und 7 Uhr überall auf die Vortruppen der Oestreicher, welche noch in ihren Stellungen verharrten. Es kam zunächst auf der ganzen Linie, welche von Castel Goffredo im Süden bis Succole im Norden 3½ Meilen sich erstreckte — in der Richtung von Westen nach Osten begränzte der Chiese auf der einen, der Mincio auf der andern Seite das Schlachtfeld im weiteren Sinne — zu einer Reihe von Einzelgefechten, welche erst gegen Mittag den Charakter einer großen Entscheidungsschlacht annahmen. Auch hier waren es die Franzosen und Napoleon, die früher wußten was sie wollten, und bei denen ein klarer und bestimmter Plan hervortritt, an dessen Erreichung sie Alles setzten: während auf östreichischer Seite keine Disposition für den Fall, daß die Armee auf dem Vormarsche angegriffen werden sollte, gegeben war. Der Plan der Franzosen richtete sich auf die Durchbrechung der östreichischen Stellung bei Solferino. Um diese Stellung, die hinter jenem Dorfe ansteigenden Höhen, kämpften von französischer Seite das erste (Mac Mahon), zweite (Baraguay d'Hilliers) und das Garde-Corps gegen das fünfte, erste und siebente der Oestreicher, während auf dem rechten französischen Flügel General Niel, schwach unterstützt von dem Corps des Marschalls Canrobert, die von Guidizzolo gegen Medole ungestüm

vordringenden Oestreicher aufhielt, und auf dem linken Flügel, nordwärts gegen den Gardasee hin, die Piemontesen gegen das achte östreichische Corps unter Benedek standen. Um 3 Uhr Nachmittags, nach einem furchtbaren Kampfe in brennender Sonnenhitze, waren die Stellungen von Solferino und San Cassiano (1/2 Stunde südlich von Ersterem) in den Händen der Franzosen, und sogleich ordnete Napoleon die Verfolgung der auf Cavriana retirirenden Oestreicher an. Der Vorstoß, welchen der östreichische linke Flügel (Wimpffen) gegen den rechten französischen (Niel) machte, gelang nicht, und um 4 Uhr wurde, da ein Erfolg nicht mehr möglich schien, vom östreichischen Obercommando der Befehl zum allgemeinen Rückzuge gegeben. Erst am Abend, zögernd, trat ihn auch Benedek an, der auf seinem Flügel bei San Martino siegreich gegen die Piemontesen gekämpft und sie nach dem Gardasee zurückgedrängt hatte: es giebt Kriegskundige*), die ihn tadeln, daß er von seiner Uebermacht nichts an das hartbedrängte Centrum abgegeben habe. Ein furchtbares Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen, das gegen 5 Uhr Nachmittags losbrach, trennte auf einige Zeit die Kämpfenden; es kam nur noch dem Rückzuge der Oestreicher zu Gute, der ohne Störung bewerkstelligt wurde. Der Tag war sehr blutig: auf den Kampfplätzen lagen 2300 östreichische Todte, 10,684 Verwundete, die Zahl ihrer Versprengten und Gefangenen betrug gegen 10,000, ihr Gesammtverlust also etwa 22,000 Mann; derjenige der Verbündeten war wenig geringer: 11,600 Franzosen, — 1600 todt, 8500 verwundet —, 5560 Piemontesen. Auf diesem schrecklichen Schlachtfelde, der Stätte unermeßlichen Jammers und grauenvoller Zerstörung, ward der humane Gedanke geboren, der in der nächsten Zeit nur allzuviel Gelegenheit finden sollte, sich werkthätig zu entfalten — der Gedanke, die Leiden des Krieges auf das Maß des Unumgänglichen zurückzuführen, durch eine internationale Verbindung zu Gunsten des Dienstes an den Verwundeten auf dem Schlachtfelde. Dieser Gedanke führte, wie man bei solcher Gelegenheit gerne vorgreifend bemerken darf, am 8. August 1864 Abgeordnete von Baden, Belgien, Dänemark, Spanien, Nordamerika, Frankreich, England, Portugal, Preußen, Sachsen, Hessen, Schweden, Schweiz, an deren Seite man Oestreich vermißt, zu einer internationalen Conferenz zusammen, deren Vorschläge, nach denen künftighin in den Kriegen das Personal des Sanitätswesens als neutral behandelt werden sollte, weiterhin zu der sogenannten Genfer Convention zusammengefaßt, dem Kriege wenigstens einen kleinen Theil seiner Schrecken benahmen,

*) Rüstow a. a. O.

und unter den dauernden Siegen ächter Humanität und wahren Christenthums verzeichnet werden dürfen.

c. Der Friede.

Fast unbehelligt vollzog das geschlagene östreichische Heer seinen Rückzug über den Mincio. Auch die Sieger waren zum Tode ermattet und hatten schwer gelitten: „die Armee ruht aus und organisirt sich", telegraphirte Napoleon am Morgen nach der gewonnenen Schlacht. Die große Schlächterei aber entschied in Wahrheit noch nichts. Es konnten noch zwei oder drei solcher Schlachten gewonnen und verloren werden, ohne daß der eine oder der andere Theil sich besiegt zu geben brauchte. Die Operationen wurden fortgesetzt: am 28. Juni begann die verbündete Hauptarmee ihren Uebergang über den Mincio; am gleichen Tage fingen die Piemontesen an, Peschiera einzuschließen, und die pariser Luftschiffer bestiegen mit einigen Artillerieofficieren ihren Ballon, um die Festung zu recognosciren. Auch das Corps des Prinzen Napoleon traf jetzt (4. Juli) am Mincio ein, und ebenfalls in diesen Tagen schickte sich die französische Flotte an, ihre Station bei Lussin Piccolo, einer Insel an der dalmatischen Küste, zu verlassen und sich vor Venedig zu legen. Der Krieg war jetzt, nach zwei Siegen, in Italien populärer als jemals; es war, als könne man die volle Unabhängigkeit, ja schon die Einheit Italiens mit Händen greifen; auf der andern Seite war er jetzt in ein Stadium getreten, wo ein Uebergreifen auf deutsches Gebiet kaum vermieden werden konnte. Da kam, tiefer Eingeweihten nicht unerwartet, die Nachricht, daß der Kaiser Napoleon am 6. Juli seinen Adjutanten General Fleury nach Verona geschickt habe, daß am 8. die Chefs der Generalstäbe des östreichischen und des französischen Heeres zu Villafranca zusammengekommen seien, daß ein Waffenstillstand bis zum 15. August abgeschlossen sei, dem wahrscheinlich der Friede folgen werde. Drei Tage später, am 11. Juli, trafen sich die beiden Herrscher, Napoleon und Franz Joseph, zu Villafranca und besprachen sich eine Stunde allein. Die Unterredung war geheim und ihr Verlauf im Einzelnen wird schwerlich jemals der historischen Neugier bekannt werden; aber die Verhältnisse, welche beiden Fürsten je von ihrem Standpunkte aus den Frieden empfahlen, lagen klar vor Augen.

Den besondern Zweck, der ihm den Krieg im Interesse der Befestigung seiner Dynastie hatte wünschenswerth erscheinen lassen, hatte Napoleon erreicht. Zwei neue große Namen in der französischen Kriegsgeschichte, Magenta und Solferino, waren durch ihn und für ihn gewonnen. Er hatte in zwei Monaten so viel Kriegsruhm erworben, um bei seinem Heere und unter dem ruhmsüchtigen Volke, das er

beherrschte, als nicht unwürdiger Nachkomme des großen Kriegsfürsten zu erscheinen, dessen Namen er trug: und er hatte es in der Hand, den Italienern ein ansehnliches Beutestück, die Lombardei, zum Geschenke zu machen. Allerdings war dieß nicht so viel, als er in dem geheimen Vertrage mit Cavour ausgemacht, nicht so viel, als er öffentlich den Italienern in seiner Proclamation von Mailand versprochen hatte: aber es war viel und es war im französischen Interesse genug, denn es stellte das nur um die Lombardei vergrößerte Piemont nicht selbstständig, sondern machte es auch ferner der französischen Hülfe bedürftig. Weiter aber: setzte er den Krieg fort, so mußte derselbe nothwendig größere Dimensionen annehmen. Um auch nur mit Oestreich fertig zu werden, mußte er Kräfte zu Hülfe nehmen, die leichter zu rufen, als wieder zu bannen waren. Die aufgeregte Patriotenpartei n Italien war kaum mehr zu zügeln: bereits war (14. Juni) in Ferrara und Bologna, päpstlichen Städten, die Dictatur Victor Emanuels ausgerufen worden und in der gleichfalls päpstlichen Stadt Perugia, welche demselben unwiderstehlichen Drange gefolgt war, stellte ein päpstliches Söldnerregiment unter Oberst Schmidt die alte Ordnung erst durch ein gräuliches Blutbad wieder her (20. Juni), das die nationale Aufregung nur steigern konnte: eine Fortsetzung des Krieges mußte den Kaiser unvermeidlich in peinliche Verwickelungen mit dem Papste bringen und dieß, die bedenklichste Seite der italienischen Frage, brachte ihn zugleich in Zwiespalt mit der ultramontanen Partei in seinem eigenen Lande, deren Unterstützung er nicht entbehren konnte und die in der spanischen Gemahlin des Kaisers eine mächtige Verbündete hatte. Und nicht bei den Ultramontanen allein war der italienische Krieg, der ohne die Hülfe der Revolution nicht durchgeführt werden konnte, nicht populär: er war es überhaupt nicht. Nicht beim Volke, das keinen weiteren Gewinn davon erwarten konnte, selbst nicht beim Heere, das einer langwierigen Belagerung wie der von Sebastopol mit Unlust entgegensah: es gab in Frankreich nur Einen Krieg der populär gewesen wäre, es war der um den Rhein. Die Rheingränze aber wäre nur um den Preis eines neuen Krieges zu gewinnen gewesen: vielleicht, vielleicht auch nicht; und wenn je, so war dieß ein Krieg, der nicht in zwei Monaten beendigt werden konnte, wie der italienische. Aber auch die Menschlichkeit machte ihre Rechte geltend: es war genug an zwei Schlachtfeldern wie die von Magenta und Solferino. Napoleon III. besaß nicht die harte Seele des ersten Napoleon's; es war besser, zu den kriegerischen Lorbeeren sich auch noch den Ruhm der Mäßigung und der Friedensliebe zu verdienen.

Und wie Napoleon mit dem Gedanken sich mit dem mäßigen Gewinn zu begnügen, so trat Franz Joseph mit der Resignation sich den

mäßigen Verlust gefallen zu lassen, lieber, als weiteren Gefahren entgegenzugehen, in die Verhandlung ein. Was das übel geführte Schwert verloren, konnte das besser geführte eines Tages zurückgewinnen: es war nicht das erste Mal und sollte nicht das letzte Mal sein, daß um die Herrschaft in Italien die blutigen Würfel rollten, die nun einmal jetzt gegen Habsburg entschieden hatten. Man war von den Franzosen besiegt worden, das ließ sich verschmerzen und ihnen, nicht den verhaßten Piemontesen, trat man, der Form nach wenigstens, die Lombardei ab. Eine Fortsetzung des Krieges aber bedrohte das Haus Habsburg mit etwas, was schlimmer war als der Verlust der Lombardei, selbst wenn man Venetien noch mit in den Kauf geben mußte, schlimmer als die Insurrection Ungarns, schlimmer und unerträglicher als alles Andere — die Theilung der Herrschaft über Deutschland mit Preußen. Daß es sich um nichts Geringeres handelte, darüber konnte kein Zweifel sein. Man hatte dort nicht mehr mit den Männern von Olmütz zu thun und die Zeit der Auseinandersetzung zwischen Oestreich und Preußen nahte unaufhaltsam. Die Unterhandlungen, welche seit dem Beginne der Verwickelung zwischen den beiden Mächten geführt worden waren, hatten zu keinem Ergebniß geführt, was bei der Naivetät des östreichischen Standpunktes nicht zu verwundern war. Oestreich verlangte die Hülfe Preußens und des Bundes für seine gefährdete Stellung in Italien, welche seine Regierung als ein wesentlich deutsches Interesse darstellte, und verlangte sie in Kraft des Bundesverhältnisses, gelegentlich wohl auch, indem sie den Geist der heiligen Allianz beschwor, — jener Allianz, der diese Regierung doch soeben durch ihre Politik im Krimkriege selbst das Lebenslicht ausgeblasen hatte. Sie verlangte, daß Preußen, um Oestreich die Lombardei und seiner fürstlichen Vetterschaft und Clientel ihre Länder zu erhalten, den Krieg am Rheine beginne, und damit seinen eigenen Besitz gefährde: und der Lohn für diesen Dienst bestand in der Würde eines Bundesoberfeldherrn für den Prinzregenten von Preußen, d. h. eines obersten Dieners der deutschen Bundesversammlung, welche von Oestreich beherrscht war. Preußen seinerseits wollte als europäische Großmacht, womöglich ohne weitere kriegerische Verwickelungen, vermitteln: im Falle es zum Kriege wegen wirklich deutscher Interessen komme, beanspruchte es die Oberleitung dieses deutschen Krieges und die freie Verfügung mindestens über die norddeutschen Bundescontingente. Jetzt war die Entscheidung nothwendig: am 4. Juli stellte Preußen am Bunde den Antrag, daß die Bundestruppen der nördlichen Bundesstaaten, das 9. und 10. Bundes-Armeecorps Preußen zur Verfügung gestellt und ebenso der Oberbefehl über die aufgebotene Streitmacht Preußen übergeben werden sollte; am 7. erwiderte ihn Oestreich mit

dem Gegenantrag, der scheinbar dasselbe bedeutend, in Wahrheit das Gegentheil war: es solle das ganze Bundesheer mobil gemacht und Se. Königl. Hoheit der Prinzregent von Preußen zum Oberbefehlshaber in Gemäßheit der Bundeskriegsverfassung gewählt werden. Der § 48 dieser Bundeskriegsverfassung bestimmte, daß der Oberfeldherr zum Bunde sich verhalte wie jeder commandirende General zu seinem Souverän, daß er von der Bundesversammlung allein Vollmachten und Befehle, in besonderen Fällen auch specielle Instructionen erhalte; und da Preußen keinen Zweifel darüber ließ, daß es den Krieg nicht im Dienste der Bundesversammlung, sondern als europäische und deutsche Großmacht führen werde, so war die Frage für Oestreich gestellt, ob es die Consequenzen einer solchen Führung annehmen wollte: ein Sieg über die Franzosen unter preußischer Führung würde den preußischen Staat sofort und unvermeidlich an die Spitze Deutschlands gebracht haben.

Vor dieser Möglichkeit befand sich der Kaiser von Oestreich. Er zog ihr den Verlust der Lombardei vor. Am 12. Juli ward der Präliminarfriede von Villafranca zwischen den beiden Kaisern fertig gebracht. Er enthielt die Abtretung der Lombardei, mit Ausnahme der beiden Festungen Mantua und Peschiera, an den Kaiser von Frankreich, welcher das Land an den König von Sardinien übergeben wird; Rückkehr des Großherzogs von Toscana, des Herzogs von Modena und des Herzogs von Parma, welche eine Amnestie geben werden, in ihre Staaten; Venetien bleibt bei Oestreich, tritt aber in die zu bildende italienische Conföderation, deren Ehrenvorsitz der Papst übernehmen wird. Der Letztere soll aufgefordert werden, seinen Staaten die unerläßlichen Reformen zu geben; allen während der letzten Ereignisse Compromittirten wird von beiden Seiten vollständige Amnestie zugesichert. Zur definitiven Redaction des Friedens sollten Bevollmächtigte in Zürich zusammentreten.

Dieser Definitivfriede kam denn in der That in Zürich zum Abschluß und wurde dort am 10. November 1859 unterzeichnet. Derselbe bestand aus drei verschiedenen Instrumenten: dem Vertrage zwischen Oestreich und Frankreich, dem zwischen Frankreich und Sardinien betreffs Cession der Lombardei und in einem Friedensvertrage in 23 Artikeln zwischen Frankreich, Oestreich und Sardinien. Er bestätigte die Präliminarien von Villafranca und legte Sardinien einen bestimmten Antheil der östreichischen Staatsschuld auf, $^{3}/_{5}$ des sogenannten Monte Lombardo-veneto und 54 Millionen der Nationalanleihe von 1854; im 18. Artikel des ersten Instrumentes ward ausgesprochen, daß die beiden Kaiser sich verpflichteten, mit allem Eifer auf die Herstellung einer italienischen Conföderation unter Vorsitz des Pap-

stes hinzuarbeiten. Der 19. Artikel lautete: „Die Rechte des Großherzogs von Toscana, des Herzogs von Modena und des Herzogs von Parma sind vorbehalten."

Beide Bestimmungen, der italienische Bund und die Rückkehr der Fürsten, waren bereits von den Ereignissen überholt, die sich dießmal ihre eigenen Wege suchten und bei denen sich zeigen sollte, welche unwiderstehliche Gewalt die „Idee der Nationalitäten", in deren Namen das Schwert geführt worden war, in der That sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts errungen hatte.

II. Geschichte der einzelnen Staaten.

1859—1863.

A. Romanische Staaten.

1. Italien.

Unter den mancherlei Motiven, welche die Politik des Kaisers der Franzosen bestimmten, und welche bei seiner Naturanlage und Erziehung gern einen doctrinären Charakter annahmen, finden wir auch die Idee der Wiederbelebung der romanischen Völker, der „lateinischen Race", welche er diesseits und jenseits des atlantischen Oceans von der germanischen überflügelt sah. Indem er das Schwert zog, um eine dieser lateinischen Schwesternationen von einer Fremdherrschaft zu befreien, welche man, wenn man wollte, eine germanische nennen konnte, und indem er es siegreich führte, gab er allerdings den Anstoß zu einer lebhafteren Bewegung unter diesen romanischen Völkern und schuf sich selbst auf kurze Zeit die Stellung eines Hauptes und Protectors derselben. Indeß war er nicht im Stande, diese Bewegung auch nur in Italien zu beherrschen und nach seinem Sinn zu lenken. Die Ereignisse aber führten vielmehr in weiterer Entwickelung der Folgen des italienischen Krieges eine kraftvolle Zusammenfassung der deutschen Nationalität herbei und ihnen, den Deutschen, nicht Napoleon und den Franzosen, war es bestimmt, auch der italienischen Nation die letzten Hindernisse wegzuräumen, welche ihrer Einigung zu einem selbstständigen Großstaate im Wege standen und damit eine Wunde am Körper Europas zu schließen, welche seit vielen Jahrhunderten blutete. Zunächst aber hatte Italien selbst zu zeigen, ob es dort Ernst war mit dem Gedanken der Abschüttelung des fremden Joches und ob in jenem stolzen Worte, das einst im Jahre 1848 erklungen: Italia farà da se, etwas von Kraft und Wahrheit lebte.

Die Nachricht vom Abschluß eines Waffenstillstandes erregte auf der

ganzen Halbinsel Bestürzung und Mißtrauen: als dann die Einzelheiten des jähen Friedensschlusses bekannt wurden, ergriff eine unglaubliche Erbitterung die Gemüther. Man hatte nach den beiden Siegen bei Magenta, bei Solferino die größten Hoffnungen gefaßt: schon sah man Italien von der tiefsten Erniedrigung zur vollen Höhe einer selbstständigen Nation emporgehoben: und jetzt, plötzlich über Nacht, kam dieser Friede, der, gleich als wenn Piemont, als wenn Italien gar nicht existirte, zwischen den beiden Mächten, die seit alten Tagen Italien zum Kampfplatze und Opfer ihres eifersüchtigen Ehrgeizes gemacht hatten, abgeschlossen worden war. Und welche Lage schuf dieser Friede. Allerdings anstatt einer Monarchie von fünf Millionen wurde Sardinien ein Staat von neun Millionen; aber dieser Staat hatte sich gegenüber das noch immer übermächtige, das zwiefach racheschnaubende Oestreich, in seiner Flanke die drei östreichischen Vasallenstaaten Parma, Modena, Toscana, welche ihn von dem übrigen Italien absperrten und statt der italienischen Einheit bot er ihr Zerrbild, eine Conföderation mit dem Papste als Vorsitzenden, mit Oestreich und Neapel als Theilnehmern, die schlechtere Copie eines schlechten Originals, des deutschen Bundes — einen Bund von Elementen, die sich tödtlich haßten, hier vom östreichischen dort vom französischen Einflusse abhängig, einen Spielball der sich bekämpfenden Großmächte, mit dem nun erst recht unheilbaren Uebel des Priesterregiments im Herzen seines Organismus. Und vielleicht war es richtig, was man sagte und was die Regierung nicht geradezu zu leugnen wagte: daß die Hülfe Frankreichs nicht uneigennützig gewesen, daß der Befreier sich einen hohen Preis, die Abtretung italienischen Landes, Savoyens und der Grafschaft Nizza bedungen habe. Mazzini und die Seinen, so ließ der Pessimismus sich grollend vernehmen, hatten Recht: sie hatten es vorhergesagt, die Könige würden sich bald untereinander verständigen, es habe sich lediglich um dynastische Interessen, ein vergrößertes Piemont, ein vergrößertes Frankreich gehandelt.

Am schwersten traf der unerwartete Schlag den Mann, der diesen Krieg gemacht hatte, den Grafen Cavour. Er legte seine Ministerien nieder, um wenigstens seinen staatsmännischen Namen zu retten. Mit Mühe konnte er bewogen werden, den Kaiser Napoleon noch einmal zu sehen, als dieser, nach seiner Hauptstadt zurückeilend, durch Mailand kam, wo er sehr kalt, ganz anders als zwei Monate früher nach der Schlacht bei Magenta, empfangen wurde. Indeß war es weder Cavour's Art noch die der Italiener überhaupt und der vielen patriotischen Männer, welche in allen Theilen der Halbinsel ihr Leben der Idee ihrer Unabhängigkeit gewidmet hatten, vorschnell zu verzweifeln. Vielleicht war dennoch mehr erreicht, als dem ersten Blicke sichtbar wurde. Schärfer blickende Männer, an denen dieses Land ungewöhn-

lich reich war, erkannten, daß jetzt, jetzt erst recht die italienische Unabhängigkeit eine Nothwendigkeit geworden war, daß wenn aus einem solchen Gebäude, wie die östreichische Ordnung in Italien war, Ein Stein herausgenommen wurde, unvermeidlich, unaufhaltsam die übrigen folgen, das Ganze zusammenfallen mußte. Einen Augenblick hatte Victor Emanuel, als der Friede über seinen Kopf weg gemacht wurde, daran gedacht, auf eigene Hand den Krieg fortzusetzen und die revolutionären Kräfte zu diesem Zwecke zu entfesseln. Er unterließ es und that wohl daran; — aber wie, wenn die Männer, welche in Toscana, Parma, Modena, in den Städten der Romagna während des Krieges ans Ruder gekommen waren, Ernst machten mit dem Worte, daß Italien sein Geschick selbst schaffen wolle — wo war die Macht, sie daran zu hindern? Jene Präliminarien von Villafranca, auf Grund deren über Italien verfügt werden sollte, zeigten eine Lücke, die dem italienischen Scharfsinne nicht entging: es war nicht gesagt, daß die Fürsten mit Gewalt in ihre Länder zurückgeführt werden sollten. Ihr Regiment war nicht gewaltsam gestürzt worden. Von selbst war es zusammengefallen, sobald man seine Grundlage, die östreichische Macht, ihm entzogen hatte — wenn die Bevölkerungen mit ruhiger Entschlossenheit sich weigerten, dieses Regiment wieder anzunehmen, so fehlte die Handhabe und es fehlte die Macht, diese Kartenhäuser neu aufzurichten. Oestreich konnte es nicht, ohne den Krieg von vorn anzufangen. Frankreich konnte es nicht, denn wer heute die Hoffnungen einer großen Nation aufregt und ihr die Fahne voranträgt, kann sie nicht am nächsten Tage mit denselben Truppen niederschlagen, mit denen er gestern für sie gekämpft hat. Eine italienische Macht, Piemont, Neapel, der Papst konnte es noch weniger. In Wahrheit, die Sache Italiens stand weit besser, als es dem ersten Blicke der Erbitterung erschien: und kein schlagenderer Beweis für die großen Fortschritte, welche das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker in den 50 Jahren seit dem Wiener Congresse gemacht hatte, kann gedacht werden, als die Ereignisse, welche die Unabhängigkeit Italiens weit über den Frieden von Villafranca hinaus vollendeten und binnen Jahresfrist an die Stelle eines subalpinischen Königreichs, eines erweiterten Piemonts, ein Königreich Italien setzten.

Man muß die Art, wie die italienische Einheitsbewegung in dieser kritischen Zeit geleitet wurde, bewundern und anerkennen, daß in diesem so lange geknechteten Volke eine Fülle der edelsten Kräfte sich herangebildet hatte, welche mehr als alles Andere das sittliche Recht der Unabhängigkeit Italiens beweisen. Eine Revolution umfassendster, durchgreifendster Art vollzog sich mit einer bewundernswürdigen Ruhe und jede Partei beeiferte sich, ihre besonderen Wünsche und Ideen dem ge-

meinsamen Hauptzwecke zu Liebe zu vertagen und zu opfern. Alle voreiligen Bestrebungen, Venedig, Neapel, der Kirchenstaat wurden vertagt, um zunächst dasjenige zu lösen, was die Diplomatie die mittelitalienische Frage nannte, was aber die gesammtitalienische in halber Entfaltung war, der die vollständige unwiderstehlich nachfolgen mußte.

Es handelte sich um die Herzogthümer Parma (112 Quadratmeilen und 500,000 Einwohner), Modena (109 Quadratmeilen und gegen 600,000 Einwohner), das Großherzogthum Toscana (402 Quadratmeilen und 1,800,000 Einwohner) und um denjenigen Theil des Kirchenstaates am adriatischen Meere, welchen man die Romagna nennt und der etwa so groß ist, wie Parma und Modena zusammen. Die Nachricht vom Friedensschlusse zu Villafranca beantwortete zunächst die Municipalität von Modena am 16. Juli mit einer Aufforderung an ihre Mitbürger, abermals ihre Beistimmung zu der Union mit Piemont durch Unterschrift zu beurkunden: da möglicher Weise die letzte Entscheidung auf einem europäischen Congresse gesucht werden mußte, so sollte wenigstens über die Gesinnung der Bevölkerungen kein Zweifel sein. Es geschah: innerhalb Monatsfrist waren 90,000 Unterschriften beisammen. Das Zweite war, daß Farini, welcher während des Krieges als Bevollmächtigter Victor Emanuel's fungirt hatte, zwar von seiner Regierung abberufen wurde, aber die Wahl zum Dictator von Modena durch den dortigen Stadtrath annahm. Er ordnete sogleich die Wahl von Abgeordneten an. Wähler war, wer lesen und schreiben konnte und das 21. Jahr überschritten hatte; am 20. August beschlossen die 72 Abgeordneten, daß Franz V. von Este, sowie jeder Andere vom Hause Habsburg-Lothringen für immer von der Herrschaft ausgeschlossen sein solle; am folgenden Tage, jetzt zum dritten Male, daß die Union mit dem Hause Savoyen aufrecht zu halten sei. Denselben Verlauf nahmen die Dinge in Parma. Der dortige Stadtrath berief Farini auch für die Dictatur in Parma, um zunächst die Union der beiden Herzogthümer durchzuführen; am 14. September beschloß auch die parmesische Abgeordnetenversammlung die Entfernung ihres bourbonischen Fürsten und die Aufrechthaltung der Union mit Sardinien. Diese Ereignisse vollzogen sich ohne Blutvergießen: die Italiener haben, wie ein kundiger Beobachter*) bei dieser Gelegenheit bemerkt, vor den Deutschen voraus, daß bei dergleichen Bewegungen der Genuß geistiger Getränke keine Rolle spielt. Nur Ein Opfer fiel der sehr erklärlichen um nicht zu sagen gerechtfertigten Rache des Volkes, der Oberst Anviti, den die Behörde vergebens zu schützen suchte, indem sie ihn gefangen setzte: das Gefängniß wurde gestürmt und den

*) Reuchlin.

ersten Stoß führte ein Bürger, dessen Vater auf des Obersten Befehl öffentlich geprügelt worden war.

Den König Victor Emanuel setzten Deputationen in Kenntniß von den Beschlüssen dieser Versammlungen. Er billigte diese Beschlüsse, ohne sie anzunehmen, versprach die Wünsche der Bevölkerungen vor den Mächten Europas zu vertreten und verwies tröstend auf die Protection des Kaisers Napoleon. Dieser seinerseits hütete sich die Bewegung zu ermuthigen: er ließ im Moniteur (9. September) den Frieden von Villafranca anpreisen und warnte die Italiener, von einem Congresse, so wünschenswerth derselbe sein möge, bessere Bedingungen zu erhoffen, als jener Friede sie ihnen gewähre: „Italien täusche sich nicht“ hieß es in diesem Artikel, „es giebt in Europa nur Eine Macht, welche Krieg führt für eine Idee, und diese Macht ist Frankreich; Frankreich aber hat seine Aufgabe erfüllt.“ Eine so laue Warnung konnte die Dinge in ihrem natürlichen Laufe nicht aufhalten, und auch in Toscana, wo die Verhältnisse etwas anders lagen, nahmen sie doch denselben Gang, der unwiderstehlich zum Einheitsstaate führte.

Toscana war ein Staat von mittlerer Größe, mit eigenartiger Bevölkerung, einer reichen Geschichte, die auch das regierende Fürstenhaus in einer milden, zuweilen einer glänzenden Beleuchtung zeigte. Als der Krieg herannahte, hatte Cavour sich Mühe gegeben, den Großherzog auf die nationale Seite herüberzuziehen. Ihm wäre es von höchstem Werthe gewesen, einestheils dem legitimistischen Europa, anderntheils dem französischen Einflusse gegenüber sich auf einen italienischen Fürsten als Bundesgenossen stützen zu können; er hätte damit zugleich den Beweis geliefert, daß den König von Sardinien nicht eitle Vergrößerungssucht, sondern wirklich der Drang einer nationalen Nothwendigkeit vorwärts treibe. Von den verschiedensten Seiten suchte man diese Politik dem Großherzoge beifallswerth zu machen. Die piemontesische Regierung ließ es nicht an Noten, — Notable des eigenen Landes, selbst Minister ließen es nicht an Vorstellungen fehlen; die Stimmung des ganzen Volkes, bei welchem die Männer des italienischen Einheitsstaates noch gar nicht die Oberhand hatten, sondern in dem vielmehr noch der Wunsch nach Erhaltung des besondern particularen Staatswesens lebendig war, ging eben dahin, und auch die radicale Partei ging, so lange irgendwie Aussicht war, den Großherzog auf die nationale Seite zu ziehen, in aufrichtiger und anerkennenswerther Weise mit der gemäßigten Hand in Hand. Aber als der Krieg ausbrach und nichts geschah, begann ihnen die Geduld auszugehen und sie verlangten von ihren Verbündeten nunmehr, daß man zu Thaten übergehen solle. Diese Thaten trugen, wie es florentinische Art war, keinen sehr gewaltsamen Charakter. Den Großherzog konnten jetzt

Briefe angesehener Männer belehren, was die Uhr geschlagen. Denn selbst die Gemäßigtesten sahen nun nur noch Heil in der Thronentsagung zu Gunsten seines Sohnes Ferdinand, vorausgesetzt daß dieser alsdann sofort das nationale Banner annehme. Während der Tage, in denen die ersten französischen Truppen zu Genua landeten, gab das Volk in friedlichen aber imposanten Massendemonstrationen seiner Stimmung Ausdruck; der Großherzog hatte gar keinen Anhang mehr, da auch die Truppen ganz für die italienische Sache waren. Es war zu spät, als er jetzt noch ein Ministerium aus Gemäßigten, wie Ricasoli, die indeß ganz ebenso entschlossene Anhänger einer national-italienischen Politik waren, zu bilden versuchte. Am 27. April fand zu Florenz die große Volksdemonstration statt, welche die Dinge zur Entscheidung bringen sollte: eine Junta ward gebildet und das Volk — dießmal war es wirklich das Volk — formulirte seine Forderungen, deren erste die Abdankung des Großherzogs war. Leopold beschloß, nach einer Besprechung mit seinen Ministern und dem östreichischen Gesandten das Feld zu räumen und kündigte dem diplomatischen Corps diesen seinen Entschluß an, Toscana zu verlassen. Es geschah: wie im tiefsten Frieden fuhren die Wagen ab; es war eine sehr nüchterne, sehr gebildete Revolution, welche der Erziehung, deren die Toscanesen sich vor Anderen rühmen, alle Ehre machte und bei der kein Glaser einen Scudo verdiente. Zu Ferrara, der ersten östreichischen Festung, angelangt, erließ der Großherzog seinen Protest, dessen Inhalt man sich nach den Anfangsworten denken kann: „die neuesten Gewaltthätigkeiten der von Piemont aufgereizten Revolution" u. s. w.; bei dem diplomatischen Corps hatte er sich scheinbar sehr zuversichtlich mit einem „auf baldiges Wiedersehen" verabschiedet.

An demselben Abend des 27. April wurde die neue provisorische Regierung proclamirt. Die Stadt Florenz handelte für das ganze Land, aus dessen Mitte kein Widerspruch sich erhob. Den folgenden Tag beschloß diese Regierung die Uebertragung der provisorischen Dictatur an den König Victor Emanuel. Dieser nahm indeß „aus Gründen hoher Convenienz", wie Cavour schrieb, diese Dictatur nicht an, sondern nur den Oberbefehl über die Truppen und die Protection der toscanischen Regierung. Man trug Sorge, die toscanische Selbstständigkeit zu schonen, da in der Bevölkerung selbst auf diese Selbstständigkeit ein gewisser Werth gelegt wurde. Die neue Regierung richtete am 2. Mai an alle Höfe ein Memorandum, in welchem sie das Geschehene zu rechtfertigen suchte und mit Fug hervorhob, wie friedlich es dabei zugegangen war; einige Tage später legte sie die Gewalt in die Hände des piemontesischen Bevollmächtigten, Boncampagni, nieder.

Die Lothringer hatten aufgehört zu regieren. Es war eine Com-

bination — eine der Ideen, für welche Frankreich Krieg führte, dem Vetter des Kaisers, dem Schwiegersohne des Königs von Sardinien, den Thron von Toscana zu verschaffen. Der Prinz nannte es eine „rein militärische Mission“, als er, wie erwähnt, mit dem 5. französischen Armeecorps dahin geschickt wurde; sie war aber sehr politischer Art. Wenn er die Herzen der Toscaner bei dieser Gelegenheit erobern sollte, so gelang dieß nicht: kaum war er mit den Truppen abgezogen, so beschloß die Regierung, die Staatsconsulta auf den 16. Juni einzuberufen, damit sie über die Proclamirung der nationalen Souveränetät des Königs Victor Emanuel ein Gutachten abgebe. Die Gefahr eines napoleonischen Thrones ging indeß vorüber. Niemand wollte einen solchen: die neutralen europäischen Höfe nicht, die Toscanesen nicht; der Throncandidat selbst, ein Mann von ziemlich radicalen Ansichten, und wenn vielleicht kein aufrichtiger Freund der Freiheit, doch in jedem Falle ein aufrichtiger Feind der Geistlichkeit, fühlte, daß er eine seltsame Figur auf einem Throne spielen würde: und auch dem Kaiser Napoleon war es wohl nicht allzusehr um die Durchführung dieses Projectes zu thun.

Der Krieg nahm seinen Gang, die Schlacht bei Solferino erfolgte: und mit der höchsten Entrüstung vernahm man zu Florenz, daß der Erbprinz von Toscana derselben, wenn auch nur als Zuschauer, auf Seiten der Oestreicher angewohnt habe. Schon vorher aber stand hier wie in den Herzogthümern der Entschluß fest, sich unter keinen Umständen mehr die frühere Dynastie wieder auflegen zu lassen, es wäre denn mit Waffengewalt. Die Staatsconsulta, 42 von der Regierung ernannte Vertrauensmänner, trat am 6. Juli zusammen. Die Friedensnachricht kam, sie änderte an der Stimmung nichts: im Gegentheil, der bedeutendste Mann der gemäßigten Partei, Ricasoli, erklärte, daß, wenn während des Krieges der Gedanke der Autonomie Toscanas in irgend einer Form berechtigt gewesen sei, jetzt, jetzt ganz besonders, kein anderer Gedanke mehr statthaft sei, als die italienische Nationalidee. Die Ruhe ward nicht gestört, auch als Boncampagni nun, um den König nicht zu compromittiren, seine Gewalt in die Hände des Ministerrathes niederlegte, an dessen Spitze dann der Minister des Innern, Ricasoli, trat. Eine Versammlung ward ausgeschrieben nach dem Wahlgesetze von 1848. Die Wahlen fanden am 7. August in voller Ruhe statt. Der Erzherzog Ferdinand, zu dessen Gunsten mittlerweile sein Vater abgedankt hatte, versuchte sein Heil in Paris: er war geneigt, die nationale Fahne anzunehmen und alle Bürgschaften zu geben. Aber es war zu spät. Napoleon konnte und wollte keine bewaffnete Restauration der Dynastie unternehmen; in England bezeigte sich das Whigministerium der italienischen Sache und den Volks-

wünschen günstig und machte jetzt, wo es keiner kriegerischen Bewegungen und Rüstungen bedurfte, seinen moralischen Einfluß in nachdrücklicher und wirksamer Weise geltend. Der ruhige und sichere Gang, welchen die Dinge in Mittelitalien zu nehmen fortfuhren, rechtfertigte diese Sympathien. Am 10. August ward eine Liga mit Modena geschlossen, in welche die Romagna und Parma aufgenommen wurden, und in welcher sich diese Landschaften zu gemeinsamer Abwehr der entflohenen Fürsten, gemeinsamer Aufrechthaltung der Ordnung, Wegräumung der Verkehrsschranken verpflichteten; zu der gemeinsamen Truppenmacht sollte Toscana 10,000, Modena und Parma je 4000, die Romagna 7000 Mann stellen. Der Befehl über die toscanische Streitmacht wurde an Garibaldi übertragen.

Am 11. trat die gewählte Versammlung in Florenz zusammen, 172 Deputirte; am 16. sprach sie einstimmig den Ausschluß der lothringischen Dynastie aus; am 20. ebenso einstimmig den Anschluß des Landes an Piemont. Ohne viel Worte, ohne Bombast, in voller Ruhe geschah es und Ricasoli forderte die Bevölkerung auf, sich jeden Hohnes auf die gefallene Dynastie in Wort und Bild zu enthalten. Eine Deputation begab sich nach Genua und von da in einem wahren Triumphzuge nach Turin. Der König nahm die Vereinigung des Großherzogthums mit dem Königreiche Sardinien nur in dem Sinne an, daß er erklärte, die Sache Toscanas bei den Mächten und insbesondere bei dem Kaiser der Franzosen führen zu wollen, ermahnte aber zur Ausdauer. An dieser fehlte es nicht und zum großen Aerger der clericalen und legitimistischen Welt wurden die Ungeduldigen mit Erfolg gezügelt und die Ordnung ward unverbrüchlich aufrecht erhalten: man hatte es dießmal mit einer wunderbaren Sorte von Revolutionären zu thun, welche sich durchaus einem Königreich anschließen wollten. Dieser Haltung gegenüber war auch der Kaiser Napoleon waffenlos. Er gab am 16. October einer parmesischen, und dann einer toscanischen Abordnung Audienz; der letzteren empfahl er den jungen Großherzog, der, wie er versicherte, „nicht bösartig" sei; warum Florenz eine piemontesische Provinzialstadt werden wolle? Von Rußland und Preußen kamen Kundgebungen, die nur ermuthigen konnten. Es war die Besorgniß vor einem bonapartistischen Königthum in Mittelitalien, die aus ihnen sprach: der preußische Minister des Auswärtigen, von Schleinitz, faßte sich den Muth zu sagen, daß Preußen ein starkes und unabhängiges Italien nicht ungern sehen werde, und Fürst Gortschakoff äußerte gegen einen toscanischen Agenten, daß Rußland weder für noch gegen sei; man konnte nicht mehr verlangen. Durch diese Lage der Dinge ermuthigt thaten die Staaten der mittelitalienischen Liga nun einen Schritt weiter, indem sie im November, eben in den

Tagen des Züricher Friedensschlusses, den Prinzen von Carignan, einen Vetter des Königs, zum Regenten „im Namen des erwählten Königs“ ernannten. Ricasoli reiste am 30. mit diesem Beschlusse nach Turin. Dort gab man ihnen zwar keinen Prinzen des königlichen Hauses, wohl aber einen angesehenen Staatsmann, Boncampagni, welcher den Titel eines Generalgouverneurs der mittelitalienischen Liga annahm und als solcher am 21. December in Florenz feierlich begrüßt wurde.

Es war ein Punkt, der die Sache erschwerte und verwickelte und der auch künftighin den Kernpunkt der Schwierigkeiten bildete, die sich immer aufs Neue der Bildung des italienischen Staates entgegenstellten. Dieser Punkt war, daß auch die Romagna, ein Theil des Kirchenstaates, der Liga beigetreten war. Die Verwickelung des Papstthums in die politische Frage hemmte und trübte insbesondere die Politik des Kaisers Napoleon, welcher gegen Italien im Ganzen wohlwollende, wenn auch nicht ganz uneigennützige Gesinnungen hegte und der in der italienischen Einheitsfrage, wie man zugestehen muß, weit freier und größer dachte, als seine Minister und die meisten politischen Männer seines Landes. Gleich als er den Krieg begann, hatte er sich über diese Schwierigkeit keine Täuschung gemacht: „diese Seite des Krieges gefällt mir nicht“, hatte er geäußert, „mit dem Papste wird man nicht durch Kanonenschüsse fertig.“

Die kriegführenden Mächte waren, wie erwähnt, übereingekommen, das päpstliche Gebiet als neutrales anzusehen. Dieß hinderte nicht, daß hunderte ja tausende von päpstlichen Unterthanen die Reihen der Freiwilligen Garibaldi's verstärkten. In Rom sah man es sogar gern, daß diese gefährlichen Elemente sich entfernten, auf Nimmerwiederkehr, wie man hoffte, und legte ihnen keine Hindernisse in den Weg. Als dann am 12. Juni die östreichischen Truppen Bologna verließen, erhob sich dort alsbald der allgemeine Ruf: Italien und Victor Emanuel. Der päpstliche Legat reiste nach einem fruchtlosen Protest ab; Forli, Ravenna, alle übrigen Städte der Romagna ließen das nationale Banner wehen, ebenso Ferrara, als auch von da die Oestreicher abgezogen waren. Mit den Oestreichern gingen überall auch die päpstlichen Truppen und die priesterlichen Beamten: wie ein Kartenhaus fiel diese Regierung auseinander, die nur der starke Arm Oestreichs gehalten hatte. Für die befreite Provinz bestellte der Stadtrath von Bologna eine provisorische Regierung und Victor Emanuel ernannte den wackeren Patrioten Massimo d'Azeglio zu seinem außerordentlichen Commissär in der Romagna. Ueber diese Provinz hinaus erstreckte sich im Kirchenstaate die Bewegung nicht. Ancona ward von den päpstlichen Truppen gehalten, und die vereinzelte Erhebung

der Stadt Perugia auf der andern Seite des Apennins (14. Juni) endigte nach einem ungleichen Kampfe gegen die Uebermacht der päpstlichen Söldnertruppen — denn ihren eigenen Unterthanen durfte diese jämmerliche Regierung keine Waffen vertrauen — mit jenem Blutbade, für welches der Statthalter Christi den Soldaten Denkmünzen vertheilte, und ihren Anführer, Oberst Schmidt, zum General beförderte. In denselben Tagen, am 18. Juni, erließ der Papst eine Encyklica, welche in dem salbungsvollen, feierlichen Tone, mit dem diese Priester sich selbst und ihre Gläubigen über die wirkliche Gestalt der Dinge täuschen, von dem Aufruhr der Rotte Korah sprach: „wir aber erklären, daß diesem heiligen Stuhl das weltliche Fürstenthum nöthig ist, damit er in Freiheit ohne irgend ein Hemmniß zum Besten der Religion seine heilige Gewalt ausüben könne, während die verdorbenen Feinde der Kirche Christi ihm dieselbe zu entreißen beflissen sind.“ An demselben Tage, wo sein Söldnerregiment in Perugia plünderte und mordete, sprach er in einer Allocution an das Cardinalscollegium von dem „kirchenräuberischen Aufstande gottloser Menschen, welche alle göttlichen und menschlichen Rechte mit Füßen treten“; er rief hier die große Excommunication und andere Kirchenstrafen in Erinnerung, „welche von den heiligen Canones, apostolischen Constitutionen und Beschlüssen der allgemeinen Concilien geschleudert wurden“ und ordnete für die Sache der Kirche Gebete an, mit denen vollkommener Ablaß verbunden war. Allein diese Waffen alle waren auf diesem Boden, wo man die Ritter kannte, die sie schwangen, wirkungslos und machten auf Diejenigen, welche irgend eine ernsthafte Regentenpflicht in der wirklichen Welt zu verwalten hatten, keinen Eindruck. Als die Präliminarien von Villafranca unterzeichnet waren, versuchte Napoleon diesen Frieden dem Papste plausibel zu machen. Er schrieb ihm am 14. Juli einen Brief, in welchem er ihn „mit der Stimme eines ergebenen Sohnes der Kirche“ beschwor, den Legationen — man nennt so die vier Provinzen Forli, Ravenna, Bologna, Ferrara, welche zusammen die Romagna bilden — eine getrennte Verwaltung und eine Laienregierung zu geben. Die Lage war hier bedenklich. An der Südgränze standen die päpstlichen Truppen, im Innern hatte man die Mazzinisten zu zügeln; indeß bestand die Bevölkerung, die stolzeste und feurigste Italiens, unter dem mäßigenden Einflusse des bewährten Massimo d'Azeglio die Probe. Auch hier wurde eine Versammlung gewählt, die, 131 Abgeordnete, am 1. September zu Bologna zusammentrat. Sie war aus gemäßigten Männern zusammengesetzt, an deren Spitze Minghetti, ihr Präsident, stand. In einer fast geschäftsmäßig objectiven Weise legte sie dar, was das Priesterregiment gethan, und kam zu dem Schlusse: „so erklären wir, die Völker der Romagna, in

die Generalversammlung einberufen, indem wir Gott zum Zeugen unserer ehrlichen Absichten nehmen, daß die Völker der Romagna die weltliche Regierung des Papstes nicht mehr wollen"; am folgenden Tage, 7. September, erklärte sie ebenso einstimmig, was diese Völker wollten: „den Anschluß an das Königreich Sardinien unter dem constitutionellen Könige Victor Emanuel II." Die Erklärung wurde dem Könige überbracht; er beschied die Deputation in derselben Weise wie die anderen, unter Betheuerung seiner tiefen Ehrfurcht für das Oberhaupt der Kirche. Der Papst beantwortete diese Acte mit einer neuen Allocution an die Cardinäle, aus deren Mitte er keinen Widerspruch zu befürchten hatte, wenn er die Beschwerden der Versammlung zu Bologna für freche Lügen erklärte, ebenso wie das „eingebildete, erlogene" Blutbad zu Perugia. Dem Antriebe der Curie folgend, ordneten die Bischöfe in der ganzen Christenheit, zumal in Frankreich, Gebete für Erhaltung des Erbtheiles von St. Peter an. Dem piemontesischen Gesandten in Rom schickte Antonelli am 1. October seine Pässe: unter ungeheurem Geleite verließ er die Stadt.

Die Klagen des Papstes fanden außerhalb Italiens einen mächtigen Widerhall: anders als in Italien selbst, wo man zu gut wußte, wie die Donner und die Blitze des Vaticans verfertigt wurden. Namentlich in Frankreich, aber auch sonst, secundirten die ultramontanen Blätter in allen Tonarten. Die Königin von Spanien brannte vor Begierde, für ihre mannigfachen Sünden vollkömmlichen Ablaß zu finden, indem sie ihre Truppen zu einem Kreuzzuge für die päpstliche Gewalt entsende; in den Abruzzen, hinter den päpstlichen Söldnertruppen, sammelte sich ein neapolitanisches Heer. Der ultramontanen Partei kam es nicht in den Sinn, daß die Bevölkerung der Romagna eine andere Bestimmung haben könne, als die, zu Zwecken der allgemeinen Kirche besteuert und geknechtet zu werden; der Kirchenstaat, argumentirte sie, mit seinen Bewohnern sei das gemeinsame Eigenthum der ganzen katholischen Kirche. Die Männer der nationalen Partei blieben der frivolen Lüge die ernste Wahrheit nicht schuldig, wiesen namentlich die unwissenden und heuchlerischen Franzosen darauf hin, daß Avignon schließlich mit demselben Rechte dem Papste gehöre wie die Romagna. Wichtiger war, daß sie für alle Möglichkeiten ihre Streitkräfte organisirten, wozu piemontesische Officiere mitwirkten, und der tüchtigste unter ihnen, General Fanti, Ende August 1859 das Obercommando in Mittelitalien übernahm.

Für Piemont wurde es mehr und mehr zu einer gebieterischen Nothwendigkeit, eine entschiedene Stellung zu diesen Verwickelungen zu nehmen. Das Ministerium, welches nach Cavour's Rücktritt gebildet worden war — Lamarmora, Rattazzi, Dabormida — erklärte, daß es der

italienischen Conföderation, wie sie im Frieden von Villafranca vorgesehen worden, nicht beitreten werde und ließ im Uebrigen die Bewegung in Mittelitalien ihren Gang gehen, indem sie nach Möglichkeit den auswärtigen Mächten gegenüber den Schein wahrte, als werde die Regierung gegen ihren Willen von den Ereignissen mitgerissen, als folge sie nur einer unabweisbaren Nothwendigkeit. Eine Denkschrift Dabormida's gab sich große Mühe darzuthun, daß es ein wesentliches Interesse Europas sei, den Ausspruch des Volkswillens in Mittelitalien anzunehmen. Diese Annahme von Seiten Europas aber würde nur auf einem Congresse haben geschehen können: und den Gedanken eines solchen nahm Frankreich gegen Ende November jenes ereignißvollen Jahres auf.

Denn auch für Napoleon wurde es nachgerade Zeit, eine klarere Stellung zu nehmen. Die Vorbereitungen der Curie zu einer bewaffneten Restauration im Kirchenstaate wurden bedenklich: in ganzen Schiffsladungen kamen entlassene östreichische Soldaten von Triest in Ancona an, um dort sich als päpstliche einkleiden zu lassen. Ließ er die Restauration geschehen, so waren binnen Kurzem Piemontesen und Oestreicher in Italien wieder handgemein; wollte er dieß verhindern, so konnte es nur geschehen, indem er entschieden seinen Willen aussprach: aber wie er seither gethan, um in der Sprache der Curie zu reden, Christus und Belial vereinigen wollen, ging nicht länger. Napoleon mußte wählen zwischen dem Papste und Italien. Indeß so vornehme und kluge Leute pflegen sich nicht unmittelbar bloßzustellen, so lange sie nicht müssen: es erschien am 24. December eine Broschüre „Der Papst und der Congreß" betitelt, welche, unter unmittelbarer Eingebung des Kaisers entstanden, doch nach Bedürfniß von ihm verleugnet werden konnte. Der wesentliche Inhalt dieser Schrift war, daß die Lostrennung der Romagna vom Kirchenstaate eine vollendete Thatsache und eine gewaltsame Restauration durch irgendwelche der Mächte eine Unmöglichkeit sei; daß eine weltliche Herrschaft allerdings nothwendig sei zur Ausübung der geistlichen Macht, diese aber mit einem Staate von einiger Ausdehnung sich nicht vertrage; daß mithin die Garantie der Mächte sich nur auf Rom und das sogenannte Patrimonium Petri, den unter unmittelbarer päpstlicher Verwaltung stehenden Bezirk in der Umgebung der Stadt und einige Delegationen zu erstrecken habe und daß dagegen die katholischen Mächte verpflichtet seien, für die Kosten des katholischen Cultus und als Tribut ihrer Ehrfurcht dem Papste eine beträchtliche Rente zu bezahlen. „Je kleiner der Kirchenstaat, desto größer der Papst", so faßte man in Italien den wesentlichen Sinn der Flugschrift zusammen, die, wie sich denken läßt, großes Aufsehen machte. Sie war das Todesurtheil der welt-

lichen Macht des Papstes, das allerdings nicht auf Einmal vollstreckt wurde.

Der letzte der europäischen Priesterstaaten begann dem historischen Gesetze zu verfallen, dem die übrigen, die geistlichen Fürstenthümer Deutschlands, im 16., 17., 18. Jahrhundert schon erlegen waren. Daß man sich in Rom selbst jenen Forderungen der Zeit, die in der Schrift dargelegt waren, fügen würde, wäre zu viel verlangt gewesen und Niemand erwartete es. Am 31. December richtete Kaiser Napoleon einen eigenhändigen Brief im Sinne jener Broschüre an den Papst: seine Rechte an die Legationen seien unzweifelhaft, indeß, so peinlich dieß sein möge, es gebe keine andere Lösung als den Verzicht auf die aufgestandenen Provinzen, welche für den Papst doch nur eine Quelle von Verlegenheiten seien; in diesem Falle würden die Mächte ihm den Rest seines Gebietes garantiren. Pius IX. hatte die Antwort auf diesen Brief schon am 1. Januar 1860 gegeben, als der Befehlshaber des französischen Occupationscorps, General Goyon, mit seinem Officierscorps ihn zu beglückwünschen kam und er hier mit wenig Tact und schlechtverhehltem Aerger den Wunsch aussprach, daß Gott das Oberhaupt der französischen Nation erleuchten und es die Irrthümlichkeit gewisser Grundsätze noch erkennen lassen möge, die jüngst in einer Druckschrift aufgestellt worden seien, die man als ein Denkmal ausgezeichneter Heuchelei und als ein elendes Gewebe von Widersprüchen bezeichnen könne. Eine etwas höflichere aber nicht minder unumwundene Antwort gab er am 8. Januar auf jenen Brief vom 31. December: „Ich verkenne nicht die schwierige Lage Ew. Majestät, über die Sie sich ja selbst keiner Täuschung hingeben", bemerkte er mit einer gewissen Schadenfreude; den Vorschlag selbst lehnte er ab, „weil er nicht abtreten könne, was ihm nicht gehöre." Daß diese Landschaft vor Allen Denen gehörte, welche sie bewohnten, daß das Recht, welches der Papst oder sonst wer an sie haben mochte, geübt werden mußte zur Befriedigung dieser Bewohner und daß es bei hartnäckigem Mißbrauche thatsächlich verwirkt werden konnte, wie jedes Recht auf Gottes Erde — davon gab sich die priesterliche Selbstgefälligkeit keine Rechenschaft. So schritten die Leiter der Bewegung über den in seiner Art übrigens ganz berechtigten Eigensinn der Curie weiter. An demselben Tage, wo der Papst so verächtlich von der napoleonischen Broschüre sprach, geschah ein fernerer Schritt, indem der Dictator der Herzogthümer und der Romagna, Farini, für seine Verwaltung den Namen „Regierung der königlichen Provinzen der Emilia" — so heißen diese Landstriche von der alten ämilischen Straße, welche sie durchzieht — annahm, und gleichzeitig General Fanti den mittelitalienischen Regimentern Nummern gab, welche sie als angegliederte Bestandtheile der piemontesischen

Armee erscheinen ließen. Mit dem Congresse war es aus; Oestreich lehnte jetzt ab sich an einem solchen zu betheiligen, und der Papst schickte sich, wie er in einem Rundschreiben an die Patriarchen, Primaten, Erzbischöfe und Bischöfe der Christenheit vom 19. Januar erklärte, zum Märtyrerthum an, verstärkte jedoch fortwährend sein Heer durch Freiwillige aus aller Herren Länder.

Eine entschiedenere Wendung nahmen die Dinge, als am 16. Januar 1860 Rattazzi abtrat und die entschlossene und geschickte Hand Cavour's das Ruder wieder faßte. Er bildete ein italienisches Ministerium: den General Fanti, an dessen Stelle Cialdini trat, machte er zum Kriegsminister, einen Romagnolen Mamiani zum Unterrichts-, den Lombarden Jacini zum Handelsminister; er selbst übernahm wieder zwei Ministerien, das des Inneren und des Aeußeren. Sein Circular vom 27. Januar erklärte die Restauration der entthronten Fürsten für unmöglich: die Regierung des Königs hätte gewünscht, die Entscheidung Europas abzuwarten: da aber der Congreß ungewiß und es nicht gerathen sei länger zuzuwarten, so übernehme die Regierung die Verantwortlichkeit für die Schritte, welche in Toscana und der Emilia geschehen, wo wenige Tage vorher die sardinische Verfassung und das sardinische Wahlgesetz proclamirt worden war.

Der folgende Monat verging mit Unterhandlungen, die nur zum Scheine geführt wurden. Die beiden Contrahenten von Plombières waren einig. Die Stipulationen von Villafranca, der Congreß und was daran hing, waren aufgegeben, und anstatt dieses Heilmittels, das hier seine Kraft versagte, wurde nun ein anderes Recept aus der kaiserlichen Apotheke hervorgeholt: das Plebiscit, die allgemeine Volksabstimmung. Hier bedurfte man der Künste nicht, mit welchen man im kaiserlichen Frankreich diesem nicht schwer zu handhabenden Werkzeuge die Antworten entlockte, die man wünschte. Am 12. März erfolgte die Abstimmung in der Emilia, wo von 526,258 Stimmberechtigten 427,512 und von diesen 426,006 für den Anschluß an Sardinien stimmten, und in Toscana, wo von 386,445 Stimmenden 366,571 den Anschluß, 15,000 einen eigenen Staat verlangten. Das Resultat wurde dem Könige überbracht: am 28. rückten die königlichen Truppen in das ehemalige Großherzogthum ein.

Napoleon aber hatte seine Einwilligung nicht umsonst gegeben. Die Abmachungen von Plombières traten jetzt wieder in Kraft: einige Tage zuvor, 24. März, hatte Victor Emanuel den Vertrag unterzeichnet, in welchem er Savoyen und Nizza, jenes 177 □Meilen mit 580,000, dieses 60 □Meilen mit 230,000 Seelen, vorbehaltlich der Zustimmung der sardinischen Kammern an Frankreich abtrat. Dieser Handel, lange verleugnet oder mit zweideutigen Worten zugedeckt, erregte, als

er endlich im Laufe des Februar ruchbar wurde, in ganz Europa großes Aufsehen und fand überall, namentlich im englischen Parlamente lebhaften Tadel. Lord John Russell erklärte dort, daß man das Mögliche gethan, diesen Schritt zu widerrathen, daß aber, da Frankreich und Sardinien handelseins geworden, nichts zu machen sei, da Niemand wollen werde, daß England deshalb an Frankreich den Krieg erkläre: und nicht anders dachten die übrigen Mächte.

Nur die Schweiz hatte bei demselben ein unmittelbares Interesse zu wahren. Sie sah sich in ihrer Neutralität gefährdet, da Frankreich nunmehr den Canton Genf auch im Süden umfaßte: und sie konnte sich auf den Artikel 92 der Wiener Congreßacte berufen, in welchem die savoyischen Districte Chablais und Faucigny für neutral erklärt waren und der Schweiz das Recht zugesprochen wurde, dieselben im Kriegsfalle militärisch zu besetzen. Sie remonstrirte in Paris; sie wendete sich am 19. März in einer Note an die Congreßmächte; sie protestirte, als Napoleon ein am 6. Februar gegebenes Versprechen, die Districte im Falle der Annexion Savoyens an die Schweiz abzutreten, zurücknahm, am 27. abermals zu Turin und zu Paris; die Bundesversammlung ward berufen, Truppen wurden aufgeboten; aber auch sie mußte sich endlich zur Ruhe geben, da Niemand ihr zu ihrem Rechte helfen wollte. Auch hier wurde dem alten Rechte gegenüber das neue Recht, das Plebiscit, angerufen und da man Zeit gehabt hatte, demselben vorzuarbeiten, so war die Abstimmung, die am 22. April erfolgte, nicht zweifelhaft. Fast allzu glänzend war das Ergebniß: unter 160,000 Stimmen zählte man noch nicht 1000 Nein. Die große Menge richtete sich einfach nach den materiellen Vortheilen, welche die Einverleibung unzweifelhaft bot und die man durch allerlei nicht allzu reinliche Mittel so verlockend als möglich dargestellt hatte. Es war nicht nöthig, wie die Demokratie annahm, weil ihr Dogma von der Unfehlbarkeit des Volkswillens dabei in die Brüche ging, eine Abstimmung erst zu fälschen, die von vornherein eine falsche war. Am 29. Mai genehmigte das sardinische Parlament den Abtretungsvertrag. Es gereichte ihm zur Ehre, daß es ohne leere Demonstrationen den Schritt that, der doch einmal unvermeidlich war: 229 Stimmen gegen 56 halfen hier der Regierung die Unpopularität dieser Maßregel tragen.

Dieses Parlament war am 2. April 1860 vom Könige eröffnet worden: zum ersten Male nahmen die Abgeordneten der Lombardei, Toscanas, der Romagna und der Herzogthümer an demselben Theil. „Italien“, sagte der König in seiner Thronrede, „ist nicht mehr das Italien der Römer, noch das Italien des Mittelalters, es ist kein offenes Schlachtfeld für fremden Ehrgeiz; es ist das Italien der Italiener“. Das Parlament vertrat 11 Millionen Italiener unter Einem Könige,

mit 200,000 Soldaten, — „Dank der Vorsehung“, sagte der Präsident, als am 12. seine Verhandlungen begannen, „und dem Kaiser der Franzosen.“

Aber die Lawine war noch im Rollen: gewaltsam, unwiderstehlich brach sich der Gedanke des italienischen Nationalstaates Bahn. Nur vergebens hatte man mit Noten und Verhandlungen und papierenen Verträgen die Bewegung einzudämmen gesucht, um schließlich doch geschehen zu lassen, was als einhelliger Volkswunsch sein Recht sich selber nahm: jetzt schickte der siegreiche „Gedanke Italien“ sich an, auch den Süden zu erobern.

Hier im Königreiche beider Sicilien war König Ferdinand II., der rè Bomba, der seine Heerde mit eisernem Stabe geweidet hatte, am 22. Mai 1859, zwei Tage nach dem Treffen bei Montebello, gestorben. Es folgte ihm sein Sohn Franz II., ein noch ganz junger, unerfahrener Fürst und, soweit er überhaupt in die Lage kam Fähigkeit zu beweisen, von geringen Fähigkeiten. Der verstorbene König hatte Heer und Finanzen in gutem Stande gehalten und die Masse des Volkes, welche in genügsamer Unwissenheit dahin lebte, hegte keine Neuerungsgedanken; in den höheren Schichten der Gesellschaft aber lebten dieselben Ideen, die überall in Italien die Gemüther beherrschten und welche die Regierung nur vergebens mit Kerker, Verbannung und allen Mitteln der Gewalt niederhielt. Dieß änderte sich unter dem neuen Könige nicht, welcher die alten Minister beibehielt und der Rath, welchen Lord John Russell in einer Note an den englischen Gesandten am 16. Januar 1860 aussprach, daß die neapolitanische Regierung sich der Aufgabe nicht entziehen möchte, die Folgen einer Mißregierung abzuwenden, welche kaum ihres Gleichen in Europa habe und die unausweichlich ins Verderben führe, fand hier keine Ohren. Und doch widersprach es jeder natürlichen Wahrscheinlichkeit, daß der Sturm, der soeben in Mittelitalien sein Werk vollbracht hatte, diesem Lande ferne bleiben werde. Es dauerte nicht lange, so war er da. Aufrührerische Bewegungen zeigten sich zuerst auf Sicilien, am 4. April in Palermo, am 8. in Messina; sie wurden ohne Mühe, aber auf kurze Zeit, unterdrückt. Dem Belagerungszustande und einzelnen Erschießungen zum Trotz wiederholten sie sich; der ruhige Gang der Geschäfte wollte nicht wiederkehren, auch als der Belagerungszustand wieder aufgehoben wurde. Am 4. Mai mußten in der Hauptstraße von Palermo die Kaufleute polizeilich gezwungen werden, ihre Läden zu öffnen: das geheime revolutionäre Comité verbot dagegen während dreier Tage diese Straße zu betreten und fand Gehorsam.

Diese Symptome hätten die Regierung zu Neapel bestimmen müssen, sich ernstlich die Frage vorzulegen, wie sie sich zu den Ereignissen stellen

wolle, deren Schauplatz soeben das mittlere und nördliche Italien gewesen. Eine Denkschrift, welche der Graf von Syrakus am 3. April an seinen Neffen, den König, richtete, legte in nachdrücklicher Sprache die veränderte Lage der Dinge dar: es sei unvermeidlich, das Prinzip der italienischen Nationalität sich anzueignen; der einzige richtige Weg für Neapel sei die Verleihung einer Constitution und Allianz mit Piemont. Dasselbe verlangte am 6. eine Volksmenge, welche in der Hauptstraße Neapels, der Straße Toledo, zu einer großen Demonstration sich vereinigte; dasselbe rieth mit großer Entschiedenheit Lord Palmerston dem neapolitanischen Gesandten im Vorzimmer der Königin von England: der König befolgte den Rath nicht. Er suchte die Stimmung der Truppen durch Revuen und Bankette, die er den Officieren gab, zu heben und schickte Verstärkungen auf Verstärkungen nach Sicilien, wo bereits einzelne Insurgentenbanden sich zusammenrotteten und die allgemeine Stimmung jeden Augenblick einen neuen Ausbruch befürchten ließ. Die Augen des ganzen Italiens richteten sich dorthin: offen wurde in Mailand zur Anwerbung von Freiwilligen für Sicilien aufgefordert. Der natürliche Führer dieser Freiwilligen war Garibaldi, der nach einem Leben voll romantischer Abenteuer seine Kraft nicht in die festen Schranken des constitutionellen Lebens einzufügen im Stande war und der sich gleichsam auf eigene Hand in Kriegszustand setzte, so lange irgend ein Theil seines Vaterlandes noch unter dem Joche der Fremden schmachtete: unter welchem Namen er ohne Umschweif auch den „Tyrannen von Neapel" und den „Priester in Rom" begriff. König Victor Emanuel hatte Frieden geschlossen, nicht er; als die Regierung ihm, wie natürlich, Geld und Schiffe weigerte, schrieb er am 5. Mai an den König, den er, der Republikaner, als „Ehrenmann" als einen tapfern Soldaten und ehrlichen Patrioten mehr denn als seinen Souverän achtete, und sagte ihm unumwunden, daß er vorhabe, den Brüdern in Sicilien, deren Hülferuf sein und seiner Waffengefährten Herz gerührt habe, zu Hülfe zu kommen. Im Hafen von Genua nahm er ohne Umschweif zwei Schiffe in Beschlag, die einer Dampfschiffahrtsgesellschaft gehörten, bestieg sie mit den etwa 1000 Freiwilligen, die mit ihm ihr Loos geworfen hatten (6. Mai), und bald hallte die Welt von der Kunde wieder, daß er mit seiner Handvoll Leute am 11. Mai zu Marsala an der westlichen Küste Siciliens, südlich von der Bucht von Drepana, die im Alterthume einen der Schauplätze des Krieges zwischen Rom und Karthago bildete, gelandet sei.

Ein unglücklicher Irrthum verleitete ein Jahrzehnt später diesen Mann, sich in einem schon verlorenen Kampfe auf die Seite des Unrechts gegen die gerechteste Sache der Welt zu stellen, die zugleich die Sache seines eigenen Vaterlandes war, und sich dadurch den Ruf eines

querköpfigen Abenteurers zuzuziehen: dieß darf jedoch nicht abhalten anzuerkennen, was rein und groß in diesem Charakter war. Geboren im Jahre 1807 zu Nizza, einer seemännischen Familie entsprossen, war er, kaum dem Knabenalter entwachsen, als Seemann ausgefahren, war dann, die Erbitterung und die Hoffnungen der italienischen Jugend theilend, unter den Einfluß Mazzini's gerathen, hatte alsdann, in die piemontesische Kriegsmarine eingetreten, bei der Mannschaft einer Fregatte für seine Ideen Propaganda gemacht, mußte flüchten und ward zum Tode verurtheilt. So ward er nach Amerika verschlagen, wo er von 1836 an, in welchem Jahre er zu Rio Janeiro ans Land stieg, ein an Abenteuern reiches Leben führte. Führer eines Caperschiffes der kleinen Republik Rio Grande do Sul im Kampfe gegen das Kaiserreich Brasilien, zum Tode verwundet, in die Gefangenschaft eines der Gouverneure von Rosas, dem Tyrannen der Laplatastaaten, gerathen, dann wieder befreit — so trieb er sich mit einigen anderen Italienern in diesen südamerikanischen Wirrnissen um, heirathete ein spanisches Mädchen, das, schwärmerisch von ihm geliebt, heldenmüthigen Geistes seines Abenteurerlebens Entbehrungen und Gefahren theilte, diente der Republik Uruguay gegen Rosas und machte sich an der Spitze einiger Schiffe und einer italienischen „Legion" bei der fünfjährigen Vertheidigung von Montevideo verdient, bis ihn, der keinen Augenblick Italien vergessen hatte und dem italienischen Namen mitten unter einer Umgebung vom zweifelhaftesten Charakter Ehre machte — im Jahre 1847 die Nachricht erreichte, daß durch den neuen Papst Pius IX. seinem Vaterlande eine große Hoffnung aufgegangen sei. Im April 1848 schiffte er sich mit 54 seiner Waffengenossen nach Europa ein und betrat, 41 Jahre alt, sein Heimathland wieder, als dasselbe eben den großen Kampf gegen Oestreich begann. Er hatte nicht, wie so viele Andere, in geheimen Gesellschaften und Verschwörungen seine beste Manneskraft verbraucht. In urthümlichen Verhältnissen hatte er Frische, Thatkraft, und jene sittliche Reinheit sich bewahrt, von welcher die frivole Tagesmeinung glaubt, daß sie in den Kämpfen der Völker und bei den großen Weltgeschicken eine gleichgültige Sache sei, aus der aber in Wahrheit eben in außerordentlichen Zeiten der Mensch eine Kraft zieht, welche ihn stark und sicher macht, wo auch Muthige zaudern und zagen. Wie er in die Kämpfe des Jahres 1849 und 1859 eingriff, haben wir gesehen: jetzt war seine Stunde gekommen: und mit Erstaunen sah man, wie der neue Sertorius im Laufe weniger Monate ein Königthum in den Staub warf, das von einer Armee von 100,000 Mann vertheidigt wurde.

Von zulaufenden Insurgenten und nachfolgenden Freiwilligen nur allmälig verstärkt, übernahm er am 14. Mai die Dictatur auf Sicilien

„im Namen Victor Emanuel's, des Königs von Italien", und führte am 15. seine erste Waffenthat aus, indem er den General Landi, der mit 3500 Mann bei Calatafimi stand, aus seinen Stellungen herausschlug. Dieser erste Erfolg, mehr noch als seine Landung, erneuerte den Zauber seines Namens bei Freund und Feind, die je nachdem in ihm einen Heiligen oder einen Teufel sahen. Einen sehr wirksamen Verbündeten fand er in dem eingewurzelten Haß der sicilischen Bevölkerung gegen die neapolitanische Herrschaft. Die königlichen Truppen, 8000 Mann stark, zogen von Palermo heran, wo fortwährend neue Truppen anlangten; es gelang ihm, dem Angriff der drohenden Uebermacht auszuweichen und sie durch einen verstellten Rückzug nach der falschen Straße zu locken, während er unbehelligt gegen Palermo rückte. Am Abend des 19. sah man die Bivouacfeuer der Insurgenten auf den Höhen südlich der Stadt; am 27. drang er in Palermo ein, wo die Bevölkerung sich für ihn erhob, unbeirrt durch das Bombardement, welches die Citadelle und die Schiffe im Hafen gegen die Stadt eröffneten. Schon am folgenden Tage, während von allen Seiten Insurgentenbanden die königlichen Truppen umschwärmten, begannen Unterhandlungen. General Lanza, den König Franz als seinen Stellvertreter nach Sicilien geschickt hatte, bequemte sich, mit „Sr. Excellenz General Garibaldi" wie mit seines Gleichen zu verhandeln und einen dreitägigen Waffenstillstand mit ihm abzuschließen: fast im gleichen Augenblicke, wo eine Note Cavour's sein Unternehmen feierlich mißbilligte. Während des Waffenstillstandes erließ Garibaldi eine energische Proclamation: „für Jubel und Hurrahruf haben wir noch Zeit, wenn das Land von Feinden gesäubert ist — wer in diesen drei Tagen nicht an Waffen denkt, ist ein Verräther oder ein Feigling" — —. Am 3. Juni ward der Waffenstillstand verlängert; am 5. kam General Letizia mit Vollmacht zu Unterhandlungen von Neapel zurück und am 6. wurde die Capitulation unterzeichnet, welche die erste Stadt Siciliens an Garibaldi übergab, der sofort eine Regierung einsetzte, eine Reihe von Decreten zur militärischen Organisation der Insel erließ und Bevollmächtigte nach Paris und London schickte. Die sofortige Vereinigung mit Piemont, welche der Gemeinderath von Palermo beantragte, lehnte er ab: dazu sei noch nicht die Zeit gekommen; am 25. verbannte ein Decret die Jesuiten und zog ihr Eigenthum für den Staat ein. Die königlichen Truppen zogen aus ihren Garnisonen ab und concentrirten sich bei Messina. Auch die neapolitanische Flotte hatte keine größeren Thaten aufzuweisen, als daß sie zwei Schiffe mit Freiwilligen aufgegriffen hatte.

Jetzt erst entschloß man sich in Neapel zu dem Schritte, der mindestens ein Jahr früher hätte geschehen müssen. Ein Decret von Por-

tici vom 25. Juni verkündete eine vollständige Amnestie, Einsetzung eines liberalen Ministeriums, das in kürzester Frist eine Verfassung auf nationaler Grundlage ausarbeiten werde, Einverständniß mit Sardinien, Annahme der italienischen Farben. Dementgegen erließ den folgenden Tag das geheime revolutionäre Comité in Neapel ein Decret, in welchem es bis auf Weiteres Ruhe und Vermeidung jedes Zusammenstoßes mit den Agenten der Regierung verordnete: jede Concession von dieser Seite sei aber mit Verachtung abzuweisen. Beides half nichts; schon am 28., während das neue Ministerium Spinelli die Geschäfte antrat, und vom Schloß die italienische Tricolore wehte, mußte der Belagerungszustand über die Hauptstadt verhängt werden.

Die Regierung hatte Eile: am 1. Juli stellte der König, statt eine neue Verfassung ausarbeiten zu lassen, die vom 10. Februar 1848 wieder her. Am 15. ging der König selbst in die Kasernen und nahm den Truppen den Eid auf die Verfassung ab: es war derselbe Tag, an welchem in Palermo das Fest der heiligen Rosalia unter Garibaldi's Auspicien abgehalten wurde. Um Neapel stand ein Heer von etwa 80,000 Mann, mit Allem wohlversehen; gleichwohl glaubte Niemand mehr an die Fortdauer der Dynastie oder an ernstlichen Widerstand; an allen Schaufenstern sah man die Bilder Victor Emanuel's, Garibaldi's und, was der Klugheit der Italiener Ehre machte, Napoleon's.

Keine europäische Intervention wagte sich an den großen Feuerherd heran, dessen Flammen, von dem geheimen Comité geschürt, um den bourbonischen Thron züngelten. Vergebens versuchte die Regierung Victor Emanuel's, die auch abgesehen davon, daß sie dem legitimistischen oder halblegitimistischen Europa ihren guten Willen beweisen sollte, gute Gründe hierzu hatte, Garibaldi in's Schwert zu fallen. Die Aufforderung, welche ein Ordonnanzofficier des Königs ihm überbrachte (27. Juli), das Festland von Neapel nicht anzugreifen, wies der siegreiche Freischaarenführer zurück: „ich werde von der Bevölkerung Neapels gerufen und vorwärts gedrängt; erlauben mir Ew. Majestät daher, dießmal nicht zu gehorchen" war seine Antwort: und heimlich that doch die piemontesische Regierung was sie konnte, um sein Unternehmen zu unterstützen, mit welchem ganz Italien sympathisirte. Der weitere Einsturz der alten Ordnung ging wie von selbst von Statten: am 28. capitulirte Messina, und während 12,000 Mann der Königlichen nach dem Festland hinübergeschafft wurden, bezogen ihrer 6000 die Citadelle. Was in Neapel geschah, äußerte keinerlei Wirkung: jeder Befehl blieb kraftlos am Boden liegen; das Ministerium sprach zur Bevölkerung, verkündete sein Programm (4. August), Niemand hörte zu, und der Antrag auf ein Bündniß mit Sardinien wurde jetzt von der turiner Regierung abgelehnt, obgleich die neapo-

litanischen Abgesandten sogar Vollmacht hatten, Mitwirkung zu einem Befreiungskriege gegen Oestreich und das Vicariat der Romagna für den König Victor Emanuel anzubieten, wogegen dann König Franz dasjenige von Umbrien und den Marken erhalten würde. Alle Welt debattirte nur die Eine Frage, wo Garibaldi landen würde; darüber vergaß man alles Uebrige. Nur vergebens suchte die Regierung der beginnenden Auflösung zu steuern, sie mußte die Wahlen zur Kammer — jetzt der letzte Strohhalm, nach welchem der Despotismus griff, indem die Wellen ihn verschlangen — auf Ende September vertagen. Allerlei Rathschläge wurden nun, wie es zu geschehen pflegt, wenn guter Rath nicht mehr zu haben ist, herbeigebracht. Der Oheim des Königs, der Graf von Syrakus, forderte den König zur Abdankung auf, „um wenigstens unser Haus vor den Verwünschungen Italiens zu retten", — was in jedem Falle zu spät war; von einer andern Seite her empfahl sich der Prinz Lucian Murat, ein Enkel des ehemaligen Königs Joachim, im Falle das neapolitanische Volk um einen Throncandidaten, „ein Unterpfand der Unabhängigkeit und der Wohlfahrt", verlegen sein sollte, — auch von nahe bevorstehender Intervention der europäischen Mächte hörte man, über welche in der That lebhaft verhandelt wurde. Währenddessen traf Garibaldi seine Maßregeln, um über die Meerenge zu gehen. Am 6. August kündigte er sich in einer Proclamation den Bevölkerungen des Festlandes an; am 19. glückte es, 5000 Mann auf zwei Dampfern in der Nähe von Reggio zu landen, mit denen Garibaldi sofort den Weg in die Berge einschlug, um die königlichen Truppen irre zu führen. Die Kraft des Widerstandes war bereits gebrochen. Am 21. fiel Reggio, am 23. ergaben sich zwei königliche Brigaden mit allem Heergeräthe; am 29. löste sich das Lager des Generals Vial bei Garibaldi's Annäherung von selber auf und die Soldaten verliefen sich in ihre Heimathsorte. Der Rest der Königlichen stand bei Salerno; aber den Gedanken, dort, noch südwärts Neapel dem „rothen Teufel" eine Schlacht zu liefern, mußte man aufgeben, und am 1. September brach Garibaldi von Cosenza auf, um, wie er der Municipalität von Neapel geschrieben, am 7. oder 8. dort einzutreffen. Es geschah so; der König räumte seine Hauptstadt, damit der Parteigänger einziehe. Am 6. nahm Franz II., das wenig schuldige Opfer der Sünden seiner Väter, in einer würdigen Proclamation und unter Hinterlassung eines Protestes Abschied; am 7. zog Garibaldi, er allein, seinen Schaaren voraus, in Neapel ein. Er übernahm auch hier die Dictatur im Namen des Königs von Italien: „jetzt vereint", sprach er zu der ihn umdrängenden Menschenmasse, „können wir Alles wagen und unser Geschick erfüllen." Er war also noch lange nicht am Ziele seines Wagens; deutlicher noch sprach er am 11. in

einer Proclamation an die Palermitaner, daß der Anschluß an das Reich des „König-Ehrenmannes“ — so bezeichnete er Victor Emanuel, den er in der That mehr als Ehrenmann denn als König respectirte — nicht sogleich, sondern erst von der Höhe des Quirinals herab ausgerufen werden werde. Und so wenig wie hier in Neapel würde er auf der Höhe des Quirinals Halt gemacht haben.

Eine Situation wie diese war niemals dagewesen. Siegreich ohne Schlacht, nicht wie ein Feldherr, sondern fast wie ein einfacher Reisender erreichte dieser Mann, in welchem das Gespenst der Revolution Fleisch und Blut angenommen zu haben schien, Station um Station, und ein Gericht ohne Gleichen erging hier über die despotische Regierungsform, für welche in der Stunde der Entscheidung fast kein Arm sich waffnete. Es war keine Entschuldigung, sondern erschwerte nur die Anklage, wenn die conservative und ultramontane Presse die Hauptursache des Gelingens von Garibaldi's Unternehmung in dem Verrathe der Generale und hohen Beamten fand: welch ein Staat mußte es sein, in welchem eine solche „Felonie und Flucht“ möglich war! Wer konnte diesem Gerichte Einhalt thun? Es war an dem, daß man froh sein mußte, wenn jetzt die sardinische Regierung einschritt und ihre Autorität an der Stelle aufrichtete, wo der Thron von Neapel gestanden, und wo jetzt der Freischaarenhäuptling seine Dictatur übte, — derselbe, den die östreichischen Journale der Welt als einen gewöhnlichen Räuberhauptmann geschildert hatten, weil er im Jahre 1849 ganz sicher von den östreichischen Truppen als solcher behandelt worden wäre, wenn sie ihn hätten fangen können. Für die sardinische Regierung lag unzweifelhaft jetzt die Nothwendigkeit vor, zu handeln und mit Entschlossenheit das Werk, das vor kaum zwei Jahren begonnen war, mit eigener Verantwortung hinauszuführen. Die wohlerwogenen, wohlvorbereiteten Pläne Cavour's waren weit überholt, er mußte alles Ernstes jetzt die Leitung der von Garibaldi begonnenen, von ihm erst zugelassenen, dann insgeheim, dann mittelbar, zuletzt unmittelbar und offen unterstützten Revolution im Namen des Königs übernehmen, wenn diese königliche Autorität und Regierung überhaupt noch etwas bedeuten sollte. Die Gefahr, sich dabei mit dem übrigen Europa zu verfeinden, war die geringere, so böse Miene man auch an den Höfen machte. Es war die einzige englische Regierung, welche damals das kostbare Vorrecht besaß, die Politik mit dem Maßstabe des gesunden Menschenverstandes und des gesunden sittlichen Urtheils zu messen und dieses Urtheil auch mit dürren Worten auszusprechen: daß nämlich gekrönte Häupter, Könige und Päpste ebenso gut wie andere Menschen die Folgen ihrer Fehler und Thorheiten sich selbst zuzuschreiben haben, und daß weiter kein Grund vorhanden sei, sich zu exaltiren,

wenn dieß jetzt in Italien geschah. Dagegen äußerten alle übrigen Regierungen mehr oder weniger laut und mehr oder weniger aufrichtig ihre sittliche Entrüstung über die höchst schauderhaften Dinge, welche sich in Italien begaben. Die Gesandten von Oestreich, Rußland und Preußen folgten wie der päpstliche Nuntius dem König Franz nach der Festung Gaëta, und selbst Frankreich drohte zu Turin mit Abbruch seiner diplomatischen Beziehungen, im Falle die Truppen des Königs von Sardinien den Kirchenstaat angreifen würden.

Dieß war gleichwohl nicht mehr abzuwenden. Das alte Patrimonium Petri, die Provinzen Rom, Civita vecchia, Comarca und Viterbo schützten die Franzosen; ausdrücklich diese nannte der französische General seinen Officieren, bezüglich der übrigen war der Papst auf seine eigenen Waffen angewiesen. Von diesen waren die geistlichen im Laufe der Jahrhunderte etwas stumpf geworden; in Italien erregte ihre Anwendung so gut wie gar keine Wirkung, außerhalb Italiens Kummer und ohnmächtige Wuth bei den Einen, Gelächter oder Langeweile bei den Anderen. Mit den weltlichen stand es wenig besser. Was der Papst von eigenen Truppen besaß, befand sich, von freiwilligen Glaubenseifrigen und Abenteurern aus aller Herren Länder verstärkt, seit April unter dem Oberbefehle des französischen Generals Lamoricière, für welchen augenblicklich im kaiserlichen Frankreich keine Verwendung war und den mehr die Langeweile und der Wunsch, eine Rolle zu spielen, als Frömmigkeit und wirklicher Glaubenseifer zur Uebernahme der wenig hoffnungsreichen Aufgabe trieb.*) Im September ergriff nun der Abfall auch die Marken und Umbrien: Deputationen gingen nach Turin, um den Schutz des Königs Victor Emanuel zu erbitten. Die italienische Regierung hatte bereits anfangs September zwei Armeecorps an der Gränze des Kirchenstaates concentrirt, und eine Note Cavour's an Antonelli verlangte nun (7. September) in gebieterischem Tone „im Namen der Rechte der Humanität" die sofortige Entwaffnung und Auflösung der fremden Söldnercorps, welche eine Drohung für die Ruhe Italiens seien. Dieses Ultimatum war bestimmt, den Zusammenstoß herbeizuführen, den die italienische Regierung jetzt brauchte: am 11. erfolgte eine grobe Abweisung durch den Cardinal-Staatssecretär: am gleichen Tage rückten die piemontesischen Truppen unter den Generalen Fanti und Cialdini in die päpstlichen Provinzen ein. Der Kaiser Napoleon vollführte nun jene seine Drohung und rief seinen Gesandten von Turin ab (14. September). Währenddessen besetzten die italienischen Truppen eine Stadt nach der andern und Admiral Persano erschien mit der piemontesischen Flotte vor Ancona.

---

*) Sein Charakterbild bei Taxile Delord II, 652 f.

Bei Castelfidardo, einige Meilen südlich von dieser Stadt, kam es am 18. zwischen den Königlichen unter Cialdini und den Päpstlichen unter Lamoricière zum Kampfe. Nach heftigem Gefechte gaben sich die päpstlichen Truppen gefangen oder lösten sich auf, Lamoricière schlug sich nach Ancona durch, das, nun auch von der Landseite eingeschlossen, am 29. sich an den italienischen General Fanti ergab.

Unterdessen setzte Garibaldi, neben Sardinien und den Trümmerstücken der östreichischen Herrschaft die dritte Macht in Italien, seine Operationen selbstständig fort. Er wollte, obgleich er die neapolitanische Flotte dem piemontesischen Admiral übergab, noch immer nichts von der Verkündigung des Anschlusses an Piemont wissen; sie würde ihm die Hände gebunden haben. Am 19. rief er von Neuem seine Freiwilligen zum Zuge gegen Rom und gegen Venetien auf: „unser Sieg ist unvollständig", rief er ihnen in einer Sprache zu, die man nicht Jedem verziehen hätte — „Italien ist noch nicht vollständig frei; wir sind noch fern von den Alpen, unserm Endziele — — kommt herbei zum allgemeinen Sammelplatze dieser Armee, welche die bewaffnete Nation sein muß, um Italien einig und frei zu machen, möge dieß den Mächtigen der Erde gefallen oder nicht —." Eine überaus gefährliche Krisis — gefährlich für das junge Reich Italien, das noch lange nicht im Hafen war — trat ein. Die Vertreter der wirklichen Revolution, Mazzini, der armselige Ledru-Rollin und Andere drängten sich in Neapel um den ehrlichen Garibaldi: es schien einen Augenblick, als solle es hier mit der Republik — und vermuthlich gleich mit der allgemeinen — versucht werden. Indeß Patriotismus und gesunder Menschenverstand siegten und es wurde in Garibaldi's Kriegsrath beschlossen, die Mitwirkung der sardinischen Truppen abzuwarten, ehe man die letzte und stärkste Position des entthronten Königs von Neapel, die Festungen Capua und Gaëta, angreife. Am 25. überschritt Cialdini die neapolitanische Gränze und am 29. übernahm Victor Emanuel selbst den Oberbefehl über die Armee: er verstand es am besten, mit dem Eigensinne Garibaldi's fertig zu werden, — seinem „Büffelkopfe", wie auch Solche ihn nannten, die daneben seinem „Herzen von Gold" alle Gerechtigkeit widerfahren ließen. An dem Kampfe, der am 1. October am Volturno zwischen den Neapolitanern Franz' II. und Garibaldi entbrannte, nahm bereits eine Abtheilung der königlich sardinischen Truppen Theil.

Die kriegerischen Ereignisse näherten sich ihrem Schlusse. Der Rest der neapolitanischen Armee rettete seine Waffenehre. Capua ergab sich erst am 2. November mit 11,000 Mann; 20,000 mit 36 Kanonen traten am 5. auf römisches Gebiet über; der Rest warf sich nach Gaëta, das, von der Seeseite her durch eine französische Flotte geschützt, sich

noch lange hielt. Erst am 19. Januar 1861 segelte diese ab und überließ Franz II. und seine tapfere Gemahlin ihrem Schicksal: die Letztere, eine bairische Prinzessin, hatte rühmlich ihre Pflichten erfüllt, die Spitäler besucht, Verwundete gepflegt und Besseres verdient, als von legitimistischen Dichterlingen als „Heldin von Gaëta" besungen zu werden. Am 13. Februar capitulirte die Festung und Franz II. begab sich nach Rom, wo ihn wie den Papst die französische Fahne schützte. Einen Monat später capitulirte Messina: am 21. März das von Gensdarmen und Briganten vertheidigte Felsennest Civitella del Tronto in den Abruzzen.

Unterdessen hatte sich in sämmtlichen Gebieten, allen Noten und Protesten zum Trotz, der Anschluß ruhig vollzogen. Am 2. October 1860 war das sardinische Parlament zusammengetreten, vor welchem Cavour die Politik der Regierung rechtfertigte. Die Aera der Revolution, sagte er, müsse sich jetzt schließen. Die venetianische und die römische Frage, die letztere nur durch moralische Kräfte lösbar, seien der Zukunft anheimgegeben; man müsse eilen, in die regelmäßigen Bahnen gesetzlicher Regierung einzulenken; Revolution und constitutionelles Regiment könnten in Italien nicht länger nebeneinander bestehen. Am 11. nahm das Parlament das Annexionsgesetz für die Provinzen Mittel- und Süditaliens an. Die Volksabstimmungen, welche am 21. October in Sicilien und Neapel, am 4. und 5. November in Umbrien und den Marken stattfanden, sprachen sich fast einstimmig für den Anschluß aus. So war, noch ehe das Jahr zu Ende ging, ein Königreich Italien mit 22 Millionen Menschen fertig, dem nur noch Rom und Venetien fehlte. Das Eine war von den französischen, das Andere von den östreichischen Bajonetten gehütet; über die Gesinnung der Bevölkerungen konnte kein Zweifel sein; aber ein Angriff auf zwei Großmächte zugleich wäre eine Thorheit und ein Verbrechen gewesen, an welches eine Regierung mit wirklicher Verantwortung auch nicht einmal denken durfte, da man damit tollkühn alle die über Erwarten großen Erfolge dieses wunderbaren Jahres aufs Spiel gesetzt hätte. Auch Garibaldi fügte sich. Nachdem er am 7. November an der Seite Victor Emanuel's in Neapel eingezogen, nahm er einen vorläufigen Abschied von seinen Waffengefährten und schiffte sich nach der Insel Caprera, einem der kleinen Eilande im NO. der Insel Sardinien, ein, wo er eine kleine Besitzung hatte. Am einfachen Herde ruhte er von seinen Thaten aus, deren Ruf und Wirkung die Welt erfüllte.

Alles Dieß war geschehen, ohne daß von irgend einer Seite ernstlicher Widerstand geleistet worden wäre. Wo waren die Zeiten hin, in denen die Ausrufung einer Constitution, ein Soldatenaufstand, ein Regierungswechsel im liberalen Sinne sofort die Heere der Großmächte

unter die Waffen gerufen hatte? Eine legitime Regierung, eine uralte Dynastie hatte ihre Sache mit einer Bewegung verkettet, die, langsam gereift, ihr Recht in sich selber trug; Diplomatie und Revolution, Cavour und Garibaldi, hatten zusammengewirkt und hatten sich trotz zahlreicher Reibungen doch in der Hauptsache gut verstanden; die ungeheuren Gefahren, welche in dieser Verbindung lagen, waren glücklich vermieden worden: das neue Reich war gegründet. Die definitive Sanction, so hätte es scheinen sollen, konnten die Neuerungen des Jahres 1860 nur auf einem europäischen Congresse finden und wiederholt war von einem solchen die Rede. Allein ein solcher Congreß erwies sich als unmöglich. Er hätte schließlich doch nicht umhin gekonnt, das als zu Recht bestehend anzuerkennen, was die europäischen Höfe, selbst die am meisten vorurtheilsfreien, vorläufig höchstens als Thatsache sich gefallen lassen wollten. Man mußte erst die Zeit wirken lassen, die Vieles erträglich macht, und es einstweilen den einzelnen Staaten überlassen, wie sie sich zu den Ereignissen stellen wollten und konnten.

Am klarsten war die Stellung zwischen Oestreich und Italien. Der Kampf war hier nur vertagt, so lange Venetien noch in östreichischen Händen war. Niemand in Europa machte sich hierüber eine Täuschung, Niemand suchte es zu verschleiern. Von einer gegenseitigen diplomatischen Vertretung der beiden Staaten war längst keine Rede mehr. Eine Anzahl anderer Staaten folgte diesem Beispiel: Spanien hatte seinen Gesandten von Turin abgerufen, als im October die piemontesischen Truppen in Umbrien einrückten, Baiern that dasselbe im December. Beides war zu ertragen; indeß auch Rußland that so (10. October) und einige Tage später am 13. erwiderte die preußische Regierung das sardinische Memorandum vom 12. September mit einer Note, in welcher der Minister des Auswärtigen, von Schleinitz, dessen italienische Politik übrigens für das was sie nicht that, alles Lobes werth war, der italienischen Regierung ihre Sünden vorhielt: die preußische Regierung glaube nur eine gebieterische Pflicht zu erfüllen, indem sie „bezüglich dieser Grundsätze und ihrer Anwendung ihre ausdrücklichste und formellste Mißbilligung ausspreche." Dementgegen erklärte am 27. October die englische Regierung in einer Note, deren schlichte Verständigkeit den besten Eindruck macht gegenüber dem geschraubten und mehr oder weniger unwahrhaftigen Charakter der übrigen, sie könne das Betragen der sardinischen Regierung so entsetzlich nicht finden; der etwas umständliche aber ehrliche Lord John Russell, ein sehr guter Freund Italiens, schlug in seinem Vattel nach und fand in diesem geschätzten Lehrbuch des Völkerrechts: „wenn ein Volk aus guten Gründen gegen einen Unterdrücker zu den Waffen greife, so sei es nur eine That der Gerechtigkeit und des Edelmuthes, braven Män-

nern in der Vertheidigung ihrer Freiheiten beizustehen"; das aber, meinte Lord John Russell, könne die englische Regierung nicht behaupten, daß das Volk von Süditalien keine guten Gründe gehabt hätte sich gegen seine früheren Autoritäten aufzulehnen. So erkannte denn England am 30. März 1861 das Königreich Italien förmlich an. Am 15. Juni erfolgte die Anerkennung von Seiten Frankreichs. Von Seiten der nordischen Mächte wurde am 23. October 1860 auf einer Zusammenkunft der beiden Kaiser und des Prinz-Regenten von Preußen zu Warschau über die Angelegenheit verhandelt. Eine gemeinsame Behandlung auf einem Congresse zeigte sich aussichtslos und da die italienische Regierung vernünftig genug war, die römische und die venetianische Frage einstweilen ruhen zu lassen, so war bald von jeder mittelbaren oder unmittelbaren Intervention nicht mehr die Rede. Bald zeigte sich in unzweideutigen Symptomen die Wirkung, welche die italienischen Ereignisse auf Deutschland ausübten. Am 6. Februar 1861 nahm die erste politische Körperschaft Deutschlands, das preußische Abgeordnetenhaus, den sehr zeit- und sachgemäßen Antrag an, welchen der Führer der Liberalen, Freiherr von Vincke, gestellt hatte — der Antwortsadresse auf die Thronrede des Regenten die Stelle einzufügen: „der fortschreitenden Consolidirung Italiens entgegen zu treten, erachten wir weder im preußischen noch im deutschen Interesse" und als erst einiges Gras über die Stätte gewachsen war, wo die umgestürzten Throne gestanden hatten, fanden sich in Turin, Einer nach dem Andern, auch wieder die Gesandten ein. Bis Mitte des Jahres 1862 war das Königreich Italien von Rußland und von Preußen, sowie von den übrigen europäischen Staaten mit Ausnahme von Oestreich, Spanien und Rom anerkannt. Die Hoffnung, daß dem werdenden italienischen Einheitsstaate von Seiten der europäischen Großmächte oder eines Theiles derselben ein Halt zugerufen werden werde, verschwand mithin ebenso wie die, welche man auf die Ueberstürzung der Revolution gesetzt hatte. Gleichwohl war das neue Königreich in einer überaus schwierigen Lage. Sein Todfeind Oestreich hatte noch eine gewaltige Stellung im Lande; fast lästiger aber als diese Stellung des Feindes empfand man für den Augenblick die der Freunde, der Franzosen, an welche man mit Ketten gebunden war, die deßwegen nicht minder drückend waren, weil die Dankbarkeit für eine erwiesene Wohlthat sie zu tragen nöthigte; einen aufrichtigen Freund hatte der junge Staat bis jetzt nur an England, das sich aber längst abgewöhnt hatte, für seine Freunde sich in Ungelegenheiten zu stürzen. So lange Rom und Venetien fehlten, hatte man nicht die für einen Staat nothwendige Empfindung der Sicherheit: man lebte vom Tage zum Tage ohne Gewißheit, was der folgende bringen würde und der Titel, welchen am 14. März 1861 Victor Emanuel

nach dem Beschluß beider Kammern annahm, „König von Italien“ entbehrte noch der vollen Wahrheit. Inneres und Aeußeres aber griffen hier auf verhängnißvolle Weise ineinander. Man stand in dem peinlichen Dilemma, daß, so lange im Innern nicht geordnete Zustände hergestellt waren, man gegen außen sich schwach und unselbstständig fühlte; und umgekehrt: so lange man noch so völlig vom Auslande abhängig war, war es unmöglich, zu geordneten Zuständen im Innern zu gelangen.

Es verdient bemerkt zu werden, daß die Anhänger der gestürzten Dynastien doch nur in geringem Grade zu den Schwierigkeiten der Regierung beitrugen. Sie waren in den Kreisen, von denen die Volksstimmung ihre Richtung erhält, zu gering an Zahl, um etwas wie eine wirkliche politische Partei bilden zu können. Wenngleich in Folge der so vollständigen Umwandlung aller Verhältnisse da und dort mancherlei Unzufriedenheit sich zeigte, so trat doch nirgends, weder im Parlament noch sonst, eine organisirte Opposition zu Tage, welche sich die Zurückführung der früheren Zustände zur Aufgabe gesetzt hätte. Der Protest gegen das neue Königreich kleidete sich in eine Form, welche für die gestürzten Autoritäten wenig schmeichelhaft war. Das Räuberwesen, welches in dem Gebirgslande des mittleren Apennins stets florirt hatte, von den Regierungen gelegentlich in Dienst genommen, meist geduldet, niemals unterdrückt worden war, gewann jetzt eine Art politischen Ranges, indem es die vertriebene neapolitanische Dynastie, den Papst zu Rom und die Gottlosigkeit der piemontesischen Regierung, die ja aus lauter Gebannten bestand, zum Vorwande nahm. Unmittelbare Unterstützungen erhielten diese verzweifelten Verbündeten durch den in Rom weilenden König Franz von Neapel, mittelbare von der päpstlichen Regierung selbst, indem sie, auf neapolitanischem Boden geschlagen und zersprengt, jenseits der nahen römischen Gränze ein Asyl fanden, wo sie sich von Neuem sammeln konnten. Jahrelang hatte die italienische Regierung mit diesem Unheil, dem Erzeugniß des Bodens und Jahrhunderte langer Mißregierung, zu kämpfen. Auch an Verschwörungen, einem andern einheimischen Gewächs dieses Bodens, fehlte es nicht, doch wurden sie nicht ernstlich gefährlich: und fast auffallend darf es genannt werden, daß nach solchen Umwälzungen der Meuchelmord, der in Frankreich beständig auf der Lauer stand, sich nicht an die Person des Königs heranwagte.

Die Verschmelzung der verschiedenen Länder, welche so lange ihre besondere Existenz und Geschichte gehabt, ging verhältnißmäßig leicht von Statten: die Jahrtausende alte gemeinsame Cultur und Sprache erwies sich, von unnatürlichen Schranken befreit, überaus wirksam und auch die parlamentarische Maschinerie arbeitete in dieser Beziehung leicht

und glücklich. Der König selbst war aufrichtig constitutionell gesinnt, als ein ehrlicher und zugleich als ein bequemer Mann, dem es ganz recht war blos König zu sein und seine Minister regieren zu lassen. Am 20. Juni 1861 wurde die Verschmelzung aller Schulden der früheren italienischen Staaten in eine einzige gesammtitalienische Staatsschuld vom Parlamente genehmigt und dieser Theil der Einigkeit Italiens war in stetem und wenig erfreulichem Fortschreiten begriffen; die Deficits, sehr erklärlich übrigens, wo auf den wichtigsten Gebieten Unkraut von vielen Generationen her wucherte und das Nothwendigste verabsäumt war, zählten hier nach Hunderten von Millionen. In Beziehung auf die Verwaltungsorganisation entschied man sich für das französische System, Departements mit Präfekten: manche hätten dem Regionalsystem — Fortbestehen der einzelnen Länder als geschichtlich gegebener Verwaltungseinheiten — den Vorzug gegeben. Die Steuern wurden nicht leichter: besser war, daß am 15. September 1861 eine italienische Industrieausstellung in Florenz, am 11. Januar 1862 eine nationale Schützengesellschaft zu Turin, am 26. Januar die Eisenbahnlinie Bologna-Ferrara eröffnet, im December eine Vorlage betreffs einer Eisenbahn sogar auf der arg vernachlässigten Insel Sardinien genehmigt, am 25. Februar 1863 das letzte Stück der Eisenbahn Neapel-Rom dem Verkehr übergeben wurde. Handelsverträge mit Frankreich, Belgien, England, Rußland zeugten von gesunder Regsamkeit und Ein Kleinod hatte das Land von frühesten Zeiten durch alle Jahrhunderte sich erhalten, — die vortreffliche Verwaltung seiner ruhmreichen Städte, seiner Municipien, deren jede die nationale Eigenthümlichkeit in besonderer und charakteristischer Ausprägung darstellte.

Die große Schwierigkeit für die italienische Regierung bildete fortwährend die römische Frage. Dem päpstlichen Axiom von der Nothwendigkeit der weltlichen Macht und des Territorialbesitzes stellte die italienische Regierung ein anderes entgegen: daß Rom die Hauptstadt Italiens werden müsse. Offen, ohne Umschweif verkündete es Cavour in seiner Rede vom 26. März 1860: Rom ist keine municipale Stadt, sie ist die natürliche Hauptstadt Italiens; ihr, ihr allein müßten und würden sich alle anderen beugen; denn Turin, so sehr es ihn schmerze das zu sagen, könne nicht die Hauptstadt Italiens bleiben. An diesem Programm hielten alle Regierungen fest: als Cavour am 6. Juni 1861 den übermenschlichen Anstrengungen und Aufregungen der letzten Jahre und, sagte man, der Ungeschicklichkeit seiner Aerzte erlegen war, zunächst Ricasoli, an welchem der italienische Gedanke einen nicht minder energischen, weniger gewandten, aber stolzen, schroffen, ernsten Vertreter fand, — dann Rattazzi, der Frankreich genehmer, diesem am 4. März 1862 folgte: „der König“, sagte er (20. März) hat von der Nation

wie von dem Parlamente das Mandat, den Sitz der Regierung in die ewige Stadt zu verlegen; dieß Mandat ist einer Ablehnung nicht fähig", — Farini (9. December 1862), der denselben Anspruch festhielt, wenn er gleich alle Verhandlungen darüber fallen ließ und die inneren Fragen in den Vordergrund rückte.

Das Wort, in welchem er die Lösung der Frage gelegen glaubte, auf den Lippen: „die freie Kirche im freien Staate" war Cavour gestorben. Es war sein staatsmännisches Vermächtniß, und Ricasoli machte in der That den Versuch, sich mit dem Papste selbst über eine Lösung der römischen Frage zu verständigen, „Sie, heiliger Vater" — so schloß sein beredtes Schreiben vom 10. September 1861 — das aber gar nicht auf geradem Wege an seine Adresse gelangen konnte — „können noch einmal das Angesicht der Erde erneuern ... Wenn Sie größer sein wollen als die Könige dieser Erde, so entledigen Sie sich der Kleinigkeit dieses Königthums, welches Sie zu ihresgleichen macht ... Italien verehrt das Oberhaupt der Kirche: — es will katholisch bleiben, aber es will eine freie, unabhängige Nation sein." Er legte den Entwurf einer solchen Vereinbarung vor: Anerkennung der Würde, der Unverletzlichkeit und aller anderen Prärogativen der Souveränetät; volle Freiheit des Verkehrs mit allen Bischöfen und Gläubigen der Welt ohne Einmischung der Regierung; Verzicht der Regierung auf jedes Patronat, jede Betheiligung bei Ernennung der Bischöfe; angemessene Dotation des päpstlichen Stuhls im Vereine mit den übrigen katholischen Mächten. Allein es war nicht mehr noch weniger als ein Wunder, das hier verlangt wurde, keine Macht, die eine eigene Geschichte hat, kann sich mit Einem Schlage auf eine völlig veränderte Grundlage stellen. Der Grundsatz „die freie Kirche im freien Staate" hätte nur dann einen Sinn gehabt, wenn diese Kirche, welche ihr Oberhaupt, ihre Bischöfe, ihre Gläubigen mit tausend Ketten band, einen Keim der Freiheit noch in sich getragen hätte. Das Papstthum und der Papst wie sie wirklich waren, konnten, ohne sich selbst aufzugeben und ohne das Angesicht der Erde zu erneuern, wie der Minister schrieb, auf jene Vorschläge nicht eingehen. Ein Laie verlangt hier Bekehrung eines Priesters, des obersten der Priester: mit Verachtung fertigte das Giornale di Roma vom 22. November diese Ansinnen ab, „in denen der unersättliche Geist des Ehrgeizes und der Habsucht von einer fast beispiellosen Unverschämtheit wie von einer fast ins Lächerliche gehenden Stupidität überboten ist": und was hier eine grobe Mönchshand mit umgekehrtem Federstumpfe schrieb, wurde in etwas feierlicheren und anständigeren Formen bei jeder Gelegenheit wiederholt. Der Papst konnte es nicht über sich gewinnen, den Namen Königreich Italien, italienische Regierung in den Mund zu nehmen; er sprach vom subalpinen König-

reich, subalpinischer Regierung, so oft er genöthigt war, von dem verhaßten Gegenstande zu reden.

Darin änderten auch die Demonstrationen nichts, die sich in Rom selbst bei jeder Gelegenheit, jedem Carneval, jedem Gedenktage eines vaterländischen Ereignisses erneuerten, so wenig als die Petitionen, in denen dann und wann der niedere Clerus seine schüchterne Stimme erhob: es möchte dem heiligen Vater gefallen, auf die weltliche Macht zu verzichten. Da sich der Papst der Lösung der Frage hartnäckig versagte, so war die Regierung in stete Conflicte mit der höheren Geistlichkeit Italiens verwickelt. Indeß ließ sich bei der Gesinnung der herrschenden Klassen und mit der einmüthigen Unterstützung des Parlaments durch nachdrückliche Handhabung der Gesetze mit dieser Opposition fertig werden. Den groben Worten der Bischöfe, welche im Sommer 1862 zu einem Concile, das zum Zweck der Heiligsprechung einer Anzahl von Märtyrern berufen worden, im Vatican versammelt waren und sich die Gelegenheit unmöglich entgehen lassen konnten, auch ihrerseits „die entsetzlichen Verbrechen, welche dieses schöne Land Italien jammervoll verwüstet haben", zu verdammen — diesen und ähnlichen groben Worten hatte man andere, Adressen der Deputirtenkammer und Aehnliches entgegenzusetzen; der niedere Clerus war zum Theil, so weit er konnte, auf Seiten der Regierung, und vermied Conflicte mit ihr: es zeigte sich auch bei dieser Gelegenheit, daß der Romanismus um so kraftloser sei, je näher man seiner Quelle kommt, und daß er sich in der Entfernung großartiger und mächtiger ausnimmt als diesseits der Berge. Weit größere Schwierigkeiten als die clericale Partei und das Banditenwesen machte die Ungeduld der Radicalen und ihres Hauptes Garibaldi, der, so lange Italien nicht ganz sich selbst zurückgegeben sei, kein Gesetz und keinen Vertrag für sich als bindend anerkannte. Als er im November 1860 von seinen Waffengefährten Abschied nahm, hatte er mit Nachdruck erklärt, daß er sich nur auf kurze Zeit zurückziehe: „für wenige Tage" sagte er, und er hatte davon gesprochen, daß der März 1861 eine Million Italiener unter den Waffen finden müsse. Einen Augenblick schien es, als wolle er diese Million auf dem regelmäßigen Wege zusammenbringen: er erschien im Parlament, um ein Gesetz über allgemeine Volksbewaffnung vorzuschlagen und das ganze Jahr 1861 hindurch hielt er sich ruhig. Cavour, auch Ricasoli wußten diesen unruhigen Geist zu bannen; allein als der Letztere, wie man glaubte unter dem Einflusse des Kaisers Napoleon, welchen Garibaldi als den Mann des 2. Decembers, als Denjenigen, der seine Vaterstadt Nizza von Italien abgerissen, und aus hundert anderen Gründen haßte, zurücktrat und Rattazzi, der Mann der Worte, der Franzosenfreundliche, an seine Stelle kam — als die Zeit verstrich und nichts

geschah, um sein besonderes Programm zu verwirklichen: da gewann es die eigene Ungeduld und die revolutionäre Partei, welche Priester, Könige und Soldaten als die einzigen Hindernisse für den Sieg der Freiheit ansah, und die das Talent und den guten Namen Garibaldi's für ihre Zwecke ausbeuten wollte, über ihn. Es war das Verhängniß des großen italienischen Patrioten, daß er gegen diese Schmeichler weniger fest war, als gegen Kugel und Bajonet der Feinde.

Er geberdete sich der regelmäßigen Regierung des Landes gegenüber als eine selbstständige Macht, und das Treiben der Freiwilligen, das sich mit seinem Namen deckte, nöthigte jene zu ernstlichem Einschreiten. Im Juni 1862 ging er nach Sicilien und setzte die Regierung durch eine fulminante Rede, die er zu Palermo gegen den Kaiser Napoleon hielt, in Verlegenheit. Der Präfekt von Palermo, der diese Rede ruhig mit angehört hatte, wurde abgesetzt; Garibaldi aber setzte seine Rundreise auf Sicilien, die Actionspartei ihre heimlichen, aber Jedermann bekannten Werbungen fort. Am 1. August erhob er offen die Fahne. Im Walde von Ficuzza, südlich von Palermo, hielt er Musterung über 800 Freiwillige. Die Mehrzahl der bewährten Officiere aber, die ihn auf seinem Zuge im Jahre 1860 unterstützt hatten, versagten sich dießmal dem Abenteuer, das der Befreiung Roms galt, also seine Spitze gegen die Franzosen kehrte. Am 7. setzte er sich gegen Osten, auf Messina oder Catania in Marsch. Die Regierung hatte im Parlament erklärt, daß Garibaldi, wenn er die gesetzlichen Schranken überschreite, gleich jedem Anderen dem allgemeinen Gesetze verfalle. Sie schickte den Generalen Cugia in Sicilien und Lamarmora in Neapel außerordentliche Vollmachten. Wiederum täuschte Garibaldi durch einen seiner Märsche die königlichen Truppen, rückte am 19. in Catania ein und während sein Sohn Menotti einen Scheinangriff auf Messina machte, vollführte er selbst mit einem Theile seiner Freiwilligen die Ueberfahrt und landete in Calabrien beim Cap Spartivento. Aber dießmal war das Unternehmen aussichtslos. In Sicilien wie in Neapel ward der Kriegszustand verkündet, die Truppen und die Flotte setzten sich in Bewegung: Garibaldi, auf den Angriff gegen Reggio verzichtend, schlug sich in die Berge und hier bei Aspromonte ward er nach kurzem Gefechte, in dem er selbst verwundet wurde, gefangen; dem Obersten Pallavicino war diese wenig beneidenswerthe Aufgabe zugefallen. Die Strafe war mild: schon am 5. October setzte ein königliches Decret ihn und seine Genossen in Amnestie, welche nur Denen, die aus dem königlichen Dienste in Heer und Flotte desertirt waren, nicht zu Gute kam.

Die Verwundung des großen Volkshelden durch eine „königliche Musketenkugel“ gab Anlaß zu vieler Declamation, und Mazzini ver-

säumte nicht, in einem seiner bombastischen Manifeste zu verkünden, daß seine Partei nun zu ihrem alten republikanischen Schlachtrufe zurückkehre. Die Regierung aber glaubte, nachdem sie ein neues Unterpfand ihrer Stärke gegenüber der Revolution gegeben, nunmehr in der römischen Frage einen Schritt weiter zu kommen. Eine Circularnote Durando's erklärte sich über die jüngsten Ereignisse: „das Gesetz hat gesiegt, allein das Losungswort der Freiwilligen war der Ausdruck eines Bedürfnisses, das lauter als je sich geltend macht: die gesammte Nation verlangt nach ihrer Hauptstadt —": was Napoleon mit einer Modifikation seines Ministeriums in einem Italien unfreundlichen Sinne beantwortete. Indeß trat das italienische Ministerium, nachdem das Parlament im November wieder zusammengetreten war, ab (1. December) und die neue Regierung, an deren Spitze Farini, bezeichnete es als ihre Aufgabe, die inneren Angelegenheiten zu regeln, die Kräfte des Landes zu entwickeln, wie der Minister des Auswärtigen, Pasolini, in seinem Circular vom 26. December sagte, „ohne auf irgend eines der Prinzipien zu verzichten, welche für die Erhaltung unserer nationalen Geschicke maßgebend sind." Die römische Frage ruhte einstweilen; der Minister erklärte dem französischen Gesandten, daß er vorläufig nicht in der Lage sei, in dieser Sache irgend welche Vorschläge zu machen.

Es blieb nichts Anderes übrig, als sich in Geduld zu fassen. Ueber Erwarten war in kurzen Jahren ein Werk gelungen, das doch die kühnsten Träume weit übertraf. Man mochte ferner dem Sterne Italiens vertrauen, der so glänzend aus dunkelstem Gewölk hervorgetreten war: und am Ende des Jahres 1863, das für Italien ohne weitere Ereignisse verlief, stieg in der That in weiter Ferne am europäischen Horizonte eine kleine Wolke auf, die in ihrem Schooße große Stürme barg und bald eine Lage herbeiführte, welche Italien den uneigennützigen Verbündeten verschaffte, dessen es bedurfte, um in den ersehnten Hafen zu gelangen.

2. Spanien und Portugal.

Während Italien so zu neuem Leben erwachte, und das weitverbreitete Vorurtheil, als sei die weltgeschichtliche Rolle des romanischen Stammes schon ausgespielt, in so glänzender Weise widerlegte, lebte Spanien in gewohnter Weise dahin. Doch ward auch hier das Einerlei der Hofcabalen, der Ministerwechsel, der Localaufstände durch kriegerische Ereignisse eine Zeitlang unterbrochen. Ein Thronwechsel in dem afrikanischen Nachbarlande Marokko, wo im August 1859 der Sultan Abd-Errhaman starb und sein Nachfolger Sidi-Mahomed gegen Thronprätendenten sich zu wehren hatte, veranlaßte räuberische An-

griffe maroccanischer Truppen auf spanisches und algierisch-französisches Gebiet, und gab so dem spanischen Schwerte die nicht unwillkommene Gelegenheit, noch einmal seine Kraft an dem alten Gegner, der muhamedanischen Welt, zu erproben.

Am 24. October 1859 erklärte Spanien den Krieg an Marokko, und am 18. November landete sein Heer an der afrikanischen Küste. Marokko ist ein Barbarenreich, an Gebietsumfang der pyrenäischen Halbinsel ungefähr gleich. Etwa 8½ Millionen bevölkern seinen Boden, fast zu gleichen Theilen Eingeborene oder Berbern und eingewanderte muhamedanische Araber sowie Mauren, mit welchem letzteren Namen man die Mischlinge aus Arabern und Berbern bezeichnet. Rohheit und Unwissenheit, blinder Christenhaß und blinde Verachtung anderer Völker kennzeichnen das Barbarenthum, das dem fruchtbaren Boden, meist Gebirg und Hochebene, nur das Unentbehrliche abzugewinnen versteht, jedoch einen nicht unbedeutenden Handel — Küstenhandel und Karawanenhandel nach dem innern Afrika — betreibt. Die spanische Regierung glaubte in einem Rundschreiben vom 29. October den europäischen Regierungen die beruhigende Zusicherung geben zu müssen, daß sie nicht die Absicht hege, irgend welchen Punkt der afrikanischen Küsten dauernd zu besetzen; doch hörte man in diesem Jahre noch nichts von besonderen spanischen Kriegsthaten, da die Cholera und die schlechten Straßen keine raschen Fortschritte gestatteten. Erst am 4. Februar des folgenden Jahres erfochten die Spanier, von Ceuta südwärts gegen Tetuan vorrückend, in der Nähe der letzteren Stadt einen Sieg, der ihrem Befehlshaber O'Donnell den Herzogstitel verschaffte. Die Friedensunterhandlungen, welche diesem Schlage folgten, führten zu keinem Ergebniß. Erst eine nochmalige Niederlage am 23. März belehrte die Marokkaner über ihre Ohnmacht einem europäischen Heere gegenüber, und zwang sie zu einem Waffenstillstande, welchem am 26. April 1860 der Friede von Tetuan folgte. Ein kleiner Gebietstheil ward abgetreten, den spanischen Missionären ward gestattet, ihre unfruchtbare Thätigkeit im ganzen marokkanischen Reiche auszuüben und eine Kriegskostenentschädigung von 400 Millionen Realen wurde bezahlt, welche Spanien nicht reicher machte.

Unterdessen hatte ein spanischer Officier, welcher auf den balearischen Inseln befehligte, Ortega, die Abwesenheit des spanischen Heeres zu einer Schilderhebung für Spaniens legitimen König, den sie in der Sprache gewöhnlicher Menschen den Grafen Carlos Louis von Montemolin nannten, den Sohn von Ferdinand's VII. Bruder, benutzt. Am 1. April hatte sich Ortega mit 3000 Mann seiner Garnison eingeschifft; als diese Truppen aber, bei Tortosa gelandet, erfuhren, um was es sich handle, weigerten sie ihrem Führer den Gehorsam. Ortega

ward verhaftet und am 22. April erschossen. Auch der Graf und sein Bruder wurden gefangen. Sie zögerten nicht, von dem Mittel Gebrauch zu machen, welches ihnen das Leben retten konnte: der Prätendent gab am 23. die Erklärung ab, daß er die Königin Isabella als rechtmäßige Thronerbin anerkenne. Die Beiden wurden in Freiheit gesetzt und verließen das Land; ein dritter Bruder aber, Juan de Borbon, richtete von London aus am 2. Juni ein Schreiben an die Cortes, in welchem er seine Rechte aufrecht erhielt, worauf denn auch der Graf von Montemolin in einer Erklärung, Köln den 15. Juni, seine Thronentsagung wieder zurücknahm.

Der italienischen Einheitsbewegung zeigte Spanien, wie wir gesehen haben, kein freundliches Gesicht. In der Thronrede vom 8. November 1861 sprach die Königin ihre lebhaften Gefühle für den Papst aus, dessen Lage ihre töchterliche Sorge errege, und es kam noch im Laufe des Monats so weit, daß der italienische Gesandte seine Pässe verlangte. An diesem Lande konnte die in Rom herrschende Partei noch ihre Freude haben: im October jenes Jahres ward zu Barcelona auf Befehl des dortigen Bischofs ein großer Scheiterhaufen geschichtet, und 300 „spiritualistische Bücher" wurden von der Flamme verzehrt, der man die Ketzer selbst auch dort nicht mehr übergeben durfte. Was aber in dieser Beziehung im 19. Jahrhundert noch gemacht werden konnte, wurde gemacht: am 18. December wurden zwei Spanier, Matamoros und Alhama, deren Verbrechen in ihrem evangelischen Bekenntniß und der Verbreitung der Bibel bestand, in Granada zu sieben Jahren Galeere verurtheilt, eine Strafe, welche dann im Mai 1863 die Königin in einem Uebermaß von Gnade in eine gleich lange Verbannung verwandelte. Nach außen hatte Spanien sich eines Erfolges zu rühmen, indem im Jahre 1861 die Republik von St. Domingo unter General Santana ihren Anschluß an Spanien proclamirte, der am 5. April dann ganz wie in der alten Welt durch allgemeine Abstimmung in Vollzug gesetzt wurde. Am 8. nahm Spanien durch eine Flottille von Cuba aus Besitz von der neuen Provinz: mit Stolz erwähnte die Thronrede im November dieses Ereigniß, das an bessere Tage, aber freilich nur flüchtig, erinnerte. Im Uebrigen lag der Regierung eine Einmischung in amerikanische Dinge fern, wie ihr Verhalten bei der mexikanischen Expedition zeigte, die sie mit England und Frankreich gemeinsam unternahm, und deren in anderm Zusammenhange zu gedenken ist.

Sonst blieb Spanien was es war: nur daß auch hier eine **demokratische Partei** sich bildete, welche das Heil von Prinzipien erwartete, die in diesem Lande nur neue Verwirrung und neues unabsehbares Unheil erzeugen konnten. Bei einem Ministerwechsel im Jahre

1863, wo General O'Donnell entlassen wurde und an seine Stelle Miraflores mit Kammerauflösung und Neuwahlen trat, stellte sie ihr Programm auf, welches Decentralisirung der Verwaltung und allgemeines Wahlrecht verlangte. Auch dieses Experiment stand dem Lande noch bevor, dessen Wandlungen im 19. Jahrhundert kein menschliches Gedächtniß festhalten kann.

Einen entschieden freisinnigen Gang nahm die Entwickelung der Dinge in Portugal. Die portugiesische Regierung hatte das neue Königreich Italien schon im Laufe des Jahres 1861 (Juni) anerkannt, und der König Dom Luis, welcher seinem in der Blüthe der Jahre dahingestorbenen Bruder (11. November 1861) folgte, heirathete im folgenden Jahre die Tochter des Königs Victor Emanuel, Prinzessin Pia (October 1862). Dom Luis leistete am 22. December 1861 den Eid auf die Verfassung, und die Regierung legte, da das Volk wegen der sich häufenden Todesfälle in der königlichen Familie in Unruhe war, den Cortes ein Regentschafts-Gesetz und ein weiteres vor, welches auch die Prinzessinnen aus der regierenden Linie für thronfähig erklärte und damit die Gefahr weiter zurückschob, daß ein Nachkomme Dom Miguel's auf den Thron von Portugal gelange. Auf dem berühmten Concil zu Rom im Jahre 1862 erschien kein einziger der portugiesischen Bischöfe, und der Papst hatte Ursache in einem Schreiben vom 3. Juli sich zu beschweren, daß sie bei dem „beklagenswerthen Zustande der katholischen Kirche in Portugal" sich zu lau und zu tolerant zeigten; er erinnerte sie, daß es ihres Amtes sei, die ihrer Hut anvertrauten Schafe zu schützen, damit sie nicht, nach dem verbrauchten Bilde römischer Curialrhetorik, „von den reißenden Thieren verschlungen würden, welche den Erdkreis unsicher machten." Als einige der Geistlichkeit sich dieß zu Nutze machen wollten, um gegen die Regierung zu predigen, erinnerte sie ein Erlaß des Justizministers, daß es für diesen Fall in Portugal Gefängnisse gebe (2. August). Die Ministerien waren von liberaler Farbe; im April 1863 ging ein Gesetz von Wichtigkeit durch, welches die Majorate, ein altes Uebel dieses Landes, beseitigte; im Mai 1864 verlangte ein Beschluß der zweiten Kammer die Abschaffung der Erblichkeit der Pairswürde. Die Dynastie befestigte sich; am 28. September wurde dem Königspaare ein Erbprinz geboren.

3. Frankreich.

Am 17. Juli 1859 war der Kaiser Napoleon, seiner siegreichen Armee voraus, wieder in St. Cloud eingetroffen. Am 15. August, dem Napoleonstage, war der Triumpheinzug der Armee, den der Kaiser zugleich durch ein Amnestiedecret feierte, in welchem er Allen, welche wegen politischer Vergehen verurtheilt oder Gegenstand von Maßregeln

der allgemeinen Sicherheit gewesen seien, völliges Vergessen des Geschehenen zusicherte. Die meisten Häupter der verschiedenen Parteien, welche im Auslande lebten, erwiderten die Amnestie mit Erklärungen, in welchen sie in allerlei mehr oder weniger theatralischen Wendungen versicherten, daß sie ihrerseits den Verbrecher des zweiten Decembers nicht zu amnestiren gesonnen seien. Unverkennbar hatte Napoleon seine Stellung durch den Feldzug verbessert. Er hatte ein französisches Heer zum Siege geführt: was ihm in den Augen vernünftig Denkender noch mehr Ehre machte, war dieß, daß er seine Erfolge nicht prahlerisch übertrieb, sondern beim Empfange des Senats und des gesetzgebenden Körpers unumwunden eingestand, daß er sein Programm nicht habe durchführen können, daß das Interesse Frankreichs, das nicht zugelassen, den Krieg am Rheine und an der Etsch zugleich aufzunehmen, ihn zum Frieden genöthigt und ihn gezwungen habe, sich mit dem Erreichten — Förderung der italienischen Nationalitätsidee und Reformen, deren Nothwendigkeit jetzt auch von den Fürsten begriffen werde — zu begnügen. Er hatte erreicht, daß in Italien der östreichische Einfluß vollständig gebrochen, der französische für den Augenblick allmächtig war, er erlangte, als die Conföderation und die Rückkehr der Fürsten sich als eine Unmöglichkeit erwies, einen Zuwachs an Territorium für Frankreich, den er mit wohlberechnetem Ausdrucke ein revendiquer, ein Zurückverlangen früheren Besitzes, nannte, und außerdem wußte er es zu machen, daß die neue Ordnung der Dinge und die neue italienische Dynastie sich auf derselben Grundlage des allgemeinen Stimmrechtes erhob, auf welcher seine eigene Macht beruhte, und das so mithin gewissermaßen ins europäische Staats- und Völkerrecht eingeführt ward. Freilich mußte er für diese Erfolge einen ziemlich hohen Preis bezahlen. Es war das Wenigste, daß die Italiener den Dank, den sie ihm schuldeten, nur halb und zum Theil widerwillig zollten; sie hatten darin Unrecht, denn unter den Franzosen war er ohne Zweifel Derjenige, der für sie die aufrichtigsten Sympathien hegte und der mehr für sie gethan, als irgend ein französischer Herrscher, irgend eine monarchische oder republikanische Regierung Frankreichs jemals hätte über sich gewinnen können. Schlimmer war, daß er durch die Annexion von Savoyen und Nizza, unbedeutend wie der Gewinn an sich war, das Mißtrauen der übrigen Staaten gegen sich wach rief. In sehr unumwundener Weise äußerte sich dieses Mißtrauen in der Schweiz: es trat, auch als die regierenden Kreise sich resignirt hatten, mit populärer Heftigkeit im Juni 1860 auf dem Schützenfeste zu Carouge in dem zunächst gefährdeten Canton Genf hervor, wo Einer der eifrigen Redner ausrief: lieber solle man dieses blühende Genf in einen Schutthaufen verwandeln, als es französisch werden lassen. Dieselbe Gesin-

nung machte sich in Belgien geltend, wo um dieselbe Zeit auf einer großen Volksversammlung zu Brüssel ein patriotischer Verein gegründet wurde, der sich über das ganze belgische Land verzweigen und den Gedanken seiner Unabhängigkeit gegenwärtig halten sollte und wo dann das Jubelfest der Thronbesteigung König Leopold's im Juli in geräuschvoller Weise gefeiert ward: Einer der Redner rief, fast mit den Worten des schweizer Sprechers, aus: „lieber sollen unsere Städte zerstört und Belgien eine Wüste werden, als annectirt — — ." Diese Stimmung diente unter Anderem dazu, Holland und Belgien einander wieder zu nähern und den letzten Rest der Erinnerungen aus früheren Zeiten auszulöschen. Der König von Holland, welcher im August 1860 mit dem der Belgier in Wiesbaden zusammentraf, soll dieser Empfindung nachdrückliche Worte gegeben haben: in der Thronrede, mit welcher er am 17. September die Generalstaaten eröffnete, kündigte er Verbesserungen in der militärischen Verfassung des Landes an, die allerdings hoch vonnöthen waren. Auch in England und in Deutschland war man beunruhigt. Es fand in dem letzteren Lande Glauben, was ein Redner im englischen Parlament vorbrachte, daß der Kaiser von Oestreich bei der Zusammenkunft in Villafranca in Versuchung geführt worden sei, günstige Bedingungen in Italien mit Zugeständnissen am Rheine zu erkaufen: daß der Krieg um den Rhein im Hintergrunde aller Gedanken des französischen Volkes und ganz besonders eines Herrschers, der den Namen Napoleon trug, stehe, wußte man ohnehin. In England war das frühere Mißtrauen durch den gemeinsamen Krieg in der Krimm in den Hintergrund gedrängt worden; jetzt erinnerte man sich dort, daß wenn auch im Augenblick kein greifbarer Grund zu Befürchtungen vorlag, doch eine Landung an der englischen Küste mit Dampfschiffen leichter zu bewerkstelligen war, als mit Segelschiffen; daß die Pläne Napoleon's I. im Jahre 1805 sehr ernstlich gemeint gewesen waren, wie Thiers in seinem berühmten Geschichtswerke umständlich auseinandersetzte; daß ein absoluter Fürst in der sehr besonderen Lage, in welcher Napoleon III. sich befand, sich nicht immer jenen brutalen Wünschen entziehen könne, wie sie nach dem Attentat Orsini's in den Adressen seiner Prätorianerofficiere sich ausgesprochen hatten, und daß, wenn ein solcher Fall eintreten sollte, England dem Heere Frankreichs keine irgendwie entsprechende Landmacht entgegenzustellen haben würde.

Diese Befürchtungen erwiesen sich als grundlos. Napoleon ließ sich angelegen sein, dieselben nach Kräften mit guten Worten und besseren Thaten zu zerstreuen. Er traf am 16. Juni (1860) mit dem Prinz-Regenten von Preußen in Baden-Baden zusammen, um den er eine große Anzahl deutscher Fürsten, unter ihnen sämmtliche Könige,

versammelt fand und gab hier die nachdrücklichsten Versicherungen seiner friedlichen Gesinnungen. Dasselbe that er England gegenüber in einem offenen Briefe an den Herzog von Persigny, seinen Gesandten in London, welcher Lord Palmerston und der übrigen Welt aufs Bündigste erklären sollte, daß der Kaiser seit Villafranca nichts gethan, ja nichts gedacht habe, was irgend Jemanden beunruhigen könnte, daß er an dem Worte, welches er im Jahre 1852 gesagt: „das Kaiserreich ist der Friede“ festhalte und seine Eroberungen nicht auf dem Schlachtfelde, sondern in Frankreich, seiner inneren Organisation, der Entwickelung seiner Hülfsquellen suche. Dieses Wort hatte bereits eine anerkennungswerthe Bestätigung gefunden in einem auf verständigen und freisinnigen Grundlagen ruhenden Handelsvertrage mit England, zu welchem der Kaiser selbst, einverstanden mit den Koryphäen der Freihandels- und Friedensfreunde diesseits und jenseits des Canals, den Richard Cobden, John Bright, Michel Chevalier u. A. und im lobenswerthen Gegensatze gegen die engherzige Schutzzollpolitik der früheren Regierungen Frankreichs die Initiative ergriffen hatte. Am 5. Januar 1860 nämlich hatte der Kaiser in einem Schreiben an seinen Staatsminister ein Programm aufgestellt, das „eine neue Aera des Friedens“ einzuweihen bestimmt war und das Abschaffung und Verminderung verschiedener Zölle, gründliche Verbesserung und Erweiterung der Verkehrswege, Staatszuschüsse für Ackerbau und Industrie, Handelsverträge mit fremden Mächten verhieß. Schon am 24. wurde dann der Handelsvertrag mit England unterzeichnet, welcher am 1. October 1861 in Kraft trat. Er trug dem Kaiser die begeisterte und in der Hauptsache auch wohlverdiente Lobrede eines englischen Radicalen, John Bright, auf einem Reformistenbanket zu Manchester ein und erwarb ihm, um so mehr als diesem Vertrage andere auf gleicher Grundlage folgten, wirkliche Ansprüche auf die Dankbarkeit der Nation, wenn diese Eigenschaft auf französischem Boden noch hätte gedeihen können. Allerdings waren die Finanzen des Staates während seiner Regierung nicht darnach angethan, dieses Dankgefühl zu steigern: Schulden wurden auf Schulden gehäuft und wenn der Nationalreichthum stetig sich hob bei dem glänzenden Glücksloos, das Frankreich in seinem ergiebigen Boden, seinem herrlichen Klima, seiner vortrefflichen maritimen und oceanischen Lage gezogen und das fruchtbar gemacht wurde durch Fleiß, Erwerbsinn und Sparsamkeit der Masse des Volkes, so blühte auf der andern Seite Börsenschwindel und Corruption im größten Umfange: nicht weniger als 9928 Millionen fremder Anleihen hat man berechnet,*) seien in den Jahren 1855—1865 an der pariser Börse

*) v. Treitschke, Aufsätze III., 356.

negociirt worden. Wenn in einem reichen Hause, nach des römischen Dichters Wort, auch etwas für die Diebe übrig bleiben muß, so war das kaiserliche Frankreich unzweifelhaft ein solches Haus: als später die große Liquidation erfolgte, ergab sich aus den Processen, in welch unglaublicher Weise einzelne Werkzeuge der Gewalt den Staat bestohlen hatten. Einem dieser Schelme ward im Jahre 1870 der Proceß gemacht, dem Präfekten des Eure-Departements Janvier de la Motte; was er mit simulirten Rechnungen, falschen Bescheinigungen, Scheinmandaten in die eigene Tasche lockte, betrug viele Hunderttausende, und er war weder der Einzige noch der Höchste. Die Scandalchronik, deren trübe Lachen eine historische Landschaft zwar nicht getreu abspiegeln, aber doch im Ganzen mit zu charakterisiren dienen, erzählt wohl von Hunderttausenden, welche aus des Kaisers Arbeitszimmer verschwanden und sich in keiner geringeren Tasche als der des ehemaligen Königs von Westfalen wiederfanden.

Das Mißtrauen der europäischen Mächte, welches Napoleon durch den italienischen Krieg hervorgerufen hatte, ließ sich durch eine ehrliche Politik wieder beschwichtigen — eine Politik, welche offen und überall das Nationalitätsprinzip, soweit es berechtigt war, anerkannt, und, soweit das Interesse Frankreichs und der Zustand Europas, der nun einmal kein einfacher ist noch sein kann, es zuließ, unterstützt hätte. Das Unglück war, daß Napoleon gleich in der ersten Frage, in welcher er dieses Prinzip unterstützt, ja erst recht zum Leben erweckt hatte, der italienischen, in die Netze eines Widerspruchs gerieth, der ihn nicht wieder losließ und zuletzt seinen Untergang herbeiführen sollte. Wir müssen diesen Theil seiner auswärtigen Politik, welcher ganz unmittelbar auf die innere Lage Frankreichs zurückwirkte, hier darlegen, während wir die übrigen Fragen, welche Frankreich hervorrief oder in welche es sich verstricken ließ, in anderem Zusammenhange berühren.

Wohl hatte der Kaiser eine sehr klare Einsicht davon, daß die eigentliche Schwierigkeit der italienischen Frage in der Stellung des Papstthums liege: und er war auch nicht blind dagegen, daß seine Stellung zu dieser „incommensurablen Macht" an Gefahren reich war. Ein weitverbreitetes Vorurtheil fürchtete die Curie und die Partei der Jesuiten, welche die Consequenzen des ultramontanen Systems am folgerichtigsten zog, um ihrer „Klugheit" willen und im Einzelnen konnte dieß auch in vielen Fällen zutreffen: im Ganzen aber bestätigt die neuere Geschichte des Papstthums dieses Urtheil keineswegs. Vielmehr lag die Gefährlichkeit der Partei weit mehr in derjenigen Eigenschaft, von welcher ein bekanntes Dichterwort sagt, daß mit ihr selbst die Götter vergeblich kämpften: sie lag in der Starrheit, mit welcher sie an den Ansprüchen, Mißständen, Verkehrtheiten ihres Universalstaates festhält, den

sie Kirche nennt und der sich mit den wirklichen Bedürfnissen der Völker in einen immer schrofferen und unlösbareren Widerspruch setzte — in der Unfähigkeit, sich den Zeitbedürfnissen gemäß fortzubilden, Veraltetes aufzugeben und abzustreifen, Neues sich anzueignen und anzubilden, wie doch jede Gemeinschaft nach dem Lebensgesetze alles Organischen thun muß, wenn sie lebensfähig bleiben will. In dieser Eigenschaft lag ein Keim des Verderbens für sie selbst, und in ihr lag die Gefahr für alle Diejenigen, die, wie Louis Napoleon, auf die Verbindung mit ihr angewiesen waren. Er konnte nicht von ihr loskommen, da sie in seinem eigenen Hause und Lande — weit mehr als in Italien, vielleicht mehr als in Spanien — Einfluß besaß, obgleich er persönlich in seinem Innersten über den wirklichen Charakter dieses Verbündeten sich keine Täuschung machte.

Der französische Kaiser befand sich nun in der eigenthümlichen und widerspruchsvollen Lage, daß die italienische Nationalpartei wie die universalistische Clericalpartei gleichmäßig in ihm ihre Stütze sahen und einstweilen sehen mußten: Parteien, von denen jede die andere schlechthin ausschloß. Mit all' seiner Klugheit konnte er nicht beiden genügen; und da die eine, die Nationalpartei, mit sich reden ließ und die Thatsachen für sich hatte, während die andere, je offenkundiger die Thatsachen gegen sie entschieden, um so zäher an ihren hochmüthigen Prätentionen festhielt, so konnte es nicht fehlen, daß er mit der letzteren, der Priesterpartei, in ein gespanntes Verhältniß gerieth. Sobald die berühmte Broschüre „der Papst und der Congreß" erschienen war und der Papst sie als eine der Revolution dargebrachte Huldigung gebrandmarkt hatte, begann auch der französische Episcopat — ein hitziger Redner, Dupanloup, Bischof von Orleans, voran — den Kampf wider die in derselben niedergelegten Anschauungen. Ihm folgte eine Reihe Anderer: unter den Journalen führte das Univers die ultramontane Sache in einer Weise, die in ihrer Art nicht zu übertreffen war; und mit einem gewissen Behagen bewegte sich die hohe Geistlichkeit in der neuen Rolle von Märtyrern, welche um so kleidsamer war, je weniger ernstlich sie von dem liberalen Jahrhundert auferlegt wurde: „wir sind bereit", hieß es in der Encyklica des Papstes vom 19. Januar 1860, „die härtesten und bittersten Prüfungen zu erdulden, selbst das Leben zu verlieren, ehe wir irgendwie die Sache Gottes, der Kirche und der Gerechtigkeit aufgeben." Bis Ende des Jahres zählte man in Frankreich allein über 100 Broschüren, welche über die Frage geschrieben waren, was mit dem Papste zu geschehen habe; die Wellen gingen ziemlich hoch, da im Januar 1860 das Univers durch kaiserliches Decret unterdrückt werden mußte. Am 5. Februar unterwarf ein Rundschreiben Thouvenel's, welcher an Walewski's Stelle das Auswärtige über-

nommen hatte, die päpstliche Encyklica einer bitteren Kritik: er warf der Curie vor, daß sie eine Frage unmittelbar auf das religiöse Gebiet versetzt habe, welche vor Allem der weltlichen Ordnung angehöre; und während der Cultusminister Rouland die Erzbischöfe und Bischöfe Frankreichs darüber beruhigen zu müssen glaubte, daß der Kaiser dem Papste unwandelbar ergeben sei, forderte ein Rundschreiben des Ministers des Innern Billault die Präfekten auf, mit dem Gesetze in der Hand der Agitation entgegenzutreten, welche mit der Vertheilung kleiner Broschüren in unzähligen Exemplaren getrieben wurde. Am 29. dieses an Kundgebungen so fruchtbaren Monats erklärten sich fast sämmtliche Bischöfe Europas in einem gemeinsamen Actenstück für die weltliche Gewalt des Papstes; das war nicht zu verwundern und war ihres Amtes; aber mit der ehernen Stirne, welche diesen Vertretern einer Sache, deren Proceß vor dem Forum der Wissenschaft längst verloren ist, eigen ist, sobald sie das Gebiet der Geschichte betreten, stellten sie die Behauptung auf: „in Friede und Gerechtigkeit wurde des Papstes fürstliche Macht gegründet, in Friede und Gerechtigkeit und mit der sorgsamsten Beachtung aller wahren Bedürfnisse seines Volkes wird sie geübt.“ Am 26. März sprach der Papst die große Excommunication über Alle aus, welche den Eingriff in die päpstlichen Staaten begangen, veranlaßt oder auch nur gebilligt hätten; da das Breve Niemanden bei Namen nannte, so konnte Jeder sich Jeden denken, und frivole Spötter meinten, daß der Papst mit jener Waffe seine besten Freunde und sich selbst am meisten verwundet habe, da der Eingriff in die päpstlichen Staaten von Niemandem mehr veranlaßt worden sei, als von Denen, welche diese Staaten bis dahin regiert hätten. Außerhalb der eigentlich clericalen Kreise bedeuteten diese Donner und Blitze nichts mehr; und der Senat, eine Versammlung kaiserlicher Pensionäre, clerical nur so lange es dem Kaiser gefiel so zu sein, ging am 29. März mit 116 gegen die 16 Stimmen der Cardinäle und sonstigen hohen Geistlichen, welche in dieser Körperschaft saßen, über die Petitionen zu Gunsten der weltlichen Herrschaft des Papstes zur Tagesordnung über. Eine Zeitlang beruhigten sich die Gemüther etwas, aber der Zug Garibaldi's und das neue Eingreifen der italienischen Regierung in Umbrien und den Marken regte sie von Neuem auf. Im September (10.) gab der Papst selbst wieder das Zeichen, indem er ein Schreiben an einen seiner Vasallen, den Bischof von Nisibis, in seinem Heere vertheilen ließ: „ergriffen vom Geiste des Satans, haben diese Menschen“ — — — den Rest kann man sich denken. Aber noch immer wollte das Feuer nicht vom Himmel fallen, um diese Frevler zu verzehren. Der Kaiser that zwar dießmal sehr böse: am 14. theilte der Moniteur mit, der Kaiser habe angesichts der Thatsachen, die sich in Italien ereigneten, beschlossen, daß sein Gesandter Turin

sofort verlasse; Verstärkungen für die französischen Occupationstruppen landeten in Civitavecchia; neue Proteste, neue Allocutionen des Papstes gingen diesen drohenden Geberden zur Seite. Allein wir kennen den Gang, den die Dinge nahmen. Der Congreß, dem Napoleon das ausschließliche Recht vindicirte, über die Fragen zu entscheiden, welche in Italien durch die Ereignisse gestellt würden, kam nicht zu Stande, so wenig als der allgemeine Einsturz aller Dinge, den die Organe des Papstes prophezeiten; vor den französischen Bajonetten, welche das Patrimonium Petri und noch einige Städte außerhalb desselben schützten, machte das Königreich Italien Halt, während im Uebrigen die neuen Annexionen durch das allgemeine Stimmrecht, ein napoleonisches Prinzip, sanctionirt wurden; und die Thronrede des Kaisers vom 4. Februar 1861 betonte, ohne mehr des Papstes besonders zu gedenken, eben jenes vom Papste verurtheilte Prinzip der Nichtintervention, „welches jedes Land Herr seiner Schicksale sein läßt, die Fragen localisirt und sie verhindert, in europäische Conflicte auszuarten". Diese verständige Politik hatte nicht den Beifall der französischen Bischöfe. Eine neue Broschüre des kaiserlichen Hofbroschürenschreibers Laguéronnière „Frankreich, Rom und Italien" rief aufs Neue heftige Antworten der Bischöfe hervor, von denen einer, der Bischof von Poitiers, den Kaiser ziemlich unverblümt mit Pontius Pilatus verglich. „Pilatus konnte Christus retten, und ohne Pilatus konnte man Christus nicht zum Tode führen"; daß Christus ebendamals gesagt, daß sein Reich nicht von dieser Welt sei, sagte der Bischof von Poitiers nicht. Der Staatsrath, dem der Brief überwiesen wurde, ertheilte dem Bischof einen Verweis, und ein Circular des Justizministers rief den Geistlichen (9. April) §. 201 und 204 des Strafgesetzes ins Gedächtniß zurück. Das ungeberdige Treiben des hohen Clerus beschleunigte vielleicht die Anerkennung des Königreichs Italien, welche mit den nöthigen Vorbehalten am 15. Juni 1861 durch Depesche Thouvenel's an Ricasoli erfolgte. Noch einmal machte zu Anfang 1862 die kaiserliche Regierung einen Versuch, die Curie zu einer Verständigung mit Italien zu bestimmen; sie erhielt die unwandelbare Antwort des non possumus, welche schon als geflügeltes Wort seinen Weg und sein Glück gemacht hatte. Die Thronrede vom 27. Januar 1862 schwieg wieder über den Papst, und die Adresse des gesetzgebenden Körpers billigte ausdrücklich, mit nachdrücklichen Worten und mit 243 gegen 10 Stimmen die Anerkennung des Königreichs Italien. Der Reise der Bischöfe nach Rom zu dem Concil legte die Regierung, um einem Conflict, den die Bischöfe zu eröffnen Miene machten, auszuweichen, kein Hinderniß in den Weg.

Immer wieder versuchte man sich an der Lösung dieser Frage, die keine Lösung zuließ. Im Mai 1862 legte Napoleon aufs Neue

seine römische Politik in einem langen Schreiben an seinen Minister des Auswärtigen dar. Der französische Gesandte in Rom, Lavalette, wurde dahin instruirt, daß derjenige Theil der päpstlichen Staaten, welchen die französische Fahne decke, dem Papste verbleiben müsse; man könne dem italienischen Cabinet keine Hoffnung geben, daß die Hauptstadt der katholischen Welt gleichzeitig die Hauptstadt des Königreichs Italien sein werde: aber andererseits versagte der Kaiser sich auch den Vorschlägen Oestreichs und Spaniens zu gemeinsamer Beschützung des Papstes gegen die Drohungen „Piemonts“ (1861), und als er im October 1862 seinen Minister des Auswärtigen und seinen Gesandten in Rom wechselte, Thouvenel durch Drouyn de l'Huys und Lavalette durch den Fürsten Latour ersetzte, ließ er doch gleichzeitig dem Papste Reformen für den Rest seiner Staaten anrathen und schlug so abermals mit dem Stabe an den Felsen, ob das Wasser nicht endlich sprudle.

Eines war Napoleon bei diesen Vorgängen und ihrer Rückwirkung auf Frankreich klar geworden: daß er sich nicht mehr vorzugsweise auf die Geistlichkeit stützen durfte, für welche er und seine Dynastie an und für sich gleichgültig war, die überhaupt jeder Regierung nur so lange Treue hält, als diese dem sich beugt, was der Ultramontanismus die Gesetze Gottes nennt. Die parlamentarische Regierungsweise, dem Geiste des Jahrhunderts allein gemäß, lag in der Nothwendigkeit der Dinge zu tief begründet, als daß ein großes Land sie lange hätte missen können: bei der schwierigen Lage, in welche den Kaiser die italienische Frage und die übrigen, welche das wieder in stürmischen Wogen gehende europäische Leben an die Oberfläche trieb, und die wir an ihrem Orte kennen lernen werden, versetzten, bedurfte er einer kräftigeren Unterstützung durch die Volksstimme, als sie ihm der damalige gesetzgebende Körper bot, — eine Versammlung, welche den Bedürfnissen eines lebhaften, geschwätzigen, rhetorisch angelegten, nach Aufregung begierigen Volkes nicht mehr entsprach. Napoleon kannte sein Volk: er sah, daß die klägliche Rolle, welche dieser gesetzgebende Körper in den ersten Jahren nach dem Staatsstreiche gespielt hatte, eine Gefahr für ihn selbst werden mußte. Ganz von selbst hatte diese Bewegung begonnen; die Verhandlungen dieser Körperschaft, nichtig wie sie war, zogen doch in Ermangelung einer besseren die Aufmerksamkeit wieder mehr und mehr auf sich, und so beschloß er klug, dieser Bewegung auf halbem Wege entgegenzukommen, ehe sie ihn mit fortreiße. Er fing an, wieder einigermaßen in das parlamentarische Fahrwasser einzulenken. Noch im August 1860 gab sich zwar ein Artikel im Moniteur die Mühe nachzuweisen, daß der gesetzgebende Körper, den er eine ernste, würdige, von praktischen Gesichtspunkten beseelte Versammlung nannte, einen sehr ernstlichen Einfluß auf die Angelegenheiten des Landes ausübe: „man

hat ein Recht zu sagen, daß Frankreich kein Volk um irgend etwas zu beneiden hat, daß seine Verfassung den Vergleich mit den gerühmtesten Organisationen aushalten kann"; am 24. November jenes Jahres dagegen erschien ein kaiserliches Decret, welches dem parlamentarischen Prinzip wieder die ersten Concessionen machte. Er wolle, sagte der Kaiser in diesem Decret, den großen Staatskörpern größere und unmittelbarere Betheiligung an der allgemeinen Politik seiner Regierung und damit einen glänzenden Beweis seines Vertrauens geben: Senat und gesetzgebender Körper votiren künftig eine Adresse als Antwort auf die Thronrede; diese Adresse wird discutirt in Gegenwart von Regierungscommissären, welche dabei Erläuterungen über die innere und äußere Politik geben; zugleich werden Minister ohne Portefeuille ernannt, welche während der Session die Gesetzentwürfe der Regierung in der Kammer vertheidigen. Diese Einrichtung, welche allerdings mehr zu rhetorischen Allgemeinheiten als zu gründlicher und geschäftsmäßiger Behandlung der Angelegenheiten des Landes einlud, trat zum ersten Male im Februar 1861 ins Leben, und der Kaiser ermahnte in der Thronrede sogar ausdrücklich zu erschöpfenden Discussionen bei Gelegenheit der Adresse. Doch machten beide Körperschaften das erste Mal von dem neuen Rechte einen sehr mäßigen Gebrauch. Ein Verbesserungsantrag von Jules Favre zu dem Adreßentwurfe, in welchem er und seine wenigen Collegen die Aufhebung der Ausnahmegesetze verlangten, wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, die loyale Adresse mit 212 gegen 13 Stimmen angenommen, und am Schluß der Session (27. Juni) konnte der Präsident Morny dem gesetzgebenden Körper das Zeugniß geben, daß er der ihm bewilligten Prärogative sich würdig gezeigt habe. Indeß waren auch schon Wünsche nach einer wirksameren Controle der Staatsfinanzen laut geworden, mit denen das kaiserliche Regiment auf eine Weise wirthschaftete, bei welcher doch allmälig den Staatsgläubigern bange ward: sie verlangten eine strenge Beaufsichtigung: zunächst daß das Budget künftig nach einzelnen Capiteln votirt würde, nicht wie bisher blos nach Ministerien, was, wie von selbst in die Augen springt, jede wirkliche Beaufsichtigung und ernsthafte Prüfung der Bedürfnisse ausschloß und dem Minister in Beziehung auf die Vertheilung der ihm im Ganzen bewilligten Summen völlige Freiheit ließ. Der Staatsminister Fould, welcher als Geldmann an der Erhaltung des Kaiserthums ein großes Interesse hatte, legte in einem Schreiben an den Kaiser die Finanzlage Frankreichs dar, über welche einige Journale sehr beunruhigende Artikel gebracht hatten: er schien selbst eine solche strengere Controle zu wünschen, indem er den Kaiser bat, auf sein Recht, außerordentliche Credite ohne Mitwirkung der Kammer zu eröffnen, zu verzichten. Napoleon ging auf

diese Vorschläge ein und ernannte Fould zum Finanzminister. Er hielt für nöthig, bei dieser Gelegenheit der Bevölkerung wieder eine Belehrung über die Eigenthümlichkeiten der napoleonischen Monarchie zu geben: „Erwählter des Volks, Vertreter seiner Interessen, werde ich stets ohne Bedauern auf jede dem öffentlichen Wohle unnütze Prärogative verzichten, wie ich unerschütterlich alle Gewalt in meinen Händen halten werde, die unerläßlich ist zur Ruhe und zur Wohlfahrt des Landes." Auch der Presse ließ man einige Augenblicke größeren Spielraum. Als dieselbe aber sofort, bei diesem Anlaß, die Verfassung selbst in den Kreis ihrer Discussionen zu ziehen begann, verbot eine Note im Moniteur (28. November 1861) alle solche Discussion: da die Initiative zu Modificationen der Verfassung ausschließlich dem Kaiser und dem Senat angehöre, so müsse dieser Grundvertrag selbst, die Verfassung, außerhalb der öffentlichen Besprechung stehen. So war es und nicht anders: in dem Lande, das dreimal in 70 Jahren einen Thron im Namen der Freiheit umgestürzt hatte, war man jetzt glücklich so weit, daß die Verfassung des Landes keinen Gegenstand öffentlicher Besprechung bilden durfte. Der Kaiser verweilte bei der Eröffnung der Session vom Jahre 1862 ausführlicher bei den Finanzen, betonte die Steigerung des Handelsreichthums Frankreichs zugleich mit der Nothwendigkeit größerer Sparsamkeit, und hielt mit allem Nachdruck an den Grundlagen der Verfassung fest. Die Adreßdebatten wurden dießmal schon interessanter. Im Senat hielt der Prinz Napoleon am 22. Februar und am 1. März Reden, die eine über die inneren Angelegenheiten des Landes, die andere gegen die weltliche Gewalt des Papstes, von denen namentlich die Letztere die Versammlung in große Erregung versetzte; am 6. März begann im gesetzgebenden Körper die Adreßdebatte, welche erst am 21. zum Schlusse kam. Es kam sogar schon zu einem ersten Mißverständniß zwischen dem Corps législatif und dem Kaiser. Dieser wollte dem General Montauban, welcher bei der jüngst in Gemeinschaft mit England unternommenen Expedition gegen China, auf welche unsere Erzählung in anderem Zusammenhange zurückkommen wird, die französische Heeresabtheilung befehligt hatte, eine Dotation von 50,000 Frcs. Rente zugewiesen sehen, nachdem er ihn mit dem Namen eines der wenigen Schlachtfelder bei diesem Zuge zum Grafen von Palikao ernannt hatte. Das Verlangen erregte Murren: man glaubte zu wissen, daß der neue Graf sich den chinesischen Feldzug sattsam zu Nutze gemacht habe, um der 50,000 Frcs. entbehren zu können. Die Commission verwarf den Antrag, und der Kaiser ward schließlich doch genöthigt, der Bitte des Generals zu willfahren und die Proposition zurückzuziehen, ehe sie im gesetzgebenden Körper Anlaß zu einer ärgerlichen Discussion geben konnte. Bei der Adreßdebatte selbst reichte die

aus fünf Männern bestehende Oppositionspartei, J. Favre, Henon, Darimon, Picard und Ollivier, einen Gegenentwurf ein, welcher die auswärtige Politik der Regierung gegenüber dem in den vereinigten Staaten von Nordamerika ausgebrochenen Bürgerkrieg, sowie die Expedition gegen Mexiko, die eben um diese Zeit ihre für das Kaiserreich verhängnißvolle Wendung nahm, nachdrücklich mißbilligte, und indem er die Regierung aufforderte, sich etwas weniger um anderer Leute Sachen und etwas mehr um die Beschwerden des eigenen Landes zu bekümmern, Herstellung der freien Bewegung für die Presse — Wahlen durch die Wähler und nicht durch die Präfekten — Verwaltung der Municipalangelegenheiten durch wirkliche Gemeinde- und nicht durch verkappte Regierungsbeamte — Abschaffung des berüchtigten Sicherheitsgesetzes und Reducirung der Ausgaben bei der beunruhigenden Lage der Finanzen verlangte. Dieser Entwurf ward, wie zu erwarten, verworfen, derjenige der Regierungspartei gegen nur neun verneinende Stimmen angenommen. Die Adresse stimmte der Regierungspolitik in allen Punkten zu, und ebenso wurden die Credite, die neuen Steuern und die Steuererhöhungen, welche die Regierung forderte, bewilligt (Juni).

Am 12. Januar 1863 begann die letzte Session dieses gesetzgebenden Körpers. Dießmal drängten sich die verschiedenen auswärtigen Fragen, die polnische, welche plötzlich wieder aufgetaucht war, und die mexikanische in den Vordergrund. Der Gang war der gleiche, wie in der vorigen Session: der Senat billigte die Regierungspolitik mit allen gegen die eine Stimme des Prinzen Napoleon; im gesetzgebenden Körper stellten die Fünf wiederum ihre Verbesserungsanträge zum Adreßentwurf; der Sprechminister Billault parirte ihre Angriffe mit der ihm eigenen Geschicklichkeit, welcher die Dehnbarkeit des französischen Wortes zu Hülfe kam; die Versammlung votirte ihre Adresse und genehmigte auch in vier Sitzungen das ganze Budget gegen sieben Stimmen (28. April). Am 8. Mai ward die Session geschlossen. Die Neuwahlen wurden auf den 31. Mai angeordnet.

Dießmal war die Wahlagitation eine sehr lebhafte. Die Thätigkeit der Regierung, den Eifer der Beamten vom Präfekten bis zum Feldhüter hinab, leitete der Minister des Innern und Vertraute des Kaisers, Persigny. „Die Abstimmung ist frei" schrieb er an seine Präfekten, „damit aber das aufrichtige Gemüth der Bevölkerungen nicht hintergangen werden könne, so bezeichnen Sie öffentlich die Candidaten, welche der Regierung das meiste Vertrauen einflößen. Die Bevölkerungen sollen wissen, wer die mehr oder weniger versteckten Feinde des Kaiserreiches sind — —"; er erinnerte daran, „daß die Parteien in Frankreich nicht wie in England nur die Träger verschiedener An-

sichten auf der Grundlage einer von allen anerkannten Verfassung seien, sondern daß sie in diesem Lande sich aus den Trümmern der gefallenen Regierungen bildeten"; die Regierung schien daraus zu entnehmen, daß man sich ihrer deshalb mit allen Mitteln erwehren dürfe. Die Opposition in ihren verschiedenen Farben schloß sich dem gegenüber enger zusammen: auch Thiers, dem die Regierung kein ebenbürtiges Talent gegenüberzustellen hatte und dessen Wahl sie deshalb besonders fürchtete, hielt es jetzt an der Zeit, die politische Bühne wieder zu betreten. Die Organe der Gewalt thaten ihr Möglichstes: gleichwohl waren neben 249 Regierungscandidaten dießmal 34 wider den Willen der Regierung Gewählte. In Paris ging die gesammte Liste der Opposition durch und unter ihren Vertretern befand sich auch Thiers, welchem die Thorheit der Regierung auch die Stimmen der Demokraten verschafft hatte.

Der Kaiser modificirte nach den Wahlen sein Ministerium. Er ließ das abgeschmackte Institut der Redeminister fallen, und da im October jenes Jahres Billault starb, so kam an seine Stelle der Staatsminister Eugen Rouher. Dieser, 1814 geboren, war im Jahre 1849 dem Sterne des Prinzen Louis Napoleon gefolgt und hatte zum ersten Male in dessen Ministerium vom 30. October 1849 eine Stelle, eines der bedeutendsten Talente des Kaiserreichs, ein Mann von großer Arbeitskraft, gewandter Advokatenzunge und Meister der Intrigue. Ihm fiel jetzt die Aufgabe zu, die Regierung im gesetzgebenden Körper zu vertreten.

Am 5. November wurden die Kammern eröffnet. Die Rede des Kaisers war dießmal ungewöhnlich ausführlich und erregte großes Aufsehen. Sie verbreitete sich über die verschiedenen auswärtigen Fragen, bei denen Frankreich näher betheiligt oder in die es verstrickt war, rechtfertigte die Besetzung von Cochinchina, da Frankreich nicht allein ohne Besitzungen in den asiatischen Gewässern bleiben dürfe, und die mexikanische Expedition, welche ein sehr weitaussehendes Abenteuer geworden war; mit besonderer Ausführlichkeit verweilte sie auf der polnischen Angelegenheit.

Dieß führt uns zu den Verhältnissen der östlichen Länder hinüber, auf welche die Ereignisse in Italien, sowohl was durch den Kaiser Napoleon, als was nachher, ob scheinbar ob wirklich gegen seinen Willen geschah, in bedeutungsvoller Weise gewirkt hatten. Sie müssen zuerst dargestellt werden, ehe wir auf die germanische Welt und auf Deutschland insbesondere zurückkommen, für welches der italienische Krieg und seine Folgen kaum minder bedeutungsvoll sich erwiesen, als für Italien selbst.

B. Die östlichen Länder.

1. Türkei.

Der Türkei war durch den Pariser Frieden ihre Existenz wieder für einige Zeit garantirt worden; die europäische Curatel dauerte fort. Zu den Reformen, zu denen die Pforte sich bequemt hatte, hatte Niemand ein rechtes Vertrauen: wer hätte sie ausführen sollen in einem Lande, wo es an einem Beamtenstande nach europäischen Begriffen vollständig fehlte? Es durfte nicht befremden, daß im September 1859 die fortwährende Unzufriedenheit der moslemischen Bevölkerung zu einer weitverzweigten Verschwörung führte — man wollte 5000 Personen zählen —, die nichts Geringeres bezweckte, als die Ermordung des Sultans und seiner Minister; an Abdul-Medjid's Stelle sollte sein Bruder Abdul-Aziz erhöht werden, von dem man glaubte, daß er die Interessen des Islams kräftiger zu wahren der Mann sein werde. Die Verschwörung ward entdeckt, die Hauptleiter derselben, einige hohe Officiere unter ihnen, wurden zum Tode verurtheilt, aber vom Sultan begnadigt, der sich überdieß aus der Verschwörung für einige Zeit die gute Lehre entnahm, in seinem Hofhalte besser zu sparen als bisher. Er starb am 26. Juni 1861; im Frieden folgte ihm sein Bruder Abdul-Aziz, welcher und dießmal ohne die sonst gewöhnlichen Strangulirungen seine Räthe wechselte und Mehemet Ali Pascha, seinen Günstling, zum Großvezier machte. Mit localen Aufständen, wie in der Herzegowina und Montenegro, wurde die Pforte allein fertig; an zwei Punkten aber mußte sie sich neuerdings eine europäische Einmischung gefallen lassen, in Syrien und in den Donaufürstenthümern.

Im Anfang Juni des Jahres 1860 war der Libanon aufs Neue, wie früher nicht selten, der Schauplatz blutiger Gräuel. Der alte Haß der feindlichen Stämme und Religionen entlud sich dort wieder einmal in einem scheußlichen Gemetzel, welches die Drusen, deren Aberglaube die muhamedanische Farbe trägt, unter den Maroniten und anderen Christen jener Gegenden anrichteten und das sich unter den Augen des türkischen Befehlshabers zu Beirut und seiner Soldaten an Denen fortsetzte, welche von den Bergen nach der Küste geflohen waren. Man bemerkte seit jenem Aufstande der Seapoys, welcher einen Augenblick die Herrscherstellung Englands in Asien bedrohte, eine tiefe Bewegung in der Welt des Islam's: eine Bewegung, welche durch keine Niederlage, keinen noch so augenfälligen Beweis der Ohnmacht entmuthigt wurde und sich erhitzte unter dem Einflusse fanatischer Moslemen, welche, von ihrer Pilgerfahrt nach Mecca zurückkehrend, insgeheim den heiligen Krieg gegen die Christen predigten. Unter solchen Umständen

mußte man einen allgemeinen Ausbruch dieses Religionshasses befürchten, der zu den 30,000 Opfern, die er, wie man annehmen zu müssen glaubt, binnen wenigen Tagen aufgehäuft, neue ungezählte Tausende hinzufügen werde. In der That setzte sich der Frevel am 9. Juli in Damascus fort. Die Christenquartiere wurden niedergebrannt, Tausende ermordet, die Weiber in die Sclaverei geschleppt; fünf Tage dauerte die Schlächterei. Der ehemalige Feind der Franzosen, Abd-el-Kader, der nach seiner Freilassung in jenen Gegenden seinen Aufenthalt genommen, bewies sich dankbar und hochherzig, indem er, wie übrigens auch nicht wenige angesehene Türken thaten, Vielen das Leben rettete: sehr im Gegensatze zu dem Gouverneur Achmed Pascha, der wie der Befehlshaber in Beirut ohne Widerstand geschehen ließ, was er nicht Macht oder nicht Lust hatte zu hindern. Er mit einigen hundert Anderen entgalt diese Schwäche oder üble Gesinnung mit dem Leben, als der vom Sultan mit einem Truppencorps entsandte Fuad Pascha anlangte. Diese Vorgänge regten die Gemüther in den westlichen Ländern mächtig auf: vor Allem in Frankreich, wo der Kaiser, den die Kunde in Baden-Baden erreichte, sehr bereit war, seinen Eifer in einer Sache zu bethätigen, welche zugleich eine humane und eine katholisch-christliche und kirchliche Seite hatte, und die eine Expedition in Aussicht stellte, welche einestheils dem mißvergnügten Clerus und anderntheils der Phantasie des Volkes und Heeres zusagen konnte. Eine Conferenz der vier Großmächte, Frankreich, England, Rußland und Oestreich, und der Pforte trat ohne Säumen zu Paris zusammen und am 3. August ward hier ein Vertrag geschlossen, gemäß dem ein Expeditionscorps von 12,000 Mann nach Syrien abgehen sollte, von welchem Frankreich sehr bereitwillig die Hälfte zu stellen übernahm; mit den türkischen Truppen zusammen sollten diese die Ruhe wiederherstellen. Die Expedition ward den Truppen im Lager von Chalons vom Kaiser selbst angekündigt: er sprach davon, daß sie sich als würdige Kinder der Helden zeigen würden, welche das Banner des Christenthums in dieses Land getragen. Er griff damit etwas weit zurück, da er mit jenen Worten nicht wohl die Soldaten der berühmten Expedition von 1799 meinen konnte, mit deren Christenthum es doch gar zu mißlich gestanden hatte; der General Beaufort d'Hautpoul, welcher die Expedition befehligte, drückte sich etwas deutlicher aus, indem er von Gottfried von Bouillon und den Kreuzzügen sprach: was denn doch eine schöne Zeit her war.

Am 24. landeten die Franzosen in Beirut an der syrischen Küste. Sie fanden nicht besonders viel zu thun, da die Pforte mit möglichst großer Energie einschritt, um der lästigen europäischen Einmischung sobald als möglich wieder ledig zu werden und die anderen Mächte fanden es nicht für nothwendig, die übrigen 6000 zu dem Expeditions-

corps wirklich mobil zu machen. Die Dauer der Occupation war auf sechs Monate festgesetzt, was man für genügend hielt: als diese Frist um war, wünschte Frankreich eine Verlängerung derselben und regte deshalb den Zusammentritt einer neuen Conferenz an. Gegen eine solche zeigte sich England sehr widerwillig und nur mit Mühe erlangte Frankreich die Verlängerung bis zum 5. Juni. An diesem Tage zogen die Franzosen in der That wieder ab und die Ruhe blieb in Syrien bis auf Weiteres ungestört.

Rücksichtlich der Donaufürstenthümer hatte, wie wir uns erinnern, der Pariser Friede bestimmt, daß dieselben fortfahren sollten, unter der Oberhoheit der Pforte ihre seitherigen Privilegien zu genießen: es war vorausgesetzt, daß sie wie bisher zwei getrennte Staatswesen bilden würden. Die beiden Fürstenthümer, von denen die Walachei mit der Hauptstadt Bukarest auf 1320 Quadratmeilen 2,600,000 Einwohner, die Moldau mit der Hauptstadt Jassy auf 725 Quadratmeilen deren 1,400,000 zählte, waren durch gleiche Abstammung, gleiche Religion und gleiche Interessen verbunden. Dieses Gemisch von Daciern, Römern, Gepiden, Bulgaren, Slaven, welches sich Rumänen nannte, bekannte das griechische Christenthum und die Bevölkerung der größtentheils ebenen und fruchtbaren beiden Landschaften hatte ihre wenigen guten und ihre vielen schlimmen Eigenthümlichkeiten gemein. In beiden herrschte ein Adel großer Grundbesitzer oder Bojaren, der in Paris oder durch westeuropäische Lehrmeister eine mehr oder weniger oberflächliche Bildung erhielt, über ein sehr unwissendes, schmutziges und träges Volk. Die allgemeine Strömung der Zeit, welche auf politische Zusammenfassung der Nationalitäten ging, machte sich auch hier geltend und wurde von Rußland und Frankreich im Gegensatz gegen die Pforte und gegen Oestreich begünstigt; eine Napoleonische Broschüre in diesem Sinne, welche Juli 1858 zu Paris erschien, athmete einen gegen die letztere Macht sehr feindseligen Geist. Eine Convention vom 19. August 1858, in welcher die sieben Contrahenten des Pariser Friedens feststellten, daß für jedes der beiden Fürstenthümer ein eigener Hospodar gewählt, also die Trennung aufrecht erhalten werden müsse, hielt die Entwickelung nicht auf. Die Partei für die Verschmelzung der Länder war die mächtigere: und als am 17. Januar 1859 die in Jassy tagende Nationalversammlung den Fürsten Alexander Cusa zum Hospodaren wählte, folgte die Nationalversammlung der Walachei am 7. Februar diesem Beispiele. Trotz des Protestes der Pforte geschah im November ein weiterer Schritt, indem die beiden Versammlungen eine beiden Ländern gemeinsame, sehr freisinnige Constitution annahmen, welche die Fürstenthümer zu Einem Staate Rumänien unter Einem Regenten erklärte und, mit Benutzung des neuesten liberalen

Modejournals, alle Privilegien und Monopole, Rang, Titel aufhob, auch allen christlichen Confessionen — es mochten etwa 100,000 römische Katholiken neben wenigen tausend Protestanten im Lande sein — gleiche Rechte ertheilte: wogegen man sich das Vergnügen vorbehielt, die Juden, deren etwa 80,000 im Lande wohnten, gelegentlich zu mißhandeln, wie bisher. Die Pforte hatte nach einigem Zögern die Wahl desselben Hospodaren widerwillig zugestanden; auch die Vereinigung der Länder selbst gab der neue Sultan am 7. December 1861 in einem Ferman zu, aber nur für die Lebenszeit des Fürsten Cusa, nach dessen Tode die Convention vom 19. August 1858 wieder in Kraft zu treten habe. Ohne dieser Bedingungen weiter zu gedenken, verkündete Cusa am 23. December 1861 die Gründung der neuen Nation, von welcher das übrige Europa bis dahin wenig Notiz genommen hatte: „Euer Erwählter" sagte er, „giebt euch heute ein einiges Rumänien." Gleichzeitig berief er die vereinigte Kammer auf den 24. Januar 1862 nach Bukarest. Am 6. Februar wurde diese Versammlung eröffnet und es gab nunmehr auch hier Thronreden, Adreßdebatten und namentlich Ministerkrisen. Für die Civilisation war die neue Eroberung vorläufig noch von geringem Werthe, auch entwickelte sich noch im Laufe des gleichen Jahres in der Moldau ein heftiger Widerspruch gegen die Vereinigung, welche der Moldau und ihrer Hauptstadt nur zum Nachtheile gereiche. Schon in den folgenden Jahren brach zwischen der Nationalversammlung und dem Fürsten heftiger Streit aus und gleich das erste Budget kam nicht auf dem von der Verfassung vorgeschriebenen Wege zu Stande. Die Pforte indeß hatte auf ihre Rechte noch nicht verzichtet: und während Fürst und Nationalversammlung thaten als wenn die Pforte gar nicht existire, berief diese die Vertreter der Mächte zu Constantinopel zu einer Conferenz, welche sich mit der definitiven Regelung der die Fürstenthümer betreffenden Fragen befassen sollte (26. December 1863). Diese erklärte in ihrer ersten Sitzung vom 9. Mai 1864 die seither in Rumänien gefaßten Beschlüsse und Maßregeln für Competenzüberschreitungen und für nichtig.

Gleichzeitig hatte die Pforte auch in Serbien, der Herzegowina und Montenegro mit den Christen ihre Noth. In Serbien berief der Fürst Michael im August 1861 eine „Nationalskuptschina" nach Kragujevaz, welche alle seine Vorlagen, Erblichkeit der Thronfolge in der Familie Obrenowitsch, Gesetz über Landtag und Senat, Organisation einer Nationalmiliz annahm. Im Juni 1862 kam es in Belgrad zu einem blutigen Zusammenstoße zwischen Türken und Serben; die Stadt wurde von der Citadelle aus, wo eine türkische Besatzung lag, bombardirt, worauf denn auch über diese Frage eine Conferenz in Constantinopel gehalten ward. Diese brachte einen Ausgleich zu Stande, in

dessen Folge die Türken die Stadt verließen. Die Erhebung der Christen in der Herzegowina, dem von griechisch Gläubigen bewohnten Theile des Fürstenthums Bosnien, von dem südlich angrenzenden Räuberneste Montenegro aus unterstützt, veranlaßte die Pforte, ihren besten Feldherrn Omer Pascha mit einem starken Heere dorthin zu entsenden, der denn auch den Aufstand im Jahre 1862 unterdrückte und den Fürsten Nikita von Montenegro zum Frieden zwang. Das gute Verhältniß mit Aegypten erhielt sich ungestört.

2. Griechenland.

So erweckten die Ereignisse in Italien, wo sich gleichsam über Nacht aus hoffnungsloser Zersplitterung ein großes nationales Königthum erhoben hatte, allenthalben und namentlich im Osten Hoffnungen und Wünsche, die nach ähnlichen nationalen Staatsbildungen zielten: sie belebten auch in Griechenland die Pläne und Projecte neu, welche während des Krimkrieges im Keime erstickt worden waren. Zunächst machte sich der Wunsch nach Vereinigung mit dem griechischen Staate auf den unter englischem Scepter stehenden jonischen Inseln geltend und noch vor den Ereignissen des Jahres 1859 offenbarten die Deputirten dieser Inseln, welche der außerordentliche Commissär der englischen Regierung, Gladstone, im Januar jenes Jahres in Corfu um sich versammelte, mit einer gewissen Naivetät diesen Wunsch einer Einverleibung in Griechenland: Ursache zu sonstigen Beschwerden über die englische Verwaltung hatten sie nicht. Der Commissär beschied sie abschlägig; indeß sollte ihr Wunsch doch in nicht ferner Zeit in Erfüllung gehen.

Im Jahre 1862 (13. Februar) brach eine Militärrevolte in Nauplia aus, deren „Regierungscommission" in einer bombastischen Proclamation gegen die bestehende Ordnung der Dinge als ein meuchelmörderisches System, ein System der Depravation und der Sclaverei declamirte und Einberufung einer Nationalversammlung zur Herstellung eines besseren verlangte. Diese Emeute, welcher einige andere, in Syra, Naxos folgten, wurde unterdrückt; die königlichen Truppen zogen am 20. April in Nauplia ein. Aber im October desselben Jahres brach der Aufstand, während das Königspaar auf einer Rundreise in den Peloponnes begriffen war, gleichzeitig an mehreren Punkten, Vonizza, Patras von Neuem, und mit verstärkter Heftigkeit aus; am 22. in Athen, wo eine provisorische Regierung (Demetri Bulgaris, Constantin Kanaris, Venezelo Rufos) sich bildete, die kraft „einstimmigen Beschlusses der griechischen Nation" das Königthum Otto's für abgeschafft erklärte und eine constituirende Nationalversammlung berief, welche einen neuen Souverän wählen werde. König Otto machte Kehrt und erschien am

23. im Piräus. Nach einer Conferenz mit den Gesandten der Mächte faßte er einen Entschluß, der ihm schwerlich sehr sauer wurde: nach Baiern zurückzukehren, ohne jedoch schon für sich und sein Haus definitiv auf seine Rechte zu verzichten. Seine Abschiedsproclamation an die Hellenen war im Tone der Resignation gehalten: er hatte sich nichts weiter vorzuwerfen, da er mit einem Stoffe zu arbeiten gehabt hatte, aus welchem auch ein fähigerer Staatskünstler schwerlich viel hätte machen können. Und Eines konnte ihm selbst die forcirteste Bühnenrhethorik der siegreichen Revolution nicht schmälern: „so oft es sich um politische Vergehen gegen meine Person handelte", durfte er sich mit Recht rühmen, „habe ich stets unbegränzte Milde und Vergessen des Geschehenen walten lassen."

Es war nicht so leicht, einen Nachfolger für diesen Mann zu finden, der gleich ihm gutmüthig genug war, seine Jahre an diese undankbarste aller Aufgaben zu setzen. Die Welt erlebte jetzt das Schauspiel, das sich in der Folgezeit noch mehr als Einmal wiederholen sollte, daß man den Gothaischen Kalender nach allen Richtungen durchstöberte, um für einen leerstehenden Thron einen Candidaten zu finden. Exaltirte oder doctrinäre Radicale mochten wider die Monarchie als eine veraltete, der mündig gewordenen Menschheit unwürdige Regierungsform declamiren: in Wahrheit erwies sie sich eben da, wo man sie abgeschafft, als ein dringendstes Bedürfniß. Es ward hier, aber nicht hier allein, einleuchtend, daß diese Staatsform von allem Anderen abgesehen, vor der republikanischen wenigstens den Einen nicht zu unterschätzenden Vorzug besitzt, daß sie über die erste Stelle im Staate Ein für Allemal verfügt hat, und also diese — diese zum Mindesten — dem Ehrgeize demagogischer Lärmmacher und Intriguanten entzieht. Zunächst dachte man hier in Griechenland an einen englischen Prinzen, und an vielen Orten wurden lebhafte Demonstrationen zu Gunsten des dritten Sohnes der Königin Victoria, des Prinzen Alfred, gemacht. Die provisorische Regierung ordnete sogar, noch ehe die Nationalversammlung, welche sie ausgeschrieben, zusammentrat, die sofortige Königswahl vermittelst allgemeinen Stimmrechts an, und der Prinz Alfred wurde auf diesem Wege als der Candidat der griechischen Nation bezeichnet. Der Patriarch in Athen und der Triumvir Rufos waren die Ersten, welche ihre Stimmen zu seinen Gunsten in die Urne legten. Allein die drei Mächte, welche das Königreich geschaffen, England, Rußland und Frankreich, hielten an den Grundverträgen fest, nach welchen kein Prinz aus den in diesen Reichen regierenden Familien den griechischen Thron besteigen durfte: und zwei derselben, England und Rußland, verzichteten am 4. December formell auf ihre Candidaten, England auf seinen Prinzen, Rußland auf den Herzog von Leuchtenberg. England seiner-

seits that ein Uebriges und gab der Welt ein lobenswerthes Beispiel des Verzichts auf unfruchtbaren Landbesitz, indem es der provisorischen Regierung durch ihren Specialbevollmächtigten anzeigen ließ, daß die Königin Victoria bereit wäre, im Falle die Griechen eine verständige Wahl träfen, die jonischen Inseln an Griechenland abzutreten und Schritte zu thun, um die Zustimmung der Mächte, welche die Wiener Verträge mitunterzeichnet hätten, zu diesem Acte zu erlangen. Elliot schlug der griechischen Nationalversammlung, welche mittlerweile (December 1862) zusammengetreten war, den Herzog von Coburg-Gotha als König vor, der aber für die Ehre dankte (3. Februar 1863). Am 23. März 1863 konnte der englische Bevollmächtigte dann der Versammlung die Mittheilung machen, daß die drei Mächte sich über einen neuen König für Griechenland geeinigt hätten: es war der Prinz Wilhelm von Dänemark, der denn auch am 30. einstimmig als Georgios I. von der Versammlung gewählt wurde. Die Bedingungen wurden Seitens der Schutzmächte festgestellt; und am 31. October kam der noch minderjährige König zu Athen an, wo mittlerweile ausgebrochene Unruhen zu einer Besetzung des Bankgebäudes durch englische und französische Marinetruppen geführt hatten. Diese zogen ab, nachdem der König erschienen war, und überließen es ihm und dem Rathgeber, den ihm sein Vater mitgegeben, Grafen Sponek, zuzusehen, ob er besser als sein Vorgänger mit den Nachkommen der alten Griechen fertig werden würde, welche viele Fehler und wenige Tugenden mit ihren Ahnen gemein hatten, und deren Staatsmänner eine bedenkliche Aehnlichkeit mit den Politikern aus den Zeiten des achäischen und ätolischen Bundes zeigten.

3. Rußland.

Das russische Cabinet war während des italienischen Krieges nicht aus der zurückhaltenden Stellung herausgetreten, welche es sich seit dem zweiten Pariser Frieden (1856) auferlegt hatte. Seit jener Zeit hatte eine Annäherung zwischen Rußland und Frankreich stattgefunden: sie war die natürliche Folge davon, daß England und Oestreich sich als die gefährlichsten Feinde Rußlands während des Orientkrieges gezeigt hatten. Gegen England wie gegen Oestreich bestand in den Fragen, welche auf dem Gebiete des türkischen Machtbereichs unaufhörlich auftauchten, ein immerwährender Gegensatz und Widerstreit der Interessen, während ein solcher Frankreich gegenüber nicht vorhanden war. Rußland half dann an seinem Theile, den italienischen Krieg localisiren und diente damit dem französischen Interesse; weiter ging es nicht; man konnte es der östreichischen Regierung und ihren Generalen ruhig selbst überlassen, ihre Sache zu verderben, wobei man sich nicht die Mühe

gab, eine gewisse Schadenfreude zu verbergen. Auch mit den Erfolgen des Krieges, soweit sie in den Verträgen von Zürich besiegelt waren, konnte man sich russischerseits wohl einverstanden erklären. Die Schwächung Oestreichs konnte man sich dort gefallen lassen, umsomehr, da Oestreich noch immer eine Stellung in Italien behielt, welche seine Kraft in Anspruch nahm: eine Stellung, deren Fortdauer es in Wahrheit mehr schwächte, als der Verlust der Lombardei. Allein die Anschauungen änderten sich doch allmälig, als zuerst in Mittelitalien der Volkswille und hernach in Süditalien der Freischaarenführer diesen Frieden zerriß, als wären die Unterschriften mächtiger Monarchen nichts; am 10. October 1860 wie erwähnt, rief Kaiser Alexander seinen Gesandten von Turin ab, und eine sehr ungnädige Note des Fürsten Gortschakoff erläuterte diesen Schritt. Die sardinische Regierung, sagte Gortschakoff, gehe beständig mit der Revolution, um deren Erbschaft anzutreten; es handle sich nicht mehr blos um italienische Interessen, sondern hier liege eine Frage vor, die sich, wie die Note sich mit großer Feierlichkeit ausdrückte, direct an die ewigen Gesetze knüpfe, ohne welche weder Friede noch Ordnung noch Sicherheit in Europa bestehen könne. Der Kaiser, so schloß dieses wenigstens dem äußeren Eindrucke nach von aufrichtigem Aerger eingegebene Actenstück, sei der Meinung, daß seine Gesandtschaft unmöglich an einem Orte residiren könne, wo sie Zeuge werden könnte von Handlungen, die sein Gewissen und seine Ueberzeugung mißbilligten.

Vierzehn Tage später, am 22. October 1860, kamen die drei Herrscher von Rußland, Oestreich und Preußen in Warschau zusammen. Es war weder das Rußland Alexander's I. noch das Oestreich Metternich's noch das Preußen Friedrich Wilhelm's III. mehr; man mußte dießmal wohl oder übel der Revolution Dasjenige lassen, was sie bereits verschlungen hatte. Es mußte nur jetzt, endlich, das Prinzip gerettet, es mußte ihr Halt geboten werden — der Rest des Kirchenstaates und Venetien durften nicht angegriffen werden. Diesen Gesichtspunkten schloß sich Frankreich im Wesentlichen an, um nicht einen allgemeinen Krieg zu veranlassen: seine Regierung, des allgemeinen Mißtrauens nicht unkundig, gab am 7. December in einer Note dem östreichischen Cabinet die bestimmte Zusage, die Regierung von Turin zu mäßigen. Wenn schon der natürliche Widerwille gegen die „Revolution" und Alles, was nicht auf dem correcten Wege legitimen Krieges und Friedens, legitimen Rechts und legitimen Unrechts geschah, Rußland wieder einigermaßen Oestreich näherte, so nicht minder das Mißtrauen gegen Napoleon. Wer die beiden Kaiser bei der Zusammenkunft in Stuttgart gesehen, der konnte sie sich schwer als Alliirte denken; in die ganze europäische Politik war durch Napoleon etwas Unruhiges,

Gespanntes, Unberechenbares gekommen; bald hier bald dort traten Gelüste nach einer „Revision der Karte von Europa", nach dem Rheine, nach Belgien hervor und ein kleiner Anfang dieser Revision war schon mit Savoyen und Nizza gemacht; die Erinnerungen an die Zeiten Napoleon's I. beherrschten ohnehin die Politik der Staaten, die einst unter seinem Ehrgeize gelitten: und Eine Stelle hatte auch Rußland, wo es von der Revolution oder Demjenigen, der mit ihren Kräften seine eigenen Geschäfte machte, mit ihrem Sturm und Wind seine Mühlen trieb, erreicht werden konnte.

Diese Stelle war **Polen**. Daß die Ereignisse, deren Schauplatz Italien war, hier in den Gemüthern einen lebhaften Widerhall finden mußten, war nicht mehr als natürlich, und wer menschlich fühlt, kann dieß nicht verdammen, wenn man auch den Polen ein größeres Maß von Schuld an ihrem unglücklichen Schicksale zuschreiben mag, als den Italienern an dem ihrigen. Die Lage Polens aber war eine viel verzweifeltere, als die Italiens gewesen. Denn dieses letztere Land hatte nur unter der Tyrannei einer einzigen Macht und ihrer Untervögte gestanden, und besaß in der Eifersucht zwischen Oestreich und Frankreich, sowie in dem nationalen Königreich Sardinien wenigstens Eine Hebelkraft, mit der man den Versuch unternehmen konnte, die Fremdherrschaft abzuwälzen: während hier in Polen der Körper des Volks in drei Stücke zerrissen worden war, deren jedes eine von drei Großmächten als ihre Beute dahingenommen hatten. Daran aber dachte man in den Kreisen der polnischen Edelleute, welche viel zu hochmüthig und zu oberflächlich waren, um aus dem Unglück wirklich etwas zu lernen, nicht weiter. Man sah nur das Eine, daß die Nationalitätsidee im europäischen Leben überall mit neuer Stärke erwacht war, und welche Wunder unter diesem Zeichen ein einzelner Mann, fast ohne Widerstand zu finden, vollführt hatte. Jene Zusammenkunft der drei nordischen Monarchen in Warschau gab der unruhigen Stimmung und Gährung neuen Stoff. Im November 1860, am Jahrestage der polnischen Revolution, war es bereits zu Demonstrationen gekommen. Der Carneval, dessen Thorheiten eine katholische Stadt nur ungern sich versagt, war stumm, ohne Lustbarkeiten vorübergegangen. Zu ernsthaften Unruhen kam es im Februar 1861. Der Jahrestag der Schlacht bei Grochow sollte durch eine Demonstration — jene traurig-brodlose Kunst, in welcher die Polen mit Eifer und Erfolg ihrem Vorbilde, den Franzosen, nachzueifern gewohnt waren — gefeiert werden. Mit unendlichem Jubel begrüßte die ungeheure Menschenmenge, die auf dem Altenmarkte zu Warschau versammelt war, den weißen Adler im rothen Felde, die polnische Fahne, welche der Procession vorangetragen wurde, die aus der Paulinerkirche kam: bei dem Tumult machten die Gensdarmen von ihren

Säbeln Gebrauch, und man hatte nun, was man brauchte, eine Anzahl Verwundete, vielleicht sogar einige Todte, für welche Trauer angelegt und ein Trauergottesdienst angesagt ward. Bei einem neuen Zusammenstoß, der bei diesem Anlaß erfolgte, machten die aufreitenden Kosaken von dem Lederkantschu Gebrauch, mit dem sie ihre Pferde anzutreiben pflegen, und einige Hiebe fielen dabei auch auf die dem Trauerzuge voranschreitenden Geistlichen; es gab dießmal, den 27., einige wirkliche Todte, und die Bevölkerung nahm nun eine so einmüthig entschlossene Haltung an, daß der Statthalter, Fürst Gortschakoff, Bildung eines Sicherheitscomités aus den angesehensten Bürgern, die Abhaltung eines feierlichen Begräbnisses der Opfer des 27. und die Annahme einer Adresse an den Kaiser zugestand. In dieser Adresse fand die Sehnsucht des Landes nach einer Wiederherstellung seiner nationalen Regierung einen ernsten und würdigen Ausdruck: „es kann, jedes gesetzlichen Organs, mit dessen Hülfe es unmittelbar zum Throne reden könnte, beraubt, nur durch Opfer seine Stimme erheben"; sie appellirte an die Großherzigkeit und das Gerechtigkeitsgefühl des Kaisers. Sie that es nicht vergebens: der Kaiser nahm in der That die Adresse entgegen, und am 26. Mai 1861 erschien ein Ukas mit einigen Zugeständnissen: Errichtung einer besondern Abtheilung für Cultus und Unterricht bei der Regierung in Warschau, Einsetzung eines polnischen Staatsraths, Einführung von gewählten Gubernial-, Kreis- und Municipalräthen; schon einige Tage vorher war ein polnischer Magnat, der Marquis Wielopolski, in die Regierung eingetreten. Auf dessen Andringen bequemte sich der Statthalter, in einer Proclamation das Wort Polen und Nationalität wieder in den Mund zu nehmen und in dem Circular, in welchem die russische Regierung sich über ihre Stellung zu den Vorgängen in Warschau aussprach, ließ sich der milde, gerechte und gewissenhafte Sinn des Kaisers nicht verkennen. Derselbe erläuterte die Gewährungen, „welche dem Lande die Mittel verleihen, an der Verwaltung seiner Angelegenheiten sich nach Maßgabe seiner Interessen zu betheiligen". Allein von Einem ruhig zum Andern zu schreiten, mit Besonnenheit zu benutzen, was gegeben wurde, um schrittweise sich dem Ziele zu nähern, das nun einmal nicht erflogen werden konnte, war der Polen Sache nicht. Die Demonstrationen erneuerten sich, denen der katholische Cultus bereitwillig seine Formen lieh. Als am 6. April die Regierung den landwirthschaftlichen Verein schloß, in welchem die Bewegung einen Mittel- und Leitungspunkt besaß, kam es am 7. wieder zu einer großen Demonstration: Umzüge, Gesang des Nationalliedes; einem Zusammenstoße vor dem Schlosse wich der Statthalter aus, indem er dem dort aufgestellten Militär den Befehl zum Abmarsche gab, worauf auch die Menge, ihres

Sieges froh, sich zerstreute. Am folgenden Tage aber wurden die Dinge ernsthafter: die Haufen wollten nicht weichen; den vordringenden Truppen und Gensdarmen stellten sich die Priester mit ihren Heiligenbildern entgegen, bis endlich deren Geduld, stundenlang mißbraucht und verhöhnt, sich erschöpfte und nun unter die Menge gefeuert wurde. Auch die Geistlichen bedrohte man, indem man ihnen ankündigte, daß sie ohne Rücksicht auf ihren Stand verhaftet werden würden, wo sie fortfahren sollten, Kanzel und Altar zu politischen Agitationen zu mißbrauchen. Der Erzbischof von Warschau ward von der Regierung ersucht, durch einen Hirtenbrief an die Geistlichen seiner Diöcese zur Beruhigung der Gemüther beizutragen. Er lehnte ab: eine Abmahnung seitens der Geistlichen würde das Volk nur noch mehr aufreizen. Dieß war schwerlich der wirkliche Grund, sondern die Geistlichkeit theilte die Stimmung des Volks und wollte in keinem Falle ihren Einfluß schmälern, indem sie sich derselben in den Weg stellte. Ganz im Gegentheil: nachdem der Sommer ruhig, wenigstens ohne weiteres Blutvergießen vergangen war, warfen sich die polnischen Bischöfe selbst in die Bewegung, indem sie in einer Adresse an den neuen Statthalter Grafen Lambert am 25. September (1861) gleich im Eingange die polnische Nationalität, sowie den Zusammenhang derselben mit der katholischen Kirche — „seit neun Jahrhunderten bildet die römisch-katholische Religion einen Bestandtheil des nationalen Lebens, sie ist das kostbarste Erbtheil unserer Vorfahren, ein wesentliches Bedürfniß unserer Nation" — auf das Stärkste betonten und dann eine Reihe sehr weitgehender Forderungen stellten. Die Annahme der Adresse wurde von dem Statthalter verweigert. Mit Eifer ward nun jede Gelegenheit zu Demonstrationen benutzt. Als die Regierung den Besuch eines „Verbrüderungsfestes", das in der Nähe von Lublin gehalten werden sollte, verbot, benutzte man die Beerdigung des Erzbischofs von Warschau, um einen Verbrüderungsact zwischen Adel und Bauern gleichwohl herbeizuführen, und am 14. October waren die Dinge bereits wieder so weit gediehen, daß man den Kriegszustand über das ganze Königreich verhängen mußte. Als am 15. die verbotenen Gesänge in den Kirchen dennoch erschallten, wurden diese erst belagert, dann drang das Militär in dieselben ein und trieb die Gläubigen hinaus, worauf der Administrator der Diöcese sie schließen ließ.

Wielopolski, seiner undankbaren Rolle, zu versöhnen was nicht versöhnt sein wollte, überdrüssig, gab seine Entlassung. Graf Lambert wurde am 5. November durch den General Lüders ersetzt, und nun schritt die Regierung mit Verhaftungen ein; auch den Administrator schützte nicht sein priesterliches Kleid noch der Protest seines Capitels: ein Kriegsgericht verurtheilte ihn sogar zum Tode. Er ward begna-

digt, und im Februar 1862 ließ der neue Erzbischof Felinski die Kirchen wieder öffnen. Im Juni ernannte der Kaiser seinen Bruder, den Großfürsten Constantin, zum Statthalter und Wielopolski zum Haupt der Civilverwaltung; der Weg der Milde wurde aufs Neue versucht, und trotzdem daß auf den Großfürsten gleich am Tage nach seiner Ankunft in Warschau ein Attentat versucht ward, wurden die Gouverneurstellen in den einzelnen Provinzen mit Polen besetzt. Die Bahn der Reformen sollte, wie der Großfürst und Wielopolski ankündigten, mit Nachdruck betreten werden: „vielleicht," sagte der Erstere, „war das Attentat eine Zulassung der Vorsehung, damit die Nation sich in ihrem wahren Lichte zeigen könne". Zwei neue Attentate auf Wielopolski, am 7. und 15. August, zeigten die Nation, wo nicht in ihrem wahren, so doch in einem traurigen Lichte. Dieß mochte die That einiger Fanatiker sein: aber in Einem Punkte war die ganze Nation unverbesserlich. Eine Adelsversammlung, von dem Grafen Zamoyski veranstaltet, beschloß im September eine Adresse an Wielopolski: sie wollten sich den neuen Institutionen nicht entziehen, sagten sie, indeß „wir werden als Polen nur dann die Regierung mit Vertrauen unterstützen können, wenn diese Regierung eine nationale, eine polnische sein, wenn bei freien Gesetzen alle Provinzen unseres Vaterlandes vereint sein werden" — und damit kein Zweifel an ihrer unheilbaren Thorheit möglich sei, fügten sie bei, daß sie ihre Vaterlandsliebe nicht theilen könnten: „wir lieben unser ganzes Vaterland in den Gränzen, welche ihm Gott gezogen und die historischen Traditionen überwiesen haben." Diese Adresse fand alsbald ihren Widerhall in der Adresse einer Adelsversammlung Podoliens an den Kaiser (1. October): diese verlangte die Wiederherstellung der administrativen Einheit Polens und Einverleibung der westlichen Provinzen in dieses Königreich.

An demselben Tage eröffnete der Großfürst-Statthalter die Sitzung des Staatsraths mit einer Rede in polnischer Sprache. Er versicherte sein unerschüttertes Vertrauen und meinte schon von den bis dahin eingeführten Reformen günstigen Erfolg wahrzunehmen. An fruchtbarer Thätigkeit konnte es dem Staatsrath und konnte es dem polnischen Adel nicht fehlen, wenn ihm daran gelegen war, seine Nation wirklich einer bessern Zukunft entgegenzuführen. Aber dieß war nicht nach ihrem Sinn; schon war die Verschwörung geschäftig, und dieß, zu geheimen Zusammenkünften in geschäftigem Müßiggang das Land auf- und abreiten, war ihr Element, bei dem sich Arbeiten und Schuldenzahlen vergessen ließ. Jene Adelsadresse beantwortete die Regierung mit Verhaftungen und Verbannungen; es hinderte den litthauischen Adel nicht, zu Minsk im December eine ähnliche Adresse zu beschließen, welche gleichfalls in der Vereinigung mit Polen das einzige Heil erblickte.

Die Flamme kam zum Ausbruch durch eine Rekrutenaushebung, welche die Regierung benutzen wollte, um sich der unruhigen Elemente zu entledigen. Eine geheime Instruction, die nicht geheim blieb, schrieb vor, daß vor Allem Diejenigen beizuziehen seien, „die keine bestimmte Beschäftigung haben und aus Anlaß der letzten Unruhen schlecht notirt sind“; von den sonst üblichen Befreiungen konnte Umgang genommen werden. Diese Maßregel, am 14. Januar 1863 in brutaler und willkürlicher Weise zu Warschau vollzogen, gab das Signal zur förmlichen Insurrection. Man wußte, was der Eintritt ins russische Heer bedeutete; eine große Anzahl Solcher, welche der Rekrutirung zu verfallen fürchteten oder ihr schon verfallen waren, flüchtete in die Wälder, und wenige Tage später begann zu Warschau ein nationales Centralcomité, dessen Mitglieder und Zusammensetzung Niemand kannte und dessen Befehle Alle mit blindem Gehorsam respectirten, seine geheimnißvolle Thätigkeit. Zwei Decrete von diesem Tage regulirten die Verhältnisse des bäuerlichen Besitzes: jeglicher Grundbesitz ist ohne andere Verbindlichkeit als die Steuerquote an den Staat von jetzt ab Eigenthum seines bisherigen Besitzers; die seitherigen Eigenthümer werden durch „den Staat“ entschädigt werden. Am 25. ernannte ein solches Decret den bekannten Mieroslawski zum Dictator; ein weiteres ernannte ein Oberhaupt, dessen Weisungen sich die Einwohner der Städte unbedingt zu fügen hätten; ein drittes vom März untersagte den Aufstand in den polnischen Provinzen Oestreichs und Preußens; die Pflicht ihrer Bevölkerungen beschränke sich auf die Stellung von Freiwilligen, Entrichtung der Nationalsteuer, Lieferung von Gewehren und sonstige mittelbare Unterstützung der Insurrection. Mieroslawski, der am 17. Februar auf dem Schauplatze eintraf, erlitt in einem ersten Zusammenstoß mit russischen Truppen eine Schlappe und hatte nach wenigen Tagen seine neue Rolle ausgespielt; an seiner Stelle erklärte sich am 10. März ein anderer Insurgentenführer, Langiewicz, zum Dictator: auch er aber ward schon am 19. genöthigt, auf östreichisches Gebiet überzutreten, wo er internirt wurde. Die geheime Nationalregierung in Warschau übernahm wieder die Leitung des Aufstandes. Dieser Insurrection schloß sich nun fast offen auch die Geistlichkeit an. Der Erzbischof Felinski erließ am 15. März ein Schreiben an den Kaiser: „ergreifen Sie“ — sagte er ihm, indem er sich auf das Vorrecht der Kirche, in den Augenblicken großen Unglücks zu den Mächtigen der Erde zu sprechen, berief — „ergreifen Sie mit starker Hand die Initiative in der polnischen Frage, machen Sie aus Polen eine unabhängige Nation, die mit Rußland nur durch das Band Ihrer erhabenen Dynastie verknüpft ist; dieß ist die einzige Lösung, welche dem Blutvergießen Einhalt thun kann.“ Am 31. that sich auch in Wilna eine

Nationalregierung auf und erklärte Litthauen und Rothrußland für untrennbare Bestandtheile Polens. Am 9. April verbot die Warschauer Nationalregierung die Zahlung der Steuern an Rußland und theilte das Land in 23 Kreise mit Zweigcomités für Einziehung der Steuern, Rekrutirung, Vollziehung der Strafgesetze; und als ein kaiserliches Manifest vom 13. Allen Verzeihung bot, welche bis zum 1. Mai zum Gehorsam zurückkehren würden, erwiderte die geheime Regierung, telegraphisch davon unterrichtet, am gleichen Tage: „weg mit der Gnade des Czaren; wir haben das Schwert ergriffen, das Schwert allein wird unsern Streit mit Moskau entscheiden."

Wenn das Schwert allein entschied, so mußte der Czar zuletzt Sieger bleiben, denn die einzelnen Insurgentenbanden, welche noch nicht einmal so weit waren, sich zu einem Heere zusammenzuschließen, waren den unaufhörlich sich verstärkenden Truppenmassen der Russen weit nicht gewachsen: und dieß um so weniger, als die Bauern nicht in irgend erheblicher Zahl sich dem Aufstande anschlossen, der ihnen nichts zu bieten hatte, was sie nicht aus den Händen der Regierung empfangen oder zu erwarten hatten. Jedoch hatten unterdessen auch die europäischen Mächte ihre Aufmerksamkeit dem großen Brande, der seinen Feuerschein weithin über den ganzen Welttheil warf, zugewendet. Das preußische Cabinet, bereits unter der Leitung eines Mannes, dessen Politik nicht von gefühlvollen Anwandlungen beherrscht wurde, hatte unumwunden sich auf die russische Seite gestellt und am 8. Februar eine geheime Convention mit dieser Macht geschlossen, mit welcher Preußen in dieser Sache die Consequenzen der Theilungsverträge des vorigen Jahrhunderts gemeinsam zu tragen hatte. Die preußische Regierung hielt diese Politik, einer tendenziösen Opposition zum Trotze, fest; dagegen hatte sich Oestreich den westlichen Mächten England und Frankreich angeschlossen, und am 17. April überreichten die Gesandten dieser drei Mächte ihre Noten mit einem gleichlautenden Begleitschreiben, in welchem jedoch nicht über freundschaftliche Vorstellungen ziemlich allgemeiner Art hinausgegangen wurde. Die russische Regierung hatte keine Mühe, dieselben mit dem Hinweis auf dasjenige zu beantworten, was der Kaiser den Polen bereits und aus freien Stücken gewährt habe, sowie auf die Aufreizungen, welche von außen kämen, auf die Thätigkeit der gesammten europäischen Revolutionspartei, welche die allgemeine Geißel dieser Zeit bilde: in der Bekämpfung des Aufstandes ließ sie sich nicht irre machen. Gegen die Ausbreitung der Insurrection in Litthauen hatte sie schon im März durch einen Ukas sich gewehrt, der alle obligatorischen, auf dem Boden ruhenden Beziehungen zwischen Bauern und Gutsbesitzern vom 1. Mai 1863 an aufhob und von diesem Tage an die Bauern für freie Eigenthümer erklärte; alle

Die Flamme kam zum Ausbruch durch eine Rekrutenaushebung, welche die Regierung benutzen wollte, um sich der unruhigen Elemente zu entledigen. Eine geheime Instruction, die nicht geheim blieb, schrieb vor, daß vor Allem Diejenigen beizuziehen seien, „die keine bestimmte Beschäftigung haben und aus Anlaß der letzten Unruhen schlecht notirt sind“; von den sonst üblichen Befreiungen konnte Umgang genommen werden. Diese Maßregel, am 14. Januar 1863 in brutaler und willkürlicher Weise zu Warschau vollzogen, gab das Signal zur förmlichen Insurrection. Man wußte, was der Eintritt ins russische Heer bedeutete; eine große Anzahl Solcher, welche der Rekrutirung zu verfallen fürchteten oder ihr schon verfallen waren, flüchtete in die Wälder, und wenige Tage später begann zu Warschau ein nationales Centralcomité, dessen Mitglieder und Zusammensetzung Niemand kannte und dessen Befehle Alle mit blindem Gehorsam respectirten, seine geheimnißvolle Thätigkeit. Zwei Decrete von diesem Tage regulirten die Verhältnisse des bäuerlichen Besitzes: jeglicher Grundbesitz ist ohne andere Verbindlichkeit als die Steuerquote an den Staat von jetzt ab Eigenthum seines bisherigen Besitzers; die seitherigen Eigenthümer werden durch „den Staat“ entschädigt werden. Am 25. ernannte ein solches Decret den bekannten Mieroslawski zum Dictator; ein weiteres ernannte ein Oberhaupt, dessen Weisungen sich die Einwohner der Städte unbedingt zu fügen hätten; ein drittes vom März untersagte den Aufstand in den polnischen Provinzen Oestreichs und Preußens; die Pflicht ihrer Bevölkerungen beschränke sich auf die Stellung von Freiwilligen, Entrichtung der Nationalsteuer, Lieferung von Gewehren und sonstige mittelbare Unterstützung der Insurrection. Mieroslawski, der am 17. Februar auf dem Schauplatze eintraf, erlitt in einem ersten Zusammenstoß mit russischen Truppen eine Schlappe und hatte nach wenigen Tagen seine neue Rolle ausgespielt; an seiner Stelle erklärte sich am 10. März ein anderer Insurgentenführer, Langiewicz, zum Dictator: auch er aber ward schon am 19. genöthigt, auf östreichisches Gebiet überzutreten, wo er internirt wurde. Die geheime Nationalregierung in Warschau übernahm wieder die Leitung des Aufstandes. Dieser Insurrection schloß sich nun fast offen auch die Geistlichkeit an. Der Erzbischof Felinski erließ am 15. März ein Schreiben an den Kaiser: „ergreifen Sie“ — sagte er ihm, indem er sich auf das Vorrecht der Kirche, in den Augenblicken großen Unglücks zu den Mächtigen der Erde zu sprechen, berief — „ergreifen Sie mit starker Hand die Initiative in der polnischen Frage, machen Sie aus Polen eine unabhängige Nation, die mit Rußland nur durch das Band Ihrer erhabenen Dynastie verknüpft ist; dieß ist die einzige Lösung, welche dem Blutvergießen Einhalt thun kann.“ Am 31. that sich auch in Wilna eine

Nationalregierung auf und erklärte Litthauen und Rothrußland für untrennbare Bestandtheile Polens. Am 9. April verbot die Warschauer Nationalregierung die Zahlung der Steuern an Rußland und theilte das Land in 23 Kreise mit Zweigcomités für Einziehung der Steuern, Rekrutirung, Vollziehung der Strafgesetze; und als ein kaiserliches Manifest vom 13. Allen Verzeihung bot, welche bis zum 1. Mai zum Gehorsam zurückkehren würden, erwiderte die geheime Regierung, telegraphisch davon unterrichtet, am gleichen Tage: „weg mit der Gnade des Czaren; wir haben das Schwert ergriffen, das Schwert allein wird unsern Streit mit Moskau entscheiden.“

Wenn das Schwert allein entschied, so mußte der Czar zuletzt Sieger bleiben, denn die einzelnen Insurgentenbanden, welche noch nicht einmal so weit waren, sich zu einem Heere zusammenzuschließen, waren den unaufhörlich sich verstärkenden Truppenmassen der Russen weit nicht gewachsen: und dieß um so weniger, als die Bauern nicht in irgend erheblicher Zahl sich dem Aufstande anschlossen, der ihnen nichts zu bieten hatte, was sie nicht aus den Händen der Regierung empfangen oder zu erwarten hatten. Jedoch hatten unterdessen auch die europäischen Mächte ihre Aufmerksamkeit dem großen Brande, der seinen Feuerschein weithin über den ganzen Welttheil warf, zugewendet. Das preußische Cabinet, bereits unter der Leitung eines Mannes, dessen Politik nicht von gefühlvollen Anwandlungen beherrscht wurde, hatte unumwunden sich auf die russische Seite gestellt und am 8. Februar eine geheime Convention mit dieser Macht geschlossen, mit welcher Preußen in dieser Sache die Consequenzen der Theilungsverträge des vorigen Jahrhunderts gemeinsam zu tragen hatte. Die preußische Regierung hielt diese Politik, einer tendenziösen Opposition zum Trotze, fest; dagegen hatte sich Oestreich den westlichen Mächten England und Frankreich angeschlossen, und am 17. April überreichten die Gesandten dieser drei Mächte ihre Noten mit einem gleichlautenden Begleitschreiben, in welchem jedoch nicht über freundschaftliche Vorstellungen ziemlich allgemeiner Art hinausgegangen wurde. Die russische Regierung hatte keine Mühe, dieselben mit dem Hinweis auf dasjenige zu beantworten, was der Kaiser den Polen bereits und aus freien Stücken gewährt habe, sowie auf die Aufreizungen, welche von außen kämen, auf die Thätigkeit der gesammten europäischen Revolutionspartei, welche die allgemeine Geißel dieser Zeit bilde: in der Bekämpfung des Aufstandes ließ sie sich nicht irre machen. Gegen die Ausbreitung der Insurrection in Litthauen hatte sie schon im März durch einen Ukas sich gewehrt, der alle obligatorischen, auf dem Boden ruhenden Beziehungen zwischen Bauern und Gutsbesitzern vom 1. Mai 1863 an aufhob und von diesem Tage an die Bauern für freie Eigenthümer erklärte; alle

Geldzahlungen sollten von da ab an die Regierungskassen und erst von diesen an die Gutsbesitzer gemacht werden; im eigentlichen Polen wurde die Verwaltung gänzlich den Militärbehörden, dem General Berg, welcher dem Großfürsten beigegeben war, überwiesen. In Rußland selbst hatte der Aufstand eine lebhafte Aufwallung des russischen Nationalbewußtseins erregt, dessen Kraft die Einmischung der Mächte nur steigerte: in zahlreichen Deputationen und Ergebenheitsadressen kam dieß zum Ausdruck. Der Termin der kaiserlichen Amnestie verlief wirkungslos; im Juni erließ die Nationalregierung ein neues Decret, welches den Terrorismus organisirte, in jedem Kreise ein Revolutionstribunal einführte: im Falle die Todesstrafe nicht vollzogen werden kann, wird der Verurtheilte außerhalb des Schutzes der Gesetze erklärt. Diesen Revolutionstribunalen setzte dann in Litthauen der neuernannte Gouverneur, General Murawieff, ein nicht minder furchtbares Decret (8. Juni) gegenüber, in welchem unnachsichtige Strenge gegen Priester und Klöster eingeschärft, Anzeigen zur Pflicht gemacht, die Regierung ganz militärisch organisirt, alle civilen Gewalten den soldatischen untergeordnet wurden. Es war Blut gegen Blut; zugleich belegte er alle Güter des polnischen Adels mit einer Abgabe von zehn Procent.

Vorläufig fand indeß die unsichtbare Nationalregierung in Warschau noch unbedingten Gehorsam. Am 9. Juni ward in der dortigen Hauptkasse ein colossales Deficit entdeckt; am 18. erklärte eine Bekanntmachung des Comités, daß die fehlende Summe — es seien 22,012,992 fl. 20 Groschen — auf ihren Befehl von den betreffenden Beamten an die Nationalregierung abgeliefert worden sei. Und während die geheime Regierung fortfuhr, ihre Justiz und ihre Finanzen zu organisiren, goß auch die Geistlichkeit ihr Oel hinzu, das bekanntlich solche Flammen am besten nährt: als im Juni ein Capuziner mit dem Strange hingerichtet ward und der Erzbischof, der mit seinem Capitel protestirt hatte, nach Petersburg berufen und dort zurückgehalten wurde, verbot ein Erlaß des Generalvicars allen kirchlichen Gesang, alles Orgelspiel und Glockengeläute im Lande.

Am 27. Juni erfolgte ein zweiter Schritt der drei Mächte. Dießmal waren sechs Punkte als Grundlage einer Befriedigung des Landes aufgestellt: vollständige Amnestie, nationale Vertretung, nationale Verwaltung, Gewissensfreiheit und Aufhebung aller die Ausübung des katholischen Cultus hemmenden Beschränkungen, ausschließlicher Gebrauch der polnischen Sprache als Amtssprache, Einführung eines gesetzlich geordneten Rekrutirungssystems; England und Frankreich schlugen die Proclamirung eines einstweiligen Waffenstillstandes durch den Kaiser von Rußland und eine Conferenz der acht Mächte, welche den Wiener Vertrag unterzeichnet hätten, vor. Fürst Gortschakoff be-

antwortete alle diese Vorschläge ablehnend. Er wollte von einer Conferenz der acht Mächte nichts wissen, da die Sache nur die Theilungsmächte berühre. Der europäische Charakter der Frage liege nur in der Action der revolutionären Elemente aller Länder, welche sich derzeit im Königreich Polen concentrire. Unbeirrt durch diese Intervention arbeitete Rußland an der völligen Niederwerfung des Aufstandes weiter, und man muß gestehen, daß dabei dem Jahrhundert der Humanität, wie man etwas vorschnell das neunzehnte genannt hat, viel zugemuthet wurde, wenn Murawieff den Eifer der von ihm ins Leben gerufenen Bauernwehren durch das scheußliche Decret (18. Juli) belebte, in welchem er für jeden an den nächsten Militärchef eingelieferten Insurgenten drei, und wenn derselbe bewaffnet war, fünf Silberrubel Prämie und Fanggeld, wie etwa bei Wölfen, aussetzte. Obwohl allmälig Erfolge sichtbar wurden, so ging doch der schreckliche kleine Krieg in dem weitgedehnten Lande seinen blutigen Gang weiter, und die geheime Regierung in Warschau wenigstens schien in ihren Ansprüchen noch keineswegs herabgestimmt: als Ziel des Aufstandes bezeichnete ihr Decret vom 31. Juli abermals die Wiederherstellung Polens innerhalb der Gränzen von 1772. Demgegenüber wurden die Zwangsmittel immer furchtbarer: am 11. August setzte die Regierung einen Termin von zwölf Tagen für die Zahlung der rückständigen Steuern, nach dessen Ablauf Einquartierung nach Willkür, Schließung der Magazine, Fabriken u. s. w. in Aussicht standen; im September sah sie sich genöthigt, den Belagerungszustand in Warschau sehr wörtlich zu nehmen und die Stadt zehn Tage lang völlig abzusperren; überall, selbst in den Nonnenklöstern, suchte man nach der geheimen Nationalregierung. Man fand sie nicht; eine Woche später wurde ein Attentat auf den General Berg gemacht — Großfürst Constantin war am 25. August nach Petersburg zurückgekehrt —; die Nationalregierung verfehlte nicht bekannt zu machen, daß der Mordanfall auf ihren Befehl geschehen sei: sie habe die Ausrottungspolitik, wie sie Murawieff in Litthauen verfolge und wie sie Berg nun auch im Königreich zu befolgen sich anschicke, im Keime ersticken wollen.

Murawieff seinerseits schien in der That am Ziele angelangt: er meldete am 15. October an die Regierungen der ihm unterstehenden Bezirke, daß der Aufstand im Bereiche seiner Machtbefugnisse unterdrückt sei. Im Königreiche machte man neue Anstrengungen, um gleiche Lorbeeren zu erringen. Der Stadt Warschau wurde am 31. October, um sie mürbe zu machen, eine außerordentliche Contribution auferlegt, das Tragen jeder Art von Trauerkleidern verboten, neue massenhafte Verhaftungen dort angeordnet, auch auf die Einkünfte der Geistlichkeit eine Contribution gelegt, und ein General als Polizeiminister mit um=

fassenden Befugnissen an die Spitze einer neuorganisirten Landespolizeiverwaltung gestellt. Vergebens rief die Nationalregierung nun nochmals in einem in polnischer, litthauischer und kleinrussischer Sprache abgefaßten Manifeste, alle Versprechungen völliger Emancipation wiederholend, die Bauern auf, gemeinsam mit dem Adel zum Sturze der russischen Herrschaft die Waffen zu ergreifen. Gegenüber dem furchtbaren Drucke einer wohlorganisirten Militärpolizei begann auch der Heroismus des Hasses allmälig zu erlahmen: und mit der Hoffnung einer Intervention Europas war es ohnehin vorbei.

Im August hatten die drei Mächte sich zum dritten Male für Polen verwendet. Sie schoben Rußland die schwere Verantwortung für die Folgen zu, welche sich aus der Ablehnung ihrer Vorschläge ergeben könnten. Es waren energische Worte, aber doch, auch von Seiten Frankreichs, nicht mehr als Worte: die Note dieser Macht vom 3. August constatirte „die Nutzlosigkeit unserer Bemühungen" und fügte, die Faust in der Tasche, hinzu: „das Cabinet von St. Petersburg giebt uns die volle Freiheit unseres Urtheilens und Verfahrens zurück". Dieses seinerseits begnügte sich in seiner Antwort vom 7. September, über jene mehr oder weniger versteckten Drohungen Quittung auszustellen und erklärte die Discussion für geschlossen.

Den drei Mächten blieb nichts übrig, als gute oder böse Miene zum verlorenen, von Anfang an nicht sehr aussichtsvollen Spiele zu machen. Oestreich steckte die Note ruhig ein; England richtete am 20. October noch eine letzte Depesche nach Petersburg, in welcher sich die Worte fanden, „daß die Rechte Polens in derselben Urkunde enthalten seien, welche den Kaiser von Rußland zum König von Polen machte"; der Kaiser Napoleon aber zog einen letzten Pfeil aus seinem Köcher, der jedoch, sein Ziel verfehlend, auf den Schützen zurücksprang. Er brachte die große Angelegenheit in seiner Thronrede vom 5. November (1863) zur Sprache. Die Absicht sei gewesen, sagte er, in dieser Sache mit dem vollen Gewichte der Meinung Europas auf Rußland zu drücken: dieß sei nicht gelungen. Was bleibt also zu thun übrig? fragte er: Krieg oder Schweigen? „Nein," fuhr er mit höchst energischer Betonung fort, „ohne daß wir zu den Waffen greifen oder schweigen, bleibt uns noch ein Mittel übrig, nämlich die polnische Sache einem europäischen Gerichtshofe zu unterbreiten." Er meinte einen Congreß, für welchen er die Zeit gekommen glaubte, und er benützte die Gelegenheit, den Verträgen von 1815, den bei den Franzosen so sehr verhaßten, den Krieg zu erklären. Diese Verträge, sagte er, existiren nicht mehr: fast überall sind sie gebrochen worden, in Griechenland, Belgien, Frankreich, Italien, an der Donau; Deutschland regt sich, um sie zu verändern, England hat sie durch die Abtretung der jonischen In=

seln in hochherziger Weise modificirt, und Rußland tritt sie in Warschau unter die Füße — „es ersäuft sie im Blute" soll der erste Entwurf gelautet haben.

Wir werden das Schicksal dieser Idee eines neuen Congresses, die hier mit solchem Nachdruck ausgesprochen und geradezu zu der Frage: Congreß oder Krieg? zugespitzt wurde, weiterhin kennen lernen; sie hinderte Rußland nicht, das gehetzte Wild, das blutend am Boden lag, vollends zu tödten, soweit eine Nation sterblich ist. Während in Litthauen Murawieff die „friedliche" Ausrottung des polnischen Wesens mittelst russisch eingerichteter Volksschulen ins Werk setzte, trat im Königreich die militärische Dictatur des Grafen Berg ins Leben. In Litthauen führte eine Verordnung (Februar 1864) die russische Sprache als ausschließliche Geschäftssprache ein, im Königreich wurde die Verwaltung in allen wichtigeren Stellen ganz russisch; auch in Volhynien, Podolien, der Ukraine, Provinzen des alten Polenreichs, wurden nach Möglichkeit nationalrussische Beamte eingesetzt, die polnischen entfernt. Noch dauerte die hartnäckige Insurrection aus; aber die Bauern zu Bundesgenossen zu machen, hatte das alte Polen den Theilungsmächten leicht gemacht: im März ward, indem die Reste der Leibeigenschaft vollends beseitigt wurden, die ländliche Bevölkerung in Gemeinden organisirt, welche vom Grundadel durchaus unabhängig waren. Im Frühling 1864 erlosch der Aufstand vollends. An die Stelle der energischen Decrete der geheimen Nationalregierung, von der man einige Mitglieder im Februar entdeckt zu haben glaubte und verhaftete, traten die Loyalitätsadressen und die Gnadengesuche, und zahlreicher als gewöhnlich bewegten sich die traurigen Carawanen Derjenigen, welche zum Exil in Sibirien, sei es verurtheilt, sei es begnadigt waren, nach dem Osten.

Unter den übrigen Völkern, die unter russischem Scepter vereinigt waren, machte die neuauflebende Nationalitätsidee, welche hier als tiefe mächtige Gluth einen Volkskörper ergriff, dort als Flackerfeuer in unruhigen Flammen zuckte, oder in Einem vulkanischen Ausbruch sich ergoß und verzehrte, weniger zu schaffen. Für **Finnland** ergriff ein kaiserliches Manifest vom 10. April 1862 selbst die Initiative zur Herstellung der alten Landesverfassung, indem es zunächst einen Ausschuß von vertrauenswerthen Männern der vier alten Stände berief, dem dann die Einberufung dieser Stände selbst zu seiner Zeit folgen sollte. Des unbeliebten dortigen Generalgouverneurs Grafen Berg bedurfte man bald in Polen und ersetzte ihn in Finnland, wo gleichzeitig eine mildere Censurpraxis eingeführt wurde, durch einen beliebteren. Doch war die Loyalität in dieser neuesten Erwerbung Rußlands während des polnischen Aufstandes nicht so feurig, wie in den altrussischen

Landschaften: es wurde unliebsam bemerkt, daß einzelne städtische Behörden im Lande die Unterzeichnung von Ergebenheitsadressen verweigerten. Gleichwohl berief der Kaiser im Juni 1863 den allgemeinen Landtag der Stände Finnlands und eröffnete, indem er damit die alte finnische Verfassung vom Jahre 1772 wieder belebte, denselben im September jenes Jahres mit einer Thronrede, in welcher er für das Großfürstenthum das constitutionell-monarchische Prinzip betonte und eine regelmäßige Wiederkehr dieser Nationalversammlungen in Aussicht stellte.

Es konnte nicht fehlen, daß in einem an Verfassungsschöpfungen so fruchtbaren Jahrhundert es nicht an Solchen mangelte, welche auch das gesammte russische Reich mit einer Repräsentativverfassung glücklich machen wollten, und zwar ganz dem revolutionären Radicalismus gemäß, der am liebsten erntet, wo er weder gesäet noch geackert hat, nicht nach und nach, sondern mit Einem Schlage. Dergleichen Ideen wurden von einer Adelsversammlung zu Twer im Februar 1862 in einer Adresse ausgesprochen, deren Ton bewies, wie sehr sich die Zeiten seit Nicolaus I. geändert hatten. Sie nahmen die Bauernemancipation vollständig an; nur müsse diese rettende Maßregel unverzüglich ins Werk gesetzt werden. Indem sie sich überzeugt erklärten von der reinen Absicht des Kaisers, verwarfen sie den Uebergangszustand, den seine Räthe ersonnen, und der, weder Freiheit noch Sclaverei, den Grundbesitzern wie dem Volke gleich unerträglich sei. „Wir sind überzeugt", fuhren sie fort, „daß die unternommenen Reformen ohne Erfolg bleiben, weil sie ohne Befragung des Volkswillens unternommen sind: die Berufung von Deputirten aus dem ganzen russischen Reich ohne Unterschied der Klassen und Stände ist nach unserer Ansicht der einzige Weg zur Lösung der durch die Ukase vom 3. März gestellten, aber nicht gelösten Fragen." Dreizehn dieser hochwohlgeborenen Demokraten, welche in dem Reiche Peter's des Großen über Nacht die Demokratie Nordamerikas einführen wollten, wurden verhaftet und nach St. Petersburg gebracht, wo sie aber der Kaiser, hochherzig und vernünftig wie er war, bald begnadigte: an dem großen Werke der Aufhebung der Leibeigenschaft und der Hebung des Reichs durch materielle Verbesserungen ließ er sich durch solche der Zeit vorauseilende Forderungen nicht irren.

Nachdem die nothwendigsten Vorarbeiten beendigt waren, auch der Staatsrath unter des Kaisers Vorsitz am 28. Januar 1861 sich für die Aufhebung der Leibeigenschaft entschieden hatte, erschien am 17. März ein kaiserliches Manifest, welches von allen Kanzeln des Reichs verkündet wurde. Der Kaiser warf in demselben einen Blick auf die Bemühungen seiner Vorfahren zur Verbesserung der Lage der Bauern:

er seinerseits habe dieses Werk mit einem Beweise des Vertrauens zu dem Adel Rußlands begonnen, und dieses Vertrauen sei nicht getäuscht worden. „Rußland wird nie vergessen, daß der Adel einzig und allein durch seine Achtung vor der Menschenwürde und durch die Liebe gegen seine Nächsten bewogen, aus freien Stücken auf die Rechte Verzicht leistete, die ihm die nunmehr abgeschaffte Leibeigenschaft ertheilte, und daß derselbe die Grundfesten einer neuen Zukunft, die den Bauern nunmehr eröffnet ist, legte." Der Kaiser gab die nöthigen Verfügungen und Anordnungen für die Zeit des Ueberganges, denn nicht auf Einmal könne ein so großes Werk gelingen: „und nun", schloß das Manifest, „frommes und getreues Volk, mache auf deiner Stirn das heilige Zeichen des Kreuzes und vereinige deine Gebete mit den Unsrigen, um den Segen des Allerhöchsten auf deine erste freie Arbeit, das gesicherte Unterpfand deiner persönlichen Wohlfahrt, sowie des allgemeinen Besten, herabzuflehen."

Nach einem amtlichen Bericht vom 31. December 1863 hatte die Gesammtmasse der Bauern ihr Verhältniß zu den Grundbesitzern um jene Zeit bis auf einen geringen Rest vollständig geregelt.

Auch sonst trug die Regierung Alexander's II. überall den Charakter gleichmäßigen, wohlüberlegten Fortschreitens, und die einzelnen Maßregeln des Fortschritts wurden zwar nicht mit einem chimärischen russischen Reichsparlament, aber mit Specialcommissionen Fachkundiger oder auf außerordentlichen Adelsversammlungen besprochen und berathen, denen die Regierung eine Reihe von Fragen des allgemeinen Wohls vorlegte: Verbesserung der Gemeindeverwaltung, neue Gerichtsorganisation, Organisation des höheren Unterrichts. Am 28. Januar 1862 wurde das Reichsbudget für jenes Jahr veröffentlicht. Für die persönliche Freiheit ward Sorge getragen durch eine Anordnung, welche für jeden gefänglich Eingezogenen ein erstes Verhör binnen 24 Stunden gebot, und am 21. Januar 1864 wurden Kreis- und Provinzialvertretungen für ganz Rußland mit einigen localen Ausnahmen eingeführt. Auch die Eisenbahnverbindung mit dem Westen ward vervollständigt, am 6. Mai 1862 die tägliche Eisenbahnverbindung zwischen Berlin und St. Petersburg eröffnet.

Man darf dem hinzufügen, daß die russische Regierung am 18. August 1862 durch eine Note des Fürsten Gortschakoff auch ihren Frieden mit Italien machte. Sie bekannte sich beruhigt durch die Erklärungen des Turiner Cabinets, welches das monarchische Prinzip und die gesellschaftliche Ordnung bewahren wolle, sowie durch die thatsächlichen Beweise von der Aufrichtigkeit dieser Erklärungen. „Unter diesen Umständen", hieß es in dem überaus versöhnlichen Schreiben, „dürfen wir unsere moralische Unterstützung weder dem Cabinette, welches dieses

Program proclamirt hat, noch der aufgeklärten Majorität eines Landes versagen, für das wir nur Gesinnungen des Wohlwollens und der gegenseitigen Sympathie haben." Ein großer Fortschritt lag in dieser Erklärung besiegelt, mit welcher das russische Reich der Politik Alexander's I. und Nicolaus' I. den Abschied gab und die diplomatischen Beziehungen zu dem jungen italienischen Staate aufnahm; der Kaiser konnte diesen Schritt mit reinem Gewissen thun, da er eben damals in Polen die Reformen anbot, deren hartnäckige Versagung, als es noch Zeit war, die italienischen Throne entwurzelt hatte.

Es gab nur noch Ein Land in Europa, das sein Verhängniß zwang, der neuen Nation die Anerkennung zu versagen: Oestreich.

4. Oestreich.

Für Oestreich führte die Niederlage von Solferino und was in ihrem Gefolge weiter sich begab, eine Zeit schwerer Krisen herauf. Es war nicht blos, ja es war am wenigsten vielleicht das östreichische Heer, welches an jenem furchtbaren Tage besiegt worden war. Der kurze Feldzug und sein übler Ausgang war ein vernichtendes Gericht, das über die elende Restaurations- und Pfaffenregierung erging, welcher der Staat seit den Stürmen von 1848 verfallen war und in die Trauer um die verlorene Schlacht mischte sich selbst in Wien eine Art grimmiger Schadenfreude über den kläglichen Bankerott des herrschenden „Systems". Die Erklärung dieses Bankerotts gaben oder vervollständigten einige schauerliche Vorgänge, die rasch aufeinanderfolgend die öffentliche Aufmerksamkeit in peinlichem Maße auf sich zogen und rege hielten. Einer der Günstlinge des Grafen Grünne, General von Eynatten, wurde im Februar 1860 wegen Unterschleifs verhaftet und erhängte sich im Gefängniß (8. März). Am 6. März wurde der Director der Creditanstalt, Richter, und mehrere angesehene Triester Kaufleute verhaftet; am 12. April entleibte sich der Präsident der Börsenkammer und Bankdirector Robert: und wenige Wochen später erfuhr man, daß am 23. auch der Finanzminister Freiherr von Bruck, dem einige sehr einflußreiche aber ebenso zweideutige Organe der Presse den Ruf des eigentlichen großen Regenerators von Oestreich künstlich zu Wege gebracht hatten, Hand an sich selbst gelegt habe. Das Letztere erregte das meiste Aufsehen. Während die Stimmung allenthalben aufs Höchste durch die Verhaftungen und was damit zusammenhing aufgeregt war, hatte der Minister plötzlich seine Entlassung vom Kaiser erbeten und erhalten. Man nahm ihn ohne Beweis und vorschnell für einen Genossen der Schelme, die sich am öffentlichen Unglück bereichert hatten, und eine dem Emporkömmling feindliche Adels- und Hofcoterie scheint diesen Verdacht genährt zu haben. So endigte er, unfähig fal-

schen Beschuldigungen und dem Sturz von seiner Höhe gegenüber sich auf ein reines und hohes Bewußtsein zurückzuziehen, wie Einer, der am Spieltisch nach übermäßigem Gewinn den entscheidenden Wurf verliert. Ein Mitschuldiger der großen Betrügereien während des italienischen Feldzugs, bei deren Untersuchung übrigens nicht viel herauskam, weil die Schelme sich wohl vorgesehen hatten, war er nicht; wohl aber hatte er den großen Betrug mit verübt, welcher von Staatswegen bei Gelegenheit der Nationalanleihe von 1854 geschehen war und den man jetzt eingestehen mußte: daß man nämlich, während die Anleihe zu 500 Millionen aufgelegt worden war, die 110 Millionen, welche über diese Summe gezeichnet worden, ruhig und ohne etwas zu sagen, mitgeborgt und mitdurchgebracht hatte.

Es war noch vor dem Friedensschlusse klar, daß es in Oestreich anders werden müsse, und der gedemüthigte Kaiser selbst, der, wie er den Feldzug übereilt begonnen, so die entscheidende Schlacht persönlich verloren hatte, empfand das Bedürfniß, die Gemüther abzulenken und seinen Unterthanen eine Art von Entschädigung zu bieten. In dem Manifest vom 15. Juli 1859, in welchem er seinen Völkern den Frieden ankündigte, redete er, nachdem er für den Abschluß des Friedens eine Art von Entschuldigung ausgesprochen, deren es nicht bedurfte — „ohne Bundesgenossen weiche ich nur den ungünstigen Verhältnissen der Politik" — von der Nothwendigkeit, nunmehr Aufmerksamkeit und Sorgfalt der Entwickelung der geistigen und materiellen Kräfte des Staats und zeitgemäßen Verbesserungen in Gesetzgebung und Verwaltung zu widmen: arme Worte angesichts der ungeheuren Gefahren, welche mit gesammelter Kraft von der großen Niederlage des Jahres 1848 und 1849 sich wiedererhebend, von allen Punkten wider das Reich anstürmten. Die Gefahr lag dießmal nicht darin, daß die Massen aus Rand und Band gewesen wären, wie im Jahre 1848. Sie lag dießmal tiefer: sie lag darin, daß eine Regierung, in ihrer Autorität durch die letzten Ereignisse geschwächt, genöthigt war, die reformirende Hand an ein System lang angesammelter Mißbräuche zu legen. Sie erreichte, selbst wenn der Wille sehr ernst, die Hände sehr geschickt gewesen wären, damit keine Besserung. Wie eine Reparatur an einem verwitterten Gebäude deckte jede reformatorische Maßregel nur neue Schäden auf, die sich dem empfindlicher gewordenen Bewußtsein, dem geschärften Auge einer plötzlich wieder zum Worte kommenden Kritik nunmehr wie mit Einem Male enthüllten: indem man sich anschickte, das alte Haus abzutragen, umzubauen, drohte es mehr als Einmal den Bauleuten über dem Kopfe zusammenzufallen.

Eine Veränderung des Ministeriums erfolgte am 22. August, indem der verhaßteste der Minister, Alexander von Bach, entfernt und

als Gesandter beim Papste zu seinen Freunden nach Rom geschickt wurde. An seine Stelle kam ein polnischer Magnat, der seitherige Statthalter von Galizien Graf Goluchowsky; Polizeiminister ward der frühere französische Gesandte Baron Hübner, den man für liberal gesinnt nahm; die Uebrigen blieben: eine Aenderung aber, wie immer beschaffen, wurde als eine Besserung begrüßt, wie es bei so trauriger Lage zu geschehen pflegt. Eine Maßregel von, so schien es, nur localer Bedeutung brachte aber nunmehr die Dinge in rascheren Fluß.

Ein kaiserliches Patent vom 1. September gestand den Protestanten Ungarns die selbstständige Verwaltung ihrer kirchlichen Angelegenheiten zu. Dieß war der Schein: in Wahrheit octroyirte es denselben aus kaiserlicher Macht eine Kirchenverfassung, und wir erinnern uns, daß man einst das Concordat damit hatte rechtfertigen wollen, daß demnächst auch allen übrigen Religionsgemeinschaften eine ähnliche „Verfassung" gegeben werden würde. Die Thorheit desselben Ministers, welcher das Concordat gemacht, des Grafen Leo Thun, brachte nun durch eine kirchliche Bewegung die politische in Fluß, und zwar in demjenigen Lande, in welchem seit Solferino die gährenden Gemüther ohnehin kaum mehr zu zügeln waren. Die ungarischen Protestanten, zahlreich, mannhafter Vertheidigung ihrer Gerechtsame nicht ungewohnt wie sie waren, nahmen ihrer großen Mehrheit nach das Danaergeschenk des Grafen Thun nicht an: sie gaben damit das Signal zur Rückforderung der alten ungarischen Verfassung, welche nach der Anschauung der absoluten Regierung durch die große Rebellion von 1848 verwirkt worden war. Kirchliche Gesetze zu geben, war der Sinn der Erklärungen ihrer zahlreichen „Convente", sei *ihre* Sache: ein octroyirtes Patent dieser Art von der Gewalt heute gegeben, konnte von der Gewalt morgen wieder zurückgenommen werden, wie mit der Märzverfassung geschehen: sie wollten ihre alte Kirchenverfassung, nichts sonst: und bald mußte man sich in Wien zu der Erkenntniß bequemen, daß mit einem renovirten Ministerium von Absolutisten nichts gewonnen sei, daß man eine völlig neue Bahn werde einschlagen müssen. Im December erfolgte eine weitere Reform: eine freisinnige Gewerbeordnung und die Errichtung einer Staatsschuldencommission, da der Regierung allmälig bei ihrer alleinigen Verantwortung der schlimmer und schlimmer werdenden Finanzlage selber bange ward.

Die ungarischen Protestanten verharrten in ihrer Ablehnung. Die Kraft der Bewegung, durch Gewaltmaßregeln gereizt, nahm zu. Der Gang der zahllosen Angeklagten vor die Schranken der Gerichte verwandelte sich überall in Triumphzüge; man kam mit den Processen gegen die Führer nicht weiter und konnte gegen die Thatsache nicht aufkommen, daß während etwa 40,000 dem Patente zugestimmt hatten,

die übrigen 2,600,000 es verwarfen. Man mußte sich nun doch zu dem Wege der Unterhandlungen bequemen; zugleich war auch (30. Januar 1860) die Vertrauenscommission, welche die Regierung in Sachen eines zu erlassenden Gemeindegesetzes in Pest zusammengerufen hatte, zu dem Ergebniß gekommen, daß ein solches Gesetz in wirksamer Weise nur von „der Landesvertretung“ — nicht irgend einer, sondern der Landesvertretung — in Angriff genommen werden könne, und sie beantragte demgemäß die baldmöglichste Berufung dieser Letzteren.

Mit diesem Prinzip, Repräsentanten des Landes zu berufen, mußte man sich überhaupt jetzt wieder vertraut machen, und nicht blos in Ungarn. Die Finanzlage war der Art, daß demnächst neue Anleihen — eine Creditoperation nannte man es auf diesem Boden, wo man gelernt hatte, den häßlichen Dingen schöne Namen zu geben — unerläßlich wurden und es gehörte nicht viel Prophetengabe dazu, um vorher zu sagen, daß freiwillig einer absoluten Regierung kein Mensch mehr etwas borgen würde, und gezwungen noch weniger: hier war ein zweites Solferino zu verlieren. Demgemäß berief nun ein kaiserliches Patent vom 5. März 1860 eine Vertrauenscommission in großem Styl, einen „verstärkten Reichsrath“, in welchen zu dem ordentlichen Reichsrathe, von dessen Existenz Viele damals zum ersten Male erfuhren, eine Anzahl lebenslänglicher Mitglieder, Erzherzoge, kirchliche Würdenträger, andere Notabeln und 38 von den Landesvertretungen dem Kaiser präsentirte, also gewissermaßen gewählte Mitglieder hinzutreten und eine periodisch einzuberufende Versammlung bilden sollten. Unglücklicher Weise bestanden aber jene Landesvertretungen selbst noch nicht, und so mußte denn für dießmal der Kaiser auch jene 38 künftig zu Wählenden ernennen. Dieser verstärkte Reichsrath sollte die Finanzlage prüfen und künftighin das Budget feststellen, die Abschlüsse und die Vorlagen der Staatsschuldencommission untersuchen; desgleichen sollten ihm alle wichtigeren Entwürfe von Reichsgesetzen, sowie die Vorlagen für die einzelnen Landesvertretungen zur Prüfung vorgelegt werden, ein selbstständiges Recht der Initiative zu Gesetzvorschlägen würde ihm jedoch nicht zustehen. Die amtliche Zeitung bezeichnete diese erste Ausgeburt der Verlegenheit als die Krone der vom Kaiser versprochenen Reformen: alle Welt dagegen legte ihr die Bedeutung eines ersten Schrittes auf einer neuen Bahn, die zu ernsthafteren Versuchen auf constitutionellem Boden führen müsse, bei. Daß man auf dem „verstärkten Reichsrath“ allein den gesunkenen Credit des Staates nicht wieder aufbauen konnte, zeigte der klägliche Mißerfolg einer Anleihe von 200 Millionen Gulden, welche am 22. März aufgelegt, bis zum 15. April nur erst für 76 Millionen Zeichner fand.

als Gesandter beim Papste zu seinen Freunden nach Rom geschickt wurde. An seine Stelle kam ein polnischer Magnat, der seitherige Statthalter von Galizien Graf Goluchowsky; Polizeiminister ward der frühere französische Gesandte Baron Hübner, den man für liberal gesinnt nahm; die Uebrigen blieben: eine Aenderung aber, wie immer beschaffen, wurde als eine Besserung begrüßt, wie es bei so trauriger Lage zu geschehen pflegt. Eine Maßregel von, so schien es, nur localer Bedeutung brachte aber nunmehr die Dinge in rascheren Fluß.

Ein kaiserliches Patent vom 1. September gestand den Protestanten Ungarns die selbstständige Verwaltung ihrer kirchlichen Angelegenheiten zu. Dieß war der Schein: in Wahrheit octroyirte es denselben aus kaiserlicher Macht eine Kirchenverfassung, und wir erinnern uns, daß man einst das Concordat damit hatte rechtfertigen wollen, daß demnächst auch allen übrigen Religionsgemeinschaften eine ähnliche „Verfassung" gegeben werden würde. Die Thorheit desselben Ministers, welcher das Concordat gemacht, des Grafen Leo Thun, brachte nun durch eine kirchliche Bewegung die politische in Fluß, und zwar in demjenigen Lande, in welchem seit Solferino die gährenden Gemüther ohnehin kaum mehr zu zügeln waren. Die ungarischen Protestanten, zahlreich, mannhafter Vertheidigung ihrer Gerechtsame nicht ungewohnt wie sie waren, nahmen ihrer großen Mehrheit nach das Danaergeschenk des Grafen Thun nicht an: sie gaben damit das Signal zur Rückforderung der alten ungarischen Verfassung, welche nach der Anschauung der absoluten Regierung durch die große Rebellion von 1848 verwirkt worden war. Kirchliche Gesetze zu geben, war der Sinn der Erklärungen ihrer zahlreichen „Convente", sei *ihre* Sache: ein octroyirtes Patent dieser Art von der Gewalt heute gegeben, konnte von der Gewalt morgen wieder zurückgenommen werden, wie mit der Märzverfassung geschehen: sie wollten ihre alte Kirchenverfassung, nichts sonst: und bald mußte man sich in Wien zu der Erkenntniß bequemen, daß mit einem renovirten Ministerium von Absolutisten nichts gewonnen sei, daß man eine völlig neue Bahn werde einschlagen müssen. Im December erfolgte eine weitere Reform: eine freisinnige Gewerbeordnung und die Errichtung einer Staatsschuldencommission, da der Regierung allmälig bei ihrer alleinigen Verantwortung der schlimmer und schlimmer werdenden Finanzlage selber bange ward.

Die ungarischen Protestanten verharrten in ihrer Ablehnung. Die Kraft der Bewegung, durch Gewaltmaßregeln gereizt, nahm zu. Der Gang der zahllosen Angeklagten vor die Schranken der Gerichte verwandelte sich überall in Triumphzüge; man kam mit den Processen gegen die Führer nicht weiter und konnte gegen die Thatsache nicht aufkommen, daß während etwa 40,000 dem Patente zugestimmt hatten,

die übrigen 2,600,000 es verwarfen. Man mußte sich nun doch zu dem Wege der Unterhandlungen bequemen; zugleich war auch (30. Januar 1860) die Vertrauenscommission, welche die Regierung in Sachen eines zu erlassenden Gemeindegesetzes in Pest zusammengerufen hatte, zu dem Ergebniß gekommen, daß ein solches Gesetz in wirksamer Weise nur von „der Landesvertretung" — nicht irgend einer, sondern der Landesvertretung — in Angriff genommen werden könne, und sie beantragte demgemäß die baldmöglichste Berufung dieser Letzteren.

Mit diesem Prinzip, Repräsentanten des Landes zu berufen, mußte man sich überhaupt jetzt wieder vertraut machen, und nicht blos in Ungarn. Die Finanzlage war der Art, daß demnächst neue Anleihen — eine Creditoperation nannte man es auf diesem Boden, wo man gelernt hatte, den häßlichen Dingen schöne Namen zu geben — unerläßlich wurden und es gehörte nicht viel Prophetengabe dazu, um vorher zu sagen, daß freiwillig einer absoluten Regierung kein Mensch mehr etwas borgen würde, und gezwungen noch weniger: hier war ein zweites Solferino zu verlieren. Demgemäß berief nun ein kaiserliches Patent vom 5. März 1860 eine Vertrauenscommission in großem Styl, einen „verstärkten Reichsrath", in welchen zu dem ordentlichen Reichsrathe, von dessen Existenz Viele damals zum ersten Male erfuhren, eine Anzahl lebenslänglicher Mitglieder, Erzherzoge, kirchliche Würdenträger, andere Notabeln und 38 von den Landesvertretungen dem Kaiser präsentirte, also gewissermaßen gewählte Mitglieder hinzutreten und eine periodisch einzuberufende Versammlung bilden sollten. Unglücklicher Weise bestanden aber jene Landesvertretungen selbst noch nicht, und so mußte denn für dießmal der Kaiser auch jene 38 künftig zu Wählenden ernennen. Dieser verstärkte Reichsrath sollte die Finanzlage prüfen und künftighin das Budget feststellen, die Abschlüsse und die Vorlagen der Staatsschuldencommission untersuchen; desgleichen sollten ihm alle wichtigeren Entwürfe von Reichsgesetzen, sowie die Vorlagen für die einzelnen Landesvertretungen zur Prüfung vorgelegt werden, ein selbstständiges Recht der Initiative zu Gesetzvorschlägen würde ihm jedoch nicht zustehen. Die amtliche Zeitung bezeichnete diese erste Ausgeburt der Verlegenheit als die Krone der vom Kaiser versprochenen Reformen: alle Welt dagegen legte ihr die Bedeutung eines ersten Schrittes auf einer neuen Bahn, die zu ernsthafteren Versuchen auf constitutionellem Boden führen müsse, bei. Daß man auf dem „verstärkten Reichsrath" allein den gesunkenen Credit des Staates nicht wieder aufbauen konnte, zeigte der klägliche Mißerfolg einer Anleihe von 200 Millionen Gulden, welche am 22. März aufgelegt, bis zum 15. April nur erst für 76 Millionen Zeichner fand.

Man wollte bemerken, daß der hohe Adel und die reichen Bischöfe und Aebte mit Zeichnungen besonders zurückhaltend gewesen seien.

Zunächst in Ungarn, wo das Protestantenpatent von der großen Mehrzahl der Gemeinden nicht vollzogen worden war, ließ man sich zu weiteren Concessionen herbei. Am 19. April wurde Erzherzog Leopold durch den Feldzeugmeister Benedek, der ein geborener Ungar war und einen populären Namen hatte, ersetzt, es wurden die bestehenden fünf Statthaltereien wieder in Eine mit dem Sitze zu Ofen vereinigt, die Wiedereinführung der Comitatsverwaltungen angekündigt. Dann sollten, sagte der Kaiser, die Anträge in Betreff eines Landtags vorbereitet werden, „damit das in allen Kronländern einzuführende Prinzip der Selbstverwaltung durch Orts-, Bezirks- oder Comitatsgemeinden, durch Landtage und Landtagsausschüsse auch in meinem Königreich Ungarn zur Geltung gebracht werde." Allein dieß war es nicht, was man in Ungarn begehrte. Mit vollkommen richtigem politischem Tacte wollten sie hier von der neuen Repräsentativverfassung, die ihnen angekündigt wurde, nichts wissen. Verfassungen sind, wie guter Wein, je älter desto besser; eine neue Verfassung, in der Stunde der Noth und der Niederlage gegeben, konnte in der Stunde des Sieges und des Uebermuthes wieder genommen werden, noch ehe sie Zeit gehabt sich einzuleben; dagegen wenn man jetzt die alte Landesverfassung, den alten Rechtsboden zurückgewann, der im Jahre 1849 unter Blut und Trümmern verschwunden war, so hatte man einen dauernden Sieg errungen. Und es war nicht schwer zu sehen, daß dießmal das Land im Vortheil gegen die Regierung war. Schlimmer als vor 1859 konnte es nicht werden — wohl aber besser.

Es zeigte sich mit jedem Tage mehr, daß man bei dem bis dahin Gewährten nicht stehen bleiben könne, nicht dießseits noch jenseits der Leitha: und so kam man denn glücklich von einer Errungenschaft zur andern.

Am 31. Mai wurde der verstärkte Reichsrath durch den Erzherzog Rainer eröffnet. Die Geschäftsordnung, welche am Tage zuvor vertheilt worden war, schloß die Oeffentlichkeit aus und legte den Reichsräthen höchst abgeschmackter Weise die Verpflichtung auf, keinerlei Mittheilung über die Verhandlungen zu machen. Die paar ungarischen Mitglieder, die sich, während die meisten ablehnten, entschlossen hatten, dem Rufe des Kaisers zu folgen, die Grafen Apponyi und Andrassy, gaben sofort die Erklärung ab, daß sie in diesem Reichsrathe, in welchem sie nur einen durch die Weisheit des Monarchen vorgezeichneten Ausweg aus einem Ausnahmezustande sehen zu müssen glaubten, nur sich selbst, nicht aber Ungarn vertreten, dessen historische Rechte sie festzuhalten verpflichtet seien. Am 1. Juni hielt der Kaiser, indem er die

meist aus sehr vornehmen Herren bestehende Gesellschaft empfing, eine Art Thronrede, welche ziemlich farblos die Prüfung der Finanzlage als Hauptaufgabe bezeichnete, und am 19. Juli wurde eine außerordentliche Sitzung berufen, in welcher der vorsitzende Erzherzog dem Reichsrathe die Mittheilung machte, daß der Kaiser beschlossen habe, künftighin Erhöhungen und Neueinführung von Steuern sowie Anleihen nur mit Zustimmung des Reichsraths eintreten zu lassen. Der Reichsrath widmete sich denn auch mit eingehender Thätigkeit der Berathung der Finanzlage, was mit Nothwendigkeit auf die Erörterung politischer Prinzipienfragen führen mußte. Am 27. September erfolgte die Schlußabstimmung über die Anträge der Commission: in der Negative, „daß eine gedeihliche Zukunft des Reiches durch das jetzt bestehende System seiner inneren Organisation weder gesichert noch gefördert erscheine", war die gesammte Commission einig, und in der That nichts konnte wahrer sein; in Beziehung auf den Weg zu einem besseren Systeme aber spaltete sich die Commission in eine Mehrheit und eine Minderheit, und es trat der Gegensatz zu Tage, welcher in diesem Reiche die politische Entwickelung vorzugsweise beherrschen mußte — der Gegensatz des Centralismus und des Föderalismus. Die Mehrheit, 35 Stimmen, betonte die Autonomie der einzelnen Länder und die Anerkennung ihrer „historisch-politischen Individualitäten", — die Minderheit, 16 Stimmen, betonte die Reichseinheit, den Gesammtstaat, dem die nothwendigen Rechte gewahrt bleiben müßten, wenn die Großmachtstellung Oestreichs nicht Noth leiden solle. Ohne Zweifel: die Reichseinheit zu wahren, ohne die historisch-politischen Besonderheiten zu verletzen, das war der Stein der Weisen, der hier gefunden, der Sprung von Rhodus, der hier gemacht werden mußte; die gestellte Aufgabe aber entfaltete alsbald ihre vollen Schwierigkeiten.

Am 29. September entließ der Kaiser den Reichsrath, in welchem übrigens nur 2 Mitglieder, der Siebenbürger Maager und ein rumänischer Großgrundbesitzer den Muth gehabt hatten, eine Reichsverfassung zu verlangen, und verhieß baldige Entscheidung über die abgegebenen Gutachten. Sie erfolgte am 20. October (1860) in einem Diplom, welches von einem kaiserlichen Manifeste und einer Anzahl von Decreten begleitet war. Es enthielt die Grundzüge einer Verfassung, welche den Ansprüchen des Gesammtreiches und der Autonomie der einzelnen Länder zugleich nach Möglichkeit gerecht werden sollte. Jedes Kronland sollte sein eigenes Statut und seinen eigenen Landtag für seine besonderen Landesangelegenheiten erhalten; die gemeinsamen Angelegenheiten werden mit einem Reichsrathe verhandelt und verfassungsmäßig erledigt — einem Reichsrathe, für welchen die einzelnen

Landtage zusammen 100 Mitglieder wählen. Zugleich wurden die Ministerien des Innern, der Justiz und des Cultus aufgehoben, womit denn auch Graf Leo Thun in Wegfall kam, dagegen ein Staatsministerium creirt und dem Grafen Goluchowsky übertragen. Dieser Letztere erhielt auch den Auftrag die Landesstatute für die einzelnen Kronländer auszuarbeiten.

Während die übrigen Länder nun noch eine Weile sich gedulden mußten, bis diese Statuten fertig waren, erhielt Ungarn, welches der Angelpunkt für die fernere politische Entwickelung des Reiches war, und wo man auf dem betretenen Wege ein gutes Stück weiter geschritten war, sofort in den Beilagen des Diploms die wesentlichsten Theile seiner alten Verfassung zurück. Die ungarische Sprache wurde als Geschäfts- und Amtssprache im ganzen „Königreich“ hergestellt, die Comitatsverfassungen und alten Comitatsgränzen wieder restituirt, ein besonderer Hofkanzler für Ungarn in der Person eines Führers der Altconservativen, der dreimal vor Haynau's Kriegsgerichten gestanden, auch seine zwei Jahre Festungshaft abgesessen hatte, Baron Vay, ernannt. Benedek ward abgerufen und erhielt den Oberbefehl über die Armee in Italien; er verabschiedete sich in einer Proclamation, welche mit dem altungarischen Rufe schloß: Es lebe der König.

Allein die Ungarn zögerten, in diesen Ruf einzustimmen. Was in den Augen der Staatsmänner in Wien ein großes Zugeständniß war — „Sie sind die Sieger“, hatte der Kaiser dem Fürst-Primas von Ungarn bei seinem Besuche in Wien zugerufen —, betrachtete man in Ungarn nur als den Anfang einer völligen Wiederherstellung des gesammten alten Rechtszustandes mit Einschluß der Gesetze von 1848. Die Generalcongregationen der einzelnen Comitate, wie eine von dem Fürst-Primas nach Gran berufene Notabelnversammlung (18. December), sprachen sich einfach und einmüthig für die Herstellung oder Rechtsbeständigkeit jener Gesetze aus, und in den meisten Comitaten stellte man einfach und ohne viele Umstände diesen Rechtszustand selbstständig wieder her, ohne sich um die Instructionen der Hofkanzlei in Wien zu bekümmern. „Denn“, so ließ sich der Administrator des Pester Comitats, Graf Stephan Carolyi, in einem Rundschreiben an die Gemeinden seiner Gespanschaft mit großer Naivetät vernehmen, „es gehört zu den wichtigsten Privilegien des ungarischen Municipalsystems, mißliebige Rescripte der Regierung unausgeführt zu lassen.“ In Wien sah man diesem Treiben mit Besorgniß zu, und ein kaiserliches Rescript an die Comitate vom 16. Januar 1861 suchte der Bewegung Einhalt zu thun. Aber die Comitate in langer Reihe antworteten auf dasselbe mit derselben unwandelbaren Forderung der unverkürzten Herstellung der alten Verfassung. Das Graner Comitat,

dessen erblicher Obergespan der Fürst-Primas war, führte den Reigen: es sprach von der Bestürzung, welche das Rescript vom 16. Januar erregt habe; sein Schreiben erzählte die Vorgänge der letzten zwölf „trauervollen Jahre": „Himmelschreiendes hat die gehöhnte Nation ertragen" — „möge Eure Majestät sagen: Volk, deine Wünsche sollen erfüllt, die Gesetze von 1848 wiederhergestellt, allen Verurtheilten die Erlaubniß zur Rückkehr ertheilt werden — — Sage dieß Eure Majestät geradezu, ohne Vorbehalt und mit Vermeidung aller halben Maßregeln — Eure Majestät möge geruhen, in unsere Mitte zu kommen, wohin Sie Gesetzartikel von 1535—1792 einladen, und die Liebe des Volks wird jene Felsenburg werden, innerhalb deren Eure Majestät ruhig und sicher wohnen können."

Es erwies sich als vergeblich, diesem Strome sich entgegenzustemmen. Die Conferenz des Hofkanzlers mit den Obergespanen im Februar war erfolglos; dieselben zeigten keine Lust, der brausenden Bewegung in den Comitaten sich in den Weg zu stellen. Der Kaiser gab nach: am 14. Februar erließ er das „königliche Schreiben" (litterae regales) zur Einberufung des Landtags nach Ofen. Aber die constitutionelle Orthodoxie der 1848er Gesetze verlangte, daß der Landtag auf der andern Seite, in Pest, gehalten werde: und da sich der constitutionelle Liberalismus auf das Haarspalten gut verstand, wo es einen Rechtsstandpunkt zu wahren galt, so wurde auch über diese Frage unterhandelt. Der Kaiser gab soweit nach, daß die Eröffnung zwar, wie bestimmt, in Ofen stattfinden werde, aber nichts im Wege stehe, daß der Landtag dann sofort in Pest seine Sitzungen halte, worauf dann wieder die Conferenz der Landtagsabgeordneten in gut-constitutioneller Krähwinkelei beschloß, die Eröffnung als blos ceremoniellen Act anzusehen und es jedem Abgeordneten freizustellen, ob er dabei sich einfinden wolle oder nicht. Am 6. April wurde der Landtag eröffnet.

Darüber war keine Meinungsverschiedenheit, daß man sich auf den Boden der 1848er Gesetze als der letzten rechtskräftig zu Stande gekommenen Gesetze zu stellen habe. Ueber die Art und Weise aber, wie man der östreichischen Regierung gegenüber diesen Standpunkt zur Geltung bringen solle, theilte sich das Unterhaus, welchem die Magnatentafel die Initiative überließ, in eine gemäßigte oder Adreßpartei, welche jene Rechtsanschauung in einer Adresse an den Monarchen ausgesprochen wissen und damit den Weg der Unterhandlungen betreten wollte, und in eine radicale oder Beschlußpartei, welche der Meinung war, daß man die Rechtsgültigkeit der 1848er Gesetze kurzweg mittelst Landtagsbeschlusses erklären und diesen Beschluß alsdann dem Kaiser Franz Joseph notificiren solle. An der Spitze der ersteren stand

ein hochangesehener und staatsmännisch bedeutender Patriot, Franz Deak, der richtig erkannte, daß man den Bogen nicht allzu straff spannen dürfe — namentlich nicht so weit, daß die Bevölkerungen der übrigen Kronländer gereizt würden —, daß es nicht weise sei, einen wohlgesinnten Monarchen, der, wenn auch augenblicklich in Verlegenheit und deshalb zu Zugeständnissen geneigt, doch darum nicht ohnmächtig sei, allzu sehr vor den Kopf zu stoßen; an der Spitze der andern stand Graf Ladislaus Teleky, der eben vom Kaiser in hochherziger Weise begnadigt, nun der Versuchung, sofort wieder eine Rolle zu spielen, nicht widerstehen konnte, und der eben jetzt, gemahnt, wie es scheint, an die Ehrenpflicht, die ihm des Kaisers Huld auferlege, zwei Tage nach Eröffnung des Landtags in seiner Wohnung sich erschoß. Am 5. Juni, nach langen Debatten, siegte die Adresse über den Beschluß mit 155 gegen 152 Stimmen. Allein dieser Sieg war von geringem Belang: so lange die Abgeordneten von Siebenbürgen und Kroatien, welche erst seit 1849 besondere Kronländer bildeten, nach orthodox-ungarischem Standpunkte aber zur Stephanskrone gehörten, nicht erschienen seien — so beschloß nunmehr der Landtag mit 134 gegen 120 Stimmen —, könne man sich auf die Frage der Thronveränderung, die Rechtsgültigkeit der Abdankung des Kaisers Ferdinand und des Erzherzogs Franz Karl nicht einlassen. Denn dieß war das Peinlichste bei diesen Verhandlungen, daß selbst der Königstitel und das Königsrecht Franz Joseph's nach dem strengen Rechtsstandpunkt der ungarischen Constitutionellen*) noch nicht feststand, weshalb er auch in der Adresse nur mit „Allerdurchlauchtigster Herr" angeredet wurde. Die Magnatentafel stimmte dieser Adresse zu, welche der Kaiser indeß in dieser Gestalt anzunehmen sich weigerte: er verlangte eine Form, welche der Würde der Krone entspreche. Am 5. Juli entsprach das Unterhaus, welches sehr wohl wußte, was Haupt- und was Nebensache war, diesem Verlangen und änderte die Adresse nach der ursprünglichen Fassung, die ihr Deak gegeben, ab. In dieser Form ward dem Kaiser am 8. Juli von den Präsidenten der beiden Häuser das umfangreiche Actenstück überreicht, dessen wesentlicher Inhalt der war, daß das zwischen Ungarn und den Erbländern bestehende Band wesentlich in der pragmatischen Sanction, dem Grundvertrage, welchen die ungarische Nation im Jahre 1723 mit dem regierenden Hause geschlossen habe, zu finden sei, und daß es zwischen Ländern von so verschiedener politischer Lage, wie Ungarn und die zum deutschen Bunde gehörigen Länder, keine engere Verbindung geben könne, als die der Personalunion. Nie werde der Landtag an dem Reichsrath oder irgend einer

*) Non est unctus, non est coronatus, non est rex noster.

Volksvertretung der Monarchie theilnehmen, nie die Competenz einer solchen Versammlung, in ungarischen Dingen mitzureden, anerkennen.

Die Lage hatte sich mittlerweile auch in den übrigen Ländern wesentlich geändert. Die ersten der von dem Minister Goluchowsky, einem unfruchtbaren, ideenlosen Kopf ohne alle höhere staatsmännische Begabung, ausgearbeiteten Landesstatute, welche vom 24. October bis 13. November 1860 für mehrere Kronländer veröffentlicht wurden, erregten wenig Befriedigung. Sie beruhten auf dem alten ständischen Prinzip und räumten dem Adel und der Geistlichkeit einen unverhältnißmäßigen Antheil ein, was angesichts dessen, was Ungarn angeboten wurde, fast wie Hohn erscheinen mußte. Vielleicht hatte man in jenen Tagen noch auf einen großen Umschwung, auf gemeinschaftliche Bekämpfung der Revolution in Italien durch die Alliirten des heiligen Bundes gehofft; diese Hoffnung, chimärisch an sich, war längst geschwunden; man erkannte, daß man, um der wachsenden Bewegung in Ungarn die Spitze zu bieten, einer starken populären Strömung bedürfe, daß man nicht bei halben Maßregeln stehen bleiben, nicht neuen Wein in alte Schläuche füllen dürfe, — daß man sich vor Allem der Unterstützung des kräftigsten und zuverlässigsten, in diesem Lande allerdings lange vernachlässigten Bundesgenossen, des deutschen Bürgerthums, versichern müsse. So erfolgte im November eine Verordnung, welche in den deutschen Kronländern neue Gemeinderathswahlen auf Grundlage des Gemeindegesetzes von 1849 anordnete und damit einer freiwilligen Bewegung, welche bereits in einigen größeren Städten begonnen hatte, zuvorkam: am 13. December that dann der Kaiser einen weiteren Schritt, indem er einen Mann, den man für einen Liberalen halten durfte, den Ritter Anton von Schmerling, zum Staatsminister an Goluchowsky's Stelle ernannte.

Von den Tagen des Frankfurter Parlaments her und weil er bei Seite gestellt worden war, als die reine Reaction ans Ruder kam, erfreute Schmerling sich einer gewissen Popularität und man begrüßte ihn mit großen Hoffnungen. Er war der bekannteste Name und galt für den besten Kopf unter Denen, welche das alte Oestreich durch eine liberale Verfassung mit dem gewöhnlichen Apparat des Constitutionalismus verjüngen wollten, — von diesem Apparat und der geschickten Handhabung desselben, welche sie sich zutrauten, das Kunststück erwarteten, das östreichische Ländergewirr in einen Einheitsstaat umzuschaffen, und welche diesem constitutionellen Oestreich die Kraft zutrauten, in Italien wenigstens den Rest der dortigen Besitzungen, in Deutschland die alte dominirende Stellung zu behaupten. Schmerling, wie die Deutschöstreicher überhaupt, nahm die Dinge nicht allzu schwer. Die Heilung konnte so schwierig nicht sein, da in Oestreich seit Menschen-

altern jede Thorheit, die menschenmöglicher Weise begangen werden konnte, begangen worden war und der Staat doch noch immer aufrecht stand; und am 26. Februar 1861 wurde denn das Wunderwerk der neuen Verfassung zusammt den Statuten für die einzelnen Kronländer, Ungarn und Venetien ausgenommen, verkündigt. Die Vertretung des Gesammtstaates sollte aus zwei Häusern bestehen, einem Herrenhause und einem Hause der Abgeordneten, welche mit den üblichen constitutionellen Rechten ausgestattet waren. Das Herrenhaus bilden die Erzherzöge, die Fürstbischöfe, die erblichen Mitglieder, welche der Kaiser aus dem Hochadel ernennt, die lebenslänglichen Mitglieder, die er aus den Notabilitäten des Staates, der Kirche, der Wissenschaft beruft; das Abgeordnetenhaus besteht aus Mitgliedern, welche die Landtage der einzelnen Kronländer und zwar aus ihrer eigenen Mitte delegiren; ihr Mandat gilt auf 6 Jahre, wie das der Landtagsmitglieder; für den Fall, daß ein Landtag die Beschickung weigert, können unmittelbare Wahlen durch die Bevölkerung angeordnet werden. 203 solcher Abgeordneten sollten die cisleithanischen Landtage schicken; Kroatien 9, Siebenbürgen 26, Ungarn 85; durch den Zutritt der Letzteren wird der engere Reichsrath zum weiteren, welcher als solcher das constitutionelle Organ für den Gesammtstaat bildet. Gleichzeitig (4. Februar) ward dem liberalen Ministerium ein Erzherzog, Rainer, als Vorsitzender gegeben und die einzelnen Landesordnungen, welche die Goluchowsky'schen Statuten ersetzten, waren in freisinnigerem Geiste gefaßt.

Es war ein bedeutungsvoller Schritt, der hier geschah: aber sofort erhoben sich die Schwierigkeiten von allen Seiten.

Das Pfaffenthum des Concordats witterte die Morgenluft einer neuen Zeit und gab sich ans Werk, besonders als ein Protestantenpatent vom 8. April alle Beschränkungen aufhob, die etwa noch der freien Ausübung dieses Cultus, der Errichtung von Kirchen u. s. w. im Wege stehen sollten. Eine alttirolische Adresse, welche noch vor dem Erlaß des Februarpatentes an den Kaiser gerichtet wurde, zeigte sich übel zufrieden mit dem neuesten Umschwung der Dinge, welcher statt der ständischen Vertretung eine sogenannte Interessenvertretung schaffen wolle: Prälaten, Edelleute, Bürger und Bauern seien die wahren Vertreter der Gesinnungen des tirolischen Volkes, welche sie „unbesudelt von dem Pesthauch einer schlechten Zeit“ den Nachkommen überliefern wollten. Die Handelskammer von Roveredo (20. März) enthielt sich der Wahl zum Landtage in Innsbruck und verlangte eine abgesonderte Landesvertretung für Wälschtirol; am 11. April verweigerte der Landtag von Istrien mit 20 gegen 10 Stimmen die Vornahme einer Wahl für den Reichsrath; der böhmische Landtag beschloß, auf

Antrag des Erzbischofes von Prag, eine Deputation an den Kaiser, um diesen zu bitten, sich als König von Böhmen krönen zu lassen; er ließ sich (18. April) zur Vornahme der Wahlen für den Reichsrath herbei, aber nur unter Protest der czechischen Partei, welche sich beschwerte, durch eine ungerechte Wahlordnung künstlich in Minorität gestellt worden zu sein, während sie thatsächlich die Mehrheit der Bevölkerung vertrete; entsprechend vollzog am 26. April der galizische Landtag zwar die Wahlen, aber auch er unter ausdrücklichem Vorbehalte der Autonomie und der historischen Rechte des Landes. Von Venetien ist es kaum nöthig zu sprechen: man hatte dem dortigen Schattenbilde einer Landesvertretung, der Centralcongregation, Wahlen zum Reichsrath angesonnen, und als diese ablehnte, directe Wahlen, eine Lächerlichkeit bei den dortigen Verhältnissen, angeordnet; keiner der Gewählten erschien. Ueberall zeigten sich starke Minderheiten, zweifelhafte Mehrheiten, Secessionsgelüste.

Darauf aber mußte man in Wien gefaßt sein und man ließ sich nicht irre machen. Am 22. April erfolgten die Ernennungen zum Herrenhause, am 1. Mai wurde der Reichsrath eröffnet. An der Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit des Kaisers, für welchen die schwerste Prüfungszeit erst begann, war nicht zu zweifeln; redlich wälzte er den Stein des Sisyphus von jetzt an Jahr um Jahr. Seine Thronrede betonte in würdigen Worten die große Schwierigkeit der gestellten Aufgaben: aber gelöst, sagte der Kaiser, müssen sie werden; er appellirte mit Wärme an die altöstreichische Treue, Aufopferungsfähigkeit und Hingebung. Langer Zuruf erscholl, als er von seiner Regentenpflicht sprach, die Gesammtstaatsverfassung als das unantastbare Fundament seines einigen und untheilbaren Kaiserreichs zu schützen — aber freilich ein nicht minder lauter, als er „die Rechte aller seiner Länder und Völker" betonte. Ueber die allerersten Schwierigkeiten kam man ohne Mühe hinweg. Charakteristisch aber war, daß die im Herrenhause sitzenden Kirchenfürsten sofort sich ans Werk machten und auf eigene Hand eine Adresse an den Kaiser erließen, in welcher sie den Beweis lieferten, daß ihnen der Nationalstaat, dem sie angehörten, Nebensache war gegenüber den Interessen jenes andern Staates, den sie die römisch-katholische Kirche nennen. Sie unterhielten den bedrängten Monarchen in derselben von der Sache des heiligen Stuhls: „mögen Ew. Majestät es sein, welche der Herr beruft, in dem Nachfolger des heil. Petrus das Reich Gottes auf Erden zu beschützen". Indeß der Antrag des Grafen Leo Thun, in der Antwort des Herrenhauses auf die Thronrede die Phrase zu gebrauchen, „daß Oestreich der Hort des Katholicismus sei" fiel zu Boden: die Adresse stimmte den Prinzipien der Thronrede und der Februarverfassung zu und vermißte nur mit schmerzlichem Bedauern, daß die

Königreiche Ungarn, Kroatien, Slavonien und das Großfürstenthum Siebenbürgen noch unvertreten seien. Im Abgeordnetenhause hatten die Centralisten die entschiedene Mehrheit über die Föderalisten, und die Adresse ward mit 127 gegen 48 Stimmen angenommen, die föderalistischen Verbesserungsanträge verworfen.

Indeß war dieser Reichsrath nur „der engere" mit engen Befugnissen, so lange Ungarn und dessen Nebenländer nicht gleichfalls ihre Repräsentanten wählten, und am 5. Juni konnte Schmerling nicht umhin dieß auch ausdrücklich zu erklären. Der ungarische Landtag war unterdessen über seine Adresse schlüssig geworden, und der Reichsrath wurde von den Ministern über die Antwort des Kaisers unterrichtet: am 23. August theilte eine kaiserliche Botschaft dem Reichsrath mit, daß der Kaiser die Auflösung des ungarischen Landtages beschlossen habe, und legte sehr ausführlich die Gesichtspunkte seiner Regierung dar. Ungarns Verfassung war, hieß es darin, durch die revolutionäre Gewalt nicht nur gebrochen, somit von Rechtswegen verwirkt, sondern sie war auch factisch beseitigt; gleichwohl habe der Kaiser die Verfassung Ungarns, seine Rechte und Freiheiten, seinen Landtag und seine municipalen Freiheiten hergestellt, gedenke auch daran nichts zu ändern; der Landtag aber sei so weit gegangen, „ihrem Kaiser, König und Herrn sogar den Namen Seiner von keiner Macht der Erde angezweifelten kaiserlichen und königlichen Würde in fast unglaublicher Vermessenheit vorzuenthalten"; er löse ihn mithin auf, sei fest entschlossen, die Einheit des Reiches sowohl als auch die gesetzlich geregelte Autonomie aller Königreiche und Länder, beides aber, Einheit und Autonomie, „in verfassungsmäßiger Freiheit gleichmäßig zu wahren". Der Reichsrath stimmte diesen Grundsätzen neuerdings zu und Schmerling betonte am 30. August im Abgeordnetenhause nochmals, daß bei einem aufrichtigen constitutionellen Vorgehen „Raum genug im östreichischen Parlamente sei für alle Stämme, alle Völker des Reiches".

Raum genug ohne Zweifel war vorhanden, auch als sich am 26. September der Saal jenes rasch gezimmerten Parlamentsgebäudes vor dem Schottenthore um zwei weitere Mitglieder füllte, die der Landtag von Istrien schickte, wo die Neuwahlen zu Gunsten der Regierung ausgefallen waren. Aber die Hauptsache war und blieb die Verständigung mit Ungarn: und dort hatten sich die Aussichten nicht gebessert. Der Kaiser hatte im Verfolg der ungarischen Adresse die Entlassung des ungarischen Hofkanzlers Vay und des ungarischen Ministers Szesen angenommen und die Grafen Forgach und Moritz Esterhazy ernannt, in einem Rescript vom 21. Juli eine Revision der 48er Gesetze angeboten, zu Wahlen in den Reichsrath wiederholt aufgefordert, die ungarischen Forderungen in Beziehung auf Siebenbürgen, Kroatien und

Slavonien abgelehnt: und als der ungarische Landtag in einer zweiten von Deak beantragten Adresse erklärte, daß er das Octoberdiplom und das Februarpatent nicht annehme und sich vor Ergänzung des ungarischen Reichstages durch die siebenbürgischen, kroatischen und slavonischen Abgeordneten auf keine „Creirung von Gesetzen noch Verhandlungen über das Inauguraldiplom" d. h. über Anerkennung Franz Joseph's als Königs von Ungarn einlasse, am 21. August denselben aufgelöst. Den Protesten setzte die ungarische Hofkanzlei in Wien Suspensionen und königliche Commissäre zur Leitung der widerspenstigen Comitate entgegen; die Steuern wurden, obwohl vom Landtag nicht bewilligt, ohne Weiteres ausgeschrieben und eingetrieben, und man rüstete sich, vorkommenden Falles Gewalt zu gebrauchen. Bei der einmüthigen Haltung des gesammten Volkes und Adels mußte man bald zu weiteren Schritten übergehen. Im October wurde eine Reihe von Obergespanen abgesetzt und durch königliche Commissäre ersetzt, denen nun das Leben von der Bevölkerung blutsauer gemacht wurde; am 5. November aber erfolgte eine Maßregel, welche die Dinge ganz wieder auf den Stand der 50er Jahre zurückzubringen schien. Der Kaiser ernannte den Grafen Moritz Palffy zu seinem Statthalter in Ungarn, suspendirte die Wirksamkeit des königlichen Statthaltereiraths und der Municipien des Landes „bis zur Herstellung der gestörten öffentlichen Ordnung" und ordnete für gewisse Vergehen gegen Sicherheit der Person und des Eigenthums Militärgerichte an.

Indeß erklärte Franz Joseph dabei ausdrücklich, daß er seine Zugeständnisse nicht zurücknehme, und mit der Zurücknahme hatte es auch gute Wege, wo man so froh gewesen wäre, zu einer Verständigung zu gelangen. Man wolle, sagte Schmerling, von dem übelberichteten Volke an das besser zu unterrichtende appelliren: und in der That kam wenigstens der Cardinal-Primas von Ungarn, der seither ganz entschieden auf der oppositionellen Seite gestanden hatte, in einem Schreiben an den neuen Statthalter der Regierung einen Schritt entgegen. Man konnte immerhin hoffen, daß die Ungarn nachgeben würden, umsomehr, da, wie wir wissen, die Magyaren zwar die relative Mehrheit im Lande hatten, aber doch wie überall auf dem Boden dieses Reiches der herrschenden Nationalität andere Nationalitäten oder Bruchstücke von solchen entgegenstanden: 5 Millionen Magyaren zählt man gegen 10 Millionen Allerlei. Und wie der ungarische Landtag gegenüber Wien, so der kroatische gegenüber Pest; wie der Reichstag oder Landtag zu Pest dem Kaiserstaate die Stephanskrone, so setzte der zu Agram der Stephanskrone die „Krone Zwonimir's" — wer das gewesen, wußten allerdings außerhalb Agram nicht viele Sterbliche — entgegen, und wie jener erst nach Anerkennung der Unabhängigkeit

Ungarns und der Zugehörigkeit seiner Nebenländer sich auf Verhandlungen einlassen wollte, so beschloß am 13. Juli 1861 der kroatische Landtag zu Agram, erst nach Anerkennung der Unabhängigkeit des „dreieinigen Königreichs“ Dalmatien — Slavonien — Kroatien in seinem vollen, Fiume, das Küstenland und Dalmatien einschließenden Umfange, mit Ungarn über die wechselseitigen Beziehungen in Verhandlung zu treten. Die Mehrheit des dalmatinischen Landtags hinwiederum wollte nichts von jener Dreieinigkeit wissen: und so ging in Siebenbürgen wie in Tirol, in Böhmen wie in Galizien und Kroatien die Auflösung weiter, indem jeder Bruchtheil einer Nation Selbstständigkeit, Gebrauch der eigenen Sprache im Amtsverkehr und was nicht sonst noch begehrte, und entweder trotzig die Beschickung des Reichsraths verweigerte, oder, wie die Polen, wenn man seine Vertreter mit Mühe und Noth in den Reichsrath gebracht hatte, bei jeder Gelegenheit sich der Abstimmung enthielt, grollte, schmollte, protestirte, declarirte, oder, wenn es gut ging, den beklagenswerthen Herrscher dieses Völkerdurcheinanders mit Deputationen bedrängte, deren Begehren sich womöglich selbst und in jedem Falle denen der anderen widersprachen. Es gab Augenblicke, wo man ernstlich fürchten mußte, daß jetzt, wo Italien, das Metternich noch im Jahre 1847 als einen geographischen Begriff bezeichnet hatte, zu einem einheitlichen Staate geworden war, vielmehr Oestreich auf dem Punkte steht, sich zu einem solchen geographischen Begriff zu verflüchtigen.

Es war beinahe eine Erholung, als der Kaiser im Januar 1862 nach Venetien reiste und dort in Verona bei der Musterung der Truppen eine begeisterte Huldigung ihres Befehlshabers, des Feldmarschalls Benedek, in Empfang nahm: wenigstens hier hörte er aus dem Munde eines tapferen und treuen Soldaten, daß sie alle bis zum letzten Manne ohne Unterschied der Nationalität, Geburt und Religion ein großes, freies, mächtiges und gefürchtetes Oestreich haben wollten. Aber mit einem Heere allein schafft man nicht einmal ein gefürchtetes, geschweige denn ein freies und mächtiges Reich, und mit dem neuen Constitutionalismus, welchem einige wesentliche Voraussetzungen fehlten, wollte es nicht recht vorwärts. Der Jahrestag der Verfassungsverleihung, der 26. Februar 1862, wurde von den Behörden überall festlich mit der vorgeschriebenen Begeisterung begangen; von den Bevölkerungen betheiligte sich nur die deutsche lebhafter an dieser Verfassungsfeier, indem sie sich ein Vertrauen einredete, das in vollem Ernst doch nur Wenige besaßen. Im Uebrigen kündigte sich das neue System vorzugsweise durch den Mund des Finanzministers von Plener in der Form neuer Steuererhöhungsforderungen an: sehr natürlich, da eben die äußerste Finanznoth den Absolutismus genöthigt hatte, das Heil

auf einem neuen Wege zu versuchen. Das Schauspiel übrigens wurde gut gespielt: Geschwornengerichte in Preßangelegenheiten, Freiheit im weitesten Umfange, Ministerverantwortlichkeit und was sonst der Liberalismus an Cabinetsstücken hochhält, wurde im Abgeordnetenhause in Anregung gebracht; und wenn es nur darauf angekommen wäre, sich recht freisinnig zu geberden, um die Februarverfassung den Ungarn und den Polen, den Deutsch- und Wälschtirolern, den Czechen und Kroaten, den Rumänen und Ruthenen und jenen anderen Völkern, denen ein ebenso nichtswürdiges wie abgeschmacktes Dichterwort aus jenen Tagen*) den verächtlichen Namen der „Bedientenvölker" gab, beifallswerth erscheinen zu lassen, so hätte es nicht Noth gehabt. Es klang sehr freisinnig, wenn z. B. am 18. März 1862 der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses einstimmig beschloß, „den Herrn Staatsminister geziemend mit dem Ersuchen zu begrüßen, die Ursachen bekannt zu geben, warum die Ministerverantwortlichkeit noch immer nicht gesetzlich geregelt wurde, und ihn aufmerksam zu machen, daß sich der Beschlußfassung über das Budget erhebliche Schwierigkeiten entgegenstellen dürften, wenn nicht die Ministerverantwortlichkeit vorher im Sinne des constitutionellen Staatslebens festgestellt würde." Mit größter Höflichkeit kam man dieser Mahnung entgegen: am 1. Mai theilte der Staatsminister eine kaiserliche Botschaft mit, welche das Prinzip der Ministerverantwortlichkeit unumwunden anerkannte und versprach, daß die Regierung in dieser Richtung vorgehen werde. Ueberhaupt genoß man die Süßigkeiten des constitutionellen Lebens in vollen Zügen. Interpellationen über schwebende Fragen auswärtiger Politik und höflich ausweichende Antworten der Minister, Budgetdebatten, an denen dießmal die Polen und die Czechen sich nicht betheiligen wollten; Abstriche, Nachgeben der Regierung, auch Differenzen beider Häuser über ein Preßgesetz und eine Strafgesetznovelle, sowie stürmische Scenen und Scandale, die Weihen des parlamentarischen Mahles, fehlten nicht; im November hatte man die Genugthuung, daß das Finanzgesetz für 1863 zum ersten Male mit dem constitutionellen Beisatz „unter Zustimmung der beiden Häuser Unseres Reichsraths" verkündet wurde, und daß man in der That auch dem Alles verschlingenden Militärbudget glücklich ein halbes Dutzend Millionen abgehandelt hatte. In

*) Es verdient seiner ungewöhnlichen Abgeschmacktheit wegen aufbewahrt zu werden:

> Auch die Bedientenvölker rütteln
> Am Bau, den Jeder todt geglaubt
> Slovenen und Kroaten schütteln
> Ihr struppig Karyatidenhaupt.
>
> Fr. Hebbel.

der Thronrede, mit welcher am 18. December die Session geschlossen wurde, zählte der Kaiser mit Befriedigung die spärlichen Erfolge des ersten constitutionellen Jahres auf: Preßgesetz, Handelsgesetzbuch, Bankgesetz, Erledigung der Staatsvoranschläge von 1862 und 1863, Herbeischaffung der Deckungsmittel für die unvermeidlichen Deficits: „mächtig gehoben hat sich das Vertrauen auf die Kraft Oestreichs". Der Kaiser sprach seinen festen Entschluß abermals aus, an den constitutionellen Prinzipien und an der Einheit des Reichs festzuhalten, und diesen Worten fehlte der rauschende Beifall nicht.

Es war ein mühevoller Anfang eines neuen Lebens, der aller Sympathie werth war und diese Sympathie auch namentlich in Süddeutschland in reichem Maße fand, wo man auf wohlgesprochene Worte und constitutionelles Bezeigen großen Werth legt. Der Name Schmerling war dort hochgefeiert und sollte bald noch populärer werden. Indeß in den zwei wichtigsten Fragen war man gleichwohl noch keinen Schritt weiter gekommen. Die eine dieser Fragen war: ob und wie man sich der Fesseln wieder entledigen könne, welche man durch das Concordat dem Staate angeschmiedet hatte. Nur vergebens rüttelte man an diesen Ketten: einer der Abgeordneten, Mühlfeldt (Wien), hatte ein ausführliches Religionsedict ausgearbeitet, welches dem Staate seine preisgegebenen Rechte zurückerobern sollte, von dem Ausschuß des Abgeordnetenhauses im Wesentlichen auch angenommen, aber schließlich doch zu den Acten gelegt wurde. Auch die dreitägige Debatte bei Gelegenheit der Berathung des Unterrichtsbudgets führte wohl zu heftigen Angriffen auf jenen staatsverderblichen Vertrag, aber zu nichts weiter. Doch wurde wenigstens in der Presse, in Vorträgen, von einzelnen Gemeinden der Kampf aufgenommen, in welchem man sich bei der Gesinnung der Dynastie und der Masse des Volkes keinen nahen Sieg versprechen durfte. Ebensowenig war man in der Nationalitätenfrage, welche unglücklicherweise recht eigentlich die östreichische Frage war, weiter gekommen. Nach Schließung des Reichsraths wurden die Landtage, mit Ausnahme derer von Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien und Venetien, berufen. Unter diesen machte sich der von Tirol unsterblich, indem er, längst von dem dort übermächtigen Clerus bearbeitet, auf den Antrag des Bischofs von Brixen am 25. Februar 1863 mit 34 gegen 18 Stimmen den Kaiser zu bitten beschloß, „bei den eigenthümlichen Verhältnissen Tirols" das kaiserliche Protestantenpatent dahin zu modificiren, daß in diesem Lande der Glaubenseinheit keine Pfarrgemeinde der evangelischen Kirche Augsburgischer oder Helvetischer Confession sich bilden dürfe, wie jetzt keine solche bestehe; daß den in Tirol weilenden Evangelischen nur das „Religionsprivatexercitium", wie diese Barbaren sich ausdrückten, gestattet sein solle; daß Akatho-

liken in Tirol unbewegliches Eigenthum allerdings erwerben könnten, jedoch sich in jedem einzelnen Falle die Erlaubniß dazu durch ein Landesgesetz erwirken müßten; und sie setzten hinzu, daß der Kaiser dieses einfältige und schamlose Begehren „durch allerhöchst eigene und unmittelbare Würdigung zu erledigen geruhen möge" — sie wollten also mit anderen Worten von der Verfassung nichts wissen. So drohte hier unter dem Einflusse verächtlicher Fanatiker der Reichseinheit ein deutsches Land verloren zu gehen: hierfür bot eine wichtige, leider aber nur vorübergehende Eroberung, welche diese Reichseinheit an Siebenbürgen machte, einigen Ersatz. Ein kaiserliches Decret vom 21. April berief den siebenbürgischen Landtag nach Hermannstadt, wo derselbe denn auch am 16. Juli eröffnet wurde. Das „Großfürstenthum" Siebenbürgen zählte auf 1100 Q.-Meilen 2,073,000 Einwohner, von denen, neben Juden, Zigeunern, Armeniern u. s. w., 1,369,000 Rumänen, 250,000 Deutsche oder „Sachsen" und 667,000 Magyaren waren. Der Landtag nahm, nachdem der größte Theil der magyarischen Mitglieder unter Protest ausgeschieden war, am 30. September einstimmig Octoberdiplom und Februarpatent in das Gesetzbuch des Großfürstenthums auf und vollzog demgemäß am 10. October die Wahl in den Reichsrath, 10 Sachsen, 13 Rumänen, 3 Magyaren.

Dieser war am 18. Juni 1863, zum zweiten Male, durch den Erzherzog Karl Ludwig im Namen des Kaisers eröffnet worden. Am 20. October hatte derselbe die Freude, die siebenbürgischen Abgeordneten in seiner Mitte zu begrüßen, und konnte sich nunmehr als „weiteren" betrachten, womit er denn glücklich „in den Vollgenuß seiner Rechte und Pflichten", wie der Präsident erklärte, eintrat. Inzwischen aber war ein Ereigniß eingetreten, das die Aufmerksamkeit von all' den ungelösten östreichischen Fragen — der italienischen, römischen, ungarischen, polnischen, böhmischen und wie sie alle heißen mochten — nach einer neuen Seite ablenkte. In der wichtigsten von allen, der deutschen, hatte der Kaiser Franz Joseph — plötzlich, so schien es — die Initiative ergriffen.

Diese Frage, die Frage der deutschen Einheit, drängte sich längst mit wachsender Gewalt in den Vordergrund und sollte nun — sie und mit ihr die italienische und auch die östreichische — in einer Kette ungeheurer Ereignisse ihrer endlichen Lösung entgegengehen. Wir haben sie zunächst als deutsche Bundesreformfrage im Stadium ihrer unblutigen Vorbereitung, von 1859 bis Ende 1863, ins Auge zu fassen.

C. Die germanischen Staaten.

1859—1863.

1. Deutschland.

Für kein Land waren die Ereignisse von 1859 von größerer und unmittelbarerer Wichtigkeit als für Deutschland. Der Krieg zwischen Frankreich und Oestreich war, weit mehr als der orientalische Krieg es gewesen, ein großes politisches Problem, welches das gesammte Deutschland berührte. Es konnte jeden Augenblick kommen, daß aus dem italienischen der deutsche Krieg, aus dem Kampfe um den Po oder den Mincio der Kampf um den Rhein sich entwickelte. Die vorwaltende Stimmung in Süddeutschland, sahen wir, kräftig bearbeitet von einigen Organen der Presse, unter denen die Augsburger Allgemeine Zeitung sich aus früheren Zeiten den Ruf eines politischen Orakels bewahrt hatte und darum das einflußreichste war, ging dahin, sich kopfüber in diesen Krieg zu stürzen. Nicht blos ließ sich die Bevölkerung aufreden, daß es eine gute Strategie sei, um den Rhein am Po zu vertheidigen, den Feind vom Po ab an den Rhein zu ziehen: sondern sie ließ sich auch von den Lanzknechten Oestreichs oder von ihrer eigenen Uebereilung vorspiegeln, daß dieser Krieg ein Weltkrieg zwischen Romanismus und Germanismus sei, und daß man nicht eher Ruhe haben werde, als bis der „Feuerherd in Paris ausgetreten sei." Dabei war viel „loses Geschwätz", wie Lord John Russell mit Recht bemerkte; indeß sprach sich darin doch ein starkes, wenn auch mißleitetes Nationalgefühl aus, und man konnte sehen, daß die Ermattung, welche seit 1849 auf den Gemüthern lag, gewichen war.

Die preußische Regierung, einig mit der nüchternen Stimmung Norddeutschlands und vor Allem ihres eigenen Volkes, erwarb sich das große Verdienst, der hinterlistigen Intrigue wie der vagen Leidenschaft, die sich in großen Worten erging, gegenüber eine besonnene, ernste und feste deutsche Politik zu treiben: was man ihr vorwerfen konnte, war nur, daß sie Oestreich gegenüber fast allzu loyal war. Allmälig beruhigten sich die aufgeregten Wogen, und es wurde nach und nach Vielen, welche der Strom eines falschen nationalen Enthusiasmus mit fortgerissen, deutlich, daß Oestreich in Italien nur seine eigene Sache führte, und daß diese Sache eine sehr schlechte war. Die Art, wie Oestreich den Krieg führte, die schweren Niederlagen, der rasche Friedensschluß zerstreuten den falschen Nimbus, mit welchem jene trügerischen Organe der Presse das seitherige östreichische Regierungssystem umgeben hatten; wie in Rußland durch den Krimkrieg, in Preußen

durch den Regierungswechsel, so ward nun auch in Oestreich durch den unglücklichen Feldzug dem falschen conservativen System ein Ende bereitet. Einen Augenblick erregte der rasche Friedensschluß in Deutschland die Besorgniß, als breche Napoleon in Italien den Krieg ab, um ihn wider Deutschland aufzunehmen. Indeß diese Furcht verschwand bald, wenigstens für die nächste Zukunft. Dagegen machten nun die Ereignisse, wie sie sich in Italien dem Friedensschlusse zum Trotz entwickelten, mehr und mehr ihren Einfluß geltend. Man sah hier ein Volk, Jahrhunderte und Jahrtausende lang gespalten und auseinandergehalten, aber in Sprache, Litteratur, gemeinsamem Denken und Empfinden Eines, plötzlich zu neuem politischem Leben erwacht; man sah, wie die Glieder dieses Volkes, nachdem ihre Fesseln abgefallen, sich wie von selber um den Mittelpunkt her, welcher in dem Königreiche Sardinien gegeben war, zu einem Königreiche Italien zusammenschlossen: und die Anwendung auf Deutschland war fast gar zu einfach. Mit großem Gleichmuth nahm Graf Cavour deshalb die Mißbilligung seines Verfahrens durch die preußische Regierung hin: Preußen werde eines Tages ganz zufrieden sein, daß Sardinien ihm auf dem richtigen Wege vorangegangen, äußerte er; noch auf dem Todtenbett beschäftigte ihn die Frage, „was werden die Preußen thun". Auch hier in Deutschland war ein großes Volk einheitlicher Sprache, Litteratur, Gesittung in eine Menge von mittleren, kleinen und Zwergstaaten zerrissen, und der Gedanke politischer Einigung war in diesen Gliedern, die überdieß einst ein wirkliches politisches Ganze ausgemacht hatten, mit nicht geringerer Stärke erwacht als dort. Auch hier war Ein deutscher Staat, größer, mächtiger als die anderen, soweit entwickelt, daß er als fester Kern, an den sich die anderen anschließen mochten, dienen konnte; in seiner geographischen Lage wie in seiner seitherigen politischen Entwickelung war die Analogie mit dem italienischen Führerstaate nicht zu verkennen. Monarchisch, kriegerisch, kräftig, hatte dieser Staat, langsam und gemäßigt, aber doch immerhin sichtbar und unwiderruflich in die constitutionelle Bahn eingelenkt: auch hier endlich war eine wenigstens halb fremde Macht, Oestreich, welche Deutschland in ihrem eigenen Interesse ausbeutete, wie sie Italien so lange ausgebeutet hatte. Und selbst wenn man gegen den Augenschein Oestreich als deutsche Macht hätte gelten lassen wollen: im Norden war ein deutscher Stamm einer wirklichen, unzweifelhaften, gehässigen Fremdherrschaft verfallen. Aber freilich, Ein Unterschied war da: die Verhältnisse in Deutschland trugen nicht den gespannten Charakter wie in Italien. Der Kurfürst von Hessen, ein schlechter und gewissenloser Fürst wie er war, war doch noch lange nicht ein Ferdinand von Neapel; der Herzog von Nassau, schwach und abhängig von eigennützigen Höflingen, war noch lange kein

Franz von Modena; Oestreich war wenigstens eine halbdeutsche Macht und hütete sich, in die inneren Angelegenheiten der deutschen Staaten anders als mittelbar einzugreifen: und Preußen endlich war weit mehr, als Sardinien es sein konnte, sich selbst genug. Dazu kam, daß in den meisten deutschen Ländern, wenn auch nicht gerade gut, so doch, seitdem die ersten Orgien der Reaction vorüber waren, leidlich regiert wurde, eine gesetzliche Herrschaft und ein Maß von politischer Freiheit vorhanden war, das nicht zu gewaltsamen Thaten aufforderte, und daß durch den Zollverein wenigstens auf wirthschaftlichem Gebiete eine Einheit hergestellt war, welche den Einigungsbestrebungen zum Mindesten den Stachel der Noth entzog.

Indeß die Frage der nationalen Einheit war einmal gestellt, und die politischen Zustände Deutschlands merklich besser, wie sie sich im Vergleich zu früheren Tagen anließen, hielten doch eine strengere Kritik nirgends aus. Bei einem Kriege gegen Frankreich war man in den kleinen Staaten auf erste Niederlagen im Voraus resignirt; was man sich von dem kleinen Dänemark bieten lassen mußte, begann allmälig selbst über deutsche Geduld hinauszugehen; und in den überseeischen Ländern empfanden es die allenthalben zahlreich verbreiteten Deutschen übel genug, daß keine wirkliche politische Macht sie deckte. Dazu kam, daß die so mühsam errungenen constitutionellen Rechte in den Einzelstaaten wenig sicher, und wo sicher, nicht viel werth waren; daß die besten Kräfte in den kleinlich-zersplitterten Verhältnissen, die keinem hochstrebenden Ehrgeiz würdige Ziele zeigten, verkümmerten: und vor Allem, daß 35 selbstständige Regierungen für ein Volk von ebenso vielen Millionen eine heillose Verschwendung waren, ein Luxus, welcher unbewußt dem national-ökonomischen Sinne dieses rechnenden Jahrhunderts wider die Natur ging.

Aber wie war zu helfen? Die Ohnmacht, die man verwünschte, lag in der Vielheit, die Macht, die man suchte, in der Einheit: wie aber sollte die Vielheit zur Einheit werden? Das Mittel war einfach: indem man vor Allem die Zweiheit entfernte.

Dieses Ei des Columbus war in der Krisis des Jahres 1848 gefunden worden und hatte sich einer Anzahl denkender Köpfe als eine klare Nothwendigkeit aufgedrängt. Daß ein Bundesstaat schlechthin unmöglich war, in welchem zwei gleich starke Mächte wie Preußen und Oestreich mit völlig widerstrebenden Interessen neben einander Platz nehmen sollten; daß wenn Deutschland ein solcher werden sollte, dieß nur möglich war ohne Oestreich — daß es nur möglich war, indem der größte rein deutsche Staat Preußen sich an die Spitze stellte: dieß war theoretisch unanfechtbar. Aber wo es sich um große Kräfte der Wirklichkeit handelt, entwickeln sich die Dinge nicht mit der Logik, mit

welcher die Begriffe im Kopfe des Einzelnen sich folgen, sondern nach ihren besonderen Gesetzen: und hier handelte es sich nicht um Ziffern und Zahlen, sondern um lebendige Menschen voll Irrthum und Leidenschaft, und nicht um Individuen, sondern um Staaten, deren jeder wieder unter seinen besonderen sehr verwickelten Lebensbedingungen steht.

Einen wesentlichen Fortschritt nach jener einzig möglichen Form deutscher Einheit machten die Dinge aber dennoch in unmittelbarer Folge der Ereignisse von 1859. Das Verdienst, die deutsche Einheitsfrage in eine bestimmtere politische Form oder Formel zu bringen, erwarb sich der deutsche Nationalverein, dessen wir hier gedenken müssen, ehe wir die Entwickelung der einzelnen deutschen Staaten darlegen.

Unmittelbar nachdem die überraschende Kunde von dem Frieden zu Villafranca von jenseits der Alpen herüberkam, versammelte sich auf Veranlassung des hannoverschen Abgeordneten Rudolph von Bennigsen eine Anzahl Mitglieder der sogenannten Gothaischen Partei zu Eisenach (17. Juli), mit dem Gedanken, ein festeres Zusammenschließen der Mittel- und Kleinstaaten unter preußischer Führung anzubahnen. Der gewählte Zeitpunkt ebenso, wie die Art und Weise, in welcher hier die alte Gagern'sche Idee wieder aufgenommen wurde, bewies, daß man in Deutschland etwas gelernt hatte. Bei einer zweiten Versammlung in Eisenach (14. August) wurde ein Programm aufgestellt, welches sich darauf gründete, daß die letzten Ereignisse die Nothwendigkeit einer Reform des Bundestags, der Einsetzung einer deutschen Centralgewalt und einer deutschen Nationalvertretung überaus nahe gelegt hatten: ein Programm, welches von den tausendmaltausend Resolutionen, die in diesem Sinne schon von tausendmaltausend Versammlungen gefaßt worden waren, den Vorzug voraus hatte, daß es bestimmt erklärte, die Initiative zu diesen Reformen könne nur von Preußen ausgehen. Es zeigte sich bald, daß dieses Programm wenigstens im protestantischen Deutschland dem freisinnigeren Theile der Bevölkerung genehm war, und daß die Idee, die ihm zu Grunde lag, in den zehn Jahren seit 1849 große Fortschritte gemacht hatte. Eine Anzahl Gothaer Bürger überreichte eine Petition im Sinne des Programms dem Herzog Ernst, der den Gedanken desselben mit den Worten sich aneignete, daß er die Bildung einer großen nationalen Partei in Deutschland mit Freuden begrüße. Dieser Gedanke fand in immer weiteren Kreisen Anklang, und was noch besser war, er fand Widerspruch an der richtigen Stelle. Der Graf Rechberg, Oestreichs Minister des Auswärtigen, ein Herr von — ohne andere als die gewöhnlichsten Eigenschaften eines deutschen Hochadeligen in östreichischen diplomatischen Diensten, fand sich bemüßigt, am 4. September eine Note an seinen Gesandten am Hofe zu Dresden zu richten, in welcher er sich miß-

billigend über diese Bestrebungen und die Stellung, die der Herzog von Coburg zu denselben genommen, äußerte. Diesem sowie der preußischen Regierung wurde die Note mitgetheilt. Im gleichen Monat, bei Gelegenheit einer der fruchtbarsten unter den mehr und mehr in Aufnahme kommenden Wanderversammlungen, der Vereinigung des volkswirthschaftlichen Congresses zu Frankfurt, organisirte sich nun die Partei nach dem Muster des früher erwähnten italienischen als deutscher Nationalverein: und seinem ersten Aufblühen kam einestheils die Herrschaft der Liberalen in Preußen und der vertrauenerweckende Charakter der dortigen Regierung und anderntheils der glückliche Zufall zu Gute, daß eben in diese Zeit der hundertjährige Gedächtnißtag Schiller's fiel.

Dieser, der 10. November 1859, gestaltete sich zu einem großartigen und allgemeinen Volksfeste, auf welches die Nation mit Recht stolz sein durfte. Es war ein sonnenheller Tag, wie er selten im Leben des Einzelnen, seltener im Leben eines ganzen Volkes vorkommt, den im Großen und Ganzen kein Mißklang trübte; ein Tag, an dem mit guten und schlechten Versen und Reden, je nach Kräften, aber allgemein in einem großartigen Zusammenklang aller Stände und aller Stämme mit tiefer und aufrichtiger Empfindung das Andenken eines Dichters gefeiert wurde, welcher seiner Nation das Beispiel eines heroischen Idealismus gegeben hatte, — ein Beispiel, das ihr niemals nöthiger war, als in dieser an herben Enttäuschungen ungeduldigen Hoffens und Wünschens so reichen Zeit. Es war ein fruchtbares und dankbares Thema für die Festredner, daran zu erinnern, daß eben dieser Dichter mehr als irgend ein anderer den Menschen aufgefaßt hatte, wie ihn die großen Gegensätze des Gemeinschaftslebens in Staat und Kirche umtreiben und bewegen, — daß er mit dem Seherblick des Genies eben die seine eigene Nation in diesem Jahrhundert bewegenden Ideen und Gegensätze im tief zur Seele dringenden Vollklang seiner Dichterberedtsamkeit vergegenwärtigt hatte — den Kampf und Gegensatz der Priesterherrschaft und der Gedankenfreiheit im Don Carlos, die Abschüttelung rechtswidriger Tyrannei im Tell, den Zusammenstoß zwischen dem Recht des genialen Herrschergeistes und dem „ewig Gestrigen" einer bestehenden Staatsordnung im Wallenstein —; es gab einen Staat und einen Mann in Deutschland, dem bald die Ereignisse das mächtige Dichterwort wie mit Menschenstimme zurufen sollten:

> Der Augenblick ist da, wo du die Summe
> Der großen Lebensrechnung ziehen sollst;
> Die Zeichen stehen sieghaft über dir,
> Glück winken die Planeten dir herunter
> Und rufen: es ist an der Zeit — —

und so fügte sich überall leicht das Wort der populären Dichtung zu dem, was die Gemüther in der wirklichen Gegenwart bewegte. Und dieser Dichter, einer aus dem Volke, der sich im Kampfe mit allen Nöthen des Lebens emporgerungen hatte und seinen Idealen treu geblieben war, war ein Lehrer wie kein anderer für eine solche ringende Zeit; tief und in allen Schichten der Nation wurde dieß gefühlt und verstanden. Ein großer, leuchtender, unvergeßlicher Tag: noch einmal reichte man sich vor dem Bilde eines großen Dichters die Hand, ehe man sich in deutschen Landen zum Entscheidungskampfe die Lenden gürtete.

Aber schön wie dieser 10. November war, an welchem die Gesammtnation auf einen Augenblick Alles vergaß, was sie spaltete und trennte, und auf einen Augenblick sich Eins wußte in einer idealen Höhe: es war ein Feiertag — und die Aufgabe, für dieses große Volk von 40 Millionen eine Form zu finden, in welcher seine gewaltigen Kräfte nach Einem Ziele hin wirken konnten, erforderte vor Allem die saure Arbeit der Werktage.

Noch waren trotz der Feststimmung jenes Einen Tages, dem in den nächsten Jahren noch viele Feiertage minderen Glanzes und minderer Berechtigung folgen sollten, die centrifugalen Kräfte im deutschen Leben überwiegend. Jeder Staat hatte den großen Kampf des Jahrhunderts, dessen Endziel der gefeierte Dichter mit den Worten ausgesprochen zu haben schien:

Bürgerglück
Wird dann vereint mit Fürstengröße wandeln

innerhalb seiner Gränzen auszukämpfen, und fast in jedem gestaltete derselbe sich wieder anders.

Wir fassen diese Seite der deutschen Frage noch besonders ins Auge, ehe wir zur Darstellung der ferneren Entwickelung der Einheitsbewegung und Einigungsversuche zurückkehren.

a. Die Einzelstaaten.

In dem größten der Mittelstaaten, in Baiern, hatte das reactionäre Ministerium von der Pfordten dem Kampfe mit der zweiten Kammer den beinahe jämmerlichen Charakter einer persönlichen Fehde gegen den Abgeordneten Dr. Weis, der wieder und wieder zum zweiten Präsidenten der Kammer gewählt wurde, gegeben. Der König Maximilian II. aber, ein edeldenkender, wohlgesinnter, feinfühlender Fürst, hatte mit dem Königswort „Ich will Frieden haben mit meinem Volke" wieder in die Bahnen eines gesunden und besonnenen Fortschritts eingelenkt. Er war namentlich bemüht, in seiner Residenzstadt München, welche zugleich Universitätstadt war, durch Herbeiziehung tüchtiger aus-

wärtiger Kräfte die Macht des Lichts gegen die dem geschichtskundigen und wahrheitsliebenden Manne verhaßte clericale Finsterniß zu verstärken: kein leichter Kampf in einem Staate, der neben den 1,200,000 Protestanten über 3 Millionen Katholiken zählte, und wo die clericale Partei wie überall in ihren Mitteln nichts weniger als wählerisch war. Diese Partei und mit ihr die große Mehrzahl der Bevölkerung neigte sich zu Oestreich. Der Nationalverein fand nur etwa in der Rheinpfalz einigen Anhang. Die Eröffnung der Wien-Münchener Bahn am 12. August 1860 gab zu großen Verbrüderungsfesten in beiden Städten Anlaß; im Uebrigen ward von der Regierung bei jeder Gelegenheit die „wohlbegründete Selbstständigkeit Baierns“ betont, und dieses Selbstständigkeitsgefühl war nicht unberechtigt bei dem kraftvollen Staate, der, auf 1394 □Meilen 5 Millionen Einwohner zählend, seit dem Einsturz des Königreichs beider Sicilien der bedeutendste der Mittelstaaten nicht nur Deutschlands, sondern, Spanien etwa ausgenommen, des Continents war, und der ein Heer von 70,000 Mann Friedensstärke neben wohlgeordneten Finanzen zur Verfügung hatte. Im Innern ist als bemerkenswerth zu verzeichnen: die Aufhebung der Beschränkungen der Israeliten in Bezug auf Ansässigmachung und Gewerbebetrieb, die Einführung eines neuen Strafgesetzbuchs, Aufhebung des Lotto, Annahme des deutschen Handelsgesetzbuchs (1861), das von einer in Nürnberg tagenden Commission von Beauftragten deutscher Staaten ausgearbeitet worden war, wesentliche Erleichterungen im Gewerbebetrieb (1862). Am 28. Februar 1863 wurde der Landtag aufgelöst; die „deutsche Fortschrittspartei“, welche sich auf einer Versammlung zu Nürnberg (März) organisirte, erlag bei den Neuwahlen gegen die großdeutsche und ministerielle Partei, und die Thronrede am 23. Juni konnte nicht müde werden, die Selbstständigkeit Baierns, die Aufrechthaltung seiner Unabhängigkeit, die Ehre und Unabhängigkeit Baierns zu betonen: der Adreßentwurf der Fortschrittspartei wurde mit 108 gegen 36 Stimmen verworfen. Dagegen verlangte die Kammer Abkürzung der unendlichen sechsjährigen Finanzperioden, was aber die Regierung ablehnte, wogegen die Kammer wieder den angesonnenen außerordentlichen Militärcredit nur auf zwei Jahre bewilligte (26. September).

In Würtemberg bewegte sich das Interesse in diesen Jahren vorzugsweise um das von der Regierung mit der römischen Curie abgeschlossene Concordat. Das kleine Land (354 □Meilen), das sich jetzt von der einstigen Zielscheibe seines eigenen Spottes, von Hohenzollern, als Kleinstaat verhöhnen lassen mußte, zählte unter 1,800,000 Einwohnern etwa 550,000 Katholiken, welche, zumeist in Oberschwaben zusammenwohnend, von denselben Einflüssen beherrscht wurden,

die in Oestreich beim Abschlusse des Concordats so übermächtig sich gezeigt hatten, und die, wie wir erwähnten, die günstige Lage vor 1859 benutzt hatten, um ein ähnliches auch für Würtemberg zu Stande zu bringen, wo beide Confessionen seither friedlich, aber ohne nähere Gemeinschaft neben einander sich bewegt hatten. Allein das altwürtembergische Volk, das kräftig scheltend aber geduldig vielfältige Mißbräuche trug, war in diesem Punkte reizbar. Ungewöhnlich zahlreich waren in seiner Mitte die Männer, welche, vom Geiste freier Forschung erfüllt, eine ernste, schwer erkämpfte, selbstständige philosophisch-theologische Ueberzeugung sich errungen hatten: am 16. März 1861 wurde nach heftigen Debatten in der zweiten Kammer das Concordat mit 63 gegen 27 Stimmen als unverbindlich erklärt, gegen dessen Vollzug Verwahrung eingelegt und die Regierung sehr verständiger Weise aufgefordert, die Verhältnisse der katholischen Kirche, sofern nöthig, auf dem Wege der Landesgesetzgebung zu ordnen. Der alte König wußte, daß er hier mit einem Factor rechnen mußte, dem seine hinfälligen Kräfte nicht mehr gewachsen waren. Er entließ den Chef des Cultusministeriums, Rümelin, der hier eine Sache vertheidigte, deren bedenklicher Charakter seinem hellen staatsmännischen Geiste nicht verborgen sein konnte. Die übrigen Minister dagegen blieben in diesem Lande des Scheinconstitutionalismus, wo man nicht die Gewohnheit hatte, die Conflicte auf die Spitze zu treiben, und wo die Verfassung es der Regierung ziemlich leicht machte, mit einer Volksvertretung zu regieren, die auf einem ganz veralteten und von allem Anfange an verkehrten Wahlgesetze beruhte. Von einer Reform dieser Verfassung war wenig die Rede; die Bevölkerung, gewöhnt tapfer auf die Regierung zu schmähen und ihr die Verantwortung für Alles, was geschah, aufzubürden, aber selbst zu politischer Arbeit träge und verdrossen, wollte gemüthlich, wie man hier die staatlichen Dinge auffaßte, den alten König Wilhelm erst vollends zu Ende regieren lassen, ehe sie sich mit diesem Problem befaßte. Die Presse ließ man, wie das Gelärme in den Trinkstuben, ziemlich frei gewähren; der kluge Mann an der Spitze der Regierung, Freiherr von Linden, wußte wohl, daß vom Räsonniren zu ernster politischer Arbeit ein weiter Weg war. Er ließ die alten Mißbräuche, die heillose bureaukratische Centralisation, den schamlosen Nepotismus in der Verwaltung, die Vielregiererei und Vielschreiberei, den Servilismus nach oben, die Grobheit nach unten ruhig fortbestehen, und auch um die deutsche Frage machte sich die Regierung vorerst noch keine Sorge. Der Nationalverein fand hier keinen Anklang. Die nationale Partei bildete in diesem Lande vorerst noch eine kleine Gemeinde, zerstreut, ohne Zusammenhang und Widerhalt im Volke, ohne eigenes Organ in der Presse: die Menge glaubte sich

deutsch und zwar großdeutsch gesinnt, und ließ sich einreden, daß sie besondere Sympathien für Oestreich habe, während sie im Grunde weder von Oestreich noch von Preußen viel wußte, noch auch wissen wollte, da keine deutsche Bevölkerung damaliger Zeit mit selbstgefälligerem Behagen an der eigenen Sonderexistenz sich vergnügte, ja, gestützt auf die unzweifelhafte Tüchtigkeit des Volkes und seinen Reichthum an hervorragenden Talenten, einen ungemessenen Stammeshochmuth nährte. Der Beamte hatte sich hier vor Allem vor jedem Verdachte „preußischer" Gesinnung zu hüten, denn dieß faßte man bei Hofe und in allen hohen Regionen als eine persönliche Beleidigung auf. Dagegen war demokratische Gesinnung kein Hinderniß mehr: man wußte jetzt, wie wenig gefährlich im Grunde diese Partei war, und das Ministerium Linden, vornehmlich sein neuer Cultusminister Golther, Schmeichler nach oben und nach unten, verstand die Kunst vortrefflich, demokratische Ideen scheinbar aufzunehmen und sie sachte in ihr Gegentheil zu verkehren. Es liebäugelte mit allen demokratischen Liebhabereien, wie z. B. mit den unvergohrenen Ideen allgemeiner Volksbewaffnung, welche diese Partei hegte, die für den Augenblick der Regierung sehr willkommen war, weil sie den Haß gegen Preußen theilte und schürte, und im Grunde genommen trotz ihrer Declamationen gegen die Regierung sich in ihrem Froschteich vollkommen behaglich fühlte. Im Innern wurden, trotz der Stagnation im Ganzen, einige Fortschritte im Einzelnen gemacht. So ward im August 1861 eine neue Gewerbeordnung im Sinne der Gewerbefreiheit mit 68 gegen 2 Stimmen, im November desselben Jahres das katholische Kirchengesetz, welches die Regierung nach den Directiven des Concordats vorgelegt hatte, aber unter vielfachen Abänderungen mit 67 Stimmen gegen 13 in der zweiten, im December in der ersten Kammer angenommen: im gleichen Monat wurde dagegen die Uebereinkunft, welche die Regierung im Jahre 1856 (denn man übereilte sich hier nicht) mit den Standesherren in Sachen ihrer ungerechtfertigten Entschädigungsansprüche getroffen hatte, von der zweiten Kammer verworfen. Diese beschloß ihr verfassungsmäßig auf sechs Jahre bestimmtes Dasein auf natürlichem Wege, Anfang 1862. Die Neuwahlen änderten an der Stellung und Stärke der Parteien nichts. Am 2. Mai 1862 eröffnete der Minister von Linden den neuen Landtag mit einer nichtssagenden Rede, in welcher er unter Anderem in Betreff der deutschen Frage die beruhigende Zusicherung gab, daß nunmehr „Unterhandlungen über positive Vorschläge zu einer Bundesreform in sichere Aussicht gestellt seien". Wo U n t e r h a n d l u n g e n über V o r s c h l ä g e in A u s s i c h t standen, da konnte es ja mit der deutschen Einheit nicht fehlen.

Eine ganz andere Stellung errang sich in dieser Zeit das kleine ba-

dische Land, auf welches der Würtemberger mit einigem Selbstbewußtsein herabzusehen gewöhnt war. Auch hier war es zunächst die kirchliche Frage, welche ein regeres öffentliches Leben weckte. Der Conflict mit dem Erzbischof hatte dort im Jahre 1859 insofern mit einem Siege der Ultramontanen geendigt, als am 16. December eine Convention mit Rom nach Art des östreichischen Concordats als Grundgesetz der katholischen Kirche des Landes verkündigt wurde. Das Großherzogthum zählte unter 1½ Millionen Einwohnern etwa 1 Million Katholiken: allein die Zeiten hatten sich mittlerweile geändert, und es zeugte nicht für die vielberühmte Klugheit der Leiter der römisch-katholischen Kirche, daß sie in jenem Einen Jahre zehnmal mehr in wenigen Tagen verlor, als sie in einem Jahrzehnt mühselig errungen hatte. Die Convention erregte große Entrüstung auch unter dem denkenden Theile der katholischen Bevölkerung, welcher schließlich doch den bestimmenden Einfluß übt: und so entschieden sprach sich diese Stimmung aus, daß der Großherzog, ein Mann, der seine Zeit und seinen fürstlichen Beruf verstand, nachdem im März 1860 die zweite Kammer jenes Concordat mit großer Mehrheit verworfen hatte, das Ministerium Stengel, welches zu Drohungen greifen wollte, entließ und ein neues von liberalen Anschauungen berief, dessen hervorragendste Mitglieder Lamey und Stabel waren. Von diesem Ministerium wurde wie in Würtemberg anstatt eines Concordats d. h. eines Vertrags mit einer auswärtigen Macht der verständigere Weg der inneren Gesetzgebung betreten. Der Erzbischof von Freiburg erklärte sofort (21. April 1860) der Staatsgewalt — auch die erste Kammer hatte das Concordat verworfen — den Krieg, indem er an den der Kirche aus der Convention erwachsenen Rechten festhalten zu wollen erklärte, und der Clerus bearbeitete nun das Landvolk in diesem Sinne. Die Regierung schritt ruhig auf ihrem Wege fort. Die sechs Gesetze, welche die kirchlichen Angelegenheiten in dem Sinne regelten, daß der Kirche anheimgestellt ward, was wirklich ihre Angelegenheiten sind, wurden angenommen (August). Der Landtag ward mit einer Rede geschlossen, in welcher der Großherzog in der männlich offenen und wahrhaft freisinnigen Weise, welche von da an alle seine Kundgebungen zu einer Erquickung für Jeden machte, dem die Entwickelung einer volksthümlichen Monarchie am Herzen lag, davon sprach, daß er keinen Gegensatz finden könne zwischen Fürstenmacht und Volksrecht, und daß seine Regierung, was sie unternommen, mit derjenigen Milde und derjenigen Festigkeit durchführen werde, welche aus dem Bewußtsein des guten Rechts und der guten Absicht hervorgehe. Der Conflict mit den Ultramontanen legte eine energische deutsche Politik nahe, für welche der Großherzog, der mit klarem Bewußtsein und vollem Entschluß in die nationale Bewegung eintrat, ein

geeignetes Organ in dem Freiherrn von Roggenbach fand, der mit staatsmännischem Blick den Unterschied zwischen Realpolitik und politischer Ideologie erkannte und im Mai 1861 das Auswärtige übernahm. Es war von der größten Bedeutung, daß neben Coburg und Weimar in diesem Lande offen im Sinne der liberalen Anschauungen regiert wurde. Im Juni ward eine evangelische Generalsynode eröffnet, welcher der Großherzog im Gegensatz zu dem Regimente des schwächlich-pfäffischen Ullmann einen Verfassungsentwurf vorlegen ließ, der in ächt christlichem und evangelischem Geiste die freie Selbstthätigkeit der Gemeinde zur Grundlage der Kirchenverfassung machte, und der, von der Synode im Wesentlichen angenommen, im September von dem Großherzog sanctionirt ward. Bei Gelegenheit der Neuwahl zur zweiten Kammer sprach Freiherr von Roggenbach entschieden und unumwunden aus, daß das Ministerium seinem liberalen und nationalen Programm treu bleiben werde: indem er das Recht des Particularismus in den inneren Angelegenheiten der einzelnen Länder anerkannte, betonte er umsomehr die Centralisation in allen Beziehungen Deutschlands zum Auslande. Die Wahlen fielen entschieden zu Gunsten der Regierung aus: und so gelang auch, da das Ministerium von dem einsichtigen Theile der Bevölkerung gestützt und durch die Popularität des Großherzogs getragen wurde, die einstweilige Beilegung des Conflictes mit der katholischen Kirche ohne große Schwierigkeit. Die Agitation der Geistlichkeit hatte wenig verfangen, da man der blinden Leidenschaft die ruhige Kraft, dem Unfug das Gesetz entgegenstellte. Am 4. December 1861 nahm der Erzbischof die staatlichen Verfügungen an unter Wahrung der Rechte des heiligen Stuhls. Man hatte Recht, wenn man den Jahrestag jener Proclamation vom 7. April 1860, mit welcher der Großherzog das neue Regierungssystem ankündigte, an vielen Orten des Großherzogthums festlich beging: die Früchte desselben traten sichtbar zu Tage. Am 9. August 1862 gab Großherzog Friedrich eine bedingungslose Amnestie, was auf diesem Boden etwas heißen wollte; im October desselben Jahres erhielt das Ministerium eine werthvolle Ergänzung durch Carl Mathy, der sich schon im Jahre 1848 als einen Mann von Muth, hellem Verstand und unabhängigem Charakter bewährt hatte; am 25. Februar 1863 ward die Spielpacht in Baden-Baden gekündigt, gegen welche einst die Frankfurter Nationalversammlung ein ohnmächtiges Decret geschleudert hatte, und im gleichen Jahre wurde ein überaus wichtiges Werk, die Neuorganisation der Verwaltung, von der zweiten Kammer einstimmig genehmigt.

Den vollen Gegensatz zu diesem glücklichen Gemeinwesen, wo Fürst und Volk in schöner Eintracht das Wohl der engeren Heimath pflegten, und dabei mit ganzem Ernste ihre Pflicht gegen das große Gesammt-

vaterland im Auge behielten, bildete Kurhessen. In diesem Lande stellte sich ein schlechter Fürst, dem die Verhältnisse gestatteten, seine nichtswürdigen Launen an einem Lande von 176 □Meilen und 754,000 Seelen auszulassen, seinem Volke als Feind gegenüber, indem er demselben eigensinnig sein Recht vorenthielt und so viel Böses zuzufügen sich angelegen sein ließ, als ein Fürst im 19. Jahrhundert noch irgendwie fertig bringen konnte. Dann und wann und nicht selten gab irgend ein besonderer Scandal den Witzblättern Stoff, über welche der elende Tyrann, dem die Bosheit mißhandelter Diener gelegentlich eines derselben in die Hände zu spielen wußte, wüthend war: allein die Sache ging allmälig doch Jedermann und im Jahre 1860 selbst dem Bundestage über den Spaß. In Kurhessen hielt man an der Rechtsanschauung fest, daß die Verfassungsangelegenheit des Kurfürstenthums auf keiner andern Grundlage erledigt werden dürfe, als auf derjenigen der Verfassung von 1831, und die letzte preußische Thronrede vom 12. Januar 1860 hatte dieß ausdrücklich auch als den preußischen Standpunkt bezeichnet; nirgends hatte das Wort des Regenten: „die Welt muß erfahren, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist" lauter angeklungen als hier. Der Mehrheit der Bundesregierungen war aber die einfache Rückkehr zum Recht höchst unbequem; wohin sollte das führen, wenn man anfing, mit diesem Maße zu messen? Und so nahm der Bundestag vermittelnd am 24. März die Anträge seiner Commissionsmehrheit an, nach welchen die Verfassung von 1852 nicht eher von Bundes wegen zu garantiren sei, als bis die Anträge der kurhessischen Stände Beachtung gefunden hätten. In Gemäßheit dieses zweideutigen Beschlusses, gegen welchen Preußen Einsprache erhoben hatte, verkündete nun der Kurfürst am 30. Mai eine neue Verfassung, welche mit dem 1. Juli 1860 in Kraft treten sollte. Am 3. Juli wurden die Landtagswahlen nach dieser Verfassung ausgeschrieben. Die Wahlen erfolgten am 31. August, fast überall unter Vorbehalt. Und dieß war nun die Losung: die Kammer, im November zusammengetreten, wählte ihren Präsidenten unter Vorbehalt; dieser stellte in seiner Eröffnungsrede fest, daß Alles, was die Kammer bis jetzt gethan, unter Protest geschehen sei, und daß die Verfassung von 1831 fortdauernde Rechtsgültigkeit besitze. Am 8. December erklärte sich die Kammer gegen nur sieben Stimmen für rechtlich unbefugt und unfähig zu den ihr angesonnenen Geschäften und wurde alsdann von dem kurfürstlichen Landtagscommissär für aufgelöst erklärt. Am 4. April 1861 forderte Kurfürst Wilhelm seine „geliebten Unterthanen" abermals auf, zu wählen: Wünsche, von dem dermaligen Rechtsboden aus kundgethan, würden bei ihm ein geneigtes Ohr finden: Vorbehalte und Proteste bei der Wahl erklärte eine Ministerialverfügung für unzulässig.

Als aber am 11. Juni die neugewählte Kammer zusammentrat, da wiederholte sich, was im Jahre vorher geschehen. Die Wahlen des Vorstandes erfolgten unter Vorbehalt, und am 1. Juli wurde einstimmig die Incompetenzerklärung vom vorigen Jahre wiederholt und an den Landesherrn die Bitte um Wiederherstellung der Verfassung von 1831 gerichtet. Abermals wurde nun die Kammer aufgelöst; am 2. November zum dritten Male die Wahlen nach der Verfassung von 1860 ausgeschrieben; am 3. Januar 1862 traten die Gewählten zusammen, wiederholten am 8. die Erklärungen der früheren Versammlungen und wurden dann aufgelöst. Die Stimmung blieb schon nicht mehr völlig ruhig. Die gewaltsamen Steuerexecutionen mehrten sich, doch kam es zu keinerlei gewaltsamem Ausbruch, welcher der lauernden Reaction die gute Gelegenheit geboten hätte. Mittlerweile aber wurde die Stellung des Kurfürsten und seiner Regierung unhaltbar. Die deutschen Kammern, eine nach der andern, hatten sich für die Rechtsauffassung der großen Mehrheit des hessischen Volkes, wie sie sich selbst unter einer octroyirten Verfassung in wiederholten Wahlen ausgesprochen, erklärt; die populärste der deutschen Regierungen, die badische, hatte sich am Bunde unumwunden zu dieser Auffassung bekannt, und Oestreich, das dem nichtswürdigen Tyrannen so lange den Kopf gehalten, war unterdessen gleichfalls constitutionell geworden: seine Regierung mußte fürchten, in dieser Sache von Preußen überflügelt zu werden. Um die offene Niederlage abzuwenden, verständigte sich derselbe Graf Rechberg, der durch seine Unterstützung der Hassenpflug'schen Wirthschaft seine Carrière gemacht hatte, mit Preußen zu gemeinsamem Vorgehen, und am 8. März stellten die beiden deutschen Großmächte vereint den Antrag, die hohe Bundesversammlung möge die kurfürstliche Regierung auffordern, die im Jahre 1852 außer Wirksamkeit gesetzte Verfassung von 1831 wiederherzustellen: vorbehältlich der dem Bundesrecht nicht gemäßen Bestimmungen, deren Abänderung aber zunächst auf dem von dieser letzteren Verfassung vorgeschriebenen Wege zu vereinbaren sei. Der trotzige Kurfürst beantwortete diesen Antrag am 26. April mit Anordnung abermaliger Wahlen nach seiner Verfassung von 1860, und er trieb diesen Trotz so weit, daß er in dem frechen Actenstück von jedem Wahlberechtigten vor Abgabe der Wahlstimme und vor Annahme der Wahl die ausdrückliche Erklärung zu fordern befahl, daß er ohne Vorbehalt wähle, beziehungsweise ohne Vorbehalt das Abgeordnetenmandat annehme: wer diese Erklärung verweigere, sei zu den Wahlen nicht zuzulassen. Auf diese Weise dachte er, wenn auch durch jämmerliche Minoritätswahlen, zu einer Landesvertretung im Sinne seiner octroyirten Verfassung zu gelangen. Vergebens remonstrirte die preußische Regierung; die kurfürstliche Regierung schrieb am 3. Mai die Wahlen mit jenen Be-

stimmungen vom 26. April aus. Graf Bernstorff richtete jetzt (6. Mai) eine energische Note nach Wien: die preußische Regierung könne ihre Action nicht mehr von dem Zögern und Schwanken in Frankfurt abhängig machen. Vergebens suchte nun Oestreich, indem es rasch den Bundestag auf die Beine brachte, die Absendung eines außerordentlichen preußischen Gesandten zu verhindern. Der Bundestag verschob seine Abstimmung auf die nächste Sitzung. Da ging am 11. Mai der preußische General Willisen mit einem eigenhändigen Schreiben seines Königs nach Kassel. Der beleidigende Empfang, der diesem Gesandten zu Theil ward, veranlaßte die preußische Regierung, nunmehr die Hand an den Schwertgriff zu legen: sie machte zwei Armeecorps marschbereit und verlangte am 18. als Genugthuung, daß der Kurfürst seine bisherigen Rathgeber entlasse. Der Kurfürst lehnte die Forderung ab, protestirte auch gegen den mittlerweile am Bunde zur Abstimmung und Annahme gelangten Antrag, nach welchem die kurfürstliche Regierung um Einstellung des eingeleiteten Wahlverfahrens ersucht wurde, wollte sich aber demselben fügen, vorbehaltlich des Rechtsbestandes der Verfassung von 1860. Am 24. nahm der Bundestag auch den östreichisch-preußischen Antrag vom 8. März auf Herstellung der Verfassung von 1831 an; nur Mecklenburg war dagegen, Hannover „mit tiefem Bedauern" dafür. Auf diesen Beschluß hin reichte das kurfürstliche Ministerium seine Entlassung ein. Das neue, das endlich gebildet ward, Dehn-Rothfelser, restituirte nun wirklich die Verfassung von 1831, erklärte die von 1860 für aufgehoben, ordnete am 24. Juni die Landtagswahlen nach dem Wahlgesetze von 1849 an, und stellte nach und nach auch die im Jahre 1850 abgesetzten Beamten wieder an. Am 27. October 1862 trat die Versammlung zusammen; sie wählte den Mann, welcher den seitherigen Protestversammlungen vorgestanden, Bürgermeister Nebelthau, zu ihrem Präsidenten. So hatte hier ein zäher Kampf gegen langjähriges Unrecht mit einem Siege des Rechts und einer Niederlage der seit 1850 übermächtigen Reaction geendet, und dieß verfehlte nicht, in ganz Deutschland eine ermuthigende Wirkung zu üben: allein die Geduld des Landes und seiner Vertreter wurde bald auf neue Proben gestellt. Die Kammer, voran der Abgeordnete Oetker, drängte auf Beseitigung der verfassungswidrigen Regierungserlasse seit 1850, und verlangte von der Regierung zu wissen, wann sie die verfassungsmäßige Budgetvorlage zu machen gedenke: die Regierung selbst aber befand sich, dem verstockten Kurfürsten gegenüber, der zu nichts zu bringen war, in der übelsten Lage. Der Tyrann antwortete den unbequemen Fragern zunächst mit Ministerkrisen; am 20. November entließ er dann seine Minister und vertagte die Stände auf unbestimmte Zeit. Er schien sich auf den Verfassungsconflict zu verlassen, der in Preußen selbst im

Gange war: aber seine Rechnung war dießmal falsch. Am 24. November richtete die preußische Regierung eine drohende Note nach Kassel, die sie durch einen Feldjäger überbringen ließ, da man keinen Ambassadeur mehr mit einem Mann, wie der Kurfürst war, in Berührung bringen wollte. Sie winkte dem unverbesserlichen Despoten, während sie zugleich der Versöhnlichkeit der Stände Gerechtigkeit widerfahren ließ, mit dem Zaunpfahl, indem sie von dauernden Bürgschaften sprach, die unter Zuziehung der Agnaten Sr. Königlichen Hoheit zu gewinnen sein würden: und dießmal wenigstens rührte die Note von einem Manne her, der keine Furcht hegte, wenn es sein mußte, das Schwert Preußens nicht blos zu ziehen, sondern auch zu brauchen, dem neuen Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen in Berlin, von Bismarck-Schönhausen. Man wußte dieß, wenn nicht in Kassel, so doch in Wien und Frankfurt: Hals über Kopf reiste ein östreichischer Bevollmächtigter, Feldmarschall-Lieutenant von Schmerling, ein Bruder des Ministers, nach Kassel, um dem Kurfürsten den Kopf zurechtzusetzen. Am 25. traf er ein; am 27. nahm der Kurfürst die Entlassung seiner Minister zurück und berief die Ständeversammlung auf den 4. December wieder ein. Bis auf Weiteres kam nun die constitutionelle Maschine, welcher der Kurfürst nur noch wie ein unnützer Bube kleine Steine zwischen die Räder warf, in Gang. Am 30. Juni 1863 genehmigte er das Finanzgesetz nach den Beschlüssen der Kammer und machte damit dem 13jährigen budgetlosen Zustande ein Ende.

Kurhessen war ohne Zweifel der am schlechtesten regierte Staat des damaligen Deutschlands, mit welchem in dieser Beziehung nur etwa Mecklenburg wetteifern konnte; aber fast jeder der mittleren und kleineren Staaten hatte irgend einen besonderen lächerlichen oder gehässigen Zug, durch welchen eine gewisse Mannigfaltigkeit in das unerfreuliche Bild kam, welches das Deutschland der Bundesacte vor seinem Ende darbietet. So zeichnete sich das Großherzogthum Hessen, wo Freiherr von Dalwigk regierte, durch seinen besondern Eifer und unablässigen Krieg gegen den Nationalverein aus, welcher seinerseits nicht müde wurde, dieser Territorialsouveränetät die Sterbeglocke zu läuten. Sie stellte am 5. Januar 1861 einen Antrag auf Unterdrückung des Vereins beim Bundestage; derselbe wurde aber von Coburg, welches ihm ein Asyl bereitet hatte, kräftig in Schutz genommen. Die Landtagswahlen im Jahre 1862 brachten der Regierung eine vollständige Niederlage. Die altliberale und die demokratische Partei vereinigten sich und schlugen die vereinigte clericale und Regierungspartei aus dem Felde. Einer der Hauptagitatoren des Nationalvereins, Hofgerichtsadvokat Metz, war in vier Wahlkreisen gewählt; als die Kammer im November zusammentrat, stellte ihr Alterspräsident gleich in

den Begrüßungsworten die Beseitigung des Ministeriums Dalwigk als ihre Hauptaufgabe dar. Indeß wer einmal in diesen Kleinstaaten einen solchen Posten errungen, der klammerte sich an denselben fest, als hänge das Wohl des Landes an seiner armseligen Person; der Minister richtete sich in der veränderten Zeit etwas anders ein, das war Alles. Die Kammer betonte in ihrer Adresse, indem sie den Großherzog zugleich an die Zusagen von 1848 erinnerte, die Regelung der Verhältnisse der kirchlichen Gemeinschaften zur Staatsgewalt. Die zweimalhunderttausend und etlichen Katholiken und ihr Bischof machten mehr Geräusch, als die dreimal so viel Protestanten; in dieser Frage kam aber jetzt die Regierung der Kammer durch einen Gesetzentwurf entgegen, und diese erklärte im Mai 1863 entschieden die Rechtsungültigkeit der vorlängst von der Regierung mit dem Bischof von Mainz geschlossenen Uebereinkunft. Der Handelspolitik der Regierung, welche, wie wir sehen werden, allerdings mehr das, was die Staatsmänner der damaligen deutschen Staaten Politik nannten, als das Interesse des hessischen Handels, dictirte, zeigte sie ein entschiedenes Mißtrauen und bewies sich deshalb auch in Finanzfragen schwierig. Sie nahm insbesondere Stellung gegen die heillose und sinnlose Verschwendung, welche an allen diesen kleinen Höfen mit Gesandtschaften bei auswärtigen Regierungen getrieben wurde, indem sie nur die Hälfte der geforderten Summe, 30,000 von 60,000 fl., bewilligte. Soweit reichte die Macht der Kammer, im Uebrigen ging die Regierung ihren Weg wie zuvor. Ihren besonderen Pinselstrich zu dem Karrikaturbilde des damaligen Deutschlands lieferte sie mit einer Verfügung, die man dem Einfluß eines hohen russischen Besuchs zuschrieb, und durch welche den Beamten — wie man hier sagte den „Dienern" — der Schnurrbart untersagt, dagegen das Tragen einer Uniform auferlegt wurde, vermittelst deren man sofort wie in China den Mandarin des Justizministeriums von dem des Finanzministeriums und so weiter unterscheiden konnte.

Nicht ganz so harmlos-abgeschmackt ließ sich die Kleinstaaterei im benachbarten Nassau an. Hier dominirte der östreichische Einfluß, und der Herzog wußte, weshalb er im Jahre 1859 den Oestreichern den Sieg wünschte: er hoffte dann der unbequemen Nothwendigkeit, mit einer Verfassung zu regieren, überhoben zu werden. Diejenige Verfassung allerdings, welche im Jahre 1849 als das anerkannte gesetzliche Staatsrecht des Herzogthums proclamirt worden war, hatte man im Jahre 1851 wieder beseitigt, und man hatte dann, mit der Hochfluth der Reaction schwimmend, unter dem Beistande gefügiger Stände zweifelhaften Rechts, restaurirt was irgend sich restauriren ließ. Allein in Einem Punkte erwiesen sich selbst diese Stände nicht so fügsam, als die Regierung wünschte, der Domänenfrage. Die Regierung verwen-

dete die Einkünfte des sehr bedeutenden Domaniums, welches nach einer Vereinbarung vom Jahre 1849 Eigenthum des Staats sein sollte, nach ihrem Gutdünken: nach längerem Streite vereinigte man sich zu einem Abkommen, nach welchem die Eigenthumsfrage bei Seite gesetzt und bestimmt wurde, daß 15 % des Domänenertrags in die Landeskasse fließen und zu Landesverwaltungsmeliorationen verwendet werden sollten; die Stände verlangten dafür eine Anzahl von Reformen, welche in dem unter Beamtendruck und lächerlicher Vielschreiberei und Vielregiererei seufzenden Ländchen dringend nöthig waren, und von denen die wichtigsten auch seitens der Regierung förmlich zugesagt wurden (1860). Allein diese Versprechungen wurden nicht gegeben, um gehalten zu werden. Vielmehr schloß die Regierung nunmehr mit der clericalen Partei — das Ländchen zählte auf 84 □ Meilen neben 224,000 Protestanten 196,000 Katholiken — einen Bund, dessen Opfer die Liberalen werden sollten. Der Herzog und die ihn umgebenden Hofschranzen und Schmarotzer haßten diese, seitdem der Nationalverein mit seinen preußenfreundlichen Tendenzen entstanden war, mit doppeltem Hasse, der wie natürlich von den Clericalen als den geborenen und geschworenen Feinden Preußens getheilt wurde; und während die Blätter dieser Partei jede Gemeinheit straflos üben durften, wurden die liberalen Organe zu Tode gemaßregelt. Bei den Wahlen von 1863 erlangten die Liberalen mit ihrem bei einer Versammlung zu Limburg an der Lahn aufgestellten Programm voller Herstellung des Staatsrechts vom September 1849 einen vollständigen Sieg. Sie gewannen $^3/_4$ der Sitze in der zweiten Kammer und sämmtliche Wahlstellen der ersten. Die Antwort der Hofpartei war die Ernennung eines Führers der Clericalen, Werren, den man, ohne eine Widerlegung befürchten zu müssen, in öffentlicher Versammlung ein bescholtenes Subject nennen durfte, zum Regierungsdirector, und mit ihm die Einführung eines scham- und ehrlosen Gewaltregiments. Alle Richter, Staats- und Gemeindeverwaltungsbeamte, welche im Verdachte liberaler Gesinnung standen, wurden versetzt, abgesetzt, gepeinigt wie immer möglich, Staatseigenthum zu clericalen Zwecken verschleudert, die Clericalen auf jede Weise begünstigt, Beamte, in deren Bezirk Liberale gewählt worden waren, bestraft.

Es ist nicht nöthig, die Zustände in allen kleinen und kleinsten Staaten in dieser letzten Zeit vor den großen Katastrophen, welche diesen ungesunden Staatsbildungen für immer ein Ende bereiten sollten, im Einzelnen darzulegen. Alle Varietäten patriarchalischer Regierung, rühmliche gewissenhafte Verwaltung, wie etwa in Weimar oder Coburg, und verrückte Mißwirthschaft, wie in Bernburg oder Mecklenburg, kamen zu Tage. Die Anschauung brach sich allmälig in immer

Mehreren Wahn, daß es kindisch war, auf etwas wie wirkliche Freiheit zu hoffen in kleinen Ländern, wo Fürst und Minister bei kleinlichen Verhältnissen zu jeder Chicane die Macht und, weil denn doch die Macht gebraucht sein will, auch den Willen hatten: nur die zwei durch Lage, Geschichte und Umfang wichtigen Mittelstaaten oder, wie sie sich lieber nennen hörten, Mittelreiche Sachsen und Hannover verdienen noch einige Worte.

In Sachsen waren bei der Persönlichkeit des Königs, der ein hochgebildeter, ernster und gewissenhafter Mann war, keine Zustände möglich wie in Hessen oder Nassau. Auch der leitende Minister Freiherr von Beust war klug genug, einzusehen, daß der Wind sich gedreht hatte, und daß in der heraufziehenden schweren Zeit die Mittelstaaten Mühe haben würden, sich über Wasser zu halten, wenn sie fortfahren würden, die liberale Volksstimmung durch plumpe Reaction zu reizen. Als z. B. im Jahre 1861 in der zweiten Kammer an den Tag gezogen wurde, daß die Regierung förmliche Listen über das politische Verhalten der Magistrate und Stadtverordneten führe, beeilte er sich, dem Sturme vorzubeugen, indem er erklärte, daß die Regierung auf Beibehaltung dieses Systems keinen Werth lege. Es kam einiges Verständige zu Stande: ein neues Wahlgesetz, ein neues Gewerbegesetz; im Uebrigen aber liebte es der Minister, sein Licht in höheren Sphären leuchten zu lassen, und in den großen deutschen und womöglich europäischen Fragen seine vordringliche Thätigkeit zu üben.

Im Gegensatz hierzu dachte der König von Hannover, daß sich Sonne, Mond und Sterne um das Welfenhaus bewegten, und daß die Erhaltung des Königreichs Hannover unter welfischem Scepter „bis zum Ende aller Dinge“ den Mittelpunkt und letzten Zweck der Menschengeschichte bilde. König Georg V. war blind und hätte deshalb von Gottes- und Rechtswegen niemals die selbstständige Regierung über ein deutsches Land führen sollen: umsoweniger, als er die Welt über dieses Gebrechen zu täuschen bestrebt war, und so von vornherein in sein ganzes Leben und fürstliches Dasein die unköniglichste aller Eigenschaften, die Lüge, trug. In Einem aber war er scharfsichtig trotz seiner Blindheit: er sah, daß von Preußen her die Gefahr für die Mittelreiche kam, und er widmete darum auch dem Nationalverein, der, wenn auch nicht immer mit sehr leserlicher Schrift, die Hegemonie Preußens in Deutschland auf seine Fahne schrieb, seinen besonderen Haß, in welchem ihn Adel, Beamte (man nannte sie hier seit einiger Zeit nicht mehr Staatsdiener, sondern „königliche Diener“) und lutherische Geistlichkeit kräftig bestärkten. Der leitende Minister war hier von Borries, einer der unfreiwilligen Todtengräber des alten Deutschlands: dieser hatte das Mißgeschick, dem Hasse gegen den politischen Gedanken des Na-

tionalvereins, welchen mit besonderer Klarheit ein hannoverischer Abgeordneter, Rudolph von Bennigsen, vertrat, einen plumpen Ausdruck zu geben, und damit den innersten Gedanken des damaligen deutschen Fürstenthums, das nur durch das Uebergewicht des fremden Einflusses in Deutschland sich aufrecht hielt, wie es nur durch diesen so hoch gestiegen war, in einer Weise bloßzulegen, daß Vielen die Augen über- und damit auch aufgingen. Bei Gelegenheit der Besprechung einer Petition aus Harburg sagte der Minister in der Kammer: daß in der Herstellung einer preußischen Centralgewalt eine Mediatisirung der deutschen Fürsten liegen würde, zu der es, so lange das Recht noch heilig sei, nicht kommen dürfe: und daß, um ihr entgegenzutreten, die deutschen Staaten genöthigt wären, sich mit einander oder mit auswärtigen Mächten zu verbinden, die sehr zufrieden sein würden, die Hand in Deutschlands Angelegenheiten zu bekommen. Von allen Seiten regnete es Proteste gegen diese ebenso verrätherische wie einfältig-naive Aeußerung, welche sich tief in Aller Gedächtniß grub, und die der Minister hernach mit ungeschickten Wendungen umzudeuten suchte: der blinde und verblendete König selbst aber forderte sein Geschick heraus, indem er einen Monat nach jener Aeußerung den Mann in den Grafenstand erhob, welcher mit jenem frechen Worte den Stab selbst gebrochen hatte über ein Königthum, das nicht verschmähte, dem Fremdling die Hand entgegenzustrecken, um eine auf Kosten des Ganzen erworbene und gemeinschädlich gewordene Souveränetät zu behaupten.

Uebrigens zeigte sich auch hier seit 1859 ein freieres Regen des Volksgeistes, und diese Regsamkeit knüpfte sich wie in Baden an Vorkommnisse auf dem religiösen Gebiete. König Georg kam auf den unweisen Einfall, zur Verherrlichung der Confirmation des Kronprinzen, des „edlen Welfensprossen", — denn auch bei dieser Gelegenheit trieb er, wie immer, mit dem Welfenthum und Welfenhaus seinen lächerlichen und lästerlichen Cultus — als oberster Landesbischof statt des bisher gebrauchten Katechismus der Landeskirche eine verschlechterte Form des kleinen lutherischen Katechismus aufzuerlegen. Es war verkehrt, daß die Regierung in einer Zeit, wo die Gemüther ohnehin eine Art Bedürfniß nach Opposition und Agitation empfanden, gerade auf diesem Gebiete an dem Bestehenden rütteln wollte, das hier gut oder schlecht schon darum, weil es alt war, die Sympathien der Menge für sich hatte. Eine starke und stets wachsende Opposition trat ihr entgegen. Als ein Pastor, Baurschmid, der gegen den neuen Katechismus geschrieben, am 7. August 1862 in der Stadt Hannover eintraf, um sich, wie ihm geboten war, vor dem Consistorium zu rechtfertigen, ward er von der Bevölkerung mit geräuschvollen Ovationen empfangen, und da diese in Excesse gegen einige mißliebige Consistorialräthe

ausarteten, so mußte Militär einschreiten, was die Bewegung im Lande verstärkte und vergiftete. Am 19. August verzichtete der König auf die zwangsweise Einführung des neuen Katechismus; am 21. wurde auch Graf Borries entlassen. Allein die kirchliche Bewegung, einmal im Zuge, ging weiter. Im October 1862 regte eine Versammlung von Geistlichen zu Celle den Gedanken einer presbyterialen Gemeindeverfassung und auf Grund derselben eine synodale Kirchenverfassung an: ein nothwendiger Schritt, wenn man aus dem lutherischen Cäsaropapismus, dem nach unten herrischen, nach oben servilen Consistorialregiment herauskommen wollte. Diese Versammlung hatte auf den 2. December eine zweite Versammlung, Geistliche und Laien, nach Celle ausgeschrieben. Die Consistorien glaubten gegen eine solche „unangemessene Einwirkung" auf die königliche Regierung die Geistlichen ernst und nachdrücklich warnen und abmahnen zu müssen: worauf der leitende Ausschuß jene zweite Versammlung vorerst verschob. Am 10. December, nach mehrmonatlichem Interim, berief König Georg ein neues Ministerium von gemäßigt, wie man sagte liberalen Anschauungen: Graf Platen, den letzten Minister des Auswärtigen dieses Königreichs, Hammerstein (Inneres), Lichtenberg (Cultus), Windthorst (Justiz); am 3. Februar 1863 wurde eine Synodalcommission, darunter auch einige Mitglieder der Celler Versammlung, von dem neuen Cultusminister eröffnet. Im April trat eine zweite Versammlung zu Celle zusammen, deren Deputation der König zu empfangen ablehnte. Dagegen berief nun eine königliche Verordnung vom 29. April eine Vorsynode, die aus 24 Geistlichen und von der Geistlichkeit zu ernennenden, 24 von den Kirchengemeinden zu ernennenden weltlichen und 16 vom König zu bestimmenden geistlichen und weltlichen Mitgliedern bestehen sollte; und da im gleichen Jahre für den Landtag neu gewählt werden mußte, so fehlte es in dem Lande, in dem es sich sonst gemächlich lebte, nicht an mannigfacher Bewegung. Die Fortschrittspartei, seither in der Defensive, ging jetzt auch hier wie überall zum Angriff vor. Ein Aufruf derselben vom 14. Mai erinnerte an die Grundsätze der Verfassung vom 5. September 1848: einer Verfassung, welche eigentlich, da sie nicht in gültiger Weise aufgehoben sei, noch immer zu Recht bestehe: es gelang ihr, bei den Wahlen, die im Juli stattfanden, nahezu die Hälfte der Sitze zu gewinnen. Die Wahlen zu der Vorsynode fanden im August Statt: sie fielen von Seiten der Geistlichkeit auf lauter entschiedene Orthodoxe, von Seiten der Kirchengemeinden auf Anhänger der Grundsätze des Celler Programms.

Allenthalben waren so die vorwärtsstrebenden Elemente und Parteien wieder im Vordringen. Hatte man im Jahre 1848 und seither hier und da einen Unterschied gemacht und eine Wahl treffen zu müssen

geglaubt, ob man die constitutionellen Institutionen, was man der Einfachheit wegen schlechtweg die Freiheit nannte, in erster Linie erstreben und dann erst an den Ausbau der nationalen Einheit gehen wolle, oder ob man die nationale Einheit vor Allem und selbst auf Kosten der Freiheit zu erringen trachten solle, so war inzwischen deutlich geworden, daß sich diese Dinge zwar in der Theorie, nicht aber in der Wirklichkeit scheiden ließen, — daß kein constitutionelles Recht der Einzelstaaten sicher war, so lange in Frankfurt ein vielköpfiger Absolutismus regierte, und umgekehrt, daß der Fürstenconvent in Frankfurt nur dann mit einer wirklichen Nationalregierung vertauscht werden konnte, wenn der Constitutionalismus in den einzelnen Staaten zur Herrschaft gelangt war. Entscheidend aber war — soviel leuchtete selbst Denen ein, welche sich nur sehr ungern die Wahrheit eingestanden — ob und in welcher Weise die neue constitutionelle Staatsform in Preußen sich einleben würde. Davon, so schien es, hing die gedeihliche Lösung der deutschen Frage vor Allem ab, und wir müssen zunächst auf die innere Geschichte Preußens den Blick richten, ehe wir die Geschichte der deutschen Einigungsversuche wieder aufnehmen können.

b. Preußen.

Der Regierungswechsel hatte dem preußischen Volke das Wohlgefühl zurückkehrender Gesundheit gegeben, und mit Freuden überließ sich das monarchisch und loyal gesinnte Land dieser Empfindung. Mit allergrößter Mäßigung, sahen wir, vollzog er sich; nur die verhaßtesten Träger des gestürzten Systems wurden entlassen; von einem Märtyrerthum selbst im mindesten Maße hatten sie nichts zu verspüren. Die Dinge schienen auf gutem Wege: während des italienischen Krieges, wo die Aufmerksamkeit vorzugsweise auf die europäische Krisis sich richtete, war das preußische Volk im Großen und Ganzen mit der Politik seiner Regierung einverstanden, und der Versuch Oestreichs, die Schmach seiner Niederlage und des raschen Friedens auf Preußen abzuladen, mißlang verdientermaßen. Im Gegentheil: man ließ auch in Süddeutschland nach dem Frieden von Villafranca der preußischen Politik mehr Gerechtigkeit widerfahren, als während der Aufregung der Kriegsmonate. Dieser Krieg förderte vielmehr die Erkenntniß von der Nothwendigkeit einer preußischen Führung in Deutschland; in seinem unmittelbaren Gefolge hatte er die Gründung des Nationalvereins, d. h. die Organisation einer preußisch-deutschen Partei; eine überaus glänzende und bedeutende Stellung nahm der Regent Preußens im Jahre 1860 zu Baden-Baden ein, wo die Fürsten Deutschlands um ihn sich sammelten und die Friedensbetheuerungen Napoleon's entgegennahmen.

Gutmüthige Idealisten glaubten die Lösung der deutschen Frage nunmehr leicht und einfach. Man brauchte in Berlin nur brav liberal weiter zu gehen, je liberaler desto besser; und in der That sehr einfach würde diese Lösung gewesen sein, wenn Preußen ein Individuum, ein einzelner Mensch mit einfachem Willen gewesen wäre: ein solches ideales Preußen schwebte den Politikern des Nationalvereins und den ihnen Gleichgesinnten vor.

Allein Preußen war kein solches einfaches Einzelwesen, sondern ein Staat, und kein Idealstaat, sondern ein sehr wirklicher Staat, in welchem, wie überall in wirklichen Staaten, nicht die reine Idee, sondern Leidenschaft, Schwäche, Irrthum mächtiger Menschen und Parteien den Gang der Dinge mitbestimmten. Es waren eben auch hier wie allerwärts geschichtlich gegebene Factoren, Parteien, Gesellschaftsklassen, welche alle von ihrer Vergangenheit mehr oder weniger abhängig waren; und die Ungeduld der patriotischen Idealisten sah sich aufs Schmerzlichste enttäuscht, als statt der raschen Lösung der deutschen Frage durch ihren Idealstaat dieses mächtigste deutsche Gemeinwesen vielmehr selbst einer heftigen inneren Krisis anheimfiel, und sich, aus unbedeutendem Anlaß — so schien es — ein schwerer Verfassungsconflict entwickelte, der einige Male eine dauernde Zerrüttung befürchten ließ. Jetzt, bei ganz veränderter Scene, kann man dem Gange dieser Wirren mit Ruhe folgen, und darf es aussprechen, daß der Uebergang in einen Verfassungsstaat in Preußen verhältnißmäßig leicht, ja leichter, wenn auch später, als z. B. in England sich vollzogen hat.

Am 12. Januar 1860 eröffnete der Regent den Landtag. Die Thronrede deutete die Nothwendigkeit der Bundesreform an, sprach aber dabei den sehr richtigen Grundsatz aus, daß die Bundesversammlung in Frankfurt auf das genaueste Maß ihrer verfassungsmäßigen Wirksamkeit beschränkt werden müsse, und zog die Consequenzen dieser Anschauung in der Behandlung der wichtigen kurhessischen Angelegenheit. Alsdann ging der Regent zu dem Punkte über, welcher den Anlaß geben sollte zu jenem, einige schwere Jahre sich hinziehenden heftigen innern Conflict, einem Conflict, der in heißem Ringen die Idee der verfassungsmäßigen, zugleich auf ein festes geschriebenes Gesetz und auf die traditionelle Einigkeit einer populären Dynastie mit einem loyalen Volke gegründeten Monarchie in den Tiefen der Nation feste Wurzel treiben ließ, und der seine Lösung erst dadurch finden sollte, daß der preußische Staat selbst seine Mission in Deutschland vollendete — der Reform der Heeresverfassung.

Der Regent, mit der Sicherheit eines gründlichen Sachkenners redend, sprach von den Uebelständen im Heerwesen, welche die Erfahrungen der letzten zehn Jahre bloßgelegt hätten; doch sei nicht die Absicht,

mit dem Vermächtniß einer großen Zeit zu brechen; es erklang ein Wort, welches nur der Fürst dieses Landes aussprechen durfte: „die preußische Armee wird auch in Zukunft das preußische Volk in Waffen sein.“ Niemals, schloß der Fürst, sei der Vertretung des Landes eine Maßregel von solcher Bedeutung vorgelegt worden: es gelte, die Geschicke des Vaterlandes gegen die Wechselfälle der Zukunft sicher zu stellen.

Am 10. Februar legte das Ministerium dem Abgeordnetenhause die Gesetzentwürfe in Betreff der Heeresorganisation vor. Zum Verständniß ist vorauszuschicken, daß das bis dahin maßgebende Gesetz vom 3. September 1814 stehendes Heer und Landwehr unterschied: wer mit dem 20. Jahre in das Erstere eintrat, blieb drei Jahre unter der Fahne, wurde dann als Reservist in die Heimath entlassen und trat alsdann, nach zwei weiteren Jahren, in die Landwehr über: bis zum 32. Lebensjahre in die ersten Aufgebots, mit Verpflichtung zur Theilnahme an jährlichen kurzen Uebungen; vom 32. bis 39. in die zweiten Aufgebots, welche im Kriege vorzugsweise zu Garnisons- und Festungsdienst verwendet werden sollte. Das Wesentliche dieser Organisationsentwürfe nun war, daß in strengerer Durchführung des Prinzips der allgemeinen Wehrpflicht künftighin 63,000 statt 40,000 Rekruten jährlich ausgehoben wurden und damit, bei Festhaltung der dreijährigen Dienstpflicht, die Friedensstärke des Heeres von ca. 150,000 Mann auf ca. 213,000 Mann stieg; daß die Zahl der Linieninfanterieregimenter unter Reduction ihrer Friedensstärke verdoppelt, auch zehn neue Cavalleriregimenter errichtet werden sollten; daß die Pflicht, in der Reserve zu dienen, um zwei Jahre verlängert, mithin die Gesammtdienstpflicht in der Linie von fünf auf sieben Jahre erhöht, dagegen die Verpflichtung zum Dienste in der Landwehr ersten Aufgebots von sieben auf vier, in der zweiten Aufgebots von sieben auf fünf Jahre herabgemindert, mithin die Gesammtdienstpflicht in Linie und Landwehr von 19 auf 16 Jahre, also um drei Jahre verkürzt werden sollte. Für die gewöhnlichen Mobilisirungen genügte künftig Heranziehung der Leute bis zum 27. Jahr; selbst wenn ein Krieg in großen Dimensionen ausbrach, genügte zunächst die Mobilisirung des stehenden Heeres, und die Landwehr — die Männer vom 27. Jahre an bis zum 31. beziehungsweise 36., die eigentliche Kraft der Nation — konnte als Reserve verwendet und mithin verhältnißmäßig geschont werden. Die Erfahrung sollte die Weisheit dieser Maßregel in drei Kriegen, darunter zwei von den größten Dimensionen, bestätigen und die Einwürfe, die gegen dieselbe erhoben wurden, größtentheils in glänzender Weise widerlegen: Einwürfe, von denen der zunächst erhobene, daß die Landwehr zurückgesetzt werde zu Gunsten der Linie, einem doctrinären Idealismus entsprang, der zwar sich demokratisch geberdete, aber nichts

weniger als volksthümlich war. Das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht war vollständig erhalten oder vielmehr wiederhergestellt, während seither in dem Preußen von 1860 nur dieselbe Zahl Rekruten ausgehoben worden war, wie im Jahre 1815.

Diese Organisation erforderte bedeutende finanzielle Opfer, welche die Regierung zum Theil durch eine Reform der Grundsteuer zu decken suchte. Die vier Vorlagen, welche diese letztere Angelegenheit betrafen, gingen zunächst an das Herrenhaus, wo der hauptsächlichste Widerstand zu erwarten war; allein am 4. Mai verwarf dasselbe zwei derselben mit großer Mehrheit. Dadurch wurde die Durchführung der Heeresgesetze, gegen welche im Abgeordnetenhause bereits lebhafte Bedenken sich regten, für dießmal zweifelhaft, und die Regierung verlangte nun „zur Aufrechthaltung und Vervollständigung derjenigen Maßnahmen, welche für die fernere Kriegsbereitschaft und erhöhte Streitbarkeit des Heeres erforderlich und auf den bisherigen gesetzlichen Grundlagen thunlich seien", die nöthigen Credite als ein Vertrauensvotum. Mit 315 gegen nur 2 Stimmen wurde am 15. Mai dieses Vertrauensvotum zu „einstweiliger Kriegsbereitschaft" bewilligt: bis zum 30. Juni 1861. Die Schlußrede am 23. Mai bedauerte, daß die dringend gebotene Verbesserung des Eherechts — das Herrenhaus hatte, von theologisirenden Motiven geleitet, am 7. Mai die Civilehe selbst in der übrigens ganz nichtswürdigen Form der sogenannten Nothcivilehe und der facultativen Civilehe verworfen — sowie die Regulirung der Grundsteuer nicht zu Stande gekommen seien; die Regierung werde an Beiden festhalten; von Neuem betonte sie die Nothwendigkeit der Heeresreform, welche hoffentlich endlich richtig gewürdigt werden würde.

Die Ernennung von 18 neuen Mitgliedern des Herrenhauses und die Verleihung des Präsentationsrechts an sechs weitere Städte der Monarchie sollten der liberalen Regierung eine bessere Stellung in diesem Hause geben, in welchem die Anhänger des glücklich beseitigten Manteuffel'schen Regiments überwogen, und die Annahme der Grundsteuervorlagen sichern. Die Stimmung im Volke war günstig; mit froher Empfindung wurde am 15. October 1860 das 50jährige Bestehen der Universität Berlin, auch eines Vermächtnisses aus bedeutungsvoller Zeit, gefeiert. Man freute sich, dem nichtswürdigen Polizeidrucke des frühern Regiments entkommen zu sein, von dem durch den Proceß gegen den Polizeidirector Stieber und einige seiner Werkzeuge im November ein häßliches Bild entrollt ward, wenngleich die Angeklagten schließlich freigesprochen wurden. Am 14. December wurde auch der Justizminister Simons, ein Ueberrest der Manteuffel'schen Verwaltung, entlassen und durch einen besseren Mann, von Bernuth, ersetzt.

Am 2. Januar 1861 starb zu Sanssouci der unglückliche Fürst,

dessen Ende einen so tragischen Gegensatz gegen den glänzenden Anfang seiner zwanzigjährigen Regierung bildet. Man dürfte nicht sagen, daß dem preußischen Staate seine große deutsche Aufgabe irgendwie durch besondere Gunst des Glückes erleichtert worden sei. In der großen Zeit der Krisis 1848—1852, wo bei der Auflösung der deutschen Dinge, bei der völligen Lähmung Oestreichs eine so festgefugte und innerlich so gesunde Macht wie Preußen, wenn sie von einem nur einigermaßen klaren und festen Willen gelenkt wurde, den Ausschlag geben mußte, und ihre eigenen Bedingungen stellen konnte — in dieser Zeit trug ein Mann die preußische Krone, der von der ganzen Reihe der Fürsten aus dem Hohenzollern'schen Hause vielleicht am meisten Geist, aber am wenigsten staatsmännischen Sinn und männlichen Charakter besaß. Man hat einen seiner Vorfahren mit dem Beinamen Cicero zu ehren geglaubt; der Charakter Friedrich Wilhelm's IV. erinnert vielleicht mehr noch an den glänzenden römischen Redner, der hohe Worte, schöne Gedanken, gefällig oder leidenschaftlich ausgedrückt, für wirkliche Thaten nahm. So bezeichnet seine Regierung den tiefsten Ebbezustand der deutschen und der preußischen Geschichte; und nur darin zeigte sich, daß Gott seine Hand nicht völlig von diesem Lande und dem deutschen Volke abgezogen hatte, — daß, ehe es zu spät war, ein Mann das Ruder ergriff, welcher auch darin einen vollen Gegensatz gegen seinen Bruder bildet, daß seine Regierung, mit sehr viel bescheideneren Hoffnungen begrüßt als einst die seines Bruders, wenige Jahre später die kühnsten Erwartungen, seine eigenen wie die der Nation, übertraf. Sein Manifest vom 7. Januar „An Mein Volk" gedachte mit Pietät des Dahingeschiedenen und sprach dann in gewichtigen Worten eine würdige Auffassung der Aufgaben dieses Staates und der Pflichten Dessen, der zu seiner Lenkung berufen war, aus. „Es ist Preußens Bestimmung nicht, dem Genuß der erworbenen Güter zu leben. In der Anspannung seiner geistigen und sittlichen Kräfte, in dem Ernst und der Aufrichtigkeit seiner religiösen Gesinnung, in der Vereinigung von Gehorsam und Freiheit, in der Stärkung seiner Wehrkraft liegen die Bedingungen seiner Macht" — — „Treu dem Eide", sagte er, „mit welchem ich die Regentschaft übernahm, werde ich die Verfassung und die Gesetze des Königreichs schirmen" — wenige Worte und keine begeisterten Worte, denn der neue König war in den Ideen der alten Monarchie aufgewachsen, aber ein Manneswort: vor den hinterlistigen Ränken des reactionären Jesuitismus wenigstens war das Staatsgrundgesetz nunmehr gesichert. Auch in Beziehung auf das Verhältniß Preußens zum übrigen Deutschland faßte der König sich kurz: „Meine Pflichten für Preußen fallen mit meinen Pflichten für Deutschland zusammen"; es barg aber eine klare und verständige Politik, und die auch

reiflicher erwogen und fester begründet war, als damals die Meisten dachten, wenn er hinzusetzte, daß es ihm als deutschen Fürsten obliege, Preußen in derjenigen Stellung zu kräftigen, welche es vermöge seiner ruhmvollen Geschichte, seiner entwickelten Heeresorganisation unter den deutschen Staaten einnehmen müsse. Sehr wahr: keine gefühlvolle Loyalität Oestreich gegenüber, keine warmherzige Bundesbrüderschaft den deutschen Mittelreichen und Kleinstaaten gegenüber konnte zum Ziele führen: nur eine energische, ja mehr eine egoistische preußische Politik konnte das einige d. h. mächtige Deutschland schaffen, nach welchem die Nation verlangte.

Der König, im 65. Lebensjahre zum Throne gelangt, war ein Mann von durchaus positivem Geiste und besaß vor seinem Vorgänger den großen Vorzug, daß er, während dieser auf den verschiedensten Feldern in geistreich dilettirender Weise sich erging, mit Organisation der künftigen Kirchenverfassung des chinesischen Reiches und Aehnlichem sich zu schaffen machte, vor Allem in Einem, in militärischen Dingen, gründlicher Sachkenner war: wer in Einem gründlich zu Hause ist, wird in allem Uebrigen, wo er nicht zu Hause ist, vor Allem die Sachkundigen hören, nicht sie mit eigenen, nur von der Oberfläche genommenen Ideen leiten wollen: was wie alles Oberflächliche zugleich den Charakter verdirbt, weil es zur Unwahrheit führt. Als Mann positiven Geistes faßte er auch seinen Königsberuf auf und gab wenig auf den vagen Liberalismus, mit welchem die zahllosen politisirenden Dilettanten jener Tage Deutschland zu einigen gedachten. Die Thronrede, mit welcher am 14. Januar 1861 der preußische Landtag eröffnet wurde, betonte wiederum die Verstärkung des Heeres, welche auf der Grundlage der bestehenden Gesetze eine fertige Thatsache geworden — die gleichwohl günstige Lage der Finanzen, die endliche Erledigung der Grundsteuerfrage und die Reform des Eherechts.

Die Debatten über die Antwortsadresse auf die Thronrede ließen den tiefen Zwiespalt zu Tage treten, der zwischen dem Herrenhause, das in seiner damaligen Zusammensetzung wenig mehr als die Vertretung einer Faction war, und dem Abgeordnetenhause bestand, in welchem neben einer sehr geringen Anzahl Conservativer lauter Männer saßen, welche die Verfassung als ein für allemal gegebene unverrückbare Grundlage nahmen, und auf derselben eine liberale und reformatorische Gesetzgebung entwickeln wollten. Die Adresse des Ersteren war eine überaus tactlose Parteikundgebung, welche dem regierenden Könige den verstorbenen Bruder als Muster vorhielt; die des Abgeordnetenhauses stimmte den Prinzipien der Thronrede zu, nahm gegenüber der Heeresfrage noch eine zurückhaltende Stellung ein und hielt sich auch, was die deutsche Frage betraf, ziemlich auf der Linie der Regierung. Ein Ver-

besserungsantrag des Abgeordneten Stavenhagen, der ganz unumwunden ausgesprochen wissen wollte, daß Preußen durch seine Geschichte und seine Machtverhältnisse die Stellung an der Spitze des deutschen Bundesstaates gebühre, wurde mit 261 gegen 41 Stimmen abgelehnt. Mit vollem Recht: es war Zeit genug, jenen Satz auszusprechen, wenn er zur Wirklichkeit geworden war. Dagegen that, wie schon in anderem Zusammenhange erwähnt worden, das Abgeordnetenhaus einen bedeutsamen Schritt von großer Tragweite, den der staatsmännische Tact des Abgeordneten von Vincke, eines der hervorragendsten Talente des jungen preußischen Parlamentarismus, in Anregung brachte. Nach einer Debatte, welche diesem jungen Parlamentarismus alle Ehre machte, nahm es einen Zusatz zur Antwortadresse an, der sich für die fortschreitende Consolidirung Italiens im preußischen und im deutschen Interesse aussprach: während von der im Herrenhause vorwaltenden Partei gleichzeitig für einen dem entthronten König von Neapel zu stiftenden silbernen Ehrenschild gesammelt wurde. Die polnischen Abgeordneten stellten ihrerseits einen Antrag auf Erwähnung der Herstellung der Provinz Posen als eines Großherzogthums Posen mit Anerkennung der polnischen Nationalität, und machten sich auch sonst wiederholt unbequem, indem sie z. B. bei der Berathung des Cultusetats eine eigene polnische Universität verlangten. Sie fanden taube Ohren; man war in dieser Sache sicher, da das deutsche Element in den polnischen Landestheilen überall in siegreichem Vordringen war, und zwar mit dem Recht des legitimen Sieges, welcher der höhern Bildung, dem energischeren Fleiße gebührt. Gegenüber der polnischen Agitation war auch die deutsche Bevölkerung — sie bildete ein starkes Drittel der 1,350,000 Einwohner der Provinz — nicht müßig; eine Versammlung zu Posen (1. Mai) empfahl der Regierung namentlich strenge Ueberwachung der polnischen Gymnasien, der Priester- und Schullehrerseminare.

Inzwischen hatte am 7. Mai das Herrenhaus sich entschlossen, die Grundsteuervorlage der Regierung, welche am 12. März das Abgeordnetenhaus passirt hatte, 110 gegen 81 Stimmen anzunehmen, während es sich im Uebrigen spröde gegen die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses verhielt, gegen welches das Organ der Partei, die Kreuzzeitung, bereits aus grobem Geschütz den Kampf führte. Diese Partei sah in der Militärvorlage ihren Weizen keimen: nahm das Abgeordnetenhaus dieselbe an, so war es gut, denn von den neuen Officierstellen fielen ihr die Mehrzahl zu; lehnte es dieselbe ab, so war es besser: sie wußten, daß des Königs Herz auf dieser Maßregel stand, der ohnehin nur mit einer gewissen Aengstlichkeit das constitutionelle Wesen sich entfalten sah. Noch einmal aber ward der unmittelbare Zwiespalt vermie-

den. Die Commission erstattete am 18. Mai ihren Bericht: sie beantragte von den geforderten 8,152,000 Thalern 1,498,000 Thaler zu streichen und die übrige Summe unter der Rubrik Extraordinarium im Budget zu bewilligen; ein Amendement des Abgeordneten Kühne, eines Mannes höchster Autorität in finanziellen Dingen, beantragte unter Abstrich einer Pauschsumme von 750,000 Thlr., deren Vertheilung auf die einzelnen Positionen man der Regierung überließ, die übrige Summe als Extraordinarium zu bewilligen. Ehe das Haus, am 31. Mai, zur Abstimmung schritt, verlas der Ministerpräsident Fürst von Hohenzollern eine Erklärung, in welcher die Regierung unter abermaliger Betonung der Unumgänglichkeit der getroffenen Maßregeln doch ihre Geneigtheit aussprach, den Vorschlag des Abgeordneten Kühne anzunehmen, welcher denn auch von dem Hause zum Beschluß erhoben wurde. Dieß war ein sehr zweifelhafter Erfolg und Jedermann hatte das Gefühl, daß die schwersten Kämpfe erst bevorstanden. Als wirkliche Erfolge konnte die Schlußrede vom 5. Juni nur die Grundsteuerregulirung und die Einführung des von einer Commission Sachverständiger aus verschiedenen deutschen Staaten ausgearbeiteten deutschen Handelsgesetzbuchs, das auch in den Augen des Herrenhauses Gnade gefunden hatte, anführen; den Hauptnachdruck legte sie abermals auf die Heeresorganisation als eine fertige in sich abgeschlossene Maßregel, deren Heilsamkeit sie mit einer Ausführlichkeit darlegte, welche die Stärke der Ueberzeugung eingab: am Schlusse der Rede aber klangen deutlich die Stimmen durch, welche das Ohr des Königs bestürmten oder beschlichen, und als deren einflußreichste die des Generals von Manteuffel, des Chefs des Militärcabinets, genannt wurde, welchen kurz zuvor eine vielgelesene Broschüre aus dem liberalen Lager einen unheilvollen Mann an unheilvoller Stelle genannt hatte. Der König sprach von der Innehaltung der Schranken, deren Ueberschreitung nur der in Europa regen Partei des Umsturzes Vorschub leisten könnte, und mit auffallendem Nachdruck von dem „Königthum von Gottes Gnaden", — eine Formel, deren schönen und ächten Sinn die pietistisch-feudale Partei gefälscht hatte, indem sie dieselbe zum Parteisignal machte.

Es zeigte sich jetzt schon, daß es ein frommer Wunsch und ein kindlicher Traum gewesen, wenn man geglaubt hatte, daß dieser mit starker monarchischer Faust geschmiedete Staat in sanftem und leichtem Uebergang sich aus einem absoluten in einen constitutionell-parlamentarischen umwandeln werde. Die Verfassung war da, und der König hatte die ernste Absicht sie zu halten: vielleicht ist es eines seiner größten Verdienste, daß er der Nation ungeschmälert das unschätzbare Gut der Erbmonarchie bewahrte, indem er streng gewissenhaft an dem ge-

schworenen Eide festhielt, auch wo derselbe sich ihm hemmend auf einem Wege entgegenzustellen schien, den er zu betreten für unerläßliche Pflicht hielt. Allein diese Verfassung war nicht ein einzelnes, nicht ein von irgend einem Winde hergewehtes Blatt Papier, wie die Organe der feudal-pietistischen Partei meinten, welche unter frommen Worten eine überaus frivole Gesinnung verbargen: sie war Frucht und Zeichen einer großen Wandlung, die in ganz Deutschland, unter je ihren besonderen Formen überhaupt in Europa vor sich gegangen war und die hier in diesem großen Staate sehr viel folgenreicher, aber auch sehr viel schwieriger durchzuführen war, als etwa in Oldenburg oder Hessen-Homburg. Indem diese Verfassung neben den König und die von ihm ernannte Regierung eine Vertretung des Volkes mit parlamentarischen Debatten stellte, der eine hochentwickelte Publicität, ein üppig ins Kraut schießendes Vereinswesen zur Stütze diente, wurden Kräfte entfesselt, die, richtig gelenkt, dem Staate und seiner königlichen Regierung eine Macht schufen, mit der diese ganz andere Dinge ausrichten konnte, als der alte Beamtenstaat — es waren aber freilich Kräfte, die erst der Klärung, der Schulung und Erziehung bedurften. Nicht umsonst fällt in dem Lande, in welchem das parlamentarische Regiment sich seit vielen Menschenaltern eingelebt hat, in England, dem bedeutendsten Manne des jedesmaligen Ministeriums die Aufgabe eines „Führers des Unterhauses“ zu, und bequemt sich dort die Majorität, aus welcher das Ministerium genommen ist, solcher Führung. Davon war hier noch keine Rede; ungestüm drang der junge Parlamentarismus vor, hitzigen, regierungsunkundigen, zum Theil dilettantischen Führern bald zu viel, bald zu wenig gehorchend, während die Regierung ihrerseits der neuen Kraft ängstlich, ablehnend, hemmend gegenüberstand, als fürchtete sie sich, sie zu gebrauchen. Es dauerte noch geraume Zeit, ehe auf beiden Seiten die Geister zu der Erkenntniß reiften, auf welche Weise eine königliche Regierung mit einer Volksvertretung, eine Volksvertretung mit einer monarchischen Regierung zu beiderseitigem Gewinn zusammenarbeiten kann. Es ist ein gewichtiges Wort Mirabeau's, hineingesprochen in den Sturm der Revolution und halb von seinem Tosen verschlungen, daß die Freiheit des Volkes eines Königs bedürfe; er würde nicht geirrt haben, wenn er hinzugesetzt hätte, daß die Kraft des Königthums eines freien Volkes bedürfe.

Und hier in diesem Staate waren alle Vorbedingungen zu einer solchen edlen Harmonie vorhanden. Aber ehe die Erkenntniß, auf welcher sie sich aufbaut, voll reifte, waren schwere Stürme kaum zu vermeiden. Die vorgeschrittenen Elemente der liberalen Partei hatten anfangs den sogenannten Altliberalen das Feld allein überlassen, um

nicht den Regenten gleich zu Anfang an dem von ihm betretenen Wege irre zu machen; erst Ende 1860 wurde der Obertribunalsrath Waldeck in die Kammer gewählt, und die Demokratie betrat damit in einem sehr würdigen und staatsmännisch bedeutenden Repräsentanten die politische Bühne wieder. Mit ihm aber trat die ganze Partei aus der Zurückhaltung hervor, um ihren Antheil an dem politischen Leben zu fordern und geltend zu machen. Auch in dieser Partei war eine Scheidung und Klärung vor sich gegangen: wenigstens auf das Ideal einer Republik — auf deutschem und vollends auf altpreußischem Boden eine Lächerlichkeit — hatten die Meisten verzichtet: auch hatten sie gelernt, daß die Freiheit nicht ein so einfaches Gut ist, wie sie ihnen im Jahre 1848 erschienen war, und sie waren bereit, an der constitutionellen Maschine ehrlich mitzuarbeiten, sich resignirend, noch eine geraume Zeit in der Minorität zu bleiben. Aber freilich, so langsam wie die altliberale Partei vorwärts zu gehen, waren sie nicht gemeint: und sie begegneten sich in dieser Stimmung mit sehr Vielen, deren royalistische Gesinnung nicht von heute und nicht von gestern stammte, die aber etwas mehr verlangten, als den Berliner Hofliberalismus, der dem Volke in minimalen Dosen eingegeben werden sollte. Für diese energischeren Elemente schien es Zeit, sich zu vereinigen zu einer neuen großen Partei, welche sich dem Volke gegenüber mit einem klaren, unverklausulirten Programm zur Wahl vorstellen wollte. Eine solche Partei mußte, dem spröden Preußenthum auch der Altliberalen gegenüber, Fühlung zu gewinnen suchen mit dem Liberalismus in den übrigen deutschen Staaten, auch mit dem Nationalverein, von dem sich die Altliberalen vornehm fern hielten, weil er den, nunmehr schlechterdings nicht mehr zu vermeidenden Grundsatz verfolgte, sich unmittelbar an die Masse des Volkes, an die „Urwähler" zu wenden. Aus diesen Elementen bildete sich eine neue Partei, welche den Namen **deutsche Fortschrittspartei** annahm, und auf einer Versammlung zu Berlin (9. Juni) ihr Programm aufstellte. Dieses Programm setzte König und Verfassung voraus, und hätte wohlgethan, die monarchische Basis des preußischen Staatswesens etwas kräftiger zu betonen, als geschah; in der deutschen Frage verlangte dasselbe eine starke Centralgewalt in den Händen Preußens und eine gemeinsame Volksvertretung; das Wichtigere war aber vorerst die lange Reihe von Forderungen in Beziehung auf Preußens innere Einrichtungen: eine feste liberale Regierung, wirklich unabhängige Richter, Beseitigung des Anklagemonopols einer abhängigen Staatsanwaltschaft, wirkliche Verantwortlichkeit der Beamten, Wiederherstellung der Geschwornengerichte für politische und Preßvergehen; Verantwortlichkeit der Minister, wie §. 61 der Verfassung sie verheiße; Selbstverwaltung in Gemeinde,

Kreis und Provinz; Hebung des Unterrichtswesens; Erlaß eines in der Verfassung gleichfalls verheißenen Unterrichtsgesetzes; obligatorische Civilehe; Trennung des Staates von der Kirche; vor Allem durchgreifende Reform des Herrenhauses als Anfang aller übrigen Reformen. Hinsichtlich der für den Augenblick wichtigsten, der Militärfrage, sprach das Programm unter Betheuerung der Opferwilligkeit „für die Ehre und Machtstellung unseres Vaterlandes, wenn diese Güter durch einen Krieg gewahrt oder erlangt werden müssen", sich für die größte Sparsamkeit im Heeresetat zur Zeit des Friedens aus: „wir hegen die Ueberzeugung, daß die Aufrechthaltung der Landwehr, die allgemein einzuführende körperliche Ausbildung der Jugend, die erhöhte Aushebung der waffenfähigen Mannschaft bei zweijähriger Dienstzeit für die vollständige Kriegstüchtigkeit des preußischen Volkes in Waffen Bürgschaft leistet."

Dieses Programm verlangte sehr Viel auf Einmal, und beging dabei den weiteren Fehler, in einem Stadium der Entwickelung, wo man der Gunst des Königs zu jeder Art von Reform bedurfte, diesen vor den Kopf zu stoßen durch den schroffen Widerspruch gegen die Heeresreform: es war fast naiv, alle die schönen liberalen Dinge von den Schwurgerichten bis zur Reform des Herrenhauses zu verlangen, und gleichzeitig sich mit der Ueberzeugung des Königs durch Versagung der Heeresreform in Gegensatz zu bringen. Diese war in den mittleren Kreisen des Volkes unpopulär, weil sie die Finanzen schwer und unmittelbar belastete, und die Mittel zu allerlei friedlichen Verbesserungen, auf welche diese Kreise und das ganze Zeitalter mehr erpicht waren, als auf kriegerischen Ruhm, aufzuzehren drohte. Murrend berechnete man, wie das preußische Volk schon jetzt, schon lange, die Kosten der Sicherheit Deutschlands tragen müsse, da auf die Bundesmacht bei der elenden Bundeskriegsverfassung nicht zu zählen sei: eben der Finanzminister, Herr von Patow, der jetzt neue Millionen verlange, habe, als er noch auf den Bänken der Opposition gesessen, dem Lande vorgerechnet, wie das Heer 46 % der Staatsausgaben vorweg in Anspruch nehme. Dieß freilich war ein Widerspruch: auf der Einen Seite eine Umgestaltung der deutschen Verfassung von der Regierung verlangen, wozu denn doch vor Allem eine kräftige Hand d. h. ein schlagfertiges Heer gehörte, und auf der andern Seite am Militäretat kargen wollen. Allein die vorwaltende liberale Tagesströmung und öffentliche Meinung hatte*) einen kindlich naiven Glauben an die Macht der libera-

*) Den Verfasser dieses Buchs eingeschlossen: wie hier beiläufig bemerkt werden mag; nicht hier allein mache ich von dem Rechte und der Pflicht des Geschichtsdarstellers Gebrauch, Parteianschauungen, welche ich zu ihrer Zeit getheilt, als irrig zu bezeichnen.

len Prinzipien, und war ganz ernstlich der Ueberzeugung, daß man mit Schwurgerichten, Civilehe und parlamentarischem Geschwätz Deutschland im Spiele „moralisch" werde erobern können; sie hatte keine Vorstellung davon, welche gewaltige Macht der Particularismus in Deutschland, nicht im Palast, sondern in Hütte und Herzen der Masse des Volkes noch besaß; und auf der andern Seite glaubte man, daß eine Maßregel, welche den eifrigen Beifall Derer fand, die einst den preußischen Staat bei Olmütz unter das Joch geschickt hatten, unmöglich darauf angelegt sein könne, Preußen an die Spitze Deutschlands zu bringen. Indeß war es eine wenn auch in manchem Betracht kurzsichtige, doch im Ganzen loyale Opposition, welche sich hier bildete: als eben in jenen Tagen, 14. Juli 1861, ein querköpfiger Studiosus der Philologie, des Namens Oscar Becker, in Baden-Baden auf den König schoß, zeigte sich die Entrüstung über den nichtswürdigen Bubenstreich allgemein und ungeheuchelt, und die Versuche, diesen Bubenstreich in derselben Weise auszubeuten, wie einst das Attentat Sefeloge's ausgebeutet worden war, scheiterten vor Allem an dem richtigen und männlichen Verstande des Königs und dann an der allgemeinen und berechtigten Verachtung, mit welcher jener Versuch aufgenommen ward.

Uebrigens rüstete sich auch die conservative Partei, und stellte auf einem Congresse zu Berlin am 20. September ein Programm auf, das zum großen Theil gegen Windmühlen kämpfte, und mit den rohesten Uebertreibungen ein Publikum warb, das starker Mittel bedurfte. Dem Nationalverein und der „deutschen" Fortschrittspartei gegenüber sollte ein „preußischer" Volksverein gebildet werden, für welchen die leitenden Junker sich vornehmlich die Bundesgenossenschaft der Handwerker zu sichern suchten. Dieses Programm wollte „die Einigkeit unseres deutschen Vaterlandes", welches diese Partei nun doch endlich auch in den Mund zu nehmen sich bequemte, „doch nicht auf den Wegen des Königreichs Italien" durch „Blut und Brand"; „kein Kronenraub und Nationalitätenschwindel". Ferner wollte dieses im Ton einer schlechten Predigt abgefaßte Schriftstück keinen „Bruch mit der Vergangenheit" im Innern des Staates, keine Beseitigung des christlichen Fundaments dieses Staates; keine Schwächung der Armee; kein parlamentarisches Regiment und keine constitutionelle Ministerverantwortlichkeit; persönliches Königthum von Gottes- und nicht von Verfassungsgnaden; kirchliche Ehe, christliche Schule, christliche Obrigkeit. Die dritte Reihe ihrer Wünsche umfaßte nicht weniger dehnbare und deutbare Güter: Schutz und Werthachtung der ehrlichen Arbeit, jedes Besitzes, Rechtes und Standes; keine Begünstigung und ausschließliche Herrschaft des Geldcapitals; kein „Preisgeben des Handwerks und Grundbesitzes an die Irrlehren und Wucherkünste der Zeit". Sehr beflissen zeigte sich diese

Partei, die feierliche Krönung in Königsberg, welche der König für den 18. October angeordnet, in ihrem Sinne auszubeuten. In Betracht der Veränderungen, welche in der Verfassung der Monarchie unter der Regierung seines Bruders eingetreten, sagte der König in seiner Ankündigung dieses Actes am 3. Juli, wolle er anstatt der Erbhuldigung die feierliche Krönung erneuern: man wußte sich von liberaler Seite nicht recht in diese prunkvolle Ceremonie zu finden, die auch zu dem sonstigen schlichten Charakter des Königs nicht recht zu passen schien, und ward stutzig angesichts der Beflissenheit, mit welcher die reactionäre Partei dieselbe im Sinne ihrer Anschauungen zu verwerthen trachtete. Es erregte Aergerniß, daß in Königsberg die da und dort auftauchenden schwarzrothgelben Fahnen durch die Polizei entfernt wurden, unter dem Vorwande, daß das Fest ein preußisches sei; man ward verstimmt, als der König wiederholt betonte, daß „die Herrscher Preußens ihre Krone von Gott empfangen", und alarmirte sich ohne Noth, als er zu den geladenen Mitgliedern der beiden Häuser des Landtags sagte: „die Krone ist mit neuen Institutionen umgeben; Sie sind nach denselben berufen, der Krone zu rathen — Sie werden mir rathen und auf Ihren Rath werde ich hören". Es war im Grunde ein abgeschmacktes Verlangen, daß der König bei jeder Gelegenheit den constitutionellen Katechismus aufsagen solle; im Uebrigen schaarte sich allenthalben, in Königsberg wie bei dem Einzuge in Berlin (22. October), das Volk freudig um seinen Herrscher: und man durfte hoffen, daß die Zeit doch auch kommen werde, wo man ohne doctrinäre Haarspalterei dem lieben Gott werde danken können, daß er in diesem Lande Beides, ein kräftiges Königthum und eine vernünftige Verfassung, hatte wachsen lassen.

Am 6. December fanden die Wahlen zum Abgeordnetenhause statt. Die Regierung hatte sich jeder Einmischung in ihren Gang enthalten, doch erklärte der Minister des Innern in einem Erlaß vom 16. November ausdrücklich, daß die Bestrebungen der Fortschrittspartei nicht mit denen der Regierung übereinstimmen. Eben diese aber erhielt die den Ausschlag gebende Mehrheit, während die eigentliche Regierungspartei, die Altliberalen, an Boden verlor und die Partei der Kreuzzeitung abermals unterlag.

Am 14. Januar 1862 wurde der Landtag wie gewöhnlich vom König selbst eröffnet. König Wilhelm hob den günstigen Stand der Finanzen hervor, welcher die Kosten der Heeresorganisation zum guten Theil decke, so daß demnächst, wenn die Grundsteuer nach der neuen Regulirung eingehe, die seit 1859 erhobenen Steuerzuschläge würden wegfallen können. Alle übrigen Vorlagen, das sagte sich Jedermann, Reform der deutschen Kriegsverfassung, Reform der Bundesverfassung,

schleswig-holsteinische, kurhessische, deutsche Frage, mußten zurücktreten vor der wichtigsten — der Frage des gesetzlichen Abschlusses der thatsächlich vollzogenen neuen Heeresformation. In dem Budget für 1862, welches zu erledigen war, waren die Mehrkosten dieser Formation unter die ordentlichen Ausgaben gestellt; außerdem wurden dem Abgeordnetenhause andere Gesetzentwürfe von Wichtigkeit vorgelegt — Forterhebung der widerwärtigen 25 % Steuerzuschlag; Entwurf, die ländliche Polizeiverwaltung in den sechs östlichen Provinzen betreffend, im Wesentlichen bestimmt, auf diesem wichtigen Gebiete die Folgen der reactionären Gesetzgebung vom Jahre 1856 wieder rückgängig zu machen; Entwurf, betreffend Einrichtung und Befugnisse der Oberrechnungskammer — ein Gesetz, dem verheißenen Ausbau der Verfassung bestimmt, welches im Wesentlichen auf dem Prinzip beruhte, daß Etatsüberschreitungen der Regierung nur dann sollten von der Volksvertretung gerügt werden können, wenn sie gegen die Titel des Hauptetats gerichtet seien; Beschlüsse der Volksvertretung in Beziehung auf die Summen der Specialetats sollten die Bedeutung von Motiven zu einem Gesetze, mithin für die Regierung keine schlechthin bindende Kraft haben. Wichtigere Vorlagen gingen dem Herrenhause zu: Gesetzentwurf, betreffend die Verantwortlichkeit der Minister, welcher die Ministeranklage bei übereinstimmendem Beschlusse beider Häuser zuließ; Entwurf einer Kreisordnung für die ganze Monarchie: in dem Entwurfe von 1860, der vom Abgeordnetenhause angenommen, im Herrenhause aber nicht mehr zur Berathung gelangt war, war noch die Hälfte der Stimmen auf den Kreistagen dem Großgrundbesitz zugewiesen, hier nur noch ⅓. Alles dieß trat zurück vor der gleichzeitig hier eingebrachten Militärvorlage — einem Entwurfe, betreffend die Abänderung und Ergänzung des Gesetzes vom 3. September 1814 über die Verpflichtung zum Kriegsdienste. Eine nähere Motivirung dieses Gesetzes glaubte sich der Kriegsminister von Roon, der mittlerweile an von Bonin's Stelle getreten war, bei der „angenehmen Temperatur", wie er sich ausdrückte, welche für diese Angelegenheit im Herrenhause herrschte, ersparen zu können. Er täuschte sich nicht: ohne Discussion und einstimmig wurde hier am 1. Februar die Novelle zum Kriegsdienstgesetze angenommen. Zwei Factoren der Gesetzgebung, Krone und Herrenhaus, waren mithin in der wichtigen Frage einig. Allein im Abgeordnetenhause standen die Dinge ungünstig. Am 10. Februar wählte dasselbe seine Commission zur Prüfung des Militäretats und der Militärvorlage; sieben ihrer Mitglieder gehörten der Fraction Waldeck, also der entschiedenen Fortschrittspartei, sieben der Fraction von Bockum-Dolffs und nur fünf der altliberalen, Grabow, an. Aber noch ehe diese Angelegenheit zur Berathung im gesammten Hause gereift war, führte eine schwere Ueber-

eilung der Fortschrittspartei die Krisis herbei. Am 6. März bei Berathung eines Berichtes der Finanzcommission, welcher die Vermehrung der Hauptetats bei den künftigen Budgets betraf, stellte der Abgeordnete Hagen den Antrag, den Staatshaushaltsetat künftighin mehr zu specialisiren, und diese Specialisirung unter Zugrundelegung der Titel der Specialrechnungen von 1859 schon für den Etat von 1862 eintreten zu lassen. Der Finanzminister von Patow erklärte entgegenkommend, daß er dem Prinzip dieses Antrages nicht entgegentreten wolle; daß derselbe nicht gerade schlechthin unausführbar sei, seine sofortige Ausführung aber eine große Belästigung für die Regierung schaffen würde; er war zweifelhaft, ob in demselben nicht ein Eingriff in die Rechte der Executive liege. Dieß ließ sich schwerlich behaupten; die Volksvertretung hatte allerdings ein Recht, Ausgaben und Einnahmen des Staates mit möglichst vollständiger Einsicht in das Einzelne zu prüfen, und das volle Licht zu scheuen hatte die preußische Finanzverwaltung zu keiner Zeit Ursache. Eine schwere Thorheit aber war es von Seiten der Partei, welche über die Mehrheit verfügte, in einem Augenblicke, wo das Abgeordnetenhaus alle seine Kräfte zu einer überaus schwierigen Defensive gegenüber den Anforderungen in der Armeefrage zusammennehmen mußte, Eroberungen, und zwar sofortige, auf dem Gebiete des Budgetrechts machen zu wollen, und eine liberale Regierung mit Forderungen zu bedrängen, welche sich von den noch sehr mächtigen Gegnern als ein unnöthiger, ja böswilliger und gefährlicher Uebergriff des Parlamentarismus darstellen ließen.

Mit 171 gegen 143 Stimmen wurde der unweise Antrag angenommen. Der Beschluß führte sofort eine Cabinetskrisis herbei. Am 8. März erfuhr man, daß das Ministerium seine Entlassung eingegeben habe. Der König nahm dieselbe zunächst nicht an, sondern löste am 11. auf den Rath der Minister das Abgeordnetenhaus auf. Es ward indeß bald klar, daß mit einem zur Hälfte liberalen, zur Hälfte conservativen Ministerium nicht weiter zu kommen war. Man stand vor der Nothwendigkeit, entweder ein einheitliches und entschieden liberales Ministerium zu bilden, und damit der im Volke vorwaltenden Strömung nachzugeben, oder ein Ministerium entschieden conservativer Farbe zu berufen, welches versuchen sollte, die conservativen Kräfte zu organisiren, und so den Kampf aufzunehmen, welchen die Fortschrittspartei, die ihre Kräfte weit überschätzte, mit der Annahme des Hagen'schen Antrags bot. Am 18. März trat die liberale Hälfte der Minister, von Auerswald, Patow, Schwerin, Bernuth, Graf Pückler, aus, denen der Cultusminister von Bethmann-Hollweg schon vorausgegangen war; von der Heydt, nunmehr als Finanzminister, von Roon, Graf Bernstorff blieben und wurden durch einige Neueintretende ergänzt: von Ja-

gow Minister des Innern, Graf Itzenplitz landwirthschaftliche Angelegenheiten, von Mühler Cultus, Graf zur Lippe Justiz. Den Vorsitz hatte dem Namen nach der Präsident des Herrenhauses Prinz von Hohenlohe-Ingelfingen, der eigentliche Leiter war der Finanzminister von der Heydt, ein Mann der hohen Finanz, Rheinländer, an Auskunftsmitteln reich, und gewöhnt sich sehr verschiedenen politischen Lagen anzubequemen. Mit richtigem Blicke erkannte er, daß man einen Fehler gemacht, indem man zur Durchführung der Reorganisation der Armee dem Volke finanzielle Opfer in so unverhüllter Form, wie die 25 % Zuschlag waren, angesonnen habe. Die conservative Regierung mußte fertig bringen, was die liberale nicht vermocht hatte: die Steuerzuschläge mußten fallen; und so schrieb er am 21. März an den Kriegsminister einen vertraulichen Brief, in welchem er mit großer Klarheit darlegte, daß vor Allem nöthig sei, ein günstiges Wahlresultat zu erzielen, daß zu diesem Zwecke die Möglichkeit gefunden werden müsse, vom 1. Juli ab auf die Steuerzuschläge zu verzichten, um der Fortschrittspartei dieses Agitationsmittel zu entziehen; daß mithin Ersparungen unerläßlich seien: eine Summe von 2½ Millionen Thaler sei das Minimum, das vom Militäretat des laufenden Etats herabgemindert werden müsse. Dieß werde schwierig sein, aber es müsse geschehen; er erbot sich, gemeinsam mit dem Kriegsminister die Genehmigung des Königs zu dieser nothwendigen Maßregel zu erbitten.

Das Unglück aber wollte, daß dieser Brief durch die Pflichtwidrigkeit eines Beamten in die Oeffentlichkeit gelangte, und nun vielmehr zu dem allerwichtigsten Agitationsmittel für die Fortschrittspartei wurde. In dem Briefe fand sich die Stelle: es sei dem Herrn Kriegsminister hinlänglich bekannt, daß in allen übrigen Verwaltungszweigen schon seit Jahren die größtmögliche Beschränkung der Ausgaben stattgefunden habe, um nur einige Mittel zur Verminderung des durch die Mehrbedürfnisse der Militärverwaltung entstandenen Deficits im Staatshaushalte zu gewinnen, und wenigstens den Schein zu retten, daß die Regierung bestrebt sei, die desfalls gemachten wiederholten Zusagen zu erfüllen. Die Bedürfnisse, zurückgestellt, seien von Jahr zu Jahr gestiegen; sie weiter unberücksichtigt zu lassen, sei ohne Nachtheil für die Landeswohlfahrt nicht mehr thunlich. Triumphirend wiesen die Candidaten der Opposition allenthalben auf diese authentische Bestätigung alles dessen hin, was von ihnen gegen die seitherige Behandlung der Armeefrage gesagt worden sei; und die Ungeschicklichkeit der übrigen Minister lieferte ihnen bald noch weitere Waffen. Ein Circularerlaß des neuen Ministers des Innern an die Oberpräsidenten und Regierungen der Monarchie vom 22. März rückte dasjenige, was bis dahin eine einfache Meinungsverschiedenheit über eine einzelne, wenngleich sehr

wichtige Frage des Staatsinteresses gewesen war, und was, so lange irgend möglich, in dieser Beschränkung gehalten werden mußte, unter den Gesichtspunkt eines universalen Kampfes zwischen königlichem Regiment und parlamentarischer Regierung. Die königliche Regierung, so sagte das von den Ultras bejubelte thörichte Machwerk, habe sich in den schärfsten Gegensatz gegen die Demokratie gesetzt, deren Bestrebungen unverkennbar darauf gerichtet seien, den Schwerpunkt der staatlichen Gewalt von der Krone nach der Volksvertretung zu verlegen. Es war nicht wahr, sondern eine von der feudalen Partei ersonnene Lüge, daß es sich in Preußen um einen solchen Zwiespalt handle, und wenn es je der Fall gewesen, so war es eine maßlose Thorheit, dieß in dem Augenblicke, wo allgemeine Wahlen bevorstanden, dem Volke zu sagen. Wenn, was der kurzsichtige Minister und die Uebrigen, welche sich dieses Manifest aneigneten, doch als möglich zugeben mußten, die Wahlen sich nun, und mit großer Mehrheit, zu Gunsten der Fortschrittspartei erklärten, die er ausdrücklich als mit der Demokratie gleichbedeutend bezeichnete: war dann nicht deutlich, daß die große Majorität des preußischen Volkes die parlamentarische Regierung und nicht ein sogenanntes kräftiges königliches Regiment wollte? und war es nicht verkehrt und gewissenlos zugleich, die Krone einer solchen Niederlage auszusetzen? Auch dieß erregte Anstoß, daß der Erlaß sagte, die Regierung zähle auf die eifrige Unterstützung der königlichen Beamten, und in jedem Falle würde es mit der Treue gegen den König nicht zu vereinigen sein, wenn der Beamte sich in einem der Regierung feindseligen Sinne bei Wahlagitationen betheiligte. Sehr gern sah man es, wo Beamte f ü r die Regierung agitirten: es kamen durch jenen Erlaß ganz neue verbitternde und giftige Elemente in den Streit, den man vielmehr auf sein ursprüngliches Gebiet möglichst hätte begränzen sollen.

Dießmal war die Regierung im Unrecht, und diejenigen Beamtenkreise, welche sich einer größeren Unabhängigkeit erfreuten, wie z. B. die Lehrkörper der Universitäten, ermangelten nicht, gegen den Erlaß des Cultusministers, der sich dem Minister des Innern anschloß, zu protestiren. Sie wiesen die dreiste Aufstellung, daß es sich bei dem Kampfe, welcher augenblicklich die Gemüther bewege, um den Gegensatz von Demokratie und Königthum handle, mit Entschiedenheit zurück, und im Ganzen hatten jene Erlasse auch unter der Beamtenschaft nur geringen Erfolg. Die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen wurde jetzt allerdings eine weit größere und umfassendere; allenthalben in den mittleren und höheren Schichten des Volkes nahm man seine Kraft zusammen gegen die befürchtete Wiederkehr des Regiments der Kreuzzeitungspartei, die überall geräuschvoll und übermüthig sich regte und die alte Waffenrüstung von der Wand holte. Sie hielten sich des Sieges ver-

sichert, und für die nächste Zeit kamen sie auch obenauf zu schwimmen. Aber von Dauer war dieser Sieg nicht. In diesem Kampfe erst drang vielmehr die Kenntniß der Verfassung und das Bewußtsein von der Bedeutsamkeit des Schrittes, der mit ihrer Verleihung geschehen, tiefer in das Volk ein. Am 28. April fanden die Urwahlen, am 6. Mai die Wahl der Abgeordneten statt: trotz der herrschenden Aufregung geschahen sie mit einer musterhaften Ruhe, welche der Nation ein rühmliches Zeugniß ausstellte. Das Ergebniß war eine vollständige Niederlage der Regierung. Kein einziger der Minister wurde gewählt. Die entschiedeneren Fractionen gewannen der feudalen, der katholischen und der altliberalen Partei noch eine Anzahl Sitze ab; im Uebrigen wurden die meisten der bisherigen Abgeordneten einfach wiedergewählt.

Die Regierung änderte demgemäß ihre Tactik. Die Rede, mit welcher der Präsident des Staatsministeriums — nicht der König selbst — den Landtag (19. Mai) eröffnete, war in sehr maßvollem Tone gehalten, und kam in mehrfacher Beziehung den liberalen Forderungen entgegen. Die Steuerzuschläge fielen weg; die größere Specialisirung im Staatshaushalt, die rechtzeitige Einbringung des Budgets von 1863 war bewirkt; Ersparnisse im Militäretat wurden angekündigt. Indeß der Streit war schon zu weit gediehen, und das Abgeordnetenhaus fühlte sich in dem Bewußtsein, nicht blos eine augenblickliche Stimmung und Laune, sondern den wirklichen und ernsten Willen einer gebildeten Nation hinter sich zu haben; die Mitglieder wußten, daß die Blicke des preußischen Volkes und der ganzen deutschen Nation auf sie gerichtet waren, und fast das erste parlamentarische Ereigniß der Session war die Auflösung der seither durch von Vincke und Grabow geführten Partei, deren große Mehrheit, nach links sich bewegend, der Fraction Bockum-Dolffs sich anschloß. Der Führer selbst, Grabow, Bürgermeister von Prenzlau, ein gemäßigter aber charaktervoller Mann, den nur die Abgeschmacktheit der Parteipolemik als einen verkappten Girondisten oder Jakobiner darstellen konnte, wurde mit 276 von 288 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt. In seiner Antrittsansprache wies er mit würdigen Worten den während der letzten Monate unter das preußische Volk geschleuderten Wahlruf: ob Königthum, ob Parlament, zurück, und deutete auf das Lebensprinzip dieses Staates, die Einheit von Fürst und Volk, hin, welche die Volksvertretung sich nicht verkümmern lassen wolle. Man beschloß eine Antwortsadresse an den König zu richten, und hier gab der Finanzminister von der Heydt wiederum eine versöhnlich gehaltene Erklärung ab. Schon in der Commissionsberathung hatten die Minister ihre Freude ausgesprochen, daß diejenige demokratische Partei, welche sie in ihren mißverstandenen Wahlerlassen gemeint, in der Kammer gar nicht vertreten sei; auch jetzt erklärte der

Finanzminister, die Regierung hätte nicht unterstellt, als ob ein nicht verfassungsmäßiger Gegensatz zwischen Königthum und Parlament behauptet worden sei; man hätte sich mit diesen Erklärungen begnügen können. Statt dessen verweilte die Adresse, die nach dreitägiger Debatte mit 219 gegen 101 Stimme angenommen wurde (6. Juni), auf jenem Punkte, beschwerte sich mit großem Nachdrucke über die ministeriellen Wahlerlasse und was damit zusammenhing: „Ew. Majestät bitten wir unterthänigst keinen Widerspruch finden zu wollen zwischen der begeisterten Liebe, welche das ganze Land jederzeit Ew. Majestät entgegengetragen hat, und zwischen dem Ergebniß der Wahlen, welches unzweifelhaft gegen einzelne Anschauungen und Maßregeln der königlichen Staatsregierung gerichtet war.“ Der König empfing die Deputation, welche die Adresse zu überreichen kam, ungnädig. Es hatte ihn unangenehm berührt, daß die Adresse kein Wort hatte weder für die entgegenkommenden Schritte, die er durch Genehmigung von Ersparnissen in der Militärverwaltung gemacht, noch für die wachsende Wohlfahrt des Landes, noch für die Erfolge seiner auswärtigen Politik. „Da Sie einen Satz meines Programms vom Jahre 1858 herausgehoben haben“, sagte er — es war das Wort „die Welt muß wissen, daß Preußen bereit ist, überall das Recht zu schützen“ — „so wollen Sie sich dasselbe Zeile für Zeile einprägen, dann werden Sie meine Gesinnungen recht erkennen.“

Die Regierung indeß zeigte sich fortwährend gemäßigt, und sie verstieß nicht geradezu gegen die liberalen Anschauungen. Eben in jenen Tagen kroch der Tyrann von Hessen zu Kreuze, und sein Abgesandter überbrachte (25. Juni) ein Handschreiben, das besagte, daß der Kurfürst die vom Könige in wohlwollendster Absicht ertheilten Rathschläge annehme und die Verfassung vom Jahre 1831 wiederhergestellt habe. Am 15. Juli brachte der Kriegsminister einen Gesetzvorschlag, betreffend die Marineverwaltung, ein und verhieß einen Gründungsplan für weitere Entwickelung der Kriegsflotte, den Theil der Kriegsmacht, welcher im liberalen Lager von je populär gewesen; am 21. erfolgte der bedeutungsvolle Schritt der Anerkennung des Königreichs Italien, ein Schritt, der noch bedeutsamer wurde durch die gereizte Correspondenz zwischen Wien und Berlin, die sich an denselben knüpfte; und als am 25. Juli der Handelsvertrag mit Frankreich, der in der Darlegung der gemeinsamen deutschen Entwickelung noch zu besprechen ist, mit 264 gegen 12 Stimmen angenommen wurde, sprach der Minister von der Heydt mit großer Wärme seinen Dank für diese Einstimmigkeit aus. Es war ein kurzer Sonnenblick, der für einen Augenblick zeigte, was Regierung und Volksvertretung in diesem Staate leisten konnten, wenn sie einig waren. Schon einige Tage später wurde das Institut des

Staatsschatzes zum Gegenstande einer sehr oberflächlichen liberalen Kritik gemacht, und am 29. Juli wurde das Haus seiner großen Rolle untreu durch den kleinlichen Beschluß, die sehr mäßige Forderung eines geheimen Dispositionsfonds von 31,000 Thlr., welchen keine Regierung eines großen Staates entbehren kann, auf 16,000 herabzusetzen: als ob es in dieser schlechten Welt nicht aller Anerkennung werth wäre, bei einem Budget von circa 150 Millionen nur 31,000 Thlr., über die nicht öffentlich Rechnung gelegt werden konnte, zu bedürfen. Am 4. Aug. eröffnete unter so wenig günstigen Auspicien die Budgetcommission die Berathung des Militäretats für 1862; am 11. September, nach mühseligen Verhandlungen in der Commission, begann die Berathung im Plenum des Hauses. Die Commission hatte die Ausgaben für die Reorganisation aus dem „Ordinarium" in das „Extraordinarium" gesetzt, und beantragte deren Streichung: ihr Antrag ging dahin, der Regierung im Ganzen 33½ Millionen für Kriegszwecke zu bewilligen. Dieß war etwas über 6 Millionen weniger, als die Regierung gefordert hatte; ein Antrag von Stavenhagen, v. Sybel und Twesten wollte unter Abstrich einiger Hunderttausende (223,000) das Uebrige im Extraordinarium wie seither zur provisorischen Aufrechthaltung der Reorganisation bewilligen. Vor Beginn der Generaldebatte gab der Finanzminister eine Erklärung, welche einen neuen Gesichtspunkt in den Streit brachte: er erkannte an, daß die neue Formation so lange als eine definitive nicht betrachtet werden könne, als der Landtag nicht seine verfassungsmäßige Zustimmung gegeben habe; er erklärte sich auch bereit, sich noch einmal die Verweisung der Ausgaben für die Reorganisation ins Extraordinarium gefallen zu lassen: aber die Mittel selbst zu versagen, würde die Regierung in eine unmögliche Lage versetzen. Allerdings setze die Verfassung das Zustandekommen eines Etatsgesetzes unbedingt voraus; aber wenn das Abgeordnetenhaus nach den Anträgen der Commission nur diejenige Summe für das Heer bewillige, welche bis zum Jahre 1860 ausgereicht habe, so mache sie das Zustandekommen eines Etatsgesetzes zu einer Unmöglichkeit: und was er nicht sagte, das verkündeten längst die Blätter der feudalen Partei, welche sich jetzt wieder als ministerielle Partei in ihrer ganzen Stärke fühlte. Diesen Fall habe die Verfassung nicht vorgesehen, es sei eine Lücke in derselben, und sie schickte sich an, diese Lücke weit genug zu machen, um durch sie den Absolutismus wieder in die Landesverfassung herein- und die schwer errungenen constitutionellen Rechte und Sicherheiten hinauszuschaffen.

Diese Lücke war nicht ursprünglich vorhanden gewesen, wohl aber war sie dadurch entstanden, daß die Regierung mit provisorischen Bewilligungen eine große Staatseinrichtung geschaffen hatte, die ihrer

Natur nach nur definitiv sein konnte und von Anfang an als eine definitive gemeint gewesen war. Wie nun, wenn das Etatsgesetz nicht zu Stande kommt? wenn das Herrenhaus es in der Gestalt, welche ihm das Abgeordnetenhaus gegeben, verwirft? der König es in dieser Fassung nicht sanctioniren will? — Dann muß die Regierung nach dem zuletzt vereinbarten Etatsgesetz verwalten, sagten die Liberalen, darf aber selbstverständlich nicht, was nur auf Ein Jahr extraordinär bewilligt war, weiter ausgeben; und sie hatten in der Theorie vollkommen recht. Dieß ist in der Praxis unmöglich, sagte die Regierung und ihre Anhänger — wenigstens in dem gegebenen Falle; man kann die neu geschaffenen Regimenter nicht wieder auflösen; in diesem Falle liegt ein Nothstand vor, wo die Regierung, da der Staat nicht stillestehen kann, unter möglichster Berücksichtigung der Beschlüsse der Volksvertretung die Geschäfte ohne Etatsgesetz auf ihre Verantwortung weiter führen muß; — ein leeres Wort, entgegneten die Liberalen, da kein Gesetz vorhanden ist, welches diese Ministerverantwortlichkeit regelt.

Fünf Tage hatte die Debatte gedauert, ein heißer, erbitterter Kampf, bei welchem jede Partei ihre bedeutendsten Redner ins Feld schickte. Der erste Antrag der Commission, 20,000 Thaler, welche sich auf die neue Heeresorganisation bezogen, ins Extraordinarium zu setzen, und hier zu streichen, ward mit großer Mehrheit angenommen. Da trat ein Zwischenfall ein: der Kriegsminister gab eine Erklärung ab, welche einige Hoffnung auf einen Ausgleich auf Grund der thatsächlichen Herabsetzung der Präsenzzeit auf zwei Jahre, wo in Wahrheit der Schwerpunkt des Streites lag, blicken ließ. Sofort wurde die Debatte vertagt, aber schon am folgenden Tage schwand diese Hoffnung wieder; die Debatten wurden wieder aufgenommen, und sie endigten am 23. September damit, daß die Commissionsanträge angenommen, 31,932,000 Thlr. als ordentliche Ausgaben für das Heer bewilligt, die Mehrkosten für die Reorganisation abgesetzt und gestrichen wurden.

Der entscheidende Schritt war geschehen. Am folgenden Tage erhielt der Minister von der Heydt seine Entlassung. „Das kaufmännische Intermezzo hat ein Ende“, drückte sich der Uebermuth der Junkerpartei aus, die längst aus Rand und Band war. Und wohl hatten sie Ursache zu jubeln: denn einem der Ihrigen, ihrem Vorkämpfer auf dem vereinigten Landtage, in der zweiten Kammer des Jahres 1849 und im Erfurter Parlamente, Otto von Bismarck-Schönhausen, war der Vorsitz im Staatsministerium vom König übertragen worden.

Der große Staatsmann, welcher damit in den Vordergrund auf der bewegten politischen Bühne trat, und dem das Wunderbare beschieden war, daß unter ihm und größtentheils durch ihn das wich-

tigste weltgeschichtliche Ereigniß des neunzehnten Jahrhunderts, der Zusammenfluß Deutschlands und Preußens, sich vollzog, stand jetzt in der Vollkraft des Mannesalters, in seinem 47. Lebensjahre. Geboren im Jahre des Wiener Congresses, 1. April 1815, der Sproß eines Rittergeschlechtes der Altmark, machte er die gewöhnliche Laufbahn eines begüterten preußischen Adeligen. Er verlebte seine erste Jugend auf einem der väterlichen Güter in Pommern, kam im Jahre 1821 nach Berlin in ein Pensionat, 1827 in die Untertertia des Friedrich-Wilhelmsgymnasiums: es war der Gedanke der Mutter, einer Bürgerlichen, daß dieser jüngere Sohn des Hauses die diplomatische Laufbahn einschlage. Im Jahre 1830 wurde er in der Dreifaltigkeitskirche von keinem geringeren Manne als Schleiermacher eingesegnet, absolvirte im Jahre 1832 das Gymnasium zum grauen Kloster und bezog Ostern dieses Jahres die Universität Göttingen, wo auch er in den wallenden Strudel deutschen Studentenlebens sich eintauchte, in welchem gemeine Naturen untergehen, gewöhnliche Menschen bleiben was sie sind, gesund und edel angelegte sich ein Geheimmittel ewiger Jugendfrische holen. Nachdem er in Berlin sein Juristenexamen gemacht, ward er 1835 als Auscultator beim Berliner Stadtgerichte vereidigt, ging dann zur Verwaltung über, arbeitete bei der königlichen Regierung zu Aachen, trat, nach Potsdam versetzt, bei den Gardejägern ein und von da in das Jägerbataillon zu Greifswald, wo er landwirthschaftliche Collegien hörte, um sich für die Verwaltung der väterlichen Güter vorzubereiten, die einer energischen und geschickten Hand bedurften. Mit einem ältern Bruder bewirthschaftete der junge Mann die pommerschen Güter und lernte so, noch in harmloser und politisch wenig bewegter Zeit, die ernsten Forderungen des Lebens kennen. Erst mit dem Tode des Vaters aber (1845), wo er seinen Sitz in Schönhausen nahm, begann sein öffentliches Wirken: zuerst in sehr bescheidener Form, als Deichhauptmann und Abgeordneter für den sächsischen Provinziallandtag; als solcher nahm er 1847 an dem vereinigten Landtage theil und trat hier in sehr schroffer Weise dem vorwärtsdrängenden Liberalismus entgegen. Bald brach der gewaltige Sturm los, welcher in ganz anderer Weise eines Mannes Werth und Kraft erproben sollte. Bismarck bewährte hier in den Tagen von 1848 die größte seiner Eigenschaften und eine in jener bewegten Zeit nicht allzu häufige Tugend, entschlossenen Muth, half eine conservative Partei sammeln, die Kreuzzeitung gründen, ärgerte wo er konnte die demokratischen Müßiggänger der Straße, trat aber, da in den ersten Flitterwochen der Freiheit ein Mann seiner Art kaum irgendwo gewählt zu werden Aussicht hatte, erst auf dem Landtage von 1849, dem auf Grund der octroyirten Verfassung berufenen, und weiter im Erfurter Parlament als conservativer Par-

teiführer bedeutungsvoll hervor. Er sprach sich hier gegen die Annahme der Unionsverfassung aus, und stellte der ganzen Richtung, auf welcher sie beruhte, den Trotz des selbstbewußten, seiner selbst sichern Preußenthums entgegen. In einer seiner damaligen Reden wehrte er sich heftig dagegen, daß man die Politik Friedrich's des Großen anrufe als gleichbedeutend mit der Behauptung der Union, und in demselben Athem sagte er, daß Friedrich II. in ähnlicher Lage sich an das kriegerische Element in der preußischen Nationalität gewandt haben würde. Hier wie überall war es seine Art, den Kampf, der ihm zunächst eine Vertheidigung des preußischen Königthums gegen die Demokratie war, angriffsweise zu führen: „ich bin stolz darauf, ein preußischer Junker zu sein", warf er den Gegnern hin, „und seien Sie versichert, wir werden unsererseits den Namen des Junkerthums auch noch zu Ehren und Ansehen bringen"; so befangen war er in diesem Kampfe gegen die Demokratie, daß er nicht zauderte, die Politik Olmütz zu unterstützen. Gleich so manchem andern tüchtigen und tapfern Manne merkte er erst, als es zu spät war, daß, während man gegen den linken Flügel der feindlichen Stellung, die Demokratie, siegreich vordrang, man Schlacht und Feldzug jämmerlich an den rechten, den man für verbündete Truppen genommen, die Oestreicher, verloren hatte. Von dieser Anschauung, in welcher er aufgewachsen, in Oestreich Preußens natürlichen und beständigen Alliirten zu sehen, ward er sehr bald und gründlich geheilt. Im Mai 1851 wurde er als erster Secretär der preußischen Bundestagsgesandtschaft nach Frankfurt geschickt, wo ihn der östreichische Gesandte als einen Anhänger Oestreichs willkommen hieß, wurde dann im November jenes Jahres der Wiederherstellung zum Bundestagsgesandten ernannt, und lernte, so scheint es, hier, in der Gesellschaft, die sich im Palais der Eschenheimer Gasse zusammenfand, zuerst, wo die wirklichen Todfeinde Preußens zu suchen waren. Er blieb dort bis zum April des Jahres 1859, wo er gegen seinen Willen als Gesandter nach Petersburg ging; was in Frankfurt zu lernen war, hatte er gelernt; von dort ward er im Jahre 1862 als Gesandter nach Paris geschickt: und am 19. September desselben Jahres traf er, aus dem Seebade Biarritz abgerufen, in Berlin ein, wo ihn eine Aufgabe erwartete, die sein Name und seine Vergangenheit noch unlösbarer und unentwirrbarer zu machen schien, als sie es schon war.

Er hatte keine Bedingungen bei der Uebernahme des schwierigen Postens gestellt. Mit der Unbefangenheit eines Mannes, der großer Hülfsquellen in seiner Persönlichkeit sich bewußt ist, übernahm er das Amt. Er verblüffte die Opposition und alle Welt durch eine gewisse Nonchalance des Auftretens, den leichten Conversationston, den er in seiner ersten Conferenz mit der Budgetcommission anschlug; bald hallte

das ganze deutsche Land wider von den geflügelten Worten, die er leichthin zu sprechen schien, daß man den Conflict nicht zu tragisch nehmen dürfe, daß die großen Fragen der Zeit nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse, sondern durch Blut und Eisen gelöst würden. Man fing an, den gefürchteten Mann selbst nicht so tragisch zu nehmen, als im ersten Augenblick: erst allmälig erkannte man, daß der reactionäre Heißsporn der Revolutionsjahre ein Staatsmann geworden war, der nicht mit dem gewöhnlichen Maße gemessen werden durfte, und erkannte widerwillig seine gewaltige Kraft an, — den scharfen und weiten Blick, der unbeirrt durch den Staub, den die kleinen Kämpfe des Tages aufwirbeln, die Dinge sah, wie sie wirklich lagen, die stählerne Energie, mit welcher er, zum ersten Male wieder, die Staatskraft Preußens nicht blos zeigte, sondern auch brauchte.

Das Erste war, daß er das Budget für 1863 zurückzog, da nach den bisherigen Verhandlungen eine Verständigung über die Militärsache ohne Gesetzvorlage nicht möglich sei: man solle die Hindernisse einer Verständigung nicht noch höher anschwellen lassen. Die Regierung werde in der nächsten Session den Etat für 1863 mit einem die Lebensbedingungen der Reorganisation aufrechthaltenden Gesetzentwurf und ebenso den Etat von 1864 vorlegen. Die Budgetcommission machte sich demgemäß schlüssig; am 3. October wurde das Finanzgesetz für 1862, unter Streichung der Mehrforderungen auch für die Marine, vom Hause angenommen; am 7. begann die Berathung über die Anträge der Commission, welche dahin gingen, daß die Regierung aufgefordert werden solle, den Etat für 1863 zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme so zeitig vorzulegen, daß derselbe noch vor Beginn des Jahres 1863 erledigt werden könne, dabei wäre zu erklären, daß es verfassungswidrig sei, wenn die Staatsregierung über eine Ausgabe verfüge, welche vom Abgeordnetenhause abgelehnt sei: ein Verbesserungsvorschlag von Vincke's erklärte unter scharfgefaßter staatsrechtlicher Begründung die Regierung für verpflichtet, noch vor Ablauf des Jahres 1862 die Bewilligung eines vorläufigen außerordentlichen Credits bei der Landesvertretung zu beantragen. Da Bismarck zwar auf den letzteren Antrag eingehen zu wollen erklärte, aber ohne sich dessen Motive anzueignen, so wurde der Antrag der Commission mit 251 gegen 36 Stimmen angenommen.

Man stand nunmehr hart vor dem Bruche. Die feudale Partei ließ den König, der in seiner Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Heeresreorganisation in ihrem vollen Umfange unerschütterlich fest stand, aber den Zwiespalt mit einem großen und achtungswerthen Theile seines Volkes schmerzlich empfand, mit Deputationen und Adressen in ihrem Sinne überlaufen; er seinerseits erklärte diesen, daß er

unverrückt auf seinem Programm von 1858 beharre, und entschlossen sei, die Verfassung treu zu halten, so lange man sie ihm nicht selbst aus den Händen reiße — „bis man sie mir zerrissen auf dem Straßenpflaster entgegenwirft", äußerte er ein andermal; weniger gewissenhaft empfand die Partei, welche nunmehr im Herrenhause mit einer offenen Verletzung der Verfassung vorging. Dort wurde am 11. October auf den Antrag des Grafen Arnim-Boytzenburg der Gesetzentwurf, betreffend den Staatshaushaltsetat von 1862, wie er aus den Berathungen des andern Hauses hervorgegangen, abgelehnt, was dem Herrenhause freistand: dagegen aber der ursprüngliche Gesetzentwurf der Regierung mit 114 gegen 44 Stimmen angenommen, was gegen den klaren Wortlaut der Verfassung war. Sofort traten die verschiedenen Fractionen des Abgeordnetenhauses, mit Ausnahme der Feudalen, zu einer Conferenz zusammen. Ehe ihre Verhandlungen zu einem Abschluß führten, erhielt der Präsident eine Mittheilung der Regierung, welche ihn ersuchte, auf den folgenden Mittag 12 Uhr eine Sitzung anzuberaumen, um eine königliche Botschaft entgegenzunehmen. Man wußte was diese Botschaft enthalten mußte: der Präsident berief das Haus auf den folgenden Morgen schon zu früher Stunde: die Budgetcommission erhielt den Auftrag, binnen einer Stunde Bericht zu erstatten, was zu geschehen habe, um den verfassungswidrigen Beschluß des Herrenhauses zurückzuweisen. Es geschah: und ohne Discussion wurde von den 237 Anwesenden einstimmig der Beschluß gefaßt, daß der Beschluß des Herrenhauses als gegen den klaren Sinn und Wortlaut des Verfassungsartikels 62 verstoßend null und nichtig sei, und die Regierung darum keinerlei Rechte aus demselben ableiten könne. Die Minister traten ein; der Präsident verlas den soeben gefaßten Beschluß; alsdann kündigte der Ministerpräsident den Schluß der Session an, der des Nachmittags in officieller Form durch eine von Bismarck verlesene Rede erfolgte. Sie war sachlich gehalten, ohne Herbe in der Form: das Wesentliche war, daß die Staatsregierung sich in der Nothwendigkeit finde, den Staatshaushalt „ohne die in der Verfassung vorausgesetzte Unterlage" führen zu müssen; des verfassungswidrigen Theiles der Beschlüsse des Herrenhauses erwähnte sie mit gutem Tacte nicht.

Der Conflict ergiff nun das ganze Land, und überall hatte man das Gefühl einer großen und ernsten Krisis, deren Ende, wie es falle, über die Geschicke Preußens und Deutschlands entscheiden werde. Es war ein großes Glück, daß vor Allem der König selbst ein Mann von strenger Gewissenhaftigkeit war, der seinen Eid auf die Verfassung heilig hielt, und daß der leitende Minister und die bedeutenderen seiner Collegen — seit December war das Ministerium des Innern dem Grafen

Eulenburg übertragen — Einsicht, und Alle Pflichtgefühl genug besaßen, um zu erkennen, daß eine förmliche Zerreißung der Verfassung den Staat in unabsehbare Wirrnisse stürzen und damit auf's Tiefste schwächen müsse und dieß in einem Augenblicke, wo er vor großen und schwierigen Aufgaben deutscher und europäischer Politik stand. So blieb der Streit doch im Ganzen auf die besonderen Fragen beschränkt, aus deren Anlaß er entstanden war, und wurde zunächst noch von beiden Seiten nicht ohne feindselige Uebertreibung, aber doch im Ganzen in würdigen Formen weitergeführt. Mit Adressen und Deputationen, mit Versammlungen, mit Flugschriften und Zeitungsartikeln bekriegte man sich; die Regierung spannte die Zügel der Beamtendisciplin straff, und ging hier über das ziemende Maß hinaus, wenngleich die Amtsentsetzungen, Strafversetzungen „im Interesse des Dienstes" und andere Maßregelungen bei Weitem nicht dasjenige Maß erreichten, welches man in manchem verfassungsstolzen Mittelstaate als etwas Gewöhnliches hinnahm, oder auch gar nicht hinzunehmen brauchte, weil die Regierung da nicht in Versuchung geführt wurde, ihre Macht zu brauchen, wo Alles sich von selber duckte. Im Ganzen verlor die Regierung über dem politischen Gesichtspunkte den sachlichen doch nicht völlig aus den Augen; von der niederträchtigen Mißwirthschaft der 50er Jahre blieb sie weit entfernt, und sie ließ sich von den Organen der feudalen Partei, welche eifrig bestrebt waren, den Streit zu vergiften, nicht ins Schlepptau nehmen. Die große Mehrheit der besitzenden und erwerbenden Klassen aber, dieß war nicht zweifelhaft, stand auf der Seite der Majorität des Abgeordnetenhauses, dessen Mitglieder sich bei ihrer Rückkehr überall gefeiert sahen; von den Provizialandtagen, die auf den 16. November einberufen wurden, erließen nur vier, die von Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen, Ergebenheitsadressen im Sinne der Regierung; und die Stadtverordnetenwahlen, die im November in Berlin und den meisten Städten der Monarchie stattfanden, fielen ganz entschieden im Sinne der Opposition aus. Diese Opposition vereinigte aber die wohlhabendsten Klassen des Volkes. Ein „Nationalfonds" ward gesammelt, um diejenigen Beamten und Bediensteten schadlos zu halten, die etwa wegen ihrer Verfassungstreue von der Regierung ihrer Stellen entsetzt oder sonst geschädigt werden sollten, — zum großen Aerger der Gegenpartei, welche sich ihrerseits auf die niederen Klassen zu stützen suchte. Sie nannte den Verein, welchen sie dem National-Verein und verwandten Associationen entgegensetzten, den preußischen Volksverein: in einer Versammlung dieses „Volks-Vereins", die am 29. October 1862 zu Berlin gehalten wurde, verlangte der Justizrath Wagener die Einführung des allgemeinen Stimmrechts, und des Declamirens gegen den Geldsack war in den Kreisen,

wo dieser dreiste Sprecher als Orakel galt, kein Ende. Die Partei fand einen mittelbaren Verbündeten bei ihrem Kampfe in einem jüdischen Litteraten, Ferdinand Lassalle, einem Demagogen von viel Geist und höchst zweideutigem Charakter, welcher die Zeit gekommen glaubte, sich selbst die große Stellung zu schaffen, welche seiner verächtlichen Eitelkeit wie seinem unleugbaren Talent gleich sehr Bedürfniß war*). Er ging daran, eine socialistische Partei zu organisiren, welcher die Müßiggänger, die seinen Spuren folgten, den anmaßenden Namen der Arbeiterpartei schufen. Es gelang ihm mit seinen Declamationen gegen Capital und Bourgeoisie sich eine große Stellung unter der Masse der Fabrikarbeiter zu schaffen: im Mai 1863 ward er zum Präsidenten einer Verbindung gewählt, welche sich den allgemeinen deutschen Arbeiterverein nannte. Von seinen Thaten und Phrasen zehrte, als er bei Gelegenheit eines schimpflichen Liebeshandels, August 1864, zu Genf im Duell erschossen worden war, eine Schaar weniger geistvoller aber gleich gewissenloser Agitatoren, welchen es an Anhang nicht fehlen konnte, da sie der Genußsucht und dem berechtigten wie nichtberechtigten Aerger der Menge schmeichelten, und deren Leidenschaften mit wilden Reden stachelten. Für den Augenblick lag in dieser Agitation keine unmittelbare Gefahr. Für die Partei der Kreuzzeitung hatte sie Werth, als eine sehr gelegene Diversion wider die Fortschrittspartei und die Liberalen, die ihre Hauptmacht und Stütze eben in denjenigen Klassen hatten, welche jene Demagogen als die besitzende den arbeitenden gegenüberstellten.

Indeß war dieser Staat zu fest gegründet, um nicht eine Zeitlang eine solche Spannung und innere Entzweiung aushalten zu können, so peinlich dieselbe auf allen patriotisch-gesinnten Männern in beiden Lagern lastete. Die liberale Partei that den Gegnern nicht den Gefallen, an irgend einem Punkte die strenggezogene Linie des Gesetzes zu überschreiten. Wohin die Gedanken des leitenden Ministers gingen, konnte man an der Energie sehen, mit welcher derselbe die Stellung Preußens nach außen wahrte, und Diejenigen irrten sehr, welche meinten, daß der innere Conflict, welcher vielmehr dem schärfer blickenden Auge zeigte, welche unverwüstliche Kraft in diesem Staatswesen lebte, die Spannkraft des preußischen Staates nach außen lähme. Es waren nicht die Helden von Olmütz, welche das Ruder führten: den Tyrannen von Hessen, welcher sich die Verfassungswirren in Preußen zu Nutze

*) L. Bamberger sagt in dem werthvollen Aufsatz „Deutschland und der Socialismus" (Deutsche Rundschau 1876, H. 6 S. 407) sehr richtig: „Sieht man unbefangenen Auges in das biographische Material hinein, welches uns zu Gebote steht, so ist man betroffen von dem Alles beherrschenden Charakterzug grotesker Geckenhaftigkeit."

machen wollte, brachte, wie wir sahen, der Feldjäger, der mit der drohenden Note vom 24. November nach Kassel reiste, rasch auf andere Gedanken; und in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten begann man mit Bangigkeit zu empfinden, daß der neue preußische Minister des Auswärtigen — er hatte dieses Amt seit dem 9. October an Graf Bernstorff's Stelle übernommen — entschlossen war, in Deutschland preußische und nicht östreichische Politik zu machen.

Mit peinlichen Empfindungen trat man in das neue Jahr hinüber: indeß war der Conflict wenigstens nicht schärfer geworden. Am 10. Januar 1863 kam der Landtag wieder zusammen. Die Eröffnungsrede, von dem Ministerpräsidenten verlesen — der kühn und ehrenwerth den bei solchen politischen Kämpfen heftig aufbrennenden Groll auf seine Person zog, und die Persönlichkeit des Monarchen, der erhabenen Bestimmung des Königthums gemäß, außerhalb der unmittelbaren Sphäre des Streites zu halten bemüht war — brachte nichts wesentlich Neues. Die Regierung hielt an ihrer Auffassung fest und sie hatte den Vortheil, die unheilvolle Wirrniß nicht herbeigeführt, sondern schon vorgefunden zu haben; wogegen der Präsident des Abgeordnetenhauses, Grabow, am 14. seinerseits die Anschauungen der Majorität des Landtags und des Landes mit schneidender Schärfe aussprach. Am 22. wurde ein Antrag auf Erlaß einer Adresse an den König eingebracht, welche, nach dreitägigen Debatten mit 255 gegen 68 Stimmen angenommen, mit größtem Nachdruck erklärte, daß die Verfassung durch die Minister verletzt sei, und daß innerer Friede und Kraft nach außen dem Lande nur durch die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen wiedergegeben werden könne. Der König lehnte es ab, eine Deputation zu empfangen, und das Haus beschloß die directe schriftliche Zusendung. Am 3. Februar erfolgte eine ausführliche ungnädige Antwort. Die Adresse des Herrenhauses stellte sich, wie seither, ganz auf den Standpunkt der Regierung.

An irgend ein gedeihliches Zusammenwirken von Regierung und Abgeordnetenhaus war unter diesen Umständen nicht zu denken. Die Einmischung des Hauses in die Politik der Regierung bezüglich des beginnenden polnischen Aufstands wies Bismarck mit Schärfe zurück, indem er erklärte, daß die Angriffe der Gegner auf vagen Gerüchten und halber Kenntniß der Dinge beruhten, welche er zu vervollständigen kein Verlangen tragen könne; allen Anträgen aus dem Hause gegenüber verhielt sich die Regierung ablehnend, und sie drohte dasselbe dadurch in eine peinliche und gefährliche Lage zu bringen, daß sie es zwang, sich mit unfruchtbaren Reden zu beschäftigen. Die Organe der Feudalpartei spotteten dieser Reden als gesetzgeberischer Monologe: es war ein damals umgehendes Wort, daß der Minister, in welchem man

jetzt einen Gegner von ungewöhnlicher Furchtbarkeit, einen neuen Strafford sah, den Gedanken hege, den Parlamentarismus, indem er ihn zur Unfruchtbarkeit verdamme, „sich durch sich selbst umbringen zu lassen." Er schien sich in einer geringschätzigen Behandlung des Hauses zu gefallen. Bei Gelegenheit einer Interpellation in der schleswig-holsteinischen Sache, die eines der geachtetsten und bedeutendsten Mitglieder der Fortschrittspartei, der Abgeordnete Twesten, vorbrachte, warf er das Wort hin, daß, wenn die Regierung nöthig finden sollte, einen Krieg zu führen, sie ihn führen werde mit oder ohne Gutheißen dieses Hauses; und als endlich am 7. Mai die Militärdebatte wieder begonnen hatte, führte der Kriegsminister von Roon, ein Mann von höchster wissenschaftlicher Bildung und großem parlamentarischem Talent, wie geflissentlich einen neuen Conflict über eine sehr unbedeutende Frage parlamentarischer Ordnung herbei, welcher den Vorsitzenden veranlaßte, die Sitzung zu unterbrechen. Das Ministerium weigerte sich, im Hause wiederum zu erscheinen, wenn nicht eine Erklärung gegeben werde, daß dem Präsidenten des Hauses das Recht des Ordnungsrufes gegenüber den Ministern nicht zustehe. Im Verfolg dieses widerwärtigen Streites, welcher die Militärdebatte unterbrach, richtete das Haus eine Adresse an die Krone voll bitterer Beschwerden über die Minister, in welcher ein Wechsel des Systems und der Personen als dringend nothwendig bezeichnet wurde. Die Antwort wies dieß Verlangen mit gleicher Entschiedenheit zurück; am 27. Mai wurde die unfruchtbare Session geschlossen. Die Finanzgesetze waren unerledigt, eine Verständigung entfernter als je: und da eine Aenderung in der Volksstimmung nicht zu erwarten war, so sah man einem weiteren Vorgehen der Regierung auf dem abschüssigen Wege der Mißachtung der Verfassung entgegen. Die Abgeordneten, heimkehrend, verbreiteten die Entrüstung weiter; die Sprache der Presse wurde heftiger; selbst die Zuneigung zu der Person des Königs, stark wie sie in diesem Lande und vollberechtigt wie sie diesem Fürsten gegenüber war, begann zu verblassen in dem immer heftiger auflodernden Feuer der Parteileidenschaft. Man glaubte ihn ganz in der Hand der Feudalen, deren Organe ihn laut und unter cynischen Schmähungen auf die Gegner aufforderten, den constitutionellen Schwindel zu beseitigen und sein „persönliches Eigenthum", die absolute Königsmacht, wieder an sich zu nehmen.

Noch war die Entrüstung über die letzten Vorgänge, den brüsken Schluß der Session und die Fortsetzung des budgetlosen Regiments, in vollem Gange, als eine Maßregel verhängt ward, welche zu der vielen Schmach, die der deutschen Nation seit 50 Jahren zu tragen auferlegt wurde, die weitere hinzufügte, daß in dem größten und höchst entwickelten deutschen Staate das freie Wort einer Tyrannei unterwor-

sen wurde, deren einzelne Züge dem Regiment des Napoleonischen Frankreichs entlehnt waren. Am 1. Juni veröffentlichte die Regierung unter Berufung auf den Verfassungsparagraphen, der ihr gestattete, im Falle dringender Noth Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, die aber der Verfassung nicht zuwiderlaufen durften und nur bis zum nächsten Zusammentreten der Landesvertretung Gültigkeit hatten, eine Ordonnanz, welche die verfassungsmäßige Preßfreiheit suspendirte. Diese Verordnung ermächtigte die Verwaltungsbehörden, das fernere Erscheinen einer inländischen Zeitung oder Zeitschrift wegen fortdauernder die öffentliche Wohlfahrt gefährdender Haltung zeitweise oder dauernd zu verbieten; dem Verbot sollte die berühmte zweimalige Verwarnung, welche man im kaiserlichen Frankreich zu üben pflegte, vorausgehen; ob eine solche Haltung bei einer Zeitung vorliege, ward der Cognition derjenigen Regierung anheimgegeben, in deren Bezirk die Zeitung erschien: womit dem Verfassungsparagraphen, welcher bestimmte, daß Niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden dürfe, ins Antlitz geschlagen war. Nach vorhergehender zweimaliger Verwarnung des Verlegers, zu deren Verhängung die Ueberzeugung des Regierungspräsidenten genügte, konnte das Verbot durch Plenarbeschluß der Regierung erfolgen; und eine Ministerialinstruction erging, nach welcher die Zeitungen über Regierungsmaßregeln nichts veröffentlichen durften, was dieselben als verfassungswidrig oder ungesetzlich hinstellte: rücksichtslos und ohne Zögern sollten die Regierungen mit Verwarnungen vorgehen, damit nach Bedürfniß sofort zum Verbot geschritten werden könnte. Im Hintergrunde schien der erregten Stimmung die Absicht zu lauern, mit dieser so viele materielle Interessen schädigenden Maßregel Tumulte hervorzurufen, die man zum Vorwande eines offenen Umsturzes der Verfassung benutzen könnte. Die Regierung spielte ein hohes Spiel. Zu Tumulten kam es nirgends; die liberale Partei hatte sich in dem seitherigen Conflicte zu gut disciplinirt, um der feudalen Partei den ersehnten Dienst zu leisten, die eben hierauf speculirte: durch ein zügelloses Schimpfen auf den zum Schweigen gebrachten Gegner, wobei die Blätter pietistischer Färbung sich besonders hervorthaten, gab sie sich alle Mühe, zu solchen Ueberschreitungen aufzureizen. Dagegen trafen nun die Stadtverordneten allenthalben Einleitung, Deputationen an den König zu senden, um ihn um Wiederherstellung eines verfassungsmäßigen Zustandes zu bitten; und als ein Erlaß des Ministers des Innern die Berathung von politischen Angelegenheiten durch die Stadtverordnetenversammlungen verbot, fing man an, überhaupt Deputationen und Adressen an das königliche Haus sich ferner zu versagen. Als im Juni der Kronprinz, der selbst erklärte, daß er keinen Theil an diesen

Rathschlägen habe, die Provinz Preußen bereiste, unterließ eine ganze Reihe von Städten jede Empfangsfeierlichkeit und selbst die Begrüßung, während im Juli die Abgeordneten, welche einer Einladung zu einem Banket nach Köln gefolgt waren, durch geräuschvolle Demonstrationen den ganzen Rhein entlang gefeiert wurden. So weit war es in diesem Staate, auf welchem die Zukunft Deutschlands ruhte, gekommen.

Es braucht kaum bemerkt zu werden, daß diese tyrannische Maßregel eine völlig vergebliche war. Sie diente nur dazu, das Urtheil auch in denjenigen Punkten gegen die Regierung zu stimmen, in welchen sie Recht hatte, wie in den sachlichen Fragen der Heeresorganisation, der Frage der Nothwendigkeit dreijähriger Präsenzzeit u. s. w. Die Streitfragen, insbesondere soweit sie das Verfassungsrecht betrafen, waren hinlänglich durchgesprochen. Die Zeitungen hatten längst die Kunst gelernt, in Gedankenstrichen zu sprechen, und es ersetzte den fehlenden Leitartikel mehr als ausreichend, wenn ein Blatt halb oder ganz unbedruckt, oder, wie in Rußland, mit geschwärzten Stellen erschien; das Publikum seinerseits hatte in den letzten Menschenaltern eine zu gute Schule durchgemacht, um nicht zwischen den Zeilen lesen zu können; was die inländischen Zeitungen nicht sagen durften, sagten die aus dem nächsten deutschen Lande oder Ländchen eingehenden; die Regierungen selbst, deren Beamte zum guten Theile sich die offenbare Verfassungswidrigkeit der Maßregel nicht verhehlten, verfuhren verschieden und ließen Manches durchgehen, ehe sie sich zu einer ersten Verwarnung entschlossen, und nur das Eine erreichte die Regierung, daß allenthalben ein ingrimmiger Haß sich in die Gemüther einzubohren begann. Ihre sehr vereinzelten Anhänger hatten in jenen bösen Sommermonaten einen üblen Stand und sahen sich von der Masse der verfassungstreuen Bevölkerung gemieden.

Schneller indeß als man ahnte sollte diese Tyrannis vorübergehen, oder ihr wenigstens der Stachel genommen werden. Die östreichische Regierung ersah diesen Augenblick, wo die Staatskraft Preußens durch schwere innere Krankheit gelähmt schien, um eine rasche Lösung der deutschen Frage in ihrem Sinne herbeizuführen, und zwang dadurch die preußische Regierung, auf ihrem Wege innezuhalten. Am letzten Ende beruhte doch auch der unglückselige Conflict über die Heeresorganisation in Preußen auf dem unfertigen und unhaltbaren Zustande der deutschen Dinge. Diese Frage, die deutsche, kam jetzt aufs Neue in raschen und reißenden Fluß, und wir haben demnach noch den Verlauf, den die Einigungsversuche seit 1859 genommen, im Zusammenhange darzustellen.

c. Deutsche Einheitsbestrebungen seit 1859.

Wer die Dinge blos äußerlich ansah, dem konnte es scheinen, als

wären seit 1815 in dieser Sache, der Einigung des deutschen Volkes, das als Culturvolk einen so hohen Rang einnahm, zu einem Volke in politischem Sinne, zu einer Nation, keine Fortschritte gemacht worden, ja als hätte sich seit 1848 nur mit wachsender Deutlichkeit die Unmöglichkeit gezeigt, daß die Vielheit der deutschen Stämme und die Mannigfaltigkeit der diese Vielheit wieder durchkreuzenden Gegensätze jemals sich zu einer organischen politischen Einheit zusammenschließen könne: wo man ansetzte, schienen sich sofort die Widersprüche, die Unvereinbarkeiten, die Unmöglichkeiten zu erheben. Und doch war auf der andern Seite ebenso unverkennbar, daß der Drang nach dieser Einigung, daß das Bewußtsein, diese Aufgabe lösen zu müssen, mit jedem Jahre kräftiger wurde und deutlicher ins Bewußtsein trat: unwillkürlich nahmen alle im Volke sich regenden Kräfte diesen Weg.

Man muß bei dieser seit 1859 mit verstärkter Gewalt wirkenden Bewegung dreierlei unterscheiden: die freien Kräfte im Volke selbst, welche auf verschiedenen und zum Theil sehr verkehrten Wegen nach diesem Ziele strebten; die Vorgänge auf dem wirthschaftlichen Gebiete, auf welchem in dem Zollverein eine wirkliche und wirksame Nationaleinheit bereits errungen war; und endlich die von politischen Autoritäten — Regierungen oder Kammern — entweder ernstlich gemeinten oder nur zum Schein unternommenen Versuche einer Reform der Bundesverfassung.

Was die Ersteren betrifft, so muß man, so wenig dergleichen an und für sich geschichtlich wichtige Ereignisse sind, doch in diesem Zusammenhange der zahllosen gemeinsamen Feste und der Wanderversammlungen gedenken, welche alljährlich sich mehrend deutsche Männer der verschiedensten Berufsarten abwechselnd in süddeutschen und norddeutschen Städten zusammenführten. Volkswirthe, Landwirthe, Juristen, Apotheker, Lehrer, Aerzte und Naturforscher, Geistliche, bis zu den Hôtelbesitzern oder Schneidern hielten ihre „Tage“ und nahmen von denselben nicht blos die Anregung für ihren besonderen Beruf, sondern auch die lebendige Empfindung mit nach Hause, Glieder an einem Nationalganzen zu sein, dem nur die abschließende politische Form noch fehlte. Es ist unmöglich, diesen vollen Strom deutschen Lebens, der aus hundert großen und kleinen Armen und Rinnsalen zusammenschießend, und wiederum in diese rückwärts sich ergießend, doch, wenn auch bald rechtshin bald linkshin ausbeugend, in Einer Grundrichtung immer mächtiger dahin rauschte, auf kurzem Blatte zu beschreiben: nur dieß muß bemerkt werden, einmal daß die Deutsch-Oestreicher an diesen Wanderversammlungen, wenn es ernsthaftere Dinge als Schützen- oder Turnfeste galt, sich nur in sehr geringem Maße betheiligten, und daß man das Prinzip, welches diesen

freien Vereinigungen zu Grunde lag, allmälig von dem Boden wissenschaftlichen Lebens und geselligen Vergnügens auf das praktische und politische Leben übertrug. Wir haben gesehen, wie in dieser Beziehung der Nationalverein bemüht gewesen war, den deutschen Einheitsbestrebungen eine Organisation zu geben, und zwar auf dem allein richtigen Wege, den die Kaiserwahl im März 1849 und die Unionsbestrebungen der Jahre 1848—50 gezeigt hatten. Unglücklicherweise wußte die preußische Regierung mit dieser Bewegung nichts zu machen, zu der sie sich von Anfang an sehr kühl und halb ablehnend verhielt, und andererseits verlor sich der Verein selbst bald ins Unklare und hielt über allerlei nebensächlichen Dingen seinen fruchtbaren Grundgedanken nicht fest. Dieser Gedanke war die Ausscheidung Oestreichs und die Uebertragung der militärischen und diplomatischen Leitung an Preußen. Er wurde von dem Verein nicht mit der nöthigen Energie festgehalten; auch in seiner Mitte überwog bald die kindische Anschauung, als ob jene Uebertragung der Oberleitung in militärischen und diplomatischen Dingen an Preußen nicht, wenn man überhaupt eine wirksame deutsche Einheit wollte, eine einfache politische Nothwendigkeit, sondern vielmehr ein kostbares Geschenk sei, das die Einzelstaaten oder der Verein oder „das Volk" oder wer immer der Krone Preußen zu bieten habe, und das durch liberales Wohlverhalten von dieser Letzteren erst verdient werden müsse. Die politisch denkenden Köpfe traten mehr und mehr in den Hintergrund, die Gefühlspolitiker, die liberalen Schwindler und Schwätzer in den Vordergrund. Der Verein hatte anfangs wohlgemeinte und durch seine Organisation auch erfolgreiche Geldsammlungen für eine deutsche Flotte veranstaltet und diese Gelder dem preußischen Marineministerium überliefert: als aber in Preußen der Zwiespalt zwischen Kammer und Regierung ausbrach, hörten diese Ablieferungen und demnächst auch die Sammlungen auf, gleich als wenn das Bedürfniß einer deutschen Flotte unter preußischer Führung seither geringer geworden, — als ob die preußische Flotte plötzlich aufgehört hätte, eine deutsche, die einzige wirkliche und mögliche deutsche Flotte zu sein. Dieß Alles, welches schließlich auf dem Wahne beruhte, als ob in Preußen nicht auch die Politik durch Kampf und Auseinandersetzung widerstrebender Kräfte gemacht würde wie anderwärts, war sehr unvernünftig, freilich aber auch sehr natürlich und erklärlich; und sehr natürlich war es auch, daß die preußische Regierung, da der Verein sich auf die Seite der Mehrheit des Abgeordnetenhauses stellte und überhaupt eine Schöpfung des Liberalismus war, sich demselben mehr und mehr feindlich entgegenwarf. Nichtsdestoweniger war derselbe bei den Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten als die Organisation und Vertretung des preußischen oder „kleindeutschen" Gedankens ge-

fürchtet und gehaßt, und es organisirte sich ihm gegenüber ein sogenannter großdeutscher Reformverein, der aus ultramontanen, adeligen und plebejischen und zum Theil auch demokratischen Anhängern Oestreichs bestand und der, weil seine Spitze gegen Preußen sich kehrte, an den Höfen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten allenthalben wohlgelitten und salonfähig war. Seine Erfolge waren jedoch gering, da er nur in der Verneinung stark und einig war.

Ein fruchtbarer Gedanke nun war die Anwendung des Prinzips periodisch wiederkehrender freier Versammlungen auf die Volksvertreter deutscher Staaten, welche am 28. September 1862 zu Weimar geschah. Hier fanden sich 200 Abgeordnete verschiedener deutscher Kammern zusammen, und diese Versammlung faßte den Beschluß, künftighin alljährlich als deutscher Abgeordnetentag zusammenzutreten, um eine Verständigung und ein möglichst gleichartiges Verfahren in den deutschen Kammern im Sinne der Einigung und freiheitlichen Entwickelung Deutschlands zu fördern. An die Abgeordneten Oestreichs, des constitutionellen, war eine specielle Einladung ergangen, aber abgelehnt worden. In ähnlicher Weise traten im Jahre 1863 am 18. October, am 50. Jubeltage der Leipziger Schlacht, auf dem Felde, wo einst die Unabhängigkeit des Vaterlandes erkämpft worden war, die Vertreter von 205 deutschen Städten zusammen: und auch hier ward der Beschluß gefaßt, solche deutsche Städtetage künftig alljährlich zu halten, um so auch auf diesem Gebiete Gelegenheit zu fruchtbarem Gedankenaustausch zu bieten, und das deutsche Bürgerthum durch Gemeinsamkeit seiner nächsten Interessen zu kräftigen.

Einen unmittelbar greifbaren Erfolg hatte keine dieser an sich sehr gesunden Bestrebungen, wenngleich sie alle je an ihrer Stelle dazu dienten, das politische Leben der Nation in Bewegung zu halten, Gewohnheit politischen Denkens und vor Allem politischer Arbeit hervorzurufen. Einen greifbaren Erfolg und entschiedenen Sieg erfocht dagegen die deutsche Einheit oder, was dasselbe war, die preußische Hegemonie auf dem Gebiete der wirthschaftlichen Interessen. Eine neue Krisis des Zollvereins nämlich endigte mit einer entschiedenen Abweisung Oestreichs, einer schmählichen Niederlage seiner Verbündeten, und dieser Ausgang bewies, tröstlich inmitten der Verfassungswirren, daß es in den eigentlichen Lebensinteressen Preußens und Deutschlands keiner Regierung und keiner Volksvertretung Preußens am richtigen Verständniß fehlte.

Wir erinnern uns, daß Frankreich seit 1860 mit dem Schutzzollsystem gebrochen und Handelsverträge auf der Grundlage des Freihandelsprinzips mit England und Belgien abgeschlossen, mit Italien und der Schweiz eingeleitet hatte. Wollte Deutschland nicht vom fran-

zösischen Markte ausgeschlossen sein, so mußte es mit Frankreich einen entsprechenden Vertrag einzugehen suchen: und in der That war die preußische Regierung im Namen des Zollvereins in Unterhandlungen mit dieser Macht eingetreten. Diese Unterhandlungen kamen am 29. März 1862 zum Abschluß in einem Vertrage, welchem nunmehr beizutreten die übrigen Zollvereinsstaaten aufgefordert wurden. Ein Vertrag dieser Art kann, wie sich von selbst versteht, nur durch gegenseitige Zugeständnisse zu Stande kommen, und es war nicht schwer, die Behauptung aufzustellen, daß in diesem Punkte und in jenem Punkte Frankreich über Gebühr begünstigt sei. Indeß war dieß zum Theil völliger Unverstand, zum Theil wenigstens bloßer Vorwand. Der Hauptgrund des Widerstrebens war, daß einer großen Anzahl namentlich süddeutscher Industrieller jeder Fortschritt auf freihändlerischer Grundlage für ihr besonderes Interesse nicht paßte, und mit dieser Art Widerspruch verband sich ein anderer, der von politischem Interesse eingegeben wurde. Mit dem Inslebentreten des französischen Handelsvertrages wurde der Vertrag zwischen Oestreich und dem Zollverein, der im Jahre 1853 geschlossen worden, hinfällig, sofern Oestreich bei seinen Schutzzöllen beharrte. Wurde der Zollverein auf der neuen Grundlage des mit Frankreich vereinbarten Tarifs erneuert, so war Oestreich in handelspolitischer Beziehung von Deutschland völlig losgetrennt. Während nun eine schutzzöllnerische „Union für deutsche Industrie" alsbald in Süddeutschland eine Agitation gegen den Vertrag begann, erwiderte der östreichische Minister des Auswärtigen, Graf Rechberg, am 7. Mai die Mittheilung der preußischen Regierung mit einem Memorandum, in welchem er vor Allem die politische Seite der Sache betonte. Er berief sich auf den Vertrag vom Februar 1853, fand einen Paragraph des französischen Vertrags mit der Bundesacte im Widerspruch, hob hervor — und das war richtig, aber nur ein Beweis der Unvereinbarkeit der östreichischen und der preußisch-deutschen Interessen — daß wenn an der ganzen Westgränze Oestreichs das Freihandelssystem mit seinen niedrigen Zollsätzen zur Geltung komme, für Oestreich die Beibehaltung seiner jetzigen Zollsätze unmöglich sein würde. Der Minister hatte im weitern Verfolg (10. Juli) die Naivetät sich auf den §. 19 der Bundesacte zu berufen, der, es war nun 47 Jahre her, versprochen hatte, daß der Bundestag sich in seiner ersten Session mit Vereinbarung gleichmäßiger Grundsätze über Handel und Verkehr befassen werde: er bot an, Oestreich wolle mit seinem ganzen Gebiete dem Zollverein beitreten, und erklärte sich, um dieß zu ermöglichen, bereit, den Tarif und die Einrichtungen des Zollvereins anzunehmen. Schon am 20. erfolgte preußischerseits die Antwort. Sie war bündig genug: der Vereinstarif wie er jetzt sei und auf Grund dessen Oestreich beitreten wolle, habe sich

überlebt, und der östreichische Vorschlag würde unannehmbar gewesen sein, selbst wenn gar keine Verhandlungen mit Frankreich stattgefunden hätten. Unter dem 26. verlangte nun Oestreich wenigstens die Eröffnung von Unterhandlungen, gestützt auf den Vertrag von 1853. Aber Preußen blieb fest: Abgeordnetenhaus und Herrenhaus, Letzteres einstimmig, Ersteres gegen zwölf katholische Stimmen, nahmen den Vertrag mit Frankreich an; und am 6. August erklärte die preußische Regierung, erst wenn die Verträge mit Frankreich durch den Beitritt aller Zollvereinsstaaten gesichert seien, auf Unterhandlungen mit Oestreich eingehen zu wollen. Die politische Seite der Sache, die unzweifelhafte Hegemonie Preußens, die auf diesem Gebiete und bei dieser Gelegenheit hervortrat, machte einige der mittleren und kleineren Staaten den östreichischen Bestrebungen geneigt. Nur die sächsische Regierung war einsichtig genug, dasjenige gleich zu thun, was schließlich doch unvermeidlich war. Sie erklärte sich schon am 19. April für die Annahme des Vertrages und stellte sich in dieser Frage unumwunden Oestreich gegenüber auf den preußischen d. h. deutschen Standpunkt, ebenso Baden und Coburg-Gotha. Dagegen erklärte sich Hessen-Darmstadt (15. Juli), Baiern (8. August), Würtemberg (11. August), Hannover (16. August), Nassau (11. September) mit den Grundlagen des Vertrages nicht einverstanden, während bereits allenthalben in den betheiligten und sachkundigen Kreisen die Meinung sich geklärt und selbst der in München im October abgehaltene deutsche Handelstag trotz aller aufgebotenen großdeutschen Bundesgenossen mit einer verhältnißmäßig großen Majorität sich für den Vertrag ausgesprochen hatte. So ließ sich Preußen auch von dieser Seite her nicht beirren: es erwiderte an Baiern und Würtemberg am 26. August mit Entschiedenheit, es sei dem Ernste der Lage schuldig, offen auszusprechen, daß es eine definitive Ablehnung der Verträge mit Frankreich als den Ausdruck des Willens auffassen müsse, den Zollverein mit Preußen nicht fortzusetzen, und am 5. September erklärte das preußische Abgeordnetenhaus trotz des politischen Conflicts seine volle Billigung dieser Auffassung. Die Verhandlungen zogen sich das ganze Jahr 1863 und 1864 hin. An die Spitze der Widerstrebenden stellte sich Baiern, welches bis zu dem Versuche ging, einen Sonderbund derjenigen Staaten zu organisiren, welche den Vertrag verwarfen: am 6. October trat auf seine Einladung eine Conferenz von Bevollmächtigten von Baiern, Hannover, beiden Hessen, Nassau und Frankfurt zusammen, um über eine gemeinsame Haltung bezüglich der Erneuerung des Zollvereins zu berathen. Dagegen ward nun zu Berlin die Conferenz der Bevollmächtigten sämmtlicher Zollvereinsstaaten behufs Verhandlungen über Erneuerung des Zollvereins am 5. November eröffnet. Noch hielt der Sonderbund Baiern, Würtemberg, Darm-

stadt, Nassau, letztere Beiden sehr gegen den Willen ihrer Kammern und alle gegen das handgreifliche Interesse, ja gegen die Lebensinteressen ihrer Bevölkerungen, aus; auch Hannover und Kurhessen erklärten, nur bei Betheiligung aller Zollvereinsregierungen an den Verhandlungen theilnehmen zu können. Nun unterzeichneten am 11. Mai 1864 Preußen und Sachsen ihren Vertrag der Erneuerung des Zollvereins auf Grundlage des französisch-deutschen Vertrages: am 3. Juni trat Frankfurt bei. Wie es im Lager des Sonderbundes aussah, bewies, daß am 19. Juni der zwischen Baiern und Oestreich vereinbarte Entwurf von den übrigen Bevollmächtigten der Sonderbundsstaaten abgelehnt wurde; Kurhessen und Hannover fielen ab; jetzt regte sich — denn die Sache wurde ernsthaft — in Baiern selbst und in dem verstockten Würtemberg die Agitation für den neuen Zollverein; am 12. September ließ Hessen-Darmstadt in Berlin seinen Beitrit anzeigen, am 26. Nassau, am 28. Baiern; zuletzt auch, noch ehe der übergelehrte demokratische Reactionär, der im Stuttgarter Ständehause als erste handelspolitische Autorität galt und mit der Berichterstattung über die Angelegenheit beauftragt war, Moritz Mohl, seinen Folianten fertig hatte, am 12. October Würtemberg.

Die Krisis des Zollvereins legte die Gefahren aufs Neue bloß, welche das Lebensinteresse des deutschen Volkes bedrohten, so lange Oestreich in deutschen Dingen mitzusprechen hatte, und Staaten wie Nassau oder Würtemberg einen souveränen Willen besaßen. Es hätte dieses Antriebes kaum bedurft: seit 1859 hörten die Versuche, für Deutschland eine neue Verfassung ausfindig zu machen, nicht auf. Das treibende Motiv bei den Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten war die Furcht vor Preußen, welche durch die Niederlage Oestreichs in Italien und die mit derselben im Zusammenhange stehenden Bestrebungen des Nationalvereins aufs Neue wachgerufen war. Diese Furcht war insofern nicht ungegründet, als Preußen allein die Macht besaß, die Frage zu lösen: sobald sein König oder ein leitender Staatsmann, der des Königs Vertrauen und Vollmacht hatte, den Entschluß faßte, sie zu lösen, so w a r sie gelöst; selbstverständlich auf Kosten der Scheinsouveränetät der Einzelstaaten, welche eben das zu beseitigende Hinderniß bildete. Indeß ihre Furcht vor dem preußischen Ehrgeiz war zunächst ungegründet. König Wilhelm war kein junger Mann mehr: und sein Ehrgeiz, so weit er reichte, war nicht darauf gerichtet, eine neue Reihe deutscher Kaiser zu beginnen, sondern nur, seine Stelle in der Reihe preußischer Könige würdig auszufüllen. Dazu gehörte allerdings, daß er der deutschen Stellung Preußens nichts vergab, und sein Programm von 1858 sprach denn auch nur von moralischen Eroberungen, die Preußen in Deutschland machen müsse. Dieß schien zu-

nächst zu genügen: Preußen, ein wohlverwalteter und starker Staat, der ganz Norddeutschland militärisch beherrschte, konnte warten, weil er bis zu einem gewissen Grade sich selbst genügte, und seine deutsche Politik war demgemäß lange eine solche blos ablehnende und zuwartende: es begnügte sich, das Gewonnene festzuhalten und jeden Schritt zu hindern, der seine Zukunft verderben konnte. So hielt es zunächst an dem Einen negativen Gedanken fest, den Bundestag auf das knappste Maß seiner Befugnisse zu beschränken und den Bund lediglich als einen völkerrechtlichen Verein aufzufassen; — die positive Seite dieses Gedankens war: auf dem legitimen Boden der Bundesverträge selbst und auf dem Wege freier Vereinbarung mit den Einzelstaaten verständige Reformen einzuführen und, in gegebener Zeit, auf diese Weise einen deutschen Bundesstaat innerhalb des bestehenden völkerrechtlichen Staatenbundes zu schaffen.

Kaum merkbar waren die Schritte, die Preußen auf diesem letzteren Wege that, wie etwa die Militärconventionen, welche mit einzelnen der Zwergstaaten preußischer Machtsphäre, Coburg-Gotha (1861), Altenburg, Waldeck geschlossen wurden. Aber diese Schritte waren immerhin sichtbar: und was die Gegner am meisten verdroß, sie waren so offenbar das Vernünftige und Richtige und trugen so handgreiflich die Merkmale eines guten Vertrags, Förderung der beiderseitigen Interessen, an sich, daß man schlechterdings nichts Stichhaltiges dawider sagen konnte. Und was hinderte Preußen, wie es heute Militärconventionen und gestern Zoll- und Handelsconventionen mit anderen deutschen Staaten geschlossen hatte, so morgen Justiz- und übermorgen Unterrichtsconventionen zu schließen? auf diese Weise allmälig auf dem friedlichsten Wege von der Welt die natürliche Ueberlegenheit des Einen starken über die vielen schwachen Staaten geltend zu machen? und so nach und nach, Stein um Stein, Stockwerk um Stockwerk den deutschen Bundesstaat fertig zu bauen? Waren nicht mächtige Bundesreiche, das athenisch-jonische, das römisch-italische z. B. auf diese Weise entstanden? Dieser Gedanke hing wie ein Damoklesschwert über den Häuptern der Minister und der Souveräne namentlich der Mittelstaaten, und sie entwickelten demgemäß eine eifrige und ziemlich ernstgemeinte Thätigkeit, eine Bundesreform in ihrem Sinne herbeizuführen, d. h. eine solche, welche den Schein wahrte und die Sache selbst im Wesentlichen beim Alten ließ. Es war nicht das Drängen der Kammern, von denen in jeder Session wenigstens Einmal eine Resolution zu Gunsten einer starken Centralgewalt und einer wirklichen Nationalvertretung gefaßt wurde, sondern es war der Trieb der Selbsterhaltung, welcher sie zu dieser Thätigkeit anspornte. So ward denn schon unmittelbar nach Beendigung des italienischen Krieges und Grün-

dung des deutschen Nationalvereins eine Conferenz der Mittelstaaten in **Würzburg** zu Stande gebracht, an welcher Baiern, Würtemberg, Sachsen, beide Hessen, Nassau, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Altenburg sich betheiligten, während andere, wie Hannover, Oldenburg, Baden, aus verschiedenen Beweggründen sich versagten. Man einigte sich hier über Anträge zur Reform des Bundes, welche sich auf folgende Punkte erstrecken sollte — Bundeskriegsverfassung, gemeinsame Civil- und Criminalgesetzgebung, gemeinsames oberstes Bundesgericht, Befestigung der Nord- und Ostseeküsten, gleichmäßige Bestimmung über Ansässigmachung und Heimathsrecht, gleiches Maß und Gewicht, Erlassung eines Patentgesetzes: und endlich achtens wurde dem deutschen Volke eine angenehme Lectüre in Aussicht gestellt durch die Forderung der **Veröffentlichung der Bundestagsprotocolle**. Alle diese Vorschläge, immer wieder von Neuem aufgenommen, scheiterten an dem ruhigen und wohlüberlegten Nein der preußischen Regierung, welche die Competenz des Bundestags zu solchen Dingen bestritt. Preußen selbst beantragte für den Kriegsfall einfach die dualistische Oberleitung — die südlichen Contingente unter Oestreichs, die nördlichen unter Preußens Führung —, blieb aber dabei, wie natürlich, in der Minorität. Die Würzburger hielten nun eine Militärconferenz, bei welcher sie die bundesverfassungsmäßige Einheit des Bundesheeres und das einheitliche Commando beibehalten wissen wollten; dann kamen vermittelnde Anträge; schließlich blieb es beim Alten. Daß Oestreich in deutsche Bundesfestungen Mainz und Rastatt italienische Regimenter legte, dawider fanden die großdeutschen Einheitsmänner nichts zu erinnern, und einer derselben, ein vielgewandter, zweideutiger politischer Charakter, dem unsere Erzählung noch weiter begegnen wird, trat den Bedenken, die ein redlicher deutscher Patriot in der würtembergischen Kammer gegen diese in der That gefährliche Maßregel äußerte, mit dem billigen Schlagworte entgegen, daß man „an diesen Regimentern noch froh sein werde". Im October 1861 nahm Hannover, dem einige wohldienerische Schranzen und Schreiber gern die Rolle des deutschen Admiralsstaates vindicirten, seinen Anlauf in der Flottenangelegenheit: seine Regierung beantragte am Bunde die Errichtung einer Dampfbootflottille von 50 Kanonenbooten für Ost- und Nordsee, wovon sie selber gleich 20 bauen lassen wollte; Herstellung und Erhaltung mit Bundesmitteln. Auch gegen diesen Antrag erklärte sich Preußen, und es wäre berechtigt gewesen zu fragen, ob denn diese Versammlung nicht die gleiche war, welche die einstige deutsche Flotte, die Schöpfung jugendlicher Hoffnungen, um einige Silberlinge an den Meistbietenden verkauft hatte? Dagegen bot die preußische Regierung den Hansestädten Hamburg und Bremen Unterhand-

lungen zur Herstellung einer Nordseekanonenbootflottille, deren Hälfte, 40, sie selbst übernehmen wollte (15. Juli). Mit lautem Jubel wurde im September die kleine preußische Flottille, als sie unter dem Admiral Prinzen Adalbert von Preußen eine Uebungsfahrt machte, von den Bevölkerungen der Seestädte Hamburg, Lübeck, Bremerhafen begrüßt. Es war keine Bundesflotte, und sie führte nicht die schwarzrothgelbe Flagge: aber sie war von deutschen Matrosen bedient und von deutschen Officieren gelenkt: und vor Allem es war eine wirkliche Flotte. Die hannoverische Sache kam ins Stocken, weil Preußen, und dieß mit vollem Rechte, die Initiative und Leitung in dieser Angelegenheit für sich beanspruchte: in seiner Erklärung vom 14. November 1861 am Bunde gab es nicht undeutlich zu verstehen, daß es Hannovers Antrag für eine Anmaßung, wo nicht für eine eitle Demonstration halte.

Am 15. October desselben Jahres rückte der sächsische Minister von Beust mit einem umfassenden Bundesreformproject auf den Markt, um welches nun viel unnützer Staub aufgewirbelt wurde. Dieses Projekt gab dem alten Bundestag, der, aus 47 Mitgliedern bestehend, zweimal im Jahre, einmal im Mai, einmal im November, einmal in Regensburg, einmal in Hamburg, einmal unter östreichischem, einmal unter preußischem Vorsitz zusammentreten sollte, eine Abgeordnetenversammlung bei, die, aus Delegirten der Landesvertretungen zusammengesetzt, auf Beschluß der Bundesversammlung berufen werden sollte, so oft ein allgemeines Gesetz auszuarbeiten sein oder sonst ein Zweck dieser Versammlung wichtig genug erscheinen würde: die Bundesversammlung kann diese Karrikatur eines Parlaments vertagen und auflösen, sie auch berufen, um ihr bei außerordentlicher Conjunctur eine Eröffnung zu machen. Die Bundesexecutivgewalt, welche in der Zwischenzeit von einer Bundestagssession zur andern in Wirksamkeit tritt, legt der Bund in die Hand des Kaisers von Oestreich, des Königs von Preußen und eines dritten Fürsten, welcher als Mandatar der übrigen Fürsten gilt und fungirt; mit großem Nachdruck, fast mit Leidenschaft sprach sich die beigelegte Denkschrift für Beibehaltung des Staatenbundes und gegen ein Parlament aus. Dieses armselige Product, das sich als Reformproject einführte, diente nur dazu, die Stellung zu beleuchten, welche die verschiedenen in Deutschland waltenden Kräfte in der großen Frage des Jahrhunderts einnahmen. Oestreich sagte in seiner Antwort vom 5. November, daß es als Voraussetzung seiner Einwilligung in das Alternat mit Preußen würde festhalten müssen, daß sich der deutsche Bund in seiner Eigenschaft als Gesammtmacht durch Ausdehnung seines Vertheidigungssystems auf die außerdeutschen Besitzungen Oestreichs und Preußens consolidire, und gab sich die

Miene, als wäre sein Präsidialrecht, welches für die Nation keinen Schuß Pulver werth war, ein wirkliches Einheitssymbol. Der badische Minister Freiherr von Roggenbach dagegen nannte das klägliche Ding bei seinem rechten Namen, indem er in einer Rede (13. December) von einer Lösung nichts wissen wollte, welche dem deutschen Volke statt des Stückes Brod, nach dem es verlange, einen Stein biete, und stellte demselben das Programm entgegen, welches das einzig richtige und ernsthafte war, indem er zugleich von dem „zweifelhaften Rechte" des wiederhergestellten Bundestags sprach: engerer Bund mit wirklicher Centralgewalt und wirklichem Parlament ohne Oestreich, weiterer mit Oestreich, wobei er freilich sich beschied, daß einstweilen die beiden Großmächte sich verständigen möchten. Die Antwort der preußischen Regierung in einer Note des Grafen Bernstorff vom 20. December 1861 hielt den einmal eingenommenen Standpunkt fest: eine Reform der Bundesverfassung auf dem bundestäglichen Wege ist absolut unmöglich, weil sie Einhelligkeit sämmtlicher Bundesglieder voraussetzt; das Richtige ist vielmehr, den völkerrechtlichen Charakter des Bundes in seiner Reinheit festzuhalten und die engere Vereinigung seiner Glieder auf dem Wege freier Vereinbarung zu suchen.

Ein wirkliches Vorgehen Preußens auf diesem Wege wurde jedoch durch den sich verschärfenden inneren Conflict zunächst unmöglich gemacht. Er änderte an dem eigentlichen Wesen Preußens nichts: Preußen war nichtsdestoweniger nicht allein der kraftvollste, sondern auch der am besten regierte Staat Deutschlands. Er war der einzige, in welchem die deutsche Einheit bereits zur Wahrheit geworden war, da er thatsächlich wie lange schon jedem Deutschen, wo immer seine Wiege gestanden, freisinnig den Eintritt in seinen Dienst öffnete; er hatte auch trotz des Verfassungsconflicts die meisten Elemente wirklicher Freiheit in sich: und selbst was während der schärfsten Conflictszeit gegen frondirende Beamten geschah, war nichts im Vergleich zu dem, was in den kleinen oder Mittelstaaten alle Tage geschah, oder wenn es nicht geschah, nur deshalb unterblieb, weil dort kein Beamter es wagen konnte, eine andere politische Ansicht zu bethätigen, als der Minister, der ihm auf dem Nacken saß. Genug aber: die deutsche Frage, dieß leuchtete ein, konnte von Preußen nicht fruchtbar behandelt werden, ehe nicht die Armeeorganisationsfrage erledigt und der aus ihr entsprungene Verfassungsconflict beseitigt war.

Es kam nicht allein darauf an, was Preußen wirklich war, sondern auch darauf, wie es in den Augen der Nation mit Recht oder Unrecht erschien: und es konnte unter solchen Umständen wenig helfen, daß die badische Regierung wiederholt und mit großem Nachdruck sich für einen engern Bund aussprach. Während des ganzen Jahres 1862 und der

ersten Hälfte des Jahres 1863 rückte die Sache nicht vom Flecke. Es fehlte auch in dieser Zeit nicht an Turn= und Schützenfesten, Versammlungen und Ansprachen des Nationalvereins und aller möglichen anderen Vereine, Resolutionen der Kammern, Erklärungen der Regierungen, Kundgebungen jeder Art. Am 2. Februar 1862 ermannten sich die Mittelstaaten Baiern, Würtemberg, Hannover, Hessen=Darmstadt, Nassau unter Führung Oestreichs zu einer diplomatischen Großthat, indem sie in gleichlautenden Noten gegen die in Bernstorff's Antwort auf das sächsische Bundesreformproject entwickelte Idee eines engeren Bündnisses, welches nur ein „Subjectionsvertrag" sein könne, protestirten; die anzustrebende Reform müsse auf dem Prinzip der organischen Entwickelung der bestehenden Bundesverfassung beruhen; sie gaben sich die Miene zu vergessen, daß der Artikel der Bundesacte, welcher bei organischen Veränderungen Stimmeneinhelligkeit verlangte, die Bundesverfassung zu einem todten Körper machte, der sich ebensowenig als ein Steinblock oder ein Holzklotz organisch entwickeln konnte. Bogen um Bogen füllte sich das geduldige Papier mit Noten und Antworten und Repliken und Protocollen über das sächsische Delegirtenproject; damit es doch scheine, als geschehe etwas, operirte man am Bundestage mit Commissionen für Patentgesetzgebung, gemeinsames Civil= und Criminalrecht und Aehnlichem; man wird es müde, der langen Langeweile auf ihrem endlosen Wege zu folgen. Wichtiger als all jener geschäftige Müßiggang war die königliche Entschließung, kraft welcher am 24. September jenes Jahres der Mann an die Spitze der preußischen Regierung trat, der unter den vielen wunderlichen Reden, mit denen er einige Tage später die Budgetcommission des Abgeordnetenhauses verwirrte, das Wort von der Lösung der Zeitfragen mit Blut und Eisen fallen ließ, das alsbald in Deutschland mit spöttischem Behagen von Mund zu Mund getragen wurde.

Man wußte noch nicht, welchen Glückswurf man gethan, daß endlich ein ganzer Mann an die entscheidende Stelle gerückt war, der ohne weichliche Selbsttäuschungen kühl und klar die Gegensätze in ihrer vollen Härte erkannt hatte: ein Mann von durchaus conservativer Vergangenheit, auf dem festen Boden preußischen Staats= und Machtbewußtseins stehend, dem in Frankfurt die Augen aufgegangen waren über die Todfeindschaft, welche dem preußischen Staate von dem alten Oestreich und der Mehrzahl der Bundesregierungen geschworen war, und der die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß es an der Zeit sei, wenn endlich in dem, was Deutschland fromme, der mächtigste deutsche Staat das Wort führe, das er sich seither von den ohnmächtigen und von dem nichtdeutschen hatte geben lassen. Mit Schärfe hatte er sich schon in

einem vertrauten Briefe*) (18. September 1861) von der Verkehrtheit der conservativen Anschauungsweise der deutschen Dinge losgesagt, die er eine Donquixoterie nennt: „wir schützen fremde Kronrechte mit mehr Beharrlichkeit als die eigenen, und begeistern uns für die von Napoleon geschaffenen, von Metternich sanctionirten kleinstaatlichen Souveränetäten bis zur Blindheit gegen alle Gefahren, mit denen Preußens und Deutschlands Unabhängigkeit für die Zukunft bedroht ist, so lange der Unsinn der jetzigen Bundesverfassung besteht, die nichts ist als ein Treib- und Conservirhaus gefährlicher und revolutionärer Particularbestrebungen." Mit nicht minderer Klarheit war er über die kindliche Naivetät des liberalen Standpunktes im Reinen, der auf dem Wege moralischer Eroberungen mit Preßfreiheit und Schwurgerichten Deutschland für Preußen und Preußen für Deutschland gewinnen und die furchtbare Phalanx der Gegner mit wohlgesprochenen Worten brechen wollte. Im übrigen Deutschland hatte man ein sichereres Gefühl von der Bedeutung dieses Mannes, als in Preußen selbst, wo man durch Haß und Parteigeist verblendet war. Die rasche und energische Art, mit welcher er den Tyrannen von Hessen zurechtsetzte, zeigte im großdeutschen Lager, daß in Preußen eine kraftvolle Hand das Ruder gefaßt hatte. Alle Welt war erstaunt, den Minister, der mit der constitutionellen Opposition im eigenen Lande so cavaliermäßig umging, dort für die Verfassung und die Verfassungspartei einstehen zu sehen; und als am 18. December der Ausschuß dem Bundestage über das Delegirtenproject seinen Bericht erstattete, führte der preußische Gesandte eine Sprache, welche eine vollkommen klare Erkenntniß von dem verrieth, was die Nation wirklich suchte und bedurfte. Noch deutlicher sprach dieß am Tage der entscheidenden Abstimmung (22. Januar 1863) das Votum Preußens aus: „nur in einer Vertretung, welche nach Maßgabe der Bevölkerung jedes Bundesstaates aus Letzterer durch unmittelbare Wahl hervorgeht, kann die deutsche Nation das berechtigte Organ ihrer Einwirkung auf die gemeinsamen Angelegenheiten finden."

Aber der innere Conflict in Preußen schärfte sich; es kamen die üblen Tage der Preßordonnanz; ganz Deutschland gerieth in eine lebhafte Bewegung: und da die liberale Partei keine Mittel zu wirklichem thatsächlichem Eingreifen besaß, so glaubte sie ihre Macht wenigstens in einer Steigerung ihrer Forderungen zeigen zu müssen. Lebhafter als sonst sprach man jetzt wieder von der Rechtsbeständigkeit der deutschen Reichsverfassung von 1849. Dem preußischen Minister widerstrebte dieser Gedanke nicht so sehr, als der Liberalismus voraussetzte; ihm war es nicht unlieb, daß die deutsche Frage in lebhafteren Gang

*) Hesekiel, Das Buch vom Grafen Bismarck, p. 189.

kam; unbeirrt von dem inneren Conflict, kehrte jetzt der verwegene Mann, wie im übermüthigen Spiele seine Kraft zeigend, als wäre es nicht genug an Einem Conflict, den Gegensatz des preußischen Staates gegen Oestreich in aller Schärfe heraus. In einer Circulardepesche vom 24. Januar gab er den preußischen Gesandten im Auslande Kenntniß von den Verhandlungen mit Oestreich aus Anlaß des Delegirtenprojects und von seiner eigenen Unterredung mit dem östreichischen Gesandten Grafen Karolyi. Sehr unverblümt hatte er den östreichischen Staatsmännern gesagt, daß die Beziehungen Oestreichs und Preußens nur besser oder schlechter werden könnten, daß sie nicht bleiben könnten wie sie seien; daß es ein schwerer Irrthum sein würde, wenn sie glaubten, daß Preußen unter keinen Umständen einem Gegner Oestreichs sich anschließen könnte. Früher sei es ein stillschweigendes Uebereinkommen gewesen, daß Oestreich mit Preußen sich erst verständigt habe, ehe es eine Maßregel vor den Bund gebracht habe; jetzt dagegen trete es an die Spitze der Bestrebungen, welche den berechtigten Einfluß Preußens in Deutschland kreuzten; es könne dahin kommen, daß der königliche Bundestagsgesandte abgerufen würde, ohne einen Nachfolger zu erhalten, aber ohne daß deshalb Preußen seine Truppen aus den Bundesfestungen herausziehen würde. Er scheute vor dem guten Rathe nicht zurück, daß Oestreich wohl daran thun würde, den Schwerpunkt der Monarchie nach Osten zu verlegen: eine Offenheit, welche ihn in den Augen der mittelstaatlichen und östreichischen Staatsklugen, welche glaubten, daß der Pfiffigste immer den Preis davon trage, als einen sehr wenig gefährlichen Gegner erscheinen ließ. Der östreichische Minister des Auswärtigen, Graf Rechberg, antwortete am 28. Februar in einer Note von sehr gereiztem Tone, die von einem polemischen Zeitungsartikel wenig verschieden war.

Allein Worte waren überhaupt nachgerade genug verschwendet, und vielerlei Umstände vereinigten sich, Oestreich einmal zu einer wirklichen That zu drängen. Dem leitenden Minister von Schmerling, der freilich nur Oestreicher war und deutsche Gesinnung nur als Mittel für östreichische Zwecke kannte, schien seine Vergangenheit als ehemaliger deutscher Reichsminister eine solche deutsche That besonders nahe zu legen; es kam dazu, daß er mit den Ungarn nicht fertig ward, und die übrigen Nationalitäten, sofern sie es nicht schon waren, gleichfalls schwierig wurden; für die Durchführung seines constitutionellen Einheitsstaates war der Minister auf die Bevölkerung der deutschen Provinzen angewiesen, und für diese war eine Stärkung nur in der engern Verbindung mit dem übrigen Deutschland zu gewinnen. Eines Verbündeten in Deutschland war man sicher, der Ultramontanen, welche sehr gut wußten, daß der neue Liberalismus in Oestreich lange nicht

so schlimm war, wie er aussah, und in jedem Falle bei Weitem nicht so gefährlich, wie der alte Protestantismus in Preußen. Auch der conservativen und reactionären Elemente in den Mittel- und Kleinstaaten war man sicher; es galt nur, die liberale öffentliche Meinung, die großdeutsche Demokratie zu gewinnen, wenigstens für einige Zeit; und endlich lud zu einer solchen raschen That der Augenblick ein, wo der Verfassungsconflict in Preußen seinen Höhepunkt erreicht hatte. Wartete man noch länger, so wurde die Stimmung in Deutschland immer erregter, die Lage in Preußen aber war trotz Allem der Art, daß ein Wort des Königs, eine mäßige Concession der Regierung, ein Ministerwechsel die Einigkeit sofort wiederherstellen konnte.

Das Eisen also mußte geschmiedet werden, so lange es noch glühte: und so trat denn, aller Welt zur Ueberraschung, Oestreich seinerseits mit einem vollständig ausgearbeiteten Bundesreformproject hervor. Der Kaiser Franz Joseph machte am 2. August 1863 dem König Wilhelm von Preußen, der in Bad Gastein auf östreichischem Gebiete die Kur gebrauchte, einen Besuch und übergab ihm eine Denkschrift über die unabweisbare Nothwendigkeit einer Reform der Bundesverfassung; am Abend des 3. überreichte ein kaiserlicher Adjutant dem König eine Einladung auf den 16. August zu einem Congreß sämmtlicher deutscher Fürsten nach Frankfurt a. M. Mit großer Freimüthigkeit, die einem minder hochgestellten Verfasser noch immer schlecht bekommen sein würde, war hier die Erbärmlichkeit der deutschen Verfassungszustände aufgedeckt. „Die deutschen Regierungen fühlen sich in keinem festen Vertragsverhältnisse mehr, sie leben nur noch bis auf Weiteres im Vorgefühl naher Katastrophen neben einander fort; die deutsche Revolution aber, im Stillen geschürt, wartet auf ihre Stunde.“ Die positiven Vorschläge beruhten auf föderativer Grundlage, und die Reform sollte unmittelbar von den Fürsten, nicht vom Bundestage — sie sollte ohne Mittelspersonen von den höchsten Interessenten an Deutschlands Sicherheit und Wohlfahrt beschlossen werden. Es war, man muß es gestehen, ein kühner und großartiger Gedanke, auf der einen Seite die Nation durch das glänzende Bild eines neuen Reichstags zu blenden, durch die Möglichkeit einer raschen Lösung der großen Frage zu bezaubern, auf der andern Seite die Fürsten unter den Druck dieser aufgeregten öffentlichen Erwartung zu stellen. Oestreich durfte hoffen, daß die Fürsten vor dem Gedanken zurückscheuen würden, welche Folgen es haben könnte, wenn auch sie ohne Ergebniß auseinandergingen — und daß diese Erwägung sie geschmeidig machen werde. Am 3. August waren die Einladungsschreiben, wie an den König von Preußen, so an sämmtliche deutsche Fürsten ergangen: am 17. trat das erlauchte Parlament unter dem Vorsitz des Kaisers von

Oestreich zu Frankfurt zusammen. Des Letzteren Reise dorthin war ein Triumphzug. Die Bevölkerungen im Süden waren hoch und freudig erregt: in Stuttgart, in Darmstadt, überall ward der Kaiser von der großdeutschen Partei, Reactionären, Hofdemokraten und leichtgläubigen Patrioten mit Jubel begrüßt; und auch in seiner Eröffnungsrede traf Franz Joseph den rechten Punkt: nicht in der Eröffnung weitaussehender Erörterungen und Berathungen, sondern nur in einem raschen und einmüthigen Entschlusse liege das Heil.

Im Sturme also, so schien es, sollte dießmal die deutsche Einheit errungen werden; in fürstlichen Carossen, auf triumphirenden Viergespannen rasselte ihr so lange geächteter Gedanke jetzt durch die Straßen von Frankfurt. Der Entwurf ward vorgelegt. Er schlug vor, die Leitung der Bundesangelegenheiten einem Directorium zu übertragen, welches aus dem Kaiser von Oestreich, dem König von Preußen, dem von Baiern und zwei für drei oder sechs Jahre von den am achten, neunten und zehnten Armeecorps betheiligten Souveränen gewählten Fürsten bestehen sollte: ihm zur Seite steht ein Bundesrath, die 17 Stimmen des seitherigen engeren Rathes der Bundesversammlung auf 21 erhöht, da Oestreich und Preußen künftig je drei Stimmen in demselben führen werden; den Vorsitz im Directorium und Bundesrath führt Oestreich, im Verhinderungsfalle Preußen, doch sind mit demselben keine weiteren Befugnisse als die der formellen Geschäftsleitung verbunden. Neu eingeführt wird eine Versammlung der Bundesabgeordneten: 300 Delegirte der deutschen Ständeversammlungen, 75 östreichische, 75 preußische und so ferner nach Verhältniß; und zwar wählt die erste Kammer des betreffenden Staates ein Drittel, die zweite zwei Drittel dieser Delegirten. Dieselben versammeln sich alle drei Jahre regelmäßig zu Frankfurt a. M.; ihre Sitzungen sind öffentlich; sie berathen und beschließen über die Gesetzvorlagen, welche Directorium und Bundesrath ihrer Versammlung unterbreiten, die indeß auch ihrerseits die Initiative zu Gesetzvorschlägen besitzt; bei Verfassungs- und organischen Aenderungen ist vier Fünftel Stimmenmehrheit nothwendig. Diese Versammlung hat ein uneingeschränktes Recht der Vorstellung und der Beschwerde; ihre Einberufung, Eröffnung, Vertagung — diese höchstens auf zwei Monate — ihre Auflösung und Schließung steht dem Directorium zu. In der Regel unmittelbar nach dem Schluß jeder ordentlichen und jeder außerordentlichen Session der Delegirtenversammlung greift das vierte Rad dieser nicht gerade durch Einfachheit ausgezeichneten Maschine ein, tritt die Fürstenversammlung zusammen, welche nun in freier Verständigung sich über die durch das Directorium ihr vorgelegten Ergebnisse der Versammlung schlüssig macht, soweit solche nicht außerdem der Zustimmung der Vertre-

tungskörper in den einzelnen Staaten bedürfen: an dieser Fürstenversammlung, deren Berathungen den Charakter freier Verständigung zwischen unabhängigen und gleichberechtigten Souveränen an sich tragen, hatten auch zwei Vertreter der ehemaligen Reichsunmittelbaren Antheil, welchen hier der frühere hohenzollern=sigmaringisch=hechingische Curiatstimmantheil als ein Almosen zugeworfen wurde. Endlich besteht ein Bundesgericht, dessen zwölf ordentliche Mitglieder von den einzelnen Regierungen ernannt werden; drei ordentliche Beisitzer ernennt das Directorium mit Zustimmung des Bundesraths, zwölf außerordentliche ernennen die Regierungen auf den Vorschlag und aus der Mitte der Ständeversammlungen. Die Berathung schritt in sehr geheimen Sitzungen, bei denen der erlauchte Vorsitzende ein anerkennenswerthes parlamentarisches Talent bewiesen haben soll, verhältnißmäßig rasch vorwärts. Am 1. September war im Wesentlichen das Werk vollbracht, und Ministerconferenzen über die Einzelheiten erwiesen sich als unnöthig. Die wichtigsten Aenderungen waren: die Erhöhung der Mitgliederzahl des Directoriums auf sechs, — bei Stimmengleichheit wird durch Berechnung der Bevölkerungszahl entschieden —, und eine Aenderung in Beziehung auf Bundeskriege. Dieß war der Punkt, an welchem sich der eigentliche Zweck dieses imposanten Schwindels enthüllte. Zu einer förmlichen Kriegserklärung des Bundes ist ein Beschluß des Bundesraths mit Zweidrittelmehrheit erforderlich, lautete Entwurf und endgültige Fassung; der Entwurf fuhr fort: „ergiebt sich die Gefahr eines Krieges zwischen einem Bundesstaate, welcher zugleich außerhalb des Bundesgebiets Besitzungen hat, und einer auswärtigen Macht, so hat das Directorium den Beschluß des Bundesraths, ob sich der Bund am Kriege betheiligen soll, zu veranlassen. Die Entscheidung hierüber erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit" — —. Diese wohlausgesonnene Erschleichung der Garantie des östreichischen Besitzstandes — denn daß dieß der wahre Sinn jener Worte war, ließ sich mit Händen greifen — wurde in der Schlußfassung dahin geändert, daß auch in solchem Falle Zweidrittelmehrheit erforderlich sein solle. Auch sonst ging der Entwurf in etwas verbesserter Gestalt aus den Berathungen hervor. Die Majorität, mit der er schließlich angenommen wurde, war überwältigend groß: es fehlte nur Eines, unglücklicher Weise die Hauptsache — die Zustimmung Preußens.

König Wilhelm hatte die Einladung des Kaisers am 4. August abgelehnt und mit dem Vorschlag zu Ministerconferenzen erwidert; auch das lehnte er ab, sich durch einen Prinzen seines Hauses bei den Berathungen des Congresses vertreten zu lassen. Als die erlauchte Versammlung beisammen war, überbrachte ihm der König von Sachsen

eine Collectiveinladung: er lehnte sie ab, wie die zweite, welche ihm am 1. September von dem vollendeten Werke Kunde gab. Am 15. September gab dann das preußische Ministerium eine Kritik der Reformacte, in welcher wiederum bündig gesagt war, daß eine Bürgschaft dafür, daß Preußen nicht fremden Interessen geopfert werde, nur in einer aus directer Betheiligung der ganzen Nation hervorgegangenen Nationalvertretung liege, da die Interessen und Bedürfnisse des preußischen Volkes wesentlich und unzertrennlich identisch mit denen des deutschen Volkes seien.

Dieß war ganz dasselbe, was auch der sehr freisinnige Abgeordnetentag, der am 21. und 22. August — auch dießmal ohne östreichische Mitglieder — in Frankfurt zusammentrat, und der erklärte, daß er nicht in der Lage sei, zu dem östreichischen Reformentwurf sich lediglich verneinend zu verhalten, als erste und unerläßliche Bedingung der Reform aufstellte. Indeß konnte Bismarck sich schwerlich verhehlen, daß der Vorschlag eines deutschen Parlaments, ausgegangen von ihm, dem damals verhaßtesten Manne in Deutschland, zu Anfang nur Hohn ernten werde: so lange die abnormen Zustände in Preußen selbst fortdauerten, war eine Initiative Preußens in der deutschen Frage nicht möglich. Aber da er klar wußte, was er wollte, so ließ er sich dadurch nicht irren; vielleicht bot eben die Reformacte eine Möglichkeit, die Cardinalfrage der Heeresorganisation zu lösen und damit aus der Tyrannis herauszukommen, von der schon ein Weiser des Alterthums gesagt hat, daß sie ein schöner Platz sei, dem aber der Ausgang fehle. Er rieth dem König deshalb, das Abgeordnetenhaus aufzulösen, um dem Volke Gelegenheit zu geben, in Neuwahlen darzuthun, daß „keine politische Meinungsverschiedenheit im preußischen Lande tief genug greife, um gegenüber einem Versuche zur Beeinträchtigung der Unabhängigkeit und der Würde Preußens die Einigkeit des Volkes in sich und die Treue gegenüber dem angestammten Herrscherhause zu gefährden“. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Die Regierung erntete jetzt zum Theil die Folgen des Fehlers, der mit der Preßordonnanz begangen worden; zum größern Theile aber fällt die Schuld allerdings auf die politische Unreife der Nation und insbesondere der Partei, welche augenblicklich über die Mehrheit derselben gebot, und welche sich hartnäckig dem Zusammenhange verschloß, der zwischen der Heeresfrage und der deutschen Frage bestand. Die Wahlen im October fielen aufs Neue gegen die Regierung aus, die nur 37 Sitze errang, und diejenige Partei, welche in der deutschen Frage statt eines klaren Gedankens nur Worte und freisinnige Rednerei hatte, die deutsche Fortschrittspartei, ging abermals verstärkt aus denselben hervor. So konnte sich Bismarck zunächst nur das Eine Verdienst erwerben, die Reform-

acte zu vereiteln, indem er an der Ablehnung dieses seltsamen Einigungsversuchs festhielt: eines Einigungsversuchs, dem allmälig doch, von der ersten Ueberraschung sich erholend, auch der süddeutsche und mittelstaatliche Liberalismus sein Recht angedeihen ließ. Wäre diese Acte ins Leben getreten, so hätte der Scheinconstitutionalismus gute Tage gehabt, und man hätte es fast noch leichter gehabt, als bisher, jede ernstliche Reform zu hindern. Man hätte durch dieselbe weit vollkommener als bisher die Uneinigkeit Deutschlands organisirt und seine Unterwerfung unter den östreichischen Einfluß besiegelt; man hätte unter dem Scheine eifriger Thätigkeit gar nichts zu thun volle Freiheit gehabt. Die Bundesverfassung wie sie war hatte wenigstens Einen Vorzug: die Gemeinfaßlichkeit ihrer Erbärmlichkeit, an welcher nicht der mindeste Zweifel möglich war. Die complicirte Maschinerie dagegen, welche die Reformacte einführen wollte, hätte die Meinungen irre geführt, das Volk durch allerlei Schaugerichte, Bundesdelegirtenversammlungen, Fürstenversammlungen, Wahlen, Bundesgericht getäuscht, und eine vernünftige Neugestaltung Deutschlands, die mit Oestreich nun einmal schlechterdings unmöglich war, wiederum auf längere Zeit unmöglich gemacht.

Es war somit ein großes Verdienst Wilhelm's I. und seines Ministers, daß er Deutschland diesen angeblichen Fortschritt, der auf nichts als Lug und Trug hinauslief, ersparte. Da Preußen seine Mitwirkung versagte, so starb die Acte schon in den nächsten Monaten desselben natürlichen Todes wie das sächsische Delegirtenproject. Ein Ereigniß von großer Bedeutung war sie dennoch: die deutsche Frage, von dem wie man glaubte mächtigsten der deutschen Bundesstaaten selbst in Anregung gebracht, kam jetzt in Fluß und sie enthüllte sich nunmehr sehr deutlich als das, was sie in erster Linie wirklich war, als eine Machtfrage zwischen Preußen und Oestreich. Noch war man in Preußen aus der Verfassungskrisis nicht heraus: aber das Gefühl machte sich doch sofort geltend, als der kühne Schachzug des östreichischen Cabinets bekannt wurde, daß das Schlimmste jetzt vorüber, daß der Reaction der Giftzahn ausgebrochen sei; und Eines dankte man dem verhaßten Minister nun doch, wenigstens in den Kreisen, wo man noch einige Unbefangenheit des Urtheils sich gerettet hatte, — daß er nicht nach Frankfurt gegangen, wo die Epigonen Schwarzenberg's mit vielen höflichen Worten Preußen ein neues Olmütz hatten bereiten wollen.

Das Jahr war noch nicht zu Ende, als diese deutsche Frage in einer sehr greifbaren Gestalt, als schleswig-holsteinische in den Vordergrund aller Interessen trat, und aus der endlosen Langeweile der Erklärungen, Bundesabstimmungen, Protocolle, dem unfruchtbaren Einerlei der Fürsten- und der Abgeordneten- und anderer Tage, dem prahle-

rischen Reden und Schwelgen der Turn- und Schützenfeste auf das Schlachtfeld verlegt, auf die Spitze des Schwertes gestellt wurde.

Sie versetzt unsere Erzählung zunächst auf den Schauplatz der nordischen Staaten.

2. Scandinavien.

Von den drei scandinavischen Reichen Norwegen, Schweden und Dänemark führten die beiden ersten ihr von dem übrigen Europa wenig beachtetes Stillleben fort. Am 8. Juli 1859 starb König Oskar, der seit 1844 regiert hatte; sein Sohn **Karl XV.**, der dritte Herrscher aus dem französischen Hause, welches ein eigenthümliches Geschick dorthin verschlagen oder getragen hatte, folgte. Karl XV. gerieth in Differenzen mit seinem **norwegischen** Königreiche, wo man dem König das Recht bestritt, einen Schweden zum Statthalter zu ernennen: ein Streit, der aber keine weiteren Folgen hatte, da die norwegische Verfassung dem König vollständig die Hände band, und es so ziemlich gleichgültig war, ob ein geborner Schwede oder ein geborner Norweger diese beschränkten Rechte über die kaum 1½ Millionen Menschen, von denen 229 auf die Quadratmeile kamen, ausübte. In **Schweden** dagegen beschäftigte man sich seit 1860 lebhafter mit einer Reform der Verfassung, die einer solchen allerdings sehr bedürftig war. Die Macht des Königs, erinnern wir uns, war hier beschränkt durch den aus vier Kammern, des Adels, der Geistlichkeit, des Bürger- und des Bauernstandes bestehenden Reichstag, der alle drei Jahre in Stockholm versammelt, in altväterischer und demnach, wie sich von selbst versteht, unfruchtbarer Weise in gesonderten ständischen Körpern berieth und beschloß. Die nothwendige Folge war, daß das Land hinter dem übrigen Europa, wo die Staaten ihre Lebenskraft immer mehr aus der Verschmelzung, gegenseitigen Ergänzung und Durchdringung der Stände zogen, immer weiter zurückblieb und den Einfluß nicht üben konnte, den seine doch immerhin ansehnliche Macht — 3½ Millionen Menschen auf 8000 □ Meilen, von denen freilich 3000 See, Sumpf-, Fels- und Schneewüste sind — sowie auch der Ehrgeiz seines Königs, welcher soldatische Neigungen besaß, beanspruchte. In den einfachen Formen, welche den Verkehr des Königs mit den Unterthanen in Schweden charakterisiren, lenkte Karl XV. die Aufmerksamkeit der „guten Herren und schwedischen Männer" des Reichstags von 1862 auf die Verfassungsreformen hin, für welche „bei der äußeren Sicherheit und inneren Ruhe, welche die Vorsehung uns schenkt", der Augenblick günstig sei. Indeß ging es mit der Verständigung nicht so rasch. Ueber eine Abänderung der Bestimmung, daß nur „Anhänger der reinen evangelischen Lehre" zu Staatsämtern zugelassen werden könnten, vereinigte

man sich; den Antrag auf jährliche Reichstage aber verwarf Adel- und Priesterstand, den Antrag auf Beschränkung der Mitgliederzahl des Ritterhauses lehnte wie natürlich der Adel, den auf Zulassung der Israeliten zum Wahlrecht wie ebenso natürlich der Priesterstand ab. Im Anfange des folgenden Jahres wurde dem Reichstag der Entwurf einer neuen Verfassung vorgelegt. Zwei Kammern bilden künftig den Reichstag: die Mitglieder der ersten, welche keine Diäten beziehen, und deren Wählbarkeit an einen sehr hohen Census — Nachweis von Grundbesitz im Werthe von 80,000 Thlr. — geknüpft ist, werden auf neun Jahre von den Landsthingen oder höheren Communalbehörden, die der zweiten auf drei Jahre von den Gerichtsdistricten gewählt, denen anheimgegeben wird, ob sie mittelbare oder unmittelbare Wahlen vorziehen; die Wählbarkeit ist beschränkt auf Angehörige des je betreffenden Wahlbezirks. Zum Abschluß kam indeß diese wichtige Reform vorläufig nicht, da die Aufmerksamkeit nunmehr auf den wieder entbrannten Kampf zwischen Dänemark und Deutschland, den neuen nordischen Krieg, abgelenkt wurde.

Das dritte nordische Volk, das dänische, spielte sein gewagtes Spiel gegen das uneinige Deutschland ruhig weiter. Der Bundestag hatte, wie wir uns erinnern, im Jahre 1858 sein Schwert, das er zunächst zur Drohung ziehen zu wollen Miene machte, in Folge einer scheinbar entgegenkommenden Erklärung der dänischen Regierung wieder eingesteckt; die Gesammtstaatsverfassung, war der wesentliche Sinn dieser Erklärung, sollte, bis die entgegenstehenden Schwierigkeiten beglichen wären, für Holstein unverbindlich sein. In der Hauptsache war damit nichts gewonnen. In Dänemark war man klug genug, in Bezug auf Holstein sich zur Nachgiebigkeit zu rüsten, um desto sicherer Schleswig zu behaupten. Denn dieses Land war der eigentliche Streitpunkt und Siegespreis, nicht Holstein; es war und blieb für Dänemark eine Lebensfrage, dieses Land festzuhalten, und festhalten konnten die Dänen es nur, indem sie es dem Königreich einverleibten. Rücksichtslos zwangen sie den widerstrebenden Gemeinden dänische Sprache, dänische Geistliche und dänische Beamte auf, und stellten sich vor Europa als die Vertreter ächt freisinniger Grundsätze gegenüber einer reactionären Faction von Adeligen, Pastoren und Beamten hin: allein wenn ihnen auch das Letztere in Frankreich und mehr noch in England gelang, in welch letzterem Lande eine thörichte Mißgunst gegen Deutschland mehr und mehr überhand nahm, so stießen sie dagegen bei dem Werke der Danisirung auf einen harten und zähen Widerstand, welcher in der energischen Volksart und in dem Bewußtsein wurzelte, daß mit der unter so ganz besonderen Umständen erfolgten Vergewaltigung der Lande im Jahre 1852 noch nicht das letzte Wort des Schicksals ge-

sprochen worden sei. Es war doch nicht sehr wahrscheinlich, daß eine so selbstmörderische Politik wie die damalige preußische sich zum zweiten Male wiederhole. Und in der That waren ja jetzt die Feiglinge von Olmütz glücklich beseitigt; die nationale Ebbe in Deutschland war vorüber und die Fluth begann wieder zu steigen; ein tapferer Soldat stand an der Spitze des waffenrüstigsten deutschen Staates: das Haus Habsburg aber, das im Jahre der Schande (1851) deutsche Männer mit fremden Truppen, Böhmen und Ungarn, entwaffnet hatte, war mittlerweile bei Solferino von der verdienten Strafe ereilt worden. Zunächst nahmen die Stände Schleswigs den Kampf auf. Im März 1860 drang ihre Majorität in einer Adresse, deren Discussion der königliche Commissar nicht zuließ, auf Herstellung der alten Verbindung mit Holstein, protestirte mit 26 gegen 14 Stimmen gegen jede Einverleibung des Herzogthums in Dänemark, und erklärte den Kopenhagener Reichsrath für incompetent in schleswigschen Angelegenheiten. Am 19. wurden sie aufgelöst. Dagegen organisirte nun die dänische Partei der sogenannten „Bauernfreunde", welche im dänischen Folksthing mächtig war, einen „Dannewirkeverein" zur „Vertheidigung Schleswigs", und da nachgerade (7. Februar 1861) am deutschen Bundestage die Wiederaufnehmung des 1858 sistirten Executionsverfahrens in Aussicht genommen wurde, so führte man dort in Kopenhagen eine sehr entschlossene und kriegerische Sprache. Dem deutschen Bunde imponirte dieß allerdings nicht, seine Organe waren stumpf für jeden raschen Eindruck; aber es hatte wirklich mit der Execution noch keine so große Eile. Den holsteinischen Ständen schwindelte die dänische Regierung ein sogenanntes Budget vor, auf welches diese aber einzugehen sich weigerten. Am 12. August vertagte die Langmuth des Bundestags in Folge einer neuen Scheinconcession Dänemarks die Execution wieder, und der Eintritt des Führers der Eiderdänen, Orla Lehmann, in das dänische Ministerium, dessen Präsident Hall war, zeigte, daß man es wenigstens wegen Holsteins in Dänemark nicht zum Bruche treibe. Allein in einer Note vom 5. December 1861 nahm nun die preußische Regierung die Sache Schleswigs wieder auf. Sie erinnerte die dänische daran, daß sie auch in Beziehung auf Schleswig die bestimmte Verpflichtung übernommen habe, dieses Land nicht in Dänemark zu incorporiren.

Die dänische Regierung lehnte am 26. in ihrer Antwort jedes Eingehen auf die Schleswig betreffenden Fragen ab, da dasselbe nicht zum deutschen Bunde gehöre, und sie hielt diesen Standpunkt trotzig und hartnäckig fest, wohl wissend, daß diese Sache erst dann gefährlich wurde, wenn sie keine bundestäglich-deutsche, sondern eine preußische Interessenfrage wurde, und daß Dänemark dann auf heimliche oder

offene Verbündete im Lager der jetzigen Gegner würde zählen können. Sie legte im Januar 1862 dem Reichsrathe diejenigen Aenderungen der Verfassung vom 2. October 1855 vor, welche das Ausscheiden Holsteins und Lauenburgs aus dem Gesammtstaate bedingte. Der Protest der Majorität der schleswigischen Stände gegen die mit jenem Ausscheiden überhaupt hinfällige, auch für Schleswig nicht mehr gültige Gesammtstaatsverfassung wurde ebenso wie die Proteste Preußens und Oestreichs mit Entschiedenheit abgelehnt. Dasselbe geschah mit einem Vermittelungsvorschlage des befreundeten Englands. Lord John Russell schlug am 24. September wohlmeinend völlige Befriedigung der Forderungen Deutschlands in Beziehung auf Holstein und Lauenburg, Selbstregierung Schleswigs, das nicht im Reichsrath vertreten sein solle, ein Normalbudget, von den vier gesonderten Vertretungen — dänischer Reichstag und Ständeversammlungen von Schleswig, Holstein, Lauenburg — auf zehn Jahre genehmigt, vor: in der Antwort, die am 15. October erfolgte, hieß es, daß die Aufrechthaltung der gemeinsamen Verfassung für das Königreich und Schleswig für Dänemark eine Frage über Leben und Tod sei; auch bestand die dänische Regierung mit Hartnäckigkeit darauf, daß die Verhältnisse Schleswigs weder den deutschen Bund noch sonst Jemanden etwas angingen: in Beziehung auf Holstein werde sie „mit den Vorbehalten, die nothwendig seien, damit diese Provinz nicht Herr und Schiedsrichter der übrigen Monarchie werde", dem deutschen Bunde seinen Willen thun.

Am 30. März 1863 wurde dementsprechend und in Uebereinstimmung mit einer Adresse des dänischen Landsthings und Resolutionen einer von der demokratischen Casinopartei geleiteten Volksversammlung eine königliche Bekanntmachung erlassen, durch welche Holstein aus der Gesammtstaatsverfassung ausgeschieden wurde, dagegen auch fernerhin an den gemeinsamen Ausgaben nach dem vorläufigen Normalbudget vom 28. Februar 1856 theilnehmen sollte. Hiergegen protestirten Oestreich und Preußen vorläufig für sich und den deutschen Bund (17. April), an welchen sich die holsteinischen Stände neuerdings gewendet hatten; am 9. Juli forderte alsdann der Bund die dänische Regierung auf, jener Bekanntmachung vom 30. März keine Folge zu geben, widrigenfalls er sich genöthigt sehen würde, das anno 1858 — man schrieb jetzt 1863 — eingeleitete Executionsverfahren wieder aufzunehmen, in Betreff Schleswigs aber alle geeigneten Mittel zur Geltendmachung der diesem Herzogthum durch ein völkerrechtliches Abkommen erworbenen Rechte zur Anwendung zu bringen.

Die dänische Regierung ließ sich in der Verfolgung ihres Ziels nicht stören. Auf friedlichem Wege mit Schleswig ins Reine zu kommen, war sichtlich unmöglich, da den am 17. Juli versammelten Ständen

von dem königlichen Commissar das Recht bestritten wurde, die Wahlen zu prüfen: worauf die deutsche Majorität ihr Mandat niederlegte und die Regierung nöthigte, die Versammlung für geschlossen zu erklären — von irgend einer Beachtung der kundgegebenen Wünsche und Beschwerden war nicht die Rede. Dem deutschen Bunde erwiderte der unverschämte Inselstaat wieder etwas von „jedem wünschenswerthen Aufschluß" und „ernster Erwägung allfälliger Vorschläge"; und in einer Circulardepesche (3. September) ließ sich der Minister Hall trotzig vernehmen, er habe allen Grund zu glauben, daß Dänemark nicht auf seine eigenen Hülfsmittel beschränkt sein werde in einem Kampfe, in welchem es nicht blos das Schicksal Dänemarks, sondern auch die heiligsten Interessen des ganzen Nordens gelte: den Commentar zu diesen Worten lieferten gegenseitige Besuche der beiden Souveräne von Dänemark und Schweden und Anwesenheit des schwedischen Ministers des Auswärtigen in Kopenhagen. Am 28. September ward der Reichsrath eröffnet und demselben, eben als der deutsche Bund am 1. October das Executionsverfahren wirklich beschloß, eine neue für das Königreich und für Schleswig gemeinsame Verfassung vorgelegt: schon am 13. November wurde sie unter dem Beifall der Tribünen mit 41 gegen 16 Stimmen angenommen.

Aber eine große Katastrophe stand bevor. Am 15. starb König Friedrich VII. unerwartet zu Glücksburg. Der Mannsstamm der königlichen Linie des oldenburgischen Hauses war damit erloschen. In Kraft des Londoner Protocolls bestieg nun der Prinz Christian von Glücksburg als Christian IX. den Thron der Gesammtmonarchie; am gleichen Tage erklärte aber der Erbprinz Friedrich von Augustenburg durch Patent, daß er in Kraft der legitimen Erbfolgeordnung die Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein angetreten habe. Am 1. October hatte die Bundesversammlung die Einleitung des Executionsverfahrens beschlossen: über Nacht war jetzt die Frage eine andere geworden: die schleswig-holsteinische Frage wurde zur dänisch-deutschen. Es war die Frage, ob das Stück Papier, das in einer traurigen Zeit die Erbfolge europäisch geordnet hatte, Stand halten würde gegenüber dem einhelligen Willen des Landes und der gesammten deutschen Nation, der sich lärmend und mit einmüthiger Kraft Bahn brach. Die Zeit der Noten und Protocolle war vorüber, die Stunde des Handelns hatte geschlagen.

3. England.

Zu dem unruhigen, stürmisch bewegten deutschen Leben bildete das englische einen bemerkenswerthen Gegensatz. Jener Streit um die Gränzlinie der executiven und der legislativen Macht im Staate, um

Königsmacht und Volksrecht, der in Frankreich Revolution auf Revolution erzeugte, und der eben jetzt den kraftvollsten und lebensfähigsten Staat des Festlandes erschütterte, hatte hier in verhältnißmäßig früher Zeit in einer alle Theile befriedigenden Harmonie und Versöhnung seinen Abschluß gefunden. Es war nichts Gewaltsames in den englischen Zuständen, eine politische Revolution nicht zu fürchten, weil sie gegenstandslos war, und ein Gefühl der Sicherheit dämpfte und mäßigte den lebhaften Gang des politischen Lebens; es war im Grunde ein Luxus und nicht ein Symptom starker politischer Leidenschaften, sondern vielmehr eine Art übermüthigen Wohlgefühls, daß bei den Parlamentswahlen so viele Tumulte und Prügelscenen vorkamen. An inneren Ereignissen ist demgemäß für die Jahre 1859—1864 wenig zu verzeichnen. Am 17. Juni 1859 trat das Toryministerium des Grafen Derby ab, und Lord Palmerston, nunmehr im 76. Jahre eines vielfach umgetriebenen, von unruhiger Thätigkeit erfüllten, an Erfolgen und Fehlschlägen ungewöhnlich reichen Lebens, übernahm die Bildung eines neuen Cabinets aus Whigs und Peeliten. Das Auswärtige übernahm sein alter Gefährte, bald Genosse, bald Rivale, Lord John Russell, und er führte es nicht schlecht. Palmerston selbst, der ein Jahr früher in einer Weise zu Falle gekommen war, die jeden Andern auf längere Zeit unmöglich gemacht haben würde, erfreute sich bei dieser seiner letzten Verwaltung einer überaus großen Popularität. Er bestätigte die feine Bemerkung Macaulay's, daß man dem Volke mit Unrecht Wankelmuth in seinen Neigungen vorwerfe, daß man im Gegentheil bei der Menge eine hartnäckige Treue gegenüber von Männern finde, die sie einmal, mit Recht oder Unrecht, ohne viel Wahl zu ihren Lieblingen erkoren: man überließ dem klarblickenden, energischen Manne, der eine unermüdliche Arbeitskraft mit einer ebenso unzerstörbaren Lebenslust verband, willig das Staatsruder und erfreute sich an seinem unverwüstlichen Humor, dem sicheren Tact und der überlegenen, auf der Erfahrung von mehr als einem halben Jahrhundert beruhenden Kunst, mit der er das Parlament zu leiten verstand. Die Parteien vertagten die wichtigsten Fragen, wie um ihm den Wunsch erfüllen zu helfen, mit welchem er sein nie fehlendes Glück versuchte, — am Staatsruder zu sterben. Ueber seiner ungenügenden Reformbill war das frühere Ministerium zu Falle gekommen; Lord Palmerston aber nahm man es nicht übel, daß er die ganze Wahlreformfrage in den Hintergrund schob; man freute sich im Gegentheil über die geschickte Art, wie er dieß fertig brachte. Die im Stillen wachsende radical-demokratische Partei wartete ruhig sein Ende ab, ehe sie von Neuem vorwärts drängte.

In Beziehung auf die auswärtigen Angelegenheiten bemächtigte

sich des englischen Volkes eine gewisse Unruhe in Folge der Anstrengungen, welche Napoleon III. unternahm, um die französische Flotte der englischen ebenbürtig zu machen. Man mißtraute dem Kaiser von Frankreich, dessen Politik sich bei seinem persönlichen Charakter wie bei dem Charakter der französischen Zustände und der französischen Nation nicht berechnen ließ. Lord Palmerston hatte in so mancher großen europäischen Frage die französische Begehrlichkeit sattsam kennen gelernt: wenn es dem Kaiser eines Tages einfiel, oder sein unruhiges Volk, sein müßiges Heer ihn zwang, die Pläne seines Oheims wieder aufzunehmen, so waren diese Pläne gefährlicher, leichter auszuführen, als in den Tagen der großen Seerüstung von Boulogne, weil seit dem Gebrauch der Dampfschiffe die Ueberschiffung eines großen Heeres nach den englischen Küsten weit weniger von Wind und Wetter abhing, als im Jahre 1805. Das englische Heer war an sich nicht stark genug, einer etwaigen Invasion wirksam zu begegnen. Im Volke selbst, das zu einem Wehrsystem wie das preußische war, sich an und für sich und vollends einer doch immerhin nicht gerade wahrscheinlichen Gefahr wegen nimmermehr entschlossen hätte, entstand nun, gefördert von der Presse, eine kriegerische oder kriegerisch aussehende Bewegung, welche zur Erschaffung einer ganzen Armee von Freiwilligen führte, die freilich von nicht ganz zweifellosem militärischem Werthe war. Schon am 23. Juni 1860 hielt Königin Victoria, wie einst Elisabeth im Jahre 1588, als die spanische Armada im Angesicht der englischen Küste lag, unter ungeheurem Zulauf eine Musterung über 20,000 solcher schön gerüsteter freiwilliger Schützen, und die Uebungen dieser Freiwilligen, die alle den wohlhabenden Ständen angehörten, bildeten fortan einen wesentlichen Bestandtheil des englischen Lebens. Die ernste Probe blieb ihnen erspart, und es war zu loben, daß daneben die Regierung auch ihrerseits, neben diesem rührigen militärischen Dilettantismus, die Nothwendigkeit besserer Rüstung ins Auge faßte. „Zu leugnen ist nicht", sagte Lord Palmerston, der zweimal wegen allzu großer Willfährigkeit gegen Napoleon zu Falle gekommen war und deshalb vielleicht ein Uebriges thun zu müssen glaubte, als er am 23. Juli 1860 von dem Parlament 11 Millionen Pfund zu Zwecken der Nationalvertheidigung und Küstenbefestigung verlangte — „zu leugnen ist nicht, die nächste Gefahr kommt uns von unserm mächtigen Nachbar, dem Kaiser der Franzosen — — Es ist wahr, daß wir noch neulich einen Handelsvertrag mit diesem Souverän abgeschlossen haben, aber trotz dieses Vertrages kann man nicht mit Vertrauen von einem Volke, welches so kriegerische Anlagen hat, wie das französische, erwarten, daß es mit Einem Male vollständig die Vortheile des Handels einsehe, um seinen martialischen Eifer nicht mehr gegen Andere ausbrechen zu lassen".

Es war nicht für England allein ein Glück, daß hier ein großer und mächtiger Staat, sich selbst genug und nicht fremden Guts begehrend, in Friede und Freiheit, gewissermaßen sturmfrei wie das gewaltige Schiff, das damals seine Werften verließ, der Great Eastern, dahin lebte: sondern es war für ganz Europa von höchstem Werth und von heilsamer Bedeutung, daß die Regierung dieses Staates, der in vollerem Sinne als irgend ein anderer zur Ruhe gekommen war, mit einer gewissen Unbefangenheit die auftauchenden europäischen Fragen würdigen und seinen vermittelnden Einfluß geltend machen konnte. Dieser Staat gab, wie wir gesehen haben, ein würdiges und hochherziges Beispiel einer verständigen Politik, indem er auf den Besitz der jonischen Inseln zu Gunsten Griechenlands freiwillig Verzicht leistete. Am 14. November 1863 wurde das letzte Protocoll in dieser Sache unterzeichnet. Es stellte die Bedingung der Schleifung der Festungswerke von Korfu, weshalb der würdige Achäer, der für das neu erstandene Griechenland die Feder führte, noch zu unterschreiben zögerte; für einen sehr viel werthloseren Besitz, das Fürstenthum Neuenburg, hatte noch einige Jahre vorher die damals in Preußen herrschende Partei sich in der lächerlichsten Weise echauffirt. Und so übte England wirklich in vielen europäischen Fragen einen heilsamen Einfluß, den man in der Welt der journalistischen Kannegießer und ihrer zahlreichen Clientel häufig gering anschlug, weil England nicht ohne gebieterische Nothwendigkeit sein Schwert zog. So erkannte es in der italienischen Sache baldmöglichst verständiger Weise das neue Königreich an, ohne der sardinischen Regierung erst weise Lehren und moralische Ermahnungen zu geben; so hemmte es in der syrischen Frage den Ehrgeiz Frankreichs und suchte in der polnischen wie in der schleswigischen Angelegenheit verständig zu vermitteln und den Frieden zu erhalten. Seine Regierung hatte ein wachsames Auge auf die ehrgeizigen Projecte des Kaisers der Franzosen, suchte der ewigen Besetzung Roms ein Ende zu machen und vereitelte seinen für den Weltfrieden sehr zweifelhaften Plan eines europäischen Congresses zum Behufe einer Revision der Verträge von 1815, indem es die Einladung am 25. November sofort und definitiv ablehnte. Diese Antwort Earl Russell's — er war mittlerweile ins Oberhaus übergetreten — an Lord Cowley zählte die Fragen auf, welche der Congreß würde zu lösen haben: soll der Kampf in Polen verlängert werden? Dänemark in Krieg mit Deutschland gerathen? die Anarchie in den Donaufürstenthümern fortdauern und so die orientalische Frage jeden Augenblick wieder aufzuleben drohen? Italien und Oestreich fortwährend wegen Venetien in feindseliger Haltung sich gegenüber stehen? die Besetzung Roms durch französische Truppen unabsehbar fortdauern? Aber es giebt eine Frage aller Fragen: ist

es wahrscheinlich, daß ein europäischer Congreß diese Probleme friedlich lösen würde — und Russell verneinte diese Frage. Es war sicher richtig, wenn er zu dem Ergebniß kam, daß voraussichtlich viele Mitglieder des Congresses sich in schlimmerer Stimmung trennen würden, als sie zusammengetreten; die europäischen Dinge waren noch nicht so weit geklärt, um solche friedliche Schlichtungen schon zuzulassen. Wo es die Wahrung wirklicher englischer Interessen galt, fehlte es der englischen Regierung doch nicht an Energie, und sie verschwendete in einzelnen Fällen deren selbst zu viel, wie z. B. als im Jahre 1858 ein englischer Oberst Macdonald wegen bäuerischen Benehmens auf dem Bahnhofe zu Bonn verhaftet wurde, und das auswärtige Amt nicht Tinte genug zu Noten in dieser Angelegenheit auftreiben konnte, wo die preußischen Behörden einfach gethan hatten, was einem ungesitteten Gesellen gegenüber Rechtens war.

Am 14. December 1861 erlitt Königin und Land einen schweren Verlust durch den Tod des Prinzen Albert, der seine hohe und delicate Stellung mit dem feinsten Takte ausgefüllt hatte. Er erlebte die dritte jener Weltausstellungen nicht mehr, deren Idee von ihm gefördert worden war. Diese ward am 1. Mai 1862 zu London eröffnet, als schon Ereignisse jenseits des Meeres der englischen Politik schwierigere Probleme zu stellen anfingen, als sie in Europa fand. Auf diese Vorgänge in der außereuropäischen Welt, welche die englische Politik mehr als die jedes andern europäischen Landes interessirten, müssen wir nun zum Schlusse noch die Aufmerksamkeit des Lesers richten.

III. Außereuropäische Staaten und Länder.

Man hat mit Recht bemerkt, daß das Europa der neueren Zeiten der übrigen Welt gegenüber dieselbe Rolle spiele, die einst im Alterthum das kleine Griechenland den übrigen um das Mittelmeer her gelegenen Ländern gegenüber gespielt habe. Und wenn in jenen Tagen die Griechen selbst sowie einsichtige Asiaten alles Das, was den Stolz des Hellenen gegenüber dem Barbaren rechtfertigte, mit dem vielumfassenden Namen der Freiheit (Eleutheria) bezeichneten,*) so können wir vielleicht dieses Wort uns auch für die neuere Zeit aneignen, und das Auszeichnende der europäischen Cultur gegenüber der chinesischen oder japanesischen etwa eben in die Freiheit setzen, d. h. in die Anerkennung der Einzelpersönlichkeit und ihrer unendlichen Vervollkommnungsfä-

*) Xenophon Anab. 1, 7. „Zeiget euch als Männer", sagt dort der jüngere Cyrus seinen griechischen Söldnern, „würdig der Freiheit, die ihr besitzet und um die ich euch glücklich preise; denn wisset wohl, ich würde die Freiheit Allem was ich habe und noch vielem Andern vorziehen."

higkeit als der Grundlage aller staatlichen und gesellschaftlichen Bildungen.

Es wäre hier vielleicht der Ort, diese eigenthümliche europäische Cultur auf derjenigen Stufe ihrer Entwickelung, die sie in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts erreicht hat, in ihren hauptsächlichsten Erscheinungsformen unter Berücksichtigung der Verschiedenheit der einzelnen Hauptländer und Hauptvölker darzulegen. Wir würden bei dieser Darlegung auszugehen haben von dem äußerlich am meisten in die Augen fallenden — dem ungeheuren Umschwung in den Bedingungen und Mitteln des menschlichen Verkehrs, einem Umschwung, dessen Wirkungen in drastischen Gegensätzen Jedem vor Augen stehen, dessen Erinnerungen auch nur bis in die dreißiger Jahre zurückreichen. Den raschen äußeren Fortschritt kann man leicht durch die nächsten besten Zahlen charakterisiren: z. B. daß im preußischen Staate im Jahre 1840 nur 17 Meilen Eisenbahn sich befanden, im Jahre 1850 bereits 356, in dem Zeitpunkte, den unsere Erzählung erreicht hat (1860) 713, nach zehn weiteren Jahren 1317; daß 1840 auf allen preußischen Flüssen zusammen nur 40 Dampfschiffe fuhren, 30 Jahre später allein auf dem Rhein deren über 100; daß im Jahre 1840 die ersten Telegraphen auf englischen Bahnen erschienen, 30 Jahre später man in Europa 13,587 telegraphische Stationen zählte. Schwieriger würde es schon sein, auch nur den wirthschaftlichen Folgen nachzugehen, welche diese Veränderungen der Raum- und Zeitverhältnisse hervorgerufen: der Förderung des Großbetriebs, der Schmälerung des localen und Kleingeschäfts, der Ausdehnung und colossalen Entwickelung des Lebensmittelhandels, der Steigerung der Rohproduction, der Ausgleichung der Preise, dem riesenhaften Anwachsen des Welthandels, der Ermöglichung einer Auswanderung in nie zuvor geahnten Erstreckungen. Aber man würde dabei nicht stehen bleiben dürfen. Man würde ins Auge zu fassen haben, wie durch diese Steigerung der Verkehrsmittel überhaupt dem gesammten Leben der Menschheit eine Energie und ein Schwung gegeben wurde, wie sie ihn nie zuvor gesehen und gefühlt hat; wie das Leben der Familien wie der Staaten dadurch auf völlig neue Grundlagen gestellt worden ist: wie auf der einen Seite die Staatsmacht ungeheuer vermehrt worden ist gegenüber dem Einzelnen, auf der andern Seite die Einzelnen, indem ihnen der Austausch und die Verbreitung ihrer Gedanken, die Vereinigung und dadurch Vervielfachung ihrer Kräfte unendlich erleichtert wird, ungemeine Kräfte gewonnen haben gegenüber dem Staate. Aber wir hätten damit immer nur Einen Punkt berührt, an welchem der Mensch in einem Grade und einer Ausdehnung, mit welchen kein früheres Jahrhundert sich messen kann, die Kräfte der Natur in seinen Dienst gezwungen hat: wir würden dasselbe an vielen an-

deren Punkten gewahren. Dabei würden wir einer andern Erscheinung begegnen, welche dieses Jahrhundert, im Gegensatze zu früheren Zeiten zu charakterisiren scheint: der raschen Vermehrung wissenschaftlicher Erkenntniß auf allen Gebieten einerseits, und der Tendenz, jede wissenschaftliche Entdeckung sofort für die Verbesserung des äußeren Lebens zu verwerthen andererseits. Dieß würde uns nöthigen, zunächst auf dem Gebiete der sogenannten Naturwissenschaften der Geschichte ihrer einzelnen Disciplinen nachzugehen, der Chemie vor Allem, aber auch der Physik, der Astronomie, Geologie u. s. w., die wichtigsten Entdeckungen auf jedem dieser Gebiete aufzuzählen und zu zeigen, wie diese Entdeckungen auf die Gestaltung des Lebens — nicht weniger Einzelner, sondern der Tausende und der Millionen — eingewirkt haben. Wir würden aber diese enge Verbindung von Theorie und Praxis nicht blos auf dem Gebiete der im engeren Sinne sogenannten Naturwissenschaften gewahren, sondern auch bei denjenigen, welche sich die Betrachtung der Menschenwelt, Geschichte, Religion, Recht, Staat, Sitte, Sprache u. s. w. zum Ziele setzen. Und wenn wir auf der einen Seite allerdings eine Hinneigung auf das Aeußere, das Greifbare, Materielle wahrnehmen würden, so würde man doch der offenkundigen Wahrheit zu nahe treten, wenn man der europäischen Cultur, wie sie sich um die Mitte des Jahrhunderts darstellt, einen ausschließlich oder auch nur überwiegend materialistischen Charakter zuschreiben wollte. Im Gegentheil: gegenüber den Eroberungen und Usurpationen des Materialismus und Naturalismus erheben sich mit nicht geringerer Stärke die Kräfte und Bedürfnisse, deren Gebiet beginnt, wo dem Naturerkennen vorläufig oder für immer seine Gränze gesteckt ist oder gesteckt scheint, — jene Kräfte die gestützt auf die Thatsache, daß keine noch so kühne Entdeckungsfahrt bis dahin vorgedrungen ist, wo wirkliche Erklärung und Erkenntniß des innersten Wesens der Dinge beginnt, und auf die fernere, daß die materialistische Betrachtungsweise bis jetzt nur ein System des Egoismus, nicht aber des sittlichen Handelns hat aufstellen können — das Recht des Glaubens, wo das Schauen und Wägen und Messen nicht ausreicht. Die religiöse Bewegung erwacht mit einer Kraft, die man ihr nicht mehr zugetraut hätte; dem neuen Glauben und Aberglauben setzt sich der alte entgegen; und dem Bestreben, jedes Wissensgebiet zu isoliren, es erst für sich allein gründlich zu erforschen, das Einzelne zu ermitteln, geht ein anderes zur Seite, welches vom Einzelnen sofort zum Allgemeinen, von der Beobachtung einer und der anderen Thatsache, eines und des anderen Naturgebiets zur Totalität einer alles umfassenden Weltanschauung sich zu erheben trachtet.

Indeß wenn wir auch diese Wissenschaften und die ihnen entsprechenden Lebensgebiete, Philosophie, Theologie, Rechts- und Staats-

wissenschaft, Kirche, Staat, Gesellschaft, Schule, in ihren hervorragendsten Erscheinungen an uns vorübergeführt hätten: so würden sich uns, wenn wir der Aufgabe, eine Uebersicht der Cultur Europas im 19. Jahrhundert zu geben, einigermaßen gerecht werden wollten, doch weitere und immer weitere Felder der Betrachtung erschließen. Wir müßten neben dem Geschäftsleben und neben der ernsten, und, wenn wir so sagen dürfen, geschäftlichen Litteratur auch die Hervorbringungen und Bethätigungsweisen, bei welchen die Menschen sich freier ergehen und in denen sie ihre Erholung zu suchen pflegen, ins Auge fassen. Wir müßten also auch die verschiedenen Künste, wie sie das Gesammtleben bestimmen und hinwiederum von diesem Gesammtleben in ihrer Entwickelung bestimmt werden, in den Kreis unserer Betrachtung ziehen, und deutlich zu machen versuchen, in welcher Weise z. B. das Theater in unseren Tagen, verglichen mit früheren Zeiten, auf die Masse der Menschen und auf die den Ton angebenden Kreise veredelnd oder corrumpirend wirkt. Einen hervorragenden Platz unter diesen Unterhaltungs-, Belustigungs- und, in gewissem Sinne und Umfange, Bildungsmitteln würden wir die Litteratur einnehmen sehen, und zwar denjenigen Theil derselben, den man im Gegensatz zur wissenschaftlichen den dichterischen und in seinen minder erhabenen Sphären den belletristischen nennt. Vielleicht wäre die letztere, die Romanlitteratur, für den Culturhistoriker vielfach die interessantere. Eine Vergleichung der englischen, deutschen, französischen Romanlitteratur z. B. würde uns klarer als alles Andere in die Gedankenkreise des englischen, deutschen, französischen Publikums einführen, und das Gemeinsame der Zeitbildung in ihrer verschiedenen Ausprägung durch die verschiedenen Volksgeister zeigen. Dabei dürften wir aber nicht unterlassen darauf hinzuweisen, daß diese Art Litteratur, einen wie breiten Raum sie einnehme, doch in der That nicht mehr dieselbe Rolle spielt wie früher; daß die Zahl Derer, denen eine ernste Belehrung Bedürfniß ist, gegen frühere Zeiten nicht nur im Verhältniß zu der Zahl Derer, denen litterarische Bildung und litterarischer Genuß überhaupt zugänglich ist, sondern weit über dieses Verhältniß hinaus gewachsen ist; und daß uns hierin eine der vielen wichtigen Wirkungen des hoch entwickelten Zeitungswesens gelegen scheint, welches ganz besonders bei einer allgemeinen Charakteristik der Cultur der europäischen Hauptvölker in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den Vordergrund der Betrachtung gerückt werden müßte.

Ein Blick auf diesen jetzt so unentbehrlichen Factor des gesammten geselligen, politischen, religiösen, wie des physischen Lebens, wie derselbe vor 1848 und nach der mit diesem Jahre bezeichneten großen und allgemeinen europäischen Krisis sich darstellt, würde uns auf einem

anderen Gebiete einen nicht minder großen Umschwung aller Verhältnisse vergegenwärtigen, als der durch die veränderten Verkehrsbedingungen bewirkte ist. Wir würden hier es mit Händen greifen, wie völlig anders das ganze europäische Leben in dem halben Jahrhundert, dessen Geschichte wir umrissen haben, geworden ist, wie sich in diesen zwei Menschenaltern eine geistige Umwälzung vollzogen hat, von deren Bedeutung und Umfang wir, die wir mitten in derselben stehen und an denen sie vollzogen worden ist, uns ebensowenig noch eine klare Rechenschaft ablegen können, als etwa der einzelne Soldat oder der Führer einer einzelnen Abtheilung eines Heeres von Hunderttausenden, während er seinen Theil der allgemeinen Aufgabe vollstreckt, im Schlachtgetümmel und inmitten der Aufregung des Kampfes sich selbst, geschweige Anderen, einen deutlichen Begriff von dem Gange und der Bedeutung der Schlacht machen kann. Wir könnten nur sehr im Allgemeinen darauf hinweisen, daß jedes bedeutende Tagesblatt täglich ein Bild des ineinandergreifenden Spiels der die Zeit bewegenden Kräfte aufrollt, daß die Zahl Derjenigen, denen es Bedürfniß geworden ist, dieses Bild mit Antheil zu betrachten, es in seiner Vielseitigkeit auf sich wirken zu lassen, ins Unendliche gewachsen ist und fortwährend wächst; daß eben darum eine rein private Existenz für immer Wenigere möglich geworden ist; daß der Einzelne viel unmittelbarer, viel intensiver in dem Ganzen und mit dem Ganzen lebt, als früher. Dieß hat die unmittelbare Folge, daß jede Regierung, jede Partei, jede Religionsgesellschaft, jede große und kleine Kraft sich an diese Macht der Oeffentlichkeit wenden und diesem demokratischen Zuge der Zeit huldigen muß: und wir hätten dann weiter zu zeigen, welche lichte und glänzende Seiten dieser Charakter der Zeit zeigt, und welche tiefe Schatten diesen Lichtseiten gegenüberstehen; wie viel Enges, Dumpfes, Unfreies im äußeren und inneren Leben der Menschen verschwunden, wie viel neue frische Kraft entbunden worden ist — wie viel Schönes, Edles, in sich Harmonisches aber auch die Menschheit auf der andern Seite verloren und wie viel neue Götzen und Tyrannen an der Stelle der umgestürzten sie sich aufgerichtet hat.

Man sieht wohl, daß wir mit diesen flüchtigen Andeutungen eine Aufgabe bezeichnen, die nicht hier und nicht von uns, die von einem Zeitgenossen überhaupt schwerlich gelöst werden kann, weil der Mitlebende seiner Zeit gegenüber niemals die Unbefangenheit des Richters haben kann, und weil, selbst gesetzt daß ein solcher Richter sich fände, der Stoff, auf welchen er seine Darlegung und sein Urtheil gründen müßte, noch nicht so weit geklärt und verarbeitet ist, um eine des Gegenstandes würdige Darlegung zu gestatten. Unsere Aufgabe ist nur noch, in Kürze zu zeigen, in welcher Weise und in welchem Um-

fange diese europäische Cultur über ihren mütterlichen Boden hinausgegriffen hat und wie sie beginnt auch die übrigen Welttheile allmälig in ihre reißend schnelle Bewegung hineinzuziehen. Die Geschichte der übrigen Welttheile, soweit sie ein in der That historisches, nicht blos ethnographisches Interesse hat, wird somit wesentlich die Geschichte des europäischen Einflusses sein, seiner dauernden Siege, seiner vorübergehenden Niederlagen. Sie ist nur zu betrachten insofern sie eingreift in den Fortschritt der menschlichen Cultur, welche die europäische Farbe trägt, wenngleich zugegeben werden muß, daß Einer der fünf Welttheile, die man herkömmlicher Weise zu unterscheiden pflegt, Amerika, sich, indem er die europäischen Culturkeime, die in seinen Boden gesenkt worden, auf selbstständige Weise ausbildete, eine selbstständige welthistorische Stellung neben Europa errungen hat: eben wie einst in kleinerem Maßstabe im Alterthume die italische Halbinsel, von griechischen Lebenskeimen befruchtet, der hellenischen sich an die Seite gestellt hat.

1. Australien, Afrika.

Von den übrigen Welttheilen sind zwei, Australien und Afrika, noch wesentlich geschichtslos. Die europäische Bevölkerung Australiens, dessen Umfang man auf 141,000 □Meilen schätzt und das seit 1788 von Europäern besiedelt wird, betrug 1859 bereits über 1 Million, vor denen sich die wenigen rohen, unsäglich häßlichen Australneger, welche, auf etwa 100,000 Köpfe geschätzt, in eine Menge Stämme zerfallen, zurückziehen. Das Land mit eigenthümlich reicher, aber einförmiger Flora und ziemlich armer, den niedrigeren Klassen angehöriger Thierwelt nimmt mehr und mehr einen europäischen Charakter an; europäische Getreidearten und Küchengewächse, europäische Haus- und selbst Jagdthiere sind eingeführt, und das europäische Leben gedeiht besser, seitdem das System der Deportation europäischer Verbrecher aufgegeben und an seine Stelle die freie Colonisation getreten ist. Die Mehrzahl der Colonisten und so auch der Lebenszuschnitt und die Verfassung der Colonien ist englisch; den Engländern gesellen sich, der gemeinsamen Culturmission eingedenk, Deutsche in wachsender Zahl bei; die vier Gouvernements: Neusüdwales, Victoria, Südaustralien, Westaustralien, an deren Spitze je ein von der Regierung ernannter Gouverneur, ihm zur Seite ein gewählter executiver und legislativer Rath steht, zerfallen in Grafschaften. Die Zahl der Schulen betrug im Jahre 1853 bereits 688 mit 41,000 Schülern. Neben der blühenden Viehzucht (4 Millionen Rinder, 28 Millionen Schafe) erhebt sich der Ackerbau und ein wachsender Seehandel. Seit dem Frühling 1851, wo man an den „blauen Bergen" der Südostküste reiche Goldfelder entdeckte,

strömte die Einwanderung in breiteren Fluthen zu, und Ende 1852 ging schon Gold im Werthe von 3 Millionen Pfund Sterling nach England; auch andere große mineralische Schätze, Steinkohlen, Kupfer, Eisenerz, birgt der eben erst erschlossene Schooß des Landes. Dem Vordringen ins Innere scheint sich der Wassermangel und besonders der Mangel an größeren Flüssen entgegenzustellen: die Männer, welche seit den 40er Jahren das Wagniß unternahmen, der Engländer Sturt (1845), der Deutsche Leichhardt, der 1847 zum zweiten Male auszog und nicht zurückkehrte, die Engländer August Gregory (1857) und Mac Dougall Stuart (1860), welcher Letztere bis über die Mitte des Continents vordrang, haben festgestellt, daß die Ansicht von einer großen Centralwüste irrig ist, und daß Australien überall gleiche Beschaffenheit: Wechsel von Ebene und mäßiger Landerhebung, undichte Waldungen, öde Sandflächen, Steinboden mit undurchdringlichem Gestrüpp, grasige Steppen zeigt.

Afrika hat sich bis jetzt nur an den Rändern dem europäischen Einflusse etwas geöffnet: und selbst die Gestadeländer am Mittelmeer, der Hauptsitz und Herd dieses europäischen Einflusses, sind in dieser Beziehung gegenüber dem Alterthum und den ersten christlichen Jahrhunderten zurückgegangen. Von den 540 oder 550,000 □Meilen des Erdtheils sind 77,490 im Besitze europäischer Reiche, aber unter diesen gehört der größte Theil dem türkischen Staate, der kein europäisches Reich im wahren Sinne bildet. Von den 275 Millionen Menschen, die man rechnen zu können meint, sind nur 7 Millionen Christen, und unter diesen die abessinischen, deren Christenthum auf weit niedrigerer Stufe steht, als dasjenige der wenigen, durch die unermüdliche und in Hoffnungen unerschöpfliche Thätigkeit christlicher Missionäre neubekehrten rohen Stämme; 1 Million Juden und 60 Millionen Muhamedaner; der Rest, 207 Millionen, rohe Heiden: so daß also auch der Muhamedanismus, vorläufig der Träger der Civilisation für diese Völker, nicht tief in die Negerwelt eingedrungen ist.

Nur an zwei Stellen, im Norden und im Süden, hat der europäische Einfluß energischer angesetzt und zwei größere Colonisationen oder, um den bezeichnenden Ausdruck der holländischen Sprache zu gebrauchen, zwei größere Volkspflanzungen hervorgerufen — die Capcolonie und Algerien. Es würde der Mühe werth sein, diese beiden Schöpfungen, die germanische, holländisch-englische und die romanisch-französische, zu vergleichen. Die erstere, unter dem 28—34. Grad südlicher Breite gelegen, mit 261,500 Einwohnern (80,000 Farbige) auf ihren 5600 □Meilen, bei gesundem Klima, mäßiger Fruchtbarkeit des Bodens in gedeihlichem Fortschritt begriffen; trotz der Kriege mit den Kaffern nur mit geringer Militärmacht ausgerüstet; von einem General-

gouverneur, dem ein gesetzgebender Rath und ein Repräsentantenhaus zur Seite steht, nach britischen und holländischen Gesetzen regiert; eine feste und sichere Eroberung europäisch-christlicher Cultur in einem Welttheile, dessen Masse noch gänzlich außerhalb des Gesichtskreises geschichtlichen Interesses liegt; — die letztere, trotz der für europäische Colonisation scheinbar günstigen Verhältnisse, ihrer Lage in gemäßigtem Himmelsstrich (31—37. nördlicher Breite), der unmittelbaren Nähe des Mutterlandes, dem fruchtbaren Boden, dem umfangreichen Areal (10,000 □Meilen) und der langen Küstenlinie (150 Meilen) doch eine kränkelnde Pflanze, welche das französische Colonisationstalent in keinem erfreulichen Lichte zeigt. Nach 30 Jahren europäischer Regierung nur 200,000 Europäer, und von diesen 70,000 Soldaten; 15 verschiedene Systeme der Organisation in einem Menschenalter versucht und verworfen; die Ausgaben um ca. 50 Millionen Francs höher als die Einnahmen; die Verwaltung militärisch, der Generalgouverneur vom Kriegsminister in Paris abhängig; unaufhörliche Expeditionen gegen unbotmäßige oder aufständische Stämme; keine Einwanderung von nennenswerther Stärke und der Anstrich des Lebens nur in der Hauptstadt Algier europäisch. Der Kaiser Napoleon wendete dem Lande ein ernstes Interesse zu, schuf im Jahre 1858 ein eigenes Ministerium für Algier, das aber schon nach zwei Jahren wieder verschwand und aufs Neue der militärischen Verwaltung Platz machte, in welcher die berühmten Generale Pelissier und Mac Mahon sich ablösten. Ein Brief des Kaisers vom 6. Februar 1863 erklärte, daß das Land eigentlich ein arabisches Königreich, der Kaiser ebensowohl Kaiser der Araber als der Franzosen sei; im Jahre 1865 begab er sich selbst auf 6 Wochen dahin. Das Land blieb aber was es war, eine Kriegsschule für das französische Heer, dem einheimische Truppen angegliedert wurden. Die Bekanntschaft der Letzteren machte die europäische Welt zum ersten Male im italienischen Kriege, und sollte diese Bekanntschaft einige Jahre später unter sehr besonderen Umständen erneuern: es war eine Kriegsschule, welche der europäischen Welt lange Zeit erstaunlich imponirte, bis die Ereignisse dem einsichtigen Urtheile eines Mannes von bescheidener Größe, Moltke, Recht gaben, der frühzeitig schon es aussprach, daß das französische Heer dort nur lerne, wie man den Krieg nicht führen solle.

Unter den muhamedanischen Staaten der Nordküste, welche wie Marocco selbstständige Reiche oder wie Tunis, Tripolis und Aegypten lose Dependentien des osmanischen Reiches sind, verdient nur das letztere Land eine nähere Erwähnung. Die Vicekönige aus dem Hause Mehemed Ali's setzten das von diesem inaugurirte System fort, verzichteten aber auf seine und seines nächsten Nachfolgers hochfliegenden Pläne. Das Hauptinteresse Europas an diesem Lande con-

centrirte sich auf das großartige Project der Durchstechung der Landenge von Suez, bei welchem der unternehmende Franzose, der schon zu Mehemed Ali's Zeiten französischer Generalkonsul in Alexandrien gewesen, und seine Lebensaufgabe in der Durchführung des Planes erkannte, Ferdinand von Lesseps, in Said Pascha, dem vierten Nachfolger aus Mehemed Ali's Geschlechte, einen eifrigen Förderer fand. Im Jahre 1856 war die Actiengesellschaft für das große Unternehmen gebildet; im April 1859 wurden die Arbeiten begonnen und unter den ungewöhnlichen Schwierigkeiten, welche die Natur des Bodens, der Mangel an tauglichen Arbeitern, der Widerwille der von England beeinflußten Pforte ihnen entgegensetzten, mit Beharrlichkeit fortgesetzt.

In dritter Linie würden wir die eigentlichen Barbarenländer zu nennen haben, in denen wie auf Madagaskar oder in Abessinien der europäische Einfluß durch einzelne versprengte Abenteurer repräsentirt wird, oder gelegentlich, wie auf der erstgenannten großen und reichen Insel, ein über das gewöhnliche Maß des Barbarenthums sich erhebender Fürst (Radama II. 1861) diesen europäischen Einfluß aufsucht. Den Einzelheiten dieser Vorgänge, bei denen einzelne Lichtstrahlen alsbald wieder von der Finsterniß verschlungen werden, kann unsere Erzählung nicht folgen, ebenso wie sie die einzelnen Negerstaaten, unter denen seit 1822 auch eine durch nordamerikanische Philanthropie gegründete Negerrepublik Liberia mit Präsidenten, Kammern, Friedensgerichten figurirt, den geographischen Handbüchern überlassen muß. Die große Masse des Welttheils ist für die europäische Cultur nur erst ein Gegenstand geographischer Forschung und Entdeckung, an welcher namentlich Engländer und Deutsche sich betheiligten und welche bereits eine stattliche Reihe von Märtyrern zählt.

2. Asien.

Die Geschichte dieses Welttheils als eines Ganzen hat mithin kaum erst begonnen: dagegen ist die von Asien ihrem glänzendsten Theile nach schon vor manchem Jahrtausend abgespielt. Seine Geschicke sind seit alter Zeit mit denen Europas verwoben, und auf etwa 357,000 von den 882,000 □Meilen, aus welchen der Erdtheil besteht, erstreckt sich die unmittelbare Beherrschung durch Europäer: eine Herrschaft, in welche Rußland und England sich theilen, neben denen die französische, spanische, portugiesische, niederländische, dänische und selbst die dem Umfange nach ausgedehnteste osmanische wenig bedeutet. Unter den Ideen des Kaisers Napoleon war auch die, dem französischen Namen neben dem englischen und russischen wieder in Ostasien etwas von seinem früheren Zauber zurückzugewinnen. Dieß führte aus Anlaß von

Gewaltthaten und Grausamkeiten gegen katholische Missionäre seit 1859 zu Kämpfen und Colonisationsversuchen in Cochinchina, wo der Kaiser des östlichsten der hinterindischen Staaten, des Reiches Annam, drei Provinzen abtreten und einige Häfen dem europäischen Handel öffnen mußte (1862); ob die Erwerbung Werth hat oder die Franzosen das Geschick besitzen, ihr Werth zu verleihen, bleibt zweifelhaft. Am Charakter des ganzen Verhältnisses änderte diese Ausdehnung der europäischen Fremdherrschaft über neue Landstrecken nichts; es ist in dieser Beziehung hervorzuheben, daß in ganz Asien neben 70 Millionen Muhamedanern und 611 Millionen Bekennern verschiedener heidnischer Religionen von roherer oder feinerer Form nur 12 Millionen Christen leben, und daß die großen Anstrengungen des rivalisirenden Missionseifers, diese Zahl durch Bekehrungen zu vermehren, keiner wesentlichen Fortschritte sich zu rühmen haben. Die Bekehrungen verschwinden unter der Masse, und es ist nicht zu leugnen, daß bis jetzt wenigstens die christliche Missionsthätigkeit eine größere Bedeutung für das religiöse Leben in Europa selbst hat, als für die Länder und Völker, welche Schauplatz und Gegenstand ihres Bekehrungseifers sind.

Das Wichtigste in der neuesten Geschichte des Welttheils bis ums Jahr 1860 ist, daß sich das vorgeschrittenste der Mongolenvölker, Japan, dem europäischen Einfluß öffnete, dem es lange hartnäckiger noch als selbst die Chinesen sich versagt hatte. Eine Reihe von Handelsverträgen mit verschiedenen europäischen Völkern ward in den 50er Jahren geschlossen, der letzte im Jahre 1861 zwischen Preußen und Japan, welcher dem Führerstaate des deutschen Zollvereins dieselben Rechte wie dem englischen und nordamerikanischen Handel zugestand. Sie richteten die Aufmerksamkeit wieder auf die Verfassung des merkwürdigen Inselreiches, wo einem weltlichen Kaiser, dem Taikun, eine Art Papst, ein geistliches Oberhaupt, der Mikado, gegenübersteht, und eine Aristokratie von erblichen Lehensfürsten oder Daimios ihren selbstständigen Willen der kaiserlichen Regierung entgegensetzt; auf seine ungeheure Bevölkerung, die eine vollendete Polizei im Zaume hält; ihre vollkommenen Straßen und Posteinrichtungen, ihre hohe technische Cultur. Von 1858—63 wurden eine Reihe von Häfen dem auswärtigen Verkehr geöffnet und auch der Aufenthalt in Jeddo, der Hauptstadt, den Europäern gestattet. Doch ging diese wichtige Neuerung nicht ohne gelegentliche Reaction und heftige Erschütterungen im Innern ab. Gelegentlich vergriff sich die reizbare Volksstimmung an den fremden Gästen, und einer der Daimios, der mächtige Fürst von Nagato, mußte mit europäischen Waffen gezwungen werden, sich in die neue Zeit zu schicken, deren Forderungen sich auch das geistliche Oberhaupt nicht länger widersetzen konnte. Indessen scheint der Fortschritt gesichert, auf den ja-

panesischen Münzen erschienen die europäischen Schriftzeichen, und japanesische Gesandte sind in den europäischen Hauptstädten keine fremdartige Erscheinung mehr.

Minder günstig entwickelten sich die Beziehungen zu dem gewaltigen chinesischen Reiche, das von den 1288 Millionen, auf welche man im Jahre 1858 die Bevölkerung der Erde veranschlagen zu können glaubte, 500 Millionen*), doch wohl mit Unrecht, für sich in Anspruch nimmt. Im Jahre 1858, erinnern wir uns, war der Friede zu Tientsin mit England und Frankreich geschlossen worden. Allein am 25. Juni 1859 wurde ein kleines englisches Geschwader, welches eine englisch-französische Gesandtschaft nach Peking bringen sollte, unter Admiral Hope den Peihofluß hinauffahrend, vom Ufer aus beschossen und nahm den Kampf auf; bei den Feindseligkeiten wirkte der alte Opiumstreit mit, und es fruchtete wenig, wenn der englische Minister für Indien, Wood, im August 1859 in seiner Antwort auf eine Adresse des Antiopiumvereins den Chinesen den guten Rath gab, sie müßten nur das Opium mit Maß genießen, da es mäßig genossen unschädlich sei. Jene Beleidigung führte zu einer neuen gemeinsamen Action der beiden Westmächte gegen China, welche dem Kaiser Napoleon willkommen war, weil sie das damals in England herrschende Mißtrauen, als könne er eines Tages die Pläne seines Oheims wieder aufnehmen, beschwichtigen half. Am 21. November gingen die ersten nach China bestimmten französischen Truppen ab; am 21. August 1860 nahm die englisch-französische Expedition die Taku-Forts an der Mündung des Peihoflusses. Verhandlungen zu Tientsin wurden eröffnet. Aber die Chinesen wollten damit nur Zeit gewinnen. Die Partei, welche für den Frieden und seine nothwendige Voraussetzung, Eröffnung regelmäßiger und aufrichtiger Handelsbeziehungen zu der europäischen Welt, war, und zu deren Vertreter sich ein Prinz des kaiserlichen Hauses, Prinz Kong, machte, drang nicht durch und die Verbündeten beschlossen nun den Marsch auf Peking selbst — ein Heer von 18,000 Mann gegen die Hauptstadt eines Reiches von zwanzigmal so viel Millionen, als sie Tausende zählten. Am 21. September schlugen die verbündeten Truppen ein 40,000 Mann starkes Heer der Chinesen schon in der Nähe von Peking bei dem Dorfe Pa-li-ka-o, welches damit dem französischen Obergeneral Cousin Montauban den Grafentitel lieferte, und am 13. October ergab sich die kaiserliche Hauptstadt Peking, während der Kaiser selbst und seine Armee nach der Tartarei entfloh. Die Bevölkerung zeigte keine andere Empfindung als Neugier und Verwunderung. Die Verbündeten glaubten ihr einen starken und dauernden Eindruck ge-

*) 405 resp. 425 giebt die neueste statistische Tafel von Hübner an.

ben und zu ihnen in der Sprache der Barbarei reden zu müssen. Sie beschlossen, den kaiserlichen Sommerpalast, ein Wunderwerk chinesischer Architektur und Ornamentik, der Plünderung preiszugeben, und mit aller Gründlichkeit wurde diese ausgeführt. Diese Maßregel, dem Gefühl widerstrebend wie sie sein mag, half: der chinesische Kaiser erkannte, wessen die Barbaren fähig seien, und suchte den Frieden; am 26. October 1860 ward derselbe zu Peking abgeschlossen. 3 Millionen Pfund Sterling Kriegskostenentschädigung an die Alliirten, Aufhebung des Auswanderungsverbots, Abtretung der Stadt Kowloon an die Engländer, Oeffnung des Hafens von Tientsin an der Mündung des Peihoflusses und Besetzung dieser Stadt, bis die Friedensbedingungen ausgeführt sind, sowie die Einrichtung einer ständigen englischen und französischen Gesandtschaft zu Peking: dieß waren die Bedingungen, welche Prinz Kong mit seiner Unterschrift sanctionirte. Der Kaiser, noch ein junger Mann, starb ehe er seine Hauptstadt wiedersah; die Regentschaft, welche im Namen des neuen noch minderjährigen die Geschäfte führte, wurde durch den Prinzen Kong in seinem Sinne geleitet, der selbst, um die seit Jahren in den östlichen Provinzen des Reiches wüthende Rebellion der Taipings niederzuwerfen, die hülfreiche Hand der Fremden nicht verschmähte. Im Juli 1864 endigte dieselbe mit der Erstürmung ihres Hauptsitzes Nanking am Jantsekiang durch die kaiserlichen Truppen. Inzwischen hatte sich die neuchinesische, dem Handel mit Europa günstige Richtung befestigt, und war eine Reihe von Verträgen mit europäischen Staaten, Preußen, Belgien, Spanien, Portugal, Dänemark, abgeschlossen worden.

3. Amerika.

Die Geschichte Asiens, wie die Australiens und Afrikas, ist vom universalhistorischen Standpunkte aus nur als ein Anhang der europäischen zu behandeln, und wir können uns deshalb ersparen, von den übrigen Ländern, wie Persien und den Staaten Hinterindiens, zu sprechen, wo nicht irgend eine besondere Veranlassung eine kurze Andeutung über sie nöthig macht. Anders ist dieß mit Amerika. Die Geschichte Amerikas hat schon seit Mitte des vorigen Jahrhunderts aufgehört, europäische Colonialgeschichte zu sein: sie ist ein selbstständiges Stück Weltgeschichte geworden, das, an Gehalt und Bedeutung von Jahr zu Jahr wachsend, schon mittelbar und unmittelbar auf die Entwickelung Europas den größten Einfluß übt. Dem Beispiele, welches die englischen Colonien gegeben, waren im Anfange des 19. Jahrhunderts die spanischen, dann das potugiesische Brasilien gefolgt, und der fünfte Präsident der nordamerikanischen Union, James Monroe, der von 1817 bis 1825 regierte, zu einer Zeit, wo die Bevölkerung der ehemaligen bri-

tischen Colonien noch nicht 10 Millionen Seelen betrug, sprach es wie eine Art von Dogma aus, daß Amerika keinerlei Einmischung Europas in seine Angelegenheiten mehr dulden dürfe: eine Anschauung, welche das mehr und mehr sich steigernde Selbstgefühl der Bevölkerung weiterhin unter dem Namen der Monroe-Doctrin „Amerika für die Amerikaner" dahin auszulegen sich gefiel, daß überhaupt jede Art von Herrschaft europäischer Staaten über amerikanisches Land aufhören müsse, — daß es in Amerika nichts Anderes geben dürfe, als Amerikaner. Und daß im Ganzen und Großen die Dinge diesen Weg, einer Art Naturgesetz folgend, nahmen, war nicht zu verkennen. Die Versuche, die wir kennen lernen werden, diesem Naturgesetze sich entgegenzustellen, endigten übel.

Der Welttheil oder die beiden Welttheile, welche man unter dem Einen Namen zusammenfaßt, und welche, vom südlichen zum nördlichen Eismeere durch 120 Grade sich hinziehend, die Erzeugnisse aller Zonen in sich vereinigten, sind in der That sich selbst genug. Es ist der Mühe werth, die Bevölkerungsverhältnisse dieses Welttheils, wie sie in den 50er Jahren sich gestaltet hatten, obgleich ihre Zahlen jetzt schon wieder veraltet sind, sich zu vergegenwärtigen. Auf seinen 746,000 □Meilen lebten damals etwa 50 Millionen Menschen (1873: 85 Millionen), was im Durchschnitt 75 auf die □ Meile giebt. Es war eine neue Bevölkerung, vor welcher die ursprüngliche, weit zahlreichere, die man vor der Entdeckung Amerikas durch Europäer auf 400 Millionen annehmen zu dürfen glaubt, bis auf geringe Reste verschwunden war. Nur 12 von jenen 50 Millionen waren Ureinwohner von amerikanischer Race und Mestizen, 8 Millionen Neger und 9½ Millionen Mischlinge mit äthiopischem Blut, der Rest reine Weiße. Wie in Europa war der Norden germanisch und protestantisch, der Süden romanisch und katholisch: und wie in Europa hatte das erstere Element bereits das letztere, wenn nicht an Zahl doch an Macht und Bedeutung weit überflügelt. 17½ Millionen redeten die englische, über 1 Million die deutsche, oder holländische, dänische, schwedische Sprache, 13½ die spanische, 4 die portugiesische, 1 die französische, 12½ einheimische Sprachen; 44 Millionen waren Christen, von diesen 23 in der Einheit der römisch-katholischen Kirche, 21 protestantische in der glücklichen Mannigfaltigkeit ihrer Bekenntnisse. Noch ein großer Theil der Bodenfläche Amerikas, 180,000 □ Meilen, war im Besitz europäischer Staaten, Englands vorab und Rußlands, dann der Spanier, Franzosen, Niederländer, Dänen, Schweden; der Bevölkerungszahl nach aber war dieser Antheil geringfügig, nicht der sechste Theil der Gesammtzahl: und mit jedem Jahre veränderte sich das Verhältniß merkbar zu Ungunsten dieses unmittelbaren europäischen Einflusses. In den rein amerikanischen Staaten hatte das republikanische Prinzip einen vollen Sieg, wenngleich bis dahin nur sehr

zweifelhafte Triumphe davongetragen. Von den 21 Staaten, welche aus den ehemaligen europäischen Colonièn erwachsen waren, trugen 19 den Charakter von Freistaaten oder Repräsentativrepubliken.

Von den drei natürlichen Theilen, in welche die neue Welt zerfällt, Südamerika, Centralamerika und Nordamerika, glauben wir über den ersten mit einer kurzen Andeutung uns begnügen zu können. Der größte der Staaten Südamerikas ist Brasilien (147,000 □ Meilen), und er ist der einzige, welcher seine Unabhängigkeit ohne allzu gewaltsamen Bruch mit der Vergangenheit errungen hat, und sich, unter einer verständigen Dynastie, einer gemäßigten Verfassung, der Segnungen der Erbmonarchie und des constitutionellen Lebens erfreut. Mühselig dringt die Cultur, in ungleichem Kampfe mit einer überfruchtbaren Natur, von der Küste ins Innere vor: aber der Fortschritt trägt einen stetigen Charakter, und die politischen Erschütterungen haben wenigstens bis jetzt die Fundamente des Staates ungestört gelassen, weil der erste Platz im Gemeinwesen dem Ehrgeiz der Parteiführer entzogen ist. Unter den übrigen Staaten republikanischer Form hat nur einer der kleinsten, der dünn bevölkerte halbindianische Binnenstaat Paraguay, einer ähnlichen Ruhe sich erfreut, indem dort thatsächlich eine Fürstengewalt in republikanischer Form bestand, welche nach dem Tode ihres Begründers, Francia (1840), ruhig auf dessen Neffen und Nachfolger Antonio Lopez überging. In den übrigen Staaten, denen am Antillenmeer, Venezuela und Neugranada, denen am stillen Meer, Ecuador, Peru, Bolivia, Chile, wie denen am La Plata, der argentinischen Conföderation und Uruguay, finden wir dasselbe Einerlei ewiger Umwälzungen ohne wirklichen Zweck, Uebergang der Gewalt von einem Ehrgeizigen auf den andern, wobei in der Regel doch nur der Name wechselt; die überschwenglich reiche Natur bietet nie ermüdend ihre Schätze einer dünngesäeten, wenig arbeitslustigen, aufregungsbedürftigen Bevölkerung dar und nimmt ihren größten Theil ungenützt wieder in ihren Schooß zurück; von Zeit zu Zeit wird das Einerlei der Verschwörungen, der Bürgerkriege, der Präsidentenwechsel oder Ermordungen durch einen Conflict mit einer europäischen Macht unterbrochen, von denen einer, Perus mit Spanien im Jahre 1863, den ganzen Welttheil, in Aufregung setzte. Die großen Hoffnungen, die man auf einen von einer Anzahl südamerikanischer Staaten beschickten Congreß zu Lima setzte (1860), den der unruhige und energische Geist des Generals Ramon Castilla, Präsidenten von Peru, zusammengebracht hatte, verwirklichten sich nicht.

Verhältnisse, wie sie in allen diesen ehemaligen spanischen Colonien — und ebenso in den Republiken Centralamerikas: Nicaragua, Guatemala, San Salvador, Honduras, Costa Rica — gewöhnlich wa-

ren, führten nun im Jahre 1861 zu einer gemeinsamen Unternehmung dreier europäischer Staaten gegen die Republik Mexiko, eine Unternehmung, deren Verlauf durch das, was gleichzeitig auf dem Gebiete der nordamerikanischen Union geschah, die europäische Welt in Spannung versetzte.

Das mexikanische Land, 1519 durch Cortez erobert, von viermal so großem Umfange als Deutschland, hatte sich im Jahre 1810 gegen die spanische Herrschaft erhoben. Die spanischen Cortes verwarfen den Vertrag, der ihnen die Unabhängigkeit Mexikos unter einem spanischen Infanten abverlangte; darauf hatte, wie früher erwähnt, Volk und Heer einen Einheimischen, den Obergeneral und Präsidenten der mexikanischen Vollziehungsjunta, Augustin Iturbide, zum Kaiser gewählt: und ein Congreß am 18. Juni 1822 die Kaiserwürde erblich im Hause Augustin's I. erklärt. Allein dieses Kaiserthum wurde weder von den südamerikanischen Republiken noch von der nordamerikanischen Union anerkannt, und es hatte mächtige Gegner im Lande selbst. Der mächtigste von diesen war der General Santa Anna, und schon im März 1823 legte der Kaiser seine Würde nieder und begab sich nach Europa: er betrat sein Land nur wieder, um den Tod eines Verbrechers zu sterben. So hatte denn also auch hier das republikanische Prinzip gesiegt; das Land befand sich aber darum um nichts besser. Die Parteien, oder was sich so nannte, und ihre Führer bekämpften sich; aber es war sehr gleichgültig, ob die eine oder die andere die Oberhand hatte, ob Herrera oder Peredes oder wer sonst als durchlauchtigste Hoheit, Alteza serenissima, angeredet wurde. Indeß romanische Völker, geschweige denn die Millionen Allerlei, welche neben den 1,200,000 Weißen die 8 Millionen dieser großen Republik bildeten, vertragen Vieles, auch die Anarchie; wer siegt, schwelgt und plagt die Unterliegenden; wer besiegt wird, entbehrt und sinnt auf Rache. Das Privatleben der Masse des Volkes geht seinen Gang weiter, ohne von den Strömungen und Gegenströmungen, auf welche man sich bis zu einem gewissen Grade einrichten kann, tiefer berührt zu werden. Unbequemer war der Krieg, in welchen im Jahre 1846 die Republik mit den Vereinigten Staaten gerieth. Er endete unglücklich; die Scenen, deren Schauplatz einst zu Cortez' Zeit die Stadt Mexiko gewesen, erneuerten sich; nach einem dreitägigen blutigen Kampfe eroberten die Unionstruppen unter General Scott, den seine Landsleute nicht ermangelten deshalb für den größten Feldherrn des Zeitalters zu halten, die Stadt (15. September 1847). Santa Anna, der Präsident, war entkommen und ein neuer ward gewählt, Anaya, der alsbald zu Friedensunterhandlungen bereit war. Allein die Yankees wurde man so leicht nicht los; ihr Präsident James Polk erklärte in seiner Botschaft, daß Unionstruppen das

Land besetzt halten würden, bis sich eine Regierung gebildet habe, die zum Frieden geneigt, Entschädigung für die Vergangenheit, Sicherheit für die Zukunft biete. Am 2. Februar 1848 kam denn der Friede definitiv zu Stande: Oberkalifornien, Neumexiko und Texas, die Gränzterritorien, — ein kleines Stück, ungefähr dreimal so groß als Preußen — wurde von der Republik an die Vereinigten Staaten abgetreten, und die Kriegskosten mit 15 Millionen Dollars gezahlt.

Die Republik Mexiko blieb immer noch ein herrliches Land von 40,000 □ Meilen, zwischen 15—33 nördl. Breite, also unter günstigstem Himmelsstrich, der selbst mäßiger Arbeit wenig versagte; von sehr verschiedenem Klima bei der sehr verschiedenen Erhebung, — gefährlich in der heißen Region, der Tierra caliente, welche die beiden Küstenterrassen bis zu 1800′ über dem Meere umfaßt, und die bösen Fieber ausbrütet; hat man aber einmal die schöne Hochebene erreicht, die Tierra templada von 1800′ zu 7000′, so verschwinden die Fieber und man ist in einem gleichmäßig milden Frühlingsklima, umgeben von aller Herrlichkeit der subtropischen Zone, wo der Schnee erst mit 14000′ beginnt und nur die höchsten Spitzen der Cordilleren besäumt. Der Productenreichthum ist übergroß: er umfaßt alle denkbaren Schätze der Erde, des Meeres, wie der unterirdischen Tiefe, — keines der großen Magazine einer allzu freigebigen Natur noch erschöpft, wenige erst angebrochen, viele noch gar nicht erforscht. Aber die Eingeborenen wußten wenig mit diesen Schätzen zu machen. Die großen Reichthümer waren zu einem guten Theil in den Händen von Fremden, die zahlreich — Engländer, Franzosen, Deutsche, Spanier — im Lande sich auf kürzere oder längere Zeit niederließen.

Sie hatten, wie sich von selbst versteht, von den anarchischen Zuständen, denen das Land längst verfallen war, mitzuleiden. Zwei Hauptparteien, die Liberalen und die Clericalen, machten sich die Herrschaft streitig. Aber der Streit der Parteien diente der Habsucht der Einzelnen zum Vorwand; zahllose Bandenführer auf beiden Seiten; die eine Partei, der eine Bandenführer dominirte in dieser Stadt, diesem District, der andere in einem andern; in unzählbaren Gefechten wurde wenig Blut vergossen, aber viel Schaden angerichtet. Im Anfang 1861 waren die Liberalen oben auf. Ihr Führer, der Indianer Benito Juarez, verlegte seinen Regierungssitz vom Hafenorte Veracruz nach Mexiko, wurde von den fremden Gesandten anerkannt und vom Congreß zum Präsidenten gewählt. Der lange Bürgerkrieg, bei dem Jeder, der konnte, stahl und Wenige arbeiteten, hatte endlich eine allgemeine Zerrüttung herbeigeführt, zahlreiche Bankerotte, schwere Gewaltmaßregeln namentlich gegen die Geistlichkeit, deren Partei als die besiegte einen Theil der Zeche bezahlen sollte, die in ihrem vollen Be-

trage längst unerschwinglich geworden war. Selbst das Silbergeräth der Kirchen hatte sie opfern müssen, hier um die Ansprüche der eigenen Parteigänger, dort um die der siegreichen Gegner zu befriedigen. Plünderung und Anarchie aber sind schlechte Finanzquellen: von der Noth gedrängt erließ der Präsident am 17. Juli 1861 ein Decret, welches vom Congreß mit 112 gegen 4 Stimmen beschlossen worden war, nach welchem alle Zahlungen an das Ausland auf zwei Jahre suspendirt werden sollten. Da hörte endlich doch Geduld und Gemüthlichkeit auf: die Repräsentanten von England und Frankreich brachen sofort allen Verkehr mit der mexikanischen Regierung ab, und am 31. October jenes Jahres unterzeichneten die drei meistbetheiligten europäischen Staaten, England, Spanien und Frankreich, zu London eine Convention behufs gemeinsamer Intervention in Mexiko. Man konnte die Ansprüche der fremden Mächte auf 116 Millionen Pesos (ca. 500 Mill. Mark) berechnen. Jede Absicht einer Gebietserweiterung und eines Einmischens in die inneren Angelegenheiten Mexikos lehnten die contrahirenden Mächte ausdrücklich ab; auch sollte die nordamerikanische Union zum Beitritt eingeladen werden. Diese lehnte ab: sie hatte Juarez Regierung anerkannt und erklärte sich bereit, diese Regierung in Befriedigung der gerechten Ansprüche der Mächte zu unterstützen. Daß man in der neuen Welt, auch in den Staaten Südamerikas, von Anfang an diese Expedition mit großem Mißtrauen betrachtete, läßt sich denken.

Die Spanier, welche noch Schuldforderungen aus der Zeit ihrer Herrschaft geltend zu machen hatten, erschienen zuerst auf dem Platze. Am 8. December 1861 traf eine spanische Escadre vor Veracruz ein und forderte die Stadt zur Uebergabe auf. Der mexikanische Befehlshaber räumte die Stadt, nachdem er den Bewohnern untersagt hatte, die Spanier mit Proviant zu versehen; am 18. zogen diese ein. Der Congreß der Republik vertagte sich, nachdem er dem Präsidenten Juarez umfassende Vollmachten gegeben, und dieser rief nun in einer Proclamation die Mexikaner zum Vertheidigungskampfe auf. Er nahm für sie den Charakter eines civilisirten Volkes in Anspruch: „unsere nichtkriegführenden Feinde“, sagte er, „mögen fortfahren, in Friede und Sicherheit unter dem Schutze unserer Gesetze zu leben;“ das Beispiel der Ausweisung und schamlosen Vergewaltigung harmloser und wehrloser Angehöriger einer Nation, gegen welche man im Felde steht, war dem am meisten ruhmsüchtigen und am wenigsten ehrliebenden unter den europäischen Völkern, dem französischen, vorbehalten.

Im Januar 1862 langten auch die englischen und französischen Truppen am Orte des Stelldicheins, zu Veracruz, an. Indeß ließ die Einigkeit von Anfang an zu wünschen übrig. Die englischen und spanischen Bevollmächtigten konnten nicht umhin, die französischen Ent-

schädigungsforderungen zu hoch, oder nicht hinlänglich belegt zu finden, wie z. B. die des Banquiers Jecker, der mit dem Halbbruder des Kaisers der Franzosen, Grafen Morny, „dem es stets an ein paar Millionen fehlte", in eine nicht sehr reinliche Geschäftsverbindung in mexikanischen Schuldforderungsangelegenheiten getreten war: doch kam eine gemeinsame Note an Juarez zu Stande. Dieser schlug vor, die Bevollmächtigten der Verbündeten möchten mit einer Ehrenwache von 2000 Mann nach Orizaba kommen und dort mit mexikanischen Bevollmächtigten verhandeln, die übrigen Truppen dagegen nach Europa zurückschicken. Den Engländern war darum zu thun, die Sache rasch und womöglich friedlich zu erledigen; sie schickten den Führer der clericalen, Juarez feindlichen Partei, Miramon, der mit einigen Anhängern am 27. Januar gelandet war, wieder nach der Havanna zurück. Die mexikanische Regierung, welche sah, daß es Ernst wurde, willigte in eine Zusammenkunft ihres auswärtigen Ministers Doblado mit dem Befehlshaber der spanischen Streitmacht General Prim, welche am 19. Februar in der Stadt Soledad statt hatte und mit einer Convention endigte. Nach dieser Convention von Soledad sollten, indem die mexikanische Regierung Act davon nahm, daß die Verbündeten nicht die Absicht hätten, der Unabhängigkeit der mexikanischen Republik Abbruch zu thun, Unterhandlungen über die Forderungen in Orizaba eröffnet werden, und während derselben die alliirten Truppen drei Städte des Hochlands, entrückt der gefährlichen Fieberluft der Küstenebenen und der ersten Terrasse, beziehen: werden die Unterhandlungen unglücklicher Weise abgebrochen, so gehen diese Truppen auf eine bestimmte Stellung zurück. Es geschah so: die Truppen brachen auf und bezogen in den bezeichneten Stellungen Quartiere; ein englisches Marinebataillon schiffte sich alsbald in Veracruz wieder zur Rückkehr nach Europa ein. Allein mittlerweile war ein Haupt der clericalen Partei, Almonte, gewesener mexikanischer Gesandter in Paris, in Veracruz erschienen, der, wie verlautete, von dem Kaiser Napoleon eine besondere Mission in Mexiko zu erfüllen habe, und derselbe wurde von französischen Truppen nach einer der besetzten Städte, Cordova, geleitet. Es war offenbar, daß hier etwas geplant wurde, was über den Zweck der Expedition, der in friedlichem Gelingen war, hinausging; und alsbald warf denn auch der französische Bevollmächtigte, Admiral Jurien de la Graviére, die Maske ab, indem er am 24. März erklärte, seine Truppen sofort hinter die in der Convention von Soledad im Falle Abbruchs der Verhandlungen stipulirten Stellungen zurückzuziehen. Er vervollständigte dieß am 29. den Vorstellungen des englischen und spanischen Bevollmächtigten gegenüber weiter durch ein Programm, in welchem er verlangte: erstens vollständige und bedingungslose Amnestie

für alle politisch Proscribirten; zweitens Einladung an die Truppen der Alliirten, sich nach der Hauptstadt zu begeben, um die öffentliche Ruhe zu beschützen, sowie an die Bevollmächtigten, sich zu verständigen, zu dem Zweck gemeinsam die Art und Weise festzusetzen, wie man am besten den wirklichen und aufrichtigen Willen des Landes erfahre. Schon war eines der großen französischen Worte gefallen: „Beschützer der Wiedergeburt Mexikos zu sein.“

Weder der englische noch der spanische Bevollmächtigte hatte Lust, sich in ein so unsinniges Abenteuer einzulassen. Jeder selbst nur oberflächlich Unterrichtete konnte die Gefahren desselben mit Händen greifen, und sehen, daß Mexiko auch nach mehrmaliger Wiedergeburt nicht viel anders sein werde und sein könne, als es war. In einer Conferenz zu Orizaba am 9. April wurde diese Meinungsverschiedenheit constatirt, und der mexikanischen Regierung davon Kenntniß gegeben. Die Letztere erklärte sich zu Separatverhandlungen mit den spanischen und englischen Bevollmächtigten bereit, was diese annahmen, und rief zugleich alle Mexikaner vom 21. bis zum 60. Jahre unter die Waffen.

Die Franzosen gingen somit allein vor. Ihre Bevollmächtigten erließen am 16. April 1862 eine Proclamation an das mexikanische Volk. Es sei nöthig, eine Ordnung zu gründen, welche künftighin dergleichen Expeditionen überflüssig mache. „Die Fahne Frankreichs ist nun einmal aufgepflanzt auf mexikanischem Boden“, sagte das in dem gewöhnlichen bramarbasirenden Tone gehaltene Actenstück, „und sie wird nicht zurückweichen; die Verständigen mögen sie als eine befreundete aufnehmen, die Unsinnigen sollen es wagen sie zu bekämpfen.“ Während die Engländer und Spanier, nachdem ein Abkommen bezüglich ihrer Forderungen erzielt war, nach Hause zurückkehrten, rückten die Franzosen, etwa 6000 Mann stark, vermehrt um einige Parteigänger Almonte's, unter General Lorencez vor, erlitten aber am 5. Mai vor Puebla eine empfindliche Schlappe und mußten wieder zurück: der mexikanische General Zaragoza wagte es sogar, dem französischen eine Capitulation anzubieten. Das Haupt der Clericalen, General Almonte, hielt die Conjunctur für günstig und warf sich in Veracruz zum Präsidenten auf, wurde aber von dem neuen französischen Oberbefehlshaber General Forey, der, am 22. September in Veracruz angekommen, die militärische und politische Leitung der Expedition übernahm, dieser Würde zu entsagen genöthigt. Denn Almonte war nur eine Nebenfigur in dem hohen Spiel, das der Kaiser Napoleon nun begann, indem er einem Gedanken, der ursprünglich pfäffischem Einflusse entsprungen war, einen großartigen national-französischen und humanitären Anstrich zu geben suchte.

In einem Briefe an den General Forey vom 3. Juli hatte der

Kaiser die Gesichtspunkte dargelegt, die ihn bei dem wunderlichen Abenteuer leiteten. Die Spitze war gegen die Vereinigten Staaten gerichtet, von deren kritischer Lage wir demnächst hören werden. Die Prosperität Amerikas, sagte der Kaiser, sei bei dem heutigen Stande der Civilisation für Europa nicht gleichgültig; Frankreich habe ein Interesse daran, daß die Union mächtig und blühend sei, gar keines aber, daß sie sich des ganzen Golfs von Mexiko bemächtige, von dort aus die Antillen und Südamerika beherrsche, und die alleinige Verfügung über die Producte der neuen Welt in seine Hände bekomme. Es handle sich darum, in Mexiko mit Frankreichs Hülfe eine stabile Regierung einzusetzen, damit werde der lateinischen Race jenseits des Oceans ihre Kraft und ihr Zauber (prestige) zurückgegeben werden. „Heute also", schloß der Kaiser dieses Manifest einer abenteuernden Politik, „macht es uns unsere militärische Ehre, das Bedürfniß unserer Politik, der Vortheil unserer Industrie und unseres Handels, kurz Alles macht es uns zur Pflicht, gegen Mexiko zu marschiren, dort kühn unsere Fahne aufzupflanzen, um, sei es entweder eine Monarchie zu begründen, wenn dieselbe nicht unverträglich ist mit dem nationalen Gefühle des Landes, oder aber eine Regierung einzusetzen, die einigen Bestand verspricht."

General Forey nahm die diplomatisch-militärische Alleinleitung zur Hand und versuchte den Mexikanern in einigen weiteren Proclamationen die „vielen und schönen Sachen" auseinanderzusetzen, welche jetzt bei so überaus günstiger Gelegenheit unter französischer Fahne zu haben seien. Am 20. October versammelte sich dagegen der mexikanische Congreß und erließ, indem er seinem Präsidenten aufs Neue ausgedehnte Vollmachten gab, ein Manifest, das die französische Invasion als unberechtigt zurückwies. Es war nicht schwer, gegen dieselbe mit guten Worten zu fechten — „gleich wie Frankreich erkläre, nicht gegen Mexiko zu fechten, so wolle auch Mexiko nicht gegen Frankreich Krieg führen, sondern nur gegen jenen Kaiser, der anfangs betrogen und jetzt durch Ehrgeiz verführt ein reiches Gebiet erobern und über die Geschicke eines ganzen Erdtheils verfügen wolle." Bis zur Mitte November mochte der französische General etwa 40,000 Mann zur Verfügung haben. Er war bis zum Schlusse des Jahres in Orizaba beschäftigt, Lebensmittel und Maulthiere zusammenzubringen; am 23. Februar 1863 brach er gegen Puebla auf, welches die Mexikaner unterdessen stark befestigt hatten.

Am 16. März erst konnten die Franzosen die Belagerung beginnen. Zwei Monate später erst konnte das aus Frankreich angelangte Belagerungsgeschütz aufgestellt werden. Am 17. Mai war Bresche geschossen: und so ergab sich nach einem 50tägigen Kampfe General Or-

tega. 12,000 meist Waffenlose wurden kriegsgefangen, unter ihnen nicht weniger als 26 Generale, ein Product, an welchem aller ehemals spanische Boden überfruchtbar ist; am 19. hielt Forey seinen Einzug. Juarez gab nunmehr die Hauptstadt auf, die er mit Regierung und Truppen verließ. Er wich nach Norden aus: von San Luis Potosi richtete er ein neues Manifest an die Mexikaner, in welchem er zur Fortsetzung des Kampfes aufforderte, während am 7. Juni General Bazaine mit der Vorhut, am 10. Forey mit der Hauptmacht in Mexiko seinen Einzug hielt. Hier wurde denn unter dem gebietenden französischen Einfluß eine Regierung ernannt, deren Mitglieder die Generale Almonte und Salas und der Erzbischof Labastida waren, alsdann eine Versammlung mexikanischer Notabeln berufen, deren 215 General Forey ernannte. Diese, am 8. Juli feierlich eröffnet, ging bereitwillig auf die Ideen des Kaisers Napoleon ein. Dieser hatte für den neu zuzimmernden Thron mittlerweile einen Candidaten gesucht und gefunden: es war kein geringerer Mann, als der Bruder des Kaisers von Oestreich, Erzherzog Maximilian, welcher (geboren 6. Juli 1832) mit einer Tochter des Königs der Belgier vermählt war. Der überaus wohldenkende, phantastische, ritterliche Fürst, unter der großen Zahl östreichischer Erzherzöge ein Mann von weitem Gesichtskreise, kenntnißreich, fleißig, hatte sich längst mit dieser Idee vertraut gemacht, die einen grandiosen Schein hatte: den Glanz des Habsburgischen Namens jenseits des atlantischen Oceans, wo er einst in den Tagen Karl's V. so hell geleuchtet, zu erneuern, und zugleich ein Volk und eine Gesellschaft zu regeneriren, die eines Mannes von reinem Wollen, der in die einheimischen Händel nicht verstrickt war, so dringend bedurfte. Er ward in diesem Gedanken eines edlen, aber hoffnungslosen Ehrgeizes bestärkt durch seine Gemahlin, welche, eine Tochter des staatskundigen Königs der Belgier, kinderlos, eine große und würdige Aufgabe für ihren hochstrebenden Geist sich eröffnet sah.

Am 11. Juli 1863 beschloß jene Notabelnversammlung die Einführung einer absoluten Erbmonarchie, und proclamirte den Erzherzog zum Kaiser von Mexiko. Im Falle derselbe nicht annehme, sollte der Kaiser Napoleon ersucht werden, den Mann zu nennen, der am meisten sein Vertrauen genieße. Eine Deputation begab sich nach Europa, um den Erzherzog diesen Beschluß zu überbringen, während einstweilen das Triumvirat Almonte, Labastida und Salas die Geschäfte führte, unter der Oberaufsicht des Generals Bazaine, dem Marschall Forey, der am 1. October nach Europa zurückkehrte, seine Vollmachten übergab. Am 3. October 1863 empfing der Erzherzog die mexikanische Deputation auf seinem Schlosse zu Miramar bei Triest. Er erklärte ihr, daß er die Annahme des Throns von einem Plebiscit der ge-

sammten Nation abhängig machen müsse, und daß er, wenn diese Grundbedingung erfüllt sei, dem Beispiele seines Bruders, des Kaisers von Oestreich, folgend eine Constitution einführen und mit seinem Eide besiegeln wolle.

Mit dem angeblichen Plebiscit, dieser fundamentalen Lüge des Napoleonischen Systems, hatte es natürlich am wenigsten Noth. Während in Mexiko diese erbärmliche Komödie unter dem Schutze der französischen Waffen sich vollzog und gleichzeitig die Franzosen den militärischen Widerstand der republikanischen Partei soweit brachen, als er überhaupt zu brechen war — die schwärmenden Banden, die überall und nirgends waren, konnten sie nicht beseitigen — regulirte der Erzherzog seine Bedingungen mit dem Kaiser Napoleon, verzichtete auf seine Successionsrechte in Oestreich, und empfing dann am 10. April 1864 eine zweite mexikanische Deputation von 20 Mitgliedern, der er seine förmliche Annahme der dargebotenen Krone erklärte: er ernannte den General Almonte zu seinem Statthalter, bis er selbst nach Mexiko komme. Zugleich aber mußte er in einem Vertrage mit Frankreich die noch nicht vorhandenen Finanzen seiner Regierung belasten; eines seiner ersten Decrete contrahirte eine Schuld im Nominalwerthe von 200 Millionen Francs. Seinen Weg nach Mexiko nahm er über Rom, um sich dort das werthlose Gut des päpstlichen Segens zu holen; am 29. Mai landete das Schiff, welches das kaiserliche Paar nach seinem Bestimmungsorte brachte, in Veracruz. Am 12. Juni hielt dasselbe seinen Einzug in Mexiko, und eröffnete die Flitterwochen der neuen Monarchie am 6. Juli, dem Geburtstage des Kaisers, mit einer umfassenden Amnestie.

Man begleitet mit Sympathie und Interesse die Schritte dieses unglücklichen Opfers hochherziger Selbsttäuschung und fremder Selbstsucht. Im Felde waren die Franzosen Meister. Der Führer der mexikanischen Nationalpartei, wenn von einer solchen zu sprechen ist, Juarez, mußte sich nach dem Norden des Landes, nach Chihuahua, zurückziehen. Eine Commission ward niedergesetzt zur Organisation der militärischen Kräfte, eine andere zur Regulirung der finanziellen Verhältnisse; eine Ruralgarde gegen die schwärmenden Banden, Krieger und Räuber, ward angeordnet; die Censur aufgehoben. Im August unternahm der neue Kaiser eine Rundreise in die Provinzen seines Reichs, soweit sie zugänglich waren: er fand namentlich von Seiten der indianischen Bevölkerung einen begeisterten Empfang, wenn man diesen Ausdruck an eine launische, wetterwendische Menge verschwenden darf, bei der jeder Eindruck lebhaft anklingt und keiner haftet. Aber die Partei der ehrlichen Leute, die seiner eigenen Ehrlichkeit hätten zu Hülfe kommen können, fand er nicht. Die nächste Schwierigkeit kam ihm von der-

jenigen Partei, auf deren Mitwirkung er vor Allem angewiesen war, der clericalen. Am 10. December kam der päpstliche Nuntius, Monsignore Meglia, in Mexiko an; er brachte ein päpstliches Schreiben mit über die Grundlagen eines Concordats; was dasselbe enthielt, kann man sich denken, wenn man sich erinnert, daß eben in jenen Tagen zu Rom die Actenstücke vorbereitet wurden, welche allem Unkraut und allem Weizen der modernen Welt zugleich den Krieg erklären sollten. Eine Vollmacht für die Regelung der Kirchengüterfrage, der für die Beruhigung Mexikos und die Befestigung der neuen Herrschaft wichtigsten von allen, brachte der Nuntius nicht mit, „zum äußersten Erstaunen" des Kaisers Maximilian. Das Erstaunen hätte dieser sich sparen können: wenn er sich auf die Partei Roms, die eigennützigste, grausamste und bornirteste aller Parteien, stützte, so war er verloren und dem Untergange geweiht, noch ehe er seinen Fuß auf den Boden des neuen Kaiserreichs setzte. Die Kirchengüter waren unter dem republikanischen Regimente verkauft worden; die Interessen, welche durch diesen Act entstanden waren, sicher zu stellen, war nothwendig; der Kaiser beschloß denn auch, die Sache ohne weitere Verständigung mit Rom ins Reine zu bringen, und instruirte in diesem Sinne seinen Minister Escudero: „seien Sie im Sinne einer freien und großartigen Toleranz thätig, lassen Sie jedoch nicht außer Acht, daß die Staatsreligion die römisch-katholische ist."

Indeß der Anfang, schwer wie er überall ist, zehnfach schwer wie er hier war, war nicht ganz unglücklich. Bis zu Ende des Jahres war die neue Autorität im größeren Theile des Landes, das Kaiserreich Mexiko von sämmtlichen Großmächten Europas und einer Reihe kleiner anerkannt. Aber Eine Anerkennung fehlte, die wichtiger war, als die aller übrigen Groß- und Kleinmächte zusammengenommen: die der großen Republik im Norden, die noch immer in gewaltigem Ringen gegen den Feind in ihren eigenen Eingeweiden sich abmühte, aber keineswegs geneigt war, eine neue Habsburgische oder sonstwie europäische Dynastie auf amerikanischem Boden Wurzel fassen zu lassen.

Wohl das größte welthistorische Ereigniß des 18. Jahrhunderts neben der französischen Revolution war die Gründung der nordamerikanischen Union, welche sich in der Conföderation vom 8. Juli 1778 den Namen der Vereinigten Staaten von Amerika beilegte, und im Jahre 1787 ihre Verfassung auf Grund der berühmten Erklärung der Menschenrechte feststellte. In dem halben Jahrhundert, das seither verflossen, hatte sie sich über das ungeheure Territorium ausgebreitet, das die Natur der Verhältnisse ihr zur Verfügung stellte. Vom 24. bis 49. Grad nördlicher Breite umfaßte sie im sechsten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts einen Flächenraum von 150,000 □Meilen, mit

einer durch die natürliche Fruchtbarkeit der Ehen, welche Colonialstaaten charakterisirt, wie durch Einwanderung in großem Maßstabe sichtbar anschwellenden Bevölkerung; man rechnete etwa 20,000 Einwanderer auf den Monat. Der erste Census vom Jahre 1790 ermittelte eine Bevölkerung von 5,300,000 Seelen, der siebente im Jahre 1850 bereits 23 Millionen: und bei dem fast unbeschränkt sich dehnenden Landbesitz und den günstigen Erwerbsbedingungen rechnete man auf eine Verdoppelung der Volkszahl in allemal 20 Jahren. Diese Bevölkerung war (1859) vertheilt auf 34 Staaten und sieben Territorien: nunmehr schon 24 Millionen Weiße, 480,000 freie Farbige, 1/2 Million Indianer, 3 1/2 Millionen Negersclaven. Die Verfassung war im Wesentlichen unverändert geblieben. Sie baut sich auf auf Grund möglichster Freiheit des einzelnen Bürgers, möglichster Selbstständigkeit der einzelnen Gemeinde und Grafschaft gegenüber dem Staate, möglichster Unabhängigkeit des einzelnen Staates gegenüber der Union in allen seinen inneren Angelegenheiten. Die Verfassungen der einzelnen Staaten zeigen, den gleichen noch ziemlich einfachen Verhältnissen entsprechend, fast überall die gleichen Grundzüge; nur etwa der Census für die Wahlberechtigungen ist verschieden. Ein Gouverneur, der von den Bürgern gewählt wird, an der Spitze übt die vollziehende Gewalt; ihm zur Seite steht eine in zwei Kammern geschiedene Legislative, ein wenig zahlreicher Senat, eine zahlreichere Assembly, erstere alljährlich zu 1/3, letztere alljährlich ganz durch dieselben Wähler erneuert. Der Gouverneur ernennt nur die Sherifs in den Grafschaften, alle anderen Beamten werden durch Volkswahl bestimmt; Schulwesen, Steuerwesen, Organisation der Verwaltung bestimmt der einzelne Staat. Aus solchen autonomen Staaten setzt sich die Union zusammen. Ihre höchste legislative Autorität ist der Congreß, der seinerseits in einen Senat und ein Haus der Repräsentanten zerfällt und sich der Regel nach Einmal jährlich im December zu Washington versammelt. Den Senat bilden die Einzelstaaten, indem jeder Staat zwei seiner Senatoren dorthin entsendet; alle zwei Jahre scheidet ein Drittheil aus und wird wieder ersetzt; das Haus der Repräsentanten wird für allemal zwei Jahre gewählt, und zwar so, daß die Bevölkerung jedes Staates so viel Wahlmänner wählt, als der Staat Mitglieder in Senat und Assembly zu wählen hat; diese Wahlmänner ernennen die Repräsentanten, je einen auf 127,000 Köpfe der Bevölkerung, wobei fünf Sclaven = drei Freien gerechnet werden.

In stürmischen Wogen geht das öffentliche Leben alle vier Jahre, wenn der Präsident gewählt wird, der an der Spitze der Executivgewalt dieses stolzen und zukunftsgewissen Gemeinwesens steht. Jeder Staat wählt so viele Wahlmänner für die Präsidentenwahl, als er

Mitglieder zum Congresse schickt; die Abstimmungslisten werden nach Washington gebracht, und dort in Gegenwart beider Häuser geöffnet: wer die meisten Stimmen hat, wird als Präsident für die nächsten vier Jahre proclamirt, bezieht die Residenz, „das weiße Haus" in Washington, ernennt die Consuln, Gesandten und Unionsbeamten, vorab die Minister, die aber für seine Handlungen ebensowenig verantwortlich sind, als er für die ihren. Chef der Civilregierung, ist er zugleich Oberbefehlshaber der Streitmacht zu Wasser und zu Lande, doch hat nicht er, sondern der Congreß das Recht, Krieg zu beschließen und Frieden zu machen.

Der Schwerpunkt des politischen Lebens war also hier in der Peripherie, in den einzelnen Staaten gelegen, und innerhalb derselben wurde der Unabhängigkeit der Gemeinden, innerhalb der Gemeinde der Einzelfreiheit so viel Raum gegeben als möglich: mit Staunen berichtet es der geistreiche Franzose, der am tiefsten die Eigenthümlichkeiten der „Demokratie in Amerika" ergründet hat (Tocqueville), daß man in Amerika nirgends die Regierung sehe, während sie in seinem Heimathlande überall, hier als Polizeisergeant, dort als Schildwache, hier in steinernem Prachtbau, dort in hochtrabenden Titeln oder in den servilen Formen der Begrüßung sichtbar sei und sich dem Auge entgegendränge. Dabei aber waren doch auf der andern Seite im Nothwendigen und Wesentlichen die Momente staatlicher Einheit mit Umsicht und staatsmännischer Weisheit gewahrt. Vor Allem: wer Bürger in Einem Unionsstaate war, war es auch in allen anderen; kein Einzelstaat durfte eigene Kriegsmacht halten, noch eigene Münze schlagen, noch Gesandte halten oder Bündnisse schließen; die Selbstständigkeit der einzelnen Staaten artete nicht, wie etwa in Deutschland, ins Unsinnige aus. Man konnte immerhin streiten, ob hier ein Staatenbund oder ein Bundesstaat sei: und die Krisis kam auch für dieses Gemeinwesen, wo jene gewichtige Frage, die sich in dieser oder jener Form in jeder Föderation erhebt, zur Entscheidung gebracht werden mußte. Dieser gewaltige Staat, in welchem die persönliche Kraft des Individuums fast fessellos schaltete, und in welchem deshalb die Entwickelung dessen, was man mit einem vielsagenden Namen die Cultur nennt, mit unglaublicher Raschheit vor sich ging, war durchaus eine germanische Schöpfung. Unter den Massen der Einwanderer bildeten zwar lange Zeit die Irländer die relativ größte Zahl, aber sie sanken dort auf dem neuen Gebiete rasch auf den Grund, und bildeten in den großen Städten den schlimmsten Bestandtheil des Pöbels, während das germanische Element, zu welchem die Deutschen ein starkes und immer wachsendes Contingent stellten — sie zählten im Jahre 1859

7 ½ Millionen bei 30 Millionen Gesammtbevölkerung — die eigentliche Stärke des Gemeinwesens ausmachte.

Gegen Gefahren von außen war die Union um jene Zeit ziemlich gesichert. Die Monroedoctrin, welche aussprach, daß Amerika ein geschlossenes Land sei, welches fernerhin kein Gebiet für Ansiedelungen irgendwelcher europäischen Macht abgeben könne, trug ihre Garantie in der Macht dieses Staatenbundes, den Niemand gern zum Feinde hatte. Auch im Innern war er von den Gefahren frei, welche den europäischen Staaten in den Gegensätzen der Stände und Gesellschaftsklassen, der Verschiedenheit der Religion und der Nationalität innerhalb desselben Gemeinwesens so oft die schwersten Erschütterungen brachten: gleichwohl bildeten sich auch in diesem, unter so günstigen Bedingungen wachsenden Gemeinwesen folgenschwere Gegensätze aus, die schließlich ihre Kräfte in dem gewaltigsten Bürgerkriege messen sollten, von welchem die Blätter der Geschichte zu melden wissen.

Ein solcher Gegensatz trat frühe hervor, weil er durch die Natur selbst gegeben ist: der Gegensatz der südlichen Staaten gegen die nördlichen. In einigen dieser südlichen Staaten, Florida, das aus spanischem, Louisiana, das aus französischem Besitze herübertrat, Carolina, Virginia, ist schon von den Zeiten des Ursprungs her ein starkes aristokratisches Element bemerkbar gegenüber dem plebejischen Charakter der nördlichen Staaten; wichtiger war die durch klimatische und geographische Verhältnisse erzeugte verschiedene Richtung der Erwerbsthätigkeit. Die Staaten, welche etwa vom 36. Breitegrade südlich liegen, sind auf Bodenerzeugnisse wie Zuckerrohr und Baumwolle angewiesen, deren Production nur im Großen lohnt. Sie bedingt ein Vorwiegen des Großgrundbesitzes und damit die aristokratischen Formen und Gewohnheiten des Lebens, welche diesem charakteristisch sind: man hat bemerkt, daß trotz des allgemeinen Stimmrechts bei geringerer Bevölkerungszahl doch die Mehrzahl der Präsidenten der Union aus den südlichen Staaten hervorgegangen ist. Anders im Norden, wo die klimatischen Verhältnisse, der kargere Boden, die von Europa her durch die Einwanderer zuströmende Concurrenz energische Arbeit des Einzelnen verlangt, wo die große Anzahl guter Häfen, woran der Süden Mangel leidet, den Handel begünstigt, der die Capitalien rasch von einer Hand in die andere bringt, und wo endlich die große Masse der Eingewanderten landete, die, meist mittellos, nur durch strenge Arbeit emporkamen. Beide, der „Yankee" wie der Eingewanderte, wie reich er werden mochte durch harte Arbeit oder waghalsige Speculation, blieben Plebejer und drückten diesen plebejischen Charakter dem ganzen Leben der nördlichen Staaten auf, denen die conservative Stetigkeit der südlichen Gesellschaftszustände gänzlich fehlte. Dazu kamen

die volkswirthschaftlichen Verhältnisse: der Norden verlangte für seine sich entwickelnde Industrie, um die europäische Concurrenz auszuhalten, hohe Schutzzölle; der Süden war freihändlerisch gesinnt, da der Schutzzoll ihm die Industrieproducte, die er kaufen mußte, weil er ausschließlich landwirthschaftliche Artikel zur Ausfuhr erzeugte, vertheuerte. Der Angelpunkt des Gegensatzes aber wurde mehr und mehr die Sclavereifrage.

Bei Gründung der Union herrschte die Sclaverei in allen 13 Staaten. Die Verfassung setzte sie als bestehende Institution voraus, wenngleich der Name vermieden wurde, der schlecht zu den erklärten Menschenrechten paßte. Im Norden aber war in Folge der zunehmenden Einwanderung bald verhältnißmäßiger Ueberfluß an Arbeitskräften; dagegen herrschte im Süden Mangel an solchen, und überdieß war dort durch Producte und Klima die Plantagenwirthschaft nahe gelegt, für welche viele rüstige Arme, Fähigkeit das Klima zu ertragen, und Mangel an eigener Intelligenz seitens der Arbeiter erwünscht sind. So wanderten mehr und mehr die Negersclaven für gutes Geld nach dem Süden, und die Sclaverei wurde eine charakteristische Eigenthümlichkeit des dortigen Lebens, welche durch den schroffen Unterschied zwischen dem Herrn und dem Sclaven die aristokratischen Gewohnheiten der Weißen steigerte, und das Wort von den „Baronen" des Südens zu einer treffenderen Bezeichnung machte, als sie es ursprünglich gewesen. Die Abschaffung der Sclaveneinfuhr machte wenig aus, obwohl sie die Waare vertheuerte: die schwarze Bevölkerung vermehrte sich trotzdem in dem fruchtbaren Klima, und es mußte dann und wann als Vertheidigung der an sich schlechten Sache dienen, daß die Neger in den südlichen Staaten der Union in einer beneidenswerthen Lage seien, verglichen mit derjenigen ihrer Volksgenossen unter ihren einheimischen Tyrannen in Afrika.

So bildete sich der Gegensatz mehr und mehr aus. Man begann von Sclavenstaaten und Nichtsclavenstaaten zu sprechen; man fing an, wo ein „Territorium" sich als „Staat" constituiren wollte — es konnte geschehen, sobald dasselbe 60,000 Freie zählte — zu berechnen, ob es für die eine oder die andere Seite einen Zuwachs bilden werde. Der Gegensatz schärfte sich, als nach dem Kriege mit England wiederholt die schutzzöllnerischen Tarifsätze erhöht wurden. Im Jahre 1832 kündigte einer der südlichen Staaten, Südcarolina, der Union geradezu den Gehorsam, indem er die Zollgesetze des Bundes für unverbindlich erklärte, „nullificirte", und man sieht, wie hier der weitere Zwiespalt, ob die Union als Staatenbund oder als Bundesstaat anzusehen sei, hervortrat: ein Zwiespalt, den man mit den Bezeichnungen der demokratischen Anschauung, welche die Selbstständigkeit

der Einzelstaaten und der republikanischen, welche die Einheit der Union hervorhob, ausgesprochen hat, und der, unter dieser Bezeichnung fortdauernd, noch immer die gegeneinanderstrebenden Kräfte und Parteien kennzeichnet, wie sie in jedem föderativen Staatswesen mit Nothwendigkeit hervortreten.

Im Jahre 1819 waren die Nord- und die Südstaaten gleich an Zahl, elf nördliche sclavenfreie, elf südliche sclavenhaltende. Es meldete sich Missouri, bis dahin Territorium, zur Anerkennung als Staat, und verlangte Beibehaltung der Sclaverei. Der Norden protestirte, aber die Sache endigte mit dem sogenannten Missouricompromiß, nach welchem fernerhin kein Staat jenseits des 36° 30′ nördlicher Breite als Sclavenstaat zugelassen werden sollte. Der Kampf trat damit in das Stadium des Bewußten. Der Süden war dabei im Vortheil: er hatte die Verfassung für sich und es handelte sich um sein Eigenthum — um die Grundlage aller dortigen gesellschaftlichen Verhältnisse. Innerhalb der Südstaaten selbst war in dieser Sache keine Meinungsverschiedenheit, während die Sclaverei auch im Norden eine starke Partei für sich hatte, der die Erhaltung der Union über Alles ging, und die fühlte, daß die Abschaffung, ja selbst nur eine sehr starke Bewegung zu Gunsten der Abschaffung der Sclaverei die Union gefährde, den Bürgerkrieg heraufführe. Der mexikanische Krieg 1846—48 brachte nun, indem er zugleich den nationalen Hochmuth steigerte, einen ungeheuren Gebietszuwachs, Texas, Neumexiko, Kalifornien im Süden, welcher der demokratischen Partei — so nannte sich die Sclavenhalterpartei — zu Gute kommen mußte. Aus den gewonnenen Territorien mußte eine Anzahl Staaten erwachsen, welche die Sclaverei bei sich kraft ihres souveränen Rechts einführen konnten. Die Partei verbündete sich mit allerlei Elementen im Norden; die Einwanderer aus dem Jahre 1848 lockte das „demokratische“ Aushängeschild; die Masse des Volkes im Norden fühlte sich sehr aristokratisch gegenüber dem „Nigger“, der in der That unter dem Pöbel des Nordens mehr gefährdet war, als im Süden; die Goldminen Kaliforniens, die rasche Ansammlung von Reichthümern führte eine Corruption herbei, welche der schlechten Sache günstig war, der sich eine Menge feiler Agitatoren, Demagogen und Advokaten zur Verfügung stellte. Auch die Kirche und die Kanzel gab sich wenigstens im Süden willig in den Dienst der siegreichen Sache, welche man dort nur im Namen eines reinen Christenthums und auf die Gefahr des Märtyrerthums bekämpfen konnte.

Die besseren Elemente der Bevölkerung der Vereinigten Staaten mußten den Kampf aufnehmen, der bereits ein sehr schwieriger geworden war. Wenn es noch etwas bedurft hätte, die Gefahr klar zu machen, in der man sich befand, so war es die Schärfung des Gesetzes,

welches jeden Staat zur Auslieferung entflohener Sclaven verpflichtete — die Staaten also, welche sich von jenem Fluche frei erhalten oder frei gemacht hatten, zu Henkern der Sclavenbarone herabwürdigte. Es war hohe Zeit: die demokratische Partei setzte im Jahre 1853 mit 252 Stimmen, darunter 158 der nördlichen Staaten, einen der Ihrigen, Franklin Pierce, als Präsidenten durch, welcher erklärte, daß die Sclaverei constitutionell unanfechtbar sei, und daß eine fernere Anregung des Gegenstandes verbrecherisch erscheine. Nunmehr aber begann eine lebhafte Agitation: zunächst erhob sich die alte Whigpartei als Know-nothings oder amerikanische Partei gegen die Eingewanderten, welche für Pierce gestimmt hatten; sie verlangten, daß die Wahlfähigkeit erst durch 21jährigen, nicht wie seither schon durch fünfjährigen Aufenthalt im Lande erworben werde. Zahlreiche religiöse und andere Vereine erhoben sich gegen die Sclaverei; in jenen Tagen erschien der berühmte Tendenzroman der Mrs. Beecher Stowe „Onkel Tom's Hütte", welcher die ganze gebildete und halbgebildete Welt mit in das Interesse an dem beginnenden Kampfe zog. Jetzt, wo einmal die Frage: Sclaverei oder nicht, ernstlich gestellt war, war sie auch entschieden. In der ganzen Welt empfand man es als eine Schmach, daß Zustände, wie jenes populäre Buch sie schilderte, in der Mitte des 19. Jahrhunderts unter dem Schatten des Christenthums in einem Lande der Freiheit fortdauerten. Bald brach der volle Haß zu Tage: in den Südstaaten machte man keinen Hehl daraus, daß man bei nächster Gelegenheit von dem Yankeethum und Yankeestaat sich trennen werde; und der Haß war dort um so wüthender, als man mit Neid sich gestehen mußte, daß an Bevölkerungszahl und Wohlstand der Norden den Süden längst überflügelt habe. Noch zweimal erfocht die demokratische Partei einen Sieg: im Jahre 1854, wo bei der Organisation der Territorien Kansas und Nebraska der Missouricompromiß umgestoßen wurde durch Annahme der Douglas'schen Bill, die verlangte, daß Sclaverei oder Nichtsclaverei den neuen Staaten als lediglich innere Angelegenheit zu eigener Entscheidung anheimgegeben werde, und im Jahre 1856, wo sie noch einmal ihren Präsidentschaftscandidaten James Buchanan durchsetzte. Es war ihr letzter. Während ihre eifrigsten Parteigänger zu einem Geheimbunde, dem der Ritter vom goldenen Kreise, zusammentraten, der die Küstenländer des Golfs von Mexiko, auch Cuba, Mexiko, die Staaten Centralamerikas und der Nordküste von Südamerika zu einer großen Conföderation von Sclavenstaaten vereinigen sollte, schlossen auch die Gegner ihre Reihen jetzt unter dem gewichtigen Namen der republikanischen Partei. Denn darum, um die Erhaltung der Republik selbst und um nichts Geringeres handelte es sich; die Einwanderer, vorab die Deutschen, waren

von ihrer Thorheit zurückgekommen und schlossen sich an; mit der Frage der Erhaltung der Republik verband sich unauflöslich der Kampf um freie Arbeit und Sclavenarbeit: und so rasch waren die Fortschritte dieser republikanischen und zugleich abolitionistischen Partei, daß bei der neuen Präsidentenwahl im Jahre 1860 ihr Candidat Abraham Lincoln den Sieg davon trug (6. November 1860).

Diese Wahl gab den Sclavenstaaten das Signal zu dem längst geplanten Abfall. Schon am folgenden Tage schlug der Gouverneur von Südcarolina der Versammlung dieses Staates die Trennung von der Union und die Bewaffnung aller Männer vom 18. bis zum 45. Jahre vor und noch hatte der neue Präsident sein Amt nicht angetreten, als die Staaten, welche dem Beispiele Südcarolinas folgten, Georgia, Florida, Mississippi, Alabama, Louisiana, am 18. Februar 1861 zu Montgomery im Staate Alabama sich als eigener Staatenbund oder Conföderation constituirten, den früheren Kriegsminister der Union unter Pierce, Jefferson Davis, zum Präsidenten wählten, und sich eine vorläufige Verfassung gaben. Während mattherzige und zum Theil nicht ernstlich gemeinte Vermittelungsversuche gemacht wurden, und der regierende Präsident Buchanan zögerte die Macht zu gebrauchen, hatten die Feindseligkeiten bereits begonnen. Ein Regierungsdampfer, welcher der gefährdeten Besatzung des Forts Sumter bei Charleston in Südcarolina Verstärkung zuführen sollte, wurde von einer Strandbatterie am Eingange der Bai beschossen und zur Umkehr gezwungen.

Der neue Präsident, Lincoln, war einer der Männer des Westens, wo der Ackerbau die Hauptrolle spielt. 1809 im Staate Kentucky geboren, ein „selbstgemachter Mann", Sohn eines Farmers, unter harter Arbeit bei unvollkommenem Schulunterricht aufgewachsen, später, nachdem er seine Bildung durch einige juristische Studien ergänzt, Advokat in Springfield (Illinois); kein genialer, aber ein ehrlicher, gottesfürchtiger, seiner Pflicht bewußter und der Union treu ergebener Mann. So faßte er das Steuer, selbst noch nicht im Klaren über die furchtbare Natur des Sturmes, der heraufgezogen war. Als er in Washington ankam, war die Stimmung sehr erregt, und im Allgemeinen gegen ihn, weil seine Wahl die Secession veranlaßt hatte, welche doch, so wie die Dinge lagen, unvermeidlich gewesen war, wenn nicht der bessere Theil von dem schlechteren sich das Gesetz dictiren lassen wollte. Seine Antrittsrede vom 4. März war voll Mäßigung. Es sei sein Vorsatz nicht, an der Einrichtung der Sclaverei zu rütteln in den Staaten, wo sie einmal bestehe; er bekannte sich auch zu der Auslieferungspflicht, weil sie einmal in der Verfassung stehe, die er heute ohne heimlichen Vorbehalt beschwöre. Aber jene Mäßigung war die eines Mannes, der in der Hauptsache fest entschlossen ist. „Kein Blutvergießen, keine Gewalt-

thätigkeit, wofern sie der nationalen Obrigkeit nicht aufgedrungen wird"; „aber", setzte Abraham Lincoln hinzu, „die Union dieser Staaten ist eine unauflösliche; die mir anvertraute Gewalt soll ausgeübt werden, um das Eigenthum und die Plätze, die der Regierung gehören, zu halten, zu besetzen und inne zu haben, sowie die auferlegten Steuern einzusammeln." Noch hoffte er den Bruch zu vermeiden; aber inzwischen wurden die nöthigen Vorsichtsmaßregeln getroffen, alle Kriegsschiffe, sowie die in Texas und sonst im Süden dislocirten Bundestruppen heimgerufen.

Die Stimmung im Norden war nicht für den Krieg. Man braucht in unseren Tagen, wo man es mit Kriegen überhaupt nicht mehr so leicht nimmt wie früher, erst einige Zeit, um sich in die unerfreuliche Nothwendigkeit hineinzudenken. Daß dieser Krieg ungeheure Opfer kosten würde, war im Voraus klar, umsomehr als das Land gar nicht auf denselben eingerichtet war und einzelne Mitglieder des vorigen Cabinets die militärischen Vorbereitungen des Südens geradezu unterstützt hatten: wie denn der Kriegsminister in Buchanan's Cabinet verrätherisch Kriegsmaterial und Geschütze nach den südlichen Arsenalen hatte schaffen lassen. Aber diese Stimmung änderte sich rasch. Lincoln hatte dem Commandanten der Unionstruppen im Fort Sumter, Major Andreson, Befehl geschickt, nur wenn er wirklich angegriffen würde, von den Waffen Gebrauch zu machen. Der Befehlshaber der secessionistischen Truppen von Südcarolina, General Beauregard, forderte jenen am 11. April zur Uebergabe auf, beschoß dann, als dieß verweigert wurde, das Fort 24 Stunden lang, und zwang so den Major am 13. zu capituliren. Diese Nachricht änderte die Stimmung im Norden völlig: die Sclavenbarone wollten also den Krieg: die ganze furchtbare Energie der angelsächsischen Race, welche diesen gewaltigen Staat geschaffen hatte, erwachte: und bald war man im Norden darüber im Reinen, daß von Frieden nun nicht mehr die Rede sein dürfe vor völliger Besiegung der Rebellion. Schon am 15. rief eine Proclamation des Präsidenten 75,000 Mann Milizen unter die Waffen, und zugleich den Congreß zu außerordentlicher Sitzung auf den 4. Juli nach Washington.

Im Süden hatte man längst die Kräfte abgewogen und was zu bedenken war, bedacht. Man vertraute hier zunächst auf die Einmüthigkeit des Entschlusses, der hervorging aus der „Nothwendigkeit, die Grundlage alles Besitzes und des ganzen gesellschaftlichen Lebens, das Sclaveneigenthum zu vertheidigen", man vertraute auf die Kraft des Hasses der dortigen Junkerschaft gegen die Yankees — auf den kriegerischen Sinn, den dort die Gewohnheit, über Tausende die Kraft eines harten und gefürchteten Regiments zu erproben, erzeugt hatte gegenüber dem Krämergeist der Plebejer im Norden. Die meisten der

Officiere, welche die freilich geringfügige stehende Truppenmacht der Union befehligten, und die auf der einzigen Militärschule derselben, zu Westpoint im Staate New-York am rechten Ufer des Hudson, ausgebildet worden waren, gehörten den Südstaaten an. Sie konnten ihre Verfassung den politischen und kriegerischen Nothwendigkeiten der gegenwärtigen Lage anpassen; die Union dagegen war an die bestehende Verfassung gebunden, welche schlecht zu einem solchen Kriege paßte. Außerdem konnten sie mit Sicherheit darauf zählen, daß dieser Krieg bei der ungeheuren Ausdehnung seines Schauplatzes, den zahlreichen natürlichen Hindernissen, den gewaltigen Strömen, Sümpfen, Wildnissen, Wäldern, den noch immer wenig häufigen Verkehrsstraßen in einem Lande von so geringer Bevölkerungsdichtigkeit — es kamen im Durchschnitt im damaligen Nordamerika nur erst 154 Menschen auf die □Meile — auf keinen Fall rasch entschieden werden würde: und wenn dieß eintraf, glaubten sie noch auf weitere Verbündete zählen zu dürfen. Die Culturstaaten der alten Welt, England vor Allem und Frankreich, konnten des kostbarsten der südstaatlichen Producte, der Baumwolle, welche allein, wie man berechnete, die Nahrungsquelle für 1/8 der Bevölkerung von England abgab, nicht lange entbehren, und von diesem so offenbaren Interesse durfte man Vermittelung, Anerkennung der Conföderation, selbst thätiges Einschreiten zu ihren Gunsten um so eher erwarten, als die alte Welt Ursache hatte, das gewaltige Wachsen der Union einigermaßen unheimlich und bedrohlich zu finden.

Allem dem hatten die Nordstaaten zunächst nur ganz wenige organisirte Kräfte entgegenzusetzen. Das stehende Heer, etwa 12,000 Mann im Ganzen, war kaum zahlreich genug, die paar Bundesforts zu besetzen, von denen mehrere auch schon hatten aufgegeben werden müssen, und die zahlreichen Milizen — jeder Amerikaner zwischen 18 und 45 Jahren ist verpflichtet, in der Miliz seines Staates zu dienen — waren zu ernsthaften kriegerischen Zwecken wenigstens zunächst nicht zu gebrauchen: von Errichtung eines großen Heeres durch Conscription aber konnte nach den Verhältnissen im Norden nicht die Rede sein. Auch die Flotte, obwohl in besserem Stande, war nicht zahlreich. Aber was nicht war, konnte werden; man hielt sich zunächst an die Thatsache, daß die Nordstaaten 19 Millionen gegen 12 des Südens zählten, und daß unter den letzteren 4 Millionen Sclaven waren, die man, wenn kein anderes Mittel mehr verfing, in ebenso viele Feinde der Rebellen verwandeln konnte. Die materiellen Mittel aber, der Reichthum der Nordstaaten war unermeßlich und unerschöpflich, und am wenigsten von Allem schreckte sie der Gedanke an die Möglichkeit einer europäischen Einmischung. Die Sprache Lincoln's, wie die Seward's, des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, des fähigsten und kräftigsten

Mannes in seinem Cabinet, ließ in dieser Beziehung keinen Zweifel übrig. In den bestimmtesten Worten, von Anfang an, erklärten sie, daß von einer solchen Einmischung, wie freundschaftlich sie gemeint sein möge, schlechthin keine Rede sein könne: „der Gedanke an eine, sei es gewaltsame, sei es friedliche Auflösung der Union ist keinem unserer ehrlichen Staatsmänner jemals in den Sinn gekommen." Zunächst erklärten sich denn auch die beiden Staaten, welche vermöge ihrer oceanischen Lage und Stellung diese Dinge zunächst berührten, England und Frankreich, für neutral.

Zur Orientirung in dem nun ausbrechenden Kriege kann eine Linie dienen, welche man von der Delawarebai nach dem Ohiofluß zieht und welche dem mittleren und unteren Laufe dieses Stromes bis zu seinem Einfluß in den Mississippi, dann diesem aufwärts folgend, zuletzt die Nordgränze des Staates Missouri entlang läuft; was südlich dieser Linie lag, war Gebiet des Südens, dessen Conföderation mithin Mississippi, Nord- und Südcarolina, Georgia, Florida, Alabama, Louisiana, Kentucky, Delaware, Tenessee, Arkansas, Missouri, Texas umfaßte; Virginien war getheilt und darum Hauptobject des Kampfes. Man kann einen östlichen, mittleren und westlichen Kriegsschauplatz unterscheiden. Der erstere umfaßt Ostvirginien, der mittlere das westliche Virginien und Tenessee, der westliche wird durch die Unterläufe des Ohio und seiner Nebenflüsse, des Tenessee und des Cumberland bezeichnet.

Von diesen Kriegsschauplätzen war der östliche der wichtigste. Hier lagen sich in einer Entfernung von nur 25 deutschen Meilen die Bundeshauptstadt Washington mit ihrem kleinen District Columbia und die Hauptstadt des sclavenhaltenden Virginiens und bald der ganzen Conföderation, Richmond, gegenüber: und es handelte sich für die Union vor Allem darum, jene ihre schwergefährdete Bundeshauptstadt zu schützen; in ihrem Rücken lag Maryland, welches der Conföderation beizutreten Miene machte, aber durch den General Buttler — derselbe war vorher Advokat in Boston gewesen — im Zaume gehalten wurde. Die Conföderirten unter Beauregard waren bis Manassas Junction vorgegangen; von den Thürmen Washingtons aus konnte man ihre Vortruppen sehen. Aber sie zauderten anzugreifen, man hatte Zeit die Stadt zu befestigen und die Milizen strömten herbei, sie zu schützen; schon am 23. Mai überschritten die Unionstruppen den Potomac und die Gränze Virginiens; auf der ganzen ungeheuren Linie entbrannte der Kampf. Am 4. Juli 1861 trat der Congreß zusammen, auf welchem die Vertreter der Sclavenstaaten mit Ausnahme weniger, Delaware, Maryland, Kentucky, Tenessee, fehlten. Lincoln verlangte, „um den Kampf so kurz und entscheidend als möglich zu machen", 400,000

Mann und 400 Millionen Dollars; am 11. bewilligte der Congreß 500,000 und 500 Millionen; am gleichen Tage wurde ein Abgesandter Jefferson Davis' in Washington abgewiesen. Aber jene 500,000 waren noch nicht beisammen; gleichwohl ging man entschlossen vor. Während die Deutschen unter General Sigel — einem der badischen Flüchtlinge, welche die Katastrophe von 1849 über den Ocean getrieben hatte, und die nun ihrem neuen Vaterlande und der republikanischen Sache, die hier und nicht in Deutschland die vaterländische war, energische und uneigennützige Dienste leisteten — Missouri auf dem westlichen Flügel von den Föderirten säuberten, im westlichen Virginien Mac Clellan bei Rich Mountain und Carricks Ford Erfolge errangen, setzte sich am 17. Juli die Hauptarmee gegen Richmond in Bewegung; man wollte mit den Freiwilligen, deren Dienstzeit bald um war und auf die man große Kosten nicht umsonst verwandt haben wollte, etwas Erkleckliches erreichen. Vergebens warnte der alte General Scott, der Besieger von Mexiko, diese schlechtorganisirten, schlechtdisciplinirten Truppen nicht einer so gefährlichen Probe auszusetzen. General Mac Dowell wagte am 21. Juli beim Bull Run, einem Bache, der vier Meilen von Washington in den westlichen Arm der Chesapeakbai fällt, die Schlacht, die mit einer vollständigen und schmählichen Niederlage endigte. Am folgenden Abend kamen die aufgelösten Haufen in den Verschanzungen der Bundeshauptstadt an, die bei einer energischen Verfolgung wahrscheinlich den Föderirten als Siegespreis in die Hände gefallen wäre. Sie unterließen diese Ausnutzung des Sieges jedoch, und der Eindruck dieser Niederlage war ein anderer, als die Secessionisten gedacht hatten. So wenig dieses Gemeinwesen vom Soldatenhalten seither hatte wissen wollen: in kritischer Zeit und unter germanischer Bevölkerung lernt man rasch, daß die militärische Ehre nichts Anderes ist als die Staatsehre selbst, und daß sie einen Bestandtheil der persönlichen Ehre eines Jeden bildet, der einem großen und freien Staatswesen angehört. General Mac Dowell wurde entlassen; an seiner Stelle erhielt Mac Clellan den Auftrag, eine neue Armee zu organisiren, und es wurden zu diesem Behufe zugleich dem Präsidenten ausgedehnte kriegsherrliche Rechte eingeräumt. Einigen Ersatz für die Niederlage zu Lande bot es, daß sich zur See eine entschiedene Ueberlegenheit der Nordstaaten geltend machte. Ein kleiner Erfolg gegen die Forts am Cap Hatteras (Nordcarolina) gelang dem General Buttler schon im August; am 22. October verließ er mit 70 Schiffen und 25,000 Mann Annapolis, und ein Theil dieser Expedition erschien am 4. November vor dem Hafen von Beaufort (Nordcarolina): hier wurden, nachdem die Conföderirten die Stadt preisgegeben hatten, unter Sherman Truppen ans Land gesetzt, welche gegen die Verbindungen zwischen Richmond und den östlichen Häfen

operiren sollten, während das Gros der Expedition sich nach dem mexikanischen Golf gegen New-Orleans in Bewegung setzte.

Gegen Ende des Jahres schien ein unerwarteter Zwischenfall dem Süden Luft machen zu sollen. Die Unionstruppen hatten die sämmtlichen Küsten der Rebellenstaaten in Blockadezustand erklärt, wogegen diese ihrerseits Caperbriefe ausgaben: über alle Meere hin jagten sich in erbittertem Hasse die Schiffe der feindlichen Brüder. Aber jene Blockade war schwer wirksam zu machen bei einer Küste von so ungeheurer Ausdehnung. Ein Schiff, der Dampfer Nashville, hatte, wie so manche andere, am 19. October von New-Orleans auslaufend, die Blockade gebrochen: es trug eine ungewöhnlich kostbare Ladung — zwei Commissäre der Conföderirten, die Herren Mason und Slidell, welche beauftragt waren, die Sache der Südstaaten in London und Paris zu führen. Glücklich gelangten sie nach der Havanna, auf spanisches Gebiet, und schifften sich hier auf einem englischen Postdampfer, dem Trent, nach Europa ein. Hier mochten sie sich vollkommen sicher fühlen, denn wer würde es wagen, ein englisches Postschiff zu belästigen? Dieser kecke Beleidiger fand sich dennoch: am 8. November, als das Schiff durch den alten Bahamacanal fuhr, gewahrte man vor sich einen Dampfer, welcher die amerikanische Flagge aufzog und dem Trent, gegen allen Gebrauch bei anständigen Seefahrern, eine Kugel und noch eine entgegensandte. Der Trent hielt an: nach Kurzem kamen von dem San Jacinto — so hieß der Amerikaner, der von Capitän Wilkes befehligt war — zwei Officiere und 20 Bewaffnete auf einem Boot: sie verlangten die Passagierliste zu sehen, was der Capitän verweigerte. Der eine der amerikanischen Officiere nannte nun die Namen von vier Gentlemen, um die es ihm zu thun sei: es waren die Commissäre und zwei Begleiter. Diese traten nun selbst herzu und fragten, was mit ihnen geschehen solle. Der Officier entgegnete, er habe Befehl, sie auf sein Schiff zu bringen: und als sie sich weigerten und den Schutz der britischen Flagge anriefen, auch der Capitän feierlich Passagiere und Mannschaften zu Zeugen des muthwilligen Seeraubes, der hier geschehe, aufrief — da winkte der Officier nach seinem Schiffe hinüber. Alsbald sah man zwei weitere Boote heranfahren: 80 Mann mit fertigem Gewehr bestiegen den Trent, führten die beiden Gentlemen und ihre Begleiter mit sich und ließen die entrüsteten Insassen des Trent ihre Reise allein fortsetzen. Dieser brutale Act, ob nun in heimlichem Einverständniß mit der Regierung in Washington oder von dem Capitain Wilkes auf eigene Hand verübt, hatte offenbar den Zweck, den europäischen Mächten und vor Allem dem gehaßten England in der gröbsten Manier zu zeigen, daß der Amerikaner sie nicht fürchte — selbst den englischen Krieg zu dem Bürgerkriege nicht, wenn es sein müsse: es war die geballte Faust, welche

ihnen der Yankee entgegenstreckte. Die Nachricht von dem was geschehen, rief in England eine ungeheure und gerechte Entrüstung hervor. Eine eclatante Genugthuung war nothwendig. Die Forderung der englischen Regierung war bescheiden genug: sie verlangte die Freilassung der beiden Herren, und dieses sehr mäßige Verlangen wurde von den Gesandten der übrigen Mächte in Washington unterstützt. Die Amerikaner hatten ihren Zweck erreicht; am 26. December erklärte Seward dem englischen Gesandten in Washington, daß die Unionsregierung bereit sei, die beiden Gentlemen herauszugeben, was denn auch am 1. Januar 1862 geschah. Im Felde geschah während dieses Jahres (1861) nichts mehr von Bedeutung. Der Haupterfolg war, daß man im Norden jetzt die volle Entschlossenheit gewonnen hatte. Schon gegen Ende des Jahres erreichten die Streitkräfte der Union die ungeheure Zahl von 650,000 Mann; man rühmte sich und prahlte, daß eine solche Heeresimprovisation nirgends als in dem Wunderlande Amerika möglich sei, und freute sich ordentlich, daß dieses Heer täglich die enorme Summe von 1½ Millionen Dollars verschlinge; nicht Wenige freilich mochten Ursache haben sich auf ihre Weise zu freuen, da Vieles von den 1½ Millionen an schmutzigen Händen kleben blieb. Die Sclavenfrage selbst ließ man noch immer aus dem Spiel: als General Fremont im August 1861 im Staate Missouri die Sclaven aller Derer, welche gegen die Vereinigten Staaten die Waffen geführt, für frei erklärte, wurde diese Maßregel alsbald vom Präsidenten für nichtig erklärt und Fremont abgerufen.

Auch das folgende Jahr 1862 brachte noch keine Entscheidung. In der Sclavenfrage selbst rückte man allerdings einen wesentlichen Schritt vorwärts. Ein Antrag des Präsidenten, jeden Staat, der etwa die Abschaffung der Sclaverei beschließen möge, von Bundeswegen mit Geld zu unterstützen, das er dann nach Gutbefinden zu Entschädigungen verwenden könne, ward vom Congresse angenommen (März), die Sclaven im Bundesdistricte, Columbia, wurden emancipirt (April) und im Juni die Sclaverei in allen sogenannten Territorien untersagt. Im Felde hoben sich die beiderseitigen Erfolge so ziemlich gegenseitig auf. Die Expedition gegen New-Orleans glückte: mit voller Dampfkraft segelte das Geschwader des Admirals Farragut am 26. April in den Mississippi zwischen den Forts Jackson und Philipp hindurch und zerriß die Kette, welche quer über den reißend schnell dahinfließenden Strom gelegt war, der hier eine Breite von 1000 Ellen hat; die dahinter liegende Flotille der Conföderirten ward zersprengt; nach ihm landete General Buttler einige Regimenter und zwang, indem er mit dem Bombardement drohte, die reichste Stadt des Südens, New-Orleans, mit ihren 170,000 Einwohnern zu capituliren. Im Laufe des Jahres kam der

ganze Stromlauf bis Memphis hinauf, mit Ausnahme von Vicksburg, in die Gewalt der Union. Auch die Operationen auf dem westlichen Kriegsschauplatze, Grant gegen Beauregard, nahmen einen glücklichen Verlauf. Am 6. und 7. April schlug Grant den Befehlshaber der secessionistischen Westarmee bei Pittburg-Landing in Tenessee, und am 8. ergab sich die strategisch wichtige Mississippi-Insel Nr. 10 und Memphis an die Unionstruppen.

Auf dem Hauptkriegsschauplatze aber, dem östlichen, waren die Erfolge der Union minder günstig. Die Haupt- oder Potomacarmee unter Mac Clellan schickte sich zum Vorstoß und entscheidenden Schlage gegen Richmond, den Hauptsitz der Föderirten, an. Der erste Versuch, von Osten her auf der Halbinsel, welche der Jamesriver mit dem Yorkriver bildet, gegen die Stadt zu operiren, mißlang; am 31. Mai wurde schon in der Nähe von Richmond, bei Fair Oaks und Seven Pines, ein Theil von Mac Clellan's Armee zu einer rückgängigen Bewegung gezwungen. Doch machte sich Mac Clellan zum Herrn der Eisenbahn zwischen Washington und Richmond; noch einmal wurde dann in siebentägigem Kampfe vom 26. Juni bis 1. Juli um Richmond gefochten. General Lee, einst Scott's Generalstabschef, führte die Conföderirten; die Entscheidung zu ihren Gunsten brachte der beste ihrer Generale, Stonewall Jackson, der rechtzeitig von Westen her eintraf, wo er sich seither mit Glück gegen überlegene Streitkräfte gehalten hatte. Mac Clellan wurde an den Jamesriver zurückgeworfen, die Umgehung war mißlungen, und er konnte sich nur durch einen meisterhaft geleiteten Rückzug in der Meinung seiner Landsleute behaupten. Am 23. Juli wurde General Hallek dirigirender Oberfeldherr der Unionstruppen.

Wiederholt hatte so der Süden seine Hauptstadt behauptet: der Zauber militärischer Ueberlegenheit war entschieden auf seiner Seite, und während er im Westen und Süden sich auf eine hartnäckige Defensive beschränkte, konnte er hier an der wichtigsten Stelle nochmals zum Angriff schreiten. Vier Corps, 90,000 Mann zusammen, unter Lee, setzten sich gegen Washington in Bewegung. Zum zweiten Male kam es bei einem Orte übler Vorbedeutung für die Union, bei Bull Run, vom 28. bis 30. August zu einer Schlacht, die abermals und wieder unter Mac Dowell, mit einer Niederlage der Bundestruppen endigte. In den Linien von Washington aber sammelten sich die Geschlagenen wieder, und dießmal rascher und besser als nach der ersten Schlacht; sie wurden verstärkt durch Mac Clellan, den man von der Halbinsel zwischen James- und Yorkriver, wohin er zurückgegangen war, herbeizog und wiederum zum Oberbefehlshaber der Potomacarmee ernannte. Die Conföderirten benutzten ihren Sieg zu einem Einfalle in Maryland über Harpersferry, dessen Garnison sich an Jackson ergab.

Dem weiteren Vordringen aber stellte sich nun Mac Clellan mit seiner ganzen Armee entgegen, 112,000 gegen 85,000, und erfocht am 17. September bei Sharpsburgh oder am Antietam einen Sieg, dessen Folgen sich Lee entzog, indem er die Nacht zum Rückzuge benutzte. Mac Clellan erregte durch seine schlaffe Haltung nach dem Siege Unzufriedenheit und ward durch Burnside ersetzt, der am Ende des Jahres, 13. December 1862, noch einmal das Glück versuchte in einer blutigen Schlacht bei Fredericksburgh, in welcher aber die Conföderirten das Schlachtfeld behaupteten, so daß am Ende dieses Jahres die Hauptarmeen ihre Stellung in der Mitte der beiderseitigen Hauptstädte bewahrten, ohne daß eine klare Entscheidung gefallen wäre.

So rangen sich mit wachsender Erbitterung die Gegner müde. In Europa war der Eindruck der, daß trotz der Ströme vergossenen Blutes die Wiederherstellung der Union nicht gelingen werde, und auch in den Nordstaaten selbst errang die Reaction, d. h. die demokratische Partei, bei Wahlen Erfolge und erhob wieder ihr Haupt. Indeß blieb dieß vereinzelt. Lincoln und die große Majorität der Nation blieb fest, und in der Sclavenfrage folgte nun abermals ein wichtiger Schritt. Am 22. September erließ Lincoln eine Proclamation, in welcher er zunächst ankündigte, daß er dem Congreß eine „Maßregel behufs einer den rebellischen Staaten anzubietenden Geldentschädigung für die Freilassung ihrer Sclaven“ empfehlen werde; zugleich aber proclamirte er, daß vom 1. Januar 1863 an sämmtliche Sclaven jedes Theils der Vereinigten Staaten, dessen Einwohner sich zu dieser Zeit im Aufstande gegen die Bundesregierung befinden, für alle Zeiten frei sein sollten. Am 2. December trat der Congreß wieder zusammen. Aufs Neue erklärte die Botschaft des Präsidenten mit aller Festigkeit: „es giebt keine Linie, mag sie nun gerade oder krumm sein, welche als Gränzlinie für den Fall einer Trennung dienen könnte“, und schlug dann noch einmal eine constitutionelle Erledigung der Sclavenfrage nebst Entschädigung für jeden Staat, in welchem die Sclaverei jetzt bestehe und der sie zu irgend einer Zeit vor dem 1. Januar 1900 aufheben werde, vor. Indeß der 1. Januar 1863 brach an, ohne daß die Secessionisten Miene gemacht hätten, ihre Waffen niederzulegen, und mit diesem Tage erließ der Präsident seine berühmte Emancipationsproclamation. „So bezeichne ich, Abraham Lincoln, Präsident der Vereinigten Staaten, in Kraft der mir übertragenen Machtvollkommenheit als Oberbefehlshaber der Armee und Flotte der Vereinigten Staaten zur Zeit des thatsächlich bestehenden bewaffneten Aufruhrs gegen die Behörden und die Regierung der Vereinigten Staaten, als eine geeignete und nothwendige Kriegsmaßregel, um besagten Aufruhr zu unterdrücken, an diesem ersten Tage des Januar im Jahre unseres Herrn 1863 — — als die Staaten

und Theile von Staaten, deren Bevölkerung an diesem Tage im Aufruhr gegen die Vereinigten Staaten begriffen ist, die folgenden: es sind Arkansas, Texas, Louisiana, Mississippi, Alabama, Florida, Georgia, Südcarolina, Nordcarolina, Virginien. Und kraft der vorbesagten Machtvollkommenheit und zum erwähnten Zwecke bekräftige und erkläre ich, daß alle Sclaven in den aufgezählten Staaten und Theilen von Staaten frei sind und hinfüro frei sein sollen — — und hierzu, indem ich es aufrichtig als einen Act der Gerechtigkeit erkläre, der von der Verfassung gestattet ist bei militärischer Nothwendigkeit, rufe ich das ruhige Urtheil der Menschen und die Güte und Gnade des allmächtigen Gottes an." Am 2. Februar decretirte das Repräsentantenhaus, daß der Präsident jede ihm nöthig scheinende Anzahl von Negern bewaffnen könne.

Ganz dieselbe Entschlossenheit zeigte die Unionsregierung den Vermittelungsbemühungen und Vorschlägen der europäischen Mächte gegenüber. Der Kaiser Napoleon hatte England und Rußland für eine solche gewinnen wollen, und, als diese abgelehnt, selbst Vorschläge nach Washington gelangen lassen. Dem machte eine Depesche Seward's vom 9. März 1863 ein Ende, in welcher er dem amerikanischen Gesandten Kenntniß gab von den einschlägigen Resolutionen des Congresses, welcher dergleichen sich in bestimmtester Weise künftig verbat: der Congreß werde sich genöthigt sehen, jeden in der gleichen Richtung gemachten weiteren Versuch als einen unfreundlichen Schritt zu betrachten. Die Rechnung mit Frankreich, dessen Intervention in Mexiko man nicht außer Augen ließ, blieb einstweilen zurückgestellt: gegen England dagegen nahm die Republik eine drohende Haltung an. Vom December 1862 bis zum Februar 1863 zog sich eine diplomatische Correspondenz hin. Die amerikanische Regierung beschwerte sich darüber, daß in englischen Häfen Kriegsschiffe für Rechnung der rebellischen Staaten ausgerüstet würden und Seward ließ der englischen Regierung erklären, daß sich die Vereinigten Staaten vorbehielten, zu gelegener Zeit vollen Schadenersatz für alle von solchen Schiffen angerichtete Zerstörung zu verlangen. Der englische Minister des Auswärtigen, Earl Russell, erwiderte, die Administration sei nach den bestehenden Gesetzen außer Stande, etwas in der Sache zu thun, und die englische Regierung würde solche Forderungen niemals anerkennen. Das werde sich finden, entgegnete Seward; im August begann der Schriftenwechsel aufs Neue: Seward erklärte, daß wenn die in englischen Häfen im Bau begriffenen Panzerschiffe ausliefen, die Fortdauer des Friedens eine Unmöglichkeit sein würde. Es machte keinen geringen Eindruck in Europa, daß die Amerikaner in demselben Augenblicke, wo es noch mehr als zweifelhaft schien, ob sie mit ihren eigenen abgefallenen Staaten fertig

werden würden, von einem Kriege mit der ersten Seemacht wie von der gleichgültigsten Sache der Welt sprachen. Die englische Regierung aber besann sich nun doch eines Besseren, und traf die nöthigen Maßregeln, um das Auslaufen jener Schiffe zu verhindern. Die Rechnung für den Schaden, der bereits gethan und der sehr bedeutend war, sollte aber zur rechten Zeit präsentirt werden.

Um diese Zeit war allerdings Ein entscheidender Erfolg seitens der Union bereits errungen. Ein Hauptnerv der Südstaaten war zerschnitten: der Stromlauf des Mississippi war von Memphis bis New-Orleans unbestritten im Besitze der Unionstruppen. Die Secessionisten hielten Vicksburg und Port Hudson, und damit eine Stromstrecke von 30 Meilen, ausreichend um den Golfstaaten die Verbindung mit Louisiana und seinen Nebenländern, welche jenen Baumwollstaaten das Getreide lieferten, zu sichern. Gegen diesen Punkt nun, Vicksburg, wendete sich General Grant mit der gesammten Westarmee und wirkte mit der Stromflottille zusammen; nach langer Belagerung fiel das tapfer vertheidigte Vicksburg 4. Juli 1863 mit 30,000 Mann und 260 Geschützen, am 8. Juli Port Hudson mit 6000 Mann und 70 Geschützen: der Strom war frei, den nordwestlichen Staaten der Weg zum Meere wieder geöffnet, das Machtgebiet der Conföderation durchbrochen. Der Krieg wurde zum Parteigängerkrieg, der vielen Schaden im Einzelnen brachte, aber doch im Ganzen hier entschieden war. Am Schlusse 1863 waren die Staaten Tenessee und Kentucky im unbestrittenen Besitze der Union.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatze begannen die Operationen erst im April. Den Oberbefehl über die Potomacarmee hatte an Burnside's Stelle General Hooker übernommen. Er überschritt den Rappahannock und wurde am 2. bis 6. Mai in der 2ten Schlacht bei Fredericksburgh (Chancellorsville) von Lee geschlagen, der seinerseits nun den Potomac überschritt und gegen Maryland und Pennsylvanien vorrückte. Auf pennsylvanischem Boden bei Gettysburgh kam es zu einer neuen Schlacht, in welcher die Unionstruppen von einem neuen Führer, General Meade, befehligt wurden (1. bis 3. Juli). Es war die blutigste des ganzen Krieges und sie dauerte bis zum Nachmittage des dritten Tages. Lee, der sich hier wie überall als einen Führer ersten Ranges zeigte, brach noch rechtzeitig die verlorene Schlacht ab, um sich den Rückzug zu retten, den er ohne weitere Verluste über den Potomac ausführte. An dieser Stelle, der wichtigsten, blieben also die Dinge unverändert: beide Armeen bezogen die Winterquartiere des vorigen Jahres.

Auch das folgende Jahr noch zog der gewaltige Kampf ohne Entscheidung sich hin. Im December 1863 war im Congreß ein Antrag

der demokratischen Partei zur Verhandlung gekommen, nach welchem der Präsident ersucht werden sollte, Commissäre zu ernennen, welche mit den Behörden von Richmond über die Mittel zur Beendigung „dieses blutigen, verheerenden und unmenschlichen Krieges" in Unterhandlung treten würden. Mit 98 gegen 59 Stimmen aber wurde dieser Antrag verworfen und dafür der entgegengesetzte angenommen: daß der Congreß die kräftigste und rücksichtsloseste Fortsetzung des Krieges bis zur unbedingten Wiederherstellung der Bundesautorität über das gesammte Nationalgebiet begehre, und jeden Waffenstillstands-, Friedens- und Vermittelungsvorschlag verwerfe, so lange noch ein Rebell gegen den Bund in Waffen stehe.

Sie hatten Recht: der starke Blutverlust, der jetzt schon in das dritte Jahr dauerte, machte sich in dem an Menschen wie an Capitalkraft ärmeren Süden sehr entschieden fühlbar, während man auf Seiten der nördlichen Staaten, obwohl auch hier nicht alle jene Hunderttausende, welche das Gesetz aufbot, die Waffen wirklich trugen, und die Conscription, zu welcher man in diesem Jahre schreiten mußte, keine sonderlichen Ergebnisse lieferte, das wohlbegründete Vertrauen hegen durfte, daß die Kräfte noch längere Zeit vorhalten würden, und Generale, Soldaten und Verwaltung zusehends sich vervollkommneten. Die Landtruppen des Nordens kann man für den Anfang des Jahres 1864 auf 450,000, unter denen 65,000 Mann Negertruppen, anschlagen, während die Zahl der Secessionistischen schwerlich mehr als 200,000 betrug, obgleich eine Proclamation des Präsidenten oder Dictators Jefferson Davis vom 10. Juli 1863 alle Männer vom 18. bis 40. Jahre unter die Waffen gerufen hatte, und die Conscription hier, wo in der That das Volk selbst für seine schlechte Sache den Krieg führte, auf keine sonderlichen Schwierigkeiten stieß. Uebrigens nahm der Krieg einen immer grausameren Charakter an. Schon am 30. Juli 1863 mußte Lincoln zum Schutze der Kriegsgefangenen aus den Negerregimentern eine Proclamation erlassen, welche verfügte, daß für jeden Soldaten der Vereinigten Staaten, der den Kriegsgesetzen zuwider getödtet werde, ein Rebellensoldat hingerichtet, für jeden, der vom Feinde zum Sclaven gemacht oder in die Sclaverei verkauft werde, ein Rebellensoldat zu harter Arbeit an den öffentlichen Werken so lange, bis jener freigelassen werde, angehalten werden sollte.

Die Operationen im Großen begannen erst im März (1864), und zwar ergriff jetzt der Norden die Initiative. Die westliche oder Tenessee- und Cumberlandsarmee wurde unter den Befehl von General Sherman, die Ost- oder Potomacarmee unter den von Grant gestellt. Das Ziel der Ersteren war Atlanta, ein großer Waffenplatz des Südens, in der Mitte des Staates Georgia gelegen. Sherman hatte

um Chattanooga (Tenessee) etwa 90,000 Mann concentrirt und setzte sich südwärts in Marsch. Der tüchtige secessionistische General Johnston wich vor ihm zurück, während er durch Parteigänger und Streifcorps die Verbindungen seines Gegners unsicher machte; er wollte ihn erst auf dem immerhin gewagten Zuge — denn Georgia ist ein Land von über 2700 □Meilen, und die Bevölkerung war durchaus feindlich gesinnt — sich schwächen lassen. Ungeschickter Weise wurde Johnston abgerufen und durch einen minder fähigen Führer, Hood, ersetzt. Die verwickelten Operationen dauerten bis zum 1. September, wo die Conföderirten die Stadt räumten, nachdem sie alle Waffenvorräthe und Magazine zerstört hatten; am 2. zogen die Unionstruppen ein. Hood versuchte nun den Krieg wieder nach dem Norden zu spielen, in der Hoffnung, daß Sherman ihm folgen werde. Dieser aber schickte nur einen Theil seiner Truppen, 35,000 Mann, unter General Thomas ihm nach, der am 16. December dem Gegner bei Nashville einen Sieg abgewann; mit der Hauptmacht wandte sich Sherman dem atlantischen Ocean zu, um die wichtigsten Seeplätze des Südens, Savannah in Georgia, Charleston und Wilmington in Carolina, gegen welche von der Seeseite her bis jetzt vergebliche Anstrengungen gemacht worden waren, nunmehr von der Landseite her zu bezwingen oder wenigstens deren Verbindung mit Richmond zu zerschneiden. Dieser vortreffliche Plan wurde geschickt ausgeführt. Am 12. November trat Sherman mit 55,000 Mann zu Fuß und 10,000 Reitern seinen Marsch an; nach 32 Tagen, in denen er 70—80 Meilen zurücklegte, erreichte er das Meer und setzte sich mit dem Unionsgeschwader, das in der Mündung des Ogeechee lag, in Verbindung. Der secessionistische General, der dort befehligte, erwog, daß seine 15,000 Soldaten mehr werth waren als der Platz; er räumte also Savannah und zog sich auf Charleston zurück. Am 22. December zog Sherman in Savannah ein.

Dieß war von Bedeutung auch für den östlichen Kriegsschauplatz, wo die Entscheidung lag. Grant, jetzt Generalissimus der Unionstruppen, hatte die Potomacarmee auf 120,000 Mann gebracht: er überschritt am 5. Mai den Rapidan, und in dem waldigen und hügeligen Terrain am mittleren Laufe dieses Flusses, welches man mit dem Namen the wilderness bezeichnet, kam es zwischen ihm und Lee zu der mehrtägigen „Schlacht in der Wildniß", welche dem Norden 30,000 Mann kostete, aber siegreich endete. Sie entschied noch nichts; wiederholte Versuche gegen die Stellung Richmond-Petersburgh, welche die Unionisten unter Grant und Buttler machten, wurden von Lee und Beauregard siegreich zurückgewiesen. Am 18. August gelang es Grant, sich der wichtigen nach dem Süden führenden Weldonbahn zu bemäch-

tigen, wogegen Lee, um sich Luft zu machen, durch den General Early eine kühne Diversion ausführen ließ: durch das offenstehende Shenandoahthal sollte dieser nordwärts vorgehen, um einen abermaligen Einfall in Maryland und Pennsylvanien zu machen. Dieß gelang; brandschatzend und Beute machend durchstreifte er diese Landschaften. Er ward am 21. und 22. September bei Fishers Hill durch Sheridan geschlagen; aber das Jahr ging wiederum zu Ende und Richmond stand noch immer aufrecht.

Dagegen war eben jetzt auf politischem Gebiete ein wichtiger Erfolg errungen worden. Die Amtsperiode Abraham Lincoln's ging zu Ende, die Wiederwahl des Präsidenten war aber nach der Verfassung der Vereinigten Staaten gestattet. Der Wahlkampf war wie immer ein sehr lebhafter. Drei Candidaten wurden aufgestellt. Die demokratische Partei, die sogenannte Platform von Chicago, denn dort war ihr Programm und ihr Candidat aufgestellt worden, verlangte Einstellung der Feindseligkeiten und Anwendung friedlicher Mittel zur Herstellung der Union auf föderaler Grundlage; ihr Candidat war Mac Clellan. Die Republikaner theilten sich: die gemäßigten, die Platform von Baltimore, forderten unbedingte Ausrottung der Sclaverei und Fortsetzung des Krieges bis zur bedingungslosen Unterwerfung der Rebellen; sie hielten an Lincoln fest, dessen Wiederwahl sie forderten. Einer dritten, radicalen Partei that die entschlossene, aber maßvolle Politik Lincoln's nicht Genüge: sie, die Cleveland Platform, verlangte Confiscation des Eigenthums der Rebellen, das an Soldaten und Colonisten ausgethan werden sollte, und absolute Gleichstellung aller Einwohner der Union: mit anderen Worten nicht blos die Befreiung der Negersclaven, sondern auch ihre sofortige Einsetzung in das volle Stimmrecht. Ihr Candidat war General Fremont, dessen wir oben gedachten, der aber noch vor der Entscheidung zurücktrat. Die Frage vereinfachte sich nunmehr: wer für Fortsetzung des Krieges und für unbedingte Unterwerfung des Südens war, stimmte für Lincoln, — wer noch nach drei schweren Kriegsjahren auf dem Boden von Lincoln's Antrittsrede stand und unterhandeln wollte, stimmte für Mac Clellan.

Am 8. November fiel die Entscheidung. Von 22 Staaten stimmten 213 Wähler für Lincoln, von 3 Staaten 21 für Mac Clellan. Jene Wahl repräsentirte 2,185,502 Urwähler, diese 1,778,200: mit einer wenn auch nicht sehr großen Mehrheit war demnach vom Volke mit dieser Wiederwahl der Entschluß ausgesprochen, den Kampf durchzufechten, bei dem es um ein großes Humanitätsprinzip galt — um die Frage vor Allem, ob dieses große und zukunftsreiche Gemeinwesen fortfahren sollte, auf ungesunder und unsittlicher Grundlage zu ruhen, ob

spät im 19. Jahrhundert eine politische Neuschöpfung auf Grundlage der Sclaverei gelingen könne.

Die Wage neigte sich zu Gunsten der besseren Sache, die volle Entscheidung stand noch aus. Sie fällt in die ereignißvolle, an erschütternden Katastrophen überreiche zweite Hälfte des siebenten Jahrzehnts, dessen Geschichte der dritte Theil unserer Darstellung gewidmet ist.

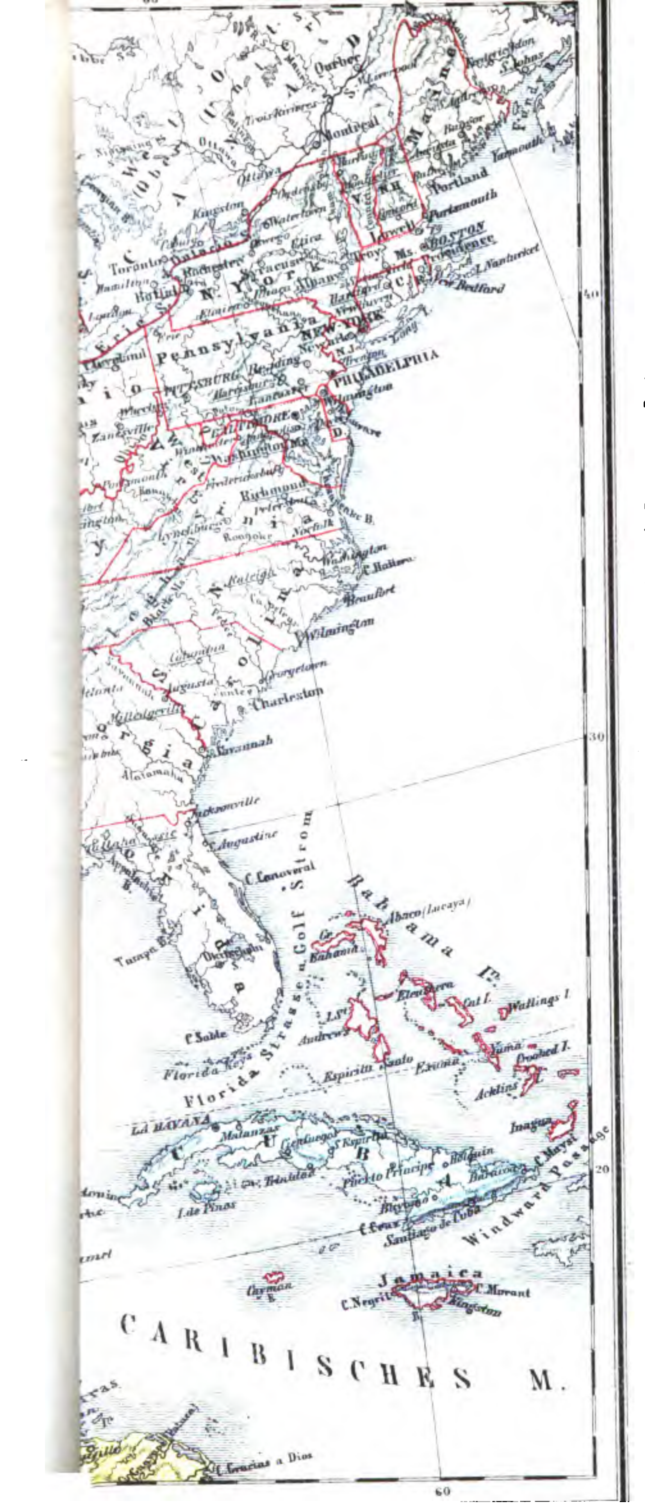


Inhalt.

Geschichte der neuesten Zeit.

Zweiter Band (1848—1863).

Druck von W. Pormetter in Berlin C., Neue Grünstr. 30.



Aus Adami-Kiepert's Atlas. Verlag von Dietrich Reimer in Berlin.









